Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 44. Freitag, den 2. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 6. Juni 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 9. Juni 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **30. Mai 1893** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass der Herr Bürgermeister sein Ausbleiben entschuldigt. Er hat einer Einladung des Herrn Cardinals nachzukommen.

2. Herr Gem.-Rath Hawranek ersucht um einen dreimonatlichen Urlaub.

Die Versammlung ist mit der Ertheilung des Urlaubs einverstanden? (Zustimmung.)

3. Von Herrn Bürgerschul-Director Janotta ist eine Zuschrift eingelangt, welche lautet (liest):

Der Gemeinderath der Stadt Wien beehrte mich mit der Wahl in den Bezirksschulrath. Da ich jetzt nicht mehr der wohllöblichen Stadtvertretung angehöre, lege ich mein Mandat als Mitglied des Bezirksschulrathes zurück.

Mit der Bitte, dies und meinen Dank für die bisherige Auszeichnung dem Plenum des Gemeinderathes bekanntzugeben, zeichnet

Euer Hochwohlgeboren mit vorzüglicher Hochachtung
sehr ergebener
Janotta.

Die Ersatzwahl wird für eine der nächsten Sitzungen ausgeschrieben.

4. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass für das Jahr 1893 die Mitglieder und Ersatzmänner der Militärtax-Bemessungs-Commission zu wählen sind. Die Wahlen werden nächste Woche auf die Tagesordnung gestellt.

5. Von der Schützen-Gesellschaft der k. k. priv. Schießstätte in Schwechat ist folgendes Schreiben eingelangt (liest):

Anlässlich des VII. n.-ö. Landes- und 350jährigen Jubiläumsschießens beehrt unser allergnädigster Herr und Kaiser am 4. Juni a. c. um 10 Uhr vormittags die Schießstätte in Schwechat mit seinem hohen Besuche, und erlaubt sich die ergebenst gefertigte Schützen-Gesellschaft, einen löblichen Gemeinderath zu dieser Feier höflichst einzuladen.

Die Versammlung wird einverstanden sein, dass der Herr Bürgermeister einen Delegierten zu dieser Feier entsendet.

6. Herr Heinrich Jantsch, Director des Wiener Volkstheaters im Prater, hat als Ergebnis der Pfingstsonntag-Vorstellung heute 150 fl. zum Armenfonde erlegt.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

7. Seitens der I. österr. Sparcasse ist in der Vollversammlung vom April d. J. beschlossen worden, der Abtheilung für schwachsinnige Kinder in Währing zur Förderung ihres humanitären Wirkens den Betrag von 100 fl. zu widmen.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

8. Der Obmann des Weinbau-Vereines im XVII. Bezirke dankt dem Gemeinderathe für die dem Vereine pro 1893 zugewendete Subvention von 100 fl.

Wird zur Kenntnis genommen.

9. In der letzten Sitzung hat Herr Gem.-Rath Dr. Rader die Anfrage gestellt, ob der Bürgermeister geneigt sei, im Gemeinderathe über den Stockwerks-Aufbau auf die Schule in Weinhaus, welche mit einem Betrage von 25.000 fl. veranschlagt erscheint, nachdem die Schule selbst ein bloßes Kostenerfordernis von 23.755 fl. hatte, Auskunft zu geben.

Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern:

Für die Vergrößerung der Schule in Weinhaus, Köhlergasse 1, sind vom Stadtbauamte in Gemäßheit des Magistrats-Auftrages vom 20. Mai 1893, Z. 9297, Alternativ-Projecte vorgelegt worden,

von denen mit Gemeinderaths-Beschluss vom 12. Mai d. J., Z. 2754, jenes genehmigt worden ist, nach welchem auf diesem Gebäude ein neues Stockwerk aufzuführen, ferner die derzeitige Oberlehrer-Wohnung zu Lehrzimmern zu adaptieren, der für die Schule nicht ausreichende Turnsaal durch die Einbeziehung der Schuldiener-Wohnung zu vergrößern und eine Wohnung im Tracte gegen die Herrengasse neu herzustellen ist.

Für diese gesammten baulichen Herstellungen, inclusive Beistellung der Einrichtung sind die Kosten approximativ mit 25.000 fl. berechnet worden, wovon auf die Arbeiten zur Erbauung eines neuen Geschosses und die Einrichtung desselben 19.000 fl. entfallen. Hiezu wird noch bemerkt, dass dieses Schulhaus eine verbaute Fläche von 467 m² besitzt, daher per 1 m² inclusive Beistellung aller Einrichtungsstücke 40 fl. 70 kr. entfallen, welcher Betrag nicht zu hoch erscheint, nachdem bei Schulneubauten für 1 m² überbaute Fläche durchschnittlich 40 fl. entfallen.

Der Rest per 6000 fl. obiger Summe entfällt auf die nothwendigen Adaptierungen in den alten Geschossen und auf die Verbesserung der sanitären Verhältnisse in dieser Schule, wie Höherlegung und Isolierung des Turnsaal-Fußbodens, Herstellung eines harten Brettelbodens in demselben sowie in den neu gewonnenen Lehrzimmern der alten Geschosse, Ersatz der nicht entsprechenden Öfen, Herstellung einer Ventilationsanlage und Einführung der Gasbeleuchtung in sämmtliche Lehrzimmer, weil dieselbe dermalen unzureichend ist.

Nach dem Projecte sollen die neu gewonnenen Räume dieses Schulhauses in einer Weise eingerichtet werden, dass sie den derzeit in hygienischer Beziehung gestellten Anforderungen entsprechen, wie dies vom löblichen Gemeinderathe bei allen in letzter Zeit in den verschiedenen Bezirken neu aufgeführten oder umgestalteten Schulhäusern genehmigt worden ist.

Dazu ist noch zu bemerken, dass die Kostenanschläge, welche die Grundlage dieser Berechnung bilden, nach dem vom Gemeinderathe als Norm aufgestellten Preistarife abgefasst werden müssen. Dieser Preistarif erscheint mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse höher als die üblichen Preise, welche im Gewerbe gefordert werden, daher es kommt, dass bei den Vergebungen immer das Ergebnis ein gegen den Voranschlag günstigeres ist.

10. Ich habe weiters zu antworten auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Büsch, welche lautet (liest):

„Wem unterstehen die der freiwilligen Feuerwehr Unter-Meidling zugetheilten Telegraphisten, da solche, zum Ärgernis des Hauptmannes, auf das Bezirksamt zu rapportieren verhalten werden und während deren Abwesenheit der Telegraphenapparat ohne Bewachung ist?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass den freiwilligen Feuerwehr-Hauptleuten nicht mit einem untergeordneten Tone begegnet werde seitens mehrerer städtischer Organe, da eine subordinierte Behandlung weder zum Wohle der Bürger, noch zur Ehre der städtischen Organe gereicht?"

Ich habe zunächst zu erwidern, dass die in Frage kommenden Herren Feuerwehr-Hauptleute einvernommen worden sind und folgende Äußerungen abgegeben haben:

Herr Josef Reichl, Hauptmann der freiwilligen Feuerwehr Gaudenzdorf, gibt an (liest):

„Seit dem Bestande des Bezirksamtes für den XII. Bezirk ist mir niemand von dem Amtspersonale in dem häufigen Verkehr, den ich mit dem Amte pflege, unhöflich oder in einem groben Tone entgegengekommen und will ich nur bemerken, dass oft bei mündlich vorgebrachten Ansuchen denselben sofort seitens des Amtes willfahrt worden ist.

Ich habe nicht den geringsten Anlass zur Beschwerde und muss das Benehmen sämmtlicher Beamten des Bezirksamtes als ein äußerst höfliches bezeichnen."

Hauptmann Wilhelm Schedifka (freiwillige Feuerwehr Unter-Meidling) (liest):

„Ich habe mich über den Verkehrston im Bezirksamte XII nicht im geringsten zu beklagen und bin selbst über den Theil der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Büsch, betreffend die Behandlung der Feuerwehr-Hauptleute, erstaunt."

In der Sache selbst habe ich darauf zu verweisen, dass laut §. 29 der Feuerpolizei-Ordnung der städtischen Berufs-Feuerwehr die Besorgung des Feuer-Signaldienstes obliegt, und dass in die Instruction für jene städtischen Feuerwehrmänner, welche den freiwilligen Feuerwehren zur Dienstleistung zugewiesen sind und den Telegraphendienst besorgen, die Bestimmung aufgenommen wurde, dass sie dem Hauptmann der freiwilligen Feuerwehr unterstehen, aber auch die Weisungen des städtischen Feuerwehr-Commandos zu befolgen haben.

Nach Mittheilungen des Bezirksamtsleiters haben schon vor der Vereinigung mit Wien die Telegraphisten der freiwilligen Feuerwehr Unter-Meidling täglich dem dortigen Bürgermeister persönlich Rapport abgestattet, und ist seit der Vereinigung ohne weitere Weisung dem Bezirksamte, respective der Bauamtsabtheilung mündlich rapportirt worden; diesbezüglich ist eine Abänderung dahin getroffen worden, dass dieser Rapport im telephonischen Wege stattfindet.

11. Weiters ist eingelaufen eine Petition der Anrainer des Pferdemarktes im V. Bezirke gegen die Errichtung eines Pferdeschlachthauses in der Reitschule des Pferdemarktes, überreicht vom Herrn Gem.-Rath Strobach und Genossen:

Löblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die unterzeichneten Haus- und Grundeigenthümer erlauben sich gegen die Errichtung eines Pferdeschlachthauses am städt. Pferdemarkte im V. Bezirke Margarethen nachstehende Vorstellungen zu machen:

1. Infolge der sich immer schlechter gestaltenden Erwerbsverhältnisse und durch die nahezu 15.000 leerstehenden Wohnungen im Gebiete der Stadt Wien wird das Vermieten von Wohnungen immer schwieriger und würden durch die Errichtung des projectierten Pferdeschlachthauses in unserem Bezirke derart missliche Verhältnisse geschaffen, dass ein An-Mann-bringen der Wohnungen in der Umgebung vorgenannten Objectes geradezu unmöglich wäre.

Andererseits fände sich wohl auch nicht so leicht ein Unternehmer, der dort innehabende Gründe verbauen oder zum Zwecke der Verbauung erwerben würde.

In Berücksichtigung dessen kann somit von einer ganz bedeutenden Entwertung des gesammten Realbesitzes in jenem Theile Margarethens nur mit vollem Rechte gesprochen werden.

2. Durch die Erweiterung des Bezirkes in der Richtung des bestehenden Pferde-, Heu- und Strohmarktes ist dieser selbst schon bereits in das Weichbild Margarethens zu liegen gekommen und wäre es ja nur im Interesse einer lebhaften und gedeihlichen Entwicklung unseres Bezirkes gelegen, wenn dieser Markt, der vorgenannter Entwicklung nur hindernd im Wege ist, aus dem Bezirke selbst verlegt würde. Durch die Errichtung des Pferdeschlachthauses aber würde ein Hindernis mehr geschaffen, das die Erfüllung dieses Wunsches, einer der sehnlichsten der Bevölkerung des ganzen Bezirkes, in wohl unabsehbare Ferne rücken würde.

3. Wird in Betracht gezogen, dass jetzt schon täglich 70 und auch mehr Pferde geschlachtet werden und die Canalisierung jenes Theiles des Bezirkes die mangelhafteste ist und aus mancherlei Gründen auch nicht ohneweiters allen Anforderungen entsprechend durchgeführt werden kann, so würden durch Errichtung des Pferdeschlachthauses sanitäre Übelstände geschaffen, die nicht nur für die nächsten Anrainer, sondern auch für weitere Kreise von äußerst widerwärtigen Folgen sein könnten.

4. Erwachsen durch geplante Errichtung des Schlachthauses dem Bezirke absolut keine wie immer namenhabende Vortheile, sondern könnten eventuell nur der eine oder andere Besitzer eines dort gelegenen Gasthauses persönlichen Nutzen ziehen.

In Würdigung dessen geben sich die Unterzeichneten der zuversichtlichen Hoffnung hin, Ein löblicher Gemeinderath werde nach Prüfung der hier angeführten, die vitalsten Interessen des V. Bezirkes „Margarethen" berührenden Gründe von der projectierten Errichtung des Pferdeschlachthauses am städt. Pferdemarkte Umgang nehmen und die Bewohner des Bezirkes je eher durch die Verlegung des bestehenden, die Entwicklung Margarethens nur hindernden Heu- und Strohmarktes beglücken.

Diese Petition wird an den Magistrat zur Berichterstattung geleitet.

12. Endlich habe ich bekanntzugeben, dass vom Herrn Gem.-Rath Steiner und Genossen ein Antrag eingebracht wurde, dahin gehend, der Herr Bürgermeister werde ersucht, eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderathes einzuberufen mit der Tagesordnung: „Berathung und Beschlussfassung über die vom Gemeinderathe aus Anlass der geplanten Concessionierung der Stadtbahnlinien an eine Privatgesellschaft an allerhöchster Stelle zu unternehmenden Schritte." Ich habe hier hinzuweisen auf §. 62 des Statuts, woselbst gesagt ist, dass der Gemeinderath so oft zusammentritt, als die Geschäfte es erfordern, und dass der Herr Bürgermeister verpflichtet ist, eine Sitzung einzuberufen, sobald dieses Verlangen von wenigstens 46 Gemeinderaths-Mitgliedern schriftlich gestellt wird. Der Antrag ist von mehr als 46 Gemeinderäthen unterschrieben, es entfällt jedoch, wie ich glaube, die Anordnung einer außerordentlichen Sitzung deshalb, weil der Gemeinderath normal allwöchentlich zweimal sich versammelt und überdies für nächsten Freitag ein Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt ist, bei dessen Berathung die volle Möglichkeit ist, solche Anträge, wie sie hier angedeutet sind, zu stellen. Es soll nämlich nächsten Freitag die Berathung über das Übereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Eisenbahnbau-Unternehmung bezüglich der Auftheilung der Kosten der Wienfluss-Einwölbung, soweit sie auf die Wienfluss-Einwölbung und den Eisenbahnbau entfallen, stattfinden.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Jährlich werden Tausende von Gulden als Subventionen an Vereine und Anstalten vom Gemeinderathe bewilligt, dass aber nicht immer in gleicher Weise vorgegangen wird, beweist ein Beschluss des löblichen Stadtrathes vom 17. Mai d. J., wo der Katholische Schulverein für Österreich mit seinem Ansuchen um eine Subvention für das katholische Lehrerseminar in Währing abgewiesen wurde.

Wenn man bedenkt, dass ein Deutscher Schulverein, die evangelische Schule und andere Anstalten verschiedener Confessionen anstandslos subventioniert werden und die katholischen Christen doch den größten Percentsatz der Bevölkerung betragen, so kann ich mich gar nicht genug verwundern, dass ein derartiges Ansuchen vom löblichen Stadtrath abgelehnt wurde.

Ich erlaube mir daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebenen Anfragen zu stellen:

Warum wurde das Ansuchen des Katholischen Schulvereines abgewiesen?

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, das Ansuchen des Katholischen Schulvereines für Österreich vor das Plenum des Gemeinderathes gelangen zu lassen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Eines der schönsten christlich-katholischen Feste ist das Frohnleichnamsfest; an diesem Tage werden in allen christlichen Pfarren feierliche Processionen abgehalten, wo sich auch bisher die christlich-katholische Schuljugend betheiligte, nun will man, wie ich höre, nach einem Beschluss des löblichen Bezirksschulrathes der Stadt Wien, diesen so schönen, hunderte von Jahren bestehenden Gebrauch abstellen.

Wenn man als Kind christlicher Eltern geboren und erzogen wurde und weiß, wie sich jung und alt auf dieses so schöne Fest immer freute, so ist dies sozusagen ein Faustschlag für die christlich-katholische Bevölkerung zu nennen, wenn man nur immer an den Sitten und Gebräuchen der Katholiken rüttelt.

Ich glaube daher im Sinne der ganzen christlichen Bevölkerung zu handeln, wenn ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage erlaube:

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, als Vorsitzender des löblichen Bezirksschulrathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass dieser Beschluss des löblichen Bezirksschulrathes wieder aufgehoben wird?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe nur darauf zu erwidern, dass dem Vorsitzenden des Bezirksschulrathes nicht die Macht zusteht, einen Beschluss der Schulbehörde zu sistieren.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rathes Buschan:**

Die der Schmelz zu gelegenen Partien mehrerer Straßen des XVI. Bezirkes entbehren jeglicher Bespritzung. Die Straßenbespritzung erfolgt nämlich noch immer nach der Vereinbarung der alten Gemeinden Neulerchenfeld und Ottakring, welche aus einer Zeit stammt, wo diese Straßentheile noch unverbaut waren. Nachdem jedoch heute dieselben fast vollständig verbaut sind, sich z. B. auf einem solchen Theile der Liebhartsgasse eine große Doppel-Volksschule und ein für 100 Pfründner Raum bietendes Versorgungshaus, das „Wilhelminenheim", befindet und noch immer keine Straßenbespritzung erfolgt, hat der Bezirksausschuß einen diesbezüglichen Antrag auf Erweiterung der Straßenbespritzung gefasst und beim Magistrate unterm 10. April d. J., Z. 1410, eingebracht, welcher bereits am 15. April an das Stadtbauamt abgetreten wurde.

Weil jedoch bis heute keine diesbezügliche Erledigung stattgefunden, die Klagen der in diesen Straßentheilen domicilierenden Parteien aber täglich zunehmen, erlaubt sich der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die dringende Anfrage zu stellen,

ob derselbe geneigt wäre, das Erforderliche zu veranlassen, damit die so nothwendige Erweiterung der Straßenbespritzung im XVI. Bezirke sobald als möglich auch durchgeführt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, es wird dem Wunsche des Herrn Interpellanten besser entsprochen werden, wenn diese Anfrage als Antrag behandelt und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung sofort unterzogen wird. (Rufe: Einverstanden!)

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rathes Buschan:**

Nachdem sowohl bei dem am 2. Mai d. J. stattgehabten Brande in Hütteldorf, dem mehrere Objecte zum Opfer fielen, sowie bei der am Pfingstmontag in Simmering eingetretenen Brandkatastrophe die am Brandplatze erschienenen Feuerwehren unzureichend waren, viele freiwillige Feuerwehren aber infolge der bestehenden Fahrrayons-Eintheilung nicht in Action treten durften oder erst im Momente der höchsten Gefahr auf die Brandstätte beordert wurden, stellt der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die dringende Anfrage:

ob derselbe geneigt sei, die geeigneten Schritte veranlassen zu wollen, dass diese, die Thätigkeit der freiwilligen Feuerwehren hemmende Fahrrayons-Eintheilung, welche auch im Publicum bereits sehr missfällig beurtheilt wird, baldmöglichst aufgehoben oder den Verhältnissen entsprechend modificiert werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Interpellation des **Gem.-Rathes Seiler:**

Nachdem der vom Gefertigten gestellte Antrag betreffs Creierung eines Schiedsgerichtes am Central-Viehhofe in St. Marx bereits im vorigen Jahre und ebenso bei der Budget-Debatte in diesem Jahre vom Gemeinderathe angenommen wurde; nachdem sich ferner die dringende Nothwendigkeit einer baldigen Einführung dieser Institution von Tag zu Tag fühlbarer macht und das Inslebentreten derselben von Seite der betheiligten Geschäftsleute mit berechtigter Sehnsucht erwartet wird, erlaubt sich der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten:

In welchem Stadium der Berathung befindet sich dieser Gegenstand, und wann wird der Entwurf einer diesbezüglichen Schiedsgerichts-Ordnung dem Gemeinderathe voraussichtlich zur Beschlussfassung vorgelegt werden?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich kann darauf nur erwidern, dass die Vorlage seitens des Magistrates ausgearbeitet worden ist und in den nächsten Tagen an den Stadtrath und sohin an den Gemeinderath gelangen wird.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Zimmermann:**

Unter Berufung auf den Gemeinderaths-Beschluss vom 13. Jänner 1893: „Das Stadtbauamt hat die Studien wegen seinerzeitiger Einbeziehung von Hochquellen fortzusetzen und über das Resultat der Erhebungen baldigst Bericht zu erstatten; der Magistrat wird beauftragt, während der jetzigen Winterszeit die wahrscheinlicherweise hiebei in Frage kommenden Quellen einer mehrmaligen Messung unterziehen zu lassen; der Herr Bürgermeister wird ersucht und ermächtigt, unverzüglich alle Erhebungen wegen Einbeziehung neuer Quellen aus dem Gebiete des Sonnwendstein, des Semmering und Ottergebirges zu treffen und Vorverhandlungen mit den Eigenthümern der als geeignet befundenen Quellen, sowie mit den Wasserbezugsberechtigten zu pflegen. Hierüber wolle der Herr Bürgermeister in möglichst kurzer Zeit Bericht an den Gemeinderath erstatten lassen", beehre ich mich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Welche Erhebungen wurden bisher zur Erfüllung vorstehender Beschlüsse des Gemeinderathes gepflogen?

2. Wurde der Monat Jänner d. J., welcher als die kälteste Periode seit nahezu 50 Jahren in hervorragender Weise geeignet gewesen wäre, die Minima des Wasserabflusses bei den verschiedenen in Betracht kommenden Quellen zu erproben, zur Vornahme von Probemessungen benützt, und wenn ja, welches Resultat haben diese Messungen ergeben?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Koch** und Genossen:

Die Gefertigten erlauben sich, den Antrag zu stellen:

die technischen Kräfte bei dem Bauamte des XI. Bezirkes Simmering durch Aushilfe zu verstärken, um die Baugesuche der Hausbesitzer, welche durch den letzten Brand verunglückten und ihre Objecte wieder aufbauen müssen, baldmöglichst erledigt zu erhalten.

Die Gefertigten sind zu diesem Antrage aus dem Grunde veranlasst, als bei obigem Bauamte Baugesuche, welche schon seit zwei, ja selbst zweieinhalb Monaten eingereicht wurden, bis heute nicht ausgetragen sind, daher bei einem neuerlichen Zuwachs von circa 20 Gesuchen eine Erledigung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, während welcher Zeit die ohnehin so schwer Betroffenen nahe ohne Obdach bleiben müssen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Bemerkung zu machen, dass die Zuweisung der Beamten Sache des Herrn Bürgermeisters ist. Übrigens kann ich mittheilen, dass bereits Anstalten getroffen worden sind, dass die hier erwähnten Rückstände zur Aufarbeitung gelangen und die zu gewärtigenden Baugesuche in kürzester Frist ihre Erledigung finden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Linke:**

Der ungeheuere Brand, welcher am Pfingstmontag in Simmering 36 Objecte eingeäschert hat, zeigt die Nothwendigkeit der Herstellung von Straßen in diesem verunglückten Gebiete, welches in der Gestalt eines Dreieckes zwischen der Hauptstraße, Felbergasse und Dorfgasse eingeengt ist, und welches schon vor drei Jahren von einem Brande heimgesucht wurde, weil einerseits die complete regellose Verbauung dieses Terrains mit leicht verbrennbaren Objecten das Umsichgreifen des Feuers förderte und andererseits der Mangel der erforderlichen Zufahrten die Action der heldenmüthig thätigen Feuerwehren sehr erschwert.

Jetzt ist dieses Gebiet schon fast zur Gänze ausgebrannt und infolge dessen die Regulierung desselben und die Herstellung der geeignetsten Straßen sehr leicht möglich.

Ich stelle deshalb den Dringlichkeits-Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es sei das Gebiet zwischen der Hauptstraße, Felbergasse und Dorfgasse, und zwar zur Gänze, nicht bloß stückweise und sofort einer den Anforderungen der Bauordnung, der Straßen- und Feuerpolizei entsprechenden Regulierung zu unterziehen und für die Herstellung der diesem Zwecke entsprechenden Straßen Sorge zu tragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

21. Antrag der **Gem.-Räthe Karl Johann Müller** und **Karl Moriz Mayer** sammt Genossen:

Nicht jeder Familie ist es gegönnt, die heißen Monate des Jahres in einer Sommerfrische zu verbringen.

Um hiefür einen theilweisen Ersatz zu bieten, war die Gemeindevertretung Wiens seit Decennien bemüht, durch Garten- und Alleen-Anlagen in allen Bezirken Plätze zu schaffen, wo die von der Tagesarbeit ermüdeten Mitbürger Ruhe und Entschädigung finden sollten für das ihnen aus diesem oder jenem Grunde unerreichbare Leben am Lande.

Nun sind aber diese Anlagen nicht immer den Bedürfnissen entsprechend mit Sitzbänken ausgestattet oder entbehren solcher gänzlich, wie beispielsweise die Alleen der Kaiser Josefstraße im II. Bezirke, während durch Aufstellen von etwa 20 Bänken vielen Bewohnern der dichtbevölkerten Leopoldstadt Gelegenheit geboten wäre, die Abendstunden dort genießen zu können.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der löbl. Stadtrath möge die Aufstellung einer entsprechenden Anzahl von Sitzbänken in der Allee der Kaiser Josefstraße im II. Bezirke anordnen und deren Erhaltung in die Obsorge des Herrn Bezirksvorstehers des II. Gemeindebezirkes übergeben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Weitmann** und Genossen:

Unter den großen Verkehrsadern, welche das Centrum der Stadt mit den gegen die Peripherie zu gelegenen Vorstadt- und Vorortebezirken verbinden, nimmt die Lerchenfelderstraße eine hervorragende Stelle ein.

Genau in der Achse der Lerchenfelderstraße liegt außerhalb des Linienwalles die Thaliastraße, welche ihrer ganzen Länge nach ausgebaut, von der früheren Stadtgrenze bis an den Abhang des Galizynberges reicht.

Wird die Lerchenfelderstraße mit der Thaliastraße durch den nothwendigen Durchbruch des Hauses Nr. 123 auf der Kaiserstraße verbunden, so bilden beide Straßen zusammen einen der größten und für den Verkehr wichtigsten Straßenzüge, der von der Ringstraße bis zu den Ausläufern des Wienerwaldes führt.

Mit Rücksicht auf den außerordentlich lebhaften Verkehr in der Lerchenfelderstraße sah sich die Gemeinde schon vor zwei Jahren veranlasst, eine provisorische Öffnung des Linienwalles in der Blindengasse nächst der städt. Leichenkammer vorzunehmen. Dieselbe erwies sich aber bald für den Verkehr als höchst ungeeignet und hat einen einer großen Stadt geradezu unwürdigen Zustand geschaffen. Nunmehr soll an die Änderung desselben geschritten werden. Statt aber von dem Hause Nr. 123 Kaiserstraße den zur Verbindung der Lerchenfelderstraße mit der Thaliastraße im gleichen Niveau nothwendigen Theil einzulösen, wurden nur Verhandlungen wegen Expropriation des dem Hause Nr. 123 angebauten ebenerdigen Gewölbes eingeleitet, wodurch eine vollkommene Verbindung der Lerchenfelderstraße mit der Thaliastraße wieder nicht möglich und an Stelle des einen unhaltbaren Provisoriums ein anderes ebenso zweckwidriges geschaffen wird. Um nun diese für den Verkehr und die bauliche Entwicklung dieses Stadttheiles gleich wichtige Verbindung der Lerchenfelderstraße und der Thaliastraße endlich herbeizuführen, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderath beschließe, es seien neuerlich Verhandlungen mit dem Eigenthümer des Hauses Nr. 123 wegen Verkauf dieses Hauses an die Gemeinde Wien einzuleiten, beziehungsweise im Falle der Erfolglosigkeit derselben die Expropriation dieses ganzen Hauses anzustreben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Nachdem ich den Antrag geschäftsordnungsmäßig eingebracht habe, erlaube ich mir, den Herrn Vorsitzenden zu bitten, den von mir eingebrachten Antrag geschäftsordnungsmäßig durch den Herrn Schriftführer zur Verlesung zu bringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe darauf zu bemerken, dass die Erledigung dieses Antrages nicht bedingt, dass derselbe zur Verlesung gebracht werde. Nach dem Statut hat der

Herr Bürgermeister, sobald eine genügende Anzahl von Gemeinderäthen dies verlangt, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen.

Es ist dies also ein Ansuchen an den Herrn Bürgermeister.

Ich habe aber zur Aufklärung der Angelegenheit die Mittheilung gemacht, dass dieses Ansuchen eingelangt ist und dass es nicht nothwendig ist, diese Sitzung einzuberufen oder auszuschreiben, weil nächsten Freitag ohnehin ein Gegenstand auf der Tagesordnung erscheint, bei dessen Berathung der Herr Antragsteller genügend Gelegenheit hat, seinen Ansichten Ausdruck zu geben.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ich bin nicht der Meinung, dass gelegentlich der Berathung des Vertrages, welcher zwischen der Firma Krauß & Comp., respective der Gesellschaft und der Gemeinde abzuschließen ist, über jenen Gegenstand berathen und beschlossen werden kann, welcher vom Herrn Gem.-Rath Steiner angeregt worden ist. Der Antrag Steiner, respective seine Anregung bezieht sich darauf, dass über die Concession selbst und über die Bedingungen, unter welchen die Concession an die Firma Krauß & Comp. gegeben wurde, gesprochen und Beschluss gefasst werden soll. Nun wüßte ich nicht, wieso darüber gelegentlich der Berathung des Vertrages berathen und Beschluss gefasst werden könnte. Das ist eine Unmöglichkeit. Uebrigens läßt sich die Sache sehr leicht machen, wenn der Gegenstand, den der Herr Gem.-Rath Steiner angeregt hat, als besonderer Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird, so dass in dieser Beziehung eine Berathung und Beschlussfassung des Gemeinderathes stattfinden kann. Ich würde mir erlauben diese Anregung zu geben und glaube, dass derselben Folge geleistet wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe darauf zu erwidern, dass meiner Ansicht nach der Herr Antragsteller die Form vollständig verfehlt hat. Es geht nicht an, ohne Vorberathung die Sache im Plenum des Gemeinderathes zur Berathung und Beschlussfassung zu bringen. Es wäre also richtig gewesen, einen Antrag zu stellen des Inhaltes, ungefähr wie er hier gegeben ist, und für die Berathung des Referates des Stadtrathes dann eventuell eine außerordentliche Sitzung zu verlangen. Das ist der richtige Weg; aber eine außerordentliche Sitzung mit dieser Tagesordnung zu verlangen, ist nicht möglich, weil nach dem Statut ein Antrag ohne Vorberathung durch den Stadtrath hier nicht zur Berathung gelangen kann.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Nachdem uns der Herr Vorsitzende mitgetheilt hat, dass nächsten Freitag über einen ähnlichen Gegenstand hier referirt wird, so erlaube ich mir den Antrag zu stellen, dass dieser Antrag, welchen ich auch unterzeichnet habe, dem betreffenden Stadtraths-Referenten zugewiesen werde, damit derselbe unter möglichster Berücksichtigung dieses Antrages im Plenum referiere.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe bereits erklärt, dass nach dem Statut jeder Antrag durch den Stadtrath vorzuberathen ist. Es wäre also richtig gewesen, den Antrag zuerst einzubringen, dessen Vorberathung zu ermöglichen und für die Beschlussfassung des bezüglichen Referates, wenn dies gewünscht wird, eine außerordentliche Sitzung zu verlangen. Das ist der richtige Vorgang.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, mein Antrag geht dahin, dass dieser Antrag dem betreffenden Referenten, respective dem Stadtrathe zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Dann ist es nöthig, dass der Antragsteller seine Zustimmung gebe, dass, abgesehen von der Anordnung der außerordentlichen Sitzung, dieser Antrag hier verlesen werde, damit er dem Stadtrathe zugewiesen werden könne. Ich stelle also an Herrn Gem.-Rath Steiner die Anfrage, ob er damit einverstanden ist.

Gem.-Rath Steiner: Für die Verlesung bin ich jedenfalls; aber ich glaube, wenn der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen wird, wird es zu spät sein; mittlerweile ist die Concessionsurkunde unterzeichnet.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir müssen die Vorschriften des Statuts unbedingt einhalten, davon sind ja die Herren sämmtlich überzeugt. Ich bitte den Herrn Schriftführer, den Antrag zu verlesen; derselbe wird dann dem Stadtrathe zugewiesen werden. (Rufe: Ganz verlesen!) Es wird beantragt, dass der Antrag Steiner ganz zur Verlesung gebracht werde. Ich bitte, jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest vollinhaltlich folgenden Antrag):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner** und Genossen:

Nach einem Communiqué der „Wiener Abendpost" wurde im Handelsministerium, betreffend die Concessionierung der Localbahnen der Wiener Stadtbahn an die Dampftramway-Gesellschaft Krauß & Comp. mit dieser Gesellschaft eine Vereinbarung geschlossen.

Der Gemeinderath hat bereits in seiner Sitzung vom 24. Mai 1892 sich gegen die Verleihung an Krauß & Comp. ausgesprochen und den Beschluss gefasst, selbst um die Concession anzusuchen, und auch in den gesetzgebenden Körperschaften wurde die Regierung durch Resolutionen aufgefordert, diese Linien, welche die rentabelsten der ganzen Stadtbahn sein werden, nicht an Privatunternehmer zu concessionieren.

Es ist geradezu staunenswert und unglaublich, dass dessenungeachtet mit der Krauß'schen Gesellschaft Concessionsverhandlungen eingeleitet wurden und dass die Regierung heute thatsächlich bereit ist, die Concession unter den veröffentlichten, für die Unternehmer außerordentlich günstigen Bedingungen der genannten Gesellschaft zu ertheilen.

Während die Bevölkerung der Stadt Wien und — nachdem auch der Staat hiezu beiträgt — eigentlich die Bevölkerung des ganzen Reiches die Steuergulden aufbringen muss, um die Verzinsung des Anlagecapitals der unrentablen Gürtellinien aufzubringen, hat die Regierung den traurigen Muth, entgegen dem ausgesprochenen Wunsche der Gemeinde Wien, jene Linien, welche den Ausfall bei den unrentablen Linien zu decken geeignet wären, an eine Privatgesellschaft zu überlassen, und dies heute, wo officiell das Princip der Verstaatlichung der Eisenbahnen anerkannt und durchgeführt wird.

In keinem Staate der Welt dürfte sich eine Regierung eine den öffentlichen Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufende und eine derart rücksichtslose Behandlung der Gemeindevertretung der ersten Hauptstadt des Reiches erlauben. Geradezu haarsträubend erscheinen überdies die Bedingungen der geplanten Concessionsertheilung.

Von dem fünf Percent des Actiencapitals übersteigenden Reingewinn ist ein Zehntel, sage bloß Ein Zehntel des Überschusses der Verkehrs-Commission zuzuweisen. Die Participation des Staates, beziehungsweise der Gemeinde an dem Reingewinn des Unternehmens, ist daher gleich Null zu betrachten.

Wenn der Staat die Bahn einlösen will, muss er mindestens eine fünfpercentige Verzinsung des Actiencapitals und die Tilzungsquote bieten, außerdem aber die Prioritätsschulden übernehmen.

Ja, für den Fall, dass die Betriebsergebnisse der letzten sieben Jahre nicht hinreichten, um das Anlagecapital mit vier Percent zu verzinsen, ist der Staat sogar gehalten, diesen Zinsenausfall für die vergangene Zeit zu vergüten.

Man traut seinen Augen nicht, wenn man eine derartige, bisher in gar keiner Eisenbahn-Concessionsurkunde vorgekommene Concessionsbestimmung liest, und ist beinahe gezwungen, anzunehmen, dass man sich mit der Veröffentlichung derselben bloß einen Scherz machen wollte.

In dieser für die Stadt Wien so überaus wichtigen Frage ist, davon sind die Antragsteller überzeugt, die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Parteistellung und gewiss auch der gesammte Gemeinderath der Stadt Wien einig und entschlossen, mit allen zulässigen Mitteln gegen die geplante Concessionierung Stellung zu nehmen.

Die Gefertigten erlauben sich daher, im Hinblicke auf die Dringlichkeit der Angelegenheit den Antrag zu stellen:

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, sofort eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderathes einzuberufen mit der

Tagesordnung: „Berathung und Beschlussfassung über die vom Gemeinderathe aus Anlass der geplanten Concessionierung der Stadtbahnlinien an eine Privatgesellschaft an allerhöchster Stelle zu unternehmenden Schritte."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Dieser Antrag wird, insoweit in demselben eine Petition in Aussicht genommen ist, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Schneiderhan.

24. Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Ich habe die Ehre, zur Zahl 3409 über ein Ansuchen der Verwaltung der Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule für arme Mädchen in Gumpendorf um eine Subvention zu berichten. Diese Anstalt erhält schon durch viele Jahre von der Gemeinde eine Subvention, und zwar in der Höhe von 840 fl. Der Bezirks-Schulinspector und alle Ämter befürworten dieses Ansuchen mit dem Hinweise darauf, dass die Anstalt ihrem Zwecke entspricht und eine große Anzahl von Kindern sowohl in der Kinderbewahranstalt, als in der Arbeitsschule untergebracht sind. Es wird vom Stadtrathe beantragt, diese Subvention heuer wieder zu gewähren. Ich bitte Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Der Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule für arme Mädchen in Gumpendorf wird eine Subvention von 840 fl. pro 1893 bewilligt.

25. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe die Ehre, zur Zahl 3081 zu referieren, über das Ansuchen des Döblinger Kirchenmusik-Vereines um eine Subvention. Dieser Verein hat im vergangenen Jahre eine Subvention von 50 fl. erhalten. Der hochwürdige Herr Pfarrer, der Vorstand des Vereines ist, sucht dermalen um Erhöhung der Subvention an, indem er darauf hinweist, dass der Verein jährlich über 100 Kindern unentgeltlich Unterricht im Gesang und in der Musik ertheilt.

Seitens des Magistrates und der Buchhaltung wird beantragt, dem Vereine wie im Vorjahre 50 fl. zu bewilligen. Der Stadtrath hat aber beschlossen, dem Ansuchen zu willfahren und eine Subvention von 100 fl. zu beantragen.

Es wird von der Buchhaltung darauf hingewiesen, dass, wenn ein höherer Betrag bewilligt wird, zur betreffenden Budget-Rubrik, die bereits erschöpft ist, ein Zuschusscredit verlangt werden müsste.

Nachdem nun der Stadtrath beschlossen hat, eine Subvention von 100 fl. zu beantragen, bitte ich, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben und gleichzeitig auch einen Zuschusscredit von 50 fl. zur betreffenden Rubrik zu bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Dem Döblinger Kirchenmusik-Verein wird eine Subvention von 100 fl. pro 1893 bewilligt.

26. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Zahl 89. Es handelt sich um den Ankauf eines Platzes im XVI. Bezirke, gelegen an der Gablenzgasse, im Ausmaße von 777 □°, und zwar zum Einheitspreise von 28 fl. per Quadratklafter. Dieser Platz soll zwecks der Erbauung einer Doppel-Volksschule und eines Volksbades erworben werden. Es ist in Aussicht genommen, die Parcellen — es sind deren fünf — in der Weise zu verwerten, dass die Doppel-Volksschule gegen die Gablenzgasse und gegen den Habsburgerplatz zu liegen kommt, während das Volksbad in die Nebenstraße verlegt werden soll. Es haben bezüglich der Erbauung dieser beiden Objecte Verhandlungen stattgefunden. Vorerst war in Aussicht genommen, dass die Schule auf den zwei Mittelbaustellen erbaut werden soll, womit aber eine unzweckmäßige Ausnützung des Grundes erfolgt wäre. Die Herren können dies aus dem Plane ersehen, der hier beiliegt. Es wären Lehrzimmer nach dem Hofe zu disponiert gewesen und diese Lehrzimmer würden keine günstige Beleuchtung erhalten haben, andererseits würden die Eckbaustellen, welche nicht zur Erwerbung bestimmt waren, mit Zinshäusern verbaut, gewiss eine lästige Nachbarschaft für die Schule abgegeben haben. Es hat daher der Stadtrath den Beschluss gefasst, dem geehrten Gemeinderath zu empfehlen, den ganzen Baublock, bestehend aus fünf Parcellen, anzukaufen. Die Summe selbst, welche dafür zur Aufwendung gelangen soll, beziffert sich auf 21.756 fl., ein Betrag, welcher als sehr mäßig bezeichnet werden muss. Ich bemerke, dass im Budget für die Errichtung dieser Doppel-Volksschule und des Volksbades Vorsorge getroffen ist, und zwar ist für die Volksschule ein Betrag von 70.000 fl. vorgesehen, und zwar 20.000 fl. für den Bauplatz und 50.000 fl. für die erste Baurate. Für das Volksbad ist ebenfalls vorgesorgt in der Position „Volksbäder".

Es wird nun vom Stadtrathe gebeten, dem Ankauf dieses Platzes zuzustimmen und falls dieser Beschluss heute gefasst ist, wird das Stadtbauamt beauftragt werden, die Planskizzen für die Erbauung einer Doppel-Volksschule und eines Volksbades zu verfassen. Der Antrag selbst lautet:

„Es sei der an der Gablenzgasse im XVI. Bezirke gelegene und dem Herrn Julius Frankl gehörige Grund im Ausmaße von 777 □° zu dem Einheitspreise von 28 fl. per Quadratklafter behufs Erbauung einer Doppel-Volksschule und eines Volksbades anzukaufen.

Gem.-Rath Edlhofer: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe nichts gegen die Erwerbung des Platzes einzuwenden, nur bin ich nicht einverstanden mit der Erbauung einer Schule dort und mit der Erbauung eines Volksbades aus dem einfachen Grunde, weil dort noch gar keine Häuser stehen. Es ist dort noch gar nichts verbaut; es ist ganz an der äußeren Peripherie. Ich bitte also bezüglich der Schule und des Volksbades, dass die Sache an das Stadtbauamt zur neuerlichen Erhebung und Antragstellung zurückgeleitet werde.

Gem.-Rath Buschan: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Vorredners an und habe weiter nichts zu bemerken.

Gem.-Rath Dr. Kloßberg: Ich kann mich mit der Acquirierung dieses Platzes aus dem Grunde nicht einverstanden erklären, weil dieser Bauplatz drei Gassenfronten hat und nichts für die Erbauung einer Schule ungünstiger ist, als wenn man eine Schule an eine Stelle setzt, wo unmittelbar drei Gassenfronten sind; das ist die ungünstigste Verwertung für Lehrzimmer, weil man gewisse Fenster schließen muss &c. Es lässt sich der Platz nicht gehörig ausbauen. Ich glaube, draußen, wo so viele Plätze zu haben sind, wird ein weit günstigerer Platz noch zu haben sein. Aus diesem Grunde bin ich gegen den Ankauf dieses Platzes.

Gem.-Rath Tomola: Ich wollte nur meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, dass hier das Flächenausmaß in Quadratklaftern angegeben ist. (Gelächter.) Das Quadratklaftermaß ist seit

mehr als 20 Jahren in Österreich gesetzlich abgeschafft worden. Es ist auch gesetzlich der Coëfficient festgestellt worden, welcher bei Berechnungen zwischen Quadratklafter und Quadratmeter zu gelten hat. Warum führt man hier noch immer zweierlei Maß? Warum trägt man nicht dem Gesetze Rechnung, dadurch, dass man die Maße in Quadratmetern angibt? Ich möchte deshalb beantragen, dass in Zukunft das Ausmaß bloß mehr im Metermaße angegeben werde, wie es das Gesetz besagt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich wollte dasselbe sagen.

Referent: Ich werde mir erlauben, auf die Bemerkungen zu erwidern, und zwar zunächst auf die zuletzt gemachte. Das Ausmaß wird dann in Quadratklaftern angegeben, wenn in den Parcellierungsplänen die Ausmaße in Quadratklaftern enthalten sind, weil es sonst einer Umrechnung bedarf, die man allerdings leicht durchführen kann. Es kommt sehr oft vor, wenn im Grundbuche die Maße in Klaftern eingetragen sind, dass man nach Klaftern kauft, umrechnen kann sich die Sache jeder. Ich bin aber persönlich auch der Meinung, dass man möglichst mit dem neuen Maße zu arbeiten hat.

Nun komme ich auf die Bemerkung, dass der Platz nicht praktisch gewählt sei. Ich habe schon ausgeführt, dass über die Platzwahl verhandelt wurde. Nun erlaube ich mir, mitzutheilen, was über die Wahl des Platzes als Schulplatz gesagt wurde. Es hat eine Local-Commission stattgefunden, bei welcher der Bezirks-Schulinspector, der Ortsschulrath und der Bezirksvorsteher zugegen waren, und diese haben den Platz als vollkommen geeignet bezeichnet.

Es kommt zu bemerken, dass die Schule einen Ersatz für jene zu Schulzwecken occupierten Räumlichkeiten in der Abelegasse bilden solle, wo das Bezirksamt ist, welches vergrößert wird und dieserhalb die Delogierung der Schule stattfinden muss. Nun handelt es sich darum, einen Ersatz hiefür zu suchen. Dieser soll durch den Neubau gefunden werden. Bei der Commission wurde allerdings berührt, dass in der Nähe ohnedies die Schule auf dem Habsburgerplatze liege. Nichtsdestoweniger hat man den vorgeschlagenen Platz für gut gewählt befunden.

Die Bemerkung des Herrn Collegen Klotzberg beruht zum Theile auf einem Irrthume; die Ansicht wäre ja ganz richtig, dass man einen dreiseitigen Eckplatz nicht wählen soll. Ich bitte sich aber herzubemühen und den Plan in Augenschein zu nehmen.

Es wird beabsichtigt, die Schule als einfaches Eckhaus zu bauen und nach der dritten Front zu das Volksbad auszuführen. Es werden daher die einzelnen Schulzimmer nach den Straßen gelegen sein. Wenn man hier eine Straße mit 19 m Breite, wie die Gablenzgasse, und weiters einen freien Platz hat, so kann man doch nicht sagen, dass die Situation ungünstig sei, besser situieren kann man ja einen Schulbau gar nicht.

Was nun das Volksbad betrifft, so ist, wie ich glaube, auch die Bemerkung gemacht worden, dass dieser Platz nicht entsprechend gewählt erscheint. Nun hat der Herr Bezirksvorstand zwei Plätze als geeignet für die Errichtung von zwei Volksbädern bezeichnet, und zwar einen in der Neulerchenfelder Hauptstraße, im dermaligen Gemeindehause, rückwärts, wo die Schule untergebracht ist; diese Schule sollte delogiert und für das Volksbad adaptiert werden. In einer Schule das Bad unterzubringen, wo Holzdecken sind, wo man Traversendecken einziehen und die Schule erst ausmieten muss, das, glaube ich, ist kein entsprechender Vorschlag, und unsere Ämter haben mit vollem Rechte gesagt, dieser Platz sei ungünstig gewählt. Der Herr Bezirksvorstand hat dann einen zweiten Platz im allgemeinen bezeichnet und gesagt, in der Nähe der Brüsselgasse. Nun, meine Herren, dieser vom Stadtrathe vorgeschlagene Platz liegt ja in der Nähe der Brüsselgasse und es ist daher begreiflich, dass auch der Herr Bezirksvorstand mit dieser Platzwahl für das Volksbad einverstanden war. Hier liegt eine Zuschrift vor, vom Herrn Bezirksvorstande unterzeichnet, worin es heißt, er erlaube sich, das Offert des Herrn Frankl für die Überlassung eines Platzes für das Volksbad zu übermitteln, jene Baustelle, die ich den Herren bezeichnet habe. Wenn der Herr Bezirksvorstand nicht einverstanden gewesen wäre, so konnte er doch ein solches Offert nicht einreichen. Also ich glaube, meine Herren, dass diese Bedenken durch die Ansicht maßgebender Factoren widerlegt sind. Der Bezirks-Schulinspector, der Bezirksschulrath, der Ortsschulrath, der Bezirksvorsteher sind einverstanden, und so glaube ich, dürften wir wohl mit voller Beruhigung diesen Platz zum Ankaufe empfehlen.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich habe dem nicht viel beizufügen, was der Herr College Tomola gesprochen hat. Auch ich muss mich dieser Einwendung anschließen, dass in den Berichten noch nach Quadratklaftern gerechnet wird. Der Herr College Tomola hat den Antrag gestellt, dass von nun an die Berechnung nicht im alten Maße angeführt werden soll. Das ist gewissermaßen ein Vorwurf gewesen, da in Wien schon nahezu 20 Jahre nach dem metrischen Maße gerechnet wird und der Gemeinderath noch immer die Berichte mit altem Maße entgegennimmt. Ich will nur sagen, dass das nichts Neues ist und dass der alte Gemeinderath schon gelegentlich eines derartigen Referates den Beschluss gefasst hat, dass man uns nach dem metrischen Maße berichten muss; dass davon abgegangen worden ist, dafür können wir nichts und bitte ich, das zur Kenntnis zu nehmen, dass der alte Gemeinderath schon dahin gewirkt hat, dass man das neue Maß zugrunde legen soll; dass es nicht geschehen ist, daran ist der alte Gemeinderath nicht schuld.

Gem.-Rath Bärtl: Ich kann mich dem Herrn Vorredner nur anschließen, insoweit er das metrische Maß den Berichten zugrunde gelegt wissen will.

Ich habe auch Bedenken gehabt gegen die drei, respective zwei Gassenfronten und wollte mir eben die Anfrage erlauben, was der Herr Schulinspector, der Bezirksschulrath, der Ortsschulrath und der Bezirksvorsteher darüber sagen. Nachdem uns der Herr Referent darüber aufgeklärt hat, so habe ich weiter nichts beizufügen und werde dem Antrage zustimmen, umsomehr als die Vertreter des Bezirkes, welche hier im Gemeinderathe sind, auch nichts dagegen einzuwenden haben.

Gem.-Rath Edlhofer: Ich habe schon vor zwei Jahren den Antrag eingebracht auf Errichtung eines Volksbades; ich weiß nicht, warum es so lange gedauert, bis der Antrag erledigt wurde. Heute endlich kommt man mit einem Platze, welcher ganz und gar nicht zur Erbauung eines Volksbades passt, und zwar aus dem Grunde, weil dort keine Häuser sind und derselbe an der äußersten Peripherie, an der Schmelz gelegen ist, wo keine Fabriken und keine Arbeiter sind. Wer soll dorthin gehen, um zu baden? Weiters ist 50 Schritte davon eine neue Doppelschule erbaut worden; jetzt wollen wir dort eine Schule bauen, wo keine Häuser sind. Ich habe nichts gegen die Erwerbung des Grundes einzuwenden, weil die Gemeinde allenfalls nichts verlieren wird, aber ich verwahre mich dagegen, dass dort ein Volksbad und eine Schule gebaut werden. Ich bitte daher, den Antrag neuerlich an den Stadtrath zurückzuweisen.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich möchte nur wiederholt mein Bedauern aussprechen, dass ich hier eine Vorlage gefunden habe, bezüglich welcher ich offen erklären muss, dass ich keine Ahnung habe, ob dieses Schulhaus gut oder schlecht situiert ist. Abstimmen sollen wir aber, es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als uns eventuell der Abstimmung zu enthalten. Ich weiß nicht, welche Gründe für die rasche Behandlung hier maßgebend waren, vielleicht ist für die Verkaufsverhandlungen morgen der letzte Tag. Aber ich möchte doch wiederholt bitten, die Sache so zu arrangieren, dass wir wenigstens einen Tag früher eine solche Vorlage bekommen, damit man wenigstens die Möglichkeit hat, sich einen Plan anzusehen und man bei der Abstimmung gegenüber mit seinem Gewissen rein dasteht und weiß, warum man für die Sache stimmt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich erlaube mir Sie einzuladen, diesen angehefteten Plan vielleicht auf der einen Seite loszulösen und den Plan anzuschauen, der hier gezeichnet ist.

Da werden Sie finden, dass man es hier mit einer Parcellierung und zugleich mit einer Zusammenlegung von Parcellen zu thun zu haben scheint und das erklärt mir, warum eine Parcellennummer in dem Antrage gar nicht angegeben ist. Es scheint, dass hier der Herr Julius Frankl eine große Mittelparcelle, einen großen Mittelgrund hat, um welchen andere kleinere Gründe gelegen sind, welche der Betreffende angekauft oder auf eine andere Weise erworben hat. Jetzt kaufen wir ihm den Platz ab. Ich möchte daher an den Herrn Referenten die Frage richten, wie sich denn eigentlich die ganze Geschichte verhält und ob der anzukaufende Grund bereits im Grundbuch inliegend ist oder noch andere Manipulationen vorzunehmen sind. Das ist das erste, was ich zu bemerken habe, das zweite, was ich zu bemerken habe, ist das, dass es mir geradezu unbegreiflich erscheint, an einem und demselben Platze eine Volksschule und ein Volksbad zu errichten.

Wenn Sie sich vielleicht überzeugen wollen, was ein Volksbad ist, dann bitte ich Sie, in den V. Bezirk hinauszugehen und sich anzusehen, wie das Volksbad im V. Bezirke den ganzen Platz deswegen verschandelt, weil ganze Rauchwolken herausqualmen und auf diese Weise der Aufenthalt dort beinahe unleidlich ist. Nun frage ich Sie, wie kommt man denn dazu, neben einer neu zu erbauenden Volksschule einen Dampfschlott hinzubauen. Das ist mir unverständlich.

Wenn man eine Schule dort allein bauen würde, so würde ich dies begreiflich finden; wenn man aber an einem und demselben Fleck eine Volksschule und ein Volksbad errichtet, so sind das Dinge, die sich nicht vereinigen lassen. Sie werden mir doch zugeben, dass es kein Vergnügen ist, wenn die Schulzimmer durch den Rauch verunreinigt werden. Das ist kein Vergnügen und ich glaube daher, dass wir den Antrag, so wie er vorliegt, nicht annehmen können.

Ich bitte daher um die getrennte Abstimmung. Wenn es richtig ist, dass der Grund billig ist, so habe ich gegen die Erwerbung des Grundes nichts einzuwenden. Ganz entschieden bin ich aber dagegen, dass auf diesem Grund eine Volksschule und ein Volksbad erbaut werden. Dagegen bin ich ganz entschieden. Entweder das eine oder das andere. Ich bitte daher um getrennte Abstimmung, weil ich gegen die Worte „behufs Erbauung einer Volksschule und eines Volksbades" entschieden stimmen werde.

Gem.-Rath Taubler: Ich stimme dem Herrn Vorredner vollkommen zu. Es geht nicht an, dass, nachdem doch immer darauf gesehen wird, dass, wo Unterricht ertheilt wird, in der Umgebung der Schule Rauchfänge und Schlote nicht angebracht werden, wir uns schon wieder selbst übertreffen und in demselben Gebäude ein Volksbad errichten.

Ich glaube, dass die Sache doch nicht ganz gut überlegt worden ist und es wäre daher richtig, die ganze Angelegenheit an den Stadtrath zurückzuleiten behufs Trennung dieser beiden Anstalten. (Beifall.) Ich stelle in diesem Sinne einen Antrag.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich habe, meine Herren, schon vorhin an Sie die Bitte gerichtet, den Antrag abzulehnen und auf den Ankauf dieses Grundes aus dem Grunde nicht einzugehen, weil eine Schule, wenn sie drei Gassenfronten hat, absolut keine günstig gelegene Schule ist, nachdem die Lehrzimmer in günstiger Weise sich nicht vertheilen lassen. Nun hat der Herr Referent die Aufklärung gegeben, dass auch das Volksbad dort angebaut werden soll. Ich weiß zwar, dass die Architekten Unglaubliches leisten, aber wie sie das in Combination bringen wollen in architektonischer Hinsicht, wie sie in Combination bringen wollen eine drei Stock hohe Schule und ein zwei Stock hohes Volksbad, weiß ich nicht, weil immer gewisse Feuermauern sichtbar sein werden. Es ist ganz richtig, was von Herrn Dr. Lueger bemerkt worden ist, nämlich, dass dann der Dampfschlot den ganzen Tag rauchen wird. Dazu brauchen Sie für die Schule nichts mehr zu thun, als das Stadtbauamt zu ersuchen, dass die Centralluftheizung eingeführt werde, und wird dem willfahren, dann hat man den paradiesischesten Zustand, den sich die Schule nur wünschen kann. Aber auch aus einem anderen Grunde bin ich gegen die Erbauung der Schule an dieser Stelle, weil in unmittelbarer Nähe, nur zehn Häuser weit entfernt, in der Panikengasse eine Doppel-Volksschule gebaut wird, welche eigentlich noch nicht fertig ist. Ich weiß nicht, ob in diesem Bezirke draußen die Vermehrung so groß ist wie der Sand im Meere oder die Sterne am Himmel. Das ist mir nicht klar. Aber dessenungeachtet glaube ich nicht, dass ein Bedürfnis für die neue Schule vorhanden sein könnte, wenn die andere Schule noch nicht vollendet ist. Aus diesem Grunde bin ich gegen die Erwerbung des Bauplatzes und bitte, diesen Antrag abzulehnen, und zwar nicht getrennte Abstimmung vorzunehmen, sondern ihn überhaupt abzulehnen; der Stadtrath möge mit einem anderen Kaufanbot kommen.

Gem.-Rath Weitmann: Ich muss meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, dass man heute eine Volksschule und ein Volksbad an einer Stelle errichten will, wo sich thatsächlich keine Häuser befinden. Die von dem geehrten Herrn Vorredner erwähnte Schule ist vielleicht um sechs oder acht Häuser weiter herinnen und stehen dort nur wenige Häuser. Man müsste nur darauf warten, dass in Zukunft dort Häuser gebaut werden. Wofür sollen wir heute einen so riesigen Betrag ausgeben und uns in Unkosten stürzen, wenn es nicht nöthig ist? Die Schule, die dort eben gebaut wird, wird für eine Reihe von Jahren genügen. Was den Preis des Gebäudes anbelangt, so wollen wir von der Billigkeit desselben nicht reden. In derselben Gegend ist die Quadratklafter um 15 fl. höchstens 20 fl. verkauft worden und würde ich für keinen höheren Preis stimmen. Denn 25 oder 28 fl., wie hier angegeben ist, ist für jenen Baugrund entschieden zu viel. Denn er liegt bereits an der Breitenseerstraße, also sehr weit draußen und dort ist die Baulust nicht besonders rege. Das ist also ein in jeder Beziehung verunglückter Beschluss des Stadtrathes, — wie sie häufig vorkommen — wenn er heute mit dem Beschlusse kommt, dass man ein Volksbad und eine Schule dorthin bauen soll, wo keine Häuser stehen. Ich hätte vom Stadtrath etwas Besseres und Vernünftigeres erwartet.

Referent: Der geehrte Herr Vorsprecher hat soeben dem Stadtrath zum Vorwurf gemacht, dass er in Vorschlag bringt, ein Volksbad und eine Volksschule nebeneinander zu bauen. Ich muss nun constatieren, dass die verehrten Herren und auch der geehrte Herr College vor etwa 14 Tagen einem gleichen Antrage zugestimmt haben.

Ich hatte die Ehre, über den Bau einer Schule auf der Sechshauser Spitalsrealität und den Bau eines Volksbades zu referieren. Was in Sechshaus praktisch und zulässig ist, wird in Ottakring auch zulässig sein. (Rufe links: Wir haben ja nicht dafür gestimmt!) Die Herren haben gewiss diesem Beschlusse auch zugestimmt. (Gem.-Rath Gregorig: Das gehört der Majorität allein!)

In anderen Städten pflegt man in den Schulen überhaupt Bäder einzurichten. Es ist auch deshalb zweckmäßig ein Volksbad neben die Schule zu bauen, damit eingeführt werden kann, dass die Kinder, es sind vorwiegend Kinder armer Leute, öfter das Volksbad frequentieren. Anderwärts ist es obligatorisch eingeführt, dass die Kinder zu baden haben, so ist es in Italien und Deutschland, nur bei uns nicht.

Es ist auch von der Rauchbelästigung gesprochen worden. In der Schule haben sie ja auch die Centralheizung. Die Rauchbelästigung ist vom Feuerungsmateriale und der Art der Feuerung abhängig. Führen Sie eine gute Feuerung ein, so wird es nicht belästigend rauchen. Wollen die Herren nur den nöthigen Credit bewilligen. Wenn wir Coaksfeuerung im Volksbade haben, wird es gar keinen Rauch geben. Das ist also kein Grund dagegen.

Ferner ist gesagt worden, der Stadtrath habe diesen Platz unglücklich gewählt. Ich muss sagen, wir haben nichts dazu gethan. Die genannten Herren haben den Platz gewählt. Der Bezirks-Schulinspector hat sich dafür erklärt, der Ortsschulrath und der Bezirksvorsteher ebenfalls, und die müssen doch die Sache verstehen. Nun sagte Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg: hier sind noch keine Häuser. Ja, wo Häuser sind, ist eine Schule eben nur zu erbauen, wenn man gebaute Häuser ankauft; und wollen Sie so viel Geld ausgeben, dass Sie gebaute Häuser niederreißen, um die Schule dort zu errichten? Wenn nicht, so müssen Sie einen freien Bauplatz erwerben und den findet man nur dort, wo noch wenig Häuser erbaut. sind. Die Verbauung geht aber sehr rasch von statten. Der Platz liegt in der Nähe der Hauptstraße. Ein Herr College hat ferner gesagt, die Schule sei überhaupt nicht nothwendig. Ich kann das nicht beurtheilen, ich verlasse mich auf die Schulbehörden; wenn die Schulbehörden sagen, dass, wenn die Schule von der Abelegasse verlegt wird, die Schule in der Panikengasse dann ganz gefüllt werde und man dann wieder keinen Ersatz hat, so verdient doch die Schulbehörde mehr Glaube als ein einzelner College, der den Bezirk vielleicht nicht kennt und sagt, die Schule sei nicht nothwendig. Ich würde es im Interesse des Bezirkes sehr bedauern, wenn Sie den Antrag ablehnen. Ich als Referent muss die Sache vertheidigen; Sie schädigen den Bezirk, der auf die Schule wartet, und der Bezirk Ottakring braucht die Schule dringend, denn es ist ganz richtig, dass die Bevölkerung in Ottakring sich rapid vermehrt.

Gem.-Rath Stehlik: Ich hätte nicht gesprochen, aber ich kenne die Gegend dort ausgezeichnet. In der nächsten Nähe des Platzes, wo die Schule erbaut werden soll, befindet sich eine kolossale Doppel-Volksschule. Der Platz selbst ist ein ganz freies Terrain. Ich bitte, sich den Platz nur anzusehen und sich dann die Sache zurechtzulegen. Wenn man nur den Plan hier ansieht, so sieht man schon, wie verfehlt es war, diesen Platz auszusuchen. Ich kann es wirklich nicht begreifen. Wenn Sie hingehen und sich den Platz ansehen, so werden Sie sagen, der Mensch, der diesen Schulplatz ausgesucht hat, ist nicht ganz gesund gewesen. Man kann ja das Schulhaus auch anderwärts hinbauen. Ich finde das als den höchsten Unsinn; der Laie muss schon einsehen, dass es verfehlt ist, auf einem freien Platze, wo niemand wohnt und wo noch mit Kanonen geschossen wird, ein zweites Schulhaus zu errichten. Es ist die höchste Blamage, die Sie sich hier mit der Schulhauserbauung zuziehen können.

Gem.-Rath Dr. Kupka: Wenn der Herr Referent angeführt hat, dass vor 14 Tagen der Beschluss gefasst wurde, dass dort ein Volksbad erbaut werde, so bin ich für diesen Beschluss nicht verantwortlich, denn ich war vor 14 Tagen noch nicht hier. Aber das eine kann ich nicht begreifen, dass man neben einer Schule ein Badhaus mit Dampfbetrieb errichtet, und ich muss, nach den Erfahrungen, die diesbezüglich gemacht worden sind, gegen dieses Princip entschieden Einsprache erheben. Wenn das zustande kommt, wäre es ein würdiges Seitenstück zu einem früheren Baue. Ich erinnere daran, dass die Commune im VIII. Bezirke in der Lerchengasse eine Schule gebaut hat. Erstens hat man die Schule in die projectierte Baulinie gestellt und hindert diese Schule jetzt dadurch den Durchbruch vom Lerchenfeldergürtel durch die Zeltgasse, und das zweite Stückchen war, dass sich hinter der Schule eine Seifensiederei befindet. Wenn ein Westwind geht und Rauch entwickelt wird, kann man in der Schule nicht existieren; es beklagen sich die Lehrer und die Kinder und die ganze Nachbarschaft. Hier soll nun etwas Ähnliches geschehen, in der Nähe der Schule wird ein Dampfbad errichtet, der Dampf dringt in die Schule; derlei ist unzweckmäßig und unrichtig, und solche Anlagen soll man daher nicht machen. Ich begreife es, dass die Bezirksschulbehörden eine Schule wünschen, wenn sie aber die Schule auf einen unpassenden Platz placieren wollen, können wir sagen, das ist nicht vernünftig und nicht praktisch. Ich bitte daher nach dem Antrage der Herren Gem.-Räthe Dr. Lueger und Taubler um Zurückweisung des Referenten-Antrages.

Gem.-Rath Gräf: Das Princip, das in dem Antrag liegt, ist gewiss von den Vertretern des XVI. Bezirkes freudig zu begrüßen, weil es den guten Willen des Wiener Gemeinderathes zeigt, auf sehr nothwendige Bedürfnisse in unserem Bezirke Rücksicht zu nehmen. Das eine muss ich aber sagen, was schon von vielen Herren Vorrednern ausgeführt worden ist, dass die Örtlichkeit ganz unglücklich gewählt ist. Sie können wirklich fast von dem in Aussicht genommenen Platze auf das Schulhaus in der Panikengasse hinübergreifen. Es sind nur ein paar Schritte hinüber. Auch das Volksbad dorthin zu stellen, wäre erst recht gefehlt. Denn dieses soll den Zweck haben, dass es von dem Arbeiter, wenn er aus der Werkstätte kommt, zur Reinigung und Pflege des Körpers benützt werde. Stellen wir das Volksbad dort hinauf, so ist es unmittelbar auf der Schmelz gelegen und entfernt von den größeren Betriebsstätten.

Die Arbeiter müssten die Ottakringer Hauptstraße, die Langegasse u. s. w. passieren, um zum Volksbad zu kommen. Im XVI. Bezirke ist keine Noth an billigen Gebäuden. In der Gansterergasse z. B. ist eine Menge von alten Häusern, und ich bin vollkommen überzeugt, dass der Gemeinderath nicht mehr zu bewilligen haben wird, um solche Gebäude anzukaufen, als er hier zum An-

kaufe des Grundes benöthigt, wo die Quadratklafter 27 fl. kosten soll. Noch ein anderer Umstand ist es, weshalb ich auf die Rückverweisung des Referates einrathen möchte, d. i. der, dass es in sehr kurzer Zeit nothwendig sein wird, für den südwestlichen Theil des XVI. Bezirkes in der Nähe der Sulmgasse eine Schule hinzubauen, denn es dürften in kurzer Zeit die Räumlichkeiten des Schulgebäudes in der Seitenberggasse nicht mehr ausreichen. Man kommt mit den Lehrzimmern, die wir durch die bewilligte Aufsetzung eines dritten Stockwerkes gewinnen, nicht aus; wir müssen eine neue Schule für jenen Theil des Bezirkes schaffen. Denken Sie sich nur, wenn die Kinder von oben, von der Breitenseerstraße bis hinunter zur Schule auf den Habsburgerplatz gehen müssten! Das wäre jedenfalls sehr unpraktisch. Ich begreife nur nicht, dass, wenn vom Bezirks-Schulinspector und vom Bezirksvorsteher die Erwerbung dieses Platzes empfohlen wird, ich bis heute nichts davon gehört habe. Ich interessiere mich so ziemlich für die Angelegenheiten des Bezirkes, und es ist mir nichts davon bekannt geworden. Wäre das geschehen, so hätte ich nicht ermangelt, sofort meine warnende Stimme dagegen zu erheben. Ich bitte Sie daher, im Interesse des Bezirkes das Referat nicht anzunehmen, sondern der Rückverweisung zuzustimmen.

Ich bitte Sie, vielleicht das Bauamt und die berufenen Factoren zu beauftragen, einen geeigneteren Platz zur Errichtung der Schule und des Volksbades ausfindig zu machen. Ich mache mich erbötig, dabei auch mitzuhelfen. Ich bitte also um Rückverweisung.

Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich glaube, für die Erwerbung eines Schulbauplatzes und eines Volksbades ist vor allem anderen nicht der billige Ankaufspreis allein maßgebend, sondern auch die Zweckmäßigkeit der Lage, in der sich der Platz befindet. Das ist der Grund, warum ich gegen den Antrag des Stadtrathes stimmen und dem Antrage der Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg und Dr. Lueger zustimmen werde.

Meine Herren, wie die Verhältnisse im XVI. Bezirke bezüglich der Schuljugend sind, wurde gezweifelt, ob ein Bedürfnis vorhanden ist. Nachdem ich die Ehre hatte, als Budget-Referent die Anträge der Budget-Commission, respective des Stadtrathes zu vertreten und für die Einstellung der Beträge für drei Schulen im XVI. Bezirke war, habe ich mir die nöthigen Daten verschafft, welche die Nothwendigkeit der Errichtung dieser Schulen darthun sollen. Ich bin so frei, nur zwei Ziffern anzuführen. Sie datieren aus dem Beginn des Schuljahres 1891/92. Es ist seitdem nur eine Schule zu bauen begonnen worden, welche heuer fertiggestellt wird; es ist dies die Schule in der Panikengasse. Es hat sich folgender Raummangel herausgestellt, und zwar war bei den Knaben ein Platzmangel für 937 Kinder, bei den Mädchen für 779 Kinder. Es hat also für zusammen ungefähr 1700 Kinder der Platz gefehlt. Mittlerweile hat sich die Jugend weiter zum Schulbesuche herangebildet und jedenfalls wird der Mangel ein weit fühlbarer sein, und darum ist auch die Nothwendigkeit vorhanden, außer dieser Schule in der Panikengasse, die bereits unter Dach steht, noch eine weitere Schule zu bauen, und das war auch der Grund, weshalb die Budget-Commission gleich dem Stadtrathe die Nothwendigkeit weiterer Schulbauten erkannt hat.

Wo soll die Schule aber gebaut werden? Doch dort, wo man sie braucht, und ich glaube, dass darum der Platz nicht gut gewählt ist, und zwar umsoweniger, als in der nächsten Nähe, in der Panikengasse, zehn Häuser davon entfernt, eine große Schule fertiggestellt wird. Ich glaube, es wird nicht schwer sein, einen Platz zu finden, welcher den Bedürfnissen, die ich im großen und ganzen skizziert habe, entspricht.

Ebenso ist es mit dem Volksbade. Ein Volksbad ist nicht in unmittelbarer Nähe der Schule nothwendig, sondern dort, wo sich die Arbeiterbevölkerung befindet, in der Nähe der Fabriken, dort, wo die großen Brauhäuser und andere Etablissements sind. Dort muss man den Platz suchen, wenn man der arbeitenden Bevölkerung wirklich die Wohlthat eines Volksbades zukommen lassen will. Das Bedürfnis ist vorhanden und wurde vom Gemeinderathe auch längst erkannt.

Ich bin daher gleichfalls für die Ablehnung, und bitte, einen anderen Platz für die Schule und das Volksbad zu wählen.

Gem.-Rath Boschan: Ich werde die Herren ebenfalls bitten, den Antrag an den Stadtrath zurückzuweisen. Es ist von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, dass die Örtlichkeit weder für die Schule noch für das Volksbad passt. Die Sache ist also noch nicht geklärt.

Nun ist der Antrag gestellt worden, getrennt abzustimmen, bloß für den Grundverkauf und für die Verwertung desselben zu diesen Zwecken. Das scheint mir auch nicht zweckmäßig zu sein; denn wenn wir nicht die Schule und das Bad hinbauen wollen, so hat es keinen Sinn, den Grund zu kaufen, da wir dann nicht wissen, wie wir ihn verwerten sollen.

Aus diesem Grunde möchte ich dem Antrage, der von den Herren Vorrednern gestellt worden ist, auf Rückverweisung dieser Angelegenheit an den Stadtrath, zustimmen.

Gem.-Rath Hawranek: Es hat sich ein College aus meinem Bezirke gewundert, dass das Stadtbauamt immer solche Plätze ausfindig macht, wo es am schlechtesten ist, eine Schule hinzubauen. Nun, meine Herren, ich glaube, in Krähwinkel darf das nicht geschehen, was bei uns geschieht.

In der Lerchengasse ist, wie schon ein College erwähnt hat, die Schule in der Nähe der Seifenfabrik hingebaut worden, und wenn sie heute dorthin gehen, so müssen sie umfallen, denn es wird heute dort wieder Fett ausgelassen. Ich habe schon x-mal deshalb interpelliert und Anträge gestellt, aber die gehen alle an den Stadtrath und werden dort begraben. Es geschieht nichts. Es heißt immer, es wird die Anzeige beim Magistrat gemacht werden; was thut aber der Magistrat? Er avisiert die Seifenfabrik, dass eine Commission kommen wird, und dann ist natürlich alles in Ordnung; aber am zweiten oder dritten Tage kommt schon wieder dieselbe Schweinerei. Es haben sich schon die Oberlehrer und die Hausherren dort beschwert, es nützt aber alles nichts. Ich begreife nicht, dass der Herr Gem.-Rath Neumann, der auch ein Josefstädter ist, das noch nicht gerochen hat! (Heiterkeit.) Das muss doch einmal abgestellt werden! Ich möchte also ersuchen, dass in dieser Sache endlich etwas geschieht, denn dort wäre nie eine Schule unterzubringen gewesen. Es hat immer geheißen, das darf nur der Diedek thun, jetzt ist aber schon der fünfte Inhaber der Fabrik dort, die Schlamperei dauert fort, und die Kinder müssen in der heißen Zeit bei diesem Gestank vorbeigehen! Wenn Sie heute hingehen, können Sie ihn noch riechen. Ich möchte also bitten, dass Herr Gem.-Rath Neumann, der auch ein Josefstädter ist, in dieser Sache etwas thut.

Gem.-Rath Rosenstingl (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Diejenigen Herren, welche dafür stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch Herr Gem.-Rath Buschan und der Herr Referent.

Gem.-Rath Buschan: Meine Herren! Ich kann auch nicht für die Erbauung dieser Schule sein, und zwar aus denselben Motiven, die von den meisten Herren angeführt wurden. Ich bin ganz und gar nicht für die Erbauung des Volksbades an diesem Platze, weil es dort an der Peripherie des XVI. Bezirkes für die Bewohner der ehemaligen Gemeinde Neulerchenfeld gar keinen Zweck hätte. Ich möchte daher bitten, einen anderen Platz ins Auge zu fassen, der den Bewohnern dieses Bezirkstheiles mehr Rechnung trägt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist gegen den Antrag des Herrn Referenten vom Herrn Gem.-Rathe Taubler der Antrag gestellt worden: „Der Act werde an den Stadtrath zurückgewiesen mit dem Auftrage, über die getrennte Situierung der Schule und des Volksbades an passenden Plätzen neuerlich Bericht zu erstatten."

Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Tomola erledigt sich durch den Auftrag des Herrn Bürgermeisters, dass bei den Vorlagen in Klammer auch das neue Maß beigesetzt werde.

Beschluss: Der Act wird an den Stadtrath mit dem Auftrage zurückgewiesen, über die getrennte Situierung der Schule und des Volksbades an passenden Plätzen neuerlich Bericht zu erstatten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr 10 Minuten abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **30. Mai 1893.**

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.**

1. Gem.-Rath Dr. v. Billing beantragt die Gewährung des Fortbezuges von Gnadengaben. (Angenommen.)

2. Gem.-Rath Dr. Huber beantragt die Verpachtung des Fischereirevieres VI des Fondsgutes Ebersdorf an Ludwig Wolff mit dem Jahrespachtzinse von 80 fl. vom 1. Mai 1893 an auf 10 Jahre. (Angenommen.)

3. Gem.-Rath Noske referiert über die Vergebung der Straßensäuberung im I. Bezirke, beziehungsweise über das diesbezügliche Project des Oberinspectors Hans Stritzl. (Fortsetzung der Verhandlung. Vide Beschluss-Protokoll der vertraulichen Gemeinderaths-Sitzung vom 24. Mai 1893, Amtsblatt Nr. 42, pag. 1114.)

Von den beigezogenen Beamten Magistratsrath Linsbauer, Baurath Schiebek und Oberinspector Stritzl ertheilen über vielseitiges Befragen Magistratsrath Linsbauer und Baurath Schiebek die gewünschten Auskünfte.

Oberingenieur Stritzl gibt eine detaillierte Erläuterung seines Projectes.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 6. Juni 1893.
Mittwoch, den 7. Juni 1893.
Donnerstag, den 8. Juni 1893.
Freitag, den 9. Juni 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **25. Mai 1893.**

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Müller,
Boschan,	v. Neumann,
v. Götz,	Noske,
v. Goldschmidt,	Schlechter,
Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
Dr. Huber,	Vangoin,
Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
Matthies,	Witzelsberger,
Matzenauer,	Wurm.
Meißl,	

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Krank: St.-R. Kreindl.
Beurlaubt: St.-R. Rückauf, Dr. Stenzl.
Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

(2473.) **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die Besteuerung der Firma Josef Adensamer & Cie., VII. Bezirk, Schottenfeldgasse 29, in Wien und in Groß-Siegharts für den Betrieb der Seidenbandfabrication und beantragt, es sei die Note der k. k. Steuer-Administration für den VI. und VII. Bezirk vom 9. Februar 1893, Z. 418, dahin zu beantworten, dass bezüglich der Hauptunternehmung der Fabriksfirma Josef Adensamer & Cie. in Wien und des Hilfsetablissements in Groß-Siegharts die Voraussetzungen des Punktes 1, Absatz 2, des Gesetzes vom 23. Juli 1871, R.-G.-Bl. Nr. 91, vorhanden sind, wobei die Gemeinde Wien den Standpunkt vertritt, dass in Gemäßheit der citierten Gesetzesstelle die ganze Erwerb- und Einkommensteuer in Wien als dem Standorte der Hauptunternehmung vorzuschreiben und einzuheben ist, daher eine Steuertheilung nicht stattzufinden habe. (Angenommen.)

(3238.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen der Wäscherin Philomena Tepli, XII., Hetzendorf, Neugasse 4, um Nachsicht einer Commissionsgebür per 12 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(3301.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Gugenberger um Herabsetzung der Zuständigkeitstaxe von 50 fl. auf 25 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3197.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Emert um Herabsetzung der Zuständigkeitstaxe von 50 fl. auf 10 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3367.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Project für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters auf dem Michaelerplatze und in den anschließenden Theilen der Schaufler- und Reitschulgasse im I. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieses Projectes mit dem Kostenbetrage von 40.442 fl. 59 kr. unter der Bedingung, dass das Trottoir sammt Randstein in der Schauflergasse längs der Burg an keiner Stelle unter 0·50 m Breite erhält, ferner die beiden Rettungsplätze mit 5 m Radius herzustellen und in eine Änderung des Stadtraths-Beschlusses vom 21. März 1893 bezüglich der Trottoirherstellung durch das Hofbaucomité nicht einzugehen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt nach dem Magistrats-Antrage für die Rettungsplätze 6 m Radius; St.-R. Dr. Lederer einen Radius von 4 m.

Der Antrag des St.-R. Ritt. v. Goldschmidt wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

(3357.) **Derselbe** referiert über die Bemessung des Platzzinses für den Betrieb der Zündhölzchen-Automaten durch Albin Sockl und beantragt, dem Albin Sockl für den bei dem Betriebe der bereits aufgestellten und innerhalb des Wiener Gemeindegebietes etwa noch aufzustellenden Automaten benützten Luftraum über städtischem Grund und Boden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die einzelnen Automaten das ganze Jahr oder aber nur einen Theil des Jahres hindurch aufgestellt bleiben, den Platzzins mit dem Betrage von 2 fl. per Jahr und Automaten vom Beginn jenes Semesters, in welchem die Aufstellung des betreffenden Automaten erfolgt, festzusetzen. (Angenommen.)

(3248.) **Derselbe** referiert über eine Pachtübertragung und beantragt, die Übertragung des Pachtes, beziehungsweise der Parcelle 590, Abtheilung 2, Wiese in Groß-Heinrichschlag von Alois Astelbauer an Johann Harrauer unter den bisherigen Bedingungen und zu einem Pachtzinse von 14 fl. für die Zeit vom Genehmigungstage bis 1. November 1898 zu bewilligen. (Angenommen.)

(3273.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung von Rodegründen in Kaiser-Ebersdorf und beantragt, die Verpachtung der im Magistrats-Berichte angeführten Gründe zu den von der Forstverwaltung angesetzten Jahrespachtzinsen an die verzeichneten Bestbieter vom 1. April 1893 bis 1. November 1898 unter den gewöhnlichen Bedingungen mit Ausschluss des Mohar-Anbaues zu genehmigen, die Forstverwaltung zu beauftragen, wegen Verpachtung der restlichen Theile des Rodeackers in Kronwörth das Geeignete zu veranlassen und die Benützung des Ackers in Zeinet zur Föhrencultur mit Rücksicht auf die Bodenbeschaffenheit zu gestatten. (Angenommen.)

(3230.) **St.-R. Matthies** referiert bezüglich der Beleuchtung im III. Bezirke, Erdbergermais, und beantragt, die Aufstellung von sechs neuen ganznächtigen Flammen im Erdbergermais, und zwar in der von der Erdbergerlände bis zum Central-Viehmarkte führenden Straße mit einem jährlichen Kostenaufwande von 229 fl. 98 kr. — pro 1893 mit einem solchen von nur 130 fl. — zu genehmigen. (Angenommen.)

(3231.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung im III. Bezirke, Erdbergstraße, Erdbergerlände, Wassergasse und beantragt, die Aufstellung von drei neuen halbnächtigen und neun neuen ganznächtigen Flammen, sowie von zwei dreiflammigen Suggbrennern mit je einer nachmitternächtigen Flamme in der Erdbergstraße, ferner die Aufstellung einer neuen halbnächtigen Flamme in der Wassergasse, endlich die Umwandlung einer halbnächtigen Flamme auf der Erdbergerlände in eine ganznächtige Flamme mit dem jährlichen Gesammtkostenaufwande von 713 fl. 2 kr. — pro 1893 mit einem solchen von ungefähr 400 fl. — zu bewilligen. (Angenommen.)

(3262.) **Derselbe** referiert über fünf Gesuche aus dem V. Bezirke um Aufnahme, beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

Sadek Josef, Tischlergehilfe;
Auer Leopold, Lithograph;
Stastny August, Kupfer- und Kesselschmied;
Dittrich Paul, Metalldreher,

die Zuständigkeit, und

Hartmann Georg, Bäcker,

die erbetene Zusicherung zu ertheilen. (Angenommen.)

(3263.) **Derselbe** referiert über 13 Gesuche aus dem V. Bezirke um Aufnahme, beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Zuständigkeit zu verleihen an:
Rößler Vincenz, Metallpolier;
Strohmer Johann, Tapezierergehilfe;
Drobil Franz, Schlossergehilfe;
Raschka Peter, Schlossergehilfe;
Neigl Ludwig, Gastwirt;
Blaha Josef Wenzel, Geschäftsführer;
Seilbert Karl, Tischler;
Oßtiadal Johann Josef, Commis;
Götz Ferdinand, Magazineur;
Erm Ferdinand, Flaschenbier-Verschleißer;
Bauer Theresia, Dienerin;
Fröhlich Sebastian, Schlossergehilfe;

b) die erbetene Zusicherung zu ertheilen an:
Varga Ludwig, Schlossergehilfe. (Angenommen.)

(3081.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen des Döblinger Kirchenmusik-Vereines um Bewilligung einer Subvention pro 1893 und beantragt, den Betrag von 100 fl. zu bewilligen.

St.-R. Matzenauer beantragt, nach dem Magistrats-Antrage 50 fl. zu bewilligen.

Referenten-Antrag angenommen. (An den Gemeinderath.)

(3127.) **Derselbe** referiert über acht Gesuche aus dem IX. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die erbetene Zusicherung zu verleihen:

Gold Jakob, Buchhalter;
Löwy Max, Kaufmann;
Süsz Isidor, Stickereiwarenfabrikant;
Moser Wilhelm, Hausknecht;
Wolf August, Zuckerbäcker;
Richter Moriz, Pferdemäkler;
Recipratico Josef, Tapezierergehilfe;
Heksch Josef, Geschäftsreisender. (Angenommen.)

(3128.) **Derselbe** referiert über zwei Gesuche aus dem XVIII. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt

Schuster Josef, Geschäftsdiener, und

Stieglitz Magdalena, Handarbeiterin,

die erbetene Zusicherung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2410.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Ignaz Pollak VI., Wallgasse 19, gegen den feuerpolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den VI. Bezirk vom 3. März 1893, Z. 5806, und beantragt, zur Räumung des Dachbodens von Wolle eine Frist bis 1. November 1893 zu gewähren.

St.-R. Meißl beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

Referenten-Antrag angenommen.

(2133.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Jul. Schilling, III. Bezirk, Adamsgasse 32, gegen den feuerpolizeilichen Auftrag vom 8. November 1891 und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2339.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Ant. Schefczik II. Bezirk, Stefaniestraße 5, gegen den feuerpolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes vom 15. Februar 1893, Z. 7861, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2006.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Adolf Jakobowitz IX. Bezirk, Hebragasse 9, gegen den feuerpolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes vom 13. Februar 1892, Z. 928, und beantragt die Abweisung.

St.-R. Matzenauer beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

Letzterer Antrag angenommen.

(3302.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über das Ansuchen des Dr. Ad. Dav. Schrötter um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(3237.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen des Dr. Augustin Kupka als Erbenvertreter nach Karl Peiner um Annahme einer Graberhaltungswidmung für Gruppe 34 c, Reihe 10, Grab Nr. 9 am Wiener Central-Friedhofe und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3253.) **Derselbe** referiert über den Empfang des I. Samariter Congresses im Rathhause am 9. September 1893 und beantragt, hiefür einen Credit in der Höhe von 3000 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Lederer gibt der Meinung Ausdruck und wünscht die Protokollierung derselben, dass die Bewilligung des Credites in die Competenz des Gemeinderathes gehöre, nachdem der Stadtrath für Empfänge im heurigen Jahre bereits mehr als den Betrag von 5000 fl. bewilligt habe.

(3288 und 3287.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten per 37 fl. 55 kr. nach 12 Parteien aus dem XVI. Bezirke und per 29 fl. 60 kr., ebenfalls nach 12 Parteien aus dem XVI. Bezirke und beantragt, die Abschreibung zu genehmigen.

(Angenommen.)

(3260.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten per 72 fl. 5 kr. nach 25 Parteien aus dem III. Bezirke und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen.

(Angenommen.)

(3235.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ed. Huppenberger, bisherigen Pächters des städtischen Freibades am linken Donauufer, um Bewilligung eines Beitrages aus Anlass des ihm durch das Hochwasser erwachsenen Schadens und beantragt die Bewilligung eines Betrages von 500 fl. und Genehmigung eines Zuschusscredites per 400 fl. zur Ausgabs-Rubrik XXIV 2.

St.-R. Matzenauer beantragt die Ablehnung.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(2176.) **St.-R. Moske** referiert über die Sicherstellung der Canal- und Senkgrubenräumung in den Vororte-bezirken vom 1. Juli 1893 an.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt die Drucklegung der Anträge des Magistrates und des Referenten.

Letzterer Antrag wird angenommen.

(3034.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Brennmaterialien für den städtischen Bedarf in der Heizperiode 1893/94.

Die Berathung wird abgebrochen.

(3279.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert bei Anwesenheit von 20 Stadträthen über das Ansuchen des Magistratsrathes Franz Chwalowsky um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt, den Genannten mit der normalmäßigen Pension von 3950 fl. jährlich in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und demselben in vollster Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen das Bürgerrecht der Stadt Wien taxfrei zu verleihen.

(Angenommen; bezüglich des taxfreien Bürgerrechtes an den Gemeinderath.)

(3389.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Rudolfsheimer Kirchenbau-Comités um unentgeltliche Überlassung eines Gemeindegrundes zum Zwecke der Aufstellung einer Bau- und Steinmetzhütte und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(3375.) **St.-R. Müller** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für den Schulhausbau im XIII. Bezirke, Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, und beantragt, die Arbeiten und Lieferungen für den Schulbau im XIII. Bezirke, Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, in folgender Weise zu vergeben:

1. Die Erd- und Maurerarbeiten dem bürgerl. Stadtbaumeister Josef Spilka, IV., Mayerhofgasse 6, mit einem Nachlasse von 16·6 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages, sowie gegen Abzug eines Betrages von achthundert Gulden (800 fl.) von den ersten à conto-Zahlungen, als Kaufpreis für das durch die Demolierung gewonnene Material;

2. die Lieferung der hydraulischen Bindemittel der Firma Em. Tichy, X., Vordere Südbahnstraße 4 a, zum Preise von 1 fl. 30 kr. für 100 kg hydraulischen Kalk und 3 fl. per 100 kg Portland-Cement;

3. die Steinmetzarbeiten dem Stadtsteinmetzmeister Josef Tröger in Brunn am Walde, Post Lichtenau, in Niederösterreich, vertreten durch den Architekten Rudolf Kmunke in Wien, II., Augarten, mit einem Nachlasse von 8 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

4. die Spenglerarbeiten dem Spenglermeister Karl Holtschek, XVI., Ottakring, Wagnergasse 18, mit einem Nachlasse von 17·6 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

5. die Falzziegelgewölbe-Herstellung dem Stadtbaumeister Eduard Schneider, XV., Glückgasse 5, zum Preise von 2 fl. 90 kr. per Quadratmeter Gewölbfläche;

6. die Lieferung der Traversen und Eisenbahnschienen der Firma Max Wahlberg, I., Johannesgasse 20, und zwar die Lieferung der Traversen für Profil 8 bis 32 bis zu einer Länge von 10 m zum Preise von 11 fl. per 100 kg mit den usancemäßigen Aufschlägen von je 50 kr. per 100 kg für Profil 35 bis 40 und von je 25 kr. per 100 kg für jeden halben Meter Länge über 10 m, ferner die Lieferung der Eisenbahnschienen zum Preise von 5 fl. 50 kr. per 100 kg, endlich die Montierung der Stiegenträger gegen einen Pauschalbetrag von 70 fl.;

7. die Bautischlerarbeit der Firma Brüder Schlimp, II., Treustraße 94, mit einem Nachlasse von 18·7 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

8. die Bauschlosserarbeit derselben Firma mit einem Nachlasse von 16·2 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

9. die Anstreicherarbeit dem Anstreichermeister Franz Lang, IV., Rubensgasse 9, mit einem Nachlasse von 28 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

10. die Glaserarbeit dem Glasermeister J. Zelebor, XII., Meidling, Hauptstraße 10, mit einem Nachlasse von 34 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

11. die Lieferung der Isolierplatten der Firma Johann Bosch, X., Laxenburgerstraße, zum Preise von 55 kr. per Quadratmeter;

12. die Holzcementdach-Herstellung der Firma Joh. Felsinger jun., VIII., Feldgasse 10, zum Preise von 90 kr. per Quadratmeter;

13. die Asphaltiererarbeit derselben Firma zum Preise von 2 fl. 68 kr. per Quadratmeter;

14. die Lieferung der Steinzeugwaren der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, I., Opernring 1, mit einem Nachlasse von 33·75 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

15. die Möbeltischlerarbeit der Firma Brüder Schlimp, II., Treustraße 94, mit einem Nachlasse von 19 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

16. die Schriftenmaler- und Metallgießerarbeit dem Schilder- und Schriftenmaler A. Dimmel, V., Matzleinsdorferstraße 24, mit einem Nachlasse von 20 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

17. die Lieferung der Schulbänke der Firma Brüder Schlimp, II., Treustraße 94, mit einem Nachlasse von 10 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

18. die Gasleitungs-Installationsarbeit der Firma P. J. Adamek, VII., Kaiserstraße 104, mit einem Nachlasse von 30 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

19. die Einrichtung der Fäcalienabfuhr nach dem System Balmagini der ersten österreichisch-ungarischen Assanierungs-Gesellschaft Gutmann & Comp., IX., Liechtensteinstraße 61, zu dem offerierten Preise von 690 fl. ö. W., und

20. die Herstellung einer Central-Heizungs- und Ventilationsanlage der Actien-Gesellschaft für Wasserleitungen, Gas- und Heizungsanlagen I., Schwarzenbergstraße 1 und 3, zu dem offerierten Maximal-Kostenbetrage von 8996 fl. 7 kr., zu übertragen.

Die Kostensumme per 184.204 fl. 73 kr. reduciert sich daher auf 156.952 fl. (Angenommen.)

St.-R. Boschan stellt ad Punkt 2 den Zusatz-Antrag, das Stadtbauamt zu beauftragen, Erkundigungen bezüglich des Tradigister-Cementes einzuziehen, beziehungsweise denselben zu erproben und Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(3370.) **St.-R. Baugoin** referiert über das Ansuchen des Dr. Alois Tuka als Erbenvertreter nach Marie Kahn um Annahme einer Graberhaltungswidmung für Gruppe 43 A, Reihe 8, Nr. 6 am Central-Friedhofe und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3392.) **St.-R. Müller** referiert über die Abänderung der Façade beim Schulbaue in Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, im XIII. Bezirke, und beantragt, die friesartige Ausgestaltung des dritten Stockwerkes nach der dem Stadtraths-Beschlusse vom 3. Mai 1893, Z. 2707, mehr entsprechenden Variante II zu genehmigen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

(Donauregulierungs-Commission.) In der am 24. Mai d. J. unter Vorsitz Sr. Excellenz des Herrn Statthalters Grafen Kielmansegg stattgefundenen Plenarsitzung der Donauregulierungs-Commission wurde über einige größere Regulierungs- und Dammbauten, dann über Grundeinlösungen für die Schutzbauten in der Strecke Stockerau—Lang-Enzersdorf und über einige Personal-Angelegenheiten Beschluss gefasst. Dem Projecte der Gemeinde Tulln für die Anlage eines Sammelcanales in die Donau wurde zugestimmt. Für die aus sanitären Rücksichten dringende Zuschüttung des abgebauten alten Donaubettheiles bei der Stadt Stein wurden das Project und die Kosten genehmigt. Mit der Zuschüttung selbst soll in etwa vier Wochen begonnen werden.

Die Commission beschloss weiter, für die Neuherstellung der Fischabrücke im Zuge der Bezirksstraße von Fischamend zum dortigen öffentlichen Landungsplatze die Hälfte der Kosten freiwillig auf den Donauregulierungsfond unter der Bedingung zu übernehmen, dass die übrigen Kosten anderweitig aufgebracht werden und dass die Brücke als ein Zugehör der genannten Bezirksstraße in die öffentliche Erhaltung übernommen werde.

Für die würdige Veranstaltung der Gedenkfeier Ressel's wurde aus dem Donauregulierungsfond ein Beitrag von 300 fl. gewidmet.

Sowohl in dieser Sitzung als in der Plenarsitzung vom 31. Mai, welch letztere ebenfalls unter Vorsitz Sr. Excellenz des Herrn Statthalters abgehalten wurde, fanden eingehende Berathungen über das von der Hafenbau-Abtheilung der Donauregulierungs-Commission ausgearbeitete Project über die Umwandlung des Wiener Donaucanales in einen Handels- und Winterhafen, sowie über die Anträge statt, welche in Bezug auf dieses Project von der Expertise an die Donauregulierungs-Commission gestellt wurden. Diese Anträge wurden mit geringfügigen Änderungen angenommen und beschlossen, dass das mit Rücksicht auf diese Anträge fertigzustellende Detailproject noch im Juli d. J. der Donauregulierungs-Commission vorzulegen sein wird, damit dasselbe dann sofort an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien geleitet werde und mit dem Baue selbst, und zwar beim Beginne des Canals bei Nussdorf im Monate August begonnen werden könne.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 30. Mai 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	5403	Stück
Fettschweine	7276	„
Summa .	12.679	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8723	Stück
für das Land	1035	„
unverkauft blieben	2921	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . .	von 32	bis 44	kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine . . .	„ 34	„ 43	„	

Der Geschäftsverkehr war wegen des ungewöhnlich hohen Auftriebes flau und haben die Jungschweine 1 kr., die Fettschweine 4 kr. per Kilogramm im Preise eingebüßt.

* * *

(Pferdemarkt vom 30. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 639 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—290 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 15—65 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 31. Mai 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2101, Kälber lebend 2043, Lämmer Waidner 299, Lämmer lebend 696, Schafe Waidner 166, Schafe lebend —

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 36 bis 58 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . „ 34 „ 54 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 7 fl.
Lämmer lebend . „ „ . „ 4 „ 6.50 fl.
Schafe Waidner „ „ . . . . . von 25 bis 37 kr.
Schafe lebend . „ Kg. . . . . von 21 bis 25 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 10 bis 16 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 377 Stück Kälber mehr zugeführt. Infolge der stärkeren Zufuhr sind bei ruhigem Geschäftsgange die Preise im allgemeinen um 2 kr. per Kilogramm gefallen.

Auf dem Schafmarkte wurden um 607 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die vollständige Geschäftsstockung der Vorwoche ist einer besseren Stimmung gewichen, jedoch eine merkliche Preisbesserung noch nicht zu verzeichnen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 31. Mai 1893 40 Stück Mast- und 153 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 29. Mai bis 1. Juni 1893.

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Ungargasse 54, Baustelle I, von Em. u. Ed. Schweinburg, Bauführer Ed. Schweinburg (3657).
V. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 1717, Kompertgasse 10, von Ludwig Kerndlinger, Bauführer J. Halla (3735).
VI. Bezirk: Warenhaus, Mariahilferstraße 7, von Arnold Lotz, Bauführer J. Matasek (3702).
IX. Bezirk: Haus, Porzellangasse 24 b, von Martin Jäger, Bauführer Th. Bauer (3693).
„ „ Porzellangasse 27, von Antonia Kohn, Bauführer A. Honus (3763).
XIII. Bezirk: Wohnhaus (Parcellierung im Zuge), Penzing, Ameisgasse auf projectierter Parcelle 3, von Ludwig Beck, Bauführer Heinrich Staud, Baumeister (14520).
XIV. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Real.-Grundb.-Einl.-Z. 116 u. 117 Rudolfsheim, Braunhirschengasse 26/28, von Siegfried und Leopoldine Reichenfeld, Bauführer Johann Töpfl Stadtbaumeister (12339).
XIX. Bezirk: Wohnhaus (Cottage), Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße Einl.-Z. 850, von Theresia Schwendenwein durch F. Schwendenwein, Bauführer Victor Fiala (10265).

Für Zubauten:

III. Bezirk: Hoftract, Erdbergstraße 17, von Wilhelm Beetz, Bauführer C. Stigler (3664).
„ „ Hoftract, Rennweg 25, von A. Banque noe. Baronin Therese von Bourgoing, Bauführer H. Glaser (3689).
IV. Bezirk: Werkstätte, Schäffergasse, von Karl Fiedler, Bauführer H. Ohrner (3691).
XI. Bezirk: Ebenerdiger Tract, Simmering, Hauptstraße 137, von Franz Hasenöhrl, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (8059).
XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Wilhelminenstraße 52, von Josef und Theresia Schuch, Bauführer Laurenz Prigl (22906).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Wipplingerstraße 25, von Julius Englisch, Bauführer M. Wawrinetz (3671).
„ „ Krugerstraße 16, von Johann Fesemayer, Maurermeister (3677).
„ „ Habsburgergasse 1, von Brüder Hirsch, Bauführer M. Göd (3762).
„ „ Tiefer Graben 18, von Heinrich Glaser, Stadtbaumeister (3688).
II. Bezirk: Obere Donaustraße 73, von Adolf Stern und Katharina Spiegler, Bauführer J. Fahrwickel (3736).
„ „ Floßgasse 2, von Adolf Stern und Kath. Spiegler, Bauführer J. Fahrwickel (3737).
„ „ Salzachstraße 46, von Georg Strohmayer, Maurermeister (3759).
III. Bezirk: Untere Weißgärberstraße 8 10, von Anton Gürlich, Stadtbaumeister (3738).
IV. Bezirk: Favoritenstraße 18, von Johann Kernast jun., Baumeister (3660).
„ „ Freundgasse 4, von Rudolf Scheer, Bauführer A. Maier (3748).
V. Bezirk: Wimmergasse 26, von Anton Antritt, Bauführer J. Schonka (3728).
IX. Bezirk: Fuchsthalergasse 15, von Alexander Stigler, Bauführer C. Stigler (3700).
„ „ Hörlgasse 4, von Martha von Schmitt, Bauführer W. Klingenberg (3719).
XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße 60, von Konrad Haumer, Bauführer Ferd. L. Baldia (22903).

Für diverse (geringere) Bauten:

III. Bezirk: Rohrcanal, Sechskrügelgasse 7, von Josefine Neuhold, Bauführer Fr. Gerl (3752).
V. Bezirk: Brandschaden-Reconstruction, Griesgasse 26, von Ludwig von Bugany, Bauführer J. Schonka (3730).
„ „ Waschküche, Siebenbrunnengasse 34, von Anton Ötmann, Bauführer J. Schonka (3731).
XI. Bezirk: Wasserlauf, Simmering, Theresiengasse 4, von Moriz Pertusini, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (8021).
„ „ Abortanlage mit drei Aborten, Simmering, Dorfgasse 17, von Karl Mohl, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (8022).
„ „ Gassenabschlussmauer, Simmering, Roseggergasse, rückseitig Pfeifergasse 8, von Wenzel Kroupa, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (8023).
XIII. Bezirk: Pferdestall, Wagenschupfe und Adaptierung, Hütteldorf, Hauptstraße 25, von Josefa Kuster, Bauführer Ignaz Schaufler, Maurermeister (14633).
XIX. Bezirk: Gartenhaus, Ober-Döbling, Parkstraße 35, von Alexander Göschl, Bauführer Johann Österreicher, Zimmermeister (10266).

Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Erzherzog Karlplatz 20, von Michael Hoffinger, Bauführer R. Reichelt (3761).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Grundb.-Einl. 4304, Fugbachgasse, Baustelle III, von Ferd. Strobl (3740).
„ „ Grundb.-Einl. 4303, Fugbachgasse, Baustelle II, von Ferd. Strobl (3743).
„ „ Grundb.-Einl. 593, Fugbachgasse, Baustelle I, von Ferd. Strobl (3744).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Grundb.-Einl. 583 und 641, von Josef Isidor Steiner und Nannette Frankl (3756).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

XI. Bezirk: Simmering, (zu eröffnende) Brauhausgasse, von Theodor und Georg Meichl (8020).
„ „ Simmering, Dorfgasse 50, 52 und 54, von Adolf Ignaz Mautner & Sohn (8045).
„ „ Kaiser-Ebersdorf, Schwechaterstraße, Parc. Nr. 1638, von Antonie Smolak (8085).
XIX. Bezirk: Parcelle 868/64, Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße, von Theresia Schwendenwein (10268).

Gewerbeanmeldungen vom 26. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Winkler Johanna — Fleisch-Verschleiß — II., Große Schiffgasse 21.
Beer Johann — Gastwirt — III., Dietrichgasse 44.
Schmidt Johann — Gastwirt — III., Hauptstraße 73.
Müller Johanna — Gast- und Schankgewerbe-Pachtbetrieb — XIV., Rudolfsheim, Felberstraße 108.
Czernicki Adolf — Erzeugung von Gelantinefolien und Kapseln, und Füllung letzterer mit Copaiva-Balsam — I., Köllnerhofgasse 1.
Taber Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 4.
Fischer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Stadtgutgasse 17.
Gasparik Helene — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 122.
Neumann Regine — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Pazmaniteng. 21.
Pühler Albrecht — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Rothen Löwengasse 12.
Schuster Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Webergasse 15.
Burian Salomon — Gewinnst-Antheilnahme im Geschäftsbetriebe der Gastwirtin Betti Prochnik — II., Volkertplatz 15.
Freudenreich Raimund — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 194.
Goldrian Jakob — Hallentrödler — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 117.
Feigl Josef — Handelsagent mit Wein — II., Obere Donaustraße 61.
Arnold Anton — Herausgabe der Internationalen Zeitschrift für den Musikinstrumentenbau und Instrumentenhandel — II., Brigittenauerlände 34.
Capek Matthias — Herrenkleidermacher — X., Raaberbahngasse 19.
Siegel Octavian — Holz- und Kohlen-Verschleiß — III., Kegelgasse 4.
Fraß Franz Josef — Huthandel — II., Taborstraße 51.
Wallner Marie — Kattundruckerei — XII., Unter-Meidling, Fabriksgasse 33.
Reindl Franz — Korbflechterei — XIII., Ober-St. Veit, Maria Theresienstraße 20.
Rosenfeld Marcus — Kostgeber, Ausschank von Kaffee und Bier — II., Haidgasse 10.
Reiß Ignaz — Marktfahrergewerbe mit Kurzwaren — II., Jägerstr. 10.
Wolf Ferdinand — Metallwaren-Verschleiß — X., Engengasse 73.
Melbekowski Magdalena — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 25.
Nagl Emilie — Obst- und Zuckerwaren-Verschleiß — X., Dampfg. 26.
Leeber Anton — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Karlsg. 15.
Panek Martin — Pferdefleisch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 68.
Congregation der Dienerinnen des heil. Herzens Jesu — Privatschule für weibliche Handarbeiten — III., Hauptstraße 137.
Schierer Josef — Schuhmacher — VI., Matrosengasse 3.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1143
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 30. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Bürgermeisters Dr. Prix wegen Fernbleibens 1143
2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Hawranek 1143
3. Zuschrift des Bürgerschul-Directors Janotta, betreffend die Zurücklegung seines Mandates als Mitglied des Bezirksschulrathes 1143
4. Bekanntgabe, betreffend die Vornahme der Wahlen in die Militärtax-Bemessungs-Commission 1143
5. Einladung des Gemeinderathes seitens der Schützen-Gesellschaft der k. k. priv. Schießstätte in Schwechat zum Jubiläumsschießen 1143
6. Spende des Heinrich Jantsch, Director des Wiener Volkstheaters im k. k. Prater, für Arme 1143
7. Spende der I. österreichischen Sparcasse für die Schulabtheilung für schwachsinnige Kinder in Währing 1143
8. Dank des Weinbau-Vereines im XVII. Bezirke für die ihm bewilligte Subvention 1143
9. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Rader, betreffend die Höhe der Kosten der Stockwerks Aufsetzung auf das Schulhaus XVIII., Weinhaus, Köhlergasse 1143
10. Desgleichen einer solchen des Gem.-Rathes Büsch, betreffend das Subordinationsverhältnis der der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Meidling zugetheilten Telegraphisten und das Verhältnis der Hauptleute der freiwilligen Feuerwehren zu den städtischen Organen überhaupt 1144
11. Petition der Anrainer des Pferdemarktes im V. Bezirke gegen die Errichtung eines Pferdeschlachthauses daselbst (überreicht vom Gem.-Rath Strobach) 1144
12. Umgangnahme von der Ausführung des Antrages des Gem.-Rathes Steiner, betreffend die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Gemeinderathes behufs Stellungnahme zu der von der Regierung geplanten Ertheilung der Concession für die Stadtbahnlinien an eine Privatgesellschaft 1145
Interpellationen:
13. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die erfolgte Ablehnung des Ansuchens des Katholischen Schulvereines für Österreich für sein Lehrerseminar in Währing seitens des Stadtrathes 1145
14. Derselbe, betreffend einen Beschluss des Bezirksschulrathes wegen Betheiligung der Schuljugend an den Frohnleichnams-Processionen 1145
15. Gem.-Rath Buschan, betreffend eine Beschleunigung der Durchführung der Straßenbespritzung in den der Schmelz zu gelegenen Partien mehrerer Straßen des XVI. Bezirkes . . . 1145
16. Derselbe, betreffend Aufhebung oder Modificierung der Fahrrayons-Eintheilung für die freiwilligen Feuerwehren . . . 1145
17. Gem.-Rath Seiler, betreffend den Stand der Berathung über seinen Antrag auf Creierung eines Schiedsgerichtes am Central-Viehmarkte in St. Marx 1145
18. Gem.-Rath Dr. Zimmermann, betreffend den Stand der Studien wegen Einbeziehung neuer Quellen in die Hochquellenleitung 1146
Anträge:
19. Gem.-Rath Koch, betreffend eine aushilfsweise Vermehrung der technischen Beamten der Baunamtsabtheilung des XI. Bezirkes mit Rücksicht auf die zu gewärtigende größere Anzahl von Baugesuchen 1146
20. Gem.-Rath Dr. Linke, betreffend eine schleunige Regulierung des zwischen der Hauptstraße, der Felber- und Dorfgasse in Simmering gelegenen Bezirkstheiles 1146
21. Gem.-Räthe K. J. Müller und K. M. Mayer, betreffend die Aufstellung von Sitzbänken in der Allee der Kaiser Josefstraße im II. Bezirke 1146
22. Gem.-Rath Weitmann, betreffend die Erwerbung des Hauses Nr. 123 Kaiserstraße zum Zwecke einer geradlinigen Verbindung der Lerchenfelder- mit der Thaliastraße 1146
23. Gem.-Rath Steiner, betreffend die oben sub 12 angeführte Angelegenheit 1147
Referate:
24. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Subventionierung der Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule für arme Mädchen in Gumpendorf 1148
25. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subventionierung des Döblinger Kirchenmusik-Vereines 1148
26. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend die Erwerbung eines Grundes in der Gablenzgasse im XVI. Bezirke, behufs Erbauung einer Schule und eines Volksbades daselbst 1148
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 30. Mai 1893.
Inhalt:
1. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend Gnadengaben 1153
2. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend Fischereirevier-Verpachtung 1153
3. Gem.-Rath Noske, betreffend die Straßensäuberung im I. Bezirke 1153
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1153
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 25. Mai 1893 1153
Allgemeine Nachrichten:
Donauregulierungs-Commission 1156
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 30. Mai 1893 1156
Pferdemarkt vom 30. Mai 1893 1157
Stechviehmarkt vom 31. Mai 1893 1157
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 29. Mai bis 1. Juni 1893 . . . 1157
Gewerbeanmeldungen 1158
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Prot.-Nr. 83935 ex 1893.
1135. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes der durch die Parcellierung der städtischen Realitäten Einl.-Z. 881 und 206, IX. Bezirk, entstandenen Baustellen Nr. I und II in der Sechsschimmelgasse und Nr. VI in der Galileigasse** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 8. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinderath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1893. 2—3

M.-Z. 56230
XII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Lieferung des für die städtischen Versorgungsanstalten in Liesing, Ybbs, St. Andrä a. d. Tr. und für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg** in der Heizperiode 1893/94, d. i. vom 1. Juli 1893 bis Ende Juni 1894 **erforderlichen Brennholzes** im muthmaßlichen Bedarfe, und zwar:

1. **für die städtische Versorgungsanstalt in Liesing** von 150 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

2. **für die städtische Versorgungsanstalt in Ybbs** von 140 Raummetern harten geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern und 80 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

3. **für die städtische Versorgungsanstalt in St. Andrä a. d. Tr.** von 360 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

4. **für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg** von 50 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **Samstag den 17. Juni 1893, um 11 Uhr vormittags, im neuen Rathhause I., Lichtenfelsgasse 2, im Armendepartement** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsvorschrift im Armendepartement des Wiener Magistrates sowie im städtischen Marktamte und in den Kanzleien der genannten Anstalten einsehen, in welch' letzteren Kanzleien auch versiegelte Offerte, jedoch nur **bis inclusive Mittwoch den 14. Juni d. J.** behufs deren rechtzeitiger Anhersendung übergeben werden können, wogegen dieselben im Armendepartement bis zur Stunde der Offertverhandlung angenommen werden.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte, welches auf die Lieferung des Holzes für die Anstalten oder für eine oder mehrere lauten kann, und in welchem Offerte die Länge der Scheiter, bezüglich welcher offeriert wird, separat anzuführen ist, sind 5 Percent derjenigen Summe, um welche die offerierte Lieferung erstanden werden will, als Vadium anzuschließen, welches, von dem Ersteher entsprechend ergänzt, als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende, dann auf Offerte, welchen das vorgeschriebene Vadium nicht angeschlossen ist, wird keine Rücksicht genommen.

Dem Stadtrathe bleibt jedoch die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Mai 1893. 2—3

Prot.-Nr. 43075 ex 1893.
IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Verfassung und Ausführung eines Projectes zur Herstellung einer Niederdruck-Dampfluftheizung für die Lehrzimmer, beziehungsweise einer Niederdruck-Dampfheizung für die Turnräume, Gänge und Aborte des Schulhauses im III. Bezirke, Salmgasse 9,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch, den 7. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Berechnung des stündlichen Wärmeerfordernisses, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Mai 1893. 3—3

---

*

Ad Prot.-Nr. 85308

Ref.-Nr. 1492 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Karl Ludwigstraße im XIX. Bezirke** im Kostenbetrage von 1041 fl. 23 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. Mai 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 69052

Ref.-Nr. 1173 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Elisabethgasse im XVI. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4794 fl. 44 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Mai 1893. 3—3

Prot.-Nr. 69227

IV ex 1893.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der **Baumeisterarbeiten, der Cementlieferung, Steinmetz-, Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdeckerarbeiten, der Traversenlieferung, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Gipsdielenwände, der Bautischler- und Bauschlosser-, der Anstreicher- und Bildhauerarbeiten, der Herstellung des Holzcementdaches, der Isolierplattenlieferung, der Steinzeugwarenlieferung, der Herstellung der Feuerluftheizung, der Füllöfenlieferung, der Möbeltischlerarbeit, der Schultafellieferung, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeit,** endlich **der Installation der Wasserleitung für einen Zubau zur k. k. Staatsgewerbeschule im X. Bezirke, Engen- und Karmarschgasse,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 13. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 237705
Ref.-Nr. 3595 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Besorgung der Beistellung der Rettungsschiffe sammt deren Verführung und Reparatur bei Wassergefahren, sowie der Neubeschaffung und Reparatur der stabilen Rettungsschiffe im Donaucanale für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis Ende Juni 1898** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 29. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den städtischen Preistarif Nr. 40 und die betreffende Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. Mai 1893. 1—3

Z. 45.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 25. d. M., Z. 11851, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate September 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 30509 bis incl. Pfand-Nr. 34502 und **Effecten** von Pfand-Nr. 69015 bis incl. Pfand-Nr. 77475 **am 14. Juni 1893, um 9 Uhr vormittags**, im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5**, gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 27. Mai 1893. 2—3

Z. 14474.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 26. Juni 1893 werden **Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Möbel, Nähmaschinen, Kleider** ꝛc. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben.

Kauflustige wollen sich im **Amtshause des magistratischen Bezirksamtes, XVIII. Währing,** Martinsstraße Nr. 100, einfinden.

Die **Auctionsstunden** sind von **9 bis 12 Uhr vormittags.**

Von dem magistratischen Bezirksamte für den XVIII. Bezirk.

Wien, am 23. Mai 1893. 1—3

Z. 125.

Kundmachung.

(Grasereiverkauf.)

Von der gefertigten Forstverwaltung wird bekanntgegeben, dass der Verkauf der Graserei in der Lobau, Königshaufen, Elberschütt, Grabstein, Kreuzgrund, Großen und Unter-Rohrwört **am 12. Juni 1893 am Stadler Uferhaus um 10 Uhr vormittags** stattfindet. Die Augraserei wird für das Jahr 1893 hintangegeben. Das Gras, Heu und Grummet muss bis 15. October 1893 aus der Au weggebracht werden und ist der Meistbot sofort bei der Licitation zu erlegen.

Forstverwaltung Groß-Enzersdorf des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau

am 17. Mai 1893. 1—2

Z. 181112
IX.

Kundmachung.

(Local-Commission.)

Über das vom Stadtbauamte vorgelegte **Baulinien- und Regulierungsproject für das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Speising** ist für **Mittwoch, den 7. Juni 1893, um 4 Uhr nachmittags,** ein Localaugenschein anberaumt worden.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich beim Hause Nr. 2 Hauptstraße in **Speising.**

Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Bemerkungen zu dem Regulierungsprojecte bis zum Commissionstage bei der Gemeindekanzlei des XIII. Bezirkes (XIII. Hietzing, Neugasse Nr. 12), woselbst das Project zur Einsicht aufliegt, oder bei der Commission selbst vorzubringen sind.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. Mai 1893. 1—1

M.-Z. 76202.
ex 1892.

Kundmachung.

(Verkäufliche städtische Gründe.)

a) Die Baustellen Nr. 10, 11, 12, 17, 18, 27 und 28 am sogenannten Gerichtswege nächst der Breitenfurtherstraße in Unter-Meidling, XII. Bezirk.

b) 84 Baustellen auf der Area des ehemaligen Schlossparkes in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk.

c) 18 Baustellen am Galitzynberge nächst der Pichlergasse in Dornbach, XVII. Bezirk.

Nähere Auskunft sowie Entgegennahme von Offerten im neuen Rathhause I., Magistratsstraße, Magistratsdepartement IV, 4. Stiege im Mezzanin. 2—6

M.-Z. 83364
XI.

Kundmachung.

(Rechnungsabschluss des Bürgerladfonds.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne der §§ 50 und 51 des Gemeindestatutes der Stadt Wien der Rechnungsabschluss pro 1892 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerladfonds **vom 1. Juni 1893 an durch 14 Tage im Armendepartement des Magistrates im Rathhause** zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fonds werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1893. 1—3

M.-Z. 81382.
XI.

Kundmachung.

(Rechnungsabschlüsse der Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonds pro 1892.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die Rechnungsabschlüsse der in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonds pro 1892 im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **vom 1. Juni d. J.** angefangen durch 14 Tage im Armendepartement des Wiener Magistrates im neuen Rathhause zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Bezug auf die Verwaltung der genannten beiden Fonds werden im erwähnten Magistratsdepartement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungsabschlüsse in Erwägung gezogen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

am 26. Mai 1893. 2—8

Ad M.-Z. 42165.

Kundmachung.

(Johann Gögl'sche Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Wiener Magistrate wird hiemit bekanntgemacht, dass aus der Johann Gögl'schen Heiratsausstattungsstiftung für das laufende Jahr ein Ausstattungsbetrag von 243 fl. 50 kr. an ein armes, unbescholtenes, in Wien wohnhaftes Mädchen ohne Unterschied der Confession zur Verleihung gelangt.

Diejenigen, welche sich um diesen Ausstattungsbetrag bewerben wollen, haben ihre mit dem Geburtsscheine, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, sowie mit dem Ausweise des Wohnortes in Wien und der Zuständigkeit belegten Gesuche **bis längstens 6. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Mai 1893. 3—3

G.-Z. 38375 ex 1893
XII.

Kundmachung.

(Neydhart'sche Waisenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die für Waisen bestimmten Interessen vom Jahre 1893 aus der Sebastian Neydhart'schen Stiftung zur Vertheilung gelangen werden. — Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen und den wegen Persolvierung dieser Stiftung vom Wiener Gemeinderathe gefassten Beschlüssen sind diese Interessen zunächst für die aus den städtischen Waisenhäusern austretenden Waisen beiderlei Geschlechtes, sodann in weiterer Linie überhaupt für die in der Versorgung der Commune Wien stehenden Waisen nach Maßgabe des Bedürfnisses zu Unterstützungen einfür allemal, oder beim Antritte eines Gewerbes, oder zur Fortsetzung ihrer Ausbildung durch Verleihung von Stipendien bis zur Vollendung ihrer bezüglichen Studien zu verwenden.

Die Verleihung dieser Unterstützungen und Stipendien hat sich der Wiener Gemeinderath vorbehalten.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um eine Unterstützung oder ein Stipendium aus dieser Stiftung bittlich werden wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf- und Impfscheine der Waisen, ferner mit dem Nachweise über deren Versorgung seitens der Commune Wien und endlich mit den Schulfortgangszeugnissen (Jahreszeugnissen oder Schulnachrichten) oder den Zeugnissen über deren Fortgang in einer Berufsbildung zu belegen und bis **längstens einschließlich 30. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Mai 1893. 2—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 45. Dienstag, den 6. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **2. Juni 1893** unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass die Herren Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Kaspar und Dolainski, letzterer wegen eines Trauerfalles, ihre Abwesenheit entschuldigen.

2. Dem Herrn Gem.-Rath Winkler wurde ein Urlaub in der Dauer von einem Monat ertheilt.

3. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass Herr Johann Gschwandner auf seine Stelle im Bezirksschulrathe resignirt hat. Es wird die Ersatzwahl in einer der nächsten Sitzungen vorgenommen werden.

4. In der letzten Sitzung hat Herr Gem.-Rath Dr. Zimmermann eine Anfrage gestellt des Inhaltes: „Welche Erhebungen wurden bisher zur Erfüllung der Beschlüsse des Gemeinderathes, welche in der Wasser-Debatte gefasst worden sind, gepflogen? Wurde der Monat Jänner d. J. dazu benützt, um Probemessungen vorzunehmen, und welche Resultate haben diese Messungen ergeben?"

Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, dass in allen Gebieten, welche für die Gemeinde Wien überhaupt in Betracht kommen könnten, in den Monaten Jänner und Februar Erhebungen über die Wasserquantitäten vorgenommen worden sind, dass Wasserentnahmen erfolgten und die entnommenen Quantitäten einer Untersuchung durch Professor Schwackhöfer unterzogen worden sind; die Resultate derselben sind zu den Acten gebracht worden. Zu bemerken ist, dass zum Theil wegen großer Schneeverwehungen der Zutritt zu den Quellen im Monate Jänner unmöglich war. Eine genauere Auskunft zu geben, meine Herren, liegt nicht im Interesse der Gemeinde, denn es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, dass die Privatspeculation sich der Angelegenheit zu bemächtigen und jene Gebiete zu exploitieren sucht, wohin möglicherweise die Gemeinde greifen könnte, um ihre Wasserversorgung zu ergänzen. Ich glaube daher, dass es nicht im Interesse der Gemeinde liegt, nähere und detailliertere Angaben in dieser Richtung zu machen.

5. Auf eine Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Brauneiß, welche lautet: „Warum wurde das Ansuchen des Katholischen Schulvereines abgewiesen, und ist der Herr Bürgermeister geneigt, das Ansuchen desselben dem Plenum des Gemeinderathes vorzulegen?" habe ich die Ehre, Folgendes zu erwidern. Nach den gepflogenen Erhebungen sind die Motive, von welchen ausgehend der Stadtrath das Gesuch abweislich erledigt hat, folgende: Die Errichtung und Erhaltung von Lehrerbildungsanstalten ist zunächst Aufgabe des Staates. Die bestehenden staatlichen Lehrerbildungsanstalten entsprechen ihrem Zwecke vollkommen. Die Gemeinde Wien hat übrigens durch die Errichtung des Pädagogiums dem Bedürfnisse nach Fortbildung der Lehrerschaft, und zwar wie aus den zahlreichen Competenzen hervorgeht, auch in zweckmäßiger Weise entsprochen. Es ist demnach für die Ausbildung der Lehrerschaft in vollkommen genügender Weise vorgesorgt, und es geht nicht an, die Mittel der Gemeinde, welche durch die Erhaltung der Volksschulen ohnehin in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen werden, noch für die Subventionierung von Privat-Lehrerbildungsanstalten aufzuwenden.

Der Herr Bürgermeister sieht sich nicht veranlasst, diese Angelegenheit nochmals zur Berathung an den Gemeinderath zu bringen.

6. Auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Buschan, welche sich auf die Organisation der freiwilligen Feuerwehren bezieht und die Aufmerksamkeit des Herrn Bürgermeisters darauf lenkt, dass durch eine hemmende Feuerrayons-Eintheilung verursacht

wurde, dass die Feuerwehren nicht rechtzeitig zu den Bränden erschienen, habe ich die Ehre, zu erwidern, dass die vom städtischen Feuerwehr-Commando vorgelegte Ausrückungsordnung für die in Wien bestehenden freiwilligen Feuerwehren vom Stadtrathe erst nach Anhörung der Wünsche der Obmänner sämmtlicher Feuerwehr-Bezirksverbände am 21. Februar 1893 genehmigt worden sind und wurde hiebei allen von diesen Obmännern vorgebrachten Wünschen vollständig Rechnung getragen. Nach der Ansicht des Feuerwehr-Commandanten liegt die Ursache der letzten Katastrophen nicht darin, dass zu wenig Feuerwehren am Brandplatze erschienen sind, sondern darin, dass die freiwilligen Feuerwehren zufolge der Alarmeinrichtungen meist verspätet auf dem Brandplatze erschienen und dass die Organisation der Feuerwehren nicht vollkommen ist. Diesen Mängeln wird durch Herstellung der Feuerautomaten und durch eine entsprechende Organisation des Löschwesens abgeholfen werden.

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Herold:**

Erlaube mir anzufragen:

ob die von der Wiener Bevölkerung ersehnte „neue" Dienstbotenordnung baldigst dem Gemeinderathe zur Berathung vorgelegt wird?

Da der Landtag im Herbst wieder zusammentritt und wir daher Gefahr laufen, die Sommermonate resultatlos verlaufen zu lassen, bittet Unterzeichneter um baldige Lösung dieses wichtigen Referates.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, dass der Herr Stadtraths-Referent die Angelegenheit schon an den Stadtrath gebracht hat, dass jedoch die Berathung nicht zu Ende geführt wurde. Es wird Sorge getragen, dass die Berathung rechtzeitig abgeschlossen werde und der Gemeinderath in die Lage komme, über das Operat zu beschließen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

8. Antrag des **Gem.-Rathes Heiler** und Genossen:

Im Jahre 1887 wurde die Praterstraße und gleichzeitig auch das rechtsseitige Trottoir neu gepflastert; das linksseitige Trottoir wurde jedoch nur in der Länge von einigen Metern gepflastert und die Pflasterung des restlichen Theiles einer späteren Zeit vorbehalten.

Nachdem aber gegenwärtig das linksseitige Trottoir, insbesondere vom Hause Nr. 23 der Praterstraße bis zum Carltheater in dem denkbar schadhaftesten Zustande sich befindet, so dass das Trottoir Löcher und Senkungen aufweist, in welchen sich nach einem anhaltenden Regenwetter förmliche Pfützen bilden, welcher Zustand unhaltbar und für die Fußgänger gefährlich ist, und nachdem ferner die Praterstraße zu unseren schönsten Straßen gehört und von den Einheimischen und Fremden am stärksten frequentiert wird, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, dass das linksseitige Trottoir der Praterstraße im II. Bezirke vom Hause Nr. 23 bis zum Carltheater schleunigst mit Quadersteinen neu gepflastert werde.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest den Schlusspassus des folgenden Antrages):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Tomola** und Genossen:

Einen nicht unbeträchtlichen Theil des Bezirkes Währing bilden die Cottageanlagen, welche sich nun schon bis in den Nachbarbezirk Döbling hinüber erstrecken. Für die Bewohner der beiden genannten Bezirke, doch auch für die Bewohner des Bezirkes Alsergrund bilden diese Anlagen einen beliebten Spazier- und Erholungsort, vollständig geeignet, die Stelle eines öffentlichen Gartens oder Parkes zu ersetzen. Dies war umsomehr der Fall, als in diesen Anlagen seit ihrem Bestande in angemessenen Zwischenräumen innerhalb der Baumreihen zu beiden Seiten der Straßen Bänke aufgestellt waren. Sie dienten als Ruheort sowohl dem Müden als auch den Kindern mit ihren Wärterinnen.

Dass in sogenannten Alleestraßen Bänke für das lustwandelnde Publicum aufgestellt werden, ist ein allgemeiner Brauch und bleibt es insbesondere auch dann, wenn Herrschaftsvillen die Straßen einsäumen. Es ist so in den weitläufigen Villenanlagen zu Dresden, es ist so in Görlitz, in Stuttgart und anderen Städten. Es war auch so in Wien zu Nutz und Frommen der Bevölkerung.

Da trat im heurigen Jahre der Cottageverein mit einer Beschwerde an den Herrn Bürgermeister oder an den Magistrat heran, worin er die Entfernung der erwähnten Bänke erbat und dies damit begründete, dass in den Abendstunden mancher Unfug verübt wurde, welcher die züchtigen Sitten der Herrschaften in roher Weise verletze oder sie bei ihren Abendsoireen oder sogar in ihrer Nachtruhe störe, und dass ja in unmittelbarer Nähe sich der Park auf der Türkenschanze befinde, wo Bänke in genügender Anzahl aufgestellt sind.

Dieser Beschwerde wurde willfahrt und die Bänke wurden entfernt. Der Herr Bürgermeister mag mir glauben, dass der Unwille darüber allgemein ist und sich oft in Äußerungen Luft macht, die an urwienerischer Derbheit nichts zu wünschen übrig lassen und darum auch gar nicht angedeutet werden sollen. Die Unterfertigten sind aber der Meinung, dass der Unwille vollständig berechtigt ist, und dass dem beschwerdeführenden Cottageverein eine ähnliche Antwort hätte ertheilt werden sollen, wie sie Kaiser Josef II. jenen Adeligen gegeben hat, welche sich bei ihm wegen des „allen Menschen gewidmeten Erlustigungsortes" Augarten beschwerten.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

1. Die Verfügung, kraft welcher aus den Alleen in den Cottageanlagen in Währing und Döbling die Bänke entfernt worden sind, sei als dem allgemeinen Wohle schädlich aufzuheben.

2. In den Alleen der Cottageanlagen seien ehethunlichst wie bisher in angemessenen Zwischenräumen Bänke aufzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Gem.-Rath Tomola (zur Geschäftsordnung): Ich möchte das Ersuchen stellen, meinen Antrag vollinhaltlich zur Verlesung zu bringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist der Antrag gestellt worden, dass der eingebrachte schriftliche Antrag vollinhaltlich verlesen werde.

Ich ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Maresch:**

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 30. Mai d. J. wurde der Antrag des Stadtrathes, einen Schulbau und Volksbad im XVI. Bezirke betreffend, unmittelbar vor der Sitzung den Gemeinderäthen vorgelegt und auch sofort darüber referiert, welcher Vorgang im allgemeinen öfters üblich ist.

Nachdem es nun Pflicht eines jeden Gemeinderathes ist, in erster Linie das Interesse seines Wahlbezirkes zu vertreten, so wäre es daher dringend nöthig, dass in solchen Fällen wenigstens den Gemeinderäthen des betreffenden Bezirkes die Möglichkeit geboten wird, sich in der Sache vorher eingehend zu informieren, was eben bei Bekanntgabe eines Antrages kurz vor dem Referate nicht mehr denkbar ist.

Aus diesem Grunde erlauben sich die Gefertigten an den geehrten Herrn Bürgermeister die Bitte zu stellen,

in Hinkunft denjenigen Gemeinderäthen, deren Bezirk vom Antrage betroffen, zwei bis drei Tage vor jener Sitzung, wo darüber referiert wird, denselben zustellen zu lassen:

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath. — Ich glaube, es wird diesem Wunsche am besten entsprochen, wenn der Antrag dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis gebracht wird. Selbstverständlich ist es nicht in allen Fällen möglich, dem Wunsche zu entsprechen, wenn die Angelegenheit so dringlich ist, dass sie sofort zur Berathung gebracht werden muss.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

11. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Druckforte Nr. 86 ex 1893. Mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 29. Jänner 1878 wurde den Beamten des Marktcommissariates für alle externen Dienstleistungen, die ununterbrochen länger als zehn Stunden gedauert haben, ein Kostgeld von 84 kr. bewilligt. Als nun die Beamtengehalte reguliert wurden und die neuen Bezüge vom 1. Jänner 1893 angewiesen waren, sind über Auftrag

des Herrn Bürgermeisters die Bezüge von Kostgeldern eingestellt worden.

Die Bezüge von Kostgeldern haben sich früher auf 8000 bis 9000 fl., im Jahre 1891 auf 12.530 fl. und infolge der Einverleibung der Vororte auf circa 20.000 fl. belaufen.

Es wird nun von Seite der Ämter, insbesondere von Seite des Marktamtes und des Approvisionierungs-Departements darauf hingewiesen, dass der Entfall dieser Kostgelder die Beamten, insbesondere die jüngeren Beamten und die Praktikanten in einzelnen Fällen sehr schwer treffe, und dass diese Beamten, wenn sie auswärts beschäftigt sind, bei ihren Bezügen von 500 fl. nicht in der Lage sind, sich aus ihren Mitteln eine entsprechende Kost anzuschaffen. Es wird nun über einstimmigem Vorschlag der Ämter namens des Stadtrathes beantragt (liest):

„Es sei für die Folge, vorbehaltlich der definitiven Regelung der Commissionsgebüren und Diäten der städtischen Beamten, vom 1. April 1893 angefangen ein Kostgeld von täglich 84 kr. zu bewilligen an Beamte und Praktikanten das Marktamtes, und zwar:

1. den Beamten (mit Ausnahme des Vorstandes und der Schlachthausverwalter), dann den Praktikanten, welche den Dienst:
   a) an den Märkten Am Hof, auf der Freyung und am Judenplatz;
   b) am Kohlenmarkt am Nordbahnhof;
   c) in der Großmarkthalle;
   d) am Viehmarkt zu St. Marx — besorgen;

2. den thierärztlichen Praktikanten in den Schlachthäusern zu St. Marx, Gumpendorf, wenn sie länger als zehn Stunden amtieren müssen;

3. den Beamten (mit Ausnahme des Vorstandes und der Schlachthausverwalter), dann den Praktikanten bei Besorgung des markt- und vetärinär-polizeilichen Dienstes in den Bezirken für eine außergewöhnliche ununterbrochene Dienstleistung, wenn diese um 6 Uhr früh begonnen und länger als zehn Stunden gedauert hat;

4. für den Inspectionsdienst in den Detailmarkthallen, die Vornahme der Schweinebeschau und der Beschau der Pferde in den Privatschlachtbrücken der Pferdeschlächter, sowie für den nachmittägigen Journaldienst darf kein Kostgeld aufgerechnet werden.

5. Die Marktamtsbeamten und Praktikanten, welche Kostgelder in Aufrechnung bringen, haben diese Anforderung von Fall zu Fall näher zu begründen und die Nothwendigkeit und die Dauer der Dienstleistung, für welche das Kostgeld angerechnet wird, vom Leiter des betreffenden magistratischen Bezirksamtes bestätigen zu lassen und seien nur jene Kostgelder zur Zahlung anzuweisen, welche bei der vom Vorstande des Marktamtes, dem Oberthierarzte und dem Marktreferenten vorzunehmenden Prüfung der Kostgelder-Consignation als passierbar befunden werden."

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist keine Einwendung. Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Für die Folge ist, vorbehaltlich der definitiven Regelung der Commissionsgebüren und Diäten der städtischen Beamten, vom 1. April 1893 angefangen ein Kostgeld von täglich 84 kr. an Beamte und Praktikanten des Marktamtes zu bewilligen, und zwar:

1. den Beamten (mit Ausnahme des Vorstandes und der Schlachthausverwalter), dann den Praktikanten, welche den Dienst:
   a) an den Märkten Am Hof, auf der Freyung und am Judenplatz;
   b) am Kohlenmarkt am Nordbahnhof;
   c) in der Großmarkthalle;
   d) am Viehmarkt zu St. Marx — besorgen;

2. den thierärztlichen Praktikanten in den Schlachthäusern zu St. Marx, Gumpendorf, wenn sie länger als zehn Stunden amtieren müssen;

3. den Beamten (mit Ausnahme des Vorstandes und der Schlachthausverwalter), dann den Praktikanten bei Besorgung des markt- und vetärinär-polizeilichen Dienstes in den Bezirken für eine außergewöhnliche ununterbrochene Dienstleistung, wenn diese um 6 Uhr früh begonnen und länger als zehn Stunden gedauert hat;

4. für den Inspectionsdienst in den Detailmarkthallen, die Vornahme der Schweinebeschau und der Beschau der Pferde in den Privatschlachtbrücken der Pferdeschlächter, sowie für den nachmittägigen Journaldienst darf kein Kostgeld aufgerechnet werden;

5. die Marktamtsbeamten und Praktikanten, welche Kostgelder in Aufrechnung bringen, haben diese Anforderung von Fall zu Fall näher zu begründen und die Nothwendigkeit und die Dauer der Dienstleistung, für welche das Kostgeld angerechnet wird, vom Leiter des betreffenden magistratischen Bezirksamtes bestätigen zu lassen und seien nur jene Kostgelder zur Zahlung anzuweisen, welche bei der vom Vorstande des Marktamtes, dem Oberthierarzte und dem Marktreferenten vorzunehmenden Prüfung der Kostgelder-Consignation als passierbar befunden werden.

12. Referent Gem.-Rath v. Götz: Ich habe die Ehre, zu referieren über Nummer 3249, Beilage 88.

In dem Schulgebäude XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße 158 und Wagnergasse 27, sind zwei Knaben- und zwei Mädchen-Volksschulen mit zusammen 43 Classen (darunter 10 Spätclassen) untergebracht, von welchen 25 Classen den Turnunterricht in dem einzigen dort befindlichen kleinen Turnsaale erhalten.

Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, dass die Erbauung eines den Verhältnissen entsprechenden Turnsaales absolut nöthig ist; es stellte nun der Bezirksschulrath den Antrag, im Hofraume dieser Schule einen Turnsaal zu erbauen, wobei das dort befindliche ebenerdige Häuschen, in welchem sanitätswidrige Zustände bestehen, zu Falle kommen und in dem Turnsaalgebäude eine Wohnung für den Schuldiener eingebaut werden soll. Der Bezirksschulrath beantragt noch weiters, dass bei der Baudurchführung auch auf die Auflassung des dermaligen räumlich beschränkten Turnsaales und Adaptierung zu Lehrzimmern Rücksicht genommen und durch Aufsetzung eines Stockwerkes auf den zu erbauenden neuen Turnsaal ein zweiter Turnsaal geschaffen werde, wodurch mit geringen Mehrkosten den Bedürfnissen, die dort herrschen, Rechnung getragen wird.

Das Stadtbauamt legt nun eine Skizze — die hier auf der Tafel ersichtlich ist — über den zu erbauenden Turnsaal vor; es würde der ober dem Parterre projectierte Turnsaal durch eine

Passage mit dem Corridor des Knabenschultractes, und zwar im ersten Stocke dieses Tractes, verbunden werden.

Die Kosten dieser Bauherstellung würden sich auf 16.500 fl. belaufen, für welche, nachdem im Budget pro 1893 keine Post eingestellt erscheint, aus dem Reservefond ein Betrag zu bewilligen wäre. Wenn man berücksichtigt, dass in dieser Schule 3000 Kinder untergebracht sind und bloß ein kleiner Turnsaal sich dort befindet, so ist es wohl dringend nothwendig, diese Bauherstellung durchzuführen.

Es beantragt demnach der Stadtrath (liest):

„1. Es sei die Erbauung eines einstöckigen Tractes im Hofe des Schulgebäudes XVI., Ottakring, Hauptstraße Nr. 158 (Wagnergasse 27), enthaltend zwei Turnsäle sammt den erforderlichen Nebenräumen und einer im Parterre gelegenen Schuldiener-Wohnung, nach der vom Stadtbauamte vorgelegten Projectskizze zu genehmigen.

2. Es sei zur Deckung der diesfälligen Kosten der Betrag von 16.500 fl. aus dem Reservefond zu bewilligen.

3. Der Bau sei unmittelbar nach Beginn der Hauptferien 1893 in Angriff zu nehmen und derart zu beschleunigen, dass das Object zu Beginn des Schuljahres 1893/94 der Benützung übergeben werden kann."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich kann nicht beurtheilen, ob dieser Bau ein sehr dringender ist, weil uns die Einsicht hierüber entzogen ist. Ich kann aber meine Verwunderung nicht unterdrücken, dass drei Monate, nachdem wir die Budgetberathung geschlossen haben, nun schon der dritte solche Schulbau uns vorgetragen wird, der nicht präliminiert ist. Ich weiß nicht, wie das kommt. Aber wenn die Dringlichkeit uns als so außerordentlich dargestellt wird, muss man, nachdem der Bezirks- und Ortsschulrath des Bezirkes einrathen, doch schon im vergangenen Jahre bei der Budgetaufstellung gewusst haben, ob solche Bauausführungen nothwendig sind. Ich zweifle nicht an der Nothwendigkeit, drücke aber meine Verwunderung aus, dass solche Bauten, die nicht präliminiert waren, uns vorgeschlagen werden, umsomehr als der Referent sich erinnern wird, dass man bei der Berathung im Stadtrathe die eingesetzte Summe von 465.000 fl. für eine Anzahl von Schulen eliminieren und eine Pauschalsumme von 300.000 fl. einsetzen wollte. Wohin hätte das geführt? Es würde eine Anzahl von Schulen gebaut, die nicht präliminiert waren, und für die als sehr dringend anerkannten präliminierten hätte man kein Geld gefunden und sie wären nicht gebaut worden.

Referent: Ich will nur bemerken, dass dieser Antrag von Seite des Bezirksschulrathes vom 4. Jänner 1893 datiert ist, dass am 18. Februar die Localaugenscheins-Commission stattgefunden hat, und muss sagen, dass ich mich selbst darüber verwundere, dass nicht schon vor einem Jahre der Antrag gestellt worden ist, den zweiten Turnsaal zu bauen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden; ich bringe daher die Referenten-Anträge 1, 2 und 3 unter einem zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche denselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind angenommen.

(Widerspruch links.)

Ich bitte, es sind Zweifel an der Abstimmung erhoben worden, ich sehe mich daher veranlasst, dieselbe zu wiederholen, und bitte jene Herren, welche für die Referenten-Anträge stimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Es ist die entschiedene Majorität. Die Anträge sind angenommen.

Beschluss: 1. Es sei die Erbauung eines einstöckigen Tractes im Hofe des Schulgebäudes XVI., Ottakring, Hauptstraße Nr. 158 (Wagnergasse 27), enthaltend zwei Turnsäle sammt den erforderlichen Nebenräumen und einer im Parterre gelegenen Schuldiener-Wohnung, nach der vom Stadtbauamte vorgelegten Projectskizze zu genehmigen.

2. Es sei zur Deckung der diesfälligen Kosten der Betrag von 16.500 fl. aus dem Reservefond zu bewilligen.

3. Der Bau sei unmittelbar nach Beginn der Hauptferien 1893 in Angriff zu nehmen und derart zu beschleunigen, dass das Object zu Beginn des Schuljahres 1893/94 der Benützung übergeben werden kann.

13. Referent Gem.-Rath v. Götz referiert ad Zahl 3276. Es liegen Gesuche der drei Verschönerungsvereine von Hacking, Hütteldorf und Ober-St. Veit um Subventionen vor. Die Wirksamkeit der Verschönerungsvereine in den Vororten ist den Herren bekannt, sie wirken wirklich in ersprießlicher Weise, und in Erkenntnis dieses Wirkens wurden schon mehreren solchen Vereinen, z. B. in Salmannsdorf, Altmannsdorf, Hetzendorf und Ottakring, Subventionen bewilligt.

Es wurden von Seite des Magistrates Erhebungen gepflogen, es wurden die Jahresberichte der betreffenden Verschönerungsvereine sammt Statuten vorgelegt, und es wird nun beantragt, diesen drei Verschönerungsvereinen eine Subvention im Betrage von je 150 fl. zu verleihen. Der Stadtrath beantragt, dies zu genehmigen, und ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Gem.Rath Jedlička: Die Verschönerungsvereine sind zwar eine sehr schöne Sache, aber sie sind doch noch keine Schulen und haben nicht den Wert von solchen. Ich habe gehört, dass der Herr Bürgermeister einem Collegen gesagt hat, der Katholische Schulverein habe keine Subvention nöthig; dem Verschönerungsvereine soll aber eine solche gegeben werden. Und doch hat eine Schule immer einen höheren Wert als eine Stadtanlage und ein Verschönerungsverein. Ich glaube daher, dass man eine solche Subvention dem Zwecke des Unterrichtes eher zuführen soll als dem Verschönerungsvereine einer Gegend, welche von 20, 30 oder 40 noblen Parteien besucht wird. Ich bin dafür, dass der Antrag abgelehnt werde, nachdem man eine katholische Schule nicht subventionieren wollte.

Gem.-Rath Dr. Kloßberg: Ich möchte die Herren bitten, auf den Antrag des unmittelbaren Herrn Vorredners nicht einzugehen, denn es geht nicht gut an, dass man die Angelegenheit der Verschönerungsvereine mit der des Katholischen Schulvereines verquickt. Wenn der Herr Collega Jedlička glaubt, dass der Katholische Schulverein würdig ist, unterstützt zu werden (Gem.-Rath Jedlička: Gewiss!), so möge er einen diesbezüglichen Antrag einbringen, aber es ist unthunlich, aus dem Grunde, weil dieser Verein nicht unterstützt worden ist, darauf einzurathen, dass jene Vereine nicht unterstützt werden sollen. Die Verschönerungsvereine leisten in der nächsten Umgebung von Wien Vortreffliches, und wenn die Commune alles das durchführen müsste, was die Verschönerungsvereine in Wirklichkeit leisten zum Nutzen und Frommen, zur

Bequemlichkeit und Annehmlichkeit der Wiener und derjenigen, welche die Natur aufsuchen, so müsste sie weit tiefer in den Säckel greifen als geschieht, wenn sie eine solche Subvention den Verschönerungsvereinen gibt, und aus diesem Grunde bitte ich, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen. (Beifall.)

Referent (zum Schlusswort): Ich kann den Herren nur versichern, dass speciell in den Vororten die Verschönerungsvereine absolut nothwendig sind; denn wenn die Commune in den einzelnen Territorien alle Baumpflanzungen selbst durchführen wollte, müsste sie tausende von Gulden mehr ausgeben. Ich möchte daher im Interesse der Vororte bitten, dass Sie dem Antrage zustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden, sondern der Herr Gem.-Rath Jedlička hat sich gegen die Annahme des Antrages ausgesprochen. Ich bringe zur Abstimmung den Antrag des Referenten auf Gewährung einer Subvention von je 150 fl. für die Verschönerungsvereine von Hütteldorf, Hacking und Ober-St. Veit.

Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Den Verschönerungsvereinen in Hacking, Hütteldorf und Ober-St. Veit wird je eine Subvention von 150 fl. gegen nachträgliche Verrechnung bewilligt.

14. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir haben auf der Tagesordnung die Wahl von zwei Schriftführern. Ich bitte gefälligst die Wahlzettel vorzubereiten und bitte den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dehm geben die Gemeinderäthe ihre Wahlzettel ab.)

Zum Referat bitte ich Herrn Gem.-Rath Josef Müller. Ich bitte die Herren gefälligst platznehmen zu wollen.

15. Referent Gem.-Rath Josef Müller (tritt an den Referententisch): Ich habe die Ehre, zu referieren über den Act Nr. 90 vom Jahre 1893. Derselbe betrifft eine Note der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 29. Mai 1893, Z. 37301, in Betreff nachträglicher Aufnahme von Zusätzen und Erklärungen zu dem wasserrechtlichen Consense für die Sammelcanal-Anlage am linken Donauufer. Die geehrten Herren werden sich zu erinnern wissen, dass diese Angelegenheit bereits hier im Plenum verhandelt wurde, und zwar ist das vom Stadtbauamte ausgearbeitete Project des linken Sammelcanals hier zur Vorlage gekommen.

Es ist diese Vorlage von Seite des Gemeinderathes angenommen und an die Commission für Verkehrsanlagen zur weiteren Amtshandlung übergeben worden, nachdem die Commission für Verkehrsanlagen das wasserrechtliche Verfahren einzuleiten, respective um dasselbe anzusuchen hat.

Ich möchte hier vor allem bemerken, dass dieses genehmigte Project darauf basiert, dass in dem Donaucanal zwischen der Staatsbahnbrücke und dem Nussdorfer Wehr drei sogenannte Haltungen projectiert waren, d. h. es waren zwischen diesen zwei Wehren noch zwei weitere Wehren eingeschaltet, und zwar am Krottenbach und an der Franzensbrücke. Unter dieser Voraussetzung ist dieses Project ausgearbeitet und vom Gemeinderath gutgeheißen worden. Auch die Commission für Verkehrsanlagen hat dieses Project unter der Voraussetzung dieser Annahmen gutgeheißen und es der Statthalterei vorgelegt. — Während dieser Zeit jedoch hat die Statthalterei eine Expertise einberufen, welche darüber ihr Gutachten abzugeben hatte, wie die Ausgestaltung des Donaucanals und die Eintheilung in Haltungen stattzufinden habe, und welche sich über die Frage, ob eine freie Schiffahrt stattzufinden habe oder ob der Donaucanal nur zum Zwecke eines Winterhafens zu dienen habe, sich zu äußern hätte.

Die einberufenen Experten haben nun ihr Gutachten und ihre Ansichten in einem ausführlichen Elaborate niedergelegt. Die Ansicht der Expertise gieng nun dahin, dass es zweckmäßig wäre, darauf Rücksicht zu nehmen, dass eine freie Schiffahrt stattfinden kann. Bei der Annahme einer freien Schiffahrt wäre es im Interesse derselben gelegen, dass eine dieser ursprünglich projectierten Schleusenanlagen respective Haltungen, und zwar jene, welche zwischen der Staatsbahnbrücke und der Nussdorfer Schleuse gelegen war, entfernt würde, damit im Canale selbst so wenig als möglich Hindernisse bestehen. Es ist zu diesem Zwecke vorgeschlagen worden, dass das Wehr beim Krottenbach entfernt werde, so dass statt drei Haltungen nur mehr zwei Haltungen herzustellen sind. Diese Anlage ist auch, gegenüber der ursprünglich projectierten, eine billigere, da eine Wehrconstruction ausbleibt. Durch eine solche Anlage wird es möglich, eine freie Schiffahrt innerhalb einer längeren Zeit des Jahres, und zwar — wenn ich nicht irre — an 206 Tagen im Jahre zu bewerkstelligen. Außerdem wird noch darauf hingewiesen, dass durch diese Anlage eine technisch wichtigere Herstellung des Wehres bei Nussdorf möglich ist. Infolge dieser vorgenommenen Änderungen konnten die genehmigten Ausführungen des Canals nicht mehr festgehalten werden und konnten insbesondere die Nothausläße und die Einläße für das Spülwasser nicht mehr in der Lage und Höhe, wie es nach dem ursprünglichen Projecte der Fall war, aufrecht erhalten werden. Zum Zwecke der freien Schiffahrt ist es nothwendig, dass man eine Minimal-Fahrwasserhöhe von 2·20 m zur Verfügung habe. Unter Festhaltung dieser Minimal-Fahrwassertiefe von 2·20 m stellt es sich heraus, dass der Nullwasserspiegel nur mehr 1 m höher liegt als die festgesetzte Minimal-Fahrwassertiefe, da an der ursprünglich festgesetzten Distanz zwischen dem Nullwasser und der zukünftigen Canalsohle mit 3·20 m festgehalten wurde. Hieraus geht hervor, dass die Schiffahrt noch möglich ist, wenn das Wasser um 1 m unter dem Nullspiegel gehalten wird, welches gleichzeitig die untere Grenze der freien Schiffahrt ist.

Die andere Grenze der freien Schiffahrt ist diejenige, welche mit 80 cm über dem Nullwasserspiegel fixiert worden ist. Wenn diese Höhe überschritten wird, ist der Wasserzufluss ein derartiger, dass das Wehr bei Nussdorf gesperrt werden muss. Aber innerhalb dieses Intervalles von plus 0·80 m über dem Nullwasserspiegel und 1 m unter dem Nullwasserspiegel ist es möglich, die freie Schiffahrt durchzuführen, welche, wie gesagt, durch 206 Tage im Jahre stattfinden kann. Infolge dieser Annahme müsste nun die Anlage der Sammelcanäle, respective die Anlage der Nothausläße geändert werden, und zwar derjenigen Ausläße, welche in der Scholzgasse, Lilienbrunngasse, Franzensbrückenstraße, Kurzbauergasse und Wittelsbachstraße gelegen sind. Die geehrten Herren wissen bereits, dass die Nothausläße zu dem Zwecke da sind, um das Wasser, welches aus den Sammelcanälen kommt, nicht direct in den Donaucanal zu führen, sondern erst dann, wenn eine gewisse Verdünnung stattgefunden hat, und diese erfolgt über die Schwellen der Nothausläße. Nach dem ursprünglichen Projecte des Bauamtes waren die Nothausläße nur 12 bis 20 cm über dem Nullwasser-

und über dem Stauspiegel gelegen. Infolge der Annahme, dass durch längere Zeit die freie Schiffahrt stattfindet, ist es möglich, dass durch längere Zeit ein Wasserspiegel geschaffen wird, welcher eine Höhe von 80 cm über Null gereicht. Infolge dessen ist es nothwendig, dass die Nothausläße auf diese Côte von 80 cm über Null gehoben werden, wenn nicht das Wasser aus dem Donaucanale in die Nothausläße, respective in die Sammelcanäle eindringen soll.

Meiner Ansicht nach wäre es eigentlich auch kein großes Unglück, wenn das Wasser in die Canäle hineinfließen würde, es würde eben wieder herausfließen und es würde hiedurch nur eine größere Spülung stattfinden. Man hat aber insbesondere auf Folgendes hingewiesen: Wenn ein Hineinfließen des Wassers vom Donaucanale aus in die Sammelcanäle durch die Nothausläße stattfindet, ist in dem Sammelcanale immer eine größere Menge Wasser vorhanden. Wenn nun auch kein größerer Niederschlag, sondern nur ein mittelmäßiger Regen niedergeht, wird schon dadurch der Inhalt des Sammelcanals derart erhöht, dass ein Überlaufen über die Schwelle stattfindet. Das ist ja richtig. Ich weiß jedoch nicht, ob nicht etwa daran vergessen wurde, dass das infolge der Niederschläge vermehrte Canalwasser in so verdünntem Zustande herausfließt, dass es nicht von so großer Bedeutung gewesen wäre. Es wäre aber doch ein Überfließen vorgekommen, und das wollte man verhindern. Nun musste man daran denken, wie eigentlich eine Abhilfe zu schaffen sei, um die Nothausläße 80 cm über dem Nullwasserspiegel zu heben. Da hat man gefunden, dass, wenn der linksseitige Sammelcanal nicht geändert wird, und wenn nur die Nothausläße gehoben würden, der Sammelcanal unter Druck gekommen wäre.

Es würde eine viel größere Menge Wasser stets im Sammelcanale vorhanden sein. Wie die Herren hier aus dem Querprofile ersehen, war die ursprüngliche, mit grünen Strichen bei a bezeichnete Stelle jene Grenze, wo das vierfach verdünnte Brauchwasser sich angesammelt hätte und herausgeflossen wäre, nachdem das einfache Brauchwasser nur 40 cm über der Sohle gestanden wäre. Es würde sich daher das Wasser im Querprofile in einer gewissen Höhe angesammelt haben, und hätte dann eine Überfließung stattgefunden. Nachdem man nun eine Erhöhung von a nach b, d. h. bis auf 80 cm über Null hat eintreten lassen müssen, so würde Folgendes geschehen sein: es würde der Rückstau im Sammelcanale derart gestiegen sein, dass das Wasser, welches bei 18·31 zur Überflutung kommt, nahezu den Scheitel des Gewölbes erreicht hätte. Da hat man nun so calculiert. Wenn eine noch größere Menge Wasser in den Sammelcanal eindringt, was ziemlich oft geschieht, so ist es nicht ausgeschlossen, dass der ganze Sammelcanal voll Wasser gewesen wäre, ja sogar der Scheitel in einem gewissen Drucke gestanden wäre. Da hat man sich gesagt, dass dieser Zustand ein gefährlicher ist, und dass es nicht ausgeschlossen sei, dass eine Berstung oder ein Springen des Canals erfolgt. Um diesen Zustand aufzuheben, musste man auf andere Mittel sinnen. Ich erlaube mir, Ihnen hier in dem Längenprofile des Canals zu zeigen, in welchen Strecken dieser Überdruck stattgefunden hätte. (Demonstrierend:) Hier ist der Scheitel des Gewölbes, und das ist das Wasser, welches unter den normalen Verhältnissen des Niederschlages eingedrungen wäre. Dann wäre dieses Stück des Gewölbes bereits in der Drucklinie gelegen, ebenso wäre auch hier oben ein Theil in der Drucklinie gelegen.

Es war daher nothwendig, andere Hilfsmittel ausfindig zu machen, um dem abzuhelfen, und da hat man sich Folgendes gesagt: Das Gefälle der Sohle des Sammelcanals ist derart eingetheilt, dass der obere Theil zwischen der Scholzgasse und der Franzensbrückenstraße derzeit ein Gefälle von 0·5 pro mille aufweist. Der untere Theil hat ein Gefälle von 0·4 pro mille. Man hat daher darauf gesonnen, die Sohle zu heben, gleichzeitig aber nicht dieses an und für sich schon geringe Gefälle von 0·4 pro mille zu beeinträchtigen. Man hat den Punkt bei der Scholzgasse festgehalten und ist auf ein Gefälle von 0·4 pro mille statt 0·5 pro mille heruntergegangen. Dadurch ist es gelungen, die Sohle des Canals unter Zugrundelegung des Minimalgefälles von 0·4 pro mille um 1 pro mille zu heben. Damit hat man jedoch das Auslangen noch nicht gefunden. Man hat auch in einem Theile dieses Canals das Profil desselben gehoben, um dem erwähnten Umstande, nämlich dass das Gewölbe unter Druck war, Rechnung zu tragen, und hat die zwei Profile zwischen der Scholzgasse und Unteren Augartenstraße und zwischen der Unteren Augartenstraße und Lilienbrunngasse gehoben. Das erstere ist von 1·65 m auf 2·10 m und das andere von 1·90 m auf 2 m gehoben worden. Dadurch sind diese Umstände etwas besser geworden. Trotzdem war es aber nicht möglich, diese 80 cm, welche in dem Erlasse der Statthalterei gefordert waren, zu erreichen. Man hat nur eine Höhe von durchschnittlich 67 cm erreicht, bei der Lilienbrunngasse nur 0·673, 0·677, 0·655 und bei der Wittelsbachstraße nur 0·61.

Es war nicht mehr möglich, unter den gegebenen Verhältnissen eine größere Erhöhung durchzuführen. Nun hat man aber, um dem Rechnung zu tragen, gesagt: man kommt dem dadurch nach, dass man eine Schwelle auf diese Nothausläße aufsetzt, und zwar in der Höhe, welche noch zu 80 cm gefehlt hat, das heißt eine Schwelle in der Höhe von 13 bis 14 cm, so dass bei Aufsetzung dieser Schwelle der Nothauslass 0·8 m über Nullwasser, das heißt jene Höhe, welche zur freien Schiffahrt als maximal nothwendig anerkannt worden ist, hat. Diese Schwellen werden dann eingeschoben, wenn das Wasser über 0·673 steigt, um das Hineinfluten, welches meiner Ansicht nach auch kein Unglück gewesen wäre, zu verhindern.

Dem hat sich auch die Commission angeschlossen und es ist dieser Zusatz-Antrag an die Statthalterei gegangen. Diese hat erklärt, dass sie unter diesen Bedingungen keine Einwendung erhebt, und dass sie dem Projecte zustimmt.

Ein zweiter Punkt, welcher in dem Statthalterei-Erlasse angezogen ist, betrifft die Tieferlegung der Sohle der Nothausläße. Ich will das nur kurz erwähnen. Es ist ausdrücklich vom Bauamte gesagt worden, dass die Nothausläße derart zu situieren sind, dass die Sohle 25 cm unter dem gestauten Wasserspiegel und 1 m unter dem Nullwasserspiegel zu liegen kommt. Dagegen hat man seitens der Statthalterei remonstriert und hat verlangt, dass der Scheitel 50 cm unter dem Nullwasser liege. Wenn das zur Ausführung gekommen wäre, so wären die Nothausläße vollkommen illusorisch geworden, und zwar aus dem Grunde, weil ja die Nothausläße, respective der Sammelcanal früher zur Durchführung kommen, ehe der Canal ausgestaltet wird. Ehe dies aber geschieht, sind jetzt die unregelmäßigen Ufer vorhanden, es sind Schotterbänke, Pflasterungen, Erdböschungen da, so dass, wenn man die Sohle so gemacht hätte, wie es im Erlass verlangt wurde — nämlich den Scheitel 50 cm zu senken, so dass der Scheitel bei gewöhnlichem Wasser nicht zu sehen wäre — ein Ausfließen dieses Wassers illusorisch geworden wäre.

Der gemachten Vorstellung hat man sich auch zugänglich erwiesen und ist dieselbe sowohl von der Verkehrs-Commission als auch von der Statthalterei als richtig befunden und gesagt worden, dass dieser Zustand nur insolange zu dauern habe, bis die Ausgestaltung des Donaucanals hergestellt ist. Damit hat man sich zufrieden gegeben und auch diese Frage ist in diesem Sinne gelöst worden.

Eine dritte Frage ist die Anlage der Spülausläße. Dies sind jene Öffnungen in dem Donaucanalufer, welche es ermöglichen, dass das Wasser in die Sammelcanäle hineingeleitet wird. Das Wasser soll zur Spülung des Canals verwendet werden und es ist in der Zuschrift gesagt worden: die Sohle der Einlaufsöffnungen, der Spüleinläße ist nicht tiefer als 16 cm unter dem projectsmäßig gestauten Wasserspiegel des Wiener Donaucanals zu legen.

Wenn Sie sich das vorstellen, so wäre es vorgekommen, dass, wenn die Schiffahrt 1 m unter dem Nullspiegel stattgefunden hätte — was sehr oft der Fall ist — überhaupt kein Wasser in die Sammelcanäle geflossen wäre, d. h. wir hätten überhaupt unsere Canäle nicht spülen können. Es ist daher eine andere Basis gesucht worden und man hat sie darin gefunden, dass man die Spülausläße nicht mit dem Niveau des Donaucanals in Verbindung gebracht hat, sondern mit dem Niveau der Sohle des Sammelcanals, welcher ja eigentlich durch die Nothausläße zu bedienen ist. Wie ich bereits gesagt habe und die Herren aus dem Plane ersehen, ist das sogenannte Brauchwasser in einer Höhe von 40 cm über der Sohle gelegen. Es handelt sich also darum, dieses Schmutzwasser zu reinigen, und es ist daher beschlossen worden, diese Spülausläße derart zu fixieren, dass sie 40 cm über der Sohle der Sammelcanäle zu liegen kommen. Wenn das Wasser in dieser Höhe so steigt, fließt es in die Canäle zurück und es wird der Inhalt des Canals gespült. Auch damit war die Commission einverstanden und ebenso hat auch die Statthalterei ihre Zustimmung ertheilt.

Das sind die drei Hauptpunkte, welche verlangt worden und welche in der angegebenen Weise gelöst werden sollen. Es handelt sich nun um die Zustimmung hiezu, damit mit dem Bau der Sammelcanäle so rasch als möglich begonnen werden kann, da diese Angelegenheit ohnehin schon eine Verzögerung erfahren hat — und man bei einer noch größeren Verzögerung in die Periode des Hochwassers kommen könnte.

Ich erlaube mir nun den Antrag zu verlesen, den die Herren ohnehin, wie ich glaube, in Händen haben. Es wird die Kenntnisnahme der folgenden Punkte beantragt (liest):

Mit der geschätzten Note vom 27. Mai 1893, Z. 124, hat die löbliche Commission für Verkehrsanlagen in Wien um die nachträgliche Aufnahme von Zusätzen und Erläuterungen zu dem mit der h. o. Note vom 13. Mai 1893, Z. 26030, ausgesprochenen wasserrechtlichen Consense für die Sammelcanal-Anlage am linken Donaucanalufer ersucht.

Die k. k. Statthalterei beehrt sich hierüber nach Einvernehmung der Donauregulierungs-Commission Folgendes mitzutheilen:

Es unterliegt keinem Anstande zu gestatten, die im Punkte 1, Absatz 1, des oberwähnten Consenses vorgeschriebene Höhenlage der Überlaufsschwellen der Nothausläße von 0·80 m über der Nullwasserlinie in der Weise einzuhalten, dass der oberste Theil der Überlaufsschwellen bei der Lilienbrunngasse, bei der Franzensbrückenstraße und bei der Kurzbauergasse in der Höhe von je 0·1300 m und bei der Wittelsbachgasse in der Höhe von 0·1900 m als bewegliche Sub-Construction eingerichtet wird, welche Sub-Constructionen einzulegen sind, wenn Wasserstände im Donaucanale eintreten, welche die Höhe des festen Theiles der genannten Überlaufsschwellen übersteigen.

Durch diese Einrichtung, welche die Erzielung einer größeren als der bereits vorgesehenen Sicherheit der Sammelcanal-Anlage bezweckt, werden nämlich die für die Vorschreibung einer Höhenlage der Überlaufsschwellen von 0·8000 m über der Nullwasserlinie maßgebend gewesenen öffentlichen Rücksichten, was den maximalen Freiwasserstand im Donaucanale anlangt, gar nicht, was den mit der Höhenlegung der Überlaufsschwellen verbundenen sanitären Vortheil betrifft, nur in geringerem Maße berührt, und bleiben ferner die dem Punkte 4 der Consensbedingungen entsprechend dimensionierten Nothausläße in ihrer genügenden Wirksamkeit vollständig unabhängig von dem rechtzeitigen Öffnen dieser beweglichen Verschlüsse.

Weiters wird in Würdigung des Umstandes, dass die dermaligen Tiefenverhältnisse des Wiener Donaucanals die Erfüllung des Punktes 1, Absatz 2 zum Theil äußerst schwierig gestalten würden, vorläufig gestattet, dass bis zur erfolgten Durchführung der im Projecte für die Regulierung des Donaucanals vorgesehenen Tieferlegung der Donaucanalsohle die Ausmündungen der Nothausläße im Ufer als Provisorien mit ihrer Sohle 0·2500 m unter dem Stauspiegel und nicht weniger als 1·0 m unter dem örtlichen Nullwasser gelegt werden können.

Wenn die Gemeinde Wien aus besonderer Vorsicht durch eine weitergehende Hebung der Sohle, sowie durch eine streckenweise Erhöhung des Profiles des Sammelcanals eine größere Höhenlage des Gewölbscheitels als 1·3000 m über örtlich Null anstrebt, so unterliegt es selbstverständlich keinem Anstande, dieses Mehr zur Vergrößerung der lichten Höhe des Sammelcanalprofiles über den Nothauslassschwellen zu verwenden, nachdem durch die Bestimmung des Punktes 2 der Consensbedingungen über die Lage der Überlaufsschwellen unter dem Gewölbscheitel lediglich die Erfüllung der unter Punkt 1, Absatz 1, gestellten Bedingung und die Wahrung der entsprechenden Abfuhr der Maximalwassermengen bei der geringsten Änderung des vorgelegten Projectes gesichert werden wollte.

Das Herabrücken der Sohle, der Einlaufsöffnungen, der Spüleinläße bis auf 0·4000 m über der Sammelcanalsohle, das ist bis auf die Höhe des einfachen Brauchwassers im Sammelcanale, welche zu dem Zwecke angestrebt wird, um auch bei niedrigem Freiwasserstande eine Spülung zu ermöglichen, wird gegen dem gestattet, dass zu jener Zeit, wo die Wasserzuführung in den Donaucanal mit Schwierigkeiten verbunden ist, das Spülen nur mit Zustimmung der Donauregulierungs-Commission oder ihrer Rechtsnachfolger stattfinden darf, durch welche Bestimmung auch unter diesen Umständen einer übermäßigen Wasserentnahme ausreichend vorgebeugt erscheint.

Es muss aber in diesem Falle ein umso größeres Gewicht darauf gelegt werden, dass die Spüleinläße außer der Zeit der Spülung stets geschlossen sind, weshalb den Organen der Strompolizei jederzeit die Möglichkeit der Controle hierüber gegeben sein muss.

Schließlich wird über den von der löblichen Commission für Verkehrsanlagen in Wien ausgesprochenen Wunsch erklärt, dass

gegen die sofortige Inangriffnahme der Bauarbeiten am Sammelcanale noch vor der Vorlage, beziehungsweise Genehmigung der im Sinne der Consensbedingungen abzuändernden Pläne ein Anstand nicht obwaltet.

Die gleiche Verständigung ergeht unter einem an die Donauregulierungs-Commission und die Gemeinde Wien."

Ich ersuche um die Annahme dieser Anträge.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich werde Sie nicht mit theoretischen Abhandlungen über diesen Sammelcanal quälen und nicht mit der Angabe von Ziffern, auch nicht mit der Darstellung des Streites wegen der sogenannten Schlitzöffnungen, welcher sich zwischen dem Stadtbaudirector Berger und dem Baurath Thaussig abgespielt hat. Ich will Sie nur auf das eine aufmerksam machen, nämlich darauf, wie der Gemeinderath der Stadt Wien — da fehlt mir der parlamentarische Ausdruck — bezüglich der öffentlichen Verkehrsanlagen — ich möchte fast sagen — gefoppt worden ist. (Rufe: Sehr richtig!)

Dieses Project ist das möglichst einfachste Project unter sämmtlichen Verkehrsanlagen. Man sollte glauben, dass mit dem Baue schon im vorigen Jahr hätte begonnen werden können, weil die Sache so einfach ist, dass ich glaube, dass sogar ein Realschüler imstande ist, diese Aufgabe zu lösen. Nun, meine Herren, was geschieht? — Das Project ist endlich fertig, das Project wird der Verkehrsanlagen-Commission vorgelegt. Natürlich war alles höchst eilig, binnen 24 Stunden musste die Sache à tout prix fertig sein, dann kam sie an die Donauregulierungs-Commission, die musste auch sofort fertig sein. Später wurde das wasserrechtliche Verfahren ausgeschrieben.

Bei dem wasserrechtlichen Verfahren stellte sich heraus, dass die Donauregulierungs-Commission mit der Verkehrsanlagen-Commission eigentlich nicht einig ist, dass ein Streit darüber ist, ob der Donaucanal ein Schiffahrtscanal oder ein reiner Hafencanal sein soll. Die Statthalterei entscheidet dann in einer Weise, dass der Bau nicht begonnen werden kann. Die Sache kommt neuerlich an die Verkehrsanlagen-Commission, dort beschäftigt man uns wieder 14 Tage bis 3 Wochen mit der Sache. Wir müssen wieder technische Abhandlungen anhören. Endlich wird die Sache fertig und kommt an die Statthalterei. Die Statthalterei gibt nach und gibt einen Erlass heraus, den sie ebensogut vor einem Monate hätte fertig machen können, wenn sie nur den guten Willen gehabt hätte. Ich muss Ihnen das deshalb sagen, weil ich in den Sachen der öffentlichen Verkehrsanlagen die Erfahrung gemacht habe, dass diese einzelnen Beschlüsse mit einer solchen Übereiltheit eingefordert werden, dass schließlich die größten Dummheiten herauskommen. Die Herren verzeihen, wenn ich offen spreche. Es wird in nächster Zeit wieder eine solche Frage herantreten, nämlich bezüglich der Localbahn in Betreff des zwischen der Gemeinde Wien einerseits und den zukünftigen Concessionären, der bestandenen Unternehmung Krauß & Cie. andererseits abzuschließenden Übereinkommens. Auch dann wird es wieder heißen: „Fertig muss die Sache sein, wir dürfen um Gotteswillen der Sache kein Hindernis in den Weg legen, und ich sage Ihnen heute schon, mit dem Baue dieser Bahn wird in diesem Jahre noch begonnen werden können." Sehen Sie, mit diesem Canale hätte man heuer fertig werden können. Baudirector Berger hat die Erklärung abgegeben, dass durch die Verzögerungen, die eingetreten sind, wenigstens die Beendigung des Baues in diesem Jahre in Frage gestellt ist. Jetzt ist ziemliches Hochwasser; wenn Hochwasser ist, kann mit dem Bau des Canals nicht begonnen werden, und so geht es fort. Sie mussten über Hals und Kopf alles beschließen — und so geht es immer und immer wieder — und darum, meine Herren, ob Sie nun der Majorität oder Minorität angehören, lassen Sie sich durch die Drängerei und Penzerei nicht mehr zum besten halten, sondern bestehen Sie darauf, dass jede Angelegenheit gründlich untersucht und die Sache nach jeder Richtung hin geprüft werden möge, damit es wirklich einmal zum Baue kommt, und dass man die Bevölkerung nicht immer mit Versprechungen hinhält, die nie und nimmer eingelöst werden. Es ist geradezu eine Komödie, seit zwei Jahren wird der Bevölkerung versprochen, durch den Bau der Verkehrsanlagen werde das Einkommen vermehrt werden, den Gewerbetreibenden, der Arbeiterschaft Brot gegeben.

Was geschieht jetzt? Jetzt bauen sie an einer einzigen Bahnhofsanlage; am Michelbeuerngrund dort wird gebaut. (Rufe: Aber wie viel Arbeiter!) Ich habe sie nicht gezählt, aber das eine weiß ich, dass ein Inspector dafür schon seit mindestens einem Jahre functioniert, der keine Arbeiter unter sich hat. In dieser Weise wird die Bevölkerung zum besten gehalten, ich sage es offen und ehrlich heraus, rein zum besten gehalten. Wie hier, geht es auch in anderen Sachen. Ich scheue mich nicht, Ihnen zu erklären, dass, wie ich glaube, die Vorortelinie bloß für den Transitoverkehr eigentlich ins Auge gefasst wird.

Es ist Thatsache, dass die Vorortelinie eingeleisig angelegt wird, d. h. der Unterbau zweigeleisig — der Grund und Boden wird eingelöst — aber der Oberbau wird jetzt eingeleisig gemacht werden. In solcher Weise wird vorgegangen, und da sagt man der Bevölkerung, welch glänzende Resultate aus all dem erwachsen.

Ich habe mich verpflichtet gehalten, das vorzubringen, damit in der Öffentlichkeit über dieses nach meiner Anschauung unerhörte Treiben gesprochen und von der Bevölkerung darüber geurtheilt werde. (Beifall links.)

Gem.-Rath Stiaßny: Ich habe mich nie auf dem Standpunkte eines verbohrten Widersachers befunden, der alle Argumente, die von gegnerischer Seite vorgebracht werden, von vornherein für schlecht und irrig erklärt. Auch heute will ich aus dem, was der unmittelbare Herr Vorredner vorgebracht hat, einen Satz hervorheben, mit dem ich mich vollkommen einverstanden fühle, und das ist der Satz, der in der Aufforderung an den Gemeinderath ausklingt, bei der Berathung über die verschiedenen Verkehrsanlagen ja keine Überstürzung eintreten zu lassen. Dieses Verlangen ist vollkommen richtig. Es soll alles bezüglich dieser großartigen und, wie bereits einmal ausgeführt, kaum mehr umzugestaltenden öffentlichen Arbeiten vom Gemeinderathe in entsprechend sorgfältiger Weise berathen werden.

Mit diesem Satze steht aber der erste Theil seiner Behauptungen in directem Widerspruche. Der geehrte Herr Vorredner macht verschiedenen Personen und Corporationen, die nicht deutlich herauszufinden gewesen sind, den Vorwurf, als würden sie durch Hinausschleppung der Berathung, durch übermäßige Gründlichkeit bei Berathung dieser Angelegenheit den Bau des Sammelcanals verzögern.

Da ich am Gang der Ereignisse, wie die geehrten Herren wissen, einigermaßen betheiligt bin, so halte ich mich verpflichtet, auf diesen Vorwurf, der wohl in nicht ganz fassbarer Form vorgebracht wurde, zu antworten. Vorerst muss ich erwähnen, dass

die Angelegenheit, mit welcher wir uns beschäftigt haben und die nach meinem Dafürhalten vom Herrn Referenten in einer ganz erschöpfenden, klaren und überzeugenden Weise vorgebracht wurde, durchaus nicht so einfach ist, als es hier ausgesprochen worden ist.

Die Angelegenheit ist darum etwas compliciert, weil eine Wechselwirkung zwischen dem Sammelcanal und der Regulierung des Donaucanals besteht, und weil es sich um Subtilitäten, um Feinheiten in der Ausführung und in den Dimensionen handelt, welche erst bei der Ausführung des Detailprojectes gründlich besprochen werden konnten.

Der Herr Referent hat es ganz deutlich vorgebracht, dass wesentliche Differenzen, die erst nach sehr spießigen Verhandlungen beseitigt werden konnten, in der Meinungsverschiedenheit über Dimensionen, die zwischen 13 und 19 cm schwanken, bestanden. Wie sind eigentlich diese Differenzen zum Vorschein gekommen? Unser Stadtbauamt, für das ich ja so oft eingetreten bin, so dass ich es nicht nothwendig habe, hier nochmals ausdrücklich zu erklären, dass ich unseren Technikern im Bauamte mit dem größten Vertrauen entgegenkomme, hat auf Grund derjenigen Ziffern, welche demselben vor zwei Jahren bekanntgegeben worden sind, ein Project zu einem Sammelcanal ausgearbeitet, welches vor einigen Monaten dem Gemeinderath vorgelegt wurde. Ich selbst habe mich damals zu Gunsten dieses Projectes ausgesprochen, wenn ich nicht irre, als einziger Redner, der sich, bei ziemlicher Theilnahmslosigkeit des Gemeinderathes, mit dieser wichtigen Sache beschäftigt hat. Nun hat aber die Donauregulierungs-Commission es für nothwendig gefunden, außer der Expertise, welche bereits im März vorigen Jahres bezüglich der Umwandlung des Donaucanals in einen Handels- und Schiffahrtscanal stattgefunden hat, eine neuerliche Expertise zur Prüfung der Detailprojecte einzuberufen. Aus diesem Vorgange wird kein vernünftiger Mensch, und gewiss auch nicht der geehrte Herr Vorredner, der für die Gründlichkeit und sorgfältige Behandlung dieser so wichtigen Frage eingetreten ist, gegen die Donauregulierungs-Commission einen Vorwurf erheben. Die Expertise hat sich aus Personen zusammengesetzt, welche Specialisten, wenigstens zum großen Theil Specialisten auf dem Gebiete des Wasserbaues und insbesondere auf dem Gebiete des Baues von Schleusen, Wehranlagen und Canalisierungen sind. Ich brauche nur die Namen Lindley in Frankfurt, Girardon in Lyon zu erwähnen, und die Herren von beiden Seiten werden mir zugestehen, dass wir keine tüchtigeren und hervorragenderen Specialisten hätten berufen können. Diese Experten sowie drei andere Fachmänner, von welchen zwei Österreicher sind, nämlich Hofrath v. Grimburg von der Staatsbahn und Professor Oelwein von der General-Direction der Staatsbahnen, ferner der technische Attaché der hiesigen deutschen Botschaft Regierungsrath Röder — diese fünf Experten also haben sich einstimmig zu Gunsten von bestimmten Dimensionen in der Herstellung der Donaucanalbauten und von bestimmten Niveaux bei Anlage der Sammelcanäle ausgesprochen.

Insbesondere war es die Frage der Nothausläße, welche die fünf Experten durch eine volle Woche beschäftigt hat. Ihre Beschlüsse sind einstimmig gefasst worden, und auf den Beschlüssen der Expertise fußt jene Note der Statthalterei, welche bekanntlich vor einiger Zeit der Verkehrs-Commission, in Abschrift auch dem Gemeinderathe übergeben worden ist. Ich wüsste nicht, an welche höhere Autorität die Statthalterei hätte appellieren sollen, als an diese Expertise, welche aus mehreren Ländern berufen wurde und zu einem einstimmigen Resultate gekommen ist.

Ich glaube also, dass alles, was in dieser Richtung geschah, vollkommen correct stattgefunden hat, dass mit der größten Sorgfalt vorgegangen wurde, und dass am allerwenigsten die Donauregulierungs-Commission oder die Statthalterei oder deren Organe irgend ein Vorwurf treffen kann. Wenn sich ein leiser Vorwurf erheben ließe — und den hat auch der geehrte Herr Vorredner angedeutet — so würde er in dem Umstande bestehen, dass nicht ein vollständig gleichzeitiges und harmonisches Zusammenwirken zwischen den an der Herstellung der Verkehrsanlagen betheiligten Factoren stattgefunden hat. Das lässt allerdings noch Einiges zu wünschen übrig, es dürfte aber — ich gehöre zwar nicht der Verkehrs-Commission an, aber der geehrte Herr Vorredner könnte ja seinen Einfluss geltend machen — auch dieser Übelstand nach einiger Zeit behoben sein. Ich muss übrigens sagen, dass ich es für keinen besonderen Unglücksfall bezeichnen kann — wie der Herr Vorredner sagte — dass er verurtheilt worden ist, durch einige Wochen technische Vorlesungen zu hören. Ich wenigstens und meine Collegen, die dem technischen Fache gehören, wir würden uns nicht unglücklich fühlen, wenn wir derartige Vorträge anhören müssten.

Ich bitte mir noch zu gestatten, dass ich mit einigen Worten auf die Abänderungen, welche Ihnen heute von dem Herrn Referenten vorgeschlagen worden sind und welche wesentliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Project enthalten, zurückkomme. Erstlich bedingt die gegenwärtig vorgeschlagene und hoffentlich von Ihnen zu genehmigende Anlage der Schwelle der Nothausläße, dass die ursprünglich in Aussicht genommene vierfache Verdünnung nunmehr auf eine nahezu siebenfache erhöht wird, was für diejenigen unserer Mitbürger, welche entlang der beiden Ufer des Donaucanals wohnen und hie und da doch einigermaßen mit dem Donaucanal nach verschiedenen Richtungen zu thun bekommen, gewiss nur sehr angenehm und beruhigend sein wird. Dann möchte ich auch noch weiter erwähnen, dass die Einrichtung so getroffen worden ist, dass die Nothausläße nicht etwa im ganzen Verlaufe des Canals gleichzeitig functionieren. Es ist eigentlich naturgemäß und es wird das durch die jetzige Anordnung auch herbeigeführt, dass bei einem Steigen des Canalinhaltes zuerst der unterste, d. h. der von der Stadt am weitesten entfernte Nothauslass zu functionieren beginnt; dieser gibt zuerst die Spülwasser, die Schmutzwasser ab. Erst wenn der Wasserstand im Sammelcanal höher gestiegen ist, wird außer dem Nothauslasse bei der Kurzbauergasse auch der bei der Franzensbrückenstraße zu functionieren beginnen, während die beiden weiter oben gelegenen Nothausläße noch kein Schmutzwasser abgeben werden. Bei noch höherem Steigen des Canalinhaltes wird der Nothauslass bei der Lilienbrunngasse, endlich zuletzt der in der Brigittenau bei der Scholzgasse zu functionieren beginnen. Sie werden mir zugestehen, dass das eine wesentliche Verbesserung ist, und dass wir es nicht nothwendig haben, schon bei einem geringen Steigen des Canalinhaltes das Schmutzwasser durch die ganze Länge des Donaucanals entlang der ganzen Stadt zu führen.

Endlich möchte ich noch darauf aufmerksam machen — ich glaube, der Herr Referent hat es nicht erwähnt —, dass die Spüleinläße mit einer absperrbaren Vorrichtung versehen sind. Es könnte ja die Frage aufgeworfen werden: Wie beugt man denn vor, dass der Canalinhalt durch die Spüleinläße in den Donaucanal austritt? Dies wird nun durch eine Absperrvorrichtung erzielt.

Ich habe die feste Überzeugung, dass das Project, wie es gegenwärtig vorgelegt wird und wie es nach einer sehr sorgfältigen Verhandlung zwischen dem Baudirector, den Organen der Statthalterei und der Donauregulierungs-Commission festgesetzt worden ist, allen Ansprüchen genügeleisten wird, die wir an ein solches Project stellen können. Ich glaube auch, dass der geehrte Herr Vorredner, dessen Thätigkeit in der Verkehrs-Commission ja bekannt ist, sich mit der Versicherung zufrieden geben kann, dass das, was hier projectiert ist, gewiss den Interessen der Stadt Wien entsprechen wird, und demgemäß empfehle ich Ihnen die Anträge des Referenten zur Genehmigung. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe über das Referat deswegen nichts gesprochen, weil sich an diesem Antrage nichts mehr ändern lässt. Selbst wenn der Gemeinderath einer gegentheiligen Anschauung wäre, könnte er gegen den Erlass der Statthalterei gar nichts machen. Also, über das Meritorische zu reden ist ja ganz vergebens. Es wird zwar Se. Excellenz den Herrn Statthalter sehr freuen, dass der unmittelbare Herr Vorredner mit ihm vollständig einverstanden ist, aber für den Gemeinderath hätte es weiter gar keine Bedeutung, wenn er auch nicht einverstanden wäre; denn er könnte einfach nichts machen. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen, ob wir wollen oder nicht. So steht die Sache. Ich habe mich aber auch nicht darüber beschwert, dass ich wochenlang technische Abhandlungen anhören musste, durchaus nicht; wenn ich nur solche Dinge hie und da gehört hätte. Ich beschwere mich darüber, dass man uns eigentlich nichts sagt. Ich bin Mitglied der Commission für die Verkehrsanlagen und ich versichere Sie, ich erfahre dort ebensowenig, wie ich hier erfahre und wie Sie erfahren. Der Referent erzählt Ihnen etwas, aber dass Sie in Wahrheit etwas wissen, das gibt's eigentlich gar nicht, und ich gestehe offen: mir geht es geradeso. Da sind ein paar Fachmänner, die sagen: es ist gut, und weil diese es sagen, müssen die anderen auch sagen: gut. Das ist das Unangenehme bei der Sache. Es ist so, wie ich sage; ich schildere wahrheitsgetreu, photographenmäßig.

Und dagegen beschwere ich mich. Nachträglich kommen solche Geschichten heraus wie hier, dass sich die Fachmänner streiten.

Ich bin der Meinung, dass alle Verkehrsanlagen so gemacht werden müssen, dass sie wie aus einem Gusse erscheinen. Das ist meine Meinung. Ich bedauere, dass man uns fort und fort mit Vorlagen kommt, die man schließlich wieder ändern und dann zum drittenmale ändern muss. Ich bedauere es auch deswegen, weil auf diese Weise ein gedeihliches Fortschreiten nicht möglich ist. Ich weiß das von der ersten Expertise und auch von der zweiten. Freilich hätte man das alles früher machen sollen und können; gut, man hat es jetzt gemacht, aber da soll man nicht früher an den Gemeinderath gehen und ihm sagen: Du musst das schleunigst beschließen und „Ja" und „Amen" sagen. Hernach beruft man erst die Experten, denen fällt ein, das ist nicht richtig, das muss so oder so gemacht werden, und dann sagt die Statthalterei — weil es die Experten gesagt haben —: das muss so oder so gemacht werden. Dann streiten die Techniker der Gemeinde Wien mit denen der Donauregulierungs-Commission und sagen: es ist nicht möglich! Ich habe das mitgemacht. Dann kommt zwischen den Technikern der Gemeinde Wien und denen der Donauregulierungs-Commission ein Ausgleich zustande, der ein sogenanntes Interim, ein Provisorium schafft. Die Herren wissen, was ein Interim ist: Interim, Interim, steckt der Teufel hinter ihm! (Heiterkeit.)

So ist es bei allen Provisorien. Ich kann dem unmittelbaren Herrn Vorredner sagen: Ich bin zwar kein Techniker, das ist richtig; aber die eine Überzeugung habe ich. Dieses Interim wird vielleicht länger dauern als das Definitivum. Ich bin überzeugt, dass gar nichts geändert wird. Wenn man eine solche Überzeugung hat und sieht, dass um Worte gestritten wird bei einer verhältnismäßig so einfachen Sache — denn compliciert ist die Sache gewiss nicht — wenn man sieht, wie da herumgestritten wird, wenn man beobachtet, wie anfangs Arbeiten verzögert werden, so hat man ein Recht, einmal öffentlich darüber zu sprechen und zu sagen, so darf es nicht weitergehen. Zwei Jahre sind es bald schon, dass man der Bevölkerung gesagt hat, in den nächsten Tagen werden die Schaufeln und alles mögliche in die Hand genommen, man hat förmlich schon im Geiste die Arbeiter über ganz Wien ausgestreut und hat gesehen, wie gearbeitet wird, aber bis jetzt ist nichts geschehen; und so, fürchte ich, wird es noch einige Zeit fortgehen, wenn man so fortfährt, dann wird alles auf einmal in Angriff genommen werden; es werden die Arbeiter selbst theuerer werden, weil eine große Inanspruchnahme und ein großer Begehr eintreten wird; es werden die Baumaterialien, Ziegeln und Steine theuerer werden, und wir werden vielleicht um die Hälfte mehr zahlen müssen als wir gezahlt hätten, wenn in richtiger und rationeller Weise bei Lösung dieser Frage vorgegangen worden wäre. Das ist meine Anschauung. Wenn ich schon auch kein Techniker bin, so verstehe ich doch etwas von dieser Sache. Wenn so vorgegangen worden wäre, so hätte man das Richtige getroffen und die Bevölkerung nicht zum besten gehalten. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Jedlička: Ich habe nur eine Anfrage an den Herrn Referenten. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass die Vergebung der Arbeiten des Sammelcanals am linken Donauufer bereits stattgefunden hat. Später habe ich wieder gelesen, dass Änderungen eintreten sollen und die ganze Canalsohle in der ganzen Länge um einen Meter gehoben werden soll. Erstens erlaube ich mir die Anfrage, ob dem so ist, und zweitens, wie wird es aussehen mit der Offertverhandlung? Wenn man jemandem eine Leistung um einen gewissen Preis zuspricht und wenn an der Leistung zu Gunsten des Unternehmers eine Änderung eintritt, so möchte ich wissen, ob da auch die Bezahlung in derselben Weise stattfinden wird, wie sie das erstemal vereinbart worden ist? Ich bitte um Aufklärung.

Referent: Ich möchte bemerken, dass die Arbeiten vergeben sind. Was die Änderungen betrifft, so hätte der Herr Vorredner, wenn er mir gefolgt wäre, gesehen, dass es sich nur um eine geringe Hebung der Sohle handelt. Es handelt sich nur in gewissen Stellen um eine Hebung der Sohle des Canals um 25 cm. Derartige kleine Änderungen kommen sehr oft vor, und haben diese auf die ganze Angelegenheit keinen Einfluss, nachdem die Vergebung der Arbeiten nach Einheitspreisen und nach den Mengen, die geschaffen werden, erfolgt.

Gem.-Rath Jedlička: Damit bin ich zufrieden.

Gem.-Rath v. Stummer: Ich bin gezwungen, einige Worte auf die Äußerungen des Herrn Dr. Lueger zu erwidern, obzwar sie zum großen Theile durch die Ausführungen des Herrn Baurathes Stkaßny, welche vollständig richtig sind, berichtigt worden sind.

Vor allem möchte ich mir zu sagen erlauben, dass die Verfassung der Projecte für den Sammelcanal und die Donaucanal-Regulierung gewiss nicht so einfach ist, als Herr Dr. Lueger sie dargestellt hat. Wir Techniker, die wir von der Technik auch etwas so nebenbei verstehen, haben uns darüber manche Stunde verbittert, wir haben gewiss das Beste angestrebt und wollen das Beste leisten. Allein, die Sache liegt gar nicht so einfach.

Sie liegt so: Der Donaucanal soll reguliert werden, und zwar für einen Schleusencanal und für ein offenes Gerinne. Er bildet gewissermaßen die Mutter für die Sammelcanäle. Wenn ich den Sammelcanal projectieren will, so muss ich genau das Project der Donaucanal-Regulierung wissen. Dieses Project ist im Herbste bereits vorgelegen, und auf Grund desselben hat das Stadtbauamt sein Project für den Sammelcanal ausgearbeitet. Das war gewiss ganz richtig. Das ist der Commission vorgelegt worden, was auch ganz richtig ist, und weil die ganze Bevölkerung nach Arbeit schreit und weil viel mehr versprochen wurde, als man hätte versprechen sollen — ich gebe das gerne zu — hat man das Project genehmigt und dem wasserrechtlichen Verfahren zugeführt. Nun hat die Verwaltung der Donauregulierung für nothwendig befunden, um sich gewissermaßen gegenüber der ganzen Bevölkerung außer Obligo zu stellen, neuerdings eine Expertise einzuberufen, was auch ganz naturgemäß und richtig war.

Diese Expertise hat nun neuerliche Berechnungen angestellt und neue Bestimmungen vorgeschlagen — auch für die Sammelcanäle. Das Gutachten dieser Expertise, in welcher große Männer an der Spitze standen, liegt nun thatsächlich vor und ist zum Ausgangspunkte des Statthalterei-Erlasses gemacht worden. So steht die Sache. Was konnte nun das Stadtbauamt machen? Es war bemüht, auf Grund des Projectes für die Donaucanal-Regulierung die nothwendigen Änderungen für die Sammelcanäle vorzuschlagen, es konnte nicht anders, weil diese Canäle mit dem Projecte der Donaucanal-Regulierung verbunden sind.

Nun hat Herr Dr. Lueger auch von einem Streit zwischen dem Oberbaurath Berger und dem Baurath Taussig gesprochen Ich habe gar nicht gewusst, dass diese Sache schon durch die Zeitungen publik geworden ist, bedauere es aber sehr, denn gerade solche Sachen sollten nicht öffentlich besprochen werden, selbst wenn sie wahr wären. Von einem Streite war gar keine Rede, Baurath Taussig hat, wenn dies schon besprochen werden muss, aus eigener Überzeugung und aus Pflichtgefühl die Normen der Expertise vertreten, und unser Baudirector hat sein Project vertheidigt; das ist doch ganz natürlich. Die Differenzen sind aber so klein, dass die Techniker über so kleine Differenzen wohl streiten können. Wenn die Herren einen Punkt, zum Beispiel die Nothausläße und Einmündungen derselben in den Canal, herausnehmen, so muss man doch schließlich sagen, wenn man die Bestimmung trifft, du musst die Ausläße so legen, so muss man dies auch ausführen können. Thatsächlich kann aber die Gemeinde diese Nothausläße nicht ausführen, solange die Donaucanal-Regulierung nicht fertig ist. Das ist doch allgemein verständlich, und unser Baudirector hatte Recht, wenn er sagte: „Wenn man das vorschreibt, kann ich die Canäle nicht anfangen, bis nicht die Donaucanal-Regulierung fertig ist.“ Das wollten wir ja auch nicht. Das will kein Mensch und auch Herr Dr. Lueger nicht. Die Herren haben sich verbunden und die Herren haben mit Zuziehung der Techniker von der Statthalterei die Sache vereinbart, um einen Modus zu finden, dass der Canal sofort in Angriff genommen werden könne. Ich glaube daher, dass man den Vorwurf den zwei Herren gegenüber nicht erheben kann, und ich glaube, es war nicht sehr — wie soll ich nur sagen? — schön vom Herrn Dr. Lueger, dass er das als Streit aufgefasst hat, etwas, was man den zwei Herren nicht nur nicht verübeln kann, sondern wovon man eigentlich sagen muss, dass es recht und billig gewesen ist. Die Herren haben unsere Interessen vollständig vertreten. Man hätte sonst einfach mit dem Sammelcanal nicht früher beginnen können, als bis der Donaucanal fertig ist, und das können und wollen wir doch nicht; diese kolossale Arbeit der Donaucanal-Regulierung muss doch nach dem Sammelcanal folgen. Ich möchte also richtigstellen, dass überhaupt von einem Streite gar keine Rede war, sondern dass die Herren sich einfach vereinbart haben, wie wenn zwei Juristen zusammenkommen und einen Vertrag gemeinschaftlich stilisieren. (Dr. Lueger: Ah, so war es nicht!) Ich kann nur bestätigen, dass das Project des Sammelcanals, wie es früher auf der Basis des ursprünglichen Projectes des Donaucanals ausgearbeitet wurde, ganz vorzüglich ausgearbeitet war, das ist gar keine Frage. Wenn die Basis sich aber ändert, so muss man das Project auch ändern, deswegen kann man aber nicht sagen, das Project sei schlecht gemacht, schlampig oder geschleudert. Das ist durchaus nicht der Fall.

Nun, meine Herren, ich möchte nur mit einer Bemerkung eine Äußerung des Herrn Dr. Lueger Ihnen gegenüber richtigstellen. (Rufe links: Aha!) Sie haben das Recht und es muss Sie auch interessieren, zu erfahren, dass die Commission für Verkehrsanlagen eigentlich nicht faulenzt. Herr Dr. Lueger hat es vielleicht nicht so gemeint, dass die Commission für die Verkehrsanlagen eigentlich nichts arbeitet. Ich kann Sie nur versichern, dass die Arbeit in der Verkehrs-Commission eine ziemlich bedeutende ist, und diese Arbeit zeigt sich zuerst in den verschiedenen Comité-Sitzungen, wo die Techniker in erster Linie die Projecte prüfen. Ich glaube, dass es unrecht ist, wenn man in die Bevölkerung den Vorwurf hinausschleudert, dass die Commission für die Verkehrsanlagen ihre Arbeiten so außerordentlich leicht nimmt. Ich sage das nicht, weil ich zufällig in der Commission bin. Wenn man aber alles so ausspricht, so glaube ich, muss man auch alles zur Richtigstellung sagen, und es wäre vielleicht praktisch, alles zu veröffentlichen, dann würde die Bevölkerung wissen, was geschieht. (Rufe links: Nichts!)

Ein Fehler ist geschehen, und dieser Fehler zieht sich wie ein schwarzer Faden durch die Verkehrsanlagen. Ich muss das offen aussprechen und in der Richtung hat Herr Dr. Lueger recht. Man hat vielleicht der Bevölkerung zu früh gesagt: „Wir werden mit den Arbeiten beginnen.“ (Rufe links: Nun also!) Solch kolossale Arbeiten lassen sich nicht im Handumdrehen machen, umsoweniger als — und das ist eine Hauptsache — die eine Arbeit mit der anderen vollständig verbunden ist. Sie können nicht eine Arbeit von den Verkehrsanlagen herausnehmen und sagen: Wir construieren und bauen das. Das geht nicht; eine Arbeit hängt von der anderen ab und alles muss gleichmäßig durchgearbeitet sein. Dass das nicht eine leichte Aufgabe ist, wo es sich um eine so kolossale Arbeit handelt, werden Sie einsehen. Und da war es ein großer Fehler, der auch uns belastet hat, dass man der Bevölkerung gesagt hat: „Wir werden im Jänner bauen und das Geld wird dann rieseln.“ Das habe ich immer verneint, und ich habe dagegen gesprochen, weil ich aus Erfahrung weiß, dass man so kolossale Arbeiten nicht so schnell machen kann. Dass man jetzt bestrebt ist (Rufe links: Dummheiten zu machen!), demzufolge

womöglich die Sache zu forcieren, liegt auf der Hand, und dass man bis heute keine Dummheit gemacht hat, steht fest. Aber ich stehe auf dem Standpunkte, außerordentlich vorsichtig zu sein; denn bei so großen Arbeiten, wo eine von der anderen abhängt, ist gewissermaßen der Fall vorhanden, dass, wenn die Arbeiten zu stark pressiert werden, leicht etwas übersehen wird, woraus dann nachträglich Schaden erwächst. Es ist das Bestreben der Commission, die Arbeiten am allerbesten durchzuführen.

Ich möchte auch dem entgegentreten, dass Herr Dr. Lueger gesagt hat, dass man in der Commission sich die Sache eigentlich leicht macht. Herr Dr. Lueger bringt bei diesem Sammelcanale sofort die Vorortelinien zur Sprache. Das ist auch wieder ein Schlagwort, und ich möchte den Herrn Dr. Lueger bitten — er ist ja in der Commission und weiß alles — so etwas nicht zu sagen, weil man das anders auslegen könnte, und das doch nicht richtig ist.

Meine Herren! Die Vorortelinie wird ja auf zwei Geleisen ausgeführt. Die Sache steht so: — er hat es auch gesagt, aber man könnte es anders auffassen — die Vorortelinie wird für zwei Geleise ausgeführt. Sie wird nur, insolange sie eine Sackbahn ist, insolange sie also keine Fortsetzung an die Südbahn bekommt, nur mit einem Geleise hergestellt. (Widerspruch links.) Ich meine das ganz ernst. Sie können ja in 14 Tagen das zweite Geleise liegen haben, wenn sie es brauchen. Das wird auch geschehen, aber ich gebe Ihnen das Wort, dass das eine Geleise noch lange genug sein wird. Ich bitte Sie, nur ruhig nachzudenken! Sie haben alle paar hundert Meter eine Station. Wird denn das einen so kolossalen Verkehr geben können? Wenn die Bahn einmal an die Südbahn anschließen wird, dann können Sie sagen: „Jetzt brauchen wir das zweite Geleise." So lange sie aber Sackbahn ist, ist es gleich, ob Sie das zweite Paar Schienen legen oder nicht. Soll das zweite Geleise gelegt werden, so macht man das in acht Tagen; also die Sache ist durchaus nicht gefährlich und schaut nicht so aus, wie vielleicht Herr Dr. Lueger in der Hitze des Gefechtes gesagt hat.

Ich möchte das nur richtigstellen, um nicht vielleicht in der Bevölkerung die Meinung erwecken zu lassen, wir wollen hier eine elende Bahn hinstellen. Das fällt uns nicht ein. Herr Gem.-Rath Dr. Lueger weiß das ganz genau. Man macht das heute deshalb so, um nicht ein Geld auszugeben, dessen Aufwendung jetzt nicht nothwendig ist. Ich werde Ihnen ein Beispiel sagen, das Sie alle kennen. Die Westbahn ist vor so vielen Decennien bis Salzburg für zwei Geleise hergestellt worden — der ganze Unterbau, die Brücken u. s. w. —, weil man geglaubt hat, man müsse eine zweigeleisige Bahn machen; aber man hat nur ein Geleise gelegt, und heute hat sie noch nicht das zweite Geleise von Wels bis Salzburg fertig, weil sie es nicht braucht. Nun denken Sie an den kolossalen Verkehr, der auf der Westbahn ist! Da werden Sie doch auf die paar Kilometer, wo Sie alle paar hundert Meter eine Station haben, mit einem Geleise ausreichen! Reichen Sie aber nicht aus, so haben Sie in acht Tagen das zweite Geleise fertig. Solche Schlagworte haben also gar keinen Werth. Man beunruhigt die Bevölkerung und das ist sehr überflüssig. Ich beantrage, die Anträge anzunehmen. Es ist das Beste, was man machen kann; abgesehen davon, dass, wie richtig bemerkt worden ist, nichts anderes zu machen übrig bleibt.

Gem.-Rath K. M. Mayer (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind vorgemerkt die Herren Gem.-Räthe Jedlička, Karl Müller, Steiner und der Herr Referent.

Gem.-Rath Jedlička: Gestatten Sie mir auszusprechen, dass ich mit dem Herrn Vorredner nicht harmonieren kann. Er vergleicht unsere Stadtbahn mit einer Bahn, welche eine kolossale Strecke hat und zu den Weltbahnen gehört und sagt, dort hat man auch noch nicht zwei Geleise. Ja, wenn das vielleicht auf irgend einer Seitenstrecke ist, dann lasse ich es zu, aber ich stelle mir in Wien die Stadtbahn, wenn sie in Function getreten ist, ganz anders vor, als eine Bahnstrecke draußen. Wenn von sämmtlichen Bahnen die Züge auf dieser Stadtbahn die Stadt umkreisen oder durchschneiden sollen, dann muss unbedingt ein zweites Geleise vorhanden sein, wenn die Bahn dem Verkehre entsprechen soll.

Wenn der Herr Vorredner es damit motivieren will, dass er sagt, jede paar hundert Schritte kommt ein Bahnhof, dann erwidere ich ihm, desto nothwendiger sind dann zwei Geleise. Man macht hier ein so kolossales Wesen von der Stadtbahn und jetzt will man eine Krähwinkelbahn herstellen, wie es die Bahnstrecke von Leobersdorf nach St. Pölten ist, wo der Bauer, wie der Conducteur gerufen hat: „Fahren sie heute mit?", sagte: „Nein, heute fahre ich nicht mit, ich habe keine Zeit, ich muss geschwinder hinkommen." (Heiterkeit.) So kommt es mir auch bei dem Projecte der Stadtbahn vor. Es geht ins aschgraue. Von den Versprechungen, welche Sie der Bevölkerung gemacht haben, wollen Sie heute nichts wissen. Sie haben die Dinge colportiert, nicht wir. Wir haben der Bevölkerung klaren Wein eingeschenkt und haben gesagt: „Leute, so kolossale Arbeiten können nicht so schnell gemacht werden, lasst euch keinen blauen Dunst vormachen!" Das war Ihre Force und die Force der Tintenjuden; die haben es in die Welt hinausposaunt, damit der Bürgermeister die 20.000 fl. bekommt und die Vororte fleißig zahlen können. Bekommen haben sie aber nichts. Von den Vororten ziehen die Leute aus, weil sie hier Wasser haben und draußen nicht. Arbeit wurde ihnen versprochen, sie haben aber heute keine. Gehen Sie heute nach Währing auf den Bahnhof Michelbeuern. Da müssen Sie einen Operngucker nehmen, bis Sie einen Taglöhner finden. (Heiterkeit.) Es sind 40 dort, mit 20 bis 30 Wagen fahren sie herum. Das sind die Verkehrsanlagen! Damit wollen Sie das Geld rieseln lassen? Mit dem Pflanz kommen Sie uns nicht mehr! (Heiterkeit.) Die Bevölkerung glaubt es Ihnen nicht.

Wenn derartige Sachen einmal hier vorgelegt und vom Gemeinderath gut geheißen werden, so soll uns die Sache in der Art vorgelegt werden, dass wir sie auf einmal erledigen und nicht erst wieder hinausgeben und es einem x-beliebigen Fachmann überlassen, daran herumzumodeln und zu beschneiden, wie es ihm beliebt. Wir erhalten erst jetzt durch die Ausführungen des Herrn Vorredners die richtige Klarheit. Wir haben uns die Geschichte ganz anders vorgestellt. Wenn die Sache so kleinlich angefangen wird, dass man sagt: „bis man das zweite Geleise einmal braucht" — ja, meine Herren, zu den Militärtransporten wird ein Geleise lange ausreichen, aber für die Bevölkerung gleich anfangs nicht. Ich möchte also bitten, dass die Herren in der Verkehrs-Commission darauf dringen, dass wir gleich eine anständige, vollkommene und endgiltige Stadtbahn bekommen und nicht eine Krähwinkelbahn, wie sie draußen ist. Ich bin für die Anträge des Herrn Referenten,

möchte aber bitten, dass man uns in Zukunft, wenn man uns wieder mit einem solchen Referat kommt, das Reine, Klare und Bündige vorbringt und zur Beschlussfassung vorlegt.

Gem.-Rath Karl Müller: Ich glaube, wir können dem Herrn Referenten nur zustimmen und ihm sogar dafür danken, dass wir jetzt ein besseres Project haben als früher. Zu bedauern ist aber eines. Wir haben die Offertverhandlung am 4. April ausgeschrieben, das war also ungefähr vor vier Wochen. Die Bevölkerung war ganz glücklich, dass sie nun Arbeit bekommt. Aber die Sache ist bis heute noch nicht fertig und es wird der Juni und Juli vergehen, vielleicht sogar der August. Das wäre die richtige Zeit, wo man solche Arbeiten in Angriff nimmt. Uns, den Gemeinderath, kann absolut kein Vorwurf treffen. Wir haben die Sache zur rechten Zeit erledigt.

Aber das Bedauerliche ist, dass die Contrahenten im April Offerte machen mussten, wo die Preise am höchsten waren, sie mussten rechnen, dass sie im Hochsommer Hochwasserstände haben würden, wodurch die Sache sich bedeutend vertheuert. Das ist jedenfalls ein Übelstand, der nicht zu billigen ist; im übrigen aber, glaube ich, soll man dem Referenten zustimmen und die Sache so annehmen, wie sie ist.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Es hat Herr Dr. Lueger als Mitglied der Verkehrs-Commission, ebenso Herr Baurath Stummer gesprochen. Nun appelliere ich an sämmtliche Herren, ob wir darüber klar geworden sind, was dort eigentlich geschieht. Herr Baurath Stummer hat erklärt, die Verkehrs-Commission habe noch keine Dummheiten gemacht; er verwahre sich dagegen. Ich dagegen behaupte: ich habe noch nichts Gescheites gesehen. Die Verkehrs-Commission hat noch gar nichts gemacht. Die Bevölkerung sieht auch noch nichts. Aber eines berührt mich dabei. College Stummer behauptet, dass die eingeleitete Anlage vorderhand genügend sei. Erinnern Sie sich aber noch, meine Herren! Als diese Verkehrsanlage im Plenum discutiert wurde, da wurde behauptet: alle drei Minuten geht ein Zug; es wird im Interesse der Bevölkerung gelegen sein! Ich habe seinerzeit erklärt, dass es der Bevölkerung des XIX. Bezirkes ganz alleseins ist, ob Sie diese Linie bauen oder nicht. Ein Verkehrsmittel wird für diejenigen Vororte nicht geschaffen, welche heute keines besitzen. Und wenn Herr Dr. Grübl und Baurath Stiaßny noch unzähligemale nach Nussdorf kommen, und auch Herr St.-R. Müller nach Döbling, so wird für diese Bezirkstheile doch mit diesen Anlagen nie ein Verkehrsmittel mit der Metropole geschaffen werden. Sie mögen versprechen, was Sie wollen, es wird keines werden. Aber vielleicht ist Herr St.-R. Müller so gütig, eines aufzuklären. Nachdem die Sitzungen des Stadtrathes ebenso wie die der Verkehrs-Commission in unserer freiheitlichen und fortschrittlichen Zeit geheim sind, so klärt er uns vielleicht auf, wieso es im Stadtrathe möglich war, dass in der Sitzung, wo die Vergebung der Cementlieferung nach Ungarn beschlossen wurde, zu Beginn der Sitzung alle Stadträthe als anwesend ausgewiesen sind, und der Beschluss dann mit acht gegen acht Stimmen gefasst worden ist. Vielleicht ist der Herr Stadtrath so gütig, uns zu sagen, wer die Stadträthe derweil im Sack gehabt hat, wie die Abstimmung stattgefunden hat. (Heiterkeit links.) Das wäre sehr interessant.

Referent (zum Schlusswort): Gegen das Meritorische ist eigentlich nichts eingewendet worden; ich werde auch darauf nicht zurückkommen und ersuche um die Annahme. Ich will nur gegen die Bemerkungen des Herrn Dr. Lueger erwähnen, dass diese Sache denn doch nicht so kindleicht ist, und dass man nicht sagen kann, dass ein Realschüler dies spielend machen könnte. Wenn jemand erzählt, das wird so gemacht, da sind die Haltungen, da sind die Schleusen, da ist der Sammelcanal, da fließt das Wasser heraus &c., so ist das jedem sehr einleuchtend; jeder wird sagen, das ist eine ganz einfache Geschichte; aber was alles dahintersteckt, welche riesige Masse von Berechnungen und Erfahrungen dazu nothwendig ist, bis man zu diesem Resultate kommt, das ist hier nicht gesagt worden. Das ist eine Arbeit, die nicht alle Tage vorkommt, und ich sage, das ist eine Arbeit, die sehr wenig noch ihresgleichen findet.

Wenn dann die Techniker über eine so wichtige Frage, über eine Frage, welche — ich möchte sagen — noch nicht in der Praxis gelöst erscheint, über die riesige Schleusenanlage bei Nussdorf — schlüssig werden sollen, so ist es ganz natürlich und berechtigt, dass sich die Techniker darüber ins Klare setzen. Wenn alle Leute auf der Welt gleichen Sinnes wären, so brauchte man überhaupt nur Einen, der die ganze Sache macht. Aber eine solche Frage muss genau und gründlich studiert und berathen werden. Das ist es ja, was Herr Dr. Lueger verlangt; es ist gründlich studiert und genau berathen worden, und es ist infolge dieser Gründlichkeit eine Verzögerung erfolgt. Einmal sagt man, man studiert nicht gründlich und thut alles schleuderhaft, und wenn man gründlich studiert, was eine gewisse Verzögerung im Gefolge hat, sagt man, man verzögert alles; so schlägt man das eine mit dem anderen.

Was die Ansicht des Herrn Gem.-Rathes Jedlička betrifft, der sagte, man möge nur immer ein Referat bringen, welches nur einen klaren, endgiltigen Beschluss erhalten soll, so erwidere ich: Dies gilt nur für Fälle, wo der Gemeinderath in eigener Sache Beschlüsse fasst. Wo Beschlüsse gefasst werden, die noch einer anderen Corporation zu unterbreiten sind, kann es vorkommen, dass nachträgliche Abänderungen verlangt werden, und diese müssen eben neuerlich berücksichtigt und einer neuerlichen Beschlussfassung vorbehalten bleiben. So wird es immer sein mit Sachen, die nicht ausschließlich in die eigene Competenz gehören. Wir haben das auch bei den Verkehrsanlagen wiederholt gesehen. Ich glaube daher, dass es richtig ist, in dieser Sache ein Maß einzuhalten, sowohl in Betreff der Genauigkeit wie in Betreff der Schnelligkeit.

Weiter habe ich nichts zu bemerken und ersuche um Annahme des Antrages. (Rufe links: Cement!) Bezüglich der Cementangelegenheit bemerke ich, dass dies eine Angelegenheit ist, die eigentlich nicht zur Sache gehört; ich habe auch nicht die Abstimmung im Stadtrathe zu leiten. Im Stadtrathe habe ich als Referent einen Antrag gestellt, der verworfen worden ist, aber auf die Abstimmung habe ich gar keine Ingerenz; es ist mir auch nicht bekannt, wie viele Stadträthe anwesend waren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen die Anträge des Referenten ist keine Einwendung erhoben worden. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Beschluss: Die vom Referenten eingangs dieses Referates vollinhaltlich zur Verlesung gebrachte Note der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 29. Mai, Z. 37301, betreffend die nachträgliche Aufnahme von Zusätzen und Erläuterungen zu dem wasserrechtlichen Consense für die Sammelcanal-Anlage am linken Donaucanalufer wird zur Kenntnis genommen.

16. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe zur Zahl 3447 zu referieren über das Ergebnis der vorgenommenen

Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss aus dem IX. Gemeindebezirke. Die Wahlen haben am 10., 13. und 16. Mai stattgefunden. Bei der Wahl im 3. Wahlkörper wurden in allen Sectionen 1306 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Mehrheit beträgt 653; hievon entfielen 752 Stimmen auf Herrn Josef Rau, Zahntechniker. Im 2. Wahlkörper wurden 714 Stimmen abgegeben; die absolute Mehrheit beträgt 358; es entfielen auf Herrn Anton Reitmeyer, Porzellanhändler 506 und auf Herrn Josef Gerin, Gastwirt, 490 Stimmen. Im 1. Wahlkörper wurden 127 Stimmzettel abgegeben, wovon einer leer war; es waren also 126 giltige Stimmen. Dieselben entfielen alle, nämlich 126, auf Herrn Max Hiller, Kaufmann und Hausbesitzer. Herr Franz Vogler, Kaufmann und Hausbesitzer, erhielt 125 Stimmen. Gegen die Wahl ist von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden, wenngleich bei der Wahl im 3. Wahlkörper eine Incorrectheit vorgekommen ist, welche aber auf das Wahlergebnis keinen Einfluss hatte. Auch bezüglich der passiven Wahlfähigkeit liegt ein Anstand nicht vor. Es ist jedoch Herr Josef Rau im Präsidium erschienen und hat erklärt, dass er die auf ihn gefallene Wahl nicht annehme.

Mit Rücksicht darauf beantragt der Stadtrath, die Wahl der Herren Anton Reitmeyer, Josef Gerin, Max Hiller und Franz Vogler zu Mitgliedern des Bezirksausschusses des IX. Gemeindebezirkes gemäß § 21 der Wahlordnung zu bestätigen. Bezüglich der Wahl im 3. Wahlkörper ist jedoch mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Josef Rau, dass er die auf ihn gefallene Wahl nicht annehme, eine neue Wahl vorzunehmen und wird der Herr Bürgermeister ersucht, diesfalls das weitere zu veranlassen. Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Gem.-Rath Noske: Der Herr Referent hat gesagt, dass bei der Wahl im 3. Wahlkörper, wie er sich ausgedrückt hat, Incorrectheiten vorgekommen sind. Mir persönlich sind nun zwar diese aus dem Referate im Stadtrath bekannt, aber ich glaube, dass, wenn es sich um die Agnoscierung einer Wahl handelt, es auch für das Plenum wünschenswert wäre, zu wissen, wie diese Vorfälle bestanden haben und ich möchte den Herrn Referenten um die Mittheilung derselben bitten.

Referent: Das Protokoll enthält hierüber Folgendes (liest): „Der Herr Vorsitzende hat, nachdem sein Name auch in der Wählerliste des 3. Wahlkörpers verzeichnet erscheint, ohne dabei auf den Charakter gesehen zu haben, im Glauben, dass er im 3. Wahlkörper wahlberechtigt erscheine, einen Stimmzettel in die Wahlurne abgegeben, aber, als er später bei der vormittägigen Durchsicht der Wählerlisten seinen Irrthum wahrgenommen hatte, seinen Stimmzettel, den er nach der Schrift als den seinen erkannte, beim Scrutinium über Zustimmung der Wahl-Commission von den übrigen Stimmzetteln ausgeschieden."

Dieser Vorgang ist in der That nicht in der Ordnung, weil es gewiss nicht angeht, irgend einen Stimmzettel, der abgegeben worden ist, aus der Wahlurne zu nehmen, abgesehen davon, dass nicht leicht erklärlich ist, wie der betreffende Vorsitzende ohne Wahllegitimation zur Wahl zugelassen werden konnte. Es konnte doch nur ein Wähler auf Grund der ihm zugestellten Wahllegitimation und wenn ihm eine solche nicht zugestellt worden ist, nur auf Grund eines von der Wahl-Commission ausgefertigten Duplicats wählen. Auch dieser Umstand ist nicht recht aufgeklärt, hat aber, wie gesagt, auf die Wahl selbst keinen Einfluss, weil ja der gewählte Candidat weit mehr als die absolute Majorität der Stimmen auf sich vereinigt hat und abgesehen davon, die ganze Wahl gegenstandslos ist, nachdem er erklärt hat, das Mandat nicht anzunehmen.

Gem.-Rath Noske: Wer die Ausführungen des Herrn Referenten jetzt angehört hat, muss das eine wenigstens gestehen, dass es bei dieser Wahl urgemüthlich zugegangen ist. (Rufe links: Simmering!) Eben dieses Simmering ist der Grund, warum ich über diese Wahl auch rede, damit man vergleichen kann, wie die Verhältnisse liegen. Zuerst stimmt der Vorsitzende in dem Glauben, dass er dem 3. Wahlkörper angehört, obwohl er dem 2. angehört, im 3. Wahlkörper mit. Eine Legitimation für den 3. Wahlkörper kann er nicht gehabt haben, es müsste denn irrthümlich gewesen sein, und das wird nicht behauptet. Er gibt also seinen Stimmzettel ab. Nun findet er im Laufe des Vormittags, dass er eigentlich nicht dem 3., sondern dem 2. Wahlkörper angehört. Was jetzt thun? Jetzt sucht er in der Wahlurne so lange nach, bis er angeblich den Zettel findet, den er hineingeworfen hat, nimmt ihn heraus und legt ihn auf die Seite. Das ist doch ungeheuer einfach! (Heiterkeit.)

Weil der Zwischenruf Simmering gefallen ist, ich also provociert worden bin, muss ich auf den Vergleich zwischen der Wahl in Simmering und im IX. Bezirke zu sprechen kommen. Da hat sich letzthin bei der Wahl in Simmering ein ganz unscheinbarer Vorfall zugetragen. Ein Wähler ist gekommen, wurde in die Liste als stimmend eingeschrieben, hat jedoch vergessen, den Stimmzettel abzugeben, beziehungsweise die Commission ihm denselben abzuverlangen, so dass er ihn in der Tasche behielt, und es hat sich herausgestellt, dass eine Stimme weniger, als Wähler sind, abgegeben wurde, und noch dazu hat sich herausgestellt, dass der Betreffende für jenen Candidaten gestimmt hätte, der ohnedies die Majorität hatte.

Nun möchte ich Sie daran erinnern, welches Zetermordio die Herren von der Gegenseite in diesem Falle angestimmt hätten, und da möchte ich auf einige Bemerkungen reflectieren, die damals gefallen sind.

Man hätte nun erwarten sollen, dass die Herren Catone von drüben auch jetzt so vorgehen. Einer der Herren hat damals gesagt (liest): „Aber ganz gleichgiltig ist dieser Umstand nicht," — der in der Simmeringer Wahl behauptet wurde — „deshalb ist es nothwendig, dass er constatiert wird, denn solche Sachen dürfen ein- für allemal nicht vorkommen."

Nun, das ist mein Standpunkt auch. Auch ich will diese Sache constatieren, damit sie in Zukunft nicht mehr vorkommt.

Dann hat der betreffende Herr gesagt (liest): „Ich würde ebenso reden, wenn es sich um einen Candidaten unserer Partei handelt", er hat aber nicht geredet. (Unruhe links.)

Nun, zur Sache selbst möchte ich bemerken, — ich befinde mich in der glücklichen Lage, dass ich mich mit einer eigenen Rede gar nicht anzustrengen brauche, denn ich brauche nur die Sätze, welche die Herren von drüben bei der Wahl in Simmering gesprochen haben, mit Abänderung des Wortes „Tasche" zu wiederholen. Dort hat es sich darum gehandelt, dass der Betreffende den Stimmzettel aus der Tasche gezogen hat und hier aus der Urne. Sonst sind es ganz dieselben Argumente.

Ein zweiter Herr Redner hat Folgendes gesagt — ich citiere wörtlich, es ist nämlich behauptet worden, dass der Betreffende den Stimmzettel aus der Tasche gezogen hat —: „dass ein Zettel in die Tasche hineingeflogen ist, auf welche Art, weiß ich nicht." — Ich weiß nicht, ob im jetzt vorliegenden Falle der Zettel aus der Urne herausgeflogen ist. — „Wer von den Herren Stadträthen,

welche heute ihre Zustimmung geben wollen, kann behaupten, dass gerade der Stimmzettel, der in der Tasche — lies jetzt „Urne" — gefunden wurde, der richtige war? (Rufe links: So ist es!) Wer kann mir bezeugen, dass er nicht mit einem anderen vertauscht wurde?" Wer kann dies mir im heutigen Falle bezeugen? Ich will dem betreffenden Herrn nicht imputieren, dass er dies etwa absichtlich gethan hätte, das fällt mir gar nicht ein, aber ich bitte, unter 700 Schriften die seine herauszufinden, ist doch sehr schwer, die Schriften sind ja oft sehr ähnlich, so dass man sie gar nicht von einander unterscheiden kann.

Wenn ich mir nun vor Augen halte, was da alles geschehen ist: 1. dass jemand ohne Legitimation oder mit einer nicht dahin gehörigen Legitimation seinen Stimmzettel abgibt, und 2. dass er, nachdem entdeckt worden, dass er gar nicht wahlberechtigt ist, den Stimmzettel wieder herausgesucht hat, wodurch das Wahlgeheimnis schon während der Wahl verletzt wurde, so muss ich sagen, dass ich zu demselben Schlusse komme, den die Herren Redner von jener Seite (links) damals gezogen haben; ich muss wirklich staunen, dass man bei einer Wahl, bei welcher derartige Vorfälle sich ereignet haben, nicht sofort dazu schreitet, sie zu annullieren, und ich muss ebenso wie der geehrte Herr Reichsraths- und Landtags-Abgeordnete, Gemeinderath, Stadtrath und Mitglied der Verkehrs-Commission es damals gethan hat, mich der Hoffnung hingeben, dass von irgend jemand der Gegen-Antrag gestellt werde, diese Wahl zu annullieren, namentlich von einem jener Herren drüben (links), die in dem anderen ganz unscheinbaren Falle ein zweistündiges Aufhebens über die Sache gemacht haben.

Ich stehe aber nicht auf diesem Standpunkte — auch unsere Partei nicht — und ich habe mir nicht das Wort erbeten, um gegen den Referenten-Antrag zu sprechen, sondern nur deshalb erbeten, um den Unterschied in der Behandlung zu constatieren, den wir einer Sache angedeihen lassen und der mitunter von der anderen (linken) Seite des hohen Hauses einer Sache zutheil wird. Wir haben in beiden Fällen, und zwar in der Erwägung, dass dieses Vorkommnis keinen Einfluss auf das Wahlresultat übt, gesagt, wir beantragen die Verificierung. Auch in diesem Falle hat sich der Stadtrath einstimmig geeinigt, die Verificierung zu beantragen, weil das Vorkommnis keinen Einfluss auf die Wahl hat. Wir sind halt zu gute Menschen und machen nicht gleich aus dem Versehen eines Menschen ein großes Präambulum und muthen nicht gleich dem anderen eine große Schlechtigkeit zu. So steht die Sache unsererseits. Das was ein anderer Herr Redner von drüben dem ehemaligen Vorsitzenden in Simmering gesagt hat, will ich nicht wiederholen, weil ich ein höflicher Mensch bin und nicht gerne eine solche Unart jemandem ins Gesicht sage. Ich hätte erwartet, dass, wenn die Herren wirklich so furchtbare Principien-Reiter sind, als welche sie sich immer ausgeben, hätten sie consequenterweise den Antrag stellen müssen, die Wahl sei nicht zu agnoscieren. Denn der Fall, der damals vorgekommen ist, war viel flagranter als der Fall, der in Simmering vorgekommen ist. Aber es scheint, dass die Herren jetzt Real-Politiker werden, und ich begrüße das. Vielleicht wird es sich dann leichter leben lassen, wenn Sie anfangen, mit den Thatsachen zu rechnen; das wollte ich nur constatieren. (Beifall rechts, ironischer Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bedauere wirklich, dass der unmittelbare Herr Vorredner unsere Partei ins Spiel zieht. Was geschieht hier? — Der gewählte Rau nimmt nicht an, es wird eine Neuwahl ausgeschrieben. Wir hätten also gar nicht nothwendig, darüber zu reden. Ich kann dem unmittelbaren Herrn Vorredner versichern, wenn es sich darum handeln würde, die Wahl zu agnoscieren, nicht eine Neuwahl vorzunehmen, so hätten wir aus Vorsicht gewiss jene Consequenzen gezogen, welche gezogen werden müssen. (Rufe rechts: Glauben es nicht!) Er hat etwas zu früh geschossen. Man schießt immer dann, wenn man den Hasen sieht und treffen kann, aber man darf nicht schießen, bevor man ihn sieht. Was übrigens den Stimmzettel betrifft, so habe ich erst heute erfahren, dass die Sache so ist. Der Stimmzettel wurde von dem Vorsitzenden, der ihn eingegeben hat, erkannt und verlesen, daher das Herumsuchen in der Urne nicht stattgefunden hat. Wir sind halt so vernünftig und gescheit, dass wir unsere Schrift erkennen; wenn der Herr St.-R. Noske es noch nicht so weit gebracht hat, so soll er halt in die Volksschule gehen. (Heiterkeit und Beifall links.)

Gem.-Rath Schuh: Ich setze voraus, dass ich hier im Gemeinderathe seitens der liberalen Partei von jeder Verdächtigung verschont bleibe. Ich sage das deshalb, weil von den Führern der liberalen Partei des IX. Bezirkes keine Gelegenheit unbenützt gelassen wird, um jemanden zu verdächtigen. (Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren, ich kann es beweisen, und hier ist der Ort, wo ich das Recht dazu habe. Ich habe als Vorsitzender damals meinen Stimmzettel hergegeben, und zwar darum, weil ich im guten Glauben war, dass dieser Karl Schuh der Decorateur Schuh ist, und ich habe in den Wählerlisten nachgesehen, ohne auf den Charakter zu achten; ich habe meinen Namen daraufgeschrieben und habe den Stimmzettel abgegeben und nachdem ich später die Wählerlisten durchgesehen habe, habe ich gefunden, dass dieser Karl Schuh ein anderer ist, und ich habe der Wahl-Commission gesagt: „Meine Herren, mir ist etwas unterlaufen, der dritte Wahlzettel ist von mir und war ich zu dessen Abgabe nicht berechtigt." Nachdem das ganze Scrutinium vollendet war, ist der dritte Wahlzettel gekommen mit meiner Unterschrift, den habe ich der Commission vorgezeigt. Mit meiner eigenen Unterschrift, lieber Herr Noske! Nur keine Verdächtigungen! Ich dulde hier absolut keine Verdächtigungen. Ich dulde hier keine Verdächtigungen, wenn es auch im IX. Bezirke üblich ist, zu verdächtigen.

In dem Momente, wo das geschehen ist, habe ich es zu Protokoll gegeben und hätte es nicht nothwendig gehabt, zu fälschen. Das ist die Thatsache. Ich führe das an, weil es in neuester Zeit beliebt wird, dass die Führer der liberalen Partei im IX. Bezirke mit Verdächtigungen herumwerfen, wie es noch nie Sitte war. Wenn Sie sich erinnern, wissen Sie, dass die Pichlergasse-Frage zu den größten Verdächtigungen Anlass gegeben hat. Die liberale Partei hat gesagt, ich hätte Häuser in der Pichlergasse gehabt, während ich nicht einen Stein dort besitze. (Vice-Bürgermeister Dr. Richter gibt das Glockenzeichen.) Ich muss sprechen. Es ist nicht so ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Redner. Ich muss sehr bitten, Sie haben nicht das Recht, über alle möglichen Dinge zu sprechen.

Gem.-Rath Schuh: Ich spreche über die Wahl und die Verdächtigungen ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte Sie, die Discussion nicht weiter auszuspinnen als nothwendig ist.

Gem.-Rath Schuh: Ich wurde hier verdächtigt und dagegen verwahre ich mich.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe durchaus nicht gehört, dass Herr Redner verdächtigt wurden. Ich bitte, sich an die Tagesordnung zu halten.

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe die Absicht gehabt, die Annullierung der Wahl zu beantragen. Nachdem ich aber höre, dass der Betreffende die Wahl ablehnt, unterlasse ich diesen Antrag. (Gelächter rechts.) Sie können lachen so viel Sie wollen, mir macht das nichts.

Gem.-Rath Jedlička: Ich staune geradezu, dass Herr St.-R. Noske aus dieser Gelse einen so kolossalen Elephanten macht. Der Herr St.-R. Noske hat meine Worte citiert. Ich muss Ihnen sagen, ist es denn heute ein Wunder, wenn jemand bei der Wahl und vielleicht auch in der Wahl-Commission sitzt, dass er auf einmal erfährt, dass man einen, der schon 20 Jahre im 2. Wahlkörper sitzt, auf einmal in den dritten expediert. Das ist heute kein Wunder, dass man missliebige Personen hinunterschiebt und ihnen sagt: Geht zu den Antisemiten, da seid ihr ohnedies alle beisammen.

Wenn sich einer irrt, so ist das kein so großes Verbrechen. Es handelt sich auch im IX. Bezirke nicht um dasselbe wie in Simmering. In Simmering hat es sich um einzige Stimme gehandelt, und da muss man „heiklich" umgehen. Wenn man von Simmering hört, dass man jemanden, der weiß Gott wo wohnt, die Zuständigkeit nach Simmering mittels eines polizeilichen Meldungszettels zuschanzt, und wenn man eine zweite Stimme in die Tasche hineinescamotiert, so kann man davon reden. Wenn aber einer in der Meinung, dass, weil sein Name darauf steht, er es ist und seine Stimme abgibt, so ist das kein so großes Verbrechen.

Bei uns in Währing ist es freilich anders gewesen. Sowohl bei den Liberalen als bei den Antiliberalen. Die Liberalen haben in Währing ihre Stimmzettel alle gleich gehabt, sie waren nicht auseinander zu kennen; der Judendiener hat sie geschrieben, er hat sie sogar im Judentempel geschrieben, sie sind im Judentempel fabriciert worden. Wenn wir etwas kritzeln, so kennen wir unser Gekritzel ganz genau, und es wird immer der richtige Zettel erwischt.

Ich hätte denselben Antrag gestellt, den Herr Collega Gregorig stellte, wenn der Herr mit sein Mandat, das er richtig erworben hat, nicht verzichtet hätte. Derselbe ist auch mit einer größeren Majorität (Rufe: 400 Stimmen!), mit einer Majorität von 400 Stimmen gewählt worden, und da kommt es auf eine Stimme nicht an und es ist nicht gerechtfertigt, dass man ein so kolossales Wesen daraus macht. Nachdem also der Herr verzichtet hat, ist es nicht nothwendig, einen Antrag zu stellen.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich habe zu diesem Referate nichts weiter zu bemerken, als dass Herr St.-R. Noske so auffallend sämmtliche Ehrenstellen des Collegen Dr. Lueger citiert hat. Er sei Reichsrathsabgeordneter, Landtagsabgeordneter, Stadtrath, Gemeinderath und Mitglied der Verkehrsanlage-Commission. Das „Reichsrathsabgeordneter" hat er so auffallend betont, ich weiß nicht, ob das inneres Unbehagen bezüglich der Wahl des Dr. Kronawetter war. Ich kann den Herrn St.-R. Noske versichern, dass wir stolz darauf sind, dass Herr Dr. Lueger diese Vertrauensstellungen inne hat, und dass wir stolz darauf sind, dass er nicht Mitglied des Vereines zur Bekämpfung des Antisemitismus, wie St.-R. Noske ist. (Heiterkeit links und anhaltende Unruhe im ganze Saale.)

Gem.-Rath Noske: Ich habe mir nur zu einigen Richtigstellungen das Wort erbeten. Ich hätte nicht erwartet, dass Herr Collega Schuh behauptet, dass ich ihn verdächtigt hätte. (Unruhe links.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir können mit diesem Gegenstande nicht fertig werden, wenn die Herren nicht ruhig sind. — Herr Gem.-Rath Noske hat das Wort.)

Ich hätte nicht erwartet, dass Herr Gem.-Rath Schuh mir vorwirft, ich hätte ihn verdächtigt. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, dass ich die volle Überzeugung habe, dass der Irrthum, der vorgekommen ist, bona fide begangen worden ist. Mehr kann ich aber doch nicht sagen. Ich hätte auch nicht erwartet, dass mir ein Vorwurf daraus gemacht wird, wenn ich Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger mit dem großen Titel citiere. Das ist eine Höflichkeit, die ich verübt habe (Heiterkeit), sonst nichts. Endlich möchte ich darauf reflectieren, dass Herr Dr. Lueger gesagt hat: Ja, wir hätten warten sollen, er hätte einen Antrag gestellt. Ich weiß erstens, dass er ihn nicht gestellt hätte; aber abgesehen davon, steht die Sache so. Wenn es sich nicht um diese Sache gehandelt hätte, und wenn der Fall nicht so liegen würde, wie er liegt, so hätte — davon bin ich positiv überzeugt — Herr Dr. Lueger schon Protest erhoben, dass man einfach den Mann abdicieren lässt. Er weiß ja nicht einmal, ob die Wahl verificiert ist. Was lehnt er denn ab? (Zustimmung rechts.) Er hätte warten müssen, ob die Wahl verificiert wird. Dann hätte man ihm schreiben müssen, nehmen Sie die Wahl an oder nicht, und dann hätte er sagen können, ich nehme sie an oder nicht. Er weiß ja nicht, ob die Wahl in der Ordnung ist. So liegt die Sache.

Gem.-Rath Gregorig: Nachdem der Gewählte nicht ablehnen kann, bevor er weiß, ob die Wahl agnosciert ist oder nicht, beantrage ich jetzt die Ablehnung der Wahl.

Referent (zum Schlusswort): Zunächst muss ich bemerken, dass ich mich an das französische Sprichwort erinnert habe: Qui s'excuse, s'accuse, als Herr Gem.-Rath Schuh das Wort ergriffen hat. Ich habe es absichtlich vermieden, seinen Namen zu nennen und auch der nach mir sprechende Herr Gem.-Rath Noske hat seinen Namen nicht genannt. Herr Gem.-Rath Schuh hat nichtsdestoweniger das Wort ergriffen, sich als den Vorsitzenden, um den es sich handelt, vorgestellt und hat sofort mit „Verdächtigungen" und dergleichen Worten herumgeworfen. Ich möchte demgegenüber constatieren, dass ich lediglich das Protokoll verlesen und daraus constatiert habe, was bei dieser Wahl vorgegangen ist. Dass dies eine Incorrectheit ist, muss jeder, der die Wahlordnung und die Vorschriften für den Wahlact kennt, zugeben. Das ist also infolge dessen — wenigstens was meine Person betrifft — gewiss keine Verdächtigung, sondern ich muss Incorrectheiten rügen, wo sie zu rügen sind. Ich habe mich auch nicht gescheut, an anderen Orten, in anderen Bezirken, wo solche Incorrectheiten vorgekommen sind, dieselben zu rügen.

Von Seite des Herrn Gem.-Rathes Jedlička ist nun ein Vergleich mit dem XI. Bezirk in der Weise gemacht worden, dass er sagte, dort ist ein Stimmzettel in die Tasche escamotiert worden. Dieser Fall ist doch etwas anderes. Ich erlaube mir zu constatieren, dass bei der Wahl in Simmering 37 Wähler gestimmt haben. Es wurden aber nur 36 Stimmzettel vorgefunden und

dies hat sich dadurch aufgeklärt, dass ein Commissionsmitglied vergessen hatte, den Stimmzettel abzugeben. Man hat nun selbstverständlich diesen Stimmzettel, obwohl constatiert worden ist, dass dieser auf den Namen des gewählten Candidaten gelautet hat, gar nicht in Anrechnung gebracht. Diese Stimme hat selbstverständlich nichts gegolten, weil sie eigentlich doch nicht als abgegeben angesehen werden konnte. Von Escamotage kann aber da nicht die Rede sein; das ist im Gegentheil zum Nachtheil des Herrn Koch, der gewählt worden ist, geschehen. Der andere Candidat hätte nur verlangen können, dass ihm eventuell diese Stimme zugerechnet worden wäre; dann hätte Herr Koch noch immer die absolute Majorität gehabt. Es hat also in diesem Falle der eine Stimmzettel keinen Einfluss auf die Wahl gehabt.

Was von den übrigen Rednern bemerkt worden ist, insbesondere von Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger, betrifft den vorliegenden Fall eigentlich ganz und gar nicht und hat mit der Sache eigentlich sehr wenig zu thun. Herr Dr. Lueger hat einfach nur einige Witze gemacht. Herr Gem.-Rath Gregorig hat nun zum Schlusse die Annullierung des Wahlactes beantragt. Ich kann mich diesem Antrage nicht anschließen, erstens aus dem Grunde, weil ich ja auf dem Standpunkte stehe, den der Stadtrath schon bei früheren Anlässen eingenommen hat, den auch der Gemeinderath schon wiederholt eingenommen und den auch der Verwaltungsgerichtshof wiederholt als gerechtfertigt anerkannt hat, dass nämlich Incorrectheiten, die bei einer Wahl vorkommen, nur dann geeignet sind, die Annullierung des Wahlactes herbeizuführen, wenn sie Einfluss auf das Wahlergebnis haben. Nachdem das in diesem Falle nicht vorliegt, so entfällt selbstverständlich damit die Annullierung dieser Wahl. Abgesehen davon liegt nun auch die Thatsache vor, dass der Gewählte überhaupt auf die vorgenommene Wahl verzichtet hat, und es wird Ihnen ja ohnehin vom Stadtrathe beantragt, dass mit einer Neuwahl vorgegangen werde. Etwas anderes kann also der Antrag Gregorig auch nicht zur Folge haben, und ich glaube daher, dass derselbe eigentlich gegenstandslos ist.

Ich empfehle nochmals den Antrag des Stadtrathes.

Gem.-Rath Schuh (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige, dass ich nicht dem Referenten den Vorwurf gemacht habe, dass es eine Verleumdung sei, sondern ich habe diesen Vorwurf dem Herrn St.-R. Noske gemacht, denn ich halte es für eine Verleumdung, wenn man jemandem zumuthet, er sucht seinen Zettel und wühlt in der Urne herum. Es ist auch nicht richtig, dass das so geschehen ist, sondern den dritten Zettel, der in der Urne unten am Boden war, nachdem er als dritter hineingeworfen wurde, habe ich, bevor er herausgezogen wurde, an der Schrift als den meinen erkannt. Damit bin ich fertig.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent hat beantragt, die Wahlen aus dem 1. und 2. Wahlkörper für den Bezirksausschuss des IX. Bezirkes seien anzuerkennen.

Eine Einwendung dagegen ist nicht erhoben worden; ich erkläre diesen Antrag für angenommen.

Weiters wurde beantragt: „Der Herr Bürgermeister wird ersucht, wegen Ausschreibung einer Neuwahl aus dem 3. Wahlkörper das Nöthige zu veranlassen."

Herr Gem.-Rath Gregorig hat beantragt, diese Wahl sei zu annullieren. Ich kann diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen, weil das Substrat vollständig fehlt. Der Gewählte hat erklärt, dass er verzichtet und damit ist die Sache erledigt.

Ich bringe den Antrag des Referenten zur Abstimmung und bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Wahl der Herren Anton Reitmeyer, Josef Gerin, Max Hiller und Franz Vogler aus dem I. und II. Wahlkörper zu Mitgliedern des Bezirks-Ausschusses des IX. Gemeindebezirkes wird gemäß §. 21 der Wahlordnung bestätigt. Bezüglich der Wahl aus dem III. Wahlkörper wird der Herr Bürgermeister ersucht, wegen Ausschreibung einer Neuwahl das Nöthige zu veranlassen.

17. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre das Ergebnis der Schriftführerwahlen zur Kenntnis zu bringen. Es wurden 83 Stimmzettel abgegeben, davon waren drei leer. Die absolute Majorität beträgt 41; es entfielen auf Gem.-Rath K. M. Mayer 53, auf Gem.-Rath Dr. Zimmermann 48 Stimmen. Diese Herren erscheinen gewählt und ich ersuche dieselben, ihre Function anzutreten.

18. Referent Gem.-Rath Wurm: Z. 2956. Der Antrag steht auf der heutigen geschriebenen Tagesordnung. Es handelt sich um die käufliche Überlassung der Baustelle Nr. 2 der Hühnerhof-Realität Einl.-Z. 1751 im V. Bezirke an Josef Fabian.

Durch einen Landtagsbeschluss hätte die Gemeinde das Recht, die Baustellen daselbst um 12 fl. per Quadratmeter zu verkaufen. Es sind aber in Betreff der in Frage stehenden Baustellen wiederholt Angebote höheren Preises gekommen bis 20 fl. Ich will in Erinnerung bringen, dass in der nächsten Nähe Eckparcellen um 30, 26 und 28 fl. verkauft wurden. Alle Angebote, inclusive seines mit 20 fl. — ich war zufällig Referent im Stadtrathe — wurden zurückgewiesen.

Endlich kam ein Angebot mit 23 fl. per Quadratmeter. Dieses Anbot schien dem Stadtrathe geeignet, um auf Grundlage desselben Unterhandlungen zu pflegen, und die Unterhandlungen haben ein Resultat ergeben, welches befriedigend genannt werden muss, nachdem Herr Josef Fabian bereit ist, 28 fl. per Quadratmeter zu bezahlen, das ist circa 100 fl. per Quadratklafter. Der Käufer ist Spenglermeister und wird dort eine Werkstätte errichten, also für eigene Zwecke den Platz verwenden. Die Pläne sind hier aufgemacht.

Der Stadtrath beantragt daher, die käufliche Überlassung dieser Baustelle Nr. 2 im Ausmaße von 411·48 m² um den Einheitspreis von 28 fl. per Quadratmeter.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (den Vorsitz übernehmend): Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Die Baustelle 2 der Hühnerhof-Realität, Einl.-Z. 1751 im V. Bezirk, im Ausmaße von 411·48 m², wird dem Herrn Josef Fabian um den Einheitspreis von 28 fl. per m² käuflich überlassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es folgt eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung 7 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **2. Juni 1893.**

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.**

1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Taxen an den Director des städtischen Conscriptionsamtes Josef Martini.

(Angenommen.)

2. Gem.-Rath Baugoin beantragt über eine Petition der Bewohner des VI. Bezirkes die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Pfarrer in Gumpendorf Adolf Kern.

(Angenommen.)

3. Derselbe beantragt den Fortbezug einer Gnadengabe.

(Angenommen.)

4. Gem.-Rath Dr. Vogler beantragt die Pensionierung des Professors am Mariahilfer Communal-Real- und Obergymnasium Josef Schram. (Angenommen.)

5. Derselbe beantragt die Pensionierung der Schuldienerswitwe Adelheid Paulini. (Angenommen.)

6. Derselbe referiert über die Regulierung der Bezüge der Bediensteten der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien in Sechshaus, XIV. Bezirk. Angenommen wurde:

a) Die Bezüge der Angestellten, beziehungsweise Diurnisten bei der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, werden in folgender Weise festgesetzt und treten die Angestellten, beziehungsweise Diurnisten (soweit sie noch im Dienste der Anstalt stehen), deren Bezüge erhöht worden sind, vom 1. Jänner 1893 an, beziehungsweise vom Tage ihres später erfolgten Eintrittes, in den Genuss der erhöhten Jahres- eventuell Tagesbezüge, und zwar:

Vorstand 1200 fl. (Zulage 500 fl.); Vorstand-Stellvertreter und Liquidator 1000 fl.; I. Cassier 800 fl.; II. Cassier 600 fl.; I. Pfänderverwahrer 800 fl.; II. Pfänderverwahrer 700 fl.; Prätiosen-Schätzmeister 1000 fl.; I. Effecten-Schätzmeister 900 fl.; II. Effecten-Schätzmeister 800 fl.; zwei Kanzlisten à 550 fl.; zwei Praktikanten à 480 fl.; Portier 450 fl.; Amtsdiener 450 fl.; Aushilfsdiener 300 fl.; Pfänderträger 450 fl.; drei Diurnisten à 1 fl. 30 kr. per Tag; zwei Aushilfsdiener à 1 fl. 20 kr. per Tag.

b) Der Stadtrath habe über die Frage der definitiven Anstellung der Beamten dieser Pfandleihanstalt zu berathen und Bericht zu erstatten.

c) Der Stadtrath habe über die Frage der Kündigung rücksichtlich der Angestellten dieser Anstalt neuerlich zu berathen und Bericht zu erstatten.

d) Statt der vom Stadtrathe vorgeschlagenen Gewährung eines 25percentigen Quartiergeldes ist 30percentiges Quartiergeld zu bewilligen.

e) Das bisherige Dienstverhältnis bleibt unverändert, so dass nur die Stellung des Vorstandes eine definitive ist.

f) Das Mehrerfordernis ist aus dem Erträgnisse der Anstalt zu bedecken.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **26. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Lederer, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: St.-R. Kreindl.
Beurlaubt: St.-R. Rückauf, Dr. Stenzl.
Experte: Magistratsrath Philipp, Stadtgärtner Sennholz.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung und verliest eine Petition von Bewohnern in Breitensee im XIII. Bezirke (überreicht durch St.-R. v. Götz) wegen Errichtung eines Auslaufbrunnens in der Wienerstraße, Ecke der Schmelzgasse.

(An den Magistrat.)

(3331.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Heinrich Lichtenstern um käufliche Überlassung eines Theiles der Wegparcelle 818 in Währing, XVIII. Bezirk, Hauptstraße, im Ausmaße von 83·475 m² um den Einheitspreis von 20 fl. per Quadratklafter und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3347.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Tastl um Bewilligung zur Erbauung eines photographischen Salons im Hause Or.-Nr. 23 Theresiengasse in Ober-Döbling, XIX. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses ohne Beifügung der vom Bezirksvertreter beantragten Clausel. (Angenommen.)

(3409.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule für arme Mädchen in Gumpendorf um Subvention und beantragt, dieser Anstalt eine Subvention von 840 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3431.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Direction des Schottengymnasiums um Bewilligung der Benützung der Turnlocalitäten an der städtischen Bürgerschule I., Renngasse 20, für Gymnasialschüler an jedem Mittwoch und Samstag nachmittags und beantragt, diesem Ansuchen unter den mit Stadtraths-Beschluss vom 10. September 1891, Z. 1517, festgesetzten Bedingungen zu willfahren.

(Angenommen.)

(3281.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Zuerkennung von Wagenpauschalien an die neuernannten k. k. Bezirks-Schulinspectoren Edmund Eichler und August Hofer auf die Dauer der laufenden Functionsperiode, d. i. bis 15. September 1893, und beantragt, denselben die Quote des Wagenpauschales von je 300 fl. jährlich unter den üblichen Zahlungsmodalitäten jedoch ohne jede Präjudiz für die weitere Zukunft aus den eigenen Geldern zuzuerkennen. (Angenommen.)

(3278.) **Derselbe** referiert in Anwesenheit von 18 Stadträthen über die Pensionierung des Professors am Mariahilfer Communal-Real- und Obergymnasium Josef Schram und beantragt, es sei der Genannte vom 1. September 1893 an, als dem Tage des Überganges der erwähnten Lehranstalt in die Verwaltung des Staates, unter gnadenweiser Anrechnung einer Gesammtdienstzeit von 30 Jahren in den dauernden Ruhestand zu versetzen und ihm von diesem Zeitpunkte an die der genannten Dienstzeit entsprechende Jahrespension von 2760 fl. unter gleichzeitiger Einstellung seiner bisherigen Bezüge zuzuerkennen. (Angenommen.)

(3343.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen der Adelheid Linger, Schlachtbrückenaufsehers-Witwe, um Anweisung der Pension und beantragt, auf Grund des § 13 der Pensionsvorschrift der Genannten eine Jahrespension von 240 fl. vom 1. Mai 1893 angefangen anzuweisen. (Angenommen.)

(3187.) **Derselbe** referiert über sechs Gesuche aus dem IX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Oberndorfer Francisca, Bedienerin im städt. Versorgungshause am Alserbache;

Boček Anna, Stubenmädchen;

Angerer Johanna, Wirtschafterin;

Baum Ignaz, Badediener und Masseur;

Wagner Magdalena, Bedienerin, und

Frieb Josef, Schuhmachermeister. (Angenommen.)

(3388.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen des Krankenunterstützungs- und Leichenvereines „zur heiligen Anna" und des Leichenkostenvereines „Concordia" XV., Fünfhaus, Or.-Nr. 17 und 19, um Schadloshaltung für den anlässlich der Erbauung des Hauses Consc.- und Einl.-Nr. 79 in Fünfhaus, Ecke der Fries- und Fünfhausgasse, zu Straßenzwecken abzutretenden Grundtheil Parc. 104/2 in der Fries- und Fünfhausgasse im Gesammtausmaße von 194·04 m² und beantragt, als Schadloshaltung den Betrag von 13 fl. 90 kr. per Quadratmeter, im ganzen demnach den Betrag von 2697 fl. 15·6 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3034.) **St.-R. Noske** referiert über das Offertverhandlungsergebnis puncto Sicherstellung der Brennmaterialien für den städtischen Bedarf für die Heizperiode 1893/94 und beantragt:

I. Zur Sicherstellung der Brennmaterialien für den städtischen Bedarf in der Zeit vom 1. Juni 1893 bis 31. Mai 1894 werden übertragen:

1. Die Lieferung von mindestens 170.000 Metercentnern preußisch-schlesischer Steinkohle aus dem Richterschachte der Eugenienglückgrube an die Firma Gebrüder Gutmann, I., Kantgasse 6, und zwar zum Preise per Metercentner ab Grube von 47·8 kr. im Sommer, d. i. in den Monaten Juni, Juli, August 1893, April und Mai 1894, und zum Preise von 51·4 kr. im Winter, d. i. in der Zeit vom 1. September 1893 bis 31. März 1894;

2. die Verfrachtung von ungefähr 150.000 Metercentnern Steinkohle von den städtischen Rutschen (Nr. 240 bis 243) am Nordbahnhofe in die einzelnen Bedarfsorte an dieselbe Firma zum Preise von 11 kr. für das Durchgittern, Aufladen, Verführen und Abschaufeln der Kohle, dann von 2 kr. für das Verführen derselben im Keller, endlich von 3 kr. für das Abtragen in Butten oder Körben;

3. die Lieferung von 3500 m³ weichem Brennholz nebst allfälligem Mehrbedarf an Herrn Ludwig Geist, III., Vor der St. Marxerlinie 40 (Meidlingerstraße), zum Preise von 4 fl. 85 kr. für einen Raummeter 100 cm lange ungeschwemmte Föhrenscheiter; für das Abtragen des Holzes in den Keller oder die Holzlage werden 20 kr. für einen Raummeter vergütet;

4. die Lieferung von ungefähr 4000 Metercentnern Stück-Coaks zum Preise von 1 fl. 18 kr. inclusive Zuführung an den Bedarfsort, die Abgabe für die Objecte in den Bezirken I bis XI erfolgt vom Gaswerke in Erdberg, für die Bezirke XII bis XIX mit Ausschluss der Gebäude im ehemaligen Gemeindegebiete von Hütteldorf vom Gaswerke Währing, endlich für die Objecte in Hütteldorf vom Gaswerke in Baumgarten. Vom Erlage einer Caution wird abgesehen;

5. die Lieferung von 350.000 Unterzündern an Josef Weiß, III., Hauptstraße Nr. 122, zum Preise von 5 fl. für das Tausend.

II. Das Protokoll über die im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 17. Juni 1892, Z. 3474, mit verschiedenen Kohlenmarken angestellten Verdampfungsversuche wird zur Kenntnis genommen.

III. Das Offert des Ludwig Anton de Zenetti auf steirische Braunkohle und alle übrigen Offerte werden abgelehnt.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt:

1. eine neue Offertverhandlung auszuschreiben;

2. der Magistrat habe darüber zu berichten, ob es in Hinkunft zweckmäßig wäre, den § 7 der Bedingungen für die Kohlenlieferung dahin abzuändern, dass sich der Ersteher der Kohlenlieferung verpflichten müsse, für 2·5 Kilo Gutgewicht loco Wien (statt wie bisher Verladestation) zu haften.

Antrag 1 des St.-R. Dr. Hackenberg abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

Antrag 2 des St.-R. Dr. Hackenberg angenommen.

(3291.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 12. Mai 1893, Z. 30759, betreffend ein von Julie Altmann für die Armen von Wien testiertes Legat per 500 fl. Silberrente, und beantragt die Annahme dieses Legates. (Angenommen.)

(3063.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Paul Rudarsky, Portiers, I., Schwarzenbergplatz 2, um Ermäßigung der Taxe für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, diese Taxe auf den Betrag von 100 fl. zu ermäßigen. (Angenommen.)

(3306.) **Derselbe** referiert über 19 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Schild Franz, Einspänner-Eigenthümer;

Divoky Franz, Webergehilfe;

Fiala Franz, Kellermeister;

Schaffhauser Ferd., Gemischtwaren-Verschleißer und Gastwirt;

Bauer Johann, Controlor des Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungsvereines;

Pekša Vincenz, Platzmeister;

Fischer Leopold, Gärtner;

Skoda Leopold, Dampfkesselheizer;

Jakopetz Josef, Eisendreher;

Schöndorfer Ferdinand, Geschäftsführer

Bernold Aloisia, Handarbeiterin;

Reutterer Franz, Gärtner;

Pivonka Martin, Bierabtrager;

Bucher Josef Heinrich, Gastwirt und Hausbesitzer;

Zips Konrad, Fabriksschlosser;

Müllner Michael, Küchengärtner;

Krajiček Therese, Näherin, und

Schrafl Josef Karl, Hausbesorger;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Bauer Franz, Eisendrehergehilfe. (Angenommen.)

(3378.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Erwerbung eines Grundes im XVI. Bezirke Ottakring von Julius Frankl behufs Erbauung einer Schule und eines Volksbades und beantragt:

1. Es sei der an der Gablenzgasse im XVI. Bezirke gelegene und dem Herrn Julius Frankl gehörige Grund im Ausmaße von 777 □° zu dem Einheitspreise von 28 fl. per Quadratklafter behufs Erbauung einer Doppel-Volksschule und eines Volksbades anzukaufen.

2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, nach erfolgter Genehmigung des Ankaufes Projectskizzen für den Bau einer Schule und eines Volksbades vorzulegen.

(Angenommen; rücksichtlich des Punktes 1 an den Gemeinderath.)

(Während der Verhandlung dieses Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

(3245.) **St.-R. Müller** referiert über die Vergebung der Kunststeinarbeiten und der Lieferung und Montage für den Schulhausbau XVII., Schmerlinggasse, und beantragt:

1. die Übertragung der Kunststeinarbeiten an die Firma J. Matscheko & Schrödl in Wien, X., Vordere Südbahnstraße Nr. 5, zu dem offerierten Preise von 1458 fl.; (Angenommen.)

2. die Übertragung der Lieferung und Montage eines Gasmotors an die Firma J. Polke in Wien, V., Kohlgasse Nr. 26 und 28, zu dem offerierten Preise von 925 fl. (Angenommen.)

(3363.) **Derselbe** referiert über das vom Magistrate vorgelegte Project für die Umlegung des Währinger Baches zwischen der Kirchen- und Exnergasse im XVIII. Bezirke und beantragt, dieses Project mit dem bedeckten Kostenerforderniße von 38.510 fl. 43 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3391.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner puncto Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulgebäude XVII., Hernals, Kirchengasse 35/37, und beantragt, es sei auf diesen Antrag aus den von der Local-Commission und dem Bezirksschulrathe geltend gemachten Gründen dermalen nicht einzugehen. (Angenommen.)

(3432.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Bericht des Vorstehers des XII. Bezirkes, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Büsch sowie die Petition von Bewohnern des Bezirkstheiles Gaudenzdorf hinsichtlich des Weges für die Frohnleichnams-Procession in Gaudenzdorf, Unter- und Ober-Meidling im XII. Bezirke, und beantragt, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(3422.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen der Gemeinde Wien um Bewilligung zum Baue eines Wächterhauses für die Unrath-Abladestation auf der im Grundbuche Unter-Baumgarten Einl.-Z. 235 inneliegenden Parcelle 304/5 und beantragt, die Baubewilligung zu ertheilen. (Angenommen.)

(3417.) **St.-R. Matthies** referiert über die für die Dacheindeckung im Schulgebäude III., Schulgasse 3, aufgelaufenen Kosten im bedeckten Betrage von 942 fl. 73 kr. und beantragt, dieselben zu genehmigen. (Angenommen.)

(3350.) **St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** referiert über das Ansuchen des Franz und Josef Horak um die Bewilligung zur Erbauung eines Wohnhauses auf den Cat.-Parc. 254/3, 255/2, 256/2 und 256/4, Grund.-Einl.-Z. 1771, Währing, Schulgasse, im XVIII. Bezirke und beantragt, den Bauconsens gegen Einlösung des durch die Risalitanlage in Anspruch genommenen Straßengrundes im Ausmaße von 1·29 m² um den Betrag von 23 fl. 22 kr. zu bestätigen. (Angenommen.)

(3329.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferd. Strobl um Parcellierung der Einl.-Z. 733 im IX. Bezirke, Porzellangasse Nr. 50, und Einlösung des städtischen Grundes Einl.-Z. 1392 im IX. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Parcellierung unter den Bedingungen 1, 2, 3 des Stadtbauamtsberichtes vom 17. Mai 1893, Z. 1238, weiters die Bestimmung des Übernahmspreises für den städtischen Grund per 79·44 m² (Einl.-Z. 1392) mit 45 fl. per Quadratmeter, wonach sich der Kaufpreis auf 3574 fl. 80 kr. stellt. (Angenommen.)

(3399.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Flemmich um Consens zur Vornahme von Adaptierungen in dem Hause Or.-Nr. 40 Millergasse im VI. Bezirke und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen. (Angenommen.)

(3418, 3419, 3420, 3421.) **St.-R. Dr. Vogler** beantragt die Gewährung von Gehaltsvorschüssen für mehrere städtische Lehrpersonen. (Angenommen.)

(3294.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen der k. k. Post- und Telegraphendirection in Wien durch Stadtbaumeister Heinrich Ohrner um Bewilligung zur Vornahme von Adaptierungen in dem der Gemeinde Wien gehörigen Hause Grundb.-Einl.-Z. 7608, Conscr.-Nr. 666 bis 671, Or.-Nr. 8 und 10 Gasgasse im XV. Bezirke, zum Zwecke der Unterbringung des k. k. Postamtes Fünfhaus und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen. (Angenommen.)

(3365.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern anläßlich des Baues des Amtshauses im XIX. Bezirke, Ober-Döbling, Theresiengasse, und beantragt, zu diesem Zwecke einen Betrag von 467 fl. 75 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3397.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl und der Leopoldine Lechner um Ertheilung des Bauconsenses für den Neubau VIII. Bezirk, Lerchenfelderstraße Nr. 38, und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen, beziehungsweise die Herstellung der beiden Risalite mit einem Vorsprunge von je 0·15 m über die Baulinie der 18·96 m breiten Lerchenfelderstraße gegen compensationsweisen Abzug der hiezu erforderlichen Fläche per 0·81 m² von dem zur Straßenerweiterung abzutretenden Grunde zu genehmigen. (Angenommen.)

(3398.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Burger, respective der Gebrüder Mandl, um Ertheilung des Consenses für Adaptierungen in dem Hause V. Bezirk, außerhalb der ehemaligen Matzleinsdorferlinie Or.-Nr. 1, Einl.-Z. 869, und beantragt, den Bauconsens unbeschadet der Verpflichtung des für diesen in die künftige Gürtelstraße fallenden Tract intabulierten Renovierungsreverses zu bestätigen. (Angenommen.)

(3407.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des V. Bezirkes gegen die Errichtung eines Pferdeschlachthauses im V. Bezirke in der Reithalle des städtischen Pferdemarktes und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2972.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 30. April 1893, Z. 30379, betreffend die Genehmigung der Sommerfahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft, und stellt folgenden Antrag:

Nachdem trotz der nachträglich von der Wiener Tramway-Gesellschaft mittels Eingabe vom 28. April 1893, Z. 1323, vorgenommenen Abänderung des Entwurfes der Sommerfahrordnung pro 1893 in

der Weise, dass die Zeit des dichtesten Wagenverkehres von vier Stunden auf sechs Stunden ausgedehnt werden soll, diese Sommerfahrordnung noch immer zahlreiche Mängel aufweist, welche sich als wesentliche Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse selbst gegenüber der Sommerfahrordnung pro 1892 darstellen (2½ Percent), welche dem Stadtrathe Anlass zu Beschwerden und sohin zu einem Recurse boten, so nimmt der Stadtrath die erfolgte Genehmigung der Sommerfahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft seitens der hochlöblichen k. k. Statthalterei mit Bedauern zur Kenntnis, erklärt jedoch gleichzeitig, gegen diese Genehmigung einen Recurs deshalb nicht einzubringen, weil die Anregungen der Gemeinde zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bei der Wiener Tramway-Gesellschaft bisher mit geringen Ausnahmen eine Berücksichtigung durch die hohe Regierung seit einer Reihe von Jahren nicht gefunden haben und weil der vom Stadtrathe am 27. Mai 1892 überreichte Recurs gegen die Sommerfahrordnung derselben Gesellschaft bisher nicht erledigt wurde.

St.-R. Schlechter beantragt, diese Zuschrift werde zur Kenntnis genommen; der Stadtrath erkläre, dass er die Verantwortlichkeit für die nicht entsprechende Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse der Statthalterei überlasse.

St.-R. Meißl beantragt, an die Statthalterei und an das Handelsministerium das Ersuchen zu stellen, die Betriebsordnung in kürzester Zeit zu erlassen.

St.-R. Dr. v. Billing stellt den Antrag, gegen die in Rede stehende Erledigung der Statthalterei den Recurs zu ergreifen.

Letzterer Antrag wird angenommen.

(392.) **Derselbe** referiert in Anwesenheit der Experten Magistratsrath Philipp und Stadtgärtner Sennholz über die Reorganisierung des städtischen Gartenpersonales.

Die in der Sitzung vom 17. Mai 1893 begonnene Debatte wird fortgesetzt.

Referent beantragt:

1. Der Jahresgehalt des Stadtgärtners Gustav Sennholz wird vom ersten Tage des auf den Tag der bezüglichen Genehmigung folgenden Monates an von 2000 fl. auf 2400 fl., d. i. zweitausendvierhundert Gulden unter Zugestehung von zwei, vom Tage des bezüglichen Gemeinderaths-Beschlusses laufenden Quinquennien à 200 fl., das Wagenpauschale desselben vom selben Zeitpunkte an von jährlich 250 fl. auf 500 fl., d. i. fünfhundert Gulden erhöht, wobei besondere Commissionskosten nicht angerechnet werden dürfen.

(Angenommen.)

2. Als Stellvertreter des Stadtgärtners wird anstatt des früheren Obergehilfen ein städtischer Obergärtner bestellt, welcher einen Jahresgehalt von 1100 fl., d. i. elfhundert Gulden und zwei Quinquennalzulagen à 100 fl. vom Tage des bezüglichen Gemeinderaths-Beschlusses an gerechnet erhält, im Genusse einer Naturalwohnung im Administrationsgebäude des Reservegartens nebst freier Beheizung steht und pensionsberechtigt ist.

Der Bürgermeister beantragt folgende Fassung:

Es wird ein städtischer Obergärtner bestellt, welcher im Falle der Verhinderung den Stadtgärtner zu vertreten hat, einen Jahresgehalt von ꝛc. (nach dem Referenten-Antrage).

Dieser Antrag wird angenommen.

Referent beantragt weiters:

Zur Erlangung einer geeigneten Persönlichkeit ist eine Verlautbarung mit vierwöchentlichem Termine zu erlassen. Die Bestellung erfolgt auf Grund des Nachweises der Bewerber über die erforderliche theoretische und praktische Fachbildung und Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift, sowie der österreichischen Staatsbürgerschaft über Vorschlag des Stadtgärtners und Magistrates durch den Stadtrath vorläufig unter Stipulierung einer sowohl der Gemeinde als auch dem Bestellten zustehenden vierteljährigen Kündigung auf die Dauer von zwei Jahren und wird dem Bewerber in Aussicht gestellt, dass der neue Obergärtner, wenn er sich in diesem Zeitraume in seiner Eigenschaft vollkommen bewährt hat, über besonderen Stadtraths-Beschluss definitiv unter Einrechnung seiner provisorischen Dienstzeit als städtischer Beamter mit Pensionsanspruch angestellt wird.

(Angenommen.)

3. Der Magistrat wird angewiesen, die seinerzeit am 11. Februar 1886, G.-R.-Z. 3884, M.-Z. 321721 ex 1884, vorgelegte Instruction für den Stadtgärtner und Obergehilfen, nunmehr Obergärtner, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend umzuarbeiten und dem Stadtrathe zur Genehmigung vorzulegen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler beantragt folgenden Zusatz:

Bei Ausarbeitung der Instruction hat der Magistrat in Erwägung zu ziehen, eventuell Anträge zu stellen in der Richtung, ob nicht dem Stadtgärtner auch die derzeit in Verwaltung der Bezirksvorsteher stehenden Gartenanlagen in technischer Beziehung zu unterstellen seien, so dass die über die Conservierung hinausgehenden Arbeiten nur nach Einvernehmung des Stadtgärtners ausgeführt werden könnten.

(Angenommen.)

4. Zur unmittelbaren Leitung der Gartengeschäfte in den vom Stadtgärtner zu bestimmenden sieben neuen Anlagegruppen mit Einschluss des Türkenschanz-Parkes sind aus dem Stande der dermaligen Gärtnergehilfen sieben städtische Gärtner unter Stipulierung einer sowohl der Gemeinde als auch diesen Gärtnern zustehenden vierzehntägigen Kündigung zu bestellen.

Magistratsrath Philipp beantragt eine vierwöchentliche Kündigung.

Der Bürgermeister beantragt folgende Fassung:

Es werden sieben städtische Gärtner unter Stipulierung einer sowohl der Gemeinde als auch diesen Gärtnern zustehenden vierwöchentlichen Kündigung bestellt.

Dieser Antrag wird angenommen.

Referent beantragt weiters:

Von diesen sieben Gärtnern haben drei, und zwar jene für den städtischen Reservegarten, die städtische Baumschule und den Stadtpark mit ihren Annexen, einen Wochenlohn von je 15 fl. und jene für die übrigen vier Anlagegruppen einen Wochenlohn von je 14 fl. und falls sie nicht im Genusse einer Naturalwohnung oder Bequartierung stehen, einen Wohnungsbeitrag von je wöchentlich 3 fl. zu beziehen.

(Angenommen.)

Die Bestellung der leitenden Gärtner sowie die Zuweisung des Wochenlohnes, respective des höheren Wochenlohnes hat sowohl dermalen als auch künftighin über Vorschlag des Stadtgärtners durch denselben zu erfolgen und soll hiebei nicht die längere Dienstzeit, sondern die Eignung für die Leitung des speciellen Objectes, die höhere Erfahrung und Tüchtigkeit maßgebend sein.

Der Bürgermeister beantragt die Eliminierung des ganzen Absatzes.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Antrag des St.-R. Matzenauer auf Bestellung von drei Gärtnern mit jährlich 800 fl. und von vier Gärtnern mit jährlich 700 fl. Gehalt und 200 fl. Quartiergeld wird abgelehnt.

5. Von den neun Gärtnergehilfen, welche wie bisher vom Stadtgärtner aufgenommen und gegen vierzehntägige Kündigung entlassen werden (falls nicht etwa grobes Verschulden des Gehilfen dessen

sofortige Entlassung rechtfertigt), haben vier einen Wochenlohn von 13 fl. und fünf einen Wochenlohn von 12 fl., und falls sie nicht im Genusse einer Naturalwohnung oder Bequartierung stehen, ebenfalls einen Wohnungsbeitrag von wöchentlich 3 fl. zu beziehen.

Der Bürgermeister beantragt folgende Fassung:

Es werden neun Gärtnergehilfen bestellt, von denen vier einen Wochenlohn zc. . . . . beziehen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Referent beantragt weiters:

Dem Stadtgärtner steht das Recht zu, neu eintretende Gehilfen im Anfange auch mit einem geringeren Lohne, jedoch nicht unter 10 fl. pro Woche, insolange zu entlohnen, bis ihre Leistungen dem systemisierten höheren Wochenlohne per 12 fl., respective 13 fl., entsprechen.

6. Der Wochenlohn des Haustischlers wird von 12 fl. auf 14 fl. ohne Wohnungsbeitrag erhöht.

(Angenommen mit Eliminierung der Worte „ohne Wohnungsbeitrag".)

7. Für die Gartenburschen werden anstatt zwei Stellen à 6 fl. nunmehr drei Stellen mit dem Wochenlohne per 5 fl., 4 fl. und 3 fl. systemisiert.

St.-R. Dr. Vogler beantragt folgende Fassung:

Gartenburschen (Lehrlinge), von denen nicht mehr als drei aufgenommen werden können, erhalten einen Wochenlohn von 3 bis 5 fl.

Dieser Antrag wird angenommen.

8. Das Ansuchen des Gärtners für den VIII. Gemeindebezirk, Wenzel Dubovsky, um definitive Anstellung wird abgelehnt, doch wird sein Monatslohn per 60 fl. vom ersten des auf die Beschlussfassung folgenden Monates an auf 67 fl. erhöht.

9. Die Frage, wie die städtischen Gärtner und Gartengehilfen im Falle der vorübergehenden oder der dauernden Dienstunfähigkeit zu behandeln sind, beziehungsweise ob und wie weit auf diese Bediensteten die Bestimmungen über die Aufnahme und die Bezüge der städtischen Diurnisten (Gemeinderaths-Beschluss vom 6. und 7. December 1892, Z. 7011), sinngemäße Anwendung finden sollen, ist in Erwägung zu ziehen und hat der Magistrat hierüber nachträglich zu berichten.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, der Magistrat werde beauftragt, über die Frage der Provisionierung der Stadtgärtner und Gärtnergehilfen in einer separaten Vorlage Bericht zu erstatten.

Der letztere Antrag wird angenommen.

10. Die aus vorstehenden Anträgen resultierenden Mehrauslagen per 3336 fl., beziehungsweise bei gleichzeitiger Bedachtnahme auf die Bezüge des Stadtgärtners und des Gehilfen für den Türkenschanz-Park per 4870 fl. sind, insoweit sie nicht im Präliminare pro 1893 bereits vorgesehen erscheinen, pro 1893 auf den Reservefond zu verweisen und in der Folge auf Rubrik XXIV 1 a „personelle Bezüge" zu verrechnen.

Der Bürgermeister beantragt, den Paragraphen in folgende Fassung zu bringen: Die aus vorstehenden Anträgen resultierenden Mehrauslagen im Höchstbetrage von 2400 fl. werden genehmigt.

Dieser Antrag wird angenommen.

Referent beantragt endlich: Auf das beiliegende Gesuch des städtischen Baumschulgärtners M. Neumaier wäre nicht weiter einzugehen.

Angenommen; rücksichtlich der Punkte 1 bis 8 und 10 an den Gemeinderath.

Schluss der Sitzung.

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 2. Juni 1893 vom 1. Wahlkörper des XVII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
2	**Bittermann** Ferdinand, Hausbesitzer, XVII., Hernals, Alsbachstraße 47	44	46
	Hauke Josef, Gemischtwaren-Verschleißer und Hausbesitzer, XVII., Hernals, Josefigasse 57 .		44

Allgemeine Nachrichten.

(**Commission für Verkehrsanlagen in Wien.**) Die Commission hat in ihrer Vollversammlung vom 3. Juni 1893 den ihr vom Herrn Handelsminister übermittelten Entwurf der Concessionsurkunde für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn in Berathung gezogen und sich nach eingehender Erörterung der einzelnen Bestimmungen mit denselben vollinhaltlich einverstanden erklärt. Zugleich beschloss die Commission, das zu ihren Gunsten vom Staate nach § 21 des Concessions-Entwurfes vorbehaltene Recht der Betheiligung an dem fünf, respective sechs Percent übersteigenden Reingewinne des Unternehmens anzunehmen. Die Fortsetzung der Berathung, welche sich nunmehr auf den Entwurf der zur Concessionsurkunde gehörigen Concessionsbedingnisse zu erstrecken haben wird, wurde für Montag den 5. Juni anberaumt.

* * *

(**Commission für Verkehrsanlagen in Wien.**) Die Commission hat in ihrer Vollversammlung vom 5. Juni 1893 den Entwurf der Concessionsbedingnisse für die Localbahnlinien durchberathen und damit die Berathung der Concessionsentwürfe zum Abschlusse gebracht. Bezüglich des Textes der Bedingnisse, deren einzelne Paragraphe einer eingehenden Berathung unterzogen wurden, und deren Bestimmungen im Ganzen volle Zustimmung fanden, beschränkte sich die Commission darauf, nach dem Antrage ihres Ausschusses bei einzelnen Punkten gewisse Erläuterungen als wünschenswert zu bezeichnen, um deren Feststellung das Handelsministerium ersucht wird; dieselben betreffen folgende Punkte:

Im § 2, Absatz 4, hätte es zu heißen: „Die Wienthallinie ist mit der entsprechend umzubauenden Dampftramwaylinie Mauer—Mödling durch eine neue u. s. w. zu verbinden." Bei der Beschreibung der Wienthallinie im Absatze 2 desselben Paragraphen wäre anstatt „Unterfahrung der Technikerstraße" zu sagen: „Unterfahrung der Gartenanlage an der Technikerstraße." Im Sinne des zweiten Absatzes von § 11 wurde der Wunsch ausgesprochen: es soll bei Anlage der Ein- und Aussteige-Perrone in geeigneter Weise dafür gesorgt werden, dass das Ein- und Aussteigen womöglich direct vom Perron in den Wagen und umgekehrt ohne Zwischenstufen stattfinden könne. Zur Vermeidung von Missverständnissen hinsichtlich der von den Localbahnen geforderten Leistungsfähigkeit (§ 13) soll ausdrücklich gesagt werden, dass die

Fähigkeit zur Beförderung von 8000 Personen in jeder Richtung pro Stunde bei jeder der einzelnen Localbahnlinien vorhanden sein muss; ebenso soll ausdrücklich ausgesprochen werden, dass nicht nur auf Einrichtungen, welche die Ableitung des Rauches, sondern auch auf solche, welche die Ableitung der Verbrennungsgase aus den gedeckten Bahnstrecken gewährleisten, Bedacht zu nehmen ist. Bei dem das Feuerungsmaterial der Locomotiven betreffenden Absatze des § 14 wurde vorgeschlagen, für jenes Material, welches etwa anstatt Coaks verwendet werden könnte, die Bezeichnung: „ein anderes, mehr entsprechendes Feuerungsmaterial" zu wählen.

Die Commission hat weiterhin beschlossen, von dem ihr zugedachten Rechte zur Entsendung von zwei Mitgliedern in den Aufsichtsrath der Dampftramway-Gesellschaft seinerzeit Gebrauch zu machen.

Einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bildeten die Typenpläne für die als gemauerte Viaducte auszuführenden Hochbahnstrecken der Gürtellinie. Hiebei wurde einer Type der Vorzug gegeben, welche auf dem constructiven Principe des Spitzbogens beruht und in mehrfärbigem Ziegelrohbau mit einer dieser Grundform entsprechenden ornamentalen Ausstattung ausgeführt werden soll; ferner wurde der Grundplatz und die architektonische Ausgestaltung der Station „Währingerstraße" nach den Anträgen der k. k. General-Direction der österreichischen Staatsbahnen zugleich auch als Muster für die übrigen auf der Gürtellinie zur Ausführung kommenden Hochbahnstationen gutgeheißen.

* * *

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.) Aus der Schwestern Fröhlich-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger hervorragender schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden im Jahre 1893 Stipendien und Pensionen verliehen.

Gesuche sind zu überreichen bis 30. September 1893 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse Nr. 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

* * *

(Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.)

Mai 1893:

Stand der Einlagen am 30. April 1893 . . 5,126.531 fl. 73 kr.

Einlagen . . . . . 394.263 fl. 21 kr. von 1595 Parteien
Rückgezahlt . . . . . 420.347 fl. 86 kr. an 1546 „

Stand der Einlagen am 31. Mai 1893 . . 5,100.447 fl. 08 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen . . . . . 3,387.117 fl 31 kr.

* * *

(Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim, vormals Sparcassa der Gemeinde Sechshaus.)

Mai 1893.

Eingelegt 592.106 fl. 24 kr. von 2225 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 592.604 fl. 74 kr. an 2358 Parteien.

Stand vom 31. Mai 1893:

Gesammteinlagen auf 19.145 Conti . . . . . 11,384.460 fl. 41 kr.
Hypothekar-Darlehen . . . . . 7,624.485 fl. 66 kr.

* * *

(Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.)

Mai 1893.

Einlagen . . . . . 375.189 fl. 52 kr. von 1619 Parteien
Rückbezahlt . . . . . 380.199 fl. 52 kr. an 1697 „

Das Gesammt-Interessen-Guthaben beträgt mit 31. Mai 1893 . . . . . 6,450.593 fl. 91 kr.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 28. Mai bis 3. Juni 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	196.302	Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 164.900; aus Ober-Österreich — 112; aus Mähren — 5217; aus Böhmen — 75; aus Galizien — 24.403; aus Ungarn — 1553; aus der Bukowina — 42; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	49.174	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 12.470; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 171; aus Galizien — 36.511; aus Ungarn — 22; aus der Bukowina — — Kg.)
Schaffleisch . .	393	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 115; aus Mähren — 23; aus Galizien — 255; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — — Kg.)
Schweinfleisch	27.945	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 13.898; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — —; aus Mähren — 1140; aus Galizien — 9945; aus Ungarn — 2962; aus der Bukowina — — Kg.)
Kälber	2109	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 585; aus Ober-Österreich — ; aus Mähren — 65; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1453; aus Ungarn — 6; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — St.)
Schafe	62	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 60; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 2; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — — St.
Schweine . .	300	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 108; aus Mähren — 47; aus Galizien — 140; aus Ungarn — 5; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	6	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 6; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus Ungarn — — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . .	13.257	Kg.	Kälber	102	Stück
Kalbfleisch . .	2718	„	Schafe	12	„
Schaffleisch . .	27	„	Schweine	—	„
Schweinfleisch .	1009	„	Lämmer	—	„

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	28	bis	70	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	60	„	100	„	„	„
Kalbfleisch		„	28	„	70	„	„	„
extrem		„	—	„	—	„	„	„

Schaffleisch	von	40	bis	46	kr.	per Kg.
Schweinfleisch	„	50	„	70	„	„ „
Kälber	„	40	„	58	„	„ „
Schafe	„	36	„	42	„	„ „
Schweine	„	46	„	64	„	„ „
Lämmer	„	3	„	4	fl.	per Stück.

Bei fast gleichen Zufuhren, jedoch matterer Nachfrage behaupteten sich für bessere Qualitäten knapp die vorwöchentlichen Preise, während jene der minderen Sorten beim Rindfleische um 2 bis 4 kr. und bei den übrigen Gattungen um 2 bis 6 kr. per Kilo zurückgingen.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 5. Juni 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh: — 4657, Beinlvieh: —672.

Summa . ——.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	1755
Galizische „	1960
Deutsche „	1588
Büffel „	26

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4398
Stiere	487
Kühe	444

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **mit** Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	49	bis	59	fl.
(extrem	„	—	„	60	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	48	„	59	„
(extrem	„	—	„	—	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	49	„	61	„
(extrem	„	62	„	63	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„
Stiere	„	—	„	—	„
Kühe	„	—	„	—	„
Büffel	„	—	„	—	„
Beinlvieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 48 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen	von	20	bis	31	fl.
Stiere	„	22	„	31	„
Kühe	„	21	„	30	„
Büffel	„	20	„	25	„
Beinlvieh	„	—	„	—	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 46 bis 102 fl.

Unverkauft blieben:

Ochsen	144 Stück
Beinlvieh	56 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 981 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des hohen Auftriebes meist guter Waare sehr flau und haben die Preise im allgemeinen einen Rückgang von 2 fl. per 100 Kg. erfahren.

* * *

(Pferdemarkt vom 2. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 581 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 120—300 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 20—120 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 28. Mai bis 3. Juni 1893:

(Geschlachtet wurden 438 Pferde.)

vom Pferde:

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „	1 „	26—44 „
Lungen- und Rostbraten	1 „	30—44 „
Selchfleisch	1 „	30—50 „
Extrawürste	1 „	30—48 „
Dürre Würste	1 „	32—60 „
Rohes Fett	1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80 „
Schweifhaare	1 Schweif	25—80 „
Knochen	100 Kg.	fl. 2—4·—
Häute	per St.	„ 3—6·50.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 3. Juni 1893.

a) Getreide.

per 100 Kg.:

Weizen	(Qualitätsgewicht 100 Kg.)	von	8	fl. 30	kr. bis	9	fl. 20	kr.
Roggen	(„ 100 „)	„	7	„ 25	„ „	7	„ 75	„
Gerste		„	5	„ 25	„ „	9	„ —	„
Mais		„	5	„ 45	„ „	5	„ 80	„
Hafer		„	7	„ —	„ „	7	„ 75	„

b) Mahlproducte.

per 100 Kg.:

Gries		von	14	fl. 45	kr. bis	16	fl. 20	kr.
Weizenmehl		„	6	„ —	„ „	16	„ 20	„
Roggenmehl		„	7	„ 20	„ „	13	„ 80	„
Weizenkleie		„	4	„ 35	„ „	4	„ 60	„
Roggenkleie		„	4	„ 75	„ „	4	„ 90	„

Städtisches Lagerhaus.

Vom 1. bis 31. Mai 1893.

Waren eingelagert	213.681 Meter-Centner
„ ausgelagert	151.056 „

Der Lagerstand betrug am 31. Mai 319.794 Meter-Centner im Assecuranzwerte von 2,922.400 fl. gegen 305.356 Meter-Centner im Werte von 3,832.740 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

93.649	Meter-Centner	Weizen	gegen 81.108
26.292	„	Roggen	„ 12.819
22.583	„	Gerste	„ 38.482
23.378	„	Hafer	„ 30.240
78.647	„	Mais	„ 33.065
2.808	„	Ölsaaten	„ 6.541
12.577	„	Mehl und Kleie	„ 13.983
7.904	„	Wein	„ 8.374
1.851	„	Zucker	„ 27.016 und
7.321	Hektoliter à 100%	Spiritus	„ 4.593 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates Mai bezifferte sich auf . . . . . 14.589 Meter-Centner; es wurden 15 Lagerscheine ausgegeben und bei 5 Lagerscheinen im Versicherungswerte von . . . . . 19.400 fl. — kr. eine Lombardierung von . . . . . 11.460 „ — „ in die Lagerbücher vorgemerkt.

* * *

Vom 25. Mai bis 1. Juni 1893.

Waren eingelagert . . . . . 48.884 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 42.643 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 18.270 Meter-Centner.

Lagerstand vom 1. Juni 1893: 319.794 Meter-Centner, und zwar:

93.649	Meter-Centner	Weizen,	26.292	Meter-Centner	Roggen,
22.583	„	Gerste,	23.378	„	Hafer,
78.647	„	Mais,	2.808	„	Ölsaaten,
12.577	„	Mehl u. Kleie,	7.904	„	Wein,
1.851	„	Zucker,	7.321	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,922.400 fl. öst. Währ.

Gewerbeangelegenheiten.

(Genossenschaft der Buch-, Kunst- und Musikalienhändler.) Bei der am 30. Mai 1893 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistratsrathes Silberbauer vorgenommenen Wahl wurden Herr Julius Schellbach, wohnhaft I., Kärnthnerstraße 30, zum Vorsteher, und Herr V. A. Heck, wohnhaft I., Kärnthnerring 12, zum Vorsteher-Stellvertreter der Corporation der Buch-, Kunst- und Musikalienhändler gewählt.

* * *

(Genossenschaft der concessionierten Brantweinschenker.) Bei der am 29. Mai 1893 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistratsrathes Zechmeister vorgenommenen Wahl wurden Herr Franz Hinke, wohnhaft VII., Halbgasse 20, zum Vorsteher, und Herr Johann Baumgartner, wohnhaft VIII., Alserstraße 51, zum Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

* * *

(Genossenschaft der Zimmer- und Decorationsmaler Wiens.) Bei der am 30. Mai 1893 unter Intervention des Magistrats-Commissärs Dr. Stern abgehaltenen Gehilfenversammlung wurde Herr Franz Haumer, wohnhaft IV., Schäffergasse 4, zum Obmann der Gehilfenversammlung der Zimmer- und Decorationsmaler Wiens gewählt.

* * *

(Genossenschaft der Optiker.) Bei der am 29. Mai 1893 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Secretärs Ferdinand Bogner vorgenommenen Wahl wurden Herr Mathias Josef Wagner, IV., Goldegggasse 6 wohnhaft, zum Vorsteher, und Herr Karl Reichert, VIII., Bennogasse 26 wohnhaft, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Optiker gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 1. Juni bis 5. Juni 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Fugbachgasse Grundb.-Einl. 4305, von Joh. Horacek, Bauführer J. Halla (3808).
III. Bezirk: Haus, Reisnerstraße 34, von Anna und Moriz Slatin, Bauführer Heinz Gerl (3791).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Radetzkyplatz 40, von Johann und Veronika Ferschitz und Rosina Kusalitsch, Bauführer Fried. Sonnenburg (15375).
XIII. Bezirk: Einstöckiges Wohnhaus, Baumgarten, Parcelle 260, von Johann Walter, Bauführer Joh. Mayer, Maurermeister (14738).
XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Lorenz Mandlgasse 8, von Josef Rupprecht jun., Bauführer Ferd. L. Baldia (23725).
„ „ Haus, Ottakring, Seitenberggasse Cat.-Parc. 801 47, Einl.-Z. 2247 und Cat.-Parc. 801/40, Einl.-Z. 2240, von Josef Wiesgrill, Bauführer Franz Novacek (23745).
XVII. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Hernals, Helblinggasse 9, von Johann Twaroch, Bauführer Thomas Hofer, Baumeister (18504).
XVIII. Bezirk: Drei Stock hohes Wohngebäude, Währing, Ferstelgasse, Ecke der Cottagegasse, von N. Schindler, Bauführer Franz Horak (16464).
„ „ Hochparterre-Wohnhaus, Gersthof, Schöffelgasse, Ecke der Scheidlstraße, von Heinrich und Rosalia Hohl, Bauführer Josef Haupt (16179).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Kaiser Josefstraße 42, von Brüder Asriel, Bauführer M. Köpf & Farchy (3801).
IV. Bezirk: Zubau für Aufzug, Starhemberggasse 6, von Jakob Schnabl & Ignaz Bleier, Bauführer J. Zieser (3783).
IX. Bezirk: Atelier, Alserstraße 55, von Anton Baschta, Bauführer W. Lischka (3815).
XI. Bezirk: Neue Dachstühle und theilweiser Umbau (abgebranntes Object), Simmering, Dorfgasse 90, Consc.-Nr. 22, von Georg Gey, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (8202).
„ „ Dächer und kleinere Baulichkeiten (abgebranntes Object), von Simmering, Dorfgasse 92, Consc.-Nr. 21, von Franz Kramer, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (8203).
„ „ Ebenerdiger, linksseitiger Hoftract, Simmering, Hirschengasse Nr. 26, Consc.-Nr. 175, von Franz Lindner, Bauführer Ferdinand Kaindl, Baumeister (8236).
XVI. Bezirk: Stall, Neulerchenfeld, Herbststraße 18, von Clemens und Barbara Stacher, Bauführer Engelbert Schraml. (23940).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Hohenstaufengasse 10, Wiener Baugesellschaft (3780).
II. Bezirk: Schreigasse 15, von Dr. Aristides Brezina, Bauführer A. Schlesak (3775).
„ „ Kaiser Josefstraße 42, von Brüder Asriel & Farchy, Bauführer M. Köpf (3801).
„ „ Untere Augartenstraße 13, von Adolf Goldenberg, Stadtbaumeister (3831).
IV. Bezirk: Favoritenstraße 11, von Josef Hager und Georg Bullinger, Bauführer Fr. Kleibl (3805).
V. Bezirk: Ziegelofengasse 23, von Franz Doleyschka, Maurermeister (3790).
„ „ Obere Bräuhausgasse 5, von August Krause, Bauführer E. Schätz (3803).
VII. Bezirk: Zollergasse 31, von Moriz und Josef Stursny, Stadtbaumeister (3835).
X. Bezirk: Himbergerstraße 138, von Moriz Frankfurther, Bauführer J. Schweitzer (17689).
„ „ Puchsbaumgasse 39, von Friedrich Figuli, Bauführer Josef Hable (17849).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 1, von J. Luser, Bauführer Johann Neuwirth (15543).
„ „ Hetzendorf, Rosenhügelstraße 5, von Michael Schauer, Bauführer Franz Proßer (15770).
XVI. Bezirk: Ottakring, Gablenzgasse 106, von der Sparcasse in Raab und Karl Schnöcker, Bauführer Franz Haslinger (23701).
„ „ Ottakring, Lerchenfelderstraße 39, von Johann Cech, Bauführer Franz Gräf (23782).
„ „ Neulerchenfeld, Liebhartsgasse 46, von Wilhelm Pienert, Bauführer Johann Dolezal (23937).
XVII. Bezirk: Hernals, Stiftgasse 112, vom Niederösterr. Bauverein Wien, Bauführer Karl Schäffer, Maurermeister (18505).
„ „ Hernals, Lobenhauerngasse 33, von Johann Riedl, Bauführer Karl Haas, Baumeister (18909).
„ „ Hernals, Mayßengasse 35, von L. Fürnkranz, Bauführer Adalbert Pachner, Maurermeister (19066).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Canal, Treustraße 2, von Eduard Fischer, Bauführer C. Michna (3797).

II. Bezirk: Canal, Treustraße 4, von Dr. Moriz Bauer, Bauführer C. Michna (3798).
XI. Bezirk: Drei Aborte, Simmering, Dorfgasse 100, Conscr.-Nr. 18, von Franz Humerecker, Bauführer Joh. Schneider (8201).
" " Rohrwasserlaufcanal, Simmering, Theresiengasse 21, Conscr.-Nr. 201, von Marie Bilnbauer, Bauführer Ferd. Kaindl, Baumeister (8237).
XIII. Bezirk: Dachstuhl-Aufsetzung am Gartengebäude, Hütteldorf, Hauptstraße 30, von Kath. Brunner, Bauführer ? (14728).
" " Dachstuhl-Aufsetzung am Stall und Schupfengebäude, Hütteldorf, Hauptstraße 28, von Franz Schwarzenberger, Bauführer ? (14729).
" " Canalergänzung, Penzing, Hietzinggasse 15, von Josef Faber, Bauführer Karl Ziegelwanger, Baumeister (14734).
" " Dachstuhl-Aufsetzung und zwei russische Rauchfänge, Hütteldorf, Hauptstraße 26, von Anna Herberth, Bauführer Josef Kopf, Baumeister (14739).
XV. Bezirk: Hausbesorgerswohnung, Fünfhaus, Michaelergasse Conscr.-Nr. 702, von Johann Wolfsgruber & Sohn, Bauführer F. Silberbauer (9857).
XVII. Bezirk: Herstellung einer Holzveranda, Dornbach, Wilhelminenbergstraße, von Marie Lorenz, Bauführer W. Swoboda, Zimmermeister (18908).
" " Neuherstellung eines Blechrauchfanges, Hernals, Stiftgasse 19, von Löwit & Comp., Bauführer Karl Haas, Baumeister (18910).
XVIII. Bezirk: Herstellung einer Gruftanlage am Friedhofe in Pötzleinsdorf, von Ludwig Lohner, Bauführer Paul Wasserburger (16308).
XIX. Bezirk: Herstellung eines Bodenaufganges und Abortanlage, Grinzing, Heiligenstädterstraße 13, von Anna u. Josef Mugerauer, Bauführer Franz Mayer (10470).

Stockwerks-Aufsetzungen:

III. Bezirk: Landstraße Hauptstraße 74, von Stephan Fernolendt, Bauführer C. Stiegler (3796).
XII. Bezirk: Zwei-Stockwerke-Aufsetzung, Unter-Meidling, Miesbachg. 20, von Georg und Aloisia Zetschock, Bauführer Josef Rucker (15772).
XIV. Bezirk: Stockwerk auf den Hoftract Sechshaus, Ullmannstraße 36, von Karl Fuchs, Bauführer Stagl & Prodhag, Stadtbaumeister (12565).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Dammstraße, Grundb.-Einl. 281, von Wendelin Kühnel, (3781).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

I. Bezirk: Tuchlauben 6, von Moriz Freiherr von Königswarter (3789).
V. Bezirk: Reinprechtsdorferstraße 31, von Karl Becker (3834).
XII. Bezirk: Parc. 41, Gruppe 6, Unter-Meidling, Radetzkygasse 40, von Johann und Veronika Terschitz und Rosalia Kusalitsch (15373).
XIII. Bezirk: Baustelle Grundb.-Einl. 190, Breitensee, Ecke Antoni- und Bartholomäusgasse, von Eduard Zeisel (14948).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Herbststraße und Hebertgasse, Einl.-Z. 693/694, von Ferdinand Meixner (23936).
" " Ottakring, Wichtelgasse 7, von Katharine Danglmeyer (24023).

Bauconsense wurden ertheilt:

vom 1. Mai bis 31. Mai 1893:

a) Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Fischerstiege 6, an Georg König und Bruder, Bauführer D. Zifferer.
" " Haus, Annagasse 3, an Victor Silberer, Bauführer Dehm & Olbricht.
II. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2349, Wallensteinstraße, Ecke der Rauschergasse, an Michael Stirling, Bauführer Th. Bauer.
" " Haus, Schweidlgasse 4, Grundb.-Einl. 2400, an Wilhelm Dietrich, Bauführer A. Dittrich.
" " Haus, Gerhardusgasse 38, an Alex. und Bertha Brauner, Bauführer A. Heindl.
" " Haus, Gerhardusgasse 42, an Sebastian u. Therese Amberger, Bauführer A. Schlesak.
III. Bezirk: Haus, Baustelle II, Grundb.-Einl. 1698, Ungargasse 54, an Em. u. Ed. Schweinburg, Bauführer Ed. Schweinburg.
" " Haus, Baustelle III, verlängerte Strohgasse, an Em. und Ed. Schweinburg, Bauführer Ed. Schweinburg.
" " Haus, Grundb.-Einl. 2731, Richardgasse und Rechte Bahngasse, an Peregrin Zimmermann, Bauführer Th. Bauer.
III. Bezirk: Haus, Baustelle II, Grundb.-Einl. 56, Arsenalweg (Gürtelstraße), an Karl Tucek und Johann Mayer, Bauführer J. Dolezal.
" " Haus, Grundb.-Einl. 473, Jacquing. 23, an Franz Macht, Bauführer J. Reinhart.
" " Haus, Baustelle IX, Linke Bahngasse, an Josef Kalas, Bauführer A. v. Bergmüller.
" " Haus, Baustelle XIII, Strohgasse, an Josef Kalas, Bauführer A. v. Bergmüller.
V. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2003, Reinprechtsdorferstraße und Untere Brauhausgasse, an W. Kraßl, Bauführer Al. Sallatmeyer.
" " Haus, Grundb.-Einl. 1716, Kompertgasse 8, an Ludwig Kerndlinger, Bauführer J. Halla.
" " Haus, Hertberg. 10, an Josef Haala, Bauführer L. Ritter.
" " Haus, Reinprechtsdorferstraße 68, an Franz Tscheitscher, Bauführer Seitl & Klee.
" " Haus, Baustelle X, Gruppe 9, Embelgasse, an Franz Hechtl, Bauführer J. Ebetshuber.
" " Baustelle II, Grundb.-Einl. 969, Gießaufgasse, an Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller.
VI. Bezirk: Haus, Baustelle II, Gumpendorferstraße 88, an Christian Mörzinger-Cabos und Alois Schweinburg, Bauführer H. F. Lederer.
IX. Bezirk: Haus, Baustelle IX, Lazarethgasse 16/18, an Adolf und Anna Rühnkorf, Bauführer W. Klingenberg.
X. Bezirk: Buchengasse, Einl.-Z. 1608, Siccardsburggasse, an Josef Hable, Bauführer ?
XI. Bezirk: Wohnhütte, Simmering, Haide, Parc. 1290, an Leopold Haureiter, Bauführer Ferdinand Kaindl.
XII. Bezirk: Fabrik, Unter-Meidling, Karlsg. 12, an Heinrich Bertrams, Bauführer Josef Hartl.
XIII. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Penzing, Rochusgasse, an W. Frtschka, Bauführer Johann Dolezal.
" " Parterre-Haus, Breitensee, Flötzersteig, Cat.-Parc. 242, an Johann und Rosa Galba, Bauführer Leop. Höfer.
XIV. Bezirk: Wohnhaus, Rudolfsheim, Neubergerstraße 6, an Eheleute Märkl, Bauführer Roth & Zeller.
" " Wohnhaus, Rudolfsheim, Stättermayergasse 21, an Eheleute Slama, Bauführer Franz Brantner.
" " Wohnhaus, Rudolfsheim, Buchgasse 15, an Jul. Schonwald, Bauführer Heinrich Staud.
" " Wohnhaus, Sechshaus, Rauchfangkehrerg. 27, an Schmidschen Erben, Bauführer Otto Ettmayr.
" " Wohnhaus, Rudolfsheim, Huglgasse 15, an Leopold Höfer, Bauführer Josef Petzl.
XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Wilhelminenstraße, Cat.-Parc. 619, Einl.-Z. 1577, an Leopold und Marie Heimberger, Bauführer Franz Lehninger.
" " Haus, Ottakring, Rotherdstraße, Cat.-Parc. 685, Einl.-Z. 1485, an Rudolf und Bertha Tomschik, Bauführer Ferdinand Baldia.
XVII. Bezirk: Schulhaus, Hernals, Schmerlinggasse, an die Commune Wien, Bauführer Langer.
" " Wohnhaus, Hernals, Schmerlinggasse Or.-Nr. 22, an Ludwig Lamsch, Bauführer Franz Roth.
XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Ecke der Weitlof- und Anastasius Grüngasse, an Josef und Marie Weer-Thomayer, Bauführer Johann Dolezal.
" " Fabrikstract, Gersthof, Feldgasse 42, an Heinrich Huß, Bauführer Martin Köller.
" " Wohnhaus, Salmannsdorf, Hauptstraße, an Aloisia Echinger, Bauführer Friedrich Silberbauer.
" " Wohn- und Geschäftshaus, Gersthof, Feldg. 37, an Michael und Margaretha Haberfellner, Bauführer Heinrich Staud.
" " Wohnhaus, Währing, Dittesgasse, an Ferd. Oberwimmer, Bauführer Ferdinand Oberwimmer.
XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Sievering, Einl.-Z. 347, an Joh. Steinzer, Bauführer E. Spieß.
" " Wohnhaus, Ober-Döbling, Gymnasiumstraße 11, an Clementine Reinheimer, Bauführer Victor Fiala.
" " Wohnhaus, Unter-Sievering, Hauptstraße, Einl.-Z. 611, an Marie März, Bauführer E. Spieß.
" " Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße, Einl.-Z. 923 und 926, an Franz Knittl, Bauführer Victor Fiala.
" " Wohnhaus, Heiligenstadt, Hohe Warte, Aussichtsweg, an Jul. und Max Plischke, Bauführer J. Matschinger.
" " Arbeiter-Wohnhaus, Nußdorf, Einl.-Z. 34, an Bachofen & Medinger, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Wohnhaus, Ober-Döbling, Einl.-Z. 832, an Marianne Jonak v. Freyenwald, Bauführer Ant. Gürlich.
" " Wohnhaus, Ober-Döbling, Ecke Prinz Eugenstraße und Karl Ludwigstraße, an Dr. Rud. Raimann, Bauführer Victor Fiala.

b) Für Umbauten:

I. Bezirk: Haus, Kärnthnerstraße 37, an Maltheser-Ritter-Ordens-Commende St. Johann, Bauführer Luckeneder und Miserowsky.
V. Bezirk: Haus, Pilgramgasse 8, an Josef und Karl Gerger, Bauführer Kupka und Orgelmeister.
VI. Bezirk: Haus, Webgasse 2, an Edmund Gabriel, durch F. Lederer und Al. Schweinburg, Bauführer F. Lederer.
" " Haus, Baustelle III, von Gumpendorferstraße 80, an Christian Mörzinger-Cabos und Al. Schweinburg, Bauführer R. Reichelt.
" " Haus, Mariahilferstraße 9, an Stefan Bohrer, Bauführer J. Hranika.
" " Haus, Gumpendorferstraße 15, C. T. Petzold & Comp. Bauführer Frauenfeld und Berghof.
VII. Bezirk: Haus, Apollogasse 15, an Josef Schneider, Chef der Firma Eduard Rathe, Bauführer Luckeneder und Miserowsky.
" " Haus, Kaiserstraße 33, an Franz Luckschander, Bauführer M. & J. Sturany.
" " Haus, Apollogasse 9, an Johann und Maria Hörmann und Michael Batsch, Bauführer G. Berger.
VIII. Bezirk: Haus, Piaristengasse 41, an Paula Lang, Bauführer A. Lang.
" " Haus, Lerchengasse 9, an Franz Wagner, Bauführer Franz Bock.
XI. Bezirk: Haus, Porzellangasse 22, an Martin Jäger, Bauführer Th. Bauer.
XII. Bezirk: Stalltract und Schupfenumbau, Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 41, an Camilla Lichtenstein, Bauführer Josef Schaufler.
XV. Bezirk: Wohnhaus, Sechshaus, Hauptstraße 14, an Eheleute Weinheimer, Bauführer Otto Ettmayr.
XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 148, an Anton Tikert, Bauführer Josef Grünbeck.
" " Ottakring, Hauptstraße 71, an A. und J. Kuffner, Bauführer Antonin Zagórski.
" " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 47, an Johann Nemeth, Bauführer Wenzel Marek.
XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Kirchengasse 40, an Karl Edinger, Bauführer Adolf Ritt. v. Bergmüller.
" " Wohnhaus, Währing, Theresiengasse 57, an Heinrich Trinkaus, Bauführer Josef Schober.
XIX. Bezirk: Brauerei-Sudhaus und Magazin, Nußdorf, Färbergasse 11, an Bachofen und Medinger, Bauführer C. Höllerl jun.

c) Für Zubauten:

II. Bezirk: Kagraner Reichsstraße 65, an Franz Magenschein, Bauführer J. Wagner.
" " Praterhütte 34, an Karl Friedrich Schaaf, Bauführer A. Jauernik.
" " Hoftract, Hannovergasse 25, an Johann u. Maria Bezemek, Bauführer A. Schlesak.
" " Saal, Taborstraße 11, an Theresia Mühlsteiner, Bauführer G. Löwitsch.
" " Marchfeldstraße 27, an Franz Thier, Bauführer F. Bernert.
" " Schiffmühlenstraße 116, an Ferd. Edlinger, Bauführer E. Schätz.
" " Dannhausergasse 7, an Johann Bernert, Bauführer Ebetshuber.
" " Schreigasse 12, an Maria Witsch, Bauführer C. Wanitzky.
III. Bezirk: Rennweg 31, an den Orden Sacre coeur, Bauführer O. Laske.
" " Strohgasse 20, an Anton Grosser, Bauführer Daxlmüller und Kautz.
IV. Bezirk: Hoftract, Wiedener Hauptstraße 32, an Eduard Hasenöhrl, Bauführer C. Höllerl jun.
V. Bezirk: Hoftract, Leitgebgasse 5, an Johann Cernohors und Francisca Zechner, Bauführer J. Hofbauer.
" " Hoftract, Ziegelofengasse 31, an die Genossenschaft der Tischler Wiens, Bauführer F. Simlinger.
" " Hoftract, Mittersteig 26, an Hermann Steinbach, Bauführer J. Doleyschka.
" " Sanitätsstation, Untere Bräuhausgasse 61, an die Stadt Wien, Bauführer J. Spilka.
VI. Bezirk: Werkstätte und Magazin, Gumpendorferstraße 89, an Oswald Lindner, Bauführer R. Reichelt.
" " Hoftract, Stumpergasse 51, an Anton Büchler, Bauführer Ch. Berger.
" " Millergasse 22, an Josef und Anna Wertheimer, Bauführer J. Prokop.
VII. Bezirk: Mariahilferstraße 58, an Dr. Adolf Robitschek, Bauführer M. & J. Sturany.
" " Hoftract, Halbgasse 22, an Karl Würbel und Anton Czokally, Bauführer Ed. Schwartzer.
VIII. Bezirk: Hoftract, Wickenburggasse 7, an Ed. Rainer, Bauführer H. Ohrner.
X. Bezirk: Himbergerstraße 23, an Ignaz und Jakob Kuffner, Bauführer Franz Bock.
" " Redtenbachgasse 4, an Josef Kellner, Bauführer Franz Schmidt.
" " Laxenburgerstraße 35, an Antonin Moser, Bauführer W. Stadler.
" " Columbusgasse 50, an Ferdinand und Francisca Hummel, Bauführer Josef Zeitlinger.
" " Inzersdorferstraße 50, an Adolf Tschepper, Bauführer Albert Paar.
" " Oberlaa, Laaerstraße 233, an Johann und Karoline Krecht, Bauführer Johann Sedlaček.
" " Oberlaa, Laaerstraße 174, an Jakob und Therese Mackal, Bauführer Laurenz Wetsch.
" " Waldgasse 16, an Josef Hochleitner, Bauführer W. Stadler.
" " Sennefeldergasse 32, an Ferdinand und Emilie Smetana, Bauführer W. Stadler.
" " Himbergerstraße 23, an Ignaz und Jakob Kuffner, Bauführer Franz Bock.
XI. Bezirk: Magazin, Kaiser-Ebersdorf, Feldgasse Conscr.-Nr. 57, an Josef und Anna Spraider, Bauführer Franz Rubens.
" " Fabrikszubau, Kaiser-Ebersdorf, Bräuhausgasse Conscr.-Nr. 18, an Anton Fritzer, Bauführer Johann Sedlaček.
" " Hauszubau, Simmering, Hauptstraße 54, an Ernst und Ignatz Wolf, Bauführer Johann Schneider.
" " Kesselhauszubau, Simmering, Hauptstraße Or.-Nr. 36 bis 40, an die Maschinen- und Waggonbaufabriks-Actiengesellschaft Simmering, Bauführer Johann Schneider.
XII. Bezirk: Abortzubau, Gaudenzdorf, Jakobstraße 6, an die Österr. Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft, Bauführer Josef Hofbauer.
" " Magazins- und Abortezubau und Einfriedungsmauer, Unter-Meidling, Ferdinandsgasse 19, an Johann Staller, Bauführer Johann Neuwirth.
" " Hofquertract, Unter-Meidling, Rudolfsgasse 9, an Franz Lang, Bauführer Wenzel Voit.
XIII. Bezirk: Drei Arbeitssäle (Parterre), Unter-St. Veit, Auhofstraße 28, an J. Miller & Cie., Bauführer J. Kopf.
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Reindorfgasse 36, an Theresia Horwat, Bauführer Franz Zeller.
" " Rudolfsheim, Fischergasse 8, an Johann Dienstl, Bauführer Johann Prokisch.
" " Rudolfsheim, Huglgasse 6, an die Eheleute Ziegler, Bauführer Th. Weninger.
" " Rudolfsheim, Fischergasse 37, an Theresia Migotta-Gerring, Bauführer Jul. Stättermayer.
" " Sechshaus, Schulgasse 3, an Michael Mohr, Bauführer Karl Brunner.
" " Rudolfsheim, Dreihausgasse 19, an Hermine Grünig, Bauführer Seitl und Klee.
" " Sechshaus, Wehrgasse 4, an Franz Große, Bauführer A. Zwerina.
" " Sechshaus, Schulgasse 2, an Albert Kollmayr, Bauführer Franz Wanke.
" " Rudolfsheim, Neugasse 13, an Barbara Kamenitzky, Bauführer Johann Töpfl.
" " Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 95, an Hermann Hoffmann, Bauführer Johann Kraus.
" " Rudolfsheim, Braunhirschengasse 42, an Juliana Träger, Bauführer Otto Ettmayr.
" " Rudolfsheim, Fischergasse 42, an Heinrich Adam, Bauführer Ferdinand Schlaf.
" " Rudolfsheim, Sigmundgasse 4, an Sebastian Obermayer, Bauführer Johann Prokisch.
XV. Bezirk: Fünfhaus, Turnergasse 25, an die Eheleute Brunn, Bauführer Heinrich Stagl.
XVI. Bezirk: Ottakring, Degengasse 49, an Josef Weber, Bauführer Laurenz Prigl.
" " Ottakring, Wagnergasse 8, an Franz Kitzler, Bauführer Franz Horak.
" " Ottakring, Grüllemeyergasse 15, an Anna Zak, Bauführer Josef Strauß sen.
" " Ottakring, Uniongasse 4, an Aurelia Friedrich, Bauführer Franz Gräf.
XVII. Bezirk: Hernals, Veronikagasse 22, an Louise Wodniansky, Bauführer Franz Baumann.
" " Hernals, Wilhelmsgasse 25, an Karl und Wilhelmine Liebenberger, Bauführer Alexander Jungwirth.
" " Neuwaldegg, Hauptstraße 55, an Christof Drečoll, Bauführer Karl Kapp.
" " Hernals, Stiftgasse 64, an Otto Habich, Bauführer Franz Haslinger.

XVII. Bezirk: Hernals, Stiftgasse 22, an Michael Reichel, Bauführer Heinrich Wagner.
" " Dornbach, Promenadegasse 19 und 21, an Moriz Edl. v. Kuffner, Bauführer Baurath Neumann.
" " Dornbach, Hauptstraße 78, an Karl Schmidt, Bauführer Johann Steinmetz.
" " Hernals, Stiftgasse 40, an Josef Ebermann, Bauführer Johann Schäffer.
XIX. Bezirk: Zimmer und Küche, Kahlenbergerdorf 47, Grundb.-Einl. 83, an Heinrich Blechner, Bauführer Johann Schäffer.
" " Waschküche, Ober-Döbling, Kreindlgasse 21, an Katharina Mietzl und Leopold Sauer, Bauführer Franz Feigl.
" " Wohnzimmer, Unter-Döbling, Peregrinigasse 145, an Josef Kamptner, Bauführer Franz Feigl.
" " Unter-Sievering, Friedlgasse 4, an Marie Kraus, Bauführer ?
" " Scheidemauer, Unter-Döbling, Gemeindegasse 17, an Ernst Fellner, Bauführer Franz Feigl.
" " Ober-Döbling, Langegasse 9, an Marie Fenz, Bauführer E. Spieß.

d) Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Ballgasse 4, an Dr. E. Posony, Bauführer L. Doby.
" " Blutgasse 9, an Dr. Isidor Lederer, Bauführer?
" " Giselastraße 5, an Albert Seligmann, Bauführer?
" " Elisabethstraße 14, an Katharina von Infeld, Bauführer J. Helmreich.
" " Nikolaigasse 1, an Victoria Baronin Gudenus, Bauführer J. Helmreich.
" " Blutgasse 7, an Josef Irresberger, Bauführer?
" " Spiegelgasse 3, an Anton John, Maurermeister.
" " Tiefer Graben 5, an Maria Kießling, Bauführer Karl Haas.
" " Freyung 1, an Jg. und Jakob Kuffner, Bauführer Franz Bock.
" " Eßlinggasse 9, an Aubin Protzen & Comp., Bauführer M. Gasselseder.
" " Bräunerstraße 7, an Karl Schuh, Bauführer F. Prokesch.
" " Johannesgasse 2, an J. Mayer & A. Feßler, Bauführer C. Semeleder.
" " Heßgasse 1, an Eduard Hutterstraßer, Bauführer C. Kuzl.
" " Maximilianstraße 4, an Philipp R. v. Gomperz, Bauführer Jul. Zerkowitz.
" " Johannesgasse 15, an die fürstl. Liechtenstein'sche Hofkanzlei, Bauführer Schoderböck.
" " Hegelgasse 7, an Karl Michna, Maurermeister.
" " Neuer Markt 7, an Fürst Schwarzenberg, Bauführer Stanislaus Hanusch.
" " Weihburggasse 18—20, an G. A. Gerson, Bauführer E. Czada.
" " Naglergasse 22, an Max Kaiser, Baumeister.
" " Franz Josefskuai 29, an Adolf Hirsch, Bauführer L. Rettinger.
" " Seitenstettengasse 2, an Josef Syrowatka, Bauführer Ferd. Kaindl.
" " Rothgasse 11, an Dr. Johann Krückl, Bauführer Ch. Binder.
" " Stadiongasse 4, an Ludwig Schoderböck, Stadtbaumeister.
" " Neuthorgasse 7, an Matthias Salcher & Söhne, Bauführer Alex. Albert.
II. Bezirk: Große Sperlgasse 12, an Thomas Loskot, Maurermeister.
" " Mühlhaftplatz 4, Ev.-Nr. 33, an Alois und Leopoldine Böhm, Bauführer?
" " Treustraße 6—8, an Franz Bernert, Baumeister.
" " Treustraße 3, an Heinrich Weiner, Bauführer A. Matschinger.
" " Taborstraße 49, an Dr. Bernhard Brecher, Bauführer?
" " Heinzelmanngasse 4, an Robert Fischer, Bauführer Karl Lang.
" " Parc. 2490, großer Gänsehaufen, an Karl Zdeborsky Bauführer?
" " Marchfeldstraße 10, an Franz Koller, Bauführer?
" " Große Sperlgasse 43, an Karl Meißl, Bauführer D. Hofmann.
" " Vereinsgasse 7, an Hermann und Regina Konrad, Bauführer A. Oberländer.
" " Lilienbrunngasse 21, an Max Kaiser, Baumeister.
" " Rueppgasse 19, an Karl Brunner, Stadtbaumeister.
" " Circusgasse 2, an Theodor v. Koch, noe. Wolfgang Ritt. v. Manner, Bauführer A. Tichy.
" " Stefaniestraße 2, an Dr. Josef Seiberling, Bauführer Rudolf Jäger.
" " Antonsgasse 6, an Rudolf Jäger, Stadtbaumeister.
" " Kaiser Josefstraße 7, an A. Scholly, Bauführer Luckeneder und Miserowski.
" " Marchfeldstraße 2, an Gebrüder Hardy, Bauführer R. Jäger.
III. Bezirk: Landstraße Hauptstraße, Brauhaus St. Marx, an Ad. Jg. Mautner & Sohn, Bauführer J. Matasek.
" " Rennweg 32, an Adolf Ringer, Bauführer M. Gasselseder.
" " Barichgasse 21, an Franz Sokol, Maurermeister.
" " Landstraße Hauptstraße 124, an Karl Kronsteiner, Bauführer Reitbauer.
" " Löwengasse 40, an Johann Großbies, Stadtbaumeister.
" " Heumarkt 23, an Georg Kellermann, Bauführer L. Rettinger.
" " Matthäusgasse 11, an Joh. Strudl, Bauführer J. Schobesberger.
" " Seidlgasse 4, an Dr. Julius Pfeifer, noe. Prinz Alois Liechtenstein, Bauführer J. Pflugmacher.
" " Keinergasse 18—20, an Wilhelm Freyberg, Bauführer F. Seif.
" " Schwalbengasse 2—4, an R. Ditmar, Bauführer Fl. Bauer.
" " Neulinggasse 10, an Josef Gruber, Maurermeister.
IV. Bezirk: Margarethenstraße 6, an Josef Kührer, Bauführer A. Honus.
" " Heugasse 42, an Karl Costenoble, Bauführer Stagl und Brodhag.
" " Große Neugasse 28, an Josef Väth, Bauführer J. Witzmann.
" " Theresianumgasse 10, an Adolf Maier, Maurermeister.
" " Favoritenstraße 40, an Anna Kunz, Bauführer Chr. Beranek.
" " Favoritenstraße 17, an Josef Kührer, Bauführer A. Honus.
" " Weyringergasse 35, an Franz Daxlmüller und Rudolf Kautz, Baumeister.
" " Victorgasse 16, an Jg. Berau, Bauführer J. Spilka.
" " Goldeggasse 9, an Joh. Philipp und Julie Theiß, Bauführer J. Theiß.
" " Mostgasse 11, an Alois Schreiber, Bauführer Seitl und Klee.
" " Heugasse 1, an Ad. Jos. Fürst von und zu Schwarzenberg, Bauführer Hanusch, Stadtbaumeister.
V. Bezirk: Grohgasse 7, an Katharina Prayzner, Bauführer Chr. Gatty.
" " Reinprechtsdorferstraße 8, an Jakob Klein, Bauführer Leop. Klima.
" " Franzensgasse 10, an Julius Werner, Bauführer J. Schmetterer.
" " Griesgasse 16, an Katharina Prajzner, Bauführer Chr. Gatty.
" " Kohlgasse 26—28, an Josef Polke, Bauführer G. Strohmayer.
" " Einsiedlerplatz 10, an Johann Beer, Bauführer?
" " Wienstraße 23, an Alexander Taigny, Bauführer L. Scherer.
" " Embelgasse 21, an Franz Hechtl, Bauführer J. Ebetshuber.
" " Matzleinsdorferstraße 46, an Alois Karlik, Bauführer J. Kielmayer.
" " Untere Bräuhausgasse 61, an die Stadt Wien, Bauführer J. Spilka.
VI. Bezirk: Garbergasse 10, an Anton Radl, Bauführer J. Ebetshuber.
" " Stumpergasse 30—32, an Lemberger und Antonia Zerdik, Bauführer Th. Weininger.
" " Mariahilferstraße 45, an Franz Prokesch, Stadtbaumeister.
" " Magdalenenstraße 66, an Anton Antonowitsch, Bauführer Joh. Binder.
" " Garbergasse 20, an Stefan Kostrik, Bauführer A. Langer.
VII. Bezirk: Neubaugasse 44, an Josef und Henriette Dietitz, Bauführer A. Zwekina.
" " Kaiserstraße 93, an Julius Marian, Bauführer F. Haslinger.
" " Seidengasse 44, an Andreas Richter, Bauführer?
" " Seidengasse 41, an Andreas Richter, Bauführer?
" " Neustiftgasse 16, an Josef Seifert, Bauführer M. Göd.
" " Burggasse 6—8, an Georg Demsky, Baumeister.
" " Schottenfeldgasse 8, an Dr. Emil Ritt. v. Aschbach, Bauführer J. Schobesberger.
" " Westbahnstraße 7, an Samuel Weber, Bauführer Joh. Müller.
" " Mariahilferstraße 8, an Joh. Krottenthaler, Maurermeister.
" " Burggasse 17, an Albert Kröpl, Bauführer Th. Loskot.
" " Kaiserstraße 77, an Michael Eiles, Bauführer W. Lischka.
VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 54, an Franz Prokesch, Bauführer?
" " Tigergasse 14, an Franz Stöcklgruber, Maurermeister.
" " Blindengasse 8, an Samuel Sidon, Bauführer J. Schobesberger.
IX. Bezirk: Grünethorgasse 17, an Johann Köhler, Bauführer J. Binder.

IX. Bezirk: Porzellangasse 45, an Antonia Bodansky, Bauführer C. Hofmann.
„ „ Altmüttergasse 6, an Otto Wicher, Bauführer A. Höcker.
„ „ Michelbeuerngasse 7, an E. v. Sieberer, Bauführer J. Schobesberger.
„ „ Garnisonsgasse 6, an S. Trebitsch & Sohn, Bauführer J. Bauer.
„ „ Kolingasse 6, an Franz List, Baumeister.
„ „ Rögergasse 11, an Anton Brunner, Maurermeister.
„ „ Maria Theresienstraße 5, an Franz List, Baumeister.
„ „ Michelbeuerngasse 9, an Anton Hartl, Bauführer A. Ribak.
„ „ Lustkandlgasse 4, an Alois Szalay, Bauführer?
„ „ d'Orsaygasse 5, an Maria Joly, Bauführer E. Schätz.

X. Bezirk: Raaberbahngasse 13, an E. Berger, Bauführer Josef Hoble.
„ „ Simmeringerstraße 153, an die Tramway-Gesellschaft, Bauführer Johann Schneider.
„ „ Humboldtplatz 11, an Franz Becker, Bauführer Jos. Zeitlinger.
„ „ Engengasse 35, an Gustav Girtschal, Bauführer Joh. Schweitzer.
„ „ Laaerstraße 170 (Oberlaa), an Franz Bocek, Bauführer Laurenz Wetsch.
„ „ Hansengasse 16 (Canal), an Stefan Maul, Bauführer Anton Sikora.
„ „ Hansengasse 14 (Canal), an Karl Wickl, Bauführer Anton Sikora.
„ „ Hansengasse 19 (Canal), an Franz Balaun, Bauführer Anton Sikora.

XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 37, an Josef Korb, Bauführer Anton Heindl.
„ „ Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße Consc.-Nr. 29, an Michael Hierner, Bauführer Ferdinand Kaindl.
„ „ Kaiser-Ebersdorf, Bräuhausgasse Consc.-Nr. 18, an Anton Fritzer, Bauführer Johann Sedlaczek.
„ „ Simmering, Feldgasse Consc.-Nr. 51, an die Apollokerzen-Fabrik, Bauführer Johann Schneider.
„ „ Simmering, Ebersdorferstraße 2, an Ferdinand und Anna Handlos, Bauführer Ferdinand Kaindl.

XII. Bezirk: Hetzendorf, Deutschmeisterstraße 5, an Franz Haufek, Bauführer Franz Proßer.

XIII. Bezirk: Hütteldorf, Hauptstraße 31, an Barbara Kuster, Bauführer Ignaz Schaufler.
„ „ Lainz, Hetzendorferstraße 1, an Josef und Karl Fink, Bauführer Gabriel Kröpfl.
„ „ Breitensee, Hütteldorferstraße 62, an die österr.-amerik. Gummi-Fabriks-Actien-Gesellschaft, Bauführer Gottfried Alber.
„ „ Hütteldorf, Hauptstraße 26, an Anna Herberth, Bauführer Wilhelm Klingenberg.
„ „ Hietzing, Wattmanngasse 3, an Emma Blind, Bauführer Josef Kopf.
„ „ Penzing, Hauptgasse 116, an Philipp Boelker, Bauführer Karl Ziegelwanger.
„ „ Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse 3, an Dr. E. F. Stipek, Bauführer?

XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Prinz Karlgasse 26, an Francisca Zeigwetter, Bauführer Otto Ettmayr.
„ „ Rudolfsheim, Steindorfgasse 8, an Karl Hoffmann, Bauführer Franz Zeller.
„ „ Rudolfsheim, Arnsteingasse 5, an Karl Schima, Bauführer Karl Brunner.
„ „ Rudolfsheim, Goldschlagstraße 54, an Adalbert Brezina, Bauführer Jul. Mitsche.
„ „ Rudolfsheim, Felberstraße 106, an Leopold Kurzweil, Bauführer derselbe.
„ „ Sechshaus, Walthergasse 8, an Joh. Freitag, Bauführer derselbe.
„ „ Rudolfsheim, Huglgasse 25, an Prybila, Bauführer?
„ „ Rudolfsheim, Braunhirschengasse 43, an Marie Huber, Bauführer Edmund Schwarzer.
„ „ Rudolfsheim, Felberstraße 120/122, an Eheleute Fröhlich,

XV. Bezirk: Fünfhaus, Pouthongasse 16, an die Congregation der Missions-Brüder, Bauführer Ludwig Zatzka.
„ „ Fünfhaus, Neubaugürtel, 44, an Josef Dobrowolsky, Bauführer Josef Seifert.

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gaullachergasse 14, an Georg Kowařik, Bauführer Franz Hasslinger.
„ „ Ottakring, Annagasse 4, an Mathilde Horak, Bauführer Thomas Mann.
„ „ Ottakring, Römergasse 16, an Josef und Maria Petzina, Bauführer Franz Lehninger.
„ „ Ottakring, Hauptstraße 189, an Josefa Opfermann, Bauführer Ferdinand Baldia.
„ „ Ottakring, Hauslabgasse 14, an Joh. Schmitz, Bauführer Franz Roth.

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gaullachergasse 40, an Johann Fiskra, Bauführer Wenzel Gabauer.
„ „ Ottakring, Payerg. 4, an Anna Kohn, Bauführer J. Schmetterer.
„ „ Ottakring, Lerchenfelderstraße 39, an Johann Cech, Bauführer Franz Gräf.
„ „ Ottakring, Bachgasse 20, an Johann Pils, Bauführer Georg Kowařik.
„ „ Ottakring, Blumberggasse 19, an Therese Lang, Bauführer Thomas Mann.
„ „ Neulerchenfeld, Brunnengasse 51, an Katharina Hermanns Verlassenschaft, Bauführer Hasslinger.
„ „ Ottakring, Hauslabgasse, Consc.-Nr. 696, an Therese Rasch, Bauführer Franz Hasslinger.
„ „ Neulerchenfeld, Neumayrgasse 19, an Johann Heldwein, Bauführer Michael Stierling.
„ „ Ottakring, Wattgasse 44, an Pauline Knoth, Bauführer Karl Schäffer.
„ „ Ottakring, Hauptstraße 53 (Postamt), an Jg. Türk, Bauführer Heinrich Ohrner.
„ „ Ottakring, Seitenberggasse 18, an Franz Zwetler, Bauführer Ignaz Graf.
„ „ Ottakring, Breitenseerstraße 13, an Ed. Bernhart, Bauführer Wenzel Schulz.
„ „ Ottakring, Payergasse 4, an Anna Kohn, Bauführer Josef Schmetterer.
„ „ Neulerchenfeld, Gaullachergasse 12, an Willibald Kreuzer, Bauführer Franz Haslinger.
„ „ Ottakring, Wurlitzergasse 26, an Anton Weingartner, Bauführer Franz Roth.
„ „ Ottakring, Hauptstraße 194, an Heinrich Noibinger, Bauführer Laurenz Prigl.
„ „ Neulerchenfeld, Hippgasse 9, an Franz Fuchs, Bauführer Vincenz Haschek.
„ „ Ottakring, Blumberggasse 21, an Leopold Schachhuber, Bauführer Thomas Mann.
„ „ Ottakring, Abelegasse 1, an Josefa Grießler, Bauführer Thomas Hofer.
„ „ Ottakring, Breitenseerstraße 12, an Franz Schewczik, Bauführer Franz Haslinger.
„ „ Neulerchenfeld, Hasnerstraße 30, an Franz Lorenz, Bauführer Josef Baldia.
„ „ Ottakring, Panikengasse 5, an A. Marksteiner, Bauführer Georg Kowařik.

XVII. Bezirk: Hernals, Stiftgasse 80, an Fanni Riedmüller, Bauführer Thomas Mann.
„ „ Hernals, Hauptstraße 135, an Josefa Stindl, Bauführer?
„ „ Hernals, Alsbachstraße 4, an Matth. und Karl Steinlechner, Bauführer Karl Haas.
„ „ Dornbach, Hauptstraße 135, an Anton Konrath, Bauführer H. und F. Glaser.
„ „ Dornbach, Winklergasse, an Theresia Hubert, Bauführer Heinrich Wagner.
„ „ Dornbach, Pichlergasse 8, an Frida Jarl, Bauführer H. u. F. Glaser.
„ „ Hernals, Kirchengasse 18, an Hugo Nessel, Bauführer?
„ „ Dornbach, Heuberggasse 9, an Eduard Strache, Bauführer?
„ „ Dornbach, Hauptstraße 154, an Katharina Scheiderbauer, Bauführer Johann Steinmetz.
„ „ Hernals, Syringgasse 9, an Syrings Erben, Bauführer Thomas Hofer.
„ „ Neuwaldegg, Hauptstraße 16, an Alfred Ritt. v. Pischoff, Bauführer Heinrich Glaser.
„ „ Hernals, Kirchengasse 41, an Julius Frankfurter, Bauführer Johann Schweitzer.
„ „ Neuwaldegg, Salmannsdorferstraße 2, an Jakob Rothberger, Bauführer Heinrich Glaser.
„ „ Hernals, Annagasse 53, an Franz Waiß, Bauführer Georg Kowařik.
„ „ Hernals, Palffygasse 13, an Josef Hofmann, Bauführer Engelbert Schrammel.
„ „ Dornbach, Promenadegasse 7, an Leopoldine Milichhofer, Bauführer H. und F. Glaser.
„ „ Hernals, Hauptstraße 119, an August Opawsky, Bauführer?
„ „ Hernals, Rosensteingasse 9, an Hermann Adler, Bauführer Josef Zeiler.
„ „ Dornbach, Hauptstraße 19, an Ed. Allemann, Bauführer H. und F. Glaser.
„ „ Hernals, Karlsgasse 5, an Eva Plhowsky, Bauführer Wenzel Gabauer.
„ „ Hernals, Karlsgasse 41, an Karl Woratsek, Bauführer Johann Gschwandner jun.

XVIII. Bezirk: Währing, Kreutzgasse 82, an die Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer Karl Haas.
„ „ Währing, Kreutzgasse 35, an Josef und Francisca Köstler, Bauführer Franz Kaindl.

XVIII. Bezirk: Währing, Anastasius-Grüngasse 46, an Hermine Pollitzer, Bauführer Victor Fiala.
XIX. Bezirk: Nussdorf, Kahlenbergerstraße 37, an Johann Frey, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Unter-Sievering, Hauptstraße 153, an Josefa Fischer, Bauführer Ed. Spieß.
" " Kahlenbergerdorf, Or.-Nr. 2, Stift Klosterneuburg, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Kahlenbergerdorf, Am Kahlenberg, an Dr. Gustav Benischko, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Ober-Döbling, Gymnasiumstraße 10, an F. Hardtmuth & Co., Bauführer Adolf Micheroli.
" " Nussdorf, Hauptplatz 4, an Ignaz und Anna Semrad, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Kahlenbergerdorf Nr. 31, an Joh. Kaeferstein, Bauführer ?
" " Heiligenstadt, Barawitzkagasse 3, an August Kunze, Bauführer K. Mayer.
" " Ober-Döbling, Theresiengasse 21, an Rudolf Ketterer, Bauführer ?
" " Ober-Döbling, Neustiftgasse 12, an Anton Müller, Bauführer Joh. Schäffer.
" " Unter-Sievering, Hauptstraße 80, an Adalbert Cerwenka und Joh. Hirt, Bauführer E. Spieß.
" " Heiligenstadt, Nussdorferstraße 83, an Alex. Engel de Janosi, Bauführer Karl Mayer.
" " Nussdorf, Hauptplatz 3, an Georg Stöhr, Bauführer Karl Höllerl jun.
" " Ober-Döbling, Neugasse 28, an Ignaz und Jakob Kuffner, Bauführer Pecival.
" " Nussdorf, Hauptstraße, Einl.-Z. 509, an Anna Löwy, Bauführer Matschinger.

e) Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Backofen, Plankengasse 6, an Adolf Eitl, Bauführer C. Michna.
II. Bezirk: Schupfe, Ev.-Nr. 357 Kagraner Reichsstraße, an Franz Böhmberger, Bauführer F. Sonnenburg.
" " Schupfe, Gruppe VI, Parcelle 7, Quaistraße, an W. Louth, Director der Neuchateler Asphalte-Company Limited, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
" " Portierhäuschen, Franzensbrückenstraße 17, an die I. österreichische Actien-Gesellschaft für Lagerhäuschen, Bauführer H. Otte.
" " Vorstände, k. k. Prater, Trabrennplatz, an den Wiener Trabrennverein, Bauführer J. Österreicher.
" " Kesselaufstellung, Nestroygasse 6, an Eisenstädter & Comp., Bauführer?
" " Magazin, Schüttelstraße 13, an Karpeles & Hirsch, Bauführer R. Reichelt.
" " Canal, Erzherzog Karlplatz 1, an Gebrüder Gutmann, Bauführer J. Nowak.
" " Canal, Engerthstraße 175, an A. Sikora, Maurermeister.
" " Backofen, Circusgasse 36, an Nikolaus Siegl & Neffe, Bauführer R. Käsemacher.
" " Schupfe, Pasettigasse 29—31, an August Kolb, Bauführer J. Matschinger.
" " Warteraum, k. k. Prater, Rennplatz, Freudenau, an den Jockey-Club, Bauführer Joh. Anderl.
" " Kanzleibau, k. k. Prater, 3. Baulos, Hauptsammelcanal, an die Union-Baugesellschaft.
III. Bezirk: Abort, Erdbergstraße 35, an Anna Neudek, Bauführer F. Gutmann.
" " Façade-Renovierung, Fasangasse 45, an Franz Prokop, Bauführer W. Stadler.
" " Werkstätte und Schupfe, Fasangasse 57, an Otto Haukl, Bauführer?
" " Rohrcanal, Stammgasse 10, an Arnold Lotz, Bauführer J. Müller.
" " Canal, Löwengasse 33, an Dr. R. Knaipp, nomine R. v. Engelbach, Bauführer A. Sallatmeyer.
" " Senkgrube, Khunngasse 10, an Albert Kailich, Bauführer L. Witzmann.
" " Dampfkessel-Aufstellung, Rasumoffskygasse 29, an die Wiener Emailwerke Lucian Brunner, Bauführer A. Honus.
" " Rohrcanal, Salesianergasse 25, an Johann Brennig, Bauführer C. Schlimp.
" " Senkgrube, Grundb.-Einl. 2682 Mohsgasse, an Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller.
" " Senkgrube, Mohsgasse 28, an Wenzel Paces, Bauführer W. Schulz.
IV. Bezirk: Canalisierung, Paniglgasse 15, an Francisca Heinl, Bauführer C. Rieß.
" " Dampfrauchfang-Erhöhung, Alleegasse 48, von Victor Schmidt & Söhne, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
V. Bezirk: Hundsthurmerstraße 50 (Gemeindehaus), an die Stadt Wien, Bauführer J. Spilka.
" " Schupfe, Nikolsdorfergasse 30, an Maria Schachenmann, Bauführer J. Kielmayer.
VI. Bezirk: Getreidemarkt 5, an Ferd. Westlmayer, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
" " Kesselaufstellung, Mollardgasse 32, an Franz Kallner, Bauführer Franz Zoder.
VIII. Bezirk: Backofen, Strozzigasse 40, an Josef Rieger, Bauführer J. Petzl.
" " Waschküche, Albertgasse 19, an Julius Kalmar, Bauführer F. Prokesch.
IX. Bezirk: Atelier, Alserstraße 40, an Anton Baschta, Bauführer J. Bezowska.
" " Backofen, Alserbachstraße 6, an F. Kratzig, Bauführer M. Göd.
XI. Bezirk: Hauscanal und Abortanlage, Simmering, Hauptstraße C.-Nr. 467, an Johann und Katharina Wiesend, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Hauscanal und Abortanlage, Simmering, Dorfgasse 84, an Lorenz und Karoline Ecker, Bauführer Anton Heindl.
" " Senkgrube, Simmering, Geiselbergstraße 393, an Bernard Winter, Bauführer Johann Schneider.
" " Hofwasserlauf, Simmering, Theresiengasse 408, an Albin Hirsch, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Holzlagen und Abortanlage, Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße C.-Nr. 29, an Michael Hierner, Bauführer Ferdinand Kaindl.
" " Wasserlauf, Simmering, Theresiengasse 17, an Gustav Chaudoir & Co., Bauführer Johann Schneider.
" " Abortanlage, Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße C.-Nr. 11, an Franz Wiesend, Bauführer Franz Rubens.
" " Abortanlage, Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße C.-Nr. 82, an Karl Lechner, Bauführer Anton Heindl.
" " Abortanlage, Simmering, Dorfgasse 27, an Michael Ferstl, Bauführer Anton Heindl.
" " Abortanlage, Simmering, Dorfgasse 59, an Johann Stift, Bauführer Anton Heindl.
" " Senkgrube, Simmering, Dorfgasse 11, an Jakob Klameker, Bauführer Anton Heindl.
" " Senkgrube, Simmering, Dorfgasse 14, an Anton Prokisch, Bauführer Ferdinand Kaindl.
XII. Bezirk: Abort und Senkgrube, Altmannsdorf, Kirchenplatz 3, an Rosalia Ranninger, Bauführer Michael Borak.
" " Abort und Senkgrube, Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 39, an Anton Schmidt, Bauführer Josef Schaufler.
" " Abort und Senkgrube, Altmannsdorf, Gärtnergasse 9, an Johann Ockermüller, Bauführer Michael Borak.
" " Abort, Altmannsdorf, Hauptstraße 41, an Leopold Zierer, Bauführer Michael Borak.
" " Abort, Senk- und Düngergrube, Unter-Meidling, Lainzerstraße C.-Nr. 195, an Michael Haupt, Bauführer Wenzel Voit.
XIII. Bezirk: Abort, Senkgrube ꝛc., Penzing, Feldgasse 6, an Josef Zach, Bauführer Karl Freitag.
" " Canal, Penzing, Hütteldorferstraße 9, an Friedrich Linderl, Bauführer Ferdinand Scholz.
" " Düngergrube, Aborte ꝛc., Lainz, Hauptstraße 3, an Karl Wambacher, Bauführer Josef Kopf.
" " Senkgrube ꝛc. ꝛc., Hütteldorf, Promenadengasse 2, an L. Zöch, Bauführer Anton Honus.
" " Brunnen, Senkgrube ꝛc., Ober-St. Veit, Anhofstraße 19a, an Engelbert Graßl, Bauführer?
" " Senkgrube, Aborte, Unter-St. Veit, Fleischgasse 5, an Antonie Schlögl, Bauführer?
" " Fensteröffnungen ꝛc., Penzing, Parkgasse 58, an Marie Berger, Bauführer?
" " Senkgrube, Aborte ꝛc., Hietzing, Gloriettegasse 14—16, an Dr. Heinrich Jacques, Bauführer Wenzel Voit.
" " Stall ꝛc., Breitensee, Hauptstraße 27—29, an C. L. Zamarsky, Bauführer Ludwig Zatzka.
" " Senkgrube ꝛc., Hütteldorf, Hauptstraße 59, an Karl Mohr, Bauführer Ignaz Schaufler.
" " Aborte, Steinzeugrohrleitung ꝛc., Penzing, Poststraße 72, an Franz Poyer, Bauführer Karl Ziegelwanger.
" " Thürvorbau, Baumgarten, Hauptstraße 3, an Accumulatorenfabrik, Bauführer?
" " Eisernes Gitter auf gemauertem Sockel, Unter-St. Veit, Reichgasse 10, an Karl Wagner, Bauführer Jos. Kopf.
" " Hölzerne Verkaufshütte (provisorisch), Hietzing, Ecke der Lainzer- und St. Veiterstraße, an Therese Schwanda, Bauführer?
" " Hoftracte, Schupfen ꝛc., Penzing, Poststraße 46, an Franz und Therese Bandis, Bauführer Julius Stättermayer.
" " Glashaus und Veranda mit Freitreppe, Hietzing, Badhausgasse 6, an Anna Petschacher, Bauführer Jos. Kopf.

XIII. Bezirk: Senkgrube, Aborte, Baumgarten, Hauptstraße 66/68, an Franz Riegler.
„ „ Senkgrube, Aborte, Baumgarten, Hauptstraße 54, an Franz Schenk.
„ „ Wagenremise, Ober-St. Veit, Gartengasse 315, an Pauline von Bukovics, Bauführer Johann Glasauer.
„ „ Gasmotorenhaus, Lainz, Einsiedeleigasse 21, an Dr. Mauritius Pokorny, Bauführer Zenek Wenzel.
„ „ Gartenhaus, Penzing, Hauptgasse 22, an Christian Cabos, Bauführer ?
„ „ Abortanlage, Hietzing, Friedhof, Gemeinde Wien, Bauführer Josef Kopf.
„ „ Eiserne Einfriedungsgitter mit gemauertem Sockel, Hacking, Neugasse 15, an Helene Wallis, Bauführer Franz Höfer.
„ „ Canal, Penzing, Hauptgasse 1, an Herzog Cumberland, Bauführer R. Rundspaden.
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Fröbelgasse 7, an Maria Böhm, Bauführer Engelbert Schramel.
„ „ Ottakring, Wichtelgasse 38, an Johann Filipp, Bauführer Alois Ziegler.
„ „ Lienfeldergasse 27, an Fritz Ribarz, Bauführer Fred. L. Baldia.
„ „ Hauslabgasse 14, an Johann Schmitz, Bauführer Anton Sikora.
„ „ Annagasse 7, an Simon Kohn, Bauführer Thomas Mann.
„ „ Payergasse 4, an Anna Kohn, Bauführer Jos. Schmetterer.
„ „ Abelegasse 13, an Anton Berger, Bauführer Th. Hofer.
„ „ Neulerchenfeld, Koppstraße 3, an Matthias Auchmann, Bauführer Anton Dietl.
„ „ Ottakring, Hauptstraße 150, an Thekla Daninger, Bauführer Thomas Hofer.
XVII. Bezirk: Einfriedungsmauer, Dornbach, Hauptstraße 72, an Karoline Florenz, Bauführer H. & F. Glaser.
„ „ Einfriedungsmauer, Neuwaldegg, Pötzleinsdorferstraße 1, an Paul Keller, Bauführer Johann Steinmetz.
„ „ Gruft, Dornbach, Friedhof, an Wilhelm Wahlberg, Bauführer Johann Steinmetz.
„ „ Portal, Hernals, Hauptstraße 25, an Marcus Roth, Bauführer Prochaska.
„ „ Portal mit Sonnenschutzplache und Gaslaterne, Hernals, Stiftgasse 42, an Anton Becker, Bauführer Prochaska.
„ „ Einfriedungsmauer, Dornbach, Promenadegasse 55, an Gustav Chwalla, Bauführer H. & F. Glaser.
XVIII. Bezirk: Hauscanal, Pötzleinsdorf, Julienstraße 32, an August Fordermayer, Bauführer Anton Wimmer.
„ „ Einfriedungsmauer mit eisernem Gitter, Währing, Feldgasse 5, an Wilhelmine Urbanek, Bauführer Alois Sallatmayer.
XIX. Bezirk: Einfriedung, Unter-Sievering, Windhabergasse, an F. W. Hoffmann, Bauführer Ed. Spies.
„ „ Zwei Einfriedungsmauern, Heiligenstadt, Barawitzkagasse 3, an August Kunze, Bauführer C. Mayer.

f) Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Gießmanngasse 10, an Georg Galle, Bauführer J. Wagner.
IV. Bezirk: Waaggasse 9, an Anton Ehrlich, Bauführer C. Rieß.
V. Bezirk: Nikolsdorfergasse 30, an Maria Schachenmann, Bauführer J. Kielmayer.
VI. Bezirk: Mollardgasse 50, an Brüder Steininger, Bauführer Karl Stöger.
„ „ Gumpendorferstraße 57, an Franz Neumann noe. E. Swoboda, Bauführer ?
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 118/120, an Karl Otto, Bauführer Friedrich Sonnenburg.
XIII. Bezirk: Unter-St. Veit, Auhofstraße, an Katharina Moritz, Bauführer Josef Kopf.
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Thaliastraße 24, an Johann und Magdalena Rieß, Bauführer Karl Haas.
„ „ Neulerchenfeld, Gaullachergasse 45, an Elise Nemeth, Bauführer W. Marek.
„ „ Neulerchenfeld, Neumayergasse 9, an Johann und Dorothea Wimmer, Bauführer Franz Haslinger.
XIX. Bezirk: Kahlenbergerdorf 27, an Josef Mayerhofer, Bauführer Bayer.

g) Parcellierungen wurden bewilligt:

III. Bezirk: Dietrichgasse, Grundb.-Einl. 245, Karl und Alfred Voigt.
„ „ Marokkanergasse 12, Veithgasse 5, Richard Siedek.
VIII. Bezirk: Florianigasse 54 und Feldgasse, Grundb.-Einl. 151, Ludwig und Emilie Schmidt.
IX. Bezirk: Alserstraße 37, an Ferdinand Edler von Semlitsch.
XIII. Bezirk: Baumgarten, Grundb.-Einl. 25 und 278, Karl und Barbara Gulden.
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 70 und Feldgasse 2, Joh. und Francisca Töpfl.
XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße, Einl.-Z. 1308, an Julius Frankl.
„ „ Ottakring, Lerchenfelderstraße, Einl.-Z. 2121, an Julius Frankl.
XVIII. Bezirk: Währing, Einl.-Z. 175, Ferstel- und Cottagegasse, an Ferd. und Alosia Schindler.
„ „ Währing, Einl.-Z. 1125, 1526, 209, 210, 1271 und 59, an Maria Hattey und Johann Schneider.
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Neugasse 44, an Josefine Sinek.

h) Baulinien wurden bestimmt:

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 97, an Heinrich Lichtenstern.
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Karlsgasse 12, an Heinrich Bertrams.
„ „ Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße, Grundb.-Einl.-Z. 202, an Gustav Wöß.
„ „ Unter-Meidling, Matzleinsdorferstraße 22—24, an Dr. Alois Semler, k. k. Notar.
XIII. Bezirk: Hütteldorf, Einl.-Z. 573, Ried-Niederhaid, an Johann Schrepfer.
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Dreihausgasse 19, an H. Grünzweig.
XVI. Bezirk: Ottakring, Hauslabgasse 1, an Matthies Millik.
„ „ Ottakring, Hauptstraße 112, an Josefine Palm.
„ „ Neulerchenfeld, Burggasse 56, an Josef Seichert.
„ „ Ottakring, Hauptstraße 148, an Anton Tikert.
„ „ Ottakring, Odoakergasse, Einl.-Z. 674, an Eduard Türk.
XVIII. Bezirk: Baustelle, Währing, Lustkandlgasse Nr. 3, Ecke der Fluchtgasse, an Clara Nicolai.
„ „ Baustelle, Währing, Feldgasse 30, Michaelerstraße 32, an Alois und Marie Perschl und Heinrich Eschelbeck.
„ „ Wohnhaus, Währing, Theresiengasse 57, an Heinrich Trinkaus.
„ „ Baustelle, Währing, Dittesgasse, Einl.-Z. 1780, an Ferdinand Oberwimmer.
„ „ Wohnhaus, Währing, Feldgasse 2, Herrengasse 46, an Eduard und Bertha Stern.
„ „ Wohnhaus, Währing, Martinsstraße 78, an Valentin Ambor.
„ „ Baustelle, Gersthof, Scheidlstraße, Schöffelgasse, an Heinrich und Rosa Hohl.
XIX. Bezirk: Nussdorf, für Real.-Consc.-Nr. 63, 64, an Bachofen und Medinger.
„ „ Heiligenstadt, Barawitzkagasse, an August Kunze.
„ „ Kahlenbergerdorf, Nr. 27, an Josef Mayerhofer.
„ „ Heiligenstadt, Hohe Warte, Aussichtsweg, an Jul. und Max Plischke.
„ „ Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße 16, an Marianne Janak von Freyenwald.
„ „ Ober-Döbling, Einl.-Z. 923, an Franz Knittl.
„ „ Kahlenbergerdorf, Nr. 23, an Ferd. Bock.

Gewerbeanmeldungen vom 27. Mai 1893.

Müller Johann — Anstreicher — XIV., Rudolfsheim, Neugasse 19.

Matauschek Franz — Brantweinschank — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 132.

Radosavljevics Anna — Damenkleidermacherin — I., Salvatorgasse 10.

Dorek Anna — Einspännergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstr. 236.

Hirt Marie — Einspännergewerbe — XII., Meidlinger Bahnhof.

Maloch Francisca — Federnschmückerin — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 24.

Chrobaczek Gustav — Fragner — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 4.

Sicha Rudolf — Friseur — V., Pilgramgasse 17.

Angerer Anna — Gastwirtin — XVIII., Währing, Wienerstraße 41.

Lang Josef — Gastwirt — IV., Hauptstraße 57.

Lieberth Aloisia — Gastwirtin — IV., Obstmarkt 2.

Pechl Georg — Gastwirt — IV., Trappelgasse 3.

Wieninger Rudolf — Gastwirt — IV., Wiedener Hauptstraße 2.

Zidek Julius — Gastwirt — V., Matzleinsdorferstraße 37.

Bissinger Friedrich — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Ottakring, Liebhartsthal 136.

Dobner Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wichtlgasse 16.

Greiner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Ober-St. Veit, Langegasse 16.

Nickerl Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Spengergasse 34.

Schacherl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Schleifmühlg. 13.

Trischak Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Blüthengasse 5.

Obala Maria — Grünwaren- und Obsthausierhandel — V., Reinprechtsdorferstraße 8.

Doctor Hans — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Kaufmännische Rundschau" — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 4.

Katzinger Jakob — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 28.

Rolny Johann — Hutmacher — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 19.

Kaempf Arthur — Incassogeschäft — I., Werderthorgasse 12.

Fröhlich Therese — Kaffeesiedergewerbe — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 14.

Ecker Albert — Kleinfuhrmann — XVIII., Währing, Fürstengasse 5.

Glaser Marie — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 28.

Gschwandner Agnes — Kunstblumen-Erzeugung — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 66.
Jonas Rosalia — Kunstblumen-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 60.
Ludwig Aloisia — Kunstblumen-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 8.
Hofmann Karl — Lithograph — V., Zentagasse 21.
Dallinger Georg — Marktfierantie mit Spielwaren und Lebzelten — XII., Unter-Meidling, Wertheimsteingasse 2.
Lonsing Hermine — Milchmeiergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 28.
Novotny Amalia — Milch-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Liebhartsgasse 25.
Gutmann Ignaz — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Ottakring, Landongasse 17.
Freundl Franz — Naturblumenhandel — XVI., Ottakring, Wichtlg. 38.
Hölzl Johann — Pfeifenschneider — XVI., Ottakring, Ganstererg. 11.
Aspeck Josef Jakob — Sattler — XIII., Penzing, Poststraße 67.
Weglau Alexander — Schlosser — V., Matzleinsdorferstraße 45.
Harant Wenzel — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Habichergasse 48.
Mach Peter — Schuhmacher — XI., Simmering, 4. Landengasse 158.
Wittlich Veronika — Seifen-, Kerzen- und Soda-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Friedmannsgasse 7.
Polli Michaelina — Verschleiß von Messerschmiedwaren — IV., Schleifmühlgasse 3.
Pabisch Stephan — Wirkwaren-Erzeugung — XV., Fünfhaus, Märzstraße 44.
Zuber Anna — Zeitungs-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 22.
Petschiener Anna — Zuckerwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 48.
Zechmeister Anna — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 27.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 29. Mai 1893.

Seidner Fanni — Brantweinschank — II., Franzensbrückenstraße 9.
Chlamtotsch Sophie — Brantwein- u. Theeschankgewerbe — IX., Althangasse 33.
Franda Marie — Einspännergewerbe — X., Südbahnhof.
Gallus Elise — Fiakergewerbe — IV., Hauptstraße (Obstmarkt).
Lukacs Franz — Fiakergewerbe — X., Eugengasse 7.
Biß Aloisia — Gastwirtin — II., Kaiser Josefstraße 30.
Karmann Johann — Gastwirt — V., Wolfganggasse 34.
Wittmann Anton — Gastwirt — IV., Rainergasse 20.
Seidler Karoline — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 37.
Budschowitz Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 6.
Kiernberger Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Khunngasse 4.
Mattes Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Neilreichgasse 19.
Moos Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Krongasse 5.
Seif Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Hüttelddorferstraße 5.
Blum Ignaz — Handelsagentie — II., Wallensteinstraße 22.
Robinsohn Chaim — Handelsagent — II., Große Schiffgasse 30.
Hinteregger Martin — Handel mit leeren Fässern — X., Quelleng. 50.
Lobetsch Johann — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Sennefeldergasse 6.
Szaivert Marie — Kaffeesiederin — III., Sechskrügelgasse 2.
Gollerstepper Heinrich — Kleider-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 22.
Ferenda Franz — Maurergewerbe — XVI., Ottakring, Degengasse 56.
(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 2. Juni 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Kaspar und Dolainsky wegen Fernbleibens . . . 1159
2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Winkler . . . 1159
3. Resignation des Herrn Johann Gschwandner auf sein Mandat als Mitglied des Bezirksschulrathes . . . 1159
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Zimmermann, betreffend den Stand der Studien wegen Einbeziehung neuer Quellen in die Hochquellenleitung . . . 1159
5. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Braun eiß, betreffend die erfolgte Ablehnung des Ansuchens des Katholischen Schulvereines für Österreich für sein Lehrerseminar in Währing seitens des Stadtrathes . . . 1159
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Buschan, betreffend Aufhebung oder Modificierung der Fahrrayons-Eintheilung für die freiwilligen Feuerwehren . . . 1159
Interpellation:
7. Gem.-Rath Herold, betreffend die Erstattung des Referates über die neue Dienstbotenordnung . . . 1160
Anträge:
8. Gem.-Rath Seiler, betreffend die Neupflasterung des linksseitigen Trottoirs der Praterstraße . . . 1160
9. Gem.-Rath Tomola, betreffend die Aufstellung von Bänken in den Cottageanlagen in Währing und Döbling . . . 1160
10. Gem.-Rath Maresch, betreffend eine frühere Zustellung der Referenten-Anträge an jene Gemeinderäthe, deren Bezirke von den Anträgen betroffen werden . . . 1160
Referate:
11. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, betreffend die Bewilligung von Kostgeldern für Marktamtsbeamte bei längerer ununterbrochener Dienstleistung . . . 1160
12. Gem.-Rath v. Götz, betreffend Erbauung zweier Turnsäle im Schulhause XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße 158, Wagnergasse 27 . . . 1161
13. Derselbe, betreffend Subventionierung der Verschönerungsvereine von Hacking, Hütteldorf und Ober-St. Veit . . . 1162
14. Vornahme der Wahl von zwei Schriftführern des Gemeinderathes . . . 1163
15. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die nachträgliche Aufnahme von Zusätzen und Erläuterungen zu dem wasserrechtlichen Consense für die Sammelcanal-Anlage am linken Donaucanalufer 1163
16. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend das Ergebnis der Bezirksausschusswahlen im IX. Bezirke . . . 1171
17. Ergebnis der Wahl von zwei Schriftführern des Gemeinderathes (siehe P. 14) . . . 1175
18. Gem.-Rath Wurm, betreffend den Verkauf der Baustelle II der Hühnerhof-Realität im V. Bezirke . . . 1175
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 2. Juni 1893.
Inhalt:
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend Bürgerrecht für Josef Martini . . . 1176
2. Gem.-Rath Vaugoin, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Pfarrer Ad. Kern . . . 1176
3. Derselbe, betreffend Fortbezug einer Gnadengabe . . . 1176
4. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend Pensionierung des Prof. Josef Schram . . . 1176
5. Derselbe, betreffend Pensionierung der Schuldienerswitwe A. Paulini . . . 1176
6. Derselbe, betreffend Regulierung der Bezüge der Bediensteten der Wiener Gemeinde-Pfandleihanstalt in Sechshaus . . . 1176
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 26. Mai 1893 . . . 1176
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 2. Juni 1893 vom I. Wahlkörper des XVII. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 . . . 1180
Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen in Wien . . . 1180
Schwestern Fröhlich-Stiftung . . . 1181
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals . . . 1181
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim . . . 1181
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing . . . 1181
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 28. Mai bis 3. Juni 1893 . . . 1181
Schlachtviehmarkt vom 5. Juni 1893 . . . 1182
Pferdemarkt vom 2. Juni 1893 . . . 1182
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 3. Juni 1893 . . . 1182
Städtisches Lagerhaus . . . 1182
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaft der Buch-, Kunst- und Musikalienhändler . . . 1183
Genossenschaft der concessionierten Brantweinschenker . . . 1183
Genossenschaft der Zimmer- und Decorationsmaler Wiens . . . 1183
Genossenschaft der Optiker . . . 1183
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 1. bis 5. Juni 1893 . . . 1183
Ertheilte Bauconsense vom 1. bis 31. Mai 1893 . . . 1184
Gewerbeanmeldungen . . . 1189
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Prot.-Nr. 83935 ex 1893.
1135. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Verkaufes der durch die Parcellierung der städtischen Realitäten Einl.-Z. 881 und 206, IX. Bezirk, entstandenen Baustellen Nr. I und II in der Sechsschimmelgasse und Nr. VI in der Galileigasse** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 8. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinderath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 26. Mai 1893. 3—3

M.-Z. 56230
XII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Sicherstellung der Lieferung des für die städtischen Versorgungsanstalten in Liesing, Ybbs, St. Andrä a. d. Tr. und für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg** in der Heizperiode 1893/94, d. i. vom 1. Juli 1893 bis Ende Juni 1894 **erforderlichen Brennholzes** im muthmaßlichen Bedarfe, und zwar:

1. **für die städtische Versorgungsanstalt in Liesing** von 150 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

2. **für die städtische Versorgungsanstalt in Ybbs** von 140 Raummetern harten geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern und 80 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

3. **für die städtische Versorgungsanstalt in St. Andrä a. d. Tr.** von 360 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

4. **für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg** von 50 Raummetern weichen geschwemmten oder ungeschwemmten Scheitern,

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **Samstag den 17. Juni 1893, um 11 Uhr vormittags, im neuen Rathhause I., Lichtenfelsgasse 2, im Armendepartement** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsvorschrift im Armendepartement des Wiener Magistrates sowie im städtischen Marktamte und in den Kanzleien der genannten Anstalten einsehen, in welch' letzteren Kanzleien auch versiegelte Offerte, jedoch nur **bis inclusive Mittwoch den 14. Juni d. J.** behufs deren rechtzeitiger Anhersendung übergeben werden können, wogegen dieselben im Armendepartement bis zur Stunde der Offertverhandlung angenommen werden.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte, welches auf die Lieferung des Holzes für die Anstalten oder für eine oder mehrere lauten kann, und in welchem Offerte die Länge der Scheiter, bezüglich welcher offeriert wird, separat anzuführen ist, sind 5 Percent derjenigen Summe, um welche die offerierte Lieferung erstanden werden will, als Vadium anzuschließen, welches, von dem Ersteher entsprechend ergänzt, als Caution zu dienen hat.

Auf verspätet einlangende, dann auf Offerte, welchen das vorgeschriebene Vadium nicht angeschlossen ist, wird keine Rücksicht genommen.

Dem Stadtrathe bleibt jedoch die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 237705
Ref.-Nr. 3595 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Besorgung der Beistellung der Rettungsschiffe sammt deren Verführung und Reparatur bei Wassergefahren, sowie der Neubeschaffung und Reparatur der stabilen Rettungsschiffe im Donaucanale für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis Ende Juni 1898** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 29. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den städtischen Preistarif Nr. 40 und die betreffende Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

*

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. Mai 1893. 2—3

Prot.-Nr. 69227
IV ex 1893.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Sicherstellung der **Baumeisterarbeiten, der Cementlieferung, Steinmetz-, Zimmermanns-, Spengler-, Schieferdeckerarbeiten, der Traversenlieferung, der Herstellung der Falzziegelgewölbe, der Gipsdielenwände, der Bautischler- und Bauschlosser-, der Anstreicher- und Bildhauerarbeiten, der Herstellung des Holzcementdaches, der Isolierplattenlieferung, der Steinzeugwarenlieferung, der Herstellung der Feuerluftheizung, der Füllöfenlieferung, der Möbeltischlerarbeit, der Schultafellieferung, der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeit,** endlich **der Installation der Wasserleitung für einen Zubau zur k. k. Staatsgewerbeschule im X. Bezirke, Eugen- und Karmarschgasse,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 13. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 191882
Ref.-Nr. 2972 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Brunnenmeisterarbeiten zur Herstellung eines Schöpfwerkes in Altmannsdorf im XII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1510 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 85308
Ref.-Nr. 1492 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Karl Ludwigstraße im XIX. Bezirke** im Kostenbetrage von 1041 fl. 23 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. Mai 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 82735
Ref.-Nr. 1441 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Umlegung des Währingerbaches in der Strecke zwischen der Kirchen- und Exnergasse im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 24.843 fl. 93 kr., einschließlich 1000 fl. Pauschale für unvorhergesehene Arbeiten, weiters der aus diesem Anlasse erforderlichen **Lieferung von hydraulischen Bindemitteln** im Kostenbetrage von 5969 fl. 63 kr. und schließlich der **Lieferung der Klinkerziegeln** im Kostenbetrage von 1378 fl. 89 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 73002 ex 1893.
1012. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten, der Cementkalk-Lieferung, der Bautischler-, Bildhauer-, Möbeltischler-Arbeiten und der Lieferung der Schulbänke, der Füllöfen und der Closets für den Zubau zum Schulhause im XII. Wiener Gemeindebezirke Gaudenzdorf, Hauptstraße Nr. 39 und 41,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch, den 14. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Juni 1893. 1—3

Z. 45.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 25. d. M., Z. 11851, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate September 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 30509 bis incl. Pfand-Nr. 34502 und **Effecten** von Pfand-Nr. 69015 bis incl. Pfand-Nr. 77475 **am 14. Juni 1893, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,

am 27. Mai 1893. 3—3

Z. 14474.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 26. Juni 1893 werden **Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Möbel, Nähmaschinen, Kleider** ꝛc. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben.

Kauflustige wollen sich im **Amtshause des magistratischen Bezirksamtes, XVIII. Währing,** Martinsstraße Nr. 100, einfinden.

Die **Auctionsstunden** sind von **9 bis 12 Uhr vormittags.**

Von dem magistratischen Bezirksamte für den XVIII. Bezirk.

Wien, am 23. Mai 1893. 2—3

Z. 125.

Kundmachung.

(Grasereiverkauf.)

Von der gefertigten Forstverwaltung wird bekanntgegeben, dass der Verkauf der Graserei in der Lobau, Königshaufen, Elberschütt, Grabstein, Kreuzgrund, Großen und Unter-Rohrwört **am 12. Juni 1893 am Stadler Uferhaus um 10 Uhr vormittags** stattfindet. Die Augraserei wird für das Jahr 1893 hintangegeben. Das Gras, Heu und Grummet muss bis 15. October 1893 aus der Au weggebracht werden und ist der Meistbot sofort bei der Licitation zu erlegen.

Forstverwaltung Groß-Enzersdorf des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau

am 17. Mai 1893. 2—2

Z. 88565
VI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschluss des Wiener Bürgerspitalfonds pro 1892.)

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne des Gemeindestatutes (§ 51) **der Rechnungs-Abschluss für 1892 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerspitalfondes vom 5. Juni 1893 an** durch 14 Tage im Departement VI des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fonds werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 1—3

M.-Z. 81382.
XI.

Kundmachung.

(Rechnungsabschlüsse der Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonds pro 1892.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die Rechnungsabschlüsse der in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfonds pro 1892 im Sinne des § 51 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **vom 1. Juni d. J.** angefangen durch 14 Tage im Armendepartement des Wiener Magistrates im neuen Rathhause zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Bezug auf die Verwaltung der genannten beiden Fonds werden im erwähnten Magistratsdepartement zu Protokoll genommen und bei der Prüfung der Rechnungsabschlüsse in Erwägung gezogen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

am 26. Mai 1893. 3—3

M.-Z. 83364
XI.

Kundmachung.

(Rechnungsabschluss des Bürgerladfonds.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne der §§ 50 und 51 des Gemeindestatutes der Stadt Wien der Rechnungsabschluss pro 1892 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerladfonds **vom 1. Juni 1893 an durch 14 Tage im Armendepartement des Magistrates im Rathhause** zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fonds werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1893. 2—3

Z. 35867.

Kundmachung.

(Landes- und Grundentlastungs-Fondszuschläge.)

Seine k. u. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. Mai 1893 zu genehmigen geruht, dass auf Grund des vom n.-ö. Landtage in seiner Sitzung vom 25. April 1893 gefassten Beschlusses zur Bedeckung der Landes- und Grundentlastungs-Erfordernisse des Erzherzogthums Österreich unter der Enns im Jahre 1893, und zwar in der Zeit **vom 1. Mai bis einschließlich 30. Juni 1893,** folgende Umlagen in der bisherigen Weise und unter Aufrechthaltung der bestehenden gesetzlichen Befreiungen eingehoben werden, und zwar:

a) Von der Grund- und Gebäudesteuer:

Für den Landesfond . . . . . neunzehn Kreuzer,
" " Grundentlastungsfond . ein "
zusammen . zwanzig Kreuzer

von jedem Gulden Steuer;

b) von der Erwerb- und Einkommensteuer inclusive aller Staatszuschläge:

Für den Landesfond . . . . . vierzehn Kreuzer,
" " Grundentlastungsfond . ein "
zusammen . fünfzehn Kreuzer

von jedem Gulden Steuer sammt allen Staatszuschlägen;

c) von der fünfpercentigen Steuer aus dem Ertrage jener hauszinssteuerfreien Häuser in Wien, welche die Zinssteuerfreiheit auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 14. Mai 1859 genießen und bezüglich welcher daher eine Hauszinssteuer nicht vorgeschrieben wird:

Für den Landesfond . . . . . vierundzwanzig Kreuzer,
" " Grundentlastungsfonds . ein "
zusammen . fünfundzwanzig Kreuzer

von jedem Gulden Steuer.

Vorstehendes wird hiemit allgemein verlautbart.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei

am 25. Mai 1893. 1—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 46. Freitag, den 9. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 13. Juni 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 16. Juni 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **6. Juni 1893** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Gregorig entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing ersucht um einen Urlaub von vier Wochen. Ebenso Herr Gem.-Rath Herold. Keine Einwendung? Ist bewilligt.

Herr Gem.-Rath Rückauf bittet um Verlängerung seines Urlaubes von heute an auf vierzehn Tage.

Keine Einwendung.

Herr Gem.-Rath Hipp ersucht um einen Urlaub von vier Monaten.

Keine Einwendung.

3. Der ehemalige Gem.-Rath Herr Zagórski theilt mit, dass er seine Stelle als Mitglied des Bezirksschulrathes niederlegt.

Zur Kenntnis.

Ich bitte, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

4. Anfrage des **Gem.-Rathes Tomola** an den Bürgermeister:

Seit Anfang des Monates April wird in der Strecke Währing, Hauptstraße (Ecke der Marktgasse), aufwärts mit Übersetzung in die Herrengasse beim Greisenasyl und von da sowohl in der Hauptstraße als auch in der Herrengasse aufwärts hin an der Verlegung des Währingerbaches, beziehungsweise an der Canalisierung der Hauptstraße in Weinhaus gearbeitet. Bei der geringen Breite der Hauptstraße mußten die ausgehobenen Erdmassen bis an die rechts gelegene Häuserreihe aufgeschichtet werden, während links ein kaum 0·5 m breiter Straßenrand frei geblieben ist, welcher aber nicht bloß als Passage für Fußgänger, sondern auch als Fahrlinie für Schubkarren in Verwendung genommen worden ist. Bei dieser Sachlage ist es selbstverständlich, dass eine außerordentliche Verunreinigung der Straße nicht zu vermeiden war und jedermann hat sich in das Unvermeidliche gefügt. Nun sind aber die Arbeiten in der Hauptstraße seit Pfingsten, d. i. seit mehr als vierzehn Tagen, beendet, ohne dass eine gründliche Instandsetzung der Straße vorgenommen worden wäre. Die Kothkrusten werden bei einigem Regen in ein knöchelhohes Kothmeer verwandelt, durch welches sich selbst die urwüchsigsten Naturmenschen nur im Gigerlaufzug, nämlich mit aufgeschlagenen Hosen und mit Verzicht auf jedwede Sicherheit für glückliche Behaltung der Stiefel schlagen können. Die beiderseitigen Anrainer legen wohl auch Bretter über die Straße, wodurch dieselbe lebhaft an Debreczin bei Regenzeit erinnert.

Weiteren Anlass zur Klage muss aber auch der Umstand geben, dass seit Beginn der erwähnten Arbeiten die Tramway bloß bis zum Währinger Brauhaus fährt, respective dass seit Beendigung der Arbeiten in der Hauptstraße der volle Verkehr bis zur Bockgasse noch nicht aufgenommen worden ist. Die vielen Beamten, welche in Gersthof wohnen, genießen daher das Vergnügen, noch weiter wie bisher, und das auf pußtaartig schlechter Straße laufen zu müssen, bis sie eines Tramwayvehikels ansichtig werden. Der Herr Bürgermeister wird freilich erwidern, der Straßengrund sei derartig aufgelockert, dass mit der Schienenlegung nicht sofort begonnen werden könne. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass, als vor drei Jahren dieselben Arbeiten im unteren Theile der Hauptstraße vorgenommen wurden, die Schienen unmittelbar nach Passierbarmachung der Straße wieder eingelegt werden konnten, weil die Erde genügend fest eingestampft worden war. Im übrigen gibt es ja auch provisorische Geleise, welche gewiss hätten gelegt werden können und sollen.

In Anbetracht dieser Übelstände erbitte ich mir vom Herrn Bürgermeister Antwort auf folgende Fragen:

1. Wird die ordnungsmäßige Instandsetzung der Hauptstraße in Währing alsbald in Angriff genommen, oder soll dies erst dann geschehen, wenn die bedauernswerten Passanten den ganzen Koth an ihren Stiefelsohlen nach allen Bezirken hin vertragen haben?

2. Wird die Wiener Tramway-Gesellschaft veranlasst werden, den Verkehr in der Hauptstraße in Währing ehethunlichst wieder bis zur Bockgasse aufzunehmen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

5. Antrag des **Gem.-Rathes Heiler** und Genossen:

Die seinerzeitige Einführung des Schlachthauszwanges, dessen großen sanitären Wert wir erst nach und nach anzuerkennen in der Lage waren, hat jetzt selbst die große Zahl der damaligen Gegner dieser Einrichtung durch die überaus segensreiche Wirkung desselben eines Besseren belehrt, so dass jetzt bereits alle Hauptstädte, wie auch kleinere Städte in anerkennenswerter Weise bemüht sind, eigene Schlachthäuser zu errichten.

Durch die immer zunehmende Zahl der neu errichteten Schlachthäuser sind auch die Erfahrungen auf diesem Gebiete anhaltend vorgeschritten und ist es leicht erklärlich, dass die später und insbesondere die in letzterer Zeit errichteten Schlachthäuser durch den immer nach Vollkommenheit strebenden Erfindungsgeist auch bedeutend verbessert wurden und unter Zuhilfenahme der Fortschritte in der Technik, die Anstalten zur höchsten Vollkommenheit zu bringen, um einerseits sich den immer mehr gesteigerten sanitären Anforderungen anzupassen, insbesondere auf Erzielung eines rationellen Betriebes, andererseits aber die sicheren Regieauslagen, welche den Communen und hauptsächlich den Gewerbsleuten durch den Schlachthauszwang erwachsen, durch Gegenvortheile möglichst einzubringen.

Wenn ein Schlachthaus den heutigen Anforderungen unbedingt entsprechen soll, so ist vor Allem unerlässlich, dass mit demselben auch die Einrichtung einer Anlage zur künstlichen Kühlung des geschlachteten Fleisches verbunden wird, denn die Conservierung des geschlachteten Fleisches durch die Kälte ist nicht nur in sanitärer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung von großem Werte.

Das frische Fleisch übergeht unter Einwirkung der warmen Temperatur rasch in Fäulnis, und dieser Umstand ist es auch, mit welchem die Fleischhauer und großen Consumenten den Kampf zu bestehen haben, denn durch diesen Übelstand werden die Fleischhauer im Sommer vor die Alternative gestellt, entweder ihre Schlachtungen auf ein den schwankenden Consumverhältnissen sehr schwer anzupassendes Maß zu beschränken, wodurch sie oft den Anforderungen ihrer Kunden nicht genügen können, andererseits aber Gefahr laufen, dass ihr Fleischvorrath verdirbt oder mindestens minderwertig wird.

Durch die Erfindung und Einrichtung von Kühlanlagen, in welchen erwiesenermaßen das Fleisch frisch erhalten und conserviert wird, ist allen diesen Übelständen abgeholfen. Die Kühlanlagen sind für die Fleischhauer, selbst bei ihren Einkäufen am Viehmarkte, von großem Werte, da selbe die jeweilige Preislage des Marktes dadurch auszunützen imstande wären, so auch keine Rücksichten auf ihre Consumverhältnisse zu nehmen hätten.

Die Fleischhauer kämen demnach in die Lage, bei billiger Preisconjunctur größere Viehvorräthe zu kaufen, ohne dieses bis zum Schlachttage füttern und unterhalten zu müssen, was ihnen ermöglicht, durch billigen Einkauf Vortheil zu erzielen und sich von dem Markte unabhängig zu machen.

Die Einrichtung der Kühlanlagen enthebt den Fleischhauer bei den Schlachtungen jeder Rücksicht auf das Quantum, da durch die Möglichkeit, dass das Fleisch, ohne dass die Qualität auch nur im geringsten darunter leidet, wochenlang in den Kühlhäusern conserviert werden kann, die Fleischhauer eine beliebige Anzahl Vieh schlachten und das Fleisch bis zur Verkaufsgelegenheit in den Kühlräumen aufbewahren können.

Heute müssen die Fleischhauer zur Conservierung ihrer Fleischvorräthe sich des Natureises bedienen, was mit umständlichen Manipulationen verbunden ist, und ist die längere Conservierung des Fleisches durch Natureis ohne Beeinträchtigung der Qualität erwiesenermaßen gar nicht zu erreichen, da in den Eisgruben jede Luftcirculation fehlt und das schmelzende Eis die Luft durchfeuchtet, was dem Fleische durchaus schadhaft ist, daher dasselbe sehr bald sein frisches Aussehen verliert, sich mit Schleim überzieht, einen faden Geschmack bekommt und Neigung zum Verderben zeigt.

Auch in sanitärer Beziehung hat die Kühlung des Fleisches mittels Natureis ihre sehr bedeutenden Übelstände, da die Provenienz des Eises sehr häufig nicht entspricht, denn dieses Eis ist oft von Gewässern bezogen, welche Unreinlichkeiten, wie Pflanzenreste, Bacterien 2c. in sich schließen und dann beim Schmelzen in den Eisgruben Schimmelbildung und unangenehmen fäuligen Geruch erzeugen, welchen das Fleisch annimmt. Leider lassen sich diese Übelstände selbst bei der größten Vorsicht nicht vermeiden.

Es ist daher vom nationalökonomischen Standpunkte aus Pflicht der Communalverwaltungen, bei den zu erbauenden Schlachthäusern oder bei Schlachthäusern, welche vor längerer Zeit erbaut wurden, derartige Anlagen von Kühlhäusern zu errichten, da solche Anlagen für den einzelnen Fleischhauer durch den Schlachthauszwang wie auch durch die ziemlich hohen Kosten derselben nicht durchführbar sind, der Communalverwaltung aber reichliche Einnahme sichern, die wieder der Gesammtbevölkerung zunutze kommen.

Ebenso ist es auch von größter Wichtigkeit und im Interesse der höheren Rentabilität bei Aufstellung einer Kühlanlage, die Maschinen derart anzulegen, dass diese auch Krystalleis erzeugen können.

Die hiedurch entstehenden Mehrkosten sind nur unwesentlich, die Betriebskosten dieser Anlage aber werden durch den Verkauf des Eises gedeckt; da das von der Maschine erzeugte Eis chemisch rein hergestellt werden kann, so werden gewiss die Krankenhäuser gerne hievon Abnehmer sein, was diesen Gelegenheit bietet, an Stelle des gesundheitsschädlichen Natureises chemisch reines Eis zu verwenden, wodurch einem hochwichtigen hygienischen Bedürfnisse Rechnung getragen ist.

Eines dritten geschäftlichen Vortheiles muss hier auch noch Erwähnung gemacht werden, und zwar können dieselben Maschinen, welche die Kühlanlagen betreiben, mit unwesentlichen Kosten auch die elektrische Beleuchtung besorgen.

Die Gefertigten stellen folgende Anträge:

Der Gemeinderath möge beschließen:

1. dass in dem Schlachthause von St. Marx ehebaldigst Kühlanlagen zur Conservierung des Fleisches errichtet werden;

2. dass die Maschinen der Kühlanlagen derart construiert werden, dass selbe auch Krystalleis erzeugen können;

3. dass mit dieser maschinellen Einrichtung das Schlachthaus sowie die Marktanlagen von St. Marx elektrisch beleuchtet werden können;

4. dass eine Kühlanlage auch in der Großmarkthalle für den En gros-Fleischmarkt errichtet werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

6. Die am 5. Juni in Margarethen stattgefundene allgemeine Wählerversammlung hat folgende Resolution einstimmig beschlossen und bittet, dieselbe als Petition entgegenzunehmen:

Die am 5. Juni in Margarethen abgehaltene allgemeine Wählerversammlung spricht ihre entschiedene Missbilligung darüber aus, dass die Majorität des Wiener Gemeinderathes die von Dr. Karl Lueger im Namen der Minorität gestellten Anträge über die Höhe, sowie über die Art der Begebung des Anlehens für die Hochquellen-Wasserleitung abgelehnt hat. Sie fordert die Minorität auf, trotzdem mit aller Energie dahin zu wirken, dass die Begebung des Anlehens nur im Wege der öffentlichen Subscription mit Ausschluss jeder Vermittlung erfolge.

Bürgermeister: Dient zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

7. Die am 5. Juni in Margarethen stattgefundene allgemeine Wählerversammlung übermittelt ferner folgende Resolution als Petition:

Die am 5. Juni d. J. stattgefundene allgemeine Wählerversammlung in Margarethen spricht sich mit aller Entschiedenheit dagegen aus, dass ein Theil des Pferdemarktes in ein Pferdeschlachthaus umgewandelt werde, und ersucht den löblichen Gemeinderath, den diesbezüglichen Antrag des Stadtrathes abzulehnen.

Bürgermeister: Dient zur Kenntnis.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Kreindl zum Referate.

8. Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich habe die Ehre, zur Zahl 3545 zu berichten. Es betrifft die Reconstruction und Adaptierung des Armenhauses in Pötzleinsdorf, Hauptstraße Nr. 102.

Es liegt ein Commissions-Protokoll vor, worin gesagt wird, dass mehrere Mauern schlecht sind, und dass in diesem Hause fünf Parteien sind, darunter drei, welche die Armenpflege genießen. Es ist nöthig, dass diese Adaptierungen platzgreifen. Der Kostenbetrag ist kein großer, er beläuft sich im ganzen auf 637 fl. 42 kr. Nachdem diese Post von 5000 fl. schon erschöpft ist, so ist ein Zuschusscredit in dieser Höhe nöthig. Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich. — Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall. Der Antrag ist genehmigt.

Beschluss: Die für die Reconstruction und Adaptierung des Armenhauses in Pötzleinsdorf, Hauptstraße 102, nothwendigen Kosten per 637 fl. 42 kr. werden genehmigt und die Bedeckung dieser Auslage auf den Reservefond verwiesen.

9. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, zu referieren über den Act Zahl 3475. Derselbe betrifft eine Zuschrift der General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen in Betreff des abzuschließenden Übereinkommens zwischen der Gemeinde Wien und der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp.

über die gemeinsamen Herstellungen an der Wienfluss-Regulierung und Wienthallinie.

Die geehrten Herren wissen bereits, dass das hohe k. k. Handelsministerium eine Vorlage der Commission für Verkehrsanlagen unterbreitet hat bezüglich der Ausführung und Herstellung der Localbahnlinie, insbesondere der Localbahn der Wienflusslinie.

In dieser Vorlage war enthalten der Entwurf der Concessionsurkunde und der Concessionsbedingungen. In dieser Concessionsurkunde ist ein Passus enthalten, welcher folgenden Inhalt hat (liest):

„Nachdem der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. in Wien die Bitte um Ertheilung der Concession zum Baue und Betriebe der im Punkt II des mit dem Gesetze vom 18. Juli 1892, R.-G.-Bl. Nr. 109, genehmigten Programmes unter A II, lit. d, e und f, dann unter B II, lit. i, angeführten Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn gestellt hat, so finden wir uns bewogen, in Erwägung der Gemeinnützigkeit des Unternehmens der genannten Gesellschaft diese Concession auf Grund des obigen Gesetzes, dann des Eisenbahn-Concessionsgesetzes vom 14. September 1854, R.-G.-Bl. Nr. 238, sowie der Gesetze vom 17. Juni 1887, R.-G.-Bl. Nr. 81, und vom 28. December 1890, R.-G.-Bl. Nr. 229, ferner des n.-ö. Landesgesetzes vom 18. Juli 1892, L.-G. und Vdg.-Bl. Nr. 42, zu ertheilen."

Es ist auch den geehrten Herren bekannt, dass die Commission für die Verkehrsanlagen in ihrer Sitzung vom 3. Juni beschlossen hat, dieser Concessionsurkunde ihre Zustimmung zu ertheilen und dieselbe an das k. k. Handelsministerium zu leiten bezüglich der Concessionsertheilung an die Firma vormals Krauß & Comp. Ich will hier erwähnen, dass seinerzeit der Gemeinderath in seiner Sitzung im Mai 1892 bei der Berathung der Tracenrevision der Stadtbahn den Beschluss gefasst hat, die Verleihung der Concession an diese Firma nicht zu befürworten. Er hat sogar beschlossen, dass die Gemeinde sich vorbehalte, wenn der Bau dieser Bahn nicht von der Commission für die Verkehrsanlagen in eigener Regie durchgeführt wird, um die Concession zur Erbauung dieser Bahn selbst anzusuchen. Nun, auf diese Angelegenheit werde ich mich nicht einlassen, nachdem ich die Überzeugung habe, dass diese Sache bezüglich der Concession selbst mit den hier vorgelegten Vereinbarungen, welche zu schließen sind, mit der Unternehmung vormals Krauß & Comp. nicht in directem Zusammenhang stehe. Ich habe das nur deshalb erwähnt, um zu constatieren, dass es nicht von der Gemeinde allein abhängt, die Concession dieser Firma zu übertragen.

Es hängt ab von dem Beschlusse der Verkehrsanlagen-Commission, welche, wie ich bereits mitgetheilt habe, sich dafür ausgesprochen hat, die Concession an die Firma zu empfehlen. Weiters ist die definitive Concessions-Zusprechung vom Handelsministerium und schließlich von der Allerhöchsten Sanction abhängig. Ich muss aber den Herren wenigstens meine persönliche Meinung mittheilen und glaube, dass diese auch von sehr vielen der geehrten Herren getheilt werden wird, dass nämlich nach dem Stande der Sache, nach den Verhandlungen, wie dieselben bis jetzt gediehen sind, wohl anzunehmen ist, dass die Localbahnlinien, wie sie im Punkt II A des Programmes enthalten sind, wahrscheinlicherweise an diese Firma übertragen werden. Nun werde ich auf die Sache einzugehen mir erlauben. Ich bemerke, dass insbesondere zwei Theile der Verkehrsanlage, und zwar die Wienthallinie und die Wienfluss-Regulierung derart zusammenhängen, dass man dieselben von einander nicht trennen kann. Es ist daher unbedingt nothwendig, bei der Bauherstellung der einen auf die andere einzugehen, und es ist auch bereits im Programme ein Paragraph enthalten, welcher darauf hinweist, dass die Kosten zwischen diesen beiden Unternehmungen gegenseitig unter gewissen Principien festzustellen sind. Es heißt nämlich im Gesetze vom 18. Juli 1892, R.-G.-Bl. Nr. 109, folgendermaßen:

„Hinsichtlich der Vertheilung der Kosten jener Anlagen, welche sowohl die Wienfluss-Regulierung als auch die Bahnherstellung betreffen, hat nach Fertigstellung der Projecte eine genaue Auseinandersetzung in der Richtung stattzufinden, dass jede dieser beiden Unternehmungen nur mit jenen Kosten belastet wird, welche durch dieselbe bedingt sind."

In Anbetracht dieses Umstandes hat nun das h. k. k. Handelsministerium sich an die General-Inspection gewendet, sie möge diesbezüglich Verhandlungen einleiten, welche über die Kosten und die Auftheilung dieser Kosten im vorhinein schon Klarheit schafft.

Es hat sich für die Gemeinde, respective für die Vertreter der Gemeinde, für den Herrn Bürgermeister insbesondere, darum gehandelt, ob in diese Verhandlungen einzugehen ist oder nicht. Die Erwägung war die, ob es zweckmäßig und für die Gemeinde vortheilhaft ist, noch vor der Ertheilung der Concession mit der Firma vormals Krauß & Comp. Vereinbarungen zu treffen, welche in Kraft zu treten hätten, falls diese Gesellschaft die Concession erhält.

Ich glaube, dass das Eingehen in diese Verhandlungen nicht nur eine Pflicht, sondern eine Vorsicht der betreffenden Herren, insbesondere des Herrn Bürgermeisters, war, damit bereits vorher, ehe die definitive Concession zugesagt ist, d. h. ehe die Unternehmung ihre Concession — wenn ich so sagen darf — in der Tasche hat, diese auf gewisse Bedingungen eingeht, auf die sie eventuell nach definitiver Zusage der Concession nicht eingegangen wäre.

Infolge dessen sind unter Zuziehung unseres Bauamtes und der General-Inspection Verhandlungen angebahnt worden, aus diesen Verhandlungen ist der Vertrag vom 29. April 1893, der den geehrten Herren vorliegt, zustande gekommen. Es ist dies ein Vertrag zwischen der Gemeinde Wien als Unternehmerin der Wienfluss-Regulierung und der Firma vormals Krauß & Comp. als demjenigen Theile, der vielleicht in Zukunft die Bahn durchzuführen haben wird. Der Vertrag ist so stipuliert, dass er für die Firma vormals Krauß & Comp. absolut bindend ist, während die Gemeinde Wien nur dann an denselben gebunden ist, wenn die Concession an diese Firma übertragen wird. Die Gemeinde Wien hat sich hiemit alle Rechte gewahrt, und es ist meine volle Überzeugung, dass es absolut nöthig ist, diese Arbeiten, welche so ineinander greifen, vorher sicherzustellen und eine Vereinbarung bezüglich der Auftheilung der Kosten zu treffen.

Ich werde nun näher auf den Vertrag selbst eingehen. Wie Sie aus dem Berichte des Bauamtes ersehen haben werden, haben die Verhandlungen längere Zeit in Anspruch genommen; es sind vom 1. März 1892 bis 19. März 1892 zehn Conferenzen abgehalten worden, außerdem haben noch nachträglich bis zur Perfectionierung des Vertrages zwei weitere Conferenzen stattgefunden. Es hat sich zunächst darum gehandelt, die Auftheilung der Kosten für diese gemeinsame Arbeit für die einzelnen Theile vorzunehmen. Die Kosten bestehen hauptsächlich aus den Kosten für die Grundeinlösung, aus den Kosten der gemeinsamen Bauherstellungen, ferner aus den Kosten für die Herstellung der Canäle und Ausläufe, die in den Wienfluss zu münden haben.

Ehe ich nun auf diese einzelnen Punkte eingehe, möchte ich den geehrten Herren die hier auf der Tafel aufgehängten Pläne, nachdem dieselben die Grundlage dieses Übereinkommens bilden, näher erklären.

Ich ersuche die Herren, die Pläne näher anzusehen, oder wenn sie es schon gethan haben, sich dieselben in Erinnerung zu bringen. In diesen Plänen ist in der Mitte ein rother Strich, der die Achse der Wienfluss-Regulierung bedeutet. Dieselbe ist mit Kilometer 24 bis 80 stationiert und geht vom Schikanedersteg bis zur Einmündung des Lainzerbaches. Neben dieser rothen Linie, und zwar auf dem rechten Ufer, finden Sie eine zweite rothe Linie, welche mit Kilometer 3·5 bis 9·1 stationiert ist, und zwar in derselben Strecke vom Schikanedersteg bis zur Einmündung des Lainzerbaches. Zu jeder Seite dieser beiden rothen Linien sind blaue Linien eingezeichnet: diese bezeichnen die Grenze der gemeinsamen Regulierung, das heißt jene Grenze, welche aus der Regulierung des Wienflusses und aus der Herstellung der Bahn resultiert. Das sind jene Grenzen, welche die Regulierung und Bahn gegen die benachbarten Straßen abschließen. Was nun zwischen diese blauen Linien fällt, muss eingelöst werden, weil das in das Terrain der Regulierung fällt. Außer diesen Linien sind aber noch auf beiden Seiten, insbesondere am linken Ufer rothe, schwach gezogene Linien eingezeichnet. Diese Linien bedeuten die Grenze der Grundeinlösung. Bei jedem Bruchpunkte dieser Linien ist ein kleiner Ring eingezeichnet; soweit soll die Grundeinlösung für diese beiden gemeinsamen Unternehmungen stattfinden und da sollte diese Grenze auch als Basis für den Vertrag dienen. Nun möchte ich noch bemerken, dass die Bahnlinie im Wienthal nicht ununterbrochen in continuo neben der Regulierung des Wienflusses läuft. Es ist ein Stück, wo die Bahn von der Wienregulierung sich entfernt, und zwar ist das derjenige Theil, welcher zwischen der Stiegerbrücke und der Viehtriebbrücke gelegen ist, wo die Bahn in die Jakobgasse geführt ist. In diesem Theile hat keine Auseinandersetzung stattzufinden, weil keine gemeinsamen Punkte in dieser Strecke vorhanden sind. Ich möchte noch bemerken, dass es infolge der Lage der Bahn am rechten Ufer nothwendig geworden ist, dass die Regulierung des Wienflusses sich mehr gegen die linke Seite gerückt hat, das heißt, dass das Wienufer mehr gegen links geschoben wird, und die Summen, die für die Grundeinlösung auf diese Strecke entfallen, sind daher nicht ganz auf Conto der Wienregulierung zu schreiben.

Ich komme nun zur Grundeinlösung. Bei dieser Auseinandersetzung haben sich die Verhandlungen im Anfang sehr schwierig gezeigt. Es ist von Seiten der General-Inspection ein Vorschlag bezüglich der Auftheilung der Grundeinlösungskosten gemacht worden, der folgendermaßen lautete: Dass die Bahn denjenigen Theil einzulösen hat, welchen sie von dem gemeinsamen Theile der Regulierung occupiert, und die Gemeinde, respective die Wienfluss-Regulierung denjenigen Theil, welchen sie von dem gemeinsamen Theile in proportionaler Weise occupiert. Es hätte sich darnach folgendes Verhältnis ergeben: Die Unternehmung hätte in der currenten Strecke, d. h. dort, wo keine Stationen sind, etwa ein Viertel der Grundeinlösungskosten zu tragen gehabt und die Gemeinde drei Viertelntheile. In jenen Theilen, wo Stationen eingeschaltet sind, die Sie auch auf dem Plane ersehen können, hätte die Bahn ein Drittel der Grundeinlösungskosten zu leisten gehabt und die Gemeinde zwei Drittel. Um die Kosten der Grundeinlösung festzustellen, sind auch die Kostenvoranschläge festgesetzt worden. Dieselben haben ergeben, dass die ganze Grundeinlösung auf dieser Strecke sich auf circa zweieinhalb Millionen Gulden belaufen hätte. Von diesen zweieinhalb Millionen wäre nach dem Schlüssel, welchen die General-Inspection vorgeschlagen hat, auf die Gemeinde ein Betrag von 1,800.000 fl. entfallen. Die geehrten Herren werden wohl zugeben, dass dieser Auftheilungsmodus für die Gemeinde ein sehr harter wäre und wurde derselbe auch von Seiten der Vertreter der Gemeinde gegenüber der Bahnunternehmung als unhaltbar gekennzeichnet.

Es ist nun, um eine genauere Fixierung des Grundeinlösungsbetrages zu erhalten, eine gemeinsame Achse der Wienfluss-Regulierung mit der Bahn an Ort und Stelle abgesteckt worden. Es sind die Aufnahmen gemacht und ist eine genaue Berechnung derjenigen Kosten angestellt worden, welche die Grundeinlösung erfordert und es ist unter dem Princip der Gemeinsamkeit bei den Arbeiten ein Betrag von 1,800.000 fl. für die Grundeinlösung herausgekommen.

Trotz dieser bedeutenden Restringierung wäre aber auf die Gemeinde bei Einhaltung des von der General-Inspection angegebenen Schlüssels ein Betrag von 1,300.000 fl. entfallen. Auch dies schien noch unannehmbar. Es ist weiters besprochen worden, dass es im äußersten Falle möglich sei, einen Vorschlag zu acceptieren, wonach die Grundeinlösung zu gleichen Theilen vorgenommen wird, d. h. wenn die Unternehmungen von diesen 1,800.000 fl. — 900.000 fl. und die Gemeinde 900.000 fl. übernimmt.

Bei dieser Gelegenheit sind auch die Principien der Verwertung dieser Grundflächen fixiert und in den Vertrag aufgenommen worden. Es ist hier zu bemerken, dass diejenigen Flächen, welche außerhalb der Baulinie gelegen sind und eingelöst werden, von der Gemeinde nur mit demjenigen Betrage an die Unternehmung zu refundieren sind, welcher als Straßengrund zu beziffern ist, d. h. wo nicht der Baugrund und nicht das Haus zu calculieren ist, sondern nur ein Theil hievon, da dieser Grund dann nur zu Straßenzwecken dient. Ferner ist eine Vereinbarung getroffen bezüglich derjenigen Gründe, welche Baugründe auch für die Zukunft bleiben, und daran sollten beide vertragschließende Theile gemeinsam participieren. Das waren die ersten Bedingungen.

Nun möchte ich mir erlauben, hinsichtlich der gemeinsamen Arbeiten Folgendes zu erwähnen: Die gemeinsamen Arbeiten, welche sowohl die Wienfluss-Regulierung als auch die Bahnherstellung treffen, sind die Mauer, welche zwischen beiden gelegen ist, d. h. die rechtsseitige Widerlagsmauer der Wienfluss-Regulierung oder die linksseitige Stütz- und Futtermauer der Bahn gegen den Wienfluss, und zwar reicht dieselbe vom Schikanedersteg bis zur Viehtriebbrücke — da bleibt ein Stückchen aus, weil es keine gemeinsame Trace ist — und von der Stiegerbrücke bis zur Lainzerbrücke, wo die beiden Tracen zusammenfallen. Dieselbe hat eine Länge von circa 4700 m. Nun hat es sich darum gehandelt, die Kosten dieser Mauer festzustellen, und das ist, wie Sie ja aus dem Bauamtsberichte ersehen, auf ziemliche Schwierigkeiten gestoßen, und zwar aus dem Grunde, weil die Unternehmung für den Wienfluss gesagt hat: ich brauche für mich diese Mauer nicht so stark — und im Gegenhalt dazu die Bahnunternehmung gesagt hat: ich brauche die Mauer auch nicht so stark, sie gilt für mich nur als Stützmauer; man kann sie viel schwächer machen, sie braucht nicht in diesen Dimensionen ausgeführt zu werden, wie der andere Theil es verlangt.

Das war eigentlich ein Streit, dessen Finalisierung sehr schwierig war. Endlich hat man sich aber geeinigt, ein Profil festzustellen, welches hier in einer Beilage ersichtlich ist. Dieses Profil hat einerseits als Widerlager der Wien-Einwölbung zu dienen, andererseits als

Stütz- und Futtermauer für die Bahntrace. Dieselbe ist innerhalb des ganzen Körpers des Widerlagers des Wienflusses gelegen.

Wie die geehrten Herren hier (demonstriert auf dem Plane) sehen, ist das das Widerlager des Wienflusses, und es liegt die in Rede stehende Mauer mitten drin. Sie hat an der oberen Krone eine Dimension von 1·45 m, an der unteren von 2·46 m, eine Höhe von 2·25 und 2·16 m.

Es hat sich nun darum gehandelt, die Kosten für diese Mauer festzustellen, und sind dieselben in einer hier beigelegten Tabelle enthalten. Sie bestehen aus den Kosten der Erdaushebung, der Fundamentherstellung des darüber befindlichen Mauerwerkes und einer Deckschichte. Im ersten Theile sind die Posten per laufenden Meter angegeben, und zwar sind die Preise ziemlich günstige. Die Erdverführung ist mit 2 fl. 20 kr., das Mauerwerk mit 11 fl. 24 kr. eingesetzt, also mit ziemlich guten Preisen. Der laufende Meter dieser Mauerherstellung kostet demnach 193 fl. 60 kr. Der erste Theil zwischen dem Schikanedersteg und der Viehtriebbrücke, von Kilometer 3·505 bis Kilometer 5·660, in einer Länge von 2155 m, wird unter Zugrundelegung des Einheitspreises von 193 fl. 60 kr. mit 399.208 fl. berechnet.

Der zweite Theil, von der Stiegerbrücke aufwärts, und zwar von Kilometer 6·550 bis Kilometer 9·103, in der Länge von 2553 m würde 472.260 fl. 80 kr. kosten, und zwar bereits nach Abzug eines gewissen Theiles, welcher bei der Fundierung erspart wird.

Die Gesammtkosten würden 871.468 fl. 80 kr. betragen.

Es war nun nicht möglich, zu erzielen, dass die Unternehmung sich herbeiließ, diese Mauer ganz auf eigene Kosten auszuführen, und zwar aus folgendem Grunde. Die Herren wissen, dass die Unternehmung von Krauß & Comp. bereits für einen Theil ihrer Bahn die Concession hat, und zwar von der Hundsthurmerlinie aufwärts. Es ist die Trace an der Wien gelegen und es hat diese Unternehmung gegen das Wienufer zu bereits eine Stützmauer hergestellt.

Die Unternehmung sagt daher: Ich besitze die Concession, ich habe in dieser Strecke meine Mauer bereits fertig, folglich kann mich niemand verpflichten, ein zweitesmal eine Mauer aufzuführen. Trotzdem ist es aber gelungen, die Unternehmung zu veranlassen, dass sie die Kosten des zweiten Theiles dieser Mauer zur Hälfte bestreitet, das ist mit 236.130 fl. 40 kr., so dass noch 635.338 fl. 40 kr. zu decken sind. Ich muss bemerken, dass dieser Betrag von 635.338 fl. 40 kr. eigentlich als eine Einnahme aufzufassen ist, weil in dem vom Bauamte aufgestellten Kostenvoranschlage die ganzen Kosten der Mauer inbegriffen sind, und nachdem wir einen Theil derselben zurückbekommen, so ist es eigentlich eine Ersparnis. Damit war man von Seite der Gemeinde aber noch immer nicht zufrieden und man wollte noch mehr erreichen, und zwar wenn möglich die ganzen Grundeinlösungskosten auf die Unternehmung zu übertragen gegen dem, dass die Gemeinde die Herstellung der Mauer auf sich nimmt.

Es sind in einer Tabelle, die, wie ich glaube, auch im Bauamtsberichte auf der letzten Seite abgedruckt ist, die sämmtlichen Grundeinlösungsobjecte enthalten, die sich auf die gemeinsamen Arbeiten beziehen und die in den Plänen mit rothen Linien, mit Ringen bezeichnet und umrahmt sind.

Aus demselben ersehen Sie, dass insbesondere derjenige Theil, welcher an der Magdalenenstraße gelegen ist, von Nr. 1 bis 35, und das sind lauter ziemlich gute, auch theilweise neue Häuser, ganz eingelöst werden soll; von der Magdalenenstraße aufwärts sind die Häuser, wie sie hier sind, Nr. 37 bis 39, theilweise von der Mollardgasse ebenfalls einzulösen. Im weiteren Verlaufe sehen Sie ebenfalls die Objecte, welche zur Einlösung kommen sollen, auch sind diejenigen Objecte angegeben, welche am rechten Ufer zur Einlösung gelangen sollen, und zwar ist die Ansicht der Vertreter der Gemeinde, wie ich bereits gesagt habe, dahin gegangen, zu erzielen, dass die Gemeinde die Herstellung der Mauern übernimmt, während die Grundeinlösung die Unternehmung übernehmen soll. Demnach würde sich Folgendes herausgestellt haben:

Es würden für Einlösungen circa 1,430.000 fl. entfallen sein, weil eigentlich 370.000 fl. für die Einlösung der Häuser von Nr. 25 bis 37 in der Magdalenenstraße nothwendig waren, welche eigentlich nicht so direct in die Regulierung hineinfallen, welche mehr wegen Herstellung des Choleracanales und mehr wegen Verbreiterung der Straßen nothwendig sind, die Hälfte von diesen 1,430 000 fl. hätte nun die Gemeinde, die andere Hälfte die Bahn zu bezahlen, daher 715.000 fl. gegenüber den 871.468 fl. In der Schlussconferenz vom 29. Mai ist es nun gelungen, eine Vereinbarung zu treffen, dahin gehend, dass die Unternehmung die Häuser ganz einlöst, d. h. auch mit der der Gemeinde zufallenden Hälfte von 715.000 fl., dass sie außerdem diejenigen Häuser einlöst, die zur Regulierung der Magdalenenstraße und zur Herstellung des Choleracanales nothwendig, mit einem Betrage von 370.000 fl.

Es hätte daher die Unternehmung den Betrag von 1,085.000 fl. auszugeben, gegenüber dem auf die Gemeinde entfallenden (in gleichen Theilen gerechnet) Betrage für die Mauern von 871.468 fl.

Daraus ersehen die Herren, dass diese Vereinbarungen von bedeutendem Werte für die Gemeinde sind und das insbesondere auch deshalb, weil die Grundeinlösungen gewiß sehr schwierige sind. Die geehrten Herren, die mit Grundeinlösungen zu thun hatten, wissen, dass derartige Grundeinlösungen bei Expropriation immer mit großen Schwierigkeiten verbunden sind. Es muss nicht das Object als solches, der Grund als solcher bewertet und entschädigt werden, es müssen auch gewisse Entgänge und Entschädigungen, wenn ich so sagen darf, in Rechnung gezogen und berechnet werden, daher es sehr misslich ist, derartige Objecte in solcher Ausdehnung einzulösen, und ich muss von meinem Standpunkte als Sachverständiger bei Expropriation für Eisenbahnen aufrichtig sagen, dass ich niemanden darum beneide, eine derartige Expropriation durchzuführen und auch die Kosten zu bezahlen.

Ein weiterer Vortheil, wenn ich so sagen darf, ist der, dass auch jene Theile zur Einlösung kommen, welche eigentlich nicht so direct mit der gemeinsamen Regulierung selbst zusammenhängen, welche nicht direct mit der Regulierung des Wienflusses und der Herstellung der Bahn zusammenhängen und bei welchen nicht im vorhinein bestimmt angegeben werden kann, ob sie zur Expropriation gelangen oder nicht, eben aus den vorangegebenen Gründen, und das ist insbesondere in der Häuserinsel in der Magdalenenstraße, und zwar zwischen den Nummern 21 bis 35 der Fall. Wenn die geehrten Herren Gemeinderäthe den Plan ansehen, finden Sie, dass die Häuser ziemlich weit hinter den blauen Linien gelegen sind, so dass es möglich wäre, dass die Statthalterei sagen würde, ich bewillige die Expropriation nicht in dieser Ausdehnung, ich bewillige sie nur etwa einen bis zwei Meter von dieser blauen Linie. Dadurch würden die Häuser nicht zur Demolierung kommen, auch nicht zur Einlösung. Daher würden dieselben stehen bleiben, und die Gemeinde müsste, wenn sie die Regulierung dieses Theiles der Magdalenenstraße durchführt, diese Häuser aus eigenem einlösen, und müsste,

wenn der Choleracanal umgelegt werden würde, auch die Häuser eventuell zur Einlösung bringen. Nun, nach der vorliegenden Vereinbarung löst die Unternehmung diese Häuser ein und übergibt dieselben der Gemeinde; falls sie aber nicht expropriiert werden sollten, so erlegt die Bahnunternehmung der Gemeinde denjenigen Betrag hiefür, welcher eventuell bei der Expropriation herauskommen würde. Die Gemeinde muss nur eine Refundierung eintreten lassen, dahin, dass sie bloß den Betrag für jene Fläche zurückbezahlt, welche nach dem Baugesetz, § 9, als Straßengrund zu bezahlen ist.

Daraus ersehen Sie, dass gewiss einige Vortheile in diesem Übereinkommen bezüglich der Grundeinlösung, bezüglich der gemeinsamen Arbeiten enthalten sind.

Ich möchte noch eine Bemerkung daran knüpfen. Wenn die Bemerkung gemacht werden sollte, dass die Bahnunternehmung, wenn die Wienfluss-Regulierung ohne gleichzeitiger Herstellung der Bahn stattfinden würde, gar keine Einlösung vornehmen müsste, so möchte ich dementgegen Folgendes bemerken, und es ist diese Bemerkung sehr deutlich dem Plane, welcher dieser Vereinbarung beigeschlossen ist, zu entnehmen. In diesem Plane sehen Sie, dass hinter dieser gewissen gemeinsamen Mauer ein Mauerwerkskörper gelegen ist, welcher als Widerlager der Wienfluss-Regulierung zu dienen hat. Es müsste also, wenn die Bahn hier nicht gebaut würde, eventuell auch doch noch die Einlösung bis zu dieser Kante stattfinden, und das ist eben jene Kante, welche die Grenze der Bahn bildet. Es würde sich das vielleicht noch etwas modificieren; aber gewiss ist, dass die Wienfluss-Regulierung, wenn sie allein durchgeführt würde, auch bedeutende Einlösungen von Häusern nothwendig machen würde.

Ein weiterer Umstand ist der, dass, nachdem diese beiden Verkehrsanlagen, die Bahn und die Wienregulierung, derart zusammenhängen, das heißt, dass die Bauarbeiten derart ineinander greifen, dass es sehr schwer sein würde, bei der Abrechnung alles das auseinander zu halten, was für die eine und was für die andere Unternehmung gemacht wurde, es zu großen Streitigkeiten und Unannehmlichkeiten führen und es schwer sein würde, die Kosten für die eine und die Kosten für die andere Unternehmung auseinander zu halten. Es ist daher bei derartigen ineinander greifenden Arbeiten viel besser, bereits vorher einen Modus zu finden und gewisse Arbeiten zu trennen, damit nachträglich keine Auseinandersetzungen, keine Unannehmlichkeiten herauswachsen.

Nun komme ich noch auf einige Bedingungen zu sprechen, die im Vertrage enthalten sind. Es ist zunächst Punkt 1, betreffend die Strecke Hütteldorf—Lainzerbach. In dieser Strecke hat die Gemeinde nicht die Absicht, eine Einwölbung zu machen, infolge dessen werden bei diesem Theile der Regulierung keine gemeinsamen Widerlager gemacht. Es verpflichtet sich daher die Unternehmung, die hier nöthigen Widerlager, die Stützmauern, welche nothwendig sind gegen das Ufer, auf eigene Kosten herzustellen unter Aufrechthaltung eines Normalprofils der Sohle des Wienflusses von 20 m. Außerdem ist in dem Übereinkommen festgesetzt, dass dasjenige Steinmaterial, welches aus der Demolierung der jetzt bestehenden Mauer zwischen dem Wienflusse und der jetzigen Bahn gewonnen wird, der Gemeinde zur freien Verfügung überlassen wird. Weiters wird auch das Pflaster, welches sich an der Wienböschung befindet, unentgeltlich ins Eigenthum der Gemeinde übertragen. Es wird ferner die Bahn verpflichtet, ihre Trace auf die rechte Böschung zu legen, so dass es möglich ist, daneben noch eine Querstraße in der nöthigen Breite herzustellen. Auch bezüglich der Eigenthumsverhältnisse wurde das Erforderliche in den Vertrag aufgenommen. Die Bahn soll darnach Eigenthümerin desjenigen Theiles werden, welchen sie occupiert und der zwischen der inneren Mauerflucht dieses gemeinsamen Widerlagers und der äußeren Mauerflucht der Bahnabschlussmauer am rechten Ufer gelegen ist. Dieser Theil wird in das Eisenbahnbuch übertragen und verpflichtet sich die Unternehmung, bei der Herstellung der Straße über der Überwölbung der Bahn zu gestatten, dass die Straße von der Gemeinde benützt wird. Ferner ist ein Punkt in dem Vertrag, welcher auf eine Entschädigung abzielt. Es wird festgesetzt, dass bei dem Theile, welcher oberhalb des Kunstprofils gelegen ist, das ist jenes Dreieck, welches in dem Plane mit p n o bezeichnet ist und welches die jetzige Wienfluss-Böschung bildet, für die nöthigen Erdarbeiten eine Entschädigung an die Gemeinde zu leisten ist, nachdem die Gemeinde bei der Herstellung der Mauer die Abtragung auf sich nehmen muss.

Dann ist eine Vereinbarung aufgenommen, nach welcher sich die Unternehmung verpflichtet, jenen Theil der Mauer auf ihre Kosten herzustellen, welchen sie zur seinerzeitigen Einwölbung ihres Bahnterrains nothwendig hat, d. i. der über die rothgestrichelte Mauer in Querprofilen hervorragende Theil. Ferner sind alle Kosten, welche sich nachträglich herausstellen sollten, derart aufzutheilen, dass diejenigen Kosten, welche die Bahn treffen, von der Bahnunternehmung, diejenigen, welche die Wienfluss-Regulierung treffen, von dieser zu tragen seien; auch diejenigen Arbeiten, welche durch die Behörde aufgetragen werden, sind nach diesem Principe aufzutheilen. Auch bezüglich der Canäle ist eine Vereinbarung darin liegend aufgenommen, dass die Ausflusscanäle in den Wienfluss von der Gemeinde, sämmtliche Sicherungen dieser Canäle unter der Bahn aber auf Kosten der Unternehmung durchzuführen sind.

Aus diesen Hauptumrissen sehen die geehrten Herren, dass diese Bedingungen gewiss solche sind, die das finanzielle Interesse der Gemeinde wahren; und es ist nur zu empfehlen, dass dieselben angenommen werden. Das präjudiciert durchaus nicht dem Umstande, ob diese Bahn durch die Firma vormals Krauß & Comp. oder jemand anderen hergestellt wird. Es ist nur aus Vorsicht dieser Vertrag zum Abschluss gekommen, im Falle die Arbeiten an diese Firma übergeben werden, damit die Gemeinde sich ihre Vortheile sichert. Ich glaube, dass da jeder von den geehrten Herren als Vertreter der Gemeinde auch darauf bedacht sein muss, da diese Vereinbarungen für die Gemeinde günstige sind, was auch in den Grundzügen, die Ihnen vorliegen, niedergelegt ist, auch dafür stimmen wird. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Wenn Sie den Antrag des Stadtrathes heute annehmen, so ist über das Schicksal, wenn die Concession der Localbahnlinien verliehen wird, vollständig entschieden; die Regierung wartet nur auf die Genehmigung dieses Übereinkommens seitens des Gemeinderathes. Sobald die Genehmigung erfolgt, wird auch die Concession ertheilt werden, und ich glaube, wenn wir heute beschließen, wird die Concession morgen ertheilt werden; so gnädig hat man es bei der hohen k. k. Regierung. Warum die Concession an die Firma Krauß & Comp. ertheilt werden wird, das weiß ja ein jeder von Ihnen; das ist ja schon eine uralte Geschichte; es ist allgemein bekannt, dass es seit Jahren heißt, dass niemand anderer als die Firma Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. die Concession für diese Linien bekommt. Es war noch keine Rede von den sogenannten großen Wiener Verkehrsanlagen, so hat man schon davon gesprochen, und wenn Sie die Linie ansehen, welche die betreffende Gesellschaft bis zur Hundsthurmer-

linie gebaut hat, so werden Sie sehen, dass dieselbe schon in der Hoffnung gebaut worden ist, dass sie einmal mindestens bis zur Elisabethbrücke verlängert werden wird. Wie Sie über die Concessionsverleihung an die Firma Krauß & Comp. denken, weiß ich nicht; ich sage es offen, ich erblicke darin einen Scandal (Zustimmung links), ich erblicke darin ein Vorgehen, welches nicht genug scharf getadelt und kritisiert werden kann. Ich bitte Sie daher, vereinen Sie die Verhandlung über diesen Gegenstand mit der Verhandlung über jenen Gegenstand, welcher die Verleihung der Concession an die Firma Krauß & Comp. betrifft. Es wird diese Angelegenheit wahrscheinlich in der morgigen oder übermorgigen Sitzung des Stadtrathes vollständig erledigt, und am Freitag kann dann im Plenum darüber berathen werden. Die General-Debatte wird sich dann auf beide Anträge erstrecken, es kann die Sache unter einem durchgeführt werden, und ich bin überzeugt, dass diese Methode der Behandlung in diesem Falle die einzig richtige ist. Ich stelle daher den Antrag, es möge die Berathung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt und dieselbe vereint werden mit der Berathung über den Antrag, betreffend die Ertheilung der Concession an die Firma Krauß & Comp. (Beifall links.)

Bürgermeister: Was den Vertagungs-Antrag anbelangt, so hat sich der Herr Referent darüber auszusprechen. Was aber die Bemerkung betrifft, dass beide Gegenstände vereint behandelt werden sollen, so erkläre ich, dass das unmöglich ist, und ich könnte es unmöglich zugeben, weil dann ein solches Durcheinander entstünde, dass gar kein Beschluss zustande käme.

Der Herr Referent hat das Wort.

Referent: Bezüglich des Vertagungs-Antrages möchte ich bemerken, dass es wohl geboten ist, diese Angelegenheit so rasch als möglich zu erledigen, und ich glaube, dass es im Interesse der Gemeinde gelegen ist, die Vereinbarung mit dieser Firma noch vor Ertheilung der Concession zu treffen. Die Herren wissen ja, wie rasch die Dinge gehen. Es kann in nächster Zeit, vielleicht schon morgen oder übermorgen, das Handelsministerium der Firma die Concession ertheilen. Dann ist die Gemeinde in der unangenehmen Lage, mit jemandem zu verhandeln, der bereits die Concession in der Tasche hat. Ob Sie dann noch diese Vortheile aus der Sache ziehen können, ob Sie dann noch an dem festhalten können, was hier erreicht ist, das ist eine Frage. Ich glaube, die Behandlung des Antrages des Collegen Steiner, der den Umstand betrifft, ob überhaupt Schritte zu machen sind dagegen, dass die Concession an die Firma übertragen werden soll oder nicht, hängt mit dem vorliegenden Gegenstande aber gar nicht zusammen. Die Referate können wohl unter einem verhandelt werden, hängen aber gewiss nicht zusammen, weil der eine Beschluss erst zur Geltung kommt, wenn die Firma von Krauß & Comp. die Concession erhalten haben wird. Das präjudiciert dieser Sache gar nicht, das geschieht nur vorbehaltlich der Concessionsertheilung, und darin liegt, meine geehrten Herren, der große und bedeutende Vortheil für die Gemeinde, mit jemandem in Verhandlung zu treten und abzuschließen, der noch nicht im Besitze dieser Concession ist. Ich würde Sie daher sehr ersuchen, diese Sache nicht zu vertagen, und zwar auch deshalb nicht, weil, wie ich gesagt habe, diese zwei Sachen gar nicht zusammenhängen; sie gehen ganz separat. Sie können das vorgelegte Referat annehmen und doch nachträglich, wenn Sie wollen, beschließen: der Vertrag tritt dann nicht in Kraft. (Lebhafter Widerspruch links.) Mir erscheint das so logisch, wie 2mal 2 gleich 4. Ich habe doch auch Mathematik gelernt, ich weiß nicht, was man dahinter sucht. Ich erkläre, dass das gar nicht zusammenhängt. Wenn Sie dies auch annehmen, können Sie morgen beschließen, es der Firma nicht zu geben. Wir sind ja nicht die einzigen, welche competent sind. Wenn wir die einzigen wären, die competent wären, der Firma diese Arbeiten zu geben, dann wäre es etwas anderes. Wir haben aber eigentlich bezüglich der Concessionsertheilung nicht viel zu sagen. (Lebhafter Widerspruch und Unterbrechungen links.)

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Referent: Es ist so. Die Verkehrsanlagen-Commission hat darüber zu beschließen, sie hat beschlossen. Das Handelsministerium beschließt, und dann kommt die Allerhöchste Sanction. Ich bitte, das ist eine Thatsache, die im Programm bereits bestimmt worden ist, also hat die Gemeinde keine derartige Ingerenz, keine Einflussnahme auf die Concessionierung. (Widerspruch links.) Ich bitte, das sind Thatsachen, da gibt es keine Widerrede.

Wie gesagt, wir haben mit der Concessionierung gar nichts zu thun, und wenn der Herr Bürgermeister diese beiden Sachen, den Antrag Steiner und das heutige Referat, zusammengeben würde, so könnten sie auch nur so behandelt werden, dass zuerst der eine Antrag angenommen wird und dann der zweite zur Verhandlung kommt. Nehmen Sie heute den Antrag an, so können Sie doch morgen oder übermorgen, wenn das Referat herkommt, beschließen, was Sie wollen, ohne dass dem präjudiciert ist. Ich ersuche daher im Interesse der Arbeit (Lebhafter Widerspruch links) in die Verhandlung heute einzugehen. Ich bitte, es ist gerade von dieser Seite, besonders von Herrn Dr. Lueger gesagt worden, dass man nichts verzögern soll, um den Leuten Arbeit zu schaffen. Jetzt sind wir mit dem Wagen endlich über dem Berg in der Ebene: jetzt wollen die Herren einen Hemmschuh anlegen.

Ich glaube also, heute über die Sache zu verhandeln, dies wäre im Vortheil der Gemeinde gelegen, ohne dass damit dem zweiten Gegenstande präjudiciert würde. Ich würde Sie ersuchen, den Vertagungs-Antrag nicht anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur thatsächlichen Berichtigung): Meine Herren! Ich constatiere thatsächlich, dass in den Concessionsbedingungen ausdrücklich auf den zwischen der Gemeinde Wien und der Firma Krauß & Comp. abzuschließenden Vertrag verwiesen wird, dass daher die Concession auf Grund der jetzt vorliegenden Urkunden und Bedingnisse gar nicht ertheilt werden kann, bevor Sie nicht über den Vertrag Beschluss gefasst haben.

Bürgermeister: Das ist eigentlich keine thatsächliche Berichtigung.

Gem.-Rath Bärtl (zur Abstimmung): Ich beantrage namentliche Abstimmung mittels Namensaufruf.

Bürgermeister: Es ist namentliche Abstimmung mittels Namensaufruf beantragt; ich ersuche jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen Herren, welche mit der Vertagung des Referates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich bitte daher diejenigen Herren, welche in der Sache selbst zu reden wünschen, das Wort zu ergreifen.

Gem.-Rath Ganguſch: Aus den Ausführungen des Herrn Referenten habe ich entnommen, dass nach dem Projecte die Stadt-

bahn an der Grenze des Bezirkes Wieden als Untergrundbahn geführt wird. Es ist aber aus den Ausführungen des Herrn Referenten nicht zu entnehmen gewesen: Ist es eine Untergrundbahn, die gedeckt geführt wird oder nicht? Das ist eine Frage. Die zweite, die ich mir zu stellen erlaube, bezieht sich auf Folgendes: Es ist im Plane auch enthalten, dass von der Elisabethbrücke weg eine Abzweigung, eine Untergrundbahn, zum Kaiserbad geführt wird. Aus dem Plane und den Ausführungen des Herrn Referenten ist dies nicht ersichtlich gewesen. Ich möchte mir daher Aufklärungen erbitten: 1. Ob im IV. Bezirk die Bahn als gedeckte Untergrundbahn geführt wird? 2. Was der Plan nicht sagt und was doch beschlossen wird — nämlich, ob ein Umsteig- oder eventuell Rangierbahnhof im IV. Bezirke gedacht ist? Darüber würde ich mir Auskunft erbitten.

Referent: Bezüglich der Eindeckung habe ich bereits darauf hingewiesen, dass sich die Gesellschaft verpflichtet, auch seinerzeit die Mauer aufzurichten, welche zur Einwölbung nothwendig ist. Es ist die Trace der Wienthalbahn in dem von mir behandelten Theile zur Eindeckung projectiert und hergerichtet und wird nach Feststellung der Überwölbung eingedeckt werden und eine Straße darüber geführt.

Bezüglich der zweiten Frage, dass nämlich nicht weitere Theile der Wienthallinie auf diesem Plane vorhanden sind, bemerke ich, dass es sich hier nur um den Theil handelt, welcher im Zusammenhange mit der Wienfluss-Regulierung steht, und dass daher die anderen Theile nicht eingezeichnet sind, auch die Bahnhofanlagen und die auf die Bahn bezüglichen Details nicht, weil sie nicht Gegenstand des Referates sind.

Bürgermeister: Wünschen Herr Gemeinderath fortzusetzen?

Gem.-Rath Gaugusch: Ich bin in Vertretung des IV. Bezirkes hier und es ist durchaus nicht gleichgiltig, was mit den von dem Bezirke so hoch gehaltenen Anlagen am Wienufer geschieht. Seinerzeit wurde gesagt, der ganze Resselpark müsse fallen . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, es handelt sich nicht um die Führung der Trace, sondern um die Vereinbarung, welche Kosten die Wienfluss-Regulierung, und welche Kosten die Stadtbahn zu tragen hat. Das ist etwas ganz anderes, als was der Herr College Gaugusch vorbringt. Letzteres gehört nicht zur Sache. Wenn die politische Begehung geschieht, kann das in Frage kommen. Hier ist aber darüber nichts zu sagen.

Gem.-Rath Gaugusch: . . . . Ich bitte um Entschuldigung, dass ich gestört habe, aber ich habe geglaubt, bevor eine Bahn concessioniert wird, muss diese Frage erörtert werden.

Gem.-Rath Dr. Daum: Im Protokolle wird von den Grundeinlösungen bezüglich der Häuser gesprochen, welche auf die sogenannte Häuserinsel fallen, nämlich Nr. 1 bis 35 Magdalenenstraße. Im Verzeichnisse auf Seite 7 des Bauamtsberichtes ist eine große Menge Realitäten als einzulösen aufgezählt, unter welchen allerdings diese Häuser enthalten sind, es sind jedoch noch eine Menge anderer Realitäten, darunter die Häuser Nr. 2 und 4 Wienstraße und noch einige, bezüglich deren über die Theilung zwischen der Gemeinde und der Gesellschaft im Referate nichts gesagt ist. Ich möchte also um Aufklärung bitten, ob die Einlösung dieser Häuser die Unternehmung allein trifft oder zum Theil auch die Gemeinde?

Referent: Von den in diesem Grundeinlösungsplane bezeichneten Häusern werden jene ganz eingelöst, welche in der Grundeinlösungs-Rubrik als ganz stehen, von den anderen, zum Beispiel Nr. 37 ꝛc. der Magdalenenstraße, wird nur ein Theil eingelöst, und zwar der Theil, welcher im Plane genau bezeichnet ist; die Grenzen der Grundeinlösung sind genau fixiert. Die Kosten der ganzen Grundeinlösung, mit Ausnahme des Theiles, wo eine gemeinsame Berührung der Bahn mit der Wienfluss-Regulierung nicht stattfindet, trägt ausschließlich die Unternehmung.

Gem.-Rath Dr. Daum: Auch bezüglich der Häuser Wienstraße Nr. 2 und 4? Das ist aus dem Referate nicht zu entnehmen.

Referent: Die sind auch darin enthalten.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Wenn Sie die Concessionsurkunde und das Programm lesen, so werden Sie finden, dass die betreffenden Concessionäre solche Rechte bekommen, wie sie keine anderen Concessionäre irgend einer Bahn in Wien jemals bekommen haben oder bekommen werden. Nach dem Programme müssen wir dieser Bahngesellschaft allen Grund und Boden, den sie benöthigt, unentgeltlich abtreten, mit Ausnahme der sogenannten verkäuflichen Baugründe. Wir aber müssen Straßen und Parkanlagen unentgeltlich abtreten. Mir hat mein alter Freund von der Wieden, der Herr Gem.-Rath Gaugusch, sehr gut gefallen. Der hat sich erkundigt, was mit dem Park vor der Technik geschieht. — Rasiert wird er.

Wozu giebt es denn Bahnen, die müssen ja die Parkanlagen ruinieren. Er hat sich weiter erkundigt, wo sie zugedeckt wird. Ein Stück wird zugedeckt, dann bleibt wieder ein Stück offen, damit der Rauch herauskommen kann. Der Herr Gem.-Rath Gaugusch wird sein Kreuz mit den Wählern haben, wenn die Geschichte gemacht werden wird, er hat nur die eine Entschuldigung für sich, dass er glücklicherweise nicht da war, wie das beschlossen worden ist. Diese Bahn wird alles ruinieren, was wir Schönes längs der Wienufer haben, die gesammten Gartenanlagen werden in mörderischer Weise zugrunde gerichtet, und gegenüber dieser Bahn müssen wir daher all dasjenige fordern, was wir überhaupt zu fordern berechtigt sind. Wenn ein solcher . . . . . in die Schönheiten unserer Stadt einbricht, so soll er wenigstens zahlen, bis er schwarz wird. Das ist der Standpunkt, den man einer solchen Gesellschaft gegenüber einnehmen soll.

Der Herr Referent hat Ihnen auseinander gesetzt, dass der Vertrag angeblich sehr günstig ist. Ich muss gestehen, selbst wenn ich für die Anträge des Herrn Referenten stimmen würde, ich hätte das Referat in der Weise nicht erstattet. Meine Herren! Es ist nicht klug, selbst wenn es wahr wäre, der Außenwelt gegenüber die Sache so darzustellen, als ob die Gemeinde Wien förmlich bei der Sache profitieren würde. (Rufe links: Sehr richtig!) Es ist nicht klug, selbst wenn es wahr wäre; es ist aber unklug und um noch soviel unklüger, als es nicht richtig ist. Es ist nämlich eine Thatsache, und diese kann auch der Herr Stadtbaudirector nicht leugnen, dass die Häusereinlösungen nur deshalb vorgenommen werden müssen, weil eben die Stadtbahn gebaut wird. Wenn die Localbahn nicht gebaut werden würde, so könnte die Wienfluss-Regulierung in dem jetzigen Bette durchgeführt werden, und es würde nur dort, wo die Insel ist, auf der Margarethenstraße, eine ganz geringfügige Grundeinlösung vielleicht nothwendig sein, aber eine Grundeinlösung, die die Häuser gar nicht tangiert und die auch deshalb nicht viel kostet. Wenn also die Häuser eingelöst werden müssen, so geschieht das nur wegen des Baues der Localbahn, und es ist daher kein Geschenk, sondern die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der betreffenden Bahnunternehmung, die Kosten der Häusereinlösung zu tragen. Da schenkt uns dieselbe nichts, wir aber, meine Herren, schenken dieser Bahngesellschaft Folgendes: Wir bauen die gesammte Scheidemauer auf unsere alleinigen Kosten, trotzdem diese Trennungsmauer von der Bahn ebensogut benützt wird wie von uns. (Rufe links: Sehr

richtig!) Ich glaube, das ist so unbestreitbar als nur irgend etwas. (Zustimmung links.) Wenn diese Mauer nicht von uns gebaut würde, müsste die Bahn eine eigene Scheidemauer bauen. Also, wir schenken etwas der Gesellschaft, wir sind diejenigen, die ein Opfer bringen, wie es bisher noch immer der Fall war. Bisher hat uns noch nie irgend eine Actiengesellschaft ein Opfer gebracht, sondern immer haben wir das Opfer gebracht, und so ist es auch hier. Es wird gesagt werden: „Die Mauer müsstet Ihr so wie so machen, auch wenn die Bahn nicht gebaut würde." — Gewiss; aber die Bahn benützt die Mauer mit, und da sind wir nicht verpflichtet, das unentgeltlich zuzugestehen. Ich habe daher schon im Stadtrathe den Antrag gestellt und stelle ihn auch hier, es solle von der Gesellschaft noch verlangt werden, dass sie überdies die Hälfte der Kosten der Trennungsmauer im Betrage von 435.734 fl. 40 kr. zu bezahlen habe. Diese Summe entspricht dem halben Betrage, den Sie auf der vorletzten Seite, auf Seite 9 des Berichtes des Stadtbauamtes abgedruckt finden.

Die Forderung, die ich stelle, ist eine außerordentlich geringfügige, meine Herren, und ich glaube, dass die betreffende Gesellschaft nicht bloß juridisch, sondern auch moralisch verpflichtet ist, diesen Beitrag zu bezahlen. Es wird Ihnen gesagt werden: „Das geht nicht. Wenn so etwas verlangt wird, würde Krauß & Comp. nicht um die Concession ansuchen."

Meine Herren! Ich versichere Sie, der Tag, an dem ich diese Botschaft höre, wäre für mich ein Freudentag. Ich würde es mit unendlicher Freude begrüßen, wenn die Herren Krauß & Comp. ihr Gesuch um Concessionierung dieser Bahn zurückziehen. Ich würde es mit unendlicher Freude begrüßen, wenn die Concession der Firma Krauß & Comp. nicht gegeben wird. Es ist freilich an einer anderen Stelle mir erwidert worden: „Sie müssen aber dann Ihren Wählern sagen, dass die Bahn überhaupt nicht gebaut wird."

Darauf erwidere ich Folgendes: Wenn es richtig wäre, dass die Bahn überhaupt nicht gebaut wird, wenn sie Krauß & Comp. nicht baut, so ist es patriotischer, dass sie nicht gebaut wird, als dass die fremde Firma Krauß & Comp. diese Bahn baut. (Widerspruch rechts.)

Wir sind nicht Egypten, wir sind nicht ein Land, welches dazu bestimmt ist, einfach ausgebeutet zu werden von dem fremden Capital. Nein! Wenn wir nicht imstande sind, aus Eigenem etwas zu schaffen, von fremder Hilfe ist noch kein Reich fett geworden, von fremder Hilfe ist noch kein Volk glücklich geworden. Nur eigene Kraft macht stark und daher erlaube ich mir, auch heute hier im Plenum den Antrag zu wiederholen, den ich im Stadtrathe gestellt habe, und bitte Sie, denselben anzunehmen. Mein Antrag geht dahin, es soll noch beigefügt werden, dass die Dampftramway-Gesellschaft verpflichtet würde, überdies die Hälfte der Kosten der Scheidungsmauer im Betrage von 435.734 fl. 40 kr. zu bezahlen. Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses von mir gestellten Antrages.

Noch etwas. Man hat mir nahegelegt, ich solle den Antrag stellen, überhaupt keinen Vertrag abzuschließen. Diesen Antrag stelle ich deshalb nicht, weil es im Programm heißt, dass nach den fertiggestellten Projecten eine Auseinandertheilung der Kosten unter jeder Bedingung stattzufinden habe. Also, es würde auch, wenn wir nichts beschließen würden, über unseren Kopf hinweg geurtheilt werden.

Wenn wir das verlangen, was wir zu verlangen unter jeder Bedingung berechtigt sind, so kann uns das niemand verwehren, und wenn ein Unrecht geschieht, dann weiß es die ganze Welt, wie von Seite gewisser Behörden die Gemeinde Wien behandelt wird. Machen Sie sich, meine Herren, nicht mitschuldig mit der Ertheilung der Concession an die Firma Krauß & Comp.

Es werden Jahre kommen und es wird der Tag kommen, an dem man erzählen wird, wie es möglich gewesen ist, dass die Firma Krauß & Comp. das erlangte. Ich sage Ihnen daher, bewahren Sie Ihre Freiheit und insbesondere gegenüber Ihren Wählern den Umstand, dass Sie unter jeder Bedingung für das Interesse der Gemeinde Wien eingetreten sind und nichts gemeinsam haben wollen mit dieser Concessionsertheilung, von der ich nur sagen kann, dass sie ein Scandal für Österreich ist. (Beifall links.)

Stadtbaudirector Berger: Ich kann mich selbstverständlich über die Frage der Concessionsertheilung nicht aussprechen, weil diese Sache nicht Gegenstand der heutigen Verhandlung ist, und erlaube mir, über die Grundlagen des Übereinkommens — eines Übereinkommens, welches mit jeder Unternehmung getroffen werden müsste, selbst wenn die Verkehrsanlagen-Commission aus öffentlichen Mitteln den Bau führen würde — einige Worte zu sprechen. Es ist bemerkt worden, dass wenn der Wienfluss reguliert würde, ohne dass die Bahn gebaut würde, die Häusereinlösungen entfielen. Das ist nicht ganz richtig. Aber ich mache aufmerksam, wenn das auch richtig wäre, dass der Gemeinderath schon vor 10 Jahren beschlossen hat, den Wienfluss zu regulieren, wenn gleichzeitig die Bahn gebaut wird, und den Bahnbau nur dann zuzulassen, wenn der Wienfluss reguliert wird. Es ist daher die Annahme, den Wienfluss zu regulieren, ohne auf den Bahnbau Rücksicht nehmen zu wollen, unzulässig, weil sie gegen Beschlüsse des Gemeinderathes verstößt und unpraktisch wäre. Man könnte vielleicht mit Gewalt und mit scharfen Krümmungen den Wienflussbau einzwängen zwischen den beiden Häusergruppen. Man muss aber bei derartigen Anlagen auch auf die Stadtregulierung insofern Rücksicht nehmen, dass die Häusergruppen, welche der Entwicklung der Stadt im Wege stehen, bei dieser Gelegenheit beseitigt werden.

Ich kann die Details der Verhandlung, wie sie verlaufen sind, in öffentlicher Sitzung nicht ganz entwickeln, ich kann auch nicht behaupten, dass das Geschäft für die Gemeinde Wien ein außerordentlich günstiges ist, weil man sich eben in öffentlicher Sitzung mehr Zwang auferlegen muss; aber ich muss sagen, dass die Sache sich auf die Einlösung von sechs Häusern von der Rudolfsbrücke aufwärts zur Canalgasse zugespitzt hat. Man wird nun nie leicht beweisen können, dass die Beseitigung dieser Häuser durch die Verschiebung der Wien infolge des Bahnbaues nothwendig ist, sondern man wird, wenn man den Plan ansieht, erkennen, dass sie deshalb beseitigt werden müssen, weil der Cholera-canal umgebaut werden muss, also ein Object, welches vom Bahnbau ganz unabhängig ist und welches für sich ausgeführt werden muss. Für diese Einlösung sind 370.000 bis 380.000 fl. in Anschlag gebracht worden, und es ist das Zugeständnis erlangt worden, dass die Concessionswerber diese Einlösungen durchführen. Bei dieser Art der Verhandlungen ist der große Vortheil erreicht worden, dass die Stadt von der Schwierigkeit der Häuserein-lösung überhaupt befreit ist; denn in dieser Richtung fehlt jedes Calcul. Heute ist die Ziffer von 1,800.000 fl. genannt worden. Man weiß nicht, wohin die Schätzungen, wenn die Einlösung expropriativ durchgeführt werden muss, führen. Wenn die Gemeinde nur mit einem Bruchtheil — ich will nicht einmal sagen, mit drei

Viertel oder mit der Hälfte, sondern nur mit einem Viertel — betheiligt würde, so weiß man heute nicht, zu welcher Summe dies anwächst. Es ist auch schwierig, jenen Theil dieser Mauer zu ermitteln, welcher der Bahnunternehmung zuzuweisen ist. Wenn man die gesetzliche Bestimmung im Auge behält, so heißt es, dass jedes Unternehmen mit jenen Kosten zu belasten ist, welche durch dasselbe bedingt sind. Nun ist der ganze Mauerbau zunächst durch die Wienfluss-Regulierung bedingt. Ob nun die Bahn gebaut wird oder nicht, können wir die Mauer — vom Standpunkte der Wienfluss-Regulierung — nicht um einen Zoll schwächer machen. Die Beweisführung anzutreten, welche Mauerstärke durch die Bahn bedingt ist, ist äußerst schwierig. Deshalb ist das vorgeschlagene Auskunftsmittel das am meisten im Interesse der Gemeinde gelegene.

Ich möchte bei der Gelegenheit noch anführen, dass die Beseitigung der Anlagen nicht mit dieser Firma Krauß & Comp. zusammenhängt. Selbst wenn wir die Stadt, die Bahn dort bauen, könnten wir doch auch die Gartenanlagen nicht schonen, denn eine Bahn kann man nicht bauen, ohne den Raum dazu zu haben. Nachdem am Wienfluss alles begrünt ist und der Wienfluss verlegt werden muss, wird eine Änderung der dortigen Umgebung eintreten müssen. Wenn versucht wird, an dem Übereinkommen, welches nach langer, mühevoller Arbeit soweit gediehen ist, vielleicht nur deshalb soweit gediehen ist, weil der Concessionär sich nicht im Besitze der Concession befunden hat, heute zu rütteln, und wenn gemeint wird, es soll ein Theil der Mauerwerkskosten auf den Concessionswerber überwälzt werden, so mache ich darauf aufmerksam, dass wir einen solchen Fall schon gehabt haben. Wir hatten die ganze Mauer am rechten Ufer auf die Firma Fogerty überwälzt gehabt, aber ausgeführt ist sie nicht worden. Was nützen derartige Verträge, die so weit gehen, dass die Unternehmung sich nicht finanzieren lässt. Ohne in das Detail mich einzulassen, das ich in öffentlicher Sitzung vorzubringen mich nicht getraue, kann ich Sie nur versichern, dass ich das Übereinkommen im Interesse der Gemeinde für bestens gelegen erachte. (Beifall.)

Gem.-Rath Rosenstingl (contra): Ich habe mich gegen die Vorlage eintragen lassen, muss aber gleich hinzufügen, dass ich mich in einem Dilemma befinde. Ich bin nämlich gegen die Sache, weil ich ein principieller Gegner verschiedener Dinge bin, die sich im Laufe der letzten anderthalb Jahre ereignet haben. Sie werden sich erinnern, dass ich leider — ich sage „leider" und betone es — genöthigt war, gegen alles, was hier bezüglich der Verkehrsanlagen vorgebracht wurde, Stellung nehmen zu müssen.

Ich habe allerdings geglaubt, positiv mitarbeiten zu können, bin aber nach ruhiger Überlegung und nach reiflichem Studium immer wieder zur Erkenntnis gekommen, dass die Art und Weise, wie alle diese Dinge durchgeführt worden sind und durchgeführt werden, nicht jene ist, welche wir hier als Vertreter der Gemeinde wünschen sollen. Wir sind in eine schiefe Ebene abwärts gedrängt worden, von einer Position in die andere, und wir rutschen noch eine Weile fort. Wir können hier sagen, was wir wollen, die Herren drinnen thun doch, was sie wollen. (Beifall links.) Wir können hier beschließen, was wir wollen, es wird geradezu in einer demüthigenden Weise ignoriert. (Beifall links.) Wir haben hier beschlossen, dass wir die Unternehmung Krauß nicht haben wollen — man kann ja über den Wert einer Privatunternehmung, eines Eigen- oder Staatsbaues streiten, darauf will ich nicht eingehen — aber wir haben das einmal beschlossen; wir haben beschlossen, dass wir die Linie auf der Ringstraße nicht verlängert haben wollen, sondern auf der Lastenstraße. Das hat man alles einfach unter den Tisch geworfen; der Gemeinderath von Wien existiert nicht für die Herren. Wir können heute Ja oder Nein sagen, so geschieht doch das, was die maßgebenden Herren wollen. Ich weiß nicht, ob Excellenz Wittek oder Hallama Herr der Situation ist, wir sind es gewiss nicht.

Ich bin also ein principieller Gegner und ich betone das, weil ich loyalerweise erklären muss, dass dieses Übereinkommen mich wirklich angenehm überrascht hat. Ich war nach den Erfahrungen, welche wir bisher gemacht haben, auf viel Schlimmeres gefasst; ich war darauf gefasst, dass es der Unternehmung gelingen werde, auch einen Theil der Kosten für die Häusereinlösungen auf der Magdalenenstraße auf uns überzuwälzen; denn es ist ja kein Geheimnis, dass diese Unternehmung nur deshalb auf das rechte Ufer gegangen ist, um den verschiedenen Häusereinlösungen auszuweichen, nicht aus technischen, sondern aus rein finanziellen Gründen, um so billig, vielleicht auch so schlecht als möglich davonzukommen. Sie ist rein kaufmännisch vorgegangen; was wir dazu sagen, ist eine andere Sache.

Ich bin überzeugt, wir sollen ein Unternehmen unterstützen, welches irgend etwas schafft, was für Wien nothwendig ist. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, den ein College von jener (linken) Seite einnimmt, der überhaupt principiell gegen die Privatunternehmungen ist. Ich sage: Wenn diese Unternehmung etwas Nützliches schafft, soll man ihr nichts in den Weg legen, und dass sie dabei Geld gewinnt, ist natürlich, sie thut es nicht um unserer schönen Augen willen, sondern weil sie ein Geschäft machen will, und das billige ich auch vollkommen. Etwas anderes ist es aber, ob wir mithelfen, daran theilnehmen und jemanden unterstützen sollen, damit er Geld gewinnt, während er bei anderer Führung der Trace weniger, die Commune Wien vielleicht mehr gewonnen hätte. Ich will nicht in das Meritorische eingehen, denn ich habe schon seinerzeit in dieser Angelegenheit Ihre Geduld sehr in Anspruch genommen. Ich will nur sagen, dass dieses Übereinkommen wirklich Dank und Anerkennung verdient, das muss ich aufrichtig sagen. Ich bin überzeugt, dass der Herr Bürgermeister und der Herr Stadtbaudirector, und wer sonst noch betheiligt war, da einen zähen und unerbittlichen Kampf ausgefochten haben, und ich zolle die Anerkennung und den Dank dafür voll und ganz und aufrichtig, und wenn ich dieses Übereinkommen loslösen könnte von der ganzen Angelegenheit, so würde ich womöglich mit zwei Stimmen dafür stimmen. Aber ich kann es eben nicht loslösen, weil ich ein principieller Gegner bin, weil ich es als ein Unglück betrachte, dass die Linie auf der rechten und nicht auf der linken Seite geführt wird. Ich erinnere Sie, dass dieselbe Unternehmung vor mehreren Jahren der Commune Wien eine Linie auf der linken Seite proponiert hat (Hört! links), dass sie damals proponiert hat die Einlösung aller Häuser (Hört! links), dass sie proponiert hat die Errichtung der einen Mauer vollständig auf ihre Kosten. Nun natürlich, damals war diese Unternehmung etwas unten und wir waren sehr hoch oben, vielleicht zu hoch oben. Ich kenne die Details überhaupt nicht, ich will das nur dem gegenüberstellen, was heute ist. Herr Hallama ist hoch oben, und wir sind ganz unten, über uns wird zur Tagesordnung übergegangen, und wenn Sie heute Ja oder Nein sagen, so ist das ziemlich gleichgiltig. Herr Hallama wird die Concession bekommen, er wird die Bahn so bauen, wie es ihm passt und nicht, wie es uns passt. Und Sie, meine Herren, werden es auch nicht für gut finden,

wegen der Consequenzen, die sich ergeben werden, heute einmal Nein zu sagen, nachdem Sie von einer Situation zur anderen herabgedrängt worden sind; Sie können ja schon gar nicht viel tiefer hinunter, als Sie es schon sind. Es nützt nichts, sagen Sie, was Sie wollen. Ich habe auch nicht gesprochen, um Sie zu haranguieren, gegen die Sache zu stimmen, sondern ich habe gesprochen, um mich und mein Votum zu rechtfertigen. Das ist mein Standpunkt. Ich muss gegen den Vorschlag des Stadtrathes stimmen.

Gem.-Rath Dr. Scholz (für die Vorlage): Sehr geehrte Herren! Es ist vielleicht schon das vierte Eisenbahnproject, dessen Berathung ich im Gemeinderathe beiwohne. Zustande gekommen ist keines. Es entsteht nun die Frage — ich will nicht sagen, wie wir uns diesem Projecte gegenüber verhalten sollen, sondern wie ich mich diesem Projecte gegenüber verhalte. Da trete ich nun vor allem an die Sache. Das, worüber wir heute zu beschließen haben, ist etwas, was nach meiner Meinung mit dem Projecte selbst, resp. mit der Concessionierung des Projectes in gar keinem Zusammenhange steht, denn, welche Unternehmung immer die Concession erwirkt, sie muss mit uns ein solches Abkommen schließen. Die Frage steht nun für mich so: Ist dieses Abkommen für uns günstig? Wir haben von dem geehrten Herrn Vorredner gehört, dass er der Überzeugung ist, es sei günstig für uns, und wenn er zwei Stimmen hätte, so würde er mit beiden dafür stimmen. Es fragt sich nun: Sollen wir das verschieben und — ich möchte sagen — mit der Frage der Concessionierung verquicken? Ich bin der Meinung, wenn diese Vorlage, wie sie heute hier liegt, für uns günstig ist, so ist es zweckmäßig, sie heute noch zu beschließen vor der Ertheilung der Concession. Es ist ja immerhin möglich, dass Krauß & Comp. diese Concession nicht bekommt, sondern irgend eine andere Unternehmung (Widerspruch links), und für jede Unternehmung, die dann kommt, ist der Abschluss dieses Übereinkommens zu unseren Gunsten präjudicierlich. Denn wenn eine andere Unternehmung uns das zugestanden hat, so muss es jede folgende auch thun. Ich halte es also für sehr geboten, im Interesse der Stadt darauf einzugehen.

Wichtig ist es aber doch, dass man schon jetzt die Tracierung im ganzen ins Auge fasst; ob die Trace auf dem linken oder auf dem rechten Ufer geführt wird, das ist meiner Meinung Nebensache. Einmal muss die Bahn über die Wien, entweder oben oder unten. Entweder muss sie über die Wien bei der Radetzkybrücke, wenn sie am linken Ufer geführt wird, oder sie muss über die Wien bei der Radetzkybrücke, wenn sie am rechten Ufer geführt wird. In dem Falle, als sie vom linken Ufer auf das rechte Ufer geht, muss sie sogar zweimal hinüber. Für die Passagiere ist das auch vollkommen gleichgiltig. Die Bahnen sind potencierte Straßen. Nachdem heute der Tramway- und Omnibusverkehr ein vollkommen ungenügender ist, nachdem mit der Vergrößerung der Stadt und der nothwendigen stetigen Zunahme der Bevölkerung dieses Ungenügen immer größer wird, so müssen wir Bahnen bauen. Es muss dazu kommen, dass eine Stadtbahn gebaut wird und die Hauptlinie dieser Bahn muss im Wienthale liegen, denn alle Bahnen folgen den Flussthälern mehr oder weniger und auch diese Bahn muss dort gehen, weil sie sonst durch alle Häuserblöcke durch müsste, oben oder unten, wie sie es jetzt in England machen, und natürlich ist das noch viel theuerer.

Auf die Frage, ob das ein Scandal ist, dass Krauß & Comp. die Concession bekommt, kann ich mich nicht einlassen, weil ich in diesen Dingen noch ein ganz unschuldiges Kind bin. Ich weiß nichts von den Verhältnissen des Geldes und was damit zusammenhängt, nur das eine weiß ich: Ein solcher Bahnbau kostet viel Geld. Wenn die Herren das Bedingnisheft anschauen, welches der Concessionsurkunde beiliegt, so werden Sie daraus ersehen, dass diese Bahn sehr theuer ist und sich Jahre hindurch schlecht rentieren wird, bis vielleicht die Zeit kommt, wo sie endlich eine Rente abwerfen wird.

Die Herren, die jünger sind, wissen nicht, dass seinerzeit, als es sich um die Fogerty-Bahn handelte, der Unternehmer bereit gewesen wäre, die Bahn zu bauen, vorausgesetzt, dass die Stadt ihm ein Erträgnis von drei Percent garantiert, und um dies thun zu können, hätte die Stadt jährlich zwei Millionen daraufzuzahlen gehabt. Darum kam die Fogerty-Bahn nicht zustande.

Heute tritt der Staat an die Stelle und gibt der Concessionärin günstige Bedingungen; wir als Bürger der Stadt können dem Staat nur dankbar sein, wenn er für die Stadt insofern eintritt, als er eine Last zu Gunsten derselben übernimmt. Ich bin der Meinung, dass wir, nachdem fort und fort das Geschrei um Arbeit ist und diese Bahn mit der größten Ungeduld erwartet wird, durchaus keinen Grund haben, eine Verzögerung im Laufe der Dinge eintreten zu lassen.

Ich werde für die Vorlage, die der Herr Referent vertritt, mit voller Beruhigung stimmen, weil ich überzeugt bin, wie mein Herr Vorredner, dass dieses Übereinkommen günstig ist. Über die weiteren Dinge wird dann bei der Berathung der Concession noch die Rede sein.

Ich glaube, die Mehrzahl der Herren wird derselben Meinung sein.

Gem.-Rath Steiner (contra): Sehr geehrte Herren! Ich glaube, dass die Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners speciell nur für die Presse berechnet waren.

Der Herr Collega beruft sich auf die Mitglieder, welche dem Gemeinderathe länger angehören. Ich bin zwar ein jüngeres Mitglied, aber was Sie jetzt gesagt haben, habe ich schon vor zwei Jahren gehört; Arbeit ist jedoch bis jetzt nicht geschaffen, und es wäre einmal an der Zeit, dass die Herren Referenten des Stadtrathes am Referententisch damit aufhören zu sagen: Wir bilden einen Hemmschuh; jetzt in der Ebene wollen wir einen Hemmschuh anlegen. Nun, jetzt geht es über Berg und Thal, und es kommt doch nichts weiter. Man ist ja so vorsichtig, die Sitzungen der Verkehrs-Commission sind geheim und die Bevölkerung weiß gar nicht, was geschieht, das muss offen gesagt werden.

Der Herr Vorredner hat bemerkt, dass der Staat so viel leistet. Ja, was leistet er denn? Ich bitte, es doch zu sagen! Es hat schon gelegentlich der Debatte über die Einverleibung der Vororte mit Wien der Herr Statthalter gesagt, kein Minister habe so viel für Wien geleistet wie der jetzige Finanzminister. Nun, er hebt die Verzehrungssteuer seit zwei Jahren ein, aber etwas anderes leistet die Regierung heute nicht. Wenn Seine Excellenz oder der Herr Referent entgegentreten und mir die Vortheile schildern können, die wir durch die Einverleibung der Vororte oder den Bau dieser Linie schon erzielt haben, dann gebe ich mich geschlagen, sonst aber nicht.

Die Verzehrungssteuer in den Vororten ist so hoch, dass wir dieses Capital, welches die Regierung investieren will, damit verzinsen und amortisieren können; das ist richtig, bis jetzt ist dies nicht widerlegt worden. Aber eines muss ich bemerken, damit es

nicht wieder heißt, es ist zu spät. Als ich meinen Antrag in der Sitzung vom 30. Mai einbrachte, wurde mir von jener (rechten) Seite und auch von einigen meiner Herren Collegen gesagt, dieser Antrag komme zu spät! Ja, meine Herren, wie wäre es denn möglich gewesen, ihn früher einzubringen? Ich wusste ja erst aus der „Neuen Freien Presse" vom 25. Mai 1893, wie überhaupt die Concession lautet, es weiss ja gar niemand etwas! Vielleicht wussten die Herren in der Verkehrs-Commission es früher, aber uns Gemeinderäthen wurde nichts davon gesagt. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir wussten auch nichts!) Als ich das gelesen hatte, habe ich — offen gesagt — gedacht, es handle sich um Ertheilung einer Concession für eine Transversallinie in Galizien, aber nicht um die Concession für eine Wiener Localbahn. (Beifall links.) Eines noch! Der Herr Bürgermeister hat erklärt, dass eine Debatte über die Concessionsurkunde nicht stattfinden wird, und ich werde mir also dann meine Gegen-Anträge zu stellen erlauben; aber eine Anfrage muss ich an den Herrn Bürgermeister richten.

In der Sitzung vom 24. Mai 1892 wurde vom Gemeinderathe ein Beschluss gefasst, welcher lautet: Die Gemeinde Wien spricht sich gegen die Vergebung der Concession an die Firma Krauß & Comp. aus; der Gemeinderath behält sich vor, wenn der Bau dieser Bahnen nicht von der Commission für Verkehrsanlagen in eigener Regie durchgeführt wird, um die Concessionierung zur Erbauung dieser Bahn anzusuchen.

Und nun erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Frage: Ist dieser Beschluss des Gemeinderathes dem Handelsministerium zur Kenntnis gebracht worden? Und wenn ja, ist ein Bericht hierüber an das Präsidium herabgelangt, beziehungsweise warum wurde dieser Bericht nicht rechtzeitig dem Plenum des Gemeinderathes bekanntgegeben?

Mit Recht hat Herr Gem.-Rath Rosenstingl bemerkt, dass wir nichts sind, Null und Nichts, wir haben einfach Ja und Amen zu sagen; das andere besorgen die Herren oben, aber es muss endlich einmal hier erwähnt werden, dass die Bevölkerung nicht dazu da ist, um nur zu zahlen, sondern dass wir auch ein Recht haben zu reden.

Bürgermeister: Ich habe zu bemerken, dass der Herr Vorredner weiß, dass die Geschäftsordnung vorschreibt: „Interpellationen an den Bürgermeister sind vor der Sitzung einzubringen." Ich halte mich strenge an die Geschäftsordnung und gebe jetzt keine Antwort und auf diese so hingeworfenen Fragen schon gar nicht, weil ich die Geschäftsordnung nicht verletzen will. (Unruhe links.) Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine Herren! Nahezu alle Redner sowohl jener als dieser Seite haben sich mit der wichtigen Frage beschäftigt, wie denn diejenigen abzustimmen haben, welche principielle Gegner der Concessionierung der Gesellschaft Krauß & Comp. sind. Auch ich habe dem zugestimmt, dass es ein Nachtheil für Wien wäre, wenn eine Privatgesellschaft die Concession erhielte.

Ich hätte es für die Pflicht des Staates gehalten, wenn nicht bloß diese Summe, welche für den Bau der Hauptbahnen, sondern auch die Summen, die für den Bau der Localbahnen nothwendig sind, wirklich aus Reichsmitteln gewährt worden wären.

Ich hätte es für die Pflicht der Regierung gehalten, dass sie sich stark erwiesen hätte und nicht zurückgewichen wäre vor den föderalistischen Elementen des Abgeordnetenhauses, und wenn sie auch noch die Kosten für den Bau der Localbahnlinien von 20 Millionen und darüber gefordert hätte.

Der Standpunkt der absoluten Negation, der Standpunkt, dass die Regierung durchaus nicht den Muth findet, vor das Abgeordnetenhaus zu treten und die Summe für die Localbahnlinien zu verlangen, ist auch von der Opposition nicht eingehalten worden. Der Führer der Opposition hat allerdings gesagt: Das, was jetzt geschieht, ist ein Scandal. (Rufe links: Wahr ist es!) Da hätte ich nun erwartet, dass die Opposition auch den Muth finden würde zu erklären: an einem Scandal betheiligen wir uns absolut nicht und wir verweigern die Annahme der Vorlagen. Das wäre ein consequenter Standpunkt gewesen, den ich begriffen hätte. Dieser Standpunkt ist aber nicht eingehalten worden, weil die Opposition die Verantwortung nicht auf sich nehmen wollte, eine Thatsache vollständig zu negieren, die nicht aus der Welt zu schaffen ist, dass wir keine andere Wienthal- und Donaucanallinie erhalten werden als durch die Gesellschaft Krauß & Comp.

Ich tadle die Opposition keineswegs, ich sehe ein, es ist kein anderer Ausweg möglich, ich constatiere nur, dass die Opposition zu einer opportunistischen Taktik in der Angelegenheit übergegangen ist, wozu ich ihr aufrichtig gratuliere. Allerdings, die großen Worte sind dieselben geblieben, es ist von Scandal gesprochen worden, vielleicht ist die opportunistische Taktik auf das viel besprochene Ereignis in der Oppositionspartei zurückzuführen, welches in der Wahl des Führers der Opposition in den Stadtrath ihren Ausdruck gefunden hat. Ich sehe, dass wir principiell nicht Gegner sind, denn auch hier müssen die Gegner der Concession für die Firma Krauß & Comp. sagen, dass eine absolute Negation gegenüber dem Willen der Regierung, welche diese Summe nicht fordern will, nicht möglich ist.

Die Frage reduciert sich darauf, ob wir jene Mehrforderungen aufstellen sollen, welche Herr Gem.-Rath Dr. Lueger aufgestellt hat. Das ist aber eine Frage der Thatsachen, also positiver Verhältnisse, und ich hätte erwartet, dass die beiden Herren Redner der Opposition, sowohl der Herr Gem.-Rath Lueger als der Herr Gem.-Rath Steiner, auf diese Dinge des näheren eingegangen wären. Bis jetzt steht die Sache so, dass der Herr Baudirector mit vollster Bestimmtheit versichert, dass wir diese Häusereinlösungen auch hätten zum Theile machen müssen, auch wenn die Stadtbahn nicht zu bauen wäre, wir würden die Häusereinlösungen nothwendig haben für die Umlegung des Choleracanals; ebenso versichert Herr Gem.-Rath Rosenstingl, der ein principieller Gegner der Angelegenheit ist, dass er eingestehen müsse, dass in diesem Übereinkommen alles Mögliche erreicht sei. Es gibt sehr viele Mitglieder auch auf dieser Seite (rechts) des Gemeinderathes, welche, wenn sie derart bestimmte, klare Thatsachen gehört hätten — ich selbst habe nicht positive Kenntnis der Localitäten und Bauten — wenn uns klare Thatsachen genannt worden wären, aus denen hervorgeht, dass einzig und allein für den Bahnbau die Häusereinlösungen nothwendig sind, für den Antrag Dr. Lueger gestimmt hätten. Die Thatsachen sind nicht vorgeführt worden; denn Redensarten können nichts beweisen gegenüber den positiven Mittheilungen des sachverständigen Baudirectors der Stadt Wien, so dass auch denjenigen, welche principielle Gegner der Concessionierung an die Firma Krauß & Comp. sind, nichts anderes übrig bleibt, als auf den opportunistischen Standpunkt einzugehen, auf dem auch die Opposition bereits steht, wobei es sich nur um die Höhe, die größere oder geringere Summe handelt. Ich kann nicht dem Satz zustimmen, dass, wenn diese Bahn nur durch die Firma Krauß & Comp. gebaut wird, sie lieber gar nicht gebaut werden sollte. Diesen

Standpunkt theile ich nicht und in seinen Anträgen ist auch Herr Dr. Lueger nicht auf diesem Standpunkte gestanden, indem er doch für die Annahme des Übereinkommens, wenn auch unter verschärfteren Bedingungen, eingetreten ist. Da ich durchaus nicht den Standpunkt theilen kann, dass dieses große Werk unmöglich gemacht werden soll, weil es nicht so geschieht, wie wir es als richtig einsehen und es auch nach meiner Meinung besser wäre, und das Bessere auch in diesem Falle der Feind des Guten sein würde, so werde ich für den Antrag des Stadtrathes stimmen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Buschan (gegen die Vorlage): Sehr geehrte Herren! Als an mich der ehrenvolle Ruf ergieng, für den Gemeinderath zu candidieren, so candidierte ich auf Grund jenes ehrlichen Programmes, welches der Wiener Hausbesitzerverein aufgestellt hat, und dieses Programm enthält unter anderem auch den Punkt, dass man für die Übernahme in eigene Regie oder Durchführung, sei es von Seite des Staates oder der Stadt, bei allen gewinnbringenden Unternehmungen eintreten sollte. Dass die Stadtbahn gewiss ein gewinnbringendes Unternehmen sein wird, darüber herrscht, wie ich glaube, kein Zweifel, trotzdem heute schon diese Äußerung gefallen ist, dass es vielleicht nicht gewinnbringend ist. Ich glaube das Ihnen nicht, dass es nicht gewinnbringend ist.

Nachdem aber dieses Unternehmen gewinnbringend ist, so muss ich, getreu meinem Programm, entschieden ein Gegner von allen Vereinbarungen mit dieser Gesellschaft sein. Der Herr Referent war so gütig, uns durchblicken zu lassen, dass wir nur Marionetten sind, dass wir nichts ändern können. Er hat es deutlich und wörtlich gesagt. Also wenn wir nichts ändern können, ich also auf dem principiellen Standpunkte der Regierung nicht beharren kannt, so muss ich Sie wenigstens bitten, dieses Amendement, welches unser Führer Herr Dr. Lueger gestellt hat, nämlich „Auftheilung der halben Kosten für diese Mauer" anzunehmen. (Beifall links.)

Gem.-Rath v. Stummer (für die Vorlage): Sehr geehrte Herren! Bis jetzt haben beinahe alle Herren sich mit der Concessionierung der eigentlichen Stadtbahn an die Firma Krauß & Comp. befasst und eigentlich mit der Vorlage sehr wenig. Ich möchte in diesen Fehler nicht fallen, weil ich wirklich die Debatte nicht ausdehnen will. Es wird noch die Zeit kommen, über die Sache sich auszusprechen. Ich möchte nur vor allem auf eine Äußerung des Herrn Dr. Lueger zurückkommen, welcher gesagt hat: Wenn wir dieses Übereinkommen acceptieren, so acceptieren wir die Bewilligung der Concessionierung an Krauß & Comp., und er hat sich berufen auf die Concessionsbedingnisse § 3, wo dieses Übereinkommen angezogen ist. Nun, meine Herren! Diese Sache steht eben so. Die Concessionsertheilung hat leider nicht die Gemeinde Wien, sondern das Handelsministerium zu vergeben und wird durch die Allerhöchste Sanction genehmigt. Wenn wir daher diesen Punkt 3 aus den Concessionsbedingungen streichen, so bleibt alles beim alten und es kommt dann das vom Gemeinderathe bereits genehmigte Programm in Übung, in welchem in Punkt 4, Alinea 6, was auf der ersten Seite des Berichtes des Stadtbauamtes zu lesen ist, bestimmt wird, dass bezüglich dieser Arbeiten nach Fertigstellung derselben eine genaue Auseinandersetzung zu geschehen hat. Es hängt dies also gar nicht zusammen. Allein, meine Herren, es ist eben, und das muß ausgesprochen werden, von den Herren eine ausgezeichnete und kluge That gewesen, dass sie sich nicht auf diesen Punkt 4 des Programmes eingelassen, sondern vor Ertheilung der Concession ein solches Übereinkommen abzuschließen getrachtet haben. Denn das ist gewiß: „eine genaue Auseinandersetzung", das wäre mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Dass dies nicht ohne einen Process gienge, das ist jedem von uns klar, und wie außerordentlich schwierig es ist, eine Auseinandersetzung nach dem Baue zu machen, das weiß jeder, der sich mit Bausachen beschäftigt.

Es war daher sehr klug, eine solche Vereinbarung zu treffen. Was die Vereinbarung selbst betrifft, so schließe ich mich den Worten des Herrn Baudirectors an. Ich möchte weder zu Gunsten des einen noch des anderen Vertragschließenden ein Wort verlieren. Ich glaube, das wäre nicht politisch. Ich möchte Sie nur auf Seite 4, letzter Absatz, des Übereinkommens hinweisen. Wenn Sie das genau durchlesen und die Worte berücksichtigen: „nicht expropriiert werden können", so werden Sie hier vielleicht eine Antwort finden, die ich Ihnen sonst gern erläutert hätte.

Wenn ich mich also über die finanzielle Frage des Übereinkommens aus ganz bestimmten Gründen nicht aussprechen will, so muss ich doch das eine erwähnen: Wenn gar nichts anderes erreicht wäre, als dass die Gemeinde bezüglich aller anderen Arbeiten mit der Grundeinlösung sich nicht zu befassen hat, so wäre das ein Vortheil, der gewiss ein außerordentlicher ist. Die Herren wissen ja, was eine Grundeinlösung ist, wie schwer das ist, und wie man vorher gar nicht berechnen kann, was das kostet. Wenn also die Gemeinde von dieser gesammten Verpflichtung sich im Vertrage losgelöst hat, so ist das ein außerordentlicher Vortheil. Damit will ich die Sache des Übereinkommens selbst, die Geldfrage nicht berühren.

Nun muss ich mir aber erlauben, auf eine Äußerung eines Herrn Redners von dieser Seite zurückzukommen, wobei ich bedauern muss, dass hier Worte gefallen sind, die dem Gemeinderathe nicht gerade zum Nutzen gereichen werden. Dieser Herr sagte nämlich: er sei für das Übereinkommen und gratuliere den Herren, die das gemacht haben — welchen Worten ich mich aus vollem Herzen anschließe. Allein dieser Herr hat gemeint, man wisse ja gar nichts und hätte eigentlich mit der Trace auf das linke Ufer gehen sollen. Hier fühle ich mich wirklich verpflichtet, diesen Punkt aufzugreifen und Aufklärung zu geben. Das sieht nämlich sehr sonderbar gegenüber unserem Stadtbauamte und gegenüber den technischen Organen und den Mitgliedern der Verkehrs-Commission aus. Ich gebe demnach folgende Erklärung ab. Ich war es selbst, meine Herren, der in der Verkehrs-Commission die Frage aufgeworfen hat, nachdem die Projecte schon fertig gewesen sind, ob es nicht doch noch vortheilhafter wäre, die Linie auf das linke Ufer hinüberzulegen.

Jedesfalls möchte ich, habe ich gesagt, diese Frage noch einmal genauer studieren. Demzufolge ist ein Comité eingesetzt worden, und es sind hier im Rathhause, im Bureau des Herrn Stadtbaudirectors auf Grund der vorgelegten Pläne stundenlang Verhandlungen gepflogen worden, ob diese Linie auf dem linken Ufer vielleicht einige Vortheile besäße. Sie besitzt nämlich im Überblicke wirklich einige Vortheile; allein der Schluss der Conferenzen war — und ich lege darauf Wert, dass Sie das gefälligst anhören — dass die Linie auf dem linken Ufer unbedingt ungünstiger wäre, eine Ansicht, die gerade die gegentheilige von der war, die ich selbst gehabt habe — und zwar aus verschiedenen Gründen ungünstiger, weil man eine zweite Übersetzung der Wien haben müsste und die Übersetzungen der Wien überhaupt sehr schlecht wären, ferner weil, wie Sie wissen, principiell angenommen wird,

dass die Wien überwölbt werden wird, und über diese Überwölbung der Achse der Bahn geführt werden müsste. Je öfter man die Einwölbung durchschneidet, umso schlechter wird die ganze Tracenführung. Weiters mache ich Sie darauf aufmerksam, dass die Überbrückung des Wienflusses hinter der Mollardgasse stattfinden müsste, und dass die Mollardgasse im Niveau überschritten, also abgesperrt werden müsste. Alle diese Erwägungen haben nach reiflichem Studium dahin geführt, dass die Linie auf dem rechten Ufer thatsächlich die bessere ist. Das wollte und musste ich constatieren.

Was nun die weiteren Bemerkungen betrifft und speciell den Antrag des Herrn Collegen Dr. Lueger bezüglich der Beitragsleistung von weiteren 435.000 fl., so muss ich sagen, ist das etwas, was sich eigentlich unseren Gefühlen entzieht.

In solchen Verhandlungen kann man nicht einfach dem anderen vertragschließenden Theile sagen: „Du musst eine halbe Million mehr bezahlen." Ich habe den Verhandlungen nicht beigewohnt, kann mir aber den Gang derselben denken, sie waren gewiss sehr schwierig, es war außerordentlich schwer, diesen Kampf zu führen. Ich bitte sich nur den Gang der Sache vorzustellen, und da muss ich sagen, dass ich im ersten Augenblick geradezu erstaunt war über die Bedingungen, die wir erzielt haben. Ich muss Sie daher bitten, den Antrag des Referenten vollinhaltlich anzunehmen.

Gem.-Rath Schneeweiß: Der Herr Vorredner hat soeben betont, dass man die Linie auf dem linken Wienufer nicht ausführen konnte, weil das große Hindernisse im Gefolge gehabt hätte. Ich war schon bei der letzten Vorlage und Besprechung dieses Projectes der Meinung, dass die Anlage auf dem linken Wienufer zweckmäßiger wäre, aus dem einfachen Grunde, weil die Anlage auch auf dem rechten Donaucanalufer stattfindet und daher die Linie fortwährend als Tiefbahn geführt werden könnte. Die Überbrückung der Wien beim Hauptzollamte erachte ich nicht für besonders nothwendig, weil man dort auch umsteigen könnte. Auf der Südbahn z. B. steigen an Sonntagen 20.000 und mehr Personen um, und die müssen einen größeren Umweg machen, als das Hinübergehen über die Wien ist. Ich glaube, das würde viel weniger kosten wie die Demolierung des ganzen Parkes vom Invalidenhause bis zum Resselparke, wobei auch noch Häuser eingelöst werden müssten. Dass am linken Wienufer vielleicht die Häuser mehr kosten, kann möglich sein, dafür würde aber der Park nicht verschandelt, die ganze Bahn könnte am linken Wienufer fortgehen, und nachdem die Linie auch am linken Wienufer hereinkommt, wäre überhaupt keine Überbrückung nothwendig bis hinauf, bis ans Ende der Bahn.

Übrigens, wenn Sie diesem Projecte zustimmen, werden Sie sehen, wie schön die Sache ausschauen wird. Die Leute, die nach Wien kommen, werden staunen, was das für Kreuzköpfel sind, die das gemacht haben. Keine Eisenbahn der Welt bekommt den Grund umsonst. So oft bis jetzt eine Eisenbahn gebaut wurde, hat es geheißen: Sie muss den Grund einlösen. Wir aber sollen den Grund umsonst geben, und da heißt es: Die Concessionäre, die Bauunternehmung schenkt uns was. Man soll doch die Bevölkerung nicht anlügen und irreführen; man soll sagen: wir bringen zum Nutzen einer fremden Gesellschaft ein Opfer, denn sie wird den größten Nutzen haben. Ich denke mir auch, die Bahn wird ganz rentabel sein, es ist eine ganz belebte Linie. Aber das darf die Stadt Wien nicht bauen! Weshalb ist man davon abgegangen, dass man die Bahn selbst baut. Wenn wir die Hoffnung haben, dass sie erträglich sein wird, sollen wir sie selbst bauen. Wir hätten sie auf eigenem Grund und Boden; dazu können wir den Grund hergeben. Aber dass man den Grund einer fremden Gesellschaft umsonst gibt, damit bin ich nicht einverstanden. Ich werde natürlich aus diesem Grunde gegen die Vorlage stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist ganz eigenthümlich, wenn man die Debatte, die bisher geführt wurde, verfolgt hat, zu sehen, dass eigentlich zum Gegenstande sehr wenig gesprochen und dass noch weniger Erwähnung gethan wird, warum eigentlich die Sache zu uns kommt. Und ich glaube, es ist nicht überflüssig, dass den geehrten Mitgliedern des Gemeinderathes ins Gedächtnis gerufen wird, was denn eigentlich in dem vom Gemeinderathe genehmigten Programme, welches auch dem Reichs- und Landesgesetze beiliegt, seinerzeit beschlossen, daher genehmigt worden ist. Im Punkte 4 heißt es bezüglich der Wienregulierung und der Stadtbahnlinie zunächst folgendermaßen (liest): „Das Project der Wienfluss-Regulierung ist unter Bedachtnahme auf die Stadtbahnanlage auszuarbeiten." Dann heißt es weiter (liest): „Die Projectsverfassung für beide Unternehmungen, für die Wienfluss-Regulierung und Stadtbahn, hat gleichzeitig und im steten Einklang stattzufinden und so zu erfolgen, dass die ökonomischen Interessen beider Unternehmungen möglichst gewahrt werden." Und endlich heißt es, und es wurde dies schon vom ersten Herrn Redner erwähnt, „dass hinsichtlich der Vertheilung der Kosten jener Anlagen, welche sowohl die Wienfluss-Regulierung als die Bahnherstellung betreffen, nach Fertigstellung des Projectes eine Auseinandersetzung stattzufinden habe in der Richtung, dass jede Unternehmung nur mit jenen Kosten belastet wird, welche durch dieselbe bedingt sind." Nun, meine Herren, stellen Sie sich die Sachlage vor. Ein Unternehmer findet sich, er schreitet um die Concession ein, bekommt die Concession, und nun wird das Project ausgeführt. Jetzt haben Sie da zwei Interessen. Das Interesse der Stadt, welche die Wienfluss-Regulierung ausführt, respective in letzter Linie das Interesse der Commission und das Privatinteresse des mit der Concession ausgerüsteten Unternehmers, dem Sie gar nichts mehr anthun können. Der hat seine Concession, diese hat die Unterschrift der Krone, ihm ist also gar nichts mehr zu thun. Gesetzt, es käme nun zu einem Übereinkommen nicht.

Die Folge davon ist dann selbstverständlich irgend ein Streitfall, der dann irgend einmal entschieden wird. Ob der so entschieden wird, dass das Interesse der Gemeinde Befriedigung und Geltung findet, das wissen wir nicht.

Nun hat man die Idee gefasst, es sei viel klüger, bevor noch jemand die Concession erhält, mit jenen Leuten, welche voraussichtlich um die Concession einschreiten würden und voraussichtlich, sage ich, die Concession erhalten werden, vor Ertheilung der Concession in eine Discussion über die Angelegenheit einzutreten und zu versuchen, mit ihnen eine Vereinbarung zu treffen. Meine Herren! Um Ihnen nur eine Andeutung zu geben über die Schwierigkeit der Situation — denn bedauerlicherweise wird diese Discussion in öffentlicher Sitzung geführt und es kann niemand von jenen Personen, die in die Sache eingeweiht sind, so offen reden — wie ihm ums Herz ist, in der einen oder anderen Richtung, weil man im Interesse der Gemeinde zurückhalten muss — um Ihnen eine Andeutung zu geben, will ich Ihnen also nur das eine sagen: 14 Sitzungen haben zwischen dem Bürgermeister und den Leuten, welche sich um die Concession bewerben, stattgefunden, und ich glaube, Sie haben Gelegenheit gehabt, sowohl den Bürgermeister als unseren Baudirector kennen zu lernen, um

zu dem Urtheil zu gelangen, dass diese gewiss für die Gemeinde das Allermöglichste zu erlangen getrachtet haben. Ich glaube auch, dass es ihnen gelungen ist, und nun steht die Sache so: Es wird Ihnen das Ergebnis dieser langwierigen Verhandlungen vorgelegt und es wird Ihnen auch angedeutet, dass das schließlich das meiste war, was zu erlangen gewesen ist. Genehmigt der Gemeinderath das — ein Beschluss, der meines Erachtens ganz ungefährlich in jeder Beziehung ist — dann beschließen wir, dass diese Leute, und zwar nur für den Fall, als diese Leute die Concession bekommen, dass sie an dieses Übereinkommen gebunden sind. Und nun denken Sie sich, dass dieses Übereinkommen, welches ja doch nur die Natur eines Privatvertrages hat, in die Concession hineinkommt. Es ist dann eine Concessionsbedingung, die genau so einzuhalten ist wie jede andere und deren Einhaltung die Behörde überwachen muss. Ich glaube, dann ist die Position der Gemeinde viel günstiger, als wenn wir nach Ertheilung der Concession uns etwa herumbalgen müssen und nicht etwa zu einem Resultate kommen. Denn, meine Herren, sollen wir etwa, wenn wir bei der Projectsverfassung in Streit kommen und ein Übereinkommen nicht erzielt wird, mit der Durchführung der Wienfluss-Regulierung und der Wienthallinie warten? Oder halten Sie es auch für patriotischer zu sagen: Besser, wenn diese Linie gar nicht gebaut wird; ehe dieser Krauß — wer das ist, weiß ich nebenbei nicht genau — 1 fl. verdient, soll Wien die Stadtbahn nicht kriegen. Ist das patriotischer? Nun, ich will mich in Details nicht verlieren, weil sie eigentlich nicht zur Sache gehören.

Aber zur Sache gehört, ob dieses Übereinkommen so ist, dass wir es acceptieren können! Ich glaube, die Sache ist wirklich so, dass es gerathen ist, Ja zu sagen. Wenn uns von einem Redner, der einen Antrag gestellt hat, empfohlen wird, wir sollen sagen, wir lehnen das nicht ab — denn so weit geht der Redner, der gesagt hat, lieber gar keine Stadtbahn als die Krauß'sche, nicht — aber wir verlangen noch die Hälfte der Kosten der Mauer, so heißt das, ins gemeinverständliche Deutsch übersetzt, ungefähr Folgendes: Der Antrag wird abgelehnt und wir stellen einen neuen Antrag. Damit ist dieser Krauß & Comp. aus dem Worte, und wenn das wirklich wahr ist, was uns gesagt wird, dass die Firma Krauß & Comp. mittlerweile die Concession bekommt, dann ist der Fall eingetreten, den ich anfangs erwähnte, — die haben die Concession und wir haben kein Übereinkommen, und dann bitte ich, sich die Situation der Gemeinde auszumalen! Dass die Form der Annahme, wie sie Herr Dr. Lueger vorschlägt, die Annahme mit einer Bedingung, die Ablehnung und Stellung eines neuen Offertes bedeutet, das ist klar. Wir lehnen ab und die Leute sind aus dem Worte. Dazu kommt aber noch Folgendes: Wenn es von uns abhienge, ob der Firma Krauß & Comp. die Concession ertheilt wird, dann wäre es etwas anderes, dann könnten wir wirklich die Position einnehmen, die uns zugemuthet wird. Aber die Herren wissen, von uns hängt das nicht ab, die Herren sagen selbst: über unsere Köpfe hinweg wird entschieden, ob diese Concession ertheilt wird, und da wollen wir lieber, wie man sagt, mit dem Kopfe durch die Wand rennen, lieber auf die Vortheile aus diesem Übereinkommen verzichten und sagen: es ist patriotischer, wenn wir die Stadtbahn gar nicht bekommen. Ob aber die Bevölkerung dem zustimmen wird, das weiß ich nicht; ich weiß nur, dass es eine Menge Leute gibt, die den Kopf schütteln und sagen, einmal schon hat der Gemeinderath eine merkwürdige Haltung eingenommen, damals hatte er nur zuzugreifen, er hat es aber nicht gethan, er hat eine solche Stellung eingenommen und solche Bedingungen gemacht, dass dieses Project zugrunde gegangen ist.

Ein wahres Glück wird es sein, wenn dies das zweitemal nicht geschieht. Es scheint aber eine Geneigtheit vorhanden zu sein, auch ein zweitesmal das Zustandekommen der Bahn zu verhindern, bloß deshalb, weil möglicherweise irgend jemand an dieser Sache etwas verdient. Das ist offenbar das einzige Motiv. (Rufe links: Die Commune!) Nun, wir werden darüber auch noch reden. Wir sind ja diesen Standpunkt gewohnt, wir hören wieder den Ton, den wir vor vielen Jahren täglich gehört haben zu einer Zeit, wo es vielleicht hier noch lebhaftere Kämpfe gegeben hat als heute. Es wird gesagt: „Die Commune!" Ja, meine Herren, das bedeutet Folgendes: Der Bau durch die Commune, — ein Project, welches übrigens, wie ich glaube, zuerst in der Richtung untersucht werden müsste, ob es wirklich Aufgabe der Gemeinde ist, Eisenbahnen zu bauen, was ich eben nicht weiß — bedeutet die Aufnahme eines Anlehens. Da ist das eine gewiss, dass die Gemeinde für die Verzinsung und Tilgung des Anlehens aufkommen muss, und ob dann die Gemeinde sofort das von der Bahn einnimmt, was die Verzinsung und Amortisation erfordert; das, meine Herren, wird heute keiner von Ihnen mit Bestimmtheit sagen können. (Rufe links: O ja!) Nun, wenn jemand „Ja" sagt, so ist das eben ein billiges Vergnügen. Wenn man aber eine Gemeinde in ein solches Geschäft hineinhetzt, so muss man die Haftung dafür übernehmen; dass das wahr ist, was man sagt, dafür soll man eine Caution leisten (Sehr gut! rechts), dann wird das „Ja" eine Bedeutung haben; aber „Ja" sagen und dann hinterher sagen: „ich habe mich geirrt" — so gehen die Dinge nicht!

Rücksichtlich der Verzinsung, meine Herren, haben Sie offenbar die Idee: die Gemeinde schafft ein Gut, welches ihr bleibt. Das ist auch nicht richtig. Ich will nur nebenbei bemerken, dass auch die Gemeinde nur Concessionärin ist, d. h. sie darf die Bahn bauen und darf sie betreiben, wenn sie der Staat nicht einlöst. Wenn er von dem Einlösungsrechte keinen Gebrauch macht, so erlischt das Recht nach einer gewissen Reihe von Jahren und die Bahn fällt anheim wie jede andere Bahn. Bis dahin muss aber das von der Gemeinde investierte Capital amortisiert sein. Das ist aber eine Sache, über die nach meiner Ansicht in einer anderen Weise gesprochen werden sollte als so, dass man leichthin sagt: „Die Gemeinde!"

Es bleibt also noch die Verkehrs-Commission. Ob diese bauen wird, weiß ich nicht. Bisher hat es nach den gefassten Beschlüssen den Anschein, dass sie nicht bauen wird. Heute steht die Sache so: Die Herren lehnen die Vorlage vielleicht ab; dann wird höchstwahrscheinlich die Concessionierung an die Firma Krauß & Comp. erfolgen und dann haben wir nicht ein Übereinkommen, wir haben nicht diese Bestimmungen in der Concession und müssen uns herumbalgen, und welches Resultat das ergeben wird, weiß ich nicht. Vielleicht sind dann geschicktere Hände da, welche das Wirrsal besser auflösen, als es diesmal gelungen ist. Wenn man von der Stadtbahn so viel Schlechtes spricht und sagt, die Stadtbahn werde die Gärten ruinieren und das Grün wegnehmen, so möchte ich mir doch die bescheidene Bitte erlauben, man möge uns einmal erklären, wo die Stadtbahn, welche eventuell die Gemeinde baut, geführt werden soll; vielleicht sollen die Waggons in Luftballons befördert werden? (Heiterkeit.) Wenn aber die Herren in der her-

kömmlichen Weise auf Schienen fahren wollen und nicht über den vierten Stock, so müssen Sie auch schließlich auf der Erde fahren. Sie sagen: „Auf dem linken Ufer." Das sind aber bereits entschiedene Fragen; wir können nicht immer die Arbeit auftrennen und sie wieder zusammennähen, wir müssen auch vorwärts kommen.

Es ist nun einmal entschieden worden, dass die Stadtbahn nicht auf dem linken Ufer gebaut wird. Das existiert aber nicht für unsere Herren Heißsporen, welche immerfort die Welt verbessern wollen; das soll alle Tage anders gemacht werden! (So ist es! rechts.) Meine Herren, so ist eine große Aufgabe nicht zu lösen. Sie müssen endlich einmal einen Beschluss respectieren, wenn Sie auch demselben nicht zugestimmt haben. Der Beschluss besteht, die Arbeiten sind gemacht und darauf wird weiter gebaut. Sie haben gehört, am linken Ufer wird nicht gebaut, sondern am rechten Ufer, denn wenn am linken Ufer gebaut würde, so würde das um so und sovielmal mehr kosten ꝛc.

Eines ist gewiss: jede Bahn, die dort geführt wird, wird auf diese Anlagen einen gewissen Einfluss ausüben. Übrigens könnte man die zunächst betheiligte Bevölkerung fragen, was ihr lieber ist, dort diese Gartenanlagen oder eine Bahn, welche soviel Nutzen schafft und es ihr ermöglicht, in viel schönere und größere Gärten mit viel geringeren Kosten zu kommen. Diese Verwüstungen werden übrigens nicht so arg sein. Das ist besprochen worden, als die Projecte hier zur Sprache kamen, als die Beschlüsse gefasst wurden, welche sich auf die Schonung der Gartenanlagen beziehen. Das alles ist ja schon hier besprochen worden, und man kann doch nicht aus solchen Argumenten, aus solchen Hinweisen einen Schluss ziehen, der uns zwingen sollte, in diesen Angelegenheiten anders zu entscheiden, als uns hier empfohlen wird.

Ich glaube, wenn man objectiv urtheilt und erwägt, was wir können, wie weit unsere Machtsphäre reicht, und wenn man darauf Rücksicht nimmt, so muss man sagen: Es ist an der Zeit, dass die Gemeinde ein solches Übereinkommen schließt. Bekommen die Leute die Concession, dann sind sie gebunden, dann muss das Vereinbarte in die Concession hineinkommen; bekommen sie sie nicht, dann ist kein Schaden erfolgt, und würde auch — was ich nicht glaube, ich sage es offen — die Commission für die Verkehrsanlagen selbst um die Concession einschreiten, so könnte uns diese auch keine schlechteren Bedingungen gewähren, als sie uns die Privatgesellschaft gewährt hat; die Bedingungen sind nicht schlecht, wenn man die Sache gewissenhaft und vorurtheilslos prüfen will, und sie bilden in diesem Sinne doch gewiss ein Präjudiz. Wenn wir von der Privatgesellschaft das erreichen, so müsste sich die Commission schämen zu sagen: „Nein, das kann ich nicht thun." Wenn das die Privatgesellschaft thun kann, so müsste es die Commission auch thun, ebenso der Staat, wenn er bauen will.

Das alles sind Dinge, die — glaube ich — ruhig erwogen werden sollten; man muss in der Sache selbst urtheilen und sich nicht irre machen lassen durch Dinge, die nicht hieher gehören. Sie werden ja, wenn der Concessionsentwurf hieher gelangt, Zeit und Gelegenheit haben, Ihrem gepressten Herzen Luft zu machen und Ihre Gefühle in jeder Weise zum Ausdruck zu bringen. Das kann aber gewiss gar keinen Einfluss auf diese Angelegenheit haben, es wird dieser Angelegenheit nicht schaden und nicht nützen. Nur das eine weiß ich, dass das Interesse der Gemeinde gewahrt ist unter allen Umständen, was immer geschehen möge, wenn der Antrag des Herrn Referenten angenommen und wenn die Gesellschaft gebunden wird, diese Bedingungen einzuräumen. Bessere zu erlangen, wird niemanden gelingen, und darum bin ich dafür, dass der Antrag des Referenten angenommen werde. (Lebhafter Beifall rechts.)

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Grübl den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Das Wort haben noch, und zwar sämmtliche Herren contra: Dr. Lueger, Rosenstingl und Jedlička.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Der unmittelbare Herr Vorredner hat zuerst bedauert, dass die Discussion in einer öffentlichen Sitzung stattfindet. Er meinte, er könne nicht so „von der Leber" weg reden, er könnte nicht das sagen, was er wollte. Er hätte es ruhig sagen können, denn mehr als der Herr Referent dieses Übereinkommen gelobt hat, mehr als der Herr Baurath v. Stummer es gelobt hat, mehr als die anderen Herren es gelobt haben, kann er es unter gar keiner Bedingung loben. Interessiert hat es mich, wie der Herr Dr. Richter uns gesagt hat, wir sollen doch die Beschlüsse heilig halten, wir sollen an den Beschlüssen strenge festhalten. Ja, lieber Herr Dr. Richter! Thun Sie doch das Gleiche und halten auch Sie an den Beschlüssen strenge fest! Sie sind dazu verpflichtet, an den Beschlüssen strenge festzuhalten. Für mich sind die Beschlüsse ein wertvolles Material, die Herren sind aber nach dem Statut verpflichtet, die Beschlüsse durchzuführen, und wenn Sie sich an die Beschlüsse des Gemeinderathes strenge halten würden, wenn Sie Ihre statutenmäßigen Pflichten erfüllen würden, so müssten Sie heute den Antrag stellen, dass für die Gemeinde um die Concession für diese Linien eingeschritten werde, denn dieser Beschluss ist im Mai vorigen Jahres gefasst worden.

Ich habe eine Genugthuung gehabt. Sie wissen, ich habe die Vertagung der Debatte beantragt und habe gesagt, es soll dieser Gegenstand gleichzeitig mit der Concessionsurkunde behandelt werden. Da hat der Herr Referent und auch der Herr Bürgermeister gesagt, die Sachen hängen gar nicht zusammen, das sind vollständig getrennte Dinge und, meine Herren, alle Redner nach mir haben über das vorliegende Referat eigentlich gar nicht oder nur sehr wenig gesprochen, alle haben über die Concessionsurkunde gesprochen.

Der Herr College Rosenstingl hat bedauert, dass wir von einer Situation in die andere gedrängt werden. Er hat Recht mit diesem Ausspruch. Es kommt dies ohnehin selten vor, dass ein Mitglied der Majorität sich so etwas zu sagen wagt. Es wissen's alle, aber es traut sich's nicht jeder zu sagen. Richtig ist es, dass wir von einer Situation in die andere gedrängt werden. Aber wissen Sie, wieso das möglich ist? Weil wir immer nachgegeben haben. Und solange es Mitglieder des Gemeinderathes gibt, denen ein Augenzwinkern des Sectionschefs Wittek wertvoller ist als die Interessen der Gemeinde, insolange wird's immer schlecht gehen. (Beifall links.) Wir werden über diesen Punkt gelegentlich der Besprechung der Concessionsurkunde reden. In dem Punkt sind Sie sogar unschuldig und ich kann daher um so leichter darüber sprechen.

Der Herr College Dr. Scholz hat unter anderem gemeint, dass das Project gut sei, weil man nicht über die Wien gehen muss oder doch nicht so oft. Der Ingenieur Herr Baurath von Stummer hat uns ausdrücklich erklärt, es werde deshalb die Bahn am rechten Ufer geführt, weil man nicht hinüber muss oder nicht so oft.

Meine Herren, wenn Sie sie jetzt am rechten Ufer führen, so müssen Sie die Wien bei der Verbindung der Wienthallinie

mit der sogenannten Ringstraßenlinie überbrücken und dann, meine Herren, müssen Sie gerade an der schlechtesten Stelle, nämlich beim Ausfluss der Wien in den Donaucanal, über den Wienfluss hinüber.

Es ist dies die unglücklichste Idee, die jemals jemandem eingefallen ist, und wenn der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter an uns die Frage richtete: „Ja, wie denkt ihr euch die Sache?", so erkläre ich Ihnen, dass, wenn die Bahn am linken Ufer geführt würde, es nur nothwendig wäre, dass dann, wenn die Bahn das Wienthal verlässt und in das Thal des Donaucanals übergeht, ein Umsteig errichtet würde. Ist das ein solches Unglück? Und was geschieht, meine Herren? Sie ersparen sich die Zerstörung der gesammten Parkanlagen vor der Technik, die freilich, wie ein anderer Herr gesagt hat, nichts wert sein sollen, oder um die die Gemeindeinsassen nicht trauern, weil sie mit der neuen Schnackerlbahn schneller in eine größere Natur hinauskommen werden. Sie ersparen die Zerstörung des Kinderparkes, die jetzt unter jeder Bedingung eintreten muss, und Sie ersparen dem Bezirke Landstraße die Absperrung von der anderen Welt. Sie ersparen sich aber auch die Zerstörung noch anderer Dinge, und Sie haben es so leicht: auf der linken Seite fahren Sie ganz einfach hinüber zum Donaucanal. Aber natürlich! Die ganz gescheiten Eisenbahningenieure, die ganz klugen, die alles wissen und deren Weisheit so unendlich ist, dass sie die größten Dummheiten machen (Heiterkeit), diese sagen: Ah, die Bahn muss da hinauf auf das Hauptzollamt, sie muss hinaufklettern; wenn sie nicht da ist, gibt es keine Stadtbahn in Wien. So viel, meine Herren, bezüglich der Linie.

Herr Dr. Scholz hat ihnen erklärt, dass Fogerty von uns verlangt hätte, dass wir ihm 3 Percent garantieren. Das ist gar nicht richtig, das hat er gar nicht von uns verlangt, sondern er hat von uns verlangt, dass wir ein erbärmliches Eisengerüst in Wien aufstellen lassen sollen, und der damalige Gemeinderath der Stadt Wien war klug und ehrenhaft genug, dieses Project abzulehnen und demselben den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Und ich erkläre Ihnen, ich bin stolz darauf, dass durch meine Mitwirkung dieses Fogerty-Project, dieses Scheusal überhaupt beseitigt worden ist (Beifall links); ich bin stolz darauf, dass damals der gesammten Welt über gewisse Umtriebe und corrupte Bestrebungen die Augen geöffnet worden sind. Ich erkläre auch dem Herrn Dr. Richter, welcher gemeint hat, die Bevölkerung werde staunen, warum man jetzt vielleicht ein zweitesmal das unmöglich machen will; die Bevölkerung war damit zufrieden, dass dieses Fogerty-Project beseitigt worden ist, und es war ein Glück für Wien, dass es beseitigt worden ist, und ich erkläre ihnen, wenn Krauß & Comp. beseitigt werden wird, wird das wieder ein Glück für Wien sein und kein Unglück. Der Herr Dr. Friedjung hat sogar die Stadtrathswahl in die Discussion gezogen und hat gemeint, wir treiben jetzt opportunistische Politik und ich sei quasi dafür durch die Wahl in den Stadtrath belohnt worden.

Nun, meine Herren, wenn die Mitglieder der Majorität mir dankbar sind und ihrem Danke in solcher Weise Ausdruck geben, so freut mich das ganz außerordentlich und ich erkläre Ihnen, wenn Sie vielleicht noch anderen Mitgliedern meiner Partei in dieser Weise danken wollten, habe ich durchaus nichts dagegen. (Lebhafte Heiterkeit.) Eine opportunistische Taktik, meine sehr verehrten Herren, muss man immer dann einhalten, wenn man, um wieder einen Ausdruck zu gebrauchen, sieht, dass der Kopf schwächer ist als die Wand; wenn man sieht, dass man mit dem Kopf nicht durch die Wand kann, so muss man sagen: „Retten wir, was wir retten können," und das ist der Zweck des Antrages, den ich gestellt habe. Aber, wenn man immer Angst hat, mit dem Kopfe durch die Wand zu rennen, so kann es Ihnen so geschehen, wie ich die Geschichte einmal im Circus mitgemacht habe. Da hat man einem Thiere ein Seidenpapier vorgehalten und das Thier hat gemeint, das Seidenpapier sei stärker als sein Schädel, und es ist nicht durchgesprungen; erst wie es der Clown zerrissen hat, ist das Thier durchgesprungen. Ihnen hält man auch immer das Seidenpapier vor und Sie sagen: „Das ist eine furchtbar starke Wand, da kommt man mit dem Kopfe nicht durch!" Probieren Sie es nur, rennen Sie nur daran, die Geschichte geht schon auseinander. (Heiterkeit.) Aber, wenn man sich immer fürchtet, wenn man immer Angst hat, man thut seinem Kopfe weh, dann erreicht man nie etwas, dann müssen Sie sich noch lange plagen. Herr Baurath Stummer hat auch von seinen Gefühlen gesprochen. Ich weiß ja, welche Gefühle Herrn Baurath Stummer beseelen.

Ich kenne sie ja aus der Commission für die Verkehrsanlagen in Wien. Mein Gott! Wittek ist die Sonne und der Herr Baurath Stummer ist offenbar ein Sonnenverehrer (Heiterkeit links) und gläubig kniet er nieder vor der Sonne Wittek, und was die Sonne Wittek will, das will auch der Mond Baurath Stummer (Lebhafte Heiterkeit). Ich kann sagen, wenn mich etwas in meinem Leben gerent hat, ist es die Stimme, die ich dem Herrn Stummer gegeben habe. Bezüglich dieser Wahl gilt der alte Vers aus Virgil: „Incidit in Scyllam qui vult evitare Charybdim." Wenn ich das auf deutsch übersetzen will, heißt es folgendermaßen: „Wir wollten einen Prixhusaren nicht wählen und haben einen Wittekhusaren gewählt" (Lebhafte Heiterkeit), und manchmal habe ich ein bitteres Gefühl mit nach Hause getragen, als ich gesehen habe, wie in so unbedingter Weise den Anträgen, welche von Seite Seiner Excellenz Wittek ausgegangen sind, zugestimmt wird. Ich musste das einmal sagen, weil uns immer vorgehalten wird, wir richten nichts aus, wir sind nichts. Wir sind nichts, weil wir auf uns nichts halten, wir sind nichts, weil man nicht mit genügender Energie gegen diese Elemente vorgeht (Beifall links). Ich sage Ihnen, wenn noch ein paar so wie ich hier sitzen würden, würde Prix bei solchen Verhandlungen viel mehr ausrichten. Er richtet jetzt schon mehr aus, aber nicht Ihretwegen — denn Sie oder wenigstens Ihre Sprecher bewundern immer — sondern weil Prix sagen kann: „Das bringe ich nicht durch, weil sonst der Lueger gar zu wild ist" (Lebhafte Heiterkeit), und dann geben Sie schon ein bisserl nach. Also diejenigen, welche das Resultat gepriesen haben, können auch auf uns dankbaren Blickes hinübersehen.

Dr. Richter hat weiter auch gemeint, ja, woher soll die Gemeinde die Deckung nehmen, und wer weiß, ob wir berechtigt sind, um die Concession anzusuchen? O ja, meine Herren, es gibt jetzt schon Gemeinden, welche solche Concessionen erworben haben. Warum soll nicht auch die Gemeinde Wien eine bekommen? Und was die Deckung betrifft, so kriegt die Firma Krauß & Comp. das Geld auch nicht geschenkt, es fällt ihr nicht vom Himmel; sie muß es eben aufnehmen, und das hätten wir auch können.

Was die Rentabilität betrifft, so hat ein Baurath gesagt: je mehr Personen fahren werden, desto weniger Reingewinn wird man erzielen. Ich bin zwar kein Baurath, aber so etwas ist mir in meinem Leben noch nicht eingefallen, bei einer reinen Personenbahn, die ausschließlich auf dem Erträgnis aus dem Personenverkehr

beruht, zu sagen: je mehr Personen fahren, desto schlechter wird das Erträgnis sein.

Diese Linie soll den Verkehr in den dichtestbevölkerten Bezirken, den ganzen Verkehr der westlichen Bezirke bis in die Stadt, in den Prater und weiter hinaus zur Franz Josef-Bahn vermitteln — wo soll eine Linie sein, die ein Erträgnis abwirft, wenn nicht diese Linie? Diese Linien werden erträgnisreich sein, aber das eine werden Sie sehen: es wird auf diesen Linien der nämliche Scandal stattfinden, der jetzt schon auf der Tramway besteht. Und so wie die Tramway-Gesellschaft alles erreicht, was sie will, wie gegenüber der Tramway-Gesellschaft Minister, Statthalter, Polizeidirector, Polizeicommissäre, ja sogar Wachleute (Heiterkeit) ohnmächtig sind, wie dieser Gesellschaft gegenüber selbstverständlich auch Bürgermeister und Gemeinderath ohnmächtig sind, ebenso ohnmächtig wird gegenüber dieser neuen Gesellschaft auch die ganze — wie soll ich mich gut ausdrücken — Reihe von Menschen sein, die ich jetzt genannt habe. Wir bekommen da eine neue Tramway-Gesellschaft, eine neue Ausbeutung und ein neues Ausziehen des Volkes. (Zustimmung links.)

Das habe ich schon beantwortet, wo die Bahn gezogen werden soll. Ich bedauere, dass ich über diesen Punkt so viel reden musste. Nun zu dem von mir gestellten Antrage, bezüglich dessen der Gem.-Rath Dr. Friedjung nähere Angaben von Thatsachen wünscht. Ich habe den Antrag genau begründet. Ich habe gesagt, Häusereinlösungen finden nur statt, weil die Bahn gebaut werden muss; sonst wären sie nicht unbedingt nöthig. Rechnen Sie das mit dem Zirkel aus. Ich erkläre Ihnen, dass das Wienthal, durch welches der Fluss strömt, in der Breite hinreichend ist, und es möge doch der geehrte Herr Stadtbaudirector speciell bezüglich der Häuser in der Magdalenenstraße sagen, wie viel wir einlösen müssten. Eine lächerlich geringe Breite, eine solche, auf welcher zum größten Theile nicht eine Baulichkeit steht, nicht ein Haus, sondern nur rückwärtige Gründe. So steht die Angelegenheit. Und da habe ich gesagt, das müssen Sie bezahlen. Außerdem benützen Sie die Scheidemauer mit; diese müssen Sie auch machen, wenn auch nicht in der Stärke wie jetzt. Darum verlange ich nur die Hälfte. Das sind die Erwägungen, die mich bei Stellung meines Antrages geleitet haben. Ich weiß, die Majorität wird ihn ablehnen und zur Discussion über die Concessionsurkunde wird es gar nicht kommen.

Wenn heute die Botschaft ins Ministerhotel gelangen wird, dass Sie den Antrag genehmigt haben, wird morgen die Sache hinaufgehen, damit nur ja die Firma Krauß & Comp. schleunigst die Concession erhält. Unsere zweite Debatte wird also eine fruchtlose sein. Damit sie aber fruchtbar wird, habe ich mir erlaubt, meinen Antrag zu stellen; lehnen Sie ihn ab, dann sind Sie wieder um eine Stufe herabgestiegen. Herr Gem.-Rath Rosenstingl wird dann vielleicht wieder einmal sagen: Es ist traurig, wie tief wir gesunken sind. Sehen Sie, und Sie haben doch unter Ihnen einen Menschen, der Sie so gern beim Schopf herausziehen möchte auf die Höhe, welche Sie einnehmen sollten, und Sie lassen es nicht thun, weil dies ein bisschen Schmerz verursacht.

Wenn Sie Muth hätten, würden Sie auf der höchsten Stelle stehen. Es würde der Sectionschef Wittek nicht commandieren. Jetzt aber commandiert der Sectionschef Wittek, und Sie gehorchen wie wohlabgerichtete — (Rufe links: Gemeinderäthe!) Gemeinderäthe. (Lebhafte Heiterkeit, Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Schlechter (pro): Nachdem ich im Stadtrathe für die vorliegenden Anträge gestimmt habe, erscheint es mir auch angezeigt, durch einige Worte und rein sachliche Bemerkungen meine Abstimmung zu motivieren. Ich werde jede persönliche Polemik unterlassen und auf gar nichts eingehen, was bisher gesprochen wurde, sondern nur an der Hand der thatsächlichen Verhältnisse zu beweisen versuchen, dass wir im Momente gar nicht anders vorgehen können, als die Referenten-Anträge anzunehmen.

Punkt VIII des Programmes der Wiener Verkehrsanlagen besagt ausdrücklich, dass die jetzt in Rede stehende Linie entweder für Rechnung der Commission hergestellt werde, wenn sie es nicht als zweckmäßig erachten sollte, dieselbe durch ein Privatunternehmen herstellen zu lassen.

Hier ist zunächst klar, und ich glaube, dass dies vielleicht noch nicht scharf genug ausgesprochen wurde, dass man von vornherein erwarten musste, dass die Commission gar keinen anderen Gedanken haben sollte, als diese Linien selbst auszuführen, dass es überhaupt gar nicht hätte eintreten sollen, dass man sich damit befasste, eine solche Linie einem Privatunternehmen zu überlassen. (Richtig!)

Vor allem aber hätte ich geglaubt, dass die Vertreter, die wir in die Commission gewählt haben, einstimmig dafür eingetreten wären, dass diese Anlage durch die Commission selbst durchgeführt wird. (Erneuerter Beifall.) Ich hätte ferner erwartet, dass die Vertreter des Landes Niederösterreich, da doch die Stadt Wien einen so bedeutenden Theil zu den Landesauflagen beiträgt, sich verpflichtet gefühlt hätten, dafür einzutreten. Dass der Staat dies gerne auf jemand anderen überwälzt, ist erklärlich. Der Staat ist mit dem größten Percentsatze betheiligt, aber es ist noch immer nicht erklärlich, wie das eine Drittel das zweite und dritte Drittel herumkriegen konnte.

Zur Aufklärung möchte ich noch folgenden Umstand erwähnen. Es ist ja kein Geheimnis, dass die Commission schon darüber entschieden hat. Sie will gar nicht bauen, es ist schon bekannt, dass die Commission dies ausgesprochen hat, und nachdem wir keine Gewalt in dieser Hinsicht haben, nachdem die Entscheidung nicht unter uns gefällt wird, so bleibt nichts übrig, als nunmehr die Thatsache hinzunehmen, nachdem die Verhältnisse einmal so liegen.

Das Concessionsgesuch der Firma Krauß & Comp. datiert nicht erst von 8 oder 14 Tagen, es ist, wie ich glaube, schon vor 1 bis 2 Jahren überreicht worden, wo es mit den Verkehrsanlagen überhaupt noch nicht so weit war, und dieses Gesuch musste selbstverständlich den Weg nehmen, den jedes Concessionsgesuch nach dem Gesetze zu nehmen hat. Dazu kommt nun noch eines. Es lässt sich doch nicht übersehen, dass die Firma Krauß & Comp. bereits im Besitze eines sehr bedeutenden Theiles dieser künftigen Localbahnlinie ist, denn sie besitzt bereits die Strecke zwischen der Schönbrunnerlinie und Hietzing, welche einen integrierenden Bestandtheil der ganzen Wienthallinie bildet, und ich weiß nicht, ich habe noch nie gehört, dass es ein solches Expropriationsgesetz gibt, dass man zu Gunsten einer neuen Eisenbahn eine bereits bestehende Bahn, wenn auch nur Dampftramway, expropriieren kann. (Gem.-Rath v. Stummer: O ja!) Wenn dies aber der Fall ist, dann ist der Vorgang noch verfehlter, den die Commission eingehalten hat; denn wenn das wirklich der Fall ist, was Herr Baurath von Stummer bestätigt hat, dass man diese Bahn hätte expropriieren können zu Gunsten der neuen Localbahn, dann finde ich eigentlich

keinen Ausdruck für die Vertreter, die die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich in die Commission entsendet haben. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Nachdem aber die Verhältnisse so liegen, so stehen wir vor der Frage: Ist es zweckmäßig, das Verhältnis bezüglich der Kostenauftheilung zwischen der Wienfluss-Regulierung, welche die Gemeinde durchzuführen hat, und der Bahnherstellung früher zu ordnen, bevor die Concession ertheilt wird, oder dies vielleicht dem späteren Zufalle zu überlassen? Und da muss jemand, der ernst denkt, sagen, unter solchen Umständen ist es noch besser, früher schon ein Übereinkommen zu treffen, welches die Interessen der Gemeinde wahrt, als es dem Zufalle zu überlassen, ob die Interessen der Gemeinde nicht geschädigt werden. Es ist also, wie die Verhältnisse liegen, für mich kein Zweifel mehr, dass es nicht anders geht, als auf dieses Übereinkommen, welches hier vorgebracht wird, einzugehen.

Ich glaube aber, meine Herren, es spricht auch für eine gewisse Solidität der Bahnunternehmung, das muss man auch anerkennen, ruhig und objectiv. Die Bahn hätte es vielleicht in ihrem zukünftigen Interesse gelegen sehen können, keine Vereinbarung mit der Gemeinde zu treffen. Aber einem vorsichtigen Unternehmer wird es lieber sein, ein bindendes Übereinkommen mit der Gemeinde getroffen zu haben, denn das trägt zur Solidität des Unternehmens und zur Financierung bei und wird auch auswärts einen guten Eindruck machen. Dass also die Firma Krauß & Comp. getrachtet hat, dieses Übereinkommen zu vereinbaren, das, muss ich sagen, halte ich für ein Zeichen der Solidität und das soll auch von mir anerkannt werden. Ich befinde mich also allen Factoren gegenüber in der Stellung, dass ich das Gute anerkenne, wo ich es finde, aber unter allen Umständen bekämpfe, was zu bekämpfen ist.

Schließlich möchte ich noch eines erwähnen. Die Concessionswerber haben für die Concession, welche sie erwerben wollen, eine Caution von 800.000 fl. zu erlegen. Fogerty hat seinerzeit eine Million erlegt. Diese Million ist in die Cassen des Staates gewandert, und die Gemeinde hat keine Stadtbahn bekommen. Ich will nicht dazu beitragen, dass vielleicht ein Nachspiel kommt, und dass die 800.000 fl. auch vielleicht in die Cassen des Staates fließen und die Gemeinde Wien keine Stadtbahn hat. Ich glaube, dass, nachdem dieses Übereinkommen erst in Kraft tritt, wenn wirklich die Concession verliehen wird, nichts anderes übrig bleibt, als dem Antrage des Herrn Referenten zuzustimmen. Ich für meine Person bin vollständig beruhigt und glaube, Sie können es auch sein. Heute sind manche Bemerkungen gemacht worden, die man ohneweiters unterschreiben kann. Ich selbst habe in einer gewissen Kritik nicht nachgelassen; ich glaube aber, das erste, was wir im Gemeinderathe zu thun haben, ist, dass die Durchführung der Verkehrsanlagen nicht gehindert und gehemmt wird, sondern dass dieselbe, soviel wir beitragen können, gefördert werden soll. In dieser Richtung bitte ich, die Anträge des Herrn Referenten anzunehmen.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich bitte um Verzeihung, wenn ich Sie nochmals belästige. Ich habe vorher gesprochen und glaube den Beweis erbracht zu haben, dass ich mich kurz fassen wollte; ich bin in das Meritorische nicht eingegangen. Ich kann sagen, dass ich principiell mit verschiedenen Dingen nicht einverstanden bin; nichtsdestoweniger bin ich persönlich apostrophiert worden. Ein Herr hat vorgebracht, dass ich Dinge gesprochen hätte, welche nicht geeignet seien, das Ansehen der Commune zu fördern.

Nun, meine Herren, man kann verschiedener Meinung darüber sein; ich glaube, Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Ich glaube, man ist nicht ein schlechter Freund desjenigen, dem man sagt, wie die Situation steht. Ich habe unsere Situation nicht deshalb so geschildert, um jemandem wehe zu thun. Ich liebe die Stadt Wien und bin der letzte, der so etwas sagt; ich habe es gethan, um das zu charakterisieren und vielleicht mit der eitlen Hoffnung, dass wenigstens in Zukunft etwas mannbarer die Interessen der Gemeinde wahrgenommen werden gegenüber der Regierung und anderen mächtigen Personen. Ich weiß es nicht, ob nicht diese Interessen der Gemeinde weniger ins Auge gefasst werden, wenn verschiedene Mitglieder, die aus dem Gemeinderathe in die Verkehrs-Commission gesendet wurden, eine so ungeheure Nachgiebigkeit beweisen, die schon ins aschgraue geht. Ich weiß nicht, ob sich die Verkehrs-Commission gewisse Dinge erlauben würde, wenn solche Sachen nicht vorkommen würden, zum Beispiel, dass solche Vertreter den traurigen Muth haben, Initiativ-Anträge zu stellen, direct gegen die Beschlüsse des Gemeinderathes. (Rufe: Hört!) Ich glaube, das sind die Ursachen, warum die Herren so auf uns herunterschauen und solche Herren hätten es am wenigsten noth, mich darüber zu belehren, ob ich sagen soll, was das Interesse der Commune wahrt oder nicht. Dort soll das Interesse der Commune gewahrt werden, indem die Herren den Bürgermeister unterstützen und sich auf ihre Füße stellen und sagen: „Wir haben ein imperatives Mandat. Wir haben alles zu vertreten, was der Gemeinderath beschlossen hat. Wir haben nicht stillzuschweigen, wenn über uns zur Tagesordnung hinweggegangen wird, wenn auf der Ringstraße eine Linie gebaut wird, während wir doch beschlossen haben, dass dieselbe auf der Lastenstraße gebaut werden soll", und zwar sollten sie das umsomehr thun, wenn einer päpstlicher als der Papst ist und einen Initiativ-Antrag stellt direct gegen den Willen des Gemeinderathes, die Hochbahn am Franz Josefs-Quai zu bauen. Es ist nicht das Verdienst dieses Herrn, dass diese Hochbahn am Franz Josefs-Quai vorläufig — ich sage vorläufig — nicht angenommen worden ist. Sie ist glücklicherweise in der Verkehrs-Commission abgelehnt worden. Ich kann Ihnen aber sagen, mächtige Kräfte wirken noch, die die Hoffnung nicht aufgegeben haben, dass wir das Scheusal noch bekommen.

Man sagt immer, wir sollen nicht aufhalten. Die Herren drinnen haben die Pläne schon so oft geändert, dass heute kein Strich mehr wahr ist von dem, was vor eineinhalb Jahren gemacht worden ist. Wir müssen Ja sagen, die Herren können Ja oder Nein sagen, wie's ihnen beliebt. Die sitzen monatelang; zu uns kommt die Sache heute her, da heißt es: beschließen! Ich habe vor circa zwei Jahren eine Serie von Artikeln geschrieben und in denselben gesagt: „Friss, Vogel, oder stirb!" Es wird so kommen und es ist so gekommen; es nützt nichts. Da heißt es: „Ihr seid Bösewichter, Ihr haltet die Arbeit auf." Das haben die Herren gemacht. Wer hat die Arbeit aufgehalten, wir oder die Herren?! Die Herren, weil sie nicht einig sind! (Rufe: Schon genug!) Ich werde auf einen anderen Punkt übergehen. Ich werde mich ganz kurz fassen.

Ich bin auch apostrophiert worden wegen meines Ausspruches, dass ich ein principieller Gegner gegen die Führung auf der rechten Seite bin. Erinnern Sie sich, ich war consequent. Ich habe eingesehen, dass die rechte und linke Seite nicht gut ist, und habe seinerzeit gesagt, die beste Lösung wäre die Ableitung des Wienflusses; das werden mir auch die Techniker, vom bautechnischen

Standpunkt aus beurtheilt, zugeben. Ich verhehle mir nicht, dass dies mit Schwierigkeiten und großen Kosten verbunden wäre. Was ich aber damals gemeint habe, meine ich noch heute. Ich habe meine Ansicht also nicht gewechselt, ich bin übrigens nicht so arrogant, nur meiner Ansicht Ausdruck zu geben, sondern ich habe gewiegte, erfahrene Eisenbahn- und Betriebstechniker zu Rathe gezogen, die wohl ebensoviel verstehen als die Herren, die heute das große Wort führen, und diese waren alle für die linke Seite. Es hat sogar Mitglieder der Verkehrs-Commission gegeben, die eines Abends eingeschlafen sind mit der festen Überzeugung, dass das linke Ufer besser sei, und die des anderen Tages aufgewacht sind mit der festen Überzeugung, dass das rechte Ufer besser sei. (Heiterkeit links.) Welche Wendung durch Gottes Fügung! Ich weiß nicht, wie das gekommen ist. Ich gebe auf solche Überzeugungen nicht viel. Allerdings kann man sich belehren lassen. Wollte ich über dieses Kapitel sprechen, so würde es zu weit führen; ich thue es nicht, weil man gesagt hat, es hängt nicht mit der Sache zusammen. Verzeihen Sie — ich bin desavouiert worden — und muss den Beweis zu erbringen suchen, dass diese Ansicht falsch ist, ich bin mir es selbst schuldig, darauf zu antworten. Die Unglücksbahn am Rennweg, die man bauen will, steht in gar keinem Verhältnisse zu den Kosten und Wirkungen. Ich glaube, man hat sich ernsthaft gar nicht die Mühe genommen, die Verbindungsbahn zu studieren, eventuell die Ableitung des Canales ins Auge zu fassen. Wenn man das gethan hätte, wäre man wohl nicht zum Rennweg gekommen. Was die Verbindung mit dem Hauptzollamte anbelangt, so hört man läuten, dass diese Verbindung überhaupt in der Luft hängt. Das ist der zweite Grund, warum das auf dieser Seite geführt wird. Was Sie bei der Elisabethbrücke einmal schauen werden, wird schrecklich sein; die Leute werden die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen und sagen: Das ist entsetzlich! Sie werden nicht begreifen, wie wir zustimmen konnten. Darum wird uns heute nur die Strecke bis zur Schikanederbrücke vorgelegt. Wir spielen sozusagen die Rolle des Hundes des Alkibiades. (Heiterkeit.) So stückelweise wird die Sache gemacht. Bis zur Schikanederbrücke geht man jetzt. Jetzt beschließen wir das, und damit ist eine vollendete Thatsache geschaffen — aber nächstens kommt die eigentliche Schweinerei. (Lebhafter Beifall links.) Diese liegt zwischen dem Schikanedersteg und der Schwarzenbergbrücke. Dann wird man sagen: „Ja, Ihr habt das beschlossen. Das geht schon bis dahin, das muss jetzt gemacht werden." So wird es kommen, passen Sie auf. Es wird ja stenographiert; wir werden darauf zurückkommen.

Gem.-Rath Gerhardus (zur Geschäftsordnung): Nach den ausführlichen Darlegungen des Herrn Referenten und der ebenso ausführlichen Discussion, die sich an einen Gegenstand geknüpft hat, über den wir, so wie er vorliegt, klar sind, und bei dem Umstande endlich, als noch eine Anzahl Redner vorgemerkt ist, beantrage ich den Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich ersuche jene Herren, welche den Schluss der Debatte annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Schluss der Debatte ist angenommen. Zum Worte sind noch gemeldet, pro der Herr Bürgermeister und contra Herr Gem.-Rath Jedlička.

Bürgermeister: Ich bedauere auf das lebhafteste, dass wir im Gemeinderathe immer die Erfahrung machen, dass die Herren, welche in die Debatte eingreifen, vom Gegenstande so sehr abschweifen, über ganz andere Dinge sprechen und dadurch eigentlich die Sache erst recht unklar machen. Auch dem unmittelbaren Herrn Vorredner kann ich diesen Vorwurf nicht ersparen, denn er hat über Dinge gesprochen, die längst entschieden sind und über die heute nicht mehr gesprochen werden soll, weil es schade um die Zeit wäre und weil wir sie nicht mehr ändern können.

Es ist auch gar nicht richtig, was jemand gesagt hat, der Gemeinderath wirkt nichts, er bedeutet nichts — weil es ihm passiert ist, dass man seine Meinung nicht theilt. Es ist ja doch immer nur mehr oder minder die persönliche Überzeugung, die bei anderen nicht durchdringt, welche die Ursache ist, wenn dann jemand sich beschwert und sagt: „Wir alle miteinander wirken nichts", weil er nicht durchdrungen ist. So steht die Sache nicht. Man hat auch andere Herren zu hören, man muss annehmen: andere haben auch etwas gelernt, wissen auch etwas, stimmen und sprechen und handeln auch im Interesse der Stadt. Und wenn ihre Überzeugung durchgeht, hat niemand das Recht, zu behaupten: ich bin ein principieller Gegner, ich thue nicht mehr mit. Man muss in Anerkennung auch anderer Kenntnisse und Verhältnisse das Mandat diesen Verhältnissen entsprechend ausüben, und ich muss es sehr beklagen, wenn, von diesem rein persönlichen Standpunkte ausgehend, im Gemeinderathe diese Corporation auf ein Niveau heruntergedrückt wird, auf welchem sie gar nicht steht. Denn ich habe vor allen anderen Gelegenheit, beurtheilen zu können, ob der Gemeinderath Einfluss hat oder nicht, und ich kann sagen: er hat einen Einfluss, einen recht bedeutenden Einfluss (Widerspruch links), jawohl, einen bedeutenden Einfluss.

Ich bin aber der Meinung, dass, wenn der Gemeinderath denjenigen Herren folgen würde, welche bisher immer nur die Negative vertreten haben und nicht irgend etwas Positives aufweisen können, dass sie im Interesse der Stadt gewirkt haben, dann das Niveau des Gemeinderathes heruntersinken würde. (Bravo! rechts.) Diejenigen Herren aber, welche die Führung und Mehrheit im Gemeinderathe haben, können auf Leistungen zurückblicken, auf große Leistungen im Interesse der Stadt. (Rufe links: Bierkreuzer!) Und diejenigen Herren, die nun in dieser Zeit, die für Wien eine große ist, weil sie die Grundlage für die Entwicklung und Wohlhabenheit der Stadt bildet, berufen sind, die Stadt zu führen und in der Mehrheit zu entscheiden, können mit aller Beruhigung auf ihre Leistungen zurückblicken, und diejenigen, die in der Mehrheit heute für diese große Angelegenheit stimmen, werden sich den Dank der Bevölkerung verdienen. Ich bedauere es lebhaft, wenn nicht in jedem einzelnen Mitgliede des Gemeinderathes das Gefühl lebendig ist, dass hier die ganze Corporation mit Einschluss einer jeden einzelnen Partei, die hier besteht, gestärkt werden soll und gestärkt werden muss, und ich bedauere es, wenn hier gesagt wird: „Wir sind heruntergegangen, wir bedeuten nichts, auf uns hört man nicht, in der Verkehrs-Commission folgen wir nur dem Winke irgend eines noch so hochgestellten Herrn!" Ich erkläre das alles für geradezu unwahr, und ich erkläre, dass es nicht zu rechtfertigen ist bei jemandem, der selbst Mitglied der Verkehrs-Commission ist, wenn er hier so spricht, weil ein solcher am allermeisten Gelegenheit hat, zu sehen, mit welcher Energie und mit welchem Erfolge dort die Rechte der Gemeinde vertreten werden. (Sehr richtig! rechts.) Nur der Wahrheit die Ehre geben, meine Herren, und nicht über die Schnur hauen, und nicht bloß für die Gallerie reden, sondern die Bevölkerung belehren, das ist unsere Aufgabe! (Rufe rechts: So ist es!) Wir vertreten in der Verkehrs-Commission mit aller Energie die Rechte der Gemeinde, aber es wäre geradezu lächerlich, zu sagen, dass wir in allen Punkten durchdringen müssen, zu

behaupten, wir hätten in allen Punkten recht, und alles müsse sich uns fügen. Es sind ja auch noch andere Competenzen und andere Interessen, die zusammen mit den unserigen unter einen Hut gebracht und in eine Harmonie vereinigt werden müssen; da muss doch einmal der eine und einmal der andere nachgeben, sonst kommt ein großes Werk überhaupt nicht zustande.

Davon bin ich überzeugt, meine Herren: die Stadtbahn würde die Stadt Wien nie bekommen, wenn es nach der Anschauung des Dr. Lueger und seiner Genossen gienge. (Beifall rechts.) Einmal haben sie schon eine Stadtbahn umgebracht und sie brüsten sich dieser That; jetzt wollen sie ein zweitesmal eine umbringen und brüsten sich dieser That schon im vorhinein; denn Herr Dr. Lueger sagt, es sei kein Schaden, wenn Krauß & Comp. ebenfalls zugrunde gehen, es liege nichts daran. Aber ich bitte: dann haben Sie eben keine Stadtbahn! Nicht nur Sie, wir alle wollten, dass der Staat die Bahn baue, ich halte das heute auch noch für richtig, dass dieser Weg angestrebt worden ist; aber schon damals war es klar, dass dieses Ziel nicht zu erreichen ist. Im Programme ist schon eine solche Bestimmung aufgenommen worden. Die Regierung war dafür nicht zu gewinnen, im Abgeordnetenhause ist kein Antrag gestellt worden, im Herrenhause ist das auch nicht geschehen, aus Gründen, die uns vielleicht unangenehm sind, die aber auch endlich gehört werden müssen. Es sind ja noch andere finanzielle und budgetäre Gründe zu beachten, und der Staat, welcher bezüglich der Verkehrsanlagen gewiss nicht wenig für Wien gethan hat, hat gefunden, noch 30 Millionen für Localbahnen könne er nicht votieren; auch hat er die Anschauung, dass es nicht gut ist, das Privatcapital von den Localbahnen ganz fernzuhalten und auch solche Linien selbst zu bauen. Es lässt sich über diese Anschauung streiten, aber die Thatsache steht fest und mit der muss gerechnet werden. Wollen wir nun eine Stadtbahn, anerkennen wir, dass eine Stadtbahn im Interesse der Entwicklung des Verkehres nothwendig ist — und wer wollte dies leugnen? — so müssen Sie mit dieser Thatsache rechnen und müssen diesen leistungsfähigen Unternehmer, dem der Bau der Stadtbahn übertragen wird, zu binden suchen, soweit es nur denkbar ist, damit ein anständiger Betrieb dieser Bahn, der dem Publicum entspricht, eintrete, und das geschieht mit dieser Concessionsurkunde.

Sehen Sie (zur Linken gewendet), wie Ihre Thaten mit Ihren Worten gar nicht übereinstimmen! Das hat vor mir eigentlich schon jemand gesagt. Sie schimpfen was Platz hat über den Krauß, ehe er noch die Concession hat, Sie schimpfen über die Bahn, ehe sie noch gebaut wird, Sie sagen, das wird eine Tramway, während jedermann weiß, dass eine Localbahn etwas ganz anderes ist, und das steht im Programme. Aber Sie sagen es, Sie lassen die Bevölkerung im Irrthum und im Unklaren. Anstatt sie zu belehren, bestärken Sie sie noch im Irrthum und sagen, es wird eine Tramway und es wird so gehen wie bei der Tramway. Aber wenn man das Programm liest, so stellt es sich als nicht wahr heraus. Vielleicht haben übrigens viele von Ihnen gar nicht das Programm gelesen, ich weiß das nicht. Da schimpfen Sie über die Bahn, aber Sie wagen es doch nicht, zu sagen: „Die Bahn wollen wir gar nicht" oder „wir bitten beim Staate darum, dass die Verkehrs-Commission sie baue", weil das nicht geschehen kann; Sie stellen auch nicht den Antrag, die Gemeinde solle sie bauen — so weit wagen Sie doch nicht zu gehen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Es kommt schon!) Ich glaube nicht, dass Sie das wagen, denn die Bevölkerung hat doch den gesunden Sinn, zu wissen, dass eine Stadtbahn nothwendig ist, da der Verkehr mit den Verkehrsmitteln, wie sie heute bestehen, nicht mehr bestritten werden kann. Alles sehnt sich darnach. Bei den Tracen-Commissionen ist es freilich wieder etwas anderes; da möchte jeder womöglich eine Haltestelle bei seinem Hause haben. Also die Bevölkerung sehnt sich darnach. Sie müssen doch auch ein bisschen mit der denkenden Bevölkerung rechnen, und da besteht ein Widerspruch zwischen Ihren Worten und Ihren Thaten.

Ich sage aber ganz ehrlich: ich bin nicht in der Lage, es durchzusetzen, dass der Staat oder die Verkehrs-Commission diese Bahn baut, das ist eine reine Unmöglichkeit. Wenn man das beantragt — es soll, glaube ich, der Antrag gestellt werden — so heißt das nichts, als mit dem Kopfe durch die Wand rennen. Das geht einfach nicht. Entweder das Privatunternehmen oder keine Stadtbahn — so steht die Frage, und da bin ich für die Stadtbahn durch das Privatunternehmen (Zustimmung rechts), und mit mir der weitaus größte Theil der Bevölkerung von Wien, soweit sie die Frage überhaupt nur ein bisschen studiert hat.

Es liegt Ihnen hier ein Übereinkommen bezüglich der Theilung der Kosten zwischen der Wienfluss-Regulierung und der Stadtbahn vor. Ein solches Übereinkommen müsste nach Feststellung der Projecte getroffen werden; das steht im Programme. Das setzt voraus, dass die Concession schon gegeben ist. Ist die Concession schon gegeben und wird dann erst mit dem Unternehmer der Stadtbahn in den einzelnen Fällen unterhandelt, dann gibt es Streitigkeiten — darüber gibt es gar keinen Zweifel, das haben wir schon erlebt; dann liegt dem Unternehmer nicht viel daran, klar zu sehen, und was da herauskommt, wissen wir. Es liegt daher im eminentesten Interesse der Stadt Wien, dass im vorhinein ein solches Übereinkommen getroffen wird, und es ist interessant zu sehen, dass von allen Seiten auch anerkannt wird, dass es richtig ist, vorher ein solches Übereinkommen zustande zu bringen. Der Herr Baudirector und der Herr Referent haben Ihnen ausgeführt, dass nach vielen eingehenden Erwägungen diese Präliminar-Vereinbarungen zustande gekommen und dass dieses Übereinkommen günstig für die Stadt Wien ist. Möglich, wahrscheinlich sogar, dass auch der Unternehmer das Übereinkommen für sich günstig findet; das ist doch natürlich, denn sonst baut er die Bahn nicht. (Zustimmung rechts.) Oder glauben Sie vielleicht, es gibt jemanden, der die Stadtbahn baut und Sie dann umsonst in der Stadt herumführt? Das wäre freilich das Ideal gewisser Herren. (Heiterkeit rechts.)

Kein Privatcapital! Das Privatcapital, ja, es darf kommen und darf eine Stadtbahn bauen, aber verdienen darf das Privatcapital nichts! Für solche Dinge habe ich leider kein Verständnis. (Rufe links: Das wissen wir!) Wenn Sie es wissen, ist es mir ja recht. (Heiterkeit.) Nun ist nach vielen Mühen dieses für die Stadt günstige Übereinkommen zustande gekommen. Jetzt sagt der eine Herr: „Wir werden überrascht, wir müssen nur „Ja" sagen, wir können ohnedies nichts machen." Lassen Sie mich einmal auf diese Frage kommen!

Meine Herren! So große Aufgaben, wie sie seit zwei Jahren an die Stadt Wien herantreten, sind noch nicht dagewesen. Glauben Sie wirklich, dass man z. B. dieses Präliminar-Übereinkommen — denn der Gemeinderath hat ja die Entscheidung, Sie können es ablehnen, amendieren, alles Mögliche damit machen, es ist ja nur der andere gebunden, Sie sind nicht gebunden — mit ein paar Commissionen, gewählt aus den verschiedenen Parteien im Gemeinderathe, abschließen kann, dass man sich da zusammensetzen und eine

schöne große Debatte darüber abhalten kann? Glauben Sie wirklich, dass man eine solche geschäftliche Frage auf diesem Wege im Interesse der Stadt Wien lösen könnte?

Ich glaube das nicht und darum finden Sie bei solchen großen Fragen immer wirkliche Vorlagen, in allen Punkten durchdacht und vereinbart. Man geht bei diesen Verhandlungen — ich bin ja in der günstigen Lage, von ausgezeichneten Männern unterstützt zu werden — so weit, um das Interesse der Stadt zu wahren, als nach der Situation möglich ist; und hat man die äußerste Grenze erreicht, dann schließt man, bindet den anderen, mit dem man Vertrag schließt, und legt das Ganze dem Gemeinderathe vor. Nun ist es an Ihnen, das in allen Details zu beurtheilen; finden Sie, dass das Ganze nichts nutz ist, können Sie noch immer darnach die Entscheidung fällen und das Ganze ablehnen. Es ist daher nicht wahr, dass man Ihnen gesagt hat: „Friss Vogel oder stirb!"

Aber gewöhnlich — kann ich sagen — habe ich das Glück gehabt, dass Sie nach eingehenden Erwägungen nicht in der Lage waren, etwas Besseres an Stelle des Gebotenen zu setzen, und darum haben Sie mir zugestimmt, wofür ich Ihnen lebhaft danke, denn dies war für mich eine Beruhigung in der Richtung, dass ich das Richtige getroffen habe. Aber Ihre Erwägungen und Ihr Urtheil waren frei und Sie haben die Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen und nach gehöriger Information gefällt. Sie können also die Vorlage vollkommen durchberathen und nur das geschieht nicht, was vielleicht einzelne der Herren wollen, dass zu solchen großen Verhandlungen fünf, sechs oder noch mehr Mitglieder aller Parteien beigezogen werden, weil ich überzeugt bin, dass dies nicht die rechte Art und Weise wäre, wie man so große Sachen im Interesse der Stadt behandelt.

Nun, meine Herren, Herr Dr. Lueger hat auch in einem Punkte einen Antrag gegen das Übereinkommen gestellt. Er will nämlich das Unternehmen verhalten, noch einen Theil der Kosten zu zahlen. Begründet hat er das nicht, nicht im geringsten. Es soll einfach gesagt werden: „Die Mauer kostet ungefähr 800.000 fl., ich sehe gar nicht ein, warum man etwas aufgeben soll; die sollen noch 400.000 fl. zahlen!"

Nun, meine Herren, es handelt sich da ja um einen Vergleich. Der eine macht die Grundeinlösungen, der andere die Mauer, die Bahn nimmt auch die Einlösung der Häuser auf sich, das ist also alles ziffernmäßig und gegenseitig abgewogen, und man ist endlich zu einem Resultate gekommen. Kann jetzt der eine Theil hergehen und sagen: Es ist alles recht, aber wir wollen noch 400.000 fl.? Das müsste doch in der Sache seine Begründung finden, und eine solche Begründung hat Dr. Lueger nicht gegeben. Er hat nur einfach hineingegriffen und sagt: „Mir ist es doch lieber, wir kriegen noch 400.000 fl., folglich soll die Unternehmung das zahlen und der Bürgermeister soll darüber mit ihr reden!"

Es beweisen aber alle diese Verhandlungen, dass wir nicht in der Lage sind, ein solches Begehren zu stellen, weil wir nicht Aussicht haben, es erfüllt zu sehen, und ich weiß auch wirklich nicht, wie es zu begründen wäre.

Ich kann mir den Antrag des Herrn Dr. Lueger nur damit erklären, dass er das ganze Unternehmen ruinieren will. Ihm liegt ja nichts an der Stadtbahn. „Es ist kein Unglück für Wien, wenn die Firma Krauß & Comp. die Bahn nicht baut, folglich machen wir ein Hindernis, damit sie nicht gebaut werde, und verlangen wir daher noch 400.000 fl.! dann erreiche ich — Dr. Lueger — vielleicht mein Ziel und die Bahn wird nicht gebaut. Vielleicht sitzt mir die Majorität des Gemeinderathes auf, in der Meinung, dass sie noch 400.000 fl. erreichen und dass dies nicht schaden kann. In dieser Erwägung könnte ja die Mehrheit doch auch einmal aufsitzen und einen Antrag annehmen!" — einen Antrag, nach dessen Annahme sich Herr Dr. Lueger die Hände reiben würde, weil er sich sagen könnte: „Jetzt ist die Stadtbahn ruiniert!" Davor, meine Herren, möchte ich Sie warnen, ich bitte Sie, nehmen Sie das Übereinkommen an, das nach meiner Anschauung im höchsten Interesse der Gemeinde Wien gelegen ist, nehmen Sie es heute an, weil die Sache dringlich ist; wenn Sie es ablehnen würden, so wäre die Stadt Wien wirklich in Verlegenheit, wenn der Unternehmer die Concession bekäme, und glauben Sie mir, dass Sie die Verantwortung für die Ausbildung der Verkehrsanlagen vollkommen beruhigt tragen können, denn niemand anderem als Ihnen, der führenden Mehrheit, wird die Bevölkerung Wiens den Dank schulden für dieses große Werk, das durch Ihre Stimmen geschaffen wurde. (Lebhafter andauernder Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Es handelt sich heute um ein Übereinkommen mit einer Gesellschaft, welche auf städtischem Grund eine Bahn bauen will, nicht zu dem Zweck, um damit der Gemeinde Wien, sondern nur sich selbst ein Geschenk zu machen. Wir von der Opposition sind mit der Übertragung eines solchen Rechtes an eine Gesellschaft nicht einverstanden, und ich glaube, dass wir das Recht haben, dies hier zu betonen.

Der Herr Bürgermeister hat ja selbst gesagt, dass man auch anderer Herren Meinung anerkennen muss, folglich ersuche ich, auch unsere Meinung anzuerkennen. Jeder denkt eben anders, die Herren von drüben denken mit dem Herrn Referenten, weil man sagt, das Beste, was sich aus dem Referate machen ließ, hat der Herr Referent uns referiert. Ich verdenke das den Herren auch gar nicht, weil sie gewohnt sind, schön brav zu gehorchen und das Denken größtentheils dem Stadtrathe zu überlassen. (Oho-Rufe rechts.) Wir erlauben uns aber, anderer Meinung zu sein als der Herr Referent. Es handelt sich wieder um so eine Geschichte mit der Krauß'schen Gesellschaft. Es ist mit dieser Gesellschaft ein eigenes Verhängnis. Ich weiß nicht, wer von den Herren im Stadtrathe in dieselbe so verliebt ist, dass man alles zu ihren Gunsten thun will. Es ist noch gar nicht lange her, ist ein Herr Referent am Tische gestanden und hat uns referiert über den Verkauf von Gründen bei der Hundsthurmerlinie, ich glaube, an dieselbe Gesellschaft, und trotzdem man seit den Siebzigerjahren schon nach Metern rechnet, hat der Herr Referent — damit es besser ausschaut — uns ein Referat in Klaftern erstattet und hat beantragt, wir sollen der Gesellschaft um 15 fl. per Quadratklafter den Grund verkaufen, und dazumal hat man noch verkauft, das ist noch etwas anderes, trotzdem der Betrag von 15 fl. nicht einmal dem Drittel des Wertes des Grundes entsprochen hat. Heute ist man wieder daran, der Gesellschaft Krauß & Comp. ein Geschenk zu machen, diesmal handelt es sich um ein Geschenk und nicht um einen Verkauf, denn wenn man der Tramway oder der Localbahn den Grund zum Bauen schenkt und noch dazu die Hälfte von der Mauer, die sie ganz erbauen müsste, wenn wir nicht den Wienfluss regulieren würden, so ist es ein Geschenk an dieselbe Gesellschaft.

Es hat uns ein Herr gedroht, wenn wir nicht dem Übereinkommen zustimmen, wird die hohe Regierung über unsere Köpfe weggehen und expropriieren. Ich sehe kein Unglück darin, wenn die Regierung so vorgehen und über unsere Köpfe weg die Gründe

expropriieren würde. Ein jeder expropriierte Grund ist noch bezahlt worden und unsere Gründe müssen auch bezahlt werden, wenn auch expropriiert wird. Dies Gespenst fürchte ich nicht. Die Angelegenheit bezüglich der Mauer, die wir zur Hälfte von der Gesellschaft bezahlt verlangen, ist meiner Ansicht nach so klar und selbstverständlich, dass ich nicht hoffe, dass sich Herren finden, welche dagegen sein können. Ich denke, wenn die Gesellschaft die Concession erhält und die Bahn baut, so muss sie eine Mauer machen, damit bei eventuellem Hochwasser von der Wien kein Wasser auf die Geleise hereindringt. Nur müsste sie sie stärker bauen, weil die Hälfte der Mauer dem Hochwasserdruck nicht Widerstand leisten könnte. Nun wollen wir, nachdem die Mauern entsprechend stark gebaut werden, so dass sie unserem Zwecke und dem Zwecke der Bahn entsprechen, dass uns die Hälfte entschädigt wird. Dagegen ist eine Opposition; die Herren sagen, daran scheitert das ganze Übereinkommen. Wenn auch der Stadtrath mit den Bedingungen sich einverstanden erklärt hat, so müssen wir doch unser Veto dagegen einlegen. Der Gemeinderath hat das Übereinkommen festzusetzen, unter welchen Bedingungen wir der Tramway das oder jenes übergeben oder verkaufen.

Die Sache ist halt so, der Herr Bürgermeister ist gewohnt, von seiner getreuen Majorität alles, was im Stadtrathe beschlossen wird, hier bestätigt zu bekommen. Es wird hier niemand von den Herren sich in die ganze Tiefe des Studiums der Sache vertiefen, ich glaube, die meisten Herren kommen her, und wenn Sie die Ansicht anderer Herren hören, werden Sie „Ja" sagen, wir aber sagen „Nein", und zwar ganz entschieden „Nein".

Wenn der Herr Bürgermeister in die Verkehrs-Commission kommt und im Interesse der Stadt Wien spricht, möchte ich ihm etwas empfehlen, was vielleicht von Nutzen für die Bevölkerung wäre, und für das Ansehen der Stadt Wien. Wenn der Herr Bürgermeister nur die Hälfte von dem steifen Rückgrate in die Verkehrs-Commission mitnimmt, welche er gegen uns zur Schau trägt, dann würde manches verhindert worden sein, aber gegen uns ist er recht massiv und stramm. Da heißt es: Es geht nicht. Das ist natürlich; wenn man Hofrath werden will, dann muss man, wenn es ja heißt, ja, und wenn nein, nein sagen.

Der Ansicht bin ich nicht. Wir haben die Interessen der zahlenden, aber nicht der genießenden Bevölkerung zu vertreten. Es kommt bei einem Übereinkommen immer darauf an, wie man sich auseinandersetzt. Wenn man bei Abschluss eines Übereinkommens recht schüchtern ist und sich nichts zu verlangen getraut, dann muss man in den Sack greifen. Nun, den Herren, die die Commune vertreten, kommt es ganz leicht an, sich dort schüchtern zu zeigen, um nicht nach oben anzustoßen, denn Sie greifen nicht in ihren eigenen Sack, sondern sie greifen in den Sack der Bevölkerung, und das thut uns weh. Wenn einem was weh thut, dann schreit er, und darum schreie auch ich, dass man nicht immer und immer der Bevölkerung in den Sack greift.

Muss denn eine Gesellschaft wieder ein Privilegium bekommen, welches vielleicht lange Jahre die Bevölkerung schädigt und auszieht? Haben wir nicht genug an der Gasgesellschaft und an der Tramway? Wir dürfen bei diesen Unternehmungen gar nichts reden, absolut gar nichts. Die Tramway macht was sie will, sie lässt 20 statt 30 Wägen fahren. Der Bürgermeister kann nichts ändern. Es heißt: Die hohe Statthalterei hat es gutgeheißen. Die Tramway fährt auf unserem Grunde, verdient ein Heidengeld und chicaniert die ganze Bevölkerung. So wird es auch mit der neuen Bahn sein. Wenn die Concession ertheilt sein wird, dann wird die Verwaltung der Bahn ihr Rückgrat steif stellen und wird der Herr Bürgermeister schön bitten müssen, wenn er irgend eine kleine, selbstverständliche Sache erreichen will.

Ich verwahre mich dagegen, dass man in Zukunft mit dem Gemeinderathe so vorgeht. Ich weiß nicht, wozu der Stadtrath beisammensitzt; bei jeder Gelegenheit wiederholt es sich, dass wir erst etwas von der Sache erfahren, wenn es beinahe zu spät ist. Heute auch so. Wir wissen nichts von dem, was vorgeht, man sagt uns nichts, von dem, was vorgeht; man kommt nur und sagt, jetzt muss es geschehen, sonst ist es zu spät. Diese Art ist keine Art. Der Gemeinderath ist der Verwaltungskörper des Vermögens der Commune und der Stadtrath hat die verfluchte Pflicht, dem Gemeinderathe zu sagen, um was es sich handelt und nicht nur um die Last der Verantwortung auf den Gemeinderath zu wälzen, denselben in eine Zwangslage zu bringen (Unruhe, Zwischenrufe und Lachen.)

Die Herren können lachen, daran liegt mir nichts, aus Ihrem Sacke geht es ja nicht.

Ich werde übrigens zum Schlusse kommen, weil ich sehe, dass das ganze Reden nichts nützt. Es hat der Herr Referent schon gesagt, dass der Gemeinderath eine Null ist, man hält nur Reden, damit die Stenographen etwas zu thun und die Gallerien zu lachen haben. Der Herr Bürgermeister hat wohl gesagt, wir sind wer; nun, wenn wir wer sind, so muss man unsere Worte, unser Verlangen auch respectieren. Wir sind doch die Vertreter einer Stadt von eineinhalb Millionen Einwohner, welche eine kolossale Steuer leisten. Wird das berücksichtigt, dann wird auch ein Herr, wenn er einen noch so vergoldeten Kragen hat, das Einsehen haben, dass die Repräsentanten einer so großen Stadt das Recht haben, das Interesse derselben zu wahren. Es wird uns immer der Vorwurf gemacht, dass wir gegen das sprechen, was der Stadtrath beantragt, dass wir die Arbeit verhindern wollen. Das ist unwahr, das wird so professionsmäßig hinausgeschleudert, damit wir als diejenigen gelten, welche das Fortschreiten der Arbeiten hindern. Wir sind nicht gegen die Stadtbahn, wir sind nur gegen die Art, wie sie inscenirt werden soll. Wir sind dagegen, dass man die Wiener Bevölkerung wieder auf Jahre hinaus einer Gesellschaft ausliefert. Wir sind gegen keine Verkehrsanlagen, nur gegen die Art, wie man hier vorgeht.

Wenn man sich die Äußerung des Herrn Baurathes Stummer vor Augen hält, dass wir draußen, die wir heute mit so kolossalen Lasten belastet sind, uns mit einer eingeleisigen Bahn abspeisen lassen sollen, dann müssen wir auch dagegen Stellung nehmen, wenn man eine zweigeleisige machen und einer Gesellschaft übergeben soll. Was der Staat draußen betreibt, soll eingeleisig, recht pfründnerhaft gebaut werden. Die Gesellschaft erhält aber eine zweigeleisige Bahn, damit sie recht Gelegenheit hat, uns und die Bevölkerung auszubeuten.

Ich komme zum Schlusse und ich kann nichts anderes thun, als an Sie die Bitte richten, im Interesse der Bevölkerung den Zusatz-Antrag Lueger anzunehmen. (Bravo! bravo! links.)

Referent (zum Schlusswort): Leider ist die Zeit schon so vorgeschritten, dass ich meiner Pflicht nicht nachkommen kann, auf die Einwendungen und Bemerkungen meine Erwiderungen zu machen. Ich ersuche Sie, den Antrag, welcher von Seite des Herrn Dr. Lueger gestellt worden ist, nicht anzunehmen. Ich glaube, dass er nicht ernst gemeint ist (Widerspruch links), dass er nur

eine Ziffer herausgreift, nach welcher die Unternehmung 400.000 fl. nachlassen soll. Es ist von mir ja genau mit Ziffern nachgewiesen worden, wie sich die Verhältnisse stellen, und aus diesen Verhältnissen ein Stück herauszugreifen, ist ja nicht möglich, ohne das ganze Verhältnis zu stören.

Nachdem jeder von den Herren gewiss schon die Überzeugung sich verschafft hat, wie er zu stimmen hat, verzichte ich auf weitere Ausführungen und ersuche um Annahme meiner Anträge. (Bravo! Bravo!)

Gem.-Rath Weitmann (zur Abstimmung): Wegen der Wichtigkeit und größeren finanziellen Bedeutung dieser Angelegenheit beantrage ich die namentliche Abstimmung über den Antrag Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es liegt zur Abstimmung der Antrag des Referenten und ein Zusatzantrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger vor. Ich werde zuerst den Referenten-Antrag und dann den Antrag Lueger zur Abstimmung bringen. Zunächst ersuche ich jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass über den Antrag Lueger namentlich abgestimmt werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt. Ich ersuche nun diejenigen Herren, welche mit dem Referenten-Antrage, der dahin geht: „Genehmigung des Übereinkommens mit dem Beisatze, dass dasselbe erst nach der definitiven Ertheilung der Concession an die genannte Gesellschaft in Kraft zu treten habe", einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte nun jene Herren, welche den Zusatzantrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger: „Die Dampftramway-Gesellschaft hat überdies die Hälfte der Kosten der Scheidungsmauer im Betrage von 435.734 fl. 40 kr. zu bezahlen", annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Beschluss: Das Übereinkommen mit der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp., betreffend die Vereinbarung der Kostenvertheilung für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn und die Wienfluss-Regulierung sammt Sammelcanälen wird mit dem Beisatze genehmigt, dass dasselbe erst nach definitiver Ertheilung der Concession an die genannte Gesellschaft in Kraft zu treten hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Der Gegenstand ist erledigt, die Sitzung geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 13. Juni 1893.
Mittwoch, den 14. Juni 1893.
Donnerstag, den 15. Juni 1893.
Freitag, den 16. Juni 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **30. Mai 1893.**

Vorsitzender: 2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Müller, Boschan, v. Neumann, v. Götz, Noske, Dr. Hackenberg, Schlechter, Dr. Huber, Schneiderhan, Kreindl, Baugoin, Dr. Lederer, Dr. Vogler, Matthies, Witzelsberger, Matzenauer, Wurm. Meißl,
Bürgermeister Dr. Prix.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Beurlaubt: St.-R. Rückauf, Dr. Stenzl.
Entschuldigt: St.-R. Dr. Lueger.
Experte: Magistrats-Concipist Dr. Weiß, Ober-Ingenieur Bischof und Buchhaltungsrevident Bayer.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

Der **Vorsitzende** begrüßt die neugewählten Mitglieder des Stadtrathes, spricht sein Bedauern über das Scheiden des Gem.-Rathes Ritt. v. Goldschmidt aus und beantragt, demselben den Dank und die Anerkennung auszusprechen. (Allseitige Zustimmung.)

St.-R. Dr. Lueger entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer Sitzung des permanenten Gewerbeausschusses, die St.-R. Boschan und Müller ihr Späterkommen wegen einer dienstlichen Verhinderung.

Der **Vorsitzende** verliest die Nachweisung über die Belastung des Reservefonds mit 27. Mai 1893, wonach der Reservefond per 500.000 fl. effectiv mit 202.695 fl. 45½ kr. belastet erscheint, hiezu kommt die Belastung mit dem Betrage von 252.829 fl. 74 kr. durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen, es sind daher nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen in den Bezirken I bis XIX a 500 fl. zu reservierenden 9500 fl. noch 34.974 fl. 80½ kr. verfügbar.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 475.855 fl. 98 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung aussteht. (Zur Kenntnis.)

Petition von Bewohnern des XIV. Bezirkes um Schutz gegen die Änderung der Baulinie in der Sechshauser Hauptstraße.
(Wird dem Referenten zugemittelt.)

(3423.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Ortsschulrathes des II. Bezirkes um Bewilligung einer Dotation zur Feier des 100jährigen Bestandes der allgemeinen städtischen Volksschule für Mädchen in der Stefaniestraße im II. Bezirke und beantragt, für den genannten Zweck den Betrag von 200 fl. unter dem Vorbehalte zu bewilligen, dass der projectierte Schulbericht noch vor der Drucklegung dem Wiener Bezirksschulrathe behufs Einsichtnahme und eventuelle Vervollständigung vorzulegen sei.

St.-R. Matzenauer beantragt die Ablehnung.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

(3366.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Vergebung der Lieferung von Compositions-Gasmotoröl für die zu Straßenbespritzungszwecken errichteten Schöpfwerke und beantragt, diese Lieferung

dem J. Breuer, XV., Robert Hamerlinggasse 9, zu dem angebotenen Preise, d. i. 34 fl. per 100 kg mit einem Nachlasse von 10 Percent auf die Dauer eines Jahres probeweise zu übertragen.

(Angenommen.)

(3381.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem X. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Kautz Anton, städtischer Taglöhner;

Bernadinelli Modesto Matthias, Karrenschleifer;

Altrini Antonia Emilia, Tabaktrafikantin;

Fliegel Johann Stefan, Aviseur der priv. österr. Staatseisenbahn-Gesellschaft;

Kornherr Josef, Metalldrehergehilfe;

Konegger Heinrich, Drehervorarbeiter;

Hudik Augustin, Eisengießergehilfe;

Janous Franz, Schlossergehilfe;

Gürth Franz, Geschäftsdiener;

Diernberger Josef, Kostgeber und Hausbesitzer;

Benesch Josef, Maschinenschlossergehilfe;

Blaschke Franz, Monteur. (Angenommen.)

(3393.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Bezirksausschusses des XII. Bezirkes auf Abänderung der projectierten Fahrbahnbreite der Bahngasse im XII. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Straßenprofiles. (Angenommen.)

(3322.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Beistellung und Verabreichung von Armenmitteln pro 1893/94 und beantragt:

1. Zur Sicherstellung des Erfordernisses an Schreib- und Zeichenrequisiten, sowie an Schreibtheken und Linienblättern für arme Schulkinder an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen im Wiener Schulbezirke pro 1893/94 im veranschlagten approximativen Kostenbetrage von 62.934 fl. ist auf Grund der geänderten Vorschrift für die Vergebung der Lieferung vorbezeichneter Requisiten (Beilage B) und der zu genehmigenden Mustercollection eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung mit einem Termine von 14 Tagen auszuschreiben und hiebei dem Offerenten freizustellen, für eine, mehrere oder alle Gruppen, und innerhalb einer Gruppe wieder für eine, mehrere oder alle 19 Bezirke zu offerieren.

St.-R. Schlechter beantragt, den Magistrat aufzufordern, die Kundmachung der Offertverhandlung derart zu veranlassen, dass ein vierwöchentlicher Einreichungstermin bestimmt werde.

Nach Genehmigung der Vorschrift für die Vergebung der Lieferung und der Mustercollection wird der Referenten-Antrag mit dem Abänderungstermin des St.-R. Schlechter bezüglich des Einreichungstermines angenommen.

2. Normen für die Beistellung und Verabreichung von Lernmitteln für arme Schulkinder (Beilage A).

Referent beantragt:

Punkt 1.

Nach Schluss des Schuljahres, und zwar bis längstens 15. Juli, haben die Schulleiter dem Ortsschulrathe den muthmaßlichen Bedarf an Schulbüchern, Schreib- und Zeichenrequisiten für das nächste Schuljahr in abgerundeter Ziffer bekanntzugeben. (Angenommen.)

Punkt 2.

Auf Grund dieses approximativen Erfordernisses sind vom Ortsschulrathe die Bestellungen in der Zeit vom 1. bis 15. August bei den betreffenden Lieferanten einzuleiten. (Angenommen.)

Punkt 3.

Die Vergebung der Lieferung der Schreib- und Zeichenrequisiten für arme Kinder erfolgt auf Grund der hiefür bestehenden Vorschrift. (Angenommen.)

Punkt 4.

Die Lieferungen sind gemäß der Bestellung für jede Schule separat verpackt an den Ortsschulrath vom 1. bis 6. September zu effectuieren, damit derselbe in der Lage ist, jedem Schulleiter die beanspruchten Bücher und Requisiten schon einige Tage vor Beginn des Schuljahres verabfolgen zu können.

Bevor die Abgabe der Schreib- und Zeichenrequisiten an die Schulleiter erfolgt, müssen die gelieferten Gegenstände commissionell bezüglich der Qualität geprüft und übernommen werden.

Die Abgabe an die Schulleiter geschieht seitens der Ortsschulräthe mittels Lieferscheinen, wofür die Schulleiter Gegenscheine über den richtigen Empfang auszustellen haben. (Angenommen.)

Punkt 5.

An Stelle der bisherigen Fragebogen sind Armutszeugnisse behufs Erlangung unentgeltlicher Lernmittel einzuführen und die Formulare derselben dem Armeninstitute eines jeden Bezirkes in erforderlicher Zahl zur Verfügung zu stellen. (Angenommen.)

Punkt 6.

Die auf die unentgeltliche Beistellung der Lernmittel reflectierenden Parteien haben sich in dem Termine vom 15. Juli bis 15. August in der Kanzlei des Bezirks-Armeninstitutes zu melden, woselbst ihnen ein Formulare des Armutszeugnisses einzuhändigen ist.

(Angenommen.)

Punkt 7.

Die Partei hat das gehörig ausgefüllte, mit der Unterschrift des Hauseigenthümers oder Hausadministrators versehene Armutszeugnis binnen längstens drei Tagen in der Kanzlei des Bezirks-Armeninstitutes abzugeben. (Angenommen.)

Punkt 8.

In der Kanzlei des Bezirks-Armeninstitutes werden die eingereichten Armutszeugnisse den einzelnen Armenräthen zugewiesen, worauf der betreffende Armenrath sich durch persönliche Erhebung von der Richtigkeit der von der Partei gemachten Angaben zu überzeugen und dieselbe, mit seinen Bemerkungen und seiner Bestätigung versehen, der Kanzlei des Bezirks-Armeninstitutes zurückzumitteln hat.

(Angenommen.)

Punkt 9.

Über die von den einzelnen Armenräthen eingelangten Armutszeugnisse wird in den Sitzungen des Armenrathes referiert und werden dieselben dann mit dem Antrage auf Gewährung oder Ablehnung dem Ortsschulrathe zur endgiltigen Erledigung übermittelt.

Bezüglich der Zuerkennung des Bezugsrechtes der Lernmittel sollen folgende Gesichtspunkte ins Auge gefasst werden:

a) Für Kinder der ersten und zweiten Volksschulclasse ist nur ausnahmsweise in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen die Betheilung mit Lernmitteln zuzugestehen;

b) die Betheilung mit sämmtlichen vorgeschriebenen Lernmitteln ist auch bezüglich sämmtlicher Volks- und Bürgerschulclassen nur in besonders würdigen Fällen zuzugestehen;

c) im allgemeinen hat die Zuerkennung des Bezugsrechtes sich auf jene Lernmittel zu beschränken, deren Anschaffung den Eltern thatsächlich schwere, ja unerschwingliche Opfer auferlegen würde, und sind daher künftighin die Anträge des Armenrathes gesondert auf unbeschränkte oder beschränkte Beistellung von Lernmitteln zu stellen;

d) bei Zuerkennung des beschränkten Bezugsrechtes entfällt die Beistellung von nachbenannten Gegenständen, als: Bleistiften, Federn und Federhältern, Griffeln, Gummi, Schiefertafeln, Schreib- und Zeichenheften;

e) die Bewilligung zum Bezuge von unentgeltlichen Lernmitteln erstreckt sich auf die Dauer der Dürftigkeit, resp. bis zur vollendeten Schulpflicht des betheilten Kindes, kann jedoch jederzeit widerrufen werden. Demgemäß haben sich die Armenräthe wenigstens einmal im Jahre von dem Fortbestande der Armut der mit Lernmitteln betheilten Kinder bis zum Ablaufe der Schulpflichtigkeit zu überzeugen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die Streichung der Worte im Punkte 9 e „bis zum Ablaufe der Schulpflichtigkeit" und am Schlusse dieses Alinea den Zusatz: und „alljährlich die Fortdauer der Dürftigkeit zu bestätigen".

St.-R. Dr. v. Billing beantragt die Fassung „und den Fortbestand der Dürftigkeit schriftlich zu bestätigen".

Die Referenten-Anträge 9 a b c d werden nach dem Referenten-Antrag angenommen.

Desgleichen Alinea e mit der vom St.-R. Dr. Vogler beantragten Streichung und dem Zusatze des St.-R. Dr. v. Billing.

Punkt 10.

An die Armenräthe der 19 Gemeindebezirke ist das Ersuchen zu stellen, den Gesuchen um unentgeltliche Beistellung von Lernmitteln die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden, bei der Beurtheilung der Dürftigkeit und Würdigkeit der betreffenden Parteien mit der größten Rigorosität vorzugehen, sowie bei Gewährung des Bezuges der Lernmittel sich nach vorstehenden Gesichtspunkten zu halten. (Angenommen.)

Punkt 11.

Vom Ortsschulrathe wird für jedes mit Lernmitteln zu betheilende Kind eine Anweisung ausgefertigt und bis längstens 16. September derjenigen Schule übermittelt, welche das Kind (nach der auf dem Gesuche enthaltenen Angabe) besucht.

Wenn ein Kind bei Schulbeginn von dieser Anstalt in eine andere ausgeschult wird, ist demselben die Anweisung sofort mitzugeben.

Die der Anstalt übermittelten Anweisungen sind, mit der fortlaufenden Nummer versehen, anlässlich der Anschaffung des definitiven Lernmittelerfordernisses dem Ortsschulrathe zurückzustellen.

Der jeder Anweisung beigefügte Bestätigungscoupon ist abzutrennen, an der Schule aufzubewahren und dem betreffenden Kinde im Falle einer Übersiedlung während des Schuljahres mitzugeben. (Angenommen.)

Punkt 12.

Im Falle einer abweislichen Erledigung sind die Armutszeugnisse zurückzubehalten und die Schulleiter sowohl, als auch die Parteien von Seite des Ortsschulrathes noch vor Beginn des Schuljahres von der Ablehnung ihres Gesuches zu verständigen.

Die Schulleiter haben die Pflicht, in Fällen berechtigten Zweifels an der Dürftigkeit einer Partei an den Ortsschulrath eine Anzeige zu erstatten, auf Grund welcher eine nochmalige genaue Erhebung der Vermögens- und Erwerbsverhältnisse, eventuell die Einstellung des Bezugsrechtes, zu erfolgen hat.

Die Lehrkörper werden aufgefordert, allmonatlich im Schuljahre die den Schülern übergebenen sogenannten Armenbücher in Rücksicht auf ihren Zustand eingehender zu revidieren und überhaupt bei jedem gegebenen Anlasse auf Schonung der Schulrequisiten seitens der Schüler zu dringen.

Falls von Lehrpersonen im Verlaufe des Schuljahres ein Missbrauch oder eine Missachtung der von der Gemeinde unentgeltlich beigestellten Lernmittel beobachtet wird und durch eine Ermahnung der Eltern nicht behoben werden könnte, ist über Anzeige des Schulleiters seitens des Ortsschulrathes gegen die betreffende Partei amtszuhandeln.

St.-R. Noske beantragt folgende Fassung des Alinea 2, des Punktes 12.

„Die Schulleiter haben die Pflicht, alljährlich einmal die Classenlehrer über die Dürftigkeit der mit unentgeltlichen Lernmitteln betheiligten Parteien einzuvernehmen und eine diesbezügliche Auskunftstabelle dem Ortsschulrathe vorzulegen.

Ergibt sich hienach ein berechtigter Zweifel an der Dürftigkeit einer Partei, so hat neuerlich eine genaue Erhebung der Erwerbs- und Vermögensverhältnisse, eventuell die Einstellung des Bezuges zu erfolgen.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

Punkt 13.

Die Eltern (deren Stellvertreter) sind aufmerksam zu machen, dass die Lernmittel Eigenthum der Gemeinde und sie dafür verantwortlich sind, dass mit denselben kein Missbrauch getrieben wird, insbesondere, dass dieselben nicht verkauft oder sonst übertragen werden dürfen.

Dieser Punkt ist auf der zweiten Seite des Armutszeugnisses oben mit der Überschrift „Warnung" zu drucken.

Die Bücher, Reißbretter, Reißschienen, Reißzeuge sind nach Thunlichkeit durch Stampiglierung als Eigenthum der Gemeinde zu bezeichnen.

Der Text der Stampiglie hat zu lauten:

„Warnung!
Eigenthum der Gemeinde Wien. Unverkäuflich, überhaupt unübertragbar."

Womöglich ist diese Warnung bereits vom Lieferanten vor der Lieferung in einer schwer zu beseitigenden Weise auf dem Objecte anzubringen.

Um den Verkauf der Bücher hintanzuhalten, ist die erste Seite und wenigstens noch zwei spätere Seiten des Buches mit dem Schulstempel zu versehen. (Angenommen.)

Punkt 14.

Die Schulleiter haben auf Grund der Anweisungen der an ihrer Schule mit Lernmitteln zu betheilenden Kinder dem Ortsschulrathe bis längstens 15. October unter gleichzeitiger Rückstellung der Anweisungen und Benützung der eingeführten Formularien einen Ausweis über das definitive Erfordernis an Büchern und sonstigen Requisiten, gleichzeitig aber auch ein Verzeichnis über eventuell disponible, brauchbare Lernmittel vorzulegen. (Angenommen.)

Punkt 15.

Nach Einlangen der Ausweise über den wirklichen Bedarf hat der Ortsschulrath unter Verwendung der an einzelnen Schulen sich ergebenden Überschüsse an Lernmitteln die eventuellen Nachtragserfordernisse einzelner Anstalten zu bedecken und etwa noch erforderliche Nachbestellungen zu veranlassen. (Angenommen.)

Punkt 16.

Die Rechnungen über die erfolgten Lieferungen sind von den Contrahenten unter Anschluss der Bestellscheine und der Empfangsbestätigung des Ortsschulrathes in der bisherigen Weise zur Adjustierung und Zahlungsanweisung vorzulegen.

St.-R. Dr. Bogler beantragt die Streichung der Worte „in der bisherigen Weise".

Der Referenten-Antrag mit der vom St.-R. Dr. Bogler beantragten Streichung wird angenommen.

Punkt 17.

Zum Behufe der Controle über den Verbrauch und über die vorräthigen Bestände der an die einzelnen Schulen ausgefolgten Lernmittel sind von den Schulleitern und von den Classenvorständen nachstehende Ausweise zu führen:

1. Ausweise über die vom Ortsschulrathe empfangenen und an die Classenvorstände abgegebenen:

a) Bücher,

b) Schreib- und Zeichenrequisiten.

2. Ausweise über die vom Schulleiter empfangenen und an die Kinder vertheilten:

a) Bücher,

b) Schreib- und Zeichenrequisiten.

Die Prüfung dieser Ausweise, beziehungsweise des Vorrathes an Lernmitteln an Ort und Stelle kann jederzeit vom Magistrate veranlasst werden, bei welchen Revisionen die ganze Gebarung nach Thunlichkeit einer Controle zu unterziehen ist. (Angenommen.)

Punkt 18.

Bezüglich der Beistellung von Arbeitsmaterialien für arme Industrieschülerinnen soll keine Änderung eintreten, sondern dem Ortsschulrathe wie bisher ein Pauschalbetrag ausgefolgt werden, dessen Verwendung unter Beibringung der Zahlungsbelege nachträglich zu verrechnen ist. (Angenommen.)

Punkt 19.

Die erforderlichen Schreibhefte sind bei der städtischen Hauptcassa auf Grund einer Anweisung zu beheben, welche vom Schulleiter, vom Ortsschulrathe und vom Referenten des magistratischen Schuldepartements gefertigt ist. (Angenommen.)

Punkt 20.

Am Schluss des Schuljahres sind sämmtliche vom Gemeinderathe unentgeltlich beigestellten Bücher und Requisiten in der Regel den Kindern abzunehmen und aufzubewahren, um im nächsten Schuljahre nach eventueller Reparatur wieder in Gebrauch genommen zu werden.

Dem Ermessen der Schulleiter wird es überlassen, Schulkindern, namentlich wenn sie Aufnahmsprüfungen in einer anderen Anstalt zu machen haben, die von der Gemeinde beigestellten Bücher während der Ferienzeit zu belassen. (Angenommen.)

Punkt 21.

Schadhaft gewordene, jedoch reparaturfähige Lernmittel sind nach Schluss des Schuljahres der nothwendigen Reparatur zu unterziehen und hat der Ortsschulrath die dafür entfallenden Kosten zu verrechnen. — Zeichenrequisiten, als: Reißbrett, Reißschiene, Reißzeug, Lineal, Dreieck, Maßstab, Federmesser, Zeichenkreide, Tusch, Farben, Tuschschalen, Pinsel, Wischer, Bleistifthülsen, sollen dort, wo hinreichend Raum und Kästen zur Aufbewahrung vorhanden sind, in Verwahrung des Zeichenlehrers bleiben und nur mit dessen Erlaubnis in der Schule benützt oder auch zeitweilig mit nach Hause genommen werden dürfen. (Angenommen.)

Punkt 22.

Die Localconferenzen haben sich alljährlich am Schlusse des Schuljahres über die Qualität der gelieferten Lernmittel, speciell über die des Schreib-, Zeichen- und Handarbeitsunterrichtes auszusprechen und über ihre bezüglichen Wahrnehmungen dem Bezirksschulrathe zu berichten. (Angenommen.)

Desgleichen werden nachstehende Formularien in der vom Referenten beantragten Fassung angenommen:

Armutszeugnis

kraft dessen bestätigt wird, dass .....

im Hause ..... wohnhaft, derartig dürftig ist, dass er (sie) die Lernmittel (Bücher und sonstige Schulrequisiten) für sein..... (ihr.....) $\frac{\text{Kind}}{\text{Kinder}}$ nicht zu beschaffen vermag.

Unterschrift des Hausherrn (Hausadministrators).

Warnung.

Die Eltern (deren Stellvertreter) werden aufmerksam gemacht, dass die Lernmittel Eigenthum der Gemeinde und sie dafür verantwortlich sind, dass mit denselben kein Missbrauch getrieben wird, insbesondere dass dieselben nicht verkauft oder sonst übertragen werden dürfen.

Personalien der Bittsteller.

Vater:
- Name: .....
- Alter: .....
- Gewerbe, Beschäftigung: .....
- Stand: .....
- Wohnort: .....
- Einkommen, Verdienst: .....
- Zuständigkeitsgemeinde: .....

Mutter:
- Name: .....
- Alter: .....
- Beschäftigung: .....
- Stand: .....
- Wohnort: .....
- Einkommen, Verdienst: .....
- Zuständigkeitsgemeinde: .....

Anzahl der Kinder: ..... im Alter von ..... bis ..... Jahren.

Verzeichnis der schulpflichtigen Kinder, für welche um die unentgeltliche Beistellung von Lernmitteln angesucht wird.

	Name	Alter	Schule, welche das Kind vom 15. September ab besuchen wird	Classe
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				

Unterschrift der Partei:

Bemerkungen des mit der Erhebung betrauten Armenrathes.

Unterschrift des Armenrathes:

Antrag des Armenrathes (der Commission).

Über Beschluss des Armenrathes (Commission) vom ..... wird beantragt: a) die unentgeltliche Beistellung aller Lernmittel,
b) die unentgeltliche Beistellung von Büchern, Zeichenrequisiten und Arbeitsmateriale zu bewilligen.

Vom Armenrathe des ..... Bezirkes:

Der Obmann:

Erledigung.

Dem Antrage des Armenrathes wird hiemit ..... stattgegeben.

Wien, am ..... 18.....

Für den Ortsschulrath des ..... Bezirkes:

Der Obmann:

Anweisungs-Nr.

Anweisung

zur unentgeltlichen Beistellung von Lernmitteln.

a) (der sämmtlichen) .....

b) (beschränkt) .....

Des Schulkindes	**Name:**
	Alter:
Besucht angeblich	die Classe ..... der Schule ..... Bezirk ..... gasse / platz ..... Nr. .....

Nummer des bezüglichen, beim Ortsschulrathe erliegenden Armutszeugnisses:

NB. Diese Anweisung ist an der Schule, welche das obige Kind thatsächlich besucht, mit der fortlaufenden Nummer zu versehen und anlässlich der Anschaffung des definitiven Armen-Lernmittelbedarfes anher rückzumitteln.

Vom Ortsschulrathe des ..... Gemeinde-Bezirkes .....

Wien, am ..... 189.....

Der Obmann:

Anweisungs-Nr. ..... Classe .....

Bestätigung,

dass .....,

..... Jahre alt,

im ..... Gemeinde-Bezirke ..... a) mit sämmtlichen Lernmitteln,
b) mit Büchern und Zeichenrequisiten,
c) mit Arbeitsmaterial betheilt wurde.

Schulstempel:

NB. Dieser Coupon ist abzutrennen, an der Schule aufzubewahren und dem betreffenden Kinde im Falle einer Übersiedlung während des Schuljahres mitzugeben.

Weiters beantragt Referent, die Controlstabellen in der von der Buchhaltung vorgelegten Fassung zu genehmigen. (Beilage C und D.) (Angenommen.)

Hiemit erledigt sich der Antrag des Gem.-Rathes Kaspar, betreffend die Einsetzung eines Localcomités, der Antrag der Budget-Commission (Budgetberathung 1893), betreffend die Vergebung der Lernmittel in kleineren Losen und die diesbezüglich von der Genossenschaft der Papier-Verschleißer ꝛc. überreichten Eingaben.

(3092.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Erbserklärung bezüglich des Nachlasses nach Josef Graf Curletti und beantragt, dem k. k. städt.-del. Bezirksgerichte Innere Stadt Wien lediglich zum Zwecke der Abkürzung der Abhandlungspflege gemäß § 120 des Abhandlungs-Patentes die schriftliche Erklärung des Inhaltes abzugeben, dass die Gemeinde Wien nom. des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes die bedingte Erbserklärung zum dritten Theile des Nachlasses nach dem am 1. Februar 1892 zu Wien verstorbenen Domherrn Josef Grafen Curletti auf Grund des Gesetzes nicht einbringen wird. (Angenommen.)

(3427.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Franz Hierhammer, Buchdruckers, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3526.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht des Magistrates, betreffend die Organisation der Controle der currenten Arbeiten und Lieferungen.

Referent beantragt:

1. Die von dem Ersteher der currenten städtischen Arbeiten und Lieferungen in der nächsten Contractsperiode auszuführenden Neuherstellungen, sowie jene Reparatursarbeiten, bei welchen die Verdienstsumme per Fall den Betrag von 200 Kronen übersteigt und bei denen ihrer Natur nach die qualitätgemäße Leistung nach Ablauf einer gewissen Zeit constatiert werden kann, unterliegen neben der allgemeinen Haftung seitens des Contrahenten für die Erfüllung seiner Verpflichtungen überhaupt, auch einer solchen für die solide und contractgemäße Arbeitsleistung, deren Dauer sich über den Rest des Jahres, in welchem die Ausführung erfolgte und auf das ganze nächstfolgende Jahr erstreckt. In der Regel ist die Evidenzhaltung dieser Haftung für solide und contractgemäße Herstellung nur bei Neuherstellungen und solchen Reparatursarbeiten durchzuführen, bei welchen die Verdienstsumme im Einzelfalle 200 Kronen übersteigt und bei denen ihrer Natur nach die qualitätmäßige Leistung noch nach Ablauf einer gewissen Zeit constatiert werden kann;

2. für die aus diesen Haftungen entspringenden Verbindlichkeiten hat jeder Contrahent eine Caution zu erlegen, deren Betrag mit der Hälfte der im § 9 der Vorschrift für die Bestellung ständiger städt. Contrahenten bei der Umarbeitung des Tarifes vom Stadtbauamte in Vorschlag gebrachten Ziffern, jedoch nicht unter 20 Kronen für jeden einzelnen Bezirk und jede einzelne Arbeitsgattung festzusetzen ist;

3. der Magistrat wird beauftragt, wegen eventueller Bestellung eigener Bauaufseher für die Überwachung der currenten Arbeiten entsprechende Vorschläge zu erstatten. (Angenommen.)

(3218.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Wünsch wegen gänzlicher Auflassung und Abräumung des allgemeinen Friedhofes in Währing und des Ortsfriedhofes daselbst und beantragt die Kenntnisnahme des Magistratsberichtes über das hinsichtlich des Pfarrfriedhofes Verfügte (gänzliche Auflassung und Abräumung des Währinger Ortsfriedhofes, Festsetzung einer Frist von zwei Jahren zur Exhumierung ꝛc.) unter Gewärtigung des Berichtes über den städtischen Währinger Friedhof.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, es sei dem Bürgermeister bekanntzugeben, dass zu einer derartigen Kundmachung kein Anlass vorhanden und dieselbe derzeit nicht nothwendig sei.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lederer wird abgelehnt; der Referenten-Antrag wird angenommen.

(3217.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Steiner wegen gänzlicher Auflassung und Abräumung des alten israelitischen Friedhofes in Währing und beantragt, den Magistratsbericht auf Ablehnung dieses Antrages genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(3491.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Baulinienbestimmung für die Sechshauser Hauptstraße im XIV. und XV. Bezirk und beantragt, die nach dem ministeriellen Plane genehmigte Baulinie in der Sechshauser Hauptstraße bis einschließlich des Hauses Nr. 16 bei einer Straßenbreite von 15·17 m aufrecht zu halten und hinsichtlich der weiteren Baulinienbestimmungen in dieser Straße gemäß dem Stadtraths-Beschlusse vom 29. März 1893 Bericht zu erstatten.

St.-R. Matzenauer beantragt, dass es bezüglich der Baulinie für das Haus Nr. 14 Sechshauser Hauptstraße bei der vom Ministerium bestimmten Baulinie zu verbleiben hat.

Der Antrag des St.-R. Matzenauer wird abgelehnt; der Referenten-Antrag angenommen.

(3479.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Rodler um Baubewilligung für den Umbau des Hauses VIII., Lerchengasse 11, und beantragt die Bestätigung der beantragten Ertheilung des Bauconsenses, beziehungsweise Genehmigung des Thorportales mit einem Vorsprunge von 0·15 m über die Baulinie der 11·38 m breiten Lerchengasse gegen Abzug der hiezu erforderlichen Grundfläche von 0·45 m² von dem zur Straßenerweiterung abzutretenden Grunde. (Angenommen.)

(3525.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Detailproject für den Zubau zur Bürgerschule Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 39/41, und beantragt:

1. das vorgelegte Detailproject, dessen Kosten vom Stadtbauamte mit 20.859 fl. 66 kr. veranschlagt werden, mit dem Maximalkostenbetrage von 20.000 fl. zu genehmigen;

2. den Bauconsens für diesen Zubau unter der Voraussetzung, dass bei der abzuhaltenden Bau-Commission gegen den Bau keine Einwendungen erhoben werden, zu ertheilen;

3. die Vergebung der erforderlichen Arbeiten und Lieferungen in der in der Kostenzusammenstellung anmerkungsweise ersichtlich gemachten Art zu genehmigen, und

4. den Termin für die Vollendung des Baues mit 1. September d. J., jenen für die Möbellieferung aber mit 10. September d. J. festzusetzen. (Angenommen.)

(3463.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Anton Trillsamer um Baubewilligung für den Bau einer Scheune auf der Grundparcelle 762, XIII. Bezirk, Ober-St. Veit, und beantragt die Zugestehung der in Frage kommenden Bauerleichterung. (Angenommen.)

(3478.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Elisabeth Prunner um Consens zur Wiederherstellung der durch den Brand zerstörten Badeanstalt in Dornbach und beantragt, für die projectierten Bauführungen den Consens gegen dem zu ertheilen, dass die Gesuchstellerin einen auf dieser Realität auf ihre Kosten zu intabulierenden Revers ausstellt, wonach sich dieselbe verpflichtet, die neu aufzuführenden Objecte und den zu renovierenden Wohntract nach Ablauf eines Jahres über jedesmaliges Verlangen der Gemeinde Wien gänzlich zu demolieren. (Angenommen.)

(2176.) **St.-R. Noske** referiert über die Sicherstellung der Canal- und Senkgrubenräumung in den Vorortebezirken vom 1. Juli 1893 an und beantragt:

1. Vom 1. Juli 1893 an ist die Räumung der Hauptcanäle und Hauscanäle in nachstehend bezeichneten Theilen des Gemeindegebietes, und zwar auch insofern, als daselbst private Unrathsobjecte in die communale Räumung bisher nicht einbezogen waren, von der Gemeinde an Unternehmer zu vergeben. Diese Gebietstheile sind: Simmering im XI. Bezirke, Ober-Meidling und Gaudenzdorf im XII. Bezirke, Penzing und Breitensee im XIII. Bezirke, Sechshaus im XIV. Bezirke, der XV. Bezirk, der verbaute Theil des XVI. Bezirkes bis zur Montleartstraße und einer gedachten nördlichen Verlängerung derselben, jedoch mit Einschluss des Wilhelminen-Spitales, Hernals im XVII. Bezirke, Währing, Weinhaus, Gersthof, Pötzleinsdorf im XVIII. Bezirke, Ober-Döbling, Unter-Döbling, Heiligenstadt und Nussdorf im XIX. Bezirke.

St.-R. Kreindl beantragt, dass in allen Orten, die ländlichen Charakters sind, eine obligatorische Senkgrubenräumung nicht stattzufinden habe.

St.-R. Wurm beantragt, den Magistrats-Antrag als Grundlage zu nehmen, jedoch auszuscheiden: St. Veit, Gersthof, Pötzleinsdorf, Heiligenstadt, Nussdorf und Grinzing. (Wird zurückgezogen.)

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

2. In jenen Bezirkstheilen der Bezirke XI bis XIX, in welchen sich Senkgruben befinden, sind diese Unrathsobjecte nur insofern in die communale Räumung einzubeziehen, als dies entweder bisher der Fall war, oder wenn seitens eines Hauseigenthümers darum angesucht wird oder das Bezirksamt die Einbeziehung aus sanitären Gründen verfügt, weil der Hauseigenthümer den ihm gegebenen Weisungen rücksichtlich einer ordnungsmäßigen und regelmäßigen Reinigung nicht entsprochen hat; die Räumung hat sodann durch den Contrahenten des betreffenden Bezirkes oder Section zu erfolgen.

Über die von den St.-R. Schneiderhan und Dr. Lederer gegebenen Anregungen modificiert Referent seinen Antrag wie folgt:

2. In jenen Bezirkstheilen der Bezirke XI bis XIX, in welchen sich Senkgruben befinden, sind diese Unrathsobjecte nur insofern in die communale Räumung einzubeziehen, als a) dies entweder bisher der Fall war, b) wenn ein Hauseigenthümer nicht selbst in der Lage ist, die Räumung zu besorgen, in welchem Falle er um communale Räumung anzusuchen hat, c) das Bezirksamt die Einbeziehung aus sanitären Gründen verfügt, weil der Hauseigenthümer den ihm gegebenen Weisungen rücksichtlich einer ordnungsmäßigen und regelmäßigen Reinigung nicht entsprochen hat.

Die Räumung hat in allen diesen Fällen durch den städtischen Contrahenten des betreffenden Bezirkes oder Section zu erfolgen.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

3. Die Vergebung der Canal- und Senkgrubenräumung in den bezeichneten Gebietstheilen hätte für den Zeitraum vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1896 zu erfolgen. (Angenommen.)

4. Die Vergebung der Canal- und der zwangsweisen Senkgrubenräumung hat nach Bezirken, beziehungsweise Sectionen, und zwar in der Art zu erfolgen, dass für die Räumung der Haupt- und Hauscanäle und der Senkgruben in jenen Bezirkstheilen, in welchen die Einschätzung der Senkgruben vollendet ist, ein Jahrespauschale zu offerieren ist.

Die zwangsweise Räumung der Senkgruben in jenen Bezirkstheilen, in welchen die Einschätzung noch nicht vollendet ist, und die facultative Räumung der Senkgruben ist nach Einheitspreisen zu vergeben, welche nach dem Cubikmeter des Aushubes für jede Section aufzustellen sind und den Offerten als Grundlage zu dienen haben.

Die Vergebung erfolgt nur gemeinsam für die Canal- und die zwangsweise, beziehungsweise facultative Senkgrubenräumung.

St.-R. Schlechter beantragt die Ersetzung des Wortes „zwangsweise" durch „obligatorisch".

Der Antrag des St.-R. Schlechter wird abgelehnt; der Referenten-Antrag angenommen.

5. Der Gemeinderaths-Beschluss vom 28. October 1892, Z. 5796, beziehentlich vom 12. November 1889, Z. 6743, wird rücksichtlich der Gebüren bei jenen Häusern, in welchen sich nebst dem Hauscanale auch noch eine oder mehrere Senkgruben befinden, dahin abgeändert, dass ab 1. Jänner 1894 in solchen Häusern die scalamäßige Canalräumungsgebür nur nach Maßgabe der richtiggestellten Jahreszinse jener Wohnungen zu entrichten ist, bei welchen die zu denselben gehörigen Aborte in den Hauscanal münden.

St.-R. Schlechter beantragt, dass in Häusern, in welchen sich Senkgruben und Aborte befinden, nicht der ganze Zinsbetrag zur Grundlage genommen, sondern die halbe scalamäßige Gebür zu entrichten ist.

St.-R. Schneiderhan beantragt, dass nur die scalamäßige Canalräumungsgebür zu entrichten sei.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Der modificierte Referenten-Antrag lautet daher:

Der Gemeinderaths-Beschluss vom 28. October 1892, Z. 5796, beziehentlich vom 12. November 1889, Z. 6743, wird rücksichtlich der Gebüren bei jenen Häusern, in welchen sich nebst dem Hauscanale auch noch eine oder mehrere Senkgruben befinden, dahin abgeändert, dass ab 1. Jänner 1894 in solchen Häusern nur die scalamäßige Canalräumungsgebür zu entrichten ist. (Angenommen.)

6. Die nach diesen Bestimmungen erfolgende Vergebung der Canal- und Senkgrubenräumung durch die Gemeinde ist in entsprechender Weise zu verlautbaren.

(Angenommen; Punkt 5 an den Gemeinderath.)

(3394.) **Derselbe** referiert über die Mehrkosten für die Neupflasterung der Weinberggasse in Währing und beantragt die Genehmigung des Nachtragskostenanschlages mit dem adjustierten Erfordernisse von 563 fl. 34 kr. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **31. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Beurlaubt: St.-R. Rückauf. Dr. Stenzl.

Experte: Baudirector Berger.

Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

In das Verhandlungs-Comité puncto Einlösung des Hauses Or.-Nr. 104 Kaiserstraße, VII. Bezirk, werden gewählt die St.-R. Vaugoin, v. Neumann und Dr. Vogler.

(3468.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Neupflasterung der Rauschergasse im II. Bezirke mit dem Kostenbetrage von 7528 fl. 18 kr. und 300 fl. Pauschale und beantragt, das Bestbot des Franz Böck mit 25·5 Percent Nachlass zu genehmigen. (Angenommen.)

(3484.) **Derselbe** referiert über die Nichtbezahlung der Taxe für die zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 29. October 1891, Z. 2984, erfolgte Verleihung der Zuständigkeit an Georg Anton W ..... und beantragt die Annullierung der Aufnahme des Genannten in den Wiener Gemeindeverband. (Angenommen.)

(3415.) **St.-R. Matzenauer** referiert über verschiedene Herstellungen in den Fondsguthäusern Nr. 10 und 10 b in Kaiser-Ebersdorf und die Bestellung eines Hausbesorgers und beantragt, die Herstellungen mit dem bedeckten Kostenbetrage vom 1468 fl. 60 kr. zu genehmigen und die Hausbesorgerstelle ab 1. Mai 1893 mit 15 fl. monatlich zu dotieren und diese Auslage auf das Gebarungsresultat des Fondsgutes zu verweisen. (Angenommen.)

(3335.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Albert Dub um Bekanntgabe der Baulinie und des Niveaus der verlängerten Igelgasse innerhalb seiner Realität Einl.-Z. 299 im IV. Bezirke, Hungelbrunngasse Nr. 28, und beantragt, es kann mit Rücksicht darauf, dass das bezügliche Hauptreferat (Zahl 5872) auf der Tagesordnung des Gemeinderathes steht, vor Erstattung desselben und Beschlussfassung des Gemeinderathes darüber eine meritorische Entscheidung nicht erfolgen. (Angenommen.)

(3465.) **St.-R. Vaugoin** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung des k. u. k. Majors Friedrich Loehr bezüglich des Grabes Gruppe 16 c, Reihe 16, Nr. 11, am Wiener Central-Friedhofe anzunehmen. (Angenommen.)

(3490.) **Derselbe** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung des Adolf R. v. Loehr, k. k. Sectionschef, für das Grab seiner Gattin Maria Loehr am Wiener Central-Friedhofe Gruppe 46 D, Reihe 9, Nr. 5, anzunehmen. (Angenommen.)

(3371.) **Derselbe** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung der Zerline Lehmann für die einfache Gruft Gruppe 31 B, Reihe 14, Nr. 3, am Wiener Central-Friedhofe anzunehmen. (Angenommen.)

(3467.) **Derselbe** referiert über eine Graberhaltungswidmung und beantragt, die Widmung des Josef Dereani bezüglich des Einzelgrabes Gruppe 46 A, Reihe 14, Nr. 3, am Wiener Central-Friedhofe anzunehmen. (Angenommen.)

(3290.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 192 Parteien aus dem XVI. Bezirke mit dem Betrage von 252 fl. und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

(3181.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Herstellung einer neuen Orgel in der Kirche St. Florian in Matzleinsdorf im V. Bezirke und beantragt, die Herstellung der neuen Orgel nach dem (billigeren)

Offerte des Franz Strommer mit dem Kostenbetrage von 2640 fl. zu genehmigen.

St.-R. Schlechter beantragt die Vertagung.

St.-R. Dr. v. Billing stellt zu dem Referenten-Antrage den Zusatz-Antrag, es sei jedoch in das Übereinkommen aufzunehmen, dass die Zahlung erst dann angewiesen wird, wenn durch zwei von der Gemeinde zu bestellende Sachverständige die Orgel ausprobiert und als vollständig gut befunden wurde und zu diesem Zwecke den Tonkünstler Josef Bockner und den Kammerpianisten und Lehrer für Clavier, Orgel und Harmonielehre Josef Labor zu bestellen.

Referenten-Antrag und Zusatz-Antrag Dr. v. Billing angenommen.

(3267.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gertrud Weißensteiner um unentgeltliche Aufnahme ihrer zwei Kinder in den Kindergarten des XV. Bezirkes und beantragt, dies Ansuchen zu gewähren und die unentgeltliche Aufnahme in diesen Kindergarten unter den gleichen Modalitäten wie im XVIII. und XIX. Bezirke dem Ortsschulrathe, im Einvernehmen mit dem Bezirksvorsteher, anheimzustellen.

St.-R. Matzenauer stellt den Zusatz-Antrag, alle Bezirksämter anzuweisen, derlei Angelegenheiten unter gleichen Verhältnissen dem Bezirksvorsteher, im Einvernehmen mit dem Ortsschulrathe, zur Erledigung abzutreten. (Angenommen.)

(3300.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Eberstaller um Ausstellung einer Löschungserklärung bezüglich des auf Grund-Parc. 839 in der Gemeinde Saubersdorf haftenden Wasserleitungs-Servitutsrechtes. (Vertagt.)

(3240.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jakob Franz Neugebauer um Einwilligung zur Löschung der auf der Realität Einl.-Z. 508, VI., Gumpendorferstraße 25, zu Gunsten der Gemeinde haftenden Verbindlichkeiten und beantragt, die Ausstellung der erbetenen Löschungserklärung auf Kosten des Gesuchsstellers zu bewilligen. (Angenommen.)

(3247.) **Derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des VII. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Franz Homolka, Tischlers, Zollergasse 28, und Franz Dorn, Volksschullehrers, Westbahnstraße 30, mit der Functionsdauer bis 1898, beziehungsweise 1896 zu bestätigen. (Angenommen.)

(3087.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des pensionierten Magistratsconcipisten Joh. P..... um Verleihung des Titels eines Magistratscommissärs und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3214.) **Derselbe** referiert über die Turnberichte der Communal-Mittelschulen für den II. Semester des Schuljahres 1892/93 und beantragt die genehmigende Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3383.) **Derselbe** referiert über drei Gesuche aus dem XVIII. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die erbetene Zusicherung zu ertheilen:

Nigrovics Johann, Zimmermannsgehilfe;

Jakobovics Johann, Diurnist;

Klein Ludwig Otto, Dienstmann. (Angenommen.)

(3275.) **Derselbe** referiert über fünf Gesuche aus dem I. Bezirke um Verleihung des Bürgerrechtes. Das Bürgerrecht wird verliehen:

Reisinger Anton, Anstreicher;

Urbanek Friedrich, Hofschneider;

Wieser Alex., Hotelier und Hausbesitzer;

Riedel Anton, Musiklehrer und Compositeur.

(3426.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des Leopold Lechner um Bewilligung zur Herstellung eines Brunnens auf Parc. 657/1 und 657/2, Mitterberg in Baden, und beantragt, die Zustimmung zu ertheilen gegen Einhaltung der festgesetzten Bedingungen. (Angenommen.)

Über Antrag des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter, mit welchem Antrage sich der Referent einverstanden erklärt, wird ferner beschlossen der Zusatz: „unter einer beständigen, auf Kosten des Gesuchstellers seitens der Gemeinde durchzuführenden Aufsicht und unter vollständigem Ausschlusse irgend eines Sprengmittels."

(3444.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Gestattung der Verlegung des Lehrlings-Turncurses vom XVIII. Bezirke, Klettenhofergasse 3, nach Schulgasse 19 ab Schuljahr 1893/94 und beantragt, der Gewerbeschul-Commission statt des Turnsaales in der Klettenhofergasse jenen der Schulgasse 19 für die Sonntag-Nachmittage zum Zwecke der Ertheilung des Turnunterrichtes an Lehrlinge vom Winter 1893/94 an gegen Einhaltung der Bestimmungen des Stadtraths-Beschlusses vom 10. September 1891, Z. 1517, zu überlassen. (Angenommen.)

(3436.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen von Anna Schlossers Erben als Eigenthümer des Hauses Nr. 37 Hauptstraße, IV. Bezirk, und Jul. Krimsky um Übertragung des von J. Krimsky sen. erworbenen Wasserbezugsrechtes aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung an die Schlosser'schen Erben.

(Wird vertagt.)

(3387.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Pensionierung des Verwalters der Versorgungsanstalt in Ybbs August Guggenberger und beantragt die Bewilligung der normalmäßigen Pensionsbezüge im Gesammtbetrage von 1330 fl. jährlich. (Angenommen.)

(3386.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Verwalters der Versorgungsanstalt in Mauerbach Friedr. Erler und beantragt, die normalmäßigen Pensionsbezüge per 2050 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3537.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Conscriptionsamts-Directors Josef Martini und beantragt, den normalmäßigen Pensionsbezug von jährlich 2560 fl. zu bewilligen und demselben das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen zu verleihen.

(Angenommen; bezüglich des Bürgerrechtes an den Gemeinderath.)

(3539.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Conscriptionsamts-Adjuncten Johann Gabriel und beantragt, den normalmäßigen Pensionsbezug von jährlich 2466 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3580.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Verherrlichung kirchlicher Feste in Altmannsdorf, XII. Bezirk, um einen Beitrag für die Frohnleichnamsprocession und beantragt, demselben einen Beitrag von 80 fl. zu bewilligen und zur Ausgabs-Rubrik XLI einen Zuschusscredit in derselben Höhe zu genehmigen. (Angenommen.)

(3506.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen von Hießbergers Erben, XIII., Hütteldorf, Hauptstraße Nr. 25, Conscr.-Nr. 17, um Bewilligung zur Aufsetzung eines neuen Dachstuhles auf dieses Haus und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Bewilligung. (Angenommen.)

(3555.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Gustav und Moriz Seidl um Bewilligung zu baulichen Herstellungen (Seitentract und Stockwerk), XIII., Hacking, Bahngasse 3, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Bewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(3563.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über das Ansuchen des Marktcommissariats-Accessisten Richard Auer um Urlaubsverlängerung in der Dauer von zwei Monaten und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3453.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Diurnisten Arthur Langer um Provisionierung und beantragt, demselben eine Provision von 80 kr. per Tag (unter Anrechnung eines Diurnums von 2 fl.) zu bewilligen.

St.-R. Boschan beantragt, nach den Normen dem Genannten (unter Anrechnung des Diurnums von 1 fl. 80 kr.) 72 kr. pro Tag als Provision zu bewilligen.

Der Antrag des St.-R. Boschan wird angenommen.

(3529.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Pensionierung des Hauptcassa-Controlors Karl Krupitz und beantragt, die normalmäßige Pension von jährlich 2050 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3536.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Nachtwächters und Laternanzünders der ehemaligen Gemeinde Lainz im XIII. Bezirke, Josef Doppler, und beantragt, demselben eine Pension von jährlich 252 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3543.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen des A. B. Schneiders im XV. Bezirke, um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3504.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Friedrich Wagner um Baubewilligung für Nr. 29 Reinprechtsdorferstraße 42, Siebenbrunnengasse, V. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der Bewilligung unter Genehmigung der Risalitanlagen mit einem Vorsprunge von 0·08 m und einer Länge von 3·80 m, beziehungsweise 4·41 m gegen compensationsweise Überlassung des erforderlichen Grundes per 0·66 m². (Angenommen.)

(3500.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen der Schuldienerswitwe Adelheid Paulini um Pensionsanweisung und beantragt, der Genannten die ihr nach der Pensionsvorschrift für die Beamten und Diener der bestandenen Gemeinde Dornbach ab 1. April 1893 gebürende Witwenpension von jährlich 71 fl. 20 kr. im Gnadenwege auf 100 fl. zu erhöhen und außerdem im Gnadenwege von demselben Zeitpunkte an auf die Dauer eines Jahres für die minderjährige Tochter Aloisia einen Erziehungsbeitrag von 50 fl. zu bewilligen und beides aus den eigenen Geldern flüssig zu machen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3488.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Oberlehrerswitwe Barbara Plaichinger um Pensionsanweisung und beantragt, der Genannten eine Pension von 566 fl. 66⅔ kr. auf die Dauer der Witwenschaft und Erziehungsbeiträge von je 56 fl. jährlich für die fünf Kinder bis zur Erreichung des Normalalters oder einer früheren Versorgung und diese Bezüge ab 1. Mai 1893 vorläufig aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa zu bewilligen. (Angenommen.)

(3508.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Project für die Neupflasterung der Burggasse zwischen Gürtelstraße und VII. Bezirk mit dem Kostenbetrage von 6332 fl. 27 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3545.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Renovierung und Instandsetzung des Armenhauses in Pötzleinsdorf und beantragt, dieselbe mit dem auf den Reservefond des Jahres 1893 zu verweisenden Kostenbetrag von 637 fl. 42 kr. zu genehmigen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3477.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Sigmund J. Stern um Baubewilligung für Cat.-Parc. 173/2 und 174, C.-Nr. 231, Einl.-Z. 145 Währing, Or.-Nr. 71 Herrengasse im XVIII. Bezirke, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung zweier Risalite mit einem Vorsprunge von 0·15 m und einer Länge von 3·59 m und 3·60 m gegen Abzug des hiezu erforderlichen Grundes per 1·07 m² von dem zur Straße abzutretenden Grunde. (Angenommen.)

(3544.) **Derselbe** referiert über das Project für die Erbauung eines Haupt-Unrathscanales in der Rothenhofgasse und am Bürgerplatz im X. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 4785 fl. 97 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3464.) **Derselbe** referiert über die mit dem Betrage von 100 fl. genehmigte Instandhaltung des Pflasters im Stalle Nr. 1 des Nussdorfer Schlachthauses im XIX. Bezirke und beantragt, die Kostenüberschreitung mit dem Betrage von 199 fl. 85 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3437.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen der Allg. österreichischen Baugesellschaft um Parcellierungsbewilligung, betreffend Grundb.-Einl. Nr. 1360 Inzersdorf, X. Bezirk, und beantragt, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne die Bewilligung unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(3475.) **St.-R. Müller** referiert über die Vereinbarung mit der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Cie. bezüglich der Kostenvertheilung für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn und der Wienfluss-Regulierung sammt Sammelcanälen und beantragt, dieses Übereinkommen zu genehmigen, jedoch habe dasselbe erst nach definitiver Concessionsertheilung an die genannte Gesellschaft in Kraft zu treten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Vertagung dieses Gegenstandes zum Zwecke der Drucklegung des Referates sammt Tabellen und Vorlage des Entwurfes der Concession sowie der Concessionsbedingungen.

Letzterer Antrag wird angenommen.

(3499 und 3581.) **Derselbe** referiert über die Note der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 29. Mai 1893, Z. 37301, in Betreff nachträglicher Aufnahme von Zusätzen und Erläuterungen zu dem wasserrechtlichen Consense für die Sammelcanal-Anlage am linken Donaucanalufer und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3550.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Emil Ritt. v. Förster noe. der Allgemeinen Depositenbank um Bewilligung zum Baue auf einem Theile der erst abzutheilenden Realität Grundb.-Einl. 1081 I., Teinfaltstraße, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung der Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(3548.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Weber um Bewilligung zum Umbaue des Hauses Einl.-Z. 474, Or.-Nr. 86 Lerchenfelderstraße, Or.-Nr. 1 Lerchengasse, VIII. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der

Bewilligung unter Genehmigung des Risalites in der Lerchenfelderstraße mit einem Vorsprunge von 0·15 m und der beiden Risalite in der Lerchengasse mit einem Vorsprunge von je 0·25 m gegen Abzug des erforderlichen Grundes per 5·52 m² von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde. (Angenommen.)

(3416.) **Derselbe** referiert über den Fortschritt des Baues des Amtshauses im XIX. Bezirke und beantragt, den Bericht des Magistrates, wonach anlässlich des Zimmermannsstrikes der Vollendungstermin mit 1. October 1893 nicht wird aufrecht erhalten werden können, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(3483.) **Derselbe** referiert über eine Grundentschädigung XVII. Bezirk, Hernalser Hauptstraße 78, und beantragt, die Schadloshaltung für den in der Hernalser Hauptstraße und Weinhauserstraße abzutretenden Straßengrund per 176·67 m² mit 25 fl. per Quadratmeter und für den in der Weinhauserstraße abzutretenden Grund per 215·49 m² mit 17 fl. per Quadratmeter, zusammen mit 8080 fl. 8 kr. zu bestimmen und den Übernahmspreis für den einzulösenden Straßengrund per 14·16 m² mit 32 fl. per Quadratmeter, also mit 453 fl. 12 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(2956.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Fabian um käufliche Überlassung der Baustelle II der Hühnerhof-Realität Einl.-Z. 1751, V. Bezirk, im Ausmaße von 411·48 m² zum Preise von 28 fl. per Quadratmeter und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3582.) **St.-R. Schlechter** referiert über den Bau eines Wohnhauses durch Wenzel Bauer auf Parcelle Nr. 418/3 in Payerbach und beantragt, die Zustimmung zur Ertheilung der Baubewilligung zu geben. (Angenommen.)

(3440.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Johann Matasek um Bewilligung zur provisorischen Bauführung auf nicht parcelliertem Pachtgrunde Grundb.-Einl. 55, III. Bezirk, am Arsenalweg (Eigenthum der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft), und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Bewilligung gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsrevers. (Angenommen.)

(3215.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Karl Koppel und Wagner, I., Neuthorgasse 17, gegen den feuerpolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes vom 12. Jänner 1892, Z. 3864, und beantragt die Abweisung mit dem Bemerken, dass die beanständeten Lichthoföffnungen bereits mit Thüren, welche mit Eisenblech beschlagen sind, versehen sind, jedoch noch eine Besichtigung durch das Stadtbauamt angezeigt erscheint.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt einfach die Abweisung, womit Referent einverstanden ist.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(3330.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über eine Grundentschädigung IV., Große Neugasse 6 und 8, und beantragt, die Schadloshaltung für den Grund per circa 71·61 m² und circa 70·915 m², sohin zusammen per 142·525 m² mit 24 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(3438.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft wegen Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit auf der Strecke Westbahnlinie—Hütteldorf und beantragt vom straßenpolizeilichen Standpunkte dieser Geschwindigkeitserhöhung gegen dem zuzustimmen, dass die Bewilligung nur auf Widerruf gegeben werde und dass künftig nach Maßgabe der fortschreitenden Verbauung an der Hütteldorferstraße streckenweise eine Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit eintrete. (Angenommen.)

(3346.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Bewilligung zur Errichtung einer Unterstandshütte für die Tramwaykutscher auf der Praterspitzwiese und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2971.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 30. April 1893, Z. 29885, betreffend die Genehmigung der Sommerfahrordnung der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3305.) **Derselbe** referiert über zehn Gesuche aus dem XVIII. Bezirke um Aufnahme, beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt,

die Zuständigkeit zu verleihen:

Berke Johann, Tischlergehilfe;
Maximovich Alexander, Garderobier;
Senhofer Anna, Köchin;
Müller Johann, Tischlergehilfe;
Kraßl Anton, k. k. Polizeiagent;
Schück Ferdinand, Hufschmied;
Hrdlicka Josef, Schneider;
Scholz Josef, Briefträger;
Hauke Andreas, Schlossergehilfe,

und die Zusicherung zu ertheilen:

Stritter Josef, Musiker. (Angenommen.)

(3274.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Hackhofer um Bewilligung zur Herstellung eines Abortzubaues und Canalisierung XIX. Bezirk, Nussdorf, Färbergasse Nr. 7, beziehungsweise den Recurs gegen die Bemessung der Canaleinmündungsgebür und beantragt unter Umgangnahme von dem vom Bezirksamte gebrauchten Abweisungsgrunde in die meritorische Erledigung einzugehen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dem Recurse in beiden Punkten stattzugeben und sohin den Act zur competenten Amtshandlung dem Bezirksamte zurückzustellen.

Letzterer Antrag wird angenommen.

Schluss der Sitzung.

Bezirksausschüsse.

(Ausschreibung der Ergänzungswahl eines Bezirksausschusses aus dem 3. Wahlkörper des IX. Bezirkes Alsergrund.)

Behufs Durchführung der auf Grund des § 21, Absatz 8, der Gemeinde-Wahlordnung für Wien vorzunehmenden Ergänzungswahl für den Bezirksausschuss des IX. Bezirkes Alsergrund wird Folgendes bekanntgemacht:

Diese Wahl wird nach den für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderathes geltenden Bestimmungen und auf Grund der richtiggestellten diesjährigen Gemeinderaths-Wählerlisten vorgenommen.

Für die Wahl werden amtliche Stimmzettel ausgegeben und ist jeder andere nicht behördlich ausgegebene Stimmzettel ungiltig.

Die Stimmzettel sind in allen Rubriken vollständig auszufüllen und auf denselben ein Candidat namhaft zu machen.

Die Herren Wähler werden eingeladen, sich am unten angesetzten Tage und Orte mit ihren Legitimationsurkunden persönlich einzufinden.

Für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Legitimationsurkunden, respective Stimmzettel werden jedem Wahlberechtigten über persönliches Verlangen im Steuer- und Wahlcataster, I., neues Rathhaus, Hochparterre, und am Wahltage selbst durch den Vorsitzenden der Wahl-Commission Duplicate ausgefolgt, wenn die Identität des Wählers zweifellos sichergestellt ist.

Die Abgabe der Stimmzettel beginnt an jedem Wahltage um 8 Uhr morgens und wird um 4 Uhr nachmittags beendet, daher auf Wähler, welche nach Schluss der Stimmenabgabe erscheinen, keine Rücksicht genommen werden kann. Genau um 4 Uhr nachmittags werden die Thüren des Wahllocales geschlossen und können von da an nur mehr diejenigen, welche sich zu dieser Zeit im Wahllocale befinden, ihre Stimmen abgeben.

Nach Schluss der Stimmenabgabe wird die Eröffnung der Stimmzettel und die Stimmenzählung in Gegenwart der sich etwa einfindenden Wähler vorgenommen.

Als gewählt ist derjenige anzusehen, welcher die absolute Mehrheit der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten hat.

Konnte ein Ergebnis durch die erste Abstimmung nicht erzielt werden, so ist zu der engeren Wahl zu schreiten.

Das Recht, sich an der engeren Wahl zu betheiligen, ist durch die Betheiligung an der ersten Wahlhandlung nicht bedingt.

Bei der engeren Wahl sind die Wähler an die Abgabe behördlich ausgefertigter Stimmzettel nicht gebunden.

Sie haben sich auf jene Personen zu beschränken, die bei der ersten Wahl die relativ meisten Stimmen für sich hatten. Bei Stimmengleichheit wird durch das Los entschieden, wer in die engere Wahl einbezogen werden soll.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Mitglieder.

Jede Stimme, welche auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

Als gewählt bei der engeren Wahl ist derjenige anzusehen, welcher die meisten der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten hat. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

Einwendungen gegen die stattgefundene Wahl sind innerhalb der acht auf den Wahltag folgenden Tage bei dem Stadtrathe der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einzubringen.

Die Wahl findet am 15. Juni 1893, die eventuelle engere Wahl am 17. Juni 1893 statt.

Ort und Zahl der vorzunehmenden Wahlen.

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—H	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 1. Stock	1 Ergänzungswahl mit vierjähriger Functionsdauer
	II. Section I—Q	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Sitzungssaal im 2. Stock	
	III. Section R—Z	Gemeindehaus, IX., Währingerstraße 43, Armeninstitutslocale im Parterre	

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 6. Juni 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4265	Stück
Fettschweine	5593	„
Summa .	9858	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8338	Stück
für das Land	685	„
unverkauft blieben	835	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 33 bis 45 kr.
Fettschweine . . . „ 34 „ 45 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war ruhig und haben sich nur die Preise der Fettschweine um 1 kr. per Kilo gebessert.

* * *

(Pferdemarkt vom 6. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 378 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—500 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 32—50 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 7. Juni 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2083, Kälber lebend 2181, Lämmer Waidner 328, Lämmer lebend 553, Schafe Waidner 203, Schafe lebend 1967

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per	Kg.	von	34 bis	58 kr.
Kälber lebend .	„	„	„	30 „	52 kr.
Lämmer Waidner	„	Paar .	von	4 bis	10 fl.
Lämmer lebend .	„	„ .	„	4 „	11 fl.
Schafe Waidner	„	Kg.	von	24 bis	38 kr.
Schafe lebend .	„	„	„	17 „	24 kr.
Schafe lebend .	„	Paar .	von	10 bis	16 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 120 Stück Kälber mehr zugeführt. Bei ruhigem Verkehre verursachten die großen Zufuhren einen Preisrückgang von 2 bis 4 kr. per Kilo.

Auf dem Schafmarkte wurden um 410 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war bei den Preisen der Vorwoche ziemlich lebhaft.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 8. Juni 1893 28 Stück Mast- und 229 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Sanitätsangelegenheiten.

Besuch der städtischen Volksbäder im Mai 1893.

			männliche Personen	weibliche Personen
II. Bez., Treustraße 60 (Eröffnet August 1892.)	—	3332,	davon 2640	692
III. Bez., Apostelgasse 18 (Eröffnet August 1891.)	—	5884,	„ 4804	1080
V. Bez., Einsiedlerplatz (Eröffnet August 1890.)	—	8747,	„ 7120	1627
VI. Bez., Ufergasse 4 (Eröffnet August 1892.)	—	5427,	„ 4545	882
VII. Bez., Mondscheingasse 9 (Eröffnet December 1887.)	—	8432,	„ 6258	2174
VIII. Bez., Florianigasse 30 (Eröffnet August 1892)	—	5169,	„ 4005	1164
IX. Bez., Wiesengasse 17 (Eröffnet August 1892.)	—	2976,	„ 2449	527
X. Bez., Erlachplatz (Eröffnet August 1890.)	—	7096,	„ 5950	1146

Gewerbeangelegenheiten.

(Genossenschaft der Erzeuger von Spiritus, Liqueur, Essig, Schaumwein, Preßhefe und Senf.) Bei der am 5. April d. J. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistratsrathes Wopolensky vorgenommenen Wahl wurde Herr Moriz Eisenschimmel, Liqueur-Erzeuger, wohnhaft IV., Favoritenstraße 4, zum Vorsteher, und Herr Alfred Abeles, Liqueur- und Essig-Erzeuger, wohnhaft V., Fockygasse 24, zum Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

* * *

(Einspänner-Genossenschaft.) Bei der am 30. Mai d. J. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistrats-Secretärs Johann Hulka in der Gehilfenversammlung der Wiener Einspänner vorgenommenen Wahl wurde Herr Joh. Jos. Müller zum Obmann und Herr Josef Loquai zum Obmann-Stellvertreter gewählt.

* * *

(Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.)

Vom **1. bis 31. Mai 1893** wurden vorgemerkt:

Meisteranmeldungen	45
Lehrlingsanmeldungen	47
Vermittlungen	17

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisteranmeldungen	4149
Lehrlingsanmeldungen	4748
Vermittlungen	2269

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 5. Juni bis 8. Juni 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Große Mohrengasse 18, Komödiengasse 2, von Jakob Egg, Bauführer A. Goldenberg (3854).
„ „ Haus, Kleine Stadtgutgasse, Grundb.-Einl. 1205, Baustelle III, von Lorenz Waldmann, Bauführer Th. Bauer (3875.)
„ „ Haus, Novaragasse, Grundb.-Einl. 1205, Baustelle II, von Lorenz Waldmann, Bauführer Th. Bauer (3876).
„ „ Mälzerei, Baugruppe 37, Handelskquai, von der Hütteldorfer Bierbrauerei-Actien-Gesellschaft, Bauführer J. Prokop (3903).
„ „ Haus, Czerningasse, Grundb.-Einl. 4059, von Johann Henninger, Bauführer J. Ev. Adler (3915).
„ „ Ecke der Flugbachgasse und Volkertstraße, Grundb.-Einl. 4304, von Ferd. Strobl, Bauführer Fr. Waas (3953).
III. Bezirk: Haus, Ungargasse 54, Baustelle VI, von Em. u. Ed. Schweinburg, Bauführer Ed. Schweinburg (3861).
VIII. Bezirk: Haus, Josefstädterstraße 67, von Adolf Zatzka, Bauführer Ludwig Zatzka (3909).
IX. Bezirk: Haus, Porzellangasse 24 a, von Martin Jäger, Bauführer Th. Bauer (3888).
XIII. Bezirk: Familienhaus, Lainz, Bauparc. 345/18, Grundb.-Einl. 298, von Emil und Serafine Czetz, Bauführer Franz Peyal, Maurermeister (15034).
XVII. Bezirk: Villa, Dornbach, Heuberggasse, Parc. 406/1, Einl.-Z. 519, von Max Kropf, Bauführer Johann Steinmetz, Baumeister (19238).
XIX. Bezirk: Villa (einstöckig), Josefsdorf, Einl.-Z. 73/29, Kahlenberg, von Leopoldine Stift, Bauführer Max Kaiser (10594).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Zubau, Schiffmühlenstraße 7, von Katharina Beiger, Bauführer J. Breinößl (3869).
V. Bezirk: Zubau, Reinprechtsdorferstraße 31, von Karl und Josefa Becker, Bauführer J. Schweitzer (3904).
„ „ Zubau, Högelmüllergasse 6, von H. Wagner, Bauführer A. Sallatmayer (3934).
XIV. Bezirk: Sechshaus, Ullmannstraße 65, von Matth. Fleischhacker, Bauführer Otto Ettmayer (12778).
XVII. Bezirk: Quertract, Hernals, Steinergasse 9, von Anton Lasnička, Bauführer Georg Kowarik, Maurermeister (19239).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Schloßgasse 12, von Anton Ostheimer, Bauführer Joh. Pecival (10551).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Kohlmessergasse 6, von Jg. Steiner, Bauführer C. Frick (3957).
II. Bezirk: Klosterneuburgerstraße 28, von Johann Kreutzer, Maurermeister (3847).
„ „ Taborstraße 12, von Johann Kreutzer, Maurermeister (3931).
V. Bezirk: Reinprechtsdorferstraße 31, von Karl und Josefa Becker, Bauführer J. Schweitzer (3904).
„ „ Gartengasse 23, von Josef Schweiger, Bauführer ? (3935).
VI. Bezirk: Blümelgasse 1, von Adolf Kronfeld, Bauführer Chr. Gatty (3849).
VII. Bezirk: Lindengasse 12, von Ferd. Dehm und F. Olbricht, Stadtbaumeister (3865).
IX. Bezirk: Maria Theresienstraße 11, von Joh. Pecival, Stadtbaumeister (3894).
XVI. Bezirk: Ottakring, Langegasse 96, von Julius Halla noe. August Pratke, Bauführer Julius Halla (24123).
„ „ Ottakring, Langegasse 74, von Julius Halla noe. Therese Merkharts, Bauführer Julius Halla (24578).
XVII. Bezirk: Hernals, Wilhelmsgasse 36, von Johann Riedmann, Bauführer Franz Kaindl, Maurermeister (19240).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Wächterhaus, Parcelle 3170, Stromstraße, von Franz Bernert, Stadtbaumeister (3873).
„ „ Stall, Heistergasse 6, Gießmaungasse 5, von Karl Fischer, Bauführer A. Oberländer (3925).

III. Bezirk: Canal, Erdbergermais (Schweineschlachthaus), von der Productiv-Gesellschaft der Wiener Fleischselcher, Bauführer F. Gutmann (3973).
IX. Bezirk: Rohrcanal, Strudelhof, von Sr. königl. Hoheit Herzog von Würtemberg, Bauführer Joh. Nowak (3955).
XIII. Bezirk: Magazin, Breitensee, Flötzersteig, Conscr.-Nr. 185, von Wilhelm Nagl, Bauführer ? (14998).
„ „ Steinzeug-Rohrcanal, Penzing, Bahngasse 7, von Aloisia Szanballeg, Bauführer Josef Drbal, Maurermeister (14999).
„ „ Zwei Aborte, Hietzing, Gloriettegasse 13, von Leopoldine Krenn, Bauführer Josef Kopf, Baumeister (15084).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Sturzgasse 47, von Leopold Eigner, Bauführer Johann Schrepfer, bürgerl. Stadtmaurermeister (12508).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

V. Bezirk: Siebenbrunnengasse, Grundb.-Einl. 1099, von Sam. und Karoline Steiner (3900).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Grundb.-Einl. 2483, zwischen der Tabor- und Prager Reichsstraße, von Adolf Parkas (3895).
„ „ Obere Donaustraße 45, von Gustav Ritter von Leon (3928).
„ „ Heistergasse 6, Gießmannsgasse 5, von Karl Fischer (3926).
III. Bezirk: Gensaugasse 12, Erdbergstraße 17, von Wilhelm Beetz (3920).
„ „ Salesianergasse 11, von Ihrer Durchlaucht Prinzessin Karl von Arenberg (3959).
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 18, von Magdalena Praeceptor (3911).
XVII. Bezirk: Hernals, Parc. 16 in der Blindengasse, VIII. Bezirk, resp. Hernals, Gürtelstraße 4/6, von Juliana Schaffer und Francisca Dalecky (19362).
„ „ Hernals, Mariengasse 22, von Josefa Rossek (19438).
XIX. Bezirk: Nussdorf, Hauptplatz 3, von Georg und Barbara Stöhr (10490).

Gewerbeanmeldungen vom 29. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Straßmeier Francisca — Milchmeiergewerbe — III., Erdbergermais 1998.
Gomolka Amalie — Milch-Verschleiß — II., Springergasse 18.
Dvorak Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Wienerstraße 18.
Fried Julie — Pfaidlerin — II., Pillersdorfgasse 2.
Fischer Franz — Schuhmacher — II., Hannovergasse 8.
Müller Leopold — Spiritnosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Prager Reichsstraße 2.
Krämer Bernhard — Theeschank — II., Große Schiffgasse 16.
Kapek Barbara — Tischlergewerbe — XI., Simmering, Hauptstraße 16.
Glück Schifre — Trödlerin — II., Rembrandtstraße 28.
Frauendienst Anna — Verschleiß von Canditen, Sodawasser und Fruchtsäften — II., Taborstraße 41.
Newes Julie — Verschleiß von Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — II., Taborstraße 3.
Zeiner Florian — Vereinscassier — XIV., Rudolfsheim, Floragasse 5.
Gradinger Franz — Victualien-Verschleiß — III., Löwengasse 1.
Schuster Pauline — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Swoboda Eduard — Marktvictualienhandel — III., Augustinermarkt.
Plußkal Anna — Wäscheputzerin — XVIII., Währing, Herrengasse 92.
Reska Theresia — Zeitungs-Verschleiß — II., Greifeneckergasse 21.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 30. Mai 1893.

Härtl Andreas — Bäcker — III., Obere Weißgärberstraße 2.
Stingl Josefine — Bäckergewerbe — XVII., Hernals, Ottakringerstr. 74.
Kremser Leopold — Brantweinschank — XVIII., Neustift am Walde, Wienerstraße 17.
Winkler Franz — Drechslergewerbe — XVIII., Währing, Schulgasse 60.
Kunze August — Einspänner — XIX., Ober-Döbling, Barawitzkag. 3.
Langer Karl, Damm Franz — Feigenkaffeebrennerei — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 16.
Ockermüller Josef — Fleischhauer — XVII., Hernals, Gürtel, Markt.
Sixt Karl — Fleischhauer — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 70.
Preclik Barbara — Fragnergewerbe — XVII., Hernals, Leopoldig. 14.
Seitl Johann — Gastwirt — VIII., Wickenburggasse 5.
Club der Beamten der Wiener Bank- und Credit-Institute — Gast- und Schankgewerbe (Nichtbetrieb) — I., Johannesgasse 4.
Hula Emanuel, Pohl Josef — Gemischtwarenhandel — I., Steindlgasse 1.
Köhler Ida — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Cottagegasse 13.
Appenzeller Robert — Gold- und Silberarbeitergewerbe — XII., Unter-Meidling, Erlgasse 20.
Mráz Anton — Grünwarenhandel im Umherziehen — XVII., Hernals, Josefigasse 12.
Macek Magdalena — Grünzeughändlerin — IX., Simondenkgasse 11.
Klein Rosa — Handel mit neuen Herrenkleidern — XVIII., Währing, Hauptstraße 30.
Maly Adolf — Handel mit Natur- und Kunstblumen — XVIII., Währing, Kreutzgasse 33.
Sladek Paul — Maschinenschlosser — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 70.
Pamlitschka Barbara — Milchmeiergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstraße 214. (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1191
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 6. Juni 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Gregorig wegen Fernbleibens 1191
2. Beurlaubung der Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Herold, Rückauf und Hipp 1191
3. Resignation des Herrn Zagórski auf sein Mandat als Mitglied des Bezirksschulrathes 1191
Interpellation:
4. Gem.-Rath Tomola, betreffend die Instandsetzung der Hauptstraße in Währing und die Wiederaufnahme des Tramwayverkehres daselbst 1191
Antrag:
5. Gem.-Rath Seiler, betreffend die Errichtung von Kühlanlagen im Schlachthause zu St. Marx zur Conservierung des Fleisches 1192
Einlauf:
6. Petition einer Wählerversammlung in Margarethen, betreffend die Begebung des Anlehens für Wasserleitungszwecke ausschließlich im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung 1192
7. Desgleichen, betreffend die Errichtung eines Pferdeschlachthauses auf der Area des städtischen Pferdemarktes im V. Bezirke 1192
Referate:
8. Gem.-Rath Kreindl, betreffend die Reconstruction und Adaptierung des Armenhauses in Pötzleinsdorf 1192
9. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend das Übereinkommen mit der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp., betreffend die Vereinbarung der Kostenvertheilung für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn und der Wienfluss-Regulierung sammt Sammelcanälen 1192
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1214
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 30. Mai 1893 1214
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 31. Mai 1893 1220
Bezirksausschüsse:
Ausschreibung der Ergänzungswahl eines Bezirksausschusses aus dem III. Wahlkörper des IX. Bezirkes Alsergrund 1223
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 6. Juni 1893 1224
Pferdemarkt vom 6. Juni 1893 1224
Stechviehmarkt vom 7. Juni 1893 1224
Sanitätsangelegenheiten:
Besuch der städtischen Volksbäder im Mai 1893 1225
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaft der Erzeuger von Spiritus, Liqueur, Essig, Schaumwein, Preßhefe und Senf 1225
Einspänner-Genossenschaft 1225
Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates 1225
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 5. bis 8. Juni 1893 1225
Gewerbeanmeldungen 1226
Kundmachungen.
Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro April 1893.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 43653
Ref.-Nr. 2118 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung des **Erfordernisses von Schreib- und Zeichenrequisiten für arme Schulkinder an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen der Gemeindebezirke I bis XIX in Wien im Schuljahre 1893/94,** um den veranschlagten approximativen Gesammtbetrag von 62.934 fl. ö. W. auf Grund der Vorschrift für die Vergebung der Lieferung der Schreib- und Zeichenrequisiten, sowie der Theken und Linienblätter für arme Schulkinder, und der vom Stadtrathe genehmigten Mustercollection wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am Samstag, den 1. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause (7. Stiege, 2. Stock, Dep. X), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden. Hiezu wird bemerkt, dass zugleich auch die offertmäßige Vergebung der Lieferung der Schreibtheken und Linienblätter, welche sonst immer getrennt von den übrigen Armenlernmitteln vorgenommen wurde, erfolgen wird.

Die Lieferung aller dieser Requisiten wird entweder in Partien für einzelne Gruppen oder Bezirke, für mehrere Gruppen oder Bezirke, oder für alle Gruppen und Bezirke vergeben und kann sonach für eine, mehrere oder alle Gruppen, innerhalb einer jeden Gruppe für einen, mehrere oder für alle 19 Bezirke offeriert werden.

Auch wenn für mehrere oder für sämmtliche Gruppen offeriert werden will, ist für jede Gruppe ein besonderes Offert einzubringen; dagegen kann innerhalb einer und derselben Gruppe in **einem** Offerte für einen, mehrere oder alle Bezirke offeriert werden.

Unternehmungslustige können die Gruppenverzeichnisse, die vorerwähnte Vorschrift und die Mustercollection, die Specialausweise über die veranschlagten approximativen Kosten, dann über den muthmaßlichen Bedarf im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Daselbst können auch Exemplare der bezüglichen Vorschrift gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar der Vorschrift, wobei die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehen, mit dem betreffenden Gruppenverzeichnisse als Offert versiegelt, und zwar jedes Offert separat, zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene 5percentige Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städt. Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 82735
Ref.-Nr. 1441 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Umlegung des Währingerbaches in der Strecke zwischen der Kirchen- und Exnergasse im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 24.843 fl. 93 kr., einschließlich 1000 fl. Pauschale für unvorhergesehene Arbeiten, weiters der aus diesem Anlasse erforderlichen **Lieferung von hydraulischen Bindemitteln** im Kostenbetrage von 5969 fl. 63 kr. und schließlich der **Lieferung der Klinkerziegeln** im Kostenbetrage von 1378 fl. 89 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 191882
Ref.-Nr. 2972 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Brunnenmeisterarbeiten zur Herstellung eines Schöpfwerkes in Altmannsdorf im XII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1510 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

*

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 84637

Ref.-Nr. 1472 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Burggasse zwischen der Gürtelstraße und der Grenze des VII. Bezirkes** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1066 fl. 7 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 20. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 85308

Ref.-Nr. 1492 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Karl Ludwigstraße im XIX. Bezirke** im Kostenbetrage von 1041 fl. 23 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 237705

Ref.-Nr. 3595 ex 1892. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Besorgung der Beistellung der Rettungsschiffe sammt deren Verführung und Reparatur bei Wassergefahren, sowie der Neubeschaffung und Reparatur der stabilen Rettungsschiffe im Donaucanale für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis Ende Juni 1898** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 29. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den städtischen Preistarif Nr. 40 und die betreffende Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. Mai 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 73002 ex 1893.
1012. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten, der Cementkalk-Lieferung, der Bautischler-, Bildhauer-, Möbeltischler-Arbeiten und der Lieferung der Schulbänke, der Füllöfen und der Closets für den Zubau zum Schulhause im XII. Wiener Gemeindebezirke Gaudenzdorf, Hauptstraße Nr. 39 und 41,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch, den 14. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Juni 1893. 2—3

Prot.-Nr. 76260 ex 1893.
1053. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Zimmermanns-, Spengler-, Bau- und Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, Füllöfen und Water-Closets,** endlich der **Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten** für die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulhaus im XVI. Bezirke, Ottakring, Seitenberggasse Nr. 10, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 19. d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Juni 1893. 1—3

Z. 14474.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 26. Juni 1893 werden **Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Möbel, Nähmaschinen, Kleider** ꝛc. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben.

Kauflustige wollen sich im **Amtshause des magistratischen Bezirksamtes, XVIII. Währing,** Martinsstraße Nr. 100, einfinden.

Die **Auctionsstunden** sind von **9 bis 12 Uhr vormittags.**

Von dem magistratischen Bezirksamte für den XVIII. Bezirk.

Wien, am 23. Mai 1893. 3—3

M.-Z. 83364
XI.

Kundmachung.

(Rechnungsabschluss des Bürgerladfonds.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne der §§ 50 und 51 des Gemeindestatutes der Stadt Wien der Rechnungsabschluss pro 1892 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerladfonds **vom 1. Juni 1893 an durch 14 Tage**

im Armendepartement des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fonds werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 26. Mai 1893. 3—3

Z. 88565
VI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschluss des Wiener Bürgerspitalfonds pro 1892.)

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne des Gemeindestatutes (§ 51) **der Rechnungs-Abschluss für 1892 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerspitalfonds vom 5. Juni 1893 an** durch 14 Tage im Departement VI des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fonds werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 2—3

Z. 35867.

Kundmachung.

(Landes- und Grundentlastungs-Fondszuschläge.)

Seine k. u. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. Mai 1893 zu genehmigen geruht, dass auf Grund des vom n.-ö. Landtage in seiner Sitzung vom 25. April 1893 gefassten Beschlusses zur Bedeckung der Landes- und Grundentlastungs-Erfordernisse des Erzherzogthums Österreich unter der Enns im Jahre 1893, und zwar in der Zeit **vom 1. Mai bis einschließlich 30. Juni 1893,** folgende Umlagen in der bisherigen Weise und unter Aufrechthaltung der bestehenden gesetzlichen Befreiungen eingehoben werden, und zwar:

a) Von der Grund- und Gebäudesteuer:

Für den Landesfond . . . . . neunzehn Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . ein „
zusammen . zwanzig Kreuzer

von jedem Gulden Steuer;

b) von der Erwerb- und Einkommensteuer inclusive aller Staatszuschläge:

Für den Landesfond . . . . . vierzehn Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . ein „
zusammen . fünfzehn Kreuzer

von jedem Gulden Steuer sammt allen Staatszuschlägen;

c) von der fünfpercentigen Steuer aus dem Ertrage jener hauszinssteuerfreien Häuser in Wien, welche die Zinssteuerfreiheit auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 14. Mai 1859 genießen und bezüglich welcher daher eine Hauszinssteuer nicht vorgeschrieben wird:

Für den Landesfond . . . . . vierundzwanzig Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . ein „
zusammen . fünfundzwanzig Kreuzer

von jedem Gulden Steuer.

Vorstehendes wird hiemit allgemein verlautbart.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei

am 25. Mai 1893. 2—3

G.-Z. 38375 ex 1893
XII.

Kundmachung.

(Neydhart'sche Waisenstiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass die für Waisen bestimmten Interessen vom Jahre 1893 aus der Sebastian Neydhart'schen Stiftung zur Vertheilung gelangen werden. — Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen und den wegen Persolvierung dieser Stiftung vom Wiener Gemeinderathe gefassten Beschlüssen sind diese Interessen zunächst für die aus den städtischen Waisenhäusern austretenden Waisen beiderlei Geschlechtes, sodann in weiterer Linie überhaupt für die in der Versorgung der Commune Wien stehenden Waisen nach Maßgabe des Bedürfnisses zu Unterstützungen einfür allemal, oder beim Antritte eines Gewerbes, oder zur Fortsetzung ihrer Ausbildung durch Verleihung von Stipendien bis zur Vollendung ihrer bezüglichen Studien zu verwenden.

Die Verleihung dieser Unterstützungen und Stipendien hat sich der Wiener Gemeinderath vorbehalten.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um eine Unterstützung oder ein Stipendium aus dieser Stiftung bittlich werden wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf- und Impfscheine der Waisen, ferner mit dem Nachweise über deren Versorgung seitens der Commune Wien und endlich mit den Schulfortgangszeugnissen (Jahreszeugnissen oder Schulnachrichten) oder den Zeugnissen über deren Fortgang in einer Berufsbildung zu belegen und bis **längstens einschließlich 30. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Mai 1893. 3—3

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der **Schwestern Fröhlich-Stiftung** zur Unterstützung bedürftiger, hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden im Jahre 1893 Stipendien und Pensionen verliehen.

Gesuche sind zu überreichen bis 30. September 1893 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse Nr. 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.

Wien, am 1. Juni 1893. 1—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 47. Dienstag, den 13. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **9. Juni 1893** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Versammlung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Markl und Pollak entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Bärtl ersucht um einen dreimonatlichen Urlaub. Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Derselbe ist genehmigt.

Herr Gem.-Rath Simon ersucht um einen Urlaub von sechs Wochen. Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Derselbe ist genehmigt.

Herr Gem.-Rath Geitler ersucht um einen Urlaub vom 12. Juni bis 12. Juli und vom 7. August bis 7. September. Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Ist genehmigt.

3. Herr Bezirksausschuss Julius Frankl hat mir ein Exemplar des von ihm herausgegebenen Catastralplanes von Wien für die Wiener Stadtbibliothek überreicht.

Der Gemeinderath spricht hiefür seinen Dank aus.

4. Das Seehospiz-Comité von Triest ladet das Präsidium des Gemeinderathes und die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderathes ein, an der Eröffnung des von diesem Vereine neuerbauten Seehospizes an der zweiten Rotunde von St. Andrea bei Triest, welche am 18. Juni stattfindet, theilzunehmen.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

5. Ich habe die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Tomola zu beantworten. Die Interpellation betrifft die ordnungsmäßige Instandsetzung der Hauptstraße in Währing; die Frage ist, wann dieselbe in Angriff genommen und zu welcher Zeit der Tramwayverkehr wieder eröffnet wird. Nach den Erhebungen habe ich die Ehre, hierüber Folgendes mitzutheilen: Die Hauptstraße in Währing ist nach Vollendung der Arbeiten für die Umlegung des Währinger Baches nur provisorisch für den Verkehr eröffnet worden, weil nunmehr in der Parallelgasse, nämlich in der Herrengasse, Canalarbeiten vorgenommen werden und es nicht zulässig erschien, beide Hauptverkehrsadern des Bezirkes gleichzeitig abzusperren. In der Hauptstraße in Währing sind aber noch die Wasserläufe und die Hauscanalanschlüsse herzustellen, welch letztere ungeachtet wiederholter Urgierung seitens der Hauseigenthümer nur allmälig veranlasst werden. Erst nach Vollendung dieser Herstellungen kann an die Instandsetzung der Straße und an die Wiederanlegung des Tramwaygeleises geschritten werden.

Ich ersuche, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Buschan:**

§ 84 der „Vorschrift über die Armenpflege im Wiener Armenbezirke" bestimmt, dass alljährlich mindestens einmal eine Conferenz der Obmänner der Gemeinde-Armeninstitute abgehalten werden soll.

Diese Conferenzen sind gewiss von großer Wichtigkeit, weil hiebei die Obmänner sowohl, wie auch der Herr Vertreter des Magistrates wichtige, die Armenpflege betreffende Wahrnehmungen und Anträge zur Kenntnis der Conferenz bringen können.

Nachdem nun seit der im Februar 1892 vorgenommenen Constituierung der Armeninstitute eine solche Conferenz bisher nicht stattgefunden hat, erlaubt sich der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage zu stellen:

ob er nicht geneigt sei, das Erforderliche zu veranlassen, damit in nächster Zeit wieder eine solche Conferenz der Obmänner der Gemeinde-Armeninstitute abgehalten werden kann.

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

7. Antrag des **Gem.- Rathes Simon** und Genossen:

Anläßlich des 80. Geburtstages des Ehrenbürgers der Stadt Wien Anton Ritt. v. Schmerling hat der Gefertigte im Gemeinderathe den Antrag eingebracht, in Würdigung der hervorragenden Verdienste dieses Staatsmannes dem bisnun namenlosen Platze vor dem Justizpalaste den Namen „Schmerling-

Platz" zu geben. Dieser Antrag wurde seinerzeit vom Gemeinderathe mit der Motivierung abgelehnt, dass es nicht üblich sei, Lebende durch eine derartige Auszeichnung zu ehren.

Nachdem nun Seine Excellenz Dr. Anton Ritt. v. Schmerling vor kurzem verschieden ist, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderath wolle den vorerwähnten Antrag wieder aufnehmen und beschließen, dass der Platz zwischen dem Parlamentsgebäude und dem Justizpalaste, der Stätte der letzten Amtsthätigkeit des gefeierten Staatsmannes und Patrioten, des Vaters der österreichischen Verfassung, den Namen „Schmerling-Platz" erhalte.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

8. Antrag des **Gem.-Rathes Kaspar** und Genossen:

Gem.-Rath Kaspar (zur Geschäftsordnung): Ich werde den Herrn Bürgermeister ersuchen, dass die kurze Begründung auch verlesen werde. Es wird das erweisen . . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, das genügt vollständig; ich werde die Versammlung befragen. Jene Herren, die für die Verlesung sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest vollinhaltlich folgenden Antrag):

Antrag des **Gem.-Rathes Kaspar:**

Die Erhaltung der Anlagen und Promenadewege des ehemaligen Vorortes Pötzleinsdorf, XVIII. Bezirk, lässt in neuerer Zeit gegen vormals viel zu wünschen übrig.

Die Sommergäste vornehmerer Familien klagen über die ungangbaren Wege, welche bei dem gegenwärtigen regnerischen Wetter fast unpassierbar sind.

Der noch bestehende Verschönerungsverein scheint das sich vorgesteckte Ziel der klaglosen Erhaltung dieser Anlagen ganz zu vernachlässigen.

Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich demnach folgenden Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es sei der Verschönerungsverein in Pötzleinsdorf als solcher aufzulösen, demselben in Hinkunft jede weitere Subvention zu versagen, hingegen das magistratische Bezirksamt zu verhalten, für die bestehenden Anlagen und Promenadewege alldort die gehörige Obsorge eintreten zu lassen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes K. M. Mayer** und Genossen:

Durch Schaffung eines En gros-Marktes auf der Area des ehemaligen Asyl- und Werkhauses im II. Bezirke haben die Große Sperlgasse und alle in dieselbe einmündenden Straßen an Bedeutung wesentlich zugenommen, da sie den ganzen Verkehr zwischen dem westlichen und östlichen Theile der Leopoldstadt, wie auch die kürzeste Verbindung nach der Rossau und Landstraße zu vermitteln haben.

In Berücksichtigung dieser Verhältnisse hat schon der Gemeinderath in seiner Plenarversammlung vom 30. Mai 1890 auf Antrag der damals bestandenen „Bausection" eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die sich auch in ihrer Mehrheit als zweckdienlich erwiesen haben, aber trotzdem in einzelnen Bestimmungen dringend eine Abhilfe erheischen.

Es beantragt nämlich das Stadtbauamt,

1. dass der breite Zugang aus der Großen Sperlgasse zum En gros-Marktplatze, der die Fortsetzung der seit Jahrhunderten bestandenen Karmelitergasse, zur Krummbaumgasse, resp. zum k. k. Bezirksgerichte und der Augartenbrücke bildet und kolossalen Verkehr hat, aufgelassen werde und nur als Bazar für Fußgänger weiterbestehen solle, wodurch die nothwendige Verbindung des oberen Theiles der Taborstraße, der Jägerzeile, durch die Komödien- und Schmelzgasse mit der Augartenbrücke Rossau 2c. fühlbar unterbrochen wäre;

2. wird beantragt, um die Große Sperlgasse auf die gewünschte Breite von 15·17 m zu bringen, auf einer Seite beinahe um ebensoviel hineinzurücken, als auf der gegenüberliegenden Seite herausgerückt werden könnte. Dadurch würde aber die definitive Regulierung dieser Straße sehr verzögert, da nur ein Umbau jener Seite mit ungeraden Nummern in absehbarer Zeit zu erwarten steht und die andere Seite in ihrer Mehrzahl Häuser neuerer Construction aufweist, deren Umbau noch sehr lange nicht erwartet werden kann.

Im Interesse dieses Bezirkstheiles und der sonst sehr geschädigten Bewohner erlauben sich die Gefertigten folgende Anträge zu stellen und empfehlen sie mit Rücksicht auf allenfalls baldige Bauwerber der dringenden Behandlung:

1. Der löbliche Gemeinderath der Stadt Wien möge für die Große Sperlgasse unter Berücksichtigung der bestehenden Bauten, wie in der Motivierung geschildert, eine neue Baulinie feststellen und

2. in Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 30. Mai 1890, letztes Alinea, laut Protokoll Nr. 40 bestimmen: „Die seit Jahrhunderten bestehende Karmelitergasse habe als Fahrgasse in ihrer jetzt bestehenden Breite über den Marktplatz fortgeführt zu werden und wie bisher in die Krummbaumgasse einzumünden."

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

10. Referent Gem.-Rath Kreindl: Ich habe die Ehre, zur Stadtrath-Zahl 3524 über ein Ansuchen des Kirchenbau-Vereines Gersthof um eine Subvention für den Bau der neuen Kirche zu berichten. Meine Herren! Im Jahre 1835 hat diese kleine Gemeinde schon ersucht, die dortige Kirche, die kaum 40 Personen fasst, zu vergrößern. Es ist das nicht gelungen, weil die Geldmittel gefehlt haben. Im Jahre 1856 wurde ein neuer Anlauf genommen, es sind die Pläne entworfen worden, doch ist es wieder zu nichts gekommen. Endlich im Jahre 1885 hat sich der Kirchenbau-Verein constituiert, welcher einen Grund von circa 1200 □° mit dem Bedeuten bekommen hat, längstens im Jahre 1887 an den Beginn des Baues zu schreiten. Die Leute haben durch Sammlung eine Summe von rund 150.000 fl. aufgebracht und haben die Kirche soweit beendet, dass zwar die ganze Einrichtung noch nicht beschaffen wurde, dass aber doch der Gottesdienst abgehalten werden kann. Die damalige Gemeinde Gersthof hat nun gar keinen Beitrag geleistet. Gewöhnlich ist bei Kirchenbauten Hand- und Zugarbeit zu leisten, die in diesem Falle aber, weil dieser Bau von einem Vereine geführt wird, nicht geleistet wurde. Die Leute haben derzeit circa 60.000 fl. Schulden. Der Bauunternehmer und die Geschäftsleute dringen auf Zahlung und so hat sich der Verein bittlich an die Gemeinde um eine Subvention gewendet. In Anbetracht dessen, dass diese Kirche ein wirkliches Bedürfnis und eine unabweisbare Nothwendigkeit war, beantragt der Stadtrath, diesem Vereine eine Subvention von 7500 fl., und zwar vom Jahre 1894 an jährlich 2500 fl., zu bewilligen.

Gem.-Rath Kaspar: Meine Herren! Mit schwerem Herzen muss ich gegen diesen Antrag stimmen. (Lebhafter Widerspruch.) Ich bin seit der Genesis dieses Baues als Patronats-Commissär dieser Kirche von allem vollkommen unterrichtet. Ich selbst habe mit dem dortigen Ortspfarrer Einleitung getroffen, dass dieser Bau, der für die Gemeinde wirklich dringend nothwendig war, endlich zur Ausführung gelange. Meine Herren, was ist geschehen? Wunderbares! Selbst von der Allerhöchsten Stelle wurden Subventionen und namhafte Beträge diesem Vereine zugewendet. Ich habe einmal bei einer Sitzung darauf gedrungen, nachdem mir die Cassagebarung nicht gefallen hat, dass eine Controle eingeführt werde. Darauf habe ich mit dem Herrn Ortspfarrer Differenzen auszutragen gehabt, die dazu geführt haben, dass ich aus dem Vereine austreten musste . . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich glaube, dass das nicht zur Sache gehört. Ich bitte, über die Subvention zu sprechen.

Gem.-Rath Kaspar (fortfahrend): Ich werde gleich zur Sache kommen. Ich will nur, nachdem ich mich wieder nicht aus-

sprechen kann, sagen: Es scheint mir, dass die Gebarung eine lässige war. Ich verweise nur auf die Lotterie, welche von Allerhöchster Stelle diesem Vereine bewilligt worden ist. Meine Herren, wissen Sie, was aus dieser Lotterie, von der ich namhafte Beträge erwartete, resultierte? 4000 fl.! Erst nachdem ich die Rechnungen revidiert habe, ist es mir gelungen, dass der Experte dieser Lotterie freiwillig einen namhaften Betrag gegeben hat, woraus ersichtlich ist, dass der Vorgang kein lauterer war. Die Sammlungen, welche dem Vereine in den Kirchen, in der ganzen Monarchie bewilligt wurden, haben ein geradezu erbärmliches Resultat ergeben. Es sind Agenten hinausgeschickt worden, welche diese Beträge gesammelt haben; wie sie eingegangen sind, das zu schildern bitte ich, mir zu erlassen. Ich habe abermals daran erinnert, eine strenge Controle zu halten, damit man sich überzeuge, dass diese Beträge auch wirklich dem Vereine zukommen. Darüber schweigt aber die Weltgeschichte.

Ich stehe auf dem Standpunkte, dass die Commune den Steuerträgern das Geld aus dem Sacke ziehen müsste, wenn wir das bewilligen. Der Religionsfond soll das seinige beitragen, und ich als Patronats-Commissär werde dahin wirken, dass der Religionsfond herangezogen werde. Ich sehe aber durchaus nicht die Nothwendigkeit ein, dass die Commune diesen namhaften Betrag von 7500 fl. bewilligen soll. Der Verein ist ein kranker, es ist ihm nicht zu helfen, weil er nicht gut gewirtschaftet hat.

Ich ersuche die Herren auf das dringendste, die Subvention nicht zu bewilligen.

Gem.-Rath Wünsch: Sehr geehrte Herren! Ich glaube, dass angesichts der schweren Vorwürfe, welche hier von einem Mitgliede der Versammlung gegen den Verein erhoben wurden, es nicht gut angehen wird, dass wir jetzt einen Beschluss fassen, ehe die Sache ganz klargestellt ist. Es ist gewiss sehr bedauernswert, wenn ein Verein, welcher sich ein so hochstrebendes Ziel gesteckt hat, nicht die entsprechende Leitung und Controle in der Geldgebarung hat.

Ich will an den Ausführungen des Herrn Vorredners nicht zweifeln, aber ich glaube, man muss dem Vereine selbst Gelegenheit geben, sich gegenüber den Anwürfen, welche hier in öffentlicher Sitzung gefallen sind, zu vertheidigen und seinen Standpunkt zu wahren. Ich glaube daher, meine Herren, dass Sie heute mit Beruhigung die Abstimmung über den Antrag des Stadtrathes nicht vornehmen können, und erlaube mir daher den Antrag, dass dieses Stück an den Stadtrath zurückgeleitet werde mit dem Ersuchen, über die Anklagen, welche hier erhoben wurden, weitere Erhebungen zu pflegen und uns dann weitere Anträge zu stellen.

Gem.-Rath Bärtl: Ja, meine Herren, ich muss mich im großen und ganzen dem Herrn Vorsprecher anschließen, denn ich glaube selbst, Herr College Kaspar würde uns sonst diese Beschuldigungen nicht mittheilen. Ich weiß nicht, was eigentlich an der Sache ist, und es ist daher nothwendig, dass man sich mit dem Comité und der Verwaltung dieses Kirchenbau-Vereines ins Einvernehmen setzt und dann erst den Beschluss fasst. Ich hätte mich aber nicht gescheut, diesem Vereine statt 2500 fl. 3000 fl. als Subvention zu geben und würde dies vor meiner Wählerschaft verantworten können. Die Kirche steht schön da, jeder Christ muss eine Freude haben an dem Bau, der dort ausgeführt worden ist. Meine Herren! Wenn Sie von dem Herren Referenten hören, dass dieser Bauverein 60.000 fl. zu zahlen hat, so verschwindet geradezu ein Betrag von 6- bis 9000 fl. gegenüber dieser Summe, welche die Leute heute noch schuldig sind. Ich hätte mich nicht gescheut, eine höhere Summe zu beantragen als der Herr Referent, allein nach den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Kaspar und des Herrn Vorredners schließe ich mich vollkommen dem Antrage des letzteren an; wir können darüber heute nicht schlüssig werden. Ich würde, wenn ich bei der Abstimmung anwesend bin, auch eventuell mehr geben, wenn sich die Sache reell abgewickelt hat. Gegenwärtig aber schließe ich mich dem Herrn Vorsprecher an.

Gem.-Rath Buschan: Meine Herren! Wir wissen alle, mit welchen Schwierigkeiten diese Kirchenbau-Vereine aller Orten zu kämpfen haben, welch große Opfer es seitens der Bevölkerung kostet, einen so schönen Kirchenbau herzustellen. Ein Kirchenbau-Verein ist, wie vielleicht sämmtliche Humanitäts- und Wohlthätigkeitsvereine, nicht in der Lage, eine so strenge Buchführung, wie sie vielleicht in Ämtern u. s. w. gebräuchlich ist, zu führen. Die Namen aber, die bei diesem Kirchenbau-Vereine vorkommen: der Herr Pfarrer des Ortes, eine gewiss vertrauenswürdige Person, und dann der Leiter unseres Armendepartements, Herr Magistratsrath Trabauer, der seit Jahren in diesem Vereine thätig ist, bürgen mir wohl für volle Ehrenhaftigkeit und deshalb möchte ich bitten, die Subvention doch zu bewilligen.

Gem.-Rath Schrenckh: Ich gestehe, dass ich sehr überrascht war, aus dem Munde des ersten Herrn Vorredners derartige Ausdrücke zu vernehmen, die mich sehr befremdet haben. Ich muss gestehen, dass, wenn sich ein Verein zum Ziele setzt, eine Kirche zu errichten, dieses Ziel und dieser Zweck gewiss sehr lobenswert genannt werden müssen, welche die Unterstützung aller Factoren verdienten. Der Verein hat durch Sammlungen, durch eine Lotterie, welche ihm von Seite des Finanzministeriums bewilligt worden ist, einen nahmhaften Betrag aufgebracht und es fehlen ihm heute noch 60.000 fl. Wenn von Seite des Stadtrathes der Antrag gestellt wird, es möge auch seitens der Commune Wien dem Vereine eine Subvention zugewendet werden, so begrüße ich das mit Freude. Es ist mir ganz merkwürdig vorgekommen, wie der betreffende Herr Vorredner, welcher, wie er sagt, Patronats-Commissär der Kirche in Gersthof ist, in die Lage gekommen ist, den Herrn Pfarrer, den Herrn Magistratsrath Trabauer, welcher Stellvertreter des Obmannes, des Herrn Pfarrers, ist, den gewesenen Magistratssecretär, jetzt Magistratsrath Dr. Waas, welcher Cassenrevisor ist, und den Herrn Oberlehrer von Gersthof in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung einer solchen Gebarung zu zeihen, die ich nicht recht qualificieren kann.

Ich kann heute den Antrag nicht stellen und kann dies mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, es möge heute eine Subvention bewilligt werden. Ich bitte daher, dem Antrage des Gem.-Rathes Wünsch zuzustimmen, dass der Act an den Stadtrath rückgeleitet werde, weil auf diese Weise die Möglichkeit geboten wird, ein entsprechendes Urtheil zu fällen.

Gem.-Rath Becker: Meine sehr geehrten Herren! Es sind traurige Zustände erwähnt worden, die bei diesem Kirchenbau-Vereine bestehen sollen. Aber wer sind die Schuldigen? Die Schuldigen können wir ja heute nicht finden und ich bin deshalb gegen die Vertagung; denn wenn wir die Schuldigen suchen, werden wir sie auch dann finden; können Sie aber, trotzdem Schuldige da sind, diese 2500 fl. verweigern? Ich glaube nicht. Darum bin ich dagegen, diesen Gegenstand zu vertagen, und vielmehr dafür, die 2500 fl. zu bewilligen und die Untersuchung einzuleiten.

Handeln wir bei einem christlichen Werke etwas rascher, wie wir es ja gewöhnlich bei anderen Subventionen thun.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich kann mich in dieser Sache kurz fassen. Es wurde seitens des Herrn Referenten der Antrag gestellt, diesem Kirchenbauvereine eine Subvention zutheil werden zu lassen, und einstimmig hätte die Versammlung diesen Antrag acceptiert, wenn nicht der Herr Collega Kaspar dagegen gesprochen hätte.

Nachdem aber der Herr Collega Kaspar so schwerwiegende Vorwürfe hat durchleuchten lassen — denn in der vertraulichen Sitzung würde er wahrscheinlich ganz andere Dinge zur Sprache bringen, so dass wahrscheinlich der Staatsanwalt einschreiten müsste, so etwas Ähnliches erhellt mir wenigstens aus seinen Worten — so ist es Pflicht dieser Versammlung, mit dieser Subvention innezuhalten, bis hier klar gesehen werden kann. Aber eines wundert mich, nämlich dass Herr Collega Kaspar, der doch Patronats-Commissär ist, so lange geschwiegen, dass er diesem Treiben so zugesehen hat; wäre jetzt nicht die Subvention zur Sprache gekommen, so hätte er wahrscheinlich auch fürderhin geschwiegen. Das ist für ihn ein schwerer Vorwurf, und seine Pflicht wäre es gewesen, die Behörde aufmerksam zu machen, dass dort vieles faul ist. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, dem Antrage des Herrn Collegen Wünsch zuzustimmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlusswort): Mit Rücksicht auf die Geschäftsleute, welche hier große Summen zu bekommen haben, in weiterer Rücksicht, dass die jetzigen Kosten der Kirche sich schon auf 187.000 fl. belaufen und weitere 60.000 fl. Schulden noch aushaftend sind, und nachdem in den Acten von all dem, was wir gehört haben, nichts vorkommt, glaube ich den Antrag des Stadtrathes vertheidigen zu müssen und bitte um Ihre Zustimmung zur Genehmigung der Subvention, die ich mir erlaubt habe zu beantragen.

Bürgermeister: Gegen den Antrag des Referenten hat Herr Gem.-Rath Wünsch den Antrag gestellt, es sei der Act an den Stadtrath zurückzuleiten mit dem Auftrage, die von dem Herrn Gem.-Rathe Kaspar erhobenen Anwürfe zu erheben und hierüber wieder zu berichten. Bitte jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Wünsch zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der Act, betreffend die Subventionierung des Kirchenbau-Vereines in Gersthof, sei an den Stadtrath mit dem Auftrage zurückzuleiten, die vom Herrn Gem.-Rath Kaspar erhobenen Anwürfe zu erheben und hierüber zu berichten.

11. Referent Gem.-Rath Kreindl ad Z. 3517: Der Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsverein sucht um eine Subvention an. Meine Herren! Viele Jahre hat dieser Verein schon eine Subvention bekommen, in den letzten Jahren eine solche von 1000 fl. Diesmal sucht der genannte Verein, nachdem er im Winter 1891/92 664.000 Personen beherbergt und mit Suppen betheilt hat, um eine höhere Subvention an. Der Magistrat empfiehlt Ihnen die Genehmigung einer Subvention von 3000 fl., dagegen hat der Stadtrath beschlossen, diesen beantragten Subventionsbetrag auf 1000 fl. zu ermäßigen. Ich habe Sie daher zu bitten, dem Antrage des Stadtrathes ihre Zustimmung zu geben, es sei dem Vereine eine Subvention von 1000 fl. zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluss: Dem Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsverein wird eine Subvention pro 1893 im Betrage von 1000 fl. wie bisher bewilligt.

12. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten über die Systemisierung der Dienerstellen. Ich erlaube mir, den Gemeinderaths-Beschluss vom 28. October 1892 zu verlesen, welcher die Grundlage des Referates bildet. Nach diesem Beschlusse sind die definitiv angestellten städtischen Diener rücksichtlich ihrer Bezüge in drei Classen einzutheilen. Diese Classen erhalten folgende Bezüge: Die III. Classe von 400 fl. an, drei Kategorien, welche um je 50 fl. steigen, also 400 fl., 450 fl. und 500 fl.; das Quatiergeld ist mit jährlich 150 fl. auszumessen. Die II. Classe wieder um je 50 fl. mehr, nämlich 550 fl., 600 fl. und 650 fl.; ein Quatiergeld um 30 fl. höher, mit 180 fl. Die I. Classe 700 fl., 750 fl. und 800 fl., das Quatiergeld wieder um 30 fl. höher, mit 210 fl.

Der jetzige Stand der Diener ist folgender: Es sind 30 Rathsdiener, 170 Amtsdiener, 66 Schuldiener in den alten Bezirken, Gemeindediener der ehemaligen Vororte 98, Schuldiener daselbst 52, Mahnboten 40, Schlachthauspersonale in verschiedenen Functionen 42 Personen, Zeugwarte 2, Hausaufseher im Rathhause 1; in den Versorgungshäusern sind 6 und im Asyl- und Werkhause 13 Personen, zusammen 520 Personen.

Es ist nun durch die Äußerungen der verschiedenen Amtsvorstände constatiert worden, dass eine Vermehrung um 47 Stellen unerlässlich ist, und es hat nun der Stadtrath unter Berücksichtigung der von den einzelnen Amtsvorständen geäußerten Wünsche und abgegebenen Ausweise beschlossen, dem Gemeinderathe folgenden Entwurf für diese Systemisierung vorzulegen.

Die Diener der ersten Bezugsclasse, in welche jetzt bloß die 30 Rathsdiener rangieren, sollen von 30 auf 50 vermehrt werden. Die Diener der zweiten Bezugsclasse, welche derzeit 358 Personen umfasst, sollen eine Vermehrung von 22 Stellen erfahren. Diese würde daher in Zukunft 380 Stellen umfassen. Alle übrigen Diener, das sind 137 Stellen, kämen in die dritte Bezugsclasse. Das macht zusammen 567 Personen.

Um die Details anzugeben, wird diese Vermehrung in folgender Weise erfolgen. Es wäre die Zahl der Mahnboten um 18 Stellen zu vermehren, also anstatt 40 58 Stellen; die sonstigen Dienerstellen um 14. Dann sollen die jetzt bestehenden Aushilfsdienerstellen, welche ein Taggeld von 1 fl. 30 kr. haben, das sind 15 Stellen, aufgelassen werden. Das wären die 47 Stellen, welche die Vermehrung ausmachen. Diese Systemisierung gewährt also der ersten Classe eine Vermehrung um 20 Stellen, der zweiten Classe eine Vermehrung um 22 Stellen, daher ein Avancement sofort von 42 Stellen. Es ist durch die Anzahl — 137, 380 und 50 — auch für die Zukunft ein so günstiges Avancement geschaffen, dass anzunehmen ist, dass die Diener nach einer Dienstzeit von nicht allzu langer Dauer in einen solchen Bezug einrücken, welcher ihnen eine anständige Existenz ermöglicht. Die Anträge, welche ich mir zu stellen erlaube, sind nun folgende: Es sind zu systemisieren in der ersten Bezugsclasse 50, in der zweiten Bezugsclasse 380 und in der dritten Bezugsclasse 137, zusammen 567 Dienerstellen. Das Mehrerfordernis, worüber von der Buchhaltung ein genauer Ausweis erstattet wurde, beziffert sich auf 26.820 fl. ohne die

Quinquennien. Die Angelegenheit ist dringlich, damit die schon so lange ausständige Einreichung möglichst bald erfolgen kann und die älteren Diener in den Genuss der höheren Bezüge treten können. Ich erlaube mir namens des Stadtrathes um Annahme dieser Anträge zu bitten.

Gem.-Rath Seiler: Ich erlaube mir an den Herrn Referenten die Anfrage — unter Bezugnahme auf den von mir seinerzeit gestellten Antrag — in welche Kategorie die Wagediener in der Fleischmarkthalle eingetheilt sind?

Referent: Die Organisierung erfolgt separat; es wird jetzt nur die Anzahl der Stellen festgestellt und es wird dann in diese einzelnen Stellen nach Maßgabe des Dienstalters und der jetzigen Function die Einreihung erfolgen, wie es auch bei den Beamten geschehen ist.

Gem.-Rath Seiler: Ich habe mir nur darum die Frage erlaubt, weil hier in den Bestimmungen bereits die verschiedenen Kategorien deutlich ausgeführt sind, und unter diesen vermisse ich eben diese Diener. Der Antrag bezüglich der Einreihung ist doch angenommen worden. Außerdem heißt es hier: „Die Aufseher am Centralmarkte im V. Bezirke." Da möchte ich mir die Frage erlauben, was der Centralmarkt im V. Bezirke ist?

Referent: Das sind Beschlüsse des Gemeinderathes vom October vorigen Jahres; diese zeigen, in welcher Weise der Gemeinderath seinerzeit verfügt hat, dass die Einreihung der einzelnen Kategorien, wie sie hier aufgezählt sind, in diese Classen zu erfolgen habe. Das sind feststehende Beschlüsse.

Gem.-Rath Seiler: Und was ist das für ein Centralmarkt im V. Bezirke?

Referent: Das ist der große Markt auf der ehemaligen Siebenbrunnerwiese.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich werde nicht gegen die Vorlage sprechen, aber ich wiederhole den schon vom Collegen Seiler ausgesprochenen Wunsch, dass die Hallendiener, die bei den Wagen beschäftigt sind, definitiv angestellt werden. Denn es ist nicht gleichgiltig, mit welcher Autorität sie dem Publicum gegenübertreten, und wenn schon die Wagediener in den Schlachthäusern definitiv angestellt sind, so sollten auch die Hallendiener, welche doch auf derselben Stufe der Cultur und Civilisation stehen, definitiv angestellt werden, umsomehr als ein Beschluss des Gemeinderathes anlässlich der Budget-Debatte diesbezüglich gefasst wurde. Ich bitte also den Herrn Bürgermeister, eine solche Vorlage ehebaldigst dem Gemeinderathe zu unterbreiten.

Gem.-Rath Herrdegen: Ich bin in der unangenehmen Lage, eine Vertagung dieser Angelegenheit beantragen zu müssen. Ich glaube, dass es nicht angehen kann, eine Systemisierung, wie die vorliegende, ohne jede Vorbereitung, ohne jede Vorlage zu beschließen. Wenn es Sache des Gemeinderathes ist, eine Angelegenheit wirklich zuerst zu prüfen und erst dann zu beschließen, so muss in diesem Falle die Vertagung angenommen werden und die Angelegenheit kann in der nächsten Sitzung zur Berathung gelangen; aber ohne jede Information zu beschließen, geht nicht an, denn man ist nicht in der Lage, die Angelegenheit ohne Vorlage entsprechend zu prüfen. (Ruf: Lesen Sie keine Zeitungen?) Es wurde mir soeben ein Einwurf gemacht, auf den ich reagieren muss. Es wurde mir zugerufen, ob ich keine Zeitungen lese. Ich glaube, dazu darf es nicht kommen; dass die Gemeinderäthe in Bezug auf ihr Amt und ihr Wirken auf die Information seitens der Journale angewiesen sind. Wir wissen, dass diese Informationen sehr oft unrichtig sind, wie es auch nicht anders möglich ist, weil den Journalen doch schließlich nur ein sehr beschränkter Raum für diese Angelegenheiten zur Verfügung steht.

Ich beantrage daher die Vertagung dieser Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung.

Bürgermeister: Da die Vertagung beantragt ist, hat das Wort der Herr Referent:

Referent: Ich muss Sie bitten, auf die Vertagung nicht einzugehen und die Angelegenheit nun meritorisch zu erledigen. Die Information, welche der Herr Vorredner gewünscht hat, ist, wie ich glaube, so gegeben worden, dass jeder einzelne über die Sachlage unterrichtet ist. Die Sache steht so: Wie viele Diener hat derzeit die Gemeinde in Verwendung? Wie viele sind noch erforderlich? Um dieses Mehr soll in Zukunft der Gesammtdienerstand erhöht werden. Und dann ist die Frage, wie soll angesichts des Gemeinderaths-Beschlusses vom October 1892 die Auftheilung dieser Gesammtzahl auf die Kategorien stattfinden? Ich habe mir erlaubt, zur Verlesung zu bringen, dass derzeit 520 Dienerstellen zu besetzen sind; ich habe auch die einzelnen Kategorien angeführt, Rathsdiener, Schuldiener, Gemeindediener der Vororte, das Personale in den Schlachthäusern, in den Versorgungshäusern und im Werkhause, zusammen 520 Personen.

Ich habe auch angegeben, dass nach den motivierten Äußerungen der Ämter mit diesem Personale zuzüglich der Vermehrung um 47 Stellen in Zukunft das Auslangen wird gefunden werden. Diese Vermehrung wird zum Theil damit motiviert, dass durch die Auseinanderlegung der Bezirksämter und die Decentralisation der Steuerämter eine gewisse Vermehrung nothwendig ist, dagegen ist durch Auflassung von Departements in der Centrale des Magistrates eine Ersparnis am Personale eingetreten, so dass sich als Resultat ein Mehrbedarf von 47 Stellen ergibt. Nun, mehr kann man nicht sagen; es ist nicht möglich, alle diese minutiösen Details vorzutragen, was die Vorsteher der Kanzlei, die Vorsteher der Steuerämter geäußert haben &c. Es sind das solche Details, die, wie ich glaube, die einzelnen Mitglieder des Gemeinderathes kaum interessieren werden. Die Thatsache steht fest, dass eine Vermehrung um 47 Stellen unbedingt durch das Interesse des Dienstes geboten ist.

Es wird Ihnen nun in zweiter Linie empfohlen, eine solche Auftheilung zu genehmigen, welche für die Diener selbst ein günstigeres Avancement in Zukunft ermöglicht, so dass jeder einzelne nach Zurücklegung einer Dienstzeit von 10 bis 12 Jahren in einen Gehaltsbezug einrücken kann, der seine Bedürfnisse zu befriedigen gestattet.

Ich würde daher bitten, in der Berathung der Vorlage fortzufahren.

Bürgermeister: Es wurde gegen den Antrag des Stadtrathes der Antrag gestellt, die Angelegenheit zu vertagen. Ich bitte diejenigen Herren, welche dieser Vertagung zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Ist die Minderheit; der Vertagungs-Antrag ist abgelehnt.

Gem.-Rath Eigner: In erster Linie muss ich an den Herrn Referenten oder an den Herrn Bürgermeister die Anfrage richten, warum hier nur die Schuldiener einbezogen sind und nicht auch die Hausbesorger der Schulen, die ganz denselben Dienst leisten, dieselben Pflichten und die nämliche Verantwortung haben, wie die Schuldiener. Die einen beziehen 15 bis 20 fl. Gehalt per Monat, die Schuldiener haben einen Gehalt von 40 fl., Beheizung und andere Zulagen, wodurch sie sich vielleicht auf 70 bis 80 fl. per

Monat stehen. Also, ich bitte den Herrn Referenten oder den Herrn Bürgermeister um eine Aufklärung in dieser Richtung.

Referent: Meine Herren! Ich habe bereits eingangs erwähnt, das Referat betrifft die Ausführung eines Gemeinderaths-Beschlusses vom 28. October 1892. Entsprechend diesem Beschlusse wird nun eine Vorlage erstattet, welche darthut, welcher Bedarf an Dienern besteht, und welche Classen angemessen erscheinen, um die Gehaltsbezüge den einzelnen Dienern zuzuweisen. Die Frage, welche der Herr Redner berührt hat, kann heute nicht zur Erledigung kommen, weil sie nicht in den Rahmen des Gemeinderaths-Beschlusses passt. Die Sache ist noch nicht vollendet; darüber wird eine Vorlage kommen. Wenn Sie alles unter einem organisieren und entscheiden wollen, werden Sie bewirken, dass jene Diener, welche nach diesem Gemeinderaths-Beschlusse in eine höhere Kategorie vorrücken und in den Genuss höherer Bezüge kommen würden, so lange warten müssten, bis Sie mit diesen Dingen fertig und Anträge erstattet sind, welche den Gemeinderath in die Lage setzen, darüber zu entscheiden. Das ist nicht praktisch, es ist kein Grund, diese Leute so lange warten zu lassen. Über diese Angelegenheit wird eine separate Vorlage kommen und der Gemeinderath dann in die Lage gesetzt sein, darüber zu entscheiden. Wir haben in der Beamtenfrage, wie die Herren sich erinnern, denselben Vorgang eingeschlagen. Eine Kategorie ist nach der anderen eingetheilt worden und jetzt sind wir am Schlusse der ganzen Action.

Gem.-Rath Eigner: Ich erlaube mir noch einige Worte zu erwähnen. Ich habe bei Gelegenheit ähnlicher Referate hier schon ausgeführt, man möge sämmtliche Hausbesorger, die in den Schulen angestellt sind, unter die Schuldiener — mit denen ihnen ja der gleiche Dienst obliegt — einreihen und das ganze Hausmeisterwesen auflassen.

Ich sehe nicht ein, wenn hier eine Schule ist und hier auch eine — vielleicht mit ganz gleicher Classenanzahl, 18, 20 oder 25 Classen — der eine 40 fl., separaten Reinigungsgehalt, Zustellgebür, Heizremuneration ꝛc. beziehen soll, der andere ....

Bürgermeister (unterbrechend): Darf ich den Herr Redner bitten! Darüber läuft ja ein Referat, das gehört heute nicht zur Sache; heute handelt es sich nur um die Systemisierung der definitiven Dienerstellen. Es kommt über das andere ein besonderes Referat.

Gem.-Rath Eigner: Ich wollte nur sagen, der eine hat Heizung ....

Bürgermeister (unterbrechend): Ich habe schon erklärt, dass das nicht zur Sache gehört.

Gem.-Rath Eigner: Der Herr Bürgermeister möge nicht mir allein, sondern der ganzen Versammlung bekanntgeben, ob in der Angelegenheit der Schuldiener und Hausbesorger eine Regelung stattfindet (Bürgermeister: Aber ja! es kommt ja ein besonderes Referat!), und ich frage, ob der Herr Bürgermeister mir sagen kann, dass diese Hausbesorger gänzlich aufgelassen und wie ich schon erwähnt und den Antrag gestellt habe, unter die Schuldiener eingereiht werden. Die neu aufzunehmenden Schuldiener mögen auf ein Jahr provisorisch und wenn sie etwas taugen, definitiv bestellt werden. Ich glaube, das ist eine gerechte Sache, weil diese Hausbesorger keine Existenz haben; sie können mit ihrem Gehalte nicht leben. Wenn ein solcher Hausbesorger ins Tagwerken geht, verdient er mehr. Also ich hoffe, dass man diesen Leuten wird Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe meinen Ausführungen nichts beizufügen und will nur dem letzten Herrn nochmals bemerken, dass die von ihm angeregte Frage nicht Gegenstand des Referates ist. Es wird darüber ein besonderes Referat erstattet werden und der Herr Redner wird in der Lage sein, seinerzeit Anträge zu stellen.

Bürgermeister: Gegen die Anträge wurde eine Einwendung nicht erhoben. Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind angenommen.

Beschluss: Die Zahl der Stellen des städtischen Dienerpersonales wird in der Weise systemisiert, dass in der I. Bezugsclasse 50, in der II. Bezugsclasse 380 und in der III. Bezugsclasse 137, zusammen 567 Dienerstellen bestimmt werden. Das Mehrerfordernis per 26.820 fl. 50 kr. wird genehmigt.

Gem.-Rath Gregorig: Da gibt's kein Gesetz, keine Gerechtigkeit!

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe, Herr Gem.-Rath Gregorig, Sie haben ja das ganze Referat nicht einmal gehört.

Gem.-Rath Gregorig: Das ist traurig, weil eben keine Vorlage da ist. Der ganze Beschluss ist gegen das Gesetz.

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe! Herr Gem.-Rath Gregorig, wenn Sie sich nicht in einer Weise benehmen, welche parlamentarisch richtig ist, werde ich die betreffenden Maßregeln zur Anwendung bringen.

Gem.-Rath Gregorig: Ganz recht!

13. Referent Gem.-Rath Witzelsberger: Ich habe die Ehre, über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing um eine Subvention zu berichten. Beantragt wird eine Subvention von 1240 fl. 95 kr.; hievon sind 360 fl. für das provisorisch angestellte Personale zu verwenden und es bleibt daher ein Restbetrag von 880 fl. zur Anschaffung verschiedener Feuerwehr-Requisiten. Wenn die Herren es wünschen, werde ich verlesen, was um diese 880 fl. alles angeschafft werden soll. (Rufe: Nein!) Wenn nicht, so bitte ich um Annahme des Stadtraths-Antrages, es sei der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing eine Subvention von 1240 fl. 95 kr. zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing wird eine Subvention von 1240 fl. 95 kr. bewilligt.

Bürgermeister: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 1/2 6 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **9. Juni 1893.**

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.**

Gem.-Rath Noske referirt über die Vergebung der Straßensäuberung im I. Bezirke, beziehungsweise über das diesbezügliche Project des Ober-Inspectors Hans Stritzl. (Fortsetzung

der Verhandlung. Vide Beschluss-Protokoll der vertraulichen Gemeinderaths-Sitzung vom 30. Mai 1893, Amtsblatt Nr. 44, pag. 1153.) Von den dieser Verhandlung beigezogenen Magistratsbeamten ertheilt Ober-Inspector Stritzl über vielseitiges Befragen die gewünschten Auskünfte.

Baurath Schiebek entgegnet in längerer Rede auf die verschiedenen Ausführungen Stritzls.

Ein Antrag des Referenten Gem.-Rathes Noske, mehrere Bezirksvorsteher in öffentlicher Sitzung bezüglich ihrer einschlägigen Erfahrungen zu hören, wird mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Referatsgegenstandes abgelehnt.

Schiebek und Stritzl beantworten noch eine Reihe von an sie gestellten Fragen.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **2. Juni 1893.**

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Boschan, Müller, v. Götz, v. Neumann, Dr. Hackenberg, Noske, Dr. Huber, Schlechter, Kreindl, Schneiderhan, Dr. Lederer, Baugoin, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Matthies, Witzelsberger, Matzenauer, Wurm. Meißl,

Bürgermeister Dr. Prix.
Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing.
Beurlaubt: St.-R. Rückauf, Dr. Stenzl.
Experte: Baudirector Berger, Baurath Clauser.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung und macht folgende Mittheilungen:

St.-R. Dr. v. Billing entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung, da er beim Landesgerichte eine Verhandlung in Vormundschaftsangelegenheiten hat.

Die St.-R. Dr. Huber und Dr. Vogler entschuldigen ihr Späterkommen, weil sie an einer Disciplinarverhandlung theilzunehmen haben. (Zur Kenntnis.)

Geschäftsausweis des Wiener Stadtrathes pro Mai 1893:

Einlauf	869	Acten
hievon vom Stadtrath erledigt	514	
außerdem aus dem Vormonate	182	
daher insgesammt erledigt	733	„
dem Magistrate wurden zugewiesen	98	„
in Berathung befinden sich noch	257	„
Gesammt-Einlauf vom 1. Jänner bis 31. Mai 1893	3611	„

(Zur Kenntnis.)

St.-R. Noske hat den Antrag gestellt, es sei an der Ecke der Stubenbastei und der Wollzeile ein Auslaufbrunnen herzustellen. (An den Magistrat.)

St.-R. Kreindl stellt den Antrag, es seien an der Façade des Amtshauses im XIX. Bezirke am Risalit über dem Parterre vier allegorische Figuren zur Hebung des ganzen Baues anzubringen. (An den Magistrat.)

(3507.) **St.-R. Kreindl** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend das Ansuchen des Josef und der Rosalia Schadek um Baubewilligung für das Haus XIX., Unter-Sievering, Weinberggasse 18, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter den in der Protokollarerklärung des Gesuchstellers enthaltenen Bedingungen. (Angenommen.)

(3533.) **Derselbe** referiert über die Interpellation des St.-R. v. Götz puncto Reconstruction des Weges über den Wienfluss in Ober-St. Veit und beantragt, den Bericht des Stadtbauamtes zur Kenntnis zu nehmen. Das Stadtbauamt wäre anzuweisen, die diesbezüglichen Arbeiten mit thunlichster Beschleunigung zu Ende zu führen. (Angenommen.)

(3513.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Ignaz Gfaller um käufliche Überlassung des in der Gasthausküche XV., Gasgasse 8/10, aufgestellten, nunmehr entbehrlich gewordenen Gasthausherdes und beantragt, denselben dem Gesuchsteller um den Preis von 30 fl. ö. W. zu überlassen. (Angenommen.)

(3562.) **St.-R. Noske** referiert über die Kostenüberschreitung bei der Herstellung des Holzstöckelpflasters am Lobkowitzplatze im I. Bezirke im Betrage von 91 fl. 28 kr. und beantragt, diese Überschreitung zu genehmigen. (Angenommen.)

(3481.) **Derselbe** referiert über Renovierungen und Herstellungen des Schulgebäudes VII., Zieglergasse 21, und beantragt:

1. Es sei die Erneuerung der sämmtlichen vier Façaden des Schulhauses im VII. Bezirke, Zieglergasse 21, nach den vorliegenden Kostenanschlägen des Stadtbauamtes mit dem Betrage von 1817 fl. 71 kr. und einem Pauschalbetrage von 80 fl. für eventuellen Glasbruch zu genehmigen.

2. Es sei die Erneuerung des Anstriches der sämmtlichen Thüren und Abort-Abtheilungswände im Schulhause nach dem bauämtlichen Kostenanschlage (inclusive der bezüglichen Tischler- und Schlosserarbeiten) mit dem Betrage von 530 fl. 1 kr., sowie die Umpflasterung der Einfahrt mit dem Kostenbetrage von 35 fl. gleichfalls zu genehmigen.

3. Es sei zur Deckung der diesfälligen Gesammtkosten per 2462 fl. 72 kr. ad Ausgabs-Rubrik XII 4 c „Erhaltung der Schulhäuser" ein Zuschusscredit in dieser Höhe vom Gemeinderathe zu bewilligen.

4. Es sei das Stadtbauamt anzuweisen, die betreffenden Arbeiten durch die städtischen Contrahenten während der diesjährigen Hauptferien ausführen zu lassen und die Conten sohin unter Detailverrechnung vorzulegen.

(Angenommen; rücksichtlich des Punktes 3 an den Gemeinderath.)

(3189.) **Derselbe** referiert über acht Gesuche aus dem XV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Wosolsobě Marie Antonie, Köchin;
Fleischhacker Johann, Kellner;
Zistler Rosine, Köchin;
Schneider Konrad, Maurer und Hausbesorger;
Schönbauer Leopold, Wäsche-Erzeuger;

Brandmayer Rudolf, Tischlergehilfe;
Bakes Josef, Maschinenschlosser, und
Reichart Josef, Milch-Verschleißer. (Angenommen.)

(3190.) **Derselbe** referiert über zwei Gesuche aus dem XVII. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Kluge Karl Adolf, Eisendreher, und
Kämmer Valentin, Bäckergehilfe. (Angenommen.)

(3446.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Kohlenverfrachtung für die auswärtigen Humanitätsanstalten und beantragt:

Es sei die Verfrachtung der Kohle von den betreffenden Bahnhöfen in die städtischen Humanitätsanstalten außerhalb Wiens für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis Ende Juni 1896 den nachstehend angeführten Offerenten zu übertragen:

1. Für die städtische Versorgungsanstalt in Liesing vom Bahnhofe daselbst bis in die Anstalt mit Inbegriff des Auf- und Abladens dem dortigen Fuhrwerksbesitzer Johann Hauer zum Preise von 4·5 kr. per 100 kg.

2. Für die städtische Versorgungsanstalt in Mauerbach vom Bahnhofe in Weidlingau bis in die Anstalt mit Inbegriff des Auf- und Abladens dem Fuhrwerksbesitzer Ferdinand Layer in Hadersdorf zum Preise von 14 kr. per 100 kg.

3. Für die städtische Versorgungsanstalt in St. Andrä a. d. Traisen dem dortigen Haus- und Wirtschaftsbesitzer Anton Tersch vom Bahnhofe in Herzogenburg bis in die Anstalt zum Preise von 14 kr. per 100 kg, vom Bahnhofe in Pottenbrunn bis in die Anstalt aber zum Preise von 19 kr. per 100 kg, in beiden Fällen mit Inbegriff des Auf- und Abladens.

4. Für die städtische Versorgungsanstalt in Ybbs vom Bahnhofe in Kemmelbach bis in die Anstalt mit Inbegriff des Auf- und Abladens dem dortigen Fuhrwerksbesitzer Leopold Lauffenthaler zum Preise von 10·4 kr. per 100 kg bei Verfrachtung auf der neuen Straße und von 14·5 kr. per 100 kg bei Verfrachtung auf der alten Straße.

5. Für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg vom Bahnhofe in Klosterneuburg bis in die Anstalt mit Inbegriff des Auf- und Abladens dem dortigen Bauunternehmer Franz Konradt zum Preise von 14 kr. per 100 kg.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg das Offert des Moriz Getzl mit dem Einheitspreise von 12 kr. anzunehmen.

Dieser Antrag wird abgelehnt, die Referenten-Anträge werden angenommen.

(3412.) **Derselbe** referiert über den Mietzinsrest des August d'Entremont per 25 fl. 31½ kr. pro 1. Februar bis 1. Mai 1893 für die Wohnung Nr. 18 im städtischen Hause V., Wienstraße 22, und beantragt, diesen Rückstand aus dem Titel der Uneinbringlichkeit in Abschreibung bringen zu lassen. (Angenommen.)

(3445.) **Derselbe** referiert über die mit Erwerbsteuerschein Ass.-Z. 191890 erfolgte Besteuerung des Gast- und Schankgewerbes der ehemaligen Gemeinde Nussdorf im XIX. Bezirke und beantragt, gegen die Steuervorschreibung ab Juli 1891 den Recurs nicht zu überreichen. (Angenommen.)

(3298.) **Derselbe** referiert über die Festsetzung der Bezüge des Badearztes für das städtische Bad Dr. Leo Mundstein und beantragt, dem Genannten für seine Thätigkeit als Badearzt im städtischen Donaubade für die Badesaison 1893 und ohne Rücksicht auf die Dauer den Bezug monatlicher 150 fl., zusammen von 600 fl., welcher monatlich im nachhinein mittels Consignation aus den Verlagsgeldern zu erfolgen ist, zuzuerkennen.

Referenten-Antrag angenommen.

(3600.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Johann Wolf um Consens für die Erbauung eines Schupfens im V. Bezirke, Griesgasse 20, und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen. (Angenommen.)

(3216.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Firma D. Strauß' Nachfolger durch Dr. Richard Reis wider feuerpolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus I., Eßlinggasse 8, und beantragt die Abweisung des Recurses. (Angenommen.)

(3348.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Firma Karl Grün & Co. gegen feuerpolizeiliche Aufträge, betreffend das Haus I., Zelinkagasse 9, und beantragt, dem Recurse rücksichtlich des Auftrages, an den Lichthoffenstern des Stofflagerzimmers eiserne Läden anzubringen, unter der Bedingung Folge zu geben, dass in den beiden Räumen, welche mit ihren Fenstern in den Lichthof münden, die Lagerung auf die Hälfte des bisherigen Vorrathes vermindert, daher die halben Wandlängen nächst den Lichthoffenstern von jeder Lagerung frei werden und nur Holz- und Eisenbestandtheile, keineswegs aber Celluloidbestandtheile und Stoffe in die fraglichen Räume verlegt werden.

Bezüglich der Anordnung, die Ausgangsthüre auf das Stiegenhaus mit Blech zu beschlagen, wird die Recursabweisung beantragt. (Angenommen.)

(3324.) **Derselbe** referiert über den Recurs des J. Plant nec. Joh. N. Bernay'sche Buchdruckerei gegen feuerpolizeiliche Anordnungen, betreffend das Haus Or.-Nr. 17 Mariannengasse, IX. Bezirk, und beantragt:

Dem Recurse wird theilweise Folge gegeben, indem im Sinne des Bauamtsberichtes vom 11. März 1893 die fernere Lagerung von Papier im Glashofe gestattet wird; ferner ist aufzutragen, dass die Papierabfälle nicht in Säcken, sondern in einer feuersicheren Blechkiste zu sammeln sind.

Dem Recurse wegen Aufbewahrung des Terpentins im Keller ist keine Folge zu geben.

Der Referenten-Antrag wird mit der von den St.-R. Matzenauer und Dr. Lueger angeregten und vom Vorsitzenden formulierten Einschaltung der Worte „im verpackten Zustande" nach den Worten „Lagerung von Papier" angenommen.

(3443.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Pregesbauer um Herabsetzung der Zuständigkeitstaxe und beantragt, diese Taxe auf 50 fl. herabzusetzen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Magistrat zu beauftragen, es sei in Erwägung zu ziehen, ob nicht bei jenen Personen, welche zur Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht einzurücken haben, diese Zeit der Dienstpflicht, wenn der Aufenthalt in Wien hierauf wieder fortgesetzt wird, nicht als Unterbrechung ihres Domicils anzurechnen sei. (Angenommen.)

(3584.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Josef Henninger um Baubewilligung für das Haus II., Czerningasse 14, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter gleichzeitiger Genehmigung der beiden Risalite mit einem Vorsprunge von je 0·20 m über die Baulinie der 13·28 m breiten Czerningasse gegen Einlösung der hiezu erforderlichen Straßengrundfläche per 1·72 m² um den Preis von 103 fl. 20 kr. (60 fl. per Quadratmeter). (Angenommen.)

(2352 und 1639.) **Derselbe** referiert über die Projectskizze für den Schulbau auf der ehem. Gunkel'schen Realität in Hütteldorf im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Es wird der Schulbau auf der ehem. Gunkel'schen Realität in Hütteldorf nach der Planskizze IV bei Verwertung der Grundfläche a, b, C, D mit den approximativen Herstellungskosten von 106.000 fl. (85.000 fl. in Anbetracht der anzuhoffenden Nachlässe) genehmigt.

2. Bei der Ausarbeitung der Detailpläne ist für eine directe Luftzufuhr für den Abortvorraum im Parterre nächst dem Garderoberaume vorzusorgen, für die Schulleiter-Wohnung ist ein größeres Vorzimmer sowie eine Separation des ersten Raumes zu disponieren. Zwischen den beiden Turnsälen (bei zukünftigem Ausbaue) ist ein entsprechender Durchgangsraum freizuhalten und hierauf bei der Bauausführung entsprechend Rücksicht zu nehmen.

3. Die Baulichkeiten auf der Grundfläche a, b, C, D sind zu demolieren.

Nach Anhörung des Experten Baurath Clauser beantragt St.-R. Dr. Lueger, dass das Stadtbauamt beauftragt werde, eine neue Planskizze vorzulegen, in welcher nur eine Stiege in Aussicht zu nehmen sei und das Gebäude an die Eigenthumsgrenze gerückt werde.

St.-R. Wurm stellt den Zusatz-Antrag, dass bei der Anlage der Turnsäle darauf Rücksicht zu nehmen sei, dass der zweite an den ersten gelegt werde.

Die Anträge der St.-R. Dr. Lueger und Wurm, welchen sich der Referent accommodiert, werden angenommen.

(2973.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Frauenberger, betreffend die Auflassung der Pfauengasse und Verbreiterung der Theobaldgasse im VI. Bezirke, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3369.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des XIII. Bezirkes um Erhaltung der Dampftramwaystrecke Hietzing—Ober-St. Veit und den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 30. April d. J., Z. 29480, betreffend den Umbau der Dampftramway Schönbrunnerlinie—Mödling, und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien spricht sich gegen die Auflassung der Strecken Hietzing („Neue Welt")—Ober-St. Veit, sowie Hietzing—Lainz—Speising bis zur Gemeindegrenze der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. aus und ersucht die hohe Regierung, dahin zu wirken, dass diese Strecken mindestens als Pferdebahn aufrecht erhalten bleiben.

2. Was die seitens der vorgenannten Gesellschaft weiters geplante Herstellung einer neuen Hauptlinie hinsichtlich der Theilstrecke Hietzing—Mauer auf gesellschaftlichem Grund und Boden anbelangt, so ist die Gemeinde Wien bei dem Mangel eines entsprechenden Projectplanes nicht in der Lage, eine definitive Erklärung abzugeben.

(Angenommen.)

(3619.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Fortsetzung der Trinkwasserzufuhr in mehrere ehemalige Vororte und beantragt, die vom Stadtbauamte vorgeschlagene Erweiterung der Trinkwasserzufuhr mit den berechneten Kosten von 106 fl. 80 kr. zu genehmigen.

Es ist schleunigst darüber Bericht zu erstatten, ob nicht auch die Trinkwasserzufuhr für Lainz und Speising sowie für Grinzing sofort einzuleiten wäre. (Angenommen.)

(3612.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über die eigenmächtige Versetzung eines von der Gemeinde hergestellten hölzernen Schrankens längs des Nestelbaches in Grinzing, Berggasse im XIX. Bezirke, und beantragt die Einbringung der Besitzstörungsklage. (Angenommen.)

(3062, 3207, 3131 und 3447.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ergebnis der Wahlen in den Bezirksausschuss aus dem 1. bis 3. Wahlkörper des IX. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Anton Reitmayer, Porzellanwarenhändlers, mit 506 und des Josef Gerin, Gastwirtes, mit 490 von 714 abgegebenen Stimmen aus dem II. Wahlkörper, ferner des Max Hiller, Kaufmannes und Hausbesitzers, und des Franz Vogler, Kaufmannes und Hausbesitzers, aus dem I. Wahlkörper, und zwar des ersteren mit 126, des letzteren mit 125 von 126 abgegebenen Stimmen zu Mitgliedern des Bezirksausschusses des IX. Gemeindebezirkes gemäß § 21 der Wahlordnung zu bestätigen.

Bezüglich der Wahl aus dem 3. Wahlkörper ist mit Rücksicht auf die Erklärung des Josef Rau, dass er die auf ihn gefallene Wahl nicht annehme, eine neue Wahl vorzunehmen und wird der Herr Bürgermeister ersucht, diesfalls das weitere zu veranlassen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3475.) **St.-R. Müller** referiert über das Übereinkommen mit der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp., betreffend die Vereinbarung der Kostenvertheilung für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn und der Wienfluss-Regulierung sammt Sammelcanälen.

Das Übereinkommen lautet:

Protokoll

aufgenommen am 29. April 1893 im Bureau des Bürgermeisters der Stadt Wien in Gegenwart der Gefertigten.

Gegenstand bildet eine zwischen der Gemeinde Wien mit Zustimmung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien einerseits und der concessionswerbenden Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. andererseits zu treffende Vereinbarung der Grundsätze für die Vertheilung der Kosten jener Anlagen, welche sowohl die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn als auch die Wienfluss-Regulierung und die Sammelcanäle treffen.

Vortrag:

In der Erwägung, dass eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Veranschlagung der Kosten der Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn und mithin der Financierung und Concessionierung der letzteren die vorhergehende Feststellung der Grundsätze für die Vertheilung der Kosten jener Anlagen bildet, welche sowohl die gedachten Bahnlinien als auch die Wienfluss-Regulierung, beziehungsweise die Regulierung des Wiener Donaucanales und die Herstellung der Sammelcanäle betreffen, wurde seitens des hohen k. k. Handelsministeriums das Zustandekommen einer diesfälligen Vereinbarung zwischen dem Vertreter der concessionswerbenden Firma einerseits und dem Stadtbauamte andererseits als wünschenswert bezeichnet und die k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen mit der Durchführung der bezüglichen Verhandlung beauftragt.

Demgemäß traten die Vertreter der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen, des Stadtbauamtes und der concessionswerbenden Gesellschaft zu einer Vorverhandlung zusammen, um zunächst die Beziehungen der Localbahnen der Wiener Stadtbahn zu der Wienfluss-Regulierung und den Sammelcanälen zu ermitteln.

Hierauf wurde nach eingehender Erörterung des Gegenstandes in einer bei dem Herrn Bürgermeister der Stadt Wien abgehaltenen Conferenz unter Intervention der gefertigten Vertreter der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen zwischen der Gemeinde Wien, welcher gemäß Punkt VIII, Absatz 6, des gesetzlich genehmigten Programmes für die Wiener Verkehrsanlagen die Ausführung der im Punkte IV dieses Programmes festgesetzten Wienfluss-Regulierung von der Commission für die Verkehrsanlagen in Wien zu übertragen ist, einerseits und der concessionswerbenden Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. andererseits nachfolgendes Übereinkommen getroffen:

Übereinkommen.

I. Wienfluss-Regulierung.

A. Die oberhalb der Einmündung des Lainzerbaches in den Wienfluss gelegene Strecke.

Von der Stelle angefangen, wo die Wienthallinie von Hütteldorf kommend an das rechte Wienflussufer tritt, bis zur Einmündung des Lainzerbaches in die Wien ist derzeit eine Einwölbung nicht in Aussicht genommen, und ist in dieser Strecke lediglich auf die Einhaltung einer minimalen Sohlenbreite von 20 m, vom unteren Böschungsrande des linken Wienflussufers bis zur flussseitigen Begrenzungsmauer der Bahn gemessen, Bedacht zu nehmen.

Es kann demnach in der bezeichneten Strecke sowohl die dermalige rechte Uferböschung als auch jener Theil der dermaligen Flusssohle, welcher bei Offenhaltung einer 20 m breiten Sohle noch erübrigt, für die Anlage der Bahn benützt werden.

Die in dieser Strecke am rechten Ufer für die Bahn nothwendig werdenden Herstellungen haben nur nach Maßgabe des Bedürfnisses des Bahnbaues zu erfolgen und sind von der Bahnunternehmung auf deren alleinige Kosten auszuführen.

Das bei der Demolierung der bestehenden rechtsseitigen Uferpflasterungen rückgewonnene Steinmateriale bleibt Eigenthum der Gemeinde Wien.

Zu einer Kostenauftheilung zwischen der Wienfluss-Regulierung und der Wienthalbahn gibt daher nur die Strecke von der Mündung des Lainzerbaches abwärts Anlass, und zwar sowohl in Betreff der Kosten der Grundeinlösungen als auch in Betreff jener der baulichen Herstellungen.

Anstatt nun die Auftheilung bei jeder dieser beiden Kosten-Kategorien nach dem im Punkte IV, Absatz 6, des Programmes aufgestellten Principe gesondert durchzuführen, hat es sich im Laufe der Discussion, insbesondere im Hinblicke auf die freiere Bewegung bei den Grundeinlösungs-Verhandlungen als zweckmäßig herausgestellt, darüber in Ansehung der Strecke von der Einmündung des Lainzerbaches bis zum Schikanedersteg die folgenden Pauschal-Vereinbarungen zu treffen:

B. Strecke von der Mündung des Lainzerbaches bis zum Schikanedersteg.

1. Grundeinlösung.

Für die Strecke von der Mündung des Lainzerbaches bis zum Schikanedersteg ist überall dort, wo die Bahnanlage und die Wienfluss-Regulierung in unmittelbare Berührung treten, das ist von der Mündung des Lainzerbaches bis zur Stiegerbrücke und dann von der Viehtriebbrücke bis zum Schikanedersteg, die gesammte Einlösung von Grundstücken und Objecten innerhalb der unten beschriebenen und im beigeschlossenen Grundeinlösungsplane dargestellten Grenzen von der Localbahn-Unternehmung auf deren alleinige Kosten durchzuführen. In dem erwähnten beigeschlossenen Grundeinlösungsplane sind die Achsen der Wienfluss-Regulierung und der Wienthalbahnlinie durch rothe Linien, die äußersten Grenzen der Bahn und der Wienfluss-Regulierung durch blaue Linien und die Grundeinlösungsgrenzen durch rothe, an den Bruchpunkten durch kleine rothe Ringe gekennzeichnete Linien bezeichnet.

In den Bereich dieser Grundeinlösungsgrenzen fallen insbesondere die gesammten, mit nachbenannten Orientierungs-Nummern in der Magdalenenstraße, respective mit den Grundbuchseinlagen- und Catastral-Parcellen-Nummern des VI. Bezirkes bezeichneten Realitäten:

Orientierungs-Nr.	Grundbuchs-Einlage-Nr.	Catastral-Parcelle Nr.
1	560	267, 268
3	561	270, 269/2
5	563	271
7	564	274
9	566	275
11	568	278
13	570	279
15	572	282
17	574	283
19	576	285
21	577	286, 287
23	578	288, 289
25	580	290/1
27	582	291/1, 291/2
29	584	294
31	586	295
33	588	297
35	589	298/1, 298/2

Zum Zwecke dieser Grundeinlösung hat die Commission für Verkehrsanlagen in Wien der Localbahn-Unternehmung das der ersteren für die Wienfluss-Regulierung und für die Herstellung der Sammelcanäle zustehende Enteignungsrecht zu übertragen, nöthigenfalls selbst um die Expropriation einzuschreiten und das Expropriations-Erkenntnis der Bahnunternehmung zur Verfügung zu stellen.

Sollten von den in vorangeführten Grundbuchs-Einlagen Z. 560 bis einschließlich 589 des Grundbuches für den VI. Bezirk inliegenden Realitäten einzelne entweder ganz oder theilweise nicht expropriiert werden können und aus diesem Grunde von der Bahn nicht eingelöst werden, so hätte die Bahnunternehmung der Gemeinde Wien für die nicht eingelösten Objecte jenen Betrag zu ersetzen, welcher dem nach den Grundsätzen der Expropriation ermittelten Werte dieser Realitäten entspricht.

Die Bahnunternehmung hat die Grundeinlösung derart rechtzeitig durchzuführen, dass die Einhaltung des Bauprogrammes nicht gehindert wird.

Sollte sich infolge von Projectsänderungen eine Änderung der Grundeinlösung gegenüber den in der Beilage ersichtlich gemachten und oben beschriebenen Einlösungsgrenzen als nothwendig erweisen, so sind die aus solchen Änderungen resultierenden Mehrkosten der Einlösung von jenem der vertragschließenden Theile zu bestreiten, auf dessen Veranlassung diese Änderung vorgenommen werden muss, oder welchem Vertragstheile dieselbe behördlich aufgetragen wurde.

Jene Theile der von der Bahnunternehmung eingelösten Flächen und Realitäten, welche außerhalb der beiden Bauobjecte, jedoch noch innerhalb projectierter Straßen verbleiben, übernimmt die Gemeinde Wien in ihr Eigenthum gegen Ersatz desjenigen Wertes an die Bahnunternehmung, welcher diesen Flächen als Straßengrund zukommt.

Von der Bahnunternehmung eingelöste Flächentheile, welche weder für die Wienfluss-Regulierung noch für die Stadtbahn benöthigt werden und auch nicht in den Bereich projectierter Straßen fallen, welche

somit eine anderweitige Verwertung zulassen, ist die Bahnunternehmung auf ihre Rechnung wieder zu veräußern berechtigt.

Jene Theile der eingelösten Flächen, welche zwischen der rückwärtigen Flucht der flussseitigen Mauer der Bahnanlage und der äußeren Flucht der landseitigen Bahnabschlussmauer liegen, gehen als Eisenbahngrundstücke in das Eigenthum des Bahnunternehmens über, und zwar dort, wo die Flächen an Privatgründe anschließen, einschließlich eines 1 m breiten Schutzstreifens.

Hingegen gehen die zwischen der rückwärtigen Flucht der flussseitigen Mauer der Bahnanlage und der linksseitigen Bauwerksgrenze der Wienfluss-Regulierung gelegene Theile der eingelösten Flächen unentgeltlich in das Eigenthum der Gemeinde Wien über.

Es ist selbstverständlich, dass im Sinne des Punktes XIII, Absatz 3, des Programmes für die Verkehrsanlagen die Bahnunternehmung für jene bereits im Besitze der Gemeinde Wien befindlichen Flächen des Wienflussbettes und der Wienflussufer, welche für die Wienfluss-Regulierung oder für die Bahnanlage benöthigt werden, und welche nicht schon als verkäufliche Baugründe anzusehen sind, an die Gemeinde Wien keinen Einlösungs- oder Servitutsbestellungspreis zu bezahlen haben wird.

2. Bauliche Herstellungen.

Hinsichtlich der baulichen Herstellungen in jenem Theile der Strecke von der Mündung des Lainzerbaches bis zum Schikanedersteg, wo die Bahnanlage und die Wienfluss-Regulierung in unmittelbare Berührung treten, gelten folgende Bestimmungen:

Jene Herstellungen, welche für die ausschließlichen Zwecke der Wienfluss-Regulierung oder der Wienthalbahn zu dienen haben, sind von der betreffenden Unternehmung selbst zu tragen.

Die gesammten Mauerwerksanlagen des rechtsseitigen Widerlagers der Wieneinwölbung, sowie deren Aufmauerung bis auf die in dem diesem Protokolle beigeschlossenen schematischen Querprofile mit a m bezeichnete Höhe, welche 1 m über dem für 600 m^3 secundlichen Abfluss berechneten Hochwasserspiegel liegt, einschließlich der erforderlichen Deckschichte sonach sämmtliche im schematischen Querprofile von der schraffierten Figur a b c d e f g h i k l m a umschriebenen Arbeiten einschließlich des hiebei erforderlichen Erdaushubes sammt Verführung wird die Gemeinde Wien für Rechnung der Wienfluss-Unternehmung ausführen, jedoch hat die Bahnunternehmung der Gemeinde Wien die Kosten für jenen Theil des von letzterer bewirkten Fundamentaushubes sammt Verführung zu vergüten, welcher in das Kunstprofil der Bahn fällt und im schematischen Querprofile mit l n o p q l umschrieben ist.

Schließlich wird noch bestimmt, dass das in der Strecke von der Einmündung des Lainzerbaches bis zur Stiegerbrücke bei der Demolierung der bestehenden Ufermauer der Dampftramway gewonnene Steinmateriale, insoweit diese Demolierung durch die Stadt erfolgt, in das Eigenthum der Gemeinde übergeht, und dass das bei der Demolierung der Uferpflasterungen in der Strecke von der Stiegerbrücke bis zum Schikanedersteg rückgewonnene Steinmateriale Eigenthum der Gemeinde verbleibt.

3. Ausführungsmodalitäten.

In Betreff der Modalitäten der Ausführung der gemeinsamen Zwecken dienenden Herstellungen werden nachfolgende Vereinbarungen getroffen:

In der Strecke von der Mündung des Lainzerbaches bis zum Schikanedersteg wird die rechtsseitige Ufermauer der Wienfluss-Regulierung einschließlich des das eigentliche Einwölbungswiderlager überragenden, im Punkte 2 bereits erwähnten Mauertheiles von der Wienfluss-Regulierungs-Unternehmung ausgeführt.

Alle übrigen für die Bahn noch erforderlichen Herstellungen werden durch die Bahnunternehmung selbst bewirkt. In der Strecke zwischen der Badhausgasse in Hietzing und der Stiegerbrücke wird der Betrieb der bestehenden Dampftramway bis zur Fertigstellung der rechtsseitigen Ufermauer eingestellt.

Die Gemeinde wird die Arbeiten in dieser Strecke derart betreiben, dass die Betriebseinstellung der Dampftramway auf das geringste Maß und auf die Zeit von Mitte September bis Anfang Mai zweier aufeinanderfolgender Jahre eingeschränkt werde. Überdies wird die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. der Stadtgemeinde noch jene Bedingungen bekanntgeben, deren Aufnahme in den mit dem Unternehmer abzuschließenden Bauvertrag die genannte Gesellschaft im Interesse des Betriebes der bestehenden Dampftramway wünschen würde, und wird seitens der Gemeinde die thunlichste Berücksichtigung dieser Wünsche, soweit dieselben mit den Interessen der Gemeinde Wien nicht collidieren, zugesichert.

Für die Dauer dieser Betriebseinstellung hat die Gemeinde Wien zu gestatten, dass in der Wiengasse in Hietzing ein provisorisches Geleise für den Betrieb der Dampftramway ausgeführt werden darf, ebenso dass die in der Nähe der Station Hietzing der Gemeinde Wien gehörigen Grundstücke der Bahn auf die Dauer der Betriebseinstellung jedoch mit der Einschränkung unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, dass allfällige bestehende Pachtverhältnisse durch die Bahn abgelöst und der frühere Zustand der Grundstücke seinerzeit wieder hergestellt werde.

Sollte die Verlegung des Lainzerbaches in die Badhausgasse in Hietzing nothwendig werden, so verpflichtet sich die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp., während der Dauer dieses durch die Gemeinde zu bewirkenden Canalbaues auch den Betrieb der in der Badhausgasse liegenden Dampftramwaystrecke einzustellen.

In diesem Falle wird seitens der Gemeinde Wien der Bahnunternehmung gestattet werden, in der Lainzerstraße eine größere provisorische Geleiseanlage für die Abwicklung des Verkehres herzustellen.

Die Gemeinde wird diesen Canalbau innerhalb der für die Betriebseinstellung in der Strecke Badhausgasse—Stiegerbrücke festgesetzten Zeitperiode in möglichst kürzester Zeit vollenden.

Die Gemeinde erklärt, die Wienfluss-Regulierung nach Möglichkeit derart fördern zu wollen, dass die Bahn mit Ende 1897 dem Betrieb übergeben werden könne.

II. Sammelcanäle und Nothausläße.

Dort wo die Bahnanlage von bestehenden oder erst herzustellenden Sammelcanälen, respective Nothausläßen gekreuzt wird, sind diese Sammelcanäle, respective Nothausläße auch im Bereiche der Bahn von den Unternehmungen der Wienfluss-Regulierung, beziehungsweise der Sammelcanäle und auf deren Kosten auszuführen, wogegen die Bahnunternehmung auf ihre Kosten die nöthigen baulichen Sicherungen zu treffen hat, damit diese Canäle und Nothausläße infolge des Bestandes und Betriebes der Bahn nicht beschädigt oder in ihrer Functionierung gestört werden.

Schließlich erklären beide Theile, bei der Ausführung der Bauarbeiten und insbesondere bei der Reconstruction der Wienbrücken sowie auch der Aufrechterhaltung der bestehenden Communication überhaupt beiderseits das weitestgehende Entgegenkommen beobachten zu wollen.

Für vorstehendes Übereinkommen wird die Genehmigung des Wiener Gemeinderathes und der Commission für Verkehrsanlagen in Wien vorbehalten.

Die concessionswerbende Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. erklärt jedoch schon derzeit, an dieses Übereinkommen bis zur definitiven Entscheidung des Wiener Gemeinderathes und der Commission für Verkehrsanlagen in Wien gebunden zu bleiben.

Die Giltigkeit dieses Übereinkommens wird einverständlich an die Bedingung geknüpft, dass die Erfüllung der in demselben von der Dampftramway-Gesellschaft übernommenen Verpflichtungen dem Concessionär in den Concessionsbedingnissen auferlegt wird.

Für die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp.:
Hallama m. p.

Für die Gemeinde Wien:
Dr. Prix m. p.

Für die k. k. General-Inspection der österr. Eisenbahnen:
Doppler m. p.
k. k. Oberbaurath.

C. Werner m. p.
k. k. Inspector.

Baudirector Berger fungiert als Experte.

Referent beantragt die Genehmigung dieses Übereinkommens mit dem Beisatze, dass dasselbe erst nach definitiver Ertheilung der Concession an die genannte Gesellschaft in Kraft zu treten hat.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass diese Frage im Zusammenhange mit dem in der Gemeinderaths-Sitzung vom 30. v. M. vom Gem.-Rath Steiner gestellten Antrage, betreffend die der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. zu ertheilende Concession, zu behandeln und daher das Referat bis nächsten Dienstag zu vertagen sei.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die genannte Gesellschaft zu verhalten, die Grundeinlösungen auf ihre Kosten vorzunehmen und zu den Herstellungskosten der Mauer die Hälfte, d. i. 435.734 fl. 40 kr., beizutragen.

Dieser Antrag wird abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen; an den Gemeinderath.

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **6. Juni 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Prix.

Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf, Dr. Stenzl.
Experte: Stadtbaudirector Berger.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** macht derselbe folgende Mittheilung:

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 3. Juni 1893:

Reservefond		500.000 fl. — kr.
Effective Belastung	206.094 fl. 45½ kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	265.868 „ 59 „	
zusammen		462.963 „ 04½ „
daher noch verfügbar		37.036 fl. 95½ kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 „ — „
noch		27.536 fl. 95½ kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 494.767 fl. 40 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(3623.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Josef Keinz, Hausbesitzers, II., Große Schiffgasse, um Bekanntgabe der Schadloshaltung für den beim Umbau der Realitäten Einl.-Z. 1667 und 900 des II. Bezirkes zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund und beantragt die Genehmigung der Vornahme der früheren Schätzung im Sinne des § 12 B.-O. unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(3564.) **Derselbe** referiert über Mietzinsrückstände bezüglich mehrerer Wohnungen in dem zur Demolierung bestimmten städtischen Hause V., Matzleinsdorferstraße 21, im Gesammtbetrage von 21 fl. 16 kr., und beantragt deren Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3516.) **Derselbe** referiert über den nach Karl Harold für einen städtischen Grund in Hütteldorf pro 1889 aushaftenden Pachtzinsrückstand per 10 fl. 10 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3551.) **Derselbe** referiert über eine nach dem Gastwirte Johann Schnabl aushaftende Augenscheinsgebür per 5 fl. und beantragt deren Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3512.) **Derselbe** referiert über zwölf Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Gaßner Dominika, Bedienerin;
Karnusek Johann, Zahlkellner;
Tillmann Philippine, Bedienerin;
Ratsch Franz, Geschäftsdiener und Hausbesorger;
Hollazek Matthias, Magazineur;
Novorka Josef, Webergehilfe;
Krones Josef, Bildhauergehilfe;
Bunzengruber Alois, Geschäftsdiener;
Mlynek Ignaz, Monteur;
Lobenschus Johann, Vereinscassier;
Raab Wilhelm, Dr., k. k. Armenarzt, und
Ascher Josef, Gesellschafter der Firma „Laßner & Ascher".
(Angenommen.)

(3531.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen der Eugenie Touzet, Gouvernante Ihrer k. u. k. Hoheit der Frau Erzherzogin Elisabeth, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3457.) **Derselbe** referiert über den Rückstand an Gemeindeumlagen nach 13 Parteien des XVI. Bezirkes im Gesammtbetrage von 21 fl. 47 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3476.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht des Magistrates, beziehungsweise Stadtbauamtes, betreffend die Herstellung einer Gaseinrichtung in dem Schulgebäude XV., Victoriagasse 2, und beantragt: Genehmigung der Reconstruction der Beleuchtungsanlage der genannten Schule mit dem Kostenbetrage von 4159 fl. 65 kr. und Ausführung in den Hauptferien 1893; Durchführung der Arbeiten und Vergebung derselben nach den Anträgen des Magistrates. Die obigen Kosten sind budgetmäßig bedeckt. (Angenommen.)

(3130.) **Derselbe** referiert über zwölf Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Aichinger August, Drechslermeister;
Ehn Martin, Tischlergehilfe;
Chudoba Wenzel, Färbergehilfe;
Klir Franz, Werkführer;
Stecker Stephan, Geschäftsdiener;
Liwa Peter, Hafnergehilfe;
Litt Karl, Sattlergehilfe;
Mock Marie, Köchin;
Simunich Karl, Freiherr v., k. u. k. Major i. R., und
Križ Thomas, Schuhmachermeister;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Seipel August, Meerschaum-Bildhauergehilfe, und
Löw Johann, Gasthauspächter.

Diese Anträge werden angenommen.

(3498.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Note der k. k. Polizei-Direction vom 22. Mai 1893, Z. 46598, enthaltend die Mittheilung über das Einschlagen eines Projectiles aus der k. u. k. Garnisons-Schießstätte im II. Bezirke in eine Bretterhütte in der Schottergrube hinter der Schießstätte am 6. Mai d. J. und beantragt, an die k. k. Statthalterei neuerlich mit dem Ansuchen um Veranlassung der Entfernung der k. u. k. Garnisons-Schießstätte aus dem Gemeindegebiete von Wien heranzutreten. (Angenommen.)

(3505.) **St.-R. Müller** referiert über die Änderung der Baulinie der Clementinengasse, XV. Bezirk, vor dem Hause Or.-Nr. 21, beziehungsweise 20 und 22 und beantragt, die vom Magistrate vorgeschlagene Änderung der dortigen Baulinie nach den im vorgelegten Plane roth eingezeichneten Linien A B und C D, wodurch der in der Mitte der Realität Nr. 21 fallende Bruch vermieden wird, zu genehmigen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3441.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alois Karlick, Selchers und Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 44 Matzleinsdorferstraße, um Bewilligung zur Vornahme von Adaptierungen daselbst und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der nachgesuchten Bewilligung. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3360.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Frankfurther, die Realität Einl.-Z. 1420 in Simmering, gelegen nächst der Hasnergasse zwischen der Geiselbergstraße und dem Wege längs der österr.-ungar. Staatsbahn, auf 6 Baustellen und 2 Baustellenfragmente nach Maßgabe der vorgelegten Pläne abtheilen zu dürfen, und beantragt die Ertheilung dieser Parcellierungsbewilligung unter folgenden Bedingungen:

1. dass die zur Verbreiterung der Geiselbergstraße und des Weges längs der österr.-ungar. Staatseisenbahn und zur Durchführung der Hasnergasse von Einl.-Z. 1420 und 1425, Simmering, entfallenden gelblasierten Grundflächen per 373·83 + 281·59 + 1640·34 = zusammen per 2295·76 m² den §§ 10 und 13 der Bauordnung für Wien vom 17. Jänner 1883 gemäß unentgeltlich und in dem festzusetzenden Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten werden und die kosten- und lastenfreie Abschreibung dieser Grundflächen als Straßengründe gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieser Parcellierung erwirkt;

2. dass gleichzeitig die ad 1 gestellte Verpflichtung zur Übergabe der grundbücherlich abzuschreibenden Straßengründe im gehörigen festzusetzenden Niveau in den physischen Besitz der Gemeinde Wien sowohl auf den Baustellen 1, 2, 3, 4, 5 und 6 als auch auf den Baustellenfragmenten A und B sowie auf der Resteinlage Z. 1420 als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt;

3. dass jede der neuen Einlagen für die Baustellen 1, 2, 3, 4, 5 und 6 sowie der Baustellenfragmente A und B mit der Reallast des Bauverbotes belegt werde, bis die definitive Niveaubestimmung für die angrenzenden Straßenzüge aus Anlass der beabsichtigten Bahnübersetzung und bezüglich der Fragmente A und B auch deren Arrondierung mit Nachbargrundtheilen zu vollständigen Baustellen erfolgt sein wird, und

4. bei seinerzeitiger Verbauung der Baustelle 6 die spitzwinkelige Ecke in einer der Bauverhandlung zur Bestimmung vorzubehaltenden Breite abgekappt und der entfallende Grund ohne weitere Schadloshaltung an die Gemeinde übergeben und diese Verpflichtung grundbücherlich sichergestellt werde.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, dass der Gesuchsteller vor Ausfertigung der Parcellierungsbewilligung sich schriftlich mit den Bedingungen 1 bis 4 einverstanden zu erklären habe.

Referent beantragt weiters, den Magistrat zu beauftragen, sich sofort mit der österr.-ungar. Staatseisenbahn wegen Festsetzung des Niveaus ins Einvernehmen zu setzen.

Die Referenten-Anträge sowie der Antrag Dr. Hackenberg werden angenommen.

(3502.) **Derselbe** referiert über die Baulienbestimmung für die Hauptstraße in Unter-Baumgarten, die Poststraße und einen Theil der Schul- und Pfarrgasse in Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt, es werde nach dem vorliegenden Plane die Baulinie:

1. für die Hauptstraße in Unter-Baumgarten und die Poststraße in Penzing bei einer Straßenbreite von 23 bis 26 m nach den Linien H H' J K L M N O P Q R U W X Y Z a b c d e f g h q r s t u c' w y z einerseits und A A' B C D E F G andererseits;

2. für die Grenzgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien R T und U V;

3. für den projectierten Zugang zum Rangierbahnhofe der Westbahn (zwischen Or.-Nr. 141 und 143 Poststraße) bei 12 m Breite nach den Linien Y a' und Z b';

4. für die verlängerte Pfarrgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien o n und p q;

5. für die verlängerte Schulgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien c' v c' d' und w x — bestimmt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

Die in Punkt 13 dieses Protokolles genannte Wahl eines Verhandlungs-Comités bezüglich der Baustelle Einl.-Z. 950 des IX. Bezirkes in der Fluchtgasse wird vorgenommen; es werden in dieses Comité gewählt die St.-R. Baugoin, Ritt. v. Neumann und Dr. Huber. (Zur Kenntnis.)

(3585.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Steiner (Stadtbaudirector Berger wird als Experte vernommen), womit der Bürgermeister ersucht wird, wegen Berathung und Beschlussfassung über die vom Gemeinderathe aus Anlass der geplanten Concessionierung der Stadtbahnlinien an eine Privatgesellschaft an Allerhöchster Stelle zu unternehmenden Schritte eine außerordentliche Gemeinderaths-Sitzung einzuberufen, und stellt den Antrag, es sei das hohe k. k. Handelsministerium in einer eingehend motivierten Eingabe zu bitten, die Concession für die fraglichen Stadtbahnlinien der Commission für Verkehrsanlagen zu ertheilen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die fragliche Concession zu erwerben;

2. für den Fall der Ablehnung dieses Antrages sei der Magistrat zu beauftragen, jene Punkte der Concessionsurkunde hervorzuheben, welche mit dem Programme im Widerspruche stehen und bezüglich welcher in einer dem Handelsministerium, eventuell Sr. Majestät dem Kaiser zu unterbreitenden Petition um Abänderung gebeten werden soll.

St.-R. Boschan stellt folgenden Antrag:

Es sind jene Wünsche zu formulieren, welche die Gemeinde Wien in Bezug auf die Concessionsertheilung für die Wiener Localbahnen zu stellen für zweckmäßig hält, und der Gemeinderath wolle in einer wohlmotivierten Eingabe an das Handelsministerium um Erfüllung dieser Wünsche ansuchen.

Es wird sohin beschlossen, den Referenten zu ersuchen, über den Inhalt der Concession von diesem Gesichtspunkte aus zu referieren.

Die Debatte wird abgebrochen.

(3697, 3682.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über Pflasterungsprojecte und beantragt, das Project für die Umpflasterung der Thalgasse von der Blüthengasse bis zur Schönbrunnerstraße, XV. Bezirk, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2019 fl. 39 kr. und jenes für die Neupflasterung der Rosinagasse von der Schönbrunnerstraße bis zur Victoriagasse, XV. Bezirk, mit dem adjustierten Kostenvoranschlage von 10.957 fl. 17 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3681.) **Derselbe** referiert über das Project für den Canalbau in der Neubergenstraße, XIV. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des vorgelegten, mit 2640 fl. 65 kr. adjustierten Projectes. (Angenommen.)

(3627.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Circusdirectors A. Schumann, den abgerissenen Sattelraum bei seinem Circus in Fünfhaus nach Maßgabe der vorgelegten Pläne wieder aufbauen zu dürfen, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung der Bewilligung zur Herstellung dieses provisorischen Objectes zu bestätigen. (Angenommen.)

(3680.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Ansuchen des Lorenz Hawlitschek um Bewilligung zur Herstellung eines Wasserlaufes auf dem von ihm gepachteten Bürgerspitalsgrunde, Abtheilung II, des die Cat.-Parc. 102/1 bis 4, im XI. Bezirke, Simmering, umfassenden Bürgerspitalsgrundcomplexes nach Maßgabe der vorgelegten Pläne und beantragt, namens des Bürgerspitalfondes zu dieser Herstellung die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 4. bis 10. Juni 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	218.541 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 188.474; aus Ober-Österreich — 1871; aus Mähren — 8888; aus Böhmen — —; aus Galizien — 15.822; aus Ungarn — 3486; aus der Bukowina — —; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	34.678 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 3347; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 847; aus Galizien — 29.951; aus Ungarn — 533; aus der Bukowina — — Kg.)
Schaffleisch . .	169 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 23; aus Mähren — —; aus Galizien — 144; aus Ungarn — 2; aus der Bukowina — — Kg.)
Schweinfleisch .	26.710 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 13.241; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — 77; aus Mähren — 309; aus Galizien — 8328; aus Ungarn — 4755; aus der Bukowina — — Kg.)
Kälber	1653 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 439; aus Ober-Österreich — ; aus Mähren — 73; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1133; aus Ungarn — 8; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — St.)
Schafe	122 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 119; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — 3 St.
Schweine . . .	204 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 117; aus Mähren — 1; aus Galizien — 84; aus Ungarn — 2; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	16 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 16; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus Ungarn — — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . .	19.708 Kg.	Kälber	435 Stück
Kalbfleisch . .	619 „	Schafe	33 „
Schaffleisch . .	12 „	Schweine	— „
Schweinfleisch .	675 „	Lämmer	31 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	32	bis	68	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	105	„	„ „
Kalbfleisch		„	25	„	64	„	„ „
extrem		„	—	„	—	„	„ „
Schaffleisch		„	40	„	50	„	„ „
Schweinfleisch		„	50	„	74	„	„ „
Kälber		„	30	„	60	„	„ „
Schafe		„	30	„	42	„	„ „
Schweine		„	43	„	65	„	„ „

Bei fast gleichen Zufuhren wie in der Vorwoche war der Geschäftsverkehr flau und haben Rindfleisch einen Preisrückgang von 2 kr. und Kalbfleisch sowie Kälber galizischer Provenienz einen solchen von 4 bis 6 kr. erlitten. Die übrigen Fleischwaren blieben im Preise unverändert.

* * *

(Pferdemarkt vom 9. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 499 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 120—535 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 25—90 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 4. bis 10. Juni 1893:
(Geschlachtet wurden 110 Pferde.)

vom Pferde		
Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „	1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten	1 „	24—44 „
Selchfleisch	1 „	30—50 „
Extrawürste	1 „	30—48 „
Dürre Würste	1 „	34—56 „
Rohes Fett	1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80 „
Schweifhaare	1 Schweif	fl. 1—1·40.
Knochen	100 Kg.	fl. 1·80—4.
Häute	per St.	„ 3—6·50.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 12. Juni 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh: — 3241, Beinlvieh: — 364.

Summa . 3605.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	1245
Galizische „	1316
Deutsche „	1021
Büffel „	23

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3023
Stiere	333
Kühe	249

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 51	bis 62	fl.	
(extrem	„ —	„ —	„)	
Galiz. Schlachtthiere	„ 51	„ 63	„	
(extrem	„ —	„ —	„)	
Deutsche Schlachtthiere	„ 52	„ 64	„	
(extrem	„ —	„ —	„)	
Weidevieh	„ —	„ —	„	
Stiere	„ —	„ —	„	
Kühe	„ —	„ —	„	
Büffel	„ —	„ —	„	
Beinlvieh	„ —	„ —	„	

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 34 bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 22 ½	bis 34	fl.
Stiere	„ 25	„ 33	„
Kühe	„ 23	„ 30	„
Büffel	„ 20	„ 26	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:
Beinlvieh . . von 48 bis 104 fl.

Unverkauft blieben:
Ochsen . . . . . 70 Stück
Beinlvieh . . . . 11 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1744 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des schwachen Auftriebes lebhaft, daher die Preise eine Besserung von 2 bis 3 fl. per 100 Kg. erfahren haben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 10. Juni 1893.

a) Getreide.

per 100 Kg.						
Weizen	(Qualitätsgewicht 100 Kg.)	von 8 fl. 30 kr.	bis	9 fl. 20 kr.
Roggen	(„ 100 „)	„ 7 „ 10 „	„	7 „ 45 „
Gerste		„ 5 „ 25 „	„	9 „ — „
Mais		„ 5 „ 45 „	„	5 „ 80 „
Hafer		„ 7 „ 10 „	„	7 „ 80 „

b) Mahlproducte.

per 100 Kg.				
Gries	von 14 fl. 45 kr.	bis	16 fl. 20 kr.
Weizenmehl	„ 6 „ — „	„	16 „ 20 „
Roggenmehl	„ 7 „ 20 „	„	13 „ 80 „
Weizenkleie	„ 4 „ 40 „	„	4 „ 60 „
Roggenkleie	„ 4 „ 85 „	„	4 „ 95 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 1. Juni bis 8. Juni 1893.

Waren eingelagert . . . . . 57.288 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 37.588 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 15.813 Meter-Centner.

Lagerstand vom 8. Juni 1893: 339.498 Meter-Centner, und zwar:

94.163	Meter-Centner	Weizen,	31.878	Meter-Centner	Roggen,
21.967	„	Gerste,	21.384	„	Hafer,
93.297	„	Mais,	2.798	„	Ölsaaten,
11.824	„	Mehl u. Kleie,	8.866	„	Wein,
2.227	„	Zucker,	7.121	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,090.260 fl. öst. Währ.

Sanitätsangelegenheiten.

(Öffentliche unentgeltliche Impfung.) Da erfahrungsmäßig die Impfung als prophylaktische Maßregel zur Verhütung von Blatternerkrankungen von höchster Wichtigkeit ist, so wird den P. T. Eltern, Vormündern, Lehr- und Fabriksherren 2c. hiemit dringend empfohlen, zum Schutze gegen die Blatternkrankheit alle unter ihrer Obhut befindlichen, bisher noch nicht oder nicht mit Erfolg geimpften Kinder und Schutzbefohlenen sobald als möglich der Impfung unterziehen zu lassen; dieselben werden auch aufmerksam gemacht, dass das Impfzeugnis bei der Aufnahme der Kinder in Schulen, Kindergärten oder Kinderbewahranstalten in Gemäßheit des Erlasses des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 18. Juni 1891, Z. 5353, dann bei der Verleihung von Waisengeldern, Stipendien 2c. verlangt wird, ohne dass jedoch die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in eine Schule von der Beibringung dieses Zeugnisses abhängig ist. — Desgleichen wird auch allen erwachsenen Personen, welche noch nicht geimpft, sowie jenen, welche bereits vor längerer Zeit geimpft worden sind, und

bei denen daher die frühere Impfung keinen genügenden Schutz mehr bietet, empfohlen, sich der Impfung, beziehungsweise der neuerlichen Impfung (Revaccination) zu unterziehen. — Es wird übrigens ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß bei der diesjährigen öffentlichen, unentgeltlichen Impfung ausschließlich animale Lymphe zur Verwendung gelangt.

Die Impfung wird vorgenommen:

Im I. Bezirke (Innere Stadt): vom 7. Juni bis 31. August 1893 im Ordinationszimmer des Ersten öffentlichen Kinder-Krankeninstitutes, I. Bezirk, Steindlgasse Nr. 2, im I. Stock, täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, von 1 bis 2 Uhr nachmittags;

im Amtslocale des städtischen Arztes für den I. Gemeindebezirk, Herrn Dr. Emanuel Kohn, im Rathhause, 3. Stiege, Hochparterre (Eingang von der Lichtenfelsgasse), jeden Mittwoch von 3 bis 4 Uhr nachmittags;

im Turnsaale der städtischen Mädchen-Volksschule, I. Bezirk, Johannesgasse Nr. 4, jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Marcus Koranyi und Dr. Max Löwenfeld.

Im II. Bezirke (Leopoldstadt): I. Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch bis inclusive 30. August in dem Gebäude der städtischen Volksschule in der Standingergasse Nr. 6 in der Brigittenau, von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Jakob Lenk.

II. Donnerstag, den 8. Juni und jeden folgenden Donnerstag bis inclusive 31. August in dem Gebäude der städtischen Volksschule in der Wintergasse Nr. 34 in der Brigittenau, von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Ernst Rosenthal.

III. Samstag, den 10. Juni und jeden folgenden Samstag bis inclusive 26. August in dem Gebäude der städtischen Volksschule Kleine Sperlgasse Nr. 2, von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Heinrich Adler und Dr. Franz Wonka.

IV. Dienstag, den 13. Juni und jeden folgenden Dienstag bis inclusive 29. August in dem Gebäude der städtischen Volksschule, Czerninplatz Nr. 3, von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Ignaz Ehrmann und Dr. Samuel Kohn.

V. Samstag, den 10. Juni und jeden folgenden Samstag bis inclusive 26. August in dem Gebäude der städtischen Volksschule in der Pazmanitengasse Nr. 17, in der Zeit von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Nathan Weinstein.

VI. Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch bis inclusive 28. Juni in dem Gebäude der städtischen Volksschule in der Vorgartenstraße, von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Samuel Engelsmann.

VII. Mittwoch, den 5. Juli und jeden folgenden Mittwoch bis inclusive 26. Juli in dem Gebäude der städtischen Volksschule, Schüttaustraße Nr. 78, von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Samuel Engelsmann.

VIII. Mittwoch, den 2. August und jeden folgenden Mittwoch bis inclusive 30. August in dem Gebäude der städtischen Volksschule in der Freudenau Nr. 69, von 4 bis 5 nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Samuel Engelsmann.

Im III. Bezirke (Landstraße): I. Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch im Gemeindehause des III. Bezirkes, Gemeindeplatz Nr. 3, I. Stock, von 3 bis 5 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. August Böhm.

II. Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch im Gebäude der städtischen Volksschule in der Löwengasse Nr. 12, von 3 bis 5 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Julius Nußbaum und Dr. Armin Petschek.

III. Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch in dem Gebäude der städtischen Volksschule für Knaben in der Erdbergstraße Nr. 76, von 4 bis 6 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Leopold Tuschak und Dr. Ladislaus Würtzler.

Im IV. Bezirke (Wieden): vom 6. Juni bis inclusive 30. August 1893 jeden Dienstag und Mittwoch von 4 bis 5 Uhr nachmittags im Gemeindehause des IV. Bezirkes, Schäffergasse Nr. 3. Impfärzte: die Herren Dr. Franz Hickl und Dr. Alois Mück.

Im V. Bezirke (Margarethen): Im Gemeindehause des V. Bezirkes, Hundsthurmerstraße Nr. 58, vom 6. Juni bis Ende August jeden Dienstag von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Karl Berdach und Dr. Leopold Kapperl;

im Turnsaale der städtischen Knaben-Volksschule, V. Bezirk, Hundsthurmplatz Nr. 14, vom 7. Juni bis inclusive 12. Juli jeden Mittwoch von 4 bis 5 Uhr nachmittags, vom 18. Juli bis Ende August jeden Dienstag und Freitag von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Friedrich Gerstinger und Dr. Leo Deutsch.

Im VI. Bezirke (Mariahilf): vom 6. Juni bis inclusive 30. August 1893 jeden Dienstag und Mittwoch von ½4 bis ½5 Uhr nachmittags in der städtischen Realität Esterházypalais, VI. Bezirk, Amerlingstraße Nr. 6. Impfärzte: die Herren Dr. Ignaz Baßlinger, Dr. Emanuel Berger, Dr. Wilhelm Raab.

Im VII. Bezirke (Neubau): vom 8. Juni bis 31. August 1893 jeden Donnerstag und Freitag von 4 bis 5 Uhr nachmittags im Ortsschulrathslocale neben dem Sitzungssaale des Gemeindehauses des VII. Bezirkes, Neubaugasse Nr. 25. Impfärzte: die Herren Dr. Peter Friedmann, Dr. Ignaz Schiffmann und Dr. Alois Schreyer.

Im VIII. Bezirke (Josefstadt): vom 7. Juni d. J. angefangen jeden Mittwoch und Donnerstag im Gemeindehause des VIII. Bezirkes, Schmidgasse Nr. 18, II. Stock, von 3 bis 5 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Karl Kerzendorfer und Dr. Ludwig Klaar.

Im IX. Bezirke (Alsergrund): I. Dienstag, den 6. Juni 1893 und jeden folgenden Dienstag im Gemeindehause des IX. Bezirkes, Währingerstraße Nr. 43, im großen Saale, von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Wilhelm Schoberlechner und Dr. Salomon Neumann.

II. Mittwoch, den 7. Juni 1893 und jeden folgenden Mittwoch im Turnsaale des Schulgebäudes, IX. Bezirk, Gemeindegasse Nr. 11, von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Adolf Kronfeld.

III. Donnerstag, den 8. Juni 1893 und jeden folgenden Donnerstag im Gemeindehause des IX. Bezirkes, Währingerstraße Nr. 43, im großen Saale, im II. Stock, von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Leo Dines und Dr. Theodor Szongott.

Im X. Bezirke (Favoriten): I. Im alten Gemeindegebiete des X. Bezirkes jeden Dienstag und Mittwoch von 4 bis 5 Uhr nachmittags im Gemeindehause des X. Bezirkes, Keplerplatz Nr. 5, II. Stock. Impfärzte: die Herren Dr. Josef Block, Dr. Ladislaus Goczigh, Dr. Hans Werner und Dr. Josef Wicke.

II. In den einbezogenen Theilen von Inzersdorf am Wienerberge jeden Dienstag von 3 bis 4 Uhr nachmittags im Schulhause Kinskygasse Nr. 16. Impfarzt: Herr Dr. Adolf Pirnitzer.

III. Im Ordinationsspitale des Wienerberger Werkspitales jeden Sonntag um 3 Uhr nachmittags. Impfarzt Herr Dr. Adolf Pirnitzer.

IV. In den einbezogenen Theilen von Ober- und Unter-Laa jeden Mittwoch von 2 bis 4 Uhr nachmittags im Hause Ober-Laa, Hauptstraße Nr. 19. Impfarzt: Herr Dr. Linus Geißler.

Im XI. Bezirke (Simmering): vom 3. Juni angefangen von den städt. Ärzten: Herren Dr. Bernhard Eisler, Dr. Julius Stern in Simmering und Johann Weigert in Kaiser-Ebersdorf jeden Mittwoch und Samstag in nachstehenden drei Impflocalen:

I. Im Turnsaale des Schulgebäudes in Simmering, Marktplatz Nr. 466, von halb 4 Uhr nachmittags an.

II. Im Turnsaale des Schulgebäudes in Simmering, Braunhubergasse Nr. 3, von halb 4 Uhr nachmittags an.

III. Im Gemeindehause in Kaiser-Ebersdorf, von 4 bis 5 nachmittags.

Im XII. Bezirke (Meidling): in den Sommermonaten des Jahres 1893 jeden Mittwoch und Samstag von 4 bis 5 Uhr nachmittags in nachstehenden fünf Impflocalen:

I. Turnsaal der Volksschule für Knaben, XII. Bezirk (Unter-Meidling), Schulgasse Nr. 6. Impfarzt: Herr Dr. Martin Steiner.

II. Turnsaal der Volksschule für Knaben, XII. Bezirk (Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße Nr. 39. Impfarzt: Herr Dr. Heinrich Singer.

III. Turnsaal der Doppelvolksschule, XII. Bezirk (Unter-Meidling), Ehrenfelsgasse Nr. 5. Impfarzt: Herr städtischer Arzt Matthias Herzog.

IV. Turnsaal der Knaben-Volksschule, XII. Bezirk (Unter-Meidling), Schillergasse Nr. 11. Impfarzt: Herr städtischer Arzt Anton Samek.

V. Turnsaal der Doppelvolksschule, XII. Bezirk (Hetzendorf), Hauptstraße Nr. 88. Impfarzt: Herr Dr. Anton Gidaly.

Im XIII. Bezirke (Hietzing): in den Sommermonaten des Jahres 1893:

I. In Baumgarten im Gebäude der Volksschule, Hauptstraße Nr. 56, Samstag, den 3. Juni und jeden folgenden Samstag, von 3 Uhr nachmittags an. Impfarzt: Herr Dr. Anton Vojčik.

II. In Breitensee im Gebäude der Volksschule, Antonsgasse Nr. 38, Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch, von 3 Uhr nachmittags an. Impfarzt: Herr Dr. Wilhelm Forschner.

III. In Hietzing im Gebäude der Volksschule, Hauptplatz Nr. 2, Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch, von 3 Uhr nachmittags an. Impfarzt: Herr Dr. Arnold Déml.

IV. In Hütteldorf im Gebäude der Volksschule, Bräuhausgasse Nr. 2, Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch, von 3 Uhr nachmittags an. Impfarzt: Herr Wundarzt Josef Baumgartner.

V. In Lainz im Gebäude der Volksschule, Hauptstraße Nr. 26, Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch, von 4 Uhr nachmittags an. Impfarzt: Herr Dr. Alexander Popa.

VI. In Ober-St. Veit im Gebäude der Volksschule, Maria-Theresiastraße Nr. 15, Samstag, den 3. Juni und jeden folgenden Samstag, von 3 Uhr nachmittags an. Impfarzt: Herr Mag. Franz Kopetzky.

VII. In Penzing im Gebäude der Volks- und Bürgerschule, Schulgasse Nr. 10, Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch. Impfarzt: Herr Dr. Samuel Streicher.

VIII. In Unter-St. Veit im Gebäude der Volksschule, Auhofstraße Nr. 27, Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch. Impfarzt: Herr Dr. Daniel Lupini.

Im XIV. Bezirke (Rudolfsheim): vom 7. Juni bis incl. 9. August 1893 jeden Mittwoch und Freitag von 3 bis 4 Uhr nachmittags im Gemeindehause, Dadlergasse Nr. 16, und zwar jeden Mittwoch im Turnsaale der Mädchen-Volks- und Bürgerschule, jeden Freitag im Amtslocale des städtischen Arztes des XIV. Gemeindebezirkes. Impfärzte: die Herren Dr. Josef Laufer, Dr. Béla Weiß und Wundarzt Anton Sehnal.

Im XV. Bezirke (Fünfhaus): vom 7. Juni bis Ende Juli 1893:

I. Im Turnsaale der städtischen Schule XV., Friedrichsplatz Nr. 2, jeden Mittwoch von 2 bis 3 Uhr nachmittags und jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Friedrich Bernheim und Dr. Franz Gutmann.

II. Im Turnsaale der städtischen Schule XV., Hackengasse Nr. 11, jeden Mittwoch von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Siegmund Schoßberger.

Im XVI. Bezirke (Ottakring): Juni und Juli 1893 von 3 bis 4 Uhr nachmittags:

I. In Ottakring: 1. Abelegasse Nr. 29, jeden Mittwoch, Impfarzt: Herr Dr. Karl Groß. 2. Hauptstraße Nr. 158, jeden Mittwoch, Impfarzt: Herr Dr. Johann Wiesinger. 3. Seitenberggasse Nr. 10, jeden Samstag. Impfarzt: Herr Dr. Bernhard Joachimovicz.

II. In Neulerchenfeld: 1. Hauptstraße Nr. 52, jeden Samstag. Impfarzt: Herr Dr. Johann R. v. Glowacki. 2. Neumayrgasse Nr. 33, jeden Samstag, Impfarzt: Herr Dr. Jacob Kanitz.

Im XVII. Bezirke (Hernals): vom 7. Juni bis incl. 30. August 1893 jeden Mittwoch und Samstag, von 3 bis 4 Uhr nachmittags:

I. In dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals in den Turnsälen der Schulgebäude Alsbachstraße Nr. 22, Kirchengasse Nr. 37, Petersplatz Nr. 1. Impfärzte: die Herren Dr. Karl Müller, Dr. Eduard Pöll und Dr. Adolf Schweng.

II. In dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Dornbach, in Dornbach, Hauptstraße Nr. 132. Impfarzt: Herr Dr. Karl Diem.

Im XVIII. Bezirke (Währing): I. Im Gemeindehause des XVIII. Bezirkes, Währing, Martinsstraße Nr. 100, im kleinen Sitzungssaale. Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch bis inclusive 30. August von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Moriz Breuer und Dr. Alois Plöchl.

II. Im städtischen Schulgebäude, XVIII., Gersthof, Alseggerstraße Nr. 16, Samstag, den 3. Juni und jeden folgenden Samstag bis Ende Juni von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Leo Weiß.

III. Im städtischen Schulgebäude, XVIII., Pötzleinsdorf, Hauptstraße Nr. 87, Samstag, den 3. Juni und jeden folgenden Samstag bis Ende Juni von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Bernhard Mütter.

Im XIX. Bezirke (Döbling): I. In Ober-Döbling im Gebäude der Volks- und Bürgerschule, Pantzergasse Nr. 25, Samstag, den 3. Juni und jeden folgenden Samstag bis inclusive 26. August von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfärzte: die Herren Dr. Karl Kohn und Dr. Siegmund Schwarz.

II. In Ober-Sievering im Hause Hauptstraße Nr. 26, Mittwoch, den 7. Juni und jeden folgenden Mittwoch bis 30. August von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Moriz Brecher.

III. In Grinzing im Gebäude der Volksschule, Schulgasse Nr. 1, Dienstag, den 6. Juni und jeden folgenden Dienstag bis inclusive 25. Juli von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Moriz Brecher.

IV. In Heiligenstadt im Gebäude der Volksschule, Nussdorferstraße Nr. 129, Samstag, den 3. Juni und jeden folgenden Samstag bis inclusive 26. August von 2 bis 3 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Franz Löw.

V. In Nussdorf im Schulgebäude, Heiligenstädterstraße Nr. 26, Samstag, den 3. Juni und jeden folgenden Samstag bis inclusive 29. Juli von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Impfarzt: Herr Dr. Leopold Ehrenhaft.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 8. Juni bis 12. Juni 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Große Sperlgasse 7, von Johann Müller, Bauführer J. Hranika (3983).
„ „ Haus, Volkertstraße Grundb.-Einl. 4303, Baustelle II, von Ferdinand Strobl, Bauführer F. Waas (4070).
III. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2785, in der unbenannten Gasse, Baustelle 9, von J. Kalas, Bauführer A. v. Bergmüller (3961).
V. Bezirk: Haus, Reinprechtsdorferstraße Grundb.-Einl. 1759, von Josef und Justine Fabian, Bauführer Seitl & Klee (4039).
XI. Bezirk: Dreistöckiges Eckhaus, Schwechat, Pressburger Reichsstraße, Baustelle II, Grundb.-Einl. 437, von Josef Hans, Bauführer Jg. Drapala, Architekt und Baumeister (8275).
„ „ Drei Stock hohes Eckhaus, Schwechat, Pressburger Reichsstraße, Baustelle VII, Grundb.-Einl. 442, von Josef Hans, Bauführer Jg. Drapala, Architekt und Baumeister (8276).
XVIII. Bezirk: Villa, Pötzleinsdorf, Julienstraße 46, von Max Biach, Bauführer Karl Wanitzky (17001).

Für Umbauten:

XVI. Bezirk: Ottakring, am Wilhelminenberg nächst dem Schloss, von Wilhelmine Fürstin Montleart Sachsen-Coburg, durch L. Brabec, Verwalter, Bauführer L. Roth (24781).
„ „ Ottakring, Laugegasse 75, von Philomene Kober, Bauführer Matthias Millik (24945).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Obere Donaustraße 109, von Karl Michna, Maurermeister (3978).
„ „ Malzgasse 8, von Wenzel Hussak, Bauführer F. Obermeyer (4007).
„ „ Reitschule, Afrikanergasse 1, von Martin und Therese Hanakamp, Bauführer J. Matasek (4017).
III. Bezirk: Erdbergstraße Nr. 17, von Wilhelm Beetz, Bauführer C. Stigler (3987).
V. Bezirk: Hoftract, Franzensgasse 13, von Mich. und Anna Brechlmacher, Bauführer J. Hable (4065).
IX. Bezirk: Hoftract, Währingerstraße 51, von Franz und Anna Dolezal, Bauführer Joh. Ev. Hattey (4051).
X. Bezirk: Inzersdorf, Ettenreichgasse 8, von Josef und Sofie Burian, Bauführer Georg Strohmayer (18213).
XI. Bezirk: Scheune, Simmering, Hauptstraße 141, C.-Nr. 360, von Josef Putschandl, Bauführer Ferdinand Kaindl (8312).
XIV. Bezirk: Sechshaus, Hauptstraße 46, von Hermann Walli, Vormund der Victor Krehan'schen Kinder und der Mitbesitzerin Frau Josefa Kirschner, Bauführer Otto Ettmayr, Maurermeister (13221).
XVI. Bezirk: Ottakring, Sulmgasse 10, von Johann und Katharina Tremmel, Bauführer Franz Haslinger (24696).
XIX. Bezirk: Veranda, Unter-Sievering, Hauptstraße 14, von Eduard Spieß, Bauführer E. Spieß (10765).

Für Adaptierungen:

V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 45, von Heinrich Kirschmann, Bauführer J. Hartl (4022).
VII. Bezirk: Burggasse 35—37, vom Institut Notre Dame de Sion, Bauführer J. Schmalzhofer (4064).
XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 37, von Josef Koch, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (8485).
XVI. Bezirk: Ottakring, Hyrtlgasse 7, von Franz Moser, Bauführer ? (24788).
„ „ Ottakring, Gablenzgasse 12, von Therese Wimmer, Bauführer Matthias Millik (24944).
XVII. Bezirk: Hernals, Herrengasse 18, von Wenzel Neubauer, Bauführer Joh. Schobesberger, Maurermeister (19794).
XIX. Bezirk: Nussdorf, Hauptplatz 1, von Johanna Dötzl, Bauführer Karl Höllerl jun. (10734).

Für diverse (geringere) Bauten:

III. Bezirk: Schupfe, Erdbergerlände 34, von der Imperial-Continental-Gas-Association, Bauführer H. Schüller (4062).
VII. Bezirk: Abort, Stiftgasse 9, von Carls Erben, Bauführer H. Wagner (4052).
VIII. Bezirk: Kalkgrube, Schlösselgasse 22, von Anton Knett, Stadtbaumeister, Bauführer derselbe (3982).
IX. Bezirk: Kesselhaus, Sobieskygasse 31, von Jg. Großmann, Bauführer A. Tichy (3991).
XI. Bezirk: Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Ebersdorferstraße Consc.-Nr. 206, von Anna Übl, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (8484).
XII. Bezirk: Aborte, Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 50, von Francisca Prüger, Bauführer Wenzel Voit (16215).
„ „ Feuermauerdurchbrechung, Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 67, von Gottlieb Taußig, Bauführer C. Brunner (16476).
XV. Bezirk: Aborte, Fünfhaus, Fünfhausgasse 7, von Anna Kren, Bauführer Edmund Schwarzer, Architekt und Stadtbaumeister (10418).
XVIII. Bezirk: Herstellung eines Verbindungsganges, Währing, Marktgasse 39, von Marie Bartsch, Bauführer Alois Ziegler (16742).
„ „ Herstellung von zwei Aborten, Währing, Hauptstraße 73, von Michael Scheidl, Bauführer Paul Oberst (16743.)
„ „ Herstellung eines Rohrcanales, Währing, Hauptstraße 64, von Anna Küttner, Bauführer Heinrich Sikora (16961).
„ „ Herstellung eines Betoncanales, Währing, Hauptstraße 66, von Sebastian Krenn, Bauführer Heinrich Sikora (16962).
„ „ Herstellung eines Hauscanales und Steinzeug-Rohrleitung, Währing, Hauptstraße 90, von Karl Kandler, Bauführer Heinrich Sikora (16963).
„ „ Herstellung eines Hauscanales und Steinzeug-Rohrleitung, Währing, Hauptstraße 74, von Josef Stummer, resp. Elvira Stummer, Bauführer Heinrich Sikora (17183).
„ „ Herstellung eines Hauscanales, Währing, Wienerstraße 8, von Karoline Weiß, Bauführer Josef Haupt (17109).

Stockwerks-Aufsetzungen:

V. Bezirk: Johannagasse 34, von Georg und Karl Schweizer, Bauführer Seitl und Klee (4020).

XVI. Bezirk: Ottakring, Wagnergasse 30, von Robert und Rosine Gütling, Bauführer Franz Roth (24783).
„ „ Neulerchenfeld, Neumayergasse 9, von Johann Wimmer, Bauführer Franz Haslinger (23744).
XVIII. Bezirk: Aufsetzung eines zweiten Stockwerkes, Währing, Mitterbergasse 19, von Max recte Emanuel Frommer, Bauführer Wenzel Gabauer (16655).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

I. Bezirk: Rothenthurmstraße 5, von der Allgemeinen österr. Baugesellschaft (3980).
„ „ Rothenthurmstraße 7, von der Allgemeinen österr. Baugesellschaft (3984).
II. Bezirk: Wallensteinstraße, Grundb.-Einl. 3885 und 3886, von Lorenz Waldmann, Maurermeister (3989).
„ „ Obere Augartenstraße 34, von den Schulschwestern vom III. Orden des heil. Franz Seraphicus (4011).
III. Bezirk: Hainburgerstraße, Grundb.-Einl. 2765, Baustelle II, von David Wolf (4023).
„ „ Apostelgasse, Grundb.-Einl. 2767, Baustelle IV, von David Wolf (4024).
„ „ Apostelgasse, Grundb.-Einl. 2766, Baustelle III, von David Wolf (4025).
„ „ Hainburgerstraße und Apostelgasse, Grundb.-Einl. 2764, Baustelle I, von David Wolf (4026).
„ „ Hainburgerstraße und Apostelgasse, Grundb.-Einl. 2768, Baustelle V, von David Wolf (4027).
„ „ Reinprechtsdorferstraße, Grundb.-Einl. 1759, von Josef und Justine Fabian (4037).
XI. Bezirk: Kaiser-Ebersdorf, Schwechaterstraße, Parc. 1638, Einl.-Z. 332, von Antonie Smolar (8390).
XIV. Bezirk: Cat.-Parc. 7 und 8, Conscr.-Nr. und Einl.-Z. 7 (Haus), Sechshaus, Sechshauser Hauptstraße Or.-Nr. 13, von Julius Siegmeth (12981).
„ „ Realität, Parc. 117, Grundb.-Einl. 117, Rudolfsheim, Braunhirschengasse Or.-Nr. 26, von Siegfried und Leopoldine Reichenfeld (13251).
XIX. Bezirk: Einl.-Z. 1076, Ober-Döbling, Neustiftgasse, von Ottilie v. Demuth (10842).

Gewerbeanmeldungen vom 30. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Stritzl Katharina — Milchmeiergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstraße 203.
Donner Josefa — Milch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Herklotzg. 43.
Hiesinger Helene — Milch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Abelegasse 16.
Waltner Ludwig — Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Dammstraße 52.
Dattler Marie — Pfaidlerin — VIII., Josefstädterstraße 97.
Caletka Marie — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 30.
Eitter Agnes — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Kleidermachen und Wäschenähen — VIII., Lerchenfelderstraße 158.
Weinpolter Johann — Schlossergewerbe — XVI., Ottakring, Degeng. 49.
Pekarsch Adalbert — Schuhmacher — XII., Unter-Meidling, Rauchg. 34.
Windisch Leopoldine — Selchwaren-Verschleiß — XIII., Unter-St. Veit, Kirchengasse 32.
Roch Adalbert — Sensen- und Wetzsteine-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtel 65.
Rotter Johann — Tischlergewerbe — XII., Unter-Meidling, Rudolfsg. 8.
Thöner Wenzel — Uhrmacher — XVII., Hernals, Annagasse 17.
Cehah Marie — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 48.
Skalnik Alois — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — IX., Rothen Löwengasse 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 31. Mai 1893.

Weimann Barbara — Anstreicher- und Lackierergewerbe — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 7.
Samek Michael — Abhaltung von Betversammlungen während der jüdischen Feiertage — I., Judengasse 12.
Köck Marie — Cravattennäherin — VII., Bernardgasse 2.
Straka Franz — Fächermacher — VII., Zieglergasse 14.
Kreif Georg — Fransenknüpfer — XIV., Rudolfsheim, Karolineng. 21.
Gerhold Eleonore — Gastwirtin — IX., Servitengasse 7.
Müller Karoline — Geldgießergewerbe — XV., Fünfhaus, Fünfhausgasse 18.
Franzl Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Capitelgasse 4.
Nußbaum Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 53.
Posch Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Seidengasse 10.
Rada Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 7.
Schrott Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 11.
Kadisch Hugo — Handelsagentie — I., Tuchlauben 22.
Hrevus Martin — Handel mit Obst und Grünwaren im Umherziehen XVIII., Währing, Gürtelstraße 8.
Strauch Philomena — Kaffeeschenkerin — VII., Kaiserstraße 53.
Wedlich Peter — Verabreichung von Kaffee, Thee ohne Rum und von Haltung erlaubter Spiele — I., Wallnerstraße 9.
Lieberth Rosalia — Lebzeltergewerbe — XII., Unter-Meidling, Pfarrgasse 17.
Schröter Marie — Messerschmiedgewerbe — III., Dianagasse 1.
Berger Julie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftgasse 33.
Pfeiffer Martin — Pfaidler — VII., Zollergasse 21.
Palt Josef — Schlossergewerbe — XIII., Penzing, Rochusgasse 6.
Spitz Rudolf — Schmuckfedern- und Kunstblumen-Verschleiß — VII., Neubaugasse 23.
Frommer Dresel — Spirituosenhandel — XVIII., Währing, Mitterbergasse 27.
Baumann Alois — Tischler — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 23.
Witek Anton — Tischlergewerbe — I., Spiegelgasse 21.
David Marcus — Viehcommissionshandel — III., Central-Viehmarkt.
Trimml Anton — Weinschenker — XVII., Dornbach, Hauptstraße 103.
Pek Paula — Verschleiß von Wein, Spirituosen und Mineralwässern in handelsüblich verschlossenen Flaschen — VII., Neustiftgasse 14.
Schnaubelt Karl — Zahntechniker — IV., Phorusgasse 5.
Zuklin Josef — Ziergärtner — XVII., Dornbach, neben dem Dornbacher Friedhofe.
Ciprian Pietro — Zuckerbäcker — VII., Zieglergasse 25.
Actiengesellschaft der I. österr. Borstenvieh-Zucht- und Mastanstalt — I., Minoritenplatz 4.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 2. Juni 1893.

Krichenbaum Leopoldine — Bäckergewerbe — XIII., Penzing, Poststr. 34.
Gettinger Katharina — Damenkleidermacherin — VII., Burggasse 35.
Popper Josef L. — Fabriksmäßige Erzeugung von Drechslerwaren — VII., Hermanngasse 14.
Haider Anton — Einspänner — XVIII., Währing, Feldgasse.
Karl Hugo — Einspänner — XIX., Ober-Döbling, Alleegasse.
Kronberger Anton — Fleischhauer — X., Himbergerstraße 7.
Gans Siegmund — Erzeugung von Galanteriewaren aus Papier, Sammt, Seide, Tuch, Atlas und Leinen — VII., Zollergasse 14.
Hietler Anna — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Ober-Döbling, Obkirchergasse 1.
Gabloner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 86.
Greger Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 64.
Kosler Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kirchengasse 9.
Kosler Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Kirchengasse 9.
Sagmüller Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Nußdorf, Donaustraße 9.
Bednař Alois — Kleidermacher — XIV., Rudolfsheim, Moritzgasse 11.
Wieser Peter — Kleidermacher — XIII., Hacking, Auhofstraße 48.
Korecky Karl — Herrenkleidermacher — XIII., Penzing, Rochusgasse 26.
Grünwald Roman — Damenkleidermacher — VII., Mariahilferstraße 98.
Ziegler Josef — Kleinfuhrwerksbesitzer — VII., Neustiftgasse 68.
Baumgarten Marie — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — XVI., Ottakring, Schulgasse 15/17.
Wittmann Theresia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Theresiengasse 81.
Eichler Rudolf — Musikergewerbe — XVIII., Währing, Kreutzgasse 36.
Weinhengst Johanna — Provisionsagentie — XVIII., Währing, Kirchengasse 36.
Liebl Theresia — Verkauf von Sodawasser- und Zuckerwerk — XIII., Baumgarten, Friedhofstraße, Ecke der Hütteldorferstraße.
Jordan Ferdinand — Wassereinleitungsgewerbe — VII., Schottenfeldgasse 10.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 3. Juni 1893.

Jellinek Johanna — Commissionshandel mit galizischen Landesproducten — I., Bäckerstraße 1.
Löwy Salomon J. — Commissionswaren-Verschleiß — I., Hafnersteig 9.
Koukal Franz — Photographengewerbe — XVIII., Währing, Josefig. 6.
Baumgarten Leopoldine — Gasthauspächterin — XVIII., Gersthof, Hernalser Schlachthaus.
Mödlhammer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzgasse 83.
Pfrindl Josef — Gemischtwaren-Verschleißer — VI., Magdalenenstr. 37.
Pokorny Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Ober-St. Veit, Langegasse 16.
Widhofner Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Paulinengasse 4.

Pinezit Marie — Geflügel- und Eierhandel im Umherziehen — XII., Ober-Meidling, Johannesgasse 52.

Koch Marie — Gemüse-, Obst- und Honighandel im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Franzensgasse 31.

Scheibert Andreas — Gift-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 37.

Satzinger Marie — Grünwaren-, Obst- und Honighandel im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Wilhelmsstraße 49.

Löwy Salomon — Handelsagentie — I., Hafnersteig 9.

Mitsch Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVIII., Gersthof, Feldgasse 46.

Wais Johanna — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVIII., Währing, Feldgasse 24.

Ctortnik Antonia — Milch-Verschleiß — VI., Markthalle.

Weinzettel Vincenz — Schuhmacher — VI., Lindengasse 29.

Strümpf Theresia — Victualienhandel im Umherziehen — IV., Hauptstraße 78.

Schönecker Anna — Markt-Victualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Marktgasse.

Sagmeister Elisabeth — Verkauf von Gebet- und Schulbüchern und Kalendern — XI., Simmering, Hauptstraße 76.

Schmidt Emilie — Weißnäherin — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 43.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 5. Juni 1893.

Beck Hermann — Abhaltung von Betversammlungen während der jüdischen Feiertage — VIII., Kochgasse 9.

Scholz Johann — Drechslergewerbe — XVIII., Währing, Martinsstraße 39.

Berger Josef — Gastwirt — I., Liebenberggasse 2.

Lindner Edmund Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Große Neugasse 6.

Meyer Margarethe — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse 28.

Krotendorf Leopold — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 164.

Müller Karl — Herausgabe der Zeitschrift „Österr. Blätter für Faulmann'sche Stenographie" — XV., Fünfhaus, Friedrichgasse 24.

Benedikt Rudolf — Kaffeesiedergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Krong. 1.

Skrabak Michael — Kleinfuhrwerk — IX., Seegasse 8.

Polizer Heinrich — Lederwaren-Agentie — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 34.

Horváth Francisca — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XI., Simmering, Geiselbergstraße 393.

Müller Karl — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 70.

Heigel Leopldine — Handel mit Quargeln im Umherziehen — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 138.

Manschein Agnes — Verkauf von Schulbüchern, Kalendern, Gebetbüchern und Heiligenbildern — XIII., Penzing, Poststraße 55.

Schmidtke Francisca — Verschleiß von Seife, Kerzen, Petroleum und Beleuchtungsartikeln — XII., Unter-Meidling, Lainzerstraße 56.

Kollmann Maria — Wäscherin — XIII., Breitensee, Hauptstraße 18.

Zirring Theresia — Wäschergewerbe — XIII., Penzing, Poststraße 67.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 6. Juni 1893.

Lichtenstern Albert — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.

Schüler Gustav, Dr. — Betrieb von Börseeffecten — I., Wiener Effectenbörse.

Schindler Marie, Josef, Karl, Rudolf, Barbara, Anna, Stephanie (Vormund Karl Schober) — Brantweinschank — XVII., Hernals, Rötzergasse 46.

Chara Johann — Damenkleidermacher — XVI., Ottakring, Landong. 5.

Urminsky Josef — Einspänner — IV., Kettenbrückengasse.

Stiaßny Jakob — Flaschenbierhandel — XVII., Hernals, Sterngasse 13.

Philipp Rudolf — Fleisch-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 33.

Hejda Franz — Fotograf — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 18.

Loukota Franz — Gast- und Schankgewerbe (Pachtbetrieb) — XV., Fünfhaus, Turnergasse 9.

Schopp Elise — Gastwirtin — I., Renngasse 14.

Klassensteiner Adelheid — Gemischtwarenhandel — XV., Fünfhaus, Märzstraße 23.

Lanzer Jeanette — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 75.

Trottmann Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Ameisgasse Conscr.-Nr. 588.

Völll Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Bürgerplatz 7.

Groeger Josefa — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XVI., Ottakring, Habichergasse 25.

Littomericzky Josef — Handel mit Blumen, Obst und Gemüse im Umherziehen — XVI., Ottakring, Breitenseerstraße 19.

Wolf Karl — Hotelier — I., Kärntnerring 7.

Pollak Julie — Kaffeesiederin — I., Wipplingerstraße 30.

Klein Andreas — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVII., Hernals, Annagasse 44.

Kirchner Anna — Marktvictualien-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftgasse 68.

Cabek Marie — Mehl- und Grieß-Verschleiß — X., Simmeringerstraße 151.

Kellersberger Anton — Musiker — I., Franz Josef-Kaserne.

Gailer Walpurga — Pfaidlerin — X., Himbergerstraße 58.

Thumer Stanislaus — Pferdehandel — XVI., Ottakring, Gablenzg. 27.

Veigl Leonhard — Reibsandhandel im Umherziehen — XVII., Hernals, Mariengasse 7.

Wittner Michael — Schuhmacher — XIII., Baumgarten, Pachmanng. 1.

Bauer Katharina — Übernahme von Gegenständen zum Putzen und Färben — VIII., Langegasse 25.

Dann Cäcilie — Victualienhandel — XVII., Hernals, Palffygasse 2.

Wohlmuth Rosalia — Victualienhandel — XIX., Heiligenstadt, Nussdorferstraße 127.

Barfuß Hedwig — Victualien-Verschleiß — XVII., Hernals, Annag. 10.

Machek Marie — Wäscherin — XVII., Dornbach, Badgasse 4.

Hampel Theresia — Wein-, Bier- und Brantweinschank — XVII., Hernals, Hauptstraße 101.

Prochaska Ferdinand — Zeitungs-Verschleiß — X., Laaerstraße 3.

Singer Jakob — Zuckerbäckergewerbe — XVIII., Währing, Kreuzg. 32.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. Juni 1893.

Grünberger Ferdinand, Dr. — Advocatie — XVIII., Währing, Feldgasse 42.

Jolles Michael — Bank- und Commissionsgeschäft mit Börseeffecten — I., Schottenring 31.

Kreuzer Johann — Buchmachergewerbe (Vermittlung von Rennwetten) — I., Tegetthoffstraße 7.

Matherner Anna — Damenkleidermacherin — III., Löwengasse 5.

Dujka Johann — Feilbieten von Grünwaren im Umherziehen — XVII., Hernals, Herrngasse 13.

Blecha Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Rögergasse 5.

Nahmer Karoline Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Blüthengasse 11.

Widter Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 13.

Buchal Anton — Glasergewerbe — XV., Fünfhaus, Herklotzgasse 4.

Wager Marie — Handel mit Lebensmitteln im Umherziehen — XVIII., Währing, Kreutzgasse 76.

Kohn Emma — Pfaidlergewerbe — I., Singerstraße 8.

Pecha Josefine — Pfaidlerin — XV., Fünfhaus, Victoriagasse 17.

Proißl Matthias — Schuhmachergewerbe — XIII., Baumgarten, Hüttelsdorferstraße 69.

Wodhazal Johann — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Pelzgasse 16.

Weiß Eduard — Uhrmachergewerbe — XVIII., Währing, Mitterbergasse 1.

Klenner Helene — Verschleiß von Kurzwaren, Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — III., Invalidenstraße 9 (Tabak-Trafik).

Häfner Leopoldine — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren — XVIII., Währing, Gürtelstraße 7.

Opitz Marie — Victualienhandel — XII., Unter-Meidling, Bonygasse 27.

Altenburger Anton — Victualien-Verschleiß — IX., Wiesengasse 15.

Henka Franz — Victualien-Verschleiß — IX., Währingerstraße 66.

Rulf Theresia — Victualien-Verschleiß — III., Keinergasse 29.

Zirring Theresia — Wäschergewerbe — XIII., Penzing, Poststraße 67.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 8. Juni 1893.

Fischer Paul von — Administration von Häusern und Gütern — V., Pilgramgasse 9.

Pirker Karl — Anstreicher und Zimmermaler — V., Wimmergasse 15.

Weldler Anna — Brantweinschank — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 97.

Groß Theodor — Chemische Putzerei — VII., Kaiserstraße 97.

Schwarzmaier Alexander — Concertgeber und Gesangskomiker — IV., Neumanngasse 7.

Birngruber Alois — Fleischhauer — XVIII., Währing, Gürtelstr. 85.

Witek Amalia — Fleisch-Verschleiß — XVIII., Weinhaus, Hauptstr. 6.

Angerer Dominik — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 27.

Mayer Johann — Gastwirt — I., Himmelpfortgasse 21.

Obermayer Josef — Gastwirt — I., Landskrongasse 3.

Haag Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Belvederegasse 35.

Höllriegl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Obere Amtshausgasse 45.

Kalinka Ursula — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Ebendorferstraße 3.

Ruzicka Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Columbusgasse 66.

Safran Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Wolfganggasse 40.

Steiner Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstraße 19.

Treffny Victor — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 91.

Knöpfler Samuel — Dauernde Geschäftsbesorgung gegen Provision — II., Klosterneuburgerstraße 46.

Hajdozy Franz — Herausgabe der Zeitschrift „Wiener Gerichts-Zeitung" — II., Obere Donaustraße 109.

Rix Anton, Rix Julius — Herausgabe der Zeitschrift: „Rix's Wiener Blätter, illustriertes Familien-Journal" — II., Praterstraße 16.

Rupprecht Karl — Holzbildhauergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 24.

Cvrček Johann — Kaffeesieder — II., Circusgasse 27.

Gerecht Anna — Kaffeesiederin — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastr. 43.

Kreuz Ottilie — Kaffeesiederin — VIII., Josefstädterstraße 99.

Schnitzer Sara recte Sofie — Kaffeesiederin — VII., Lerchenfelderstraße 73.

Wolfbauer Peter jun. — Kaffeesieder — I., Johannesgasse 23.

Bruckner Josef — Kaffeeschank — VII., Seidengasse 25.

Fischer Katharina — Kaffeeschank — II., Wallensteinstraße 32.

Land Anna — Kaffeeschank — XIV., Sechshaus, Plankengasse 46.

Seidling Michael — Kaffeeschank — XIV., Sechshaus, Plankengasse 12.

Bláček Bertha — Kaffeeschank — I., Singerstraße 30.

Porges David — Herrenkleidermacher — II., Schreigasse 9.

Stovíček Johann — Damenkleidermacher — II., Malzgasse 18.

Dittler Anton — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Singerstraße 10.

Kinsky Rudolf Ferdinand, Graf — Brennholz-Verscheiß — II., Schüttelstraße 19 b.

Gelber Hermine — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — II., Herminengasse 13.

Klier Ludwig — Kunstblumen-Erzeugung — V., Wimmergasse 17.

Kugler Barbara — Lust- und Ziergärtnerei — Matzleinsdorf, katholischer Friedhof.

Piwetz Anna — Marktfahrergewerbe — V., Untere Bräuhausgasse 31.

Weissensteiner Therese — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Stiegergasse 4.

Matzka Karoline — Nadlergewerbe — XII., Unter-Meidling, Miesbachgasse 41.

Steinhauser Marie — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Arltgasse 1.

Penz Anna — Pfaidlerin — XIV., Rudolfsheim, Neubergenstraße 17.

Senger Karl — Pferdefleisch-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 14.

Psemeter Josefa — Selchwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 24/26.

Wieninger Lorenz — Steinmetzgewerbe — V., Steinbauergasse 34.

Figdor Michael — Trödlergewerbe — V., Hundsthurmerstraße 96.

Matuschovsky Benigo — Hallentrödler — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 164.

Weiß Moriz — Verschleiß von Papier, Schreib-, und Zeichenrequisiten — VII., Zieglergasse 51.

Sax Markus — Verschleiß von Schneiderzugehörartikeln — VII., Dreilaufergasse 4.

Nitsche Stefan — Verabreichung von kalten Speisen, Ausschank von Wein und Obstwein — VII., Neubaugasse 43.

Oczeret Chawe — Verschleiß von Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Flaschen — V., Reinprechtsdorferstraße 14.

Engel Katharina — Victualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Markt.

Jandl Gregor — Victualienhändler — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 8.

Jurko Josef — Victualienhandel — XVI., Ottakring, Markt in der Elisabethgasse.

Czeppa Elisabeth — Victualien-Verschleiß — II., Pazmanitengasse 15.

Sochor Aloisia — Wäschergewerbe — II., Untere Augartenstraße 31.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 9. Juni 1893.

Franz Adolf — Anstreicher — VI., Mariahilferstraße 51.

Neuhaus Anna — Brantweinschank — VI., Gumpendorferstraße 118 a.

Hauler Anna — Canditen- und Zuckerwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftgasse 72.

Pokorny Anton — Drechslergewerbe — VI., Luftbadgasse 7.

Nagl Florian — Holzdrechsler — XIII., Breitensee, Wienerstraße 9.

Prchal Anna — Fransenknüpferin — XV., Fünfhaus, Märzstraße 24.

Schultz Karl — Friseur — IX., Hahngasse 14.

Bruckbauer Johann — Gastwirt — II., Circusgasse 30.

Haczek Therese — Gastwirtin — II., k. k. Prater 18.

Stuhl Josef — Gastwirt — II., Schüttelstraße 45.

Damköhler Gottfried — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Sechshaus, Schulgasse 9.

Leskier Franz — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Rudolfsstraße 11.

Steindl Franz — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Selzergasse 25.

Berger Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 11.

Drkal Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Schreigasse 13.

Häring Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 49.

Schächter Mathilde — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Rothen Sterngasse 16.

Arnold Anton — Herausgabe des Centralblattes für den Colonial- und Gemischtwarenhandel „Österr.-Ungar. Mercur" — II., Brigittenauerlände 34.

Hübner Karl — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Der Geldmann" — VII., Schottenfeldgasse 84.

Witte Eduard — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Witte's illustrirte Nachrichten" — VI., Magdalenenstraße 16.

Suda Franz — Herrenkleidermacher — XVII., Hernals, Mitterbergasse 27.

Fischer Nathan — Kleinfuhrmann — II., Pazmanitengasse 15.

Hütter Theresia — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Brigittagasse 13.

Welser Josef — Kleinverschleiß von Brennmaterialien — II., Treustraße 2.

Riedel Karoline — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVII., Hernals, Uniongasse 27.

Eisenhut Barbara — Milch-Verschleiß — XIII., Baumgarten, Friedhofstraße 8. (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 9. Juni 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Markl und Pollak wegen Fernbleibens 1227
2. Beurlaubung der Gem.-Räthe Bärtl, Simon und Geitler . 1227
3. Spende des Herrn Julius Frankl für die Stadtbibliothek (Catastralplan von Wien) 1227
4. Einladung des Gemeinderathes seitens des Seehospiz-Comités von Triest zur Eröffnung des neuen Seehospizes 1227
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Tomola, betreffend die Instandsetzung der Hauptstraße in Währing und die Wiederaufnahme des Tramwayverkehres daselbst 1227
Interpellation:
6. Gem.-Rath Buschan, betreffend die Einberufung einer Conferenz der Obmänner der Gemeinde-Armeninstitute 1227
Anträge:
7. Gem.-Rath Simon, betreffend Benennung des Platzes vor dem Justizpalaste mit dem Namen „Schmerlingplatz" 1227
8. Gem.-Rath Kaspar, betreffend eine bessere Vorsorge für die Erhaltung der Anlagen und Promenadewege in Pötzleinsdorf . 1228
9. Gem.-Rath K. M. Mayer, betreffend die Regulierung einiger zum neuen Marktplatze im II. Bezirke führenden Straßen . . 1228
Referate:
10. Gem.-Rath Kreindl, betreffend die Subventionierung des Kirchenbau-Vereines in Gersthof 1228
11. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeits-Vereines 1230
12. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die Systemisierung der Zahl der Stellen des städtischen Dienerpersonales 1230
13. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing 1232
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 9. Juni 1893.
Inhalt:
Gem.-Rath Noske, betreffend die Straßensäuberung im I. Bezirke (Fortsetzung) 1232
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 2. Juni 1893 1233
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 6. Juni 1893 1238
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 4. bis 10. Juni 1893 1240
Pferdemarkt vom 9. Juni 1893 1241
Schlachtviehmarkt vom 12. Juni 1893 1241
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 10. Juni 1893 1241
Städtisches Lagerhaus 1241
Sanitätsangelegenheiten:
Öffentliche unentgeltliche Impfung 1241
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 8. bis 12. Juni 1893 1243
Gewerbeanmeldungen 1244
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 43653
Ref.-Nr. 2118 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung des **Erfordernisses von Schreib- und Zeichenrequisiten für arme Schulkinder an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen der Gemeindebezirke I bis XIX in Wien im Schuljahre 1893/94** um den veranschlagten approximativen Gesammtbetrag von 62.934 fl. ö. W. auf Grund der Vorschrift für die Vergebung der Lieferung der Schreib- und Zeichenrequisiten, sowie der Theken und Linienblätter für arme Schulkinder und der vom Stadtrathe genehmigten Mustercollection wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Samstag, den 1. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (7. Stiege, 2. Stock, Dep. X), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden. Hiezu wird bemerkt, dass zugleich auch die offertmäßige Vergebung der Lieferung der Schreibtheken und Linienblätter, welche sonst immer getrennt von den übrigen Armenlernmitteln vorgenommen wurde, erfolgen wird.

Die Lieferung aller dieser Requisiten wird entweder in Partien für einzelne Gruppen oder Bezirke, für mehrere Gruppen oder Bezirke, oder für alle Gruppen und Bezirke vergeben und kann sonach für eine, mehrere oder alle Gruppen, innerhalb einer jeden Gruppe für einen, mehrere oder für alle 19 Bezirke offeriert werden.

Auch wenn für mehrere oder für sämmtliche Gruppen offeriert werden will, ist für jede Gruppe ein besonderes Offert einzubringen; dagegen kann innerhalb einer und derselben Gruppe in **einem** Offerte für einen, mehrere oder alle Bezirke offeriert werden.

Unternehmungslustige können die Gruppenverzeichnisse, die vorerwähnte Vorschrift und die Mustercollection, die Specialausweise über die veranschlagten approximativen Kosten, dann über den muthmaßlichen Bedarf im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Daselbst können auch Exemplare der bezüglichen Vorschrift gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar der Vorschrift, wobei die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehen, mit dem betreffenden Gruppenverzeichnisse als Offert versiegelt, und zwar jedes Offert separat, zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene 5percentige Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städt. Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 82735
Ref.-Nr. 1441 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Umlegung des Währingerbaches in der Strecke zwischen der Kirchen- und Exnergasse im XVIII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 24.843 fl. 93 kr., einschließlich 1000 fl. Pauschale für unvorhergesehene Arbeiten, weiters der aus diesem Anlasse erforderlichen **Lieferung von hydraulischen Bindemitteln** im Kostenbetrage von 5969 fl. 63 kr. und schließlich der **Lieferung der Klinkerziegeln** im Kostenbetrage von 1378 fl. 89 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 19. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Profile, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 191882
Ref.-Nr. 2972 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Brunnenmeisterarbeiten zur Herstellung eines Schöpfwerkes in Altmannsdorf im XII. Bezirke** im veranschlagten Kostenbetrage von 1510 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 15. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

*

Unternehmungslustige können die Pläne, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist, das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 84637

Ref.-Nr. 1472 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Burggasse zwischen der Gürtelstraße und der Grenze des VII. Bezirkes** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1066 fl. 7 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 20. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 73002 ex 1893.

1012. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten, der Cementkalk-Lieferung, der Bautischler-, Bildhauer-, Möbeltischler-Arbeiten und der Lieferung der Schulbänke, der Füllöfen und der Closets für den Zubau zum Schulhause im XII. Wiener Gemeindebezirke Gaudenzdorf, Hauptstraße Nr. 39 und 41,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch den 14. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 1461

Ref.-Nr. 47 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Herstellung der Gasrohrleitung vom Gasmesser bis ins Innere des Gebäudes und der Lieferung der tarifmäßigen Beleuchtungs-Objecte für die Schule XV., Fünfhaus, Victoriagasse Nr. 2, im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 1486 fl. 7 kr.** wird auf Grund der vom Stadtbauamte vorgelegten allgemeinen und speciellen Bedingungen vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 26. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (Eingang von der Rathhausstraße, 7. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 1–3

Prot.-Nr. 76260 ex 1893.
1053. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Zimmermanns-, Spengler-, Bau- und Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, Füllöfen und Water-Closets,** endlich der **Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten** für die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulhaus im XVI. Bezirke, Ottakring, Seitenberggasse Nr. 10, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 19. d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Juni 1893. 2–3

Z. 35867.

Kundmachung.

(Landes- und Grundentlastungs-Fondszuschläge.)

Seine k. u. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. Mai 1893 zu genehmigen geruht, dass auf Grund des vom n.-ö. Landtage in seiner Sitzung vom 25. April 1893 gefassten Beschlusses zur Bedeckung der Landes- und Grundentlastungs-Erfordernisse des Erzherzogthums Österreich unter der Enns im Jahre 1893, und zwar in der Zeit **vom 1. Mai bis einschließlich 30. Juni 1893,** folgende Umlagen in der bisherigen Weise und unter Aufrechthaltung der bestehenden gesetzlichen Befreiungen eingehoben werden, und zwar:

a) Von der Grund- und Gebäudesteuer:

Für den Landesfond . . . . . neunzehn Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . ein „
zusammen . zwanzig Kreuzer

von jedem Gulden Steuer;

b) von der Erwerb- und Einkommensteuer inclusive aller Staatszuschläge:

Für den Landesfond . . . . . vierzehn Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . ein „
zusammen . fünfzehn Kreuzer

von jedem Gulden Steuer sammt allen Staatszuschlägen;

c) von der fünfpercentigen Steuer aus dem Ertrage jener hauszinssteuerfreien Häuser in Wien, welche die Zinssteuerfreiheit auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 14. Mai 1859 genießen und bezüglich welcher daher eine Hauszinssteuer nicht vorgeschrieben wird:

Für den Landesfond . . . . . vierundzwanzig Kreuzer,
„ „ Grundentlastungsfond . ein „
zusammen . fünfundzwanzig Kreuzer

von jedem Gulden Steuer.

Vorstehendes wird hiemit allgemein verlautbart.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei

am 25. Mai 1893. 3–3

M.-Z. 76202
ex 1892.

Kundmachung.

(Verkäufliche städtische Gründe.)

a) Die Baustellen Nr. 10, 11, 12, 17, 18, 27 und 28 am sogenannten Gerichtswege nächst der Breitenfurtherstraße in Unter-Meidling, XII. Bezirk.

b) 84 Baustellen auf der Area des ehemaligen Schlossparkes in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk.

c) 18 Baustellen am Galitzynberge nächst der Pichlergasse in Dornbach, XVII. Bezirk.

Nähere Auskunft sowie Entgegennahme von Offerten im neuen Rathhause I., Magistratsstraße, Magistratsdepartement IV, 4. Stiege im Mezzanin. 3–6

Z. 88565
VI.

Kundmachung.

(Rechnungs-Abschluss des Wiener Bürgerspitalsfondes pro 1892.)

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit öffentlich bekanntgemacht, dass im Sinne des Gemeindestatutes (§ 51) **der Rechnungs-Abschluss für 1892 des in der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Bürgerspitalfondes vom 5. Juni 1893 an** durch 14 Tage im Departement VI des Magistrates im Rathhause zur allgemeinen Einsicht aufliegt.

Allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder in Ansehung der Verwaltung des vorbezeichneten Fondes werden daselbst entgegengenommen und nach Ablauf obiger Frist dem Gemeinderathe zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 3—3

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der **Schwestern Fröhlich-Stiftung** zur Unterstützung bedürftiger, hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden im Jahre 1893 Stipendien und Pensionen verliehen.

Gesuche sind zu überreichen bis 30. September 1893 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse Nr. 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.

Wien, am 1. Juni 1893. 2—3

M.-Z. 83333
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung für Witwen.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass am 15., beziehungsweise am 14. October 1893 die verfügbaren Interessen der **Katharina und Lazar Goldstein'schen Stiftung** für fünf hilfsbedürftige Witwen im Betrage von 1030 fl. ö. W. dergestalt zur Vertheilung gelangen, dass drei Witwen mosaischer und zwei Witwen, welcher christlichen Confession immer, je der fünfte Theil dieser Interessen eingehändigt wird. Anspruch auf diese Stiftung haben dürftige, im Polizeibezirke Wien wohnhafte Witwen aus dem Civilstande von nachgewiesener tadelloser moralischer Haltung, deren Ehemänner in dem der Vertheilung unmittelbar vorangehenden Sonnenjahre ohne Hinterlassung eines Vermögens gestorben sind und namentlich dem Rabbinats- und Lehrerstande angehört haben.

Bei gleicher Dürftigkeit haben jene Bewerberinnen den Vorzug, welche die größere Anzahl Kinder besitzen.

Die Vertheilung erfolgt durch den Herrn Bürgermeister von Wien.

Dem Gesuche ist der Todtenschein des Gatten, der eigene Geburts- respective Taufschein, der Trauungsschein, die Geburts- respective Taufzettel der Kinder, ein Sittenzeugnis, der abhandlungsbehördliche Bescheid, dass die Verlassenschaft des verstorbenen Gatten armutshalber abgethan wurde, endlich ein legales Armutszeugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. August 1893 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Mai 1893. 1—3

Statth.-Z. 30947
ex 1893.

Kundmachung.

(Stiftung für Bienenzüchter.)

Am 21. August 1893, als am Jahrestage der Geburt weiland Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzog Rudolf, wird aus den Interessen der **Anton Freiherr von Plappart-Leenher'schen Prämienstiftung** für Bienenzüchter aus dem Bauernstande Niederösterreichs ein Preis von 42 fl. ö. W. zur Betheilung kommen.

Auf diesen Preis hat derjenige Bienenzüchter Anspruch, welcher die zahlreichsten und bei gleicher Anzahl die volkreichsten Bienenstöcke überwintert und in das Frühjahr gebracht hat, insofern diese Stöcke ihm eigenthümlich gehören und von ihm selbst gepflegt worden sind.

Unter den Bewerbern um diesen Preis sind die Besitzer der mit Abtheilungen (Steigen) versehenen Bienenstöcke empfehlungswürdiger als die von ganzen Stöcken, obgleich Besitzer jeder Art von Stöcken zur Bewerbung um den Preis berechtigt sind.

Die mit dem Zeugnisse des Bezirksvorstehers und zweier von diesem gewählten Zeugen über die Zahl der überwinterten Bienenstöcke überhaupt und den Volkreichthum derselben insbesondere, sowie über das Eigenthum und die Selbstpflege der Stöcke belegten, schriftlichen Gesuche um die Zuerkennung dieses Preises sind **bis längstens 15. Juli 1893** bei dem zuständigen magistratischen Bezirksamte zu überreichen. Die Zuerkennung des Preises erfolgt durch die k. k. n.-ö. Statthalterei.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 13. Mai 1893. 1—3

M.-Z. 83331
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, **dass am 10. October 1893 die Interessen der Heinrich Freiherr von Haymerle'schen Stiftung im Betrage von 158 fl. an drei hilfsbedürftige Witwen, mit einem oder mehreren unmündigen Kindern, zur Vertheilung gelangen.**

Auf diese Stiftung haben nur solche Witwen Anspruch, deren Gatten im Laufe der mit dem 10. October 1892 beginnenden Jahresperiode verstorben sind.

Bewerberinnen um eine Betheiligung auf diese Stiftung haben den Gesuchen ihren Tauf-, Trauungs- und Heimatschein, den Todtenschein des Gatten, die Taufscheine der Kinder, sowie ein legales Zeugnis über ihre Dürftigkeit beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 31. Juli 1893 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Mai 1893. 1—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 48. Freitag, den 16. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 20. Juni 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 23. Juni 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **13. Juni 1893** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

1. Durch das Ableben Sr. königl. Hoheit des Herrn Herzogs Max Emanuel in Baiern ist das Allerhöchste Kaiserhaus in tiefe Trauer versetzt worden. (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.) Der Dahingeschiedene war der Bruder Ihrer Majestät der Kaiserin, und die Herren werden damit einverstanden sein, dass der Bürgermeister das Beileid und die innigste Theilnahme des Gemeinderathes und der Bevölkerung an Allerhöchster Stelle in entsprechender Weise zum Ausdrucke bringe. Die Herren haben durch Erheben von den Sitzen ihre Zustimmung bereits gegeben.

2. Herr Gem.-Rath Erndt entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung. Herrn Gem.-Rath Altenberg wurde ein Urlaub in der Dauer von drei Wochen ertheilt. Herr Gem.-Rath Haßfurther sucht um einen Urlaub in der Dauer von zwei Monaten an. Die Herren sind damit einverstanden? (Zustimmung.) Bewilligt.

3. Herr Maximilian Schiff hat an den Herrn Bürgermeister folgende Zuschrift gerichtet (liest):

„Mein am 4. Juni d. J. selig entschlafener Vater Herr Paul Schiff hat in seinem letzten Willen angeordnet, dass seine Erben aus seinem Nachlasse abzugsfrei, respective bei Berichtigung der entfallenden Legatsteuer aus dem Nachlasse 2000 fl. (sage zweitausend Gulden) dem Bürgermeister von Wien zuzustellen haben mit der Bestimmung, dass dieselben zur Vertheilung an in Wien zuständige, verarmte Gewerbetreibende gelangen mögen, wobei auf eine einzelne Familie kein kleinerer Betrag als 50 fl. zu fallen habe.

Indem ich mir erlaube, Euer Hochwohlgeboren im Sinne des oben erwähnten Testament-Legates beiliegend die diesbezüglichen 2000 fl. bar zu übermitteln, habe ich die Ehre, zu zeichnen

Euer Hochwohlgeboren ganz ergebenster

Maximilian Schiff."

Für diese Spende wird der Dank ausgesprochen.

4. Die Direction der Gesellschaft der Musikfreunde übersendet ein in Silber geprägtes Exemplar der seitens der Gesellschaft der Musikfreunde dem Dr. Johannes Brahms anlässlich seines 60. Geburtstages votierten Denkmünze mit dem Ersuchen, dieselbe durch die Aufnahme in die Sammlung des städtischen Museums auszeichnen zu wollen.

Der Gesellschaft wird der Dank ausgesprochen.

5. Die Genossenschafts-Vorstehung sowie der Schulausschuss der fachlichen Fortbildungsschule für Lehrlinge der Zuckerbäcker spricht den Dank für die seitens des Gemeinderathes bewilligte Subvention von 200 fl. aus.

6. Herr Theodor Ritter v. Goldschmidt übersendet 140 Exemplare seines bei dem V. internationalen Binnenschiffahrts-Congress gehaltenen Vortrages mit der Bitte, 1 Exemplar der Stadtbibliothek, 1 Exemplar der Bibliothek des Stadtbauamtes und 138 Exemplare an die Herren Gemeinderäthe zu vertheilen.

7. Die Stiftungsverwaltung des Hauses der Barmherzigkeit für unheilbare, arme Kranke spricht den Dank aus für die dieser Anstalt gewährte Subvention von 800 fl.

8. Herr Gem.-Rath Buschan hat in der letzten Sitzung eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister gerichtet, worin

es heißt (liest): „Nachdem seit der im Februar 1892 vorgenommenen Constituierung der Armeninstitute eine Conferenz der Obmänner nicht stattgefunden hat, erlaubt sich der Gefertigte die ergebene Anfrage zu stellen, ob der Herr Bürgermeister geneigt sei, das Erforderliche zu veranlassen, damit in nächster Zeit wieder eine solche Conferenz der Obmänner der Gemeinde-Armeninstitute abgehalten werden könne." Hierauf erlaube ich mir Folgendes zu bemerken (liest):

„Die Constituierung der Armeninstitute in den Bezirken XI bis XIX fand wohl im Februar 1892 statt, deren Functionen haben jedoch erst mit 1. April 1892 begonnen. Die nach § 84 der Vorschrift über die Armenpflege alljährlich abzuhaltende Conferenz der Obmänner der Gemeinde-Armeninstitute ist bisher aus dem Grunde unterblieben, weil den Obmännern der angegliederten Bezirke Zeit gelassen werden musste, sich mit dem Armenwesen und der Behandlung der Armen in Wien, die ja vielfach von deren Behandlung in den bestandenen Vororten abweicht, vollkommen vertraut zu machen und jene Erfahrungen zu sammeln, über welche sie sich bei der nächsten allgemeinen Conferenz der Obmänner aller neunzehn Armeninstitute Wiens auszusprechen haben werden. Statt der bisher unterbliebenen allgemeinen Conferenz haben jedoch seit der Activierung der neuen Armeninstitute im Armendepartement wiederholt Besprechungen des Magistrats-Referenten mit den einzelnen Obmännern der Armeninstitute zum Zwecke der Informierung derselben, oder um wahrgenommene Übelstände abzustellen, oder eine unrichtige Anwendung der Vorschrift über die Armenpflege zu beseitigen, stattgefunden und sind auch wiederholt schriftliche, auf das Armenwesen bezughabende Weisungen an die Armeninstituts-Vorstehungen aller Bezirke erfolgt. In letzterer Zeit wurde auch eine Anfrage an die magistratischen Bezirksämter mit der Aufforderung gerichtet, die im Laufe des letzten Jahres in Hinsicht auf die Behandlung fremder Armer gemachten Wahrnehmungen anher mitzutheilen, damit dieselben bei der nächsten Obmänner-Conferenz in Verhandlung und Berathung genommen werden können, und war eine diesbezügliche Anfrage bei den magistratischen Bezirksämtern umsomehr nothwendig, weil gerade bei der Betheilung fremdzuständiger Armer durch die Armeninstitute die größte Ungleichmäßigkeit und nicht immer auch die Wahrung der finanziellen Interessen der Gemeinde Wien sich zeigt und weil gerade den magistratischen Bezirksämtern die Einbringung dieser fremdzuständigen Unterstützungen obliegt.

Nach dem Einlangen dieser Antworten und Beendigung der sonstigen diesfalls eingeleiteten Erhebungen wird unverzüglich die Einberufung einer Obmänner-Conferenz im Sinne des § 84 der Vorschrift über die Armenpflege veranlasst werden."

Bitte das zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Matzenauer:**

In der Sitzung vom 13. Jänner d. J. hat der Gemeinderath unter anderem beschlossen:

„Es ist der Bau einer zweiten selbständigen Hochquellenleitung aus einem anderen Quellengebiete anzustreben."

Um die Durchführung dieses Gemeinderaths-Beschlusses in Fluss zu bringen, habe ich im Vereine mit 64 Collegen am 17. März d. J. die nachfolgenden Anträge gestellt:

„1. Der Magistrat wird beauftragt, unverweilt nach Anhörung von Sachverständigen (Geologen und Hydrotechnikern) das zu wählende Quellengebiet in Vorschlag zu bringen.

2. Hat der Magistrat Anträge wegen der Tracierung und Verfassung des Vorprojectes vorzulegen."

Dieser Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Nachdem seither circa drei Monate verflossen sind — ein gewiss genügender Zeitraum, um das diesbezügliche Magistrats-Referat gewärtigen zu können — erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage,

wann das Referat hierüber erstattet werden wird, respective ob er geneigt ist, die Vorlage desselben urgieren zu wollen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Steklik:**

Als Gemeindevertreter des VII. Bezirkes Neubau wollte ich vor kurzer Zeit das Wasserreservoir am Rosenhügel besichtigen, wo ich, mit meiner Legitimation als Bezirksausschuss ausgestattet, die Karte beim Eintritt vorwies, welche auf den Namen Josef Kraml lautet, den Aufseher zur Berücksichtigung ersuchte, leider wurde mir der Eintritt kurzweg verweigert.

Es zeigt so recht, welch traurige Rolle ein Bezirksvertreter genießt, wenn selbem sammt seiner Legitimationskarte der Eintritt in ein Communalgebäude verweigert wird.

Wäre daher der Herr Bürgermeister nicht geneigt, den Vertretern des Bezirkes, welche gewiss auch die Pflichten für die Gemeinde mit Aufopferung der Zeit für ihre Mitbürger zu erfüllen haben, auch etwas ein Recht hätten, um Gemeinde-Anstalten, wenn selbe sich legitimieren können, obgenannte Anstalten besichtigen zu können.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich erlaube mir darauf Folgendes zu bemerken: Es ergibt sich aus der Natur dieser Institution, dass der Eintritt unter Controle gestellt werden muss. Seit der Choleragefahr, welche im letzten Jahre bestanden hat, ist es nothwendig, diesfalls ganz besonders strenge Vorschriften zu erlassen. Es ist die Verfügung getroffen worden, dass der Eintritt überhaupt nur mit Erlaubnis des Bürgermeisters gestattet ist. Es wird aber keinem Anstande unterliegen, Personen, welche sich für die Sache interessieren, nach Maßgabe der Verhältnisse den Eintritt in das Wasserreservoir zu gestatten. Ich kann aber die Bemerkung nicht unterdrücken, dass es nicht entsprechend ist, wenn jemand sich der Legitimationskarte eines Bezirksausschusses bedient und sich so einen Anschein gibt, der den Verhältnissen nicht entspricht.

Ich habe dann nur noch die Bemerkung hinzuzufügen, dass in dem Sachverhalte eine Missachtung der Bezirksvertretung oder des Bezirksausschusses nicht liegt, und dass hierorts gewiss volle Wertschätzung für die Thätigkeit der Bezirksvertretung besteht.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Matthies.

11. Referent Gem.-Rath Matthies: Ich habe die Ehre, über Zahl 3918 zu referieren.

Seit dem Jahre 1883 wird alljährlich vom Gemeinderathe ein Betrag von 12.000 fl. ins Präliminare eingesetzt, dass die Wasserspülung in den städtischen Schulen eingerichtet werde, so dass nach und nach in allen Schulen die Wasserspülung eingeführt wird.

In diesem Jahre hat über Antrag des Magistrates der Stadtrath beschlossen, dass im II. Bezirke in der Schule Pazmanitengasse und Czerninplatz, im III. Bezirke in der Schule Strohgasse und im VII. Bezirke in der Schule Kandlgasse diese Wasserspülung eingeführt werde.

Bei dieser Gelegenheit hat das Bauamt berichtet, dass die bauliche Anlage der Aborte in den städtischen Schulen im II. Bezirke, Pazmanitengasse und Czerningasse, einer Umarbeitung bedürfen und dass bauliche Herstellungen nothwendig sind.

Kostenanschläge liegen vor und soll die Arbeit in den heurigen Hauptferien ausgeführt werden. Die Kosten betragen 2313 fl. 7 kr.

Nachdem diese Post präliminarmäßig nicht bedeckt ist, so wird vom Stadtrathe der Antrag gestellt, der löbliche Gemeinderath wolle einen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik XII 4 c „Erhaltung der Schulhäuser" im Betrage von 2313 fl. 7 kr. genehmigen.

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Zur Ausgabs-Rubrik XII 4 c „Erhaltung der Schulhäuser" wird ein Zuschusscredit in der Höhe von 2313 fl. 7 kr. bewilligt.

12. Referent Gem.-Rath Dr. Lueger: Zahl 94. Das städtische Volksbad im IV. Bezirke ist soweit hergestellt, dass es dem Betriebe übergeben werden kann. Der Stadtrath erlaubt sich daher dem Gemeinderathe die Vorschläge wegen Systemisierung der Stellen zu unterbreiten. Ich bemerke, dass diese Vorschläge ganz gleichlautend mit jenen sind, welche Sie bezüglich der bereits in Betrieb gesetzten Volksbäder zum Beschlusse erhoben haben. Ich kann mich daher einer weiteren Begründung der Anträge für enthoben erachten und erlaube mir nur, dieselben zu verlesen (liest):

„Für dieses Volksbad wird systemisiert:

1. Ein Bademeister mit einem Monatsbezuge von 60 fl. und Naturalwohnung im Badhause gegen eine beiden Theilen jederzeit zustehende einmonatliche Kündigung.

Die Diensteskündigung schließt jene der Wohnung in sich.

Dem Bademeister werden übertragen: der Dienst an der Cassa, die Überwachung und Eintheilung der Badewäscherei und des Feuerungsbetriebes, die Beaufsichtigung, Bezahlung und Verrechnung der Badedienerschaft, die Verantwortlichkeit für die Reinlichkeit und Ordnung in der Badeanstalt, sowie für die Badewäsche und das sonstige Badeinventar, und außerdem die Geschäfte der Hausbesorgung, wobei die Dienerschaft mitverwendet werden darf.

Zur Bestreitung kleiner Auslagen wird dem Bademeister ein Handverlag von 10 fl. gegen Detailverrechnung bewilligt; er hat eine Caution von 150 fl. in barem oder in pupillarsicheren Werten bei der städtischen Hauptcassa vor dem Dienstantritte zur Sicherstellung der Gemeinde für aus seinem Verschulden sich ergebende Abgänge oder Beschädigungen am städtischen Eigenthume zu leisten.

Die Bestellung und Entlassung des Bademeisters hat durch den Stadtrath zu erfolgen.

Die Auszahlung seines Bezuges erfolgt monatlich im nachhinein gegen gestempelte und vom bauämtlichen Leiter des Bades vidierte Quittung.

2. Zwei Badediener mit je einem Taglohne von 1 fl. 15 kr. nebst einer Heizermontur, bestehend aus einem grünen Gradlkittel sammt Hose und einer Uniformkappe mit einjähriger Tragdauer, dann zwei Badedienerinnen mit einem Taglohne von 1 fl.

Die Arbeitszeit wird mit 11 Stunden festgesetzt. Für Überstunden werden 10 Percent des Taglohnes per Stunde und für solche zur Nachtzeit (d. i. von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh) 15 Percent des Taglohnes per Stunde vergütet.

Die Aufnahme und Entlassung dieser Personen erfolgt durch den bauämtlichen Leiter des Volksbades und wird demselben ein Virement bei Besetzung der Badediener und Badedienerinnen je nach Bedarf innerhalb der Personenzahl von vier per Tag und in der Taglohnsgrenze gestattet.

3. Das Betriebspersonale des Bades ist bei der Bezirks-Krankencassa zu versichern und bestreitet die Gemeinde die vollen Cassabeiträge.

4. Das Stadtbauamt wird ermächtigt, im Falle des dringenden Bedarfes Hilfsarbeiter aufzunehmen, deren Gesammtentlohnung im Laufe eines Kalenderjahres jedoch den Betrag von 800 fl. nicht übersteigen darf.

Hiebei wird jedoch vorausgesetzt, dass das Aushilfspersonale keine höheren Bezüge erhalten darf, als die sub Post 2 bezeichneten Personen beziehen, nämlich 1 fl. 15 kr. respective 1 fl. pro Tag, und gilt für dasselbe die gleiche Bestimmung hinsichtlich der Arbeitszeit, der Entlohnung für Überstunden und der Versicherung.

5. Die Ausbezahlung der sub 2 und 4 bezeichneten Personen hat durch den Bademeister gegen Verrechnung in Wochenlisten zu erfolgen.

6. Die für die schon bestehenden Volksbäder genehmigte Badeordnung hat sich auch auf das neue Bad zu erstrecken.

7. Dem mit der Leitung und Aufsicht betrauten Bauamtsbeamten wird widerruflich, vorläufig bis zur Feststellung der neuen Gebürenordnung ein Betrag von 50 fl. jährlich als Vergütung unter der Bedingung bewilligt, dass die Aufrechnung von Wagengebüren, Kostgeldern u. dgl. für die Inspection des Volksbades und für die Intervention bei Commissionen zu entfallen hat, dann gegen dem, dass der betreffende Bauamtsbeamte ein im Stadtbauamte aufliegendes, kurzes Gestionsprotokoll über seine Wahrnehmungen und Verfügungen bei den Inspectionen und ein im Volksbade aufliegendes, von ihm jeweilig zu fertigendes Anwesenheitsprotokoll zu führen hat."

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die obigen, vom Referenten in Vorschlag gebrachten Anträge werden vollinhaltlich genehmigt.

13. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Zahl 3713. Der Wiener Taubstummen-Unterstützungsverein bittet um eine Subvention. Dieser Verein besteht seit 18 Jahren. Das Gesuch betrifft den Armen- und Jünglingsfond, welch letzterer armen und unterstützungsbedürftigen Lehrjungen aushelfen soll. Der Gemeinderath hat seit einer Reihe von Jahren für diese beiden Fonde eine Subvention von je 50 fl., zusammen von 100 fl. bewilligt. Mit Rücksicht auf das humanitäre Wirken wird beantragt, auch für das Jahr 1893 den gleichen Betrag zu widmen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? — Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Dem Wiener Taubstummen-Unterstützungsvereine wird eine Subvention pro 1893 von 50 fl. für den Armen- und 50 fl. für den Jünglingsfond bewilligt.

14. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, über den Act Nr. 93 zu referieren. Derselbe behandelt eine Baulinien-Angelegenheit, und zwar mit dem Antrage, „die genehmigten Baulinien nach den im Plane gezogenen Linien A B und C D derart abzuändern, dass der Bruch in der Fronte der gemeinsam umzubauenden Häuser Or.-Nr. 21 und 23 vermieden werde"; es ist das die Baulinie in der Clementinengasse. Ursprünglich war sie derart bestimmt, wie sie im Plane eingezeichnet ist, und es soll

dieselbe nunmehr auf der Seite der ungeraden Häuser bei Nr. 21 und 19, auf der anderen Seite bei den Häusern Nr. 22 und 20 abgeändert werden, und zwar aus dem Grunde, weil hier eine sehr scharfe Ecke besteht. Ausschlaggebend ist auch, dass die Häuser 21 und 19 einem Eigenthümer gehören und nunmehr umgebaut werden sollen. Die alte Baulinie bildet eine Ecke mitten in den Fronten der Häuser; um das zu vermeiden, wird Ihnen die Baulinie in Antrag gestellt, welche mit den gestrichelten Linien gekennzeichnet ist, und zwar A B einerseits und C D andererseits. Dieselbe bildet eine Verbesserung der alten Baulinie; ich ersuche also um die Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung; der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die genehmigten Baulinien der Clementinengasse im XV. Bezirke sind nach den im Plane gezogenen Linien A B und C D derart abzuändern, dass der Bruch in der Fronte der gemeinsam umzubauenden Häuser Or.-Nr. 21 und 23 vermieden wird.

15. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ferner habe ich die Ehre, über den Act Nr. 92 zu referieren. Derselbe betrifft ebenfalls eine Baulinienbestimmung, und zwar für die Hauptstraße in Unter-Baumgarten, die Poststraße und einen Theil der Schulgasse und Pfarrgasse in Penzing im XIII. Bezirk, und zwar in der Strecke von dem Hause Nr. 38 bis zum Hause Nr. 180, dann in der Fortsetzung von dem Hause Nr. 161 bis zum Hause Nr. 125, ferner von den Häusern Nr. 95 und 69 in der Poststraße.

Es sind in dieser Strecke gleichfalls bereits die Baulinien bestimmt, und sind auch die Häuser längs dieser Baulinie gebaut worden. Eine Genehmigung dieser Baulinie hat nur theilweise nicht stattgefunden, und handelt es sich um Genehmigung dieser Baulinie, in welcher bereits gebaut worden ist, insbesondere handelt es sich um die Bestimmung der Baulinie für die Realität, welche vis-à-vis der Häuser Nr. 30 und 24 gelegen ist. Es ist eine ziemlich große Realität, welche zur Verbauung gelangen soll. In dieser ersten Strecke zwischen den Häusern Nr. 38 und 16 ist die Baulinie derart bestimmt, dass die Häuser, welche bereits an der linken Seite gelegen sind, als fix angenommen sind, und wird parallel zu dieser Linie in einer Entfernung von 23 m auf der rechten Seite die Baulinie bestimmt. In der Fortsetzung ist ebenfalls das Princip festgehalten worden, dass die bestehenden Fronten als Baulinien zu gelten haben, und ist nach dem Abstande gegen die gegenüberliegende Seite von 26 m die Baulinie fixiert. Ebenso ist die Baulinie in der Poststraße zwischen den Häusern Nr. 95 und 69 fixiert in einer Breite von 25·59 m. Es sind auch einige Quergassen der Poststraße zu bestimmen, und zwar die sogenannte Grenzgasse, am Verbindungsweg von der Poststraße zum Rangierbahnhof, dann die sogenannte Pfarrgasse und Schulgasse. Die Quergasse ist derart bestimmt, dass sie nach den Linien r t einerseits und u v andererseits fixiert wird. Die Verbindungsstraße ist senkrecht auf die Poststraße ausgemündet und auf dem Plane mit Y a' Z b' fixiert. Die Verlängerung der Pfarrgasse ist ebenfalls schon durch die seinerzeitige Baulinienbestimmung in ihrer Verlängerung gegeben, indem sie eine geradlinige Fortsetzung derjenigen Baulinien bildet, die seinerzeit vom Gemeinderathe bereits bestätigt und angenommen worden sind. Es ist das in der Strecke n o und q p. Ebenso ist das Princip festgehalten worden, bei Bestimmung der Baulinie in der Schulgasse als Verlängerung der bereits bestehenden, in dem unteren Theile von Penzing gelegenen Schulgasse, nach den Linien e' v c' d' einerseits und w x andererseits, unter Festhaltung einer Breite bei der Schulgasse von 15·17 m, bei der Pfarrgasse von 13·27 m, bei der Verbindungsstraße gegen den Rangierbahnhof von 12 m, bei der Grenzgasse von 15·17 m. Ein Theil der Poststraße ist derzeit nicht bestimmt worden, das ist derjenige, welcher zwischen den Häusern Nr. 125 und 95 gelegen ist, und zwar aus dem Grunde, weil in diesem Theile wahrscheinlich die Trace der Vorortelinie in den Rangierbahnhof einmünden wird. Nachdem diese Trace derzeit noch nicht fixiert erscheint, würde es eventuell verfrüht sein, wenn der Gemeinderath sich entschließen würde, in dieser Strecke die Baulinie zu bestimmen. Aus diesem Grunde wird dieser Theil hier nicht zur Bestimmung vorgelegt.

Ich ersuche um die Annahme der Anträge, welche lauten (liest):

„Es werde die Baulinie

1. für die Hauptstraße in Unter-Baumgarten und die Poststraße in Penzing bei einer Straßenbreite von 23 bis 26 m nach den Linien H H' I K L M N O P Q R U W X Y Z a b c d e f g h q r s t u e' w y z einerseits und A A' B C D E F G andererseits;

2. für die Grenzgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien R T und U V;

3. für den projectierten Zugang zum Rangierbahnhofe der Westbahn (zwischen Or.-Nr. 141 und 143 Poststraße) bei 12 m Breite nach den Linien Y a' und Z b';

4. für die verlängerte Pfarrgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien o n und p q;

5. für die verlängerte Schulgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien e' v c' d' und w x — bestimmt."

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort zu diesen Anträgen? (Niemand meldet sich.) Da dies nicht der Fall ist, erkläre ich dieselben für angenommen.

Beschluss: Es werden die Baulinien:

1. für die Hauptstraße in Unter-Baumgarten und die Poststraße in Penzing bei einer Straßenbreite von 23 bis 26 m nach den Linien H H' I K L M N O P Q R U W X Y Z a b c d e f g h q r s t u e' w y z einerseits und A A' B C D E F G andererseits;

2. für die Grenzgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien R T und U V;

3. für den projectierten Zugang zum Rangierbahnhofe der Westbahn (zwischen Or.-Nr. 141 und 143 Poststraße) bei 12 m Breite nach den Linien Y a' und Z b';

4. für die verlängerte Pfarrgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien o n und p q;

5. für die verlängerte Schulgasse bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien e' v c' d' und w x — bestimmt.

16. Referent Gem.-Rath Wurm (ad Zahl 3691, Beilage Nr. 95): Es handelt sich um die Auflassung einer kleinen Verbindungsgasse zwischen der Mariahilferstraße und dem Platze nächst der Lazaristenkirche, welcher erst geschaffen werden soll, und um Feststellung der Bestimmung, dass zwischen den bestimmten Baulinien an der Gürtelstraße, Wallgasse und Mariahilferstraße an der Ausmündung der Mariahilferstraße ein freier Platz belassen werden soll. Die Herren werden sich erinnern, dass, als

die Transaction bezüglich der Übernahme der Linienamtsgebäude durch die Gemeinde hier referiert wurde, zwei Alternativen vorgeschlagen wurden. Die eine Alternative ist die, welche heute vorliegt: dass ein freier Platz geschaffen werden soll. Nach einer zweiten Alternative waren an den Gebäuden des Linienamtes und der Kapelle Baulinien bestimmt, so dass auch ein Baublock eingeschaltet werden soll. Nun wird vorgeschlagen, von der Einschaltung eines Baublockes abzusehen und hier einen freien Platz zu lassen. Der Hauptgrund ist wohl in die Augen springend, da dort eine kolossale Verkehrskreuzung ist; der Gürtel und die Mariahilferstraße sind außerordentlich belebte Straßen, es ist daher ganz motiviert, wenn man dort durch einen großen Platz freien Verkehr schafft.

Was die Auflassung dieser kleinen Quergasse anbelangt, so sprechen mehrere Gründe dafür. Die Gemeinde hat eben das Linienamtsgebäude erworben, welches innerhalb dieser straffierten Figur eingezeichnet ist. Es ist also von großem Werte, dass jene Fläche, welche die Gemeinde erworben hat, möglichst zweckmäßig verwertet werde, das kann nur dadurch erreicht werden, dass die Gasse aufgelassen wird. Würde die Gasse nicht aufgelassen, so blieben nur einzelne Baustellenfragmente und die Haustheile der erworbenen Realität würden in die Gasse fallen, könnten somit nicht verwertet werden. Ein zweiter Grund, der dafür spricht, dass die Gasse aufgelassen werde, liegt darin, dass es doch im höchsten Grade wünschenswert ist, dass sobald als möglich die Lazaristenkirche gegen die Kaiserstraße zu freigestellt werde, und dies ist nur dann möglich, wenn das Gebäude der Congregation der Lazaristen, welches an der Kaiserstraße gelegen ist, verlegt wird. Dass dieses Gebäude nunmehr demoliert und dann auf einen Gartengrund gestellt wird, welcher auch zum Theil in die aufzulassende Straße fällt, ist jetzt Gelegenheit geboten.

Diese Gründe sprechen dafür, diese kleine Verbindungsgasse, welche gar keinen Verkehrswert hat, nachdem durch die Kirche und das Sophienspital ihre Fortsetzung ohnehin gehindert ist, aufzulassen. Das Gebäude, welches vor der Kirche steht, soll, wie bereits erwähnt, neben die Kirche innerhalb der bestimmten Baulinie und zum Theil auch in die aufzulassende Straße gestellt werden. Der Stadtrath stellt nun in Erwägung dieser Gründe die beiden Anträge (liest):

1. „Es sei die Verbindungsgasse zwischen der Mariahilferstraße und dem bei der Lazaristenkirche projectierten Platze aufzulassen;

2. zu bestimmen, dass der Platz zwischen den bereits genehmigten Baulinien an der Einmündung der Mariahilferstraße in die Gürtelstraße nicht verbaut werde."

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? Die Anträge sind angenommen.

Beschluss: 1. Die Verbindungsgasse zwischen der Mariahilferstraße und dem bei der Lazaristenkirche projectierten Platz ist aufzulassen;

2. es wird bestimmt, dass der zwischen den bereits genehmigten Baulinien an der Einmündung der Mariahilferstraße in die Gürtelstraße gelegene Platz nicht verbaut werden dürfe.

17. Referent Gem.-Rath Baugoin: Ich habe die Ehre, für den abwesenden Herrn Gem.-Rath Schlechter zur Zahl 3639 Bericht zu erstatten.

Der Verein „Kinderschutz" bittet um eine Subvention für das Jahr 1893. Der Zweck dieses Vereines ist, verwaiste Kinder gänzlich verarmter Eltern, insbesondere Findlinge und Waisen bei anständigen Pflegeparteien unterzubringen. Er bestreitet den Unterhalt und die Erziehungskosten seiner Schützlinge und beaufsichtigt dieselben und deren Pflegeparteien. Der Verein wirkt auch sonst in der Ausbildung talentvoller Kinder fördernd, wenn dieselben sich auch nicht im Sinne des Absatzes 1 der Statuten unter seinem besonderen Schutze befinden, und zwar durch Ankauf von Kleidungsstücken, Beschaffung von Lehrmitteln ꝛc.

Nachdem dieser Verein eine Reihe von Jahren besteht und bisher von Seite der Gemeinde mit einer Subvention von jährlich 100 fl. betheilt wurde, beantragt der Stadtrath, es möge auch für das Jahr 1893 eine gleiche Subvention gewährt werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Buschan: Ich möchte den Herrn Referenten nur ersuchen, die Güte zu haben, mir den Namen des Obmannes dieses Vereines zu nennen.

Referent: Ich werde gleich nachsehen. Es ist Herr Dr. Siegmund Feßler.

Gem.-Rath Buschan: Ich danke sehr.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Anfrage mehr? Gegen den Antrag ist keine Einwendung, er ist deshalb angenommen.

Beschluss: Dem Vereine „Kinderschutz" wird eine Subvention von 100 fl. pro 1893 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir haben auf der Tagesordnung ein 92er Stück. Ich bitte die Herren Schriftführer, auszuzählen, ob 92 Mitglieder anwesend sind. Ich bitte, sich auf die Plätze zu verfügen. (Nach erfolgter Auszählung:) Es sind noch nicht 92 Gemeinderäthe anwesend. Ich ersuche demnach Herrn Gem.-Rath Dr. Hackenberg zum Referate.

18. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Beilage 228 über eine Ergänzung der Bestimmungen des § 7 der Dienstpragmatik über die für die Aufnahme in den Kanzleidienst vorgeschriebenen Studien.

Der § 7 der Dienstpragmatik hat derzeit folgenden Wortlaut:

„Für den Kanzleidienst, das Einreichungs-Protokoll, Registratur, Expedit, Conscriptions-, Einquartierungs-, Todtenbeschreibamt, dann für die untergeordneten Stellen im Cimentierungsamte — das letztere entfällt natürlich, nachdem das Cimentierungswesen verstaatlicht wurde — zur Erlangung einer Anstellung im Kanzleifache ist erforderlich, dass der Candidat entweder das Untergymnasium oder vier Realschulclassen oder die ordentlichen Curse einer mit dem Öffentlichkeitsrechte versehenen Handelsschule mit gutem Erfolge zurückgelegt und außerdem in einer Prüfung vor der durch den Gemeinderath eingesetzten Prüfungs-Commission die für den Kanzleidienst erforderliche Befähigung erprobt hat."

Das erste Alinea normiert daher die Voraussetzung für die Erlangung einer Anstellung im städtischen Kanzleidienste. Es hat sich nun im Laufe der Jahre die Nothwendigkeit herausgestellt, dass auch eine Menge anderer Personen, welche eine geringere, theilweise aber auch eine größere Vorbildung hatten, in den Dienst der Gemeinde aufgenommen wurden. Es erfolgte dies über jedesmaliges Einschreiten des Petenten und es wurde demselben die Studiennachsicht ertheilt. Dabei kam insbesondere in den letzten Jahren viel häufiger der Fall vor, dass solche Petenten sich meldeten, welche eine höhere Ausbildung hatten, als diejenige ist,

welche in Absatz 1 des § 7 verlangt wird. Nachdem diese Fälle sich häufen, wurde die Anregung gegeben, dass diese Bestimmung modificiert werden möge, und es hat daher der Stadtrath folgenden Beschluss gefasst (liest):

„Den § 7, Absatz 1, der Dienstpragmatik in folgender Weise zu ergänzen:

Zur Erlangung einer Anstellung im Kanzleifache ist erforderlich, dass der Candidat entweder das Untergymnasium oder die Unterrealschule, eine öffentliche Lehrerbildungsanstalt, eine Cadettenschule oder Militär-Akademie, oder eine mit dem Öffentlichkeitsrechte versehene Fachlehranstalt (Kunst-, Handels-, höhere Gewerbe-, land- oder forstwirtschaftliche Schule), mit deren Absolvierung das Recht zum Einjährig-Freiwilligendienste verbunden ist, vollständig und mit gutem Erfolge absolviert oder die Befähigungsprüfung für den Einjährig-Freiwilligendienst vor der hiezu bestellten Prüfungs-Commission mit gutem Erfolge bestanden hat.

Überdies hat der Candidat die für den Kanzleidienst erforderliche Befähigung in einer beim Magistrate abzulegenden Prüfung zu erproben."

Wie die Herren aus diesen Abänderungsvorschlägen ersehen, ist insbesondere auf die allgemeine Wehrpflicht und die mit Erlangung des Einjährig-Freiwilligendienstes nothwendige Vorbildung Rücksicht genommen worden und diese Candidaten erscheinen hier besonders berücksichtigt. Ich glaube, es bedarf wohl keiner umständlichen Erörterung, um diese Ergänzung und Modification der betreffenden Bestimmungen zu begründen und ich erlaube mir daher, den Antrag des Stadtrathes zu unterbreiten, diese Modification des § 7 gefälligst genehmigen zu wollen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall; angenommen.

Beschluss: Der § 7, Absatz 1, der Dienstpragmatik ist in folgender Weise zu ergänzen:

Zur Erlangung einer Anstellung im Kanzleifache ist erforderlich, dass der Candidat entweder das Untergymnasium oder die Unterrealschule, eine öffentliche Lehrerbildungsanstalt, eine Cadettenschule oder Militär-Akademie, oder eine mit dem Öffentlichkeitsrechte versehene Fachlehranstalt (Kunst-, Handels-, höhere Gewerbe-, land- oder forstwirtschaftliche Schule), mit deren Absolvierung das Recht zum Einjährig-Freiwilligendienste verbunden ist, vollständig und mit gutem Erfolge absolviert oder die Befähigungsprüfung für den Einjährig-Freiwilligendienst vor der hiezu bestellten Prüfungs-Commission mit gutem Erfolge bestanden hat.

Überdies hat der Candidat die für den Kanzleidienst erforderliche Befähigung in einer beim Magistrate abzulegenden Prüfung zu erproben.

19. Referent Gem.-Rath Noske: Ich habe die Ehre, zunächst zur Zahl 2167, Beilage 91, über ein dringendes Referat Bericht zu erstatten.

Es hat sich darum gehandelt, dass sich der Stadtrath mit der Sicherstellung der Canal- und Senkgrubenräumung in den Bezirken XI bis XIX vom 1. Juli 1893 befassen musste. Ich möchte mir erlauben, zur Orientierung der Herren zu bemerken, dass bei dem Anlasse der Stadtrath vor der Frage gestanden ist, ob er für die neu einverleibten Bezirke ebenso wie bei den alten Bezirken für die Senkgrubenräumung den Räumungszwang einführen soll. Der Magistrat hat in dieser Richtung den Vorschlag erstattet, es sei dieser Räumungszwang durchzuführen, mit der Beschränkung, dass der Magistrat ermächtigt werde, in jenen Fällen, wo ein Besitzer einer Senkgrube darum ansucht, dass er selbst seine Senkgrube räumen wolle, um den Inhalt zu landwirtschaftlichen Zwecken zu benützen, für solche Fälle eine Ausnahme gestatten zu dürfen. Der Stadtrath hat aber gemeint, dass bei den Verhältnissen einer großen Anzahl der neu einverleibten Bezirke, in denen die Bevölkerung Landwirtschaft betreibt, es dieser Bevölkerung eine große Last auferlegen hieße, wenn man in diesen Bezirken den Räumungszwang jetzt schon decretieren wollte. Erstens würde es erhebliche Kosten für die Betreffenden zur Folge haben; zweitens würde es aber zur Folge haben, dass sie den Inhalt der Senkgruben, den Dünger, nicht für sich, nicht für die Landwirtschaft verwenden könnten. Es würde also dadurch eine große Belastung in beiden Richtungen für die Bevölkerung sich daraus ergeben.

Der Stadtrath hat daher im eigenen Wirkungskreise über diese Angelegenheit in der Weise entschieden, dass er gesagt hat: Dort, wo bis jetzt kein Senkgruben-Räumungszwang bestand, soll auch in Zukunft keiner sein, mit Ausnahme dessen, dass in jenen Fällen, wo ein Besitzer einer Senkgrube den Anforderungen, die in sanitärer Richtung an die Räumung gestellt werden, nicht nachkommt, dann ausnahmsweise die zwangsweise Räumung decretiert werden kann, also gerade das Umgekehrte von dem, wenn ich so sagen darf, was der Magistrat beantragt hat.

Diese Sache wurde im eigenen Wirkungskreise erledigt und habe ich es nur zur Orientierung erwähnt, weil gelegentlich der Berathung dieser Sache sich auch ein anderer Übelstand in den Bedingnissen rücksichtlich der Canalräumungsgebüren herausgestellt hat. Für jene Häuser nämlich, in welchen Canäle und Senkgruben sind, hat bis jetzt die Bestimmung bestanden, dass sowohl die Canalräumungsgebür als auch die Gebür für die Senkgrubenräumung zu bezahlen ist, während es doch richtig gewesen wäre, die Canalräumungsgebür nur bezüglich jener Wohnungen einzuheben, wo die Aborte derselben wirklich in den Canal münden, und eine Senkgruben-Räumungsgebür bezüglich jener Wohnungen einzuheben, deren Aborte ihren Inhalt in die Senkgrube entleeren.

Es liegt offenbar eine Ungerechtigkeit in dieser doppelten Belastung. Nachdem es aber schwierig wäre, zu ermitteln, welche Wohnungen Aborte haben, die in Senkgruben und welche in Canäle münden und überdies die Gebüren nach den Jahreszinsen aufgetheilt werden müssten, was eine umständliche Rechnung wäre, die mit dem erzielten Effecte in keinem Verhältnisse stünde, hat der Gemeinderath beschlossen, dem Plenum zu empfehlen:

„Es sei der Gemeinderaths-Beschluss vom 28. October 1892, Z. 5796, beziehentlich vom 12. November 1889, Z. 6743, rücksichtlich der Gebüren bei jenen Häusern, in welchen sich nebst dem Hauscanale auch noch eine oder mehrere Senkgruben befinden, dahin abzuändern, dass ab 1. Jänner 1894 in solchen Häusern nur die scalamäßige Canalräumungsgebür zu entrichten ist."

Ich bitte um die Genehmigung des im Interesse der Bevölkerung gelegenen und den Anforderungen der Billigkeit entsprechenden Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Der Gemeinderaths-Beschluss vom 28. October 1892, Z. 5796, beziehentlich vom 12. November 1889,

Z. 6743, wird rücksichtlich der Gebüren bei jenen Häusern, in welchen sich nebst dem Hauscanale auch noch eine oder mehrere Senkgruben befinden, dahin abgeändert, dass ab 1. Jänner 1894 in solchen Häusern nur die scalamäßige Canalräumungsgebür zu entrichten ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Nachdem nun 92 Herren Gemeinderäthe anwesend sind, ersuche ich Herrn Gem.-Rath Vaugoin, zu referieren.

20. Referent Gem.-Rath Vaugoin: Zahl 3123. Der Gemeinderath hat im verflossenen Jahre das Haus Nr. 12 in der Fluchtgasse und Nr. 17 in der Nussdorferstraße zum Zwecke der Durchführung der Fuchsthalergasse um den Betrag von 38.500 fl. angekauft. Die nach der Demolierung sich ergebende Baustelle soll nunmehr zum Verkaufe gelangen. Dieselbe hat ein Flächenmaß von 486·99 m² und wurde zum Zwecke der Veräußerung durch beeidete Schätzleute ein Schätzwert von 55 fl. per Quadratmeter ermittelt. Bei der am 10. Mai d. J. stattgehabten Offertverhandlung hat sich ein einziger Offerent, die Firma Luckeneder & Miserowsky, eingefunden und hat 58 fl. 25 kr. per Quadratmeter geboten. Nachträglich hat sich noch ein Offerent gemeldet, welcher per Quadratmeter einen Preis von 60 fl. 55 kr. geboten hat. Es wurde nun, nachdem zwei Offerte vorlagen, mit dem ersten Offerenten, Luckeneder & Miserowsky, in Verhandlung getreten, und hat sich derselbe bereit erklärt, einen Preis von 61 fl. zu bieten. Es waren zahlreiche Anfragen nach dieser Baustelle vorhanden, noch ehe die Schätzung stattgefunden hatte. Von dem Zeitpunkte aber, wo das Resultat der Schätzung bekannt war, hat sich beim Magistrate kein Käufer mehr gemeldet.

Diese Baustelle hat der Gemeinde 38.500 fl. gekostet; da nach dem Antrage, wie er dermalen gestellt ist, der Schätzwert um 6 fl. überschritten ist, so dass inclusive des Erträgnisses aus der Demolierung sich ein Betrag von 30.006 fl. 41 kr. ergibt, so resultiert, dass die Durchführung dieser Straße nur mehr einen Kostenaufwand von 8494 fl. erfordert. Es wird nun hauptsächlich mit Rücksicht auf den Umstand, als das Anbot ein günstiges ist und die Offerenten sich allen Bedingungen, die in der Kundmachung bekanntgegeben worden sind, unterworfen haben, beantragt, diese Baustelle um den Betrag von 61 fl. per Quadratmeter an die Firma Luckeneder & Miserowsky zu überlassen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche also jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht. Nach einer Pause:) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Beschluss: Die durch die Demolierung des Hauses Nr. 12 Fluchtgasse, Nr. 17 Nussdorferstraße, IX. Bezirk, entstandene Baustelle im Ausmaße von 486·99 m² wird um den Einheitspreis von 61 fl. per Quadratmeter der Firma O. Luckeneder & C. Miserowsky käuflich überlassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte den Herrn Gem.-Rath Müller zum Referate.

21. Referent Gem.-Rath Müller: Ich habe über den Antrag, Beilage 205 vom Jahre 1892, zu referieren. Derselbe behandelt eine Zuschrift der k. k. n.-ö. Statthalterei bezüglich Kaufes von einigen der Gemeinde gehörigen Parcellen des Baumgartener Parkes, und zwar hat die Statthalterei mit einer vom 15. August 1892 an die Gemeinde gerichteten Note angefragt, ob man nicht Willens ist, ihr einige dieser Baustellen zum Zwecke der Errichtung einer Wohlthätigkeitsanstalt zu verkaufen. Der Magistrat hat diesbezüglich geantwortet, dass man doch früher über den Zweck dieser Anstalt im Klaren sein müsse.

Daraufhin hat die k. k. n.-ö. Statthalterei in einer Zuschrift vom 11. October 1892 bekanntgegeben, dass sie diese Baustellen zum Zwecke einer Erziehungsanstalt käuflich erwerben wolle, dass daher eine Gefahr für die Umgebung durchaus nicht bestehe. Es sind das die Baustellen von 89 bis 97; dieselben sind unter Einlagezahl 314 bis 322 im Grundbuche eingezeichnet und haben ein Gesammtausmaß von 6746·16 m². Ich bemerke noch, dass Baustellen in unmittelbarer Nähe dieser Baustellen bereits zur Schätzung gelangt und mit einem Durchschnittspreise von 2 fl. 20 kr. geschätzt worden sind, und zwar die schlechter gelegenen mit 1 fl. 66½ kr. per Quadratmeter und die besser gelegenen mit einem Preise von 3 fl. 5 kr.; wie bereits bemerkt, ergibt das einen Durchschnittspreis von 2 fl. 20 kr. Unter Zugrundelegung dieses Durchschnittspreises würde sich der Kaufpreis dieser Baustellen auf 14.881 fl. 55 kr. stellen. Der Magistrat empfiehlt, den Umstand zu berücksichtigen, dass auf einmal mehrere Baustellen abgestoßen werden. Es ist auch richtig, dass ein gewisser Vortheil darin liegt, dass man mehrere Baustellen auf einmal zum Verkaufe bringt, weil dadurch die sogenannten Intercalarzinsen erspart werden. Der Magistrat hat den Antrag gestellt, diese Baustellen um 1 fl. 70 kr. per Quadratmeter, also um den Gesammtpreis von 11.468 fl. zu verkaufen. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: An wen?) An die n.-ö. Statthalterei. Der Stadtrath stellt folgenden Antrag (liest):

„Es sei der k. k. n.-ö. Statthalterei bekanntzugeben:

1. Dass die Gemeinde Wien bereit sei, der k. k. n.-ö. Statthalterei die Baustellen 89 bis 97, Einl.-Z. 314 bis 322, der parcellierten Schlosspark-Realität in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk, im Gesammtausmaße von 6746·16 m² um den durchschnittlichen Einheitspreis von 2 fl. ö. W. per Quadratmeter zum Zwecke der Erbauung einer Erziehungsanstalt käuflich zu überlassen.

2. An diesen Verkauf seien folgende Bedingungen zu knüpfen:

a) Es müsse über den Zweck des zu erbauenden Stiftungshauses völlige Klarheit herrschen und hätte die k. k. n.-ö. Statthalterei die zu errichtende Erziehungsanstalt näher zu bezeichnen und eine Planskizze, woraus die Verbauungsart zu ersehen ist, vorzulegen.

b) Der Stiftungszweck solle als eine Belastung zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werden.

Der Gemeinderath behält sich die Entscheidung nach Vorlage dieser Skizze und Behelfe vor."

Ich habe schon bemerkt, dass ein etwas niedrigerer Preis genommen worden ist, als der bis jetzt durchschnittlich erreicht worden ist, nämlich 2 fl. 20 kr. per Meter, und zwar erstens in Anbetracht des Zweckes, zu welchem diese Baustelle verwendet werden soll, nämlich zur Erbauung einer Anstalt, die humanen Zwecken dienen soll, zweitens auch aus dem Grunde, weil es für die Gemeinde vortheilhaft ist, gleich einen größeren Grundcomplex, und zwar neun Baustellen auf einmal, zu verkaufen. Aus diesem Grunde hat sich der Stadtrath bewogen gefühlt, Ihnen diese Anträge zu unterbreiten. Ich ersuche um die Annahme.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich erlaube mir an den geehrten Herrn Referenten die Anfrage, ob er in der Lage ist, uns zu sagen, wann diese Schätzung und von wem sie vorgenommen wurde.

Referent: So viel ich mich erinnere, ist diese Schätzung von dem Stadtbauamte bei dem seinerzeitigen Offert des Verkaufes des Schlosses selber vorgenommen worden. Es ist damals, wenn ich nicht irre, der Graf Kemenyi an die Gemeinde herangetreten und wollte das Schloss mit den zugehörigen Gründen kaufen. Das war, wenn ich nicht irre, vor einem Jahre (Ruf: Länger!), vielleicht vor eineinhalb Jahren. Bei diesem Anlasse ist die Schätzung vorgenommen worden und hat durchschnittlich den Preis von 2 fl. 20 kr. per Meter ergeben. Es ist auch der Verkauf in diesem Rahmen factisch abgeschlossen worden.

Gem.-Rath Steiner: Als es sich um die Forderung eines Nachtragscredits bezüglich des Casinos im Baumgartener Park gehandelt hat, hat der ehemalige Finanzminister der Gemeinde Baumgarten hervorgehoben, welche Wohlthat es ist, dass dieser Park von der Gemeinde seinerzeit angekauft worden ist. Ich habe das heurige Budget durchgenommen. Darnach bekommen wir keine 800 fl., sondern nur 600 fl. Pacht, müssen um 75 fl. das Gebäude versichern und 240 fl. für die dort befindlichen Stühle und Tische zahlen. Der Profit ist deshalb nicht so groß. Ich erlaube mir an den Herrn Referenten die Anfrage, wie theuer kommt heuer der Gemeinde Wien der Meter Grund noch beim Verkaufspreise? Wir könnten dann noch ganz gut billiger verkaufen, als wir denselben übernommen haben. Wenn die Herren behaupten, es handle sich um ein Erziehungsinstitut und man sollte human vorgehen, so sage ich, die Statthalterei war auch nicht human, als sie die Spitalsgebüren von 60 kr. auf 1 fl. erhöhte. Sie hat auch keine Rücksicht gehabt und die Commune Wien braucht nicht die geringste Rücksicht mit der Statthalterei zu haben.

Gem.-Rath Frauenberger: Mich interessiert etwas anderes. Ich möchte gerne wissen, welche Erziehungsanstalt dorthin kommt. (Rufe links: Für Stadträthe!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich muss sehr bitten, sich solcher Zwischenrufe zu enthalten.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Das ist jener Theil des Baumgartener Parkes, wo Villen gebaut werden sollten, und da, glaube ich, ist es für den Gemeinderath wichtig, zu wissen, welche Erziehungsanstalt man dorthin setzen wird. Nun habe ich aber bezüglich des Preises noch etwas zu sagen. Dieser Preis, der hier geboten wird, ist so minimal, dass ich nicht weiß, ob es nicht eben so gut wäre, wenn der Gemeinderath großmüthig wäre und sagen würde: Du armer Staat, wir schenken dir das. Ich glaube, das würde in der Sache nicht viel verschlagen.

Wie ich gehört habe, soll das Blindeninstitut hinauskommen; wenigstens ist das hier gerufen worden. Wenn das richtig ist, so muss ich darauf hinweisen, dass wir wahrscheinlich später in die Lage kommen werden, das Gebäude des Blindeninstitutes in der Josefstadt recht theuer abzulösen. Wenn das richtig ist, meine Herren, so glaube ich, sollte man gleich ein Übereinkommen treffen und sagen: Staat, wir geben dir diesen Grund und wollen jetzt wissen, was uns jenes Gebäude kosten wird. Ich glaube, das wäre richtig. Sollte ich mich aber geirrt haben, so bitte ich vielmals um Entschuldigung; denn, wie gesagt, ich habe nur rufen gehört, das Blindeninstitut soll hinauskommen. Bezüglich des Preises werden wir noch sprechen; ich möchte vorläufig den Herrn Referenten bitten, dass er diese Frage beantwortet.

Referent: Ich kann meine Antwort nur so einrichten, dass ich die Zuschrift der Statthalterei verlese. In derselben heißt es (liest): „Die Statthalterei beabsichtigt, zur Erbauung eines Stiftungshauses ein Grundstück mit parkartigem Charakter zu erwerben."

Das war die erste Zuschrift. In einer zweiten Zuschrift vom 11. October v. J. über die Anfrage, welchen Charakter dieses Stiftungshaus haben soll, und ob es nicht etwa aus hygienischen Gründen nicht zu gestatten wäre, heißt es (liest): „Unter Bezugnahme auf die mit dem Berichte vom 11. v. M., Z. 154580, gestellte Anfrage wird dem Wiener Magistrate bedeutet, dass das auf den Parcellen 89 bis 97 des Baumgartener Parkes eventuell zu errichtende Stiftungshaus keinesfalls für sanitäre oder Heilzwecke, sondern lediglich zur Unterbringung einer Erziehungsanstalt bestimmt ist."

Weiteres ist im Acte über den Zweck des Hauses nichts gesagt. Ich möchte aber bemerken, dass der Stadtrath in den Bedingungen sich vorbehalten hat, damit vollkommene Klarheit über den Zweck herrsche, dass die Pläne vorgelegt werden und über die Widmung des Hauses eine gewisse Aufklärung zu geben sei. Es heißt: Der Gemeinderath behält sich die Entscheidung nach Vorlage der Skizzen und Behelfe vor. Es handelt sich jetzt nur darum, den Preis bekanntzugeben. Ob die Statthalterei auf den Preis eingeht oder nicht, weiß man nicht. Geht sie auf den Preis ein, so ist die Statthalterei als Erbauerin des Hauses verpflichtet, an uns heranzutreten, uns die Pläne vorzulegen und die Bestimmung dieses Hauses bekanntzugeben.

Bezüglich der Realität des Blindeninstitutes möchte ich bemerken, dass die Gemeinde gewiss nicht gezwungen werden kann, dieses Institut zu kaufen. Wenn es sehr theuer ist, so kauft es die Gemeinde einfach nicht und überlässt diesen Vortheil jemandem anderen. Ich weiß also nicht, wie man dies mit dieser Sache hier verquicken kann. Die Gemeinde braucht ja dieses Haus gar nicht zu kaufen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich muss sagen, mich haben die Aufklärungen des Herrn Referenten in keiner Weise befriedigt. Wir sollen den Grund herschenken und wissen nicht, was dorthin kommt, und wenn die Statthalterei einmal den Grund hat, ist sie Eigenthümerin des Grundes und schreitet dann einfach um den Bauconsens ein. Das, meine Herren, geht doch nicht! Der Gemeinderath muss wissen, was für ein Institut dorthin kommt. Die Statthalterei könnte auch ein Correctionshaus dort hinausstellen, wo wir Villen bauen wollen. Das geht doch nicht!

Ich beantrage daher, dass, nachdem weitere Aufklärungen wahrscheinlich nicht gegeben werden können, der Act an den Stadtrath zurückgeleitet werde und eventuell nochmals eine Anfrage an die Statthalterei in dem Sinne gerichtet werde, dass der Gemeinderath, ehe er sich über den Verkauf dieses Grundes entscheidet, Aufklärungen darüber verlangt, welcher Art dieses Erziehungsinstitut ist, und dass dann der Act wieder hieher geleitet werde.

Ich beantrage daher die Vertagung dieser Angelegenheit.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Vertagung mit diesem Wunsche?

Gem.-Rath Frauenberger: Die Zurückweisung an den Stadtrath.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Mit dem Auftrage, den Herr Gemeinderath formuliert haben?

Gem.-Rath Frauenberger: Ja.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich habe den Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners sehr wenig beizufügen. Es ist ganz merkwürdig, in welcher Form diese Anforderung von der k. k. n.-ö. Statthalterei an den Wiener Gemeinderath gestellt wird. Es wird vom Magistrate bei der Statthalterei angefragt, was eigentlich dort geplant sei, und darauf kommt eine orakelhafte Antwort; man will einfach nichts sagen. Auch der Preis ist entschieden viel zu gering angesetzt. Die Schätzung, auf welche sich der Herr Referent bezieht, hat den gesammten Grundcomplex, bekanntlich eine außerordentlich ausgedehnte Area, den ganzen Park zur Grundlage gehabt, und man ist bei der Schätzung sehr mechanisch vorgegangen, indem man die Verkaufssumme einfach durch die Anzahl der Quadratmeter getheilt hat. Für den Wert des speciellen Grundstückes ist der auf den entsprechenden Theil des Gesammtcomplexes entfallende Preis gewiss nicht maßgebend, und der Preis ist also gewiss zu gering angesetzt. Aber es muthet uns der löbliche Stadtrath auch eine etwas merkwürdige Logik zu. Er sagt, wir sollen diesem so geringen Preise aus Rücksichten der Humanität zustimmen, ohne dass er in der Lage ist, uns mitzutheilen, welche Gattung Humanität da eigentlich geübt werden soll (Rufe links: So ist es!), er weiß mindestens gar nichts darüber (Rufe links: So ist es!); nun glaube ich, dass die Anregung, die Herr Gem.-Rath Frauenberger gegeben hat, sehr am Platze ist. Es weiß von den Herren niemand, um was es sich eigentlich bei diesem Erziehungsinstitute handelt, und es ist ja immerhin möglich, dass das vielleicht auch irgend ein Correctionshaus sein könnte, durch dessen Nachbarschaft der Wert der Gründe gewiss alteriert würde; wenn es aber das Blindeninstitut ist — ich habe ja gar keinen anderen Anhaltspunkt als die Äußerungen des unmittelbaren Herrn Vorredners — dann ist es gewiss sehr am Platze, den Weg einzuschlagen, den Herr Gem.-Rath Frauenberger vorgeschlagen hat, einfach auf dem Wege einer Transaction und auf Grund der Überlassung der jetzt im Gebrauche befindlichen Gebäude dieser Anstalt, die ja für Straßenzwecke wahrscheinlich unerlässlich sind, weil die Josefstädterstraße unbedingt hinausgeführt werden muss, in die Übertragung der Gründe in Baumgarten einzuwilligen.

Ich muss gestehen, ich erwarte mir eigentlich nach der zweimaligen Anfrage des Magistrates an die Statthalterei keine andere Antwort, als die wir bereits einmal erhalten, und ich weiß nicht, ob daher der Antrag auf Rückweisung an den Stadtrath eigentlich zu etwas führen wird. Aber um unser Entgegenkommen bis zum äußersten darzuthun, stimme ich dem Antrag des geehrten Herrn Gem.-Rathes Frauenberger zu, obwohl ich glaube, das einfachste wäre die Ablehnung dieses Anbotes, das gewiss für die Gemeinde durchaus nicht rentabel ist, da wir in der That keine Veranlassung haben, ein so weitgehendes Entgegenkommen zu bezeigen, nachdem ja bekanntlich bei derlei Transactionen seitens des Staates gegenüber der Gemeinde durchaus nicht coulant vorgegangen wird. (Rufe links: Sehr richtig! und Beifall.)

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Ich glaube, die Anregung wiederholen zu müssen, dass uns bei so wichtigen Vorlagen auch eine Planskizze unterbreitet werde. Wir wissen überhaupt gar nicht, wo diese Plätze überhaupt liegen. Wir wissen wohl, dass sie beim Schlosspark sind, wissen aber nicht, in was für einer Gegend sie liegen und ob in der Nähe etwas verbaut wird oder nicht, und ob in der Nähe der Wienfluss oder die Bahn läuft. Ich weiß es nicht, ich muss mich vielleicht bei einem Herrn Collegen erkundigen, welcher in dem Bezirke wohnt. Es werden immer Vorlagen vorgebracht und wir sollen entscheiden, Ja oder Nein sagen und wissen nicht, um was es sich handelt. Ich weiß nicht, ob der Grund das wert ist oder ob er zu billig ist; hätten wir aber einen Plan, so würden wir einen Anhaltspunkt haben und könnten dann sagen, die Gründe sind das wert oder zu billig. Ebenso war es bei den Vergebungen der Bauplätze in der Fluchtgasse. Ich kenne die Gasse sehr gut, aber wo die Plätze existieren, weiß ich auch nicht, da hätte man uns auch eine Planskizze übergeben sollen.

Wenn ich nun auf den Preis komme, so muss ich erwähnen, dass wir unlängst Plätze für ein Wasser-Reservoir bei der amerikanischen Windmühle angekauft haben; dort sind Ackergründe gekauft worden, die haben sechs oder sieben Gulden per Quadratklafter (Rufe: Quadratmeter!), nein, ich glaube per Quadratklafter gekostet.

Nun, meine Herren, ich glaube, da braucht man kein Sachverständiger zu sein, wenn man die Lage der amerikanischen Windmühle und die Lage dieser Plätze betrachtet. Dort ist die Bahn, dort ist ein Verkehr, die Plätze sind parcelliert, während hier Ackergrund ist. Es muss daher ein Unterschied im Preise sein, sobald man sofort mit der Verbauung der Plätze vorgehen und durch Vermieten der Häuser einen Zins bekommen kann. Bei der amerikanischen Windmühle kann ich mir vielleicht eine Villa bauen und einen Sommeraufenthalt nehmen, um frische Luft zu schöpfen, aber vermieten kann man die Wohnungen nicht und daher kann man auch keinen Zins einnehmen. Ich muss mich daher dem anschließen, was der Herr Gem.-Rath Frauenberger gesagt hat, man möge, wenn wirklich das Blindeninstitut hinkommen sollte, sich sofort mit der Statthalterei ins Einvernehmen setzen, dass die Statthalterei sagt: wir übergeben dir, Commune, dieses Gebäude und du verkaufst uns diesen Platz. Wir wollen heute schon wissen, was die Statthalterei dafür verlangt und wissen es nicht. Wir sollen aber heute den Platz billig verkaufen. Das ist nicht das Richtige.

Wenn ich heute etwas verkaufe oder ein Tauschgeschäft mache, so muss ich wissen, was der eine verlangt, und der andere, was ich gebe. Das ist aber in dieser Angelegenheit nicht klargestellt.

Wenn der Gegenstand wirklich vertagt würde, so würde ich ersuchen, die Sache so schnell als möglich im Stadtrathe zu erledigen und wieder in das Plenum des Gemeinderathes zu bringen. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, diese Anlage zu verwerten. Der Herr St.-R. v. Götz hat zwar gesagt, dass die Plätze wirklich nicht mehr wert sind, aber ich bezweifle, dass sie bloß 7 fl. 20 kr. wert sind; nach meinem Gutachten mindestens 10 fl. per Quadratklafter. Sie müssen hier bei der Abstimmung, ob Sie vertagen oder ablehnen, das wahre Interesse der Gemeinde ins Auge fassen und für das stimmen, was wirklich für die Commune Wien und für die Steuerträger das Nützlichste ist.

Gem.-Rath v. Götz: Ich hätte nicht gedacht, dass das Referat einen derartigen Sturm im Gemeinderathe hervorrufen werde. Ich glaube, dies ist darauf zurückzuführen, dass Herr Gem.-Rath Steiner in etwas abfälliger Weise die Anlagen des Baumgartener Schlossparkes beurtheilt hat. Die vormalige Gemeinde Baumgarten hat in einem Jahre diesen ganzen Schlosspark parcelliert, sieben Straßen angelegt, 15 Baustellen verkauft, 12 Villen zum Baue gebracht. Und zwar hat sie die ganze Sache in einem Jahre zum Abschlusse gebracht. Nun sind seit der Einverleibung der Vororte zu Wien $2^1/_2$ Jahre verstrichen und in diesem Zeitraume kommt ein Referat, welches den Verkauf von neun Baustellen betrifft,

und das hat neun Monate gebraucht, bis es in den Gemeinderath gekommen ist.

Nachdem es jetzt nach neun Monaten hiehergekommen ist, beantragen die Herren, dass es wieder vertagt werde. Die Herren können sich vorstellen, dass eine derartige Verzögerung von Baudurchführungen nur zum Schaden der ehemaligen Vororte gereichen kann.

Die Herren sprechen von den einzelnen Preisen, die hier fixiert worden sind, mit der Begründung, dass dieser Preis von zwei Gulden zu niedrig ist. Die Herren, die sich darüber ausgesprochen haben, haben jedenfalls die Situation nicht gesehen und sind nie draußen gewesen. Ich kann Sie versichern — und das wird sich auch aus den Büchern erweisen lassen — dass die Gründe von der Commune Wien um den Preis von 1 fl. 40 kr. per Quadratmeter übernommen worden sind. So sind sie in das Verzeichnis der ehemaligen Gemeinde Baumgarten inventarisch eingetragen.

Die Commune Wien hat auf der Hauptstraße in Baumgarten Grundstücke um 2 fl. 50 kr per Quadratmeter gekauft — auf der Hauptstraße — und heute kommt das Referat, dass man 2 fl. verlangen soll für einen Baugrund, der rückwärts, am Ende der Cottageanlage gelegen, der jedenfalls für Privathäuser weniger geeignet ist und nur für ein Institut passend sein dürfte, und die Herren meinen, dass der Preis zu theuer ist.

Ich mache aufmerksam, dass durch Punkt 2 a und b der Anträge des Stadtrathes, dem Gemeinderathe das Recht vorbehalten ist, zu entscheiden, ob er, wenn die Statthalterei den Zweck bekanntgibt, zu welchem sie den Bauplatz braucht, das Anbot annehmen oder ablehnen will. Es heißt hier im Antrage 1, die Gemeinde sei bereit, den Grund um den Preis von 2 fl. per Quadratmeter zu überlassen, während die Verclausulierungen im Punkt 2 a und b enthalten sind. Die Commune kann noch immer, wenn sie sieht, dass irgend ein Institut hinkommen soll, welches nicht im Interesse der Cottageanlage und des Bezirkstheiles gelegen ist, das Kaufanbot ablehnen. Ich möchte aufmerksam machen, dass ich vor einigen Wochen einen Antrag eingebracht habe, in dem ich meinem gepressten Herzen Luft machte. Die Herren werden zugeben, dass die Baulust in den ehemaligen Vororten sehr viel zu wünschen übrig lässt. Während die jetzigen Vororte von Wien sich mit größerer Regsamkeit bestreben, ihre Entwicklung zu fördern, geschieht hier das Gegentheil, indem immer Schwierigkeiten bereitet werden, und wenn irgend jemand einen Grund kaufen will, so getraut er sich kein Anbot zu stellen, aus dem Grunde, weil er infolge der schwerfälligen Administration monatelang warten muss, bevor er irgendeine Entscheidung von Seite der Gemeinde erhält. Da nun die Commune dortige Gründe inventarisch mit 1 fl. 40 kr. eingestellt hat, so könnte man doch schließlich dem Preise von 2 fl. per Quadratmeter mit Rücksicht darauf, dass dann da draußen wieder ein Stück Verbauung vorwärts kommt, zustimmen.

Ich möchte noch Folgendes bemerken. Die Herren Collegen aus Ottakring werden zugeben, dass die Gemeinde Ottakring die Gründe im Liebhartsthal um 1 fl. und 1 fl. 20 kr. per Quadratmeter verkauft hat, nur damit dort die Gründe rascher verbaut werden. Die Gemeinde hat hier in den Cottageanlagen von Baumgarten noch 83 Baustellen. Bedenken Sie, wie viele Zinsen sie da verliert, während es doch in ihrem Interesse liegt, dass dort Häuser erstehen, weil sie dadurch wieder mehr Umlagen bekommt. Ich bitte also, den Antrag des Herrn Collegen Frauenberger abzulehnen und im Interesse der Entwicklung der Vororte zuzustimmen, dass endlich heute der Act, der bereits neun Monate lauft, zur Entscheidung kommt.

Gem.-Rath Boschan (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir Schluss der Debatte zu beantragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es wird Schluss der Debatte beantragt. Ich ersuche jene Herren, welche Schluss der Debatte annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Brauneiß, Dr. Klotzberg, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Rosenstingl, Taubler, Frauenberger, Jedlička, Dr. Geßmann, Weitmann, Steiner, Ferd. Mayer, v. Götz und der Herr Referent.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Hat der Act schon so lange geschlummert, so kann er auch noch 24 oder 48 Stunden schlummern. Die Angelegenheit der Straßensäuberung im I. Bezirke aber ist so außerordentlich dringend, dass sie unter jeder Bedingung erledigt werden muss. Ich beantrage daher die Unterbrechung des Referates und Vornahme des Referates über die Straßensäuberung im I. Bezirke.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist die einfache Vertagung des in Verhandlung stehenden Gegenstandes beantragt. Ich ersuche jene Herren, welche die Vertagung annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

22. Referent Gem.-Rath Noske: Ich habe am 19. Mai d. J. zum erstenmale die Ehre gehabt, in vertraulicher Sitzung über die Vergebung der Straßensäuberung im I. Bezirke und das diesbezügliche Project des Herrn Stritzl zu berichten. Am 19., an demselben Tage, an welchem ich damals berichtet habe, sind diejenigen früheren Herren Collegen, die aus dem Gemeinderathe ausgeschieden sind, ausgetreten und am 24. Mai sind die neugewählten Herren Gemeinderäthe eingetreten. Ich glaube, dass es einerseits mit Rücksicht auf die ziemlich lange Zeit, welche seit dem ersten Referate verflossen ist, wünschenswert und dass es andererseits eine Rücksicht ist, die ich den neu eingetretenen Herren Collegen schuldig bin, dass ich in Kürze den Stand der Sache recapituliere. Ich werde mich dabei gewiss mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache der möglichsten Kürze befleißen.

Die Straßensäuberung in der Inneren Stadt ist bis zum Jahre 1873 in der eigenen Regie der Gemeinde besorgt worden. Es hat sich jedoch damals gezeigt, dass die Kosten dieser eigenen Regie von 136.000 fl. im Jahre 1869, auf 324.000 fl. im Jahre 1872 gestiegen sind. Das war die Veranlassung, dass der Gemeinderath im Jahre 1873 sich entschlossen hat, die Straßensäuberung und die damit zusammenhängenden Arbeiten im I. Bezirke an eine Unternehmung zu vergeben, als welche Unternehmung bis jetzt, bis zum 30. Juni 1893, die Allgemeine österreichische Transport-Gesellschaft fungiert. Das Pauschale, welches diese Gesellschaft in der letzten Vertragsperiode, d. i. von 1888 bis 1892, bezogen hat, hat sich auf 370.000 fl. belaufen. Am 16. März 1893 hat über Beschluss des Stadtrathes eine Offertverhandlung stattgefunden, bei der nur ein Offerent, nämlich die Allgemeine österreichische Transport-Gesellschaft erschienen ist und dabei ein Offert von 425.000 fl. gestellt hat. Von diesem Offerte hat sie später 5000 fl. nachgelassen, so dass sich die jetzt verlangte Pauschalsumme auf 420.000 fl. belauft; sie hat weiters im Wege nachträglicher Verhandlungen folgende Nachlässe offeriert. Wenn der

Vertrag statt auf sieben, auf zehn Jahre abgeschlossen würde, wolle sie einen Nachlass von 5000 fl. gewähren. Der Stadtrath beantragt, damit der Gemeinderath nicht zu lange an die Vergebung an eine Unternehmung gebunden sei, auf diesen Nachlass nicht zu reflectieren. Weiters hat die Transport-Gesellschaft einen Nachlass von 10.000 fl. offeriert, wenn ihr das Wasser zur Bespritzung und Säuberung unentgeltlich geliefert würde. Der Stadtrath hat beschlossen, darauf nicht einzugehen, weil das nur eine scheinbare Ermäßigung ist, da wir das, was wir bei der Transport-Gesellschaft ersparen würden, auf der anderen Seite verlieren, indem wir aus dem Conto der Wassergebüren eine Mindereinnahme von 10.000 fl. hätten. Weiters hat die Transport-Gesellschaft, wenn die Straße zum Bruckhaufen, wo sich der Kehrichtabladeplatz für die Innere Stadt befindet, gepflastert wird, einen Nachlass von 5000 fl. offeriert, und für den Fall, dass eine andere Art von Kehrichtverführung vom Gemeinderathe beschlossen würde, wodurch die Verführung des Kehrichtes zum Bruckhaufen überhaupt entfiele, einen Nachlass von 3000 fl. Der Stadtrath beantragt, auf diese beiden Nachlässe zu reflectieren und hat den Magistrat beauftragt, einen Kostenvoranschlag für die Pflasterung dieser Straße vorzulegen.

Der Grund, warum die Transport-Gesellschaft dies offeriert, liegt darin, dass bei dem jetzigen sehr schlechten Zustande der Straße von Donaufeld bis zum Bruckhaufen das Pferde- und Wagenmaterial sehr abgenützt wird und dass sie also, wenn die Straße in einen besseren Zustand versetzt wird, in der Lage ist, auch billiger zu arbeiten. Der Grund, warum die Transport-Gesellschaft jetzt um 50.000 fl. mehr verlangt als früher, liegt darin, dass nach den von der städtischen Buchhaltung im Auftrage des Präsidiums in den Bureaux der Transport-Gesellschaft gepflogenen amtlichen Erhebungen im Durchschnitte der letzten fünf Jahre die Schneesäuberung 123.000 fl., im Durchschnitt der letzten zehn Jahre 117.000 fl. gekostet hat, während nach dem Schlüssel, welcher bei Berechnung des Pauschales für die Transport-Gesellschaft auf die Schneesäuberung der Inneren Stadt entfällt, nur 85.000 fl. gezahlt wurde, so dass also die Gesellschaft die Differenz von 85.000 fl. auf mindestens 117.000 fl. bei der Schneesäuberung daraufgezahlt hat, was sie auf die Dauer zu thun sich nicht mehr veranlasst findet. Weiters werden eine Menge Mehrleistungen verlangt, welche ich kurz dahin charakterisieren kann: Durchwegs nächtliche Säuberung, frühere Beendigung der Hauptsäuberung, sowie der Haus- und Straßenkehrichtabfuhr; Verwendung kostspieligerer Patentkehrichtwagen; erhebliche Vermehrung des Inventars an Maschinen, Requisiten und Werkzeugen; Ausdehnung der Arbeitszeit der Stationisten in den Monaten April und September.

Soviel über das Offert der Transport-Gesellschaft.

Die Gemeinde hat sich wiederholt mit der Frage der eigenen Regie befasst und liegt schon aus dem Jahre 1874 ein ausführliches Project vor, welches nach Art des später von mir zu erwähnenden Stritzl'schen Projectes die ganze Straßensäuberung in eigene Regie nehmen und für die ganze Stadt centralisieren wollte. Das Stadtbauamt hat bereits im Jahre 1888 einen Voranschlag für die eigene Regie gemacht und hat im Jahre 1888 gefunden, dass ohne Nachtsäuberung die eigene Regie für die Innere Stadt 400.000 fl. rund, mit Nachtsäuberung 600.000 fl. kosten wird.

Anlässlich der jetzigen Vergebung hat das Bauamt einen Voranschlag ausgearbeitet, der von demselben, beziehentlich dessen Vertreter in der vertraulichen Sitzung wiederholt als eine höchstwahrscheinlich nicht einzuhaltende Minimalsumme bezeichnet wird, indem sich ein Erfordernis von 373.000 fl. für die eigene Regie herausstellen würde. Dabei sind für die Schneesäuberung nur 100.000 fl. eingestellt, während die früher erwähnten 117.000, beziehungsweise 123.000 fl. der Durchschnitt für die Schneesäuberung in den letzten Jahren gewesen sind.

Ich komme nun kurz auf das Project Stritzl zu sprechen. Das Project Stritzl bezweckt, dass die Commune den gesammten Dienst für die Straßensäuberung in eigene Regie übernehmen soll, und zwar auch das gesammte Fuhrwerk inclusive Bespannung. Diesem Projecte zufolge soll die Reinigung in allen Bezirken ausschließlich zur Nachtzeit, und zwar auch auf den ungepflasterten Straßen mit der Kehrmaschine erfolgen. Ich bemerke hiebei, dass die ungepflasterten Straßen in Wien circa 50 Percent aller Straßen sind.

Die Straßen sollen in fünf Classen eingetheilt werden, von denen die erste Classe täglich nachts gekehrt und bei Tag durch sogenannte ambulante Kehrer nachgekehrt werden sollen. Die zweite Classe soll nur bei Nacht gekehrt werden, die dritte jeden zweiten Tag, die vierte zweimal, die fünfte einmal in der Woche. Die sogenannten Landstraßen sind in diesem Projecte nicht berücksichtigt. Wenn man nach dieser Classen-Eintheilung alle Straßen auf die täglich einmalige Reinigung reduciert, so kommen nach dem von Herrn Stritzl angenommenen Ausmaße rund fünf Millionen heraus und es sind 2,300.000 m² täglich zu reinigen.

Ich bemerke, dass diese Aufstellung zwischen dem Ausmaße des Herrn Stritzl und dem des Bauamtes eine Differenz von nicht ganz zwei Millionen Quadratmeter ergibt, die bis jetzt unaufgeklärt ist und bezüglich deren es wenigstens in Bezug auf die Innere Stadt zweifellos constatiert ist, dass die Angaben des Bauamtes die richtigen sind. Zwischen dem wirklichen Bestande und dem Erfordernisse der Inneren Stadt, wie es durch die Erhebungen der Buchhaltung und aus den Büchern und Ausweisen der Transportanstalt sich ergeben hat, und zwischen dem Projecte Stritzl und dem Voranschlage ergeben sich sehr erhebliche Differenzen, von denen ich nur die hauptsächlichsten zur Orientierung erwähnen will. In der Inneren Stadt sind thatsächlich 248 Arbeiter in Verwendung. Das Bauamt berechnet für die Zukunft 255, Stritzl 144. Pferde sind derzeit in Verwendung 42 bis 88, zu Zeiten auch mehr. Das Bauamt berechnet das Erfordernis mit 122, Herr Stritzl mit 65, und zwar bei durchwegs einspännigem Fuhrwerk. Ich schalte dabei ein, dass Herr Stritzl in seinem Projecte durchwegs einspänniges Fuhrwerk annimmt. Seiner Angabe nach ist dieses Fuhrwerk zweckmäßiger, während von anderer Seite, auch von Seite eines heute leider kranken Collegen, der auf diesem Gebiete Fachmann ist, das einspännige Fuhrwerk als nicht zweckmäßig angesehen wird, weil die Bedingungen die gleichen sind und man einen Kutscher ebenso braucht, ob ein- oder zweispännige Fuhrwerke in Verwendung sind, die Leistung ist aber naturgemäß geringer, es müssen daher mehr Wagen in Verkehr gesetzt werden, und die Abnützung des Wagen- und Pferdematerials ist bei dem einspännigen Fuhrwerk größer.

Für alle neunzehn Bezirke berechnet Stritzl für Kehrmaschinen, Hauskehrichtverführung, Bespritzung, kurz alle Verführungs- und Fuhrwerksleistungen unter anderem 180 Pferde, während, wie erwähnt, in der Inneren Stadt allein 42 bis 88 Pferde in Verwendung sind. Herr Stritzl berechnet den Bedarf an Arbeitern für alle neunzehn Bezirke mit 400, während in der Inneren Stadt allein derzeit nachgewiesenermaßen 140 bis 150 in Verwendung

sind und während schon im Jahre 1874 in dem damals ausgearbeiteten Projecte 868 Arbeiter nur für die Bezirke II bis X in Aussicht genommen waren.

Diese Differenz ist so bedeutend, dass sie auch durch den Umstand nicht aufgeklärt wird, dass Herr Stritzl naturgemäß weniger Arbeiter braucht, weil er auch die ungepflasterten Straßen mit Kehrmaschinen kehren will, was von den Bezirksvorständen und dem Bauamte, die die Sache jetzt praktisch handhaben, als nicht zweckmäßig und undurchführbar deswegen bezeichnet wird, weil die Unebenheiten der ungepflasterten Straßen ein wirksames Eingreifen der Kehrmaschinen nicht voraussetzen lassen, weil eine große Staubentwicklung zu befürchten ist und auf die Conservierung der Straßen bei dieser Behandlung nicht entsprechend Rücksicht genommen wird.

Was die Schneesäuberung betrifft, so veranschlagt sie Herr Stritzl mit 100.000 fl. für den I. Bezirk — die thatsächlichen Ziffern mit 117.000 fl. und 123.000 fl. habe ich bereits erwähnt. Für die Bezirke II bis IX veranschlagt Herr Stritzl die Kosten mit 105.000 fl. und für die Bezirke X bis XIX mit 50.000 fl., zusammen 255.000 fl. Ich habe zu erwähnen, dass in dem allerdings schneereichen Jahre 1892/93 400.000 fl. für diesen Zweck verausgabt wurden ohne die Auslage, welche in dem Pauschale der Transport-Gesellschaft für die Innere Stadt steckt, so dass man sagen kann, im vergangenen Jahre hat die Schneesäuberung rund eine halbe Million Gulden gekostet.

Ohne in die Details wegen der Differenzen in dem Ausmaß des Preises der Maschinen u. s. w. einzugehen, um nicht zu ermüden, bemerke ich nur, dass diese große Differenz in den verschiedenen Angaben sowohl im Berichte des Stadtbauamtes vom Jahre 1888 gegenüber dem vom Jahre 1893 als in den offenbar unzulänglichen Angaben des Stritzl'schen Projectes dem Stadtrathe die Überzeugung beigebracht hat, dass man auf Grund aller dieser vorliegenden Voranschläge mit Sicherheit auf die wirklichen Kosten der Übernahme in die eigene Regie nicht kommt.

Eine alte Erfahrung im Gemeindewesen sagt, dass unsere Voranschläge in äußerst wenig Fällen unterschritten, sondern zumeist überschritten werden.

Weiters habe ich zu erwähnen, dass dieser ganze Betrieb ein odioser und sehr schwieriger ist. Man hat da viel mit den Anforderungen des Publicums zu thun; es ergibt sich da Anlass zu Klagen und endlich steht auch noch der Durchführung der eigenen Regie im ganzen Gemeindegebiete der Umstand entgegen, dass Fuhrwerksverträge in einzelnen Bezirken laufen, die theilweise bis zum Jahre 1896 dauern, die man also nicht wegschaffen kann und welche hindern, dass das Fuhrwerk bis dahin in eigene Regie genommen werden kann. Aus allen diesen Gründen, insbesondere mit Rücksicht auf die Ungewissheit der finanziellen Anforderungen, welche sich nach allen Daten herausstellen, ist der Stadtrath der Meinung, dass derzeit im allgemeinen rücksichtlich des ganzen Gemeindegebietes die eigene Regie nicht durchführbar und auch nicht zweckmäßig wäre; er ist ferner der Meinung, dass alle bis jetzt gemachten Projecte, eine solche totale Reorganisation rücksichtlich des ganzen Gemeindegebietes durchzuführen, daran gescheitert sind, dass man gleich von oben nach unten reformieren und sofort bezüglich des ganzen Gemeindegebietes alles umändern wollte und dann naturgemäß davor zurückgescheut ist, in ein Risico hineinzuspringen, das mindestens 2 Millionen betragen würde, ohne dass man weiß, wie die Sache sich in der Praxis bewähren wird, nachdem wir unzählige Investitionen für Baulichkeiten, Maschinen ꝛc. gemacht haben würden, was dann, wenn die Erfahrungen schlecht sind, naturgemäß große finanzielle Nachtheile für die Gemeinde hätte.

Der Stadtrath will nun nicht von oben nach unten reformieren, sondern von unten hinauf, und schlägt daher in einem seiner Anträge vor, es sei ein Bezirk auszusuchen, der ein mittlerer Bezirk ist, also nicht der I. Bezirk, dessen Verhältnisse die schwierigsten in dieser Richtung sind, wo die Anforderungen des Publicums am größten und der Verkehr am dichtesten ist, auch nicht ein Bezirk, der keinen Maßstab bietet, weil er geringen Verkehr hat, sondern ein mittlerer Bezirk, zu dessen Wahl namentlich der Umstand ausschlaggebend sein müsste, dass in demselben die nöthigen Depots, Stallungen ꝛc. mietweise zu bekommen sind, damit, insolange der Versuch dauert, die Gemeinde nicht in die Nothwendigkeit versetzt ist, später bei etwaigem Misslingen des Versuches in nutzlose Investitionen Geld hineinzustecken. Ein solcher Bezirk soll ausgesucht und in demselben die eigene Regie versuchsweise derart durchgeführt werden, dass die Gemeinde auch eigenes Fuhrwerk haben würde, etwa in der Art, wie es schon im Jahre 1874 geplant war und von Herrn Stritzl wieder aufgenommen wurde.

Der Stadtrath meint weiter, dass die Übergangsperiode so lange dauern soll als der Vertrag mit der Transport-Gesellschaft, welchen abzuschließen der Stadtrath empfiehlt. Diese Periode des neuen Vertrages mit der Transport-Gesellschaft dauert 7 Jahre, die Mehrzahl der Verträge mit den Fuhrwerksbesitzern dauert bis zu Ende der Jahre 1894 und 1895. Wir kämen also beispielsweise frühestens in dem Jahre 1894 dazu, einen solchen Bezirk frei zu bekommen, in welchem der Versuch in der eigenen Regie gemacht werden könnte.

Der Stadtrath ist nun der Meinung, dass, wenn ein solcher Versuch mit der Wahrscheinlichkeit gemacht werden solle, dass das Resultat wirklich ein Maßstab für die Zukunft sein kann, er mindestens drei Jahre zu dauern hätte, denn es könnte der Zufall wollen, dass das erste oder zweite Jahr schneereich ist, und die Schneeverführung ist eigentlich das gefährlichste Experiment, wo die meisten Klagen des Publicums und die meisten Anforderungen für die Gemeinde entstehen. Wenn nun der Versuch drei Jahre dauert, so würden wir bis zum Jahre 1897 wissen, der Versuch hat sich bewährt oder er hat sich nicht bewährt. Dann müssten, wenn man zur Erkenntnis kommt, der Versuch hat sich bewährt oder er hat sich sehr gut bewährt, Depots in der ganzen Stadt gebaut werden, es müsste der ganze Dienst organisiert werden, es müsste endlich alles so vorgerichtet werden, dass mit dem Tage des Ablaufes des Vertrages mit der Transport-Gesellschaft und des gleichzeitig zu bewirkenden Ablaufes aller anderen Verträge in allen anderen Bezirken die ganze große Maschinerie nach drei Jahren vollständig functionieren würde. Wer die Verhältnisse der Gemeinde kennt, wer weiß, wie lange es dauert, bis solche Vorlagen mit einer Gründlichkeit, wie sie der Wichtigkeit der Sache entspricht, ausgearbeitet werden, wie lange es dauert, bis im Stadtrathe und im Plenum des Gemeinderathes derlei Dinge durchgearbeitet werden können, welche Zeit dann zum Baue erforderlich ist, zur Anschaffung der Maschinen, zur Beistellung der Arbeitskräfte ꝛc., zur Lösung aller Personalfragen — der wird zugeben, dass der Termin von sieben Jahren nicht übermäßig groß ist. Damit begründet sich der Antrag des Stadtrathes, dass er sich eine siebenjährige Periode vorbehalten will, bis die Frage entgiltig — und zwar wie ich

hoffe, ein- für allemal und für eine lange Zukunft — auf eine oder die andere Art gelöst werden soll. Das sind die wesentlichsten Anträge, welche der Stadtrath rücksichtlich des Vorgehens in Bezug auf die Straßensäuberung dem geehrten Plenum zu unterbreiten sich erlaubt.

Ich habe noch weiter beizufügen, dass unter den Anträgen auch der Antrag C sich befindet, wonach die Gemeinde sich vorbehält, für den Fall, als sie eine andere Verführung oder Verwertung des Kehrichtes durchführen sollte, der Transport-Gesellschaft den Kehricht, auf welchen die Transport-Gesellschaft nach den Bedingnisheften Anspruch hat, als ihr Eigenthum wieder abzukaufen. Das wird damit begründet, dass verschiedene Projecte bestehen, um eine anderweitige Verführung oder Verwertung des Kehrichtes herbeizuführen, und wenn ein solches Project durchgeführt werden solle, es die erste Bedingung ist, dass die Gemeinde über den Kehricht frei verfügen kann, weil, wenn irgend ein Unternehmer das Project durchführen will, oder selbst wenn die Gemeinde als Unternehmer auftritt, ihm der Kehricht zur Verfügung stehen muss. Hiemit begründet sich der Punkt C.

Punkt D, dass der Unternehmer gehalten werden soll, einen Nachlass zu gewähren, wenn er von der Verpflichtung der Reinigung und der Desinfection der Pissoirs enthoben wird, begründet sich damit, dass in dem Bedingnisshefte die Reinigung und Desinficierung aufgeführt ist, aber Verhandlungen im Zuge sind, dass die Beetz'sche Anstalt diese Reinigung- und Desinfection übernimmt. Wenn das geschieht, würde sich die Leistung der Unternehmung um diese Arbeit vermindern und müsste sie einen entsprechenden Nachlass gewähren. Was die Punkte 2 und 3 anbelangt, so habe ich auf dieselben bereits reagiert. Sie beziehen sich darauf, dass keine Verträge abgeschlossen werden sollen, welche, wenn der neue Vertrag mit der Transport-Gesellschaft abgelaufen ist, den Übergang des ganzen Dienstes in die eigene Regie der Gemeinde behindern würden.

Ich kann nur sagen, dass diese Anträge einerseits von mir mit großer Gründlichkeit bearbeitet worden sind, dass nach vielfachen und eingehenden Studien der ganzen Sache der Stadtrath in mehreren Sitzungen dieselbe eingehend berathen hat, dass daher die Anträge das Ergebnis sorgfältiger Untersuchungen, die außerdem in einer ganzen Reihe von Expertisen gepflogen wurden, sind, dass ich daher diese Anträge mit gutem Gewissen als das Resultat reiflicher Überlegung dem Plenum zur Annahme empfehlen kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Zum Worte contra hat sich gemeldet Gem.-Rath Frauenberger.

Gem.-Rath Frauenberger: Hochverehrte Herren! Wenn man dem Herrn Referenten zuhört, mit welcher Schwerfälligkeit die Übernahme der Straßenreinigung im I. Bezirke verbunden ist, wenn man ihn die Situation schildern hört, in welche wir gerathen, so finde ich es sonderbar, dass er doch in Aussicht stellt, es wäre vielleicht möglich, in sieben Jahren die eigene Regie durchzuführen. Dass er zu diesem Schlusse kommt nach alledem, was er schwarz in schwarz gesagt hat, ist mir ganz unbegreiflich. Ich hätte erwartet, dass er sagen werde: „und darum, meine Herren, lassen wir dieses schmutzige Geschäft lieber ganz gehen. Kümmern wir uns nicht darum, das macht uns so viel Scherereien, wir müssten vielleicht wegen der Geschichte den Stephansplatz verlegen, also lassen wir es gehen." Diesen Eindruck hat es auf mich gemacht. Nun halte ich es für die Aufgabe des ersten Redners in der heutigen Debatte in öffentlicher Sitzung, dass ich, nachdem wir in wiederholten vertraulichen Sitzungen den Gegenstand eingehend besprochen haben und Experten hierüber gehört haben, nun die Angelegenheit so behandle, dass das eigentliche Referat wieder etwas mehr in den Vordergrund trete. Wir müssen daher das Referat, um das es sich eigentlich handelt, loslösen von alledem, was nicht zur Sache gehört, wenigstens nicht strenge zu dieser Sache, und was daher nur geeignet ist, zu verwirren.

Meine Herren! Ich bitte Sie, sich das Referat klar und deutlich, wie es ist, vor Augen zu nehmen, es heißt: „Übernahme der Straßenreinigung im I. Bezirke in eigene Regie." Das ist das Referat. Wenn man das Referat zufällig verquickt hat mit dem Projecte eines Mannes, der wirklich eine Arbeit vorgelegt hat, auf welche er stolz sein kann (Rufe: Sehr richtig!), und welche die Gemeinde Wien noch einmal wird gut brauchen können (Rufe: Sehr richtig!), eine Arbeit, welche ein tiefes und eingehendes Studium erfordert hat, und hier — ich betone das — nicht entkräftet werden konnte, dass man dieses Referat mit diesem Projecte verquickt hat, damit bin ich nicht einverstanden und ich glaube auch, es kann die geehrte Versammlung nicht damit einverstanden sein, dass man eine solche Arbeit so hier im Handumdrehen abthun will und einfach sagt, damit ist auch, wie es hier heißt, das Referat des Oberinspectors Stritzl erledigt, das heißt, es ist unter den Tisch geworfen. (So ist es! links.)

Ich bin der Meinung, dass wir uns mit dieser für die Stadt Wien so hochwichtigen Frage separat beschäftigen werden. (Zustimmung links.)

Was die Frage der Straßenreinigung des I. Bezirkes überhaupt betrifft, so glaube ich, dass das eine rein wirtschaftliche, geschäftliche und wenn Sie wollen, finanzielle Frage ist. (Rufe: Sehr richtig!) Indem ich mich auf diesen Standpunkt stelle, greife ich keineswegs die Transport-Gesellschaft an — das fällt mir gar nicht ein. — Ich gönne es der Transport-Gesellschaft, wenn sie dabei verdient hat, jeder Geschäftsmann muss verdienen, das ist sein Geschäft. Ich muss aber auch hinzufügen, dass die Commune Wien diesen Verdienst für sich in Anspruch nehmen kann und dass wir keine Ursache haben, wenn wir wissen, was das kostet, der Transport-Gesellschaft so horrende Summen zu bezahlen. Ich füge übrigens hinzu, dass ich der Meinung bin, dass die Transport-Gesellschaft jederzeit ihren Verpflichtungen nachgekommen ist. (Rufe links: Nein!) Es ist mir nicht bekannt, dass große oder wesentliche Klagen seitens der Bewohner des I. Bezirkes vorgekommen sind. (Rufe links: Aber ja!) Sie sagen ja; aber auch wenn wir das übernehmen, so werden auch Klagen vorkommen. Allen Menschen kann man es eben nicht recht machen, unzufriedene Menschen gibt es immer, denen ist nicht zu helfen. Aber große, begründete Klagen sind mir nicht vorgekommen. Meine Herren! Dieses Geschäft — ich nenne es ein Geschäft — erfordert eine Ausgabe von circa einer halben Million jährlich. Die Angelegenheit ist daher wichtig genug, dass sich die Gemeinde Wien damit befasst. Sehen Sie, meine Herren, man sagt, das geht nicht. Und wenn man darauf hinweist, dass es in den anderen Bezirken geht, dass die Bezirksvorsteher in allen Bezirken und in einzelnen Bezirken sogar in musterhafter Weise die Straßenreinigung besorgen, so sagt man: Ja, aber der I. Bezirk — das ist ganz etwas anderes. Die einen sagen, im I. Bezirke geht es viel schwerer. (Gem.-Rath Eigner: Leichter!) Die anderen sagen wieder, es geht leichter. Aber ich lasse mich darauf gar nicht ein; ob schwerer oder leichter, das ist mir egal. Ich sage Ihnen nur, dass es geht und es geht gewiss.

Wir haben den Herrn Bezirksvorsteher der Inneren Stadt gehört; ich glaube, er ist heute auch hier. Einen stichhältigen Grund, warum es in der Inneren Stadt nicht geht, hat er uns nicht angegeben; er hat nur gesagt, er fürchte bei der Arbeit einen großen Andrang (Gelächter links), er fürchte, dass es Auftritte geben werde, wenn viele Leute weggeschickt werden müssten, und dann hat er gesagt, er fürchte die Socialdemokraten, die Scandale machen würden. Aber, lieber Herr Bezirksvorsteher, da kennen Sie die Socialdemokraten schlecht. (Rufe: Das hat er nicht gesagt! — Widerspruch links. Gem.-Rath Eigner: Er hat es gesagt!) Ich lasse mir nicht sagen, er habe es nicht gesagt, weil er es nicht leugnen wird; ich habe es mir notiert. Ich habe darauf nur zu sagen: Der Herr Bezirksvorsteher der Inneren Stadt kennt die Bestrebungen der Socialdemokraten doch nicht ganz. Um das Schneeschaufeln und Straßenkehren reißen sie sich nicht (Heiterkeit), die haben etwas anderes zu thun. Und nun sage ich Folgendes: Nehmen wir an, dass bei großen Schneefällen, wie sie ja hie und da im Winter vorkommen, wo eine große Anzahl von Personen sich in der That melden werden, wirklich 150 oder 200 Personen, nachdem die Gemeinde Wien es selbst besorgt, mehr aufgenommen werden, als heute vielleicht die Transport-Gesellschaft aufnimmt. Was wird das bei diesen paar Tagen für ein Unglück sein? Ich muss aufrichtig sagen, dass es mir viel lieber ist, wenn ein armer Teufel, der vom Hunger getrieben ist und den Vorsatz hat, sich auf die Straße zu stellen, um oft mit zerrissenen Schuhen und defecten Kleidern Schnee zu schaufeln, ein solcher Mann, welcher häufig noch dazu Familienvater ist, oder junge Leute, die Arbeit suchen wollen, ein paar Gulden verdienen, als dass wir das Geld in so großen Summen einer Gesellschaft geben, die ohnedies stark beschäftigt ist und es nicht in solcher Weise braucht.

Und was das Fuhrwerk betrifft, meine Herren, so zerbrechen sie sich nicht den Kopf darüber. Mehr als Sie brauchen können, können Sie haben. (Zustimmung.) Wir können so viel Fuhrwerk als uns zur Verfügung steht, gar nicht brauchen, wir können es nicht beschäftigen. Wir wollen uns erst einen Bezirk aussuchen, wo wir diese große Probe machen werden. Sehen Sie sich Meidling an, da haben Sie in dieser Richtung einen Musterbezirk, und der Bezirksvorsteher von Meidling hat erklärt, die Übernahme der Pferde in eigene Regie zahle sich sehr gut aus, denn ihm komme ein Paar Pferde auf 1000 fl. und wenn er diese Leistung bezahlen müsste, so käme ihm ein Paar Pferde auf 2400 fl. Das hat der Herr Bezirksvorsteher von Meidling im Stadtrath erklärt, warum sagt das der Herr Referent nicht? (Hört! Hört!) Meine Herren! Dass beim Fuhrwerke ein günstiger Boden für die eigene Regie ist, das zeigen ja die glänzenden Resultate, welche wir bei der Feuerwehr erzielt haben, und haben Sie gehört, wie seinerzeit sich das Bauamt darüber geäußert hat? Die Einführung der eigenen Regie, hat das Bauamt gesagt, wird großen Nachtheil bringen, das darf man nicht thun, und jetzt haben wir so glänzende Resultate. Daher darf man sich nicht abschrecken lassen, wenn so gesprochen wird, wie schon vorher einmal und wie heute der Referent in der Sache spricht.

Die Angelegenheit ist leider so verschleppt, unbegreiflicherweise so verzögert worden, dass es heute rein unmöglich ist, dass wir vom 1. Juli an die Straßenreinigung des I. Bezirkes in eigene Regie übernehmen. (Widerspruch links.) Aber ein Ausweg läßt sich finden, wir müssen ein Provisorium schaffen, wir können es heute nicht übernehmen, weil wir keine Vorlage haben, es fehlt uns jeder Behelf. (Gem.-Rath Eigner: Ich übernehme es allein!) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen, ich lese ja nicht, ich muss doch denken. Wir müssen also ein Provisorium schaffen bis 1. September oder bis 1. October oder noch länger, aber ein verhältnismäßig kurzes Provisorium, und während dieser Zeit werden wir uns für das Definitivum einrichten, aber anpacken muss man einmal die Sache und ihr nicht jetzt aus dem Wege gehen. Nun habe ich mir die Mühe genommen und habe eine Zusammenstellung gemacht, was uns denn dieses Provisorium kosten würde. Da bin ich aber sehr vorsichtig gewesen und habe nicht vielleicht die Ziffern angenommen, die uns Herr Oberinspector Stritzl angegeben hat, weil die bekanntlich nichts wert sind, die sind alle falsch (Heiterkeit), sondern ich habe die Ziffern angenommen, welche der Herr Baurath Schiebek hier angegeben hat. Da wird niemand sagen können, dass diese Ziffern nicht richtig sind, die müssen unter allen Umständen richtig sein (Heiterkeit); dass sie sehr hoch sind, das erklärt sich daraus, weil sie eben Bauamtsziffern sind (Heiterkeit), aber richtig werden sie sein. Ich will also den Herren bekannt, geben, was Herr Baurath Schiebek hier als nothwendig aufgestellt hat.

Nach den Ausführungen des Herrn Baurathes Schiebek sind also für die Conservierung der ungepflasterten Straßen 32 Arbeiter nothwendig, für die regelmäßige Kehrung 120 Arbeiter und als Stationisten ebenfalls 120 Arbeiter. (Referent Gem.-Rath Noske notiert.) Ich bitte Herr Referent, das nur zu notieren! (Heiterkeit. — Referent Gem.-Rath Noske: Ich bin so frei!) Das sind in Summe 272 Arbeiter. Wird nun im Durchschnitt der höhere Taglohn von 1 fl. 20 kr. angenommen, so ergibt das pro Monat eine Summe von 9792 fl. Bezüglich der Stationisten, deren 120 als nothwendig bezeichnet sind, muss ich sagen: das ist ja ein Bataillon, meine Herren! (Heiterkeit.) Wenn die ausmarschieren werden, das muss in der That einen Effect machen. Um Ihnen einen Begriff zu geben, wie viel jetzt verwendet werden, sage ich Ihnen, dass am Ring um die ganze Stadt herum, am Quai u. s. f., jetzt nur 15 in Verwendung stehen. (Hört!) Wie kommen wir also auf 120?

Also wir brauchen an Fuhrwerk neun Wagen für den Straßenkehricht à 6 fl. 50 kr. pro Tag, 28 Wagen für den Hauskehricht à 8 fl., neun Wasserwagen zur Bespritzung à 8 fl., macht pro Monat 10.635 fl. Wenn ich nun annehme — ich muss sagen, ich bin in der Richtung nicht Fachmann, um zu wissen, wie viel Besen man braucht, vielleicht hat der Herr Referent diesbezüglich ein besseres Bild (Lebhafte Heiterkeit) — aber wenn ich z. B. hiefür 1000 fl. per Monat annehme — ich glaube, da kann man in Wien schon vieles wegkehren (Heiterkeit) — so macht das in Summe 21.427 fl. Nun ist aber für den Kehricht doch auch ein Erlös zu erwarten.

Wir haben zwar hier von Herrn Baurath Schiebek gehört, der Kehricht ist nichts wert. Ich habe aber gehört, dass er allerdings etwas wert ist. (Gem.-Rath Eigner: Viel auch noch!) — Aber ich bitte Sie! (Heiterkeit) — Dass er sehr gern gekauft wird und es hat mir ein Fachmann, der sehr versiert ist, gesagt, dass man seinen Wert ganz ruhig mit 1000 fl. per Monat ansetzen kann. Es werden also die Ausgaben per Monat 20.427 fl. betragen.

Diese Ziffern — das werden mir ja die Herren zugeben — sind gewiss hoch angenommen. Denn es sind keine Stritzl'schen Ziffern, sondern vom Baurath Schiebek. Nun, nach den

Rechnungen des Herrn Baurathes Schiebek würde z. B. jeder Kehrichtwagen, den ich jetzt aufgeführt habe, nur täglich eine einzige Tour machen.

Dann hat Herr Baurath Schiebek ausgeführt, dass ein Wagen mit 4 m³ Inhalt den Unrath von 3000 Personen abführt. Wenn Sie nun diese 28 Wagen, welche Herr Baurath Schiebek als nothwendig angegeben hat, beschäftigen, so führen diese bei einer einzigen Tour den Unrath von 84.000 Personen ab, und so viel Einwohner hat die Innere Stadt — glaube ich — nicht (Ruf: 64.000!), also hätten diese Wagen nur eine einzige Tour zu machen. Daraus geht hervor, dass wir nicht 28 solche Wagen, sondern eigentlich nur 14 Wagen brauchen, weil sie zweimal fahren können, vormittags und nachmittags, das leuchtet mir ein. (Rufe: Das geht nicht!)

Auch in der Inneren Stadt wird es gehen, wenn man einmal zu einem System kommt, welches jetzt als das neue System gepriesen wird, das sogenannte Sacksystem, bei welchem die Leute glauben werden, wir verführen Mehl, während es Mist ist. Die Herren wissen ja, dass dieses System als das neueste gilt. Der Sack wird verschlossen, wird herausgetragen, ist ganz rein und nett, ein Sack wird auf den anderen gelegt, jeder Wagen kann das mitnehmen, ein Streifwagen, sogar im Fiaker kann man das wegführen. (Heiterkeit.)

Dass diese Ausführungen richtig sind, geht schon daraus hervor, dass die Transport-Gesellschaft für den gesammten Fuhrwerksdienst, also Abführung des Straßen- und Hauskehrichts seinerzeit — es ist noch nicht lange her — an einen Subunternehmer bloß 33.000 fl. bezahlt hat. (Hört! Hört!)

Da haben Sie also die großen Schwierigkeiten mit dem Fuhrwerk, und darüber zerbrechen wir uns den Kopf und sagen: Das geht nicht! Und wenn Sie wissen wollen, wer der Fuhrwerksunternehmer war, so will ich es Ihnen sagen: Es waren Herr und Frau Wachler — Bruder und Schwester des Herrn Polizeirathes und kaiserl. Rathes Wachler. — Dass das aber der Transport-Gesellschaft noch zu theuer war, dass sie geglaubt hat, noch billiger wegkommen zu können, geht aus dem Umstande hervor, dass sie dann doch die eigene Regie eingeführt hat. (Hört!) Ja, meine Herren! Da kann man nicht sagen, das sei nichts, das sind nur Ziffern, die nichts besagen! Ich kann das erweisen. Auch wird man nicht immer, wie angeführt wird, neun Wasserwagen zur Bespritzung brauchen.

Wir vergessen nur allzu schnell; z. B. heute ist uns noch in Erinnerung, dass es geregnet hat. (Heiterkeit.) Man hat heute nicht aufgespritzt und braucht wirklich auch morgen nicht aufzuspritzen. Solcher Tage gibt es eine Menge; da wird aber angenommen, neun Wagen fahren immer herum und spritzen auf! Das muss man alles in Rechnung ziehen, und darauf kommt man nur, wenn man die eigene Regie hat und die Sache selbst durchführt, dann weiß man, wie viel man erspart.

Nun komme ich zur Schneesäuberung, welche wieder nach den bauämtlichen Angaben, also, gewiss hoch angenommen, für die Innere Stadt 85.000 fl. kostet. Das hat uns Herr Baurath Schiebek gesagt, vom Herrn Referenten hören wir heute eine bedeutend höhere Summe, wenn ich nicht irre, 117.000 fl. Ja, meine Herren, das kann ja vorkommen, heuer war eben auch ein abnormer Winter; wir leben ja schon länger und wissen ja — es hat Winter gegeben, wo wir beinahe gar keinen Schnee in Wien gesehen haben. Da müssen Sie natürlich ein Jahr mit dem anderen vergleichen. Nun aber will ich auch diese Summe annehmen und es ergibt sich also für die Schneesäuberung per Monat ein Betrag von 7083 fl. 33 kr. Wenn Sie das zu den früheren ausgewiesenen Monatskosten von 20.427 fl. hinzurechnen, so haben Sie eine monatliche Ausgabe für die Straßensäuberung der Inneren Stadt im Betrage von 27.510 fl. 33 kr. per Monat. Das ist also als monatlicher Durchschnitt für die gesammte Straßenreinigung der Inneren Stadt angenommen.

Nun, meine Herren, möchte ich noch bemerken, dass das bei einem Provisorium ist, und die Herren wissen ja, dass ein Provisorium immer das Theuerste ist. Wenn einmal die Sache durchgeführt und eingeführt ist, dann kann es ja vielleicht billiger sein. Während ich also 27.510 fl. 33 kr. ausgerechnet habe, verlangt die Transport-Gesellschaft 35.000 fl., d. i. also um 7490 fl. pro Monat mehr. Meine Herren, bei einem Provisorium, ich bitte nochmals, das im Auge zu behalten, ist ein solcher Unterschied, ich meine die Mehrausgabe, in sieben Jahren weit mehr als eine halbe Million. (Rufe: Sehr richtig!)

Meine Herren, ich glaube, es wäre vor der Bevölkerung und vor den Wählern, vor den Steuerzahlern nicht zu rechtfertigen, wenn wir angesichts der uns nun bekanntgewordenen Verhältnisse das Geld in dieser Weise hinauswerfen. (Bravo-Rufe und Rufe: Sehr gut!) Es geht nicht an, dass wir so wirtschaften, und wenn der Herr Referent selbst zugibt, in sieben Jahren werden wir die eigene Regie schaffen, so sage ich ihm gleich: Schaffen wir ein Provisorium, zeigen wir, dass es uns ernst ist, aufzuräumen mit dieser kostspieligen Wirtschaft, und zeigen wir der Bevölkerung, dass wir ernstlich bestrebt sind, Verbesserungen durchzuführen. In dieser Richtung stelle ich den Antrag, „es sei die Straßenreinigung im I. Bezirke vom 1. Juli d. J. in die eigene Regie der Commune derart zu übernehmen, dass vorerst ein Provisorium bis 1. October d. J. eingeführt wird. Magistrat und Bauamt seien zu beauftragen, in kürzester Zeit ein vollständiges Referat mit allen Kostenanschlägen u. s. w. vorzulegen, um mit 1. October ein Definitivum an Stelle des Provisoriums setzen zu können."

Nun will ich noch ein paar Worte über die Anträge des Stadtrathes sprechen. Ja, vorher noch etwas. Da heißt es, das ist quasi eine Entschuldigung, warum jetzt die Transport-Gesellschaft eigentlich mehr verlangt. Das ist sehr gut. Durchwegs nächtliche Säuberung, meine Herren. Ich weiß es wohl, dass die Nachtarbeit im allgemeinen mehr kostet, das schicke ich voraus, aber ich stehe auf dem Standpunkte, dass der Unterschied gerade in der Inneren Stadt, ob Tag- oder Nachtarbeit besteht, kein nennenswerter sein wird, denn ich erinnere Sie an die Straßen, welche sehr stark befahren werden, wo der Kehrer nur einmal mit dem Besen herumfährt und drei bis vier Minuten warten muss, bis er ein zweitesmal fährt — solcher Straßen haben wir die Menge — währenddem er bei der Nacht, wenn er nämlich will, flott kehren kann. Das möchte ich bezüglich des einen Punktes bemerken. Dann wird die frühere Beendigung der Hauptsäuberung, sowie der Haus- und Straßenkehricht-Abfuhren geltend gemacht. Das macht gar keinen Unterschied aus. Frühere Beendigung heißt „früheres Anfangen". Das ist höchstens für die Bevölkerung unangenehm, wenn sich hie und da einer verspätet und noch später anfängt, als vorgeschrieben ist. Aber im allgemeinen ist das ganz gleichgiltig. Dann kommt — das ist ein köstlicher Punkt — „Anwendung kostspieliger Patent-Kehrichtwagen". Auf den Moment freue ich mich, wo wir diese kostspieligen Patent-Kehrichtwagen sehen werden.

Das ist ein gut gewählter Ausdruck. Ferner wird angeführt „eine erhebliche Vermehrung des Inventars, Maschinen, Requisiten und Werkzeuge". Aber, meine Herren, glauben Sie denn, dass wir das nicht lesen? Das ist doch eine Zumuthung, eine erhebliche Vermehrung des Inventars u. s. w. (Heiterkeit.) Es lässt sich nichts weiter darüber sprechen.

Nun aber zu den Anträgen des Stadtrathes. Ich hatte mir eine Menge notiert, z. B. ist es doch ganz merkwürdig, dass man nicht gleich für den Fall, als die Pissoirbespülung wegfällt, bestimmt sagt, dann muss uns die Transport-Gesellschaft dies ersetzen. Was sind denn das für Verträge? Ich bin zwar kein Jurist, ich weiß aber, wie viel Pissoirs wir haben. Ich würde aber sagen: für den Fall, als das geschieht, müsst Ihr uns so und so viel bezahlen.

Wenn die Transport-Gesellschaft das einmal übernommen und den Vertrag auf sieben Jahre hat, wird sie nicht so mit sich reden lassen, als wir ihr jetzt decretieren können. Wir wissen genau die Anzahl der Pissoirs. Warum sagt man nicht, wenn das geschieht, dann verlangen wir das. Ich muss die Herren bitten, mir das aufzuklären. Dann soll man sich in einen Streit einlassen, wenn vielleicht der Kehricht abzulösen ist. Wir müssen dann das ersetzen, was die Transport-Gesellschaft jetzt dafür einnimmt. Das sollen wir schon jetzt fragen. Ich weiß es, was sie einnimmt. Sie nimmt für ihren eigenen Mist und für Kehricht der Straßen 15.000 fl. ein. Warum kann das der Stadtrath nicht erfahren, wann ich es erfahren habe? (Heiterkeit.)

Wenn Sie die Anträge hier lesen, so werden Sie Punkt für Punkt finden, dass, wenn der Fall eintritt, es einen Streit geben muss, denn die Transport-Gesellschaft wird sagen „soviel", und wir werden sagen, das ist nicht möglich. Warum wird das nicht gleich ordentlich festgesetzt?

Nun bemerke ich noch, meine Herren, dass ich in diesen ganzen Anträgen, wie sie jetzt der Stadtrath stellt, von dem armen Stritzl, den wir hier gesehen haben, kein Wort gesprochen wird. Nur in das Referat hat man die Geschichte hineingenommen, um sie recht schwerfällig zu machen, damit jeder, der zuhört, Kopfbrummen bekommt und denkt, davon will ich nichts mehr hören, und am Schlusse im Punkt 3 heißt es: nachdem früher gar nichts gesagt wird, auf einmal: hiedurch erledigt sich die Eingabe des Oberinspectors Stritzl, welchem aus Anlass der Verfassung dieses Projectes die Anerkennung des Gemeinderathes ausgesprochen wird. Meine Herren, drei Zeilen widmen Sie dieser durchaus gediegenen und kolossalen Arbeit, die für die Gemeinde gewiss von großem Vortheil ist. Drei Zeilen und dann die „Anerkennung" des Gemeinderathes. Nicht einmal den Dank. Wahrscheinlich hat sich der Herr Referent gedacht, das ist sehr schön und kostet nicht viel. (Heiterkeit links.) Ja, meine Herren, ich glaube, es wäre nicht würdig, wenn wir, die wir dieses Project kennen, über dasselbe in dieser Weise zur Tagesordnung übergehen würden, und ich werde mir erlauben, auch in dieser Richtung einen Antrag zu stellen. Ich brauche Ihnen ja nicht zu bemerken, dass dieses Project, das uns Herr Oberinspector Stritzl vorgelegt hat, nicht allein einen großen Zeitaufwand u. s. w. erfordert hat, sondern auch Geld dazu gehört, um so etwas zu schaffen. Es ist meine innerste Überzeugung, dass dies eine überaus wertvolle Studie ist, die dem Verfasser alle Ehre macht, wie ich andererseits der Meinung bin, dass sie für die Gemeinde Wien nutzbringend sein wird. Ich beantrage daher:

„Der Gemeinderath wolle ferner beschließen: es sei dem Oberinspector Stritzl für die Verfassung des Projectes die Anerkennung des Gemeinderathes auszusprechen und demselben zugleich als Entschädigung für seine gehabten Barauslagen ein Ehrengeschenk in der Höhe von 500 Ducaten zuzuerkennen. (Bravo! Bravo! links.) Ich bitte Sie, meine Herren, diesen Antrag anzunehmen.

Der Herr Referent hat auch gesagt, wir sollen diese schwierige Arbeit der Übernahme in eigene Regie nicht auf einmal machen. Er hat uns in Aussicht gestellt, welche Bauten wir da aufführen werden; von unten hinauf werden wir das machen, wie er gesagt hat. Lassen Sie sich durch so etwas nicht irreführen. Wenn wir das Provisorium beschlossen haben, werden wir während dieser Zeit des Provisoriums sehen, wie es geht. Und wenn es am 1. October oder 1. November noch nicht definitiv geht, wenn nämlich dieser langsame Gang wieder beliebt wird, werden wir halt noch ein paar Monate warten, es wird schon gehen. Dann werden wir es in eigener Regie haben, werden die Fuhrwerke nehmen, woher sie kommen werden; wir werden es so machen, wie es jetzt gemacht wird oder wie es immer gemacht wurde und wie es in den meisten Bezirken gemacht wird, wo die Bezirksvorsteher geradezu Außerordentliches leisten. Und wenn wir es dann definitiv haben, werden wir uns die Frage vorlegen: wäre es nicht besser, dass wir uns unsere eigenen Pferde und eigenen Wagen anschaffen? Das heißt eine Sache von unten hinauf anfangen; so muss man es machen. Wenn wir die Sache in der Hand haben, werden wir sie ausbauen. So verstehe ich das, und wenn wir so vorgehen, werden wir zum richtigen Ziele gelangen, und die Bevölkerung wird diesen Beschluss des Gemeinderathes freudig begrüßen und ihm dankbar sein. Daher bitte ich Sie dringend, mich mit allen Ihren Kräften zu unterstützen und damit schließe ich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Referent: Ohne in das Meritum der Ausführungen des Herrn Vorredners jetzt schon eingehen zu wollen — dazu werde ich ja beim Schlussworte Gelegenheit haben — möchte ich einige Berichtigungen vorbringen, damit nicht in den Gang der Debatte sich Meinungen einschleichen, die absolut nicht richtig sind.

Zunächst, um in der Reihenfolge des verehrten Herrn Vorredners zu bleiben, hat der Herr Vorredner die Äußerung des Herrn Bezirksvorstehers Picker vollständig verkehrt aufgefasst. Der Herr Bezirksvorsteher ist hier und wird in der Lage sein, zu bestätigen, ob ich recht habe oder der Herr Vorredner Frauenberger. Der Herr Bezirksvorsteher Picker hat nicht gesagt: „Ich fürchte die Socialdemokraten", sondern er hat im Gegentheile gesagt, die Socialdemokraten fürchte er nicht, denn das sind gescheite und arbeitsame Leute, die selbst, wenn sie in die traurige Lage kommen, Straßen säubern zu müssen (Lebhafter Widerspruch und Unruhe), diese traurige Lage hinnehmen. Wovor er sich fürchte, hat der Herr Bezirksvorsteher Picker gesagt, ist das, dass unter die wirklich Arbeitsuchenden sich die Arbeitsscheuen mischen werden, und dass diese dann unter dem Vorgeben, Arbeit zu suchen, die sie gar nicht wollen, Scandal machen werden. So hat es der Herr Bezirksvorsteher Picker gesagt; Herr Picker wird am besten wissen, was er gesagt hat.

Weiters hat Herr College Frauenberger gesagt, 117.000 fl. seien die Quote, welche einmal ausgegeben worden sei. Ich habe zu berichtigen, dass diese Quote der ämtlich erhobene Durchschnitt der Schneesäuberungskosten von zehn Jahren ist, also nicht von

dem einen heurigen Jahre, wo die Kosten für die Innere Stadt circa 145- bis 150.000 fl. betragen haben. Dann hat der Herr College Frauenberger eine Rechnung aufgestellt, die sehr verdienstlich wäre, wenn sie nicht an Mängeln leiden würde, die ich ihm gewiss nicht übelnehme, weil er ja die Details nicht so genau kennen kann, wie der Referent. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass der Herr Vorredner vielleicht nicht weiß, dass in dem Pauschale, welches die Transport-Gesellschaft bekommen würde, wenn ihr das Geschäft übertragen wird, die Beistellung von 58 Mann Druckmannschaft enthalten ist, dass wir dann, wenn wir eigene Maschinen und Requisiten haben, naturgemäß ein Bureau und Depot haben müssen, dass die weitere Verpflichtung, 15 Paar Reservepferde zu stellen, enthalten ist ... (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Die nicht in Verwendung kommen!) ... ob das in Verwendung genommen wird oder nicht, der Unternehmer muss das leisten und den Betrag dafür in Rechnung stellen — dass weiter ein Betrag von 10.000 fl. für Wasser drin ist, was in seinem Voranschlage nicht steht; dass auf die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit und Unfall nicht Rücksicht genommen ist, was einen Betrag von 8000 bis 10.000 fl. erfordert.

College Frauenberger hat sich namentlich unterhalten über die Bemerkung, dass eine Vermehrung der Maschinen, Requisiten u. s. w. in Aussicht genommen ist, und hat gemeint, das sind nur Kehrbesen und Besenstangen. Ich möchte mir zu berichtigen erlauben, dass da 30 Schneepflüge mit 650 fl. per Stück, 10 Kehrmaschinen mit je 500 fl., 20 so viel gelästerte Patentwagen mit 1000 fl. per Stück gemeint sind. Außerdem ist eine ganze Liste von Requisiten nothwendig, in die er, wenn er will, Einsicht nehmen kann, welche Requisiten auch mit 20.000 fl. veranschlagt sind. Auch Herr Oberinspector Stritzl hat eine ganz anständige Summe für diese Sachen angesetzt.

Endlich hat der Herr Vorredner mit besonderer Hochachtung von dem Stritzl'schen Projecte gesprochen, und ich bin gewiss der letzte, der den guten Willen verkennt, der darin liegt, wenn jemand etwas arbeitet, womit er glaubt, sich oder der Gemeinde zu nützen. Ich muss aber doch bitten — wenn die Herren es wünschen, werde ich es bei nächster Gelegenheit, sonst im Schlusswortе thun — in Rücksicht zu ziehen, welche Unmöglichkeiten dieses Project enthält. Dieses Project enthält Ziffernansätze, die jeder, der mit den Verhältnissen auch nur ein bisschen vertraut ist, von vornherein als ganz unmöglich erklären muss, und ich werde den Beweis der Wahrheit dieser Behauptung antreten. Das wollte ich nur vorläufig gesagt haben.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Zum Worte ist Herr Gem.-Rath Herold gemeldet. Derselbe ist abwesend. Herr Gem.-Rath Gfrorner erhält das Wort.

Gem.-Rath Gfrorner: Nach den Ausführungen meines Herrn Vorredners, der heute einen sehr guten Tag gehabt hat, befürchte ich sehr, dass ich Ihre Lachmuskeln nicht so oft in Anspruch nehmen werde.

Ich werde mir Mühe geben, in objectiver Weise über diese Gesellschaft zu sprechen, weil ich als objectiver Mensch immer untersuche, ob eine Gesellschaft ihren Verpflichtungen nachkommt oder ob es eine Gesellschaft ist, welche nur darauf bedacht ist, in unverantwortlicher Weise die Bevölkerung von Wien auszubeuten. Hier handelt es sich um eine Gesellschaft, bezüglich deren, wie auch der Herr Vorredner zugegeben hat, sehr selten Klagen vorkommen. Ihm selbst sind auch solche nicht bekannt geworden. Ich finde das begreiflich, weil er mehr mit dem Neubau als mit der Inneren Stadt sich beschäftigt.

Aber ich speciell als Vertreter und Bewohner des I. Bezirkes bewege mich sehr viel auf den Straßen und beobachte immer genau die Contrahenten, welche Arbeiten für die Gemeinde vorzunehmen haben, überhaupt öffentliche Arbeiten, und ich beobachte auch genau die Arbeiten der Transport-Gesellschaft, und da habe ich die Überzeugung gewonnen, dass diese immer ihren Verpflichtungen in anständiger Weise nachgekommen ist, ganz gewiss besser als mancher Bezirk, den man hervorgehoben hat. Ich verweise beispielsweise auf einen Bezirk, auf die Rossau. Bezüglich der Rossau werden Sie sich die Überzeugung verschafft haben, dass der Schnee in den Seitengassen wenigstens zu mindestens 2 m hoch gelegen ist. Man hat nicht so viel Platz gehabt, um eine sogenannte Ausweiche zu machen, damit zwei Wagen sich ausweichen können. Ich habe selbst gesehen, dass es nur mit den größten Schwierigkeiten möglich war, dass ein zweiter Wagen passierte; es musste ein Wagen ins Hausthor hineinfahren, um dem anderen Platz zu machen. Nach sechs Wochen ist der Schnee noch so gelegen. Die Alserstraße war in einem schauderhaften, geradezu scandalösen Zustande. Also, es hat auch seinen Haken mit der Reinigung in eigener Regie der Bezirke. Wenn man, so will ich ferner bemerken, nun mit einem Contrahenten nicht einverstanden ist und sagen muss, er kommt seinen Verpflichtungen nicht in anständiger Weise nach, so hat die Gemeinde die Verpflichtung, schlüssig zu werden, ob nicht ein anderer Contrahent zu suchen sei, und zu diesem Zwecke macht man eine Offertausschreibung. Eine solche Offertausschreibung ist auch erfolgt, und siehe da, bei der Offertausschreibung hat sich wieder nur ein Contrahent gefunden, und zwar die Transport-Gesellschaft. Ein neuer Contrahent nicht. Wenn das ein so außerordentlich lucratives Geschäft wäre und so viel herausschauen würde, so wundert es mich bei dem Speculationsgeiste, der in Wien herrscht, dass sich niemand anderer gefunden hat. Sehen Sie, es ist niemand gekommen. In Anbetracht dessen, dass die städtischen Organe, welche berufen sind, ein richtiges Urtheil vorzulegen, was die Arbeit in eigener Regie uns kosten könne, hier am Tische gesagt haben: es kostet mindestens so viel, wird aber noch mehr kosten, so brauchen wir uns keinem Zweifel hinzugeben, dass es mehr kosten wird. Was für ein Apparat wird da aufgeboten werden: ein Director, ein paar höhere Beamte, Ingenieure ꝛc. und was noch daranhängt, weiß ich nicht — aber jedenfalls wird es mehr kosten.

Wenn die Gesellschaft bisher ihren Verpflichtungen nachgekommen ist und die Sache der Gemeinde nicht nur ebensoviel, sondern mehr kosten wird, was haben wir für Ursache, das Stadtbauamt noch mehr zu belasten und die eigene Regie einzuführen? Da lässt man die Sache einfach dem, der sie bisher gehabt hat und seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Bezüglich der Ausführungen, die von Seite des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger gemacht worden sind, dass von dem Bezirksvorsteher der Inneren Stadt gesagt worden wäre, dass er die Socialdemokraten fürchte (Rufe links: Das hat er gesagt!), so muss ich schon sagen, dass das nicht der Fall war. Er hat auf die allgemeine sociale Bewegung und die Arbeiterfrage hingewiesen. Das ist auch ganz natürlich und richtig. Wenn die Gemeinde das in eigener Regie hat und es tritt in der Nacht ein Schneefall ein — 2 Schuh oder noch höher, was ja nicht ausgeschlossen ist — wissen Sie, was geschehen wird? Es werden am anderen Tage 25.000 bis 30.000 Menschen zum Rathhause ziehen und alle Arbeit

verlangen; darunter werden vielleicht 5000 wirklich arme Teufel, Familienväter sein, die Brot für ihre Kinder suchen und sehr gerne bereit sein werden zu arbeiten. Die anderen werden sagen: „Ihr dürft nicht arbeiten, die sind jetzt in der Klemme, die müssen zahlen, 2 fl. per Tag!"

Nun haben aber die Steuerträger ein Recht, zu begehren, dass die Straßen gesäubert werden, weil sie hohe Zinse bezahlen. Diese Straßen würden aber dann nicht gesäubert, oder die Gemeinde müsste 30.000 bis 35.000 fl. daraufzahlen.

Dann wurde von Herrn Frauenberger darauf hingewiesen, dass es heute und gestern geregnet hat und das Spritzen vielleicht auch morgen nicht nothwendig ist, weil es vielleicht wieder regnen oder mindestens feucht sein wird. Dabei vergisst er aber, dass die Pferde gefüttert werden müssen, dass die Stallungen nothwendig sind, dass man auch die Kutscher wegen ein paar Tagen nicht entlassen kann u. s. w. Wir können ja nicht Speditionsfuhren machen und den Leuten die Kisten herumführen oder vielleicht die Pferde zu Equipagen verwenden, um die Herren Stadträthe spazieren zu führen. (Heiterkeit.) Die Pferde werden eben, wenn es regnet, einfach im Stalle stehen bleiben. Die Transport-Gesellschaft repartiert aber ihren Verdienst, und wenn es regnet, braucht sie die Pferde zu anderen Zwecken, sie macht Speditionsgeschäfte und Streiffuhren und infolge dessen ist sie eher in der Lage, das billiger zu machen.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Gesellschaft eine Mehrforderung stellt. Darüber will ich nicht reden, aber ich glaube, dass sie auch dazu eine gewisse Berechtigung hat. Früher hat die Gesellschaft meines Wissens sogar 430.000 fl. bekommen und dann hat man es auf 400.000 fl. herabgesetzt.

Vor 5 Jahren haben sich wirklich ein paar Herren gefunden, darunter hervorragende Verkehrscapacitäten, die eine Offerte eingebracht haben, und sie haben damit nichts anderes erreicht, als der Gesellschaft 30.000 fl. herauszureißen. Nun stellt sich heraus, dass die Gesellschaft es um diesen Betrag nicht leisten kann, weil verlangt wird, dass sie neue Wagentypen herstellt, die Straßen in der Nacht säubert ꝛc.

Noch etwas möchte ich bemerken. Bei jedem Neubau in der Inneren Stadt müssen die Häuser um zehn bis zwölf Meter oder noch mehr zurückgerückt werden; dadurch entsteht ein kolossales Terrain, welches zu reinigen ist, und für diese neu zu reinigenden Grundflächen hat die Transport-Gesellschaft jedesmal eine Extra-Entschädigung bekommen. In dem neuen Vertrage wird dies unbedingt gestrichen.

Mit den Projecten hat es auch so ein eigenes Bewandtnis. Man weiß ja, dass in Wien ein ganzes Heer von Projectanten herumlauft. Bei diesen Projecten ist alles wunderbar ausgerechnet, genau das Anlage-Capital, Personale ꝛc. bestimmt, und bis auf den Kreuzer berechnet, was dabei verdient wird. In Wirklichkeit ist es aber ganz anders. Zwischen den Projecten und der Wirklichkeit ist ein großer, tiefer Abgrund, in welchem es oft gräßlich ausschaut und in welchen das Project meist hineinfällt. Ich will Ihnen jetzt etwas sagen, was Sie interessieren wird. In Mariahilf war auch so ein Projectant, der einen Vortrag im Demokratischen Vereine gehalten hat. Er heißt Till und ist so ein Stück von einem Bäcker, Landwirt und Müller, wie er gesagt hat. Er hat in seinem Vortrage die Brotfrage berührt und unter anderem gesagt, er habe ausgerechnet, dass jeder Bäcker bei der Erzeugung des kleinen Gebäckes für einen Sack Mehl 132 fl. einnimmt und das ist kolossal, wenn er für einen Sack Mehl, der 14 fl. kostet, 132 fl. einnimmt! Daraus hat er gefolgert, wenn man ihm die Brotlieferung für Leoben oder Marburg übertragen würde, wäre er bereit, die gesammten directen und indirecten Steuern von Leoben und Marburg zu zahlen! Ja, er ist noch weiter gegangen und hat gesagt: Wenn ihm die Brotlieferung für Wien übertragen würde, so wäre er bereit, alle Kosten der Verzehrungssteuer von Wien selbst zu tragen. (Heiterkeit.) Jetzt kommt aber etwas noch Merkwürdigeres — Sie werden über etwas staunen, worüber ich auch staune — wenn ihm die Brot- und Gebäcklieferung für ganz Österreich, also Cisleithanien, übertragen würde, so wäre er bereit, nach zehn Jahren die gesammten Staatsschulden zu tilgen! (Heiterkeit.) Und der Mann geht noch heute spazieren. Ich will nicht sagen, wohin man ihn hätte schicken sollen! Der Finanzminister hätte sich sagen sollen, den Mann brauchen wir, das ist der reine Messias, der uns in zehn Jahren von den Staatsschulden befreit! Und doch lasst man ihn noch herumgehen! Es muss also doch ein eigenes Bewandtnis mit diesem Projecte haben!

Er hat so ausgerechnet gehabt auf den Kreuzer. Merkwürdig ist, dass trotzdem, wie er ausgerechnet hat, ein Bäcker bei einem Sacke Mehl 132 fl. einnimmt, doch eine Masse Bäcker zugrunde gehen. Wo liegt das? Es scheint auch hier einen Haken zu haben. Auf dem Papier macht es sich recht schön und das roth eingebundene Büchlein hier ist auch recht schön; ich anerkenne die Arbeit und anerkenne es, wenn ein Beamter sich mehr auferlegt, als seine Pflicht ist, und wenn die Herren in Ihrer Majorität sich für eine Remuneration aussprechen werden, so wäre ich auch dafür, dass man dem Manne ein Entschädigung für das was er geleistet hat, gibt, denn jede Mehrleistung, welche außer dem gewöhnlichen Schimmel geht, soll vom Gemeinderathe anerkannt werden.

Im großen und ganzen bitte ich Sie aber, für das Referat zu stimmen. Es ist das einzige, was der Gerechtigkeit entspricht und wodurch wir die ganze unangenehme Sache aus der Welt schaffen. Wir haben mehr zu thun und es ist gut, wenn die Geschichte endlich einmal aufhört.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich möchte mir vor allem einige Worte über die Art und Weise der Behandlung des Referates erlauben. Der Antrag, beziehungsweise das Project des Herrn Stritzl ist, wie mir scheint, nicht ohne Absicht in dieses Referat hineingeschoben worden und es hat schon der Herr Gem.-Rath Frauenberger mit Recht darauf hingewiesen, dass eine Tendenz zu herrschen scheint bei der Verquickung dieser beiden Angelegenheiten, die streng genommen nur oberflächlich zusammenhängen und viel besser jede für sich behandelt würde. Das Project Stritzl, meine Herren, liegt seit dem December des Jahres 1891 (Rufe links: Hört!) dem Magistrate vor und schon am 4. Jänner 1892 ist es dem Stadtbauamte zur Begutachtung übergeben worden. Heute haben wir den 13. Juni, stehen 17 Tage vor Ablauf des Contractes und hätten nach dem Wunsche des geehrten Herrn Referenten noch eine Anzahl Sachverständiger, nämlich Sachverständige nach seiner Façon, die verschiedenen Herren Bezirksvorsteher (Rufe links: Sehr richtig!) in der Sache vernehmen sollen. Nun werden Sie mir zugeben, dass diese Art und Weise der Behandlung einer Angelegenheit von solcher finanzieller Tragweite — denn es handelt sich um einen Vertrag, der über oder circa 3 Millionen Gulden ausmacht — mindestens eine höchst eigenthümliche genannt werden muss, und dass es nahezu berechtigt

erscheint, wenn man hinter der Art und Weise dieser Behandlung eine gewisse Tendenz sucht. Es hat sich der Herr Referent auf verschiedene Autoritäten berufen und hat bei seinen Ausführungen, wenigstens soeben in der Erwiderung auf den geehrten Herrn Collegen Frauenberger, sich auch zu diesen Autoritäten gerechnet, indem er gesagt hat, der Herr College Frauenberger sei nicht in der Lage, so über diese Sache zu urtheilen, wie es ihm, dem Referenten, zusteht. Nun, jedenfalls muss der verehrte Herr Referent zugestehen, dass seine Autorität von kurzem Datum ist; ich mache ihm ja damit gewiss keinen Vorwurf, aber, meine Herren, in dem Stadtraths-Comité, das die Sache behandelt hat, hat sich der verehrte Herr Referent absolut nicht ein Bild machen oder nur eine annähernde Ziffer aussprechen können darüber, was ein Paar Pferde im Jahre kostet. Also, er wird schon gestatten, wenn auch seine Autorität mindestens auf die gleiche Stufe gestellt wird, wie die des Herrn Collegen Frauenberger.

Aber, meine Herren, eine andere Autorität ist uns — und ich sage es: bedauerlicher- und ganz unnützerweise — in der vertraulichen Sitzung vorgeführt worden. Bedauerlich scheint mir die Sache deshalb, weil dadurch die Ausführungen des Herrn Baurathes Schiebek dem stenographischen Protokolle entzogen wurden, und ich glaube, es wäre unendlich interessant und für die ganze Art der Behandlung des Gegenstandes charakteristisch gewesen, wenn das, was Herr Baurath Schiebek gesagt hat, schwarz auf weiß niedergelegt worden wäre. (Rufe links: Sehr richtig!) Wie nothwendig es ist, dass man so etwas schwarz auf weiß hat, geht aus den Ausführungen des Herrn Referenten von heute hervor, bei denen ihm der Herr College Gfrorner außerordentlich eilfertig, aber nicht besonders geschickt – er möge mir das verzeihen — beigesprungen ist.

Meine Herren! Der Herr Referent hat uns über die Äußerung des Bezirksvorstehers im I. Bezirke einen Roman zu erzählen begonnen. Wir hören ja auch, wir sitzen auch nicht auf den Ohren, haben auch einen Bleistift geführt und es ist wirklich eine sehr starke Zumuthung, einer Versammlung von ernsten Männern, einfach eine Sache, welche 60 bis 80 gehört haben, escamotieren, umdrehen zu wollen, wie der Herr Referent es heute versucht hat. (Rufe links: Sehr richtig!) Genau so wie der Herr Collega Frauenberger es citiert hat, wenigstens dem Sinne nach, hat sich der Herr Bezirksvorsteher des I. Bezirkes geäußert. Ich muss gestehen, dass mir damals schon die Naivität dieser Äußerung aufgefallen ist, und ich habe ihn beneidet um die merkwürdige Anschauung, die er von der Aufgabe eines öffentlichen Organes, einer Behörde hat, indem er sagte, mit Rücksicht auf die sociale Gefahr, auf die kritische Lage unserer gesellschaftlichen Verhältnisse dürfte sich die Gemeinde Wien auf die eigene Regie nicht einlassen, denn — wie er sagt — es könnten statt 2000 Mann, die wir zum Schneeschaufeln gebraucht haben, 5000 kommen und da würde unbedingt ein ungeheurer Krawall entstehen.

Wenn das Logik sein soll, dann begreife ich sie nicht, und ich muss gestehen, dass es mir bei der sonstigen Versatilität des Herrn Referenten geradezu auffällt, wenn er sich auf ein solches Argument stützt und sich gewissermaßen mit einer dergleichen Auffassung von der Aufgabe einer öffentlichen Behörde identificiert.

Was den Antrag des Herrn Referenten, den er in der vertraulichen Sitzung gestellt hat, es seien die Herren Bezirksvorsteher bezüglich dieser Frage einzuvernehmen, betrifft, so muss ich gestehen, dass ich denselben wirklich auch als das aufgefasst habe, als was er von einer anderen Seite aufgefasst und in der vertraulichen Sitzung bezeichnet wurde, nämlich als ein Bestreben, die Angelegenheit noch weiter zu verschleppen. Warum haben die Herren das nicht früher gethan? Sie sind ja mit dem Magistrate, beziehungsweise mit dem Stadtbauamt seit 18 Monaten über die Geschichte beisammengesessen. Es ist ja übrigens zum Theil ohnehin geschehen. Sie haben ja ein paar Bezirksvorsteher in Ihr Subcomité eingeladen; aber abgesehen davon, scheint mir das wirklich nicht die geeignete Autorität zu sein, mit der man sich bei der Vertretung eines solchen Antrages, wie der vom Herrn Referenten gestellte, decken kann. Sonst geht man ja immer nach auswärts und sucht sich fachmännische Autoritäten. Man veranstaltet Enquêten. Hätten Sie irgend jemanden gefragt, sagen wir, die Straßenreinigungs-Directoren oder die Vorstände des betreffenden Amtes in anderen Städten; hätten sie beispielsweise diesen das Project des Oberinspectors Stritzl zur Begutachtung vorgelegt, dann hätte man sagen können: das sind Gutachten, auf die man sich verlassen kann. Ein solches Gutachten haben wir freilich nicht über Veranlassung des Herrn Referenten erhalten, sondern es ist im privaten Wege eingeholt. Aber an der Authenticität desselben wird wohl auch der Herr Referent nicht mäkeln wollen; es rührt von einem Manne her, der sowohl vom Herrn Baurath Schiebek als vom Herrn Oberinspector Stritzl als Autorität anerkannt wurde, nämlich von dem Berliner Straßenreinigungs-Director Schloßky, der sich in der anerkennendsten Weise über das Stritzl'sche Project ausgesprochen und die Durchführbarkeit desselben in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise anerkannt hat. Die Sache wäre ja gewiss auch einer solchen Enquête würdig gewesen, wenn man schon zuhause nicht die nöthigen Aufklärungen finden kann, nachdem es sich ja, wie gesagt, um eine so bedeutende Summe handelt.

Gestatten Sie mir nun, meine Herren, mich einigermaßen mit den Ausführungen zu befassen, die Herr Baurath Schiebek in der letzten Sitzung gemacht hat. Er hat dem Herrn Ober-Inspector Stritzl jede Erfahrung und Sachkenntnis auf dem Gebiete der Straßenreinigung abgesprochen; er hat behauptet, wie es auch heute von Seite des Herrn Referenten geschehen ist, dass sich in seinem Projecte ganz unglaubliche Rechnungsfehler finden, und er hat darauf hingewiesen, dass schon auf Grund dieser kolossalen Defecte es jedem sofort auf den ersten Blick einleuchten muss, dass auf das Project als solches kein Wert zu legen sei. Ich möchte mir die Frage erlauben, auf welche bestimmte Ziffern und notorische Daten sich eigentlich Herr Baurath Schiebek bei seinen Ausführungen berufen hat? Der Haupt-Differenzpunkt ist das Flächenausmaß der zu reinigenden Straßen. Nun, es hat heute der Herr Referent angeführt, dass die Ziffern bezüglich des I. Bezirkes, wie sie das Stadtbauamt gibt, absolut richtig seien und hat freilich nur so zwischendurch angedeutet, dass die Ziffern des Herrn Oberinspectors Stritzl falsch seien. Na, das ist ein Fechterkunststück, das man Leuten vormachen kann, die keine Ahnung von der Geschichte, die sich mit der Frage nicht befasst haben. Bezüglich des Flächenausmaßes im I. Bezirke besteht zwischen Herrn Oberinspector Stritzl und Herrn Baurath Schiebek keine Differenz, weil das fixe Ziffern sind, sondern die Differenz bezieht sich auf das Flächenausmaß in allen 19 Bezirken. In den zehn alten Bezirken ist das Flächenausmaß der Straßen festgestellt. Es handelt sich — dabei dreht es sich um das Project Stritzl bezüglich der

Straßenreinigung in ganz Wien — um das Flächenausmaß in den neu hinzugekommenen Bezirken.

Und da möchte ich mir die Frage erlauben: Welche positiven Ziffern hat denn Herr Baurath Schiebek angegeben oder welche Ziffern ist er in der Lage, in dieser Richtung anzugeben? Er war ja nicht einmal imstande, genau zu fixieren, welches Verhältnis zwischen den gepflasterten und ungepflasterten Straßen besteht. (Richtig! links.) Er hat ausdrücklich gesagt: es können 50, es können 60 Percent sein. Ja, meine Herren! ist denn das eine Angabe? Und kann denn dann der Herr Vertreter des Stadtbauamtes für seine Angaben die Richtigkeit in Anspruch nehmen, wenn er nicht einmal in dieser elementarsten Frage imstande ist, eine concrete Auskunft zu geben? Wenn er eine solche Auskunft nicht geben kann, und ich mache ihm daraus keinen so großen Vorwurf, es mag ja schwierig gewesen sein, bisher Erhebungen in den neu hinzugekommenen Bezirken zu pflegen, so hat er kein Recht, in solcher Weise über die Erhebungen des anderen herzufallen und dieselben als vollständig unstichhältig und ein reines Phantasiewerk hinzustellen. Es hat Herr Baurath Schiebek in der letzten Sitzung ja auch nicht einmal annähernd anzugeben gewusst, in welche Classe nach der Straßenreinigung dieses Manco, diese Differenz zwischen seinen Angaben und jenen des Oberinspectors Stritzl einzureihen wäre, ob das Landstraßen, ob das Waldwege oder ob es gepflasterte Straßen in einem vollständig ausgebauten Stadttheile sind. Es ist also die Anschauung gewiss nicht so unberechtigt, dass da wirklich die Differenz dadurch entstanden sein kann, dass allerhand Waldwege am Kahlenberge, am Hameau in diese Kategorie einbezogen werden. Allein, alle diese Fragen, und da komme ich auf das nochmals zurück, was College Frauenberger gesagt hat, gehören strenge genommen gar nicht zur Sache, wenigstens nicht zur Sache, um die es sich heute handelt, und es führt wirklich nur zu einer Verwirrung, der eine gewisse Tendenz innewohnen muss, wenn man fort die Frage der Reinigung von ganz Wien mit der Reinigung des I. Bezirkes cumuliert und da Vergleiche anstellt und das Project Stritzl auf Grund dieser Differenz auch für den I. Bezirk zu bekämpfen versucht. Gerade im I. Bezirk liegen die Verhältnisse viel einfacher als in irgend einem anderen Bezirke, weil ja der I. Bezirk die weitaus größte Zahl von gepflasterten Straßen hat, weil die Reinigung verhältnismäßig leichter ist, abgesehen von den Schwierigkeiten des erhöhten Verkehrs, und weil man es mit lauter festen, ganz bestimmt umgrenzten Größen zu thun hat. Die Bedeutung der wichtigen, tiefen Frage, was besser sei, ob horizontal oder vertical die Straßen zu kehren, auf die Herr Baurath Schiebek in seinen Ausführungen ein besonderes Gewicht gelegt hat, ist mir nicht klar geworden. Es ist das überhaupt eine vollständig neue Entdeckung des Herrn Baurathes Schiebek, wie mir scheint, dass die Straßen vertical oder horizontal gekehrt werden sollen. Ich weiß nicht, was man sich darunter vorzustellen hat. Die Maschine kehrt gerade so, wie es der Besen des Straßenkehrers thut, es ist auch so ziemlich dieselbe Bewegung, und der Mist wird in beiden Fällen auf dieselbe Art und Weise, wenn auch nach einer anderen Methode beseitigt.

Erlauben Sie mir nun auf die Ziffern einzugehen, die uns vom Herrn Baurath Schiebek und auch heute vom Herrn Referenten bezüglich der gegenwärtigen Erfordernisse der Transport-Gesellschaft in der Inneren Stadt vorgeführt worden sind. Angeblich werden 250 Arbeiter beschäftigt. Davon sollen 32 die ungepflasterten Straßen conservieren. Gut, ich gebe das zu, obwohl ich glaube, dass die Ziffer gewiss nicht zu gering angenommen sein wird, nachdem sie von der Transport-Gesellschaft herstammt. Nun bleiben noch immer circa 220; gekehrt wird auch heute in der Inneren Stadt mit Maschinen; zum Zusammenkehren des von der Maschine auf die Seite geworfenen Straßenkehrichts werden nicht 200 Leute gebraucht, sondern man braucht dazu vielleicht 20 Leute. Es bleiben uns also noch immer circa 200 Leute übrig; diese müssten also Stationisten sein. Schon der Herr College Frauenberger hat darauf hingewiesen, dass diese 200 Stationisten in der Inneren Stadt kaum zu finden sein werden. Die Ziffer von 15 Leuten für den Ring ist gewiss richtig angegeben worden, und wo finden Sie denn die anderen 185 Stationisten, die da angeblich verwendet werden? Meine Herren! Der schwächste Punkt in den Ausführungen des Herrn Baurathes Schiebek, auf die sich übrigens der Herr Referent jetzt nicht eingelassen hat, ist die Frage des Fuhrwerkes. Aber die Ziffer, die heute der Herr College Frauenberger angeführt hat, die 33.000 fl., die die Transport-Gesellschaft an die Subunternehmer vor sechs oder sieben Jahren gezahlt hat, über die kommen Sie nicht hinaus. Alle die Ausführungen des Herrn Baurathes Schiebek, die er mit dem Tone solcher Überzeugung und Autorität vorgetragen hat, halten gegenüber dieser Ziffer nicht Stand. Sie stimmt ja, meine Herren, mit den realen Verhältnissen; sie ist mit dem, was die Gesellschaft in eigener Regie aufwendet, in Übereinstimmung zu bringen. Die Gesellschaft hat nämlich 30 Paar Pferde in Verwendung, nicht wie der Herr Baurath Schiebek gesagt hat 122 Stück, das ist 61 Paare, also das Doppelte, und das dürfte so ziemlich auf die gleiche Summe hinauskommen.

Wenn man 1000 fl. für das Paar rechnet — inclusive Kutscher — was ja ziemlich stimmen dürfte, so wird diese Summe sich ergeben. Wenn man aber das unglaublich miserable Pferdematerial in Betracht zieht, das die Gesellschaft hat, dann findet man es begreiflich, dass sie aus Ersparungsrücksichten diesen Vertrag aufgelassen und das Fuhrwerk in eigene Regie genommen hat.

Es wird gewiss nicht zu gering angenommen sein, wenn man sagt: Dieser Fuhrwerksbetrieb für die Reinigung wird der Gesellschaft vielleicht die Summe von 25.000 bis 28.000 fl. kosten. Und das ist gewiss der Grund, warum sie den Vertrag gelöst hat, denn die Gesellschaft rechnet auch gut; wenn sie nichts erspart hätte, so hätte sie es beim Vertrage gelassen und das Fuhrwerk nicht in eigene Regie genommen.

Meine Herren! Herr Baurath Schiebek hat sich in seinen Ausführungen in ganz merkwürdigen und unbegreiflichen Widersprüchen bewegt, und es ist nothwendig, wenigstens in einzelnen Punkten, auf die Details einzugehen, um die ganze Unhaltbarkeit und Unrichtigkeit derjenigen Daten zu beweisen, welche sowohl von Seite des Herrn Vertreters des Stadtbauamtes als auch von Seite des Herrn Referenten in der Richtung gegeben wurden.

Es hat sich Herr Baurath Schiebek auf Ziffern möglichst wenig eingelassen, obwohl Ziffern ja ganz gewiss besonders bei solchen Fällen von ausschlaggebender Wichtigkeit sind. Aber in einem Punkte sind ihm doch ein paar Ziffern herausgerutscht; und dafür sind wir ihm herzlich dankbar. Es sind das die Ziffern bezüglich der Kehrichtabfuhr. Er hat gesagt: Zur Verführung des Straßenkehrichtes sind neun Wagen nothwendig und zur Verführung des Hauskehrichtes 28 Fuhrwerke. Das macht zusammen 37 Kehrichtwagen, welche die Verführung des gesammten Haus- und Straßenkehrichtes von Seite der Transport-Gesellschaft in der Inneren

Stadt besorgen. Nun hat Herr Baurath Schiebek selbst berechnet, dass ein Liter Unrath per Einwohner und Tag anzunehmen sei. Wenn wir diese Ziffer in der Inneren Stadt etwas erhöhen und annehmen, dass 80.000 l Kehricht — die Innere Stadt hat nicht ganz 70.000 nur 68.000 Einwohner — zur Abfuhr kommen, so wird das gewiss nicht gering gerechnet sein.

Ein solcher Kehrichtwagen führt nach den Angaben des Herrn Baurathes Schiebek 4 m³ Kehricht. Es würden daher 20 Wagen genügen, um das von Herrn Baurath Schiebek selbst angegebene Quantum Hauskehricht zu verführen. Aber gut, es sollen 28 nothwendig sein. Nun hat der Herr Oberinspector Stritzl für den I. Bezirk 30 Kehrichtwagen und 30 Reserve-Kehrichtwagen, zusammen also 60 vorgeschlagen, eine Ziffer, die gegenüber dem effectiv in Verwendung stehenden Materiale der Transport-Gesellschaft gewiss sehr hoch ist. Herr Baurath Schiebek hat gesagt, das ist viel zu gering, wir brauchen mindestens 90 Wagen. Meine Herren! Rechnen Sie aus, was 90 Wagen, wenn sie nur eine Tour im Tage machen, verfahren. Da müssten per Person sechs Liter Kehricht produciert werden, damit die überhaupt eine Arbeit haben. Also, wenn von ungeheuerlichen, absolut absurden Ziffern gesprochen wird, so glaube ich, lässt sich diese Ausführung viel eher auf die Berechnung des Herrn Vertreters des Stadtbauamtes anwenden, als auf jene des Herrn Oberinspectors Stritzl.

Es müsste, um für diese Wagen Material zu finden, eine Familie von sechs Köpfen 72 l Kehricht pro Tag producieren und es würde das — da in den Vorstadtbezirken, z. B. bei uns am Neubau der Wagen nur zweimal in der Woche vorbeifährt — ein solches Quantum ausmachen, dass jede Familie ein eigenes Zimmer oder wenigstens ein Cabinet brauchen würde, um während dieser vier Tage das Quantum Mist aufzuheben.

Was die Schneesäuberung anbelangt, so ist das die pièce de resistance für alle diejenigen, welche für die Transport-Gesellschaft bei diesem Anlasse eintreten.

Es ist auch sehr leicht begreiflich, denn das ist eine unglaublich dehnbare Post, bei der man allerhand Auslagen, die auf ganz andere Conti kommen, sehr gut placieren kann, und mit denen man dann dem Gemeinderathe zu imponieren hofft. Es hat also geheißen, dass im Durchschnitte der letzten Jahre 128.000 fl. von Seite der Transport-Gesellschaft für die Schneeabfuhr ausgegeben wurden.

Nun hat Herr St.-R. Noske Gelegenheit gehabt, die Bilanz der Gesellschaft zu studieren, er war ja in der Lage, die Wochenlisten, mit einem Worte, die Ausgaben der Transport-Gesellschaft auf diesem Gebiete genau durchzusehen. Es ist ja dem Vertreter der städtischen Buchhaltung die Einsicht in die Bücher gewährt worden; er hat sich auf Grund dieses Umstandes ein Urtheil bilden können, und es ist mir gerade aus diesem Gesichtspunkte unfassbar, wie er dazu kommt, uns den Vertrag mit 420.000 fl. zur Annahme zu empfehlen.

Gestatten Sie mir, nach den Angaben der Gesellschaft selbst diese Bilanz ein wenig nachzurechnen:

Sehen Sie, meine Herren, dass die ganze Action der Transport-Gesellschaft ein Heidengeld gekostet hat bezüglich der Presse, das wird, glaube ich, auch der Herr Stadtrath Noske nicht in Abrede stellen. (Zustimmung links.) Wir wissen ja, wie die Presse vorgeht; umsonst erscheinen diese Notizen nicht, und wer die Angelegenheit verfolgte, hat bemerkt, dass seit längerer Zeit in der gewissen Presse planmäßig gearbeitet wurde. Ein ganzer Stoß von solchen Ausschnitten, welche die Frage behandeln, ist mir vorgelegt worden; und es ist ganz charakteristisch, lange noch, bevor das Stadtbauamt irgend ein Urtheil über das Project Stritzl abgegeben hat, ja, bevor es sich damit amtlich befasst hat, ist schon in den Zeitungen in einer Reihe von Notizen genau das gesagt worden, was der Herr Referent heute sagt. (Unruhe.)

„Unglaubliche Ziffern", „grobe Verstöße", „Rechnungsfehler, die jedem auf den ersten Blick aufstoßen müssen!" Ja, meine Herren! Gestatten Sie mir, dass man da besonders misstrauisch wird, wenn man eine solche combinierte Action in einer solchen Angelegenheit wahrnimmt, und ich glaube, dass es niemand, und möge er auch ein noch so eifriger Vertreter der liberalen Presse sein, einfallen wird, bei einem solchen Anlasse zu behaupten, dass das wirklich nur aus Interesse für das Wohl der Stadt Wien, nur mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen geschah, dass die Presse sich in so eingehender Weise und zu einer Zeit, wo die Öffentlichkeit von der Sache eigentlich noch so gut wie unberührt war, mit der Angelegenheit befasst hat; und jetzt finden wir, wie gesagt, in den Ausführungen des Herrn Referenten dieselben Argumente, die in dieser Presse vor circa Jahresfrist, als die erste Nachricht über diese Concurrenz, die der Transport-Gesellschaft gedroht hat, in die Öffentlichkeit getreten ist, gebraucht wurden.

Meine Herren, 128.000 fl. ist, glaube ich, der Durchschnitt, den die Transport-Gesellschaft für die Schneesäuberung aufwendet. (Rufe: 117.000 fl.!) Also 117.000 fl., es kommt da auf ein paar tausend Gulden nicht an. Freilich kostet das viel, denn da wird nicht nur im Winter Schnee gesäubert, sondern es muss auch im Juni, Juli, August geschehen, in der Zeit der Hundstage — nämlich im „Ökonomist" im communalen Theile und in den Tagesneuigkeiten der verschiedenen Zeitungen, wo diese Notizen zu ganz verschiedenen Zeiten, auch im Hochsommer, erschienen —; das geht auch auf den Conto „Schneesäuberung", was diese Besprechungen zu Gunsten der Transport-Gesellschaft gekostet haben.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich muss den Herrn Redner doch bitten, diesen Gegenstand zu verlassen. (Unruhe links.) Das gehört doch wirklich nicht hieher. (Widerspruch und Unruhe links.) Ich muss bitten, das besondere Verhältnis, in dem die Transport-Gesellschaft zu den Journalen steht, geht uns gar nichts an, und ich kann nicht zugeben, dass solche Beschuldigungen, die auch gar nicht bewiesen sind, hier ausgesprochen werden. Also, ich möchte den Herrn Redner, im Interesse der ruhigen Behandlung der Sache, bitten, diesen Gegenstand zu verlassen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann (fortfahrend): Ja, meine Herren, wie soll die Sache behandelt werden? Das allerwichtigste Argument zur Beurtheilung des Wertes eines solchen Vertrages sind die Spesen desjenigen, welcher dieses Geschäft bisher gemacht hat, und jetzt wünscht der Herr Vorsitzende, dass ich diesen Gegenstand verlassen soll. Die Bilanz ist das Wichtigste und Interessanteste; denn auf Grund der Bilanz hat man erst positive Anhaltspunkte, was die Geschichte uns kosten wird, und es ist nicht unberechtigt, wenn die Aufstellungen der Transport-Gesellschaft einer Kritik unterzogen werden; das ist eine Angelegenheit, welche im intensivsten Zusammenhange mit dieser Sache steht und deren Beiseitelassung absolut durch keine Rücksicht geboten erscheint; es wäre denn, dass es uns verboten wäre, die Gestion der Transport-Gesellschaft bei dem Betriebe der Stadtsäuberung zu besprechen. Wenn der Herr Bürgermeister-Stellvertreter es wünscht und die Verantwortung auf sich nimmt, dann gut, meine Herren, dann werde ich darüber schweigen, dann

wird sich aber auch die Bevölkerung ein Urtheil bilden, wie solche Angelegenheiten im Gemeinderathe behandelt werden. (Rufe links: Sehr richtig!)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich muss hierauf Folgendes erwidern: Ich glaube, die Herren werden dem Präsidium das Zeugnis geben, dass bisher die größte Redefreiheit gewaltet hat, und es fällt gar niemandem ein, die Rechnungen der Transport-Gesellschaft, so weit sie sich auf die Straßensäuberung beziehen, der Kritik zu entziehen und nicht jede beliebige Gründlichkeit dabei walten zu lassen. Das Gebiet, welches der Herr Vorredner betreten hat, gehört aber nicht zu dem Stadtsäuberungsgeschäft, und ich habe im Interesse einer ruhigen, objectiven und leidenschaftslosen Behandlung des Gegenstandes ersucht, bei der Sache zu bleiben und auswärts liegende Gegenstände und Personen nicht zu berühren. Also, ich bitte, zur Sache selbst werde ich jede wünschenswerte und jede beliebige Redefreiheit walten lassen, darüber hinaus aber, glaube ich, ist es besser, nicht zu gehen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann (fortfahrend): Meine Herren! Ich werde das Gebiet verlassen, aber wenn von Seite des Herrn Referenten gesagt wird, die Schneesäuberung kostet 128.000 oder 140.000 fl., wie im letzten Jahre angegeben wurde, und es sind 40.000 fl. à conto für Zeitungen in diesem Titel darin, so gehört es gewiss zur Sache, weil das einfach jener Abschlag ist, der an dem Geschäft gemacht werden muss, damit wir darauf kommen, was die Geschichte wirklich kostet.

Das Bauamt hat selbst angegeben, dass die Kosten der Schneeabfuhr im I. Bezirke sich auf circa 85.000 fl. belaufen, das ist auch eine richtige Ziffer, das ist die wirkliche, allenfalls stimmende Ziffer, und wenn wir diese zur Basis der Berechnung annehmen und dann darauf die Bilanz der Gesellschaft bezüglich der Kosten der Straßenreinigung aufbauen, so werden wir mit den anderen Angaben, welche die Gesellschaft gemacht hat, ein annähernd genaues Bild dessen bekommen, was der Transport-Gesellschaft die Straßenreinigung kostet und was sie de facto verdient.

Nun gestatten Sie mir, etwas zu besprechen, was gewiss zur Sache gehört — und darin werde ich mich entschieden nicht unterbrechen lassen — nämlich, was in der Richtung nach den eigenen Äußerungen der Transport-Gesellschaft, nach den Angaben, welche seitens des Herrn Referenten, seitens des Herrn Baurathes Schiebek, zum Theile auch der Angestellten der Gesellschaft gemacht worden sind, wirklich ausgegeben worden ist. 248 Arbeiter zu 1 fl. Taglohn circa — es sind Leute, die weniger haben, z. B. 90 kr., Vorarbeiter, die 1 fl. 10 kr., 1 fl. 20 kr. bekommen, das compensiert sich — das macht zusammen per Jahr 90.000 fl. Stellen wir uns ganz auf den Boden der Transport-Gesellschaft, obwohl die 248 Arbeiter eigentlich zu suchen sind, ich glaube, niemand wird sie finden, außer sie werden etwa morgen commandiert; für gewöhnlich findet man sie gewiss nicht. Aber nehmen wir sie an.

Dabei bemerke ich, dass diese 248 Arbeiter das gesammte Personal der Gesellschaft darstellen inclusive der Kutscher, und zwar zur Zeit der drei Sommermonate, deren Wochenlisten der Herr Referent durchgesehen hat, also zu einer Zeit, wo auch die Bespritzung inbegriffen ist. 30 Paar Pferde, nach Angabe der Gesellschaft selbst, erfordern sammt Kutscher eine Auslage von circa 30.000 fl.; diese Ziffer ist auch von Seite eines Herrn Bezirksvorstehers als richtig angegeben worden. Die Schneesäuberung 85.000 fl. nach Abschlag derjenigen Posten, die in diesen Titel nicht hineingehören; an Kehrbesen 4000 fl. — die Ziffern sind in Wirklichkeit gar nicht erreicht worden, sie bleiben überall hinter dem Anschlage zurück; Betrieb der Schneepflüge 5500 fl.; Inventarergänzung 10.000 fl.; Kosten der Straßenbespritzung circa 8000 fl.

Dazu, meine Herren, kommen Ziffern, für die wir keinen Anhaltspunkt haben, die aber lauter kleinere Posten betreffen, also approximativ gewiss auch eingestellt werden können, das ist: Controle der Arbeiter, Beleuchtung, Steuern, Schmieröl, Kanzleierfordernisse, insoweit es sich nämlich um die Straßenreinigung handelt, sagen wir hiefür die gewiss nicht gering gegriffene Summe von 10.000 fl. Meine Herren, wenn Sie diese Posten, welche ich angeführt habe und die zum Theile selbst auf Angaben der Transport-Gesellschaft beruhen, addieren, so bekommen Sie eine Summe von 242.500 fl. Die Einnahmen der Transport-Gesellschaft bestehen aus dem Pauschale per 420.000 fl., dem Erlöse für Kehricht per 15.000 fl. — auch keine aus der Luft gegriffene Ziffer, sondern eine Ziffer, welche aus dem Munde des Directors der Transport-Gesellschaft selbst stammt — den Ausgaben für Reinigung der Tramwaygeleise, welche die Transport-Gesellschaft übernommen hat, per 9000 fl., das macht in Summe eine Einnahme von 444.000 fl., der eine Ausgabe von 242.000 fl. gegenübersteht, so zwar, dass die Gesellschaft einen Reingewinn von mindestens 200.000 fl. pro Jahr hat. (Rufe: Hört!)

Meine Herren, in sieben Jahren macht das eine Summe von anderthalb Millionen Gulden aus. Sie werden es daher begreiflich finden, dass man in der Richtung etwas vorsichtig ist, dass man den einzelnen Ziffern möglichst genau nachgeht und dass man namentlich gewisse Übertreibungen, welche, ich will nicht sagen im Interesse der Gesellschaft, sondern sagen wir, um gewiss sehr loyal vorzugehen, aus zu weitgehender Befürchtung hier ausgesprochen worden sind, richtigstellt. Wenn diejenigen Ziffern, die das Stadtbauamt als Kosten in eigener Regie aufgestellt hat, richtig wären, dann müsste, wenn man dieselben Verhältnisse auf die anderen Bezirke auch nur annähernd anwendet, die Straßenreinigung von Wien eine Summe von circa sieben bis acht Millionen jährlich erfordern, während in der That dieselbe nur zwei Millionen kostet. Wenn also von unglaublichen Ziffern gesprochen wird — ich wiederhole es nochmals — so soll man mit einem solchen Vorwurf doch einigermaßen vorsichtig sein und soll ihn nicht so ohneweiters aussprechen und nur dem Gegner an den Kopf werfen, wo man selbst so viel Ursache hat, vorsichtig zu sein, da man selbst in einem gläsernen Hause wohnt.

Ich stimme daher dem Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger zu. Es lässt sich die eigene Regie auch durchführen, wenn man den guten Willen dazu hat. Sie haben übrigens auch noch einen anderen Ausweg. Die Transport-Gesellschaft ist in unseren Händen, nicht wir in ihren Händen. Und wenn wir der Transport-Gesellschaft einen Antrag auf ein halbes Jahr stellen, so muss sie ihn annehmen, einfach deshalb, weil sie nicht weiß, was sie mit dem ganzen Materiale anfangen soll. Ich glaube also, dass der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger vollständig berechtigt ist und ich werde mich demselben anschließen. (Beifall und Händeklatschen links.)

Referent (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Vorredner hat erwähnt, dass Differenzen in dem Ausmaße nur zwischen dem Stritzl'schen Projecte für ganz Wien und den Stadtbauamtsangaben für ganz Wien bestehen. Ich berichtige, dass bezüglich des Burgringes die Angaben Stritzls 13.000 m², die des Stadtbauamtes 26.000 m² und bezüglich des

Franzensringes 23.000 m², respective 25.000 m², bezüglich der Universitätsstraße 1100 respective 2300 m² u. s. w. betragen. Ich könnte die Beispiele noch weiter ausdehnen. Wenn der Vorwurf gemacht worden ist, dass das Project Stritzl mit dieser Sache verquickt worden ist, angeblich in einer gewissen Tendenz, so möchte ich auf das Protokoll der Sitzung des verehrlichen Plenums des Gemeinderathes vom 16. Februar 1893 verweisen, wo es heißt (liest): „Gegen den zweiten Theil des Antrages, betreffend die Drucklegung und Vertheilung des Memorandums des Feuerwehr-Oberinspectors Stritzl stellt Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Gegen-Antrag, dass bei Gelegenheit der Erstattung des Referates über die Übernahme der Straßenreinigung im I. Bezirke in eigene Regie das Memorandum des Feuerwehr-Oberinspectors Stritzl vorzulegen sei. Dieser Gegen-Antrag wird angenommen."

Es hat also das Plenum beschlossen, dass mit diesem Referat zugleich das Project Stritzl vorgelegt werden solle und kann damit nicht gemeint haben, dass man einfach das Buch auf den Tisch hinlegt, sondern es hat gewünscht, dass wir auch darüber etwas erzählen, was in dem Projecte Stritzl drinnen steht. Ich muss also diesen Vorwurf als einen unberechtigten zurückweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 20. Juni 1893.
Mittwoch, den 21. Juni 1893.
Donnerstag, den 22. Juni 1893.
Freitag, den 23. Juni 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **7. Juni 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Boschan, Müller, v. Götz, v. Neumann, Dr. Hackenberg, Noske, Dr. Huber, Schlechter, Kreindl, Schneiderhan, Dr. Lederer, Baugoin, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Matthies, Witzelsberger, Matzenauer, Wurm, Meißl, Bürgermeister Dr. Prix.

Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf, Dr. Stenzl.

Experte: Magistratsrath Trabauer, Oberingenieur Haubfleisch.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung und macht folgende Mittheilung:

St.-R. v. Götz überreicht eine Petition von Bewohnern von Ober-St. Veit im XIII. Bezirke um Veranlassung der Zuführung von Hochquellenwasser in diesen Bezirkstheil.

(An den Magistrat.)

(3696.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Project für die Neupflasterung der Zeltgasse im VIII. Bezirke und beantragt die Genehmigung desselben. (Angenommen.)

(3695.) **Derselbe** referiert über das Nachtragserfordernis im Betrage von 290 fl. 12 kr. für die Neupflasterung eines Theiles der Fahrbahn längs des Hauses Or.-Nr. 31 Kandlgasse, VII. Bezirk, und beantragt die Genehmigung dieses Erfordernisses.

(Angenommen.)

(3591.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Andreas Zayicek um Abschreibung der für die Cat.-Parc. 1143 in Ottakring, Schulgasse, vorgeschriebenen Canaleinmündungsgebür per 130 fl. und beantragt, das Ansuchen zu bewilligen. (Angenommen.)

(3524.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Kirchenbauvereines in Gersthof um Subvention und beantragt, demselben eine Subvention von je 2500 fl. für die Jahre 1894, 1895 und 1896 zu bewilligen.

Der Referenten-Antrag wird nach Anhörung des Magistratsrathes Trabauer angenommen. (An den Gemeinderath.)

(3517.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines um Subvention und beantragt, demselben eine Subvention pro 1893 im erhöhten Betrage von 3000 fl. zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Bewilligung einer Subvention im bisherigen Betrage von 1000 fl.

Dieser Antrag wird angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(3243.) **Derselbe** referiert über die Abschreibung von Gemeindeumlagen nach fünf Parteien aus dem XII. Bezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(3487.) **Derselbe** referiert über rückständige Gemeindeumlagen nach Elise Flörl aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Abschreibung dieser Umlagen. (Angenommen.)

(3675.) **Derselbe** referiert über einen rückständigen Medicamenten-Kostenbetrag von 3 fl. 18 kr. nach Anton Hojer und beantragt die Löschung dieses Betrages. (Angenommen.)

(3668.) **Derselbe** referiert über Hundesteuerrückstände nach 32 Parteien aus dem III. Bezirke und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3602 und 3542.) **Derselbe** referiert über Hundesteuerrückstände nach mehreren Parteien aus dem XIV. und XV. Bezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(3242.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Katharina Auer aus dem XII. Bezirke um Nachsicht einer Hundesteuerstrafe und beantragt, ihr diese Strafe per 16 fl. sowie die Zahlung der Steuer per 8 fl. (für zwei Hunde) nachzusehen.

St.-R. Matzenauer beantragt, ihr die Strafe zwar nachzusehen, dagegen die Steuer für einen Hund auf einen Gulden zu ermäßigen.

Dieser Antrag wird angenommen.

(3304.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Fritz aus dem XII. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuerstrafe per 16 fl. und beantragt, diesem Ansuchen zu willfahren. (Angenommen.)

(3456.) **Derselbe** referiert über drei Gesuche aus dem VI. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zusicherung zu ertheilen an:

Ungar Josef, Geschäftsführer;

Rothmann Ludwig, Vergoldergehilfe;

Heim Moriz, Geschäftsführer. (Angenommen.)

(3706.) **St.-R. Meißl** referiert über eine rückständige Localaugenscheins- und Kanzleitaxe per 6 fl. 70 kr. nach Franz Potisch aus dem XII. Bezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3603.) **Derselbe** referiert über uneinbringliche Gebüren nach mehreren Parteien aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3618.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Vergebung der currenten Anstreicherarbeiten im XIV. Bezirke und beantragt, diese Arbeiten, welche mit den Stadtraths-Beschlüssen vom 26. und 27. August 1891, Z. 1937, und vom 16. October 1891, Z. 2760, dem am 27. December 1892 verstorbenen Anstreichermeister Johann Weimann, XIV., Ullmannstraße Nr. 7, mit einem Nachlasse von 10 Percent von den Tarifpreisen übertragen worden sind, der Witwe desselben, Barbara Weimann, um dieselben Preise auf die restliche Dauer des Vertrages, d. i. bis 31. December d. J., zu belassen. (Angenommen.)

(3631.) **Derselbe** referiert über Gesuche aus dem II. Bezirke um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem

Raab Karl, Bäcker, II., Taborstraße 21, und

Semler Ludwig, Kleidermacher, II., Schiffamtsgasse 10,

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(3638.) **Derselbe** referiert über die Schotterabgabe und Verführung aus dem Steinbruche am Exelberge für den XVI. und XVIII. Bezirk und beantragt:

1. die Genehmigung der Abgabe von 1300 m³ Schlägelschotter aus dem städtischen Steinbruche am Exelberge an die vom Stadtbauamte bezeichneten Theile des XVI. und XVIII. Bezirkes gegen Reducierung des von den betreffenden Contrahenten zu liefernden Schotterquantums für diese Bezirke;

2. die Genehmigung der Abfuhr dieses Schotterquantums von 1300 m³ durch J. Rousseau auf Grund des vorliegenden Offertes zum Preise von 1 fl. 10 kr. per Cubikmeter. (Angenommen.)

(3643 und 3644.) **Derselbe** referiert über rückständige Gemeindeumlagen per 30 fl. und 1 fl. 61 kr. nach Johann Thury und nach Karoline Benesch aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3474.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen des Kirchenvorstehers zu St. Josef in Margarethen um Einleitung des Hochquellenwassers in die Sacristei und beantragt, dieselbe mit dem Kostenbetrage von 60 bis 70 fl. zu genehmigen. Von der Einhebung der Wassergebür sei vorläufig abzusehen. (Angenommen.)

(3349.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Richard Kaspar, Organisten an der Kirche in Unter-St. Veit, um Erhöhung seines Bezuges für das Orgelspiel und beantragt, die Entlohnung von jährlich 60 fl. auf jährlich 100 fl. zu erhöhen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3592.) **Derselbe** referiert über eine Ergänzungswahl in den Armenrath des XV. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Johann Bichler, Webwarenfabrikanten, XV., Heidmannsgasse 2, zum Armenrathe mit der Functionsdauer bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

(3300.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Josef Eberstaller, Advocaten in Wr.-Neustadt, um Ausstellung einer Löschungserklärung bezüglich der auf der Grundparcelle 839 in Saubersdorf haftenden Wasserleitungsservitut und beantragt, die Bewilligung zur Ausstellung dieser Erklärung auf Kosten des Gesuchstellers zu ertheilen. (Angenommen.)

(3489.) **Derselbe** referiert über eine Ergänzungswahl in den Armenrath des III. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Heinrich Sasse, k. und k. Hofschlosser, III., Baumgasse 39, zum Armenrathe mit der Functionsdauer bis Ende 1896 zu bestätigen. (Angenommen.)

(3486.) **Derselbe** referiert über die Lehrmittelbeistellung und Bibliotheksdotation für die Mädchen-Volks- und Bürgerschule, XVIII., Anastasius Grüngasse, und beantragt die Genehmigung des Betrages von 2760 fl. ö. W. behufs Dotation der mit Beginn des Schuljahres 1893/94 zu eröffnenden Mädchen-Volks- und Bürgerschule, XVIII., Anastasius Grüngasse, mit Lehrmitteln und den erforderlichen Bibliotheken. (Angenommen.)

(3676.) **Derselbe** referiert über die Wahl des Karl Schmidt, Armenrathes und Hausbesitzers, VII., Mariahilferstraße 118, zum Obmann-Stellvertreter des Armeninstitutes des VII. Bezirkes und beantragt, diese Wahl zu bestätigen. (Angenommen.)

(3518.) **Derselbe** referiert über die Vorlage der Jahresrechnung des Ignaz Vogth, Curators des pensionierten Bürgerschullehrers Franz Krejčiřik, pro April 1892 bis April 1893 und beantragt, dieselbe zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(3549.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Henninger um Bewilligung zur Abtrennung eines Grundtheiles von der Realität, Einl.-Z. 4060, Czerningasse, II. Bezirk, behufs Zuschreibung desselben zur Realität, Einl.-Z. 4059, Czerningasse, II. Bezirk, und beantragt die Genehmigung im Sinne des diesbezüglichen Bauamtsberichtes. (Angenommen.)

(3687.) **Derselbe** referiert über die Verzichtleistung des Rudolf Mitter aus dem XV. Bezirke auf die Verleihung der Zuständigkeit in Wien und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3382.) **Derselbe** referiert über sechs Gesuche aus dem XV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Zemann Adalbert, Pfaidler;

Poszpesny Paul, Brantweinschenker;

Feix Ignaz, Kirchendiener;

May Anna, Hotel-Cassierin;

Blček Johann, Schneidergehilfe;

Lenhart Alois, Gas- und Wasserleitungs-Installateur. (Angenommen.)

(1560.) **St.-R. Noske** referiert über die Herstellung eines Eisengitters bei der Versorgungsanstalt am Alserbache.

Als Experten fungieren Magistratsrath Trabauer und Oberingenieur Haubfleisch.

Referent beantragt, die Ausführung dieses Gitters der Firma Hutter & Schrantz in Wien, X. Bezirk, Laxenburgerstraße 66, nach den diesfalls stipulierten Bedingungen und den von der Stadtbuchhaltung vorgelegten Kostenanschlägen, jedoch mit der Abänderung zu übertragen, dass das Gitter in der Lazarethgasse nur mit 50 cm hohem Sockel und mit 1·50 m hohem Drahtgeflecht hergestellt, der

Kostenvoranschlag per 3289 fl. 81 kr., eventuell 3256 fl. 15 kr. dementsprechend reduciert und sohin der erforderliche Zuschusscredit bewilligt werde.

St.-R. Matthies beantragt die Herstellung eines gewöhnlichen Holzstakettengitters in der Lazarethgasse.

Magistratsrath Trabauer hält den Magistrats-Antrag (Herstellung eines Gitters mit dem Kostenbetrage von 3289 fl. 81 kr., eventuell 3256 fl. 15 kr.) aufrecht.

Der Magistrats-Antrag wird abgelehnt; der Referenten-Antrag angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3710.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Wiener Orts-Comités für den Brieftauben-Distanzflug Wien—Berlin, Berlin—Wien um Widmung von Geldpreisen oder Ehrengaben und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3185.) **St.-R. Boschan** referiert über 16 Gesuche aus dem I. Bezirk um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Plechaty Anna, Stubenmädchen;
Körper Joachim, Buchhändler;
Slavetinský Franz, Schneidermeister;
Erdpreßer Katharina, Köchin;
Fleißner Marie Theresia, Köchin;
Sieber Sophie, Fragnerin;
Hofbauer Anton, provisorischer Amtsdiener;
Janda Franz, Magister der Pharmacie;
Graf Franz, Schneidermeister;
Koubik Josef, Uhrmachermeister;
Sommer Karl, Aushilfsdiener und Hausbesorger;
Nužicka Julie, Köchin;
Aufrichtig Sigmund, Handelsgesellschafter;
Horny Genofeva, Bedienerin;
Aufrichtig Adolf, Schneidermeister und Trödler;
Bauer Josef, Gastwirt. (Angenommen.)

(3493.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Wunderlich, städtischen Buchhaltungsofficials, um Gewährung eines dreimonatlichen Urlaubes vom 1. Juni d. J. an und beantragt, diesem Ansuchen zu willfahren. (Angenommen.)

(3430.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Cäcilia Berger um Nachsicht einer Pfründenersatzforderung nach Josefa Ramoser und beantragt, auf die Einbringung dieser Forderung zu verzichten. (Angenommen.)

(3384.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Ulehla, Schuhmachermeisters, IV., Heugasse 42, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3385.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem IX. Bezirk und beantragt, dem

Pickel Johann, Kaffeeschenker, IX., Lazarethgasse 8,
Mahl Josef, Cassier und Procurist, IX., Nussdorferstraße 18,
Winter Johann Christian, fürstlich Liechtenstein'schen Schlossverwalter, IX., Alserbachstraße 14,

das Bürgerrecht zu verleihen;

(Angenommen.)

(3334.) **Derselbe** referiert über das Offert der Therese und Laura Rubinstein auf verkäufliche Überlassung des Hauses III., Rennweg 5, Auenbruggergasse 2 und Strohgasse 31, an den Wiener Bürgerspitalfond und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(3683.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ersten Wiener Amateur-Schwimmclubs um Widmung eines Ehrenpreises für ein Wettschwimmen und um Benützung der Terrasse und des Platzes des städtischen Communalbades und beantragt:

1. einen Ehrenpreis gleichwie im vorigen Jahre in dem Betrage von 50 fl. ö. W.;

2. die unentgeltliche Benützung, respective Absperrung der Terrasse des Communalbades während drei Stunden gegen Einhaltung der nachstehenden Bedingungen zu bewilligen, und zwar:

a) dass auf der Terrasse nur eine Reihe von Sitzbänken, respective Sesseln aufgestellt werden darf, die Absperrung der Terrasse im Einvernehmen mit der Betriebsleitung der Badeanstalt vorgenommen und durch die Sicherheitswache entsprechend aufrecht erhalten werde;

b) dass die Clubleitung für alle Vorkommnisse in Bezug auf die persönliche Sicherheit die volle Verantwortung zu tragen und insbesondere dafür zu sorgen habe, dass eine Überfüllung der Terrasse, sowie das Anlehnen der Personen in Masse an das Gitter hintangehalten werde, und

c) dass der Club für jeden an der Badeanstalt durch die in Rede stehende Benützung der Terrasse entstehenden Schaden zu haften hat.

Das Ansuchen wegen Aufstellung einer Tribüne auf der Terrasse wäre wegen der minimalen Breite von 1·50 m der letzteren abzulehnen und die Clubleitung zu verständigen, dass sie sich wegen Benützung des Uferplatzes zwischen dem Communalbade und der Reichsbrücke an die Donauregulierungs-Commission als Grundeigenthümerin dieses Uferplatzes zu wenden habe. (Angenommen.)

(3380.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Adaptierung und Einrichtung des gemieteten Hauses II., Wintergasse 14, zu Schulzwecken und beantragt:

1. Es sei die Adaptierung des gemieteten Hauses II., Wintergasse 14, zum Zwecke der Errichtung einer Doppel-Volksschule daselbst nach dem vom Stadtbauamte verfassten Projecte mit dem Kostenbetrage von 27.400 fl. 67 kr. zu genehmigen.

2. Es seien die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen nach dem Antrage des Stadtbauamtes sicherzustellen, und zwar:

a) im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung unter Zugrundelegung der diesfalls vorliegenden allgemeinen und speciellen Bedingungen die im Stadtbauamtsberichte sub I bis V angeführten Arbeiten und Lieferungen;

b) im Wege der Verhandlung mit den dort bezeichneten Firmen, respective Geschäftsleuten die im Stadtbauamtsberichte sub 1 bis 4 genannten Arbeiten und Lieferungen;

c) durch Übertragung an die betreffenden städtischen Contrahenten für currente Leistungen die übrigen Arbeiten und Lieferungen.

3. Es sei zur Bedeckung des Kostentheilbetrages von circa 9600 fl. zur Ausg.-Rubr. XLIII 2 ein Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen.

4. Nach Sicherstellung der betreffenden Arbeiten und Lieferungen hat das Stadtbauamt die Ausführung der Adaptierungsarbeiten ꝛc. derart zu beschleunigen, dass der Eröffnung der beiden Schulen mit dem Beginne des Schuljahres 1893/94 kein Hindernis im Wege steht.

(Angenommen; rücksichtlich des Punktes III an den Gemeinderath.)

(3624.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alexander und der Irene Hoffmann, VI., Gumpendorferstraße 53, um Bewilligung zum Umbaue des Hauses Einl.-Z. 431 des Grundbuches des VI. Bezirkes, Or.-Nr. 6, Kanalgasse, und beantragt, den Bauconsens unter gleichzeitiger Genehmigung des Risalites mit einem

Vorsprunge von 0·15 m über die Baulinie der 13·27 m breiten Kanalgasse gegen Abzug der hiezu erforderlichen Grundfläche von 0·43 m² von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde zu bestätigen. (Angenommen.)

(3621.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Arnold Lotz um Baubewilligung für das Haus III., Marokkanergasse 14, und beantragt, den Bauconsens gegen dem zu bestätigen, dass der zur Thorportal- und Risalitanlage erforderliche Grund per 6·254 m² mit einer doppelt so großen Fläche des abzutretenden Grundes compensiert werde. (Angenommen.)

(3191.) **Derselbe** referiert über 29 Gesuche aus dem XVII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Wenzl Laurenz, Holz- und Kohlenverschleißer;
Hrdy Johann, Drechslergehilfe;
Franc Johann, Schlossergehilfe;
Nagel Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Graf Ignaz, Hausdiener;
Holub Peter, Schuhmachermeister;
Kamaryt Vincenz, Laternenanzünder;
Zelniček Matthias, Milchverschleißer;
Marek Matthias, Tramway-Conducteur;
Wagner Franz, Schneidergehilfe;
Suchanek Leopold, Schneidermeister;
Rund Heinrich, Gemischtwaren-Verschleißer;
Weiner Marcus, Schneidermeister;
Vogl Johann, Wagnermeister;
Pohany Anton, Greißler;
Schott Ferdinand, Tischlergehilfe;
Stußler Josef, Dampfsägearbeiter;
Spitalsky Josef, Hadernhändler;
Binder Marie, k. k. Titular-Stabsprofoßenswitwe;
Nowotny Anton, Schlossergehilfe;
Schulmeister David, Schuhmachermeister;
Milbach Franz, Geschäftsdiener und Hausbesorger;
Silnica Josef, Korbflechtermeister;
Fegerl Ludwig, Omnibus-Conducteur;
Tscherwenka Martin, Commissionär;
Jank Franz, Pflastererpolier;
Ira Franz, Schlossergehilfe;
Hrubeš Josef, Schneidermeister. (Angenommen.)

(2968.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem

Bauer Florian, Maurermeister, VI., Liniengasse 14;
Ullmann Gustav, Hausbesitzer, VI., Dreihufeisengasse 13, und
Scheibenhofer Hermann, Friseur, VI., Magdalenenstraße 4,

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(Ad 2259.) **Derselbe** beantragt in Abwesenheit des St.-R. v. Götz, es sei der Beschluss, welcher hinsichtlich des in der Stadtraths-Sitzung vom 25. April 1893 erstatteten Referates, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Ziegelwanger, wegen Durchführung der Bahngasse in Baumgarten im XIII. Bezirke im Amtsbatte der Stadt Wien, Nr. 34 vom 28. April d. J., sub Z. 2259, veröffentlicht wurde, dahin richtigzustellen, dass die im Antrage 1 erwähnte Vergütung für die Hälfte des Straßengrundes „von 1 fl. per Quadratmeter" richtig zu lauten hat „von 1 fl. 50 kr. per Quadratmeter". (Angenommen.)

(3626.) **St.-R. Wurm** referiert über das Detailproject für die Stockwerks-Aufsetzung auf das Schulhaus im XVI. Bezirke, Seitenberggasse 10, und beantragt:

1. Das vorliegende Detailproject für die Stockwerks-Aufsetzung auf das genannte Schulgebäude, dessen Kosten vom Stadtbauamte mit 31.909 fl. 91 kr. — adjustiert mit 31.857 fl. 67 kr. — veranschlagt wurden, wird in Berücksichtigung der durch die öffentliche Offertverhandlung anzuhoffenden Preisnachlässe mit dem zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 11. April d. J. auf der Rubrik XII 12 cc bedeckten Maximalbetrage von 30.000 fl. genehmigt;

2. der Bauconsens hiefür wird unter der Voraussetzung ertheilt, dass bei der abzuhaltenden Baucommission gegen die Stockwerks-Aufsetzung keine Einwendung erhoben werden sollte;

3. die Vergebung der Arbeiten hat nach der von der Buchhaltung verfassten Zusammenstellung zu erfolgen;

4. der Termin für die Vollendung der Maurerarbeiten wird mit 31. August d. J., jener für die übrigen Leistungen mit 15. September d. J. festgesetzt. (Angenommen.)

(3692.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der n.-ö. Escompte-Gesellschaft um Consens für Adaptierungen in dem Hause I., Freyung 8, und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen. (Angenommen.)

(3503.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Hofmeier durch Dr. Emil Guttmann um Schadloshaltung für die Grundabtretung von dem Hause Einl.-Z. 784, I. Bezirk, Kärnthnerstraße Or.-Nr. 22, Neuer Markt Or.-Nr. 2, und beantragt, die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung noch vor der Bauausführung unter gleichzeitiger Ermittlung des Übernahmspreises für die Grundabtretung, beziehungsweise Einbeziehung unter der Bedingung einzuleiten, dass die Schätzungskosten vom Gesuchsteller bestritten werden und die Giltigkeit der Schadloshaltung, beziehungsweise des Übernahmspreises auf die Dauer von zwei Jahren vom Tage des diesfälligen Stadtraths-Beschlusses eingeschränkt bleibt und auch nur für den Fall die Schadloshaltung die Giltigkeit behält, als nicht etwa infolge des vom Eigenthümer des Hauses Nr. 5 Neuer Markt eingebrachten Recurses eine Baulinienänderung sich ergibt. (Angenommen.)

(3565.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Zimmermeisters Franz Bezchleba, betreffend die Verzögerung in der Ausführung der Zimmermannsarbeiten bei dem Schulbaue XVIII., Anastasius Grüngasse und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3510.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des XIII. Bezirkes um Gewährung von Bauerleichterungen für den XIII. Bezirk und beantragt, solche Bauerleichterungen (nach § 83 u. ff. der Bauordnung), wie auch schon im Gemeinderaths-Beschlusse vom 24. März 1893 festgesetzt wurde, nur von Fall zu Fall zu bewilligen, jedenfalls aber nicht für einen ganzen Bezirk. (Angenommen.)

(3373.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem

Schmidt Johann, Weber, XIV., Neugasse 15, und
Zoder Franz, Maurermeister und Hauseigenthümer, XIV., Sechshauser Hauptstraße 23,

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(3586.) **Derselbe** referiert über Ansuchen aus dem XV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Neller Ferdinand, Ober-Partieführer bei der k. k. Staatsbahn;
Janacek Karl, Webergehilfe;
Göbharter Matthias, Maurergehilfe und Hausbesorger;

Gürtler Benedict, Geschäftsdiener;
Kaizner Josef, Instrumentenmachermeister;
Starkbaum Ferdinand, Bierausschenker;
Schmid Anton, Schuhmachermeister;
Maresch Anton, Meerschaumdrechslergehilfe;
Einberger Karl, Gastwirt. (Angenommen.)

(3509.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Widmung eines Ehrenpreises für den Wiener Trabrennverein und beantragt, diesem Vereine so wie im Vorjahre auch pro 1893 zu diesem Zwecke einen Betrag von 300 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3639.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines „Kinderschutz" um Subvention und beantragt, demselben eine Subvention von 100 fl. pro 1893 zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3520.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Vororte-Volksküchenvereines um unentgeltliche Wasserabgabe für die Volksküche Meidling, Schillergasse 17, und beantragt, dieses Ansuchen abzulehnen, dagegen die Abgabe von täglich 5 hl unter der Voraussetzung der Erklärung dieses Vereines zu genehmigen, dass er die Bedingungen für die Wasserabgabe, wie sie für die Volksküche im XV. Bezirke, Friesgasse 11, beschlossen wurde, annehme.

St.-R. Schneiderhan beantragt, dem genannten Vereine 5 hl täglich zu den in Wien üblichen Preisen, und zwar von 2 fl. 50 kr. per Hektoliter und Jahr, den Betriebskosten à 50 kr. per Hektoliter und Jahr und der Wassermesserrente zu überlassen. Die Einleitung hätte auf Kosten des Vereines zu erfolgen.

Dieser Antrag, welchem sich Referent accommodiert, wird angenommen.

(3598.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Wassermehrverbrauchsgebür für das Haus II. Bezirk, Kunzgasse 1, pro III. Quartal 1892 und beantragt die Annahme der angebotenen Pauschalvergütung von 40 fl. für diese Gebür. (Angenommen.)

(3540 und 3515.) **Derselbe** referiert über eine restliche Bauwassergebür nach Robert Heiber für das Haus Or.-Nr. 76, Mariahilferstraße VII. Bezirk, per 5 fl. 67 kr. und eine rückständige Wassermehrverbrauchsgebür für das Haus Or.-Nr. 35 Zollergasse, VII. Bezirk, per 17 fl. und beantragt die Abschreibung der ersteren und die Reducierung der letzteren Gebür. (Angenommen.)

(3514.) **Derselbe** referiert über den Recurs des H. Hoffenreich wegen Zahlung von Wassermehrverbrauchsgebüren per 109 fl. 41 kr. und 31 fl. 68 kr. für das Haus Or.-Nr. 7 Himbergerstraße, X. Bezirk, und beantragt, dem Recurse keine Folge zu geben.

(Angenommen.)

(3435.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Louis von Moskowicz und Ludwig Ritter von Hirschfeld, Buchdruckereibesitzer, IX. Bezirk, Hahngasse 12, um Abschreibung eines Betrages von 150 fl. von der zu entrichtenden Wassergebür und beantragt die Genehmigung unter der ausdrücklichen Bedingung, dass der sich sohin ergebende Gebürenrückstand per 113 fl. 75 kr., sowie die pro 1893 aushaftenden Gebüren unverzüglich bei der städtischen Hauptcassa einbezahlt werden. (Abgelehnt.)

(3458.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Benedict Forster um Reducierung der für das II. Quartal 1892 hinsichtlich des Hauses III. Bezirk, Rennweg 28, vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebür per 3 fl. 76 kr. und beantragt, dieselbe auf 2 fl. 35 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(3358.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Müller um gänzliche Abschreibung der pro IV. Quartal 1892 im Hause Or.-Nr. 61, Taborstraße, aufgelaufenen Wassermehrverbrauchsgebür per 40 fl. 6 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3461.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Gall um Abschreibung, resp. Reducierung der für das IV. Quartal 1892 im Hause III. Bezirk, Strohgasse 4, aufgelaufenen Wassermehrverbrauchsgebür per 5 fl. 28 kr. und beantragt, dieselbe auf 3 fl. 30 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(3634.) **Derselbe** referiert über Protokolle von Bezirksausschusssitzungen im II., III., V., VI., VII., VIII. und IX. Bezirke und beantragt, dieselben zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(3640.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen der Josefine Palm um Ertheilung des Bauconsenses zum Umbaue des Hauses Nr. 112 Ottakring, Hauptstraße Cat.-Parc. 999/3, Einl.-Z. 3004, und beantragt die Bestätigung dieses Bauconsenses zu ertheilen.

Der Stadtrath wäre jedoch bereit, die Bestätigung zu ertheilen, wenn

1. der projectierte Mittelrisalitvorsprung von 6 cm längs der ganzen Hausflucht zu entfallen hat;

2. der projectierte Mittelrisalitvorsprung bloß mit 0·24 m ausgeführt wird.

Die Entschädigung für diese Occupierung des Straßengrundes wird mit 25 fl. per Quadratmeter festgesetzt. (Angenommen.)

(3628.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 26. Mai 1893, Z. 32074, betreffend die Bewilligung zur Ausführung eines Gymnasialgebäudes im V. Bezirke, Kriehuber-Rainergasse, und beantragt, diesen Erlass zur Kenntnis zu nehmen, rücksichtlich die unentgeltliche Überlassung des Straßengrundes per 0·80 m^2 zu genehmigen. (Angenommen.)

(3523.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über den Ankauf eines in die Area des Schulgebäudes, VII., Lerchenfelderstraße 61, hineinragenden Grundstreifens der dem Ignaz Panzer gehörigen Realität, VII., Lerchenfelderstraße 59, zum Ausbaue von drei Ecklehrzimmern dieser Schule und beantragt:

1. Es sei der in der vorliegenden kleinen Planskizze A mit a b c d umschriebene Grundstreifen der Realität Or.-Nr. 59 Lerchenfelderstraße im VII. Bezirke im Ausmaße von circa 10·12 $m^2 = 2·8$ □° behufs Arrondierung der Schulhaus-Realität Lerchenfelderstraße Or.-Nr. 61, respective Ausbau der Ecklehrzimmer in den drei Geschossen des linksseitigen Hoftractes des Schulgebäudes um den von dem Eigenthümer Ignaz Panzer angeforderten Preis von zusammen rund 500 fl. unter der Bedingung käuflich zu erwerben, dass dieser Grundstreifen der Gemeinde — die Verpflichtung zur Versicherung des denselben durchquerenden Rohres der Hofwasserleitung ausgenommen — vollkommen lastenfrei übergeben wird. Die Vertrags- und Übertragungskosten seien von der Gemeinde Wien zu bestreiten. Die Kosten, welche durch die Abtrennung des anzukaufenden Grundes und durch die Freimachung desselben von den Lasten verursacht werden, hätte der Verkäufer zu tragen.

2. Es sei der Ausbau der erwähnten drei Ecklehrzimmer nach dem vorliegenden Projecte des Stadtbauamtes mit dem Kostenbetrage von circa 1800 fl. zu genehmigen und das Stadtbauamt zu beauftragen, diese Herstellung im Laufe der Hauptferien 1893 durch die städt. Contrahenten für currente Arbeiten ausführen zu lassen.

3. Es seien die Kosten für die Grunderwerbung und die vorgenannte bauliche Herstellung von zusammen 2300 fl. auf den Reservefond zu verweisen und auf einer zur Rubr. XII 12 neu zu eröffnenden Subrubrik zu verrechnen.

St.-R. Matzenauer beantragt, die Ausführung der erwähnten Herstellung auf das nächste Jahr zu verschieben und wegen Einsetzung der diesfälligen Kosten in das Präliminare pro 1894 das Nöthige zu veranlassen.

Der Referenten-Antrag wird mit der Modification des St.-R. Matzenauer, welcher sich Referent accommodiert, angenommen.

(3535). **Derselbe** referiert über die Note der k. k. Finanz-Landes-Direction in Wien vom 9. Mai 1893, Z. 21918, betreffend die Übergabe des ehemaligen Wehrmauthäuschens in Kaiser-Ebersdorf in den physischen Besitz des allgemeinen Versorgungsfondes und beantragt:

1. Das ehemalige Wehrmauthäuschen Conscr.-Nr. 143, Cat.-Parc. 303 in Kaiser-Ebersdorf, derzeit im XI. Bezirke gelegen, wird mit der Rechtswirkung vom 1. Mai 1893 ab in den physischen Besitz des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes übernommen.

2. Der Mietzins für dieses Häuschen wird mit dem Betrage von jährlich 70 fl. inclusive Nebengebüren festgesetzt.

3. Falls der vormalige Mauteinnehmer in Kaiser-Ebersdorf Johann Heimschwang, welchem dieses Häuschen derzeit um den von der k. k. Dicasteral-Gebäude-Direction festgesetzten Jahreszins von 16 fl. mietweise überlassen ist, sich nicht verpflichtet, den obigen Jahreszins von 70 fl. vom 1. August 1893 ab zu bezahlen und dieser Verpflichtung nicht thatsächlich nachkommt, ist das erwähnte Mietverhältnis im Augusttermine 1893 vierteljährig pro November-Termin 1893 gerichtlich zu künden.

Für diesen Fall ist das Häuschen nach Lösung des Mietverhältnisses mit Heimschwang an Marie Haindl in Gemäßheit des Protokolles vom 27. Mai 1893 zu vermieten.

4. Das bezeichnete Haus ist bei der k. k. priv. wechselseitigen Brandschaden-Versicherungs-Anstalt in Wien zu versichern.

(Angenommen.)

(2868.) **Derselbe** referiert über den Besetzungsvorschlag für eine provisorische städt. Armenarztensstelle im II. Bezirke und beantragt, es sei principiell zu bestimmen, dass der betreffende Arzt in Kaisermühlen zu wohnen habe und sohin der Act wegen neuerlicher Ausschreibung der Stelle mit dieser Bedingung an den Magistrat zurückzuleiten.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, den Wohnsitz im Sinne des Physikats-Berichtes vom 10. April 1893 am Erzherzog Karl-Platz oder in der nächsten Nähe desselben zu fixieren.

Letzterer Antrag wird angenommen.

Referent beantragt sohin unter Zugrundelegung dieses Beschlusses, dem Dr. Hermann Kästenbaum die in Erledigung gekommene provisorische städt. Armenarztensstelle zu verleihen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 15. Juni 1893 vom 3. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurde gewählt	Zahl der Wahlberechtigten	Zahl der erschienenen Wähler und giltigen Stimmen	Zahl der erhaltenen Stimmen
1	**Wimmer** Karl, k. u. k. Militär-Rechnungsrath in Pension, IX. Porzellangasse 44	3342	1028 1021	596

* * *

(Ausschreibung der Ergänzungswahlen von acht Bezirksausschüssen aus dem 2. und 3. Wahlkörper des XVI. Bezirkes Ottakring.)

Behufs Durchführung der auf Grund des § 36, Absatz 2, des Gemeindestatutes für Wien vorzunehmenden Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss des XVI. Bezirkes Ottakring wird Folgendes bekanntgemacht:

Diese Wahlen werden nach den für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderathes geltenden Bestimmungen und auf Grund der richtiggestellten diesjährigen Gemeinderaths-Wählerlisten vorgenommen.

Für die Wahl werden amtliche Stimmzettel ausgegeben und ist jeder andere nicht behördlich ausgegebene Stimmzettel ungiltig.

Die Stimmzettel sind in allen Rubriken vollständig auszufüllen und auf denselben so viele Candidaten namhaft zu machen, als auf den betreffenden Wahlkörper entfallen.

Die Herren Wähler werden eingeladen, sich am unten angesetzten Tage und Orte mit ihren Legitimationsurkunden persönlich einzufinden.

Für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Legitimationsurkunden, respective Stimmzettel werden jedem Wahlberechtigten über persönliches Verlangen im Steuer- und Wahlcataster, I., neues Rathhaus, Hochparterre, und am Wahltage selbst durch den Vorsitzenden der Wahl-Commission Duplicate ausgefolgt, wenn die Identität des Wählers zweifellos sichergestellt ist.

Die Abgabe der Stimmzettel beginnt an jedem Wahltage um 8 Uhr morgens und wird um 4 Uhr nachmittags beendet, daher auf Wähler, welche nach Schluss der Stimmenabgabe erscheinen, keine Rücksicht genommen werden kann. Genau um 4 Uhr nachmittags werden die Thüren des Wahllocales geschlossen und können von da an nur mehr diejenigen, welche sich zu dieser Zeit im Wahllocale befinden, ihre Stimmen abgeben.

Nach Schluss der Stimmenabgabe wird die Eröffnung der Stimmzettel und die Stimmenzählung in Gegenwart der sich etwa einfindenden Wähler vorgenommen.

Als gewählt sind diejenigen anzusehen, welche die absolute Mehrheit der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten haben.

Haben mehr Personen, als zu wählen waren, die absolute Mehrheit erhalten, so sind diejenigen als gewählt anzusehen, auf welche die größte Stimmenanzahl entfallen ist.

Konnte ein Ergebnis durch die erste Abstimmung nicht erzielt werden, so ist rücksichtlich der noch zu Wählenden zu der engeren Wahl zu schreiten.

Das Recht, sich an der engeren Wahl zu betheiligen, ist durch die Betheiligung an der ersten Wahlhandlung nicht bedingt.

Bei der engeren Wahl sind die Wähler an die Abgabe behördlich ausgefertigter Stimmzettel nicht gebunden.

Sie haben sich auf jene Personen zu beschränken, die bei der ersten Wahl nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten. Bei Stimmengleichheit wird durch das Los entschieden, wer in die engere Wahl einbezogen werden soll.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Mitglieder.

Jede Stimme, welche auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

Als gewählt bei der engeren Wahl sind diejenigen anzusehen, welche die meisten der abgegebenen giltigen Stimmen erhalten

haben. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

Einwendungen gegen die stattgefundenen Wahlen sind innerhalb der acht auf den Wahltag folgenden Tage bei dem Stadtrathe der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einzubringen.

Die Wahlen finden an folgenden Tagen statt: Für den 3. Wahlkörper: am 22. Juni 1893; die eventuelle engere Wahl am 24. Juni 1893. Für den 2. Wahlkörper: am 26. Juni 1893; die eventuelle engere Wahl am 28. Juni 1893.

Ort und Zahl der vorzunehmenden Wahlen.

Die Herren Wähler aus dem	Ort der Wahlen		Anzahl der vorzunehmenden Wahlen
III. Wahlkörper	I. Section A—L	Gemeindehaus, XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 54, Sitzungssaal im 1. Stock	5 Ergänzungswahlen mit vierjähriger Functionsdauer
	II. Section M—Z	Armeninstitut, XVI., Ottakring, Abelegasse 25	
II. Wahlkörper		Gemeindehaus, XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 54, Sitzungssaal im 1. Stock	3 Ergänzungswahlen mit vierjähriger Functionsdauer

Allgemeine Nachrichten.

Schulnachrichten.

Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Gewerbeschul-Commission in Wien vom 8. Juni 1893.

Die Neuwahl des Schulausschusses der Fachschule der Juweliere, Goldschmiede, Silberschmiede und Graveure, sowie die Activierung der Lehrlingsbibliotheken durch den n.-ö. Volksbildungsverein werden zur Kenntnis genommen und letzterem die Anerkennung ausgesprochen.

Dem n.-ö. Gewerbevereine und der Wiener Webergenossenschaft wird der Dank für die Widmung von Schülerprämien votiert.

Der Rechnungsabschluss des Gewerbeschulfondes für das Jahr 1892 wird geprüft und einhellig genehmigt. Der Voranschlag dieses Fondes für das Jahr 1894 wird mit einem Erfordernisansatze von 285.000 fl. und die Bedeckung in gleicher Höhe genehmigt und die Vorlage an die gesetzlichen Factoren in diesem Sinne beschlossen.

Die Commission theilt sich in sieben Specialcomités zur Besichtigung der Schülerarbeiten an den Fortbildungs- und Fachschulen anlässlich des nahenden Schulschlusses und nimmt die Widmung von Medaillen für vorzügliche Schüler der Lehranstalt für Textilindustrie seitens der Genossenschaft der Posamentierer dankend zur Kenntnis.

Der Trennung der gewerblichen Fortbildungsschule in Simmering von dem bisher mit ihr vereinigten Vorbereitungscurse wird im Principe zugestimmt.

Approvisionierungsangelegenheiten.

(Untersagung der Einfuhr von Rindern nach Deutschland wegen Lungenseuche aus einigen Bezirken Niederösterreichs.)

Laut des vom hohen k. k. Ministerium des Innern mitgetheilten, seitens des kaiserlichen Gesundheitsamtes zu Berlin am 2. Mai 1893 ausgegebenen Verzeichnisses wurde auf Grund des Artikels 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. December 1891, R.-G.-Bl. Nr. 16 ex 1892, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolles die Einfuhr von Rindvieh in das Deutsche Reich aus dem Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Waidhofen a. d. Thaya, Zwettl, Horn, Krems, Ober-Hollabrunn, Korneuburg, Mistelbach, Groß-Enzersdorf und dem Gerichtsbezirke Kirchberg am Wagram der Bezirkshauptmannschaft Tulln (I. Sperrgebiet der Kundmachung vom 24. Mai 1892, R.-G.-Bl. Nr. 80) untersagt.

(Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 8. Juni 1893, Z. 36212.)

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 13. Juni 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3305	Stück
Fettschweine	5794	„
Summa	9099	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7921	Stück
für das Land	893	„
unverkauft blieben	285	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 38 bis 48 kr.
Fettschweine . . . „ 35 „ 45½ „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war lebhaft und sind die Preise der Fettschweine im allgemeinen um 1 kr. per Kilo gestiegen, während Jungschweine um 2 bis 4 kr. per Kilo sich im Preise gebessert haben.

* * *

(Pferdemarkt vom 13. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 201 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—140 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 22—65 „ „ „

Der Markt war infolge des Regenwetters sehr flau.

* * *

(Stechviehmarkt vom 15. Juni 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 1977, Kälber lebend 2389, Lämmer Waidner 84, Lämmer lebend 158, Schafe Waidner 267, Schafe lebend 626.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 30 bis 56 kr.
Kälber lebend . „ „ . . . . . „ 25 „ 50 kr.
Lämmer Waidner „ Paar . von 4 bis 10 fl.
Lämmer lebend . „ „ . „ 4 „ 11 fl.
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 24 bis 36 kr.
Schafe lebend . „ „ . . . . . „ 19 „ 26 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 9 bis 20 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 102 Stück Kälber mehr zugeführt. Bei dem großen Angebote meist besserer Qualitäten war der Verkehr träge und wurden die Preise neuerlich um 4 kr. per Kilo herabgedrückt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1341 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des schwachen Auftriebes trotz bloßen Localverkehres etwas besser und haben die Preise eine kleine Besserung erfahren.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 15. Juni 1893 292 Stück Mast- und 286 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Gewerbeangelegenheiten.

(Unberechtigte Ausdehnung der Probezeit, sowie der Lehrzeit bei Lehrlingen.) Zufolge der von den k. k. Gewerbe-Inspectoren des I. und II. Aufsichtsbezirkes über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1892 an die hochlöbliche k. k. n.-ö. Statthalterei erstatteten Berichte wird das Aufdingen von Lehrlingen in vielen Genossenschaften nur einmal im Jahre vorgenommen, wodurch die Probezeit, welche laut § 99 a des Gewerbegesetzes drei Monate nicht überschreiten darf, sich häufig weit über diesen Zeitraum, ja oft bis zur Dauer eines Jahres ausdehnt. Ebenso wird häufig dort, wo das Freisprechen der Lehrlinge nur alljährlich einmal vorgenommen wird, die Lehrzeit in einer den Bestimmungen des § 98 a des Gewerbegesetzes zuwiderlaufenden Weise über das vierte Jahr verlängert.

Auf Grund hohen Statthalterei-Erlasses vom 30. Mai 1893, Z. 27663, werden die Genossenschafts-Vorstehungen aufmerksam gemacht, dass ein derartiger, der Befolgung der gesetzlichen Vorschriften abträglicher und die Lehrlinge schädigender Vorgang unstatthaft und dass die Genossenschafts-Vorstehungen verpflichtet sind, die ihnen in den §§ 99 respective 104 G.-O. übertragenen Functionen auf eine Weise auszuüben, welche es nicht mit sich bringt, dass durch deren Verschulden das Gesetz in anderer Beziehung übertreten wird.

Die Genossenschafts-Vorstehungen werden also zunächst eine hinreichende Zahl von Tagen (etwa in jedem Monate einen Tag) zu bestimmen und sämmtlichen Genossenschaftsmitgliedern bekanntzugeben haben, an welchen die Vorstehungen mündliche Lehrverträge entgegennehmen; es werden dieselben für eine möglichst rasche Vornahme der Protokollierung des Lehrvertrages nach § 99 G.-O. und für ungesäumte Ausfertigung des Lehrbriefes nach Erfüllung der gesetzlichen Vorbedingungen zu sorgen haben.

Die Genossenschafts-Vorstehungen werden endlich, wenn sie auf diese Art, so viel an ihnen liegt, die genaue Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften gefördert haben werden, um so strenger darauf zu sehen haben, dass dieselben auch seitens der einzelnen Mitglieder eingehalten werden, und sie werden denselben durch unnachsichtliche Verhängung der ihnen zustehenden Ordnungsstrafen über Dawiderhandelnde die gehörige Achtung zu verschaffen wissen.

* * *

(Genossenschaft der Wirkwaren-Erzeuger.) Bei der am 15. Mai 1893 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistrats-Secretärs Bilimek vorgenommenen Wahl wurde Herr Johann P. Winkler, k. u. k. Hof-Wirkwarenfabrikant, IV., Hauptstraße 51, zum Vorsteher und Herr Karl Puschan, Petinet-Erzeuger, Gewerbeschul-Inspector, VII., Dreilaufergasse 12, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Wirkwaren-Erzeuger gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 12. Juni bis 15. Juni 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Wallensteinstraße und Treustraße, Grundb.-Einl. 2201, Baustelle 1, von Josef Kauer, Maurermeister (4163).
III. Bezirk: Haus, Erdbergstraße, Grundb.-Einl. 2777, von Karl und Josefa Ripstein, Bauführer F. Weese (4128).
" " Haus, Jacquingasse 29, von Karl Fröschl, Bauführer Giesel (4160).
XIII. Bezirk: Wohnhaus, Stall im Souterrain, Wagenschupfen, Penzing, Bauparcelle 607/5, Grundb.-Einl. 985, von Josef und Anna Resch, Bauführer Ziegelwanger, Baumeister (15528).
XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Wichtelgasse 7, von Katharina Dangelmayer, Bauführer Thomas Mann (25192).
XVII. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Hernals, Mariengasse, Parc. 545/32, Einl.-Z. 1198, von Franz Kornherr, Bauführer Wenzel Sperker, Baumeister (20235).
XVIII. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Währing, Cottagegasse, Einl.-Z. 1803, von Josef und Adele Marek, Bauführer Josef Marek (17638).
" " Zwei Stock hohes Wohnhaus, Währing, Cottagegasse, Einl.-Z. 1801, von Ferdinand und Aloisia Schindler, Bauführer Josef Horak (17709).
" " Zwei Stock hohes Wohnhaus, Währing, Gersthoferstraße, von Marie Hattay und Kinder, Bauführer Johann Ev. Hattay (17760).
" " Hochparterre-Wohnhaus (Villa), Gersthof, Bergsteiggasse 54, von der I. Wiener Wohnungs-Genossenschaft in Gersthof, Bauführer Georg Kleibl (17753).

Für Zubauten:

XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Reindorfgasse 11, von Brüder Schellinger, Bauführer Franz Scherer, Maurermeister (13548).
" " Rudolfsheim, Grenzgasse 5, von Anna Blenk, Bauführer Johann Töpfl, Maurermeister (13572).
" " Rudolfsheim, Neugasse 23, von Karl Honas, Bauführer E. Schwarzer (13573).
XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 148, von Anton Tikert, Bauführer Josef Grünbeck (25197).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Habsburgerstraße 1, von Alma v. Gunesch, Bauführer M. Göd (4115).
" " Annagasse 20, von Karl Frick, Maurermeister (4129).
" " Bauernmarkt 5, von Ludwig Herzfeld, Bauführer F. Priebs (4139).
" " Werderthorgasse 14, von Anton Höcker, Maurermeister (4108).
" " Hohenstaufengasse 5, von der K. k. priv. österr. Länderbank, Bauführer Ferd. Dehm und F. Olbricht (4203).
II. Bezirk: Obere Donaustraße 81, von Hermann Back, Bauführer Johann Strauß (4142).
" " Leygasse 46, von Friedrich Pitschinsky, Bauführer ? (4175).
III. Bezirk: Wällischgasse 67, von Alois Tuka, Bauführer L. Witzmann (4131).
" " Lagergasse 1, von Eduard Schmidt, Stadtbaumeister (4106).
IV. Bezirk: Große Neugasse 9, von F. M. Retschek, Bauführer Stagl und Brodhag (4109).
V. Bezirk: Mittersteig 5, von Max Breyer, Bauführer F. Doleyschka (4173).
VI. Bezirk: Hofmühlgasse 6, von Johann Weißhappel, Bauführer F. Kandler (4141).
VII. Bezirk: Myrthengasse 12, von Josef Gastner, Bauführer Chr. Gatty (4091).
" " Lerchenfelderstraße 152, von Leopold Obermayer, Bauführer Chr. Gatty (4092).
" " Kandlgasse 22, von Anna Wirth, Bauführer A. Frieß (4097).
" " Neustiftgasse 50, von Johann Nowak, Maurermeister (4114).
XIII. Bezirk: Adaptierung und Eindeckung, Hütteldorf, Hauptstraße 22, von Laurenz Gassner, Bauführer A. Trillsam, Baumeister (15497).

XIII. Bezirk: Diverse Adaptierungen, Breitensee C.-Nr. 190, von Friedrich Österreicher, Dr., Bauführer Gottfried Alber, Baumeister (15813).
XVI. Bezirk: Ottakring, Rittergasse 26, von Ignaz Krehan, Bauführer Thomas Mann (25450).
„ „ Ottakring, Kirchengasse 2, von Marie Jankowetz, Bauführer Ferd. Baldia (25581).
XVII. Bezirk: Hernals, Bergsteiggasse 25, von Franz und Anna Gschirhakl, Bauführer Fr. Novaček, Maurermeister (20066).
XVIII. Bezirk: Währing, Gürtelstraße 129, von der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer Jos. Schober (17565).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Grenzmauer, Reichsrathsplatz 3, von Karl Diedek, Bauführer W. Lischka (4153).
II. Bezirk: Aufzug, Weintraubengasse 11, von F. Wertheim & Co., Bauführer ? (4073).
„ „ Waschküche, Kleine Stadtgutgasse 10, an Joh. Gstöttner, Bauführer L. Stöger (4111).
IV. Bezirk: Rohrcanal, Alleegasse 48, von Victor Schmidt & Söhne, Bauführer J. Nowak (4201.)
VI. Bezirk: Abort und Rohrcanal, Mariahilferstraße 22, von Georg Schörg, Bauführer M. J. Sturany (4172).
VII. Bezirk: Magazin, Seidengasse 13, von Leopold Dorfleuthner, Bauführer M. J. Sturany (4081).
„ „ Abort, Siebensterngasse 40, von Katharina Stolz, Bauführer M. J. Sturany (4195).
VIII. Bezirk: Werkstätte, Albertgasse 7, von Josef und Franz Reimer, Bauführer F. Prokesch (4089).
IX. Bezirk: Canalreconstruction, Liechtensteinstraße 112, von Matthias Reif, Maurermeister, Bauführer derselbe (4159).
XI. Bezirk: Abort, Simmering, Dorfgasse 27, Grundb.-Einl.-Z. 80, von Michael Ferstl, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (8598.)
XII. Bezirk: Altmannsdorf, Hauptstraße 7, von Thomas Freunschlag, Bauführer Mich. Borak (16678).
XIII. Bezirk: Abortumstellung, Baumgarten, Hauptstraße 19, von Josef Koban, Bauführer ? (15530).
„ „ Zwei Bodenräume, Lainz, Einsiedeleigasse 23, von Maurit Pokorny, Dr., Bauführer Josef Kopf, Baumeister (15650).
„ „ Rohrcanal, Breitensee, Dreyhausengasse 3, von Joh. Penzl, Bauführer Gottfried Alber, Baumeister (15734).
„ „ Rohrcanal, Breitensee, Herrengasse 14 und 12, von Emanuel Carmine und Ignaz Zwinz, Bauführer Gottfried Alber, Baumeister (15735).

Stockwerks-Aufsetzungen:

I. Bezirk: Seilergasse 6, von Henriette Mayreder, Bauführer F. Kubacschek (4176).
XVIII. Bezirk: Ein Stockaufbau, Gersthof, Weinberggasse 28, von Ludwig Messerschmidt, Bauführer Paul Oberst (17785).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 11, von Wenzel Lukesch (4140).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

I. Bezirk: Herrengasse 12, Strauchgasse 5, Regierungsgasse 4 bis 6, von Em. Ed. Schweinburg (4155).
II. Bezirk: Dresdenerstraße 44, von Josef Friedländer (4194).
III. Bezirk: Grundb.-Einl. 2772, Rennweg und Rechte Bahngasse, von Al. Schuhmacher, Stadtbaumeister (4204).
V. Bezirk: Rampersdorfgasse Grundb.-Einl. 2018 und 2019, von J. M. Miller (4171).
„ „ Reinprechtsdorfgasse, Baustelle II, von Alois Beer (4122).
VI. Bezirk: Stumpergasse 39, von Anna Möldner (4148).
„ „ Hundsthurmerstraße 69, von Franz Schromm (4180).
IX. Bezirk: Lazarethgasse, Baustelle I, von Maria Jostal (4120).
XVI. Bezirk: Ottakring, Lerchenfelderstraße, Cat.-Parc. 2649, Einl.-Z. 1816, Grundb. Ottakring, von Josef Briedling (25380).
XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 73, Einl.-Z. 69, von Josef Dorner (19878).
XVIII. Bezirk: Währing, Grundb.-Einl. 81, Frankgasse 3, von Marie Frank (4107).
XIX. Bezirk: Einl.-Z. 73/23, Josefsdorf, Wienerweg, von Leopoldine Stifft (10886).
„ „ Haus, Conscr.-Nr. 14, Einl.-Z. 409, Heiligenstadt, Ecke Kirchen- und Herrengasse, von Dr. Hermann Ritt. v. Feistmantel als Erbemachthaber nach Dr. August Freih. v. Wehli (10944).
„ „ Haus, Or.-Nr. 46 Ober-Döbling, Hirschengasse, von Amande und Marie Spetter (10945).

Gewerbeanmeldungen vom 9. Juni 1893.

(Fortsetzung.)

Schrom Aloisia — Milch-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Lauerhof 12.
Kraeutler Rosa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Ottakring, Rittergasse 8.
Bielnascher Leopold — Perlmutterdrechsler — XVI., Ottakring, Seitenberggasse 12.
Ordensfrauen vom heil. Herzen — Privat-Volksschule für Mädchen — III., Rennweg 31—33.
Deutsch Victor — Privat-Einzelunterricht in der Buchhaltung, Schön- und Rechtschreiben und Stenographie — I., Bauernmarkt 3.
Schlifka Rachel — Spiritosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Wallensteinstraße 1.
Weinberger Marie — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Wintergasse 3.
Schölmberger Josef — Victualienhandel — XIII., Ober-St. Veit, Amalienstraße 49.
Nussböck Barbara — Victualien-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstr. 26.
Wimmer Leopold — Vogelhändler — XVII., Hernals, Ottakringerstr. 62.
Grohmann Marie — Wäscherin — XIII., Lainz, Hetzendorferstraße 31.
Naglos Johann B. — Weinschank — I., Currentgasse 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 10. Juni 1893.

Prohaska Karl, Dr. — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Bischof Rosalia — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Blumauergasse 17.
Hirschkorn Géza — Buchbinder — VIII., Josefstädterstraße 26.
Jungwirth Anna — Canditen-Verschleiß — II., Glockengasse 9.
Thoma Josef — Betrieb einer Cantine bei den Rennställen — II., Freudenau.
Schmer Jakob Mayer — Colportage mit Büchern und Zeitschriften — II., Hannovergasse 5.
Hertinger Wilhelm — Einspänner — II., Karmeliterplatz.
Deigner Josef — Gastwirt — II., k. k. Prater.
Frey Josefa — Gastwirtsgewerbe — II., Große Pfarrgasse 8.
Schödl Roman — Gastwirt — I., Habsburgergasse 6.
Mandel Theresia — Gast- und Schankgewerbe — II., Schüttelstraße 53.
Cserey Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Pfarrgasse 11.
Engl Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Karajangasse 24.
Grätzl Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Wienerstraße 23.
Baruch Josef — Getreide-Agentur — II., Große Mohrengasse 12.
Sonzogno Eduard — italienische Opernaufführungen — VI., Theater a. d. Wien.
Balzacchi Giuseppe — Verschleiß von Käse und Salami — II., k. k. Prater, I. Kaffeehaus.
Beer Isabella — Kaffeesiederin — I., Kärntnerring 2.
Schaufenbühl Alois — Kleinfuhrmann — II., Kleine Mohrengasse 14.
Taußig Emanuel — Kleinfuhrmann — II., Dammstraße 22.
König Anton — Korbflechtergewerbe — II., Springergasse 9.
Bucher Urban — Milchmeier — X., Ulhlandgasse 8.
Sauberberg Hersch — Milch- und Gebäckverschleiß — II., Circusgasse 19.
Bauer Cäcilie — Modistengewerbe — II., Schiffamtsgasse 5.
Löwenthal Salomon — Erzeugung von Notizbüchern und Albums ꝛc. — II., Czerningasse 23.
Kornherr Julius — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichnenrequisiten — II., Taborstraße 3.
Gregora Felix — Schuhmacher — II., Am Tabor 24.
Zeißl Rosalia — Ausschank von Spirituosen und Verabreichung von Thee — II., Taborstraße 98.
Rosef Isidor recte Israel Iser — Spirituosenhandel — IX., Maria-Theresienstraße 15.
Bullaty Rosalia — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Obere Augartenstraße 70.
Polony Charles, Dr. — Handel mit Thee, Rum und anderen Spiritus-Producten in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — VI., Gumpendorferstr. 78.
Weiß Wenzel — Tischler — XVI., Ottakring, Richtergasse 2.
Reichsfeld Rosa, verehel. Neufeld — Tischlergewerbe — I., Zelinkagasse 12.
Maturzky Paul — Victualienhandel — VI., Schmalzhofgasse 19.
Padevět Marie — Wäscherin — VI., Brauergasse 5.
Koller Katharina — Wäscheputzerin — Währing, Anastasius-Grüngasse 11.
Gall Victoria — Wolladjustierung — I., Salzgries 23.
Klatzl Karl — Zuckerbäcker — XIII., Speising, Hauptstraße 16.
K. k. priv. österr. Nordwestbahn — Betrieb der fremden Kuttenberger Localbahn sammt Schleppbahn — II., Nordwestbahnhof.
K. k. priv. österr. Nordwestbahn — Betrieb der fremden Localbahn Groß-Priesen—Wernstadt—Auscha — II., Nordwestbahnhof.
Eisenbahn Wittmannsdorf—Leobersdorf—Ebenfurth — Betrieb der Schleppgeleise zu der alten und neuen Dampfmühle der k. k. priv. Ebenfurther Dampfmühle und Rollgerstefabrik — I., Heßgasse 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. Juni 1893.

Rezek Franz — Bäcker — XVII., Hernals, Bahngasse 40.
Knill Therese — Drechslergewerbe — VI., Mollardgasse 62.
Käffer Josefine — Fiakergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Gürtelstraße 20.
Grünsfeld Leopold — Verschleiß von Gasbeleuchtungs-, Gasheizapparaten sowie Gas- und Wasserleitungsbestandtheilen — I., Schottenbastei 8.
Kutschirek Vincenz — Gastwirt — XVI., Ottakring, Wichtelgasse 49.
Türr Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 133.
Bacek Maria — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Eisengasse 16.
Erwerth Elise — Kleidermacherin — IV., Favoritenstraße 25.
Pilarski Rosina — Verschleiß von Kurz- und Papierwaren — IV., Phorusgasse 9.
Bitls Franz — Erzeugung von Messerschmied-, chirurgischen und thierärztlichen Instrumenten — IV., Hauptstraße 2.
Schattanek Anton — Milchmeier — XVIII., Gersthof, Hauptstraße 95.
Hohn Paula Olga — Pfaidlerin — VI., Barnabitengasse 12.
Schopf Hermann — Pfaidlergewerbe — X., Buchengasse 90.
Stern Ignaz — Spenglergewerbe — XIII., Penzing, Kaisergasse 6.
Bauer Konrad — Tischlergewerbe — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 22.
Helget Theresia — Victualien-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 4.
Hinterberger Alexander — Victualien-Verschleiß — I., Hohenstaufengasse 5.
Nagel Adolf — Verschleiß von Wohnungs-Einrichtungsgegenständen — IX., Porzellangasse 25.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. Juni 1893.

Scholz Ferdinand — Baumeister — XIV., Rudolfsheim, Braunhirschengasse 34.
Dasinger Aloisia — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Heiligenstadt, Nussdorferstraße 127.
Mößlang Ferdinand — Gastwirtsgewerbe (Nichtbetrieb) — IX., Marktgasse 39.
Borger Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Johannesgasse 66.
Saukup Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 134.
Andert Ludwig — Holzbildhauergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Hollochergasse 26.
Lewy Adelheid, Lewy Ludwig, Hoffmann Leo — Hutfilz-Erzeugung — XIII., Breitensee, Hütteldorferstraße 66.
Seehof Anna — Kaffeeschank — XIV., Sechshaus, Sechshauser Hauptstraße 9.
Bicek Franz — Kleidermacher — XV., Fünfhaus, Tannengasse 5.
Müller Josefa — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XV., Fünfhaus, Märzstraße 22.
Mantick Anna — Handel mit Kunstblumen und Schmuckfedern — XVII., Hernals, Kirchengasse 22.
Gerlinger Georg — Mehl-, Grieß- und Hülsenfrüchten-Verschleiß — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 6.
Stauda Johann — Photograph — XIV., Rudolfsheim, Reindorfg. 36.
Feik Josef — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Märzstraße 7.
Heinisch Johann — Erzeugung von Schuhwichse — VIII., Wickenburggasse 5.
Feßler Amalia — Schul-, Schreib- und Zeichenrequisitenhandel — XV., Fünfhaus, Thalgasse 4.
Broch Adele — Spirituosenhandel — IX., Liechtensteinstraße 31.
Burian Franz — Tischlergewerbe — XVII., Hernals, Mariengasse 34.
Mach Josef — Tischler — XII., Unter-Meidling, Schillergasse 14.
Monath Victor — Vermittlung bei Erwirkung, Verlängerung und Verwertung von Privilegien sowie bei Besorgung der Registrierung von Schutzmarken — I., Jasomirgottstraße 4.
Rostok Nikolaus — Wäscher — XIII., Ober-St. Veit, Mühlbachgasse 3.
Schmied Johann — Verschleiß von Wein, Bier und Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — VIII., Schmidgasse 11.

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes . . . 1247
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 13. Juni 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Beileidskundgebung anläßlich des Ablebens Sr. königl. Hoheit des Herzogs Max Emanuel in Baiern . . . 1247
2. Entschuldigung des Gem.-Rathes Erndt wegen Fernbleibens und Beurlaubung der Gem.-Räthe Altenberg und Haßfurther . . . 1247
3. Legat nach Herrn Paul Schiff für verarmte Gewerbetreibende 1247
4. Spende der Direction der Gesellschaft der Musikfreunde für das städtische Museum (Brahms-Denkmünze) . . . 1247
5. Dank der Zuckerbäcker-Genossenschaft für die gewährte Subvention . . . 1247
6. Spende des Herrn Gem.-Rathes Theodor Ritt. v. Goldschmidt für die städtischen Bibliotheken (Vortrag) . . . 1247
7. Dank der Stiftungsverwaltung des Hauses der Barmherzigkeit für die gewährte Subvention . . . 1247
8. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Buschan, betreffend die Einberufung einer Conferenz der Obmänner der Gemeinde-Armeninstitute . . . 1247
Interpellationen:
9. Gem.-Rath Matzenauer, betreffend die Erstattung des Referates über die Vorarbeiten für den Bau einer zweiten selbstständigen Hochquellenleitung . . . 1248
10. Gem.-Rath Stehlik, betreffend die Gestattung des Eintrittes in das Wasserreservoir am Rosenhügel für Gemeindevertreter . 1248
Referate:
11. Gem.-Rath Matthies, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik „Erhaltung der Schulhäuser“ . . . 1248
12. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Systemisierung des Betriebspersonales für das städtische Volksbad im IV. Bezirke, Klagbaumgasse . . . 1249
13. Gem.-Rath Baugoin, betreffend die Subventionierung des Wiener Taubstummen-Unterstützungsvereines . . . 1249
14. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend Abänderung der Baulinie in der Clementinengasse im XV. Bezirke . . . 1249
15. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für die Hauptstraße in Unter-Baumgarten, die Poststraße und einen Theil der Schul- und Pfarrgasse in Penzing . . . 1250
16. Gem.-Rath Wurm, betreffend Auflassung der Verbindungsgasse zwischen der Mariahilferstraße und dem Platze an der Lazaristenkirche . . . 1250
17. Gem.-Rath Baugoin, betreffend die Subventionierung des Vereines „Kinderschutz“ . . . 1251
18. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend die Ergänzung der Bestimmungen des § 7 der Dienstpragmatik über die für die Aufnahme in den Kanzleidienst vorgeschriebenen Studien . . . 1251
19. Gem.-Rath Noske, betreffend die Herabsetzung der Gebür für die Canal- und Senkgrubenräumung . . . 1252
20. Gem.-Rath Baugoin, betreffend die Veräußerung der Baustelle IX Fluchtgasse 12, Nussdorferstraße 17 . . . 1253
21. Gem.-Rath Müller, betreffend eine Anfrage der Statthalterei wegen Bekanntgabe des Preises und der Bedingungen für den Verkauf der Parcellen 89 bis 97 der Schlosspark-Realität in Baumgarten . . . 1253
22. Gem.-Rath Noske, betreffend die Straßensäuberung im I. Bezirke (Fortsetzung) . . . 1256
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes . . . 1269
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. Juni 1893 . . . 1269
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 15. Juni 1893 vom 3. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 . . . 1274
Ausschreibung der Ergänzungswahlen von acht Bezirksausschüssen aus dem II. und III. Wahlkörper des XVI. Bezirkes Ottakring . . . 1274
Allgemeine Nachrichten:
Schulnachrichten:
Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Gewerbeschul-Commission in Wien vom 8. Juni 1893 . . . 1275
Approvisionierungsangelegenheiten:
Untersagung der Einfuhr von Rindern nach Deutschland wegen Lungenseuche aus einigen Bezirken Niederösterreichs . . . 1275
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 13. Juni 1893 . . . 1275
Pferdemarkt vom 13. Juni 1893 . . . 1275
Stechviehmarkt vom 15. Juni 1893 . . . 1275
Gewerbeangelegenheiten:
Unberechtigte Ausdehnung der Probezeit, sowie der Lehrzeit bei Lehrlingen . . . 1276
Genossenschaft der Wirkwaren-Erzeuger . . . 1276
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 12. bis 15. Juni 1893 . . . 1276
Gewerbeanmeldungen . . . 1277
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 91685 ex 1893.

1241. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 15 Windmühlgasse, Or.-Nr. 9 Theobaldgasse, VI. Bezirk**, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Dienstag den 27. Juni d. J. präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp,** im neuen Rathhause (IV. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist ein Vadium von 200 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 92328

Ref.-Nr. 1638 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Karolinenbrücke über den Wienfluss im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 364 fl. 10 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4 Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die demselben beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 43653

Ref.-Nr. 2118 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung des **Erfordernisses von Schreib- und Zeichenrequisiten für arme Schulkinder an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen der Gemeindebezirke I bis XIX in Wien im Schuljahre 1893/94** um den veranschlagten approximativen Gesammtbetrag von 62.934 fl. ö. W. auf Grund der Vorschrift für die Vergebung der Lieferung der Schreib- und Zeichenrequisiten, sowie der Theken und Linienblätter für arme Schulkinder und der vom Stadtrathe genehmigten Mustercollection wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Samstag, den 1. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (7. Stiege, 2. Stock, Dep. X), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden. Hiezu wird bemerkt, dass zugleich auch die offertmäßige Vergebung der Lieferung der Schreibtheken und Linienblätter, welche sonst immer getrennt von den übrigen Armenlernmitteln vorgenommen wurde, erfolgen wird.

Die Lieferung aller dieser Requisiten wird entweder in Partien für einzelne Gruppen oder Bezirke, für mehrere Gruppen oder Bezirke, oder für alle Gruppen und Bezirke vergeben und kann sonach für eine, mehrere oder alle Gruppen, innerhalb einer jeden Gruppe für einen, mehrere oder für alle 19 Bezirke offeriert werden.

Auch wenn für mehrere oder für sämmtliche Gruppen offeriert werden will, ist für jede Gruppe ein besonderes Offert einzubringen; dagegen kann innerhalb einer und derselben Gruppe in **einem** Offerte für einen, mehrere oder alle Bezirke offeriert werden.

Unternehmungslustige können die Gruppenverzeichnisse, die vorerwähnte Vorschrift und die Mustercollection, die Specialausweise über die veranschlagten approximativen Kosten, dann über den muthmaßlichen Bedarf im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Daselbst können auch Exemplare der bezüglichen Vorschrift gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar der Vorschrift, wobei die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehen, mit dem betreffenden Gruppenverzeichnisse als Offert versiegelt, und zwar jedes Offert separat, zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene 5percentige Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städt. Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. Juni 1893. 3—3

---

*

Ad Prot.-Nr. 93734
Ref.-Nr. 1674 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Erneuerung des Holzstöckelpflasters der stromaufwärts gelegenen Fahrbahn der Ferdinandsbrücke über den Donaucanal im II. Bezirke** im Kostenbetrage von 1620 fl. 78 kr. und 70 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 3. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 86159
Ref.-Nr. 1505 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Zeltgasse im VIII. Bezirke,** und zwar:

1. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1795 fl. 37 kr. und 200 fl. Pauschale, und

2. der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 2294 fl. 63 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 84635
Ref.-Nr. 1470 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Rottenhofgasse und am Bürgerplatze im X. Bezirk** im Kostenbetrage von 4094 fl. 60 kr und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Mai 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 80058
Ref.-Nr. 1397 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung des Michaelerplatzes im I. Bezirke,** und zwar:

1. der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 30.358 fl. 59 kr.,

2. Der **Pflasterung mit Guss-Asphalt** im veranschlagten Kostenbetrage von 2713 fl. 32, und

3. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Betrage von 3462 fl. 40 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 87381 ex 1893
Ref.-Nr. 1537. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Rosinagasse von der Schönbrunnerstraße bis zur Victoriagasse im XV. Bezirke,** und zwar:

1. der **Erd- und Steinpflasterungs-Arbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1430 fl. 90 kr. und 200 fl. Pauschale und

2. der **Holzstöckelpflasterungs-Arbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 7601 fl. 66 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 1461
Ref.-Nr. 47 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Herstellung der Gasrohrleitung vom Gasmesser bis ins Innere des Gebäudes und der Lieferung der tarifmäßigen Beleuchtungs-Objecte für die Schule XV., Fünfhaus, Victoriagasse Nr. 2, im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 1486 fl. 7 kr.** wird auf Grund der vom Stadtbauamte vorgelegten allgemeinen und speciellen Bedingungen vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 26. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (Eingang von der Rathhausstraße, 7. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 2—3

**

Ad Prot.-Nr. 92327

Ref.-Nr. 1637 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der neuen Gasse zwischen Or.-Nr. 27 und 29 Fasangasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 950 fl. 2 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 40200

Ref.-Nr. 614 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den **Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Kirchengasse zwischen der Mariahilferstraße und Lindengasse im VII. Bezirk** im Kostenbetrage von 4469 fl. 55 kr. und 800 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am 4. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 86158 ex 1893

Ref.-Nr. 1504. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Thalgasse im XV. Bezirke von der Blüthengasse bis zur Schönbrunnerstraße** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1274 fl. 5 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 30. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 1—3

Prot.-Nr. 81981
ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Traversenlieferung, der Zimmermann-, Spengler-, Möbeltischler- und Bautischlerarbeiten, der Herstellung einer Holzcement-Dacheindeckung, der Lieferung von Schulbänken und Füllöfen und der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten für die Aufsetzung eines Stockwerkes und den Zubau in der Schule in Hetzendorf, XII. Bezirk,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 84640
Ref.-Nr. 3363 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von completen Water-Closets sammt den damit verbundenen Installations-Arbeiten für die Closet- und Pissoirbespülungs-Einrichtungen in vier Schulgebäuden in Wien** im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 12.073 fl. 15 kr. wird auf Grund der vom Stadtbauamte für die einzelnen Schulen verfassten Kostenanschläge, der allgemeinen Bedingnisse und der Vorschrift sammt den Preistarifen I und II vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 30. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (7. Stiege, II. Stock, Dep. X), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die Vorschrift sammt den Preistarifen I und II im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte können entweder auf die sämmtlichen, ein Object betreffenden Arbeiten und Lieferungen lauten, oder sie können auch als Generalofferte für die sämmtlichen Arbeiten und Lieferungen für alle vier Objecte eingebracht werden.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 15. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 67110
Ref.-Nr. 1143 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Neubergenstraße im XIV. Bezirke Rudolfsheim** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2262 fl. 23 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 44240
Ref.-Nr. 685 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Michaelergasse zwischen der Goldschlag- und Märzstraße im XV. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2254 fl. 14 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. Juni 1893. 1—3

Prot.-Nr. 76260 ex 1893.
1053. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Lieferung der Traversen, der Zimmermanns-, Spengler-, Bau- und Möbeltischlerarbeiten, der Lieferung der Schulbänke, Füllöfen und Water-Closets,** endlich der **Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten** für die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulhaus im XVI. Bezirke, Ottakring, Seitenberggasse Nr. 10, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 19. d. M., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 8. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 84637
Ref.-Nr. 1472 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Burggasse zwischen der Gürtelstraße und der Grenze des VII. Bezirkes** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1066 fl. 7 kr. und 150 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 20. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Juni 1893. 3—3

Ad Statth.-Z. 35636 ex 1893. Z. 93596. V.

Kundmachung.

(Canalisierung des Gebietes Kaisermühlen.)

Der Wiener Magistrat hat das Project für die Canalisierung des Gebietes Kaisermühlen des II. Wiener Gemeindegebietes zur wasserrechtlichen Verhandlung vorgelegt.

Dieses Project umfasst nachbezeichnete Anlagen:

1. Herstellung eines Hauptsammelcanales durch die Schüttaustraße, Linnégasse und die Schiffmühlengasse, welcher in der Verlängerung der zwischen den Baugruppen v und u liegende Straße (hinter der Appretur-Anstalt F. E. Edlinger) den Kaisermühlendamm (Inundationsdamm) unterfährt und in den Donaustrom einmündet.

2. Herstellung von Steinzeugrohrleitungen in den Nebenstraßen.

3. Einbauung einer Schleuse im Überschwemmungsdamme.

4. Herstellung einer Pumpenanlage, um bei geschlossener Schleuse das Canalwasser über den Überschwemmungsdamm in den Donaustrom pumpen zu können. — Endlich

5. Herstellung eines Nothauslasses in das alte Donaubett.

Die Verhandlung über dieses Ansuchen findet **am 27. Juni 1893** unter der Leitung des k. k. Bezirks-Commissärs von Luschin statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich am bezeichneten Tage **um 9 Uhr vormittags** an der Kreuzung der Schüttaustraße mit der Bellegardegasse.

Hievon geschieht gemäß § 79 des n.-ö. Wasserrechtsgesetzes vom 28. August 1870 (L.-G. und V.-Bl. Nr. 56) die Verlautbarung mit dem Beifügen, dass bei dieser Verhandlung die nicht schon früher geltend gemachten Einwendungen vorzubringen sind, widrigens die Betheiligten der beabsichtigten Unternehmung und der dazu nöthigen Abtretung oder Belastung von Grundeigenthum als zustimmend angesehen würden und auf spätere Einwendungen keine Rücksicht genommen werden würde.

Wien, am 10. Juni 1893. 1—3

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Z. 18067.

Edict.

Von dem magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk wird wegen Einbringung rückständiger Nachsteuer die Feilbietung der auf 95 fl. geschätzten beweglichen Sachen, bestehend aus circa 436 l Rothwein, in die Verlassenschaft nach August Müller gehörig, bewilligt.

Zur Vornahme dieser Feilbietung wird der **26. Juni d. J. für den I. Termin** und der **10. Juli d. J. für den II. Termin** mit dem Beisatze bestimmt, dass diese Gegenstände, wenn sie beim I. Termin nicht wenigstens um den Schätzungswert verkauft würden, beim II. Termine auch unter demselben hintangegeben werden.

Kauflustige wollen daher an dem bestimmten Tage um **10 Uhr vormittags im Hause Nr. 10, Wielandplatz im X. Bezirk,** erscheinen.

Magistratisches Bezirksamt für den X. Bezirk.

Wien, am 12. Juni 1893. 1—3

M.-Z. 76202 ex 1892.

Kundmachung.

(Verkäufliche städtische Gründe.)

a) Die Baustellen Nr. 10, 11, 12, 17, 18, 27 und 28 am sogenannten Gerichtswege nächst der Breitenfurtherstraße in Unter-Meidling, XII. Bezirk.

b) 84 Baustellen auf der Area des ehemaligen Schlossparkes in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk.

c) 18 Baustellen am Galitzynberge nächst der Pichlergasse in Dornbach, XVII. Bezirk.

Nähere Auskunft sowie Entgegennahme von Offerten im neuen Rathhause I., Magistratsstraße, Magistratsdepartement IV, 4. Stiege im Mezzanin. 4—6

M.-Z. 43338 XII.

Kundmachung.

(Waisenhausvaterstelle.)

Wegen Besetzung der in Erledigung gekommenen Stelle des Waisenhausvaters für das II. städtische Waisenhaus für Knaben im V. Gemeindebezirke, mit welcher auch die Stelle des Verwalters des städtischen Asyls für verlassene Kinder verbunden ist, wird hiemit der **Concurs** ausgeschrieben.

Diese Stelle wird vorläufig nur auf ein Jahr provisorisch verliehen und kann der bestellte Waisenhausvater erst nach diesem Zeitraume um die definitive Anstellung einschreiten.

Mit derselben sind ein Jahresgehalt von 800 fl., dann vier bei der Pensionierung oder Quiescierung anrechenbare Quinquennien à 100 fl., eine Naturalwohnung im Anstaltsgebäude, der Bezug des für diese Wohnung erforderlichen Brenn- und Beleuchtungsmateriales und endlich die Verköstigung des Waisenhausvaters, seiner Gattin und seiner im Familienverbande lebenden Kinder nach den diesfalls bestehenden Normen, ferner für die Leitung des städtischen Asyls für verlassene Kinder eine in die Pension nicht einrechenbare Diensteszulage von jährlich 400 fl., in welcher auch die Remuneration für die Waisenhausmutter bezüglich der ihr erwachsenden Mehrleistung mit inbegriffen ist, verbunden.

Die sämmtlichen Obliegenheiten eines Waisenhausvaters des II. städtischen Waisenhauses und des Verwalters des städtischen Asyls sind in den bezüglichen Instructionen enthalten, welche während der Concursdauer im Waisendepartement des Wiener Magistrates eingesehen werden können.

Der Gattin des Waisenhausvaters obliegt ohne Anspruch auf eine Honorierung die Besorgung und Überwachung aller in einem geordneten Haushalte der Familienmutter obliegenden Geschäfte (und zwar insbesondere die Besorgung der Ausspeisung der in den beiden Anstalten befindlichen Personen und die Aufsicht über die Garderobe und Wäsche).

Bewerber um diese Stelle sollen nicht weniger als 35 Jahre alt und müssen österreichische Staatsbürger und verheiratet sein; Bewerber, die schon im Communaldienst stehen, dürfen das Alter von 50 Jahren, andere das Alter von 40 Jahren nicht überschritten haben.

Außerdem müssen die Bewerber die Lehrbefähigung für öffentliche Volksschulen nachweisen und der Musik, und zwar mindestens des Violinspieles, kundig und zum Unterrichte im Gesange für Kinder befähigt sein.

Der Wiener Magistrat behält sich vor, die Eignung der Bewerber für diese Stelle und den Besitz der geforderten musikalischen Kenntnisse durch eine Prüfung zu erhärten.

Die vorschriftsmäßig zu stempelnden Gesuche um diese Stelle sind mit den Taufscheinen und dem Trauungsscheine des Bewerbers und seiner Ehegattin, dem Heimatsdocumente und den Zeugnissen über die Lehrbefähigung, die bisherige Verwendung und die musikalischen Kenntnisse des Bewerbers und, falls die Gattin des Bewerbers bereits eine größere Hauswirtschaft geleitet oder hiebei mitgewirkt hat und hierüber ein Zeugnis beizubringen imstande ist, auch mit dem bezüglichen Zeugnisse zu belegen und längstens bis **30. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Juni 1893. 1—3

M.-Z. 83333
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung für Witwen.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass am 15., beziehungsweise am 14. October 1893 die verfügbaren Interessen der **Katharina und Lazar Goldstein'schen Stiftung** für fünf hilfsbedürftige Witwen im Betrage von 1030 fl. ö. W. dergestalt zur Vertheilung gelangen, dass drei Witwen mosaischer und zwei Witwen, welcher christlichen Confession immer, je der fünfte Theil dieser Interessen eingehändigt wird. Anspruch auf diese Stiftung haben dürftige, im Polizeibezirke Wien wohnhafte Witwen aus dem Civilstande von nachgewiesener tadelloser moralischer Haltung, deren Ehemänner in dem der Vertheilung unmittelbar vorangehenden Sonnenjahre ohne Hinterlassung eines Vermögens gestorben sind und namentlich dem Rabbinats- und Lehrerstande angehört haben.

Bei gleicher Dürftigkeit haben jene Bewerberinnen den Vorzug, welche die größere Anzahl Kinder besitzen.

Die Vertheilung erfolgt durch den Herrn Bürgermeister von Wien.

Dem Gesuche ist der Todtenschein des Gatten, der eigene Geburts- respective Taufschein, der Trauungsschein, die Geburts- respective Taufzettel der Kinder, ein Sittenzeugnis, der abhandlungsbehördliche Bescheid, dass die Verlassenschaft des verstorbenen Gatten armutshalber abgethan wurde, endlich ein legales Armutszeugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. August 1893 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Mai 1893. 2—3

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der **Schwestern Fröhlich-Stiftung** zur Unterstützung bedürftiger, hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden im Jahre 1893 Stipendien und Pensionen verliehen.

Gesuche sind zu überreichen bis 30. September 1893 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I. Bezirk, Lichtenfelsgasse Nr. 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.

Wien, am 1. Juni 1893. 3—3

M.-Z. 83331
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, **dass am 10. October 1893 die Interessen der Heinrich Freiherr von Haymerle'schen Stiftung im Betrage von 158 fl. an drei hilfsbedürftige Witwen, mit einem oder mehreren unmündigen Kindern, zur Vertheilung gelangen.**

Auf diese Stiftung haben nur solche Witwen Anspruch, deren Gatten im Laufe der mit dem 10. October 1892 beginnenden Jahresperiode verstorben sind.

Bewerberinnen um eine Betheiligung auf diese Stiftung haben den Gesuchen ihren Tauf-, Trauungs- und Heimatschein, den Todtenschein des Gatten, die Taufscheine der Kinder, sowie ein legales Zeugnis über ihre Dürftigkeit beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 31. Juli 1893 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Mai 1893. 2—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 49. Dienstag, den 20. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **14. Juni 1893** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Lechner entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Der in Vöslau verstorbene Realitätenbesitzer Josef Hüttl hat in seinem Testament den Armen Wiens Staatsrenten-Obligationen per 2000 Kronen legiert, welche der k. k. Notar Dr. J. Bruckner zu Handen des Herrn Bürgermeisters erlegt hat.

Es wird der Dank ausgesprochen.

3. Herr Gem.-Rath Matzenauer hat an den Herrn Bürgermeister folgende Interpellation gerichtet.

1. „Nachdem circa 3 Monate verflossen sind, ein gewiss genügender Zeitraum, um das diesbezügliche Magistratsreferat gewärtigen zu können, erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage, wann das Referat hierüber — es hätte nämlich nach dem Antrage des Herrn Interpellanten unverweilt nach Anhörung von Sachverständigen (Geologen und Hydrotechniker) das zu wählende Quellengebiet in Vorschlag gebracht werden — erstattet werden wird, resp. ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, die Vorlage urgieren zu wollen."

Darauf habe ich die Ehre, zu bemerken, dass der Bericht des Stadtbauamtes und des Magistrates bereits vorgelegt worden ist und demnächst das Referat im Stadtrathe erstattet werden wird.

Ich bitte um die Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

4. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Ich habe in der Sitzung des Gemeinderathes vom 5. Februar 1892 den Antrag eingebracht, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass die Gebür für die Überbrückung der Westbahn, wo die Beitrittsleistung von Seite der Gemeinde Rudolfsheim bereits überschritten ist, aufgehoben werden soll.

Nachdem dieser Antrag bis heute noch nicht in Verhandlung kam und dies ein großes Hemmnis für die Bauthätigkeit in den Bezirkstheilen jenseits der Westbahn ist, so erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wann wird mein Antrag zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung gelangen?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Diese Interpellation wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

5. Anfrage des **Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck** an den Bürgermeister:

Die Schulräume in den Hernalser Schulen erweisen sich für das Schuljahr 1893/94 als viel zu beschränkt. Es stellt sich als nothwendig heraus, dass während dieser Zeit, da einzelne Classen an Überfüllung leiden werden, bei 17 Spätunterrichtsclassen 2 Wanderclassen errichtet werden müssen, da außerdem noch 2 Bürgerschulclassen nothwendig sind.

Das gegenwärtig im Bau begriffene neue Schulhaus bei der Redemptoristenkirche dürfte kaum heuer mehr der Benützung übergeben werden können, da triftige sanitäre Gründe gegen die sofortige Beziehung eines Neubaues sprechen.

Soll aber im nächsten Schuljahr allenthalben das Lehrziel erreicht werden können, so ist es aus pädagogischen Rücksichten dringend geboten, dass beizeiten auf die Besorgung der nothwendigen Schulräume gesehen wird, damit nicht, wie so manchmal, alles bei Beginn des Schuljahres geschieht.

Der Gefertigte gestattet sich deshalb die Anfrage:

Wird vielleicht das neuerbaute Schulhaus doch bezogen? Wenn nicht, gedenkt der Herr Bürgermeister rechtzeitig für die Aufnahme geeigneter Locale zum Schulunterrichte Vorsorge treffen zu wollen?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Ich habe Sonntag ein Schreiben von den Bewohnern der Schellingergasse im XIV. Bezirk erhalten, worin dieselben Beschwerde führen, dass der dortige Auslaufbrunnen sehr schwach rinnt und die Leute sich um einen Krug Wasser streiten und raufen müssen.

Die Bewohner haben sich an mich gewendet mit dem Ersuchen, ich möchte in dieser Angelegenheit intervenieren und Abhilfe schaffen.

Ich erlaube mir demnach an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, die betreffenden Organe zu beauftragen, den Lauf des Wassers bei den Auslaufbrunnen gehörig zu regulieren und zu überwachen?

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck** und Genossen:

Das Glockengerüst der Pfarrkirche im XVII. Gemeindebezirke Hernals ist sehr schadhaft und zufolge seiner Holzconstruction auch äußerst feuergefährlich.

Gegenwärtig wird nun die Pfarrkirche einem gründlichen Umbau unterzogen, wobei auch der ganze Thurm vollständig eingerüstet ist.

Nachdem Glocken und Thurm obgenannter Kirche Eigenthum der Gemeinde Wien sind, stellt der Gefertigte hiemit den Antrag:

Es sei das Glockengerüst einer gründlichen Renovierung zu unterziehen, eventuell dasselbe durch eine Eisenconstruction neu herzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

8. Antrag des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Einer der verdienstvollsten Schulmänner im XIV. Bezirk Rudolfsheim, der pensionierte Schuldirector Michael Lehner, Ehrenbürger von Rudolfsheim, Besitzer des goldenen Verdienstkreuzes, ist vor kurzem mit Tod abgegangen.

Derselbe hat als Lehrer, Oberlehrer und Schuldirector durch mehr als 50 Jahre in der Gemeinde Rudolfsheim gewirkt, war auch lange Jahre Mitglied der Gemeindevertretung und des Ortsschulrathes und hat sich mithin große Verdienste erworben.

Nachdem jetzt beabsichtigt wird, alle gleichnamigen Gassen in Wien umzutaufen und der XV. Bezirk mehrere derselben hat und die Gasse, wo der Verblichene als Director gewirkt hat, auch eine solche ist, erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass zur Erinnerung an den verdienstvollen Schuldirector Herrn Michael Lehner die Schmelzgasse im XIV. Bezirke den Namen „Lehnergasse" erhalten soll.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir gelangen zur Tagesordnung. Herr Referent Gem.-Rath Noske wird zuerst ein dringendes kurzes Stück referieren und dann zum Referate über die Straßensäuberung übergehen.

9. Referent Gem.-Rath Noske: Der Antrag steht auf dem Nachtrage zur Tagesordnung Nr. 22.

Es handelt sich um eine Schulreparatur, die eingeleitet und mit Beginn der Hauptferien gleich vorgenommen werden soll. Es ist dies eine Angelegenheit, die bereits seit zwei Jahren in der Schwebe ist. Der Hauptsache nach ist der Antrag gestellt, dass in der Schule im VII. Bezirke, Zieglergasse 21, dringende Renovierungen vorgenommen werden sollen. Erstens, die Erneuerung der sämmtlichen vier Façaden des Schulgebäudes. Dieser Gegenstand ist bereits im Jahre 1891 dem Gemeinderathe vorgelegt worden. Ich habe auch damals das Referat gehabt, habe mit einem Collegen die Schule besichtigt und wir sind zu der Meinung gekommen, dass damals die Reparatur noch nicht so dringend nothwendig war, und dass namentlich nicht eine, ich möchte sagen, gleichmäßige Abnützung aller vier Façaden stattgefunden habe. Wir haben damals die Angelegenheit nicht zur Erledigung gebracht und auch im Jahre 1892 das nicht gethan.

Dazwischen ist aber die Verwitterung des Anstriches weiter fortgeschritten und es liegt heute die Sache so, dass man mit Beruhigung sagen kann, es ist nunmehr nothwendig, ja im Interesse der Erhaltung des Gebäudes zweckmäßig, gleichzeitig alle vier Façaden zu renovieren, und deswegen haben wir damals nicht beantragt, dass die Renovierungen vorgenommen werden, weil damals noch nicht alle Façaden einer Renovierung bedürftig waren, wir also doppelte Kosten gehabt hätten; heute kann die Sache unter einem erledigt werden. Außerdem ist in dieser Schule seit ihrem mehr als 20jährigen Bestande am Anstriche der Thüren und Fenster außer kleinen Reparaturen nichts gebessert worden und es ist der Anstrich nun in einem solchen Zustande, dass man heute sagen kann, die Herstellung des Anstriches sei nothwendig im Interesse der Erhaltung. Es wird nun von den Ämtern ein Antrag gestellt und vom Magistrate gutgeheißen folgenden Inhaltes (liest):

„1. Es sei die Erneuerung der sämmtlichen vier Façaden des Schulhauses im VII. Bezirke, Zieglergasse 21, nach den vorliegenden Kostenanschlägen des Stadtbauamtes mit dem Betrage von 1817 fl. 71 kr. und einem Pauschalbetrage von 80 fl. für eventuellen Glasbruch zu genehmigen.

2. Es sei die Erneuerung des Anstriches der sämmtlichen Thüren und Abort-Abtheilungswände im Schulhause nach dem bauämtlichen Kostenanschlage (inclusive der bezüglichen Tischler- und Schlosserarbeiten) mit dem Betrage von 530 fl. 1 kr., sowie die Umpflasterung der Einfahrt mit dem Kostenbetrage von 35 fl. gleichfalls zu genehmigen."

Die Ursache, warum diese Angelegenheit vor das Plenum kommt, liegt darin, dass die Kosten nicht mehr bedeckt sind. Es wird daher beantragt, das Plenum möge genehmigen, es sei zur Deckung der diesbezüglichen Gesammtkosten per 2462 fl. 72 kr. auf Ausgabs-Rubrik XII 4 c „Erhaltung der Schulhäuser" ein Zuschusscredit in gleicher Höhe zu bewilligen. Falls diese Genehmigung ertheilt wird, wäre die Arbeit durch das Stadtbauamt, und zwar unter Vermittlung der städtischen Contrahenten während der Hauptferien auszuführen und die Conten unter Detailverrechnung vorzulegen.

Nachdem ich mich persönlich überzeugt habe und auch die Ämter seit Jahren darauf dringen, dass diese Reparatur gemacht wird, bitte ich um Ihre Genehmigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Für Renovierungen und Herstellungen in dem Schulgebäude VII., Zieglergasse 21, wird zur Ausgabs-Rubrik XII 4 c ein Zuschusscredit in der Höhe von 2462 fl. 72 kr. bewilligt.

10. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Wir gelangen nun zur Fortsetzung der Berathung über das Referat betreffs der Straßensäuberung.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Der Herr Referent hat gestern die Bemerkung gemacht, dass er die Stritz'schen Angaben und Ziffern in seinem Schlusworte richtigstellen werde. Ich muss geschäftsordnungsmäßig verlangen, dass dies gleich jetzt geschehe, damit ich in der Lage bin, mich mit diesen Richtigstellungen noch befassen zu können, es wäre denn, dass der Herr Referent erklärte, nachdem das Stritz'sche Project ohnedies zum Gegenstand dieses Referates nicht gehört, dass er sich später auch damit nicht weiter befassen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich muss darauf bemerken, dass weder ich noch die Versammlung den Herrn Referenten zwingen kann, etwas sofort oder später vorzubringen. Findet die Versammlung,

dass nach dem Schlusswortе des Herrn Referenten weitere Aufklärungen über den Gegenstand nothwendig sind, so kann jederzeit die Wiederaufnahme der Debatte verlangt werden.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Winker. (Nicht anwesend.) Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Dr. Rechansky.

Gem.-Rath Dr. Rechansky: Meine Herren! Ich halte es für keinen blinden Reformtrieb, wenn eine ansehnliche Zahl der Mitglieder dieser Versammlung der Anschauung ist, dass in Bezug auf die Straßenreinigung Wiens überhaupt und die Straßenreinigung der Inneren Stadt insbesondere eine Abänderung getroffen werden müsse. Der leitende Gedanke dabei ist der, dass die Straßenreinigung Wiens in einer anderen Form billiger und besser hergestellt werden könne. In dieser Richtung eröffnet das Stritzl'sche Project sehr verlockende Perspectiven; allerdings aber sind die Ziffern und die Angaben, welche in dem allen Herren wohlbekannten Projecte enthalten sind, von Seite des Stadtbauamtes bestritten worden, und zwar in einer ziemlich scharfen Weise, so dass man nach den Angaben des Stadtbauamtes kaum eine Ziffer in dem ganzen Projecte als maßgebend gelten lassen, als richtig annehmen könnte. Ich glaube aber, dass das Stadtbauamt in der Kritik des Stritzlschen Projectes allerdings zu weit gegangen ist und übersehen hat, dass in dem Buche und in der Arbeit trotz aller Irrthümer ein guter Kern gelegen ist, und dieser gute Kern ist die Initiative, die in dem Buche liegt, sie liegt in dem Fleiße, der auf diesen Gegenstand verwendet wurde, sie liegt in einer gewissen Energie, die aus dem Buche spricht, sie liegt in einer Systematik, mit welcher an diesen Gegenstand herangetreten worden ist. Das sind die Vorzüge der Arbeit und es ist nicht zu übersehen, dass Reformen in der Regel von einzelnen thatkräftigen Menschen ausgehen, wenn sie auch in den Principien anfänglich irren, und dass solche Reformen selten zu erwarten sind von Ämtern, die ihrer Organisation gemäß in natürlicher Weise dahingedrängt werden, in der Gewohnheit trägem Geleise fortzufahren. (Rufe: Sehr richtig!) Nun aber ist für uns, welche wir die Sache entscheiden wollen, die Frage jedenfalls noch nicht klar; es ist richtig, wir müssen anstreben, dass das Budget, welches in den letzten Jahren bedeutend gewachsen ist, durch entsprechende Ersparungen vermindert werden kann.

Ich erkläre ja offen und ich habe wiederholt diesen meinen Standpunkt in dieser Versammlung erklärt, dass ich nicht so sehr dafür bin, dass die Commune durch industrielle Unternehmungen ihre Einnahmen vermehrt, als dass sie durch eine zweckmäßige Organisation der natürlichen Aufgabe ihrer Verwaltung Ersparungen erzielt. Die Straßenreinigung aber halte ich für eine jener Verwaltungsthätigkeiten, welche von der Commune selbst womöglich erfüllt werden müssen. Die Straßenreinigung ist in so vielfacher Beziehung von größter Wichtigkeit, sie ist wichtig in Bezug auf die Gesundheit und in Bezug auf das ganze Ansehen einer Stadt. Denn es ist kein Zweifel, wie ja Liebig in nicht nur geistreicher sondern auch richtiger Weise darauf hingewiesen hat, dass ein gewisser Culturmesser der Verbrauch an Seife unter einem Volke ist, dass auch ein Zeichen des Standes der Cultur einer Stadt — die Reinlichkeit der Straßen ist. Wer jemals in einer orientalischen Stadt gewesen ist, wird sofort einen gewissen asiatischen Beigeschmack empfinden, wenn er auf den Zustand der Straßen sieht. Darunter meine ich nicht vielleicht Städte, die wirklich im Oriente, wirklich in Asien liegen, sondern Städte, welche z. B. unten in den Balkanländern gelegen sind und die durch Jahrhunderte unter der türkischen Wirtschaft zurückgeblieben sind gegenüber der Entwicklung des anderen Europas. Ich habe Gelegenheit gehabt, einmal diese Städte zu sehen, und kann aus eigener Wahrnehmung sprechen. So reizvoll dort die Gegend ist und so schön sich eine solche Stadt ausnimmt, wenn man sie von oben ansieht, insbesondere die einzelnen Minarets in die Luft ragen sieht, so sonderbar ist der Zustand der Stadt, wenn man sie betritt. Da findet man auf den Straßen, möchte ich sagen, die ganze innere Geschichte der Häuser, man findet in den Straßen alle Verbrauchsgegenstände der einzelnen Häuser, sieht alles, was die Leute gegessen haben ꝛc. — Bei einem Europäer wird dieser Zustand einer Straße sofort einen gewissen Widerwillen hervorrufen, während auf der anderen Seite es den Fremden auf das angenehmste berührt, wenn er gut gereinigte Straßen findet. Es ist keine Frage, dass die Reinlichkeit eines Hauses nach gewissen Gegenständen und so auch der Culturzustand einer Stadt nach der Reinlichkeit der Straßen beurtheilt wird.

Was die Straßenreinigung der Inneren Stadt, die eigentlich der Gegenstand des Referates und der Debatte ist, anbelangt, so läßt sich gerechterweise nicht sagen, dass die Transport-Gesellschaft, die nahezu 20 Jahre die Reinigung der Stadt besorgt hat, sich besondere Nachlässigkeiten hat zuschulden kommen lassen. Allerdings sind kleine Mängel, insbesondere zu gewissen Zeiten, vorgekommen. Ich glaube, das ist auch schon von einem der Herren Redner erwähnt worden. Es ist ein ganz richtiger Gedanke, glaube ich, dass, wenn die Commune die Straßenreinigung in eigene Regie übernehmen wird, es auch nicht vollständig tadellos abgehen wird, aber in gewisser Beziehung wird sich wahrscheinlich der Zustand bessern, und zwar besonders bei Schneefällen und in besonders schwierigen Situationen. Man konnte im heurigen Winter zum Beispiel die Bemerkung machen bei einem Schneefalle, der allerdings sonderbarer Natur war, indem der Schnee dicht und hoch gefallen war und unmittelbar darauf Thauwetter folgte, dass damals die Transport-Gesellschaft die Reinigung der Straßen in so planloser Weise besorgt hat, dass ich gestaunt habe. Ich erinnere mich, dass damals zum Beispiel in den belebtesten Straßen die Schneepflüge gefahren sind und auf beiden Seiten eine ziemlich hohe Mauer von Schnee angehäuft haben und keine Übergänge gemacht wurden. Nun sind die Passanten auf dem Trottoir rathlos gestanden, wie sie auf die andere Seite hinüberkommen sollen. Man war gezwungen, durch kleine Seen, die sich gebildet hatten, geradezu durchzuwaten und mit nassen Füßen und Stiefeln in sein Bureau oder wo man sonst hingieng, zu kommen. Das ist ein Fehler, ein Vorkommnis gewesen, welches zurückzuführen ist auf eine mangelnde Organisation im Augenblicke der Gefahr und auf ein ungeschultes Personale.

Das führt mich auf den Gedanken, zu sagen, dass allerdings die Straßenreinigung in Wien oder in der Inneren Stadt, wenn sie auch durchaus nicht als schlecht zu bezeichnen ist, eine verbesserungsfähige und verbesserungswürdige ist, insbesondere mit Rücksicht auf eine vollständige und klare Organisation der Arbeit. Sie kann auch verbilligt werden; das hängt mit dieser Organisation zusammen, denn wenn man sich die einzelnen Ziffern ansieht, aus welchen die Budgetpost zusammengesetzt ist, so wird man zu der Erkenntnis gedrängt, dass ein besonders großer Aufwand für die Straßenreinigung Wiens auf dem großen Verbrauche von Arbeitskräften und dem großen Verbrauche von Fuhrwerken basiert. Wenn man all die Leute zusammenzählt, welche sich in Wien in einem Jahre mit der Straßenreinigung beschäftigen, so dürfte man auf

eine Zahl von 2000 Personen kommen. Das ist gegenüber den Personen, die in anderen Städten von gleichem Umfange zur Straßenreinigung verwendet werden, eine exorbitante Ziffer.

Allerdings sind in dem Stritzl'schen Buche diese Ziffern bestritten. Es muss Herr Stritzl die Ziffern vertreten, die ich nach seinem Buche citiere. Ich weise aber darauf hin, dass er berichtet, dass Berlin bei einem Flächenausmaße von circa 8,000.000 m² die Straßenreinigung mit circa 430 Arbeitern besorgt.

Wenn man nun bedenkt, dass in Wien zur Straßenreinigung die fünffache Arbeitskraft aufgewendet wird, so muss man allerdings zu dem Schlusse kommen, dass in Wien ein zu großer Verbrauch in Arbeitskraft ist, und hier liegt der Punkt, wo die Organisation beginnen muss. Es ist eine Thatsache, dass in Wien zu Straßenkehrern eigentlich sonst zugrunde gegangene Menschen verwendet werden. Eine tragische Laufbahn nach unten schließt in Wien traditionell beim Straßenkehrer ab. Das hat zur Folge, dass man zum Straßenkehren Menschen verwendet, die physisch dazu gar nicht mehr tauglich sind und die auch intellectuel herabgekommen sind. So einfach die Arbeit auch erscheint, so erfordert sie jedoch, wie jede Arbeit, die tüchtig und ordentlich ausgeführt sein soll, ein gewisses Maß von Intellect oder ein gewisses Maß von Erfahrung. Ich glaube, dass, wenn in Wien eine zweckmäßigere Organisation der Arbeiter geschaffen würde, die die Straßenreinigung der Stadt Wien mit größerem Verständnis vornähme als bisher es geschieht, dann auch der Weg gefunden sein wird, die Straßenreinigung von Wien zu verbilligen. Ebenso scheint mir ein zu großer Verbrauch an Fuhrwerk stattzufinden. Also bei diesen zwei Punkten müsste die Reform ansetzen.

Es ist gewiss ein berechtigtes Streben des Gemeinderathes, durch eine bessere und billigere Straßenreinigung einerseits den Verwaltungszweig zu heben und andererseits das Budget zu entlasten. Aber, meine Herren, wir sind allerdings durch eine eigenthümliche Behandlung des Gegenstandes jetzt in einer gewissen Zwangslage. (Widerspruch links.) Es ist schon vom Vorredner die Behandlung der Frage getadelt worden; ich kann sie auch nicht billigen und kann es nicht billigen, dass eine solche Frage, bezüglich welcher schon lange in der Luft gelegen ist, dass ein großer Theil der Versammlung die Übernahme in die eigene Regie für zweckmäßig erachtet, erst in der letzten Stunde zur Behandlung gekommen ist. Ich will allerdings dahinter keinen besonderen Coup vermuthen, sondern ich nehme an, dass das Stadtbauamt so fest von der Überzeugung durchdrungen war, dass die eigene Regie nicht möglich ist, dass sie zu theuer kommt, dass es gar nicht daran gedacht hat, dem Gemeinderathe die nöthige Zeit zu lassen, eventuell die eigene Regie zu beschließen. Ein solcher Irrthum, eine solche Befangenheit nach einer Richtung ist zu bedauern, aber ich will nicht zu schwer über sie zu Gerichte sitzen. Jedenfalls hat sie uns in die unangenehme Lage gebracht, zu einer Zeit über die Frage zu entscheiden, wo es meines Erachtens eigentlich zu spät ist. Ich glaube daher, dass solche Fragen doch nicht à la hâte behandelt werden sollen, da es sich um eine ganz bedeutende Auslage handelt, da die Meinung des Stadtbauamtes besteht, es werde uns in eigener Regie die Straßenreinigung der Inneren Stadt höher kommen, dass wir vorläufig uns auf den Standpunkt stellen sollen, welchen oft der römische Prätor eingenommen hat, der den Parteien gesagt hat: non liquet, ich kann über die Sache noch nicht schlüssig werden. Auf dem Standpunkte stehe auch ich: die Sache ist im gegebenen Augenblick noch nicht genug geklärt. Und so sehr die Herren aus meiner Rede entnommen haben, dass ich ja selbst für die Übernahme in eigene Regie bin, d. h., dass ich dafür bin, dass die eigene Regie angestrebt werde, so sehr bin ich dagegen, dass sie schon jetzt vom 1. Juli angefangen durchgeführt werde, bevor nicht die Sache reiflich überlegt und nach allen Seiten erhoben wird; dazu dürfte allerdings ein Jahr, in welchem sich die Ämter und die berufenen Personen mit der Frage unter dem Gesichtswinkel beschäftigen, dass der Gemeinderath in seiner Majorität die Übernahme in eigene Regie wünscht, genügend sein.

Ich würde daher beantragen, dass die Straßenreinigung in der Inneren Stadt der Transport-Gesellschaft nur bis zum 30. Juni 1894 übertragen werde, dass also ein Provisorium auf ein Jahr geschaffen werde; innerhalb dieser Zeit haben der Magistrat, das Stadtbauamt und die berufenen Personen dem Auftrage des Gemeinderathes nachzukommen, die Frage nach allen Richtungen gründlich zu studieren, und es ist uns rechtzeitig ein neues Referat vorzulegen, nach welchem wir die Entscheidung mit dem Bewusstsein treffen können, dass die Frage nach jeder Richtung geklärt ist (Gem.-Rath Frauenberger: Mindestens im Monat Mai!), mindestens im Anfang der nächsten Wintersaison. Es hat auch Herr College Frauenberger einen zweiten Antrag gestellt, der sich auf den letzten Punkt der Stadtraths-Anträge, auf den Punkt 3 bezogen hat, und er hat beantragt, dass dem Herrn Oberinspector Stritzl ein Honorar von 500 Ducaten gewidmet werde. So sehr ich, wie gesagt, den Fleiß anerkenne, welchen Herr Oberinspector Stritzl bei Verfassung dieses Werkes entwickelt hat, so sehr ich es anerkenne — was ich bereits erwähnt habe — dass er in dieser Frage mit einer gewissen Initiative vorausgegangen ist, so finde ich doch 500 Ducaten, was circa 3000 fl. betragen dürfte, etwas zu hoch und ich würde daher beantragen, dem Herrn Oberinspector Stritzl ein Honorar von 2000 Kronen zu widmen. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Purscht (contra): Sehr verehrte Herren! Die ausführlichen Reden der Herren Collegen Frauenberger und Dr. Geßmann bestimmen mich, mich so kurz als möglich zu fassen, und ich empfehle dies auch jedem Redner nach mir, denn es wäre geradezu ein Verbrechen, wenn die Debatte in die Länge gezogen und die Sache noch weiter hinausgeschoben würde. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren! Oberinspector Stritzl hat im December 1891 sein Project eingereicht, es hätte also das Stadtbauamt genügend Zeit gehabt, die Sache zu prüfen, doch meine Ansicht geht dahin, dass man die Sache von dieser Seite nicht ernst genommen hat. Es zeigen ja zur Genüge die Ausführungen des Herrn Magistratsrathes, sowie des Baurathes Schiebek, dass die Herren die Angelegenheiten nach dem alten Systeme wieder einführen wollen, nämlich die Arbeiten der Straßenreinigung der Transport-Gesellschaft zu übergeben. Ich kann Ihnen aber hier offen sagen, unsere Partei, die wirtschaftliche Partei, steht auf dem Standpunkte, dass wir bei allen Unternehmungen, die nur durch die Commune zustande kommen, immer nur für die eigene Regie sein werden. Was aber die Straßensäuberung betrifft, wie sie heute in Wien besteht, so muss ich sagen, dass sie gerade ein Scandal ist. Es ist ganz richtig, wie Herr College Frauenberger bemerkt hat, man vergisst alles so leicht. Ja, meine Herren, haben Sie denn schon die mangelhafte Reinigung vergessen, wie sie heuer im Winter war? Kann man unter solchen Umständen heuer der Gesellschaft das

noch weiter geben? Ich glaube, der Vertrag muss gelöst werden. Welche Gründe, meine Herren, hat man gegen das Project Stritzl von Seite des Stadtbauamtes ins Treffen geführt? Man hat gesagt, es sei alles richtig bis auf das Flächenmaß. Das Stadtbauamt musste aber beschämt zugeben, dass das Flächenmaß auch von seiner Seite nicht ganz richtig angegeben war.

Es wurden uns überhaupt von Seite des Baurathes Schiebek die unglaublichsten Dinge erzählt; unter anderem, dass man mit 28 Fuhrwerken 350 Fuhren Kehricht tagtäglich verführt. Die Gesammtsumme wurde mit jährlich 72.500 Fuhren angegeben, während die ersten Angaben 105.000 Fuhren betragen. Meine Herren! Es ist weder das eine noch das andere richtig. Meine Ansicht geht dahin, dass das Stadtbauamt mit ganz richtigen Daten vor das Plenum treten soll.

Es handelt sich in diesem Referate einzig und allein um die Innere Stadt. Der Baurath Schiebek kümmert sich aber vielmehr um die Vororte. Er sagt, dass man in den Vororten Versuche machen soll. In den Vororten ist man aber darüber einig, dass die Sache in eigener Regie geführt werden muss. Der Anfang mit dieser Reform soll nach meiner Ansicht nur in der Inneren Stadt gemacht werden und dieselbe soll sich dann auf ganz Wien erstrecken.

Der Herr Baurath Schiebek weist auf seine 34jährige Thätigkeit hin. Meine Herren! Ich schmälere nicht seine Verdienste, aber ich sage, im Alter kann man auch etwas lernen. Man hätte damals das Project nicht so wegwerfend behandeln sollen. Meine Ansicht geht dahin, man prüfe alles und behalte das Beste. Es macht den Eindruck auf mich, als ob dieses Referat eigentlich nur eine persönliche Eifersüchtelei zwischen zwei Herren wäre.

Von Seite des Magistrates wurde uns gesagt, es liege ein Bericht des Herrn Bezirksvorstehers aus der Inneren Stadt vor. Dies war auch nicht richtig. Wir haben hier den Herrn Bezirksvorsteher selbst gehört, und Sie gestatten mir schon, dass ich abermals das wiederholen muss, was schon ein Herr Vorredner vorgebracht hat.

Der Herr Bezirksvorsteher hat erwähnt, dass er sich mit den Arbeitern nicht befassen wolle, dass er sich überhaupt vor den Socialdemokraten fürchte, und er wünsche, dass früher eine Reform bei den Arbeitern eingeführt werde, bevor man die Straßenreinigung in eigener Regie einführt. Meine Herren, der Herr Bezirksvorsteher soll keine Angst haben. Meine Ansicht geht dahin, dass dies der Anfang der Reform ist. Nicht Speisemarken soll man dem Arbeiter geben, sondern Arbeit. Der Arbeiter ist jedenfalls zufriedener mit einem anständigen Lohne von der Commune, als mit einem Hungerlohne von irgendeiner Unternehmung. Und wenn auch die Gemeinde vielleicht mehr Arbeitskräfte braucht als die Transport-Gesellschaft, so wird meiner Ansicht nach dadurch jedenfalls das Armen-Departement entlastet. Der Arbeiter will arbeiten, nicht betteln.

Man hat überhaupt gegen das Project Stritzl keine Anträge gebracht; es wurde nur von einer Seite die Bespannung bekrittelt; und welcher Grund wurde dafür angegeben? Man hat einfach gesagt, es sei in Wien üblich, zweispännig zu fahren. Meine Herren, Herr Stritzl hat uns zur Genüge erklärt, dass er einspännig viel schneller vorwärts komme, als das Stadtbauamt zweispännig. Aber bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich an Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter, wie er einmal am Referententische stand. Er hat uns damals bei einem Referate gesagt: Da kaufen Sie sich ein Büchel von Manz und Sie werden Alles wissen! Wenn man dieses Buch von Stritzl genau studiert, so weiß man, dass die eigene Regie in Wien leicht durchführbar ist.

Ich schließe mich daher auch dem Antrage Frauenberger voll und ganz an.

Referent (zu einer Berichtigung): Es ist mir immer peinlich, wenn ich höre, dass die Angaben, welche unsere Organe — und man darf da sagen, dass sie sich als unter Amtseid stehende Personen fühlen müssen, wenn sie dem Gemeinderathe gegenüberstehen — machen, so leichthin behandelt werden, als ob darauf gar nichts zu geben wäre. Mich berührt das insbesondere dann peinlich, wenn dies im Vergleiche mit anderen Angaben einer Privatperson, eines Projectanten steht, dessen Angaben naturgemäß — und das mache ich ihm gar nicht zum Vorwurfe — solche sind, dass sein Project möglichst gut herauskommt.

Es berührt mich dies deshalb peinlich, weil ich mir auf der einen Seite sagen muss, dass unsere Amtsorgane nicht nur die Pflicht, sondern auch die Verantwortung für das tragen müssen, was sie sagen, während ich auf der anderen Seite sagen muss, dass derjenige, der irgend ein Project hat, eigentlich zunächst nur den Zweck verfolgt, sein Project durchzubringen.

Wenn man diese beiden Gesichtspunkte vergleicht, so muss ich es bedauerlich finden, dass von den Äußerungen und Angaben unserer Amtsorgane in einer so wegwerfenden Weise gesprochen wird und man muss das umsomehr bedauerlich finden . . . . . (Schluss Rufe links).

Ich muss den Herrn Vorsitzenden bitten, mich dagegen in Schutz zu nehmen, dass, so oft ich meiner Pflicht als Referent nachkomme, es irgend jemand für angezeigt findet, mich durch Schluss-Rufe zu unterbrechen.

Man kann über die Sache denken, wie man will, und die Anschauung haben, die man will, aber das wird niemand in Abrede stellen, dass mir als Referenten die Pflicht obliegt, wenn ich einen Irrthum entdecke, ihn der geehrten Versammlung bekanntzugeben. Denn man würde mir eine Verantwortung dafür aufbürden, wenn ich es nicht thäte; und darum dulde ich nicht, dass ich mit Schluss-Rufen unterbrochen werde. (Rufe links: Wir haben Sie nicht gefragt!)

Es ist gesagt worden, dass Herr Baurath Schiebek angeführt hat, es seien 72.000 Fuhren, und dass er dann eine zweite Angabe gemacht habe, wonach es 105.000 Fuhren seien. Der betreffende Herr Redner hat dabei übersehen, dass die 72.000 Fuhren sich auf die Bezirke II bis X beziehen, während die 105.000 Fuhren — mir ist es im Augenblick nicht erinnerlich, welche Angabe Herr Baurath Schiebek gemacht hat — sich auf ganz Wien beziehen. (Unruhe und Schluss-Rufe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, den Herrn Referenten nicht zu unterbrechen. (Gem.-Rath Purscht macht Zwischenrufe.) Meine Äußerung bezieht sich auf Sie, Herr Gem.-Rath Purscht, Sie unterbrechen fort und fort die Verhandlung durch Bemerkungen. (Widerspruch links.) Meine Herren! Ich muss um Ruhe bitten, und dass der Präsident respectiert werde. (Rufe links: Das thun wir ohnedies!)

Referent: Ich muss ferner bitten, dass bei Ziffernberechnungen zunächst gütigst untersucht werde, welche Ziffern, die richtigen sind, und dass man nicht leichthin sagt, was die Ämter sagen, sei gar nichts, und das, was Herr Oberinspector Stritzl erfunden hat, um sein Project zu lancieren, sei das Alpha und das Omega.

Das ist mit der Würde der Gemeindevertretung und der Stellung, die dieselbe den Organen gegenüber einzunehmen verpflichtet ist, nicht vereinbar.

Ich muss weiters sagen und berichtigen, dass es vollkommen unrichtig ist, wenn man immer den Versuch macht, jetzt, weil nach meiner Überzeugung die Unhaltbarkeit der Ziffern des Stritzl'schen Projectes die Herren dazu drängt, zu sagen, jetzt handelt es sich um gar nichts als um die Straßensäuberung in der Inneren Stadt.

Ich bitte, gütigst die Anträge des Stadtrathes, welche den Herren ja vorliegen, zu lesen, darin werden sie einen Punkt 2 finden, welcher sich nicht mit der Straßenreinigung in der Inneren Stadt befasst, sondern damit, dass ein Versuch in einem anderen Bezirke, also nicht in der Inneren Stadt, gemacht werde, und welcher insbesondere im 2. Absatze eine Maßregel enthält, welche sich auf ganz Wien bezieht, nämlich auf die Art und Weise der Fortführung des Straßensäuberungsgeschäftes in allen Bezirken und worin verfügt werden soll, dass alle Verträge so gemacht werden, dass bei ihrem Ablaufe, wenn die Gemeinde will oder es für zweckmäßig findet, die Durchführung in eigener Regie eintreten kann. Es ist also vollständig unrichtig, und ich muss es auf Grund der Acten für unrichtig erklären, dass man jetzt sagt, es handle sich um nichts als den ersten Bezirk; es handelt sich vielmehr darum, nach den Intentionen und Anträgen des Stadtrathes die Lösung dieser Frage für ganz Wien vorzubereiten, und die Herren werden gestatten, dass ich in diesem Sinne das Referat fortführe. (Gem.-Rath Frauenberger: Das ist nicht richtig!) Ich bitte nur Punkt 2 zu lesen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Im Interesse der Gemeinde Wien beantrage ich diesmal ausnahmsweise Schluss der Debatte. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit Schluss der Debatte einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht. Nach einer Pause:) Es ist die Majorität. Schluss der Debatte ist angenommen.

Als Redner sind noch vorgemerkt, und zwar contra: die Herren Gem.-Räthe: Dr. Scholz, Steiner, Eigner, Beutnitz, Strobach, Herrdegen, Dr. Lueger, Tomola, Vincenz Wessely, Dr. Rader, Becker, Dr. Klotzberg, Sebastian Grünbeck, Maresch, Frauenberger, Wimberger, Weitmann, Taubler; pro: die Herren Gem.-Räthe: Dr. Zimmermann, Djörup.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage ausnahmsweise die Wahl von Generalrednern. (Heiterkeit rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt. Ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte nun, zur Wahl von Generalrednern zu schreiten. (Nach einer Pause:) Gewählt sind zu Generalrednern pro: Herr Gem.-Rath Djörup; contra: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Djörup.

Gem.-Rath Djörup: Meine Herren! Ich muss vorausschicken, dass ich in den Sechzigerjahren die Piassavabesen, wovon wiederholt die Rede war, als erste Curiosität eingeführt habe und infolge dessen, dass ich auch in späteren Jahren bis heute mich damit befasste, ein wenig Kenntnis dieses Materiales besitze, sowohl was ihre Fähigkeit zur gediegenen Reinigung betrifft, als auch wo sie nicht zu verwenden sind. Nachdem das Referat, welches uns vorige Woche vorgelegt wurde, betreffend die Ausführung der Arbeiten in eigener Regie, hauptsächlich darauf basiert, dass ein gutes Werkzeug die halbe Arbeit erspart, und als gutes Werkzeug von dem Bauamte, sowie dem Herrn Oberinspector Stritzl die Piassavabesen und Walzen der Kehrmaschinen anerkannt wurden, so werden Sie mir verzeihen, dass ich, obwohl ich nicht bei der ersten Verhandlung anwesend war, mich zum Worte gemeldet habe. Ich will mich nicht lang und breit über die Sache auslassen, wir haben Genügendes darüber gehört. Ich will nur constatieren, dass sowohl unser Baurath neulich Irrthümer gebracht hat, als auch dass in dem Buche hier solche stehen.

Also, dass beide nicht unfehlbar sind, ist klar. Aber um ein solches Quantum Arbeit in eigener Regie zu übernehmen, dazu, glaube ich, ist unsere gegenwärtige Verwaltung, sind die Verhältnisse zwischen Magistrat und Bauamt nicht angethan. Um bei der eigenen Regie Ersparnisse zu erzielen, müsste der betreffende Straßensäuberungs-Director unumschränkte Vollmacht haben und die Sache frei sein von der schleppenden Art und Weise, wie jetzt die communale Verwaltung functioniert.

Ob es nun mit Rücksicht auf die Fehler, welche sich hier zeigen und von anderer Seite constatiert worden sind, opportun ist, mit der eigenen Regie gleich zu beginnen, bezweifle ich; obwohl ich sagen muss, dass ich selber dafür wäre, wenn wir dabei ersparen könnten, und ich würde dafür stimmen, wenn uns nachgewiesen wird, dass wir dabei billiger fahren werden.

Aber ich vertraue diesem kleinen Büchlein, respective dem Herausgeber desselben, nicht so weit, dass ich ohneweiters eine erprobte Sache, die sich im großen und ganzen bewährt hat, über Bord werfe. Ich will nicht sagen, dass wir sieben Jahre uns die Hände binden sollen, aber über Nacht in 14 Tagen zur eigenen Regie übergehen, halte ich für nicht thunlich.

Nach meinen Erfahrungen und nach dem, was ich vom Straßenreinigen gesehen habe — nachdem ich selbst einige Meter Straßen gereinigt habe, um die Wirkung der Besen zu zeigen und den Unterschied klarzulegen — ist mir der im Antrag des Herrn Dr. Rechanski gestellte Termin auch zu kurz. Ich möchte mir erlauben, zu beantragen, dass wir den Vertrag mit der Transport-Gesellschaft auf drei Jahre abschließen; dass wir unseren Magistrat und das Bauamt beauftragen, binnen Jahresfrist die Erprobung und die nähere Calculation uns vorzulegen, damit es uns ermöglicht wird, bis der Vertrag in den drei Jahren abgelaufen ist, das Experiment in einem oder in zwei Bezirken — nehmen wir z. B. die Wieden und den V. Bezirk, nicht etwa einen Vorortebezirk — zu machen. Der Erfolg wird sich binnen ein bis zwei Jahren zeigen. Dann ist das Unglück nicht so groß, wenn wir den Vertrag auf drei Jahre verlängert haben, als wenn wir uns von einigen wunderschön gebundenen Fehlern düpieren lassen und dem Träger dieses Buches die Vollmacht ertheilen, die Reinigung in eigene Regie zu übernehmen. Ich würde nicht ausdrücklich von Fehlern dieses Buches sprechen, wenn ich nicht zu jeder Stunde in der Lage wäre, auf Grund der durch Jahre gesammelten Preise vom Auslande und meiner eigenen Erfahrung in Wien über die Verhältnisse der Piassavabesen zu sprechen. Ich kann gleich hier einen Fehler constatieren, wo gleich um 100 Percent eine Differenz vorkommt, und zwar in den Anschaffungskosten. Diese machen allerdings nur einige tausend Gulden im Jahre aus.

Es werden der Magistrat und das Bauamt reiflich Muße haben, das zu untersuchen.

Um mich kurz zu halten, stelle ich im Einvernehmen mit meinem Collegen Dr. Zimmermann, der mich beauftragt hat, als Generalredner zu sprechen, den Antrag, den Vertrag auf drei Jahre abzuschließen und dass wir ferner unser Stadtbauamt beauftragen, Proben zu machen und uns dann binnen Jahresfrist darüber zu referieren, damit wir dann eventuell noch mit Ruhe ein bis zwei Jahre in einem geeigneten Bezirke, nicht in dem schlechtesten Bezirke, eventuell auch in zwei größeren Bezirken die Straßensäuberung in eigener Regie vornehmen, bevor wir uns in eine Auslage von Millionen stürzen. Ich bitte um die Zustimmung zu diesem Vermittlungs-Antrage.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich beginne mit der kurzen Erklärung, dass es bei der Lösung der vorliegenden Frage nur zwei Wege gibt: Entweder Sie nehmen den Antrag des Herrn Referenten, den Antrag des Stadtrathes an, oder Sie nehmen den Antrag Frauenberger an. Alle anderen Vermittlungs-Anträge sind absolut unannehmbar, weil eine diesbezügliche Verpflichtung der Transport-Gesellschaft nicht vorliegt und daher die Annahme eines solchen Antrages die Gemeinde Wien in eine ganz sonderbare Lage bringen würde. Ich glaube, für jeden, der sich mit der Frage beschäftigt hat, ist es klar, dass die Übernahme der Straßensäuberung in die eigene Regie unter jeder Bedingung eine Entlastung der Steuerträger mit sich bringen wird, und von diesem Standpunkte erkläre ich im Namen aller, dass wir für den Antrag Frauenberger stimmen werden. Ja, ich erkläre, dass es geradezu ein Verbrechen wäre, wenn wir die Berathung auch nur um eine Secunde unnöthigerweise verzögern würden. Jeder von uns hat sich seine Anschauung gebildet. Jeder stimmt nach seinem Gewissen, nach seiner Überzeugung. Wir werden für den Antrag Frauenberger stimmen. Im übrigen verzichte ich daher auf das Wort und erlaube mir, den Wunsch auszusprechen, dass, wenn der Antrag Frauenberger angenommen wird, der Verfasser des Projectes, Stritzl, mit der Durchführung der Straßensäuberung in eigener Regie im I. Bezirke betraut werden soll. (Lebhafter Beifall.)

Referent (zum Schlusswort): Wenn auch der unmittelbare Herr Vorredner es ein Verbrechen genannt hat, wenn man in dieser Sache noch spreche, so glaube ich doch, als Referent die Verpflichtung zu haben, dieses Verbrechen zu begehen. Ich leite diese Verpflichtung aus dem Umstande her, dass nach meiner Kenntnis der Sachlage, nach meinem eingehenden Studium der Angelegenheit die Gemeinde mit der Annahme des Antrages des Collegen Frauenberger, namentlich wenn diese Annahme in der Form, wie es beantragt ist und im jetzigen Momente geschieht, in ein gefährliches und kostspieliges Experiment sich stürzt. Ich halte mich für verpflichtet, diese Anschauung ganz offen dem geehrten Plenum zur Kenntnis zu bringen, damit, wenn die Folgen, welche ich befürchte, thatsächlich eintreten, wenn die Verlegenheit, welche ich aus diesem Beschlusse, wenn er gefasst werden sollte, erwarte, sich thatsächlich vollziehen, wenigstens ich für mich die Beruhigung habe, dass ich dem Plenum des geehrten Gemeinderathes auf Grund meiner Kenntnis der Sachlage reinen Wein eingeschenkt habe.

Meine Herren! In weittragenden wirtschaftlichen oder anderen Fragen kommt es ja vor, und das ist ja ein erfreuliches Zeichen des öffentlichen Lebens und der Bestätigung desselben, dass Meinung scharf gegen Meinung steht. Und so ist es auch hier der Fall: es steht die Meinung, welche ich die Ehre habe nicht im eigenen Namen, sondern im Namen der Majorität des Stadtrathes zu vertreten, gegenüber der Anschauung einer Gruppe von anderen Herren, deren Zahl ich jetzt noch nicht wissen kann. Die Frage, um die es sich dreht, ist, wie ganz richtig gesagt wurde, eigene Regie sofort, oder eigene Regie mit genügender, entsprechender Vorbereitung; eigene Regie in einem, und zwar einem meiner Ansicht nach am schwierigsten zu behandelnden Bezirk, oder eigene Regie in einem leichter zu behandelnden Bezirk, um die Wirkungen dieser eigenen Regie kennen zu lernen und dann weiter fortschreitend zu reformieren. Dabei muss ich vor allem sagen, die Behauptung, es müsse und werde diese eigene Regie, ob nun im kleineren oder größeren Umfange, eine Entlastung der Steuerträger sein, halte ich für eine zu weitgehende, ich halte sie deswegen für zu weitgehend, weil ich auf dem Standpunkte stehe: ich habe mich nicht darum zu kümmern, was ein anderer an einem Geschäfte, das ich ihm übertrage, verdient, sondern ich habe mich als Gemeinde darum zu kümmern, ob ich dasselbe ins Verdienen bringen kann, und da stehe ich eben auf dem Standpunkte, dass kraft der Organisation des Gemeindewesens, die man Herrn Stritzl und seinem Projecte zuliebe nicht im Handumdrehen umkehren und umändern kann, es einerseits nicht möglich ist, in vielen Dingen, welche die Straßenreinigung betreffen, mit jener Leichtigkeit und Schnelligkeit vorzugehen, welche den finanziellen Erfolg verbürgt, und andererseits, dass in einem Augenblick, wo die Gemeinde selbst die Sache in die Hand nehmen wird, so erhebliche Anforderungen an die Gemeinde gestellt werden, namentlich in der Inneren Stadt, als dem verkehrsreichsten Stadttheil, dass das Erfordernis weit über die Grenzen nicht nur dessen hinausgehen wird — das ist für mich eine feststehende Überzeugung — was Herr Stritzl in allzu weitgehendem Optimismus prophezeit, sondern weit darüber, was die Transport-Gesellschaft als Pauschale verlangt. Und ich wünsche es nicht — im Interesse der Gemeinde wünsche ich es nicht — aber ich fürchte, dass ich nach einigen Jahren in die Lage kommen werde, auf diese Worte im stenographischen Protokolle hinzuweisen, und diejenigen Herren, die heute dieses Experiment machen wollen, zu fragen, wer in dieser Sache recht gehabt hat.

Herr Gem.-Rath Frauenberger beantragt, dass wir jetzt, also 14 Tage vor Verlauf des Vertrages, mit der Transport-Gesellschaft probeweise oder provisorisch die eigene Regie organisieren. Er muss, um das zu thun, voraussetzen, dass die Fuhrleute erstens die Requisiten — denn wir haben sie nicht für die Innere Stadt, sondern die Tramway-Gesellschaft — welche sie zur Straßenreinigung brauchen, haben. Erstens bezweifle ich dies, denn die Fuhrleute haben sich nicht für den Antrag Frauenberger vorher schon Wasserwagen, Kehrmaschinen und Kehrichtwagen gekauft, damit sie in dem Augenblicke, als der Antrag Frauenberger angenommen wird, diese Maschinen beistellen können. Sie haben sie gewiss schon deswegen nicht gekauft, weil, wenn der Antrag Frauenberger angenommen wird, und die Tendenz, die dem Stritzl'schen Projecte zugrunde liegt, durchgeführt wird, die Fuhrleute gegründete Aussicht haben, dass ihr Geschäft wesentlich geschädigt wird (Rufe links: Warum?), weil ihnen ihr Geschäft alles das, was sie für die Gemeinde an Fuhrwerk leisten, in dem Augenblicke, wo die Gemeinde das Fuhrwerk selbst in die Hände zu nehmen sich vorbereitet, entwunden wird. Nun habe ich alle Hochachtung vor dem Patriotismus aller Fuhrleute von Wien,

aber das traue ich ihnen als Geschäftsleute, die von dem Geschäfte leben, nicht zu, dass sie sich beeilen werden, dem Herrn Collegen Frauenberger die Liebe anzuthun, die in Bezug auf seinen Antrag schon vorbereiteten Wasserwagen, Kehrmaschinen und Kehrichtwagen zu geben, damit er in drei Monaten umso sicherer die Gelegenheit hat, ihnen ihr Geschäft wegzunehmen. Ich muss wenigstens sagen, wenn die Fuhrleute in Wien so patriotisch sind, so ziehe ich vor ihnen zweimal den Hut.

Das ist die eine Schwierigkeit und wir werden erst sehen, wenn wir jetzt die Offertausschreibung machen werden, wie diese Offerte verlaufen wird und wie wir am 30. Juni mit dieser Offertausschreibung bei dem Antrage Frauenberger dastehen werden. Es ist also meiner Meinung nach gar nicht möglich, ein solches Provisorium zu organisieren, weil man niemanden findet, der der Narr sein wird, bei diesem Provisorium mitzuwirken, um sich dann selbst den Kragen umzudrehen. Ich sehe ganz von der Frage ab, dass die Annahme des Antrages Frauenberger etwa 400 Familien binnen 14 Tagen an die Luft setzt. Das geht uns nichts an, wenigstens nichts als Gemeindevertretung. Darum muss sich die Transport-Gesellschaft kümmern. Ich weiß nicht, wie sie die Leute weiter beschäftigen wird. Es liegt dann ein weiterer Antrag des Collegen Dr. Nechansky vor, man soll die Sache auf ein Jahr machen.

Diesem Antrage gegenüber steht eine andere Erwägung. Wir sind darauf angewiesen, wenn wir nicht eine andere Vorsorge treffen, wenn wir diesem „entweder auf ein Jahr" ein „oder" hinzufügen, zu warten, was die Transport-Gesellschaft sagen wird. Dieselbe ist doch nicht bemüssigt, die Geschichte noch ein Jahr fortzuführen, damit wir sie dann umso sicherer hinauswerfen können. Wenn sie es also nicht thut, so fehlt bei dem Antrage Nechansky das „oder". Was soll dann geschehen? Ich kann mir allerdings denken, dass der Herr Collega Dr. Nechansky gemeint hat, es wird das auf ein Jahr beschlossen werden, dann wird der Stadtrath die Transport-Gesellschaft fragen und wenn sie nein sagt, mit dem neuen Referate an uns herantreten. Das wäre ja eine Form, in der man diese Sache lösen könnte. Man muss nichts Unmögliches verlangen. Wenn man selbst die Geneigtheit der Transport-Gesellschaft, die Straßensäuberung auf ein Jahr fortzuführen, voraussetzt, so erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, dass ja in den Bedingnissen wesentlich schwerere Leistungen und große Anschaffungen der Transport-Gesellschaft vorgeschrieben sind. Das wird kein billig Denkender verlangen, dass jemand ein provisorisches Geschäft auf ein Jahr auf Grund eines Bedingnisheftes fortführen soll, das ihm große Anschaffungen auferlegt, die er naturgemäß in einem Jahre nicht amortisieren kann, und Leistungen, für die er sich neu organisieren soll.

Es müsste mit dem Antrage des Collegen Dr. Nechansky sowohl, als mit dem des Collegen Djörup das Hand in Hand gehen, dass man gleichzeitig mit der Transport-Gesellschaft über neue Bedingungen verhandelt, welche es ihr möglich machen, die Sache auf drei Jahre fortzusetzen, ohne Investitionen zu machen, die sie, ohne ein Heidengeld von uns zu verlangen, nicht amortisieren kann. Ich meine auch, dass der Antrag Djörup — um auf diesen zu sprechen zu kommen — nicht anders gemeint sein kann, als dass auf Grund des Principes der drei Jahre mit der Transport-Gesellschaft neu verhandelt werde und mit ihr irgendwelche Bedingungen — die ja dann Gegenstand der Genehmigung des Gemeinderathes zu bilden hätten — vereinbart werden sollen.

Wenn ich mich auf diesen Standpunkt stelle, so ist der Antrag Djörup derjenige, dem ich mich, wenn ich überhaupt vom Stadtrathe eine Ermächtigung dazu hätte, am ehesten nähern könnte. Denn eine principielle Differenz zwischen den Anschauungen des Stadtrathes und denjenigen einer großen Anzahl Herren in diesem Saale besteht nicht; die Differenz besteht nur in der Art und, wenn ich so sagen darf, rücksichtlich der Schnelligkeit der Durchführung. Was will eine große Gruppe des Gemeinderathes? Sie will die eigene Regie vorbereiten. Das will der Stadtrath auch, denn er hat ja Maßregeln vorgeschlagen, welche eclatant darauf hinweisen, dass er die eigene Regie vorbereiten will. Der Stadtrath meint, dass dazu ein Zeitraum von sieben Jahren nothwendig sei mit Rücksicht auf die bestehenden Verträge, mit Rücksicht darauf, dass er haben will, dass, wenn die eigene Regie in der Weise praktisch befunden werden sollte, sie für das ganze Gemeindegebiet auf einmal organisiert werde. Das ist also nicht eine principielle, sondern bloß eine Differenz rücksichtlich der Durchführung. Die Herren meinen, anfangs den I., II., III. Bezirk u. s. f. so zu organisieren, um endlich zur eigenen Regie im allgemeinen zu kommen. Sie meinen, das gehe in drei Jahren, nicht erst in sieben Jahren. Gut, thun wir es in drei Jahren. Der Stadtrath wird nicht finden, dass seinem Principe widersprochen ist, wenn etwas, was er in längerer Zeit mit Rücksicht auf die Schwierigkeit durchgeführt haben will, schon in kürzerer Zeit durchgeführt werden soll. Also ich constatiere ausdrücklich, dass eine principielle Meinungsdifferenz in der Sache zwischen dem Stadtrathe und dem Plenum — wenigstens so weit ich diese Anschauungen aus den Reden entnommen habe — nicht besteht, sondern nur insofern, dass die Herren die Sache schneller durchgeführt wissen wollen als der Stadtrath. Ich muss also sagen, wenn man glaubt, dass man in drei Jahren mit einem Theile anfangen soll, hätte ich für meine Person nichts einzuwenden. Es wird sich zeigen, ob die Transport-Gesellschaft darauf eingeht und welche Bedingungen sie dafür stellen wird, und ob der Gemeinderath finden wird, dass die Bedingungen zweckmäßig sind oder nicht.

Ich hätte nun, um eine Anfrage des Collegen Frauenberger zu besprechen, gerne demselben die Möglichkeit geboten, das Material, welches ich über das Project Stritzl zur Erweisung meiner Behauptung, dass es in den Ziffern nicht klappt, erbringen werde, zu kennen und darüber zu reden; denn ich wäre sehr neugierig auf die Widerlegung gewesen, die mir Herr Gem.-Rath Frauenberger hätte angedeihen lassen können.

Durch den schnellen Abschluss der Debatte ist derselbe aber außer Stande gekommen, mich in dieser Richtung zu controlieren, ich muss daher auf eigene Faust zur Erweisung meiner Behauptung schreiten.

Ich habe dem Projecte Stritzl gegenüber vom ersten Tage, nachdem ich dasselbe studiert habe, bis zu dieser Stunde folgenden Standpunkt eingenommen. Das Project Stritzl ist erstens nichts Neues, denn ein diesem Projecte mit gewissen Modificationen, die sich inzwischen durch den Fortschritt der Technik ergeben haben, ähnliches Project, eine ähnliche Organisation ist, wie ich bereits wiederholt erwähnt habe, bereits im Jahre 1874 in dem Verwaltungsberichte der Gemeinde Wien enthalten. Ohne damit irgendwie die Arbeit des Herrn Stritzl schmälern zu wollen, muss ich doch constatieren, dass es in diesem Sinne eine Originalarbeit nicht ist, in dem Sinne nicht, dass damit etwas ganz Neues, noch nie Dagewesenes geschaffen wurde, weil ein Straßen-Inspectorat

mit den nöthigen Beamten und der Centralisierung des ganzen Straßensäuberungsdienstes bereits im Jahre 1874 im Verwaltungsberichte enthalten war.

Ich habe weiters dem Projecte des Herrn Stritzl gegenüber den Standpunkt eingenommen . . . . (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte die Herren, sich auf ihre Plätze zu begeben. Am weitesten von seinem Platze ist Herr Grünbeck. Ich bitte, sich auf die Plätze zu verfügen, denn eine ruhige Verhandlung ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Referent (fortfahrend:) Ich habe weiters dem Projecte des Herrn Stritzl gegenüber den Standpunkt eingenommen, dass dasselbe einen gesunden Grundgedanken habe, nämlich die Centralisierung des ganzen Straßensäuberungsdienstes und die Organisation desselben auf Grundlage der Centralisierung desselben. Ich habe aber auch, seitdem ich dieses Project genau kenne, immer den Standpunkt vertreten, dass dasselbe in den Ziffernansätzen vollkommen unhaltbar ist, dass es die reine Utopie ist, zu glauben, dass diese Ansätze eingehalten werden können und dass in dieser Richtung die Gemeinde Wien, wenn sie heute oder morgen das Project Stritzl, wie es in dem rothen Buche enthalten ist, durchführen sollte, die schwersten Enttäuschungen erleben würde und müsste. Es ist ja ganz begreiflich und ich nehme es einem Projectanten gar nicht übel, dass er sein Project so schön als möglich färbt, denn je schöner er es färbt, ein desto schöneres Ergebnis an Ersparnissen wird er herausbringen und desto mehr gibt es Herren, die, ohne in eine nähere Prüfung einzugehen, sich durch dieses blendende Ergebnis auf dem Papier fangen lassen und in eine Begeisterung verfallen, die angesichts der vorliegenden Ziffern nicht am Platze ist. Und da bitte ich die Herren, mir zu gestatten, dass ich das Project Stritzl mit einer Autorität widerlege, die er selbst bei entwickeltem Selbstbewusstsein gewiss als solche bezeichnen wird, die er anerkennen wird, nämlich mit dem Herrn Oberinspector Stritzl selbst.

Ich habe die Ehre gehabt, in den verschiedensten Ausführungen über das Referat, das der Gegenstand der Verhandlung ist, mitzutheilen, dass der Herr Oberinspector Stritzl seinerzeit nicht nur ein Project vorgelegt hat für die ganze Stadt, für das ganze Gemeindegebiet, sondern auch, dass er, als die Vergebung der Arbeiten an einen Unternehmer ausgeschrieben wurde, aus Gründen, die ich nicht zu untersuchen habe, mit einem Detailprojecte gekommen ist, welches sich allein auf die Innere Stadt bezieht. Dieses Detailproject hat offenbar dem Herrn Oberinspector Stritzl einige Sorge bereitet, und zwar glaube ich, aus folgender Erwägung:

Wenn man ein solches Project macht über ein weites Gebiet von 67 km Umfang und 18.000 ha Fläche, über ein Gebiet, bezüglich dessen in den Bezirken XI bis XIX noch gar keine Daten, noch gar keine Erfahrungen vorliegen, wo man es gewissermaßen mit einem urbar zu machenden Boden zu thun hat, so ist es ungeheuer leicht, mit Ziffern zu paradieren. Man kann hinschreiben, was man will. Es gehört eine unglaubliche Arbeit, ich kann den Herren versichern, und ein großer Fleiß dazu, diese Ziffern zu controlieren, um sie auf ihren richtigen und wahren Wert zurückzuführen. Diese Arbeit kann der einzelne von den Herren, welche hier sitzen, nicht machen, weil er das Material nicht hat wie der Referent, es ist daher meine Pflicht als Referent, diese Arbeit für die anderen Herren zu machen und das Ergebnis der Arbeit vorzulegen. Wenn man aber ein Project für einen Bezirk aus dem Projecte für die ganze Gemeinde herausschneiden soll, und zwar für einen Bezirk, wo geprüfte Ziffern, wo eine 30jährige Erfahrung vorliegt, dann muss man schon ein bisschen vorsichtiger und genauer sein und kann nicht ins blaue hinein Ziffern schreiben, sondern man muss etwas bringen, was halbwegs — ich meine das gewiss nicht böse — menschlich aussieht, was sich halbwegs präsentiert und halbwegs zulässig erscheint, was halbwegs mit den thatsächlichen Verhältnissen übereinstimmt. Denn wenn man weiß, und dem Herrn Oberinspector Stritzl ist es bekanntgeworden, dass die Bücher der Transport-Gesellschaft, ihre Ausweise über die Arbeiter ꝛc. durch ämtliche Organe geprüft worden sind, wenn man weiß, dass die Gemeinde Wien zu einer Zeit, wo noch ein viel geringeres Flächenausmaß der zu behandelnden Straßen in der Inneren Stadt vorhanden war, wo viel geringere Anforderungen gestellt wurden, über 300.000 fl. für die Straßensäuberung in der Inneren Stadt ausgegeben hat, ohne gewisse Leistungen, welche heute im Pauschale der Transport-Gesellschaft stecken, als Druckmannschaft, Wassergebüren ꝛc., so muss man sagen, man muss doch etwas hinschreiben, was ein bisschen ausschaut, als ob es richtig sein könnte, und so ist der Herr Oberinspector Stritzl dazugekommen, dieses Specialproject für die Innere Stadt so zu machen, dass man mit sehr großen Vorbehalten, die ich auch noch nachzuweisen versuchen werde, sagen kann, dieses Project geht so an die Grenze des Möglichen, so weit, als man glauben kann, dass es vielleicht noch durchgeführt werden könnte. Es fehlt aber auch im Specialproject eine Menge von Posten, die hinein gehören, wenn man richtige Vergleiche ziehen will. Nun habe ich mir folgendes Raisonnement gemacht, der Herr Oberinspector Stritzl hat, die Herren werden sich gütigst erinnern, dass ich in der Expertise in der vertraulichen Sitzung nur eine Frage an ihn gerichtet habe, die Frage, wie folgt, beantwortet.

Die Frage hat gelautet: Ist das System des Herrn Oberinspectors Stritzl ein solches, dass man mit Berücksichtigung der Classeneintheilung der Straßen von den Verhältnissen eines Bezirkes, einer Section, auf die Verhältnisse einer anderen Section einen Schluss ziehen kann, so dass man zum Beispiel sagen kann, wenn für eine Section dieses Ausmaß erforderlich ist, um die Straßen täglich zu reinigen, wieviel ist für eine andere Section erforderlich? Darauf hat der Herr Oberinspector Stritzl, wie die Herren bestätigen werden, bejahend geantwortet. Es ist mir auch nicht überraschend gekommen, dass er bejahend geantwortet hat, denn es geht aus seinen Projecten hervor. Herr Stritzl will die Säuberung in der Inneren Stadt nicht anders betreiben als in den anderen Bezirken; der Unterschied liegt nur darin, dass er in der Inneren Stadt weniger, in den anderen Bezirken mehr Straßen in die mindere Classe einreiht, und er hat für jeden Bezirk in seinem Buche die Rechnung folgendermaßen aufgestellt. Er hat gesagt: Wenn ich 100.000 m² Straßen habe, so nehme ich zum Beispiel 20 Percent in die I. Classe, 20 Percent in die II. Classe, 20 Percent in die III. Classe, 20 Percent in die IV. Classe und 20 Percent in die V. Classe. Er hat dann so gerechnet und gesagt: Die 20 Percent der I. und II. Classe muss ich jeden Tag kehren; das sind 40 Percent. 20 Percent will ich nur jeden zweiten Tag kehren; es sind also nur 10 Percent für die tägliche Kehrung in Rechnung zu ziehen; das sind schon 50 Percent. 20 Percent will ich zweimal kehren, das sind $^2/_7$, 2000 m² u. s. f. Auf diese Weise ist er zu einer Ziffer gekommen,

welche für alle Bezirke eine gleichmäßig zu reinigende Straßenfläche ist.

Nun ist es gewiss berechtigt — und Herr Oberinspector Stritzl kann dem nicht widersprechen, wenn er der Wahrheit die Ehre geben will — dass man für eine gewisse Summe gleichmäßig zu reinigender Straßen, ob in Ottakring oder Innere Stadt oder im IV. Bezirke, dasselbe Materiale an Menschen, Pferden, Kehrmaschinen u. s. w. braucht. Es müsste daher wenn Herrn Oberinspector Stritzls Ziffern richtig sein sollen, ein gleichmäßiges Ergebnis allen Bedarfes sich herausstellen im Verhältnisse zu der Straßenfläche, die er in den einzelnen Sectionen zu behandeln hat. Und da kommt der Beweis dafür, dass Herr Oberinspector Stritzl seine Ziffern nicht mit jenem Bedacht gemacht hat, wie er am Platze gewesen wäre. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich muss um Ruhe bitten. Der Herr Referent erklärt, dass es ihm nicht möglich ist, mit dieser Kraftanstrengung weiter zu sprechen. Ich muss Sie also um Ruhe bitten.

Referent (fortfahrend): Herr Oberinspector Stritzl proponiert vier Sectionen. Die erste umfasst die Innere Stadt und hat ein Ausmaß — ich führe da immer die Ziffern des Herrn Oberinspectors Stritzl aus seinem Buche an — von 454.000 m². Die II. Section Leopoldstadt und was über dem Donaucanal liegt, hat 309.000 m², die III. Section zwischen dem ersten Wienufer und dem rechten Donaucanalufer hat ein Ausmaß von 694.000 m² und die IV. Section, alles übrige, hat 902.000 m². Das heißt, es ist die II. Section 70 Percent von der ersten, der Inneren Stadt, die III. Section 150 Percent und die IV. Section 200 Percent der Inneren Stadt. Wenn ich nun die Hauptziffern durchgehe, so finde ich Folgendes: Während Herr Oberinspector Stritzl für die I. Section in dem Specialproject 120 Arbeiter braucht, braucht er in dem allgemeinen Projecte nur 90 Arbeiter, und wenn ich das Verhältnis von den 120 zu den übrigen Sectionen ziehe, so müsste er in den übrigen Sectionen 704 Arbeiter brauchen, während er nur 400 veranschlagt. Ein gleicher Vergleich führt dazu, dass er zusammen 402 Pferde brauchen müsste, anstatt 180 Pferde, und selbst wenn ich hier einen Coëfficienten des Ineinanderarbeitens der Pferde gelten lasse, komme ich auf die Summe von 350, statt 180 Pferde. Bei dieser Gelegenheit muss ich hervorheben, dass ich Rücksprache mit einer Anzahl Herren, die auf diesem Gebiete Erfahrung besitzen, gepflogen habe und dass jeder mir bestätigt hat, dass es geradezu unmöglich ist, mit der durch rund 20 dividierten Summe von 180, das ist aus 9 Pferden für einen Bezirk im Durchschnitte, die Leistung durchzuführen, welche erfordert wird.

Dazu kommt, dass Oberinspector Stritzl im Specialprojecte von den 180 Pferden, die er überhaupt braucht, 65 für die Innere Stadt abzieht; dann bleiben ihm für die 18 Bezirke die Differenz von 65 auf 120, das sind 55 Pferde, also für jeden Bezirk 3 Pferde. Dass das unmöglich ist, sieht man wohl auf den ersten Blick. Ähnlich zeigt sich das Verhältnis — es liegt eine genau ausgearbeitete Tabelle vor — rücksichtlich der Kehrmaschinen, wo statt 40, 70 nach den eigenen Aufschreibungen des Herrn Oberinspectors Stritzl erforderlich sind, desgleichen bezüglich der Kehricht- und Wasserwagen. Wenn ich nun diese Ziffern berücksichtige und auf Grund derselben, also der von Stritzl contra Stritzl selbst richtiggestellten Ziffern den Calcul ziehe, so komme ich — es liegen auch die Details vor, und ich habe die Absicht gehabt, das vervielfältigen und den Herren zustellen zu lassen und weil ich der Meinung war, dass bei der großen Zahl der Redner die Debatte erst am Freitag ihr Ende erreichen werde, wollte ich es in der Zwischenzeit vervielfältigen lassen, das war aber nach dem heutigen Schluss der Debatte unmöglich — so komme ich zu dem Ergebnis, dass im ersten Jahre nicht 1,277.000 fl., sondern 1,850.000 bis 1,900.000 fl. der Effect des Stritzl'schen Projectes sind und dass auch in künftigen Jahren bei Berücksichtigung aller Fehler, welche in diesen Ziffern enthalten sind, der Effect durchaus kein solcher ist, wie ihn Stritzl hinstellt, der nebstbei in die Ziffern, welche er als Erfordernis der Gemeinde nach dem Voranschlage von 1893 hinstellt, Dinge aufgenommen hat, welche gar nicht zu einem Vergleich herangezogen werden können. (Unruhe.) Ich behalte mir vor, vielleicht an einer anderen Stelle, nachdem ich hier bei einem Theile der Versammlung nicht jener Aufmerksamkeit begegne, welche die Wichtigkeit der Sache erfordern würde — es ist ja begreiflich, wenn man sich engagiert hat, für etwas einzutreten, hört man nicht gerne etwas, was gegen diese Sache spricht — die Sache noch weiter auszuführen, als ich es jetzt gethan habe.

Auf Grund dieses Ziffernmaterials und auf Grund eines gleichen Ziffernmaterials, welches ich für das Specialproject der Inneren Stadt durchgeführt habe, bin ich und ist mit mir das Bauamt und der Magistrat, welche doch auch von der Sache etwas verstehen müssen, welche sie jahrelang prakticiert haben, was bei Herrn Stritzl nicht der Fall gewesen ist, zur Überzeugung gekommen, dass die Stritzl'schen Ziffernansätze nicht haltbar sind und durch die Thatsachen weitaus überboten werden. Es ist ganz begreiflich, wenn das Bauamt und der Magistrat sich mit Hartnäckigkeit gegen diese Ziffern wehren, von denen sie auf Grund unzähliger Berechnungen die Überzeugung gewinnen mussten, dass sie nicht zutreffen, denn das Bauamt und der Magistrat haben die Verantwortung, während Herrn Stritzl nichts Ärgeres passieren kann, als dass er in einem Momente unberechtigter Begeisterung zum Straßen-Inspector vom Gemeinderathe designiert wird. Zahlen muss nicht Herr Stritzl, zahlen muss die Gemeinde, was das Project nicht hält und was es mehr kostet. Meine Pflicht als Referent aber ist es, hier zu sagen, dass die Herren das Mehr bezahlen werden. Ich wünsche nicht, dass ich auf diese Stunde zurückkommen und nachrechnen müsste, um wie viel sich Herr Stritzl und seine Anhänger mit ihm geirrt haben.

Ich habe noch zu bemerken, dass, abgesehen von der Frage der Zeit, ich der Meinung bin und immer bei der Meinung bleibe und sie vertrete, dass in dem Antrage des Stadtrathes die ruhige, die einer Gemeinde entsprechende, die ihrer Organisation zusagende Entwicklung dieser Angelegenheit gelegen ist. Man springt nicht bei einer Frage, die eine halbe Million im Jahre erfordert, kopfüber in ein Experiment hinein. Und wenn davon gesprochen wurde, dass man es der Bevölkerung gegenüber nicht verantworten kann, so sage ich als Referent: ich kann es nicht verantworten, zuzugeben und nicht mit allem Eifer mich dagegen zu wehren, dass ein solches Experiment gemacht wird, welches tausende kosten kann, vielleicht hunderttausende infolge der Überstürzung, mit der es initiiert wird, und welches außerdem zur Folge haben wird, dass die Bevölkerung, die heute an einen befriedigenden Dienst gewöhnt ist, diesen befriedigenden Dienst eine ziemlich lange Zeit wird entbehren müssen. Ich erlaube mir daher nochmals, die Anträge des Stadt-

rathes Ihrer geneigten Genehmigung zu empfehlen. (Ironischer Beifall links.)

Bezirksvorsteher Picker (zur Berichtigung): Es ist in der letzten vertraulichen Sitzung einigemal erwähnt worden, dass ich von den Socialdemokraten gesagt hätte, ich fürchte mich vor ihnen. Das habe ich nicht gesagt, sondern meine Worte waren folgende: Vor den Socialdemokraten, wie ich sie und wie die Herren sie kennen, fürchte ich mich nicht, sondern vor denjenigen Arbeitern, die um Arbeit kommen und nicht arbeiten wollen. Und es ist auch wahr, dass sie zu fürchten sind; wir haben ein ähnliches Schauspiel jüngst im Armendepartement erlebt, wohin 20 bis 25 Leute kamen, so dass die Polizei intervenieren musste, und das, was wir hier im kleinen gesehen haben, wird sich im großen wiederholen. Ich will mich nicht des längeren darüber auslassen, denn es ist schon so viel über die ganze Geschichte gesprochen worden, dass es um jedes Wort schade ist. Ich habe also gesagt, dass ich mich vor jenen Arbeitern fürchte, die scheinbar Arbeit suchen, aber sie nicht wollen, und habe auch dann einen Vorfall im IX. Bezirke citiert. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Dem Herrn Gem.-Rath Taubler, der sich zur Abstimmung zum Worte gemeldet hat, werde ich das Wort ertheilen, nachdem ich die Abstimmungsmodalitäten formuliert habe. Ich gedenke bei der Abstimmung in folgender Weise vorzugehen: Gegen den Referenten-Antrag Nr. 1 hat Herr Gem.-Rath Frauenberger beantragt: „Es sei die Straßenreinigung des I. Bezirkes vom 1. Juli d. J. ab in eigene Regie der Commune in der Art zu übernehmen, dass vorerst ein Provisorium bis zum 1. October d. J. eingeführt werde. Magistrat und Bauamt seien zu beauftragen, in kürzester Zeit ein vollständiges Referat mit allen Kostenanschlägen ꝛc. vorzulegen, um mit 1. October ein Definitivum an Stelle des Provisoriums setzen zu können."

Dieser Antrag wird zunächst zur Abstimmung gebracht. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so käme Antrag 1 des Referenten zur Abstimmung, welcher dahin geht, dass die Straßensäuberung der Transport-Gesellschaft, und zwar auf sieben Jahre, übergeben werde.

Dem gegenüber beantragt Gem.-Rath Djörup, es solle die Straßensäuberung der Transport-Gesellschaft nur auf drei Jahre übergeben werden, welcher Antrag für den Fall, als der Referenten-Antrag abgelehnt wird, zur Abstimmung käme.

Wird auch dieser Antrag abgelehnt, so käme der Antrag Dr. Nechanky zur Abstimmung, welcher dahin geht, es solle die Straßenreinigung der Transport-Gesellschaft nur auf ein Jahr übergeben werden.

Nach der Abstimmung über diesen Punkt käme dann die Abstimmung über Punkt 2 der Referenten-Anträge und sohin über Punkt 3.

Gem.-Rath Taubler (zur Abstimmung): Nachdem in dem Antrage des Herrn Collegen Frauenberger nichts in Betreff der Gratification an Herrn Oberinspector Stritzl enthalten ist, so habe ich eigentlichnichts zur Abstimmung zu sagen, denn ich habe nicht gehört, dass der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger, dem Herrn Stritzl 500 Ducaten als Remuneration oder Gratification für sein Project und seine Mühewaltung zuzusprechen, zur Abstimmung kommt.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, da war ich nicht vollständig. Zu Punkt 3 des Referenten-Antrages, welcher lautet: „Hiedurch erledigt sich die Eingabe des Oberinspectors Stritzl", hat Herr Gem.-Rath Frauenberger den Antrag gestellt: „Es sei dem Herrn Oberinspector Stritzl für die Verfassung seines Projectes die Anerkennung des Gemeinderathes auszusprechen und demselben zugleich als Entschädigung für seine gehabten Barauslagen ein Ehrengeschenk in der Höhe von 500 Ducaten zuzuerkennen."

Gem.-Rath Dr. Nechanski hat den Antrag gestellt, „es solle ein Ehrengeschenk in der Höhe von 2000 Kronen gegeben werden."

Gem.-Rath Taubler (zur Abstimmung): Ich bin nicht dagegen, dass Herrn Oberinspector Stritzl eine Gratification für seine Mühewaltung gegeben werde, aber, meine Herren, ich glaube, dass nach dem § 70 unseres Gemeindestatutes dieser Gegenstand in Betreff der Ertheilung einer Gratification an den Stadtrath zu leiten sei behufs Beschlussfassung und Berichterstattung darüber.

Ich stelle daher den Antrag, „dass dieser Gegenstand zur Berathung und Antragstellung dem Stadtrathe zu überweisen sei".

Gem.-Rath Tomola (zur Abstimmung): Bei der außerordentlichen Wichtigkeit des Gegenstandes, dessen Berathung wir soeben geschlossen haben, beantrage ich namentliche Abstimmung. (Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, über welchen Antrag?

Gem.-Rath Tomola: Über den Antrag Frauenberger.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es ist der Antrag gestellt worden, über den Antrag Frauenberger namentlich abzustimmen. Ich ersuche jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Es erfolgt die Auszählung.)

Gem.-Rath Tomola: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Es entfällt somit die Abstimmung über den Antrag Tomola.

Referent (zur Abstimmung): Der Herr Vorsitzende hat erklärt, dass er den Antrag Djörup, eventuell den Antrag Nechansky als einen Gegen-Antrag auffasse. Ich glaube, es ist das nur ein Gegen-Antrag bezüglich eines Punktes des Antrages, nämlich der Zeitdauer bis 30. Juni. Ich würde daher bitten, dass so abgestimmt wird, dass die Zeitdauer wegbleibt und darüber separat abgestimmt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Dieser Ansicht bin ich nicht. Wird der Antrag des Referenten abgelehnt, nämlich die Vergebung auf sieben Jahre unter gewissen, im Antrage enthaltenen Modalitäten, so käme einfach der Antrag Djörup, es soll die Vergebung der Straßenreinigung in der Inneren Stadt an die Transport-Gesellschaft auf drei Jahre erfolgen, zur Abstimmung. Würde der Antrag abgelehnt werden, so käme der Antrag Nechansky.

Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage Frauenberger einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht. — Nach erfolgter Auszählung:) Der Antrag ist mit 59 Stimmen angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Damit ist erledigt der Antrag 1 des Herrn Referenten; es ist erledigt der Antrag Djörup und es ist erledigt der Antrag Dr. Nechansky.

Nun folgt der Antrag 2 des Referenten. Dieser Antrag geht dahin, es solle wegen der künftigen Organisierung des Säuberungs-

dienstes der Magistrat und das Bauamt aufgefordert werden, im Sinne des Antrages 2 entsprechende Berichte und Anträge zu erstatten. (Rufe: Ist gegenstandslos!)

Der Herr Referent erklärt, der Antrag sei zurückgezogen. Im zweiten Theile des Antrages 2 ist die Weisung an den Magistrat enthalten, bei weiterer Vergebung von auf die Straßenreinigung bezüglichen Leistungen darauf Rücksicht zu nehmen u. s. f., wie in der Vorlage enthalten.

Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bezüglich des dritten Antrages hat Herr Gem.-Rath Taubler den Antrag gestellt, denselben dem Stadtrathe zuzuweisen.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Es muss dem Gemeinderathe vorbehalten bleiben, und es ist auch in der Geschäftsordnung begründet, dass der Gemeinderath hierüber selbstständig einen Beschluss fassen kann, und es ist daher nicht nothwendig, diesen Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Ich bitte daher, über meinen Antrag abzustimmen und den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Taubler auf Zuweisung an den Stadtrath abzulehnen. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bedauere sehr, ich kann diese Anschauung nicht theilen. Nach § 70 hat der Stadtrath bei allen der Entscheidung des Gemeinderathes vorbehaltenen Gegenständen die Vorberathung zu pflegen. Es wäre daher absolut ungesetzlich, sofort in das Meritum des Gegenstandes einzugehen. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich habe zu wiederholtenmalen das Recht des Gemeinderathes vertheidigt, dass jedes einzelne Mitglied desselben im Plenum zu jenen Anträgen, welche von Seite des Stadtrathes gestellt werden, derartige Gegen-Anträge stellen kann, welche denselben Gegenstand betreffen.

Der Stadtrath beantragt, dass der Gemeinderath gegenüber Herrn Stritzl einfach seine Anerkennung auszusprechen habe; das schließt also alles andere aus. Es kann nun hier im Plenum des Gemeinderathes der Antrag gestellt werden, Herrn Stritzl noch auf andere Weise zu ehren oder zu entschädigen. Dieses Recht hat jedes Mitglied des Gemeinderathes nach dem Statute und der Geschäftsordnung. Anders wäre es, wenn einer der Herren den Antrag gestellt hätte, die Sache dem Stadtrathe zuzuweisen. Aber nachdem dieser Antrag nicht gestellt wurde ... (Rufe: Er ist gestellt worden!) Nein, dieser Antrag ist nicht gestellt worden, während der Debatte gewiss nicht, und nach Schluss der Debatte kann kein Antrag mehr gestellt werden. Ich bitte daher, den Antrag Frauenberger zur Abstimmung zu bringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich werde zunächst den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Taubler zur Abstimmung bringen. (Unruhe.) Ich bitte, Herr Gem.-Rath Taubler hat den Antrag gestellt, den Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Das geht nicht an, Herr Vorsitzender. Ein Antrag, welcher nach Schluss der Debatte gestellt wird, kann nicht zur Abstimmung kommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Das ist ein Antrag, welcher die formelle Behandlung betrifft; ich bringe denselben zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage Taubler auf Zuweisung des Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht. — Nach der Auszählung:) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht. — Nach der Auszählung:) Der Antrag auf Zuweisung des Antrages an den Stadtrath ist abgelehnt, und zwar mit 52 gegen 38 Stimmen. (Beifall links.) In eine meritorische Beschlussfassung kann der Gemeinderath nicht eingehen, weil das gegen § 70 des Statutes ist. (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe links. — Rufe links: Da hört sich alles auf! Rechtsverletzung!) Meine Herren, ich bitte ... (Rufe links: Das ist eine Rechtsverletzung!) Ich bitte, fassen Sie sich, es steht Ihnen frei, einen Antrag einzubringen. (Rufe links: Nein! Das dulden wir nicht! Stürmische Unterbrechungen links.) Der Gegenstand ist erledigt. (Rufe links: Nein, das gibt's nicht! Die Paschawirtschaft ist nur in der Türkei! Lebhafte Unruhe.) Wenn es nicht möglich ist, in Ruhe weiter zu verhandeln, so erkläre ich die Sitzung für geschlossen. (Neuerlicher, stürmischer Widerspruch links.)

Beschluss: Die Straßenreinigung des I. Bezirkes ist vom 1. Juli d. J. ab in eigene Regie der Commune in der Art zu übernehmen, dass vorerst ein Provisorium bis zum 1. October d. J. eingeführt werde. Magistrat und Stadtbauamt werden beauftragt, in kürzester Zeit ein vollständiges Referat mit allen Kostenanschlägen ꝛc. vorzulegen, um mit 1. October ein Definitivum an Stelle des Provisoriums setzen zu können.

Bei der Antragstellung rücksichtlich der weiteren Vergebung von auf die Straßenreinigung ꝛc. bezughabenden Leistungen ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass solche Verträge nicht geschlossen werden, durch welche der geplanten, vorerst für einen Bezirk versuchsweisen Übernahme in vollständig eigene Regie vorgegriffen werden könnte, und es ist im allgemeinen bei allen derartigen Vergebungen in Zukunft darauf Rücksicht zu nehmen, dass dem Gemeinderathe ermöglicht wird, wenn er es in seinem Ermessen findet, vom Jahre 1900 angefangen in allen Bezirken die vollständig eigene Regie durchzuführen.

(Schluss der Sitzung um $^3/_4$7 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **8. Juni 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende:

Boschan,	Meißl,
v. Götz,	v. Neumann,
Dr. Hackenberg,	Noske,
Dr. Huber,	Schlechter,
Kreindl,	Schneiderhan,
Dr. Lederer,	Vaugoin,
Dr. Lueger,	Dr. Vogler,
Matthies,	Witzelsberger,
Matzenauer,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: St.-R. Müller.
Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf, Dr. Stenzl.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

St.-R. Müller entschuldigt sein Ausbleiben; St.-R. v. Neumann sein Späterkommen. (Zur Kenntnis.)

(3725.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Ansuchen des Albin Hirsch um Bewilligung zur Aufstellung einer Veranda auf dem Bürgerspitalfondsgrunde, Cat.-Parc. 408 im XI. Bezirk, Simmering, Theresiengasse, und beantragt, dem Albin Hirsch, Modelltischler, welcher die Abtheilung 1 d der Bürgerspitalfonds-Parcellen 102/1—4, 1834, 1835 in Simmering, Theresiengasse, um 120 fl. Jahrespachtzins bis 1. November 1897 inne hat, die Errichtung bezüglich den Bau der im Plane näher ersichtlichen Veranda auf dem Pachtgrunde gegen Einhaltung der im Punkte 10 der zuliegenden Pachtbedingnisse enthaltenen Bedingungen zu gestatten.

(Angenommen.)

(3466.) **Derselbe** referiert über das Project für die Reparatur des äußeren und die Beseitigung des inneren Einfriedungsgitters beim Kaiser Max-Denkmale in Hietzing, XIII. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der Reparatursarbeiten am äußeren Gitter per 1984 fl. 50 kr. und die Belassung des inneren Gitters. Die Ausführung hat im Jahre 1894 zu erfolgen und ist im Budget pro 1894 für diese Auslage vorzusorgen.

St.-R. Boschan beantragt die Rückverweisung des Actes zur Erstattung eines neuen billigeren Vorschlages.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass das äußere Gitter ganz beseitigt und an dessen Stelle ein lebender Zaun gesetzt werde.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, dass für die Zukunft eine einfachere Einfriedung in Aussicht zu nehmen ist.

Es wird beschlossen, dass das innere Gitter zu belassen sei; ferner wird der Antrag des St.-R. Boschan und des St.-R. Dr. Lederer angenommen.

(3724.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Gebrüder Lichtenstern um Anbringung von zwei Auslagekasten, eines Steckschildes, einer Firmatafel und einer Laterne an dem Gassengewölbe im alten Rathhause und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(3674.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Maximilian Großmann um käufliche Überlassung von Bürgerspitalsgründen in Unter-Meidling zwischen der Donaustraße und der verlängerten Franzensgasse. Referent beantragt, ein Verhandlungs-Comité einzusetzen.

(Angenommen.)

(3530.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem VII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Banek (Wanek) Johann, Schneider;
Zelezny Johann, Schneider;
Andres Karl, Pfaidler;
Fried Theresia, Kindsfrau;
Fritsch Josef, akademischer Bildhauer;
Katz Ludwig, Galanteriewaarenhandlung. (Angenommen.)

(3733.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Joh. Ludwig um Ankauf schadhafter Dippelbäume vom städtischen Hause, XIII., Hütteldorf, Hauptstraße Nr. 43, und beantragt, die anlässlich der Deckenauswechslung in obigem Hause herausgenommenen schadhaften Dippelbäume und Sturztram dem Stadtzimmermeister Johann Ludwig, V., Margarethengürtel Nr. 2, um den Preis von 40 fl. käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

(3698.) **Derselbe** referiert über die Umpflasterung der Hauptstraße in Penzing von der Schmiedgasse bis zur Mayergasse und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes per 10.555 fl. 14 kr.

(Angenommen.)

(3678.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen Verpachtung der beiden Eisteiche im Halterthale in Hütteldorf, XIII. Bezirk, und beantragt, die beiden im Halterthale rechts und links vom Halterbache auf den Catastral-Parcellen Nr. 379, Einl.-Zahl 377, Grundbuch Hadersdorf (früher Nr. 804, Einl.-Z. 535, Grundbuch Hütteldorf), ferner Nr. 806 und 807, Grundbuch Hütteldorf gelegenen Teiche für die Zeit vom November 1893 bis November 1899 um den jährlichen Pachtschilling von 116 fl. unter den in der Offertausschreibung vom 9. v. M., Z. 223037, formulierten Bedingungen an den Offerenten Anton Lauber, Fuhrwerksbesitzer in Hütteldorf, Hauptstraße Nr. 31, zu verpachten unter der Bedingung, dass die Gemeinde jederzeit noch vor Ablauf des Vertrages das Pachtverhältnis zu lösen berechtigt ist. (Angenommen.)

(3617.) **Derselbe** referiert über das Anerbieten der Firma D. Berl um probeweise Beistellung von Patentrosten für die Kesselanlage im Rathhause, sowie auf Übernahme des Feuerungsbetriebes daselbst gegen Pauschalvergütung und beantragt, dieses Anerbieten abzulehnen. (Angenommen.)

(3693.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Ansuchen des Josef Köller, Gastwirtes, um Aufstellung von Tischen I., Singerstraße 28, und beantragt die Vorschreibung eines Pauschalbetrages von 40 fl. für die angesuchte Tischaufstellung. (Angenommen.)

(3689.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des Ferd. Seif um Schadloshaltung für den von der Realität Grundb.-Einl.-Z. 1040, Or.-Nr. 26 Wallgasse, Or.-Nr. 6 Grasgasse, Or.-Nr. 5 Kurzgasse, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund per 173·79 m² und beantragt, die Entschädigung mit dem Betrage von 25 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

St.-R. Wurm beantragt, die Schadloshaltung mit dem Betrage von 28 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

Der Antrag des St.-R. Wurm wird angenommen.

(3700.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen dreier Parteien aus dem IV. Bezirke um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebüren und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3699.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Abschreibung, respective Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebüren nach sechs Parteien aus dem IV. Bezirke und beantragt die Abweisung, beziehungsweise Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebüren nach dem Antrage des magistratischen Bezirksamtes für den IV. Bezirk.

(Angenommen.)

(3737.) **Derselbe** referiert über den Kostenanschlag für die Umpflasterungen und Dacharbeiten im Gumpendorfer Schlachthause und beantragt, den Kostenüberschlag für die Umpflasterungen per 2086 fl. 99 kr. und für die Dachreparaturen per 908 fl. 66 kr., zusammen 2995 fl. 65 kr., zu genehmigen. (Angenommen.)

(3670.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über Schulgeldbefreiungen an der Wiedener Communal-Oberrealschule und beantragt die Genehmigung des Antrages des Magistrates auf Schulgeldbefreiung mit Ausschluss der sub Nr. 21 und 27 genannten Schüler, welche abzuweisen wären. (Angenommen.)

(3713.) **St.-R. Vaugoin** referiert über das Ansuchen des Wiener Taubstummen-Unterstützungsvereines um Subvention und beantragt, demselben für das Jahr 1893 eine Subvention in der bis-

herigen Höhe von 100 fl., und zwar 50 fl. für den Armen- und 50 fl. für den Jünglingsfond zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3636.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XIV. Bezirke und beantragt:

a) Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Lindenberger Johann, Bäckergehilfe;
Ruzicka Josef, Werkführer;
Geißler Paul, Schneider;
Hieß Ignaz, Hausbesitzer und Händler mit Mineralwässern;
Bollenberger Josef, Hausierer;
Dußwald Jakob, Schuhmacher;
Dohnal Johann, Messerschmied;
Czasny Cäcilie, Diurnistenswitwe;
Leschka Franz, Schlossergehilfe;
Karesch Dominik, Buchbindergehilfe;
Wiesner Eduard, Holzbildhauer;
Frühwirth Thomas, Hausbesitzer;
Komarek Josef, Laternenanzünder;
Lan Hermann, Magazineur.
Gaisch Margarethe, Bedienerin. (Angenommen.)

b) Die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Kaligraf Theodor, Friseurgehilfe;
Schmid Paul, Hausierer. (Angenommen.)

(3511, 3669, 3702, 3541.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungsgebüren nach 47 Parteien aus dem XIII. Bezirke, nach 60 Parteien aus dem IX. Bezirke, nach 7 Parteien aus dem XV. Bezirke und nach 8 Parteien aus dem IV. Bezirke.

Referent beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(546.) **Bürgermeister Dr. Prix** referiert über die Systemisierung der Zahl der Stellen des städtischen Dienerpersonales *) und beantragt, in der I. Classe 50, in der II. Classe 380, in der III. Classe 137, d. i. zusammen 567 Dienerstellen zu systemisieren.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3532.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über den Antrag des St.-R. Kreindl in Betreff der Inangriffnahme der im Jahre 1893 im XIX. Bezirke auszuführenden Pflasterungen und beantragt, den Bericht des Magistrates zur Kenntnis zu nehmen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Kreindl beantragt, den Magistrat zu beauftragen, die noch fehlenden Projecte in kürzester Zeit vorzulegen.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

(2893.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Hausbesorgers-Witwe K. B. um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, derselben die jährliche Gnadengabe von 50 fl. auf drei weitere Jahre vom 1. October 1893 an zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2831.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Margarethe Ziffinger um ratenweise Begleichung eines Licenzgebüren-Rückstandes per 68 fl. 88 kr. und beantragt, derselben Raten à 5 fl. 4 kr. monatlich zu bewilligen. (Angenommen.)

*) Vide Gemeinderaths-Beschluss vom 28. October 1892, betreffend die Bestimmungen über die Bezüge der städtischen Diener und der ihnen gleichgestellten städtischen Bediensteten.

(2965.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit des nach Franz Weibora aushaftenden Fiakerlicenz-Rückstandes per 263 fl. 65½ kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(2991.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des Wiener Geflügelzucht-Vereines Rudolfsheim, mit welcher der Dank für die Widmung des Ehrenpreises ausgesprochen wird, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(2872.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des C. Schrenk puncto Spitalsverpflegskosten-Zahlung per 9 fl. für die Magd Anna Kavan und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3414.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Konrad Weber gegen sanitätspolizeiliche Anordnungen XI., Dorfgasse Nr. 199, Kaiser-Ebersdorf, und beantragt die Abweisung des Recurses.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, eine Frist von sechs Monaten zur Ausführung der Senkgrube zu gewähren.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lederer wird abgelehnt und der Referenten-Antrag mit dem Zusatze des St.-R. Dr. Vogler angenommen.

(3413.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Leopold Peitl gegen sanitätspolizeiliche Anordnungen XI., Ravelinstraße Nr. 367, und beantragt die Recursabweisung.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, dem Recurrenten eine Frist von drei Monaten zu bewilligen.

Der Referenten-Antrag und der Antrag des St.-R. Dr. Lederer werden angenommen.

(3605.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Franz Schuster gegen feuerpolizeiliche Verfügungen XII. Bezirk, Hauptstraße 69, und beantragt, den Recurs dahin zu erledigen, dass das Verbot des Bewohnens der Dachwohnung aufrecht bleibt; dagegen ist von der Anbringung eiserner Verschlussbalken im rückwärtigen Tracte mit Rücksicht auf dessen vollständige Isoliertheit abzusehen.

(Angenommen.)

(3390.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen des Anton Großer, Schulhausbesorgers, um Altersnachsicht zur Erlangung einer Schuldienerstelle und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(3434.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 26. Mai 1893, Z. 3668, betreffend die Remunerierung der Lehrpersonen in Inzersdorf, und beantragt, der Stadtrath erklärt seine Zustimmung zur Ertheilung einer Remuneration von je 50 fl. für jede Lehrperson an den beiden Schulen in Inzersdorf, ist jedoch der Meinung, dass diese Remunerationen aus dem Wiener Bezirksschulfond, aus welchem auch der seitens des Bezirksschulfondes Hietzing-Umgebung angesprochene Ersatz für personelle Auslagen bestritten wurde, zu verabfolgen sind. (Angenommen.)

(3395.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 13. Mai 1893, Z. 2531, betreffend die Anweisung des Quartiergeldes an den provisorischen Lehrer Josef Pamperl und beantragt die Anweisung des Quartiergeldes nach dem Antrage des Bezirksschulrathes, jedoch mit dem Beifügen, dass durch diese Bewilligung ein Präjudiz für die Zukunft nicht geschaffen werden soll.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, den Recurs zu ergreifen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Der Antrag des Bürgermeisters wird angenommen.

(3519.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 16. Mai 1893, Z. 2615, betreffend die Anweisung eines höheren Gehaltes per 1000 fl. und eines Quartiergeldes per 300 fl. an den provisorischen Katecheten Josef Dohmal und beantragt, gegen die Verfügung des Bezirksschulrathes den Recurs zu ergreifen.

(Angenommen.)

(3645.) **Derselbe** referiert über den Erlass des n.-ö. Landesschulrathes vom 21. Mai 1893, Z. 4395, betreffend die Entscheidung des Ministeriums für Cultus und Unterricht über den Recurs der Gemeinde Wien und des Wiener Bezirksschulfondes gegen die Berechnung der provisorischen und definitiv zugebrachten Dienstzeit bei Gewährung von Dienstalterszulagen an mehrere Lehrpersonen und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3472.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 20. Mai 1893, Z. 2756, betreffend die Concursausschreibung zur Besetzung der Directorstelle an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben XIV., Rudolfsheim, Selzergasse 19, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3473.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 20. Mai 1893, Z. 2757, betreffend die Concursausschreibung zur Besetzung erledigter Bürgerschullehrer-, respective Bürgerschullehrerinnen-Stellen, ferner Volksschullehrer-, respective Volksschullehrerinnen-Stellen im Wiener Gemeindegebiete und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3293.) **Derselbe** referiert über die Vertheilung der Lehrmitteldotation am Mariahilfer Communal-Real- und Obergymnasium und beantragt, es sei im Hinblicke auf den bezüglich der vormals Communal-Ober-Realschule im I. Bezirke beachteten Vorgang (Stadtraths-Beschluss vom 20. Februar 1892, Z. 612) für das mit 1. September d. J. in die Staatsverwaltung übergehende Communal-Real- und Obergymnasium im VI. Bezirke die auf acht Monate berechnete Quote von 400 fl. von dem Jahresbetrage per 600 fl. als Lehrmitteldotation pro 1894 zu bewilligen. (Angenommen.)

(3632.) **Derselbe** referiert über Gesuche aus dem I. und VIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Kolda Therese, Apothekerin;
Smekal Marie, Stubenmädchen;
Kral Moriz Johann, Verwalter des Fürsten Lobkowitz;
Weßnitzer Amalia und Elise, Garderoberinnen;
Rathbauer Amalie, Privat;
Hareither Michael, Kutscher;
Haberditzl Franz, Gemischtwarenhändler;
Hora Josef, Zahlkellner;
Huttar Wenzel, Buchhalter;
Handler Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Goldberger Alexander, Handelsagent;
Machek Katharina, Dienstbote;
Stöckl Marie Anna, Köchin;
Baldessari Anselm, Tafeldecker. (Angenommen.)

(714.) **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über das Ausgleichsanbot der Rosa Wirth und Louise Seyrl wegen Straßengrundabtretung bezüglich der Cat.-Parc. 672/1, Einl.-Z. 797, in Rudolfsheim, sowie der Straßengründe aus der Einl.-Z. 567 (Parcelle 633/1) in Penzing und offerieren den Verkauf der den Platz daselbst bildenden Parcelle 672/1, Einl.-Z. 1250, in Rudolfsheim.

Referent beantragt, es werde die Ablösung des als Cat.-Parc. 672/1, Einl.-Z. 1250, in Rudolfsheim im Eigenthum der Rosa Wirth und Louise Seyrl befindlichen Platzgrundes im Ausmaße von 523·27 □° um den Preis von 2 fl. per Quadratklafter unter der Bedingung genehmigt, dass nicht bloß die diesen Platz umgebenden vier Straßen, sondern überhaupt alle anderen aus der Parcellierung der Wieninger'schen Gründe sich ergebenden Straßen insoweit sie noch nicht grundbücherlich abgeschrieben und übergeben sind, sämmtlich grundbücherlich abgeschrieben und über Verlangen der Gemeinde unentgeltlich und im richtigen Niveau übergeben werde.

Weiters werde die Bezeichnung dieses Platzes als Wieninger-Platz zum Andenken an dem am 7. October 1880 verstorbenen Anton Wieninger genehmigt, der Gesuchstellerin dies mit der Eröffnung mitgetheilt, dass eine Änderung dieser Bezeichnung nicht durchgeführt werden wird. (Angenommen.)

(2115.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Rosa Wirth und Louise Seyerl wegen Grundbuchsrichtigstellung bezüglich der Parcellen 787, 633/1, Einl.-Z. 567, Penzing, Gurkgasse, und beantragt die Ausstellung der Auffandungserklärung behufs Richtigstellung des Grundbuches durch Abschreibung der Cat.-Parc. 787/2 per 50 □° aus dem Verzeichnisse für öffentliches Gut der Catastral-Gemeinde Penzing und Zuschreibung zur Einlage 567 Grundbuch der Catastral-Gemeinde Penzing (Eigenthum der Rosa Wirth und Louise Seyerl) und Ausfolgung dieser Erklärung an die Partei gegen Einhebung der entfallenden Stempel- und Legalisierungsgebür und seinerzeitige Berichtigung der etwa zur Bemessung gelangenden Vermögensübertragungsgebür sammt Zuschlägen. (Angenommen.)

(3439.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht über das Ansuchen des Matth. Nowy um Erhöhung der Schadloshaltung für den beim Umbau des Hauses III., Hauptstraße 10, abzutretenden Straßengrund und beantragt, die Schadloshaltung mit 65 fl. per Quadratmeter giltig für zwei Jahre zu bestimmen. (Angenommen.)

(3774.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Canalbau in der Selzer- und Holochergasse, XIV. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Anton Sikora (7·6 Percent Nachlass). (Angenommen.)

(3597.) **St.-R. Matthies** referiert über die Einführung der Wasserspülung in die Aborte und Pissoirs an mehreren Schulgebäuden und beantragt:

1. Es sei die Einführung der Wasserspülung bei den Aborten und Pissoirs in den städt. Schulgebäuden II., Pazmanitengasse 17, Darwingasse 14, Czerninplatz 3, sowie an der im Gassentracte untergebrachten Volksschule VII., Kandlgasse 30, im Laufe des Jahres 1893 vorzunehmen;

2. es seien die bauamtlichen Projecte für die durch die vorgenannte Herstellung nothwendig werdende Umgestaltung der Abortanlage in den beiden Schulgebäuden des II. Bezirkes zu genehmigen und diese Arbeit unter einem mit der Einführung der Wasserspülung und bezüglich des Schulgebäudes II., Czerninplatz 3, gleichzeitig mit der Adaptierung der Oberlehrer-Wohnungen zu Schulzimmern durchzuführen;

3. es sei zur Sicherstellung der Installationsarbeiten und der Closetlieferung mit der Ausrufsumme von 8810 fl. nach Einheitspreisen und ein Pauschale von 576 fl. 30 kr. auf Grund der vom Stadtbauamte vorgelegten Vorschrift, dann der Kostenanschläge und Tarife eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung einzuleiten und seien auf

Grund derselben die sämmtlichen neuen Objecte betreffenden Arbeiten und Lieferungen einem Unternehmer, eventuell im Falle besonders günstige Anbote die Arbeiten und Lieferungen für sämmtliche Objecte einem Generalunternehmer zu übertragen;

4. es seien die für die Reconstruction der Abortanlagen und Umlegung der Gasleitung in den Schulen II., Pazmanitengasse 17 und Czerninplatz 3, erforderlichen Professionistenarbeiten im Gesammtbetrage von 3083 fl. 7 kr. den Erstehern der currenten Professionistenarbeiten zu übertragen, der Bedarf an Bleirohren im Kostenbetrage von 273 fl. 70 kr. ist dem städt. Vorrathe zu entnehmen;

5. es sei die Erhöhung des den genannten drei Schulen derzeit zugetheilten Wasserquantums von zusammen täglich 80 h während der Sommerszeit (81 h während der Winterszeit), vom Zeitpunkte der Inbetriebsetzung der neuen Einrichtung, d. i. vom 15. September 1893 an, zu genehmigen;

6. es sei bei Verfassung der Zusammenstellung jener Schulen, welche in den Hauptferien des Jahres 1894 mit Wasserspülung in den Aborten und Pissoirs zu versehen sind, in erster Linie auf das für heuer eliminierte Schulgebäude III., Strohgasse 5, Rücksicht zu nehmen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass die Summe, welche für die Umgestaltung der Aborte nothwendig ist, aus den obigen Kosten ausgeschieden und hiefür ein besonderer Credit bewilligt werde und dass ferner auch in die Schule III., Strohgasse 5, die Wasserspülung eingeführt werde.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, die Umgestaltung der Aborte auf einer besonderen Rubrik zu verrechnen.

Es wird beschlossen, die Wasserspülung in die Aborte der vom Referenten beantragten drei Schulen, sowie in dem Schulgebäude III., Strohgasse 5, einzuführen und die Kosten für die Umgestaltung der Aborte auf Gruppe III, Rubr. XII 4 c, zu verweisen.

(3773.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Canalbau in der Hainburgerstraße, III. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Julius Chailly (7 Percent Nachlass). (Angenommen.)

(3704.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über Gesuche aus dem XIV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Keck Heinrich, Geschäftsdiener;
Heger Adolf, Tischler;
Rosner Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Smazel Franz, Kammachergehilfe;
Böhm Franz, Schuhmacher;
Schmeidler Johann, Bürstenmachergehilfe;
Maier Karl, Maschinist;
Müller Valentin, Werkführer;
Winter Elisabeth, Fragnerin;
Ruzicka Franz, Bindergehilfe;
Decker David, Schlosser;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Henkel Victorin, Bäckergehilfe. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **9. Juni 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Boschan, Müller, v. Götz, v. Neumann, Dr. Hackenberg, Noske, Dr. Huber, Schlechter, Kreindl, Schneiderhan, Dr. Lederer, Vaugoin, Dr. Lueger, Dr. Vogler, Matthies, Witzelsberger, Matzenauer, Wurm, Meißl,

Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf, Dr. Stenzl.
Experte: Magistratsrath Philipp.
Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Dr. Huber und Dr. Vogler entschuldigen ihr Späterkommen wegen Theilnahme an einer Disciplinarverhandlung; desgleichen entschuldigt St.-R. Witzelsberger sein späteres Erscheinen. (Zur Kenntnis.)

(3685.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Ansuchen des Karl Gumpelmayer um pachtweise Überlassung eine Theiles des städtischen Grundes Cat.-Parc. 734, V. Bezirk, Einsiedlergasse, zur Aufstellung von zwei Kegelbahnen und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3752.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites und beantragt, die Bewilligung eines Zuschusscredites per 43 fl. 97 kr. zur Ausg.-Rubr. XXIV 2 a behufs Erneuerung des Schrankens um die Gartenanlagen am Schlickplatze im IX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 543 fl. 97 kr. (Angenommen.)

(3736.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Forstamtes Spitz um Bewilligung zum Verkaufe von Asthölzern aus der Holzfällung 1892/93, sowie der sonstigen Forstnutzungen im Licitationswege, eventuell aus freier Hand, und beantragt, dies Ansuchen mit dem vom Magistrate gestellten Zusatze zu bewilligen, dass das Forstamt diesem Verkaufe die ortsüblichen Preise zugrunde zu legen und das Interesse des Fondsgutes bei diesen Verkäufen nach jeder Richtung zu wahren hat. (Angenommen.)

(3333.) **Derselbe** referiert in Betreff der Überwachung der städt. Gartenanlagen zum Schutze gegen Beschädigungen und beantragt:

1. Von der Wiedereinführung der Institution städtischer Parkwächter mit Rücksicht auf die hohen Kosten abzusehen, auch von der Bestellung von Militär-Invaliden zur Überwachung städtischer Gärten Umgang zu nehmen;

2. die Warnungstafeln in den städtischen Gartenanlagen künftighin in der Weise abzuändern, dass im Texte auch die Beschädigung oder Verunreinigung der Anlagen, Bänke und Gebäude und das Betreten der Rasenplätze verboten wird (ähnlich wie im Volksgarten).

3. an die k. k. Polizei-Direction neuerlich das Ansuchen zu stellen, auf die städtischen Gartenanlagen besonders in den frühen Morgenstunden sowie in den Abendstunden durch die k. k. Sicherheitswache ein besonderes Augenmerk richten zu lassen.

4. die übrigen Anträge des Vorstehers des V. Bezirkes abzulehnen.

St.-R. Boschan beantragt, es sei das Bisherige unverändert zu belassen.

Magistratsrath Philipp stellt neuerlich den Antrag des Magistrates, „behufs Überwachung der wichtigeren städtischen Parkanlagen, und zwar Stadtpark, Rathhauspark, Justizpalastpark und Türkenschanzpark, in den Abendstunden von 6 bis 9 Uhr einzelnen vom Stadtgärtner namhaft zu machenden Gartenarbeitern sogenannte Überstunden zu bewilligen und hiefür eine Entlohnung von 10 kr. per Stunde zu bezahlen, pro 1893 von dieser Einführung abzusehen und die jährlichen Kosten per 500 fl. pro 1894 hinsichtlich der dem Stadtgärtner unterstehenden Anlagen budgetmäßig sicherzustellen."

Referenten-Antrag 1, 3 und 4 angenommen; Referenten-Antrag 2 und Antrag des Magistratsrathes Philipp abgelehnt.

(3784.) **Derselbe** referiert über die Baumpflanzungen in der Laxenburgerstraße, X. Bezirk, und beantragt:

1. die Herstellung einer Allee in der Laxenburgerstraße, X. Bezirk, von dem Hause Or.-Nr. 9 bis zur Einmündung der Buchengasse inclusive der Bepflanzung des Quellenplatzes nach dem vorgelegten Projecte, wonach 266 Bäume (Roßkastanien) zur Anpflanzung gelangen, im effectiven Kostenbetrage von 8134 fl. 40 kr., exclusive des Wertes der Bäume per 798 fl., zu genehmigen;

2. die Pflasterungsarbeiten im currenten Wege auszuführen durch das Stadtbauamt, die sämmtlichen Erdarbeiten im öffentlichen Offertwege zu vergeben;

3. die Arbeiten — mit Ausnahme des Anpflanzens der Bäume — noch im Laufe des Jahres 1893 zur Ausführung zu bringen;

4. der Bezirksvorsteher hat wegen billigerer oder unentgeltlicher Beistellung der Gartenerde Sorge zu tragen.

St.-R. Boschan beantragt, die Durchführung der Anpflanzung jedoch nur mit dem Kostenbetrage von 5000 fl. zu bewilligen.

Die Herstellung der Baumpflanzung wird genehmigt; die Kostensumme nach dem Referenten-Antrage abgelehnt, nach dem Antrage Boschan angenommen.

Referenten-Antrag 4 angenommen.

(3123 und 3616.) **St.-R. Baugoin** referiert über die Veräußerung der durch die Demolierung des Hauses Nr. 12 Fluchtgasse, Nr. 17 Nussdorferstraße, IX. Bezirk, entstandenen Baustelle und beantragt die käufliche Überlassung dieser Baustelle im Ausmaße von 486·99 m² um den Einheitspreis von 61 fl. per Quadratmeter an die Firma O. Luckeneder & C. Miserowsky.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3772.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung bezüglich der Neupflasterung des Hauptplatzes in Hietzing im XIII. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2676 fl. 43 kr. und 200 fl. Pauschale und beantragt, diese Arbeit dem Franz Walz zu dem angebotenen 11·5percentigen Nachlasse zu übertragen.

(Angenommen.)

(3800.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über die Besetzung der Bademeisterstelle im städtischen Volksbade X., Simmeringerstraße Nr. 163 A, und beantragt, diese Stelle dem Johann Herdtner zu verleihen. (Angenommen.)

(3799.) **Derselbe** referiert über die Systemisierung des Betriebspersonales für das städtische Volksbad im IV. Bezirke, Klagbaumgasse, und die Besetzung der Bademeisterstelle und beantragt:

A. Für dieses Volksbad zu systemisieren:

1. Einen Bademeister mit einem Monatsbezuge von 60 fl. und Naturalwohnung im Badehause gegen eine beiden Theilen jederzeit zustehende einmonatliche Kündigung.

Die Diensteskündigung schließt jene der Wohnung in sich.

Dem Bademeister werden übertragen: der Dienst an der Cassa, die Überwachung und Eintheilung der Badewäscherei und des Feuerungsbetriebes, die Beaufsichtigung, Bezahlung und Verrechnung der Badedienerschaft, die Verantwortlichkeit für die Reinlichkeit und Ordnung in der Badeanstalt, sowie für die Badewäsche und das sonstige Badeinventar, und außerdem die Geschäfte der Hausbesorgung, wobei die Dienerschaft mitverwendet werden darf.

Zur Bestreitung kleiner Auslagen wird dem Bademeister ein Handverlag von 10 fl. gegen Detailverrechnung bewilligt; er hat eine Caution von 150 fl. in barem oder in pupillarsicheren Werten bei der städtischen Hauptcasse vor dem Dienstantritte zur Sicherstellung der Gemeinde für aus seinem Verschulden sich ergebende Abgänge oder Beschädigungen am städtischen Eigenthume zu leisten.

Die Bestellung und Entlassung des Bademeisters hat durch den Stadtrath zu erfolgen.

Die Auszahlung seines Bezuges erfolgt monatlich im nachhinein gegen gestempelte und vom bauämtlichen Leiter des Bades vidierte Quittung.

2. Zwei Badediener mit je einem Taglohne von 1 fl. 15 kr. nebst einer Heizmontur, bestehend aus einem grünen Gradlkittel sammt Hose und einer Uniformkappe mit einjähriger Tragdauer, dann zwei Badedienerinnen mit einem Taglohne von 1 fl.

Die Arbeitszeit wird mit 11 Stunden festgesetzt. Für Überstunden werden 10 Percent des Taglohnes per Stunde und für solche zur Nachtzeit (d. i. von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh) 15 Percent des Taglohnes per Stunde vergütet.

Die Aufnahme und Entlassung dieser Personen erfolgt durch den bauämtlichen Leiter des Volksbades und wird demselben ein Virement bei Besetzung der Badediener und Badedienerinnen je nach Bedarf innerhalb der Personenzahl von vier per Tag und in der Taglohnsgrenze gestattet.

3. Das Betriebspersonale des Bades ist bei der Bezirks-Krankencassa zu versichern und bestreitet die Gemeinde die vollen Cassabeiträge.

4. Das Stadtbauamt wird ermächtigt, im Falle des dringenden Bedarfes Hilfsarbeiter aufzunehmen, deren Gesammtentlohnung im Laufe eines Kalenderjahres jedoch den Betrag von 800 fl. nicht übersteigen darf.

Hiebei wird jedoch vorausgesetzt, dass das Aushilfspersonale keine höheren Bezüge erhalten darf, als die sub Post 2 bezeichneten Personen beziehen, nämlich 1 fl. 15 kr., respective 1 fl. per Tag, und gilt für dasselbe die gleiche Bestimmung hinsichtlich der Arbeitszeit, der Entlohnung für Überstunden und der Versicherung.

5. Die Ausbezahlung der sub 2 und 4 bezeichneten Personen hat durch den Bademeister gegen Verrechnung in Wochenlisten zu erfolgen.

6. Die für die schon bestehenden Volksbäder genehmigte Badeordnung hat sich auch auf das neue Bad zu erstrecken.

7. Dem mit der Leitung und Aufsicht betrauten Bauamtsbeamten wird widerruflich, vorläufig bis zur Feststellung der neuen Gebürenordnung, ein Betrag von 50 fl. jährlich als Vergütung unter der Bedingung bewilligt, dass die Aufrechnung von Wagengebüren, Kostgeldern u. dgl. für die Inspection des Volksbades und für die Intervention bei Commissionen zu entfallen hat, dann gegen dem, dass der

betreffende Bauamtsbeamte ein im Stadtbauamte aufliegendes kurzes Gestionsprotokoll über seine Wahrnehmungen und Verfügungen bei den Inspectionen und ein im Volksbade aufliegendes und von ihm jeweilig zu fertigendes Anwesenheitsprotokoll zu führen hat.

B. Die Bademeisterstelle dem Franz Grausam, Maurerpolier und Heizmonteur, zu verleihen.

St.-R. Schlechter beantragt, den Magistrat zu beauftragen, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob nicht in den Sommermonaten an Wochentagen der Betrieb schon um 6 Uhr früh beginnen sollte.

(Angenommen; Punkt A an den Gemeinderath.)

(3781.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Eduard und der Bertha Stern um Bewilligung zur Erbauung eines Wohnhauses auf der Realität C.-Nr. 26, Einl.-Z. 46 Währing, Or.-Nr. 2 Feldgasse, Or.-Nr. 46 Herrengasse im XVIII. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung der Anlage eines 5·80 m langen und 0·15 m über die Baulinie vorspringenden Risalites gegen Abzug des erforderlichen Grundes per 0·87 m² von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde. (Angenommen.)

(3691.) **Derselbe** referiert über die Auflassung einer Verbindungsgasse zwischen der Mariahilferstraße und dem Platze an der Lazaristenkirche und beantragt, die Verbindungsgasse zwischen der Mariahilferstraße und dem bei der Lazaristenkirche projectierten Platze aufzulassen und zu bestimmen, dass der Platz zwischen den bereits genehmigten Baulinien an der Einmündung der Mariahilferstraße in die Gürtelstraße nicht verbaut werde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3690.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Rauch um Überlassung eines Grundtheiles in der Schreyvogelgasse, I. Bezirk, gegen Abtretung des von der Realität Einl.-Z. 1273, I. Bezirk, Teinfaltstraße, abzutretenden Grundes und beantragt, die Ablehnung des Ansuchens auf compensationsweise Überlassung des einzubeziehenden Straßengrundes gegen den von der Bauarea abzutretenden Grund, jedoch, falls der Gesuchsteller eine Schätzung der gegenseitig abzutretenden Grundtheile auf seine Kosten wünschen sollte, den Magistrat zu ermächtigen, zur Einleitung der Erhebung und Verhandlung hierüber noch vor der Bauausführung, wonach die zu ermittelnden Preise in der üblichen Weise in ihrer Giltigkeit auf zwei Jahre zu beschränken wären. (Angenommen.)

(3768.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Leopold, Anton und der Marie Schwarzhuber um Parcellierungsbewilligung bezüglich der Grundb.-Einl. Nr. 2199, Cat.-Parc. 3247, II. Bezirk, und beantragt, nach dem Magistrats-Antrage die Parcellierung zu bewilligen und das Ansuchen um Bekanntgabe der Einheitspreise für die gegen Entschädigung abzutretenden Straßengründe abzulehnen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, vor Hinausgabe des Parcellierungsbescheides bezüglich des an der Brigittenauerlände gelegenen Grundtheiles mit dem Eigenthümer wegen der Entschädigung zu verhandeln; erweitert später den Antrag dahin, es sei wegen Ablösung der Gründe in der Treustraße und Brigittenauerlände mit dem Gesuchsteller zu verhandeln.

Referent ist einverstanden. (Angenommen.)

(3795.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen von Johann und Francisca Töpfl um Baubewilligung für Grundb.-Einl. 352, Nr. 2 Feldgasse, XIV. Bezirk, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung der Anlage zweier Risalite mit einer Länge von je 3·6 m und einem Vorsprunge von 0·15 m gegen compensationsweisen Abzug des hiezu erforderlichen Straßengrundes per 1·08 m² von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde zu bestätigen. (Angenommen.)

(2527.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Stummer wegen Ankaufes der Projecte Nr. 23 und Nr. 25 („Aspern und Campanile") zur Preisausschreibung für einen Regulierungsplan über den Stadttheil bei der Franz Josefs-Kaserne und beantragt, es seien diese beiden Projecte zu erwerben und hiefür ein Betrag von je 300 fl., zusammen 600 fl. zu bewilligen.

(Abgelehnt.)

(3577.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert wegen Übernahme der Concurrenzstraße in Nasswald als Bezirksstraße zweiter Ordnung und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, beim n.-ö. Landesausschuss die Übernahme der Concurrenzstraße von der Singerin bis inclusive der Saurüsselbrücke oder wenn die Übernahme der letzteren seitens des Landesausschusses abgelehnt werden sollte, wenigstens bis zum Beginne dieser Brücke als Bezirksstraße zweiter Ordnung anzustreben, so dass vom Zeitpunkte dieser Übernahme die Erhaltung der Straße von der Brücke bis zur Wasseralmquelle, eventuell inclusive der Saurüsselbrücke bis auf weiteres auf Kosten der Gemeinde Wien bestritten werden soll. (Angenommen.)

(3714 und 3727.) **Derselbe** referiert über das Pensionsgesuch des Exerciermeisters der städtischen Feuerwehr Leonhard Heer und beantragt, dem Genannten den normalmäßigen Pensionsbezug, nämlich 82·5 Percent des Gehaltes, d. i. 742 fl. 50 kr., und die Hälfte des Quartiergeldes, d. i. 135 fl., und eine Gnadengabe von jährlich 157 fl. 50 kr. als Ergänzung auf den bisher bezogenen Gehalt von 900 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; bezüglich Gnadengabe an den Gemeinderath.)

(3583.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines „Christliche Familie" um Überlassung der Volkshalle, des Rathhausplatzes und Parkes, ferner des zur Beleuchtung des Festplatzes nöthigen elektrischen Stromes für ein am 29. Juni und 2. Juli 1893 abzuhaltendes Wohlthätigkeitsfest und beantragt die Gesuchsgewährung. — Die Kosten der Beleuchtung der Volkshalle und des angrenzenden Vestibules, sowie die anlässlich der Stromlieferung der Gemeinde erwachsenden Selbstkosten sind vom Vereine zu vergüten; die Überlassung des Rathhausplatzes und Parkes erfolgt in gleicher Weise wie bei dem Feste des Deutschen Schulvereines am 3. und 4. Mai 1893. (Angenommen.)

(3625.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über das Ansuchen des Franz und der Antonia Lukschanderl, Eigenthümer des Hauses Grundb.-Einl. Nr. 501, 33 Kirchengasse, VII. Bezirk, und Ludwig Schmidt, Magdalena Bischinger und Marie Schmidt, Eigenthümer des Hauses Grundb.-Einl. Nr. 161 um Bewilligung zur Abtrennung eines Grundtheiles von Grundb.-Einl. Nr. 161 in der Burggasse behufs Zuschreibung zur Realität Grundb.-Einl. Nr. 501, Kirchengasse, und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3553.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Amtsdienerswitwe F. R. um Bewilligung des Fortbezuges des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Henriette und beantragt, den Erziehungsbeitrag per 50 fl. vom 19. Mai 1893 an noch auf ein weiteres Jahr, d. i. bis zum vollendeten 20. Lebensjahre zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3547.) **Derselbe** referiert über das Anerbieten der Anna Neuber noe. der Franz Neuber'schen Erben auf Verkauf der Häuser Or.-Nr. 45 und 47, Mollardgasse, VI. Bezirk, und beantragt, mit den Eigenthümern in Verhandlung zu treten. (Angenommen.)

(3501.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bürgermeisteramtes Guntramsdorf um Bewilligung eines Beitrages zur Renovierung der dortigen Mariensäule und beantragt die Bewilligung eines Betrages von 50 fl.

St.-R. Matzenauer beantragt die Abweisung.

Referenten-Antrag angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3622.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft um Bewilligung zur Ausstellung eines General-Demolierungsrevers rücksichtlich der provisorischen Baulichkeiten auf den Parcellen der Grundb.-Einl.-Z. 55, III. Bezirk, und beantragt, dem Ansuchen nicht stattzugeben. (Angenommen.)

(3807.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Franz und der Friederike Klein um Baubewilligung für Einl.-Z. 304, X. Bezirk, Oberlaa, Laaerstraße, und beantragt, von einer Baulinien-, beziehungsweise Niveaubestimmung für das in Rede stehende Object, beziehungsweise Gebiet von Oberlaa (Stadt) derzeit abzusehen und den nachgesuchten Bauconsens unter der Bedingung zu bestätigen, dass die Bauwerber noch vor Ausfertigung desselben den vorgelegten Revers ausstellen. (Angenommen.)

(3585.) **Derselbe** referiert über den Entwurf der an die Actiengesellschaft vormals Krauß & Co. zu ertheilenden Concession für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn und beantragt, keine Bemerkungen zu machen bei § 1, Abs. 1 bis 4.

§ 1 lautet:

„Wir verleihen der Gesellschaft das Recht zum Baue und Betriebe der nachstehenden, als normalspurige Localbahnen, jedoch mit Rücksichtnahme auf einen dichten Personenverkehr auszuführenden Linien des Wiener Stadtbahnnetzes, und zwar:

1. der Wienthallinie: von Hütteldorf im Wienthale abwärts, unter Einbeziehung der entsprechend umzubauenden Dampftramwaystrecke Hietzing—Gaudenzdorf, dann weiter längs dem regulierten Wienflusse bis zum Hauptzollamt mit einer Fortsetzung zum Praterstern oder in die Nähe desselben, sowie mit einer Abzweigung von Unter-St. Veit bis Mauer;

St.-R. Matzenauer beantragt, der Gesellschaft die Verpflichtung aufzuerlegen, die bestehenden Strecken durch Hietzing, Lainz, Speising und die Abzweigung nach Ober-St. Veit als Pferdebahn oder in anders geeigneter Weise in Betrieb zu erhalten;

2. der Donaucanallinie: vom Hauptzollamte längs des Donaucanales zum Franz Josef-Bahnhofe und entlang der Kaiser Franz Josef-Bahn bis Heiligenstadt mit einer Verbindung zur Gürtellinie der Stadtbahn;

3. der inneren Ringlinie: von der Elisabethbrücke zum Hof-Operntheater und, unter dem anschließenden westlichen und nördlichen Theile der Ringstraße hinziehend, bis zur Einmündung in die Donaucanallinie (2) nächst dem Kaiserbade;

4. der Rennweglinie: von einem Punkte der Wienthallinie (1) nächst dem Schwarzenbergplatze, entlang des Rennweges zur Eisenbahn Wien-Aspang, beziehungsweise zum Central-Friedhofe, nebst einer Verbindungslinie zum Süd- und Staatsbahnhofe."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, der Gesellschaft die Verpflichtung aufzuerlegen, bei Kreuzungen der in Zukunft neuzuschaffenden Straßenzüge durch die Bahn auf ihre Kosten die Durchlässe herzustellen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, ad 3 einzuschalten den Absatz II B k des Programmes der Verkehrsanlagen, „sowie mit einer Abzweigung von einem geeigneten Punkte der inneren Ringlinie zu der Gürtellinie und Vorortelinie mit Fortsetzung gegen Dornbach und Pötzleinsdorf".

Der Referent erklärt, einen solchen Antrag als letzten Punkt des § 1 beabsichtigt zu haben.

St.-R. Noske beantragt, es sei gelegentlich der Concessionsertheilung für den Ausbau der im Programm II B l enthaltenen, die innere Stadt durchquerenden Radiallinien Vorsorge zu treffen.

Die Referenten-Anträge werden angenommen; ebenso die vier Zusatz-Anträge.

Der Punkt bezüglich der Linie Dornbach und Pötzleinsdorf soll als vierter Punkt erscheinen und Rennweglinie als fünfter Punkt.

(Die Berathung des Gegenstandes wird abgebrochen.)

(3838.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing um Bewilligung einer Subvention und beantragt:

a) die commissionelle bedingungslose Übernahme der der freiwilligen Feuerwehr Grinzing gehörigen Requisiten, Ausrüstungsgegenstände ꝛc. in das communale Eigenthum und leihweise Überlassung derselben an diese freiwillige Feuerwehr gegen Widerruf;

b) die Bewilligung eines Subventionsbetrages von 1240 fl. 95 kr., und zwar zu verschiedenen Anschaffungen per 740 fl. 85 kr. zur Bezahlung der Gehalte der beiden activen Feuerwehrleute per 360 fl., zur Bestreitung kleinerer Auslagen einen Barbetrag von 140 fl.;

c) die Übernahme der Kosten für Beleuchtung des Depots der freiwilligen Feuerwehr im jährlichen Betrage von 25 fl.

(Angenommen; bezüglich Subvention an den Gemeinderath.)

(ad 3546.) In das Verhandlungs-Comité wegen Durchführung der Straußengasse im V. Bezirke werden gewählt die St.-R. Wurm, Dr. Huber und Dr. Hackenberg.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **12. Juni 1893.**

(Nachmittag.)

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:	Boschan,	Müller,
	Dr. Hackenberg,	v. Neumann,
	Dr. Huber,	Noske,
	Kreindl,	Schlechter,
	Dr. Lederer,	Schneiderhan,
	Dr. Lueger,	Vaugoin,
	Matthies,	Dr. Vogler,
	Matzenauer,	Witzelsberger,
	Meißl,	Wurm.

Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf, Dr. Stenzl.
Entschuldigt: St.-R. v. Götz.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. v. Götz entschuldigt sein Ausbleiben von der Sitzung.

(Zur Kenntnis.)

(3918.) Der **Vorsitzende** theilt mit, dass mit Rücksicht auf den Beschluss des Stadtrathes vom 8. d. M., Z. 3597, betreffend die Einführung der Wasserspülung in die Aborte und Pissoirs in mehreren

städtischen Schulgebäuden während der Ferien 1893, ein Zuschusscredit von 2313 fl. 7 kr. erforderlich und hierüber die Beschlussfassung des Gemeinderathes einzuholen ist. (Zur Kenntnis.)

(3585.) **St.-R. Müller** referiert über den Entwurf der an die Actiengesellschaft vormals Krauß & Co. zu ertheilenden Concession für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn. (Fortsetzung der Berathung.) § 2 lautend:

„§ 2.

Für die den Gegenstand der gegenwärtigen Concessionsurkunde bildenden Eisenbahnen werden gemäß Artikel V des Gesetzes vom 18. Juli 1892, R.-G.-Bl. Nr. 109, folgende Begünstigungen gewährt:

a) Die Befreiung von den Stempeln und Gebüren für alle von der Gesellschaft als Concessionär der im § 1 bezeichneten Bahnen abzuschließenden Verträge, zu überreichenden Eingaben, von derselben zu errichtenden Urkunden, ferner für alle im Grunde dieser Verträge und Urkunden zu bewirkenden bücherlichen Eintragungen, endlich für sonstige Amtshandlungen und amtliche Ausfertigungen zu den nachbezeichneten Zwecken, und zwar:

1. bis zum Zeitpunkte der Betriebseröffnung zum Zwecke der Capitalsbeschaffung, der Sicherstellung der Capitalsverzinsung und des Betriebes;

2. bis zum Schlusse des ersten Betriebsjahres zum Zwecke der Grunderwerbung, des Baues und der Instruierung der Bahn.

Diese Begünstigungen haben auf die im gerichtlichen Verfahren in Streitsachen stattfindenden Verhandlungen keine Anwendung;

b) die Befreiung von den Stempeln und Gebüren für die Ausgabe der zum Zwecke der Capitalsbeschaffung für die erste Anlage und concessionsmäßige Ausrüstung der im § 1 bezeichneten Bahnen bestimmten Actien und Prioritäts-Obligationen, mit Einschluss der Interimsscheine, und für die Einverleibung des Pfandrechtes auf die zur Sicherstellung der Prioritäts-Obligationen bestimmten eisenbahnbücherlichen Einheiten oder auf andere unbewegliche Güter, sowie von der bei der Grundeinlösung nach Schluss des ersten Betriebsjahres (lit. a, Z. 2) auflaufenden Übertragungsgebür;

c) die Befreiung von den für die Ertheilung der Concession und für die Ausfertigung dieser Concessionsurkunde zu entrichtenden Gebüren und Taxen;

d) die Befreiung von der Erwerb- und Einkommensteuer, von der Entrichtung der Couponstempelgebüren, sowie von jeder neuen Steuer, welche etwa durch künftige Gesetze eingeführt werden sollte, auf die Dauer von 30 Jahren, vom Zeitpunkte der Betriebseröffnung an gerechnet, insoweit dieselbe jedoch vor dem 1. Jänner 1898 stattfinden sollte, auf die Dauer vom Beginne des Betriebes bis 1. Jänner 1928;

e) die Befreiung von den in der T.-P. 47 e des Gesetzes vom 13. December 1862, R.-G.-Bl. Nr. 89, festgesetzten Stempelgebüren von den Fahrkarten bezüglich der Personenbeförderung auf den den Gegenstand dieser Concessionsurkunde bildenden Bahnlinien auf die Dauer der in lit. d festgesetzten Steuerbefreiungen, unbeschadet der Begünstigungen der Gesetze vom 11. Mai 1871, R.-G.-Bl. Nr. 39, und vom 30. März 1875, R.-G.-Bl. Nr. 42.

Die gleiche Befreiung gilt für directe Fahrkarten im Übergangsverkehre zwischen den den Gegenstand dieser Concessionsurkunde bildenden und den künftig zu concessionierenden Bahnlinien des Wiener Stadtbahnnetzes, sowie den innerhalb des Wiener Stadtgebietes gelegenen Strecken der bestehenden Eisenbahnen;

f) insoferne und insolange als infolge der im vorstehenden Absatz lit. d gewährten Steuerbefreiung die Vorschreibung einer Staatssteuer nicht stattfindet, sind auch die bezüglichen Landes- und Gemeindezuschläge nicht einzuheben."

Wird nach dem Entwurfe angenommen.

Bei § 3, lautend:

„Die Detailprojecte für die unter Z. 1 und 3 angeführten Bahnlinien sind noch im Laufe des Jahres 1893, jene für die unter Z. 2 und 4 angeführten bis Ende Juni 1894 vorzulegen.

Der Bau der im § 1 unter Z. 1, 2 und 3 angeführten Bahnlinien ist nach Ertheilung des Bauconsenses unverweilt zu beginnen und bis 31. December 1897 zu vollenden, so dass die Betriebseröffnung spätestens mit diesem Zeitpunkte erfolgt.

Es soll jedoch die Bauvollendung und Betriebseröffnung der Strecke Elisabethbrücke—Hütteldorf der Wienthallinie (§ 1, Z. 1) mit der Abzweigung von Unter-St. Veit nach Mauer schon bis Ende des Jahres 1896 erfolgen, sofern dies durch den Fortschritt der Arbeiten an der Wienfluss-Regulierung ermöglicht wird.

Der Bau der Rennweglinie (§. 1, Z. 4) ist bis Ende des Jahres 1900 fertigzustellen; die Verbindung mit dem Aspangbahnhofe ist jedoch schon früher unaufgehalten auszuführen, sobald eine Regelung des Beerdigungswesens in Wien in der Weise eintritt, dass die Benützung dieser Linie zum Leichentransporte nach dem Central-Friedhofe obligatorisch stattzufinden hat.

Die Verbindungscurve zwischen der Donaucanal- und der Gürtellinie ist auf Verlangen des Handelsministeriums nach Maßgabe des eintretenden Verkehrsbedürfnisses, jedenfalls aber dann herzustellen, wenn die Fortsetzung der Gürtellinie bis Matzleinsdorf zur Ausführung gelangt.

Die fertigen Bahnen sind sofort dem öffentlichen Verkehre zu übergeben und während der ganzen Concessionsdauer in ununterbrochenem Betriebe zu erhalten.

Für die Einhaltung der vorbezeichneten Bautermine hat die Gesellschaft durch Erlag einer Caution im Betrage von 800.000 fl. in zur Anlegung von Pupillengeldern geeigneten Werteffecten Sicherheit zu leisten.

Im Falle die obigen Verpflichtungen durch Verschulden der Gesellschaft nicht eingehalten werden sollten, kann diese Caution als verfallen erklärt werden."

beantragt Referent in Alinea 1, Zeile 3, einzuschalten „Z. 2, 4 und 5". (Angenommen.)

St.-R. Dr. Lueger beantragt als Alinea 4: „Der Bau der Dornbach—Pötzleinsdorferlinie (§ 1, Z. 4) ist bis Ende des Jahres 1900 fertigzustellen" und als Alinea 5: „der Bau der Rennweglinie (§ 1, Z. 5) ist bis Ende ꝛc." nach dem Entwurfe. (Angenommen.)

Referent beantragt, in der letzten Zeile des Alinea 4 das Wort „obligatorisch" zu streichen.

St.-R. Matzenauer beantragt, die Worte in der Schlusszeile Alinea 4 „stattzufinden hat" durch „stattfinden kann" zu ersetzen.

St.-R. Boschan beantragt, den Satz in Alinea 4: „sobald eine Regelung des Beerdigungswesens in Wien in der Weise eintritt", abzuändern, dass es heißt: „sobald und für den Fall, als eine Regelung ꝛc."

Der Antrag des St.-R. Boschan wird angenommen.

Bei Alinea 5 beantragt Referent folgende Änderung: Die Verbindungscurve zwischen der Donaucanal- und der Gürtellinie ist gleichzeitig mit der Donaucanallinie herzustellen. (Angenommen.)

Die übrigen Alinea des § 3 werden nach dem Entwurfe angenommen.

§ 4, lautend:

„Der Gesellschaft wird zur Ausführung der concessionierten Eisenbahnen das Recht der Expropriation nach den Bestimmungen der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften ertheilt.

Das gleiche Recht soll der Gesellschaft auch bezüglich jener etwa herzustellenden Schleppbahnen zugestanden werden, deren Errichtung von der Staatsverwaltung als im öffentlichen Interesse gelegen erkannt werden sollte."

wird nach dem Entwurfe angenommen.

Desgleichen die §§ 5 und 6, lautend:

„§ 5.

Die Bestellung von Servituten an Grundstücken des Staates, des Landes Österreich unter der Enns oder der Gemeinde Wien hat, insoweit dies zum Zwecke der ersten Herstellung und der Erhaltung der concessionierten Bahnen erforderlich ist, unentgeltlich zu erfolgen.

Sollte zu diesem Zwecke die Abtretung des Eigenthums oder sonstiger Rechte an derlei Grundstücken erforderlich sein, so hat auch diese Abtretung unentgeltlich zu geschehen.

Bezüglich solcher Grundstücke wird jedoch die Gesellschaft verpflichtet sein, die Kreuzung der Bahnanlage durch bestehende oder neu herzustellende öffentliche oder private Leitungen (Wasser- oder Gasleitungen, Canäle, Kabel u. dgl.) einschließlich der Erhaltung unentgeltlich mit der Maßgabe zu gestatten, dass hiedurch der Bestand und Betrieb der Bahnanlage nicht gefährdet wird und dieser letzteren die aus diesem Anlasse etwa erwachsenden Kosten vergütet werden.

Desgleichen bleibt bezüglich der gedachten Grundstücke vorbehalten, die unter den Bahnanlagen (Hochbahnviaducte ꝛc.) befindlichen oder oberhalb dieser Anlagen zu schaffenden Flächen (überdeckte Strecken der Bahnen ꝛc.) für öffentliche Zwecke zu benützen, zu welchem Ende die Constructionen so auszuführen sind, dass die beabsichtigte Benützung für öffentliche Zwecke möglich erscheint. Die im Falle der Auflassung oder Umlegung der Bahnanlagen oder einzelner Strecken derselben verfügbar werdenden Grundflächen sind, insofern dieselben unentgeltlich abgetreten wurden, an die früheren Eigenthümer unentgeltlich zurückzustellen.

Ausgenommen von der unentgeltlichen Bestellung von Servituten oder der unentgeltlichen Abtretung des Eigenthums oder sonstiger Rechte sind jene Grundstücke, welche schon im Zeitpunkte der Herstellung der betreffenden Bahnanlagen ohne Rücksicht auf die durch die letzteren herbeizuführende Änderung der Verhältnisse als verkäufliche Baugründe anzusehen sind. In letzterem Falle ist die von der Gesellschaft an den Staat, das Land oder die Stadt zu leistende Entschädigung bei dem Abgange einer gütlichen Vereinbarung nach den für die Enteignung zu Zwecken des Eisenbahnbaues geltenden Vorschriften (§ 4, Alinea 1) zu ermitteln.

§ 6.

In Ansehung der zur Anlage der concessionierten Bahnen zu benützenden öffentlichen Straßen (Ärarial-, Landes- und Gemeindestraßen) hat die Gesellschaft sich jenen Bedingungen zu fügen, welche von der zur Ertheilung der Zustimmung zur Benützung der betreffenden Straße nach den bestehenden Gesetzen berufenen Straßenbehörde im Einvernehmen mit den Eisenbahnbehörden vorgezeichnet werden.

Für die Benützung (Unterfahrung oder Übersetzung) von derlei Straßen ist, insofern dadurch die Straße ihrer Bestimmung für den öffentlichen Verkehr nicht entzogen wird, seitens der Gesellschaft ein Entgelt nicht zu entrichten."

und der Antrag des Referenten, im Alinea 1 des § 6 die Worte „im Einvernehmen mit den Eisenbahnbehörden" zu streichen, abgelehnt.

§ 7 wird nach dem Entwurfe angenommen.

Derselbe lautet:

§ 7.

Der Bau und Betrieb der concessionierten Bahnen ist derart einzurichten, dass dieselben in erster Reihe den Bedürfnissen des städtischen Personenverkehres möglichst vollkommen genügeleisten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, sich den in dieser Hinsicht ergebenden Anordnungen des Handelsministeriums zu unterwerfen, welchem auch vorbehalten bleibt, nach Maßgabe der gemachten Erfahrungen die Anwendung der für diesen Betrieb zumeist geeigneten Motoren zu bestimmen.

Die Einrichtung des Zugsverkehres und der Zugsanschlüsse hat derart stattzufinden, dass der Betrieb der concessionierten Localbahnlinien und jener der Hauptbahnlinien des Stadtbahnnetzes zum Zwecke einer raschen und ausgiebigen Personenbeförderung ineinander greifen.

Dementsprechend ist für das gesammte Stadtbahnnetz vom Handelsministerium ein einheitlicher Betriebsplan festzustellen, welchem die Gesellschaft sich zu fügen hat.

Bezüglich des Güterverkehres ist auf die thunlichste Erleichterung der Approvisionierung Bedacht zu nehmen und sind im übrigen derartige Einrichtungen zu treffen, dass dadurch der Hauptzweck der Bahnanlage — die rasche, regelmäßige und bequeme Personenbeförderung innerhalb des Stadtgebietes — keinen Eintrag erleide.

§ 8 lautet nach dem Entwurfe:

Alle Baumaterialien, die Schienen und sonstigen Bahnbestandtheile, sowie sämmtliche Fahrbetriebsmittel und Ausrüstungsgegenstände sind ausschließlich im Inlande, beziehungsweise aus inländischen Werken zu beschaffen. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung kann von Seite des Handelsministeriums insofern zugestanden werden, als nachgewiesen werden sollte, dass inländische Werke nicht in der Lage wären, die bezüglichen Lieferungen unter den gleichen Bedingungen hinsichtlich des Preises, der Qualität und der Lieferzeit, wie diese von ausländischen Werken angeboten werden, zu bewerkstelligen.

St.-R. Matthies beantragt die Eliminierung der Worte „hinsichtlich des Preises".

St.-R. Noske modificiert diesen Antrag dahin, dass es zu lauten habe: „hinsichtlich ungefähr gleichhoher Preisforderung".

St.-R. Dr. Lueger beantragt getrennte Abstimmung über beide Sätze.

Der § 8 wird nach dem Entwurfe mit der Einschaltung „unter nicht wesentlich ungünstigeren" Bedingungen angenommen.

§ 9 lautet:

§ 9.

Die Gesellschaft hat sich beim Baue und Betriebe der concessionierten Bahnen nach dem Inhalte der gegenwärtigen Concessionsurkunde und nach den vom Handelsministerium festzustellenden Concessionsbedingnissen, sowie nach den diesfalls bestehenden Gesetzen und Verordnungen, namentlich nach dem Eisenbahnconcessions-Gesetze vom 14. September 1854, R.-G.-Bl. Nr. 238, und der Eisenbahn-Betriebsordnung vom 16. November 1851, R.-G.-Bl. Nr. 1 vom Jahre 1852, dann nach den etwa künftig zu erlassenden Gesetzen und Verordnungen zu benehmen.

In Ansehung des Betriebes wird unter Festhaltung der im § 7 aufgestellten Grundsätze von den in der Eisenbahn-Betriebsordnung und den einschlägigen Nachtragsbestimmungen vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen und Verkehrsvorschriften insoweit Umgang genommen werden, als dies mit Rücksicht auf die besonderen Verkehrs- und Betriebsverhältnisse der concessionierten Localbahnen nach dem Ermessen des Handelsministeriums für zulässig erkannt wird, und werden diesfalls die vom Handelsministerium zu erlassenden besonderen Betriebsvorschriften Anwendung finden. (Angenommen.)

§ 10.

Die Tarife für den Personen-, Gepäcks- und Güterverkehr, die Warenclassification und alle auf den Gütertransport bezüglichen Nebenbestimmungen unterliegen der Genehmigung des Handelsministeriums.

Hiebei ist einerseits auf die öffentlichen Rücksichten, andererseits auf eine ausreichende Rentabilität der Bahnlinien Bedacht zu nehmen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt für das Alinea 2 dieses Paragraphen folgende Fassung:

„Hiebei ist ausschließlich auf die öffentlichen Rücksichten Bedacht zu nehmen."

St.-R. Noske beantragt: „Hiebei ist vor allem auf die öffentlichen und, soweit es zuträglich ist, auf" &c. nach dem Entwurfe.

Der § 10 wird nach dem Entwurfe angenommen.

Die §§ 11, 12, 13, 14, 15 und 16 werden nach dem Entwurfe angenommen. Dieselben lauten:

„§ 11.

Staatsbeamte, Angestellte und Diener, welche im Auftrage der die Aufsicht über die Verwaltung und den Betrieb der Eisenbahnen führenden Behörden, oder zur Wahrung der Interessen des Staates infolge der Concession oder aus Gefällsrücksichten die Bahnlinien benützen und sich mit den vom Handelsministerium zum Zwecke ihrer Legitimation auszustellenden amtlichen Certificaten ausweisen, müssen sammt ihrem Reisegepäck unentgeltlich befördert werden.

§ 12.

Die concessionierten Bahnen sollen nach Bedarf für die Zwecke der Post- und Telegraphenanstalt benützt werden.

Die Beförderung der Briefpost und des für dieselbe von der Postanstalt beizustellenden Begleiters hat mit allen fahrplanmäßigen Zügen unentgeltlich zu geschehen.

Im übrigen wird die Art und Weise dieser Benützung, sowie die für eine weitergehende Inanspruchnahme der concessionierten Bahnen seitens der Post- und Telegraphenanstalt zu leistende Vergütung durch besondere Vereinbarungen geregelt werden.

§ 13.

Die Militärtransporte müssen nach herabgesetzten Tarifpreisen besorgt werden. Für die Anwendung des Militärtarifes auf die Beförderung von Personen und Sachen haben die in dieser Beziehung, sowie rücksichtlich der Begünstigung reisender Militärs bei den österreichischen Staatsbahnen jeweilig in Kraft stehenden Bestimmungen zu gelten.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf die Landwehr und den Landsturm beider Reichshälften, auf die Landesschützen Tirols und die Gendarmerie, und zwar nicht nur bei Reisen auf Rechnung des Ärars, sondern auch bei dienstlichen Reisen auf eigene Rechnung zu den Waffenübungen und Controlversammlungen.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, dem von den österreichischen Eisenbahngesellschaften abgeschlossenen Übereinkommen über die Anschaffung und Bereithaltung von Ausrüstungsgegenständen für Militärtransporte die Leistung gegenseitiger Aushilfe mit Fahrbetriebsmitteln bei Durchführung größerer Militärtransporte, ferner den jeweilig in Kraft stehenden Vereinbarungen über den Umfang der den Bahnverwaltungen im Mobilisierungsfalle obliegenden Leistungen bei Einrichtung von Bahnhof-Commanden (Eisenbahn-Verköstigungs- und Tränkstationen), sowie dem mit 1. Juni 1871 in Wirksamkeit getretenen Nachtragsübereinkommen bezüglich des Transportes der in liegendem Zustande auf Rechnung des Militärärars zur Beförderung gelangenden Kranken und Verwundeten vor der Eröffnung des Betriebes auf den concessionierten Bahnlinien beizutreten.

Die jeweilig geltende Vorschrift für den Militärtransport auf Eisenbahnen, dann die jeweilig geltenden Vorschriften für das Eisenbahnwesen im Kriege erlangen für die Gesellschaft bindende Kraft mit dem Tage der Eröffnung des Betriebes der concessionierten Bahnen. Die erst nach diesem Zeitpunkte zu erlassenden und nicht durch das Reichsgesetzblatt kundzumachenden Vorschriften der erwähnten Art treten für die Gesellschaft in Wirksamkeit, sobald ihr dieselben amtlich zur Kenntnis gebracht sein werden.

Die vorstehenden Verpflichtungen sollen der Gesellschaft jedoch nur insoweit obliegen, als deren Erfüllung nach Maßgabe des eigenartigen Verkehrszweckes und der demselben angepafsten besonderen Bau- und Betriebseinrichtungen der concessionierten Bahnlinien durchführbar erscheint, worüber im Falle des Zweifels das Handelsministerium im Einvernehmen mit dem Reichs-Kriegsministerium zu entscheiden hat.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, bei Besetzung von Dienstposten im Sinne des Gesetzes vom 19. April 1872, R.-G.-Bl. Nr. 60, auf gediente Unterofficiere des Heeres, der Kriegsmarine und der Landwehr Bedacht zu nehmen.

§ 14.

Inwieferne ähnliche Begünstigungen, wie sie § 13 bezüglich der Militärtransporte festsetzt, Civilwachkörpern (Sicherheits-, Finanzwache u. dgl.) oder anderen öffentlichen Organen einzuräumen sind, wird in den Concessionsbedingnissen bestimmt.

§ 15.

Insoweit und insolange im Mobilisierungs- und Kriegsfalle eine gänzliche oder theilweise Einstellung des Civilverkehres auf den concessionierten Bahnlinien zum Zwecke des Truppentransportes oder die gleiche Maßnahme aus sonstigen militärischen Rücksichten als nothwendig erkannt werden sollte, hat die Gesellschaft den einschlägigen Anordnungen der Militärbehörde ohne Anspruch auf Entschädigung Folge zu leisten.

§ 16.

Die Regelung der Personen- und Frachtentarife, sowie der Leistungen für öffentliche Zwecke (§§ 10 bis 15) bleibt der Gesetzgebung jederzeit vorbehalten.

Die Gesellschaft hat sich einer solchen Regelung zu unterwerfen."

Bei § 17 lautend:

„§ 17.

Die Dauer der Concession mit dem in § 9, lit. b des Eisenbahnconcessions-Gesetzes ausgesprochenen Schutze gegen die Errichtung neuer Bahnen wird auf die Zeit vom heutigen Tage bis 31. December 1982 festgesetzt und sie erlischt nach Ablauf dieser Frist.

Die Concession kann von der Staatsverwaltung auch vor Ablauf der obigen Frist als erloschen erklärt werden, wenn die im § 3 festgesetzten Verpflichtungen bezüglich der Vollendung des Baues, dann der Eröffnung des Betriebes nicht eingehalten werden, sofern eine

etwaige Terminsüberschreitung nicht im Sinne des § 11, lit. b, des Eisenbahnconcessions-Gesetzes gerechtfertigt werden könnte."
beantragt Referent den Zusatz „endlich im Falle der verschuldeten Unterbrechung des Betriebes während der Concessionsdauer".

(Angenommen.)

§ 18.

Der Gesellschaft wird das Recht eingeräumt, mit besonderer Bewilligung der Staatsverwaltung und unter den von derselben festzusetzenden Bedingungen zur Beschaffung des erforderlichen Capitales Prioritäts-Obligationen in dem von der Staatsverwaltung festzusetzenden Gesammtbetrage auszugeben, welcher jedoch zwei Drittheile des gesammten Gesellschaftscapitales nicht überschreiten darf.

Das gesammte Anlagecapital der Gesellschaft ist innerhalb der Concessionsdauer nach einem von der Staatsverwaltung zu genehmigenden Tilgungsplane zu tilgen. Die Tilgung der Prioritäts-Obligationen hat jener der Actien vorauszugehen.

Änderungen der Gesellschaftsstatuten, sowie die Formularien der auszugebenden Prioritäts-Obligationen und Actien unterliegen der Genehmigung der Staatsverwaltung.

§ 19.

Die Ziffer des effectiven sowie des Nominal-Anlagecapitales der concessionierten Bahnlinien (§ 1) unterliegt der Genehmigung der Staatsverwaltung und ist getrennt von den übrigen Unternehmungen der Gesellschaft auszuweisen.

Hiebei hat als Grundsatz zu gelten, dass außer den auf die Projectsverfassung, den Bau und die Einrichtung der Bahn, einschließlich der Anschaffung des Fahrparkes effectiv verwendeten und gehörig nachgewiesenen Kosten zuzüglich der während der Bauzeit wirklich bezahlten Intercalarzinsen und des etwa bei der Capitalsbeschaffung thatsächlich erwachsenen Coursverlustes keine wie immer gearteten Auslagen in Anrechnung gebracht werden dürfen.

Sollten nach Vollendung der Bahn noch weitere Neubauten ausgeführt oder die Betriebseinrichtungen vermehrt werden, so können die diesfälligen Kosten dem Anlagecapitale zugerechnet werden, wenn die Staatsverwaltung zu den beabsichtigten Neubauten oder zu der Vermehrung der Betriebseinrichtungen ihre Zustimmung ertheilt hat und die Kosten gehörig nachgewiesen werden. (Angenommen.)

(§§. 18 und 19 nach dem Entwurfe angenommen.)

§ 20.

Die Gesellschaft ist außer dem Falle einer ausdrücklichen Bewilligung von Seite der Staatsverwaltung nicht berechtigt, den Betrieb der concessionierten Eisenbahnlinien an dritte Personen zu überlassen.

Der Staatsverwaltung bleibt das Recht vorbehalten, nach Ablauf des Jahres 1910 den Betrieb der concessionierten Eisenbahnen zu übernehmen und während der sodann noch übrigen Concessionsdauer selbst zu führen.

In diesem Falle sind der Gesellschaft alljährlich jene Beträge zu bezahlen, welche dem Erfordernisse für eine vierpercentige Verzinsung des in diesen Bahnen investierten Anlagecapitales nebst der planmäßigen Tilgungsquote derselben entsprechen, und wird der Gesellschaft überdies Jahr für Jahr, sofern der in demselben wirklich erzielte Betriebsreinertrag der Bahnen den vorhin bezeichneten Betrag übersteigen sollte, ein 60percentiger Antheil an diesem Überschusse zur freien Verfügung überlassen.

Im übrigen sind die Modalitäten dieser Betriebsführung durch einen zwischen der Staatsverwaltung und der Gesellschaft abzuschließenden Betriebsvertrag zu regeln, wobei auf die Bedeckung der durch die gesellschaftliche Verwaltung erwachsenden Kosten Bedacht zu nehmen sein wird.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Streichung der Worte „nach Ablauf des Jahres 1910" und stellt weiters den Zusatz-Antrag, dass dann, wenn der Staat den Betrieb übernimmt, hat er die gleiche Abgabe, wie sie im § 21 normiert ist, an die Commission für die Verkehrsanlagen zur Abfuhr zu bringen.

Der § 20 wird in der vorliegenden Fassung mit dem Zusatze angenommen:

„In diesem Falle hat im Sinne des Artikels XI des Programmes der 40percentige Antheil dem Staate zu Gunsten der Commission für Verkehrsanlagen zuzufallen."

§ 21.

Insolange die Gesellschaft den Betrieb der concessionierten Bahnen (§ 1) selbst führt, wird dem Staate zu Gunsten der Wiener Verkehrsanlagen eine Betheiligung an dem Betriebsreinertrage des gesammten Unternehmens der Gesellschaft in der Weise eingeräumt, dass insoweit der nach Abzug der gesammten Betriebs- und Verwaltungsauslagen einschließlich der statutenmäßigen Bezüge des Directors und Aufsichtsrathes, dann der statutenmäßigen Dotierung des Reservefondes, sowie der Verzinsung und Tilgung der Prioritätsschuld verbleibende Reingewinn in einem Betriebsjahre den Betrag von fünf Percent des Actiencapitals übersteigt, von diesem Überschusse ein Zehntel und außerdem, insoweit der obige Reingewinn mehr als sechs Percent des Actiencapitals betragen sollte, von diesem weiteren Überschusse ein Viertel an die Commission für Verkehrsanlagen abzuführen ist.

Die Auszahlung des Gewinnantheiles hat unbeschadet der Prüfung und eventuellen nachträglichen Richtigstellung der Jahresrechnung binnen sechs Wochen nach deren Abschluss stattzufinden und ist die Jahresrechnung sofort nach deren Genehmigung durch die Generalversammlung zu obigem Zwecke der Commission für Verkehrsanlagen vorzulegen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dass es am Schlusse des Alinea 1 zu lauten habe statt „ein Viertel" „50 Percent".

(Angenommen.)

Im Übrigen wird der § 21 nach dem Entwurfe angenommen; desgleichen § 22, lautend:

§ 22.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, der Staatsverwaltung über deren Verlangen jederzeit die Mitbenützung der Bahnen für den Verkehr zwischen schon bestehenden oder künftig erst herzustellenden, im Staatsbetriebe befindlichen Bahnen derart einzuräumen, dass die Staatsverwaltung berechtigt ist, unter freier Feststellung der Tarife ganze Züge oder einzelne Wagen über die mitbenützten Bahnen oder einzelne Theilstrecken derselben gegen Entrichtung einer angemessenen Entschädigung zu befördern oder befördern zu lassen. Diese Mitbenützung hat jedoch nur insoweit stattzufinden, als hiedurch der eigene regelmäßige Betrieb der mitbenützten Bahnen nicht gestört wird.

Die zu entrichtende Entschädigung ist in einem mit der Staatseisenbahn-Verwaltung abzuschließenden Betriebsvertrage zu vereinbaren. Hiebei haben die als Beilage C zur Concessionsurkunde vom 1. Jänner 1886 für die Kaiser Ferdinands-Nordbahn im Reichsgesetzblatte, Jahrgang 1886, Seite 63, kundgemachten Bestimmungen mit der Maßgabe zum Anhalte zu dienen, dass die daselbst (Punkt I., lit. a, und Punkt II, lit. d) angegebenen Capitalslasten mit höchstens 4 Percent für Verzinsung und der planmäßigen Tilgungsquote des verwendeten Nominal-Anlagecapitales anzunehmen sind.

Andererseits wird der Gesellschaft gestattet sein, insoweit dies durch die Ausführung des einheitlichen Betriebsplanes (§ 7) bedingt erscheint, einzelne Strecken der von der Staatsverwaltung betriebenen Hauptlinien des Wiener Stadtbahnnetzes, wie auch, insoweit dies von der Staatsverwaltung abhängt, der Wiener Verbindungsbahn nach Maßgabe des diesfalls mit der betriebsführenden Verwaltung auf den gleichen Grundlagen wie oben (Absatz 2) abzuschließenden Übereinkommens im Peagebetriebe für den Verkehr der Localbahnzüge mitzubenützen.

§ 23 lautet:

Die Staatsverwaltung behält sich das Recht vor, die concessionierten Bahnlinien nach deren Vollendung und Inbetriebsetzung jederzeit unter den nachstehenden Bestimmungen einzulösen:

1. Zur Bestimmung des Einlösungspreises werden die nach Abzug des Gewinnantheiles des Staates (§ 21) erübrigenden jährlichen Reinerträgnisse der einzulösenden Bahnlinien während der dem Zeitpunkte der Einlösung vorausgegangenen letztabgeschlossenen sieben Jahre beziffert, hievon die Reinerträgnisse der ungünstigsten zwei Jahre abgeschlagen und wird sodann der durchschnittliche Reinertrag der übrigen fünf Jahre berechnet.

2. Sollte jedoch die Einlösung vor Ablauf des siebenten Betriebsjahres erfolgen oder der in Gemäßheit der Bestimmungen im Absatze 1 ermittelte durchschnittliche Reinertrag nicht wenigstens einen Jahresbetrag erreichen, welcher der zur planmäßigen Verzinsung und Tilgung jenes Theiles der Prioritäts-Anlehensschuld, der nach Verhältnis des genehmigten Anlagecapitales auf die einzulösenden Bahnen entfällt, erforderlichen Annuität zuzüglich jener Annuität gleichkommt, welche zur fünfpercentigen Verzinsung des gleicherweise auf diese Bahnen entfallenden Actiencapitals-Antheiles und zur Tilgung des letzteren innerhalb der ganzen Concessionsdauer nothwendig ist, so wird der vorhin bezeichnete Jahresbetrag als das der Bemessung des Einlösungspreises zugrunde zu legende Reinerträgnis festgesetzt.

3. Die zu leistende Entschädigung hat darin zu bestehen, dass der Gesellschaft während der noch übrigen Concessionsdauer die zur planmäßigen Verzinsung und Tilgung der Prioritätsschuldenquote bestimmten Beträge bis zur vollständigen Rückzahlung der Anlehensschuld zu den planmäßig festgesetzten Fälligkeitsterminen, dagegen das nach Abzug dieser Beträge verbleibende Durchschnittserträgnis im Sinne des Absatzes 1, beziehungsweise insofern einer der im Absatze 2 vorgesehenen Fälle eintritt, die daselbst angeführte Annuität für den Actiencapitals-Antheil in halbjährigen, am 30. Juni und 31. December jeden Jahres nachhinein fälligen Raten ausbezahlt wird.

4. Außerdem wird für den Fall, als die Betriebserträgnisse der eingelösten Bahnen in den der Einlösung vorausgegangenen Jahren nicht hingereicht haben sollten, um das auf obige Bahnen entfallende Anlagecapital mit 4 Percent jährlich zu verzinsen, der hienach ungedeckt verbliebene, gehörig nachzuweisende effective Zinsenausfall mit einem in gleicher Höhe ein- für allemal ohne Anrechnung von Zwischenzinsen auszubezahlenden Abfertigungsbetrage vergütet.

5. Dem Staate wird das Recht vorbehalten, wann immer anstatt der noch nicht fälligen jährlichen Zahlungen eine Capitalszahlung zu leisten, welche dem Betrage des auf die eingelösten Bahnen entfallenden Theiles der im Zeitpunkte der Einlösung nach dem genehmigten Tilgungsplane noch ungetilgt aushaftenden Prioritäts-Anlehensschuld zuzüglich des zu 5 Percent pro Jahr, Zins auf Zins gerechnet, discontierten Capitalswertes der nach den Bestimmungen im Absatze 3 außer den zur planmäßigen Verzinsung und Tilgung der Prioritätsschuldenquote erforderlichen Beträgen halbjährig zu leistenden Zahlungen gleichkommt.

Falls der Staat sich zu dieser Capitalszahlung entschließt, hat er die Wahl, dieselbe in barem oder in Staatsschuldverschreibungen zu leisten. Die Staatsschuldverschreibungen sind dabei mit jenem Course zu berechnen, welcher sich als Durchschnitt der an der Wiener Börse während des unmittelbar vorausgegangenen Semesters amtlich notierten Geldcourse der Staatsschuldverschreibungen gleicher Gattung ergibt.

6. Durch die erfolgte Einlösung der Bahnlinien und vom Tage dieser Einlösung tritt der Staat gegen Ausbezahlung des Einlösungspreises ohne weiteres Entgelt in das lastenfreie Eigenthum und in den Genuss der gegenwärtig concessionierten Bahnlinien mit allen dazu gehörigen beweglichen und unbeweglichen Sachen, einschließlich des Fahrparkes und der Materialvorräthe, sowie der etwa aus dem Anlagecapitale gebildeten Betriebs- und Reservefonde, soweit letztere nicht mit Genehmigung der Staatsverwaltung bereits bestimmungsgemäß verwendet worden sind.

St.-R. Dr. Lueger beantragt im Alinea 2 die Abänderung, dass es statt „5 Percent" „4 Percent" Verzinsung laute.

§ 23 wird nach dem Entwurfe angenommen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, bei § 20 folgenden Wunsch auszusprechen:

„dass sich die Staatsverwaltung der Commission für Verkehrsanlagen verbindlich mache, auch im Falle der Einlösung der Bahn die Überschüsse der Betriebseinnahmen an die Commission für Verkehrsanlagen abzuführen."

St.-R. Dr. Vogler beantragt „während jener Zeit, für welche die Concession ertheilt wurde."

Der Antrag des St.-R. Dr. Lederer wird in folgender Formulierung zum Beschlusse erhoben:

„Im Sinne des Punktes IX des Programmes für die Sicherstellung und Ausführung der öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien wird das Verlangen gestellt, dass die Staatsverwaltung für den Fall der Einlösung der Bahnlinien durch den Staat von dem sich ergebenden Betriebs-Reinertrage (§ 20 der Concessions-Urkunde) bis 31. December 1982 jährlich 40 Percent an die Commission für die Verkehrsanlagen abzuführen habe."

Dies hat auch stattzufinden, wenn in den Fällen der §§ 17 oder 26 die Concession vor Ablauf der Concessionsdauer für erloschen erklärt wird.

Die weiteren §§ 24, 25 und 26 werden nach dem Entwurfe angenommen.

Dieselben lauten:

§ 24.

Bei dem Erlöschen der Concession und mit dem Tage des Erlöschens tritt der Staat ohne Entgelt in das lastenfreie Eigenthum und in den Genuss der concessionierten Bahnen und des sämmtlichen beweglichen und unbeweglichen Zugehöres, einschließlich des Fahrparkes, der Materialvorräthe und der etwa aus dem Anlagecapitale der concessionierten Bahnen gebildeten besonderen Betriebsfondes und Baureservefondes im Schlussabsatze des § 23 bezeichneten Umfange.

§ 25.

Die Staatsverwaltung ist berechtigt, sich die Überzeugung zu verschaffen, dass der Bau der Bahnlinien, sowie die Betriebseinrichtung in allen Theilen zweckmäßig und solid ausgeführt werde, und anzuordnen, dass Gebrechen in dieser Beziehung hintangehalten und rücksichtlich beseitigt werden.

Die Staatsverwaltung ist auch berechtigt, durch ein von ihr abgeordnetes Organ Einsicht in die Gebarung zu nehmen, und insbesondere die projects- und vertragsmäßige Bauausführung durch auf

Kosten der Gesellschaft zu entsendende Aufsichtsorgane auf jede ihr geeignet erscheinende Weise zu überwachen.

Der von der Staatsverwaltung bei der Gesellschaft bestellte Commissär hat auch das Recht, den Sitzungen des Verwaltungsrathes, sowie den General-Versammlungen, so oft er es für angemessen erachtet, beizuwohnen und alle etwa den Gesetzen, der Concession oder den Gesellschaftsstatuten zuwiderlaufenden, beziehungsweise den öffentlichen Interessen nachtheiligen Beschlüsse und Verfügungen zu sistieren; in einem solchen Falle hat jedoch der Commissär sogleich die Entscheidung des Handelsministeriums einzuholen, welche ohne Aufschub erfolgen und für die Gesellschaft bindend sein soll.

Für die hier festgesetzte Überwachung der Bahnunternehmung hat die Gesellschaft im Hinblicke auf die hiemit verbundene Geschäftslast eine jährliche Pauschalvergütung an den Staatsschatz zu leisten, deren Höhe von der Staatsverwaltung bestimmt wird.

Von den zufolge § 89 der Eisenbahn-Betriebsordnung vom 16. November 1851, R.-G.-Bl. Nr. 1 ex 1852, begründeten Verbindlichkeiten in Bezug auf den Ersatz eines etwa aus der polizeilichen und gefällsämtlichen Überwachung erwachsenden Mehraufwandes und in Bezug auf die unentgeltliche Herstellung und Erhaltung von Amtslocalitäten wird die Gesellschaft enthoben.

§ 26.

Der Staatsverwaltung wird ferner das Recht vorbehalten, wenn ungeachtet vorausgegangener Warnung wiederholt eine Verletzung oder Nichtbefolgung einer der in der Concessions-Urkunde, in den Concessions-Bedingnissen oder in den Gesetzen auferlegten Verpflichtungen vorkommen sollte, die den Gesetzen entsprechenden Maßregeln dagegen zu treffen, und nach Umständen noch vor Ablauf der Concessionsdauer die Concession für erloschen zu erklären.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, im § 10, Punkt VII der Concessions-Bedingnisse, den Schlusssatz: „Desgleichen ist in geeigneter Weise auf den seinerzeit einzuführenden Leichentransport Bedacht zu nehmen" dahin zu ändern, dass es heißt, statt „seinerzeit" „allenfalls" einzuführenden. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Lueger beantragt ad § 14, Punkt III, dass nur eine Wagenclasse eingeführt werde. (Abgelehnt.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **13. Juni 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Lueger.
Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung und macht folgende Mittheilungen:

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 10. Juni 1893:

Reservefond	500.000 fl. —	kr.
Effective Belastung . . .	206.174 fl. 45½	kr.
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	275.340 „ 41	„
zusammen .	481.514 „ 86½	„
daher noch verfügbar .	18.485 fl. 13½	kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden	9.500 „ —	„
noch	8.985 fl. 13½	kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 481.290 fl. 62 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Lueger entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Theilnahme an dem permanenten Gewerbe-Ausschuss. (Zur Kenntnis.)

(3785.) **St.-R. Meißl** referiert über die Auspflasterung der Fahrbahn vor der Schule II., Czerninplatz, mit Metallicpflaster nach dem vom Magistrate vorgelegten Projecte B und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3810.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Augenscheinstaxe per 25 fl. 50 kr. nach F. W. Kammerzell und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3809.) **Derselbe** referiert über uneinbringliche Commissionsgebüren nach 10 Parteien aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(3755.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Augenscheinstaxe per 4 fl. nach Elisabeth Bauer und beantragt die Abschreibung aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3734.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Project für die Herstellung von Baumpflanzungen in den Zwischenplätzen der Bahnstraße in Unter-Meidling und beantragt, das Project werde genehmigt und der im Budget hiefür eingestellte Betrag von 400 fl. dem Bezirksvorsteher, welcher diese Herstellungen unter Überwachung seitens des Stadtgärtners auszuführen haben wird, gegen seinerzeitige Verrechnung als unüberschreitbarer Kostenbetrag gegen Detailverrechnung überwiesen. (Angenommen.)

(3837.) **Derselbe** referiert über sieben Gesuche aus dem IV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:
Hoffmann Wenzel, Stadtcourier;
Moser, geb. Reinsberger Anna, Näherin;
Mölzer Johann, Gastwirt;
Mannhart Josef, Tafeldecker;
Langfelner Leopoldine Marie, Blumenmacherin;
Zlabinger Francisca Private;

b) die Ertheilung der Zusicherung an:
Schimo Johann, Kutscher. (Angenommen.)

(3903.) **Derselbe** referiert über das Detailproject für die Stockwerks-Aufsetzung und den Zubau zur Schule im XII. Bezirke, Hetzendorf, und beantragt:

a) dieses Detailproject mit dem buchhalterisch adjustierten Kostenbetrage von 37.617 fl. 38 kr. zu genehmigen;

b) die Vergebung der einzelnen Arbeiten in der von der städtischen Buchhaltung ddto. 9. Juni 1893 angegebenen Weise durchzuführen;

c) den Termin zur Vollendung der Stockwerks-Aufsetzung mit 15. September 1893 und zur Vollendung des Zubaues mit 1. October 1893 festzusetzen;

d) den Bauconsens gemäß § 105 B.-O. unter der Voraussetzung zu ertheilen, dass bei der abzuhaltenden Bau-Commission sich kein Anstand ergibt. (Angenommen.)

(3782.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Josef Sladky, Uhrmachers, XIII., Hietzing, Hetzendorferstraße 3, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3846.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Adolf Schwarz, Rectors des zu errichtenden israelitischen Rabbiner-Seminars in Wien, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3851.) **Derselbe** referiert über sieben Gesuche aus dem XV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Nemeček Alois, Schaubudenbesitzer;

Schön Anton, Tischlermeister;

Wachek Wenzel, Schuhmachermeister;

Zimmerhackl Heinrich, Schätzmeister der städtischen Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke;

b) die Ertheilung der Zusicherung an:

Uhlmann Johann Nep., Dienstmann;

Rothmann Erwin, Goldarbeiter;

Scheer Elisabeth, Gastwirtin. (Angenommen.)

(3576.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des Josef Ritter in Neunkirchen um käufliche Überlassung der Parcelle Nr. 129/3 in Mollram bei Geersdorf um den Betrag von 100 fl. und beantragt die Annahme des Kaufantrages. Der Käufer hätte jedoch die Vermögensübertragungsgebüren und die Stempelbeträge zu tragen. (Angenommen.)

(3739.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Congregation der Töchter der göttlichen Liebe im III. Bezirke um Subvention und beantragt, derselben zur Erhaltung des Kindergartens eine Subvention von 200 fl. für das Jahr 1893 zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3748.) **Derselbe** referiert über rückständige Wassergebüren nach dem gewesenen Cafétier Adalbert Bittner aus dem III. Bezirke per 47 fl. 25 kr. und beantragt, dieselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit in Abschreibung zu bringen. (Angenommen.)

(3738.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Bosse noe. seiner Gattin Anna um Reducierung der im Hause VII., Burggasse 2, für das dritte Quartal 1892 aufgelaufenen Wassermehrverbrauchsgebür per 24 fl. 54 kr. und beantragt, dieselbe auf 15 fl. 34 kr. zu reducieren. (Angenommen.)

(3436.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Schlosser'schen Erben als Eigenthümer des Hauses Nr. 37 Wiedener Hauptstraße, IV. Bezirk, und des Johann Krimsky um Übertragung des von Johann Krimsky sen. erworbenen Wasserbezugsrechtes aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung an die Schlosser'schen Erben und beantragt, es sei, nachdem das Wasserbezugsrecht aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung mit dem Aufgeben des Geschäftsbetriebes nach Johann Krimsky als erloschen angesehen werden muss, die Übertragung dieses Rechtes auf die A. Schlosser'schen Erben abzulehnen.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt die Ablehnung ohne Motivierung.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, als Motivierung zu erklären: „nachdem das Wasserbezugsrecht erloschen ist".

Letzterem Antrage accommodiert sich der Referent.

Der Antrag auf Ablehnung und die Motivierung nach dem Antrage des St.-R. Dr. Lederer werden angenommen.

(3760.) **Derselbe** referiert über 14 Gesuche aus dem XIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Andrlik Josef, Weichenwächter der Staatsbahnen;

Täuber Anton, Kutscher;

Borowansky Ferdinand, Fabriksarbeiter;

Flaßig Franz, Buchbindergehilfe;

Hanak Paul, Sattlergehilfe;

Winter Eduard, Maurer und Hausbesorger;

Kletschka Leopold, Werkführer;

Samstag Josef, Schuhmachermeister;

Popp Franz, Werkführer;

Rausch Anton, Stellwagen-Conducteur;

Kollroß Benedict, Maschinenwärter;

Knödl Franz, Bahnwächter der k. k. Staatsbahnen;

Drapela Thomas, Schneidermeister, und

Peterseil Josef, Holz- und Kohlenhändler. (Angenommen.)

(3758.) **St.-R. Boschan** referiert über 14 Gesuche aus dem IV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Swoboda Ferdinand, Hausbesorger;

Schmid Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;

Parma Wenzel, Schriftsetzer;

Dallinger Josef, Holz- und Kohlenhändler;

Mayerhofer Marie, Bedienerin;

Vogelmüller Karl, Gastwirt;

Maywald Franz, k. k. Briefträger;

Ronsperger Johann, Schneidermeister;

Mahr Johann, Holz- und Kohlenhändler;

Hanni Josef, Hausbesorger;

Belan Josef, Hilfsarbeiter;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Klein Johann Georg, Schriftsetzer;

Würker Leopold, Maurer und Hausbesorger, und

Weiße Theodor Oswald, Fabriksdirector. (Angenommen.)

(3878.) **Derselbe** referiert über Ansuchen aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Kopecky Franz, Inhaber eines Dienstvermittlungs-Institutes;

Schmatral Heinrich, Fabriksarbeiter;

Jurcsik Emanuel, Werkführer;

Karner Johann, Stadtträger;

Hak Johann, Hausbesorger und Fabriksarbeiter;

Hitschmann Joachim, Drechslermeister;

Jonasch Johann, Hausbesorger;

Aringer, geb. Haim Therese, Grünzeughändlerin;

Morawitz Julie, Pfaidlerin;

Langer Eduard Richard, Schuhmacher. (Angenommen.)

(3740.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Comités des Knabenasyles „St. Josef Vincentinum" um Subventionierung und beantragt die Bewilligung einer Subvention für das Jahr 1893 im Betrage von 100 fl. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3895.) **Derselbe** beantragt, zur Ausg.-Rubrik IV 5 a „Reinigung der Amtslocalitäten" einen Zuschusscredit von 2413 fl. 49 kr. für das Jahr 1892 nachträglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(3824.) **Derselbe** referiert über die Erneuerung des Asphaltpflasters in der Fahrbahn der Schottengasse vor dem Hause Or.-Nr. 1 und beantragt, dieselbe zu genehmigen und hiefür einen Zuschusscredit zur Rubrik XXII 1 c in der Höhe von 3464 fl. 01 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(3823.) **Derselbe** referiert über das Project für die Umpflasterung der Marchfeldstraße im II. Bezirke und beantragt die Genehmigung desselben und die Bewilligung eines Zuschusscredites von 5108 fl. zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 c.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3865.) **St.-R. Matzenauer** referiert über den Bericht des Forstmeisters K. Hettmer über das in der Fällungsperiode 1892/93 im Gemeindewalde in Ottakring erzeugte Holz und dessen Verwendung und beantragt:

1. das von dem mit der Aufsicht über den Ottakringer Gemeindewald betrauten k. k. Forstmeister Karl Hettmer in Neuwaldegg vorgelegte, von der städtischen Buchhaltung ziffernmäßig geprüfte und richtiggestellte Summar-Verzeichnis sammt Nummerbuch Nr. I und II vom 19. April 1893, Nr. 32, ad M.-Z. 74442 ex 1893, über das im Ottakringer Hochwalde in der Fällungsperiode 1892/93 aufbereitete Brenn- und Nutzholz wird mit den bezüglich des in demselben enthaltenen Verwendungs-Antrages im Nachfolgenden enthaltenen Änderungen, beziehungsweise Ergänzungen genehmigt;

2. von dem erzeugten Holze sind an die in dem beiliegenden Verzeichnisse ad M.-Z. 74442 ex 1893 angeführten holzbezugsberechtigten Hausbesitzer und das Stift Schotten nach Maßgabe ihres Antheiles und gegen Erlag von je 5 fl. per je 4 m, zusammen 128 Raummeter Scheitholz und weiter die Deputate für das Pfarramt mit 18 Raummeter und die drei Cooperatoren zusammen mit 14 Raummetern Scheitholz, endlich an die in der Wachstube am Steinbruche, richtig Liebhartsthal, dislocierte k. k. Sicherheitswache 14 Raummeter Prügelholz unentgeltlich zu verabfolgen;

3. von dem Durchforstholze sind an die beiden Communal-Kinderbewahranstalten zusammen 40 Raummeter Durchforstprügel abzugeben;

4. die sonach verbleibenden Holzquantitäten sind von dem Herrn k. k. Forstmeister Hettmer unter Zugrundelegung der im Summarverzeichnisse angeführten Einheitspreise für Rechnung der Gemeinde Wien aus freier Hand zu verkaufen;

5. das übliche Anweise-(Vorzeige-)Geld per 3 kr. per Raummeter ist von den Käufern des Holzes gleichzeitig mit dem Kaufschillinge einzuheben und dem mit der Anweisung des Holzes betrauten Forstpersonale direct auszubezahlen.

St.-R. Boschan beantragt, den 4. Punkt dahin einzuschränken, dass principiell nichts verkauft werde, so lange nicht der ganze Bedarf für die städtischen Anstalten gedeckt ist.

Referenten-Antrag und Antrag des St.-R. Boschan, welchem sich Referent accommodiert, angenommen.

(3792.) **Derselbe** referiert über die Genehmigung der vom Forstmeister Hackenberg vorgelegten Abrechnung über die in der Fällungsperiode 1892/93 im Rothwasser, Wurzbacher und St. Marxer Walde des Bürgerspitalfonds erzeugten Hölzer und Ermächtigung desselben zum Verkaufe der Hölzer aus freier Hand und beantragt:

1. die Abrechnung des k. k. Forstmeisters Hackenberg über die Holzhauerlöhne &c. genehmigend zur Kenntnis zu nehmen;

2. den k. k. Forstmeister Hackenberg zu ermächtigen, die im Wurzbacher, Rothwasser und St. Marxer Walde erzeugten Hölzer zu den in dem vorgelegten Tarifauszuge angesetzten Minimalpreisen aus freier Hand zu verkaufen.

Es sei jedoch principiell nicht zu verkaufen, so lange nicht der ganze Bedarf für die städtischen Anstalten gedeckt ist.

(Angenommen.)

(3834.) **Derselbe** referiert über den Bericht der Forstverwaltung Groß-Enzersdorf ddto. 5. Juni 1893, Z. 139, puncto Verpachtung der Graserei im Kreuzgrunde Grund-Abth. XI 13 und beantragt, dem Alois Elsner in Mühlleiten den fraglichen Grund Abth. XI 13, Kreuzgrund, für die Zeit vom 1. Juni 1893 bis 1. November 1898 als Wiese ausschließlich zur Graserei bezüglich Streunutzung um den Bestandzins von 30 fl. per Jahr unter den gewöhnlichen Bedingungen zu verpachten. (Angenommen.)

(3732.) **Derselbe** referiert über Anträge, beziehungsweise Magistrats-Beschlüsse in Betreff des Statthalterei-Erlasses vom 7. August 1892, Z. 48553, puncto Verbilligung des Holzes als Brennmaterial und beantragt, die Errichtung von Holzverkleinerungs-Anstalten durch die Gemeinde abzulehnen. (Angenommen.)

(3905.) **Derselbe** referiert über die Beschwerde der Firma Haardt & Co. gegen die Tischaufstellung seitens des Gastwirtes Leopold Mitzko I., Schottengasse 3, und beantragt, den vom magistratischen Bezirksamte für den I. Bezirk erstatteten Bericht, wonach kein Anlass vorhanden ist, dem genannten Gastwirte die angesuchte Tischaufstellung zu verweigern, zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(3868.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gemeinde Gablitz um kostenfreie Abtretung von 60 m² Bürgerspitalfondsgrund der Parcelle 145 zur Eröffnung der Straße nach Hochbuch und beantragt, der ansuchenden Gemeinde diese Grundfläche gegen dem unentgeltlich ins Eigenthum als Straßengrund zu übergeben, dass diese Gemeinde sich verpflichtet, alle aus diesem Rechtsgeschäfte erwachsenden Kosten aus eigenem zu bestreiten. (Angenommen.)

(3869.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Christian Pfeisinger um Bewilligung zur Vornahme von Bauherstellungen auf der von demselben gepachteten Abtheilung 5 des dem Wiener Bürgerspitalfond gehörigen Ackers bei der langen Aspe im XI. Bezirke und beantragt:

Die Gemeinde Wien ertheilt namens des Wiener Bürgerspitalfonds als Grundeigenthümers dem Christian Pfeisinger, Gärtner, die angesuchte Bewilligung, auf der von demselben gepachteten Abtheilung 5 des Ackers bei der langen Aspe in Simmering im Anschlusse an die bestehende Wohnhütte und zwar an den Pferdestall eine hölzerne Wagenschupfe und daran anstoßend eine hölzerne Geräthekammer nach dem Baugesuche, Z. 6877, B.-A. XI, angeschlossenen Plänen auf seine, d. i. des Gesuchstellers Kosten herstellen zu lassen gegen dem, dass diese Bauobjecte bei Auflösung des Pachtverhältnisses

von dem Pächter auf seine Kosten ohne Anspruch auf Entschädigung wieder entfernt und der vorige Zustand hergestellt wird.

(Angenommen.)

(3820.) **Derselbe** referiert in Betreff der Entfernung des Schöpfbrunnens bei dem Hause, I. Bezirk, Johannesgasse Nr. 11, und beantragt, das Anerbieten des Dr. Rudolf Ritt. v. Winterhalder noe. der Frau Marie v. Winterhalder auf alle Rechte und Ansprüche bezüglich des im vorliegenden Plane roth lasierten Grundes, unbeschadet des Fortbestandes eines Kellers unterhalb und des Erkers oberhalb des von dem Brunnen sammt Grund vor dem Hause, I. Bezirk, Johannesgasse Nr. 11, occupierten Grundes, für sich und seine, beziehungsweise ihre Rechtsnachfolger zu verzichten, wird angenommen.

Hiefür wird der vorbezeichneten Partei eine einmalige Entschädigungssumme von 100 fl. nach erfolgter Demolierung des Brunnens bezahlt. Die Kosten der Demolierung, Pflasterung und des Verschlusses des Kellergewölbs-Durchbruches werden gegen Entziehung des Brunnenmateriales von der Gemeinde getragen. (Angenommen.)

(3788.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Gräf puncto Verlegung der Desinfections-Anstalt aus dem ehemaligen Ottakringer Nothspitale an einen entlegenen Ort des XVI. Bezirkes und Ertheilung des Bauconsenses für den Verbrennofen im ehemaligen Ottakringer Nothspitale und beantragt:

1. für die Herstellung eines Verbrennofens im ehemaligen Ottakringer Nothspitale nach Maßgabe der vorliegenden Planskizze wäre gemäß § 105, Abs. 2, Punkt 6, der Bauordnung für Wien die Baubewilligung zu ertheilen. Die hingegen seitens der Anrainer vorgebrachten Einwendungen wären als unbegründet abzuweisen;

2. der Antrag des Gem.-Rathes Gräf und Genossen wäre unter Hinweis auf die beabsichtigte Errichtung einer Sanitätsstation für den XVI. und XVII. Bezirk im Gebiete des letzteren Bezirkes, da die fraglichen Sanitätseinrichtungen im ehemaligen Ottakringer Nothspitale nur provisorischen Charakter tragen, abzulehnen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, zu erheben, ob nicht nächst dem Ottakringer Friedhofe die Aufstellung des Verbrennofens erfolgen könnte und ob auch inficierte Gegenstände aus anderen Bezirken dahin gebracht werden sollen.

Dieser Antrag, welchem sich Referent accommodiert, wird angenommen.

(3595.) **St.-R. Matthies** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem

Hornof Thomas, Schneidermeister, IX., Liechtensteinstraße 11, das Bürgerrecht zu verleihen.

(3701.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Blache de Montbrunn aus dem IV. Bezirke um Ermäßigung der Zuständigkeitstaxe und beantragt, dieselbe von 200 fl. auf 20 fl. herabzusetzen. (Angenommen.)

(3825.) **Derselbe** referiert über einen Mietzinsrückstand per 5 fl. 2 kr. nach Fritz Pramer für die Wohnung Nr. 6 im städtischen Hause, XII., Meidling, Hauptstraße 68, und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3828.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Leontine Lichtenstein um Rückzahlung der Zuständigkeitstaxe per 20 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3607.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Josef Jaschky wegen der ihm auferlegten Conventionalstrafe von 25 fl. und beantragt, den Act zur Berichterstattung an den Magistrat zurückzuleiten.

(Angenommen.)

(3840.) **St.-R. Dr. Steuzl** referiert in Betreff der Entsendung von scrophulosen Kindern in das Seehospiz zu Grado und beantragt, im laufenden Jahre 53 Kinder, und zwar 40 in Wien heimatberechtigte Kinder für Rechnung des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes und 13 Kinder ohne Rücksicht auf ihre Zuständigkeit für Rechnung der vorhandenen sonstigen Mittel, nach Auswahl seitens des Stadtphysikates unter den bisherigen Modalitäten auf die Curdauer von 60 Tagen in das Seehospiz Grado zu entsenden. (Angenommen.)

(3428.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für den Isolierpavillon in der Versorgungsanstalt in Mauerbach und beantragt, die in Rede stehenden Arbeiten und Lieferungen den folgenden Firmen unter Genehmigung ihrer Offerte und unter den schon für die Haupt-Offertverhandlung vorgelegenen und genehmigten allgemeinen und speciellen Bedingnissen zu übertragen, und zwar:

1. die Bautischlerarbeiten für den Isolierpavillon den Brüdern Schlimp in Wien, zu den Einheitspreisen des Kostenvoranschlages;

2. die Anstreicherarbeiten für den erwähnten Pavillon dem Johann Storch in Wien, gleichfalls zu den Einheitspreisen des Kostenvoranschlages;

3. die Lieferung der gusseisernen Canaldeckel mit gerippten Deckeln für die Senkgrubenherstellung dem Julius Pastrée, zum Preise von 38 fl. per Stück, franco Mauerbach;

4. die Beistellung des vierräderigen Latrinenwagens dem Laurenz Dobek in Wien zum Preise von 965 fl. (Angenommen.)

(2931.) **Derselbe** referiert über den Bericht der Stadtbuchhaltung, betreffend das Erträgnis der Armenlotterie und der Redoute vom Jahre 1893 und beantragt die Kenntnisnahme desselben und die Genehmigung der bezüglich der Durchführung der Armenlotterie im Jahre 1894 gestellten Anträge. (Angenommen.)

(3339.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Ersten Kinderbewahranstalt des X. Bezirkes um Subventionierung und beantragt, der genannten Anstalt auch pro 1893 eine Subvention im Betrage von 800 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3011.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Direction des Karolinen-Kinderspitales im IX. Bezirke um erhöhte Subvention pro 1893 und beantragt, dieser Anstalt pro 1893 eine Subvention im erhöhten Betrage von 1500 fl. zu gewähren.

St.-R. Matzenauer beantragt, eine Subvention von 1000 fl. wie bisher und außerdem einen Beitrag von 500 fl. zu den Kosten für die Erbauung der Abtheilung für infectiös erkrankte Kinder zu bewilligen.

Dieser Antrag, welchem sich Referent accommodiert, wird angenommen; an den Gemeinderath.

(3841.) **St.-R. Wurm** referiert über die Zuschrift des n.-ö. Landesausschusses vom 11. April 1893, Z. 13365, und die Note der Commission für Verkehrsanlagen in Wien vom 21. Mai 1893, Z. 83, in Angelegenheit der Stationsanlage „Michelbeuern" der Gürtellinie des Stadtbahnnetzes und beantragt die Kenntnisnahme mit dem Bemerken, dass von weiteren Schritten gegenüber dem Erlasse des k. k. Handelsministeriums vom 9. December 1892, Z. 61107, Umgang zu nehmen wäre. (Angenommen.)

(3791.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zehrungsbeitrages für den Ingenieur-Adjuncten Wejmola anlässlich der Aufsicht über den Bau der Sanitätsstation V., Untere Bräuhausgasse 61, und beantragt, demselben für die Dauer dieser Dienstleistung, eventuell bis zu der etwa früher eintretenden Regelung der Wagengelder und

Zehrungsbeiträge, den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 1 fl. 50 kr. per Tag zu bewilligen. (Angenommen.)

(3844.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem:

Schatral Josef, Gemischtwaren-Verschleißer, IX., Mariannengasse 19 und

Haberl Josef, Gemischtwaren-Verschleißer, IX., Alserbachstraße 31, das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(3883.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Marcus Lipnig, Gemischtwaren-Verschleißer, IV., Freundgasse 13, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3815.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den neuerlichen Magistratsbericht, betreffend die Erwerbung eines Grundes im XVI. Bezirke, Ottakring, nächst dem Habsburgerplatze, behufs Erbauung einer Schule und beantragt, den Magistrat aufzufordern, dem Bezirksausschusse, sowie dem Ortsschulrathe die Frage vorzulegen, ob die gegen die Platzwahl geäußerten Bedenken gerechtfertigt seien, beziehungsweise ob ein anderer geeigneterer Platz vorhanden und erworben werden soll. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler beantragt, der bezügliche Bericht sei längstens bis 24. d. M. zu erstatten. (Angenommen.)

(3902 und 3686.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Magistratsbericht puncto Erneuerung der Heizanlage in der Schule V., Hundsthurmerstraße 107, und beantragt, die Auswechslung der Zonen II und III der Feuerluftheizung in der Mädchen-Volksschule V., Hundsthurmerstraße 107, werde mit dem Kostenbetrage von 3533 fl. 34 kr. genehmigt; die maschinellen Arbeiten, wozu auch die Einrichtung einer elektrischen Thermometer-Correspondenz gerechnet wird, seien im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu vergeben. (Angenommen.)

(3876.) **Derselbe** referiert über den Bauamtsbericht, betreffend die Verlängerung des Einreichungstermines für die Projecte bei der Preisausschreibung für einen General-Regulierungsplan, und beantragt von einer Terminserstreckung abzusehen.

Dagegen wäre in den Tagesjournalen eine Veröffentlichung zu veranlassen, dahin gehend, dass auch Theilprojecte im Sinne der Preisbewerbungsvorschriften eingereicht werden können. (Angenommen.)

(3833.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Verlegung der Telephonstelle der freiwilligen Feuerwehr Speising und beantragt:

1. Es wäre ein Betrag von 600 fl. zur Verlegung der Telephonstelle der freiwilligen Feuerwehr Speising vom Hause Nr. 57 Hauptstraße in die Wohnung des gegenwärtigen Hauptmannes Adam Iby, Mayerhofgasse Nr. 10 a, und zur Herstellung einer Alarmleitung zu den Mitgliedern dieser Feuerwehr mit 22 Signalglocken und vier an entsprechenden Stellen zu situierenden Inductoren zu votieren, welche Herstellungen durch Organe der Berufsfeuerwehr zu effectuieren wären;

2. zur Deckung der Auslagen wäre ein Zuschusscredit von 600 fl. zur Rubrik XX 7 zu bewilligen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3527.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 16. März 1893 über die Beschwerde der Gemeinde Wien gegen den Handelsministerial-Erlass vom 15. März 1892, Z. 447, betreffend die Inbetriebsetzung neuer Tramwaywagentypen und beantragt, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Ferner beantragt Referent:

Der Stadtrath gibt seine Zustimmung zur Verwendung der verschiedenen, bereits im Betrieb befindlichen Projectwägen der Tramway, für jenen Zeitraum, als die k. k. n.-ö. Statthalterei zu deren Benützung die Bewilligung bereits ertheilt hat oder in Zukunft noch ertheilen sollte, dies jedoch mit Ausschluss des einspännigen Wagens Nr. 748 und nur unter den Bedingungen, dass bei allen diesen Wägen an beiden Seiten des Mittelraumes Schubthüren angebracht und die Stufen, über welche der Eingang zu den beiden Coupés führt, entfernt werden.

Mit Rücksicht auf die Äußerung der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen in dem Protokolle vom 4. Februar 1893, dass dieselbe über Ersuchen der k. k. n.-ö. Statthalterei daran ist, über die Verwendung nach ihrer Ansicht entsprechenden Wagentypen Anträge zu erstatten, diese Anträge aber nach hierortiger Kenntnis noch nicht gestellt wurden, die Frage der Einführung der entsprechendsten Wagentype daher in nächster Zeit voraussichtlich einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden dürfte, befindet sich der Stadtrath nicht in der Lage, die angesuchte Bewilligung zur Inbetriebsetzung von 50 Wagen nach dem Modelle 208 oder 283 zu ertheilen. (Angenommen.)

(3813.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft wegen nachträglicher Genehmigung der Errichtung von Pferdestandplätzen im III. Bezirke vor der St. Marxer Infanterie-Kaserne und an der Ecke Arsenalweg—Fasangasse und beantragt, dieses Ansuchen abzuweisen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, den Magistrat aufzufordern, im Wege einer Localcommission zu erheben, ob sich nicht ein anderer geeigneter Pferdestandplatz, allenfalls auf dem alten Manipulationsraume des ehemaligen Linienamtes etablieren ließe.

Diesem Antrage accommodiert sich Referent und werden sonach der Referenten-Antrag und der Zusatz-Antrag des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter angenommen.

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **14. Juni 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende:

v. Götz,	v. Neumann.
Dr. Hackenberg,	Noske,
Dr. Huber,	Schlechter,
Kreindl,	Schneiderhan,
Dr. Lederer,	Dr. Stenzl,
Dr. Lueger,	Vaugoin,
Matthies,	Dr. Vogler,
Matzenauer,	Witzelsberger,
Meißl,	Wurm.
Müller,	

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: St.-R. Boschan.
Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

St.-R. Boschan entschuldigt sein Ausbleiben wegen Theilnahme an einer Sitzung der Rudolfsheimer Sparcasse. (Zur Kenntnis.)

(Ad 3547.) In das Comité puncto Verhandlung wegen eventuellen Ankaufes der Häuser Or.-Nr. 45 und 47 Mollardgasse, VI. Bezirk, werden gewählt die St.-R. Dr. Lederer, Schlechter und Wurm.

(3964.) **St.-R. Meißl** referiert über 22 Gesuche aus dem IX. Bezirke um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt, die erbetene Zuständigkeit zu ertheilen:

Pelz Ferdinand, Metallgießergehilfe;
Swoboda Josef, Schlossergehilfe;
Paul Eduard, Schlossergehilfe;
Heber, auch Kalmus Abraham, Sonnen- und Regenschirm-Erzeuger;
Pelikan Josef, Schlossergehilfe;
Schneider Michael, Arbeiter bei der Transport-Gesellschaft;
Sperk Cölestin, erzherzogl. Kutscher;
Fleischhaker Josef, Schankkellner;
Hugel Peter, Gastwirt;
Heinrich Ignaz, Postamtsdiener;
Klemm Ferdinand, Buchhalter;
Teschinsky Franz, Schneidergehilfe:
Ziegler Franz, Geschäftsdiener;
Brichazek Franz, Vereinsdiener;
Fürth Samuel, Börsengalopin;
Oppenauer Adalbert, Kohlenarbeiter;
Dubensky Ludwig, k. u. k. Major;
Weber Johann, Schneider;
Puhm Karl, Hausbesorger und Baupolier;
Levy Marianne, Wäscherin und Bedienerin;
Czermak Marie, Bedienerin;
Neuwirth Hedwig, Bedienerin. (Angenommen.)

(3877.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Paula Lang um Bewilligung zur Erbauung eines provisorischen Wächterhauses nebst Schupfe auf der stiftl. Klosterneuburg'schen Pachtparcelle Nr. 62/1, Cat.-Parc. 3576, B.-E. Nr. 230, II., Wenzelgasse 12, und beantragt, den Antrag des Magistrates, die Baubewilligung nur unter der Bedingung zu ertheilen, dass dieses Object ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung demoliert werde, falls dies seitens der Gemeinde aus öffentlichen Rücksichten gefordert wird und dass zur Sicherstellung dieser Verpflichtung eine Caution von 100 fl. erlegt werde, zu bestätigen. (Angenommen.)

(3819.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Umpflasterung der Waisenhausgasse im IX. Bezirke vom Strudelhof bis zur Währingerstraße und beantragt, die Umpflasterung mit dem Kostenbetrage von 2855 fl. 89 kr. zu genehmigen und zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 c einen Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3826.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung der Grundparcelle 639 in Unter-Sievering an der Grinzingerstraße an Matthias Windhaber ab 1892 auf sechs Jahre gegen einen jährlichen Pachtzins von 5 fl. und beantragt die nachträgliche Genehmigung.

(Angenommen.)

(3745.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Kinderwarte-Anstalt IX., Mariannengasse 26, um Bewilligung einer Subvention und beantragt, pro 1893 eine Subvention von 100 fl zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3814.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht des magistratischen Bezirksamtes bezüglich des Recurses des Josef Hackhofer puncto Canaleinmündungsgebür XIX., Färbergasse Nr. 7 in Nussdorf, und beantragt, es sei der Stadtraths-Beschluss vom 31. Mai 1893 dahin aufzufassen, dass dem Recurse des Johann Hackhofer vollinhaltlich Folge zu geben ist.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: „Nachdem der Recurs in beiden entscheidenden Punkten aufrecht erledigt worden ist, mithin kein Object zur Sicherstellung vorliegt, so hat selbstverständlich eine Gebürensicherstellung zu entfallen."

St.-R. Dr. Lederer stellt den Zusatz-Antrag: „Ersuchen an den Bürgermeister, dass die Belehrung der Magistrats-Direction ddto. 9. December 1891, Z. 406328, in entsprechender Weise abgeändert wird und sämmtliche magistratischen Bezirksämter angewiesen werden, strenge nach dem Gesetze vorzugehen." (Wird abgebrochen.)

(3896.) **Derselbe** referiert über die Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebüren nach fünf Parteien aus dem V. Bezirke und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3796.) **Derselbe** referiert über den Rückstand einer Hundesteuer pro 1890 per 1 fl. 50 kr. nach Matthias Windhaber in Unter-Sievering, XIX. Bezirk, und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

(3897.) **Derselbe** referiert über Hundesteuerrückstände pro 1891 bis 1893 nach zehn Parteien aus dem VII. Bezirke und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

(3847.) **Derselbe** referiert über Hundesteuerrückstände nach 15 Parteien aus dem VI. Bezirke und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

(3901.) **Derselbe** referiert über einen Hundesteuerrückstand nach Karoline Zentner, XIX. Bezirk, pro 1892 und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

(3756.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Hundesteuerrückständen, beziehungsweise Strafbeträgen nach 41 Parteien aus dem X. Bezirke und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen.

(Angenommen.)

(3534.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Aufstellung eines Gasmotors und Maschinenhäuschens am Wienflusse in Hütteldorf und beantragt:

a) das vorgelegte Project über die Aufstellung eines Gasmotors sammt Maschinenhäuschen und Reservoirs im Schöpfbrunnen am Wienflusse in Hütteldorf, XIII. Bezirk, im Kostenbetrage von 2851 fl. 40 kr., wobei zur Pflasterung alte Ausschusswürfel zu verwenden sind, zu genehmigen;

b) die Lieferung und Aufstellung des Gasmotors der Firma Langen & Wolf um den Betrag von 1615 fl. zu übertragen;

c) die von der Bahnverwaltung geforderte Erklärung über den Schadenersatzverzicht, sowie den von derselben verlangten Revers in Betreff der Gasrohrlegung in dem im Commissions-Protokolle enthaltenen Wortlaute auszustellen und die darin enthaltenen Bedingungen anzunehmen.

St.-R. Dr. Lueger stellt den Zusatz-Antrag: Es sei in Hinkunft der Gasverbrauch, welcher zum Betriebe der Maschine erforderlich ist, anzugeben.

Referenten-Antrag und Zusatz-Antrag Dr. Lueger angenommen.

(3882.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Karl Ligl, Fuhrwerksbesitzers im XIX. Bezirke, gegen die demselben vom magistratischen Bezirksamte mit Erkenntnis vom 15. April 1893, Z. 7422, auferlegte Conventionalstrafe und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(3920.) **Derselbe** referiert über sechs Gesuche aus dem V. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit zu verleihen:

Hälbig Arnold Emanuel, Privatbeamter;

Antes Eduard, Amtsdiener und Hausbesorger;

Thomas Franz, Pensionist und Hausbesorger;

Hennlich Zephyrin, Gürtlergehilfe;

Novotny Josef, Schneidergehilfe;

Pribyl Wenzel, Färbergehilfe. (Angenommen.)

(3888.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des XIX. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Anton Fößleitner und des Joh. Riesenecker mit der Functionsdauer bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

(3630.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft um die Bewilligung zur Kabellegung in mehreren Straßen des I. und II. Bezirkes und beantragt, die Bewilligung nach dem Magistrats-Antrage zu ertheilen. (Angenommen.)

(3717.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Kabellegung in mehreren Straßen des I. Bezirkes und beantragt, die Bewilligung nach dem Magistrats-Antrage zu ertheilen. (Angenommen.)

(3648.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft um Terminsverlängerung für 22 Kabellegungen im VII. Bezirke und beantragt, zu diesen Kabellegungen neuerlich die Bewilligung zu ertheilen, jedoch unter der Bedingung, dass die Kabellegungen in der Zoller- und Kandlgasse vor Beginn der Pflasterungsarbeiten dortselbst beendet sein müssen. (Angenommen.)

(2865.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Hofmeier um Löschung der Servitut auf seinem Hause Nr. 2 a Neuer Markt, I. Bezirk, zu Gunsten des auf dem Bürgerspitalfondshause Nr. 4 haftenden Fensterrechtservitutes. (Vertagt.)

(3144.) **Derselbe** referiert bezüglich der Übernahme der von Siemens & Halske im Rathhause probeweise hergestellten Bandlampen zur Beleuchtung der Durchfahrten und eines Theiles der Arcaden im großen Hofe und beantragt:

a) das Anbot der Firma Siemens & Halske, die auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 25. November 1892 probeweise im Parterre des Rathhauses hergestellten 18 Stück Bandlampen, wovon noch 8 Stück gegen Lampen von 4½ Ampère auszuwechseln sind, um den Betrag von 1600 fl. in das Eigenthum der Gemeinde zu übergeben und für diese Leistung durch zwei Jahre vom Tage des betreffenden Beschlusses zu haften, anzunehmen;

b) die zur Fertigstellung dieser Beleuchtungsanlage auf Grund des bauämtlichen Kostenanschlages noch weiters erforderlichen und theils in eigener Regie, theils durch die Firma Heß & Wolf auszuführenden Arbeiten um den Kostenbetrag von 601 fl. 90 kr. zu genehmigen;

c) die Gesammtauslage per 2201 fl. 90 kr. auf den Reservefond zu verweisen und bei Rubrik IV 24 „Bauliche und sonstige Herstellungen im Rathhause" zu verrechnen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3874.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Karl Thalhammer, Eigenthümers der Realität Einl.-Z. 97, Breitensee Parc. 104/3 B A und 104/2, Garten, um Bewilligung zur Untertheilung dieser Realität und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3735.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß wegen Herstellung eines Bahnüberganges für Fußgeher zwischen der Schmelzbrücke und dem Viaducte in Penzing und das Ansuchen des Bezirksvorstehers des XIV. Bezirkes wegen Errichtung einer Haltestelle bei dieser Überbrückung und beantragt die Ablehnung.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es seien neuerdings mit der k. k. General-Direction der Staatsbahnen mit Hinweis auf die unbedingte Nothwendigkeit Verhandlungen zu pflegen.

Letzterer Antrag angenommen.

(3775, 3776, 3777 und 3779.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über mehrere Gesuche um Bewilligung von Gehaltsvorschüssen und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3904.) **Derselbe** referiert über den Ankauf eines Grundes im XIII. Bezirke, Ecke der Siebeneichen- und Rochusgasse in Penzing, von Marcus Spitzer für Schulzwecke und beantragt, ein dreigliederiges Comité behufs Verhandlung zu wählen. (Angenommen.)

In das Comité werden gewählt die St.-R. Dr. Vogler, Vaugoin und Wurm.

(3931.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Pensionierung des Steuerexecutions-Officials Jos. Maurer und beantragt, den Genannten nach § 119, Z. 2, Dienst-Pragmatik, in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und demselben unter gnadenweiser Anrechnung der prov. Communal-Dienstzeit einen jährlichen Ruhegehalt von 1080 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3930.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Steuerexecutions-Officials Franz Kainz und beantragt, dem Genannten unter gnadenweiser Anrechnung der prov. Communal-Dienstzeit einen jährlichen Ruhegehalt von 1036 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3929.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Kanzlei-Officials Johann Horatschek und beantragt, dem Genannten den normalmäßigen Ruhegehalt von 1348 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(3928.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Kanzlei-Officials Rudolf Gallauner und beantragt, dem Genannten den normalmäßigen Ruhegehalt von jährlich 1640 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(3937.) **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Steueramts-Obercontrolors Rud. Machan und beantragt, dem Genannten den normalmäßigen Ruhegehalt von jährlich 2300 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(3926). **Derselbe** referiert über die Pensionierung des Conscriptionsamts-Officials Frz. Gschwandtner und beantragt, dem Genannten den normalmäßigen Ruhegehalt von jährlich 1700 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(3995.) **Derselbe** referiert über die Besetzung der Stelle des Vorstandes des Steueramtes und beantragt, den Obercontrolor Ignaz Winkler zum Steueramts-Vorstande (VII. Rangclasse) zu befördern.

(Angenommen.)

(3410.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Markt-Commissärs Hugo Echsler um Urlaubsverlängerung und beantragt, die erbetene Urlaubsverlängerung in der Dauer von vier Wochen vom 23. Mai bis 19. Juni 1893 zu bewilligen. (Angenommen.)

(3749.) **Derselbe** referiert über das Commissions-Protokoll, betreffend die neunte Revision der Wasserleitungs-Bauarbeiten Naßwald-Singerin-Höllenthal und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(3679.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ludwig Engleitner in Naßwald um Entschädigung für die Bequartierung des Gendarmeriepostens in der Zeit vom 1. März bis Ende October 1892 und beantragt, dem Genannten aus Billigkeitsgründen den Betrag von 50 fl. auf Rechnung des Wasserleitungsbau-Contos aus den Verlagsgeldern zu bewilligen. (Angenommen.)

(2304 und 2508.) **Bürgermeister Dr. Prix** referiert über die Ausgaben anläßlich des am 22. Mai 1893 stattgehabten Empfanges des deutschen Schriftstellerverbandes und des am 27. Mai 1893 stattgehabten Empfanges der deutschen Philologen und Schulmänner, für welche mit Stadtraths-Beschluß vom 18. April 1893, Z. 2304, beziehungsweise 28. April 1893, Z. 2508, ein Betrag von je 4000 fl. bewilligt wurde, und beantragt, den Bericht, wonach im ersteren Falle 3148 fl., in letzterem Falle 3480 fl. verausgabt, mithin ein Betrag von 852 fl., beziehungsweise 520 fl. in Ersparung gebracht wurden, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(3817.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung, bezüglich der für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Richardgasse im III. Bezirke erforderlichen Erd- und Baumeisterarbeiten im Kostenbetrage von 2439 fl. 6 kr. und 200 fl. Pauschale und beantragt, diese Arbeiten dem Bestbieter Anton Sikora zu dem angebotenen 7·4 Percent-Nachlasse zu übertragen. (Angenommen.)

(3818.) **Derselbe** referiert über die Umpflasterung der Ungargasse von der Rochusgasse bis zum Rennweg, III. Bezirk, und beantragt, diese Umpflasterung mit dem Kostenbetrage von 9784 fl. 87 kr. zu genehmigen und zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 c einen Zuschußcredit in dieser Höhe zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3967.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Demski um Bewilligung zur Errichtung eines Materiallagerplatzes und einer gemauerten Wächterhütte auf dem der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft gehörigen Platze Grundb.-Einl. 55, III. Bezirk, Arsenalweg, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Ertheilung des Bauconsenses gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsreverses zu bestätigen. (Angenommen.)

(3979.) **Derselbe** referiert über das Project für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Strohgasse und in der noch unbenannten Parallelstraße im III. Bezirk mit dem bedeckten Kostenbetrage von 5849 fl. 49 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3786.) **Derselbe** referiert über die Verschiebung der Pflasterung der Mariannengasse im IX. Bezirke vor der allgemeinen Poliklinik bis zum Herbste 1893 und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3864.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Neupflasterung der Elisabethstraße im XVI. Bezirke im Kostenbetrage von 4794 fl. 44 kr. und 300 fl. Pauschale und beantragt, diese Arbeiten dem Bestbieter Franz Walz zu dem angebotenen 23·3percentigen Nachlasse zu übertragen. (Angenommen.)

(3889.) **Derselbe** referiert bezüglich der Anbringung von Feuer-Automaten im XVII. Bezirke und beantragt,

a) auf das Ersuchen des Vorstehers des XVII. Bezirkes um Anbringung je eines Feuer-Automaten an den städtischen Schulgebäuden in diesem Bezirke nicht einzugehen, da die Benützung eines solchen Feuer-Automaten bei Bränden außerhalb des Schulgebäudes eine Störung des Unterrichtes und Beunruhigung der Lehrer und Schüler zur Folge haben würde;

b) die vom städtischen Feuerwehr-Commando beantragte Aufstellung von sieben neuen und Verlegung von zwei bereits bestehenden Feuer-Automaten zu genehmigen;

c) die mit diesen Herstellungen verbundenen Kosten per 1320 fl. 70 kr. auf die Rubr. XX 7 zu verweisen und zu dieser Rubrik einen Zuschußcredit in der Höhe dieses Erfordernisses zu bewilligen;

d) die Aufstellung der sieben neuen und die Verlegung der zwei bereits bestehenden Feuer-Automaten hat durch die Organe der städtischen Feuerwehr zu erfolgen. (Angenommen.)

(3821.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Project für die Umpflasterung der Wiedener Hauptstraße im IV. Bezirke von der Elisabethbrücke an mit dem bedeckten Kostenbetrage von 28.124 fl. 29 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3822.) **Derselbe** referiert über das Project für die Neupflasterung eines Theiles der Klagbaumgasse im IV. Bezirke mit dem bedeckten Kostenbetrage von 2259 fl. 77 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3977.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Project für die Umpflasterung der Stumpergasse von der Liniengasse bis zur Mariahilferstraße und beantragt dies Project mit dem bedeckten Kostenbetrage von 25.607 fl. 97 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(3980.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Project für den Umbau des Canales in der Herrengasse im XVIII. Bezirke zwischen Gürtelstraße und Kirchengasse mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 10.372 fl. 6 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3978.) **Derselbe** referiert über den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Herrengasse im XVIII. Bezirke von Or.-Nr. 74 bis 106 mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 7930 fl. 38 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(3982.) **Derselbe** referiert über das Project für die Neuherstellung von Rinnsalen im XVII. Bezirke, Hernals, mit dem bedeckten Kostenbetrage von 2066 fl. 74 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Verlegung magistratischer Bezirksämter.)

Mit 1. Juli d. J. befindet sich das magistratische Bezirksamt für den V. Bezirk nicht mehr im Gemeindehause des IV., sondern im Gemeindehause des V. Bezirkes, Hundsthurmerstraße Or.-Nr. 58; ebenso wird mit diesem Tage das magistratische Bezirksamt für den VI. Bezirk, welches bisher im Gemeindehause des VII. Bezirkes amtierte, in jenes des VI. Bezirkes, Amerlinggasse Or.-Nr. 11, verlegt. Gleichzeitig bezieht das magistratische Bezirksamt für den XIV. Bezirk, welches bisher mit dem magistratischen Bezirksamte für den XV. Bezirk in gemeinschaftlichen Amtslocalitäten im Hause Or.-Nr. 1 und 3 Friedrichsplatz im XV. Bezirke untergebracht war, gesonderte Amtsräume im selben Gebäude, jedoch mit dem Eingange von der Braugasse Nr. 5 und 7, beziehungsweise von der Gasgasse Or.-Nr. 8 und 10.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 11. bis 17. Juni 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	179.153	Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 152.276; aus Ober-Österreich — 1027; aus Mähren — 7370; aus Böhmen — —; aus Galizien — 16.309; aus Ungarn — 2125; aus der Bukowina — 46; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	32.987	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 3843; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 117; aus Galizien — 28.987; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 40 Kg.)
Schaffleisch . .	132	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 7; aus Mähren — —; aus Galizien — 113; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 12 Kg.)
Schweinfleisch .	21.811	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 15.668; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — —; aus Mähren — 452; aus Galizien — 2680; aus Ungarn — 3011; aus der Bukowina — — Kg.)
Kälber	1685	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 534; aus Ober-Österreich — ; aus Mähren — 73; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1076; aus Ungarn — 2; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — St.)
Schafe	97	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 94; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 3; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — — St.
Schweine . . .	158	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 82; aus Mähren — 2; aus Galizien — 72; aus Ungarn — 2; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	2	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 2; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus Ungarn — — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . .	24.006	Kg.	Kälber	128	Stück
Kalbfleisch . .	826	„	Schafe	21	„
Schaffleisch . .	19	„	Schweine	2	„
Schweinfleisch .	721	„	Lämmer	—	„

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	30	bis	70	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	56	„	95	„	„	„
Kalbfleisch		„	20	„	70	„	„	„
extrem		„	—	„	—	„	„	„
Schaffleisch		„	36	„	42	„	„	„
Schweinfleisch		„	48	„	72	„	„	„
Kälber		„	28	„	54	„	„	„
Schafe		„	36	„	43	„	„	„
Schweine		„	42	„	46	„	„	„

Obgleich die Zufuhr an Fleischwaren etwas geringer war als in der Vorwoche, konnten sich die vorwöchentlichen Rind- und Schaffleischpreise nur knapp behaupten, während die Preise des Kalbfleisches und der Kälber, besonders minderer Qualitäten, um 5 bis 10 kr., dann des Schweinfleisches und der Schweine um 2 bis 6 kr. per Kilo zurückgiengen.

* * *

(Pferdemarkt vom 16. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 543 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—460 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 16—86 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 11. bis 17. Juni 1893:
(Geschlachtet wurden 102 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch		1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten . .	vom Pferde	1 „	24—44 „
Selchfleisch		1 „	28—50 „
Extrawürste		1 „	20—48 „
Dürre Würste		1 „	36—56 „
Rohes Fett		1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett		1 „	40—80 „
Schweifhaare		1 Schweif	fl. 25—1·40.
Knochen		100 Kg.	fl. 1·80—4.—
Häute		per St.	„ 4—6·50.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 19. Juni 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh: — 3553, Beinlvieh: — 466.

Summa . 4019.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1040	
Galizische „ . . .	1723	
Deutsche „ . . .	1234	
Büffel „ . . .	22	

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3214
Stiere	475
Kühe	348

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere . .	von	52	bis	62	fl.		
(extrem	„	—	„	—	„)		
Galiz. Schlachtthiere . .	„	52	„	63	„		
(extrem	„	—	„	—	„)		
Deutsche Schlachtthiere .	„	52	„	64	„		
(extrem	„	—	„	—	„)		
Weidevieh	„	—	„	—	„		
Stiere	„	—	„	—	„		
Kühe	„	—	„	—	„		
Büffel	„	—	„	—	„		
Beinlvieh	„	—	„	—	„		

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen . .	von	22	bis	32 fl.
Stiere . .	„	22	„	33 „
Kühe . . .	„	21	„	31 „
Büffel . .	„	18	„	28 „
Beinlvieh .	„	—	„	— „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 47½ bis 105 fl.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 108 Stück
Beinlvieh . . . . 10 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 414 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust verflaute im Verlaufe des Marktes und mussten bei manchen Partien Preisermäßigungen von ½ bis 1 fl. per 100 Kilo gewährt werden.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 17. Juni 1893.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 100 Kg.)	. . .	von	8 fl.	40 kr.	bis	9 fl.	35 kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 100 „)	. . .	„	7 „	10 „	„	7 „	50 „	
Gerste		. . . . .	„	5 „	25 „	„	8 „	75 „	
Mais		. . . . .	„	5 „	60 „	„	5 „	90 „	
Hafer		. . . . .	„	7 „	20 „	„	8 „	— „	

b) Mahlproducte.

Gries	. . . . .	von	14 fl.	45 kr.	bis	16 fl.	20 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	. . . . .	„	6 „	— „	„	16 „	20 „	
Roggenmehl	. . . . .	„	7 „	20 „	„	13 „	80 „	
Weizenkleie	. . . . .	„	4 „	50 „	„	4 „	70 „	
Roggenkleie	. . . . .	„	4 „	90 „	„	5 „	10 „	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 8. Juni bis 15. Juni 1893.

Waren eingelagert . . . . . 32.249 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 41.497 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 12.291 Meter-Centner.

Lagerstand vom 15. Juni 1893: 330.250 Meter-Centner, und zwar:

94.225	Meter-Centner	Weizen,	32.253	Meter-Centner	Roggen,
17.851	„	Gerste,	17.498	„	Hafer,
92.690	„	Mais,	2.826	„	Ölsaaten,
11.386	„	Mehl u. Kleie,	8.773	„	Wein,
2.186	„	Zucker,	6.719	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,039.020 fl. öst. Währ.

Steuerangelegenheiten.

(Eine eiserne Cassa bei Hof- und Gerichtsadvocaten — kein Pfandobject.) Die k. k. Finanz-Landes-Direction hat laut Erlasses vom 24. Mai 1893, Z. 22231, an ein magistratisches Bezirksamt in Wien dem Recurse eines Wiener Hof- und Gerichtsadvocaten, wegen Einbeziehung einer sogenannten „eisernen Cassa" in die bei demselben vorgenommene Pfändung infolge aushaftender Steuerrückstände, mit nachstehender Motivierung Folge gegeben: „Wenn auch die eiserne Cassa weder unmittelbar noch auch im allgemeinen zu jenen „zur Ausübung des Berufes (eines Advocaten) erforderlichen Gegenständen" gehört, welche (nach § 2, Z. 4, des Gesetzes vom 10. Juni 1887, R.-G.-Bl. Nr. 74) von der Execution auszunehmen sind, so lässt sich bei voller Würdigung aller dem advocatorischen Berufe innewohnenden Rechte und Pflichten und der diesem nach gesetzlich statuierten Haftungspflicht des Advocaten seinem Clienten gegenüber nicht leugnen, dass der Advocat, um Urkunden, Bargeld, die Werteffecten, die er nach der Advocatenordnung für seine Clienten in Empfang zu nehmen nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet ist, oder um Acten, die ihres Inhaltes wegen nicht frei herumliegen sollen, sicher aufbewahren zu können, schon wegen der seinen Mandanten gewährleisteten erhöhten Sicherheit willen einer eisernen Cassa thatsächlich bedarf und dieserwegen auch die eiserne Cassa als zur beruflichen Ausübung gehörig anzusehen und von der Execution auszunehmen ist."

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate Mai 1893 betrug die Zahl der vom

Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen . . .	382
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen	50
Durchschüblinge	191
Gesammtzahl .	623

Gewerbeangelegenheiten.

(Genossenschaft der Kamm-, Fächermacher und Beinschneider.) Bei der am 18. Juni 1893 unter Intervention des Magistrats-Concipisten Dr. Friedrich Riba in der Gehilfen-Versammlung der Genossenschaft der Kamm-, Fächermacher und Beinschneider vorgenommenen Wahl wurde Herr Ferdinand Riedl zum Obmann gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 15. Juni bis 19. Juni 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2201, Wallensteinstraße, Baustelle II, von Josef Kauer, Bauführer ? (4218).
„ „ Haus, Ecke der Brigittenauerlände, Baustelle III, von Josef Kauer, Bauführer ? (4219).
VI. Bezirk: Haus, Mariahilferstraße 7, von Arnold Lotz, Bauführer J. Matasek (4271).
X. Bezirk: Sempergasse 11, von Johann Zich, Bauführer Kellner (19421).
XII. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Unter-Meidling, Einl.-Z. 1190, Parc. 271/18 und 281/6, Ecke der Rudolfs- und Neuwallgasse, von Karl Friedrich Kruch, Bauführer Josef Hartl (16781).
„ „ Ein Stock hohes Wohnhaus, Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße, von Gustav und Emilie Woß, Bauführer Josef Hofbauer (17058).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Sturzgasse, Ecke der Märzstraße, Consc.-Nr. und Einl.-Z. 1280, von Heinrich Stagl noe. Raimund-Theaterverein, Bauführer Franz Roth, Stadtbaumeister (13650).
XVII. Bezirk: Hernals, Helblinggasse 9, von Johann Twaroch, Bauführer Thomas Hofer, Baumeister (20246).
„ „ Dreistöckiges Wohnhaus, Hernals, Steinergasse 11, von Julius Weinberger, Bauführer Josef Haupt, Baumeister (20387).

XVII. Bezirk: Ebenerdiges Wohnhaus, Dornbach, Parc. 1153/1, E.-Z. 798, von Madgalena Böck, Bauführer Johann Adler, Civil-Ingenieur (20431).

Für Umbauten:

X. Bezirk: Laxenburgerstraße (Theerfabrik), von Johann Bosch, Bauführer ?

XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 147, Consc.-Nr. 16, Einl.-Z. 11, Parc.-Nr. 174, von Franz Bäder, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (8733).

„ „ Simmering, Dorfgasse, Or.-Nr. 94, Consc.-Nr. 20, Grundb.-Einl.-Z. 15, von Anton Hartmann, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (8785).

Für Zubauten:

IV. Bezirk: Hoftract, Phorusplatz 7, von Moriz Hacker, Bauführer C. Stöger (4276).

„ „ Seitentract, Wallgasse 16, von Leopold Landeis, Bauführer C. Stöger (4275).

XVI. Bezirk: Ottakring, Waldstraße (Sternwarte), von Moriz Edl. v. Kuffner, Bauführer Antonin Zagórski (25762).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Augustinerstraße 8, von Heinrich Glaser, Stadtbaumeister (4220).

„ „ Sonnenfelsgasse 2, von Johann Nowak, Maurermeister (4235).

„ „ Minoritenplatz 4, von Johann Nowak, Maurermeister (4241).

„ „ Johannesgasse 16, von Ferd. Dehm und F. Olbricht, Stadtbaumeister (4256).

II. Bezirk: Haidgasse 15, von Em. Lehnert, Bauführer Luckeneder und Miserowski (4269).

IX. Bezirk: Schlickgasse 6, von Dr. Adolf Kaufler, Bauführer J. Bauer (4267).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Grundsteingasse 27, von Johann Bauer, Bauführer Franz Bock (25756).

„ „ Ottakring, Bachgasse 17, von Josefa Meisinger, Bauführer Karl Lang (25757).

XVII. Bezirk: Hernals, Leitermayergasse 1, von Johann Strauß, Bauführer Wenzel Gabauer, Maurermeister (20244).

„ „ Hernals, Stiftgasse 107, von Kuffners Erben, Bauführer Thomas Hofer, Baumeister (20269).

„ „ Dornbach, Curlandgasse 358, von Franz Hauser, Bauführer Civil-Ingenieur Johann Adler (20432).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Eishaus, Parc. 2482, nächst der Kagraner Reichsstraße, von Johann Riedl, Bauführer C. Haas (4236).

IX. Bezirk: Rauchfang, Sobieskygasse 28, von Berisch, Kris & Comp., Bauführer M. Köpf (4273).

X. Bezirk: Simmeringerstraße 171, von Abraham Rotter, Bauführer Laitl (19422).

„ „ Richardgasse 5, von Francisca Derka, Bauführer Scherer (19558).

XI. Bezirk: Eine Senkgrube, Simmering, VI., Landengasse, Consc.-Nr. 82, von Franz Wessely, Bauführer Ferdinand Kaindl, Baumeister (8810).

„ „ Gemauerte, wasserdichte Jauchesammelgrube, Simmering, Studengasse, Consc.-Nr. 266, von Thomas Neuhüttler, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (8871).

XII. Bezirk: Abortbau, Unter-Meidling, Schulgasse 19, von Michael Thaller, Bauführer Josef Hartl (16787).

XVI. Bezirk: Ottakring, Weißelgasse 47/49, von Katharina Lohr, Bauführer Karl Haas (25867).

Stockwerks-Aufsetzungen:

IV. Bezirk: Phorusplatz 7, von Moriz Hacker, Bauführer C. Stöger (4276).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Schinaglgasse 4, von Josef Gabler, Bauführer Josef Prokop (25868).

„ „ Ottakring, Wilhelminenstraße 57, von Josef und Genovefa Macek, Bauführer Georg Kowarik (25861).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Grundb.-Einl. 1985, Kaiser Josefstraße, von C. Hörandner (4261).

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 97, von Heinrich Lichtenstern (4247).

XVI. Bezirk: Ottakring, Odoakergasse, Grundb.-Einl. 674, von Eduard Türk und Josef Gebauer (4285).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Kaiser Josefstraße 42, von Brüder Afriel & Farchy (4248).

III. Bezirk: Jacquingasse 29, von Karl Fröschl (4255).

X. Bezirk: Einl.-Z. 2510, Cat.-Parc. 1434/33, Absberggasse, von Jakob Schya Straßberg (19303).

„ „ Sempergasse, Franz Josefgasse 17, von Johann Zich (19354).

XI. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Simmering, Lorystraße, Einl.-Z. 1491, Acker-Parc. 675/12 und 670/27, von Rudolf und Barbara Lang (8809).

XII. Bezirk: Baulinie und Niveau, Bekanntgabe auf Parcelle 223/1 und 224/1 für XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße, von Gustav und Emilie Wöß (17057).

XIII. Bezirk: Unter-St. Veit, Grundb.-Einl. 160, 162, 205, von der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankverein (4227).

XVII. Bezirk: Dornbach, Parc. 1153/1, Einl.-Z. 798, von Magdalena Böck (20433).

„ „ Dornbach, Parc. 933/5 und 933/6, Einl.-Z. 98, von Georg und Marie Amon (20527).

Gewerbeanmeldungen vom 14. Juni 1893.

Weismann Moriz, Weismann Ludwig — Getreide-Commissionshandel — II., Große Mohrengasse 3.

Brandt Erich — Vermittlung des Kaufes, Verkaufes, Tausches und der Belehnung von Realitäten — I., Operngasse 23.

Baumgartner Marie — Vermittlung des Kaufes, Verkaufes und Pachtes von Realitäten sowie Vermittlung von Wohnungen und Hypothekardarlehen — I., Wallfischgasse 8.

Bellak Charlotte — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — I., Mariengasse 1.

Schierholz Karl, Dr. — Chemisch-mikroskopisches Privatinstitut für hygienische und technische Untersuchungen — III., Kegelgasse 2 a.

Beyßlyk Rosina — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 4.

Rauscher Hermann — Verkauf von metallischen Knöpfen — XVIII., Weinhaus, Herrengasse 38.

Toman Simon — Metalldruckergewerbe — V., Obere Amtshausg. 40.

Zemek Wenzel — Maurergewerbe — XIII., Speising, Feldgasse Consc.-Nr. 90, Or.-Nr. 6.

Haruštyak Anna — Feilbieten von Obst, Grünwaren und Blumen im Umherziehen — XVIII., Währing, Annagasse 46.

Markely Karl — Anstreicher und Wagenlackierergewerbe — V., Obere Amtshausgasse 47.

Lerch Karoline — Privat-Arbeitsschule — XIII., Penzing, Poststraße 47.

Stricker Gustav, Dr. — General-Präsentant der Accumulatorenfabriks-Actiengesellschaft — I., Bellariastraße 8.

Braune Anna — Unternehmung zur Reinigung von Wohnräumen und Geschäftslocalen — VI., Stumpergasse 40.

Nemetz Matthias — Einspänner — II., Praterstraße beim „Wällischen Bierhause".

Irleitner Josef — Fischhändler — XVI., Ottakring, Römergasse 74.

Gebhard Ludwig — General-Repräsentant der Accumulatorenfabriks-Actiengesellschaft in Berlin — I., Bellariastraße 8.

Zeißig Rudolf — Verschleiß von Toiletteartikeln und Parfumeriewaren — VI., Mariahilferstraße 53.

Exenberger Barbara — Verabreichung von Kaffee, Milch und Gebäck — II., in der Nähe des Holzer'schen Strombades.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. Juni 1893.

Wettendorf Moriz — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.

Bux Karl — Verschleiß von Bilderbüchern für Kinder — I., Rauhensteingasse 8.

Ritter Marie — Damenkleidermacherin — III., Hauptstraße 56.

Windhaber Johann — Fleischhauer — V., Einsiedlerplatz 10.

Rotter Julius — Gastwirt — II., Kleine Pfarrgasse 29.

Rosenstingl Josef — Gast- und Schankgewerbe — II., Engerthstr. 136.

Hebartner Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Mohsgasse 25.

Schaffenberger Euphrosyne — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstraße 35.

Schaffer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Spengergasse 5.

Sedlaczek Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Hirschengasse 3.

Wagner Karl Konrad — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 62.

Stifka Wilhelmine — Kaffeesiederin — V., Wimmergasse 36.

Hösler Albert — Mechaniker — VI., Mollardgasse 29.

Proschkowitz Michael — Verschleiß von Milch, Milchproducten und Gebäck — IX., Mosergasse 5.

Steiner Fanni — Ölfarbendruckbilder-Verschleiß — II., Taborstraße 6.

Muras Josef — Pretiosenhandel — X., Bürgerplatz 18.

Unterholzer Anna — Selchwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Zinkgasse 11.

Mokry Antonia — Wäscheputzerin — V., Wolfganggasse 40.

Steinfeld Marcus — Zahntechniker — II., Praterstraße 21.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. Juni 1893.

Engländer Johann — Bauunternehmer — III., Beatrixgasse 12.
Pollak Bernard — Buchbinder — VI., Gumpendorferstraße 78.
Kentner Siegmund — Commissionswarenhandel — II., Czerninplatz 7.
Ruda Bela, Blochmann Georg Justus, Seldenmaier Gustav Adolf — Handel mit Cognac und Weinen in handelsüblich verschlossenen Gebinden und Gefäßen mit Ausschluss jedes Ausschankes und Kleinverschleißes — VI., Gumpendorferstraße 8.
Kölbinger Emilie — Damenkleidermacherin — III., Kübeckgasse 6.
Schlesinger Johanna — Damenkleidermacherin — IX., Pramergasse 10.
Rabitzer Wilhelm — Dextrin-Erzeugung — XVIII., Währing, Antonigasse 29.
Goldschmied Anton — Friseur — XII., Unter-Meidling, Schulgasse 26.
Szofron Johann — Friseur — IV., Floragasse 6.
Maurer Anton — Gastwirt — VII., Neustiftgasse 113.
Hausdorf Barbara — Gastwirtsgewerbe — IX., Frankgasse 3.
Biza Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstr. 1.
Kaufmann Paula — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 18.
Obermayer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 112.
Schnitzer Klara — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 2.
Hamernik Karl — Graveur — VII., Westbahnstraße 37.
Fuchs Maria — Grünwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 98.
Spazirer Johann — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Freie Bürstenmacher-Zeitung" — VII., Richtergasse 7.
Kristian Ignaz — Hutmacher — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 20.
Windisch Katharina — Kaffeesiederin — I., Franzensring 18.
Muhič Josefa — Kaffeeschank — I., Landesgerichtsstraße 6.
Rada Francisca — Kaffeeschenkerin — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 95.
Gospodaritsch Marie — Kleinhandel mit Kohlen, Brennholz und Coaks — XIV., Rudolfsheim, Holochergasse 13.
Wopička Josef — Marktagent — III., Central-Viehmarkt (Ober-Laa, Himbergerstraße 169).
Ehmig Marie — Marktfierantie — XVI., Ottakring, Seitenberggasse 15.
Czullig Barbara — Naturblumenhandel — IX., Fürstengasse 1.
Frey Aloisia — Naturblumen-Verschleiß — III., Seidlgasse 39.
Billich Anna — Feilbieten von Obst, Blumen und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Hernals, Gerlgasse 26.
Langer Agnes — Feilbieten von Obst und Grünzeug im Umherziehen — II., Dresdnerstraße 113.
Sperling Leo — Verschleiß von Papier, Kurzwaren, Schreib- und Zeichnenrequisiten und Mercantil-Drucksorten — II., Obere Augartenstraße 24.
Feldmann Kathie — Pfaidlerwaren-Verschleiß — II., Rembrandtstr. 10.
Verein zur Erhaltung einer Mädchenarbeitsschule in Währing — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — XVIII., Währing, Ferstelgasse 5.
Fröhlich Fritz — Provisionsagentie — VI., Esterházygasse 20.
Hohenberger Rudolf — Rauchfangkehrer — XVI., Ottakring, Schulg. 29.
Markstein Abraham — Schuhmacher — III., Bechardgasse 9.
Schilberger Ignaz — Schuhmacher — VII., Seidengasse 37.
Mölzer Karl — Spängler — XVIII., Neugersthof, Alseggerstraße 23.
Tillmann Reinhold — Spengler — VII., Westbahnstraße 1.
Baumgarten Wilhelm — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Volkertplatz 12.
Hamler Karoline — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Darwingasse 17.
Hofhansel Ludwig — Tapezierer — I., Singerstraße 11.
Wolf Arnold — Handel mit Thee und Rum — XVII., Hernals, Sterngasse 13.
Slawik Johann — Tischler — XIII., Penzing, Kaisergasse 31.
Sosna Franz — Tischler — XIV., Sechshauser Hauptstraße 83.
Sykora Anton — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Karolinengasse 9.
Schafranek Johanna — Trödlergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 28.
Freudenreich Wilhelm — Hallentrödler — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 170.
Keller Theresia — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 80.
Hoppe Ignaz — Hallentrödlergewerbe (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 32.
Blaha Leopoldine — Vereinsagentie — X., Buchsbaumgasse 2.
Chrapa August — Victualienhandel — IV., Kärntnerthormarkt.
Simetzberger Marie — Victualien-Verschleiß — X., Herndlgasse 18.
Schwarz Franz — Marktvictualienhandel — III., Augustinermarkt.
Spitzer Amalie — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Wastl Johann — Wagner — II., Salzachstraße 37.
Goldstein Franz — Weißnäherei — XVII., Hernals, Grillparzergasse 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. Juni 1893.

Münzer Arthur — Export von Kunstblumen und Schmuckfedern — VI., Nelkengasse 2.
Kosak Johann — Fleischhauergewerbe — XVII., Hernals, Lessingg. 39.
Philip Anna — Fragnerin — X., Quellengasse 50.
Horna Jakob — Friseur — IX., Brünnlgasse 3.
Woborny Karl — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Fischergasse 3.
Ludwig Florian — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Bonygasse 18.
Müller Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Erlachgasse 19.
Ollinger Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 37.
Palle Josef — Kaffeesieder — VI., Getreidemarkt 11.
Ney Adolf — Milch-Verschleiß — VI., Dreihufeisengasse 3.
Haßmann Anna — Privat-Arbeitsschule — XIII., Lainz, Hauptstraße 33.
Stamminger Karl — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — V., Johannagasse 26.
Hohenauer Marie — Schuhmacher — IX., Liechtensteinstraße 81.
Kostek Stefan — Selchwaren-Verschleiß — II., Ennsgasse 20.
Fröhlich Martin — Stadtlohnwagenbesitzer — X., Columbusgasse 54.
Barašek Karl — Tischler — XII., Unter-Meidling, Wilhelmstraße 39.
Kozelsky Josef — Tichler — XVIII., Gersthof, Bastiengasse 49.
Mestanek Ferdinand — Tischler — V., Wimmergasse 15.
Sykorovsky Josef — Tischler — XII., Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 8.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 14. Juni 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Lechner wegen Fernbleibens 1279
2. Legat nach Herrn Josef Hüttl 1279
3. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Matzenauer, betreffend die Erstattung des Referates über die Vorarbeiten für den Bau einer zweiten selbständigen Hochquellenleitung 1279
Interpellationen:
4. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend seinen Antrag wegen Auflassung des Beitrages für die Überbrückung der Westbahn . . . 1279
5. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend die Vorsorge für geeignete Locale zum Schulunterrichte pro 1893/94 in Hernals 1279
6. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Überwachung der Auslaufbrunnen 1279
Anträge:
7. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend eine Reconstruction des Glockengerüstes der Hernalser Pfarrkirche 1280
8. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Neubenennung der Schmelzgasse im XIV. Bezirke mit dem Namen „Lehnergasse" . 1280
Referate:
9. Gem.-Rath Noske, betreffend Renovierungen und Herstellungen in dem Schulgebäude VII., Zieglergasse 21 1280
10. Derselbe, betreffend die Straßensäuberung im I. Bezirke (Fortsetzung) 1280
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 8. Juni 1893 1290
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 9. Juni 1893 1294
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 12. Juni 1893 (nachmittags) 1297
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 13. Juni 1893 1303
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 14. Juni 1893 1307
Allgemeine Nachrichten:
Verlegung magistratischer Bezirksämter 1310
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 11. bis 17. Juni 1893 1311
Pferdemarkt vom 16. Juni 1893 1311
Schlachtviehmarkt vom 19. Juni 1893 1311
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 17. Juni 1893 1312
Städtisches Lagerhaus 1312
Steuerangelegenheiten:
Eine eiserne Cassa bei Hof- und Gerichtsadvocaten — kein Pfandobject 1312
Öffentliche Sicherheit 1312
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaft der Kamm-, Fächermacher und Beinschneider 1312
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 15. bis 19. Juni 1893 1312
Gewerbeanmeldungen 1313
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 80058
Ref.-Nr. 1397 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung des Michaelerplatzes im I. Bezirke,** und zwar:

1. der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 30.358 fl. 59 kr.,

2. der **Pflasterung mit Guss-Asphalt** im veranschlagten Kostenbetrage von 2713 fl. 32, und

3. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Betrage von 3462 fl. 40 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 87381 ex 1893
Ref.-Nr. 1537. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Rosinagasse von der Schönbrunnerstraße bis zur Victoriagasse im XV. Bezirke,** und zwar:

1. der **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1430 fl. 90 kr. und 200 fl. Pauschale, und

2. der **Holzstöckelpflasterungs-Arbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 7601 fl. 66 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 14. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 1461
Ref.-Nr. 47 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Herstellung der Gasrohrleitung vom Gasmesser bis ins Innere des Gebäudes und der Lieferung der tarifmäßigen Beleuchtungs-Objecte für die Schule XV., Fünfhaus, Victoriagasse Nr. 2, im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 1486 fl. 7 kr.** wird auf Grund der vom Stadtbauamte vorgelegten allgemeinen und speciellen Bedingungen vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 26. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (Eingang von der Rathhausstraße, 7. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 3—3

*

Ad Prot.-Nr. 92327

Ref.-Nr. 1637 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der neuen Gasse zwischen Or.-Nr. 27 und 29 Fasangasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 950 fl. 2 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 23. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 40200

Ref.-Nr. 614 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den **Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Kirchengasse zwischen der Mariahilferstraße und Lindengasse im VII. Bezirk** im Kostenbetrage von 4469 fl. 55 kr. und 800 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 86158 ex 1893

Ref.-Nr. 1504. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Thalgasse im XV. Bezirke von der Blüthengasse bis zur Schönbrunnerstraße** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1274 fl. 5 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 30. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 2—3

Prot.-Nr. 81981
ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Traversenlieferung, der Zimmermanns-, Spengler-, Möbeltischler- und Bautischlerarbeiten, der Herstellung einer Holzcement-Dacheindeckung, der Lieferung von Schulbänken und Füllöfen und der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten für die Aufsetzung eines Stockwerkes und den Zubau in der Schule in Hetzendorf, XII. Bezirk,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 84640
Ref.-Nr. 3363 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von completen Water-Closets sammt den damit verbundenen Installations-Arbeiten für die Closet- und Pissoirbespülungs-Einrichtungen in vier Schulgebäuden in Wien** im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 12.073 fl. 15 kr. wird auf Grund der vom Stadtbauamte für die einzelnen Schulen verfassten Kostenanschläge, der allgemeinen Bedingnisse und der Vorschrift sammt den Preistarifen I und II vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 30. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (7. Stiege, II. Stock, Dep. X), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die Vorschrift sammt den Preistarifen I und II im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte können entweder auf die sämmtlichen, ein Object betreffenden Arbeiten und Lieferungen lauten, oder sie können auch als Generalofferte für die sämmtlichen Arbeiten und Lieferungen für alle vier Objecte eingebracht werden.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 15. Juni 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 67110
Ref.-Nr. 1143 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Neubergenstraße im XIV. Bezirke Rudolfsheim** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2262 fl. 23 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. Juni 1893. 2–3

**

Ad Prot.-Nr. 93734
Ref.-Nr. 1674 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Erneuerung des Holzstöckelpflasters der stromaufwärts gelegenen Fahrbahn der Ferdinandsbrücke über den Donaucanal im II. Bezirke** im Kostenbetrage von 1620 fl. 78 kr. und 70 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 3. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 86159
Ref.-Nr. 1505 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Zeltgasse im VIII. Bezirke,** und zwar:

1. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1795 fl. 37 kr. und 200 fl. Pauschale, und

2. der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 2294 fl. 63 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Juni 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 84635
Ref.-Nr. 1470 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Rottenhofgasse und am Bürgerplatze im X. Bezirk** im Kostenbetrage von 4094 fl. 60 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Mai 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 91685 ex 1893.

1241. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 15 Windmühlgasse, Or.-Nr. 9 Theobaldgasse, VI. Bezirk**, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **Dienstag den 27. Juni d. J. präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist ein Vadium von 200 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 92328

Ref.-Nr. 1638 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Karolinenbrücke über den Wienfluss im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 364 fl. 10 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4 Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die demselben beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 44240

Ref.-Nr. 685 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Michaelergasse zwischen der Goldschlag- und Märzstraße im XV. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2254 fl. 14 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 91614

Ref.-Nr. 1628 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Herrengasse im XVIII. Bezirke von Nr. 106 bis 74** im Kostenbetrage von 5946 fl. 29 kr. und 900 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 1–3

Ad Prot.-Nr. 92904 ex 1893.
Ref.-Nr. 1649. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales der Herrengasse im XVIII. Bezirke zwischen der Gürtelstraße und Kirchengasse** im Kostenbetrage von 8475 fl. 29 kr. und 900 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 1–3

Prot.-Nr. 78387
ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Baumeister-, Zimmermanns-, Spengler- und Bautischlerarbeiten, der Lieferung der Traversen, Regulier-Füllöfen und Schulbänke, der Möbeltischlerarbeiten und der Herstellung der Gasrohrleitung für die Erbauung eines zweiten Stockwerkes in der Schule XVIII., Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 26. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Juni 1893. 1–2

Prot.-Nr. 77838
ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen der Sicherstellung der **Verfassung und Ausführung eines Projectes für die Erneuerung der Central-Feuerluftheizung in den Zonen II und III der Mädchen-Volksschule im V. Bezirke, Hundsthurmerstraße Nr. 107, einschließlich der Herstellung einer elektrischen Thermometer-Correspondenz** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 3. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Berechnung des stündlichen Wärme-Erfordernisses und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath, beziehungsweise der Magistrat haben sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 1–3

Ad Prot.-Nr. 171697 ex 1893

Ref.-Nr. 2590. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung:

1. der Besorgung der Einsammlung und Abfuhr des **Haus- und Marktkehrichtes,** dann der häuslichen und gewerblichen Abfälle im I. Gemeindebezirke für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis inclusive 30. September 1893,

2. der Besorgung der zum Zwecke der Reinigung und Instandhaltung der Straßen, Gassen und Plätze im I. Gemeindebezirke erforderlichen **Fuhrwerksleistungen,** sowie für die Bestellung von 12 Paar **Reservepferden** für die städtische Feuerwehr für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis inclusive 30. September 1893,

3. der Besorgung der **Straßenbespritzung** im I. Gemeindebezirke für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis inclusive 15. October 1893 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Mittwoch den 21. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezüglichen Vorschriften, sowie den Plan über die Sectionseintheilung im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte für jede der obbezeichneten Leistungen sind in der Weise zu erstatten, dass von den Offerenten für jede Leistung besonders je eine der im Departement V des Wiener Magistrates (I., Rathhaus, 4. Stiege, Mezzanin) ersichtlichen **gedruckten Erklärungen in allen Theilen ausgefüllt** und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, vor dem anberaumten Termine versiegelt überreicht wird.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 15. Juni 1893. 1–1

Ad Statth.-Z. 35636 ex 1893. Z. 93596. V.

Kundmachung.

(Canalisierung des Gebietes Kaisermühlen.)

Der Wiener Magistrat hat das Project für die Canalisierung des Gebietes Kaisermühlen des II. Wiener Gemeindegebietes zur wasserrechtlichen Verhandlung vorgelegt.

Dieses Project umfasst nachbezeichnete Anlagen:

1. Herstellung eines Hauptsammelcanales durch die Schüttaustraße, Linnégasse und die Schiffmühlengasse, welcher in der Verlängerung der zwischen den Baugruppen v und u liegenden Straße (hinter der Appretur-Anstalt F. E. Edlinger) den Kaisermühlendamm (Inundationsdamm) unterfährt und in den Donaustrom einmündet.

2. Herstellung von Steinzeugrohrleitungen in den Nebenstraßen.

3. Einbauung einer Schleuse im Überschwemmungsdamme.

4. Herstellung einer Pumpenanlage, um bei geschlossener Schleuse das Canalwasser über den Überschwemmungsdamm in den Donaustrom pumpen zu können. — Endlich

5. Herstellung eines Nothauslasses in das alte Donaubett.

Die Verhandlung über dieses Ansuchen findet **am 27. Juni 1893** unter der Leitung des k. k. Bezirks-Commissärs von Luschin statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich am bezeichneten Tage **um 9 Uhr vormittags** an der Kreuzung der Schüttaustraße mit der Bellegardegasse.

Hievon geschieht gemäß § 79 des n.-ö. Wasserrechtsgesetzes vom 28. August 1870 (L.-G. und V.-Bl. Nr. 56) die Verlautbarung mit dem Beifügen, dass bei dieser Verhandlung die nicht schon früher geltend gemachten Einwendungen vorzubringen sind, widrigens die Betheiligten der beabsichtigten Unternehmung und der dazu nöthigen Abtretung oder Belastung von Grundeigenthum als zustimmend angesehen würden und auf spätere Einwendungen keine Rücksicht genommen werden würde.

Wien, am 10. Juni 1893. 2–3

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Z. 18067.

Edict.

Von dem magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk wird wegen Einbringung rückständiger Nachsteuer die Feilbietung der auf 95 fl. geschätzten beweglichen Sachen, bestehend aus circa 436 l Rothwein, in die Verlassenschaft nach August Müller gehörig, bewilligt.

Zur Vornahme dieser Feilbietung wird der **26. Juni d. J. für den I. Termin** und der **10. Juli d. J. für den II. Termin** mit dem Beisatze bestimmt, dass diese Gegenstände, wenn sie beim I. Termin nicht wenigstens um den Schätzungswert verkauft würden, beim II. Termine auch unter demselben hintangegeben werden.

Kauflustige wollen daher an dem bestimmten Tage um **10 Uhr vormittags im Hause Nr. 10, Wielandplatz im X. Bezirk,** erscheinen.

Magistratisches Bezirksamt für den X. Bezirk.

Wien, am 12. Juni 1893. 2–3

M.-Z. 43338
XII.

Kundmachung.

(Waisenhausvaterstelle.)

Wegen Besetzung der in Erledigung gekommenen Stelle des Waisenhausvaters für das II. städtische Waisenhaus für Knaben im V. Gemeindebezirke, mit welcher auch die Stelle des Verwalters des städtischen Asyls für verlassene Kinder verbunden ist, wird hiemit der **Concurs** ausgeschrieben.

Diese Stelle wird vorläufig nur auf ein Jahr provisorisch verliehen und kann der bestellte Waisenhausvater erst nach diesem Zeitraume um die definitive Anstellung einschreiten.

Mit derselben sind ein Jahresgehalt von 800 fl., dann vier bei der Pensionierung oder Quiescierung anrechenbare Quinquennien à 100 fl., eine Naturalwohnung im Anstaltsgebäude, der Bezug des für diese Wohnung erforderlichen Brenn- und Beleuchtungsmateriales und endlich die Verköstigung des Waisenhausvaters, seiner Gattin und seiner im Familienverbande lebenden Kinder nach den diesfalls bestehenden Normen, ferner für die Leitung des städtischen Asyls für verlassene Kinder eine in die Pension nicht einrechenbare Diensteszulage von jährlich 400 fl., in welcher auch die Remuneration für die Waisenhausmutter bezüglich der ihr erwachsenden Mehrleistung mit inbegriffen ist, verbunden.

Die sämmtlichen Obliegenheiten eines Waisenhausvaters des II. städtischen Waisenhauses und des Verwalters des städtischen Asyls sind in den bezüglichen Instructionen enthalten, welche während der Concursdauer im Waisendepartement des Wiener Magistrates eingesehen werden können.

Der Gattin des Waisenhausvaters obliegt ohne Anspruch auf eine Honorierung die Besorgung und Überwachung aller in einem geordneten Haushalte der Familienmutter obliegenden Geschäfte (und zwar insbesondere die Besorgung der Ausspeisung der in den beiden Anstalten befindlichen Personen und die Aufsicht über die Garderobe und Wäsche).

Bewerber um diese Stelle sollen nicht weniger als 35 Jahre alt und müssen österreichische Staatsbürger und verheiratet sein; Bewerber, die schon im Communaldienst stehen, dürfen das Alter von 50 Jahren, andere das Alter von 40 Jahren nicht überschritten haben.

Außerdem müssen die Bewerber die Lehrbefähigung für öffentliche Volksschulen nachweisen und der Musik, und zwar mindestens des Violinspieles, kundig und zum Unterrichte im Gesange für Kinder befähigt sein.

Der Wiener Magistrat behält sich vor, die Eignung der Bewerber für diese Stelle und den Besitz der geforderten musikalischen Kenntnisse durch eine Prüfung zu erhärten.

Die vorschriftsmäßig zu stempelnden Gesuche um diese Stelle sind mit den Taufscheinen und dem Trauungsscheine des Bewerbers und seiner Ehegattin, dem Heimatsdocumente und den Zeugnissen über die Lehrbefähigung, die bisherige Verwendung und die musikalischen Kenntnisse des Bewerbers und, falls die Gattin des Bewerbers bereits eine größere Hauswirtschaft geleitet oder hiebei mitgewirkt hat und hierüber ein Zeugnis beizubringen imstande ist, auch mit dem bezüglichen Zeugnisse zu belegen und längstens bis **30. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Juni 1893. 2—3

Statth.-Z. 30947
ex 1893.

Kundmachung.

(Stiftung für Bienenzüchter.)

Am 21. August 1893, als am Jahrestage der Geburt weiland Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzog Rudolf, wird aus den Interessen der **Anton Freiherr von Plappart-Leenher'schen Prämienstiftung** für Bienenzüchter aus dem Bauernstande Niederösterreichs ein Preis von 42 fl. ö. W. zur Betheilung kommen.

Auf diesen Preis hat derjenige Bienenzüchter Anspruch, welcher die zahlreichsten und bei gleicher Anzahl die volkreichsten Bienenstöcke überwintert und in das Frühjahr gebracht hat, insofern diese Stöcke ihm eigenthümlich gehören und von ihm selbst gepflegt worden sind.

Unter den Bewerbern um diesen Preis sind die Besitzer der mit Abtheilungen (Steigen) versehenen Bienenstöcke empfehlungswürdiger als die von ganzen Stöcken, obgleich Besitzer jeder Art von Stöcken zur Bewerbung um den Preis berechtigt sind.

Die mit dem Zeugnisse des Bezirksvorstehers und zweier von diesem gewählten Zeugen über die Zahl der überwinterten Bienenstöcke überhaupt und den Volkreichthum derselben insbesondere, sowie über das Eigenthum und die Selbstpflege der Stöcke belegten schriftlichen Gesuche und die Zuerkennung dieses Preises sind **bis längstens 15. Juli 1893** bei dem zuständigen magistratischen Bezirksamte zu überreichen. Die Zuerkennung des Preises erfolgt durch die k. k. n.-ö. Statthalterei.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 13. Mai 1893. 2—3

M.-Z. 83331
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, **dass am 10. October 1893 die Interessen der Heinrich Freiherr von Haymerle'schen Stiftung im Betrage von 158 fl. an drei hilfsbedürftige Witwen, mit einem oder mehreren unmündigen Kindern, zur Vertheilung gelangen.**

Auf diese Stiftung haben nur solche Witwen Anspruch, deren Gatten im Laufe der mit dem 10. October 1892 beginnenden Jahresperiode verstorben sind.

Bewerberinnen um eine Betheiligung auf diese Stiftung haben den Gesuchen ihren Tauf-, Trauungs- und Heimatschein, den Todtenschein des Gatten, die Taufscheine der Kinder, sowie ein legales Zeugnis über ihre Dürftigkeit beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 31. Juli 1893 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Mai 1893. 3—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 50. Freitag, den 23. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Dienstag, den 27. Juni 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **20. Juni 1893** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Gem.-Räthe Siegert und v. Stummer entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath v. Götz hat um einen Urlaub bis 20. Juli, Herr Gem.-Rath Zweig um einen Urlaub von vier Wochen, Herr Gem.-Rath Bachofen von Echt um einen solchen von fünf Wochen angesucht. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Einverstanden.

3. Se. k. u. k. apost. Majestät haben die Beileidskundgebung des Gemeinderathes und der Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anlässlich des Hinscheidens Sr. königl. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Herzogs Max Emanuel in Baiern mit dem Ausdrucke des wärmsten Dankes huldvollst entgegenzunehmen geruht.

Wird zur Kenntnis genommen.

4. Der Ausschuss des Asylvereines der Wiener Universität dankt für die Subvention per 340 fl. für das Jahr 1893.

Wird zur Kenntnis genommen.

Ich habe die Ehre, Interpellationen zu beantworten.

5. Zunächst die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Fertigstellung des Schulbaues in der Schmerlinggasse im XVII. Bezirk. Hierüber habe ich Folgendes mitzutheilen: Beim Bau des Schulhauses XVII. Bezirk, Schmerlinggasse, ist derzeit die Herstellung des zweiten Stockwerkes in Ausführung. Bei günstigen Witterungsverhältnissen und wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, dürfte das neue Schulgebäude bis zu dem vorgeschriebenen Termin, das ist bis 16. October 1893, baulich vollendet sein. Ob es zu der Zeit auch für Schulzwecke benützbar sein wird, lässt sich von dem heute noch unvollendeten Bauwerke nicht sagen, da dies von den Witterungsverhältnissen und der damit im Zusammenhange stehenden Austrocknung abhängen wird, wobei bemerkt wird, dass die endliche Beurtheilung dieser Frage in die Competenz des Stadtphysikates gehört.

Was die entsprechende Unterbringung der Schüler für den Fall der nicht rechtzeitigen Vollendung dieses Schulbaues betrifft, so fällt die diesbezügliche Verfügung nicht in die Competenz des Magistrates, sondern in jene des Bezirksschulrathes, welch letzterer vom Stande der vorliegenden Angelegenheit genau informiert ist.

Seitens des Magistrates wird übrigens alles angewendet werden, um den Bau rechtzeitig zu vollenden.

6. In Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend die Gebür für die Überbrückung der Westbahn, habe ich die Ehre, mitzutheilen, dass die städtische Buchhaltung aufgefordert wurde, die Summe der bereits eingehobenen Gebüren zu berechnen, dass dieser Act urgiert worden ist und dass ich hoffe, dass in der nächsten Zeit darüber wird Bericht erstattet werden.

7. In Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend die Auslaufbrunnen im XIV. Bezirke, habe ich nach den Erhebungen die Ehre, mitzutheilen, dass der eine oder der andere Auslaufbrunnen in der Schellingergasse im XIV. Bezirke zeitweise einen schwächeren Ausfluss hat, die

Ursache dürfte darin liegen, dass anlässlich der in der Ausführung begriffenen Rohrlegungen infolge der hiedurch nothwendigen Absperrung und Wiedereröffnung des Zuflusses eine theilweise Verlegung in der Rohrleitung eingetreten ist.

Es wurde veranlasst, dass das Hindernis beseitigt wird.

Ich bitte, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann verliest nachfolgende Einläufe:

8. Interpellation des Gem.-Rathes Lang:

Laut Journalmeldungen hat der Bezirksausschuss der Inneren Stadt den einstimmigen Beschluss gefasst, dem Stadtrathe das Bedauern des Bezirksausschusses darüber auszudrücken, dass dieser in Angelegenheit der Übernahme der Straßensäuberung im I. Bezirke in die städtische Regie um seine Meinung gar nicht gefragt wurde.

Die Anschauung des Bezirksausschusses in einer so wichtigen, die Interessen des Bezirkes berührenden Frage gehört zu werden, ist vollkommen berechtigt.

Der Gefertigte erlaubt sich daher, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Aus welchen Gründen wurde das Gutachten des Bezirksausschusses des I. Bezirkes in Angelegenheit der Übernahme der Straßensäuberung dieses Bezirkes in die städtische Regie nicht eingeholt?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Es ist, als in Aussicht war, dass der Vertrag mit der Transport-Gesellschaft zu Ende gehe, eine Offertverhandlung ausgeschrieben und über diese ist im Stadtrathe berichtet worden. Es war daher ein Anlass, den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes zu vernehmen, gar nicht vorhanden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger:

Am 16. Juni d. J. habe ich ein Schreiben folgenden Inhaltes bekommen:

„Seit der Einverleibung der Vororte ist auch der Lainzer Friedhof in die Verwaltung der Gemeinde Wien übergegangen. Seit dieser Zeit kümmert sich aber niemand, wie es dort aussieht. Früher hat der Bürgermeister jeden Monat nachsehen lassen, ob alles in Ordnung ist. Dies geschieht jetzt nicht mehr. Heute ist das ganze Holzgitter schlecht, so dass jeder aus und ein kann. Auch ist nie jemand oben, wenn nicht zufällig eine Leiche ist u. s. w."

Ich erlaube mir nun die Frage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, hierüber Erhebungen zu pflegen und wegen Abstellung der Übelstände das Nöthige zu veranlassen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, diese Interpellation sofort zu beantworten, da die Erhebungen bereits gepflogen wurden.

Dieselben haben ergeben, dass der ältere Theil des Lainzer Friedhofes mit einer vollen Mauer, der erweiterte Theil desselben jedoch nur mit einem hölzernen Gitter eingefriedet ist.

Dieses Holzgitter wurde an der östlichen Seite des Friedhofes in einer Strecke von 3 bis 4 m von böswilliger Hand beschädigt, abgerissen und ist derzeit bloß lose angelehnt.

Solche Beschädigungen sind bei der isolierten Lage dieses Friedhofes leicht möglich.

Die sofortige Reparatur sowie die vollständige Instandsetzung dieses Gitters wurde telegraphisch veranlasst.

Von Zeit zu Zeit werden auf allen Friedhöfen der einbezogenen Vorortegemeinden Erhebungen gepflogen und Commissionen abgehalten.

Gelegentlich einer solchen Erhebung wurde schon einmal eine Beschädigung des Gitters beim Lainzer Friedhofe wahrgenommen und die Reparatur sofort veranlasst.

Die im Jahre 1892 angeregte Herstellung einer eigenen Todtengräber-Wohnung in diesem Friedhofe ist mit Rücksicht auf die bedeutenden Kosten (4541 fl. 92 kr.) und die in kurzer Zeit zu gewärtigende Erschöpfung des Belegraumes und voraussichtliche Schließung dieses Friedhofes unterblieben.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneiß:

Am 3. Juli 1891 habe ich den Antrag eingebracht, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen: Es sei an die hohe Regierung und auch an den hohen Landtag und das hohe Abgeordnetenhaus eine Petition zu richten, dass in Wien eine Hauszinsclassensteuer eingeführt werde.

Nachdem dieser Antrag bis heute noch nicht zur geschäftsmäßigen Behandlung kam und jetzt auch der Verein der Hausbesitzer dasselbe in Anregung bringt, so erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wann wird dieser mein Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneiß:

Ich habe am 17. Juli 1891 den Antrag eingebracht, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass mit dem hohen k. u. k. Militärärar Verhandlungen eingeleitet werden sollen wegen einer Verkehrsstraße über das Schmelzer Exercierfeld zur Verbindung der Bezirke XIV, XV und XVI.

Nachdem nun auch die beiden Bezirksvertretungen des XV. und XVI. Bezirkes dieselbe Angelegenheit in Anregung brachten, so stelle ich an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wann wird mein Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

12. Anfrage des Gem.-Rathes Edlhofer:

In der Sitzung vom 28. November 1892 habe ich einen Antrag auf Erbauung eines neuen zweckentsprechenden Amtshauses im XVI. Bezirke und Verwendung des bestehenden Amtshauses in der Abelegasse zu einer Volksschule gestellt.

Nachdem sich die Zweckmäßigkeit dieses meines Antrages bei einer heute abgehaltenen Commission wegen Erbauung einer Volksschule sowohl in finanzieller Hinsicht, als auch rücksichtlich der Schulverhältnisse als äußerst günstig erwiesen und von den Commissionsmitgliedern beifällig anerkannt wurde, ich aber von dem Schicksale meines ersterwähnten Antrages noch vollständig im unklaren bin, erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende dringende Anfrage zu richten:

1. Ist dieser Antrag vom Stadtrathe in Berathung gezogen worden?

2. Wenn ja, wann gedenkt der Herr Bürgermeister diesen heute sehr dringlichen Antrag auf die Tagesordnung des Gemeinderathes zu setzen?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

13. Antrag I des Gem.-Rathes Eigner:

Niemand, der die einschlägigen Verhältnisse kennen gelernt hat, wird leugnen, dass die Straßenpflege, wie sie gegenwärtig in sämmtlichen Bezirken Wiens, namentlich in den neueinverleibten Vororten geübt wird, eine gänzlich veraltete und unrationelle ist, dass namentlich die Straßenreinigung fast alles zu wünschen übrig lässt und zu fortgesetzten Klagen Anlass gibt.

Bei alldem verschlingt die Straßenpflege bei uns in Wien alljährlich ungeheuere Summen. Mit diesem System muss ein- für allemal gründlich aufgeräumt werden, wenn die Haupt- und Residenzstadt in dieser Beziehung nicht sogar von den Provinz-Hauptstädten überflügelt werden soll.

Dass mit verhältnismäßig geringen Mitteln bei rationeller Behandlung der Sache noch ungemein viel geleistet werden kann, zeigt uns die verdienstvolle Arbeit des Oberinspectors Stritzl. Dieser Mann, dessen schöpferische Kraft sich in allen seinen Vorschlägen in so eminenter Weise äußert, dessen kolossaler Fleiß allein schon unsere Verwunderung erregt, scheint berufen, die gegenwärtige Systemlosigkeit in der Straßenpflege zu beseitigen und an deren Stelle das erreichbar Vollkommene zu setzen.

Es ist dies ein Wunsch, eine Hoffnung, die gewiss von der überwiegendsten Mehrheit aller Einsichtigen getheilt wird und uns bestimmen soll, im Interesse unserer schönen Kaiserstadt einen entscheidenden Schritt zu thun.

Diesen Schritt erblicke ich in der vollständigen Trennung der currenten Straßenpflege von dem Bauamte einerseits und den Bezirksvertretungen andererseits, in der Schaffung eines neuen Organes in der Gemeindeverwal-

tung, welchem es in Zukunft obliegen soll, die Straßenpflege in ganz Wien einheitlich durchzuführen und an dessen Spitze selbstverständlich der verdienstvolle Oberinspector Stritzl gestellt werden müsste.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sei der Feuerwehr-Oberinspector Stritzl einzuladen, innerhalb der kürzesten Frist ein vollständiges, detailliertes und mit den erforderlichen Kostenaufstellungen instruiertes Programm über die Trennung der Straßenpflege von dem Bauamte und den Bezirksvorständen auszuarbeiten und dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen. Die städtischen Ämter wären anzuweisen, ihn diesfalls in jeder Richtung zu unterstützen und ihm die erforderlichen Daten an die Hand zu geben.

Antrag II des **Gem.-Rathes Eigner:**

Im Falle der vorliegende Antrag nicht angenommen werden sollte, erlaube ich mir, folgenden Zusatz-Antrag zu stellen:

Es ist in kürzester Zeit ein vollständiges detailliertes und mit den erforderlichen Kostenaufstellungen instruiertes Programm über die Trennung der Straßenpflege von dem Bauamte und den Bezirksvorständen auszuarbeiten und dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die städtischen Ämter sind anzuweisen, diese Sache in jeder Richtung zu unterstützen und haben die erforderlichen Daten zu liefern.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Ahl** und Genossen:

Auf jeden Staatsbürger, welcher es mit dem Streben nach politischer Freiheit wahrhaft ernst meint, musste es geradezu erhebend wirken, als er die Berichte über die letzten Wahlen in dem benachbarten Deutschen Reiche las.

Wir sehen da, dass in des Wortes vollster Bedeutung vom Palast bis zur Hütte herab jeder Bürger, getragen von seiner inneren politischen Überzeugung, zur Wahlurne schritt.

Dem entgegen sehen wir in Österreich, dass nur eine kleine, durch veraltete politische Privilegien bevorzugte Classe von Bürgern von einem Wahlrechte in die Vertretungskörper Gebrauch zu machen in der Lage ist.

Da es in erster Linie der Hauptstadt unseres Reiches zusteht, ihr Möglichstes beizutragen, um diesem dem Begriffe von wahrer politischer Freiheit durchaus nicht entsprechenden Zustande ein Ende zu bereiten, stelle ich unter Berufung auf § 52, Alinea r, des Gemeindestatutes den Antrag:

Der Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle eine Petition an die hohe Regierung dahin gehend richten, „dass ehebaldigst das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht in allen Vertretungskörpern des Staates, des Landes und der Gemeinde für alle Staatsbürger, welche die bürgerliche Eigenberechtigung besitzen, gesetzlich festgestellt werde."

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Edlhofer:**

In der Sitzung vom 28. November 1892 habe ich einen Antrag auf Erbauung eines neuen zweckentsprechenden Amtshauses im XVI. Bezirke gestellt.

Nachdem nun glaubwürdigen Nachrichten zufolge der auf dem Götheplatz projectierte Theaterbau nicht zustande kommen soll, der Termin aber mit Ende December dieses Jahres abläuft, so erlaube ich mir zu meinem obgenannten Antrag folgenden Zusatz-Antrag zu stellen:

Der löbl. Gemeinderath beschließe, zum Baue des neuen Amtshauses im XVI. Bezirke den Götheplatz in Aussicht zu nehmen und einen entsprechenden Betrag als erste Baurate hiefür ins diesjährige Budget einzustellen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

16. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner** und Genossen:

Bei dem Umstande, als vor der Vereinigung mit Wien in den heutigen an der Peripherie mit ländlichem Charakter gelegenen ehemaligen Gemeinden gegenüber der Stadt Wien ganz entgegengesetzte Bedürfnisse und Verhältnisse bestanden, wurden die Bewohner, wie Realitäten- und Grundbesitzer infolge der so rasch durchgeführten Einverleibung, sowie die dadurch mit sich geführte Gleichstellung der ländlichen mit den städtischen Eigenschaften, sowie durch die gleichmäßige Behandlung der Bauordnung, wie Handhabung der sanitäts- und polizeilichen Vorschriften um so härter betroffen, als sie allerdings die gleichen Pflichten, aber nicht die gleichen großstädtischen Einrichtungen mit dem Centrum genießen.

Weiters steht aber auch das Einkommen, vermöge des geringen Geschäftsumfanges und Verkehres, zu den erhöhten Existenzbedürfnissen und Steuern in gar keinem Vergleiche mit dem der inneren Bezirkstheile.

Weiters müssen die ferngelegenen Bezirkstheile noch dazu sehr viele Vortheile der inneren Stadt, darunter den eines geregelten und sicheren Verkehres mittels Tramway, entbehren und leider sehr empfinden, wodurch sie die Isolierung noch härter trifft.

Speciell die Bewohnerschaft, welche sich auf den Ertrag des Grund und Bodens angewiesen sieht, ist durch die Einverleibung am härtesten mitgenommen, indem dieselbe ihre Erzeugnisse und Producte nicht so zu verwerten imstande ist, wie die außerhalb der Verzehrungssteuergrenze liegenden, mit weniger Steuern belasteten Landwirte, welchen auch bedeutend billigere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wodurch die Producenten innerhalb der Linie am Wiener Markte nicht concurrenzfähig sind.

Das Resultat dieser Zustände ist, dass die in den entlegenen Bezirkstheilen wohnenden Haus- und Grundbesitzer, sowie Geschäftsleute wirtschaftlich immer tiefer herabsinken und zu den ohnehin sehr hohen Grundbuchslasten neue aufzunehmen gezwungen sind, und so ihr Ende als Besitzende in sehr nahe Zeit gerückt ist, sollten nicht ausgiebige Erleichterungen und Begünstigungen baldigst eintreten.

Es ist daher Pflicht derjenigen, welche die Vororte gegen ihren Willen in solch arge, auf die Dauer unerträgliche Zustände gebracht haben, für dieselben auf alle nur mögliche Weise Erleichterung zu schaffen, um ihnen das Übergangsstadium erträglicher zu machen.

Nachdem sich schon heute die Folgen unter dem Drucke der Bauordnung und deren Auslegung durch den Stadtrath auf die Bauthätigkeit bemerkbar machen, erlauben sich die Gefertigten zufolge obgeschilderten Verhältnissen folgenden Antrag zu stellen:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. Die in der Bauordnung vorgesehenen Bauerleichterungen §§ 82 bis 90 sind auf die an der Grenze gelegenen Bezirkstheile in Anwendung zu bringen, wozu auf Grund des § 83 dem Gemeinderathe das Recht, zu beschließen, in der Dauer bis zu zehn Jahren eingeräumt ist.

2. Der Magistrat wird beauftragt, einen Entwurf, betreffend die Herabsetzung der Gebüren für Baulinienbestimmungen und Bekanntgabe der Bau- und Benützungs-Consenstaxen, sowie Verminderung der Canaleinmündungs-Gebüren ehestens vorzulegen, und zwar für kleinere Bauobjecte.

3. Die Bestimmung wegen Einleitung des wasserrechtlichen Verfahrens bei angesuchten Wasserläufen zur Ableitung der Spül- und Niederschlagswässer in die bestehenden offenen oder geschlossenen Bäche hat bei Wasserläufen bis zu 30/30 an Querschnitt zu entfallen.

17. Bürgermeister: Ich habe noch nachzutragen, dass Herr Gem.-Rath Rückauf um eine Verlängerung seines Urlaubes bis 14. Juli angesucht hat. Es wird wohl keine Einwendung dagegen erhoben? (Zustimmung.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Wie den Herren bekannt ist, hat im Laufe der Debatte, welche über den Antrag des Stadtrathes, betreffend die Straßensäuberung im I. Bezirke, stattgefunden hat, Herr Gem.-Rath Frauenberger den Antrag gestellt, dem Oberinspector Stritzl eine Dotation von 500 Ducaten zu gewähren. Über diesen Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger wurde nicht abgestimmt, und zwar deswegen, weil der damalige Vorsitzende der Anschauung war, dass dieser Antrag einer Vorberathung durch den Stadtrath unterzogen werden müsse. Es war mir damals nicht möglich, gegen diese Auffassung zu sprechen, weil Vice-Bürgermeister Dr. Grübl den Schluss der Sitzung ausgesprochen hat. Ich erlaube mir daher, heute an den Herrn Bürgermeister die Bitte zu richten, über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger die Abstimmung einzuleiten. Ich glaube, dass hier jeder Gemeinderath berechtigt war, einen solchen Antrag zu stellen, weil dieser Antrag sich als nichts anderes darstellt als ein Gegen- beziehungsweise

Erweiterungs-Antrag zum Antrage des Stadtrathes, mit welchem dem Herrn Stritzl die Anerkennung ausgesprochen werden soll. Der Herr Bürgermeister wird mir selbst zugeben, dass, wenn der Stadtrath zum Beispiel eine Subvention von 100 fl. beantragt, jeder Gemeinderath das Recht hat, eine Subvention von 200 fl., 300 fl. und noch mehr zu beantragen. Der Herr Bürgermeister wird mir weiter zugeben, dass, wenn der Stadtrath beantragt, eine Subvention nicht zu bewilligen, jeder Gemeinderath das Recht hat, wenn über diesen Antrag des Stadtrathes debattiert wird, zu beantragen, dass eine Subvention ertheilt wird, und auch das Recht hat, eine Subvention in einer bestimmten Höhe zu beantragen.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger stellt sich nicht als absolut selbständiger Antrag dar, der nach dem Statute der Vorberathung durch den Stadtrath unterzogen werden müsste, sondern als ein Zusatz- beziehungsweise Abänderungs-Antrag zu dem Antrage des Stadtrathes und muss daher zur Abstimmung gelangen. Ich würde daher den Herrn Bürgermeister bitten, im Interesse der Rechte des Gemeinderathes diesem meinem Begehren zu entsprechen.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf folgende Darstellung des Sachverhaltes zu geben.

Es handelt sich nicht bloß um den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger, sondern auch um den Antrag des Referenten. Der Antrag des Referenten, Punkt 3, geht dahin, es sei dem Oberinspector Stritzl die Anerkennung auszusprechen. Über diesen Antrag ist eine Beschlussfassung noch nicht erfolgt. Es ist daher diese Beschlussfassung nachzuholen, und ich habe mich daher veranlasst gesehen, diesen dritten Punkt des Referates des Herrn St.-R. Noske, also des Antrages des Stadtrathes, auf die Tagesordnung der heutigen vertraulichen Sitzung zu stellen, der vertraulichen Sitzung aus dem Grunde, weil in der Sitzung Mittheilungen zu machen sind, die in öffentlicher Sitzung nicht gemacht werden können. Hiemit, glaube ich, ist die Angelegenheit in entsprechendem Sinne erledigt.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Es ist zwar in den Zeitungen gestanden, dass wir wegen dieser Sache einen Scandal machen wollen; das ist aber durchaus nicht der Fall. Ich habe gar nichts dagegen, wenn vielleicht der Antrag gestellt wird, dass die Debatte über diesen Punkt neuerlich aufgenommen werde. Ich rufe dem Herrn Bürgermeister in Erinnerung, dass wir uns damals bereits in der Abstimmung befunden haben; nun geht es nach der Geschäftsordnung, dass unmittelbar vor der Abstimmung die Wiederaufnahme der Debatte beantragt wird. Wenn die Frage in dieser Weise gelöst wird, wenn auf diese Weise das Recht des Gemeinderathes anerkannt wird, so sehen wir ganz entschieden von weiteren Schritten ab, und ich würde daher bitten, in dieser Weise vorzugehen. Vielleicht ist ein Mitglied der Majorität geneigt, diesen Antrag zu stellen; ja bloß zur Wahrung der Rechte des Gemeinderathes würde sogar ich diesen Antrag stellen. Es dreht sich mir gar nicht um die Person, nicht um den Oberinspector Stritzl, sondern ausschließlich darum, dass der Gemeinderath berechtigt sein soll, Abänderungsanträge zu den Anträgen des Stadtrathes zu stellen. Ich erlaube mir demnach den Antrag zu stellen, die Debatte über diesen Punkt wieder aufzunehmen.

Bürgermeister: Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner in der Lage war, meinen Ausführungen genau zu folgen, sonst hätte er denselben Folgendes entnommen: Ich habe aus eigener Initiative den dritten Punkt des Stadtraths-Antrages als Antrag auf die Tagesordnung der vertraulichen Sitzung gestellt, d. h. der Referent wird am Referententische erscheinen und über diesen Antrag referieren, worüber die Debatte dem Gemeinderathe selbstverständlich freisteht, und dies aus dem Grunde, weil über diesen Punkt überhaupt nicht debattiert und noch weniger abgestimmt worden ist. Es ist daher meines Erachtens wohl allen Wünschen der Herren, dass diese Angelegenheit im Plenum in irgend einer Weise zur Beschlussfassung gelange, Rechnung getragen.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Josef Müller.

18. Referent Gem.-Rath Jos. Müller: Ich habe Bericht zu erstatten über den Antrag des Stadtrathes und den Beschlüssen desselben vom 9. und 12. Juni. Derselbe liegt den geehrten Herren in der Beilage zur Zahl 96 vor. Er behandelt den Entwurf der an die Actiengesellschaft vormals Krauß & Comp. zu ertheilenden Concession für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn. Die geehrten Herren wissen, dass ein Antrag hier im Plenum seitens des Gem.-Rathes Steiner eingebracht wurde, dahin gehend, der Gemeinderath möge gegen die geplante Concession der Stadtbahnlinie an eine Privatgesellschaft an Allerhöchster Stelle die nöthigen Schritte unternehmen. Es hat darüber der Stadtrath eingehende Berathungen gepflogen, und es hat sich ergeben, dass bei Festhaltung des Principes, dass falls diese Bahnen, welche im Programme unter A II, lit. d, e, f, dann B III, lit. i, k, vorgesehen sind, zur Durchführung gelangen sollen, und zwar innerhalb der dort vorgesehenen Frist, zur Übernahme und zum Betriebe nur zwei Eventualitäten möglich sind, und zwar:

1. dass diese Bahnen auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen ausgeführt werden, und

2. dass diese Bahnen an eine leistungsfähige Privatgesellschaft zu übertragen wären.

Diesbezüglich ist auch bereits im Programme unter Artikel VIII darauf hingewiesen. Im Artikel VIII heißt es (liest): Die im Punkt II, lit. d, e, f, und Punkt III, lit. i, k, bezeichneten Linien der Wiener Stadtbahn sollen für Rechnung der Commission hergestellt werden, wenn es nicht als zweckmäßig erkannt werden sollte, die Ausführung derselben im Wege der Concessionsertheilung an eine geeignete leistungsfähige Privatgesellschaft sicherzustellen.

Es wäre wohl meiner Ansicht nach das Richtige gewesen, wenn die Commission für Verkehrsanlagen auch diesen Bau der Localbahnlinien übernommen hätte, respective wenn dieselben auf Rechnung der Commission durchgeführt worden wären. Dem entgegen steht aber der Beschluss der Commission für Verkehrsanlagen vom 3. Juni d. J., in welcher Sitzung beschlossen worden ist, dass die Commission für Verkehrsanlagen die Linien nicht für eigene Rechnung ausführe. Es ist vielmehr der Beschluss gefasst worden, unter Zugrundelegung des den geehrten Herren vorliegenden Entwurfes der Concessionsurkunde, dass diese Linien an eine Privatgesellschaft, und zwar an die Firma vormals Krauß & Comp. zu übergeben wären, und dass diese Concessionsurkunde an das Handelsministerium zur Concessionsertheilung an diese Firma geleitet werde.

Es ist daher, wie die Sache nun steht, meiner Ansicht nach ausgeschlossen, dass die Commission für Verkehrsanlagen die Bahnen überhaupt in eigener Regie baut, respective für ihre Rechnung durchführen lässt. Es bleibt daher nur der zweite Fall übrig: dass diese Localbahnlinien, wie sie im Programme enthalten sind

und wie ich sie früher genannt habe, durch eine leistungsfähige Privatgesellschaft zu besorgen wären.

Nun, es hat sich eine Privatgesellschaft, und zwar die Firma Krauß & Comp. gefunden und um die Concession beworben. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass vielleicht eine andere Gesellschaft auch herantritt und um die Concession wirbt, und ich erwähne, dass zunächst die Gemeinde eine solche Gesellschaft wäre. Ich erwähne diesen Fall aus folgenden Gründen: weil hier im Plenum bereits darüber Beschluss gefasst worden ist, dass die Gemeinde als Bewerberin auftreten soll, und weil derselbe Antrag auch dem Stadtrathe zur Berathung vorgelegen ist, es möge die Gemeinde selbst um die Concession werben, den Bau und Betrieb dieser Bahnen übernehmen.

Bezüglich der Übernahme des Baues und des Betriebes der Bahn durch die Gemeinde möchte ich bemerken, dass ich es für ausgeschlossen halte, dass eine Gemeinde, wie die Commune Wien es ist, als Concessionswerberin, als Eisenbahnbau-Unternehmerin auftreten und sich in ein so riskantes Geschäft einlassen soll. Ich möchte aber auch noch andere Motive vorbringen, welche dagegen sprechen, dass die Gemeinde als Concessionswerberin auftritt, und da ist hauptsächlich die Situation der Bahnen selbst ins Auge zu fassen.

Die Localbahnen, die durchgeführt werden sollen, d. i. die Wienthallinie, die Rennweglinie, die Ringstraßenlinie und die Donaucanallinie sind die Stadt durchquerende Linien, welche größtentheils ihre Anschlüsse an bereits bestehende Bahnen finden; diese Localstrecken an und für sich haben keine bedeutende Länge, im ganzen nur einige Kilometer. Es wird nun vorgesehen, dass diese Bahnen einen bedeutenden Personenverkehr, circa 8000 Personen per Stunde, auf jeder Strecke befördern soll, und eine Bahn mit so reichem Verkehre erfordert ein sehr reich ausgestattetes Betriebsmateriale insbesondere rollendes Materiale; es müsste also das ganze Materiale angeschafft und sogar ein förmliches Eisenbahnbureau errichtet werden, um den Bau und den Betrieb übernehmen zu können. Ich glaube aber auch, dass sich dies mit den Principien einer Gemeinde überhaupt nicht verträgt; das Princip der Gemeinde ist, sich nicht in Unternehmungen einzulassen, welche sie nicht näher angehen, und nicht eine Concession für eine Bahn zu erwerben, bei der sie eigentlich nur mit zehn Percent betheiligt ist, wie die Herren ja aus dem Programme über die Kostenvertheilung wissen. Ich glaube, die Gemeinde soll ihren Principien treu bleiben und sich nicht in ein solches Bahnunternehmen einlassen, sondern sich auf andere Unternehmungen beschränken, die ja in Hülle und Fülle vorhanden sind und die sie in eigene Regie übernehmen kann und soll.

Es muss auch bemerkt werden, dass für diese Bahnstrecken gewisse Anschlüsse bereits bestehen oder bereits concessioniert sind. Diese Anschlüsse bilden die Fortsetzung dieser Localbahnen, und zwar ist es für die Wienthallinie die Dampftramway nach Mauer, Mödling und St. Veit, und auf der anderen Seite die Bahn von der Stephaniebrücke nach Stammersdorf. Das sind Linien, die bereits von einer Firma erworben sind und die eigentlich mit den anderen zusammen ein Ganzes bilden, so dass es nicht recht denkbar ist, dass für die innere Strecke ein separates Unternehmen besteht. Es müsste daher die Gemeinde Wien, wenn sie diese Concession erwerben sollte, die Fortsetzungen dieser Linien käuflich erwerben, und dass dies mit großen Kosten verbunden wäre, glaube ich, werden die Herren wohl selbst ermessen.

Nun möchte ich auch bezüglich der Rentabilität etwas erwähnen. Wir haben ja bereits in vielen Städten derartige Stadtbahnen, kennen also bereits die Rentabilität derselben. Ich weise z. B. auf die Stadtbahn in Berlin hin, die gewiss nicht luxuriös, sondern den dortigen Verhältnissen entsprechend gebaut ist und bereits längere Zeit besteht; dieselbe hat einen Ertrag von 1·9 Percent abgeworfen. Die Stadtbahn in London trägt 2 Percent, die in Liverpool 2½ bis 3 Percent. Hieraus ist wohl klar zu ersehen, dass ein großer Ertrag aus einer Stadtbahn, wenigstens anfangs und auch bei weiterem Betriebe, wie Sie aus dem Mitgetheilten ersehen, nicht resultiert.

Also, warum soll sich die Gemeinde in ein Geschäft einlassen, welches, per analogiam nach anderen Städten zu schließen, die bereits diese Bahnen haben, wirklich nicht einen bedeutenden Ertrag abwirft? Ich glaube trotzdem, dass Wien auf einen größeren Verkehr gerechnet hat, auf einen Verkehr von 8000 Personen per Stunde, dass dennoch die Rentabilität mindestens im Anfange keine große sein wird. Es wäre daher sehr gewagt, die Gemeinde in ein derartiges riskantes Geschäft — möchte ich sagen — förmlich hineinzutreiben.

Ein fernerer Umstand ist der, dass die Geldbeschaffung durch die Gemeinde erfolgen müsste. Obzwar es richtig ist, dass jetzt der Geldmarkt für derartige Unternehmungen ziemlich zugänglich ist, so ist es doch nicht im voraus anzunehmen, ob die 30 oder 35 Millionen, die hier nothwendig sind, in einer derartigen Weise zu beschaffen wären, dass es günstig für die Gemeinde wäre. Ferner möchte ich auch noch bemerken, dass die Gemeinde Wien derzeit viele schwierige Aufgaben zu lösen hat, Aufgaben, die schwere finanzielle Opfer erheischen, die sie unter allen Bedingungen bringen muss, weil bereits Beschlüsse vorliegen. Ich weise nur auf die Wasserversorgung hin; die geehrten Herren wissen ja, dass die Aufnahme eines Darlehens von 35 Millionen Kronen beschlossen worden ist, und bis die Wasserleitung im Gange sein wird, werden noch viele Summen dazu nothwendig sein, um die ganze Wasserversorgung für Wien durchzuführen.

Ferner soll auch die Gemeinde die Gasanstalten errichten, es soll die Gasbeleuchtung in eigener Regie durchgeführt werden. Wenn das geschieht, so ist gewiss ein großer Betrag nothwendig, welcher in diesen Anstalten und Unternehmungen investiert werden soll. So noch manches andere. Jetzt ist die Straßensäuberung ebenfalls in die eigene Regie übernommen worden. Das sind Arbeiten, welche allenfalls mit Recht auf Rechnung der Gemeinde übernommen werden, weil sie sie ja sehr nahe angehen; aber sich in solche Unternehmungen einzulassen, wie in einen Bahnbau, würde ich für sehr riskant, ja sogar gefährlich halten.

Es ist daher unter Berücksichtigung der Sachlage, wie sie nun ist, unter Berücksichtigung dessen, dass die Commission für Verkehrsanlagen die Arbeiten nicht auf eigene Regie übernimmt und meiner Ansicht sowie der Ansicht des Stadtrathes nach die Gemeinde eine solche Unternehmung nicht durchführen soll, die einzige Eventualität übrig geblieben, dass diese Bahnanlage einer Privatgesellschaft überlassen werde. Es hat auch der Stadtrath unter Würdigung dieser Umstände den Beschluss gefasst, zu beantragen, dass in die Berathung des Entwurfes der Concessionsurkunde einzugehen sei, indem dadurch die Wahrung der Interessen der Gemeinde am besten gesichert wird. Es hat der Stadtrath die Concessionsurkunde genau geprüft und berathen, und das Resultat dieser Berathungen ist eine Reihe von Anträgen und Wünschen.

Die Anträge haben sich bezogen auf die Urkunde selbst, d. h. auf die Einfügung jener Zusätze, welche in den Rahmen der Urkunde selbst passen, wo es sich also um Bedingungen handelt, welche die Gesellschaft selbst betreffen, und dann folgt eine Reihe von Wünschen, welche eigentlich nicht in den Rahmen der Urkunde passen, und zwar deshalb, weil sie sich nicht speciell auf die Unternehmung beziehen, sondern auf eventuelle Vereinbarungen mit dem Staate.

Diese Anträge liegen vor und haben die geehrten Herren dieselben bereits in Händen. Ich glaube, mich darüber nicht weiter auslassen zu müssen; die geehrten Herren werden im Zusammenhange des Entwurfes der Concessionsurkunde mit den Anträgen des Stadtrathes ihre Wünsche und Anträge bereits in Bereitschaft haben, und ich glaube, Ihnen nur empfehlen zu sollen, dass Sie auf die Berathung dieser Concessionsurkunde eingehen. Es ist beschlossen worden, dass diese Wünsche und Anträge an das h. k. k. Handelsministerium zur Berücksichtigung zu leiten sind. Es wurde der Beschluss gefasst: „Es sei eine Petition an das h. k. k. Handelsministerium zu richten, in welcher die vorstehend formulierten Abänderungs-Anträge und Wünsche zur geneigten Berücksichtigung bei Ertheilung der Concession vorgelegt werden."

Ich glaube daher, dass die geehrten Herren laut dieses Antrages nunmehr darauf eingehen sollen, die einzelnen Paragraphe und Punkte des Entwurfes der Concessionsurkunde durchzugehen und Ihre eventuellen Anträge und Wünsche beizufügen.

(Während des vorstehenden Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte ist gemeldet Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Sehr geehrte Herren! Ich habe schon gelegentlich der Debatte über das Übereinkommen mit der Gesellschaft Krauß & Comp. bemerkt, dass mir der Vorwurf gemacht wurde, ich hätte meinen Antrag zu spät eingebracht.

Ich komme heute darauf zurück. Wie war es einem Mitgliede des Gemeinderathes möglich, diesen Antrag früher zu stellen, nachdem man ja von den Concessionsbedingungen nicht früher etwas wusste, als bis am 25. Mai d. J. in der „Neuen Freien Presse" im volkswirtschaftlichen Theile eine Notiz darüber erschienen war, auf Grund welcher ich eben erst meinen Antrag formulieren konnte. Am 27. Mai war die Wahl des Herrn Vice-Bürgermeisters und am 29. die Wahl des Stadtrathes. Am 30., in der darauffolgenden ersten ordentlichen Sitzung des Gemeinderathes, brachte ich sofort meinen Antrag ein. Es war daher früher absolut unmöglich.

Meine Herren! Ich habe in dieser Sitzung den Herrn Bürgermeister gefragt, was denn geschehen sei mit dem Antrage, welchen Herr St.-R. Dr. Lueger in der Sitzung am 24. Mai 1892 dahin gestellt hat, worüber im Plenum des Gemeinderathes Beschluss gefasst worden ist: die Bahn eventuell in eigener Regie zu bauen, wenn sie von Seite der Verkehrs-Commission nicht gebaut werden sollte.

Der Herr Bürgermeister hat mir — ich kann es nur scherzweise hinnehmen — gesagt: ich möchte eine derartige Interpellation schriftlich einbringen. Meine Herren! Das ist wieder ein neuer Vorgang. Sie wissen ja, wie die Geschäftsordnung von Seite des Präsidiums gehandhabt wird.

Ich wusste überhaupt nicht, was kommt. Im Laufe der Debatte stellen sich solche Anfragen heraus, und es muss jedem Mitgliede des Gemeinderathes freistehen, solche Anfragen zu stellen, und man setzt auch voraus, dass seitens des geehrten Präsidiums eine Antwort darauf ertheilt wird. Was mit diesem Antrage geschehen ist, wissen wir bis heute überhaupt noch nicht. Wir wissen nicht, welcher Wert darauf von Seite des Ministeriums gelegt worden ist, und welcher Bescheid an das Präsidium herabgelangt ist.

Der Herr Bürgermeister hat in seinen Ausführungen erklärt, die Gemeinde besitze so viel Autorität, der Gemeinderath besitze Autorität höheren Ortes. Wenn man Autorität besitzt, warum wurde von Seite des Handelsministeriums die Gemeinde übergangen? Ich weiß nicht, ob eine Zuschrift an das Präsidium gelangt ist, aber, wenn ja, warum wurde das Plenum des Gemeinderathes nicht verständigt, wenn es eine Autorität hat.

Der Herr Bürgermeister spricht weiters: Ja, die Arbeiten — weil ich über die Verzögerung derselben gesprochen habe — können nicht so schnell durchgeführt werden. Er hat von Heißspornen gesprochen. Der Herr Bürgermeister hat es freilich gemüthlich; ihm geht es besser als den Arbeitern und Geschäftsleuten. Die Verhältnisse sind traurig genug, wenn man es betreiben muss, dass mit den Arbeiten begonnen werde.

Wie sieht es nun eigentlich aus? Circa 200 Arbeiter arbeiten jetzt bei den großen Verkehrsanlagen und beim Bau des Sammelcanales, das Fuhrwerk verdient nichts und der Arbeiter verdient nichts. Dann spricht man hier von Heißspornen. Eine solche Antwort möge der Herr Bürgermeister für sich behalten, ich danke freundlichst für solche Auskünfte.

Man gehe nur die ganze Concessionsurkunde durch! Ich habe mir die Reichsgesetzblätter mit Concessionsurkunden über in den letzten Jahren verliehene Concessionen von Localbahnen verschafft — ich habe sie hier — und ich kann Sie versichern, dass in keiner Concessionsurkunde so weitgehende Zugeständnisse wie in dieser Concession von Seite des Handelsministeriums gemacht wurden. (Sehr richtig! links.) Es ist zum Beispiel am 15. September 1892, R.-G.-Bl. Nr. 182, an den steiermärkischen Landesausschuss die Concession für die Linie Kapfenberg—Seebach—Au verliehen worden. Hier finden Sie nur eine vierpercentige Verzinsung des Anlagecapitales, und es ist der steiermärkische Landesausschuss Concessionär.

Sie finden weiters am 4. September 1892 im R.-G.-Bl. Nr. 181 die Concession für die Localbahn Castolovitz—Sollnitz an die Stadtgemeinde Reichenau als Concessionärin, worin Sie nur eine 4½percentige Verzinsung sehen, und in keiner Concessionsurkunde ist von einer Vergütung für die Erträgnisse der vergangenen Zeit die Rede, von Erträgnissen, welche nicht erzielt worden sind. Wenn man das genau durchliest — es sind noch unzählige Concessionsurkunden da — so muss sich jedem das Gefühl aufdrängen, dass heute im österreichischen Handelsministerium wieder der Geist Pinos umzugehen scheint.

Weiter bezüglich des Materiales! Es ist der Gesellschaft gestattet, unter den gleichen Bedingnissen das Material aus dem Ausland zu beziehen. Diesbezüglich hat sich das Handelsministerium, glaube ich, den Stadtrath der Gemeinde Wien zum Muster genommen. Wir beziehen auch das Cement aus Ungarn; warum — denkt sich das Handelsministerium — darf eine ausländische Gesellschaft nicht auch das Material aus dem Ausland beziehen? Wie tief schädigend das für unsere Großindustrie sein wird, das wird gewiss fühlbar werden. Ich sehe nicht ein, warum eine so „Krauß"liche Gesellschaft besondere Concessionen haben soll. Eine ausländische Gesellschaft! Man wird ganz dieselben Erfahrungen

machen wie bei der Tramway-Gesellschaft, und auch hier in dieser Concessionsurkunde finden Sie, dass sich das hohe Handelsministerium die Tarifbestimmung vorbehält mit Rücksicht auf die Rentabilität der Bahn. Ja, es kann uns passieren, dass wir auch einen so famosen Tarif bekommen wie den 10 kr.-Tarif an Sonntagen auf der Tramway, und der Gemeinderath wird dann, wenn er interpelliert wird, vor der Thüre stehen und der Herr Bürgermeister wird sagen: ja, der Gemeinderath hat keine Ingerenz auf die Tarife dieser Bahn, und wir müssen uns dann die Haut über den Kopf ziehen lassen, wie es heute die Tramway oder ihre Actionäre thun. (Sehr richtig! links.) Der Herr Referent hat gesagt: das kostet zu viel Geld. Der Herr Referent möge entschuldigen, dasselbe wurde auch gesagt, als der Gasvertrag erneuert worden ist.

Das ist es eben; man traut sich bei uns nicht an die Erbauung der Gasanstalten, obwohl die Einschätzung schon längere Zeit vorüber ist und auch schon in der Bevölkerung ziemlich genau bekannt ist, wie hoch die Einschätzung der Gaswerke sich beziffert. Warum ist bezüglich der Gasfrage bis heute noch nichts geschehen. Das wispelt man sich laut in der Bevölkerung in die Ohren. Der Herr Referent hat vergessen, dass es unser Programm ist, Brandschadenversicherung in eigene Regie, alles, wo ein Erträgnis herausschaut, in eigene Regie zu nehmen. Da fürchtet man immer die Geldauslagen. Die Angst vor Geldauslagen war ja auch bei der Erbauung der Gasanstalt maßgebend; das ist heute überwunden. Wenn nicht wieder ein bei den Haaren herbeigezogener Präjudicialprocess kommt, dürften wir doch eine Gasanstalt in eigene Regie bekommen.

Bezüglich des Passus der Erwerb- und Einkommensteuer finden Sie in allen anderen derartigen Concessionen eine 25jährige Dauer, in dieser eine 30jährige Erwerb- und Einkommensteuerfreiheit; also wieder eine besondere Begünstigung. Wenn die Stadtbahn, die doch ein gemeinnütziges Unternehmen werden soll, einer Actiengesellschaft übertragen wird, so wird diese trachten, ihre Papiere an der Börse möglichst gut zu verwerten. Diese Papiere werden den jeweiligen Schwankungen unterworfen sein. Was wird die Folge sein? Dass die Actionäre trachten werden, hohe Dividenden zu bekommen, und die Bevölkerung viel Fahrgeld bezahlen muss. Wenn, wie der Herr Referent in seinen Ausführungen selbst gesagt hat, auf einen so bedeutenden Verkehr — 7000 bis 8000 Personen per Stunde — gerechnet wird, dann muss sich ja die Bahn rentieren. Dann sehe ich nicht ein, warum wir und warum die Verkehrs-Commission sie nicht baut. Die Verkehrs-Commission halst uns alle die Linien auf, bei denen wir nichts verdienen. Und wie man dabei vorgeht, ist schrecklich. Ich war vor einigen Tagen bei der Bau-Commission, weil verschiedene Grundbesitzer zu mir gekommen sind und mich gefragt haben, ob sie heuer noch etwas anbauen sollen. Wissen Sie, was man mir gesagt hat? Die Leute sollen nur ruhig ihre Culturen pflegen; es ist möglich, dass im August mit der Einlösung begonnen wird; wenn aber nicht, dann kommen sie erst nächstes Jhr daran, dann geschieht heuer überhaupt noch nichts. Ja, können Sie sich noch erinnern — da appelliere ich an den Collegen Frauenberger — als wir von Forderungen gesprochen haben, wie Herr Frauenberger gesagt hat: das geht nicht, wir dürfen nur Wünsche aussprechen. Wir sind mit unseren Wünschen weit gekommen, denn man sieht, wie man mit uns verfährt. Ich werde mir nun erlauben, meine Herren, Anträge zu stellen; ich habe dieselben so formuliert, dass mir weder ein confessioneller noch ein Parteistandpunkt im geringsten zugemuthet werden kann.

Ich glaube, dass die Gesammtbevölkerung Wiens — und ich habe das gesehen, nachdem mein Antrag hier eingebracht und dann veröffentlicht worden ist — darüber einig ist, dass sie sich nicht wieder einer ausländischen Gesellschaft ausliefere. Ich erlaube mir, Sie zu bitten, die von mir zu stellenden Anträge zu unterstützen, die folgendermaßen lauten (liest):

„Im Hinblicke auf die bisher mit Unternehmungen ähnlicher Art, wenn sie von Privatgesellschaften betrieben werden, gemachten Erfahrungen, und mit Rücksicht darauf, dass es sowohl den Interessen der Stadtgemeinde Wien und ihrer Bevölkerung, als auch dem allgemeinen Interesse des Staates zuwiderlaufen würde, ein so großes und bedeutendes Verkehrsunternehmen wie die Localinien der Wiener Stadtbahn abermals in das Monopol einer Privatgesellschaft zu überantworten, fasst der Gemeinderath folgende Beschlüsse:

1. Der Gemeinderath spricht sich entschieden gegen die geplante Verleihung der Concession für die Localinien der Wiener Stadtbahn an die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. in Wien aus.

2. Der Herr Bürgermeister wird beauftragt, Sr. Majestät dem Kaiser den vorstehenden Beschluss des Gemeinderathes in Form einer allerunterthänigsten Petition zur Kenntnis zu bringen und Se. Majestät zu bitten, der von dem Handelsministerium diesfalls ausgearbeiteten Concessions-Urkunde Allerhöchstseine Zustimmung zu versagen.

3. Der Gemeinderath beschließt, es seien an den hohen Reichsrath, an den hohen niederösterreichischen Landtag entsprechende Petitionen zu verfassen und ehestens zu überreichen.

4. Für den Fall, als die Verkehrs-Commission es ablehnen sollte, den Bau und Betrieb der Localinien der Wiener Stadtbahn für Rechnung der Commission zu führen" — was bei der bekannten Autorität des Gemeinderathes bereits geschehen ist, weil man auf uns nichts gibt, sondern immer höheren Ortes beschließt und dann an uns herantritt — „erklärt der Gemeinderath, dass die Stadt Wien principiell bereit sei, selbst um die Verleihung der Allerhöchsten Concession zum Baue und Betriebe dieser Linien einzuschreiten in der selbstverständlichen Voraussetzung, dass der Stadtgemeinde Wien ebenso günstige Bedingungen zugestanden werden als der Dampftramway-Gesellschaft Krauß & Comp.

5. Der sub Punkt 4 erwähnte Beschluss ist sofort dem Handelsministerium und der Verkehrs-Commission schriftlich bekanntzugeben.

6. Die Beschaffung des für den Bau und die Instruierungen der Localinien der Wiener Stadtbahn erforderlichen Anlagecapitales hat im Wege eines ob der für die Localinien der Wiener Stadtbahn zu eröffnenden Einlage des Eisenbahnbuches sicherzustellenden, mit vier Perzent verzinslichen Prioritätsanleihens der Stadt Wien zu erfolgen.

7. Die vorstehenden Beschlüsse des Gemeinderathes sind in sämmtlichen Wiener Tagesblättern vollinhaltlich zu veröffentlichen und zu placatieren und überdies in einer von beiden Parteien des Gemeinderathes gemeinsam in die Volkshalle des Rathhauses einzuberufenden großen Versammlung der Wähler der Stadt Wien der Wählerschaft zur Sanction zu unterbreiten."

Dies, meine Herren, sind meine Anträge, die ich mir im Interesse der Steuerträger der Stadt Wien zu stellen erlaube; ich bitte um Ihre Unterstützung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erlaube mir den Herrn Redner aufmerksam zu machen, dass, wenn er wünscht, dass über diese Anträge abgestimmt wird, er sie, sei es als Gegen-Anträge oder Eventual-Anträge, zu jenen Punkten der Referenten-Anträge zu stellen hat, zu denen sie passen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Es ist unmöglich, dass dieser Antrag zu irgend einem Punkte der Referenten-Anträge gestellt wird, denn diese beschäftigen sich nur mit dem Inhalte der Concessionsurkunde, während der Antrag Steiner ein Gegen-Antrag ist und in die Generaldebatte gehört.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Nicht von allen Anträgen kann das mit Grund behauptet werden, es ist das ein principieller Antrag, welcher die Berathung über die Referenten-Anträge ausschließen würde. Hier wird vorausgesetzt, dass diese Concession ertheilt wird, es ist nicht davon die Rede, dass die Gemeinde sich um die Concession bewerbe, noch viel weniger, dass sie baue, während das die Anträge Steiner beinhalten, und das muss in entsprechender Weise zum Ausdruck gebracht werden dadurch, dass der Herr Antragsteller diese Anträge zu Punkt 1 oder dort stellt, wo sie hingehören, aber es ist ein ganz ungewöhnlicher und in der Geschäftsordnung nicht vorgesehener Vorgang, eine Reihe von Anträgen zu stellen und zu sagen, ich bitte die anzunehmen. Ich habe nichts dagegen, wenn die Versammlung einverstanden ist, über diese Anträge unter einem abstimmen zu lassen, aber ich spreche aus, dass sich dies mit der Geschäftsordnung nicht vereinbaren lässt.

Gem.-Rath Dr. Huber: Ich werde mir erlauben, in dieser Angelegenheit einen Antrag zu stellen, der ganz unabhängig ist davon, wie die Hauptfrage entschieden wird. Ich finde nämlich, die Hauptfrage ist jene, ob die Concession die Firma Krauß & Comp. oder irgend eine andere Firma bekommt, oder ob die Stadt selbst den Betrieb übernimmt.

Mein Antrag geht nämlich dahin, dass der Gemeinderath an die Regierung die Bitte richten möge, sofort bei Eröffnung der Bahn den elektrischen Betrieb in Aussicht zu nehmen und zu verfügen. Wenn man heute Umschau hält in den großen Städten, wo Localbahnen errichtet worden, so werden Sie finden, dass überall heute der elektrische Betrieb für die Localbahnen ins Auge gefasst wird und zur Einführung gelangt. Jene Herren, welche vielleicht Gelegenheit haben, jene Stadttheile öfter zu besuchen, wo die Verbindungsbahn durchgeht, werden gewiss der Ansicht sein, dass für diese Stadttheile das Durchziehen der Verbindungsbahn in keinem Falle vortheilhaft ist, weder in hygienischer Beziehung noch nach mancher anderen Seite hin. Der Dampfmotorenbetrieb hat eben viele Übelstände. Diese alle würden vermieden, wenn der elektrische Betrieb eingeführt würde. Bei den heutigen Fortschritten im elektrotechnischen Betriebe ist ohnehin kein Zweifel, dass dem elektrischen Betriebe die Zukunft insbesondere für solche Bahnen gehören wird, welche nicht allzulange und allzuweite Strecken umfassen. Es wird insbesondere dahin kommen, dass bei den Stadtbahnen kein anderer Betrieb in Zukunft eingeführt werden wird, als jener durch die Elektricität.

Ich will es unterlassen, hier des Langen und Breiten darüber zu sprechen; ich glaube, es sind alle der Anschauung, dass der elektrische Betrieb der Stadtbahnen dem Dampfmotorenbetrieb vorzuziehen sein wird.

Im Grunde dessen bitte ich meinem Antrage zuzustimmen, den ich dahin recapituliere, dass an die Regierung die Bitte gerichtet werden möge, bei Eröffnung der Stadtbahn sofort den elektrischen Betrieb in Aussicht zu nehmen und zu verfügen.

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme. (Bravo!)

Gem.-Rath Tomola: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, einerseits weil der Gegenstand, dessen Berathung wir soeben beginnen, selbst dann, wenn wir ihn von allem Beiwerk loslösen, von größter Bedeutung ist, dann aber auch, weil die Bevölkerung von ganz Wien mit einer gewissen Spannung unserer heutigen Entscheidung in dieser Frage entgegensieht. Als vor nunmehr zwei Jahren das Werk, welches man Groß-Wien nennt, zustande gekommen ist, da begegnete dasselbe, wie ja Ihnen allen bekannt ist, von vielen Seiten einem gewissen Misstrauen, ja auch einer gewissen Abneigung. Gewiss war es die Aufgabe jener Kreise, welche das Zustandekommen dieses Werkes fördern wollten, derart zu wirken, dass das Misstrauen zerstreut wurde, und andererseits solche Thaten zu schaffen, durch welche auch die Abneigung behoben wurde. Derartige Thaten wurden ja der Bevölkerung in Hülle und Fülle versprochen. Weite Kreise wussten Sie dadurch für Ihre Ideen zu gewinnen, insbesondere auch durch die Aussicht darauf, dass ein „Rieseln von Gold", eine „Fülle von Arbeit" der Bevölkerung in Aussicht gestellt wurde.

Es ist also kein Wunder, wenn eine gewisse Beunruhigung, ein gewisses Misstrauen selbst solcher Kreise sich bemächtigt hat, welche seinerzeit freudig für Groß-Wien geschwärmt und gestimmt haben. Es ist dieses Misstrauen und Unbehagen zum großen Theile eine Folge davon, dass diese Versprechungen, wie hier zugegeben wurde, nicht immer, sagen wir: mit der nöthigen kritischen Überlegung gegeben worden sind, wie es dem Ernste der Sache wirklich entsprochen hätte. Denn ein Mangel an kritischer Überlegung war es doch, von einer Fülle von Arbeit, von einem Rieseln von Gold zu sprechen. Es konnte nicht anders kommen. Die Enttäuschung war umso schwerer und bitterer, insbesondere bei jenen, welche die baldige Inangriffnahme der Arbeiten erwarteten.

Nun liegt uns heute ein Detailproject vor, welches den Anfang dieser Arbeiten kennzeichnen soll, aber leider ist dieses Project nur allzusehr geeignet, die Zustimmung und Befriedigung nur weniger Einzelner hervorzurufen. Sie wissen ja, dass diese Localbahnen abermals an eine Gesellschaft vergeben werden sollen, was wie ein Alp auf den Gemüthern lastet. Seit längerer Zeit schon glaubte man die Stimmung der weiteren Kreise dahin deuten zu können, dass man bestrebt sei, alle Verkehrswege von den Gesellschaften loszulösen und in den Betrieb des Staates zu übernehmen.

Ich kann ruhig sagen, die Bevölkerung verfolgte mit großer Befriedigung alle Actionen des Staates, welche in den letzten Jahren so erfolgreich darauf gerichtet waren, die Verkehrswege in eigene Regie zu übernehmen. Sie werden sich auch noch an jene große Aufregung erinnern, durch welche das Jahr 1884 seine Signatur erhielt, nämlich durch die Nordbahn-Debatte, wie damals die Wogen bis in die entlegensten Theile der Monarchie reichten, und ich erinnere mich noch sehr genau, wie man damals in Deutschböhmen jede, auch die geringfügigste Nachricht aus Wien mit Spannung erwartete. Eine solche Erregung ist nicht künstlich erzeugt, sie ist keine Komödie, sie ist nicht aus dem heißen Boden der Agitation entsprungen, sondern aus dem Gefühle, dass etwas Böses, etwas Unrechtes im Zuge sei; solche Bewegungen lassen sich auch nicht so leicht bannen, in solchen Zeiten wachsen Männer,

welche imstande sind, den Gefühlen der Bevölkerung richtigen Ausdruck zu geben, riesengroß.

Wenn ich nun zur Behandlung des Gegenstandes selbst schreite, so werde ich mir nicht erlauben, auf die näheren Einzelheiten einzugehen. Wer von uns diese Concession durchgelesen hat, kann nur sagen, um mit dem Wiener zu sprechen, „etwas Höheres gibt's wirklich nicht mehr".

Was da der Bevölkerung und andererseits der Gesellschaft geboten wird, übersteigt alles bisher Dagewesene. Ich werde also auf die Punkte der Concession selbst einzugehen unterlassen, weil dies andere vor und nach mir mit viel mehr Geschick und Eifer thun und weil ich ein grundsätzlicher Gegner jeder Verleihung einer solchen Concession an eine Privatgesellschaft bin. Ich bin der Ansicht, dass es doch die Pflicht des Staates, der Behörden sei, Sorge dafür zu tragen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllt werden. Nun, ein ganz eminentes Bedürfnis der Bevölkerung in Wien ist es, dass ihr Gelegenheit geboten wird, schnell und mit möglichst geringem Zeitaufwand und Mitteln nach der Inneren Stadt zu gelangen, welche nun einmal den lebendigen Mittelpunkt dieses großen Gemeinwesens bildet, und für dieses Bedürfnis hätte in erster Linie der Staat, meinetwegen die Obrigkeit, sei es nun die Verkehrs-Commission oder Gemeinde ꝛc., Sorge zu tragen. Aber durch unsere Zeit geht eben ein eigenthümlicher Zug, welcher den Freund seines Volkes mit immer größerem Misstrauen und Bangen erfüllen muss, das ist der Zug, die Lasten und Pflichten, welche die Obrigkeit, der Staat, seinen Bürgern gegenüber hat, auf die Schultern anderer zu überwälzen. Dieser Zug äußert sich sowohl im großen als auch im einzelnen. Die Mutter gibt ihr Kind der Amme zur Aufziehung und Erziehung, und, meine Herren — ich spreche es ganz offen aus —, das deutsche Volk betrachtet solche Kinder als für die Eltern verloren, denn die reine Liebe zum Volksthum hat ihre Wurzeln nur an der Mutterbrust und im Elternhause.

Ebenso, wie hier die Mutter handelt, handelt der Staat dann, wenn er Concessionen, Pflichten und Lasten an listige Gesellschaften abwälzt. Eine solche Abwälzung ist nun hier ganz gewiss im Zuge. Wir müssen doch vom Staate, von der Behörde erwarten, dass sie ihren Bürgern Liebe und Vertrauen entgegenbringt; Liebe und Vertrauen können aber Bürger nimmer von einer Gesellschaft erwarten. Das Streben einer Gesellschaft ist nur, die Bilanz möglichst in die Höhe zu bringen. Ihr Bestreben geht dahin, an dem Tage, wo die Abrechnung geschieht, sagen zu können, unsere Bilanz steht ungemein günstig, und was lässt sich im Rahmen des Gesetzes noch thun, um die Dividende zum Steigen zu bringen. Das ist das Bestreben jeder Gesellschaft, und ich erinnere Sie daran, was für Anstände, welche bittere Stunden uns schon allen die Tramway-Gesellschaft bereitet hat, wie der zügellose Erwerbstrieb dieser Gesellschaft in allen Kreisen Unbehagen genug hervorgebracht hat; und wenn wieder eine Gesellschaft kommt und anklopft, so wird ihr doch aufgethan und man tröstet sich damit, indem man sagt: „Sie wird besser, sie wird nicht so schlecht sein, wie die anderen; es wird mit ihr gehen." Ich sage aber, meine Herren, es wird nicht gehen, alle Pflichten, alle Verantwortungen werden auf uns zurückfallen.

Der Gemeinderath ist und bleibt dem Volke gegenüber immer etwas Reelles, etwas, was es zur Verantwortung ziehen kann. Nicht so die Verkehrs-Commission. Die Verkehrs-Commission ist dem Volke als solche vollständig fremd. Und nun noch eines: Es ist hier bereits erwähnt worden, dass es für die Verleihung der Concession vollständig gleichgiltig ist, ob der Gemeinderath seine Zustimmung dazu ertheilt oder nicht. Nun, ich bin ein Freund der Wahrheit und Offenheit, ich danke jenen Herren, welche dies gesagt haben, aber ich habe einmal gelesen, ein großer Geist war es, der gesagt hat: „Pflicht des Mannes ist es, das Unvermeidliche mit Würde zu tragen." Nun frage ich Sie, entspricht es der Würde des Gemeinderathes, dass er heute Ja zu etwas sagt, wozu er vor Jahresfrist Nein gesagt hat?

Die Verhältnisse seit einem Jahre haben sich durchaus nicht geändert, und was vor einem Jahre richtig war, das muss es auch heute noch sein, und wenn es heute noch richtig ist, muss auch heute der Gemeinderath sagen: Nein, wir sind nicht einverstanden damit, dass die Concession an Krauß & Comp. verliehen wird. Wie würden wir uns selbst erscheinen, wie würde es der Würde des Gemeinderathes anstehen, wenn wir heute auf die offene Gasse kommen und einen anderen Beschluss gefasst hätten?

Wir müssten thun wie die Auguren bei den Römern zur Kaiserzeit, von denen das Sprichwort sagt, dass, wenn ihrer zwei auf der Straße sich begegneten, sie nicht umhin konnten, einander ins Gesicht zu lachen. So wäre es auch heute, und Manneswürde ist es nicht, heute so und morgen anders zu sprechen. Aber noch etwas, was der Würde des Gemeinderathes und eines jeden Einzelnen von uns gewiss nicht entsprechen kann. Wenn man gesagt hat, dass die Vertragsurkunde auch ohne uns zustande kommt, wer nöthigt uns, an dem Karren zu ziehen, der ohne uns schon in Bewegung gehalten wird, wer nöthigt uns, mitzukochen, wo andere ohne uns die Suppe versalzen wollen? Das ist unsere Aufgabe nicht. Und was endlich die Hauptsache ist: wir haben die Verantwortung für alles, was hier Übles geschehen wird, und es wird geschehen. Missheligkeiten, Zwistigkeiten, Unzufriedenheit seitens des Volkes werden ja vorkommen, wie sie schon beim Beginne der Bauten vorkommen; ich erinnere Sie an den Bau des Sammelcanales, wo die Arbeitslöhne so niedrig bemessen worden sind, dass die Arbeiterschaft nicht zugreifen wollte. Das wird auch hier wieder vorkommen und wenn wir heute zustimmen, wird die Bevölkerung alle Schuld auf uns schieben, weil wir, der Gemeinderath, etwas Reelles sind, etwas, was angegriffen, zur Verantwortung gezogen werden kann. Ich bin nicht der Meinung, dass die Firma Krauß & Comp. wert ist, dass wir für sie hier unsere Stimme abgeben. Ich möchte Sie daher bitten, dem Beschlusse treu zu bleiben, welchen wir vor Jahresfrist gefasst haben.

Es wird in Ihren Zeitungen oft gesagt, es geht nicht an, dass wir mit jenen ruppigen, rüden, rohen Leuten der linken Seite des Hauses stimmen. Nun, so rüde, roh und ruppig sind wir nicht. Was die Freiheit anbelangt, die Freiheit, in welcher sich zwei verschiedene Parteien einander begegnen sollen, so möchte ich Ihnen einige wenige Worte aus Montesquieus Betrachtungen vorlesen, um Ihnen zu zeigen, dass Montesquieu schon damals viel freiheitlicher gesinnt war als die heutige liberale Partei. (Liest:)

„Was man bei einem politischen Körper Einigkeit nennt, ist eine sehr unbestimmte Sache. Die wahre ist eine harmonische Einigkeit, welche bewirkt, dass alle Theile, so entgegengesetzt sie auch scheinen mögen, zum allgemeinen Besten beitragen, wie die Dissonanzen in der Musik zum Totalaccord beitragen. Es kann in einem Staate, in welchem man nichts als Zwist und Wirren zu erblicken meint, Einigkeit, d. h. eine Harmonie geben, aus der das Glück entspringt, das allein der wahre Friede ist. Es ist

damit, wie mit den Theilen des Weltalls, die in Ewigkeit durch die Action der einen und die Reaction der anderen mit einander verbunden sind."

Nun, betrachten Sie uns als das Princip der Reaction, betrachten Sie uns als die Disharmonie in dieser Körperschaft, aber eines bitte ich Sie im Interesse des Glückes und des Friedens der ganzen Bevölkerung Wiens: Geben Sie Ihre Zustimmung zu dieser Urkunde nicht! Ich werde gegen die Verleihung der Concession an die Gesellschaft Krauß & Comp. stimmen, was mich aber durchaus nicht hindern soll, in die Berathung der Wünsche, die von Seite des Gemeinderathes geäußert werden, auch mit einzugehen. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte die Herren Schriftführer zur Kenntnis zu nehmen, dass noch vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Dr. Stern, Kareis, Sebastian Grünbeck, Herrdegen und Dr. Mittler.

19. Wir haben auf der Tagesordnung die Wahl von Mitgliedern in die Commission zur Bemessung der Militärtaxe pro 1893; die Wahl von Mitgliedern und Ersatzmännern in die Commission für die Verkehrsanlagen und endlich die Wahl von drei Mitgliedern in den Bezirksschulrath. Ich proponiere, dass diese drei Wahlen unter einem mittels Namensaufrufes vorgenommen werden, und ich nehme an, dass, wenn die Herren keinen Einspruch erheben (Zustimmung), die Versammlung damit einverstanden ist. Ich bitte den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufrufe zu beginnen. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:) Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **20. Juni 1893.**

Vorsitz: **1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

Gem.-Rath Noske referiert über eine Personalangelegenheit. Nach erfolgten Mittheilungen seitens des Bürgermeisters Dr. Prix in dieser Angelegenheit wird das Referat über Antrag des Gem.-Rathes Gerhardus vertagt.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Montag, den 26. Juni 1893, nachmittags.
Dienstag, den 27. Juni 1893, vormittags.
Mittwoch, den 28. Juni 1893, vormittags.

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 22. Juni 1893 vom 3. Wahlkörper des XVI. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
5	**Schön** Franz, Gastwirt, XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 27	1075	918
	Krehon Anton, Lederhändler, XVI., Gablenzgasse 7		912
	Jellinek Jakob, Schmied und Hausbesitzer, XVI., Neulerchenfeld, Koppstraße 21		902
	Leidinger Karl, Gastwirt und Hausbesitzer, XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 30		871
	Namharter Josef, Drechsler und Hausbesitzer, XVI., Schulgasse 19		860

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 20. Juni 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3730	Stück
Fettschweine	7404	„
Summa	11.134	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7416	Stück
für das Land	883	„
unverkauft blieben	2835	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 33 bis 48 kr.
Fettschweine . . . „ 35 „ 46 „
} per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war für Fettschweine flau, daher dieselben bis zu 3 kr. per Kilo billiger gehandelt wurden, während die Preise der Jungschweine fest blieben.

* * *

(Pferdemarkt vom 20. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 369 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—400 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 34—75 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 22. Juni 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 1266, Kälber lebend 2012, Lämmer Waidner 48, Lämmer lebend 145, Schafe Waidner 211, Schafe lebend 1735.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg.	von	25	bis	54	kr.
Kälber lebend . „ „	„	25	„	50	kr.
Lämmer Waidner „ Paar .	von	4	bis	10	fl.
Lämmer lebend . „ „ . „	„	4	„	11	fl.
Schafe Waidner „ Kg.	von	22	bis	38	kr.
Schafe lebend . „ „	„	20	„	32	kr.
Schafe lebend . „ Paar .	von	8	bis	19	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 1088 Stück Kälber weniger zugeführt. Infolge bedeutender Vorräthe vom letzten Markte gestaltete sich der Verkehr ziemlich flau und mussten, namentlich im späteren Marktverlaufe, lebende Kälber um 1 kr., Waidner-Kälber um 2 kr. per Kilo billiger abgegeben werden.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1109 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ruhig und wickelte sich das Geschäft zu vorwöchentlichen Preisen ab.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 22. Juni 1893 331 Stück Mast- und 215 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 19. Juni bis 22. Juni 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Schulhaus, Obere Augartenstraße 34, von Philomena Hartl, Oberin des III. Ordens der Schulschwestern des heil. Franciscus Seraphicus, Bauführer Luckeneder & Miserofsky (4294).
„ „ Haus, Kleine Stadtgutgasse, Ecke der Novaragasse, Baustelle I, von Lorenz Waldmann, Bauführer Th. Bauer (4297).
„ „ Haus, Wallensteinstraße, Grundb.-Einl. 3885, von Lorenz Waldmann, Bauführer Th. Bauer (4305).
„ „ Haus, Volkertstraße, Grundb.-Einl. 593, von Ferd. Strobl, Bauführer F. Waas (4322).
V. Bezirk: Haus, Reinprechtsdorferstraße 4, von Alois Beer, Bauführer J. Jostal (4295).
„ „ Haus, Arbeitergasse und Reinprechtsdorferstraße, Grundb.-Einl. 1873, von Josef Fichtinger, Bauführer Th. Bauer (4345).
„ „ Haus, Arbeitergasse, Grundb.-Einl. 1875, von Josef Fichtinger, Bauführer Th. Bauer (4346).
„ „ Haus, Arbeitergasse, Grundb.-Einl. 1874, von Josef Fichtinger, Bauführer Th. Bauer (4347).
VI. Bezirk: Haus, Webgasse 33, von Maria Schuhmann, Bauführer F. Neumann (4333).
IX. Bezirk: Haus, Lazarethgasse, Baustelle I, von Maria Jostal, Bauführer J. Jostal (4297).
X. Bezirk: Angelygasse 4, von Josef Milaček, Bauführer Zeitlinger (19772).
XIII. Bezirk: Stockhohes Wohnhaus, Ober-St. Veit, Bauparc. 304/4 und 304/5, von Anton Baumgartner und Anna Malfattig, Bauführer Friedrich Holzer, Baumeister (16125).
XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Grundb.-Einl.-Z. 352, Baustelle I, Rudolfsheim, Feldgasse, von Johann und Francisca Töpfl, Bauführer Johann Töpfl, Stadtbaumeister (13931).
XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Parkstraße, Parc. 869/54, 869/128, von Franz Stepanek, zu Handen des Wiener Cottagevereines, Baumeister Victor Fiala (11062).

Für Umbauten:

XVII. Bezirk: Umbau der Küchen- und Abortanlage, Dornbach, Hauptstraße Nr. 158, von Ernst Slavy, Bauführer H. & F. Glaser, Stadtbaumeister (20862).

Für Zubauten:

XIV. Bezirk: Dreistöckiger Hoftract, Rudolfsheim, Wehrgasse 12, von Johanna Ramy, Bauführer Karl Brunner (14100).
XVI. Bezirk: Ottakring, Langegasse 61, von Josef Grüllemejer, Bauführer Franz Bock (26408).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Salzthorgasse 7, von Anton Höcker, Maurermeister (4326).
„ „ Stadiongasse 6—8, von Victor Fiala, Stadtbaumeister (3661.)
„ „ Kärnthnerstraße 2, von der Baron Königswarter'schen Häuseradministration, Bauführer Parthila & Schlaf (3374.)
II. Bezirk: Untere Donaustraße 39, von Moriz Hutterer, Bauführer A. Goldenberg (4386).
„ „ Erzherzog Karlplatz 19, von Michael Hoffinger, Bauführer R. Reichelt (4377).
V. Bezirk: Wehrgasse 25, von Franz Radl, Maurermeister (4331).
VI. Bezirk: Sandwirthgasse 2, von Karoline Zizula, Bauführer M. & J. Sturanyy (4309).
VII. Bezirk: Seidengasse 34, von Gottfried Berger, Stadtbaumeister (4318).
VIII. Bezirk: Bennogasse 10, von Matthias Lindauer, Maurermeister (4378).
XIII. Bezirk: Adaptierung, Lainz, Hauptstraße 23, von Kath. Binder und Kath. Dopler, Bauführer Heinrich Stand, Baumeister (16122).
XVII. Bezirk: Neuwaldegg, Hauptstraße 50, von Leopoldine Hirsch, Bauführer Johann Steinmetz, Baumeister (20702).
„ „ Hernals, Mariengasse 7, von Alois Schmid, Bauführer, Thomas Mann, Baumeister (20882).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Canalreconstruction, Johannesgasse 18, von Paul Witzmann, Maurermeister (4355).
III. Bezirk: Gartenhaus, Beatrixgasse 20, von Johann Müller, Maurermeister (4320).
V. Bezirk: Kesselaufstellung, Arbeitergasse 38, von Ignaz Selinger, Bauführer Chr. Gatty (4357).
VI. Bezirk: Stützmauer, Gumpendorferstraße 134, von Lorenz Clauser Bauführer C. Stigler (4337).
IX. Bezirk: Bügelkammer, Berggasse 13, von Paul Wasserburger, k. k. Baurath (4372).
X. Bezirk: Laxenburgerstraße 85, von Wenzel Tlapa, Bauführer J. Zeitlinger (19837).
XIII. Bezirk: Zweiter Abort, Ober-St. Veit, Amalienstraße 45, von Ignaz Rucker, Bauführer? (16126).
„ „ Holzlage, Speising, Hauptstraße 53, von Rich. Witkowitsch, Bauführer Weilgony, Maurermeister (16127).
„ „ Rohrcanal, Breitensee, Herrengasse 12, von Ignaz Zwinz, Bauführer Gottfried Alber (16155).
„ „ Rohrcanal, Breitensee, Dreyhausergasse 5, von Heinrich Heckinger, Bauführer Gottfried Alber (16156).
„ „ Rohrcanal, Penzing, Hietzingergasse 8, von Theresia König, Bauführer Karl Freytag, Baumeister (16227).
XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 187, von Ferd. Gräfs Familie, Bauführer Franz Gräf (26441).
XVIII. Bezirk: Verlegung des Hauscanales und Versetzung des Abortes, Währing, Hauptstraße 94, von Anton Philipp Seufert, Bauführer Franz Kaindl (18301).
„ „ Verlegung des Hauscanales und Versetzung des Abortes, Währing, Hauptstraße 92, von Barbara Seufert, Bauführer Franz Kaindl (18302).
„ „ Einmündung des Hauscanales in den Hauptcanal, Währing, Hauptstraße 86, von Karoline Nessler, Bauführer Alex. Jungwirth (18303).
„ „ Remise, Währing, Schulgasse 50, von Johann und Marie Reisenthaler, Bauführer Alexander Jungwirth (18365).
XIX. Bezirk: Gartenhäuschen, Unter-Sievering, Kasgruben, Einl.-Z. 694/1, von Josef Gerstorfer, Bauführer derselbe (11036).
„ „ Gemauerter Abort und Pissoir, Heiligenstadt, Gärtnergasse 105, von Ferdinand Schlammerdinger, Bauführer Karl Höllerl jun. (11301).

Stockwerks-Aufsetzungen:

XVII. Bezirk: Hernals, Karlsgasse 3, von Albertine Spandl, Bauführer J. Gschwandner jun. (20907).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Feldgasse 42, von Heinrich Huß, Bauführer Martin Köller (18310).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Marktgasse 6, von Josef Fichtinger (4344).
IX. Bezirk: Fuchsthalergasse, Grundb.-Einl. 590, von Luckeneder & Miserowsky, Stadtbaumeister (4293).

X. Bezirk: Steudelgasse 10, von Josef Werstadt und Franz Kolesik (19797).
XVII. Bezirk: Baugrund, Dornbach, Parc. 540/18 und 540/10, Einl.-Z. 1550, von Ferdinand Weese (20780).

Gewerbeanmeldungen vom 17. Juni 1893.

(Fortsetzung.)

Hofmann Albine — Hallentrödlergewerbe (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 77.
Klivar Anna — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 121.
Pitlik Katharina — Hallentrödlergewerbe (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 39.
Netzkar Anna — Victualienhandel — V., Margarethenstraße 4.
Gilye Sophie — Zeitungs-Verschleiß — IX., Lazarethgasse 29.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. Juni 1893.

Jordan Ernst — Agentie in elektrotechnischen Bedarfsartikeln — VI., Esterházygasse 21.
Fellenberg Johann — Erzeugung von Bierkäse — XII., Unter-Meidling, Rauchgasse 7.
Tuma Karoline — Damenfriseurin — I., Mayfedergasse 3.
Horicky Josef — Gas- und Wasserleitungsgewerbe — XVIII., Währing, Ernergasse 3.
Gahmann Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 106.
Trummer Louise — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstr. 63.
Kuhlank Otto — Goldarbeiter — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 59.
Hörmanseder Johann — Kaffeesieder — IX., Währingerstraße 17.
Weghuber Franz — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolade — I., Schottengasse 3.
Klein Leopold — Kleinfuhrwerk — XVII., Hernals, Sterngasse 33.
Rois Agnes — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVI., Liebhartsgasse 8.
Ullrich Margaretha — Knochen-, Hadern- und Geschirrhändlerin — XVI., Ottakring, Wichtelgasse 1.
Klup Ignaz — Maurermeister — XII., Lainzerstraße, gegenüber Nr. 34.
Brtnik Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 44.
Kraut Amalia — Pfaidlergewerbe — XVII., Hernals, Kirchengasse 40.
Glaser Marie — Schneidergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Herbststr. 2.
Hawlicek Adolf — Schuhmacher — XII., Unter-Meidling, Reschgasse 7.
Müller Ferdinand — Schuhmacher — VI., Gumpendorferstraße 135.
Waber Marie — Hallentrödlergewerbe (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 189.
Eder Camilla — Vordrucker- und Stickergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 16.
Urban Johanna — Verschleiß von Wein und Spiritnosen in handelsüblich verschlossenen Flaschen — I., Hohenstaufengasse 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 20. Juni 1893.

Wratitsch Josef — Annoncenvermittlung — IV., Karlsgasse 18.
Tanner Vital — Erzeugung und Reparatur von Dampfkesseln — XIII., Penzing, Poststraße 154—156.
Anspach Adam — Fleischhauer — XVII., Hernals, Alsbachstraße 3.
Schröck Johann — Gastwirt — IX., Bindergasse 4.
Colner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 56.
Franta Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Arnsteingasse 6.
Halbritter Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Victoriagasse 14.
Ohly Margaretha — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 57.
Hladik Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Dornbach, Hauptstraße 113.
Pongratz Marie — Kleinfuhrwerk — XIX., Grinzing, Berggasse 29.
Steininger Josef — Milch-Verschleiß — IV., Phorushalle, Parc. 110.
Vačovsky Josefine — Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Schillergasse 8.
Palkovics Matthias — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — IV., Alleegasse 20.
Hauer Marie — Privatarbeitsschule — XIII., Breitensee, Matzingerg. 24.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1315
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 20. Juni 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Siegert und v. Stummer wegen Fernbleibens 1315
2. Beurlaubung der Gem.-Räthe v. Götz, Zweig und Bachofen v. Echt 1315
3. Dank Sr. Majestät des Kaisers für die Beileidskundgebung der Gemeinde anläßlich des Ablebens des Herzogs Max Emanuel in Baiern 1315
4. Dank des Ausschusses des Asylvereines der Wiener Universität für die gewährte Subvention 1315
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Vorsorge für geeignete Locale zum Schulunterrichte pro 1893/94 in Hernals 1315
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend seinen Antrag wegen Auflassung des Beitrages für die Überbrückung der Westbahn 1315
7. Desgleichen jener desselben Gemeinderathes, betreffend die Überwachung der Auslaufbrunnen 1315
17. Verlängerung des Urlaubes des Gem.-Rathes Rückauf . . . 1317
Interpellationen:
8. Gem.-Rath Lang, betreffend die Nichteinholung eines Gutachtens des Bezirksausschusses des I. Bezirkes in Angelegenheit der Übernahme der Straßensäuberung dieses Bezirkes in eigene Regie 1316
9. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Abstellung von Übelständen auf dem Lainzer Friedhofe 1316
10. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Erledigung seines Antrages wegen Überreichung von Petitionen puncto Einführung der Hauszinsclassensteuer in Wien 1316
11. Derselbe, betreffend die Erledigung seines Antrages wegen Einleitung von Verhandlungen mit dem Militärärar puncto Anlage einer Verkehrsstraße über das Schmelzer Exercierfeld 1316
12. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Erledigung seines Antrages auf Erbauung eines neuen Amtshauses im XVI. Bezirke und Verwendung des bestehenden Amtshauses zu einer Volksschule 1316
Anträge:
13. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Ausarbeitung eines Programmes für die Trennung der Straßenpflege von dem Bauamte und den Bezirksvorstehungen 1316
14. Gem.-Rath Dr. Uhl, betreffend Überreichung einer Petition wegen Einführung des allgemeinen directen Wahlrechtes in allen Vertretungskörpern 1317
15. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Erbauung eines Amtshauses auf dem Götheplatze im XVI. Bezirke 1317
16. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Einführung von Bauerleichterungen für die an der Gemeindegrenze gelegenen Bezirkstheile und die Herabsetzung der Bautaxen und Canaleinmündungs-Gebüren für kleinere Objecte 1317
Referate:
18. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend Stellungnahme zum Entwurfe der an die Actiengesellschaft vorm. Krauß & Comp. zu ertheilenden Concession für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn 1318
19. Vornahme der Wahl von Mitgliedern in die Commission zur Bemessung der Militärtaxe pro 1893, desgleichen von Mitgliedern und Ersatzmännern in die Commission für Verkehrsanlagen und von Mitgliedern in den Bezirksschulrath . . 1324
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 20. Juni 1893.
Inhalt:
Gem.-Rath Noske, betreffend eine Personalangelegenheit 1324
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1324
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 22. Juni 1893 vom 3. Wahlkörper des XVI. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 1324
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 20. Juni 1893 1324
Pferdemarkt vom 20. Juni 1893 1324
Stechviehmarkt vom 22. Juni 1893 1324
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 19. bis 22. Juni 1893 1325
Gewerbeanmeldungen 1326
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Kundmachung.

(Prämien-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.)

In Gemäßheit des Verlosungsplanes findet die 77. Ziehung der Antheilscheine des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 am 1. Juli 1893, nachmittags 6 Uhr, öffentlich am Rathhause zu Wien in Gegenwart zweier k. k. Notare statt.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom **1. October 1893** ab durch die Cassa der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, am 23. Juni 1893.

Der Bürgermeister:

Dr. Johann Nep. Prix. 1—1

Kundmachung.

(25 Millionen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1867.)

Am 1. Juli 1893, vormittags 9 Uhr, findet am Rathhause die 53. Verlosung des mit dem Landesgesetze vom 18. Jänner 1867 genehmigten Anlehens der Stadt Wien per 25 Millionen Gulden statt.

Die bei dieser Ziehung ausgelosten 247 Stück Obligationen zu 1000 fl. und 260 Stück Obligationen zu 100 fl. ö. W. werden vom **2. Jänner 1894** ab bei der städtischen Hauptcassa gegen Rückstellung der Obligationen sammt den nicht verfallenen Coupons eingelöst werden.

Gleichzeitig werden auch die bis dahin fälligen Coupons ausbezahlt.

Wien, am 23. Juni 1893.

Der Bürgermeister:

Dr. Johann Nep. Prix. 1—1

Kundmachung.

(5 Percent-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.)

Der am 1. Juli 1893 fällige Coupon der auf 1000 fl. lautenden Schuldverschreibungen des 5 Percent-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 wird in:

Wien bei der Cassa der Reichshaupt- und Residenzstadt mit 25 fl. ö. W. nach dem Course des österreichischen Goldguldens,

Berlin bei der Mitteldeutschen Creditbank-Filiale „Berlin“,
Hamburg bei der Norddeutschen Bank,
Frankfurt a. M. bei der Deutschen Vereinsbank } mit 50 Reichsmark

London { bei der Anglo-Austrian-Bank, bei Mss. Raphael and Sons } mit 2 Livres 10 sh Sterling

Brüssel, Genf { bei der Succursale der Banque de Paris et des Pays Bas } mit 62½ Francs in Gold

eingelöst.

Bei den hier bezeichneten Zahlstellen wird der am 1. Juli 1893 fällig werdende Coupon der auf 200 fl. ö. W. lautenden Theilschuldverschreibungen dieses Anlehens, und zwar in

Wien mit 5 fl. ö. W. in Gold,

Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg } mit 10 Reichsmark,

London mit 10 sh Sterling,

Brüssel, Genf } mit 12½ Francs in Gold

eingelöst.

Zugleich wird bekanntgeben, dass am **1. Juli 1893,** vormittags 12 Uhr, die 39. Ziehung von 103 Obligationen des vorgedachten Anlehens in Gemäßheit des Verlosungsplanes im Rathhause zu Wien stattfindet.

Die hiebei verlosten Obligationen werden vom **2. Jänner 1894** ab bei den oben bekanntgegebenen Zahlstellen eingelöst.

Wien, am 23. Juni 1893.

Der Bürgermeister:

Dr. Johann Nep. Prix. 1—1

Ad Prot.-Nr. 80058
Ref.-Nr. 1397 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung des Michaelerplatzes im I. Bezirke,** und zwar:

1. der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 30.358 fl. 59 kr.,

2. der **Pflasterung mit Guss-Asphalt** im veranschlagten Kostenbetrage von 2713 fl. 32, und

3. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Betrage von 3462 fl. 40 kr. und 400 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 26. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 3—3

*

Ad Prot.-Nr. 91615

Ref.-Nr. 1629 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Strohgasse und der noch unbenannten Parallelgasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 5152 fl. 96 kr. und 550 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Juni 1893. 1—3

Ad Prot. Nr. 40200

Ref.-Nr. 614 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten** für den **Umbau des Haupt-Unrathscanales in der Kirchengasse zwischen der Mariahilferstraße und Lindengasse im VII. Bezirk** im Kostenbetrage von 4469 fl. 55 kr. und 800 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 4. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 86158 ex 1893

Ref.-Nr. 1504. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Thalgasse im XV. Bezirke von der Blüthengasse bis zur Schönbrunnerstraße** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1274 fl. 5 kr. und 50 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 30. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 3—3

Prot.-Nr. 81981
ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Maurerarbeiten, der Lieferung der hydraulischen Bindemittel, der Traversenlieferung, der Zimmermanns-, Spengler-, Möbeltischler- und Bautischlerarbeiten, der Herstellung einer Holzcement-Dacheindeckung, der Lieferung von Schulbänken und Füllöfen und der Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten für die Aufsetzung eines Stockwerkes und den Zubau in der Schule in Hetzendorf, XII. Bezirk,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 84640
Ref.-Nr. 3363 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von completen Water-Closets sammt den damit verbundenen Installations-Arbeiten für die Closet- und Pissoirbespülungs-Einrichtungen in vier Schulgebäuden in Wien** im veranschlagten Gesammtkostenbetrage von 12.073 fl. 15 kr. wird auf Grund der vom Stadtbauamte für die einzelnen Schulen verfassten Kostenanschläge, der allgemeinen Bedingnisse und der Vorschrift sammt den Preistarifen I und II vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 30. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (7. Stiege, II. Stock, Dep. X), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die Vorschrift sammt den Preistarifen I und II im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte können entweder auf die sämmtlichen, ein Object betreffenden Arbeiten und Lieferungen lauten, oder sie können auch als Generalofferte für die sämmtlichen Arbeiten und Lieferungen für alle vier Objecte eingebracht werden.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 15. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 67110
Ref.-Nr. 1143 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Neubergenstraße im XIV. Bezirke Rudolfsheim** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2262 fl. 23 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 28. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 93734
Ref.-Nr. 1674 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Erneuerung des Holzstöckelpflasters der stromaufwärts gelegenen Fahrbahn der Ferdinandsbrücke über den Donaucanal im II. Bezirke** im Kostenbetrage von 1620 fl. 78 kr. und 70 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 3. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 3–3

Ad Prot.-Nr. 86159
Ref.-Nr. 1505 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Zeltgasse im VIII. Bezirke,** und zwar:

1. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1795 fl. 37 kr. und 200 fl. Pauschale, und

2. der **Holzstöckelpflasterung** im veranschlagten Kostenbetrage von 2294 fl. 63 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 6. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Juni 1893. 3–3

Ad Prot.-Nr. 84635
Ref.-Nr. 1470 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Rothenhofgasse und am Bürgerplatze im X. Bezirk** im Kostenbetrage von 4094 fl. 60 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 27. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Mai 1893. 3–3

Ad Prot.-Nr. 91685 ex 1893

1241. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Demolierung des städtischen Hauses Or.-Nr. 15 Windmühlgasse, Or.-Nr. 9 Theobaldgasse, VI. Bezirk**, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 27. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist ein Vadium von 200 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 92385 ex 1893.

1253. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Zimmermanns-, Schieferdecker- und Bildhauerarbeiten für den Schulhausbau im XIII. Bezirke, Unter-St. Veit, Anhofstraße Or.-Nr. 27,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 4. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 44240

Ref.-Nr. 685 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Michaelergasse zwischen der Goldschlag- und Märzstraße im XV. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2254 fl. 14 kr. und 100 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 91614

Ref.-Nr. 1628 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Herrengasse im XVIII. Bezirke von Nr. 106 bis 74** im Kostenbetrage von 5946 fl. 29 kr. und 900 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 92904 ex 1893.
Ref.-Nr. 1649. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales der Herrengasse im XVIII. Bezirke zwischen der Gürtelstraße und Kirchengasse** im Kostenbetrage von 8475 fl. 29 kr. und 900 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 2—3

Prot.-Nr. 78387
ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Baumeister-, Zimmermanns-, Spengler- und Bautischlerarbeiten, der Lieferung der Traversen, Regulier-Füllöfen und Schulbänke, der Möbeltischlerarbeiten und der Herstellung der Gasrohrleitung für die Erbauung eines zweiten Stockwerkes in der Schule XVIII., Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 26. Juni d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Juni 1893. 2—2

Prot.-Nr. 77838
ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen der Sicherstellung der **Verfassung und Ausführung eines Projectes für die Erneuerung der Central-Feuerluftheizung in den Zonen II und III der Mädchen-Volksschule im V. Bezirke, Hundsthurmerstraße Nr. 107, einschließlich der Herstellung einer elektrischen Thermometer-Correspondenz** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 3. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Berechnung des stündlichen Wärme-Erfordernisses und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath, beziehungsweise der Magistrat haben sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 90986
Ref.-Nr. 1615 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungsarbeiten für die Neupflasterung eines Theiles der Hirschengasse zwischen der Döblingerstraße und Schegargasse im XIX. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3910 fl. 25 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 21. Juni 1893. 1–3

Ad Prot.-Nr. 96259 ex 1893.
Ref.-Nr. 1725. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Pilgrambrücke und Leopoldsbrücke über den Wienfluss** im Kostenbetrage von 553 fl. 18 kr., beziehungsweise von 343 fl. 64 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 8. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Juni 1893. 1–3

Ad Prot.-Nr. 77836 ex 1889.
Ref.-Nr. 1351. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Asphaltierer-Arbeiten für die Erneuerung der schadhaften Asphaltdecke vor den Häusern Nr. 1 und 3, Schottengasse im I. Bezirke,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3341 fl. 27 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Juni 1893. 1–3

Ad Prot.-Nr. 90160 ex 1893.
Ref.-Nr. 1596. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Umpflasterung der Wiedener Hauptstraße,** und zwar:

1. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 4038 fl. 66 kr. und 400 fl. Pauschale, und

2. des **Fugengusses mit Asphalt** im veranschlagten Kostenbetrage von 3117 fl. 43 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 11. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Juni 1893. 1—5

Ad Prot.-Nr. 91686
Ref.-Nr. 1242 ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Demolierung des Hauses Or.-Nr. 94 Magdalenenstraße, VI. Bezirk,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 11. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist ein Vadium von 100 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. Juni 1893. 1—3

Ad Statth.-Z. 35636 ex 1893. Z. 93596.
V.

Kundmachung.

(Canalisierung des Gebietes Kaisermühlen.)

Der Wiener Magistrat hat das Project für die Canalisierung des Gebietes Kaisermühlen des II. Wiener Gemeindegebietes zur wasserrechtlichen Verhandlung vorgelegt.

Dieses Project umfasst nachbezeichnete Anlagen:

1. Herstellung eines Hauptsammelcanales durch die Schüttaustraße, Linnégasse und die Schiffmühlengasse, welcher in der Verlängerung der zwischen den Baugruppen v und u liegenden Straße (hinter der Appretur-Anstalt F. E. Edlinger) den Kaisermühlendamm (Innundationsdamm) unterfährt und in den Donaustrom einmündet.

2. Herstellung von Steinzeugrohrleitungen in den Nebenstraßen.

3. Einbauung einer Schleuse im Überschwemmungsdamme.

4. Herstellung einer Pumpenanlage, um bei geschlossener Schleuse das Canalwasser über den Überschwemmungsdamm in den Donaustrom pumpen zu können. — Endlich

5. Herstellung eines Nothauslasses in das alte Donaubett.

Die Verhandlung über dieses Ansuchen findet **am 27. Juni 1893** unter der Leitung des k. k. Bezirks-Commissärs von Luschin statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich am bezeichneten Tage **um 9 Uhr vormittags** an der Kreuzung der Schüttaustraße mit der Bellegardegasse.

Hievon geschieht gemäß § 79 des n.-ö. Wasserrechtsgesetzes vom 28. August 1870 (L.-G. und V.-Bl. Nr. 56) die Verlautbarung mit dem Beifügen, dass bei dieser Verhandlung die nicht schon früher geltend gemachten Einwendungen vorzubringen sind, widrigens die Betheiligten der beabsichtigten Unternehmung und der dazu nöthigen Abtretung oder Belastung von Grundeigenthum als zustimmend angesehen würden und auf spätere Einwendungen keine Rücksicht genommen werden würde.

Wien, am 10. Juni 1893. 3—3

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Z. 18067.

Edict.

Von dem magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk wird wegen Einbringung rückständiger Nachsteuer die Feilbietung der auf 95 fl. geschätzten beweglichen Sachen, bestehend aus circa 436 l Rothwein, in die Verlassenschaft nach August Müller gehörig, bewilligt.

Zur Vornahme dieser Feilbietung wird der **26. Juni d. J. für den I. Termin** und der **10. Juli d. J. für den II. Termin** mit dem Beisatze bestimmt, dass diese Gegenstände, wenn sie beim I. Termin nicht wenigstens um den Schätzungswert verkauft würden, beim II. Termine auch unter demselben hintangegeben werden.

Kauflustige wollen daher an dem bestimmten Tage um **10 Uhr vormittags im Hause Nr. 10, Wielandplatz im X. Bezirk,** erscheinen.

Magistratisches Bezirksamt für den X. Bezirk.

Wien, am 12. Juni 1893. 3—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 51. Dienstag, den 27. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **23. Juni 1893** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass Herr Gem.-Rath Rosenstingl wegen schwerer Erkrankung seiner Frau sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt.

Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky ist ebenfalls verhindert zu erscheinen.

2. Urlaube wurden bewilligt Herrn Gem.-Rath Dr. Friedjung in der Dauer von drei Wochen, Herrn Gem.-Rath Schenzel in der Dauer von vier Wochen.

Herr Gem.-Rath Dobeš ersucht um Ertheilung eines Urlaubes in der Dauer von sechs Wochen; die Versammlung erhebt wohl keine Einwendung dagegen? (Niemand meldet sich.) Der Urlaub ist bewilligt.

3. Ich habe die Ehre das Resultat der Wahlen in den Bezirksschulrath, in die Commission für die Verkehrsanlagen und in die Commission für die Bemessung der Militärtaxe pro 1893 mitzutheilen.

In den Bezirksschulrath erscheinen gewählt:

Herr Gem.-Rath Winkler mit 66 Stimmen,

Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky mit 65 Stimmen,

Herr Janotta mit 64 Stimmen.

Die nächstmeisten Stimmen entfielen auf Herrn Gem.-Rath Sebastian Grünbeck und Herrn Gem.-Rath Latschka je 35, auf Herrn Gem.-Rath Hipp 34 Stimmen; 2 Stimmzettel waren leer, je 1 Stimme entfiel auf die Herren Gem.-Räthe Tagleicht, Winker und Vincenz Wessely.

In die Commission für die Verkehrsanlagen wurden bei Abgabe von 102 Stimmzetteln gewählt:

Der Herr Bürgermeister mit 69, Herr Gem.-Rath Boschan mit 70 Stimmen, Herr Gem.-Rath Josef Müller mit 64 Stimmen — diese drei zu Mitgliedern der Commission; zu Ersatzmännern die Herren Gem.-Räthe Stiaßny mit 69, Wurm mit 67 Stimmen. Die nächstmeisten Stimmen erhielt Herr Gem.-Rath Hörmann mit 30, die übrigen Stimmen zersplitterten sich.

In die Commission zur Bemessung der Militärtaxe wurden pro 1893 bei Abgabe von 66 Stimmen die von mir zu verlesenden 38 Mitglieder und 19 Ersatzmänner mit je 66 Stimmen gewählt, und zwar:

I. Bezirk: Pleban Franz, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Schlink Karl, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Schack Adolf Wilhelm, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

II. Bezirk: Schwab Karl, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Debes Johann, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Hartung Ernst Friedrich, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

III. Bezirk: Schober Johann, Bezirksvorsteher, Zerza Josef, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, als Mitglieder; Wagner Karl, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

IV. Bezirk: Wanek Ignaz, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Deifel Josef, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Petschacher Rudolf, Hausbesitzer, als Ersatzmann.

V. Bezirk: Rasch Johann, Bezirksausschuss, Schwarz Josef, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Jaekl Kaspar, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

VI. Bezirk: Glas Karl, Bezirksausschuss, Bankmann Josef, Hausbesitzer, als Mitglieder; Fuchs Karl, Hausbesitzer, als Ersatzmann.

VII. Bezirk: Lukschanderl Franz, Bezirksausschuss, Nießner Anton, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Kreibich Heinrich, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

VIII. Bezirk: Resch Hermann, Bezirksausschuss, Rankel Josef, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Jell Josef, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

IX. Bezirk: Strobl Ferdinand, Bezirksausschuss, Breitkopf Franz, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Czerny Franz, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

X. Bezirk: Pabeschitz Matth., Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Braun Leonhard, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Koller Michael, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

XI. Bezirk: Koch Josef, Gemeinderath, Seidler Wilhelm, Gemeinderath, als Mitglieder; Klein Johann, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

XII. Bezirk: Skorepa Adalbert, Bezirksvorsteher, Ftaznick Josef, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Pomberger Franz, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

XIII. Bezirk: Schmidt Anton, Bezirksausschuss, Weinrother Ferdinand, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Schäfer August, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

XIV. Bezirk: Holocher Friedrich, Bezirksvorsteher, Grestenberger Leopold, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Kuntner Karl, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

XV. Bezirk: Jungwirth Karl, Bezirksausschuss, Zetschok Amand, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Hackl Andreas, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, als Ersatzmann.

XVI. Bezirk: Mayr Karl, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Böhme Ernst, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Rautenstrauch Karl, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

XVII. Bezirk: Rand Josef, Obmann des Armeninstitutes, Gassenmeier Karl, Bezirksausschuss, als Mitglieder; Schwach Johann, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

XVIII. Bezirk: Oberwimmer Ferdinand, Baumeister, Lerchenfelder Anton, Cafétier, als Mitglieder; Schneider Anton, Bezirksausschuss, als Ersatzmann.

XIX. Bezirk: Pschirer Franz, Glaser, Langweber Peter, Zuckerbäcker, als Mitglieder; Marcus Franz, Hausbesitzer, als Ersatzmann.

4. Am 20. Juni hat Herr Gem.-Rath Brauneiß folgende Interpellation an den Herrn Bürgermeister gerichtet:

„Ich habe am 17. Juli 1891 den Antrag eingebracht, es mögen mit dem hohen k. k. Militärärar Verhandlungen eingeleitet werden wegen einer Verkehrsstraße über das Schmelzer Exercierfeld zur Verbindung der Bezirke XIV, XV und XVI." Es wird um das Schicksal dieses Antrages gefragt.

Ich habe die Ehre, zu erwidern, dass dieser Act seitens des Magistrates am 24. Juli 1891, sub Zahl 276.211, dem Stadtbauamte zur Äußerung zugewiesen worden ist. Die Erledigung beim Stadtbauamte ist seither urgiert worden und wird der Act demnächst an den Stadtrath geleitet werden.

5. In derselben Sitzung hat Herr Gem.-Rath Brauneiß die Anfrage gestellt, warum der von ihm gestellte Antrag, „es sei an die hohe Regierung, an den hohen Landtag und an das hohe Abgeordnetenhaus eine Petition zu richten, dass in Wien eine Hauszinsclassensteuer eingeführt werde", bisher noch nicht der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen wurde.

Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, dass dieser Antrag mit Bescheid des Stadtrathes vom 6. Juli 1891 dem Magistrate zur Berichterstattung zugemittelt worden ist und bei demselben dem Departement XIX überwiesen wurde. Infolge des in kurzen Zwischenräumen erfolgten viermaligen Wechsels in der Person des Leiters dieses Departements kam der Antrag daselbst nicht zur Verhandlung. Bei Auflösung des Departements am 31. December 1892 gelangte der Act an das Departement XVII und wird von demselben ehestens zur Vorlage gebracht werden.

6. Herr Gem.-Rath Edlhofer hat folgende Interpellation gestellt (liest):

„In der Sitzung vom 28. October 1892 habe ich einen Antrag auf Erbauung eines neuen, zweckentsprechenden Amtshauses im XVI. Bezirke und Verwendung des bestehenden Amtshauses in der Abelegasse zu einer Volksschule gestellt.

Nachdem sich die Zweckmäßigkeit dieses meines Antrages bei einer heute abgehaltenen Commission wegen Erbauung einer Volksschule sowohl in finanzieller Hinsicht als auch rücksichtlich der Schulverhältnisse als äußerst günstig erwiesen und von den Commissionsmitgliedern beifällig anerkannt wurde, ich aber von dem Schicksale meines ersterwähnten Antrages noch vollständig im Unklaren bin, erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende dringende Anfrage zu richten:

1. Ist dieser Antrag vom Stadtrathe in Berathung gezogen worden?

2. Wenn ja, wann gedenkt der Herr Bürgermeister diesen heute sehr dringlichen Antrag auf die Tagesordnung des Gemeinderathes zu setzen?"

Ich habe die Ehre, darauf Folgendes zu erwidern:

Der Antrag Edlhofer vom 28. October 1892, betreffend die Erbauung eines neuen, zweckentsprechenden Amtshauses im XVI. Bezirke, sowie betreffend die Verwendung der hiedurch frei werdenden Localitäten für Schulzwecke, wurde mit dem Stadtraths-Bescheide vom 2. November 1892, Z. 6727, dem Magistrate zur Berichterstattung zugemittelt.

Kurz vorher war jedoch der Referent des Magistrats-Departements IV in die Kenntnis gelangt, dass der Magistrat zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 4. August 1892, Z. 4721, beauftragt wurde, rechtzeitig Vorschläge dahin zu erstatten, dass vom Schuljahr 1895/96 ab sämmtliche Schulzimmer aus dem Hause Abelegasse Nr. 29 (Amtssitz des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk) verlegt werden können, damit in diesen Räumen sowohl der Bezirksausschuss sammt dem Ortsschul- und Armenrathe als auch sämmtliche Beamte des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk untergebracht werden können.

Von diesem Stadtraths-Beschlusse wurde der Schul-Referent des Magistrates mittels Referats-Abschrift vom 8. August 1892, Z. 118.643, in die Kenntnis gesetzt und wurde bei der am 12. Mai d. J. zur M.-Z. 74.692 stattgefundenen Local-Commission constatiert, dass sämmtliche drei bisher im Hause Abelegasse 29 untergebrachten Schulen aus diesem Hause verlegt werden müssen, um den erforderlichen Raum für die Unterbringung sämmtlicher communaler Ämter des XVI. Bezirkes zu gewinnen.

Inzwischen stand beim Gemeinderathe St.-R.-Z. 3815 der Act wegen Erwerbung eines Bauplatzes für die Erbauung eines neuen Schulhauses auf den Frankl'schen Gründen am Habsburgplatze im XVI. Bezirke in Verhandlung, allein dieser Act wurde am 13. Juni 1893 neuerdings an den Magistrat mit der Aufforderung zurückgeleitet, dem Bezirksausschuss und dem Ortsschulrathe die Frage vorzulegen, ob die gegen die Platzwahl geäußerten Bedenken gerechtfertigt seien, beziehungsweise ob ein anderer geeigneter Platz erworben werden soll.

Hierüber fand auf Veranlassung des Wiener Bezirksschulrathes am 20. Juni d. J. eine Local-Commission statt, deren Mitglieder sich unter anderem einhellig für nachstehende Anträge aussprachen:

1. Dass das Schulgebäude XVI., Abelegasse 29, seinem ursprünglichen Zwecke ganz und ausschließlich erhalten, beziehungsweise zurückgegeben werde, und dass ein neues Amtshaus gebaut werde;

2. dass für den Fall, als das städtische Haus XVI., Abelegasse 29, ausschließlich zu Amtszwecken verwendet werden sollte, nichts übrig bleibt, als die schleunigste Erwerbung einer dem aufzulassenden Schulhause (XVI., Abelegasse 29) möglichst benachbarten Realität zum Zwecke der Erbauung eines neuen Schulhauses ins Auge zu fassen.

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

7. Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger richtet eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister mit Bezug auf jenen Artikel der „Wiener Zeitung", welcher sich mit der Tramwayfrage beschäftigt hat, folgenden Inhaltes:

In der amtlichen „Wiener Zeitung" wurde in dem nichtamtlichen Theile derselben eine offenbar aus der k. k. Statthalterei stammende Mittheilung veröffentlicht, in welcher der Umstand, dass bisher in der Frage der Überfüllung der Tramway-Waggons nichts geschehen ist, entschuldigt zu werden, ja die Schuld hieran auf die Schultern der Gemeinde zu schieben versucht wird.

Es ist für die gesammte Bevölkerung Wiens jedenfalls von Interesse, zu erfahren, ob die betreffenden Mittheilungen der k. k. n.-ö. Statthalterei auf Richtigkeit beruhen und ob insbesondere dem Gemeinderathe der Stadt Wien irgendeine Verzögerung zur Last fällt.

Es ist dies um so wichtiger, als meines Wissens bisher diesbezüglich ein Referat an den Wiener Gemeinderath nicht erstattet wurde und daher auch der genannte gar nicht in die Lage kommen konnte, irgendeine Entscheidung zu verzögern.

Ich erlaube mir daher, folgende Anfrage zu stellen:

Sind die Mittheilungen von Seite der k. k. Statthalterei in der amtlichen „Wiener Zeitung", betreffend die Überfüllung der Wiener Tramway-Waggons, richtig, beziehungsweise wen trifft das Verschulden an der Verzögerung der Erstattung des Gutachtens?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern:

Am 16. November 1892 fand unter dem Vorsitze des Herrn Statthalters eine Enquêtesitzung statt, welche sich auf die verallgemeinerte Einführung einer neuen Tramwaywagen-Type beschränkte. Da die Wiener Tramway-Gesellschaft ungeachtet der vorher an sie ergangenen Aufforderung bei dieser Enquêtesitzung eine neue Tramwaywagen-Type vorzulegen nicht in der Lage war, so ergieng an sie seitens des Herrn Statthalters eine neuerliche diesbezügliche Aufforderung. Derselben entsprechend erstattete die Gesellschaft im December 1892 eine Äußerung, welche jedoch nicht nur die Frage einer neuen Wagentype, sondern auch jene der Trennung des Ring- vom Radialverkehre behufs Beseitigung der periodischen Überfüllung ihrer Wagen behandelte. Diese Äußerung der Gesellschaft wurde mit Statthalterei-Erlass vom 6. December 1892, Z. 78536, dem Magistrate zugemittelt, der hierüber am 29. März 1893 zur M.-Z. 227284 dem Stadtrathe berichtete.

Da bei einer am 4. Februar 1893 stattgefundenen commissionellen Besichtigung eines Projectswagens der Vertreter der General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen erklärte, dass diese Behörde über Ersuchen der k. k. niederösterreichischen Statthalterei daran sei, über Einführung einer nach ihrer Ansicht entsprechenden Wagentype einen Antrag zu erstatten und dieses Gutachten der k. k. General-Inspection bisher weder dem Magistrate noch der Gemeinde Wien zugekommen ist, war der Stadtrath bisher nicht in der Lage, sich über die Vorschläge der Wiener Tramway-Gesellschaft, die überdies über den Rahmen der bei der ersten Enquêtesitzung aufgeworfenen Fragen hinausgehen, zu äußern. Der Stadtrath konnte sich daher nur mit dem Ersuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft beschäftigen, dahin gehend, ihr zu gestatten, 50 Wagen nach der vorgeschlagenen Type Nr. 208 oder 283 in Betrieb zu setzen und hat diesbezüglich die im Amtsblatte vom 20. Juni 1893, Nr. 49, unter Z. 3527 bezeichneten Beschlüsse vom 13. Juni d. J. gefasst. Es ist daher der Umstand, dass eine Äußerung der Gemeinde Wien bezüglich der Tramwaywagen-Type bislang nicht abgegeben werden konnte, lediglich darauf zurückzuführen, dass die k. k. niederösterreichische Statthalterei es bisher unterließ, das maßgebende Gutachten der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen der Gemeinde Wien zur Kenntnis zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

8. Interpellation des Gem.-Rathes Sauerborn:

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 15. März 1888 stellte ich den wohlbegründeten Antrag, dass die Erlachgasse, X. Bezirk, welche durch die Planke der Tramway von der Laxenburgerstraße abgesperrt ist, eröffnet werde.

Dieser Antrag wurde damals der II. Section zur Vorberathung zugewiesen. Nachdem zwei Jahre verflossen, ohne dass darüber im Gemeinderathe referiert wurde, stellte ich in der Gemeinderaths-Sitzung vom 7. März 1890 an den Herrn Bürgermeister eine Anfrage und ersuchte, dass endlich über meinen Antrag im Plenum des Gemeinderathes Bericht erstattet werde. Infolge dessen wurde auch schon in der Sitzung vom 14. März 1890 über diesen Antrag im Gemeinderathe berathen.

Es wurde auch die Eröffnung der Erlachgasse als dringend nothwendig anerkannt und vom Gemeinderathe der Beschluss gefasst:

„Es sei der Magistrat zu beauftragen, wegen Erwerbung des betreffenden Straßengrundes mit der Tramway-Gesellschaft zu verhandeln."

Seither sind nun drei Jahre verflossen, ohne dass bis heute etwas darüber gehört wurde, während das Drängen der Bevölkerung auf Eröffnung dieser Gasse immer dringender wird, so dass dieselbe unmöglich länger hinausgeschoben werden kann, sollen nicht die dortigen Hausbesitzer und Geschäftsleute total zugrunde gehen.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Wurden von Seite des Magistrates mit der Tramway-Gesellschaft Unterhandlungen gepflogen, und in welchem Stadium befinden sich dieselben?

2. Wenn nicht, ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Beschluss des Gemeinderathes vom 14. März 1890 zur Ausführung zu bringen und dahin zu wirken, dass die Erlachgasse endlich eröffnet werde?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

9. Interpellation des Gem.-Rathes Djörup:

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

In den gestrigen Wiener Tagesblättern war zu lesen, dass die provisorische Holzbrücke zwischen dem II. und III. Bezirke bereits dem Verkehre übergeben wurde.

Nachmittags enthielten alle Blätter die Nachricht, dass die Brücke wegen mangelhafter Pflasterungsarbeit polizeilich abgesperrt wurde.

Nachdem ich mich von der Absperrung überzeugt habe, erlaube ich hiemit anzufragen:

ob der hochgeehrte Herr Bürgermeister geneigt sei, gegen den betreffenden Herrn Ingenieur oder Oberingenieur, welcher die Bauführung über hatte und unter dessen Ägide solche nachlässige Arbeit ausgeführt wurde, das Disciplinarverfahren einzuleiten und gegen die betreffenden schuldigen Personen exemplarische Strenge walten zu lassen, denn es ist nicht gleichgiltig, wo uns von Seite der Verkehrsanlagen-Commission so und so viel Bauten zur selbstständigen Ausführung übertragen werden, dass bei unseren Arbeiten

eine solch nachlässige Durchführung (um nicht Schlamperei zu sagen) Eingang findet.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wird, soweit diese Emanation als Interpellation behandelt werden kann, dieselbe in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner** und Genossen:

Es sollen die Eröffnung der Mitterberggasse und Antongasse bis zur verlängerten Gersthofer Hauptstraße im Interesse des großen Verkehrs gleich durchgeführt und die ganzen Straßenbreiten eingehalten werden. Die Niveauherstellung in der Mitterberggasse von der Rosensteingasse bis zur Gersthofer Hauptstraße, dann in der Antongasse von der Rokitanskygasse bis zur Gersthofer Hauptstraße wäre sogleich durchzuführen. Die beiden oben angeführten, zu eröffnenden Gassen, Rinnsal sammt Saumschar und die Straßenübergänge wären zu pflastern, die Straßen und Trottoirs mit einem Plattel-Kiesschotter oder Schläglschotter, mit den bei Um- oder Neupflasterungen gewonnenen alten Schottermaterialien zu beschottern, sowie die nöthigen Wasserläufe herzustellen.

Die beiden Gassen von der Rosensteingasse bis zur Gersthofer Hauptstraße wären mit Gasflammen zu beleuchten, um die Sicherheit der Passanten zu fördern und den Verkehr in den Nächten und zur Winterszeit zu erleichtern, sowie um auch Unglücksfälle zu verhindern.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Angelegenheit, welche in diesem Antrage berührt ist, war schon Gegenstand eines Referates im Stadtrathe. Ich werde Sorge tragen, dass dasselbe ehebaldigst hier erstattet wird. Es sind nur noch Verhandlungen mit den Grundeigenthümern — wie bekannt, gehört diese Fläche der Wienerberger Ziegelgewerkschaft — zu führen und dann wird es möglich sein, den Wünschen des Bezirkes sobald als thunlich zu entsprechen.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

11. Antrag des **Gem.-Rathes Buschan** und Genossen:

Es ist besonders in der letzten Zeit oft vorgekommen, dass Professionsbettler durch geschickte Manipulationen in den kürzesten Zeiträumen von vier oder fünf verschiedenen Armenräthen sogenannte Aushilfen angewiesen und von den betreffenden Armen-Institutscassen auch ausbezahlt erhielten. Dies ist nur dadurch möglich, dass solche Personen in dem Besitz der verschiedenartigsten Heimats-Documente, als: Heimatsschein, Arbeitsbuch, Conscriptionsamts- und Volkszählungs-Ausweis sich befinden, worauf sie sich abwechselnd die erhaltenen Aushilfen bestätigen lassen.

Besonders oft werden hiezu die Conscriptionsamts- und Volkszählungs-Ausweise, welche jederzeit kostenlos zu erhalten sind, verwendet.

Um nun solche Übelstände, wodurch die große Zahl wirklich verschämter und hilfsbedürftiger Armer beeinträchtigt wird, auf die Dauer abzustellen, beantragt der Gefertigte,

die Einführung einheitlicher Aushilfe-Bestätigungs-Blankette, welche nur im städtischen Armen-Departement erhältlich sein sollen, und über deren Ausfolgung genaue Controle ausgeübt werden müsste.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

12. Antrag des **Gem.-Rathes Brauneiß** und Genossen:

Der Auslaufbrunnen vor dem Hause Nr. 61 im XIV. Bezirk, Märzstraße, steht auf einem sehr ungünstigen Ort und es ist nur Wunder zu nennen, dass daselbst nicht schon das größte Unglück geschehen ist, da an diesem Platz die Biegung der Dampftramway ist.

Nachdem jetzt gerade die Rohrlegungen zur Einleitung des Wassers in die Häuser stattfindet, so könnte bei dieser Gelegenheit obiger Auslaufbrunnen umgesetzt werden, und ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass der Auslaufbrunnen vor dem Hause Nr. 61, XIV., Märzstraße in die Huglgasse versetzt werde.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Ich wurde von der Centralleitung des katholischen Schulvereines für Österreich ersucht, beiliegendes Ansuchen dem löblichen Gemeinderathe zu unterbreiten. Der katholische Schulverein hat heute schon in seinen errichteten Privatschulen eine Anzahl von 363 Schülern, welche sich immer vermehrt.

Wenn in Betracht gezogen wird, dass die Commune Wien auch für diese Schülerzahl die nothwendigen Localitäten beistellen und für die Erhaltung derselben sorgen müsste, so wäre dies schon ein bedeutender Betrag. Ein weiterer Umstand wäre die Beistellung der Lehrkräfte sammt Quartiergeldern 2c., was alles mit Kosten verbunden ist. Nachdem so viele andere Vereine in munificenter Weise vom löblichen Gemeinderathe subventioniert werden und der katholische Schulverein wirklich gemeinnützige Zwecke verfolgt, so erlaube ich mir, den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dem katholischen Schulverein für Österreich eine angemessene Subvention zu bewilligen.

Die Eingabe des katholischen Schulvereines lautet:

Hochlöblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Die ergebenst gefertigte Centralleitung des katholischen Schulvereines für Österreich beehrt sich hiemit, das ergebene Ansuchen um eine Subvention für den katholischen Schulverein zu unterbreiten und begründet diese Bitte in folgender Weise. Erstens unterhält dieselbe im I. Bezirke Wiens, Schulerstraße 20, eine vierclassige mit öffentlichem Recht versehene Privat-Volksschule für Knaben. An dieser wirken fünf Lehrer und ein Katechet und werden darin gegenwärtig 89 Schüler unterrichtet. Zweitens im II. Bezirke Wiens, Circusgasse 33, unter der Leitung der ehrwürdigen Marienbrüder ein fünfclassige Knaben-Volksschule mit öffentlichem Recht mit fünf Lehrern und 152 Schülern. Drittens eine fünfclassige Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke Wiens, Währing, Michaelerstraße 10, an welcher derzeit vier Classen bestehen und die fünfte Classe im September d. J. eröffnet werden wird. Die Schülerzahl beträgt gegenwärtig 122 Schüler.

In allen drei genannten Schulen besorgt demnach der katholische Schulverein den Unterricht für 363 Schüler aus der Bevölkerung Wiens. Da aus diesen Daten zur Genüge hervorgeht, dass die löbliche Gemeindevertretung von Wien durch den Bestand dieser Privatschule eine nicht unbedeutende Geldsumme erspart, weil in dem Falle des Nichtbestehens dieser Schulen die obgenannte Schülerzahl in den öffentlichen Schulen unterrichtet werden müsste, so erlaubt sich die ergebenst gefertigte Centralleitung einen löblichen Gemeinderath der Stadt Wien um eine Subvention umsomehr zu ersuchen, als von demselben bereits eine Reihe von katholischen wie akatholischen Privatschüler aus gleichem Grunde unterstützt wird.

Überdies erlaubt sich die hochachtungsvoll gezeichnete Centralleitung als weiteren Grund für die Unterstützung ihrer Schulen auf den Umstand anzuführen, dass laut des Staats-Grundgesetzes vom 21. December 1867, Art. XVII, und des darauf basierenden § 68 des Reichs-Volksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 den Katholiken das Recht zur Errichtung von katholischen Privatschulen zusteht, somit auch die bereits bestehenden vorgenannten Schulen des katholischen Schulvereines auf vollkommen verfassungsmäßiger und legaler Grundlage beruhen.

Im Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn Einer löblichen Gemeindevertretung sieht die ergebenst unterzeichnete Centralleitung der Genehmigung ihres Ansuchens um eine Subvention zuversichtlich entgegen.

Schriftführer Gem.-Rath K. M. Mayer (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Mit Bezug auf die von mir unter einem überreichten Petitionen der Grund- und Wirtschaftsbesitzer der Stadt Wien und mit Rücksicht auf die im heurigen Jahre vorgekommenen böswilligen Culturschädigungen, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

„1. Es seien für die Zeit vom 1. Mai bis 1. November eines jeden Jahres in den ländlichen Bezirkstheilen der Stadt Wien, zum Schutze der Culturen, Flurhüter auf Kosten der Gemeinde zu bestellen.

2. Bezüglich der Zahl der in den einzelnen Bezirken aufzunehmenden Flurhüter sei das Gutachten der Bezirksvertretungen ehestens einzuholen, wobei berücksichtigt werden möge, dass in den weinbautreibenden Bezirken vom 10. August an eine Vermehrung der Hüter einzutreten hat.

3. Die Flurhüter seien von den magistratischen Bezirksämtern über Vorschlag des Bezirksausschusses aufzunehmen, zu beeiden, mit Legitimationskarten, sowie Handwaffen zu versehen, und mit Rücksicht auf die nicht das ganze Jahr andauernde Verwendung entsprechend zu besolden, und zwar im Hinweis auf den zu leistenden Nachtdienst und auf die Gefährlichkeit des Dienstes mit 1 fl. 80 kr. per Tag.

4. Den Sommerparteien und anderen im Bezirke ansässigen vertrauenswürdigen Personen seien von den magistratischen Bezirksämtern oder von den in den ehemaligen Ortsgemeinden domicilierenden Bezirksausschüssen Passierscheine für die verbotenen Wege während der Zeit der Weinreife gegen Erlag eines Betrages von 1 fl. auszufolgen; die erlösten Beträge seien der städtischen Hauptcassa als theilweise Entschädigung für die Kosten der Flurschützer zuzuführen.

5. Die Schulleitungen seien zu ersuchen, die Schüler entsprechend aufzuklären und zu instruieren, dass Devastierungen und Beschädigungen von Culturen durch muthwilliges Betreten sowie das Abreißen von Obst unstatthaft und strafbar seien.

6. An die k. k. Polizei-Direction sei das Ersuchen zu richten, die Flurhüter in der Ausübung ihres Amtes durch die Sicherheitswache nach Thunlichkeit zu unterstützen.

7. Die Flurhüter seien mit genauen Instructionen in Bezug auf die Ausübung ihres Amtes zu versehen, wobei auf die Aufrechthaltung des nothwendigen Verkehres Rücksicht zu nehmen ist, und seien auch diesbezüglich die Wohlmeinungen und Vorschläge der Bezirksvertretungen einzuholen.

8. Ferner seien in den ländlichen Bezirkstheilen unverzüglich, u. zw. in den besonders gefährdeten Gegenden, ohne die weiteren Verfügungen, betreffend den Flurschutz abzuwarten, Warnungstafeln in möglichst großer Zahl, mit entsprechenden Aufschriften anzubringen.

9. Der Flurschutz habe vom 1. Mai 1894 an in Wirksamkeit zu treten; für das Jahr 1893 aber sei mit thunlichster Beschleunigung ein Provisorium zu schaffen, damit vom 1. August 1893 an Flurhüter in den ländlichen Bezirkstheilen in Function treten können.

10. Der vorliegende Antrag sei dem Magistrate mit dem Auftrage, binnen 14 Tagen an den Stadtrath zu berichten, zuzuweisen, und der Stadtrath werde ersucht, noch im Laufe des Monates Juli dem Gemeinderathe die geeigneten Vorschläge zu erstatten."

Der Antrag wird unterstützt von den Gemeinden Währing, Weinhaus, Gersthof, Pötzleinsdorf, Neustift am Walde, Salmannsdorf, Ober-Sievering, Unter-Sievering, Ober-Döbling, Unter-Döbling, Grinzing, Heiligenstadt, Nussdorf, Kahlenbergerdorf, Neuwaldegg, Ober-St. Veit und Dornbach."

Die Petitionen lauten:

Löblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die ergebenst gefertigten Grund- und Wirtschaftsbesitzer des erweiterten Gemeindegebietes der Stadt Wien gestatten sich die nachstehend begründete Bitte dem löblichen Gemeinderathe zu unterbreiten.

Es ist eine allgemeine Klage der Landwirte in den neuen Bezirken, dass die Fluren, welche den Besitz und den einzigen Erwerb derselben bilden, den Verwüstungen seitens der nicht landwirtschafttreibenden Bevölkerung schutzlos preisgegeben sind.

Als die Vereinigung der Vororte mit Wien noch nicht vollzogen war, wurde von den einzelnen Gemeindevorstehungen das möglichste aufgeboten, um der Devastierung der Felder, Wiesen und Weingärten wirksam entgegenzutreten.

In Grinzing beispielsweise war von Mai bis September ein Flurhüter von der Gemeinde bestellt, welcher vom September an im Vereine mit mehreren anderen Hütern die Beschützung der Weingärten bis zur Reifezeit besorgte.

In Nussdorf war gleichfalls ein Flurhüter von der Gemeinde besoldet und wurden die Kosten durch eine kleine Umlage auf die Grundstücke hereingebracht.

In Ober- und Unter-Döbling war der Flurhüter von der Gemeinde angestellt und bezahlt.

In vielen anderen Gemeinden theilten sich die Gemeindevertreter freiwillig in die Beaufsichtigung der Fluren während des Sommers. Beinahe jede Gemeinde hatte 15 bis 18 Gemeindeausschüsse, welche, größtentheils selbst Wirtschaftsbesitzer, es als ihre Pflicht erachteten, mit ihrer Autorität als gewählte Functionäre der Gemeinde für den Schutz der Fluren einzutreten.

Die Aufsicht war früher besonders in Ansehung der Weingärten leichter als heute, weil beinahe überall geschlossene Weingebiete bestanden, welche besser überwacht werden konnten.

Durch die Verheerungen der Reblaus wurden vielfach andere Culturen in die vormals geschlossenen Gebiete eingeschoben, welche schon wegen ihres geringeren Wertes vom Publicum nicht genügend respectiert werden. — Aber gerade die noch bestehenden Weingärten, die zum großen Theile heute Neuanlagen mit amerikanischen Reben darstellen, bedürfen des größtmöglichsten Schutzes.

Diese Rebenanlagen bilden das Resultat unsäglicher Mühe und vielen Fleißes, sie repräsentieren vermöge des Capitals, welches in denselben investiert erscheint, einen hohen Werth, sie sind der Hoffnungsanker von Hunderten von Weinhauern, welche ihre Existenz erhalten wollen.

Allein auch die Besitzer von Wiesen, Äckern und Feldern sind ja häufig genug auf den kargen Ertrag ihrer Grundstücke zu ihrem Lebensunterhalte angewiesen.

Wie schwer werden nun die Landwirte getroffen, wenn, wie es leider nur zu oft vorkommt, einige übermüthige Ausflügler aus Unverstand oder Böswilligkeit in wenigen Minuten das vernichten, was der Landmann in vielen Wochen oder Monaten, ja wie es bei den Neuanlagen der Weingärten der Fall ist, in mehreren Jahren, vielleicht mit dem Aufwande des letzten Restes seines Vermögens und mit unbeschreiblicher Mühe und Sorgfalt hergestellt hat!

Und nicht einmal Unverstand oder böser Wille spielt hier stets eine Rolle; die Professoren und Lehrer der Schulen geben den Schulkindern in gewiss wohlmeinender Absicht den Auftrag, diese oder jene Blumen oder Pflanzen und auch Obstblüthen in die Schule zu bringen. Und die Kinder eilen in ihren freien Stunden fröhlich hinaus ins Grüne und suchen eifrigst jene Pflanzen, welche sie dem Lehrer bringen sollen. Sie achten nicht darauf, dass sie durch das Betreten einer Wiese oder eines Ackers Schaden anrichten, dass sie durch das Abreißen von Blüthenstämmen junge Bäume ruinieren, sie glauben vielmehr in treuer Pflichterfüllung ihren Wissenskreis zu vergrößern.

Die Landwirte sind weit davon entfernt, der Erforschung der Natur seitens der Jugend hinderlich in den Weg zu treten, was sie wünschen, ist lediglich, dass der Schuljugend in dieser Beziehung von den Lehrern genaue Instructionen und Warnungen ertheilt werden mögen.

Seit der Einverleibung der Vororte sind den Landwirten, insbesondere den Weinproducenten durch die Verzehrungssteuer neue Lasten auferlegt worden. Schier unmöglich ist es heute denselben, den Anforderungen des Staates und der Gemeinde gerecht zu werden.

Andererseits bezieht die Gemeinde Wien im Vergleiche zu den früher bestandenen kleinen Gemeinden infolge der städtischen Zuschläge zur Verzehrungssteuer größere Einnahmen von den Weingartenbesitzern, und die Gemeinde hat daher auch ein erhöhtes Interesse und die moralische Verpflichtung, die Ertragfähigkeit der Culturen zu schützen. Auch ist die Commune selbst Besitzerin zahlreicher Alleeanlagen und Grundstücke in den neuen Bezirken, welche gegenwärtig des Schutzes gleichfalls vollständig entbehren.

Die Grundbesitzer selbst sind nicht in der Lage, Flurhüter zu bestellen und zu besolden, denn selbst dann, wenn es gelingen würde, sämmtliche Interessenten zur freiwilligen Beitragsleistung heranzuziehen, hätten die bestellten Flurwächter nicht jene Autorität, welche zur erfolgreichen Ausübung ihres Amtes unbedingt erforderlich wäre.

Mit Rücksicht auf die dargestellten Verhältnisse stellen die Gefertigten vertrauensvoll die Bitte:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es seien vom 1. Mai bis Ende October eines jeden Jahres auf Kosten der Gemeinde Flurhüter für die ländlichen Gebietstheile der Stadt Wien zu bestellen und an den geeigneten Orten Warnungstafeln mit entsprechenden Aufschriften in möglichst großer Zahl anzubringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Diese Anträge werden geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler, zu referieren.

15. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Zahl 3937. Der Antrag steht auf der Tagesordnung. Es haben im XVII. Bezirke einige Ergänzungswahlen für den Bezirksausschuss stattgefunden. Bei der Wahl im 3. Wahlkörper wurden 448 giltige Stimmzettel abgegeben. Hievon entfielen auf Herrn Karl Kretschek, Trödler und Hausbesitzer, 438. Derselbe erscheint somit, nachdem die absolute Mehrheit 225 ist, zum Bezirksausschuss gewählt. Im 2. Wahlkörper wurden 190 Stimmzettel abgegeben, von denen 188 für giltig erklärt wurden. Es entfielen auf Herrn Josef Franz, Bürgerschullehrer, 182, auf Herrn Johann Reisinger, Gastwirt und Hausbesitzer, 180 Stimmen. Nachdem hier zwei Ergänzungswahlen vorzunehmen waren, so erscheinen diese beiden Herren mit einer die absolute Mehrheit übersteigenden Majorität gewählt.

Im 1. Wahlkörper waren zwei Ergänzungswahlen vorzunehmen. Es wurden 47 giltige Stimmzettel abgegeben, die absolute Mehrheit betrug 24. Es erhielt Herr Ferdinand Bittermann, Hausbesitzer, 46, Herr Josef Hanke, Gemischtwaren-Verschleißer, 44 Stimmen. Dieselben erscheinen somit gewählt. Der Stadtrath

beantragt, diese Wahlen in Gemäßheit des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Beschluss: Die Wahl der Herren Karl Kretschek, Josef Franz, Johann Reisinger, Ferdinand Bittermann und Josef Hanke aus dem 1., 2. und 3. Wahlkörper zu Mitgliedern des Bezirksausschusses des XVII. Gemeindebezirkes wird gemäß § 21 der Wahlordnung bestätigt.

16. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Zahl 3380. Der Antrag ist auf der gedruckten Tagesordnung. Es handelt sich um einen Zuschusscredit für die Adaptierungsarbeiten in dem Hause II. Bezirk, Wintergasse 14, welches Object vom Gemeinderathe behufs Errichtung einer Doppel-Volksschule bereits gemietet wurde. Der geehrte Gemeinderath hat am 8. Februar d. J. beschlossen, dieses Object zu mieten, und hat weiters den Beschluss gefasst, dass, im Falle die Miete verlängert, das heißt eine längere Miet-dauer stipuliert werden würde, auch noch gewisse Einrichtungen in der Schule vorzunehmen seien. Die Verlängerung der Miete von $3^1/_2$ auf 6 Jahre ist mit dem Rechte zugestanden worden, dass die Gemeinde nach Ablauf von 6 Jahren auf weitere 3 Jahre mieten könne. Die Einrichtungen, welche nun gemacht werden sollen, beziehen sich auf die Einführung der Gas- statt der Petroleum-beleuchtung, auf eine bessere Einrichtung und Vermehrung der Aborte und auf die Ausführung von Ventilations-Füllöfen. Die Kosten hiefür veranlassen, dass ein Zuschusscredit von 9600 fl. beantragt werden muss, und bitte ich um Genehmigung dieses Zuschusscredites.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Zur Ausführung der mit Gemeinderaths-Beschluss vom 8. Februar 1893, Z. 597, angeordneten Herstellungen (Ventilationseinrichtung, Gasbeleuchtung ꝛc.) in dem zur Unterbringung einer Doppel-Volksschule gemieteten Hause II., Wintergasse 14, wird ein Zuschuss-credit in der Höhe von 9600 fl. zur Ausg.-Rubr. XLIII 2 bewilligt.

17. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 3984. Der Gegenstand und auch der betreffende Antrag stehen auf der heutigen Tagesordnung. Es handelt sich um die Renovierung der Kanzlei-Localitäten des Bezirksausschusses im IX. Bezirke und der im Gemeindehause daselbst befindlichen Localitäten, welche dem Armenrathe zugetheilt sind. Alle diese Localitäten, sowohl die des Bezirks-ausschusses als die des Armeninstitutes, sind in sehr reparatur-bedürftigem Zustande; Malerei, Tapezierungen, Fußböden, Anstrich ꝛc. müssen gründlich renoviert werden. Es ist keine sehr erhebliche Summe hiefür nothwendig, sie beträgt im ganzen 831 fl. 45 kr. Es ist aber leider keine Bedeckung mehr vorhanden, nachdem die betreffende Rubrik XII 4 d bereits erschöpft ist; es ist daher nothwendig, zu dieser Rubrik einen Zuschusscredit in der Höhe von 831 fl. 45 kr. zu bewilligen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung? Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Für die Renovierung der Kanzleilocalitäten des Bezirksausschusses und des Armeninstitutes im Gemeindehause des IX. Bezirkes wird zur Ausgabs-Rubrik XII 4 d ein Zuschusscredit in der Höhe von 831 fl. 45 kr. bewilligt.

18. Referent Gem.-Rath Dr. Lederer: Den Herren ist bekannt, dass verschiedene Anträge bezüglich der Wasserzufuhr in den neu einbezogenen Bezirken gestellt worden sind. Der Stadtrath hat sich in dieser Richtung bestimmt gefunden, den gestellten Anträgen in ihrer großen Mehrzahl zu entsprechen und ist dafür Vorsorge getroffen, dass auch in Unter-St. Veit, Lainz, Speising, Neu-Hietzing und Grinzing die Wasserzufuhr erfolgt. Die vermehrten Ausgaben, sowie überhaupt die Ausgaben für die Wasserzufuhr haben den für das heurige Jahr eingestellten Betrag von 18.000 fl. schon nahezu erschöpft, und es ist daher für den Rest dieses Sommers ein weiterer Betrag von 20.000 fl. nothwendig. Der Stadtrath beantragt daher, zu dem Betrage, der bereits im Budget eingestellt wurde, einen Zuschusscredit von 20.000 fl. zu bewilligen. Ich bemerke, dass die täglichen Auslagen circa 140 fl. ausmachen werden und dass, wenn man, wie bisher, die Versorgung der neuen Bezirke mit Trinkwasser auch weiterhin durchführen will, dieser Zuschusscredit unbedingt nothwendig sein wird. Ich glaube, dass er vielleicht nicht einmal ausreicht. Ich bitte Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Gem.-Rath Steiner: Ich will mich nicht gegen das Referat wenden, sondern will nur einige Beschwerden der Bevölkerung jener Ortschaften, in denen die Wasserzufuhr durchgeführt wird, vorbringen. Es scheint bei den Mitgehern, die das Wasser an die Parteien abgeben, eine eigene Protectionswirtschaft geübt zu werden. Es sind mir diesbezüglich aus Neuwaldegg und aus Unter-Sievering Beschwerden zugekommen. Wer ein Trinkgeld gibt, bekommt ein ganzes Schaffel Wasser, und wer keines gibt, bekommt keines. Es sind Gassen, wo zwei bis drei Häuser sind, bei denen der Wagen zwei bis drei Minuten stehen bleiben soll. Er bleibt aber nicht stehen. Sie läuten dort nur, fahren durch und, oben angekommen, haben sie das Wasser nicht verbraucht und lassen es in den Canal laufen. Diese Beschwerden hört man täglich.

Ich habe mich aber speciell wegen eines anderen Falles zum Worte gemeldet. In der Gemeinde Unter-Sievering sind zwei Gemeinde-Brunnen. Die Hausbesitzer in der Nähe, welche aus diesen Brunnen das Wasser entnehmen, müssen jährlich den Betrag von 5 fl. bezahlen. Ich glaube nun, dass es nicht am Platze ist, eine Gebür von den Hausbesitzern einzuheben, wenn den anderen das Wasser unentgeltlich zugeführt wird. Ich will nun diesbezüglich einen Antrag stellen und bitte Sie, denselben zu unterstützen, damit er dem Stadtrathe zugewiesen werde. Mein Antrag lautet:

„Von den Hausbesitzern in der ehemaligen Gemeinde Unter-Sievering ist eine Gebür für die Wasserentnahme aus den Gemeinde-brunnen nicht mehr einzuheben."

Ich bitte um Ihre diesbezügliche Unterstützung.

Referent: Ich habe darauf zu bemerken, dass diese Beschwerden auch dem Stadtrathe bekannt geworden sind und dass der Stadtrath darum den weiteren Beschluss gefasst hat, sowohl die magistratischen Bezirksämter als auch die Bezirksausschüsse anzugehen, diese Wasserzuweisung auf das strengste zu überwachen und zu controlieren.

Was den anderen Antrag betrifft, so wird er dem Stadtrathe zugewiesen werden, und der Stadtrath wird ja darüber Beschluss fassen.

Gem.-Rath Eigner: Wie Sie hier sehen, betragen die Mehrauslagen für die Zufuhr an Trinkwasser 20.000 fl. Es liegt ja nichts daran, wenn auch die Ziffer noch größer wäre, wenn nur diejenigen, welche keinen Auslaufbrunnen in der Nähe haben, gutes Trinkwasser zugeführt erhielten. In Ottakring aber wurde entweder vom Magistrate oder vom magistratischen Bezirksamte die Zufuhr an die Transport-Gesellschaft vermietet.

Diese Gesellschaft bekommt per Tag 8 fl. von der Commune Wien bezahlt. Die Transport-Gesellschaft mietet sich einen Subunternehmer und zahlt ihm 5 fl. 30 kr. Der Subunternehmer hat sonst nichts beizustellen als die Pferde; Wagen und Leute werden von der Transport-Gesellschaft beigestellt. Mithin hat die Gesellschaft einen Reingewinn von 2 fl. 70 kr. täglich. Nun wird aber von der Commune Wien der Diener noch separat beigestellt; sie bezahlt auch noch den städtischen Diener, der das Wasser vertheilt. Mithin kostet diese Fuhr per Tag nicht 8 fl., sondern 9 fl. 20 kr., da der städtische Diener 1 fl. 20 kr. bekommt; und wenn er nur 1 fl. bekommt, so sind es doch 9 fl. Es zeigt sich ganz deutlich, wie nothwendig es wäre, das ganze Fuhrwerk, das die Commune verwenden kann, zur Straßenreinigung, zur Wasser-, Kohlen- und Schotterzufuhr, zur Requisitenverführung und zu anderen Commissionen in eigene Regie zu nehmen, so dass sie selbst die Pferde beistellen würde. Sie sehen, was da verdient wird, wenn der Unternehmer täglich 2 fl. 70 kr. Reingewinn hat. Ein besseres Geschäft gibt's nicht. So ist es nicht nur in Ottakring, sondern auch in den anderen neu einverleibten Bezirken. Ich glaube, dass die Commune an das Werk herantreten und nicht zugeben soll, dass die Gesellschaft den Steuerträgern das sauer erworbene Geld abnehme; ich glaube, man kann das Geld selbst verdienen und damit die Steuerträger entlasten.

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Sie haben soeben von den Übelständen gehört, die sich einige Bedienstete bezüglich der Wasserabgabe zuschulden kommen lassen. Es ist dies einfach zur Notiz genommen worden. Ich glaube, man sollte kategorischer gegen die Leute vorgehen, die sich Derartiges zuschulden kommen lassen. Es ist nicht genügend, wenn man das einfach zur Kenntnis nimmt und verspricht, die strengste Controle zu üben. Wenn sich einmal Bedienstete derartige Schmutzereien zuschulden kommen lassen, soll man sie einfach mit der Entlassung bestrafen, u. zw. zum Exempel für die anderen. Denn wenn man ihm nur einen gewöhnlichen Verweis gibt und darauf hinweist, dass es nicht wieder vorkommen soll, so wird er es wieder thun, denn die Katze lässt das Mausen nicht. Solche Leute gehören weg. Das Trinkgeldwesen ist soviel wie Bestechung, und ich bin gegen jede Bestechung, sei sie im großen oder im kleinen. Das soll nicht vorkommen, und ich stelle daher den Antrag, die Leute, die sich das zuschulden kommen lassen, einfach mit der Entlassung zu bestrafen.

Referent: Was Herr Gem.-Rath Eigner gesagt hat, ist eigentlich nicht in directem Zusammenhange mit dem Referate, denn es handelt sich da überhaupt um die Vergebung derartiger Fuhrwerke, und diese Frage wird bei einer anderen Gelegenheit zur Erörterung kommen. Was aber Herr Gem.-Rath Weitmann hervorgehoben hat, so muss ich sagen, dass ich darüber auch nicht sprechen kann; ich bin aber überzeugt, dass der Herr Bürgermeister, wenn ihm solche Fälle zur Kenntnis kommen, und ebenso die magistratischen Bezirksämter auf das rücksichtsloseste vorgehen werden. Der Auftrag wird hinausgehen und ich glaube auch zur Ausführung kommen, denn es ist, wie ich schon hervorgehoben habe, auch im Stadtrathe Mittheilung von solchen Übelständen gemacht worden, und darum war der Beschluss des Stadtrathes, eine solche Weisung hinauszugeben, gefasst worden. Ich hoffe, dass diese Weisung auch von Erfolg sein wird, und bitte, dass die Herren selbst auch controlieren mögen und, wenn einzelne derartige Fälle vorkommen, sorgen, dass sie zur Anzeige gebracht werden, sei es beim magistratischen Bezirksamte, oder hier, wenn die betreffende Verfügung nicht eingehalten werden sollte. Gegen die Bewilligung des Zuschussredites wurde keine Einwendung erhoben und ich bitte also um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erlaube mir zur Abstimmung zu bringen den Antrag des Herrn Referenten um Bewilligung eines Zuschussredites von 20.000 fl. zu Zwecken der Trinkwasserzufuhr. Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Steiner hat den Antrag gestellt: „Von den Hausbesitzern in der ehemaligen Gemeinde Unter-Sievering ist die Gebür für die Wasserentnahme von Gemeindebrunnen nicht mehr einzuheben." Ich bitte jene Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Den Antrag Weitmann kann ich nicht zur Abstimmung bringen, weil derselbe mit den bestehenden Vorschriften der Dienstpragmatik über die Disciplinarbehandlung der städtischen Beamten und Diener sich nicht vereinbaren lässt.

Es muss die Bevölkerung zu einer solchen Ordnung der Dinge mitwirken, indem sie solche Fälle den betreffenden magistratischen Bezirksämtern oder hier zur Anzeige bringt, und da wird gewiss nach der Dienstpragmatik vorgegangen werden. Aber die erste Bedingung ist, dass die Anzeige erstattet wird, sonst kann man eben nichts machen.

Beschluss: Für die Trinkwasserzufuhr in mehreren neuen Bezirken wird ein Zuschussredit in der Höhe von 20.000 fl. bewilligt.

19. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir fahren in der Berathung des Referates, betreffend den Entwurf der an die Actiengesellschaft vormals Krauß & Comp. zu ertheilenden Concession für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn fort. (Gem.-Rath Josef Müller tritt an den Referententisch.) Zum Worte ist vorgemerkt Herr Gem.-Rath Kareis pro.

Gem.-Rath Kareis (pro): Hochverehrte Herren! Ich habe mich für den Antrag des Referenten zum Worte gemeldet und will Ihre Geduld durch einige Ausführungen in Anspruch nehmen, welche darthun sollen, dass es doch nicht gut angeht, wie es von einigen Seiten hervorgehoben wurde, dass in diesem Stadium der Angelegenheit die Stadt den Versuch machen sollte, die Concession für diese Stadtbahn zu erwerben.

Ich bin deshalb der Meinung, weil ich es aus sehr berufenem und bewährtem Munde weiß, dass die Stadtbahn in jenen Strecken, die wir hier concessioniert sehen, eigentlich — wenigstens in den ersten Jahren — kein so glänzendes Geschäft sein wird, wie sich die Herren meistens vorstellen. Wenn wir bedenken, dass alle diese Versuche und Unternehmungen auf Kosten der Steuerträger geschehen, deren Interesse zu wahren wir alle berufen sind, so wird

niemand, wenn er sein Gewissen recht eingehend befragt, dafür stimmen können, heute diesen Versuch zu machen. Diese Dinge sind am besten einer Privatunternehmung zu überlassen; die verdient etwas, die hat ganz andere Mittel und Wege, als sie die Stadt hat. Sie wird höchstwahrscheinlich eine Actiengesellschaft bilden und wird die Actien an den Mann bringen — auf welche Weise bleibe hier unerörtert — und es wird bei Begebung der Actien soviel herausschauen, um eine Zeitlang die Betriebsauslagen zu decken. Das kann die Stadt nicht machen, und dieser Grund und viele andere sind wohl dazu angethan, dass man für die Erwerbung der Concession im heutigen Stadium nicht stimmen kann. Ich will aber für die Anträge des Herrn Referenten auch aus weiteren Gründen stimmen.

Eine Hauptangelegenheit jedoch, die mir am Herzen liegt, ist der Zusatz-Antrag zu den Referenten-Anträgen, welchen der Herr St.-R. Huber in der vorigen Sitzung gestellt hat, nämlich dass der Gemeinderath den Wunsch ausspreche — denn wir sind ja doch nur auf dieses Niveau eingeschränkt und können nichts anderes thun, als Wünsche aussprechen — dass der elektrische Betrieb sofort bei Eröffnung der Stadtbahn in Aussicht genommen werde. Ich weiß, dass diese meine Begründung vielleicht nicht mehr so nothwendig ist, denn die warmen und innigen Worte, mit welchen der Antrag eingebracht wurde, haben zu den vielen Freunden, welche der elektrische Betrieb im vorhinein hatte, noch viele dazu gewonnen, und ich gebe mich der Hoffnung hin, dass der Antrag angenommen werden wird, wenn auch vielleicht von anderer Seite — und von sehr berufener Seite — dagegen gesprochen werden sollte. Ich halte mich aber doch für verpflichtet, die sachlichen Begründungen, welche für die Einführung des elektrischen Betriebes durchaus klar und evident sprechen, hier der geehrten Versammlung zu Gehör zu bringen.

Es ist ganz gewiss wahr, dass die Elektricität heute in einem Werdestadium ist. Das wird meistentheils so hervorgehoben, dass man ihr eine Leistung von einem bestimmten Umfange und von bestimmter Intensität heute nicht zumuthen kann. Es ist das aber ein Fehlschuss. Wenn in einigen Gebieten die Elektricität noch nicht auf der vollen Höhe der Leistungsfähigkeit ist, und wenn man ihr auch vielleicht nicht zumuthen kann, wie es viele wünschen, dass man auf 1000 oder 100 km Kraftübertragungen vornimmt, so ist die Frage, ob man den elektrischen Betrieb in einem Stadtbahnnetz einführen kann, heute ganz gewiss eine gelöste. Und wenn auch nirgends eine Bahn besteht, auf welcher die Bedingungen zu erfüllen sind, welche hier gestellt werden, so ist das kein Beweis, dass, wenn diese Bedingungen damals gestellt worden wären, sie nicht erfüllt worden wären, und ich will das an einem Beispiele nachweisen. Die h. Regierung, deren Concessionsbedingnisse hier in diesem Hefte enthalten sind, hat dies ganz gut gewusst und hat im § 13 derselben die Sache derart gemacht, dass sie der Vorsorge für den elektrischen Betrieb in der Weise genügegethan hat, dass sie sagt: „Die concessionierten Bahnen" — heißt es hier — „sind je nach einer später noch zu treffenden Bestimmung des k. k. Handelsministeriums entweder mit Dampflocomotiven oder mit elektrischer Zugkraft zu betreiben. Demgemäß ist die Gesellschaft verpflichtet, bezüglich der Anwendung der elektrischen Traction an Stelle des Betriebes mit Dampflocomotiven unter Voraussetzung der gleichen Leistungsfähigkeit — Beförderung von circa 8000 Personen pro Stunde in jeder Richtung — spätestens gleichzeitig mit der Vorlage der Detailprojecte für die im § 1, Z. 1 und 3 der a. h. Concessionsurkunde bezeichneten Linien, d. i. die Wienthallinie, die Donaulinie und die Linie unter der Ringstraße, dem k. k. Handelsministerium eingehend begründete Vorschläge zu erstatten, über welche es rechtzeitig entscheiden soll, dass dadurch die Vollendung der Bahn keinen Aufschub erleidet."

Nun wurde aber von jener Seite, welche diese Vorschläge der Regierung zu unterbreiten hat, in einer anderen Versammlung als hier, und welche eigentlich schwer zu citieren ist, behauptet, dass die Leistungsfähigkeit der elektrischen Bahn noch nicht so weit entwickelt ist, um 8000 Personen pro Stunde auf jedem Geleise zu befördern, dass sie das zu thun nicht imstande ist. Ich glaube aber, dass, selbst wenn sie das nicht kann, doch so viel Vortheile mit dem elektrischen Betriebe verbunden sind, dass man dieses kleine Manco nachsehen könnte; denn es wird auch nicht gleich zu Beginn des Betriebes der Stadtbahn die Aufgabe an dieselbe herantreten, 8000 Personen zu jeder Stunde zu befördern. Aber man hat beim elektrischen Betriebe keinen Rauch, kein Kohlenoxydgas, und entfällt eine Unzahl von Belästigungen, wie Geräusch, die pendelartigen Bewegungen, und größere Gefahren — das kann man ruhig sagen —, welche mit dem Dampfbetrieb verbunden sind, entfallen beim elektrischen Betriebe. Infolge dessen könnte man also sogar ein kleines Manco nachsehen. Ich behaupte aber auf Grund von gegebenen Thatsachen, dass die Leistung von 8000 Personen durchaus möglich ist, und zwar stütze ich mich hier auf ein Factum, welches in jüngster Zeit erst vorgekommen ist. Es ist in Budapest eine elektrische Straßen- oder Stadtbahn, und es wurden in Budapest am verflossenen Pfingstsonntag 68.000 Personen befördert, und zwar in einer Straße auf beiden Geleisen. Rechnet man da die Zahlen aus, so bekommt man, dass die Stunden-Durchschnittsleistung 2125 Personen ausgemacht hat. Bedenkt man nun, dass sich die eigentlichen Maximalleistungen nur auf drei Stunden vielleicht zusammendrängen, so kann man ganz ruhig annehmen, dass die dreifache Leistung der Durchschnittsleistung möglich war, und da bekommen wir 6378 Personen. Das sind noch nicht 8000 Personen, wir sind aber schon sehr nahe daran. Nun bitte ich aber, zu bedenken: die Fahrgeschwindigkeit, welche in Budapest gestattet ist, da die Bahn im Planum der Straße geht, beträgt höchstens 12 km pro Stunde; sodann sind die Haltestellen in Budapest so nahe aneinander, dass die eine von der anderen nicht weiter als 150 bis 200, im höchsten Falle 250 m entfernt ist. Stellen wir den Ziffern, die ich hier ausgesprochen habe, dieselben Daten, wie sie für Wien concessioniert werden sollen, entgegen, so bekommen wir, um bei letzterem gleich anzufangen, eine mittlere Entfernung der Stationen von 500 m und eine Maximalgeschwindigkeit von 40 km. Das ist ein sehr bedeutender Unterschied.

Ich werde mich nicht in mathematische und elektrotechnische Deductionen einlassen, aber ich glaube, dass, wenn Sie diese beiden Daten mit einander vergleichen, es Ihnen gleich klar sein wird, dass die Leistung einer Beförderung von 8000 Personen sehr leicht zu erreichen sei, denn wenn ich drei- oder viermal so schnell fahren kann, und wenn ich die Maximalgeschwindigkeit durch eine viel längere Strecke, weil die Haltestellen weiter von einander entfernt sind, einhalten kann, so kann ich viel mehr Menschen befördern als bei einer langsamen Geschwindigkeit und bei sehr kurzen Intervallen.

Ich glaube, ich könnte hier, wenn ich mich in technische Details einlassen wollte, ganz gut den Beweis erbringen, dass es sehr schwer möglich sein wird, mit Dampf diese Leistung von 8000 Per-

sonen aufzubringen. Ich will nur einzelne Schlaglichter auf diese Thatsachen werfen. Wenn wir bedenken, dass mit Dampf, um diese Leistung hervorzubringen, 20 Züge auf jedem Geleise pro Stunde abgelassen werden müssen und dass diese ja bei den Unterschieden im Betriebe nie so schnell fahren können als wie beim elektrischen Betriebe aus dem Grunde, weil die Locomotive sehr langsam angeht und auch viel langsamer zum Stehen gebracht werden kann, während beim elektrischen Betriebe jeder Wagen seinen eigenen Motor hat und sofort an der Achse die Betriebskraft besitzt, die ihn sofort vom Fleck in eine gewisse Maximalgeschwindigkeit hineinzubringen vermag, und zwar in einer viel kürzeren Zeit als es beim Dampf der Fall ist — so ist die Frage, ob Elektricität oder Dampf, selbst in Beziehung auf die Leistungsfähigkeit zu Gunsten der ersteren gelöst; auch nach Meinung anderer Leute, die es sogar noch besser verstehen als ich — ich bitte um Entschuldigung für diese etwas unbescheidene Wendung — ist mit Elektricität diese Leistung viel leichter möglich als mit Dampf.

Aber ich beziehe mich hier noch einmal auf das früher vorgebrachte Argument. Selbst wenn diese Leistung nicht möglich wäre, so sind die großartigen Vorzüge, welche der elektrische Betrieb an und für sich besitzt, Argumente genug, um für denselben einzutreten. Man gebe sich keiner Täuschung hin. Ob man mit Kohle oder mit Coaks oder mit Petroleum die Locomotiven zu heizen gedenkt, welche den Dampfbetrieb darstellen, sie werden nur immer eine Verunreinigung der Luft sowohl in den gedeckten als in den ungedeckten Strecken haben, die niemand wünschen kann, der die Schönheit von Wien im Verhältnisse zu dieser neuen Methode, die Bevölkerung rasch hinauszubringen und innerhalb der Stadt zu befördern, abwägt. Wir werden also für diese Art des Betriebes nicht eintreten und nicht dafür schwärmen können. Ich habe erst heute eine Nachricht bekommen, welche beweist, wie die Luft durch den Betrieb mit Dampflocomotiven verpestet werden kann. Der Arlberg-Tunnel ist ein sehr langer Tunnel, das ist wahr, aber er wird auch deshalb sehr wenig befahren. Nichtsdestoweniger ist die Luft durch die durchgehenden Züge so verpestet, dass die Arbeiter, welche jetzt mit einer speciellen Arbeit dort beschäftigt sind, nur kurze Zeit darin aushalten können.

Es kam nun in den letzten Tagen, ich weiß nicht ein- oder mehreremale, aber einmal gewiss, weil ich heute eine amtliche Nachricht darüber gelesen habe, vor, dass ungefähr 50 Personen infolge der Kohlengase in Ohnmacht gefallen sind, und es mussten neue Leute in den Tunnel hinein, um sie hinauszuschaffen. Wenn nur ein geringer Bruchtheil von diesen schädlichen Gasen in den Tunnels ist, können wir das nicht brauchen und umsoweniger, wenn wir es nicht nöthig haben. Es ist dies gewiss sehr ernst zu nehmen und auch aus diesem Grunde der elektrische Betrieb vorzuziehen.

Was nun die Accommodationsfähigkeit des elektrischen Betriebes an die Bedürfnisse der Bevölkerung betrifft, so ist sehr leicht einzusehen, dass auch auf dieser Seite der Vortheil ist. Wenn ich mit Dampflocomotiven fahre, muss ich immer mit dem Zug, ob er besetzt ist oder nicht, durchfahren. Ich habe in gewissen Stunden eine ganze Masse von todter Last zu führen. Beim elektrischen Betrieb ist das nicht nothwendig. Ich kann ebensogut einen Wagen wie zwei oder zehn in Bewegung setzen, und wenn ich mit zehn Wagen auf einmal fahren kann, kann ich auch 400 Personen auf einmal befördern und ich kann die 8000 Personen viel rascher durchbringen, als ich es mit Dampf thun kann.

Wenn nun die verehrten Collegen von meinen Ausführungen vielleicht noch nicht recht überzeugt sind, so habe ich mir etwas Gedrucktes mitgebracht, weil man dem doch etwas mehr glaubt, was schwarz auf weiß gedruckt steht. Ich habe hier das vom Ingenieur Anton Waldvogel ausgearbeitete Project über die Ausgestaltung der Verkehrsanlagen, welches erst vor zehn Tagen erschienen ist. Ich bitte um Entschuldigung, ich werde etwas länger lesen müssen, aber es ist vielleicht nothwendig. Da schreibt er über den Betrieb des Stadtbahnnetzes: „Ich kann mir bei dem heutigen Stande der Technik für den eigentlichen Stadtverkehr, also den Personenverkehr, unserer schönen Stadt Wien gar keine andere Betriebsart denken als den elektrischen Betrieb. Von 1000 Zügen, die auf dem gesammten Bahnnetze verkehren, müssen 950 bis 970 Züge elektrisch und der Rest auf jenen Bahnlinien, die auch als Vollbahnen für schwere Maschinen gebaut sind, als Lastzüge, Kohlentransporte u. s. w. benützt werden." Er führt das hier des weiteren aus; ich glaube, wir stimmen so ziemlich mit dem überein, was hier steht; ich will mich also hier nicht wiederholen. Nur etwas will ich noch lesen, weil es auch wieder das Hauptgewicht der Argumentation auf die Widersprüche gegen den elektrischen Betrieb legt: „Es ist kaum glaublich, was man jetzt noch, im Juni 1893, während sich dieser Vortrag im Druck befindet, der technischen Welt zu bieten für angemessen findet. Die elektrischen Bahnen seien bei dem heutigen Stande der Technik noch nicht so leistungsfähig, um die von der Regierung geforderte Maximalleistung von 8000 Personen pro Stunde und Linie zu bewältigen. Dagegen sei dies mit rauchverzehrenden Locomotiven, die mit Petroleumrückständen geheizt werden, wohl möglich. Es verdient dies festgehalten zu werden. Wir sind der Überzeugung, dass der elektrische Betrieb anstandslos 12.000 Personen pro Stunde und Linie leicht zu bewältigen vermag." Und wenn Ihnen die Autorität des Einzelnen nicht genügen sollte, so berufe ich mich auf die Resolution, welche der Ingenieur- und Architekten-Verein, also die berufenste Corporation der Stadt Wien, in dieser Richtung gefasst hat. Es wurde am 29. April 1893 einstimmig in der Vollversammlung des Ingenieur- und Architekten-Vereines die Resolution gefasst: „Der Ausschuss hält es nach dem gegenwärtigen Stande der Technik für das einzig Richtige, wenn das dem eigentlichen Stadtverkehr dienende Gesammtbahnnetz für elektrischen Betrieb eingerichtet wird; bei den wichtigen und frequentesten Localstrecken der Hauptbahnen Franz Josef-Bahn, Westbahn, Südbahn wäre der gemischte Betrieb, der Dampf- und elektrische Betrieb, anzustreben."

Ich schließe und danke für die mir gewährte Aufmerksamkeit, aber ich bitte, mich auch insofern für die angenehme Mühe, dies ausgeführt zu haben, dadurch zu belohnen, dass Sie den Antrag des Herrn Dr. Huber annehmen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Stern: Meine Herren! Ich bin bezüglich der Concessionsverleihung anderer Meinung als mein unmittelbarer Herr Vorredner und auch anderer Meinung als der Herr Referent. In dem uns vorliegenden Antrage des Herrn Referenten wird die Frage, ob die Concession einer Erwerbsgesellschaft übertragen, oder ob sie von der Stadt Wien erworben werden soll, ganz einfach mit Stillschweigen übergangen, so, als ob ein Gemeinderaths-Beschluss vom 27. Mai 1892, in welchem sich der Gemeinderath ausdrücklich dagegen ausgesprochen hat, dass die Concession für die Localbahnen an die Firma Krauß & Comp. oder überhaupt an eine Gesellschaft ertheilt werde und in welchem Beschlusse gesagt wurde, dass diese Concession vielmehr von der Stadt Wien

erworben werden, oder dass von ihr wenigstens die anbahnenden Schritte geschehen sollen, als ob dieser Gemeinderaths-Beschluss, sage ich, gar nicht existieren würde. Der Herr Referent hat in seinem mündlichen Exposé ganz kurz und mit wenigen Worten darauf verwiesen, indem er sagt: das ist ja ganz ausgeschlossen, dass die Stadt Wien ein solches Geschäft macht, dass die Stadt Wien eine solche Bau- und Betriebsconcession erwerben könnte — und er hat dann auch auf das Beispiel von Berlin hingewiesen, welches Beispiel nach der Anschauung des Herrn Referenten nicht sehr ermuthigend sein soll.

Was den ersten Hinweis des Herrn Referenten betrifft, dass es ja ausgeschlossen sei, dass sich eine Stadt wie die Stadt Wien überhaupt damit befasse, eine derartige Bau- und Betriebsconcession zu erwerben, so muss ich sagen, dass ich hier allerdings andere Autoritäten anzuführen vermag, welche gerade in diesem Punkte einer anderen Meinung sind.

Ich verweise darauf, dass in den Debatten, die im Abgeordnetenhause stattfanden, gerade als es sich darum handelte, dass diese Localbahnen im Wege der Concession vergeben werden und nicht von der Verkehrs-Commission gebaut und betrieben werden sollen, der Handelsminister selbst darauf hinwies, dass jetzt Stadtbahnen von Städten betrieben werden, und es scheint mir in dieser Bemerkung allerdings auch ein deutlicher Hinweis darauf zu liegen, dass die Stadt Wien sich um den Bau und Betrieb dieser Localbahnen bewerben könnte.

Es ist aber überhaupt auch bei dieser Debatte, und zwar auch von Abgeordneten unserer Seite, als ein für die Stadt Wien beklagenswertes Ereignis angesehen worden, dass diese Localbahnen von einer Privatgesellschaft gebaut und betrieben werden sollen. Ich nenne zwei hervorragende Abgeordnete unserer Partei, die Abgeordneten Sueß und Baron Sommaruga, welche sich gerade in der Richtung in der allerentschiedensten Weise dagegen aussprachen und darauf hinwiesen, welchen Nachtheilen die Stadt Wien dadurch entgegengehen könne und voraussichtlich auch entgegengehen werde, wenn der Bau dieser Bahnen einer Privatgesellschaft übertragen wird. Es ist auch von anderer Seite — ich reproduciere nur einige wesentliche Punkte aus der Debatte, die im Abgeordnetenhause gerade bei dem Anlasse stattfand, als davon gesprochen wurde, dass die Bahnen nicht von der Verkehrs-Commission betrieben werden sollen — unter anderem gesagt worden: Ja, eine Privatgesellschaft, die könne sich leichter der Zumuthungen erwehren, welche an sie gestellt werden. Und es ist darauf mit Recht entgegnet worden, und zwar gerade von den von mir vorher erwähnten beiden Abgeordneten unserer Partei, dass gerade hierin ein großer Nachtheil liege, dass einer Privatgesellschaft gestattet werde, Bahnen im Herzen von Wien zu bauen, Bahnen, welche unbedingt eine bedeutende Umgestaltung der Stadt Wien nach sich ziehen werden.

Der Herr Referent hat, wie ich bereits früher erwähnte, auch auf das Beispiel von Berlin verwiesen und auseinandergesetzt, dass die Berliner Stadtbahn — ich glaube, er hat es so gesagt — 1·2 Percent Erträgnis liefert. Er hat uns aber nicht auseinandergesetzt, unter welch wesentlich verschiedenen Verhältnissen die Berliner Stadtbahn gebaut wurde und wie wesentlich verschieden dort die Verhältnisse sind. Da sei es mir gestattet, Ihnen nur einige wenige vergleichende Ziffern vorzuführen. Die Berliner Stadtbahn verursachte einen Kostenaufwand von 72,000.000 Mark, das sind rund 43,000.000 fl. Die Wiener Localbahnen — von denen spreche ich allein — sind inclusive der Intercalarzinsen, wobei die Intercalarien bis zum Jahre 1898 gerechnet sind, nämlich bis dahin sind aus dem zu verwendenden Capitale die Zinsen zu bezahlen, mit einem Kostenaufwande von $23^1/_2$ Millionen Gulden veranschlagt. Die Berliner Stadtbahn hat eine Länge von 12·145 km, so dass auf den Kilometer Bahn ein Baukostenbetrag von 3·6 Millionen Gulden entfällt. Die Wiener Localbahn hat eine Länge von 17·13 km, so dass auf den Kilometer ein Baukostenbetrag von 1·4 Millionen Gulden, also ungefähr zwischen der Hälfte und ein Drittel der Kosten per Kilometer entfällt. Würde auf Grund dieser Baukosten-Capitalsumme das percentuelle Erträgnis umgerechnet, so würden sich dann unter der Voraussetzung einer gleichbleibenden Frequenz allerdings die Ziffern von 1·2 Percent auf mehr als zwischen 3 und 4 Percent stellen. Das sind auch die Ansichten und die Berechnungen, welche uns allerdings nicht von Seite des Herrn Referenten vorgetragen wurden, obgleich sie uns beim vorliegenden Referate hätten vorgetragen werden sollen, aber das sind die Berechnungen, welche auf Grund von Mittheilungen, welche Se. Excellenz der Herr Handelsminister im Abgeordnetenhause machte, diesem vorgelegen sind. Se. Excellenz der Herr Handelsminister sagte im Abgeordnetenhause wörtlich: „Man berechnet das Erträgnis der Wiener Bahnen, Haupt- und Localbahnen, auf Grund eingehender Berechnungen" — ich wiederhole die Worte, welche dort gebraucht wurden — „mit 2 bis 3 Percent, wobei auf die Hauptbahnen ein minderes, auf die Localbahnen ein größeres Erträgnis entfallen dürfte, das heißt also auf den einen 1 bis 2, auf den zweiten 3 bis 4 Percent." Wenn also hier die Verhältnisse von Berlin erwähnt wurden, so wäre es, glaube ich, doch angezeigt gewesen, dass auch diese Vergleiche zwischen Wien und Berlin gemacht werden.

Eines ist allerdings richtig, dass, wenn wir uns mit so großen Projecten befassen wollten, die Durchführung nicht in der Weise geschehen kann, dass die Verwaltung solcher Objecte in einer bureaukratischen Weise durch Magistrat, Stadtbauamt, Buchhaltung, Referenten, Stadtrath und Plenum des Gemeinderathes geführt wird, sondern dass bei solchen Dingen eine ganz andere, eine kaufmännische, eine technisch-kaufmännische Verwaltung platzgreifen muss. Allein das wird immer der Fall sein, wenn wir dazu kommen werden, irgend größere Unternehmungen in die Hand zu nehmen, und es ist ganz gewiss, dass wenn wir einmal daran gehen werden, eine communale Gasanstalt zu begründen oder eine communale Sparcassa zu errichten, ebenfalls nicht jener bureaukratische Gang, sondern ein technisch-kaufmännischer Geschäftsgang in allen diesen Unternehmungen eingeführt werden muss.

Wenn es sich aber darum handelt, welche Unternehmungen geeignet sind, von einer Gemeinde, wie es die Gemeinde Wien ist, in die Hand genommen zu werden, möchte ich zweierlei Gesichtspunkte hervorheben.

Der eine ist, dass es ein bedeutendes, großes Unternehmen und kein kleines sein darf, und der zweite noch wesentlichere Gesichtspunkt ist, dass es ein monopolistisch betriebenes Unternehmen sein muss, nicht ein solches, wobei anderen Geschäftsleuten, Steuerträgern irgendwie von Seite der Commune Wien Concurrenz gemacht wird.

Das ist nun gerade bei einer Localbahn, überhaupt bei einer Eisenbahn der Fall.

Es ist bereits von anderer Seite darauf hingewiesen worden, welche außerordentliche Begünstigungen in der vorliegenden Concession dem Unternehmer eingeräumt werden.

Ich sehe dabei ab von der Befreiung von Stempeln und Gebüren, von der Befreiung von dem Fahrkartenstempel auf die Dauer von 30 Jahren, ich sehe ab davon, dass eine 30jährige Steuerbefreiung gewährt wird, welche nicht nur die Staats- sondern auch die Landes- und Wiener Communalsteuern umfasst. Aber eine ungemein wichtige Begünstigung ist, dass darin unter gewissen Voraussetzungen die unentgeltliche Abtretung von Grund und Boden und die unentgeltliche Einräumung von Servituten bedungen ist; noch wichtiger ist, dass für den Einlösungspreis im § 20 der Concession ebenfalls eine weit günstigere Bedingung gestellt ist, dass nämlich der Einlösungspreis für den Fall, als der Staat die Bahn nach einer gewissen Dauer einlöst, diese à raison von 4 Percent genommen wird, während bisher 5 Percent üblich waren, und infolge dessen der Einlösungspreis das 25fache betragen wird, während bei den früheren Concessionen immer nur der 20fache Ertrag capitalisiert wurde.

Es ist nun vorauszusehen, das erhellt auch aus den vorliegenden Concessionsbedingungen, dass die Schulden, welche hier aufgenommen werden, eisenbahnbücherlich intabuliert werden, dass also die Geldbeschaffung im Wege einer eisenbahnbücherlich intabulierten Schuld geschieht. Wenn wir uns das vor Augen halten und ebenso den Credit, welchen die Stadt Wien geniesst und dessen sie sich in vollstem Maße zu erfreuen allen Grund hat, wenn wir weiter in Erwägung ziehen, dass auch eine pfandweise Sicherstellung gegeben ist, dass es sich im vorliegenden Falle bei der Geldbeschaffung um ein Pfanddarlehen handeln wird, so ist für mich jeder Zweifel ausgeschlossen, dass von einer 4percentigen Verzinsung und Amortisation keine Rede sein, vielmehr die Geldbeschaffung eine billigere sein wird.

Handelt es sich nun um die Rentabilität dieser Bahn, so mache ich aufmerksam, dass im § 10 der Concessionsurkunde nicht wie in anderen Concessionen bestimmte Fahrpreise normiert sind, sondern dass es ausdrücklich heißt, und das ist ja im vorliegenden Falle mit Rücksicht auf die Neuheit des Unternehmens vollständig gerechtfertigt, dass eine ausreichende Rentabilität gesichert werden soll, dass nämlich die Fahrpreise vom Ministerium derart bestimmt werden, dass sie eine ausreichende Rentabilität sichern. Alle diese Umstände können mich nun zu keiner anderen Meinung bringen, als dass es angezeigt wäre, dass allerdings die Stadt Wien um die Concession zum Baue und Betriebe der Bahn einschreitet. Ich werde aus dem Antrage, welchen ich stellen werde, alle, ich möchte sagen, agitatorischen Elemente weglassen, sondern stelle einfach den Antrag, „der Gemeinderath, in Festhaltung seines Beschlusses vom 27. Mai 1892, spricht sich gegen die Verleihung der Concession für die Localbahnlinien an die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. aus, beschließt vielmehr, um die Verleihung der Concession zum Baue und Betriebe dieser Bahnen an die Stadt Wien einzuschreiten und richtet an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, dieserhalb mit der hohen Regierung in Verhandlung zu treten." Ich empfehle Ihnen, meine Herren, diesen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Herrdegen: Sehr verehrte Herren! Ich habe bisher in Sachen der Wiener Verkehrsanlagen nur ein einzigesmal das Wort ergriffen, obwohl ich vermöge meines Berufes doch sagen kann, dass ich immerhin Einiges von dem Verkehre verstehe. Ich habe mich deshalb so bescheiden verhalten, weil der Gemeinderath immer in einer Zwangslage war, weil bei jeder Vorlage man sich sagen musste, man müsse bedingungslos für die Sache stimmen oder sich darauf beschränken, lediglich Wünsche zu äußern. Ich, für meinen Theil, bin kein Freund davon, mich auf einen Wunsch zu beschränken; denn Wünsche können eben unberücksichtigt bleiben, und das ist meiner Meinung nach etwas, was dem Gemeinderath nicht vollkommen entspricht.

Wenn ich nun heute das Wort ergreife, und zwar als pro-Redner, so geschieht das aus einer bestimmten Ursache. Ich bin immer ein Anhänger davon gewesen, dass derartige Unternehmungen, also namentlich große Verkehrsunternehmungen, auch wirklich in der Hand des Staates vereinigt werden. Diese meine Meinung habe ich auch heute und werde sie auch in dieser Sache nicht ändern. Ich habe mich aber deshalb als pro-Redner einschreiben lassen, weil in der bisherigen Debatte nach meiner Meinung so viel unrichtige Argumente vorgebracht wurden und — es ist mir wohl erlaubt, es zu sagen — so viele Übertreibungen ausgesprochen wurden, dass ich mehr pro als contra in diesem Falle sein kann. Ich möchte mich wohl enthalten, darüber zu sprechen, was hier richtiger ist, Privatunternehmung und Privatbetrieb oder Staatsunternehmung und Staatsbetrieb. Im Princip bin ich zweifellos für den Staatsbetrieb; dass es aber gewisse Unternehmungen gibt, welche vernünftigerweise und im Interesse der Bevölkerung nicht vom Staate selbst unternommen werden können, ist klar.

Weiters ist es wohl gewiss richtig, dass eine Menge von Unternehmungen gar nicht zur Ausführung gelangen würde, wenn man lediglich den Staat als Unternehmer sich denkt und vorhält, namentlich aber ganz besonders bei einem Staatswesen, wie das österreichische es ist. Anderswo ist die Bevölkerung durch ein gemeinsames Band, durch ihren Nationalgeist auf eine Interessengemeinschaft gebracht, bei uns aber ist das, was anderswo bindend ist, das trennende Element; unsere Staatsgewalt ist jedenfalls dadurch bedeutend geschwächt, dass wir es mit einer Unzahl von Nationalitäten zu thun haben, mit einem particularistischen Geiste, der trennend, nicht vereinigend wirkt. Es ist nun sehr fraglich, ob der Staat wirklich in der Lage gewesen wäre, diese Unternehmung und diese Stadtbahn auf eigene Rechnung auszuführen. Ich glaube, es würde das sehr große Schwierigkeiten verursacht haben. Ich habe bereits erwähnt, ich bin im Principe dafür, und wenn wir uns nun vorhalten, zu welchem Zwecke der Entwurf der Concession und die Bedingnisse dazu überhaupt im Gemeinderathe vorgelegt wurden, dann glaube ich, müssen wir uns doch gestehen, dass es nicht deshalb geschehen ist, damit sich der Gemeinderath aussprechen könne, ob er damit einverstanden sei, dass die Concession an Krauß & Comp. oder an irgend jemand anderen verliehen werde. Das ist gewiss nicht der Zweck. Der Zweck ist lediglich der, dass der Gemeinderath Gelegenheit erhalte, über den Inhalt der Concession und der Bedingnisse ein Urtheil abzugeben. Ich glaube nun, wenn sich der Gemeinderath im Principe gegen die Verleihung der Concession an Krauß & Comp. ausspricht, dann bleibt dem Gemeinderathe (Unruhe) — es ist eine solche Unruhe, dass ich mich kaum selbst verstehe — nichts anderes übrig, als selbst um die Concession einzuschreiten. Das ist der einzige Weg. Zu erklären, wir wollen um keinen Preis, dass die Concession an Krauß & Comp. verliehen wird, das hat nach meiner Anschauung gar keinen praktischen Wert. Ja, es erscheint mir als ausgesprochene Competenzüberschreitung des Gemeinderathes; denn

die Concession hat nicht der Gemeinderath zu verleihen, er kann auf die Verleihung keinen Einfluss nehmen. Nun wurde ja schon einmal im Gemeinderathe ein Beschluss gefasst, der dahin gegangen ist, die Commune möge selbst um die Verleihung der Concession einschreiten. Ich stehe auch heute noch auf demselben Standpunkte. Ich werde für den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Stern stimmen, der mir vollkommen entspricht. Denn ich glaube, wenn Sie auch gewisse Bedenken, auf die ich noch selbst zurückkommen werde, nämlich dagegen, dass die Commune selbst das Unternehmen in die Hand nehmen soll, immerhin aussprechen lassen, so ist andererseits zweifellos, dass wieder sehr viele Gründe dafür sprechen, und zwar Gründe von ganz besonderer Bedeutung.

Nun möchte ich aber darauf zurückkommen, dass man nach meiner Auffassung den Inhalt des Concessions-Entwurfes sehr falsch beurtheilt hat. Vor allem lässt sich dieser Concessions-Entwurf nicht vergleichen mit der Concession für eine Localbahn.

Das ist ein etwas unglücklich gewählter Ausdruck. Zwischen einer Localbahn, die diesen Namen verdient, und den Stadtbahnlinien, die hier zur Ausführung kommen sollen, ist ein riesiger Unterschied. Hier eine Vergleichung ziehen, kann zu nichts anderem führen, als zu durchaus falschen Prämissen.

Es wurde nun gesagt, es sei noch gar keine Concession ertheilt worden, welche so außerordentlich leichte und günstige Bedingungen für die Unternehmung enthalten hätte, wie diese Concession.

Ich habe das nicht gefunden; im Gegentheile, ich finde, dass diese Concession sehr schwere Bedingungen für die Unternehmung enthält — sehr schwere Bedingungen — und wenn etwas imstande wäre, mich grundsätzlich von der Auffassung und dem Wunsche zurückzubringen, dass die Commune Wien den Betrieb selbst übernehme, so wären es gerade diese schweren Bedingungen, welche die Concession enthält. Auch von den günstigen Bedingungen habe ich sehr wenige gefunden.

Die einzige günstige Bedingung liegt im § 21, dass man nämlich, wenn eine fünfpercentive Verzinsung des Capitales erzielt wird, nur ein Zehntel an die Verkehrs-Commission abzugeben hat, und von dem 6 Percent übersteigenden Gewinn 25 Percent. Das, wurde nun gesagt, sei deshalb ganz außerordentlich günstig, weil man bei anderen Localbahnen eine ähnliche Bestimmung schon auf eine 4percentige Verzinsung basiert hat.

Das ist ein falscher Schluss. Es liegen hier ganz andere Umstände vor, und die Privatunternehmung oder die Commune, oder wer immer die Bahn bauen wird, nimmt ein sehr großes Risico auf sich.

Diesem großen Risico müssen nun auch größere Chancen, Ertragschancen, offen gehalten werden. Das ist nach meiner Auffassung die einzige Ursache, warum man hier überhaupt von einer höheren Verzinsung spricht. Nun ist das Missliche bei der ganzen Sache namentlich das, dass, wie jedem von uns klar ist, von den zur Ausführung kommenden Linien der Stadtbahn nur die wirklich ertragsfähig werden können, welche an die Firma Krauß & Comp. vergeben werden sollen. Das ist vollständig richtig. Die Aussicht, ertragsfähig zu werden und vielleicht ein gutes Erträgnis zu liefern, haben factisch nur die Wienthallinie und die Donaucanallinie, vielleicht auch die Rennweglinie. Anders steht es schon mit der inneren Ringlinie. Ich glaube nicht, dass Sie, wenn Sie ein wenig darüber nachdenken, der Meinung sein können, es sei eine Aussicht vorhanden, die innere Ringlinie, welche gewiss kolossal viel kostet, rentabel zu machen. Nun ist — und ich glaube mich recht zu erinnern — von Herrn Dr. Lueger im Stadtrathe ein Antrag gestellt worden, der nach meiner Meinung ganz das Richtige getroffen hat. Es wurde eingesehen, dass sich höchstwahrscheinlich der Gemeinderath nicht entschließen wird, selbst um die Concession einzuschreiten, und dass der Gemeinderath nicht in der Lage sein wird, zu verhindern, dass die Concession an die Firma Krauß & Comp. ertheilt wird. Wenn man nun das eine nicht will und das andere nicht verhindern kann, so möge man wenigstens durchsetzen, dass die Firma Krauß & Comp. auch noch andere Linien baut, welche auf Ertragsfähigkeit gar keine Aussicht haben, deren Ausführung jedoch im zweifellosen Interesse der Bevölkerung liegt. So hat Herr Dr. Lueger mir eigentlich einen Antrag weggeschnappt — denn den habe ich mir damals schon notiert gehabt — dadurch, dass er vorschlug, was auch der Stadtrath angenommen hat, es möge in diese Concession ein Punkt 5 aufgenommen werden, dahin gehend, dass die Firma Krauß & Comp. abzweigend von der inneren Ringlinie die Linie Dornbach-Pötzleinsdorf auszubauen hat. Es wurde hier wiederholt gesagt, wir bekommen eigentlich keine Stadtbahn, weil der Bevölkerung keine Linie zur Verfügung steht, die es ihr möglich macht, von der Peripherie der Stadt in das Innere der Stadt zu fahren, und zwar rasch, ohne Umsteigen u. s. w. Was wäre eine solche Linie und eine Linie, an die sich große Interessen der Bevölkerung knüpfen. Nach meiner Meinung ist das ein sehr guter Antrag gewesen, und ich freue mich darüber, dass er auch vom Stadtrathe vertreten wird.

Nun will ich noch einmal auf die Concessionsbestimmungen zurückkommen, die man als sehr leicht geschildert hat, die ich aber in vielen Punkten streng finde, berechtigt streng natürlich. Denken Sie nur an das eine, dass im § 13 vorgesehen wird, die Unternehmung habe zu jeder Zeit, sobald das Handelsministerium nach den Fortschritten auf elektrotechnischem Gebiete es für angezeigt hält, die auf Dampfbetrieb eingerichteten Linien auf elektrischem Betrieb umzuconstruieren. Meine Herren! Wer ein bisschen Einblick hat, wird sich sagen müssen, dass das eine sehr schwere, die finanzielle Seite außerordentlich berührende Bestimmung ist. Und dass diese Bestimmung gehandhabt werden wird, wenn überhaupt der Locomotivbetrieb zur Einführung gelangt, wird, glaube ich, durch die Wünsche und das energische Auftreten der Bevölkerung selbst verbürgt werden. Denn meine Meinung geht auch dahin, dass der Dampfbetrieb sich nicht halten wird, dass er für die Stadtbahn, so wie sie zur Ausführung gelangt, ungeeignet sein wird. Schwere Bedingungen sind auch hinsichtlich des Baues selbst, hinsichtlich des Unter- und des Oberbaues vorhanden. Ich erinnere daran, dass ein eiserner Oberbau gefordert wird, der bedeutend höher kommt als die hölzernen Schwellen, dass überall das beste Material, die schwersten Stahlschienen gefordert werden; ich erinnere an die Ausrüstung, an die gedeckten Doppelperrons — selbstverständlich eine Nothwendigkeit, die aber das Anlagecapital der Bahn sehr in Anspruch nimmt. Ferner werden Aufzüge, sehr complicierte und dem neuesten Stande der Technik entsprechende Signalisierungsvorrichtungen, weiters eine zweite Sprechleitung u. s. f. vorgesehen. Und dann welcher Wagenpark! 15 Personenwagen per Kilometer. Es ist mir leider nicht gelungen, in der kurzen, mir zur Verfügung stehenden Zeit das Materiale zu verschaffen; es wäre interessant, festzustellen, welcher Wagenpark z. B. von den Staatsbahnen in der Linie Wien—Purkersdorf an Sonn-

und Feiertagen zur Verwendung kommt. 15 Wagen per Kilometer ist ein sehr hoher Wagenstand. Dann per zwei Kilometer fünf Locomotiven! Außerdem haben wir verschiedene andere Einrichtungen, vor allem anderen die Coaksfeuerung, die Sicherung gegen Funkenflug, die Construction zur möglichsten Beseitigung des Geräusches u. s. w.; das sind alles Vertheuerungen, welche deshalb geschaffen wurden, weil das Handelsministerium denn doch die Interessen der Bevölkerung zu wahren gesucht hat.

Übrigens werden Sie zugeben, dass der Concessionsentwurf und die Bedingnisse zu demselben ganz entschiedene, ja in gar keiner anderen Concession vorfindliche Bestimmungen enthalten hinsichtlich des Einflusses auf die Betriebseinrichtungen, auf die Anzahl der Züge u. s. w. Ich glaube nicht, dass Sie in der Lage sein werden, eine andere Concessionsurkunde aufzufinden, die derartige Bestimmungen enthält. Die Unternehmung hat sich bedingungslos zu unterwerfen; die Regierung kann zu jeder Zeit decretieren: so und so viele Züge u. s. w. bis zur äußersten Ausnützung der Einrichtungen und Fahrbetriebsmittel.

Ich kann nur das eine sagen: Wenn man die Sache vorurtheilsfrei beurtheilt und einigen Einblick hat, der doch nicht jedermann möglich ist, so muss zugegeben werden, dass hier eine Protection in dem Concessionsentwurfe nicht zum Ausdruck gekommen ist und dass die Concessionsbestimmungen solche sind, welche, wenn sonst der Gemeinderath vollständig geneigt wäre, selbst um die Concession einzukommen, denselben vielleicht mit einigem Rechte stutzig machen würden.

Ich komme nun mit wenigen Worten zu dem Antrage des Herrn Dr. Huber, welcher übrigens von einem Fachmanne vom Range des Baurathes Kareis besprochen wurde. Das ist ganz klar, dass es außerordentlich wünschenswert wäre, den elektrischen Betrieb einzuführen aus Gründen, die wir alle kennen. Er ist jedenfalls der bequemste, er bietet am meisten Sicherheit, viel mehr Sicherheit als der Dampfbetrieb; es können die Züge viel rascher zum Stehen gebracht werden, als beim Locomotivbetrieb, die Reinheit der Luft — es sollen ja sehr viele Strecken als Untergrundbahnen zur Ausführung gelangen — das alles sind Umstände, welche den elektrischen Betrieb außerordentlich wünschenswert erscheinen lassen. Dass sich das Handelsministerium auch mit dieser Frage sehr beschäftigt hat, beweist eben § 13 der Concessionsbedingnisse selbst. Ich habe mir nun die Frage vorgelegt: Welche Gründe mag das Handelsministerium gehabt haben, den elektrischen Betrieb nicht gleich von verneherein zu decretieren? Und da bin ich zum Schlusse gekommen — die Erkundigungen, die ich bei Fachmännern eingeholt habe, gehen auch dahin — dass der Grund hiefür nur der sein kann, dass man ein gewisses Bedenken hat, dass heute die Fortschritte auf elektrotechnischem Gebiete noch nicht ausreichen, um auf einer Bahn von dieser Größe und Bedeutung, mit diesen Terrainschwierigkeiten ꝛc. sofort den elektrischen Betrieb einzurichten. Man kann sich nun auch die Frage vorlegen: Hat nicht vielleicht das Handelsministerium die Absicht gehabt, der Privatunternehmung, also der Concessionswerberin, günstigere Bedingungen dadurch zu bieten, dass sie ihr den elektrischen Betrieb nicht auferlegt? Nun, da kommt man wieder zu dem Schlusse: Der elektrische Betrieb ist, soviel ich weiß, nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nicht theuerer als der Dampfbetrieb, wohl aber sind es die ersten Anlagen, welche ein höheres Capital erfordern. Es wird also mehr Capital erfordert, um sofort die Bahn auf elektrischen Betrieb einzurichten, als auf den Dampfbetrieb. Ob dieses eine Moment für das Handelsministerium den Ausschlag gegeben haben sollte, von der Decretierung des elektrischen Betriebes abzusehen, das muss ich denn doch sehr bezweifeln. Denn die Höhe des Capitals hat nicht jene große Bedeutung, wie die billigere Einrichtung des Betriebes. Denken Sie sich, dass die Stadtbahn ihre Locomotiven nicht mit x-beliebigen Kohlen wird speisen können, denn sie braucht den theueren Coaks — und dass sie vieles anderes ersparen wird, wenn sie den elektrischen Betrieb einrichtet, der sich in jeder Beziehung billiger gestaltet. Also ich komme zu dem Schlusse, dass das Handelsministerium nur Bedenken gehabt haben kann, ob die elektrotechnischen Einrichtungen für den Moment schon passen; ja, um noch einmal darauf zurückzukommen, sage ich: Es ist eine viel schwerere Bedingung, wenn man sagt: Du musst zu jeder Zeit, wenn ich — das Handelsministerium — es will, die auf Dampfbetrieb eingerichtete Bahn auf elektrischen Betrieb umconstruieren. Also auch in diesem Punkte — muss ich sagen — finde ich nicht, dass das Handelsministerium Protection gegenüber Krauß & Comp. geübt hat.

Etwas anderes wird es allerdings sein mit den sogenannten schon vor Jahren erworbenen Vorrechten. Wahrscheinlich hat Krauß & Comp. gewisse Zusicherungen schon zu einer Zeit erhalten, wo noch an der Spitze des Handelsministeriums eine andere Persönlichkeit als heute gestanden hat und wo Krauß & Comp. die ersten Linien hier gebaut haben.

Es wurde nun von zwei Rednern, glaube ich, auch mit Nachdruck hervorgehoben, dass der Gemeinderath in solchen Fragen mehr auf sein Pouvoir, gewissermaßen mehr auf seine Würde sehen soll. Nun, das ist eine Sache, welche mir, seitdem ich dem Gemeinderathe angehöre, immer am Herzen gelegen ist. Aber man kann doch über die Art und Weise, wie man die Würde des Gemeinderathes wahrt, verschiedener Meinung sein; die Mittel sind vielleicht nicht immer gut gewählt. Ich bin nun ganz entschieden dafür und ich glaube, soweit mir Gelegenheit geboten war, habe ich es auch immer bethätigt, dass ich für die Rechte des Gemeinderathes, für unsere Rechte also, und dafür, dass der gewählte Gemeinderath in der Lage ist, seine Pflicht gegenüber seinen Wählern zu erfüllen, auch unerschrocken jedermann gegenüber eintrete. (Bravo!)

Wenn ich nun aber sage: man kann darüber verschiedener Meinung sein, wie man die Würde des Gemeinderathes wahrt, so möchte ich hinzufügen: in erster Linie, glaube ich, wahrt man die Würde des Gemeinderathes, wahren wir unser eigenes persönliches Ansehen gegenüber unseren Collegen und gegenüber der Bevölkerung, wenn wir sachlich sind (Gem.-Rath Noske: Sehr gut!), wenn wir die Leidenschaftlichkeit etwas einzudämmen suchen. Es kommt oft ein Ausbruch von Leidenschaftlichkeit bei Fragen zutage, bei denen es eigentlich unbegreiflich ist. Ich gehöre auch nicht zu den lammfrommen Leuten, ich kann auch einmal, wie man sagt, aus dem Häuschen kommen, aber überall nur schwarz sehen, überall Corruption riechen und kühne Behauptungen aufstellen, ohne auch nur eine begründen zu können, das ist etwas, was meinem Wesen nicht zusagt. Dann, glaube ich, gibt es noch eine andere Bedingung, ein anderes Kriterium für die Wahrung der Würde des Gemeinderathes; das ist nach meiner Meinung: der Gemeinderath soll sich nichts wegnehmen lassen, was ihm gehört, keine Frage außerhalb seines Kreises erledigen lassen, welche in den Gemeinderath gehört, er soll aber auch seine Competenz nie überschreiten; denn dadurch gibt er sich eine Blöße und das

würden wir thun, wenn wir im Sinne des Antrages Steiner den Beschluss fassen würden, die Concession dürfe an Krauß & Comp. nicht ertheilt werden. Das ist eine Sache, welche dem Gemeinderathe nicht obliegt, wo der Gemeinderath ein Votum nach meiner Meinung nicht hat.

Ist aber die Mehrheit dagegen, dass Krauß & Comp. die Concession bekommt, dann fassen wir Muth und stimmen wir alle dafür, dass die Commune Wien selbst um die Concession einschreitet. Das wäre eine richtige, das wäre eine würdige Lösung. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Beutnitz (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir, Schluss der Debatte zu beantragen. Ich glaube, dass es sehr nothwendig ist, dass wir heute fertig werden, sonst können wir morgen aufstehen und in der Zeitung lesen, dass die Regierung über unsere Köpfe hinweg bereits die Concession ertheilt hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt worden. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Vorgemerkt sind contra: die Herren Gem.-Räthe Sebastian Grünbeck, Jedlička, Dr. Geßmann, Buschan und Eigner.

Pro: die Herren Gem.-Räthe Dr. Mittler, Dr. Nechansky, Röhrl, Matzenauer, v. Stummer, Kareis und Dr. Huber.

Zur Worte gelangt Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck.

Gem.-Rath Lukisch (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir erlauben, die Wahl von Generalrednern zu beantragen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich habe schon das Wort, der Herr Vice-Bürgermeister hat es mir schon ertheilt. Ich werde übrigens ganz kurz sein.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Nachdem Herr Gem.-Rath Grünbeck gesprochen haben wird, werde ich den Antrag auf Wahl von Generalrednern zur Abstimmung bringen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich verspreche den Herren, sehr kurz zu sein, damit das sehr geehrte Präsidium absolut nicht in Verlegenheit kommt.

Beim Durchlesen der Concession sieht man eigentlich immer nur Vortheile für die Gesellschaft, und leider sind Bedingungen darin, die immer nur für das Großcapital sprechen. Von jener Seite drüben (rechts) ist bemerkt worden, dass es gerade bei derlei Angelegenheiten immer heißt, die Gesellschaft wird ohnedies daraufzahlen. Nun, wenn wir das im vorhinein sagen, so wird es nächstens vielleicht nothwendig sein, einen Preis auszuschreiben, damit überhaupt eine Gesellschaft die Sache übernimmt. Aber die Gesellschaften wissen das viel besser und wissen auch, dass sie einen genügenden Profit haben werden, und ich kann Ihnen nur sagen, diese Gesellschaft wird das zweite Stück einer Tramway-Gesellschaft. Wie die Tramway-Gesellschaft in zehn Monaten durch die Erhöhung der Tarife 410.000 fl. mehr eingenommen hat als im Vorjahre, so wird es auch mit dieser Krauß'schen Bahn werden. Wir haben da eine zweite Tramway-Gesellschaft, die wird es sehr gut verstehen, die Tarife so hoch zu stellen, dass sie ganz gut darauskommt. Ich glaube also, der Antrag Steiner ist richtig, und es wäre viel besser, wenn die Commune derartige Anstalten übernimmt, oder auch der Staat; aber leider übernimmt der Staat immer nur die nothleidenden Bahnen, bei denen, die etwas tragen, ist er nicht zu finden, die übergibt er einer Gesellschaft. Das zeigt von eigenthümlichen Wirtschaftsverhältnissen und daraus erklären sich die verschiedenen Deficite, weil man alles den Gesellschaften überlässt. Im übrigen schließe ich mich dem Antrage Steiner an und werde für denselben stimmen. (Bravo! links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Lukisch hat die Wahl von Generalrednern beantragt, die Herren, welche dafür stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind vorgemerkt: pro: die Herren Gem.-Räthe Dr. Mittler, Dr. Nechansky, Röhrl, Matzenauer, v. Stummer, Kareis und Dr. Huber; contra: die Herren Gem.-Räthe Jedlička, Dr. Geßmann, Buschan und Eigner. Ich bitte die Herren, Generalredner zu wählen.

(Nach einer Pause:) Zu Generalrednern sind gewählt und zwar pro Herr Gem.-Rath Dr. Mittler, contra Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Mittler.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Meine verehrten Herren! Der Antrag, welcher eben angenommen wurde und den Schluss der Debatte ausspricht, legt jedem die Pflicht auf, sich einer möglichsten Kürze zu befleißen und nur in gedrängter Weise die Argumente zusammenzufassen, die sich gewissermaßen im letzten Augenblicke für oder gegen die Sache ergeben. Die geehrte Opposition hat ihre Führung in dieser in volkswirtschaftlicher und finanzieller Beziehung wichtigen Angelegenheit dem Herrn Gem.-Rath Steiner übertragen, welcher auch in der Sitzung vom 30. Mai den Vorstoß in der Sache übernommen und in der letzten Sitzung des Gemeinderathes einen Antrag gestellt hat. Es ist nun selbstverständlich die Aufgabe aller derjenigen, welche diesen Standpunkt bekämpfen, sich mit diesen Anträgen und deren Begründung zu befassen. Die Concessionsbedingungen, welche seitens der Regierung der Unternehmung Krauß & Comp. angeboten sind, werden von dem Antragsteller als haarsträubend, als ganz außerordentlich günstig bezeichnet, was meines Erachtens einigermaßen damit im Widerspruche steht, dass von derselben Partei an die Regierung das Anerbieten gestellt wird, unter gleichen Bedingungen diese Concession zu übernehmen. Es wird das Argument hervorgehoben, dass officiell das Princip der Verstaatlichung der Eisenbahnen in unserem gegenwärtigen öffentlichen Verkehrsleben gilt. Nun, meine Herren, das steht denn doch einigermaßen im Widerspruche mit den Thatsachen, insbesondere mit dem Localbahngesetze, das am Schlusse dieses Jahres zu Ende geht und bezüglich dessen die Vorarbeiten für die Erneuerung desselben bereits auf der Tagesordnung stehen. Durch dieses seinerzeit einmal bereits verlängerte und wieder zu verlängernde Localbahngesetz ist das Princip zum Ausdruck gekommen, dass es gewisse Bahnunternehmungen geben kann, welche der Staat in die Hand zu nehmen keine Veranlassung hat. Es ist also das nur ein Schlagwort, welches, glaube ich, im gegenwärtigen Falle nicht zur Anwendung zu gelangen hat. Wenn die Concession, wie sie heute der Firma Krauß & Comp. verliehen werden soll und welche von Ihnen als höchst günstig für die Unternehmung bezeichnet wird, die der Commune Wien zu ertheilende gewesen wäre, so würde nach meiner Überzeugung von Ihrer Seite die Concession ebenfalls bekämpft und als für die Gemeinde Wien zu ungünstig hingestellt werden. (Rufe links: Warum nicht gar?) Man kann diese Eisenbahn-Concession, welche etwas ganz Neuartiges in Österreich ist, gewiss nicht mit den Concessionen anderer Localbahnen auf eine und dieselbe Stufe stellen.

Die Localbahnen, welche der geehrte Herr Gem.-Rath Steiner citiert hat, sind meines Erachtens — ich bin der Sache nachgegangen — denn doch mehr oder weniger größer, eleganter ausgestattet, besser adjustierte Industriegeleise. Das ist hier bei dieser Stadtbahn nicht der Fall. Diese Stadtbahn unterscheidet sich von den anderen Localbahnen, und es ist gewiss ungeschickt gewesen, sie als solche zu bezeichnen, in wesentlichen Beziehungen. Wenn Sie die Concession durchlesen, so finden Sie auf Schritt und Tritt, am intensivsten im § 7 der Concession, dass das eine Bahn sein soll, welche dem städtischen Personenverkehr, einer raschen, regelmäßigen und bequemen Personenbeförderung innerhalb des Stadtgebietes zu dienen hat. Das ist eine logische Voraussetzung für diese Bahn, welche auf alle bei der Bahn in Betracht kommenden Momente juridischer, finanzieller und wirtschaftlicher Art zurückwirken muss. Denn, wenn eine Bahn, wie aus der Concession erhellt, ausschließlich für den Personenverkehr berechnet ist und nur in gewisser Beziehung der Approvisionierung und nebenbei auch dem Frachtenverkehre dienen solle, dann finde ich es vollständig begründet, dass gewisse Erleichterungen gewährt werden. Es ist eine bekannte Thatsache, dass das günstige Resultat einer Eisenbahn in finanzieller Beziehung nicht durch den Personenverkehr herbeigeführt wird. Wir haben ja die Erfahrung gemacht, dass die Regierung auf dem Staate gehörigen Strecken den Versuch gemacht hat, den Personenverkehr durch einen billigen Tarif zu outrieren. Da hat sich aber herausgestellt, dass das gerade nicht zur erwarteten Erhöhung der Einnahmen geführt hat, und es musste thatsächlich der herabgesetzte Personentarif erhöht werden, denn die Personenbeförderung ist nichts Billiges; sie erfordert einen ungeheuren Apparat, einen ungeheuren Wechsel mit den Betriebsmitteln, sie erfordert eine Anstellung und Beschäftigung vieler Menschen. Das ist außerordentlich kostspielig, und ich komme daher nochmals darauf zurück, für eine reine Personenbahn sind gewiss Begünstigungen am Platze. Es ist übrigens mit diesen Begünstigungen, und ich kann mich kurz fassen, weil der geehrte Herr Vorredner von dieser Seite darauf zurückgekommen ist, nicht so schlimm bestellt, deshalb nicht, weil, wie es ja schon eingangs der Concession heißt, sich diese Begünstigungen auf bestehende Gesetze gründen.

Ganz abgesehen von dem innerlichen Momente, wird durch die Gewährung dieser günstigen Concessionsbedingungen nur ausgeführt, was in einer Reihe theoretischer, vorangehender Gesetze ohnehin dem Staate als möglich in die Hand gegeben ist.

Diese Gesetze sind eingangs der Concession citiert und wenn man den Inhalt dieser Gesetze mit der Concession vergleicht, so sind das — es handelt sich höchstens ab und zu um eine fünf Jahre länger dauernde Steuer- und Gebürenfreiheit — minimale Concessionen, welche aber durch Specialgesetze geschaffen worden sind.

Das wichtigste Gesetz aber, und mit diesem müssen wir rechnen, welches der Concession zugrunde liegt, ist das Gesetz vom 18. Juli 1892. Alle Begünstigungen, welche in der Concession enthalten sind, sind in diesem Reichsgesetze bereits zum Ausdrucke gekommen und wir können füglich nicht darüber klagen, wenn die Ausführung eines Gesetzes, bei welchem die Gemeinde in gewissem Sinne mitgearbeitet hat, der Unternehmung Begünstigungen gewährt.

Die Frage, ob einer Privatunternehmung die Concession ertheilt werden soll, oder ob die Gemeinde Wien den Bau in Angriff nehmen und die Bahn betreiben solle, ist bereits erörtert worden, und ich glaube, dass alle geltend gemachten Argumente dahin führen, dass die Stadt Wien gegenwärtig nicht in der Lage sei, ein solches Unternehmen auf sich zu nehmen.

Die Gemeinde Wien befindet sich zur Zeit in einem Stadium, in welchem sie so viel Geldauslagen hat; sie ist selbst als Bauunternehmerin thätig und beschäftigt, und es ist nicht einzusehen, warum sie ein so fremdartiges, ihr fernliegendes Unternehmen in die Hand nehmen soll. Es wird zwar von der geehrten Opposition in den Belangen, wo es ihr von ihrem Standpunkte dienlich erscheint, auf die Rentabilität dieser Bahn hingewiesen. Allein ich glaube, diese Rentabilität kann füglich nicht behauptet werden.

Man mag an den Ziffern, welche in dieser Richtung bezüglich der Stadtbahn vorgebracht worden sind, noch so sehr mäkeln, wie auch an den Ziffern, welche der Herr Referent vorgebracht hat, man mag sich auf den Standpunkt stellen, wie Herr Dr. Stern, der den Bau durch die Stadt Wien wünscht; immerhin wird sich ergeben, dass es ein höchst riskantes Geschäft ist. Ich habe vor mir den „Compaß" dieses Jahres liegen, in welchem auch die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. angeführt ist und in welchem das Erträgnis erscheint, welches ihr Betrieb ausweist. Das Actiencapital der Firma Krauß & Comp. beträgt 3,600.000 fl. und es zerfällt in 9000 Prioritäten und 9000 Stammactien, also einfache Actien à 200 fl. Was zahlt nun die Gesellschaft von ihrem Betrieb! Die Prioritäten bekommen natürlich die ihnen versprochene 4½percentige Verzinsung; für die Stammactien ist aber im Jahre 1888/89 1 fl. 50 kr., das ist ¾ Percent gezahlt worden (Hört!) und im Jahre 1890/91 nur 1 fl., also ½ Percent, und ich kann Sie versichern, dass selbst diese Verzinsung nicht durch jene Linien herbeigeführt wurde, welche jetzt in den Rahmen der sogenannten städtischen Localbahnen hineinkommen sollen, sondern dass es die Stammersdorferlinie, welche außerhalb dieses Complexes liegt, die dieses geringe Erträgnis herbeiführende Linie gewesen ist, welche den Ausfall der Wienthallinie — nennen wir sie so — gedeckt hat. Nun, meine Herren, wenn die Stadt Wien die Stadtbahn bauen würde, dann müsste sie auch offenbar die heutige Krauß'sche Dampftramway einlösen. Das ist kein Zweifel, dass die Firma Krauß & Comp. aus dieser Concession nicht verdrängt werden könnte. Ich theile nicht die Ansicht, dass die Gesellschaft überhaupt expropriiert werden könnte, geschweige aus dem Grunde, weil die Commune Wien eine Stadtbahn bauen will. Was würde das aber für eine Folge haben? Das würde die Folge haben, dass wir die Verzinsung des Actiencapitales der Dampftramway-Gesellschaft Krauß & Comp. zu übernehmen hätten. Ich will mich in Berechnungen nicht einlassen, ich könnte mich um 100.000 fl. irren und das wäre mir unangenehm.

Es ist aber zweifellos, dass wir, nachdem heute nur ein ½percentiges Erträgnis herausschaut, für die Verzinsung dieses Capitales bedeutende Opfer zu bringen hätten. Und wenn College Dr. Stern ausführt, dass nach seiner Berechnung ein 3- bis 4percentiges Erträgnis herausschaut, so muss ich sagen, dass ich durch eine solche Berechnung zur Zustimmung zu seinem Antrage nicht ermuntert werde. Wenn er mir nicht einmal eine 4percentige Verzinsung, die wir zu zahlen haben, herauszurechnen imstande ist, wenn er zwischen 3 und 4 Percent schwankt, ergibt selbst seine eigene Rechnung, dass wir bei diesem Geschäfte eine Unterbilanz machen müssen. Ob die Commune Wien es nothwendig hat, derlei von vornherein an und für sich verlustbringende Geschäfte auf sich zu nehmen, ist eine andere Frage, und ob wir diese Verantwortung

unseren Wählern gegenüber übernehmen können, wird jeder nach seiner Auffassung mit sich abzuthun haben.

Es ist nun insbesondere in dem Antrage Steiner, zu dem ich mich nun wende, eine Reihe von principiellen und Ausführungs-Vorschlägen gemacht. Was den Vorschlag betrifft, dass wir uns gegen die Vergebung an Krauß & Comp. aussprechen, so wurde sich darüber bereits geäußert. Maßen wir uns nichts an, wozu wir kein Recht haben. Das ist ja ein Grundsatz für das öffentliche Leben, dass jede Körperschaft innerhalb der Grenzen ihrer Competenz zu bleiben habe. Wenn wir also heute an das Handelsministerium oder, wie gewünscht wird, an eine noch höhere Stelle herantreten und gegen etwas protestieren, zu dessen Entscheidung wir nicht geradezu berufen sind, so ziehen wir uns eine Blamage zu, welche wir uns füglich ersparen können. Der Antragsteller geht sogar so weit, dass er mit einer Petition an den Kaiser treten will, um von ihm zu verlangen, dass die Concession nicht ertheilt werde. Ich muss sagen, dass ich, obzwar ich noch ein ganz junger Parlamentarier bin, in meinem parlamentarischen Gefühle durch diesen Antrag im höchsten Grade verletzt wurde, dass ich es geradezu nicht constitutionell finde, wenn, und möge es auch in einer noch so wichtigen Angelegenheit sein, ein solcher Schritt vorgeschlagen wird, welcher ja eigentlich wirklich jeder rechtlichen Grundlage entbehrt.

Nach unseren Staatsgrundgesetzen ist ja unser Kaiser nur, insoweit er nicht durch seine verantwortlichen Minister handelt, Gnadenacte und Verfügungen zu treffen gewöhnt, welche eben eine Ausnahme von bestehenden Gesetzen zu Gunsten eines einzelnen unter besonders rücksichtswürdigen Momenten darstellen. Dass aber die Gemeinde Wien, welcher ja eine rechtliche Stellung innewohnt, welche eine autonome Gemeinde ist, welche mit einer Reihe von Factoren des Staatslebens in solchen Fragen zusammenzuwirken berufen ist, im Zuge der Erledigung dieser Angelegenheit an die unparteiische, geheiligte Stätte des Thrones treten soll, um hier etwas für sich zu erreichen, was ihr unter gewissen Voraussetzungen nicht bewilligt werden kann, das halte ich für ein inconstitutionelles Vorgehen, und ich glaube, dass auch Staatsbürger und parlamentarische Körperschaften inconstitutionell vorgehen können, weil auch der Constitutionalismus seine zwei Seiten hat: auf der einen Seite muss er ausgeübt werden, auf der anderen Seite ist man verpflichtet, dieser Ausübung Rechnung zu tragen. Wenn man aber den Antrag Steiner überblickt, dann gibt es überhaupt in Österreich gar keinen Factor, von der Krone hinab bis zu den tieferen Instanzen, an welche sich nicht gewendet werden soll: an Seine Majestät, an den Reichsrath und Landtag, an das Handelsministerium, an die Verkehrsanlagen-Commission und — last not least — an das suffrage universel, an das Votum des Volkes.

Meine Herren! Ich glaube, dass noch niemals ein Antrag in so verfehlter Weise aufgebaut worden ist, und dass bei einer ernsten Prüfung selbst Ihre (linke) Partei für diesen Antrag nicht stimmen kann. (Rufe links: Oho!) Dieser Antrag ist in seinem Gipfelpunkte, nämlich in demjenigen, was zum Schlusse angestrebt wird in der — wenn ich so sagen darf — plebiscitären Eisenbahngründung (Rufe rechts: Sehr gut!), etwas geradezu Unerhörtes und Unglaubliches. Meine Herren! Wie stellen Sie sich das in der Praxis vor? Wir sollen unsere Beschlüsse in den Tagesblättern einschalten. Das geschieht ja ohnehin; die bringen alle Beschlüsse. Wir sollen das placatieren, wie etwa in besonders wichtigen Fällen die Reden, die im französischen Parlamente gehalten werden, placatiert werden. Wir sollen eine Volksversammlung einberufen, und was soll diese große Wählerversammlung thun? Sie soll unseren Beschlüssen die Sanction geben. Da bringen Sie zwei Sanctionen mit einander in Concurrenz, denn an einer Stelle Ihres Antrages wenden Sie sich an die Sanction der Krone, an einer anderen wollen Sie wieder die Sanction des Volkes haben. Ich glaube, die Begriffsverwirrung, die in diesem Antrage herrscht, ist durch die Gegenüberstellung dieser beiden Sätze am allerdeutlichsten und drastischesten bewiesen. (Sehr gut! rechts.) Ich glaube, dass auch die finanziellen Vorschläge, welche da gemacht werden, wirklich der Naivetät nicht entbehren. Es heißt: Die Commune soll das Anlagecapital als Prioritätsanlehen aufnehmen. Ja, haben Sie schon gehört, dass man das ganze Anlagecapital zu einer Bahn als Prioritätsanlehen aufnehmen kann? Ist Ihnen denn nicht bekannt, dass Prioritäten nur bis zu einer gewissen Höhe — im vorliegenden Falle bis zu zwei Drittel des Anlagecapitales — ausgegeben werden können? Dürfen auf den ganzen Eisenbahnkörper Prioritäten ausgegeben werden? Sie sehen also, wie auch in sachlicher Beziehung der Antrag nicht genügend erwogen ist, und ich habe erwartet, dass ein Antrag, welchen die gesammte Opposition stellt, wenn er schon einen nach meiner bescheidenen Meinung unrichtigen Kern enthält, denn doch wenigstens eine Begründung erfährt, welche es nicht zu scheuen hat, von der anderen Seite kritisiert zu werden.

Ich will nun auf ein einziges Argument hinweisen, welches bisher in der Frage, ob Privatunternehmung oder nicht, nicht vorgekommen ist. Es kommt ja in dem Programme, welches durch den Beschluss des Reichsrathes vom 18. Juli 1892 Gesetz geworden ist, ausdrücklich vor, dass eine Strecke, und zwar die Innere Stadt-Linie, jedenfalls an eine Privatunternehmung zu vergeben ist, und zwar kommt dies im Artikel VIII, Punkt 4, vor, dass jedenfalls eine dieser Strecken, und zwar die Innere Stadt-Linie — welche allerdings erst später zum Ausbau kommt — in allen Fällen durch eine Privatunternehmung zum Ausbau kommen soll.

Es ist also damit dargethan, dass die Stadtbahn ohne jede Privatunternehmung nach dem ursprünglichen Programme absolut nicht denkbar ist. Wenn aber von der geehrten Opposition und auch vom geehrten Herrn Collegen Dr. Stern hervorgehoben wurde, dass der Gemeinderaths-Beschluss vom 24. Mai 1890 die Forderung enthalte, dass die Gemeinde die Concession erwerbe, so übersehen beide Theile, die da so argumentieren, dass auf den Gemeinderaths-Beschluss vom 27. Mai 1892 eben das Reichsgesetz vom 18. Juli 1892 gefolgt ist, welches dem Programme Gesetzeskraft verliehen hat, und in diesem Programme ist meiner Ansicht nach nicht Raum für den Ausbau der Bahn durch die Gemeinde, es wäre denn, dass man die Gemeinde als einfache Privatunternehmung im vorliegenden Falle auffasst, und mit dieser Auffassung werden Sie sich nicht befreunden. Denn die Gemeinde Wien hat wohl schließlich eine andere Stellung als ein gewöhnlicher einfacher Privatunternehmer, und man müsste es sich gefallen lassen, dass die Gemeinde, wenn sie ein solches Geschäft privatim unternimmt, wie ein einfacher Privatunternehmer behandelt wird.

Ob das Ihnen im gegebenen Falle auch passen würde, wenn gewisse Concessionsbestimmungen, die sehr drückend für die Concessionäre sind, auch auf die Gemeinde Wien appliciert werden, das ist eine weitere Frage. (Rufe links: Tramway!) Wenn aber die Gemeinde Wien den Bau in die Hand nehmen wollte, und ich komme auf diesen Gegenstand kurz zurück, so ist die Ausführung desselben nur durch ein Anlehen möglich, durch ein Anlehen, welches

von allem Anfange an sowohl in Hinsicht auf die Verzinsung als auch auf die Amortisation gedeckt werden müsste durch den Steuergulden des Einzelnen, und es würden vielleicht Jahre hindurch gerade diejenigen zu den Kosten dieses Bahnbaues beitragen, welche von dem Genusse desselben noch lange Zeit ausgeschlossen sind. Wir würden heute das Ganze auf alle unsere Mitbürger umlegen müssen, und diese Localbahnen tragen doch nur eine gewisse volkswirtschaftliche und eisenbahnpolitische Tendenz der Verbindung der Extremen mit dem Centrum, und nicht alle diese Extremen kommen gleichzeitig daran. Eine Menge derselben kommt erst sehr spät daran. Es müssten also alle zu etwas zahlen, wovon nicht alle einen Genuss haben, während, wenn eine Eisenbahnunternehmung das Ganze baut und nur derjenige bezahlt, der das Vehikel benützt, darin eine gewisse Gerechtigkeit liegt.

Ich gebe ja zu, dass diese Concession — wie alles, womit wir zu rechnen haben — kein Ideal ist. Alles lässt noch Wünsche offen, und auch der geehrte Stadtrath hat eine Reihe von Wünschen ausgesprochen. Die Concession ist ja nicht etwas, was vom grünen Tische weg decretiert wird, sondern das Resultat schwieriger, spießiger Verhandlungen, und was in der so glatt zu lesenden Concessionsurkunde steht, involviert oft das Resultat schwieriger beiderseitiger Kämpfe. Berechtigte Interessen concurrieren miteinander dahin, dass eines oder das andere mehr oder treffender zum Ausdrucke komme.

Ich hätte nur einen einzigen Wunsch und werde in der Special-Debatte — wenn es zu einer solchen kommt — einen diesbezüglichen Antrag stellen: das ist, dass eine Verfügung in der Concession getroffen werden sollte, auf welche bisher nicht aufmerksam gemacht wurde, welche mir aber ein Gebot der Gerechtigkeit zu sein scheint. Im § 3 der Concession heißt es (liest): „Für die Einhaltung der vorbezeichneten Bautermine hat die Gesellschaft durch Erlag einer Caution im Betrage von 800.000 fl. in zur Anlegung von Pupillengeldern geeigneten Werteffecten Sicherheit zu leisten. Im Falle die obigen Verpflichtungen durch Verschulden der Gesellschaft nicht eingehalten werden sollten, kann diese Caution als verfallen erklärt werden." Es will mir nun scheinen, dass ungeachtet des unbestreitbaren Hoheitsrechtes des Staates in Ansehung der Vergebung einer Concession, hier denn doch ein ganz besonderer Fall vorliegt, der auch bezüglich des Cautionsverfalles eine besondere Regelung erheischt.

Hier haben wir es nicht mit einer gewöhnlichen Eisenbahn-Concession zu thun, es sind auch nicht die gewöhnlichen Factoren hier beisammen, die bei solchen Unternehmungen zusammenzuwirken pflegen; hier hat man es mit einem Specialwerke für Wien zu thun, und ich glaube, dass dieser Gedanke bei jeder Gelegenheit zum Ausdrucke und zur Betonung gelangen muss.

Ich würde mir daher erlauben, den Vorschlag zu machen, dass diese Caution, wenn sie für verfallen erklärt wird, zu Gunsten der Commission für Verkehrsanlagen verfalle (Beifall), ein Vorschlag, welcher die innere Billigkeit für sich hat. Man kann nämlich ganz gut sagen, dass die Gemeinde im Hinblicke auf die vorliegende Concession und die damit zusammenhängenden Werke gewisse Actionen einleitet und betreibt, und dass sie im Falle des Nichtzustandekommens der Ausführung, also im Falle des Eintrittes des Cautionsverfalles in der Caution dadurch, dass dieselbe der Verkehrs-Commission, die ja nur für Wien Werke zu schaffen hat, zufällt, eine gewisse Récompense, eine gewisse Entschädigung finde.

Ich bin am Schlusse und glaube, das Wesentliche in der Sache berührt zu haben.

Es wurde vom Herrn Antragsteller Steiner in seinem ersten Antrage und auch in seiner Rede an diese (rechte) Seite des Hauses der Appell nach Einigkeit gerichtet. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, dass in dieser Frage die beiden Seiten des Hauses zusammenstehen, und ich glaube, niemand, dem es um das Wohlergehen der Stadt ernst ist, kann diesem Wunsche, bei welcher Gelegenheit er immer ausgesprochen wird, entgegentreten.

Aber, meine Herren, die Bethätigung einer solchen Einigkeit kann von unserer Seite doch nur in denjenigen Fällen erfolgen, wo Sie uns mit Vorschlägen und Anträgen kommen, die etwas Praktisches, Richtiges, Erreichbares sind. Machen Sie nur einmal die Probe; beantragen Sie einmal etwas, was, wirklich klar erwogen und ruhig betrachtet, im Interesse der Stadt gelegen ist, und es wird sich auf dieser (rechten) Seite niemand finden, der dagegen sprechen oder dagegen handeln würde. (Gelächter links.)

Sie müssen nur, wenn Sie beurtheilen, ob etwas im Interesse der Stadt gelegen ist, sich über Ihren eigenen Standpunkt ein wenig zu erheben wissen, Sie müssen sich nur den Standpunkt des Unbefangenen, des Ruhigen zu gewinnen wissen (Unruhe links. — Gem.-Rath Jedlička: Aber geben Sie uns keine Belehrung!), dann werden Sie in jedem einzelnen Falle beurtheilen können, ob Ihr Appell an unsere Zustimmung zu Ihren Actionen am Platze ist oder nicht. (Erneuerte Unruhe links. — Rufe: Schluss! Zur Sache!) Ich bitte recht sehr, ich weiß nicht, aber ich glaube, ich kann nur vom Vorsitzenden zur Sache gerufen werden.

Ich habe das nur beigefügt, nicht in der Absicht, Ihren Widerspruch hervorzurufen, umgekehrt, um es zu ermöglichen, dass in gewissen Fragen, wo sachliche Standpunkte zur Erörterung kommen, eine ruhige Discussion platzgreife. Ihr Refus kann natürlich nicht ermuthigend auf jemand wirken, der die Absicht hat, welche ich zum Ausdrucke brachte.

Ich will schließlich mit Rücksicht darauf, dass Generalredner gewählt wurden und der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Angelegenheit heute noch womöglich zum Abschlusse komme, mir den Antrag zu stellen erlauben, dass die Anträge des Stadtrathes en bloc angenommen werden, vorbehaltlich der Abstimmung über jene Anträge, welche zu den Referenten-Anträgen bereits schriftlich gestellt worden sind. Ich empfehle Ihnen, die Anträge Steiner abzulehnen und die Referenten-Anträge zur Annahme. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine hochverehrten Herren! Ich werde mich mit Rücksicht auf den Umstand, dass wir eben in der zwölften Stunde uns befinden, möglichst kurz fassen; aber ich kann nicht umhin, das Bedauern auszusprechen, dass fast jedesmal, wenn es sich um so hochwichtige Angelegenheiten handelt, hier so manipuliert wird, dass immer eine eingehende und auch noch so sachliche Erörterung zur Unmöglichkeit wird. Ich werde mich deshalb kurz darauf beschränken, auf die Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners und der anderen Herren, welche heute gesprochen haben, zu erwidern. Ich kann nur mein Bedauern darüber aussprechen, dass sowohl von Seite des Herrn Collegen Herrdegen, wie von Seite des unmittelbaren Herrn Vorredners immer von einer Competenzüberschreitung des Gemeinderathes bezüglich des Antrages Steiner gesprochen wird.

Was wird denn im Antrage begehrt? Dass wir das elementarste staatsbürgerliche Recht, das in keiner, und sei es die reactionärste Verfassung, fehlt, das Petitionsrecht ausüben. Das ist nach dem Begriffe der Herren, wenn es sich um eine großcapitalistische Unternehmung handelt, sofort eine Überschreitung der Competenz des Gemeinderathes (Rufe links: Sehr richtig! — Oho-Rufe rechts), die wir uns unter keiner Bedingung zuschulden kommen lassen dürfen.

Meine Herren! Ärger kann man mit den eigenen Rechten doch nicht umspringen, als es von dem geehrten Herrn Vorsprecher geschehen ist.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass diese Concession ja gar nicht so günstig für die Unternehmung sei. Es hat speciell der Herr Vorredner gesagt, dass, wenn dieselbe Concession uns ertheilt worden wäre, wir dieselbe gewiss nicht als annehmenswert befunden, sondern ebenso dagegen opponiert hätten. Woher weiß denn der verehrte Herr Vorsprecher das? Hat er irgend auch nur den leisesten Anhaltspunkt für diese Behauptung? Ich bin im Gegentheil überzeugt, dass wir zu den gleichen Bedingungen gewiss mit Freuden acceptiert haben würden, weil ja in der That eine Reihe so weitgehender Concessionen in dieser Vergebungsurkunde enthalten sind, dass man sich sie gewiss nicht besser wünschen kann, ob sie jetzt ein Privatunternehmer oder ob sie die Gemeinde Wien erhält.

Einzelne Punkte sind es, die geradezu horrend genannt werden müssen, weil sie auch zukünftigen, noch in einer ziemlichen Ferne liegenden Verhältnissen in der unglaublichsten Weise präjudicieren. So ist die Geschichte beispielsweise gerade mit dem Leichenfuhrwerk.

Da wird eine so große Anzahl von bestehenden Interessen dadurch verletzt, dass auf diese Weise geradezu ein Monopol für eine capitalistische Gesellschaft geschaffen wird; dass man sich das manchesterliche Princip der größten Rücksichtslosigkeit gegen den Mittelstand, gegen bestehende Besitz- und Erwerbsverhältnisse nicht schärfer ausgedrückt denken kann, als das in dieser Bestimmung der Fall ist, die ein ausschließliches Monopol mit Verletzung weitgehender, bereits bestehender Rechte ins Auge fasst. (Rufe links: Sehr richtig!) Dagegen müssen wir uns entschieden verwahren; und ich glaube, Sache des Gemeinderathes, der die freigewählte Vertretung der Bürgerschaft ist, ist es gewiss nicht, die Steuerträger auf diese Weise zu schädigen, dass wir ein Monopol zu Gunsten einer ausländischen capitalistischen Gesellschaft schaffen.

Der unmittelbare Herr Vorredner hat ausdrücklich ausgeführt, dass eine bedeutende Reihe von Erleichterungen für den Unternehmer in der Concession thatsächlich enthalten seien. Sein zweiter Vorredner Herr Gem.-Rath Herrdegen hat gefunden, dass die Concession sehr lästig und drückend für die Privatgesellschaft ist, und hat sich darauf berufen, dass in der Sache nur Fachmänner mitreden können und implicite für sich in Anspruch genommen, dass ein anderer ein Urtheil darüber nicht habe. (Gem.-Rath Herrdegen: Durchaus nicht!) Wir haben auch die Sache studiert und wenn auch nicht ein jeder Ingenieur ist, so hat er doch Gelegenheit, sich bei Ingenieuren über die Sache zu orientieren; und da ist das Urtheil der Fachmänner, die den verschiedensten Interessenkreisen angehören, dahin gehend, dass in der That auf technischem Gebiete ganz kolossale Erleichterungen bei einem solchen Bahnbau und einem solchen Betriebe, wie er hier vorgesehen ist, in dieser Concession gewährt werden. Es ist nicht meine Aufgabe, die einzelnen Punkte anzuführen, obwohl ich Punkt für Punkt aus den Concessionsbedingungen das beweisen könnte. — Gestatten Sie mir nur, zur Abkürzung des Verfahrens zwei Punkte herauszugreifen. Sie haben z. B. da ein Schotterbett von 0·3 m. Es ist notorisch, dass das bei einem solchen Verkehre, der 8000 Personen in der Stunde befördern soll, absolut unzulässig ist, dass in kurzer Zeit das Schotterbett vollständig zermalmt sein wird und dass dadurch eine Belästigung des Publicums durch heftiges Stoßen in der kürzesten Zeit eintreten wird. Mithin sind die Bedingnisse solche, dass sie durchaus nicht als im Interesse der Bequemlichkeit und des tadellosen Betriebes gelegen betrachtet werden können.

Eine andere Bestimmung enthält, was der Herr Vorredner als besonderen Vortheil angeführt, die Doppel-Perrons! Ja, meine Herren! Nicht dass ein Doppel-Perron, für jede Fahrrichtung ein eigener Perron bestehen soll, ist ein Vortheil; sondern man hätte begehren müssen, dass überall zweiseitige Perrons sind. Wie wollen Sie denn einen Verkehr von 8000 Personen in einer Stunde sich vollziehen lassen, wenn beim Aussteigen und Einsteigen nur ein Perron benützt werden kann; da hätte Sorge getroffen werden sollen, dass zweiseitige Perrons geschaffen werden, dass man auf der einen Seite auf- und auf der anderen Seite absteigen könne, damit sich der Verkehr wirklich klaglos abspielen kann. Ebenso ist es bezüglich des Radius für die Bogen. Mit dem Ausmaße derselben war schon ganz zweifellos ausgesprochen, dass das Übergehen von einer ganzen Reihe von Personen-Waggons, die auf den Linien der großen Bahnen verkehren, auf die Stadtbahn vollständig ausgeschlossen ist, weil die Radien so gering bemessen sind, dass ein großer Theil des Fahrparkes der großen Eisenbahnen auf den Localbahnlinien nicht zu verkehren vermag.

Was die finanziellen Concessionen, die in dieser Vergebungsurkunde ertheilt wurden, betrifft, so wird niemand leugnen wollen, dass sie ganz außerordentlich weitgehend sind, so weitgehend, wie sie nicht leicht in einer anderen Concession, mindestens in neuerer Zeit, gegeben wurden. Es mag ja ganz richtig sein, dass, wenn man Concessionen aus den Sechziger- und Siebzigerjahren hernimmt, wo das Manchesterthum noch allmächtig war, man vielleicht finden wird, dass andere Concessionen günstiger waren. Ja, meine Herren! Wir sind eben in einer anderen Zeit, wir stecken nicht mehr so in dem Sumpfe des Manchesterthums, des Capitalismus, darin. Freilich, wenn es nach den Wünschen der Herren gienge, wären wir vielleicht noch mitten darin. Aber es sind glücklicherweise doch noch Factoren da, die trotz allem Widerstande Ihrerseits andere Verhältnisse geschaffen haben. Es wird da fortwährend behauptet, dass die Stadt Wien mit einer Bahn nichts zu thun habe, und der verehrte Herr Referent hat auch gesagt: Ja, wie kommt denn die Stadt Wien dazu, sich eine Eisenbahn zu bauen, das geht sie ja gar nichts an. Das ist ein Wirkungskreis, der der Gemeinde vollständig fernliegt; und auch der letzte Vorredner hat das ausgeführt. Ein merkwürdiges Princip, eine merkwürdige Auffassung für die Zeit, in der wir jetzt leben! Vor 30 Jahren mag es ganz plausibel geklungen haben, heute aber ist es höchst antiquirt. Und wenn die Herren, welche auf den Fortschritt pochen, bei jeder Gelegenheit mit dergleichen Phrasen kommen, so müssen sie sich es gefallen lassen, dass man sie wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete die ärgsten Reactionäre nennt. (Beifall links.)

Die kleinsten Provinzstädte haben dergleichen Aufgaben gelöst, so z. B. Neutitschein. Die Neutitscheiner konnten dergleichen leisten, nur die Wiener müssen in diesem Falle zurückstehen. Es wäre nach

der Ansicht jener Herren ein Wagnis, auf das wir uns unter keiner Bedingung einlassen können. Meine Herren, es ist merkwürdig, wie da bei jeder Gelegenheit dahin gearbeitet wird, um die Kreise des Großcapitales ja nicht zu tangieren. Heute ist von dem unmittelbaren Herrn Vorredner und auch von einigen anderen Rednern betont worden, dass man der Gemeinde Wien zu viel zumuthe. Jetzt werden wir eine Gasanstalt errichten, jetzt eine Assecuranz u. s. w. Ja, meine Herren, Sie machen es bei jeder Gelegenheit so; wie wir seinerzeit die Gas-Debatte gehabt haben, hat es geheißen, darauf kann sich die Stadt Wien nicht einlassen. Jetzt, wo es sich um eine Bahn handelt, compromittieren Sie auf die Gasfrage. Wie die Straßensäuberung in dem I. Bezirke durchgeführt werden sollte, hieß es, in das kann sich die Gemeinde Wien nicht einlassen. Es wundert mich, dass sich heute nicht jemand darauf berufen und gesagt hat, weil die Stadt Wien nächstens die Straßensäuberung in eigene Regie nimmt, kann sie sich mit einem so fernliegenden Gegenstande nicht befassen.

Das Princip bleibt sich bei Ihnen gleich, Sie wollen nichts wissen von einer Ausdehnung der Machtsphäre der Gemeinde. Sie wollen durchaus und durchaus immer nur dem Privatcapital alles überlassen, ob es sich nun um einen Bahnbau oder um die Gasgesellschaft oder die Hypothekenbank, um die Assecuranz oder was immer handelt. (Beifall links.) Das ist der Standpunkt, den Sie bei jeder Gelegenheit einnehmen. (Gem.-Rath Herrdegen: Wer hat die Assecuranz beschlossen, wir oder Sie?) Der beste Beweis, wie die Assecuranzangelegenheit aufgefasst wird, ist, wie sie hier im Gemeinderathe behandelt worden ist. Seit ein paar Jahren stockt trotz des damaligen Beschlusses die Versicherung und kommt um keinen Schritt weiter. Wenn es sich aber darum handelt, irgend etwas einer Privatgesellschaft auszuliefern, da geht's mit Riesenschritten, da muss die Sache schleunigst gemacht werden. (Gem.-Rath Herrdegen: Wir haben das in Ihrer Abwesenheit beschlossen.) Aber verschleppen thun Sie es jetzt doch.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte nicht zu unterbrechen!

Gem.-Rath Dr. Geßmann (fortfahrend): Es hat uns der geehrte unmittelbare Herr Vorredner ausgerechnet, dass die gegenwärtige Verzinsung der Actien von Krauß & Comp. eine außerordentlich minimale sei, und hat auf Grund dieser Ziffern nachgewiesen, dass die Stadt Wien ein ungeheures Risico übernehmen würde, wenn Sie sich auf den Bau und Betrieb einer solchen Stadtbahn einlassen würde. Darauf antworte ich Folgendes: Erstens ist der Bestand der Gesellschaft noch kein so langer, dass ein abschließendes Urtheil in der Richtung möglich wäre. Aber der verehrte Herr Vorredner möge es mir verzeihen, er weiß so gut wie ich, dass die Krauß'sche Dampftramway gebaut wurde auf die Concession hin, die heute ertheilt werden soll, und dass das mit ein Motiv für die ganze Unternehmung war, das ist ja kein Geheimnis, es müsste denn der verehrte Herr Vorredner so außerordentlich kindlich sein, dass er nicht wüsste, was die ganze Welt weiß und seit Jahren weiß, dass die Krauß-Compagnie diese Concession unter jeder Bedingung bekommt. Warum sie sie bekommt, das wissen wir freilich nicht. Es hat der geehrte Herr Vorredner u. a. angeführt, dass es nothwendig sei, dass die Gesellschaft Krauß & Comp. die Concession bekomme, weil ja ein paar Linien, die die Krauß-Compagnie heute schon betreibt, nothwendigerweise in die Trace der Stadtbahn hineinfallen. Wo steht denn das geschrieben? Wer oder was zwingt uns oder den Staat oder die Verkehrs-Commission, auf diese Linien der Krauß'schen Gesellschaft Rücksicht zu nehmen? Gerade umgekehrt ist es: Wenn das Interesse der Stadt, das Interesse des Staates, überhaupt der Allgemeinheit gewahrt worden wäre, dann würde die Wienthallinie am rechten Ufer überhaupt nicht geführt werden; dann hätte man sich für die Linie am linken Ufer entschieden (Richtig! links), die in jeder Hinsicht weit besser, weit billiger herzustellen gewesen wäre als die andere. Und das ist nicht mein Urtheil, das ist das Urtheil von Fachleuten, die in Ihrem eigenen Lager stehen und bezüglich deren nur eine plötzliche überraschende Wandlung der Ansichten seinerzeit eingetreten ist. (Heiterkeit links.)

Es ist also nicht wahr, dass da eine Verpflichtung oder irgend ein Zwang vorliegt, diese Linie für die Stadtbahn zu erwerben. Wenn man ohne Rücksicht auf Krauß & Comp. hätte vorgehen wollen, dann hätte man diese Linie einfach rechts liegen lassen können; sie geniert uns gar nicht und spielt bei der Stadtbahn absolut keine Rolle. Es hat mich gefreut, dass von Seite des Herrn Collegen Dr. Stern der Standpunkt vertreten wurde, der, wie mir scheint, als der einzig richtige aufgefasst werden muß. Wenn gegen die Berechnung, die er aufgestellt hat, gewisse Einwendungen erhoben werden, so kenne ich ja nicht die Basis, auf Grund deren diese Berechnungen aufgestellt wurden; es mag ja sein, dass eine Reihe ganz ungünstiger Momente, ganz besonders schwieriger Conjuncturen bei Aufstellung dieser Ziffern in Betracht gezogen wurden. Aber selbst angenommen, die Ziffern seien richtige und die Rentabilität der Stadtbahn halte sich zwischen 3 bis 4 Percent; haben wir denn eine Sicherheit dafür, dass der Zinsfuß so bleibt, wie er dermalen ist? Der landläufige Zinsfuß ist heute 4 Percent. Es ist aber ganz fraglos, dass der Zinsfuß eine Tendenz zu weiterem Sinken hat, dass, wenn nicht künstlich von Seite des mobilen Großcapitales eingegriffen wird, diese Tendenz sich immer mehr zur Geltung bringen wird und dass vielleicht in zehn, fünfzehn Jahren schon eine Verzinsung von 3, $3^1/_2$ bis 4 Percent als eine glänzende betrachtet werden kann. Dieses Motiv würde uns daher kaum bewegen können, auf die Concessionsertheilung an die Stadt Wien zu verzichten.

Es hat der geehrte Herr Vorredner auch eine Reihe constitutioneller Bedenken gegen den Antrag des Collegen Steiner vorgebracht. Gestatten Sie mir da, nur das eine zu sagen. Wir haben, obwohl wir gewiss auch mit demokratischem Öle gesalbt sind — und vielleicht noch mehr als die Herren — eine andere Idee von der Stellung des Monarchen, als sie von dem unmittelbaren Herrn Vorredner ausgedrückt wurde. Er denkt sich den Monarchen — wie soll ich mich parlamentarisch ausdrücken? — einfach als eine Bestätigungsmaschine des constitutionellen Ministeriums. Der Kaiser hat nichts zu sagen, sondern das ist ausschließlich nur Sache der constitutionellen Factoren, des Abgeordnetenhauses allenfalls — ich weiß es nicht — und vor allem des Ministeriums, namentlich eines Ministeriums, das den Herren vom Großcapital recht günstig gesinnt ist, denn sonst würde von demselben wohl auch der Appell an die höheren Instanzen ergriffen werden und er ist ja auch tausendmal ergriffen worden, die Geschichte hat das schon oft gezeigt.

Merkwürdig! Da sind Sie constitutionell. Aber sind denn die jetzigen legislativen Factoren wirklich der Ausdruck des Volkswillens? Können Sie sagen, dass der Constitutionalismus, wie er jetzt besteht, auch nur den leisesten Anspruch hat, eine Volksvertretung genannt zu werden?

Meine Herren! Wir sind zwar die Reactionäre in Ihren Augen, aber trotzdem bedanken wir uns für einen solchen Constitutionalismus, der nichts anderes ist als der Constitutionalismus des Geldsackes; und ich sage Ihnen, lieber ist mir noch ein klar blickender, rechtlicher, absolutistischer Monarch als ein Constitutionalismus, der nichts als die Wand abgibt, damit das Großcapital dahinter seine Manöver aufführen kann. (Beifall und Händeklatschen links.)

Ich muss gestehen, ich finde auch keinen Gegensatz zwischen dem ersten und letzten Antrage des Collegen Steiner. Gewiss ist es unsere Pflicht, wenn wir es ehrlich mit der Sache meinen, alle Instanzen anzurufen und an alle Factoren heranzutreten, die bei der Sache mitzusprechen haben, sonst würden wir eben nicht ernst zu nehmen sein. Da darf gar nichts übergangen und übersehen werden, was eine Änderung in der Sache herbeiführen könnte, die wir im allgemeinen Interesse als unbedingt geboten erachten. Und ganz merkwürdig ist, dass die Einberufung einer Volksversammlung so den Hohn (Rufe links: Die Angst!) und die Geringschätzung des geehrten Vorredners hervorruft. Wo kommen Sie denn mit den ganzen liberalen Principien hin? Das ist eine ganz richtige Instanz und ich würde sehr wünschen, dass eine Volksabstimmung in solchen concreten Fragen platzgreifen würde, wie es in der Schweiz heute der Fall ist. Ein solches Referendum wäre sehr gut und in Oberösterreich besteht im Gemeindegesetz ein solches Referendum; es ist das gar nicht so lächerlich, wie der Herr Vorredner glaubt, und verträgt sich ganz gut mit den constitutionellen Principien auch dann, wenn man im Falle einer so schweren Schädigung, wie wir sie in dieser Concessionsurkunde erblicken, daneben auch an den Monarchen herantritt, in der Überzeugung und durchdrungen von dem Gefühle, dass der Monarch mehr ist als der Hampelmann seiner Minister. Es sind ja die Lasten, welche die Gemeinde Wien durch diese Concessionsurkunde übernimmt, außerordentlich große. Nicht nur, dass wir auf eine sehr lange Reihe von Jahren auf die Einkommensteuer und alle anderen Umlagen verzichten, sind wir auch gezwungen, ohne dass wir eigentlich heute noch wissen, um was es sich im Detail handelt, eine Menge von sehr wertvollen Gründen abzutreten. Es ist in der Concession die Bestimmung, dass alle diejenigen Grundbestandtheile, welche für den Bahnbau erforderlich sind, unentgeltlich von der Gemeinde insoweit abgetreten werden sollen, als sie heute nicht schon als Baugrund bewertet sind; und das muthet man uns zu in einem Augenblicke, wo uns die Detailpläne vollständig fehlen, wo wir wohl die Haupttrace kennen, aber über die Detailausführung gar keine Kenntnis haben, wo wir also die Größe der Lasten, die wir damit übernehmen, absolut nicht bemessen können. Wenn wir solche Opfer bringen, dann sollen wir nach der Meinung der Herren Dr. Mittler und Herrdegen einfach still zuschauen, wie das Handelsministerium über unsere Köpfe hinweg entscheidet? Was wären wir da für Gemeindevertreter? Ist es denn nicht unsere Pflicht, uns zu rühren und für die Interessen der Gemeinde zu reden? Und, meine Herren, ich kann Ihnen sagen, es ist traurig genug, dass es einem Mitgliede der Opposition vorbehalten blieb, überhaupt in dieser Sache einen Antrag zu stellen. Wäre es auf die Herren angekommen, so hätten Sie gar nichts in der Sache gethan, Sie hätten ruhig zugesehen, wie die Rechte der Gemeinde mit Füßen getreten werden, wie über unser Eigenthum verfügt wird, ohne dass man uns befragt oder dass man mit uns in Verhandlungen getreten wäre.

Meine Herren! Das ist nicht der Standpunkt, auf dem man die Interessen der Gemeinde richtig und mit Nachdruck vertritt. Darum kann ich nicht nur nicht finden, dass die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Steiner übel angebracht sind, dass sie an irgend welchen unbegreiflichen Gegensätzen leiden, sondern sie sind in hohem Grade dankenswert und für uns ein ehrendes Zeugnis, wenn wir uns auch die Zustimmung des Herrn Dr. Mittler damit nicht errungen haben.

Ich möchte zum Schlusse nur noch eines sagen: Ich bin mit dem Antrage, den der Herr College Dr. Mittler bezüglich des Verfalles der Caution und bezüglich der Zuweisung dieser Caution an die Wiener Verkehrsanlagen-Commission gestellt hat, vollständig einverstanden. Aber ich hätte gewünscht, dass, wenn schon die Frage angeregt wurde, und es ist ja ersichtlich, dass sich der geehrte Herr Vorredner speciell mit diesem Punkte befasst hat, weil er ihn in der General-Debatte zum Gegenstande seiner Ausführungen gemacht hat, ihm etwas anderes aufgefallen wäre, und das ist die höchst zweideutige Bestimmung, dass diese Caution für verfallen erklärt werden kann. Meine Herren! Wenn Sie überhaupt die ganze Concession von a bis z durchschauen, so werden Sie die Tendenz, von der diese Concession überall durchdrungen ist, sofort in den verschiedenen „möglichst", thunlichst" u. s. w. auf das genaueste erkennen. Überall, wo der Gesellschaft eine Verpflichtung auferlegt werden soll, wird „thunlichst" und „möglichst" gesagt, d. h. wir geben der Gesellschaft ein Thürl, wo sie einfach hinausschlüpfen kann. Über das „möglichst" und „thunlichst" entscheidet das Handelsministerium, und ich glaube, das Handelsministerium wird der Gesellschaft, der es diese Concession ertheilt hat, auch dann wahrlich nicht wehe thun. Wenn der Herr Vorredner erwähnt hat, dass im Eingange der Concession sich auf eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen berufen wird, welche das Verhältnis der Bahn zum Staate, zum Publicum, mit einem Wort, die ganzen Betriebsverhältnisse u. s. f. regeln, so erwidere ich ihm darauf nur Folgendes: Die Art und Weise, wie von Seite einer ganzen Reihe von Privatgesellschaften bisher trotz dieser Bestimmungen in den verschiedenen Gesetzen und Verordnungen mit den öffentlichen Interessen umgegangen wurde, die Art und Weise, wie diesen Verordnungen in der unglaublichsten Weise seitens der Privat-Eisenbahn-Verwaltungen hohngesprochen wurde, gibt für jedermann, der die Verhältnisse kennt, den Beweis, dass die Aufzählung dieser Paragraphe uns vor Unannehmlichkeiten nicht schützen wird, wie wir sie beispielsweise bei der Tramway-Gesellschaft erfahren haben.

Ich erkläre Ihnen, meine Herren, genau so wie die Tramway-Misère uns fortwährend molestiert und wir aus den Streitigkeiten und Zwistigkeiten mit dieser Gesellschaft nicht herauskommen, genau so und noch viel ärger wegen des erweiterten Umfanges wird es uns mit der neuen Stadtbahn ergehen; und wenn wir dann Klagen und Recriminationen erheben, so wird man uns mit Recht vorhalten, was auch heute bereits gesagt worden ist: was wollt Ihr denn haben, Ihr habt ja freudig dieser Concession zugestimmt, im Gegentheile, es wurde als Competenzüberschreitung von Euch hingestellt, dass Einige daran etwas auszusetzen gehabt haben.

Ich bitte Sie also, den Anträgen der Herren Collegen Steiner und Dr. Stern zuzustimmen, weil ich fest überzeugt bin, dass wir auf diese Weise unsere Pflicht, gegenüber der Stadt Wien, gewiss aber auch gegenüber der Allgemeinheit und dem Staate thun. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zur weiteren formellen Behandlung erlaube ich mir bezüglich des Antrages Mittler auf en bloc-Annahme die Bemerkung, dass derselbe nicht angenommen werden kann. Die Abstimmung erfordert nämlich, dass zunächst der Antrag Steiner zur Erledigung gelange; erst dann können die einzelnen Anträge erledigt werden, welche seitens des Stadtrathes gestellt werden.

Eine Abkürzung ist nur dann möglich, wenn jene Gemeinderathsmitglieder, welche außer den Zusätzen des Stadtrathes noch weitere Anträge zu stellen haben, sich bei der Verlesung der einzelnen Paragraphen einfach melden und die Anträge formulieren und vorlegen, dann könnte die Sache noch heute erledigt werden. Wenn aber eine weitere, eingehende Discussion in der Special-Debatte gewünscht wird, dann läßt sich die Sache mit Rücksicht darauf, dass eine große Anzahl von Gemeinderäthen nicht in der Stadt wohnen, daher wohl kaum länger hier zu halten sein werden, heute nicht erledigen.

Die Anträge des Stadtrathes kennen die Herren, der Herr Referent wird einfach einen Paragraphen nach dem anderen aufrufen, und wer dann Zusätze zu stellen hat, möge sich sofort melden. Wenn die Herren einverstanden sind, kann man es in dieser Weise machen. (Zustimmung.)

Zu § 1 hat sich gemeldet Herr Gem.-Rath Dr. Hackenberg.

Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Zum Absatz 1 würde ich einen kleinen Zusatz-Antrag stellen, der in der Natur der Sache gelegen ist.

Es heißt da nämlich (liest): „Der Gesellschaft ist die Verpflichtung aufzuerlegen, bei Kreuzungen der in Zukunft neuzuschaffenden Straßenzüge durch die Bahn auf ihre Kosten die Durchlässe herzustellen."

Hier ist nur die Rede von Durchlässen, es müsste aber doch zur Ergänzung dieses Theiles auch von Überbrückungen die Rede sein, und ich erlaube mir daher hinter dem Worte „Durchlässe" den Zusatz „und Überbrückungen" zu beantragen.

Referent: Ich bemerke, dass ich mir dies auch schon hier notiert habe. Es ist ganz richtig, das ist nur in der Feder geblieben, es soll heißen, „die Durchlässe und Übersetzungen".

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich setze voraus, dass die Versammlung damit einverstanden ist, dass wir so weiter vorgehen; denn sonst müsste bei § 1 sofort der Antrag Steiner erledigt werden.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich glaube, dass auch unsere Partei damit einverstanden ist. Die Zusätze müssen aber doch mit einer kurzen Motivierung beantragt werden, denn ich kann mir nicht denken, dass der Antrag nur so hingeworfen wird, weil selbstverständlich der eine oder andere Herr damit nicht einverstanden sein wird. Ich glaube, dass wir uns heute etwas länger aufhalten müssen, um die Sache doch mit Gründlichkeit zu behandeln.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Also zu § 1 wird nicht mehr das Wort gewünscht? (Niemand meldet sich.)

Zu § 2?

Gem.-Rath Steiner: Da ist auch ein eigenthümlicher Absatz f (liest): „Insoferne und insolange, als infolge der im vorstehenden Absatz lit. d gewährten Steuerbefreiung die Vorschreibung einer Staatssteuer nicht stattfindet, sind auch die bezüglichen Landes- und Gemeindezuschläge nicht einzuheben."

Grund und Boden will man hergeben und das Ministerium verfügt über die Gebüren, die wir erhalten sollen, das Ministerium kann ja unsere Gebüren nicht verschenken. (Gem.-Rath Matzenauer: Das steht ja im Programm!) Ich stelle den Antrag, dass es heißen soll, sind auch die bezüglichen Landeszuschläge nicht einzuheben. Das Wort „Gemeinde" hätte zu entfallen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand zu § 3 das Wort?

Gem.-Rath Strobach: Meine sehr geehrten Herren! Dieser § 3 wurde bereits vorhin citiert. Es wird hier versucht, geradezu eine zweite Concession einzuschmuggeln, es heißt nämlich hier (liest): „Der Bau der Rennweglinie (§ 1, Z. 4) ist bis Ende des Jahres 1900 fertigzustellen; die Verbindung mit dem Aspangbahnhofe ist jedoch schon früher unaufgehalten auszuführen, sobald eine Regelung des Beerdigungswesens in Wien in der Weise eintritt, dass die Benützung dieser Linie zum Leichentransporte nach dem Central-Friedhofe obligatorisch stattzufinden hat."

Wenn dies in dieser Form angenommen wird, so erhält die Gesellschaft, wie schon Herr Dr. Geßmann bemerkte, geradezu ein Monopol. Wenn Sie bedenken, welches Unglück manchmal in Familien einreißt, wenn der Ernährer stirbt, wenn Sie bedenken, dass die Leute ihre letzte Habe hergeben, um ein anständiges Leichenbegängnis zu ermöglichen, so muss der Gemeinderath von seiner Verpflichtung durchdrungen sein, dafür zu sorgen, dass das Sterben, welches in Wien ohnedies theuer genug ist, nicht weiter vertheuert werde. Dadurch, dass von dem Hause bis zum Bahnhof ein Wagen genommen werden muss und die Leute vom Bahnhof befördert werden bis zum Central-Friedhofe und dort ein zweiter Wagen genommen werden muss, wird die Sache vertheuert und deshalb würde ich mir erlauben zu beantragen, dass dieser Passus von: „Sobald eine Regelung ꝛc." bis „stattzufinden hat" gestrichen werde. Ich bitte meinen Antrag zu unterstützen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Mittler hat zu § 3 schon einen Antrag gestellt.

§ 4. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.)

§ 5. Keine Bemerkung? (Niemand meldet sich.)

§ 6.

Gem.-Rath Strobach: Im § 6 ist ein Passus, wo es heißt: „welche von der zur Ertheilung der Zustimmung zur Benützung der betreffenden Straße nach den bestehenden Gesetzen berufenen Straßenbehörde im Einvernehmen mit den Eisenbahnbehörden vorgezeichnet werden."

Hier wäre allerdings die Frage aufzuwerfen, was tritt ein, wenn eine Neigung nicht erzielt wird? Da bin ich beauftragt, namens des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger die Erklärung abzugeben, dass Herr Sectionschef Wittek in der Verkehrs-Commission erklärt hat, dass in diesem Falle die Straße nicht hergegeben zu werden braucht. Aus diesem Grunde ist die Sache erledigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Kein Antrag? (Gem.-Rath Strobach: Nein!)

§ 7.

Gem.-Rath Strobach: Bei § 7 möchte ich beantragen, dass in dem nachfolgenden Satze: „Der Bau und Betrieb der concessionierten Bahnen ist derart einzurichten, dass dieselben in erster Reihe den Bedürfnissen des städtischen Personenverkehres möglichst vollkommen genügeleisten", das Wort „möglichst" gestrichen werde; möglichst vollkommen genügeleistet auch die Tramway, und wir wissen alle, was für

eine elende und erbärmliche Misère es ist, und dass wir eine Abstellung nicht erzielen können; ich beantrage daher, das Wort „möglichst" zu streichen. Solche Paragraphe werden dann wahre Kautschukparagraphe.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: § 8.

Gem.-Rath Strobach: Im § 8 heißt es: „Alle Baumaterialien, die Schienen und sonstigen Bahnbestandtheile, sowie sämmtliche Fahrbetriebsmittel und Ausrüstungsgegenstände sind ausschließlich im Inlande, beziehungsweise aus inländischen Werken zu beschaffen." Mit dem kann jeder einverstanden sein; dann heißt es weiter: „Eine Ausnahme von dieser Bestimmung kann von Seite des Handelsministeriums insofern zugestanden werden, als nachgewiesen werden sollte, dass inländische Werke nicht in der Lage waren, die bezüglichen Lieferungen unter den gleichen Bedingungen hinsichtlich des Preises &c. zu bewerkstelligen." (Referent ruft: Oder nicht wesentlich ungünstigeren!) Ich bitte, der zweite Satz hebt eigentlich den ersten auf. Geben wir uns keiner Illusion, keiner Täuschung hin, die Gesellschaft wird machen, was sie will, sie kann sich fingierte Offerte vorlegen lassen, und unserer Industrie wird es wieder gehen, wie es im allgemeinen geht.

Die Sachen werden von Deutschland oder von dem Auslande bezogen und die österreichische Industrie wird nichts haben. Ich beantrage daher, den zweiten Punkt ebenfalls zu streichen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: § 9. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.)

§ 10.

Gem.-Rath Strobach: Bei § 10 ist genau dieselbe Wirtschaft. Da heißt es: „Die Tarife für den Personen-, Gepäcks- und Güterverkehr &c. unterliegen der Genehmigung des Handelsministeriums." Damit sind wir alle einverstanden. Dann heißt es weiter: „Hiebei ist einerseits auf die öffentlichen Rücksichten, andererseits auf eine ausreichende Rentabilität der Bahnlinien Bedacht zu nehmen." — Das ist auch so ein Kautschukparagraph. (Ironische Rufe: Das sind schwere Bedingnisse!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Welcher Antrag wird gestellt?

Gem.-Rath Strobach: Ich bin noch nicht fertig. Es ist das sehr dehnbar; wo fängt es an und wo hört es auf? Sie könnten wirtschaften, dass es nicht schön ist, wie sie es bei der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft gemacht haben, und die Bevölkerung müsste zahlen, dass sie schwarz wird; aus dem Grunde, weil eben eine ausreichende Rentabilität der Bahn stattfinden muss. Ich beantrage, diesen Punkt zu streichen, weil es eine schwere Schädigung der Bevölkerung Wiens wäre, wenn diese Leute den Fahrpreis dictieren könnten, weil eine Bedingung besteht, dass die Bahn rentabel sein muss.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: § 11. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.)

§ 12. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.)

§ 13. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.)

§ 14.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Meine Herren! § 14 setzt fest, dass die Frage, inwiefern ähnliche Begünstigungen, wie sie § 13 bezüglich der Militärtransporte festsetzt, Civilwachkörpern (Sicherheits-, Finanzwache u. dergl.) oder anderen öffentlichen Organen einzuräumen sind, in den Concessionsbedingnissen bestimmt wird. Ich habe in den Concessionsbedingnissen nachgeschaut und gefunden, dass im § 18 wirklich solche Bestimmungen enthalten sind, in denen es heißt:

„Bei Aufstellung der Personentarife wird die beim Stadtbahnbetriebe gebotene thunlichste Erleichterung und Vereinfachung des Billet- und Tarifsystemes, sowie der Controle anzustreben sein.

Die Organe der k. k. Sicherheits- und Finanzwache, sowie der städtischen Feuerwehr sind zu den gleichen ermäßigten Preisen, wie solche dem k. und k. Militär zugestanden sind, zu befördern.

Für Schüler öffentlicher Volks-, Bürger- und Mittelschulen sind Schülerkarten zu ermäßigten Preisen auszugeben.

Für Arbeiter sind zu gewissen Tageszeiten verkehrende Züge mit ermäßigten Fahrpreisen einzuführen."

Auf unsere Beamten und Diener ist aber nicht Bedacht genommen worden. Zu wiederholtenmalen ist hier schon gesagt worden, dass der Staat für seine Beamten sorgt, dass die Staatsbeamten und Diener bei allen Bahnen Fahrpreis-Ermäßigungen besitzen. Nur die städtischen Beamten sind von dieser Wohlthat ausgeschlossen, trotz Resolutionen, die gefasst und Petitionen, die eingebracht wurden. Nun glaube ich, dass wir doch hier über eine Stadtbahn-Concession zu verhandeln haben, und da, glaube ich, ist es der Gemeindevertretung erste Pflicht, auf die Gemeindebeamten und Diener zu schauen.

Wir können sogar darauf hinweisen, dass wir eine erkleckliche Anzahl von Beamten haben, welche Agenden des Staates zu besorgen haben; ich will nicht auf die verschiedenen Categorien hinweisen, aber Thatsache ist es, dass sie im Interesse des Staates externe Dienste zu verrichten haben, und diese Beamten und Diener sind in der Concession nicht berücksichtigt.

Ich glaube, meine Herren, dass diese nicht nur dasselbe Recht hätten, wie hier im § 18 der Concessionsbedingnisse den Staatsbediensteten eingeräumt ist, wenn sie durch eine Legitimation nachweisbar im Interesse des Staates zu reisen haben, sondern dass für sie das sogar umsonst gefordert werden sollte. Ich will von dem aber abgehen, jedoch beantragen, dass bei diesem Punkte ausdrücklich betont werde, dass die städtischen Beamten und Diener dieselben Begünstigungen genießen sollen, wie die Staatsbeamten bei den Staatsbahnen genießen. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: § 15. (Nach einer Pause:) Keine Einwendung.

§ 16. (Nach einer Pause:) Keine Einwendung.

§ 17.

Gem.-Rath Strobach: Mein Antrag zu § 17 ist bereits durch den Stadtrath erledigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: § 18. (Nach einer Pause:) Keine Einwendung.

§ 19. (Nach einer Pause:) Keine Einwendung.

§ 20.

Gem.-Rath Strobach: Meine Herren! In § 20, 2. Absatz, heißt es: „Der Staatsverwaltung bleibt das Recht vorbehalten, nach Ablauf des Jahres 1910 den Betrieb der concessionierten Eisenbahnen zu übernehmen und während der sodann noch übrigen Concessionsdauer selbst zu führen."

Dieser Passus ist eigentlich unrichtig und gehört nicht hinein, weil es im Punkt VIII des Programmes, welches ja bereits Gesetz ist, ausdrücklich heißt: „Die im Punkt II bezeichneten Linien der Wiener Stadtbahn sollen für Rechnung der Commission hergestellt werden, wenn es nicht als zweckmäßig anerkannt werden sollte, für die Ausführung derselben im Wege der Concessionsertheilung an eine

geeignete leistungsfähige Privatunternehmung unter Vorbehalt der jederzeitigen Einlösbarkeit oder Besitzübernahme durch den Staat u. s. w. zu vollziehen."

Nachdem das bereits Gesetz ist, so kann man das in der Concessionsurkunde nicht lassen, und ich beantrage daher für den § 20 folgende Fassung:

„Der Staatsverwaltung bleibt das Recht vorbehalten, die Einlösung oder Besitzübernahme jederzeit vorzunehmen."

Ferner beantrage ich, bei demselben Paragraphen bei Absatz 3 in der 4. Zeile zwischen den Worten „investierten" und „Anlagecapitales" das Wort „effectiven" einzuschalten, so dass es dann heißt: „des in diesen Bahnen investierten effectiven Anlagecapitales."

Zu § 10 hatte ich vergessen, eine Änderung zu beantragen. Statt der Worte: „Hiebei ist einerseits auf die öffentlichen Rücksichten, andererseits auf eine ausreichende Rentabilität der Bahnlinien Bedacht zu nehmen", möchte ich mir vorzuschlagen erlauben: „Hiebei ist ausschließlich auf die öffentlichen Rücksichten Bedacht zu nehmen."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand zu § 20 das Wort? (Niemand meldet sich.)

Zu § 21? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung.

Zu § 22? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung.

Zu § 23?

Gem.-Rath Strobach: Im § 23, Punkt 5, heißt es, dass, wenn der Staat die Bahn übernimmt, er eine 5percentige Verzinsung für die Zukunft zu leisten hat. Nachdem aber früher im § 20 von einer 4percentigen Verzinsung die Rede war, und nachdem, wie Herr Dr. Geßmann bereits ausgeführt hat, der Zinsfuß immer mehr sinkt, so sehe ich nicht ein, warum man auf einmal eine 5percentige Verzinsung hineinbringt. Ich möchte also beantragen, statt 5percentige — 4percentige Verzinsung zu setzen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine weitere Bemerkung? (Niemand meldet sich.)

§ 24.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Der § 24 unterscheidet sich, trotzdem eine gewisse Conformität mit dem Schlussabsatze des § 23 beabsichtigt ist, doch wesentlich von demselben. Es wird nämlich in beiden Fällen die Einlösung der Bahn und das Erlöschen der Bahnconcession behandelt. Nun heißt es in dem einem Falle, dass vom Tage der Einlösung der Staat gegen Ausbezahlung des Einlösungspreises ohne weiteres Entgelt in das lastenfreie Eigenthum und in den Genuss der Bahnlinien mit allen dazu gehörigen beweglichen und unbeweglichen Sachen tritt, während im § 24 von dem Zugehör die Rede ist. Weiters heißt es im § 23: „einschließlich des Fahrparkes und der Materialvorräthe, sowie der etwa aus dem Anlagecapitale gebildeten Betriebs- und Reservefonde", während im § 24 vom Betriebs- und Baureservefond die Rede ist. Nachdem hier offenbar nur eine stilistische Incongruenz vorliegt, kann ich mich darauf beschränken, zu bitten, dass darauf aufmerksam gemacht werde, dass eine Übereinstimmung zwischen diesen beiden Stellen hergestellt werde. Die Entstehungsgeschichte ist wahrscheinlich darin zu vermuthen, dass bei § 23 Correcturen vorgenommen wurden, die bei § 24 nicht in gleicher Weise vorgenommen worden sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: § 25. (Niemand meldet sich.) § 26. (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung.

Referent Gem.-Rath Josef Müller: Soweit ich in der Schnelligkeit die Anträge gehört habe, ist zu § 3 der Antrag gestellt worden, dass das Wort „obligatorisch" auszubleiben habe. Ich bemerke nur bezüglich des Leichentransportes, dass die Gemeinde die Regelung des Betriebes vollkommen in der Hand hat. Es liegt vollkommen in der Hand der Gemeinde, die Regelung des Beerdigungssystems durchzuführen, wie sie will. Wenn die Regelung nicht obligatorisch durchgeführt wird, so ist sie eben nicht obligatorisch. Ich glaube also, dass Sie diesen Paragraphen so annehmen können, wie er vom Stadtrathe vorgeschlagen ist.

Im § 8 hat der Stadtrath bereits eine Einschaltung vorgenommen, und zwar heißt es im § 8 bezüglich der Vergebung des Materiales auch im Auslande „unter den gleichen oder nicht wesentlich ungünstigeren Bedingungen". Damit wird ausgesprochen, dass, wenn die Bedingungen ungünstiger sind, man das Recht hat, das Material von anderswo zu beziehen. Es kann doch kein Ring, kein Cartell geschaffen werden; man darf doch nicht ein Privilegium schaffen, dass die Materialien ausschließlich hier zu beschaffen sind (Rufe links: O ja!), und dann bietet gewiss auch das Handelsministerium eine Garantie, da es gewiss die österreichischen Interessen wahren wird. (Gelächter links.) Gegen den Antrag Dr. Mittler, dass die verfallene Caution für die Verkehrs-Commission zu verwenden ist, habe ich von meinem Standpunkte aus nichts einzuwenden.

Was die Divergenzen in den §§ 24 und 23 betrifft, wo es, wenn der Staat die Einlösung besorgt, in dem einen Absatze heißt „Betriebs- und Reservefond" und in dem anderen „Betriebsfond und Baureservefond", in dem einen Paragraphen „diese Sachen" und in dem anderen „Zubehör", so habe ich mich diesbezüglich erkundigt und es dürfte das nur auf einem Irrthum beruhen. Es ist in beiden Paragraphen dasselbe gemeint.

Ich ersuche daher die Herren, nachdem der Stadtrath die Sache wirklich reiflich erwogen hat, die Anträge, die von demselben gestellt worden sind, anzunehmen, und zwar auch aus dem Grunde, da es wirklich pressiert, dass die Angelegenheit nach dem Antrage des Stadtrathes an das Handelsministerium geleitet werde, um eventuell zur Berücksichtigung zu gelangen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zu § 14 der Bedingnisse hat Herr Gem.-Rath Strobach das Wort.

Gem.-Rath Strobach: Absatz 3 lautet: „Sämmtliche Wagen sind als Coupéwagen herzustellen und für den Verkehr II. und III. Classe einzurichten." Nachdem bei der Tramway kein Classensystem herrscht — auch bei der elektrischen Bahn Mödling—Hinterbrühl nicht — würde es sich empfehlen, Absatz 3 folgendermaßen zu formulieren: „Sämmtliche Wagen sind als Coupéwagen herzustellen und für den Verkehr ohne Classenunterschied einzurichten."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es liegt vor ein Antrag des Gem.-Rathes Steiner, lautend (liest):

„1. Der Gemeinderath spricht sich entschieden gegen die geplante Verleihung der Concession für die Locallinien der Wiener Stadtbahn an die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. aus;

2. der Bürgermeister wird beauftragt, Sr. Majestät dem Kaiser den vorstehenden Beschluss des Gemeinderathes in Form einer allerunterthänigsten Petition zur Kenntnis zu bringen und Se. Majestät zu bitten, der von dem k. k. Handelsministerium diesfalls ausgearbeiteten Concessionsurkunde Allerhöchstseine Zustimmung zu versagen;

3. der Gemeinderath beschließt, es seien an den h. Reichsrath, an den n.-ö. Landtag entsprechende Petitionen zu verfassen und ehestens zu überreichen;

4. für den Fall, als die Verkehrs-Commission es ablehnen sollte, den Bau und Betrieb der Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn für Rechnung der Commission zu führen, erklärt der Gemeinderath, dass die Stadt Wien principiell bereit sei, selbst um die Verleihung der allerhöchsten Concession zum Baue und Betriebe dieser Linien einzuschreiten in der selbstverständlichen Voraussetzung, dass der Stadtgemeinde Wien mindestens eben so günstige Bedingungen zugestanden werden, als der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp.;

5. der sub Punkt 4 erwähnte Beschluss ist sofort dem Handelsministerium und der Verkehrs-Commission schriftlich bekanntzugeben;

6. die Beschaffung des für den Bau und die Instruierung der Locallinien der Wiener Stadtbahn erforderlichen Anlagecapitales hat im Wege eines ob der für die Locallinien der Wiener Stadtbahn zu eröffnenden Einlage des Eisenbahnbuches sicherzustellenden mit 4 Percent verzinslichen Prioritätsanleihe der Stadt Wien zu erfolgen;

7. die vorstehenden Beschlüsse des Gemeinderathes sind in sämmtlichen Tagesblättern vollinhaltlich zu veröffentlichen und zu placatieren und überdies in einer von beiden Parteien des Gemeinderathes gemeinsam in die Volkshalle des Rathhauses einzuberufenden großen Versammlung der Wähler der Stadt Wien, der Wählerschaft zur Sanction zu unterbreiten."

Weiter liegt ein Antrag des Gem.-Rathes Dr. Stern vor, welcher lautet (liest): „Der Gemeinderath in Festhaltung seines Beschlusses vom 27. Mai 1892 spricht sich gegen eine Verleihung der Concession für Localbahnen an die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. aus."

Dieser Antrag ist identisch mit Punkt 1 der Anträge Steiner. Weiters lautet der Antrag (liest): „beschließt vielmehr, um die Verleihung der Concession zum Baue und Betriebe dieser Bahnen einzuschreiten" — ist identisch mit dem zweiten Absatze des Punktes 4 des Antrages Steiner — (liest:) „und richtet an den Bürgermeister das Ersuchen, dieserhalb mit der Regierung in Verhandlung zu treten" — das ist selbstverständlich.

Der Antrag Mittler bezieht sich auf Punkt 3. Der Herr Referent hat sich accommodiert.

Dann liegt der Antrag Röhrl vor: „Es solle der Concessionswerber Krauß & Comp. verpflichtet werden, dass die Bahn auch in Gaudenzdorf von der Kobingergasse bis zur Schlachthausbrücke direct auf dem rechten Wienufer geführt werde, nicht, wie die Concession lautet, durch die Gürtelstraße und Jakobsgasse. Und weiters: „Es soll der elektrische Betrieb eingeführt werden."

Endlich liegt zu § 1 ein Zusatz-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Huber vor, welcher sich darauf bezieht, dass der elektrische Betrieb bei den Stadtbahnlinien einzuführen sei.

Die Abstimmung, glaube ich, hat in folgender Weise zu erfolgen:

Es kommt zuerst zur Abstimmung der Punkt 1 der Anträge Steiner, rücksichtlich Dr. Stern. Wird dieser Antrag abgelehnt, dann kommt Punkt 4 zur Abstimmung, welcher sich darauf bezieht, dass die Gemeinde Wien selbst um die Concession einzuschreiten habe. Wird dieser Antrag abgelehnt, dann kommen die Anträge des Stadtrathes, nach diesen die Zusatz-Anträge, welche Herr Gem.-Rath Strobach und die übrigen Herren gestellt haben. Wenn keine Einwendung erfolgt, so werde ich die Abstimmung in dieser Weise leiten. Also zur Abstimmung gelangt (liest): „Der Gemeinderath spricht sich entschieden gegen die geplante Verleihung der Concession für die Locallinien der Wiener Stadtbahn an die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. aus." Ich bitte jene Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind 33 Stimmen dafür, 41 dagegen. Dieser Antrag ist abgelehnt. Infolge dessen entfällt Punkt 2 und 3.

Nun kommt folgender Antrag zur Abstimmung. (Liest:) „Für den Fall, als die Verkehrs-Commission es ablehnen sollte, den Bau und Betrieb der Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn für Rechnung der Commission zu führen, erklärt der Gemeinderath, dass die Stadt Wien principiell bereit sei, selbst um die Verleihung der Allerhöchsten Concession zum Baue und Betriebe dieser Linien einzuschreiten in der selbstverständlichen Voraussetzung, dass ihr dieselben Bonitäten zukommen."

Das ist identisch mit Punkt 2 des Antrages Dr. Stern. Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 39 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Damit entfallen die Punkte 5, 6 und 7.

Nun kommen wir zum Antrage Dr. Mittler. Es mögen die Anträge des Stadtrathes, welche den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Hackenberg — dass es im Punkt 1 nach „Durchlässe" heiße „und Überbrückungen" — als Zusatz bekommen „en bloc angenommen werden".

Ich ersuche jene Herren, welche mit der en bloc-Annahme der Stadtraths-Anträge einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieser Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 2 beantragt Herr Gem.-Rath Steiner, dass im Punkte f der Concession, wo es heißt (liest): „Insoferne und insolange als im Falle der im vorstehenden Absatze gewährten Steuerbefreiung die Vorschreibung einer Staatssteuer nicht stattfindet, sind auch die bezüglichen Landes- und Gemeindezuschläge nicht einzuheben" — das Wort „und Gemeindezuschläge" weggelassen werde.

Ich bitte die Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Es sind 33 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Rufe links: Gegen die Interessen der Gemeinde!) Jeder kann stimmen, wie er es mit seinem Gewissen vereinbarlich findet.

Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Es ist die Minorität dafür. Der Antrag ist abgelehnt.

Zu § 3, Absatz 4, welcher lautet (liest): „Der Bau der Rennweglinie ist bis Ende des Jahres 1900 fertigzustellen, die Verbindung mit dem Aspangbahnhofe ist jedoch schon früher unaufgehalten auszuführen", beantragt Herr Gem.-Rath Strobach, die folgenden Worte „sobald eine Regelung des Beerdigungswesens in Wien in der Weise eintritt, dass die Benützung dieser Linie zum Leichentransporte nach dem Central-Friedhofe obligatorisch stattzufinden hat", wegzulassen.

Die Herren, welche für die Weglassung stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) 33 Stimmen sind dafür.

Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) 39 Stimmen sind dagegen. Der Antrag ist abgelehnt.

Im § 10 heißt es bei den Tarifen folgendermaßen (liest): „Hiebei ist einerseits auf die öffentlichen Rücksichten, andererseits auf eine ausreichende Rentabilität der Bahnlinien Bedacht zu nehmen."

Es wird nun von Herrn Gem.-Rath Strobach beantragt, „hiebei ist ausschließlich auf die öffentlichen Rücksichten Bedacht zu nehmen". Die Herren, welche dieser Fassung zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) 34 Herren sind dafür.

Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) 38 Herren sind dagegen. Der Antrag ist abgelehnt. (Unruhe links. Ein großer Theil der Mitglieder der linken Seite entfernt sich.)

Zu § 14 zu dem Absatze, betreffend die Bedingnisse, beantragt Herr Gem.-Rath Vincenz Wessely, es möge hier der Beisatz gemacht werden, dass den städtischen Beamten und Dienern dieselben Begünstigungen zu Theil werden, wie den Staatsbeamten bei den Staatsbahnen. Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommen wir zu § 20. Da ist im zweiten Absatze, wo davon gesprochen ist, dass der Staatsverwaltung das Recht vorbehalten werden soll, nach Ablauf des Jahres 1910 den Betrieb zu übernehmen, beantragt worden: „Die Einlösung oder Betriebsübernahme ist der Staat jederzeit berechtigt vorzunehmen".

Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Im Punkte 3 bei den Worten „investierten Anlagecapitales" wird die Einschaltung des Wortes „effectiv" beantragt.

Ich bitte die Herren, die mit dieser Einschaltung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

In § 23, Absatz 5, heißt es (liest):

„5. Dem Staate wird das Recht vorbehalten, wann immer anstatt der noch nicht fälligen jährlichen Zahlungen eine Capitalszahlung zu leisten, welche dem Betrage des auf die eingelösten Bahnen entfallenden Theiles der im Zeitpunkte der Einlösung nach dem genehmigten Tilgungsplane noch ungetilgt aushaftenden Prioritäts-Anlehensschuld zuzüglich des zu 5 Percent pro Jahr, Zins auf Zins gerechnet, discontierten Capitalswertes der nach den Bestimmungen im Absatze 3 außer den zur planmäßigen Verzinsung und Tilgung der Prioritätsschuldenquote erforderlichen Beträgen halbjährig zu leistenden Zahlungen gleichkommt."

Nun wird beantragt, es möge die Abänderung auf „4 Percent" vorgenommen werden. Ich bringe die höhere Ziffer von 5 Percent zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche dieser Ziffer zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist angenommen. (Widerspruch. — Rufe: Gegenprobe!) Also bitte ich jene Herren, welche für die Diction „5 Percent" sind, also für die höhere Ziffer, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Ist mit 28 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über 4 Percent. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist die Abstimmung beendet, bis auf die Anträge der Herren Gem.-Räthe Dr. Mittler, Röhrl und Dr. Huber.

Zu § 3 ist beantragt von Herrn Dr. Mittler die Einschaltung, dass die Caution zu Gunsten der Verkehrs-Commission zu verfallen habe. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dann ist vom Herrn Gem.-Rath Dr. Huber ad § 1 der Antrag gestellt worden, welchen die Herren in der Vorlage finden. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Röhrl. Die Bahn in Gaudenzdorf am linken Ufer zu führen anstatt am rechten. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:)

Der Herr Referent erklärt, dass das überhaupt in die Concession nicht gehöre. Der Antrag ist übrigens abgelehnt.

Jetzt kommt der Schluss-Antrag des Herrn Referenten, dass eine Petition an das Handelsministerium zu richten sei, in welcher diese Wünsche und Abänderungen zur geneigten Berücksichtigung vorgelegt werden.

Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: A. Abänderungen des Entwurfes (der Entwurf befindet sich in Nr. 49 des Amtsblattes auf pag. 1297 u. ff. abgedruckt):

Ad § 1, Zusatz zu Z. 1:

Der Gesellschaft ist die Verpflichtung aufzulegen, bei Kreuzungen der in Zukunft neu zu schaffenden Straßenzüge durch die Bahn auf ihre Kosten die Durchlässe und Überbrückungen herzustellen.

Punkt 4 hat zu lauten: „Dornbach—Pötzleinsdorferlinie: mit einer Abzweigung von einem geeigneten Punkte der inneren Ringlinie zu der Gürtellinie und Vorortelinie mit Fortsetzung gegen Dornbach und Pötzleinsdorf."

Der dermalige Punkt IV (Rennweglinie) wird Punkt 5.

Ad § 3, Alinea 1, Z. 3, ist statt „Z. 2 und 4" einzuschalten: „ZZ. 2, 4 und 5."

Alinea 4 hat zu lauten: „Der Bau der Linie Dornbach—Pötzleinsdorf (§ 1, Z. 4) ist bis Ende des Jahres 1900 fertigzustellen."

Alinea 5 (Alinea 4 des Entwurfes) hat zu lauten: „Der Bau der „Rennweglinie" (§ 1, Z. 5) ist bis Ende des Jahres 1900 fertigzustellen; die Verbindung mit dem Aspang-Bahnhofe ist jedoch schon früher unaufgehalten auszuführen, sobald und für den Fall als eine Regelung ꝛc." Desgleichen wäre in den Bedingnissen § 10, Punkt 7, anstatt „seinerzeit" „allenfalls einzuführenden" zu setzen.

Alinea 6 (Alinea 5 des Entwurfes) hat zu lauten: „Die Verbindungscurve zwischen der Donaucanal- und der Gürtellinie ist gleichzeitig mit der Donaucanallinie herzustellen.

Alinea 8 des Entwurfes, Zeile 3 von oben hat es statt „kann diese Caution als verfallen erklärt werden" zu heißen „kann diese Caution zu Gunsten der Verkehrs-Commission als verfallen erklärt werden".

Ad § 8, in der vierten Zeile von unten ist nach „unter den gleichen" einzuschalten „nicht wesentlich ungünstigeren" Bedingungen ....

Ad § 17, Zusatz am Schlusse: „endlich im Falle der verschuldeten Unterbrechung des Betriebes während der Concessionsdauer".

Ad § 20, Zusatz ad Alinea 2: „In diesem Falle hat im Sinne des Artikels 11 des Programmes der 40percentige Antheil dem Staate zu Gunsten der Commission für Verkehrsanlagen zuzufallen."

Ad § 21, in der zweiten Zeile der Alinea 1 hat es von unten statt „ein Viertel" zu heißen „50 Percent"

und ad § 23, Absatz 5, Zeile 7, von oben statt „fünf Percent" „vier Percent".

B. Weiters werden folgende Wünsche ausgesprochen:

Ad § 1. Die Einführung des elektrischen Betriebes ist sofort bei Eröffnung der Stadtbahn in Aussicht zu nehmen und zu verfügen.

Der Gesellschaft ist die Verpflichtung aufzuerlegen, die bestehenden Strecken durch Hietzing, Lainz, Speising und die Abzweigung nach Ober-St. Veit als Pferdebahn oder in anderer geeigneter Weise im Betriebe zu erhalten (ad Z. 1).

Gelegentlich der Concessionsertheilung ist für den Ausbau der im Programme II, B, 1 enthaltenen, die Innere Stadt durchquerenden Radiallinien Vorsorge zu treffen (ad Z. 3).

Ad § 14. Den städtischen Beamten und Dienern haben dieselben Begünstigungen zutheil zu werden wie den Staatsbeamten bei den Staatsbahnen.

Ad § 23. Im Sinne des Punktes XI des Programmes für die Sicherstellung und Ausführung der öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien wird das Verlangen gestellt, dass die Staatsverwaltung für den Fall der Einlösung der Bahnlinien durch den Staat von dem sich ergebenden Betriebsreinertrage (§ 20 des Concessionsentwurfes) bis 31. December 1982 jährlich 40 Percent an die Commission für die Verkehrsanlagen abzuführen habe; dies hat auch stattzufinden, wenn in den Fällen der §§ 17 oder 26 die Concession vor Ablauf der Concessionsdauer für erloschen erklärt wird.

An das hohe k. k. Handelsministerium ist eine Petition zu richten, in welcher die vorstehend formulierten Abänderungs-Anträge und Wünsche zur geneigten Berücksichtigung bei Ertheilung der Concession vorgelegt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 8¼ Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **15. Juni 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Boschan, Dr. Lederer, Müller, Dr. Stenzl,
v. Götz, Dr. Lueger, v. Neumann, Vaugoin.
Dr. Hackenberg, Matthies, Noske, Dr. Vogler,
Dr. Huber, Matzenauer, Schlechter, Witzelsberger,
Kreindl, Meißl, Schneiderhan, Wurm.

Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

(3726.) **St.-R. Müller** referiert neuerlich über den bereits am 4. August 1892 im Stadtrath behandelten Antrag des Gem.-Rathes Eigner und Genossen wegen Herstellung einiger nothwendiger Verbindungsstraßen zwischen den ehemaligen Gemeinden Hernals, Gersthof und Währing und stellt folgende Anträge:

I. Es sei der vom Gem.-Rath Eigner angeregten Fortführung der Mitterberggasse und der Antonsgasse bis zur verlängerten Gersthofer Hauptstraße gegen dem zuzustimmen, dass sich die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft verpflichtet:

1. den zur Fortführung der Mitterberggasse in der Breite von 15·17 m erforderlichen Grund ihrer Cat.-Parc. 446/1 und 446/2 unentgeltlich und lastenfrei der Gemeinde Wien ins Eigenthum zu übergeben;

2. den zur Fortführung der Antonsgasse erforderlichen Grund durch Beseitigung der auf ihrem Grunde stehenden Barrièren dem allgemeinen Verkehre freizugeben und das Stakettengitter hart an die in der Antonsgasse befindliche Holzbude (kleiner Prater) heranzurücken;

3. der Gemeinde Wien zur beiderseitigen Abplankung der verlängerten Mitterberggasse erforderlichen Plankenbestandtheile von der ihr hergestellten Einplankung ihres Besitzes unentgeltlich zu überlassen.

Dagegen wäre der genannten Gesellschaft die Einplankung des öffentlichen Feldweges Cat.-Parc. 578/1 bei der Rosensteingasse und bei der Kreuzung mit der Mitterberggasse jedoch nur auf Widerruf und gegen dem zu gestatten, dass sich die Gesellschaft ausdrücklich verpflichtet, auf diesem Feldwege keinerlei Excavationen vorzunehmen, an dem gegenwärtigen Bestande dieser Parcelle nichts zu verändern und einen Eigenthums-Anerkennungspreis von 1 fl. jährlich zu bezahlen.

Von einer weiteren Fortführung der Mitterberggasse, von einer entsprechenden Verbindung mit der Gersthofer Hauptstraße, wie sie im vorgelegten Plane ersichtlich ist, und von einer regelmäßigen Fortführung der Antonsgasse ist vorläufig mit Rücksicht auf die noch fragliche Trace der Stadtbahn Umgang zu nehmen.

Der in dem Antrage Eigner enthaltenen Anregung wegen Instandsetzung der Rosenstein- und Rokitanskygasse erscheint bereits Rechnung getragen. (Angenommen.)

(3880.) **Derselbe** referiert über das Anbot des Alois Nikolai auf Ankauf des an seine Baustelle Cat.-Parc. 5/10, Einl.-Z. 866, in Währing, XVIII. Bezirk, angrenzenden, zur Arrondierung dieser Baustelle erforderlichen Theiles der Cat.-Parc. 547/1 im Ausmaße von 45·75 m² und beantragt, es sei unter den vom Stadtbauamte formulierten sonstigen Modalitäten der genannte Grund, sowie der übrige zur Straße entfallende Theil dieser Parcelle an Nikolai um den Pauschalbetrag von 4000 fl. gegen dem zu überlassen, dass der genannte Straßengrund in das Verzeichnis über das öffentliche Gut übertragen werde. (Angenommen.)

(2857.) **Derselbe** referiert über die Bestimmung der Baulinien und Niveaux für mehrere Straßen des XVII. Bezirkes und stellt folgende Anträge:

I. Es werden die Baulinien für die

1. Dornbacher Hauptstraße in der Strecke von der Parkstraße bis zum Hause Nr. 110, respective 119 bei einer Straßenbreite von 18·96 m nach den Linien A B B' E F G N O einerseits und C D H I L M P P' Q andererseits, dann von da bis Nr. 106, respective 113 bei einer Straßenbreite von 15·17 m nach den Linien S T und Q R,
2. für den neuen Straßenzug längs des Alsbaches bei einer Straßenbreite von 18·96 m nach den Linien O V V' Y, respective W X Z, dann von da bis zu dem bestehenden Platze vor dem Hernalser Friedhofe bei einer Straßenbreite von 28 m nach den Linien Y' Y'' und Z' Z'',
3. für die Verlängerung der Augasse bis zur Einmündung in den neuen Straßenzug längs des Alsbaches bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den Linien e d einerseits und g f andererseits, respective bei einer Breite von 15 m nach den Linien a a' Y' und b c mit der Abkappungslinie c Y,
4. für die Badgasse zwischen der verlängerten Augasse und der Hauptstraße bei einer Straßenbreite von 15 m nach den Linien b' h k m einerseits und f i l n andererseits bestimmt und eine 10 m breite Abkappung bei b b' angeordnet.

II. Die Straßenniveaux werden nach Maßgabe des Planes C genehmigt.

III. Hinsichtlich der Art der Verbauung wird im Sinne des § 82 der Bauordnung für Wien festgesetzt, dass in der Dornbacher Hauptstraße zwischen der Augasse und der neuen Gasse (Linie N O), dann in der neuen Gasse (Linie O V V' Y Y' Y'' und W X Z Z' Z'') Wohnhäuser einzelnstehend, mit nur zwei Stockwerken inclusive eines etwaigen Mezzanins, wobei jedoch über diese Geschosse hinausreichende Giebel, Thürme u. dgl. nicht beanständet werden und mit je 5 m breiten Vorgärten innerhalb der Baulinie, dann in der verlängerten Augasse gleichfalls derlei Wohnhäuser mit beiderseitigen 3·79 m breiten Vorgärten innerhalb der Baulinie in der Strecke d e und f g und mit 5 m breiten Vorgärten innerhalb der Baulinie in der Strecke Y' a' a errichtet werden dürfen, wobei die Vorgärtenbreiten als Minimum zu gelten haben.

Der Baublock b c y h b' (beim Badehause) wäre wegen der geringen Tiefe von der Verpflichtung zur Errichtung von Vorgärten zu entheben und auch in der Hauptstraße (außer der Strecke N O) eine Vorgartenanlage nicht zu bedingen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt:

Der Baublock b b' h Y c darf nur freistehend verbaut werden. In der Badgasse ist nur an der Stirnseite in der Strecke der Linie f i ein Vorgarten in der Breite von 3·79 m zu bedingen.

Die Vorschrift bezüglich der Verbauungsart der neuen Straße in der Strecke von der Ottakringerstraße bis Z'' hat nur bis zur ersten Parallelstraße Anwendung zu finden.

Referent beantragt weiters:

IV. Das Bauamt ist zu beauftragen, nunmehr das Project der Alsbacheinwölbung schleunigst vorzulegen.

Der Magistrat wird beauftragt, mit den anrainenden Grundeigenthümern bezüglich der erforderlichen Grundabtretungen in Verhandlung zu treten.

Referenten-Antrag und Antrag Ritt. v. Neumann wird angenommen.

(Mit Ausnahme Punkt 4 an den Gemeinderath.)

(3952.) **Derselbe** referiert über die Statthalterei-Erlässe vom 6. August 1891, Z. 46.941, und vom 18. Mai 1893, Z. 31.252, betreffend die Parcellierung des Breitenfelder Kirchenbauplatzes im VIII. Bezirke und stellt folgende Anträge:

1. Der genannte Statthalterei-Erlass vom 18. Mai d. J. insbesondere die darin enthaltene Mittheilung, dass es von der Heranziehung der Gemeinde Wien für den in Rede stehenden Kirchenbau sein Abkommen findet, wird zur Kenntnis genommen;

2. die Parcellierung der dem Breitenfelder Kirchenbaufond gehörigen Gründe in der Floriani- und Blindengasse im VIII. Bezirke Grundb.-Einl. Z. 868, 114 und 865 auf zwei Baustellen, nämlich I., Kirchenbauplatz, II Pfarrhofbauplatz und ein Baustellenfragment III wird nach Maßgabe des vorgelegten Planes unter den vom Magistrate bezüglich der Grundabtretung und grundbücherlichen Durchführung beantragten Modalitäten mit dem Zusatze genehmigt, dass die in dem bauämtlichen Plane A mit 1—7, 8—11, und 12—14 umschriebenen Grundflächen nach erfolgter bücherlicher Abtrennung jede in eine besondere Grundbuchseinlage einzulegen und als Eigenthum der Gemeinde Wien mit der Bezeichnung „für Straßenzwecke" im Grundbuche auszuzeichnen sind. (Angenommen.)

(3917.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Katharina Keck um Bauconsens für Or.-Nr. 13 Mariannengasse IX. Bezirk und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des nachgesuchten Consenses gegen Einlösung des in die Bauarea einzubeziehenden Straßengrundes per 9·34 m² um den Einheitspreis von 53 fl. per Quadratmeter, beziehungsweise um den Gesammtbetrag von 495 fl. 2 kr. (Angenommen.)

(3996.) **Derselbe** referiert über das Detailproject für die mit Gemeinderaths-Beschluss vom 12. Mai 1893, Z. 2754, genehmigte Ausführung einer Stockwerks-Aufsetzung im Schulgebäude XVIII. Bezirk, Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, und beantragt, die Genehmigung des mit 29.592 fl. 73 kr. buchhalterisch adjustierten Detailprojectes mit dem Maximalbetrage von 25.000 fl. zur Ausführung. Die Arbeiten sind in der vom Magistrate beantragten Art und Weise zu vergeben und durchzuführen. Unter einem ist für den Fall des anstandslosen Ergebnisses der Bau-Commission der Bauconsens zu ertheilen. (Angenommen.)

(3750.) **Derselbe** referiert über die Reparatur der Uhr am Ottakringer Gemeindehause, und beantragt die Genehmigung der Reparatur der genannten öffentlichen Uhr um den Betrag von 100 fl. im Sinne der Anträge und Bewilligung eines Zuschussredites per 100 fl. zur Ausg.-Rubr. LI 1. (Angenommen.)

(3906.) **Derselbe** referiert in Betreff der Anweisung eines Zehrungsbeitrages für den mit der Inspicierung des Schulbaues im XIII. Bezirke, Unter-St. Veit, Auhofstraße, betrauten Ingenieurs-Adjuncten Alois Erthal und beantragt, demselben ab 5. Juni 1893 auf die Dauer dieser Dienstleistung, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Regelung der Commissionsgebüren den Zehrungsbeitrag von 3 fl. täglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(3873, 3866.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Martin Jaeger um Ertheilung des Bauconsenses für den Bau je eines Wohnhauses auf den durch Abtheilung der Realität Or.-Nr. 24 Porzellangasse und des Baustellenfragmentes B der Realität Or.-Nr. 22 entstehenden zwei Baustellen, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der nachgesuchten Bauconsense unter Genehmigung des bei dem Hause auf der linksseitigen Baustelle projectierten Risalites per 15 cm Vorsprung und 7·55 m Länge gegen Abrechnung des hiefür erforderlichen Grundes von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde. (Angenommen.)

(3186.) **Derselbe** referiert über 17 Gesuche aus dem XIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Herzog Matthias, Maurer und Hausbesorger;
Rosenkranz Philipp Jakob, Bäckergehilfe;
Wonesch Jakob, Schneidergehilfe;
Franze Josef Ambros, Geschäftsleiter;
Hartmann Wilhelm, Kutscher;
Riegler Friedrich, Zahlmarqueur;
Paar Anton, Zahlmarqueur;
Vogel Elisabeth, Private;
Gautsch Josef, Dienstmann;
Kosek Franz, Wagmachergehilfe;
Kerbler Franz, Privatier;
Czerny Josef, Schuhmachergehilfe;
Zavislak Franz, Schneidergehilfe;
Plocek Adalbert, Schuhmachermeister;
Borik Franz, Schwertfegergehilfe;
Renger Alois, Stadtträger, und
Kögl Theresia, Lehrerin der französischen Sprache.

(Angenommen.)

(3261.) **Derselbe** referiert über 12 Gesuche aus dem V. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Langer Ignaz, Tischlergehilfe;
Tham Leopoldine Theresia, Handarbeiterin;
Hanisch Heinrich, Beamter der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft;
Schwaigler Josef, Schlossergehilfe;
Asböck Philipp, Taglöhner und Hausbesorger;
Widholm Wenzel, Schuhmacher;
Bibus Eduard, Advocaturskanzlist;
Chocholka Karl, Kürschnergehilfe;
Menschl Josef, Dienstmann;
Mayer Josef, Bürstenmachergehilfe;
Böhm Johann, gewesener Tischlermeister, und
Hermann Franz, Hutmachergehilfe. (Angenommen.)

(3757.) **Derselbe** referiert über mehrere Gesuche aus dem XV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Sturm Alois, Kaffeekoch;
Jech Johann, Fabriksarbeiter;
Mezek Wenzel, Schuhmachermeister;
Herzog Johann, Gastwirt;
Mayer Josef, Hausknecht;
Brandstätter Ferdinand, Geschäftsdiener;
Lacina Johann, Schneidermeister;
Lukschu Leopoldine Anna, Private;
Muderlak Augustin, Brantweinschenker, und
Strait Ottomar, Inhaber eines Dienstvermittlungs-Bureaus.

Diese Anträge werden angenommen.

(3759.) **Derselbe** referiert über zwei Gesuche aus dem XIII. Bezirke um Einbürgerung und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Graf Johann, Gastwirt, und
Ochs Johann Richard, prov. Telegraphenmeister der k. k. österr. Staatsbahnen. (Angenommen.)

(3966.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Josef Blau und Dr. Leo Wiener um Consens zum Umbau des Hauses Or.-Nr. 38 Alserstraße, IX. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses unter gleichzeitiger Genehmigung der projectierten Vorbauten, und zwar eines 0·15 m vortretenden Risalites in der Länge von 5·595 m in der Alserstraße und in der Länge von 5·40 m in der Kinderspitalgasse, ferner eines 5·20 m langen und 0·075 m vorspringenden Risalites mit einem weiters um 0·225 m vortretenden, 4·20 m langen Risalite; endlich einer Vortretung an der Ecke in der Länge von 8·38 m mit dem Vorsprunge von 0·15 m und zwei weiter vorspringenden Lesenen in der Länge von 0·90 m mit dem Vorsprunge von 0·975 m; der zu diesen Vorbauten erforderliche Grund ist von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde in Abzug zu bringen.

(Angenommen.)

(3881.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Sucharipa um käufliche Überlassung des zur Straße abzutretenden Theiles der Cat.-Parc. 414/1, Einl.-Z. 52 des IX. Bezirkes, und um Löschung des auf der Baustelle I seiner Realität Einl.-Z. 345, IX. Bezirk, haftenden Bauverbotes und beantragt im Sinne der von dem St.-R. Dr. Lueger gegebenen Anregung, dass die Aufhebung des fraglichen Bauverbotes gegen dem bewilligt werde, dass der Gesuchsteller den nach Maßgabe eines Einheitspreises von 15 fl. per Quadratmeter entfallenden Betrag per 335 fl. 40 kr. bei der städtischen Hauptcassa erlege.

Wegen seinerzeitiger Abschreibung des fraglichen Theiles der genannten Parcelle 414/1 und Übertragung in das Verzeichnis über das öffentliche Gut hat der Magistrat das Geeignete zu veranlassen.

(Angenommen.)

(3974.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Max Kropf um Ertheilung des Bauconsenses für ein villenartiges Gebäude XVII., Dornbach, Heuberggasse Nr. 9, und um Zugestehung gewisser Bauerleichterungen hiebei und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses gegen grundbücherliche Intabulierung des von dem Bauwerber ausgestellten Reverses und Zugestehung der angesuchten Bauerleichterungen. (Angenommen.)

(3957.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Baugesellschaft und des Wiener Bankvereines um Bewilligung zur Änderung der Parcellierung in Betreff der Realitäten Einl.-Z. 380, 381 und 382 Grundbuch Penzing und beantragt, die Umparcellierung der Baustellen Einl.-Z. 380, 381 und 382 Grundbuch Penzing, XIII. Bezirk, zwischen der Penzinger Hauptgasse, der Ameisgasse, der Quai-(Park)-gasse und dem überwölbten Ameisbache auf vier Baustellen nach Maßgabe der vorgelegten Pläne unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten mit der Abänderung zu genehmigen, dass der Punkt 3 der vom Magistrate aufgestellten Bedingungen folgendermaßen zu lauten habe:

„Punkt 3. Dass die auf den vier Baustellen zu erbauenden Häuser außer einem bewohnbaren Erdgeschosse (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als höchstens zwei Stockwerke erhalten, wobei ein Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist, jedoch einzelne über diese Geschosse hinausragende Gebäudetheile, wie Thürme, Giebel u. dgl. nicht zu beanständen wären. (Angenommen.)

(3909.) **Derselbe** referiert über 38 Gesuche aus dem XII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Rötzer Karl, Glasmalergehilfe;
Travniček Eduard, Tischlergehilfe;
Stiegler Karl, k. k. Amtsdiener;

Novak Josef, Schlossergehilfe;
Dietz Johann, Bäckermeister;
Führer Georg, k. k. Hof-Küchenschreiber;
Riedl Anton, Gastwirt;
Scheidl Anton, Milchmeier;
Stockreiter Leopold, Milch-Verschleißer;
Weigel Julius, Gemischtwaren-Verschleißer;
Zitterbarth Anton, k. k. Sicherheitswachmann;
Boder Franz, Tischlermeister;
Batava Thomas, Streckenmeister;
Irsa Josef, Apotheker-Laborant;
Maaz Adolf, Schuhmachermeister;
Wrschek Franz, Tischlergehilfe;
Holoubek Johann, Webergehilfe;
Neuwirth Franz, Bahnconducteur;
Zrun Adolf, Tischlergehilfe;
Zrun Johann, Webergehilfe;
Chalupa Johann, Geschäftsdiener;
Kornhäusl Emanuel, Fabriksarbeiter;
Jünger Jakob, Fabriksarbeiter;
Kuantschnigg Thomas, Tischlergehilfe;
Hynek Josef, Drechslermeister;
Fister Josef, Hausbesorger;
Schifter Josef, Fabriksarbeiter;
Tichaček Wenzel, Webergehilfe;
Kakač Franz, Eisengießer;
Sedivý Josef, Tischlermeister;
Jungnikl Josef, Kutscher;
Schlosser Sylvester, Kutscher;
Wimmer Franz, Maurergehilfe;
Bachal Josefine, Bedienerin;
Hrdina Johann, Fettwarenhändler;
Schusser Alexander, Kürschnermeister;
Zausinger Josef, Privat;
Zouhar Thomas, Drechslermeister. (Angenommen.)

(3965.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert in Abwesenheit der an diesem Acte geschäftlich interessierten St.-R. Wurm und Müller über das Ansuchen des Fürsten Adolf Josef zu Schwarzenberg um Bewilligung zur Abtheilung der Realität Einl.-Z. 787 I. Bezirk, Neuer Markt (Schwarzenberg-Palais), und beantragt, die angesuchte Grundabtheilung nach Maßgabe der vorgelegten Pläne zu bewilligen. (Angenommen.)

(4016.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Fortsetzung der Trinkwasserzufuhr in verschiedene ehemalige Vororte-Gemeinden und beantragt, im Anschluss an die von den St.-R. Noske, v. Götz, Matzenauer und Schlechter gegebenen Anregungen:

a) Es seien in die Trinkwasserzufuhr auch einzubeziehen:
1. Neu-Hietzing und Lainz,
2. Speising,
3 Grinzing,
und seien, wenn sich dies nicht anders bewerkstelligen läßt, drei Wägen hiezu zu verwenden;

b) die Beistellung eines Trinkwasserwagens sammt Begleiter für die Zufuhr von Trinkwasser nach Ober-St. Veit sei mit dem täglichen Erfordernisse von 9 fl. 20 kr. zu genehmigen;

c) für die Trinkwasserzufuhr in den Vororten sei ein Zuschuss-credit von rund 20.000 fl. zu bewilligen;

d) der Magistrat wird beauftragt, im Wege der magistratischen Bezirksämter und der Bezirksvorsteher eine wirksame Controle über die exacte Durchführung der Wasserzufuhr in die ehemaligen Vororte-Gemeinden insbesondere in der Richtung, dass nur vollkommen reingehaltene Fässer hiezu verwendet werden und dass die Zufuhr zur rechten Zeit in den Morgen- und Abendstunden erfolge, einzuführen.

(Angenommen; bezüglich Punkt c an den Gemeinderath.)

(4011.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Adolf Haag um Consens zu baulichen Herstellungen VII., Neubaugasse 33, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(3998.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Salomon Stein und Ignaz Fleischer um Bewilligung zur Parcellierung der Realität Grundbuch II. Bezirk, Einl.-Z. 1205, Or.-Nr. 38 Novaragasse auf drei Baustellen und beantragt die Genehmigung dieser Parcellierung nach Maßgabe der vorgelegten Pläne unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen. (Angenommen.)

(3872.) **Derselbe** referiert über den von der k. k. n.-ö. Finanz-Procuratur in Vertretung des k. und k. Militär-Ärars gegen die Baulinien-Bekanntgabe für die Gumpendorfer Kaserne in Wien eingebrachten Recurs und beantragt die Kenntnisnahme des Magistratsberichtes, wonach dieser Recurs der Baudeputation für Wien vorgelegt wird. (Angenommen.)

(2919.) **St.-R. Dr. Stenzl** referiert über das Project für die Pflasterung der Van Swietengasse, IX. Bezirk, vor dem Garnisonsspitale mit sogenanntem geräuschlosen Pflaster und beantragt die Genehmigung der Pflasterung mit Holzstöckel im adjustierten Kostenbetrage von 10.066 fl. 43 kr., worauf im Pflasterpräliminare pro 1893 Bedacht genommen ist. (Angenommen.)

(2873.) **Derselbe** referiert über das Project für die im Pflasterpräliminare pro 1893 vorgesehene Pflasterung der Kolingasse zwischen der Peregringasse und dem Schlickplatze, dann der Peregringasse, IX. Bezirk, mit dem adjustierten Kostenbetrage von 12.435 fl. 1 kr. und beantragt die Genehmigung dieses Projectes. (Angenommen.)

(3924.) **Derselbe** referiert über 17 Gesuche aus dem III. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Drahocoupil Wenzel, Schuhmachermeister;
Weidlich Franz, Schneidermeister;
Sternbach Ignaz, Buchhalter;
Rosek Friedrich, Kutscher;
Wuga Andreas, Portier;
Kujal Johann, Stadtträger;
Münnich Josef, Balletdiener;
Horn Ignaz, Kaffeesieder;
Dolezal Anton, Kanalräumergehilfe;
Hiesel Josef, Schlossergehilfe;
Kropik Bruno, k. k. Briefträger;
Markart Johann, Maurer;
Kirchner Anton, Straßenarbeiter;
Schuh Johann, Bindergehilfe;
Witzmann Franz, k. und k. Büchsenmacher des 4. Infanterie-Regimentes;
Riepl Peter, Kutscher;
Březina Johann, Gemeinde-Taglöhner. (Angenommen.)

(3939.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Joachim Schöller, Handschuhmachers, im V. Bezirke, Hundsthurmerstraße 41, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(3976.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Bericht des Magistrates bezüglich der Bauverhandlung, betreffend den Bau einer Fabrik des Max Großmann, XII. Bezirk, Unter-Meidling, Dammstraße, Einl.-Z. 1126, respective bezüglich der vom Magistrate rücksichtlich des in dieser Straße befindlichen 525millimetrigen Rohrstranges der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung abgegebenen Erklärung und beantragt die Genehmigung dieser Erklärung. (Angenommen.)

(3959.) **Derselbe** referiert über den nach Ludwig Wenninger aushaftenden Licenzgebürenrückstand per 149 fl. 73 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(3950.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Brigittenauer Männerchors um Überlassung des Sachsenplatzes, II. Bezirk, zur Abhaltung eines Festes am 2. Juli d. J. und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(3958.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Notars Dr. Joh. N. Schüller um Bekanntgabe des Preises für den in die Area des Hauses Or.-Nr. 5 Große Sperlgasse, II. Bezirk, nach Maßgabe der Baulinie einzubeziehenden Grund und beantragt, den Kaufpreis für diese Grundfläche im Ausmaße von 87·26 m² mit 6980 fl. 80 kr. (d. i. 80 fl. per Quadratmeter), giltig auf die Dauer von zwei Jahren, festzusetzen. (Angenommen.)

(3971.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Löwitsch und Em. Pecwal um Festsetzung der Schadloshaltung für den im Falle des Umbaues des Hauses II. Bezirk, Kleine Pfarrgasse 6, Grundb.-Einl.-Z. 1301, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 230 m² und beantragt die Festsetzung der Schadloshaltung mit 30 fl. per Quadratmeter, giltig auf die Dauer von zwei Jahren. (Angenommen.)

(3985.) **Derselbe** referiert über den Kostenanschlag für die Erneuerung des Anstriches und für die Reparatur des stromaufwärts gelegenen Gehweges der Augartenbrücke im II. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Vornahme der beantragten Arbeiten im veranschlagten Gesammtbetrage von 3846 fl. 12 kr. (bedeckt) und Vergebung der Arbeiten im Sinne der Vorschläge des Magistrates. (Angenommen.)

(3913.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 4. Juni 1893, Z. 37299, enthaltend den der k. k. priv. österreichischen Nordwestbahn ertheilten Bauconsens für den Bau eines freistehenden Abortes am Wiener Bahnhofe, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3916.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Einschreiten der Feuerwehr Ernstbrunn um käufliche Überlassung eines ausrangierten Wasserwagens und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, den von der aufgelösten freiwilligen Feuerwehr Weinhaus herrührenden Wasserwagen der genannten Feuerwehr um den Betrag von 50 fl. käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(3925.) **Derselbe** referiert über fünf Gesuche aus dem III. Bezirke um Einbürgerung und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Weidner Marie, Dienstbote;

Süß Anton, Hausdiener in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei;

Schneider Gustav Hermann, Oberinspector und General-Agent der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft;

Kohn Jacques, Disponent, und

Halle Saly, Fabrikant und öffentlicher Gesellschafter der Firma Posnansky & Streletz. (Angenommen.)

(3923.) **Derselbe** referiert über sechs Gesuche aus dem VII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Křovak Josef, Kleidermachergehilfe;

Kawecki Stanislaus, k. u. k. Hofreitknecht;

Gerstorfer Sebastian, Blasinstrumentenmacher;

Ringer Karl, Schilder- und Schriftenmaler;

Helbling Jakob, Kutscher und Packer, und

Trenker Franz, Hausbesorger. (Angenommen.)

(3949.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend Sicherstellung der Baumeisterarbeiten für den Canalbau XVIII., Schmid- und Mandlgasse, und beantragt, es seien die eingelangten drei Offerte abzulehnen und es sei eine neue Offertverhandlung auszuschreiben. (Angenommen.)

(3870.) **Derselbe** referiert über das Project für die im Pflasterungspräliminare pro 1893 vorgesehene Neupflasterung eines Theiles der Hirschengasse im XIX. Bezirke im veranschlagten Betrage von 20.792 fl. 77 kr. und beantragt die Genehmigung dieses Projectes. (Angenommen.)

(3899.) **Derselbe** referiert über die Instandsetzung der Zifferblätter der Thurmuhr des Amtsgebäudes im XVIII. Bezirke Währing und beantragt Genehmigung der Reparatur der Zifferblätter durch den Uhrmacher Richard Liebing um den Betrag von 40 fl., ferner Genehmigung der Kosten der Gerüstaufstellung per 75 fl. und Bewilligung eines Zuschusscredites per 115 fl. zur Ausgabs-Rubrik LI. (Angenommen.)

(3900.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Steinzer um Herabsetzung des Pachtzinses für die städt. Parc. 374 in der Ried-Reissern in Ober-Sievering und beantragt die Herabsetzung des Pachtzinses per 15 fl. auf 10 fl. ab 1. Jänner 1893.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

(4009.) **St.-R. Wurm** referiert über die Frage, ob für die Realität Or.-Nr. 3 Frankgasse, XVIII. Bezirk, Währing, eine beschränkte Bauweise vorzuschreiben sei, und beantragt, es habe eine Beschränkung in der Bauweise nicht einzutreten und könne die Verbauung nach § 42, Abs. 9 und 10, Bauordnung erfolgen. (Angenommen.)

(3893.) **St.-R. Matthies** referiert über die Umdeckung des Dachstuhles am Schulgebäude III., Kolonitz-Löwengasse, und beantragt die Genehmigung der genannten Herstellung mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 2022 fl. 3 kr. (Angenommen.)

(3922.) **Derselbe** referiert über vier Gesuche aus dem VII. Bezirke um Einbürgerung und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Humann Karl, Verkäufer;

Drewes Adolf Paul, Taschnergehilfe;

Aberl Heinrich, Gürtlergehilfe, und

Reisinger Lorenz, Geschäftsdiener. (Angenommen.)

(3921.) **Derselbe** referiert über eilf Gesuche aus dem V. Bezirk um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:
Sukdolak Josef, Schneidermeister;
Buresch Josef, Tischlergehilfe;
Emeder Josef, Fiaker-Kutscher;
Vogt Johann, Kutscher und Hausbesorger;
Schiebl Georg, Fleischhauer;
Lendel Ignaz, Maurer und Hausbesorger;
Holzer Georg, Schneidermeister;
Jelletz Wilhelm, Gemischtwaren-Verschleißer;
Baroch Josef, Musiker, und
Kodytek Anton, Maschinenwärter;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:
Sebesta Johann, Band- und Kreissägearbeiter.
Diese Anträge werden angenommen.

(3981.) **Derselbe** referiert über die nach Edgar Rudan aushaftenden Fracht- und Fahrtauslagen und beantragt die Abschreibung derselben im Betrage von 2 fl. 42 kr. (Angenommen.)

(3425, 3496, 3650, 3937.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die in der Zeit vom 25. Mai bis 2. Juni im 3., 2. und 1. Wahlkörper des XVII. Bezirkes vorgenommenen Bezirksausschuss-wahlen und beantragt die Bestätigung der folgenden Wahlen, u. zw.:
des Kretschek Karl, Trödlers und Hausbesitzers, XVII., Hernals, Steinergasse 13, gewählt mit 438 Stimmen von 450 erschienenen Wählern des 3. Wahlkörpers;
des Franz Josef, Bürgerschullehrers, XVII., Hernals, Kirchengasse 40;
des Reisinger Johann, Gastwirtes und Hausbesitzers, XVII., Dornbach, Urbangasse 3, gewählt mit 182, beziehungsweise 180 Stimmen von 190 erschienenen Wählern des 2. Wahlkörpers;
des Bittermann Ferdinand, Hausbesitzers, XVII., Hernals, Alsbachstraße 47;
des Hanke Josef, Gemischtwaren-Verschleißers und Hausbesitzers, XVII., Hernals, Josefigasse 57, gewählt mit 46, beziehungsweise 44 Stimmen von 47 erschienenen Wählern.
(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3946.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Marie Klingsbigl, Schuldirectorswitwe, um Anweisung der Witwenpension und einer Pensionszulage und beantragt, die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension jährlicher 633 fl. 33½ kr. auf die Dauer des Witwenstandes vom 1. Mai 1893 angefangen sowie des Sterbequartales per 475 fl. aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitige Abrechnung mit der n.-ö. Lehrerpensionscassa.
(Angenommen.)

(4017.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Oberlehrerswitwe Marie Brucha um Anweisung der Witwenpension und beantragt, derselben die normalmäßige Witwenpension per 433 fl. 33½ kr. aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitige Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa anzuweisen. (Angenommen.)

(3963.) **Derselbe** referiert über vier Gesuche aus dem IX. Bezirke puncto Einbürgerung und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:
Zwack Edmund, Oberbeamter der k. k. priv. allgemeinen österr. Bodencreditanstalt,
Fried Siegmund, Agent;
Löhr Johann, Gemischtwaren-Verschleißer, und
Pfeifer Georg, Steindruckergehilfe. (Angenommen.)

(3790.) **St.-R. Vaugoin** referiert über die von Marie Dworzak angebotene Graberhaltungswidmung bezüglich des Einzelngrabes Gruppe 15 A, Reihe 16, Grab-Nr. 4 im Central-Friedhofe per 300 fl. Silberrente und beantragt die Annahme dieser Graberhaltungswidmung unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten.
(Angenommen.)

(3836.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Seelsorgeramtes in Gerjen, Comitat Tolnau, um Unterstützung der durch Überschwemmung arg geschädigten Einwohner der Gemeinde Gerjen und beantragt die Gewährung eines Unterstützungsbetrages per 50 fl.
(Abgelehnt.)

(3812 und 3780.) **Derselbe** referiert über rückständige Beerdigungsgebüren nach 47 Parteien des X. Bezirkes im Gesammtbetrage von 162 fl. 12½ kr. und nach 33 Parteien des V. Bezirkes im Gesammtbetrage von 148 fl. 90 kr. und beantragt die Abschreibung dieser Gebüren aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.
(Angenommen.)

(3914.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Franz Rohrer, Grabkreuz-Verschleißers, um Bewilligung zur Herstellung eines Geräthschaftsschupfens bei seinem Verkaufslocale auf der Cat.-Parc. 148/1 an der Friedhofstraße in Unter-Baumgarten, XIII. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses.
(Angenommen.)

(4015.) **Derselbe** referiert über nothwendige Herstellungen in dem städtischen Schulgebäude XIII. Bezirk, Penzing, Schulgasse 10, und beantragt die Genehmigung dieser mit der budgetmäßig bedeckten Summe von 3144 fl. 84 kr. veranschlagten Herstellungen.
(Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 26. Juni 1893 vom 2. Wahlkörper des XVI. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
3	**Schmidt** Leopold, Hausbesitzer, XVI., Payergasse 2	411	235
	Migl Josef, Bürgerschullehrer, XVI., Lerchenfelderstraße 16		234
	Hennig Karl, Beamter der k. k. Staatseisenbahn, XVI., Hofergasse 13		229

Allgemeine Nachrichten.

Das Bureau des Bezirksausschusses I. Bezirk, welches bisher im neuen Rathhause untergebracht war, befindet sich vom 28. Juni d. J. an im alten Rathhause, 2. Stock, I., Wipplingerstraße.

(Überreichung der Hauszinsertrags-Bekenntnisse für das Jahr 1894.) Zur Bemessung der Hauszinssteuer für das Jahr 1894 sind die Zinsfassionen sämmtlicher Häuser Wiens für die Vermietungs-Periode vom 1. November 1892 bis 31. October 1893, und zwar für jene des I. Bezirkes bis Ende Juni d. J., für jene der übrigen Bezirke längstens bis Ende August d. J., bei den k. k. Steuer-Administrationen der einzelnen Stadtbezirke von den dazu Verpflichteten zu überreichen, und zwar:

Für den	I.	Bezirk:	Stadt, Fleischmarkt Nr. 19.
„ „	II.	„	Leopoldstadt, Große Pfarrgasse Nr. 28.
„ „	III. und XI.	„	Landstraße, Hauptstraße Nr. 33.
„ „	IV., V. „ X.	„	IV., Gusshausstraße Nr. 7.
„ „	VI. „ VII.	„	Neubaugasse Nr. 21.
„ „	VIII. „ IX.	„	IX., Lackierergasse Nr. 1.
„ „	XII. „ XIII.	„	Rudolfsheim (Sechshaus), Ullmannsstraße Nr. 54.
„ „	XIV. „ XV.	„	Rudolfsheim (Sechshaus), Meidlingergasse Nr. 4.
„ „	XVI. „ XVII.	„	Hernals, Kirchengasse Nr. 33.
„ „	XVIII. „ XIX.	„	Währing, Martinstr. Nr. 100.

Schulnachrichten.

(Bezirksschulrath der Stadt Wien.)

Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Vollversammlung des Bezirksschulrathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 7. Juni 1893.

Die Diensteseigenschaft eines Unterlehrers wird als eine definitive anerkannt.

Das Ansuchen eines Bürgerschullehrers um Zuerkennung des Sterbequartals anlässlich des Ablebens seiner Gattin, einer Volksschullehrerin, wird wegen Mangels eines gesetzlichen Anspruches abgelehnt, dagegen dessen Alternativgesuch um gnadenweise Bewilligung eines Beitrages zu den Leichen- und Krankheitskosten bei der Gemeindevertretung befürwortet.

Das Ansuchen eines Privatbeamten um Bewilligung eines Erziehungsbeitrages für sein unmündiges Kind, des Sterbequartales und Quartiergeldes anlässlich des Ablebens seiner Gattin, einer Volksschullehrerin, wird wegen Mangels eines gesetzlichen Anspruches abgewiesen.

Das Gesuch einer Volksschullehrerin um nachträgliche Giltigkeitserklärung ihres Lehrbefähigungszeugnisses wird dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe befürwortend vorgelegt.

Der Wiener Stadtrath wird über Einschreiten eines Bürgerschullehrers ersucht, den Genannten als definitiven Bürgerschullehrer nachträglich dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe präsentieren zu wollen.

Der Magistrat wird ersucht, den nach einem Bürgerschullehrer hinterbliebenen Waisen über erfolgtes Ableben ihrer Mutter anstatt der bisherigen Erziehungsbeiträge eine Concretalpension flüssig zu machen.

Das Ansuchen einer Arbeitslehrerin um Aufhebung der Carenz ihrer Remuneration für die Zeit des ihr ertheilten Urlaubes und um Zuerkennung des Sterbequartales und des Quartiergeldes nach ihrer verstorbenen Schwester, einer Volksschullehrerin, wird abgelehnt, dagegen die gnadenweise Bewilligung eines Beitrages zu den Krankheits- und Beerdigungskosten bei der Gemeindevertretung befürwortet.

Einem Volksschullehrer wird die vierte Dienstalterszulage vom 1. Juli 1893 an zuerkannt.

Das Gesuch eines Bürgerschullehrers um Abänderung des Anfallstages der ersten Dienstalterszulage wird abgewiesen.

Mehreren Lehrpersonen wird unter Offenhaltung des Recurses eröffnet, dass ihnen bei Bemessung der Dienstalterszulagen die Zeit innerhalb deren sie nach ihrer ersten definitiven Anstellung in anderen Schulbezirken in provisorischer Eigenschaft gedient haben, in Abrechnung gebracht werden wird.

Dem Ansuchen eines Bittstellers um weitere Aufnahme von Schülergruppen wird nur unter der Bedingung entsprochen, dass der Petent die ihm seinerzeit ertheilten Aufträge genau einhalte, widrigenfalls ihm die ertheilte Erlaubnis sofort entzogen werden würde.

Bezüglich des Schlusses des Schuljahres 1892/93 und bezüglich der Schüleraufnahme zu Beginn des Schuljahres 1893/94 werden Beschlüsse gefasst.

Bei dem k. k. n.-ö. Landesschulrathe wird die Systemisierung der Stelle eines eigenen Religionslehrers für die Bürgerschule für Knaben, III. Bezirk, Sechskrügelgasse 11, beantragt.

Es wird beschlossen, dem Lehrer Sylvester Zlabinger und dem Director Anton Fetzmann anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand die volle Anerkennung des Bezirksschulrathes auszusprechen.

Endlich werden Disciplinarangelegenheiten erledigt.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 18. bis 24. Juni 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	209.348	Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 178.437; aus Ober-Österreich — 769; aus Mähren — 7826; aus Böhmen — —; aus Galizien — 1973; aus Ungarn — 2263; aus der Bukowina — 180; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	25.230	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 2017; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 495; aus Galizien — 22.718; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — — Kg.)
Schaffleisch . .	136	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 92; aus Mähren — —; aus Galizien — 44; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — — Kg.)
Schweinfleisch .	19.725	„	(Davon aus Nieder-Österreich — 12.599; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — —; aus Mähren — 1046; aus Galizien — 1445; aus Ungarn — 4635; aus der Bukowina — — Kg.)
Kälber	977	Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 199; aus Ober-Österreich — ; aus Mähren — 77; aus Steiermark — —; aus Galizien — 695; aus Ungarn — 6; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — St.)

Schafe	59 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 58; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 1; aus Galizien — ; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — — St.)
Schweine . . .	136 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 75; aus Mähren — 2; aus Galizien — 54; aus Ungarn — 5; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	— „	(Davon aus Nieder-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus Ungarn — — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . .	17.363 Kg.	Kälber	26 Stück
Kalbfleisch . .	302 „	Schafe	15 „
Schaffleisch . .	— „	Schweine	— „
Schweinfleisch .	1344 „	Lämmer	48 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 28	bis 64	kr. per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 50	„ 100	„ „ „
Kalbfleisch	„ 24	„ 68	„ „ „
extrem	„ —	„ —	„ „ „
Schaffleisch	„ 36	„ 50	„ „ „
Schweinfleisch	„ 48	„ 74	„ „ „
Kälber	„ 34	„ 56	„ „ „
Schafe	„ 36	„ 50	„ „ „
Schweine	„ 44	„ 62	„ „ „

Die Zufuhren des Rindfleisches waren im Vergleiche zu jenen der Vorwoche etwas stärker, hingegen in allen anderen Fleischwaren schwächer.

Der Verkehr war den Zufuhren entsprechend und was die Preise anbelangt, so erhöhten sich bloß jene des Rindfleisches minderer Qualität um 2 kr. und jene der Kälber und des Kalbfleisches um 2 bis 4 kr. per Kilo, während die Preise der übrigen Waren unverändert blieben.

* * *

(Pferdemarkt vom 23. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 465 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 85—270 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 25—57 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 19. bis 24. Juni 1893:
(Geschlachtet wurden 89 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch		1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „		1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten . .	vom Pferde	1 „	24—44 „
Selchfleisch		1 „	30—50 „
Extrawürste		1 „	30—48 „
Dürre Würste		1 „	36—56 „
Rohes Fett		1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett		1 „	48—80 „
Schweifhaare		1 Schweif	fl. 25—1·40.
Knochen		100 Kg.	fl. 1·80—4.—
Häute		per St.	„ 4—6·50.

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 26. Juni 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh: — 3491, Weidevieh — 679.

Summa . 4019.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1254
Galizische „ . . .	1537
Deutsche „ . . .	1347
Büffel „ . . .	32

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3131
Stiere	545
Kühe	494

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere . .	von 50	bis 61	fl.
(extrem	„ —	„ 63	„)
Galiz. Schlachtthiere . .	„ 50	„ 61	„
(extrem	„ 62	„ 63	„)
Deutsche Schlachtthiere .	„ 51	„ 62	„
(extrem	„ 63	„ 64	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen . .	von 19	bis 33½	fl.
Stiere . .	„ 23	„ 32	„
Kühe . .	„ 23	„ 32	„
Büffel . .	„ 16	„ 26	„
Beinlvieh .	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 46 bis 104 fl.

Unverkauft blieben:

Ochsen	31 Stück
Beinlvieh	92 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 151 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ruhig und haben sich die gegen Schluss des vorwöchentlichen Montagsmarktes um 2 bis 2½ fl. per 100 Kilo ermäßigten Preise behauptet.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 24. Juni 1893.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht 100 Kg.) . . .	von	8 fl.	40 kr.	bis	9 fl.	35 kr.	per 100 Kg.
Roggen	(„ 100 „) . . .	„	7 „	05 „	„	7 „	40 „	
Gerste	„	5 „	25 „	„	8 „	75 „	
Mais	„	5 „	65 „	„	6 „	— „	
Hafer	„	7 „	45 „	„	8 „	25 „	

b) Mahlproducte.

Gries	von	14 fl.	45 kr.	bis	16 fl.	20 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„	6 „	— „	„	16 „	20 „	
Roggenmehl	„	7 „	20 „	„	13 „	80 „	
Weizenkleie	„	4 „	80 „	„	4 „	90 „	
Roggenkleie	„	5 „	10 „	„	5 „	20 „	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 15. Juni bis 22. Juni 1893.

Waren eingelagert . . . . . 24.725 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 33.201 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 9.654 Meter-Centner.

Lagerstand vom 22. Juni 1893: 321.775 Meter-Centner, und zwar:

93.246	Meter-Centner	Weizen,	30.954	Meter-Centner	Roggen,
16.338	„	Gerste,	23.198	„	Hafer,
83.801	„	Mais,	2.817	„	Ölsaaten,
11.460	„	Mehl u. Kleie,	8.248	„	Wein,
2.125	„	Zucker,	6.415	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,969.640 fl. öst. Währ.

Sanitätsangelegenheiten.

(Einstellung der sanitären Überwachung von aus Hamburg-Altona in Wien einlangenden Reisenden.) Da nach Titel II des 1. Theiles der Beschlüsse der Internationalen Sanitäts-Conferenz in Dresden 1893 die Anwendung von Präventivmaßregeln gegenüber dem Gebiete von Hamburg-Altona dermalen nicht mehr gerechtfertigt erscheint, wird die mit hieramtlicher Kundmachung vom 18. Jänner 1893, Z. 9441, angeordnete fünftägige sanitäre Überwachung der aus Hamburg-Altona hierorts einlangenden Reisenden mit dem heutigen Tage eingestellt.

Gewerbeangelegenheiten.

(Genossenschaft der Informationsbureaux zum Zwecke der Auskunftsertheilung über die Creditverhältnisse von Firmen.) Bei der am 17. Juni 1893 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs, Magistrats-Commissärs Leopold Mayer, wurde: Filipp Kohn, II., Rembrandtstraße 36, zum Vorsteher und Jakob Zwillinger, I., Schottenring 17, zum Vorsteher-Stellvertreter der obigen Genossenschaft gewählt.

* * *

(Abgrenzung der Gewerbsbefugnisse der Zimmer- und Decorationsmaler und der Tapezierer.) Über Einschreiten der Genossenschaft der Zimmer- und Decorationsmaler und der Genossenschaft der Tapezierer hat die k. k. n.-ö. Statthalterei mit Erlass vom 22. Juli 1890, Z. 14609 und — im Recurswege — das k. k. Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem k. k. Handelsministerium, mit Erlass vom 10. Februar 1891, Z. 23393, nachfolgende Bestimmungen rücksichtlich der Abgrenzung der Gewerbsbefugnisse der Zimmer- und Decorationsmaler und der Tapezierer gegenüber jenen der verwandten Gewerbskategorien, nämlich der Anstreicher, Schilder- und Schriftenmaler, Lackierer und beziehungsweise Tapetenerzeuger, Tapetenhändler und Tischler, sowie endlich der Trödler, unter Hinweis auf § 36, Alinea 2 der Gewerbeordnung, festgesetzt:

1. Als ausschließliches Recht kommt den Zimmer- und Decorationsmalern die Verrichtung und Herstellung aller jener Arbeiten zu, welche auf Mauerwerk, Stuccaturen inbegriffen, mit Wasser- und Leimfarben ausgeführt werden; ferner sind die Zimmer- und Decorationsmaler berechtigt, zur Ausführung ihrer Malarbeiten auch Ölfarben zu benützen, jedoch mit der Beschränkung, dass, soferne es sich um Malereien handelt, welche auf einem mit Ölfarben hergestellten Anstriche anzubringen sind, die Herstellung dieses Anstriches dem Anstreicher zusteht.

2. Dagegen gebürt die ausschließliche Befugnis zur Verrichtung aller jener Anstreicherarbeiten, welche auf Holz ausgeführt werden, ferner von Mauer- und Metallanstrichen, zu deren Herstellung Öl-, Wachs-, Lack- und Lazurfarben erforderlich sind, mit der einen Ausnahme den Anstreichern, dass bei allen Arbeiten aus Holz oder Metall, auf welchen Schriften oder plastische Buchstaben und dergleichen ausgeführt werden sollen, der Untergrund auch von Schriftenmalern hergestellt werden darf.

3. Die Befugnis zum Spalieren von Tapeten kommt in der Regel den Tapezierern und ausnahmsweise den Zimmer- und Decorationsmalern in dem Falle zu, als das Spalieren in untrennbarem Zusammenhange mit einer von ihnen auszuführenden Malerarbeit steht.

Den Tapetenhändlern und Tapetenerzeugern als solchen kommt das Spalieren von Tapeten, d. h. die Übernahme dieser Arbeit nur in der Weise zu, dass sie die bei ihnen bestellte Spalierarbeit stets durch selbständige und befugte Tapezierermeister vornehmen zu lassen haben.

4. Den Zimmer- und Decorationsmalern steht die Anbringung und Befestigung fertiger Plastik, von Leisten und sonstiger Verzierung aller Art an Wänden und Plafonds zu; die Befestigung von Tapeten und anderen Wandbekleidungen (mit Stoffen, Gobelins, Leder u. s. w.) aber bildet eine ausschließliche Berechtigung der Tapezierer.

5. Das Tapezieren von Möbelgestellen steht ausschließlich den Tapezierern, die Verfertigung der hölzernen Möbelgestelle ausschließlich den Tischlern zu.

Jedoch sind im Interesse des Verkehrs sowohl die Tischler als auch die Tapezierer zur Übernahme von Bestellungen auf tapezierte Möbel mit der Einschränkung berechtigt, dass die Tapezierer die Verfertigung der erforderlichen Gestelle durch selbstständige und befugte Tischler, und dass die letzteren die zur Effectuierung der Holzmöbelbestellung erforderliche Tapezierer-arbeit durch selbständige und befugte Tapezierer vornehmen zu lassen haben.

Die Trödler als solche sind zwar zum Handel mit alten Möbeln, keineswegs aber zu handwerksmäßigen Reparaturen oder sonstigen Herstellungen befugt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 22. Juni bis 26. Juni 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Schweidlgasse, Grundb.-Einl. 2483, von Adolf Farkas, Bauführer J. Schneider (4403).
„ „ Dammstraße und Waldmüllergasse, Grundb.-Einl. 281, Baustelle I, von Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller (4465).
„ „ Dammstraße und Waldmüllergasse, Grundb.-Einl. 281, Baustelle IV, von Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller (4468).

III. Bezirk: Haus, Mohsgasse, Grundb.-Einl. 2700, von M. Hamburg, Bauführer J. Halla (4405).
VIII. Bezirk: Haus, Josefstädterstraße 67, von Adolf Zatzka, Bauführer L. Zatzka (4434).
IX. Bezirk: Haus, Bleichergasse, Grundb.-Einl. 1462, Baustelle IV, von Wenzel Marek, Stadtbaumeister (4488).
XI. Bezirk: Ein Stock hohes Wohnhaus, Kaiser-Ebersdorf, Schwechat-Kaiser-Ebersdorferstraße, Parcelle 1638, von Smolak Antonie, Bauführer W. Czadek, Maurermeister (9184).
XVI. Bezirk: Haus, Neulerchenfeld, Burggasse 58, von Julius Markus, Bauführer Josef Seichert (26769).
XVIII. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Währing, Ferstelgasse, von Ferdinand und Aloisia Schindler, Bauführer Franz Horak (18537).

Für Zubauten:

V. Bezirk: Hoftract, Franzensgasse 13, von M. und F. Brechlmacher, Bauführer J. Hable (4388).
VII. Bezirk: Hoftract, Neubaugasse 56, von Karl Krauß, Bauführer C. Langer (4492).
„ „ Seitentract, Blindengasse 29, von Dr. Ladislaus Bajda, Bauführer E. Spieß (4475).
XI. Bezirk: Ebenerdiger Zubau, Simmering, Bachergasse Nr. 9, Conscr.-Nr. 356, von Karl und Rosa Kläring, Bauführer Ferd. Kaindl, Baumeister (9091).
„ „ Hoftract mit Keller, Simmering, Hauptstraße 137, von Franz Hafenöhrl, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (9112).
XVI. Bezirk: Lusthaus, Ottakring, Parcelle 340/13, Grundb.-Einl. 2825, von Franz Bieberſteiner, Bauführer Franz Lehninger (26884).
XVII. Bezirk: Magazin, Hernals, Gerlgasse 42, von Karl Bauer, Bauführer Franz Novaček, Maurermeister (21288).
XVIII. Bezirk: Ebenerdiger Zubau, Salmannsdorf, Mariengasse 51, von Heinrich Sauer, Bauführer Anton Wimmer (18784).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Herrengasse 5, von Paul Noha, Bauführer ? (4408).
„ „ Naglergasse 14, von C. Haubner, Bauführer F. Wokurka (4440).
II. Bezirk: Praterstraße 17, von Johann Blumenthal, Bauführer J. Gschwandner (4409).
IV. Bezirk: Alleegasse 39, von Fr. Schönthaler & Söhne, Bauführer ? (4398).
V. Bezirk: Hundsthurmerstraße 62, von Eduard Schätz, Stadtbaumeister (4477).
„ „ Diehlgasse 36, von Franz Wosetzki, Bauführer J. Binder (4469).
VII. Bezirk: Stiftgasse 1, von August Herzmansky, Bauführer F. Klein (4455).
„ „ Neustiftgasse 59, von Therese Schmidt, Bauführer C. Kuzel (4474).
XVI. Bezirk: Ottakring, Gablenzgasse 27, von Franz Fürst, Bauführer Franz Haslinger (26722).
„ „ Ottakring, Hüttengasse 32, von Fanni Wagner, Bauführer Matthias Bittmann (26885).
„ „ Neulerchenfeld, Burggasse 40, von Johann Penitzka, Bauführer Matthias Millik (26928).
XVII. Bezirk: Hernals, Antongasse 27, von Johann Paseka, Bauführer Georg Kowařik, Maurermeister (21287).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Lastenaufzug, Wipplingerstraße 43, von S. Blankenberg, Bauführer ? (4444).
„ „ Lastenaufzug, Tiefer Graben 5, von Karl Riedl, Bauführer ? (4469).
XI. Bezirk: Zwei Aborte sammt Hauptcanal und Wasserlauf, Simmering, Hauptstraße 152, von Karl Ludwig Zamarski, durch Dr. Rudolf Pollak, Bauführer Johann Schneider, Baumeister (9093).
„ „ Düngergrube, Simmering, Rinnböckstraße 17, E.-Z. 274, von Marie Schreindorfer, Bauführer Karl Reichstätter, Stadtmaurermeister (9095).
XII. Bezirk: Abortbau, Ober-Meidling, Schönbrunnerstraße 156, von Karoline Frumm, Bauführer Otto Ettmayer (17592).
XVI. Bezirk: Kohlenlager, Ottakring, Seitenberggasse, Ecke der Albrechtskreithgasse, von Norbert Langer & Söhne, Bauführer Franz Baumann, Zimmermeister (26931).
XVIII. Bezirk: Steinzeugrohrleitung, Währing, Hauptstraße 76, von J. Chramosta, Bauführer Heinrich Sikora (18782).

Stockwerks-Aufsetzungen:

XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 56, von Ernst Wolf, Bauführer Joh. Schneider, Baumeister (9119).
XIX Bezirk: Ober-Döbling, Hauptstraße 62, von Moriz Haymann, Bauführer A. Micheroli (11567).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

X. Bezirk: Laxenburgerstraße 6 bis 8, von August Tschinkel Söhne (4435).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

III. Bezirk: Baumgasse 61, von Franz Schlosser (4401).
„ „ Mohsgasse Grundb.-Einl. 2700, von M. Hamburg (4406).
V. Bezirk: Heinegasse Grundb.-Einl. 1732, von Anton Brunner (4429).
„ „ Reinprechtsdorferstraße Grundb.-Einl. 1733, von Anton Brunner (4431).
IX. Bezirk: Bleichergasse Grundb.-Einl. 1462, von Wenzel Marek, Stadtbaumeister (4487).
XII. Bezirk: Einl.-Z. 1059, Unter-Meidling, Parcelle 112/30, 112/31, Radetzkygasse 40, von Veronika Ferschitz und Rosina Kusalitsch (17591).
XIII. Bezirk: Acker, Parc. 140/11, Lainz, Grundb.-Einl. 83, von Therese Kugler (16358).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Burggasse 58, von Julius Markus (26768).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Hirschengasse 46, von Amand und Marie Spetter (11473).

Gewerbeanmeldungen vom 20. Juni 1893.

(Fortsetzung.)

Felbert Mayer, auch Max — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstraße 31.
Ernst Gustav, Pultzer Leopold — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — I., Vorlaufstraße 1.
Syriste Karl — Tischler — XII., Gnadenzdorf, Plankengasse 1.
Heinrich Victor — Uhrmacher — XIII., Penzing, Poststraße 76.
Bös Francisca — Verschleiß von Ölfarbendruckbildern — IV., Favoritenstraße 27.
Pimperl Anna — Victualien-Verschleiß — XI., Geiselbergstraße 28.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 21. Juni 1893.

Krennmayer Johann — Backofenbauer — XVI., Ottakring, Friedmannsgasse 64.
Jöch Alois — Einspänner — II., bei Kaffee Fetzer (XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 3).
Jöch Leopoldine — Einspännergewerbe — II., Untere Augartenstraße (XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 3).
Friedrich Albert — Gastwirt — II., Kaiserplatz 16.
Hoffmann Marie — Gastwirtin — IX., Nussdorferstraße 33.
Schaffenberger Euphrosine — Gastwirtin — II., Praterstraße 35.
Gorenec Anton — Gebäck-Verschleiß im Umherziehen — IX., Porzellangasse 1.
Krammer Johann — Gebäck-Verschleiß im Umherziehen — IX., Moserg. 7.
Lukaschek Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 51.
Lichtenberg David — Herrenkleidermacher — II., Brigittagasse 8.
Račck Johann — Herrenkleidermacher — II., Lessingasse 8.
Blaustein Lisette — Kaffeeschank — II., Linienbrunngasse 11.
Kreuz Katharina — Kaffeeschank — II., Kaiserplatz 16.
Horwath Karl — Maculaturpapier-Verschleiß — XVI., Ottakring, Römergasse 13.
Schön Franz — Marmorwaren-Erzeugung — V., Siebenbrunneng. 46c.
Dirrer Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — II., Herminengasse 5.
Baumgartner Bertha — Natur- und Kunstblumenhandel — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 46.
Hanzel Veronika — Feilbieten von Obst und Grünzeug im Umherziehen — II., Klosterneuburgerstraße 49.
Soukup Anna — Obst- und Grünzeug-Hausierhandel — II., Dresdnerstraße 128a.
Borke Marie — Pfaidlerin — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterng. 46.
Specht Marie — Pfaidlerin — XVII., Hernals, Sterngasse 34.
Trostler Bernhardt — Provisionsbezug — I., Singerstraße 2.
Hospudka Anton — Schlosser — XVI., Neulerchenfeld, Liebhartsgasse 20.
Butschek Karl — Schriftenmaler — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 8.
Stefan Magdalena — Schriftenmalergewerbe — II., Glockengasse 21.
Koscharek Johann — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 4.
Koukal Karl — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 14.
Kropf Breindel — Trödlerin — II., Schmelzgasse 12.
Worischek Francisca — Hallentrödlergewerbe (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 176.
Piowali Charlotte — Verabreichung von Speisen — II., Schmelzgasse 7.
Traub Leopold — Verschleiß von gebrauchten und in- und ausländischen Briefmarken — II., Brigittenauerlände 8.
Mattes Alois — Victualien-Verschleiß — II., Denisgasse 18.
Grohmann Marie — Wäschergewerbe — XIII., Lainz, Hetzendorferstr. 21.
Waniček Josefa — Wäscheputzerin — II., Rueppgasse 12.
Petschina Marie — Zuckerwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 31.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. Juni 1893.

Endler Bruno — Annoncenvermittlung — XIII., Baumgarten, Hauptstraße 94.

Kraft Franz — Betrieb einer Badeanstalt — XIX., Unter-Sievering, Hauptstraße 112.

Vončič Juliana — Ausschank von Brantwein in den Alleen des Exercierplatzes Schmelz — XIII., Breitensee, Antonsgasse 33.

Grotz Johann — Brantweinschankgewerbe — X., Himbergerstraße 151.

Johaninecz Josef — Bürstenbinder — VII., Zieglergasse 32.

Guttmann Emanuel — Commissionswaren-Verschleiß — I., Grashofgasse 4.

Wasserstrom Bernhard Cohen Prosper — Exporthandel — VI., Mariahilferstraße 81.

Eichberger Peter — Gastwirtsgewerbe — X., Raaberbahngasse 23.

Himmelmayer Karl — Gastwirt — XII., Unter-Meidling, Rauchg. 42.

Schuster Johann — Gastwirtsgewerbe — X., Himbergerstraße 5.

Rockenbauer Cäcilie — Gastwirtin — VII., Zieglergasse 25.

Baum Franz — Gast- und Schankgewerbe — X., Triesterstraße 2.

Anzenberger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Stättermayergasse 2.

Kamenik Marie — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Quellengasse 94.

Pawlan Wenzel — Herrenkleidermacher — IX., Universitätsstraße 4.

Pfrogner Marie — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VI., Stumpergasse 26.

Schneider Louise — Pfaidlerin — VI., Magdalenenstraße 22.

Satanek Marianne — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — I., Kohlmarkt 5.

Urban Franz — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Arnsteingasse 27.

Hawlik Rosa — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — VII., Lerchenfelderstraße 59.

Majek Kaspar — Tischler — VII., Burggasse 32.

Görlich Johann — Trödlergewerbe (Pachtbetrieb) — VIII., Lerchenfelderstraße 20.

Arenth Therese — Weinschank — XIX., Ober-Döbling, Neugasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. Juni 1893.

Gruber, auch Niederleitner Anna — Brantwein-, Thee- und Punschschank — XVII., Hernals, Hauptstraße 10.

Emperer Marie — Cravattennäherin — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 22.

Prager Rosa — Damenkleidermacherin — III., Hauptstraße 8.

Maresch Wenzel — Drechslergewerbe — XVI., Ottakring, Hofergasse 36.

Rößner Adalbert — Fiaker — I., Bartensteingasse (XVII., Hernals, Lobenhauerngasse 6).

Bär Johann — Gastwirt — III., Stammgasse 5.

Brückelmayer Marie — Gastwirtin — XIII., Penzing, Poststraße 145.

Zottmann Agnes — Gastwirtin — XVI., Ottakring, Hofergasse 17.

Schöll Karl — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Nußdorf, Zahnradbahnstraße 38

Adler Rosa — Geflügelhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 27.

Laimer Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Sailergasse 34.

Ruschowy Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 80.

Aigenbauer Marie — Kaffeeschank — XIII., Baumgarten, Hauptstr. 132.

Ryschawy Karl — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Coaks — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 2.

Curl Anton — Kastanienbrater — VIII., Langegasse 11.

Papesch Martin — Kastanienbrater — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße.

Lugert Karl — Verschleiß von gebratenen Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Neulerchenfeld, Ecke der Kirchstettern- und Grundsteingasse.

Salinsky Josef — Verschleiß von gebratenen Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Neulerchenfeld, nächst der Lerchenfelderlinie.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 23. Juni 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Rosenstingl und Dr. Nechansky . . . 1327
2. Beurlaubung der Gem.-Räthe Dr. Friedjung, Schenzel und Dobes . . . 1327
3. Bekanntgabe des Resultates der Wahl von Mitgliedern in den Bezirksschulrath, in die Commission für Verkehrsanlagen und in jene zur Bemessung der Militärtaxe pro 1893 . . . 1327
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend die Erledigung seines Antrages wegen Einleitung von Verhandlungen mit dem Militärärar puncto Anlage einer Verkehrsstraße über das Schmelzer Exercierfeld . . . 1328
5. Desgleichen jener desselben Gem.-Rathes, betreffend die Erledigung seines Antrages wegen Überreichung von Petitionen puncto Einführung der Hauszinsclassensteuer . . . 1328
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Edlhofer, betreffend die Erledigung seines Antrages auf Erbauung eines neuen Amtshauses im XVI. Bezirke und Verwendung des bestehenden Amtshauses zu einer Volksschule . . . 1328
Interpellationen:
7. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Richtigkeit der in der „Wiener Zeitung" veröffentlichten Mittheilungen über die Verzögerung der Erstattung des Gutachtens puncto Einführung einer die Überfüllung der Waggons hintanhaltenden Tramwaywaggon-Type . . . 1329
8. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend die Eröffnung der Erlachgasse im X. Bezirke . . . 1329
9. Gem.-Rath Djörup, betreffend die Einleitung einer Untersuchung wegen der mangelhaften Durchführung der Pflasterung bei der Nothbrücke nächst der Franzensbrücke . . . 1329
Anträge:
10. Gem.-Rath Eigner, betreffend die sofortige Durchführung der Eröffnung der Mitterberg- und Antongasse bis zur verlängerten Gersthofer Hauptstraße . . . 1330
11. Gem.-Rath Buschan, betreffend die Einführung einheitlicher Aushilfe-Bestätigungs-Blankette bei der Armenbetheilung . . . 1330
12. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend eine Verlegung des vor dem Hause Nr. 61 in der Märzstraße stehenden Auslaufbrunnens . . . 1330
13. Derselbe, betreffend eine Subventionierung des katholischen Schulvereines für Österreich . . . 1330
14. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Errichtung einer städtischen Flurenwache für die ländlichen Bezirkstheile der Stadt Wien . 1330
Referate:
15. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend das Ergebnis der Bezirksausschußwahlen im XVII. Bezirke . . . 1331
16. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend die Adaptierung des gemieteten Hauses, II., Wintergasse 14, zu einer Doppel-Volksschule (Zuschußcredit) . . . 1332
17. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Renovierung der Kanzleilocalitäten des Bezirksausschusses und des Armeninstitutes im Gemeindehause des IX. Bezirkes (Zuschußcredit) . . . 1332
18. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend die Trinkwasserzufuhr in mehreren neuen Bezirken (Zuschußcredit) . . . 1332
19. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Stellungnahme zum Entwurfe der an die Actiengesellschaft vormals Krauß & Comp. zu ertheilenden Concession für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn . . . 1333
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 15. Juni 1893 . . . 1352
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 26. Juni 1893 vom 2. Wahlkörper des XVI. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 . . . 1357
Allgemeine Nachrichten:
Bezirksausschuss des I. Bezirkes . . . 1357
Überreichung der Hauszinsertrags-Bekenntnisse für das Jahr 1894 . . 1358
Schulnachrichten:
Bezirksschulrath der Stadt Wien . . . 1358
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 18. bis 24. Juni 1893 . . . 1358
Pferdemarkt vom 23. Juni 1893 . . . 1359
Schlachtviehmarkt vom 26. Juni 1893 . . . 1359
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 24. Juni 1893 . . . 1359
Städtisches Lagerhaus . . . 1360
Sanitätsangelegenheiten:
Einstellung der sanitären Überwachung von aus Hamburg-Altona in Wien einlangenden Reisenden . . . 1360
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaft der Informationsbureaux zum Zwecke der Auskunftsertheilung über die Creditverhältnisse von Firmen . . . 1360
Abgrenzung der Gewerbsbefugnisse der Zimmer- und Decorationsmaler und der Tapezierer . . . 1360
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 22. bis 26. Juni 1893 . . . 1360
Gewerbeanmeldungen . . . 1361
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 59842

Ref.-Nr. 1011 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Baumgasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 2464 fl. 31 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 90990

Ref.-Nr. 931 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von gußeisernen Röhren** im Kostenanschlage von 36.600 fl. und von **Maschinenbestandtheilen** im Kostenanschlage von 13.200 fl. zur Ergänzung des Vorrathes im städtischen Depot der Hochquellenleitung pro 1893 wird infolge Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 20. Juni 1893, Z. 4036, vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Donnerstag, den 13. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler, im Rathhause** (7. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 90984

Ref.-Nr. 1613 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Augartenbrücke über den Donaucanal im II. Bezirke** im Kostenbetrage von 2510 fl. 56 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Juni 1893. 1—3

---

*

Ad Prot.-Nr. 60378
Ref.-Nr. 2678 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung von für die **Adaptierung und Einrichtung des Hauses II. Bezirk, Wintergasse Nr. 14, für Schulzwecke nöthigen Arbeiten und Lieferungen,** und zwar:

1. der **Ofenlieferung** im Kostenbetrage von 1749 fl. 20 kr.;
2. der **Installationsarbeiten der Wasserleitung, der Lieferung und Aufstellung der Closets und Herstellung der Pissoirs** mit dem Kostenbetrage von 3428 fl. 18 kr.;
3. der **Gasrohrleitung und der Lieferung der tarifmäßigen Luster** im Kostenbetrage von 2257 fl. 32 kr.;
4. der **Lieferung der Schulbänke** im Kostenbetrage von 5170 fl.; endlich
5. der **sonstigen Möbeltischlerarbeiten** im Kostenbetrage von 3371 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (7. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene fünfpercentige Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 98324
Ref.-Nr. 1769 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Reparatur des Holzstöckelpflasters am Bauernmarkt von Or.-Nr. 8 bis zum Lichtensteg im I. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1298 fl. 74 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 96259 ex 1893.
Ref.-Nr. 1725. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Pilgrambrücke und Leopoldsbrücke über den Wienfluss** im Kostenbetrage von 553 fl. 18 kr., beziehungsweise von 343 fl. 64 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 8. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 75317 ex 1893.
Ref.-Nr. 1307. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Herndlgasse zwischen der Simmeringerstraße und Engengasse im X. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2840 fl. 22 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **12. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag, und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 90986
Ref.-Nr. 1615 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungsarbeiten für die Neupflasterung eines Theiles der Hirschengasse zwischen der Döblingerstraße und Schegargasse im XIX. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3910 fl. 25 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 21. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 77836 ex 1889.
Ref.-Nr. 1351. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Asphaltierer-Arbeiten für die Erneuerung der schadhaften Asphaltdecke vor den Häusern Nr. 1 und 3, Schottengasse im I. Bezirke,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3341 fl. 27 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Juni 1893. 2—3

**

Prot.-Nr. 77838
ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen der Sicherstellung der **Verfassung und Ausführung eines Projectes für die Erneuerung der Central-Feuerluftheizung in den Zonen II und III der Mädchen-Volksschule im V. Bezirke, Hundsthurmerstraße Nr. 107, einschließlich der Herstellung einer elektrischen Thermometer-Correspondenz** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Montag den 3. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Berechnung des stündlichen Wärme-Erfordernisses und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und besonderen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath, beziehungsweise der Magistrat haben sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 3–3

Ad Prot.-Nr. 91615
Ref.-Nr. 1629 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Strohgasse und der noch unbenannten Parallelgasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 5152 fl. 96 kr. und 550 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Juni 1893. 2–3

Ad Prot.-Nr. 87381 ex 1893
Ref.-Nr. 1537. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Neupflasterung der Rosinagasse von der Schönbrunnerstraße bis zur Victoriagasse im XV. Bezirke,** und zwar:

1. der **Erd- und Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 1430 fl. 90 kr. und 200 fl. Pauschale, und

2. der **Holzstöckelpflasterungs-Arbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 7601 fl. 66 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 14. Juni 1893. 3–3

Ad Prot.-Nr. 90160 ex 1893.
Ref.-Nr. 1596. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Umpflasterung der Wiedener Hauptstraße,** und zwar:

1. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 4038 fl. 66 kr. und 400 fl. Pauschale, und

2. des **Fugengusses mit Asphalt** im veranschlagten Kostenbetrage von 3117 fl. 43 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 11. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 91614
Ref.-Nr. 1628 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Herrengasse im XVIII. Bezirke von Nr. 106 bis 74** im Kostenbetrage von 5946 fl. 29 kr. und 900 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 1. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 92904 ex 1893.
Ref.-Nr. 1649. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales der Herrengasse im XVIII. Bezirke zwischen der Gürtelstraße und Kirchengasse** im Kostenbetrage von 8475 fl. 29 kr. und 900 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 92328
Ref.-Nr. 1638 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Karolinenbrücke über den Wienfluss im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 364 fl. 10 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die demselben beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen und ist demselben das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 91686
Ref.-Nr. 1242 ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Demolierung des Hauses Or.-Nr. 94 Magdalenenstraße, VI. Bezirk,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 11. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist ein Vadium von 100 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 92385 ex 1893.
1253. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Zimmermanns-, Schieferdecker- und Bildhauerarbeiten für den Schulhausbau im XIII. Bezirke, Unter-St. Veit, Anhofstraße Or.-Nr. 27,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 4. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. Juni 1893. 2—3

M.-Z. 76202
ex 1892.

Kundmachung.

(Verkäufliche städtische Gründe.)

a) Die Baustellen Nr. 10, 11, 12, 17, 18, 27 und 28 am sogenannten Gerichtswege nächst der Breitenfurtherstraße in Unter-Meidling, XII. Bezirk.

b) 84 Baustellen auf der Area des ehemaligen Schlossparkes in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk.

c) 18 Baustellen am Galitzynberge nächst der Pichlergasse in Dornbach, XVII. Bezirk.

Nähere Auskunft sowie Entgegennahme von Offerten im neuen Rathhause I., Magistratsstraße, Magistratsdepartement IV, 4. Stiege im Mezzanin. 5—6

M.-Z. 43338
XII.

Kundmachung.

(Waisenhausvaterstelle.)

Wegen Besetzung der in Erledigung gekommenen Stelle des Waisenhausvaters für das II. städtische Waisenhaus für Knaben im V. Gemeindebezirke, mit welcher auch die Stelle des Verwalters des städtischen Asyls für verlassene Kinder verbunden ist, wird hiemit der **Concurs** ausgeschrieben.

Diese Stelle wird vorläufig nur auf ein Jahr provisorisch verliehen und kann der bestellte Waisenhausvater erst nach diesem Zeitraume um die definitive Anstellung einschreiten.

Mit derselben sind ein Jahresgehalt von 800 fl., dann vier bei der Pensionierung oder Quiescierung anrechenbare Quinquennien à 100 fl., eine Naturalwohnung im Anstaltsgebäude, der Bezug des für diese Wohnung erforderlichen Brenn- und Beleuchtungsmateriales und endlich die Verköstigung des Waisenhausvaters, seiner Gattin und seiner im Familienverbande lebenden Kinder nach den diesfalls bestehenden Normen, ferner für die Leitung des städtischen Asyls für verlassene Kinder eine in die Pension nicht einrechenbare Diensteszulage von jährlich 400 fl., in welcher auch die Remuneration für die Waisenhausmutter bezüglich der ihr erwachsenden Mehrleistung mit inbegriffen ist, verbunden.

Die sämmtlichen Obliegenheiten eines Waisenhausvaters des II. städtischen Waisenhauses und des Verwalters des städtischen Asyls sind in den bezüglichen Instructionen enthalten, welche während der Concursdauer im Waisendepartement des Wiener Magistrates eingesehen werden können.

Der Gattin des Waisenhausvaters obliegt ohne Anspruch auf eine Honorierung die Besorgung und Überwachung aller in einem geordneten Haushalte der Familienmutter obliegenden Geschäfte (und zwar insbesondere die Besorgung der Ausspeisung der in den beiden Anstalten befindlichen Personen und die Aufsicht über die Garderobe und Wäsche).

Bewerber um diese Stelle sollen nicht weniger als 35 Jahre alt und müssen österreichische Staatsbürger und verheiratet sein; Bewerber, die schon im Communaldienst stehen, dürfen das Alter von 50 Jahren, andere das Alter von 40 Jahren nicht überschritten haben.

Außerdem müssen die Bewerber die Lehrbefähigung für öffentliche Volksschulen nachweisen und der Musik, und zwar mindestens des Violinspieles, kundig und zum Unterrichte im Gesange für Kinder befähigt sein.

Der Wiener Magistrat behält sich vor, die Eignung der Bewerber für diese Stelle und den Besitz der geforderten musikalischen Kenntnisse durch eine Prüfung zu erhärten.

Die vorschriftsmäßig zu stempelnden Gesuche um diese Stelle sind mit den Taufscheinen und dem Trauungsscheine des Bewerbers und seiner Ehegattin, dem Heimatsdocumente und den Zeugnissen über die Lehrbefähigung, die bisherige Verwendung und die musikalischen Kenntnisse des Bewerbers und, falls die Gattin des Bewerbers bereits eine größere Hauswirtschaft geleitet oder hiebei mitgewirkt hat und hierüber ein Zeugnis beizubringen imstande ist, auch mit dem bezüglichen Zeugnisse zu belegen und längstens bis **30. Juni 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Juni 1893. 3—3

Statth.-Z. 30947
ex 1893.

Kundmachung.

(Stiftung für Bienenzüchter.)

Am 21. August 1893, als am Jahrestage der Geburt weiland Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzog Rudolf, wird aus den Interessen der **Anton Freiherr von Plappart-Leenher'schen Prämienstiftung** für Bienenzüchter aus dem Bauernstande Niederösterreichs ein Preis von 42 fl. ö. W. zur Betheilung kommen.

Auf diesen Preis hat derjenige Bienenzüchter Anspruch, welcher die zahlreichsten und bei gleicher Anzahl die volkreichsten Bienenstöcke überwintert und in das Frühjahr gebracht hat, insofern diese Stöcke ihm eigenthümlich gehören und von ihm selbst gepflegt worden sind.

Unter den Bewerbern um diesen Preis sind die Besitzer der mit Abtheilungen (Steigen) versehenen Bienenstöcke empfehlungswürdiger als die von ganzen Stöcken, obgleich Besitzer jeder Art von Stöcken zur Bewerbung um den Preis berechtigt sind.

Die mit dem Zeugnisse des Bezirksvorstehers und zweier von diesem gewählten Zeugen über die Zahl der überwinterten Bienenstöcke überhaupt und den Volkreichthum derselben insbesondere, sowie über das Eigenthum und die Selbstpflege der Stöcke belegten schriftlichen Gesuche und die Zuerkennung dieses Preises sind **bis längstens 15. Juli 1893** bei dem zuständigen magistratischen Bezirksamte zu überreichen. Die Zuerkennung des Preises erfolgt durch die k. k. n.-ö. Statthalterei.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 13. Mai 1893. 3—3

Z. 94823.
XI.

Kundmachung.

(Stiftung für arme Gewerbsleute.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass demnächst die Interessen der **Anna Hannusch'schen Stiftung für arme würdige Gewerbsleute** im Betrage von fl. 80.— zur Vertheilung gelangen werden.

Die Wahl der zu Betheilenden steht stiftbriefmäßig dem Wiener Magistrate zu.

Bewerber um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-(Geburts-)Schein, den Trauungsschein, die Tauf-(Geburts-)Zettel der Kinder, den Erwerbsteuerschein und ein legales Armutszeugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens **bis 1. August 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. Juni 1893. 1—3

M.-Z. 94819/93
III.

Kundmachung.

(Gräflich Fries'sche Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der gräflich Fries'schen Heirats-Ausstattungsstiftung ist für das laufende Jahr ein Ausstattungsbetrag von 300 fl. ö. W. an ein armes, fleißiges und tugendhaftes Mädchen zu verleihen.

Diejenigen, welche sich um diesen Ausstattungsbetrag bewerben wollen, haben ihre mit dem Geburtsscheine, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, dann mit dem Nachweise der Zuständigkeit, sowie der etwaigen Verwaisung belegten Gesuche bis **15. Juli d. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Wiener Magistrate

im Juni 1893. 1—3

G.-Z. 94820 ex 1893.
III.

Kundmachung.

(Maria Karkaleky'sche Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Aus der **Maria Karkaleky'schen Heiratsausstattungs-Stiftung** sind die Interessen im Betrage von 215 fl. an ein armes, würdiges Mädchen, auch an eine Verwandte der Stifterin, wenn sich eine solche finden sollte, zu vergeben.

Zur Eingehung der Ehe wird die Frist eines Jahres bewilligt, nach deren fruchtlosem Ablaufe der verliehene Stiftungsbetrag eingezogen und weiter verliehen wird.

Die mit dem Geburtsscheine, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, ferner mit dem Heimatsscheine und dem Nachweise über die etwaige Verwaisung belegten Gesuche sind **bis inclusive 15. Juli 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen und kann auf **später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden.**

Vom Wiener Magistrate

am 21. Juni 1893. 1—3

M.-Z. 76044.
III.

Kundmachung.

(Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Aus der **Maria Anna Fürstin Dietrichstein'schen Stiftung** ist eine Heiratsausstattung im Betrage von 105 fl. ö. W. für das Jahr 1893 zu verleihen.

Auf diese Ausstattung haben in Wien geborene Mädchen, welche elternlos sind und eine tadellose Aufführung nachweisen können, vorzugsweise aber Waisen gewesener Wiener Bürger für den Fall ihrer Verehelichung Anspruch.

Die Gesuche sind mit dem Geburtsschein, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, den Todtscheinen der Eltern und wenn die Ausstattung von einer Bürgerstochter angestrebt wird, mit dem Nachweise des Bürgerstandes des Vaters zu belegen und bis **Ende August 1893** bei dem Magistrate zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. Mai 1893. 1—3

M.-Z. 83333
XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung für Witwen.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass am 15., beziehungsweise am 14. October 1893 die verfügbaren Interessen der **Katharina und Lazar Goldstein'schen Stiftung** für fünf hilfsbedürftige Witwen im Betrage von 1030 fl. ö. W. dergestalt zur Vertheilung gelangen, dass drei Witwen mosaischer und zwei Witwen, welcher christlichen Confession immer, je der fünfte Theil dieser Interessen eingehändigt wird. Anspruch auf diese Stiftung haben dürftige, im Polizeibezirke Wien wohnhafte Witwen aus dem Civilstande von nachgewiesener tadelloser moralischer Haltung, deren Ehemänner in dem der Vertheilung unmittelbar vorangehenden Sonnenjahre ohne Hinterlassung eines Vermögens gestorben sind und namentlich dem Rabbinats- und Lehrerstande angehört haben.

Bei gleicher Dürftigkeit haben jene Bewerberinnen den Vorzug, welche die größere Anzahl Kinder besitzen.

Die Vertheilung erfolgt durch den Herrn Bürgermeister von Wien.

Dem Gesuche ist der Todtenschein des Gatten, der eigene Geburts- respective Taufschein, der Trauungsschein, die Geburts- respective Taufzettel der Kinder, ein Sittenzeugnis, der abhandlungsbehördliche Bescheid, dass die Verlassenschaft des verstorbenen Gatten armutshalber abgethan wurde, endlich ein legales Armutszeugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. August 1893 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 31. Mai 1893. 3—3

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 52. Freitag den 30. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 7. Juli 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 4. Juli 1893.
Mittwoch, den 5. Juli 1893.
Donnerstag, den 6. Juli 1893.
Freitag, den 7. Juli 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **16. Juni 1893.**

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Vogler.

Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf.

Experte: Magistrats-Concipist Dr. Weiß, Oberingenieur Bischof.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. Vogler entschuldigt sein Ausbleiben von der Sitzung. (Zur Kenntnis.)

Der Vorsitzende ersucht um Vornahme der Wahl von drei Mitgliedern in das Comité bezüglich des Verkaufes von Bürgerspitalsgründen in Unter-Meidling an Maximilian Großmann.

Es werden gewählt die St.-R. Dr. Huber, Matzenauer und Schneiderhan.

(3629.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen der internationalen Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Kabellegung im I., II., III., IV. und VII. Bezirke und beantragt die Bewilligung des Ansuchens im Sinne des vom Magistrate gestellten Antrages. (Angenommen.)

(4014.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der internationalen Elektricitäts-Gesellschaft um Erneuerung der Bewilligung für mehrere bereits genehmigt gewesene Leitungsanlagen im I., IV., VII., VIII. und IX. Bezirke, für welche diese Bewilligung erloschen ist. Referent beantragt, für die in der Eingabe obiger Gesellschaft angeführten, bereits genehmigt gewesenen Leitungsanlagen, bezüglich welcher die Genehmigung erloschen ist, da diese Leitungsanlagen nicht innerhalb eines Jahres zur Ausführung gelangten, nach § 12 des Vertrages vom 6. und 7. September 1889, M.-Z. 272800, neuerlich und zwar unter den vom Stadtbauamte gestellten Bedingungen die Bewilligung zu ertheilen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt getrennte Abstimmung bezüglich der Beithgasse und Schwarzenbergstraße.

St.-R. Matzenauer beantragt, dass die Kabel in die Schwarzenbergstraße unter das Trottoir gelegt werden.

St.-R. Boschan beantragt, dass bei Straßen, welche zur Pflasterung, bezw. Umpflasterung bestimmt sind, die Kabellegung und Pflasterung zu vereinigen sei.

Der Referenten-Antrag wird mit den Anträgen der St.-R. Matzenauer und Boschan angenommen.

(4013.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der allg. österr. Elektricitäts-Gesellschaft um Erneuerung der Bewilligung für mehrere bereits genehmigt gewesene Kabeltracen im I. Bezirke, für welche diese

Bewilligung erloschen ist. Referent beantragt, für die im vorgelegten Verzeichnisse angeführten Kabeltracen im I. Bezirke, bezüglich deren durch Nichtausführung innerhalb eines Jahres nach § 12 des Vertrages vom 14. October 1887, Z. 274533, mit der Firma Siemens & Halske in Berlin und Wien, respective § 1 des Nachtrags-Übereinkommens vom 27. April 1891, M.-Z. 115307, mit der allg. österr. Elektricitäts-Gesellschaft und § 12 des Vertrages vom 21. April 1893, M.-Z. 463852 ex 1891 und 42417 ex 1893, mit dieser Gesellschaft die Genehmigung erloschen ist, neuerlich und zwar unter den vom Stadtbauamte gestellten Bedingungen die Bewilligung zu ertheilen.

St.-R. Matzenauer beantragt, dass die Kabellegung durch verschiedene Gesellschaften in einer Straße zu einer und derselben Zeit vorgenommen werde, wenn es die Straßenbreite zuläßt, und dass die stricte Weisung an das Bauamt ergehe, binnen welcher Zeit Gesuche um Kabellegung erledigt werden müssen.

Die bei dem früheren Referate, Z. 4014, gestellten Anträge des St.-R. Matzenauer und Boschan werden angenommen, desgleichen im übrigen der Referenten-Antrag.

Weiters wird beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, Gesuche um Bewilligung zur Kabellegung bis Ende April eines jeden Jahres an den Stadtrath zu leiten.

(3711.) **Derselbe** referiert über die Vertheilung der Interessen der Georg Schredt'schen Stiftung für Lehrer und beantragt, sieben Petenten, welche den stiftbrieflichen Bestimmungen vollkommen entsprechen, aus obiger Stiftung zu betheilen, und zwar:

Post-Nr.	5	der Tabelle	mit 40 fl.
„	13	„ „	„ 40 „
„	21	„ „	„ 29 „
„	28	„ „	„ 29 „
„	30	„ „	„ 28 „
„	10	„ „	„ 20 „
„	14	„ „	„ 20 „

(Angenommen.)

(3751.) **St.-R. Boschan** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausg.-Rubr. XXII 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters" und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites von 26.682 fl. 58 kr. zu obiger Rubrik, und weiters seien die Ämter aufzufordern, sich genau an die Ziffern des Voranschlages zu halten.

Es wird beschlossen, die Überschreitung per 26.682 fl. 58 kr. zu genehmigen. (An den Gemeinderath.)

(3907.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausg.-Rubr. IV 4 a „Beleuchtung der Amtslocalitäten" und beantragt, die Bewilligung eines Zuschusscredites von 2137 fl. 93½ kr. nachträglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(3912.) **Derselbe** referiert über das Präliminare des städtischen Lagerhauses pro 1894 und beantragt, dieses Präliminare, wonach sich die Einnahmen auf . . . . . 334.790 fl. die Ausgaben auf . . . . . 293.200 fl. stellen und sich ein Gebarungs-Überschuss per 41.590 fl. ergibt, zu genehmigen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2228.) **Derselbe** referiert über die Belastung des Reservefondes mit Ende März 1893 und beantragt, den Bericht der städtischen Buchhaltung (wonach der Reservefond per 500.000 fl. nach Abzug der für dessen Rechnung effectuierten Ausgaben per 44.890 fl. 11½ kr. und der hierauf überwiesenen, jedoch noch nicht bezahlten Beträge per 159.682 fl. 68 kr., zusammen per 204.572 fl. 79½ kr., noch ein Betrag von 295.427 fl. 20½ kr. erübrigt und bleiben nach Abzug der für die Bezirke I bis XIX [à 500 fl.] zu reservierenden 9500 fl. verfügbar 285.927 fl. 20½ kr. Es stehen jedoch in Antrag Auslagen per 351.963 fl. 20 kr.) zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(2341.) **Derselbe** referiert über die Bestimmung mehrerer Modalitäten für die Persolvierung der Wilhelm Bächer'schen Waisenstiftung für Knaben und beantragt:

1. Die Persolvierung der Wilhelm Bächer'schen Waisenstiftung für Knaben wird mit der Persolvierung der Interessen vom Jahre 1893 begonnen; der bei dieser Stiftung vom Jahre 1892 vorhandene Betrag per 592 fl. 94 kr. ist sonach zum Stiftungscapitale zu schlagen und durch Ankauf von Papierrente mit Mai-November-Coupon zu fructificieren.

2. Bei dieser Persolvierung ist nur ein Stipendium zu verleihen, und zwar mit dem Betrage von 450 fl. pro Jahr. Der von den Jahresinteressen ex 1893 per 473 fl. 8 kr. sich ergebende Überschuss per 23 fl. 8 kr., sowie die in künftigen Jahren während des Bezuges des Stipendiums durch den Betheilten von den jeweiligen Interessen sich ergebenden Überschüsse über 450 fl. sind zum Stiftungscapitale zu schlagen.

3. Der Bezug des im laufenden Jahre zu verleihenden Stipendiums per 450 fl. hat mit dem ersten Tage des Monates, welcher auf die Verleihung zunächst folgt, anzufangen und bis zur Vollendung der Studien oder der Ausbildung des Betheilten in einem gewerblichen Fache zu dauern.

4. Das Stipendium per 450 fl. ist an einen jüdischen, in der Verpflegung der israelitischen Cultusgemeinde stehenden Waisenknaben, der im laufenden Jahre seine Studien oder seine Ausbildung in einem Gewerbe beginnt, oder an einen in der Pflege dieser Gemeinde stehenden oder früher gestandenen Waisenknaben, der schon in den Studien eines Faches oder eines Gewerbes begriffen ist, zu verleihen.

5. Der Vorstand der israelitischen Cultusgemeinde ist aufzufordern, wegen Verleihung des Stipendiums an einen jüdischen Waisenknaben im Sinne der stiftbrieflichen Bestimmungen und der vorstehenden ergänzenden Anordnungen thunlichst bald einen Ternavorschlag unter Vorlage einer mit allen nöthigen Belegen versehenen competenten Tabelle zu erstatten und bei jedem Bewerber zu bemerken, für welche Zeitdauer er des Stipendiums per 450 fl. bedürftig ist.

(Angenommen.)

(3522.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Activierung, respective Verbesserung der Beleuchtung mehrerer Schulen im XIX. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Vermehrung, respective Einführung der Gasbeleuchtung in mehreren Schulen im XIX. Bezirke in den Hauptferien mit den bedeckten Kosten per 4695 fl. und den Gasmehrverbrauchskosten jährlicher 194 fl. In den beiden kleinen, alten Schulen am Pfarrplatz in Heiligenstadt und in Kahlenbergerdorf wäre von der Einführung einer künstlichen Beleuchtung abzusehen, da diese beiden Schulhäuser ohnehin zur Auflassung in kurzer Zeit in Aussicht genommen werden dürften.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den Magistrat aufzufordern, wegen Einführung des Auer'schen Gasglühlichtes in den Schulen demnächst Bericht zu erstatten.

Der Referenten-Antrag und der Antrag des St.-R. Dr. Lueger werden angenommen.

(3588.) **Derselbe** referiert über die Beleuchtungs-Einrichtung, respective Verbesserung der Beleuchtung in mehreren Volks- und Bürgerschulen.

Referent beantragt die Vertagung bis zum Einlangen des Berichtes über das Auer'sche Gasglühlicht.

St.-R. Matzenauer beantragt, die Einführung der Gasbeleuchtung in der Schule in Ober-St. Veit zu beschließen.

Hierauf modificiert der Referent seinen Antrag wie folgt:

Von den vorliegenden, in dem Ausweise B verzeichneten Herstellungen seien heuer nur die Einführung der Gasbeleuchtung in der Schule XIII., Ober-St. Veit, im Betrage von 1925 fl. 87 kr., und die Einführung der Gasbeleuchtung in dem Turnsaale der Schule XVI., Ottakring, Payergasse, mit 127 fl. 24 kr., daher im Betrage von 2053 fl. 11 kr. zu genehmigen und hiefür ein Zuschusscredit zur Aus.-Rubr. XLIII 4 in dieser Höhe zu bewilligen. Die übrigen Herstellungen sind bis zum Jahre 1894 zu verschieben und die hiefür nöthigen Beträge in das Budget pro 1894 einzustellen.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

(3814.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den neuerlichen Bericht in Betreff des Recurses des Johann Hackhofer puncto Canalisierung und Entrichtung der Canaleinmündungsgebür für die Realität Nr. 7 Färbergasse in Nussdorf, XIX. Bezirk, und beantragt, dem magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk wird in Erledigung des Berichtes vom 8. Juni 1893, Z. 8586, bedeutet, dass, nachdem mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 31. Mai 1893, Z. 3274, dem Recurse des Josef Hackhofer in beiden Punkten, nämlich in Betreff der Canaleinmündungsgebür für die Front der Färbergasse und bezüglich der Gebür in der neuprojectierten, noch nicht eröffneten Gasse, stattgegeben wurde, Josef Hackhofer daher eine Gebür nach dieser Erledigung überhaupt nicht zu bezahlen hatte, von selbst die Nothwendigkeit einer Entscheidung über die Frage der Sicherstellung dieser Gebüren als gegenstandslos entfiel. Es ist deshalb derzeit von der Bemessung und Einhebung einer Canaleinmündungsgebür vollständig abzusehen und über das eingebrachte Baugesuch des Josef Hackhofer amtszuhandeln.

Weiters beantragt Referent über die Interpretation des Stadtraths-Beschlusses vom 2. December 1891, Z. 3409, ein Referat zu erstatten und den Magistrat zu beauftragen, das seinerzeitige Referat neuerlich vorzulegen. (Angenommen.)

(3839.) **St.-R. Noske** referiert in Betreff der Sicherstellung der Canal- und Senkgrubenräumung in den Bezirken XI bis XIX vom 1. Juli 1893 an und beantragt:

1. In Ergänzung des Stadtraths-Beschlusses vom 30. Mai d. J., Z. 2176, wären den im Punkte 1 dieses Beschlusses genannten Gebietstheilen, Unter-Meidling und Grinzing hinzuzufügen, jedoch mit dem Bemerken, dass die Räumungsleistung des Unternehmers im erstgenannten Bezirkstheile erst am 1. September d. J. zu beginnen hat;

2. die Senkgrubenräumung wäre für den ganzen XII. Bezirk nach Einheitspreisen und nicht im Pauschale zu vergeben;

3. in jenen Bezirken und Bezirkstheilen, in welchen die Räumung der Senkgruben durch den städtischen Contrahenten wie bisher obligatorisch bleibt, kann vom Bezirksamte einzelnen Hauseigenthümern die Räumung ihrer Senkgruben für landwirtschaftliche Zwecke oder aus anderen Rücksichten ausnahmsweise überlassen werden, sofern dagegen keine sanitären Bedenken obwalten;

4. die vorliegenden Bedingnisse für die Vergebung der Canal- und Senkgrubenräumung in den Bezirken XI bis XIX wären mit folgenden Abänderungen zu genehmigen:

Im § 1 ist vor „Unternehmer" beizufügen „gewerbsberechtigte".

§ 13 der Absatz „Ebensowenig steht" bis „selbst einen Abladeplatz beizustellen" hat zu entfallen.

Zu § 39 der Bedingnisse ist der Zusatz zu machen, wonach die Contrahenten Räumungstableaux für die Hauscanäle vorzulegen haben, damit die Hausherren direct in Kenntnis der vorzunehmenden Räumung gelangen und sich an der Controle im eigenen Interesse bethätigen können. Auf Grund dieser Bedingnisse und der Canalräumungstableaux und Canalisierungspläne sei eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abzuhalten.

Der Magistrat wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die commissionellen Begehungen längstens binnen 5 Tagen nach vorgenommener Reinigung der Hauscanäle vorgenommen werden.

In der Kundmachung über die Canalräumung ist den Hausbesitzern nahezulegen, dass sie bei der Controle der Canalräumung mitwirken und insbesondere darauf achten mögen, dass ihre Bestellten bei der Bestätigung über vorgenommene Räumungen mit aller Genauigkeit vorgehen und nicht mangelhafte oder gar nicht vorgenommene Räumungen aus Bequemlichkeitsrücksichten als erfolgt bestätigen.

Die Offertverhandlung ist sobald als möglich auszuschreiben; um deren entsprechende Durchführung zu ermöglichen, sind die bestehenden Verträge auf zwei Monate zu verlängern und ist der Termin der neuen Vergebung entsprechend zu modificieren. (Angenommen.)

(2770, 3635, 3969.) **Derselbe** referiert über die Protokolle der Bezirksausschuss-Sitzungen des XI. Bezirkes vom 21. und 24. April, des XII. Bezirkes vom 25. April, des XIII. Bezirkes vom 28. Februar und 29. März, des XIV. Bezirkes vom 25. April und 30. Mai, des XV. Bezirkes vom 26. April und 19. Mai, des XVI. Bezirkes vom 24. April, des XVII. Bezirkes vom 5. und 28. April, des XVIII. Bezirkes vom 21. April, des XIX. Bezirkes vom 14. April und 19. Mai d. J. und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(1989.) **Derselbe** referiert über die Protokolle der Bezirksausschuss-Sitzungen des XII. Bezirkes vom 21. März, des XIV. Bezirkes vom 21. Februar und 21. März, des XV. Bezirkes vom 27. Februar und 23. März, des XVI. Bezirkes vom 9. März, des XVII. Bezirkes vom 1. März, des XVIII. Bezirkes vom 3. März und des XIX. Bezirkes vom 14. März und 30. Jänner d. J.

Referent beantragt die Kenntnisnahme, und zwar jenes des Bezirksausschusses Ober-Döbling vom 14. März 1893 mit dem Beifügen, dass, obzwar es selbstverständlich ist, dass alle Beschlüsse des Bezirksausschusses nur innerhalb seiner gesetzlichen Competenz gefasst werden können, es doch wünschenswert sei, dass auch die Fassung des Protokolles diesem Umstand Rechnung trage, und ist der Herr Vorsteher zu ersuchen, diesfalls das Erforderliche zu veranlassen.

(Angenommen.)

(4039.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Josef Steiner und der Nanette Frankl um Abtheilung der Realitäten Einl.-Z. 583, 641, Parc. 705, 706/12, XIX. Bezirk, auf Baustellen und beantragt:

1. die Genehmigung der Parcellierung auf Grund des Bauamtsberichtes vom 6. Juni d. J. und des Protokolles vom 13. Juni d. J. unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen;

2. mit Rücksicht auf die unentgeltliche Grundabtretung zur Verbreiterung des Sonnbergplatzes in einer größeren Breite als 23 m werde den Gesuchsstellern die compensationsweise Überlassung von 19·89 m² der städtischen Parcelle 704/1 zum Vorgarten bei Baustelle VII, sowie die Enthebung von der Verbindlichkeit zugestanden, die Straße am Arbesbache längs der Baustelle VII bis zur halben

Breite (somit 160·59 m²) von der städtischen Realität Einl.-Z. 484, Cat.-Parc. 704/1, zu erwerben und an die Gemeinde unentgeltlich und im Niveau zurückgestellt. (Angenommen.)

(3953.) **Derselbe** referiert über die Parcellierung der Franz Josefs-Kaserne und beantragt, zur Vorberathung dieser Angelegenheit ein Comité aus drei Mitgliedern zu wählen, welches sich eventuell durch Experten zu verstärken haben wird.

Es werden gewählt die St.-R. Müller, Ritt. v. Neumann und Wurm.

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **20. Juni 1893.**

Vorsitzender: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matzenauer, Meißl, Müller, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Entschuldigt: St.-R. Matthies, v. Neumann.
Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, Rückauf.
Schriftführer: Magistrats-Commissär Appel.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. v. Neumann entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer Sitzung des Rudolfsheimer Kirchenbau-Comités.

St.-R. Matthies entschuldigt sein Ausbleiben wegen Intervention als Sachverständiger beim k. k. Landesgerichte.

St.-R. Dr. Lueger entschuldigt sein Ausbleiben, beziehungsweise sein späteres Erscheinen wegen einer Sitzung des permanenten Gewerbeausschusses.

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 17. Juni 1893:

Reservefond	500.000 fl.	— kr.
Effective Belastung . . .	207.402 fl.	54½ kr.
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	278.453 „	48 „
zusammen .	485.856 „	02½ „
daher noch verfügbar .	14.143 fl.	97½ kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden	9.500 „	— „
noch	4.643 fl.	97½ kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 486.678 fl. 23 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Zu einer am 21. d. M. stattgefundenen Qualifications-Einspruchsverhandlung sind vier Mitglieder des Stadtrathes und ein Ersatzmann zu wählen.

Gewählt wurden die St.-R. Dr. Lederer, v. Neumann, Dr. Vogler, Baugoin und als Ersatzmann Dr. Huber.

(3297.) **St.-R. Matzenauer** referiert wegen Verfassung von neuen Betriebseinrichtungs-Elaboraten für die städtischen Gemeinde-Waldungen in Ottakring, Ober-St. Veit, Hütteldorf, Dornbach, Pötzleinsdorf und Ober-Sievering und beantragt:

1. die Verfassung neuer Betriebseinrichtungs-Elaborate für die städtischen Gemeinde-Waldungen in Ottakring, Ober-St. Veit, Hütteldorf, Dornbach, Pötzleinsdorf und Ober-Sievering auf Grundlage einer genau vorzunehmenden Detailvermessung der äußeren Grenzen und inneren Bestandesflächen mit dem Kostenaufwande von 800 fl. zu bewilligen;

2. die Verfassung dieser Elaborate dem k. k. Forst- und Domänenverwalter Richard Jarmulsky mit der Bedingung zu übertragen, dass die damit verbundenen Arbeiten derart beschleunigt werden müssen, dass dem Wirtschaftsführer schon Anleitungen für die Holzschlägerung in der Fällungsperiode 1893/94 gegeben werden können und das ganze Operat bis Ende April 1894 fertig an die Gemeinde abgeliefert werde;

3. zur Deckung der pro 1893 auflaufenden Kosten, und zwar der Anzahlung per 300 fl. und der zweiten nach Beendigung der äußeren Feldarbeiten fällig werdenden Rate per 250 fl. für die Ausg.-Rubr. XII 10 einen Zuschusscredit von 550 fl. zu bewilligen, die restliche dritte nach Ablieferung des fertigen Operates auszuzahlende Rate per 250 fl. im Präliminare 1894 sicherzustellen;

4. bei Verfassung der gedachten Betriebseinrichtungs-Elaborate hat die bestmöglichste Erhaltung des Waldbestandes, mit Rücksicht auf die hygienische Wichtigkeit desselben für die Stadt Wien, als oberstes Princip zu gelten und hat daher diesem gegenüber die Ertragsfähigkeit respective die Jahreseinnahme vollständig in den Hintergrund zu treten;

5. Herr Richard Jarmulsky ist weiters zu ersuchen, ein Verzeichnis jener Parcellen beizugeben, deren Erwerbung behufs entsprechender Arrondierung des städtischen Waldbesitzes im Laufe der Zeit anzustreben wäre. (Angenommen.)

(7525 ex 1892.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Bauamtes wegen Herstellung der Malerei der Decke in der Kirche St. Othmar unter den Weißgärbern und beantragt, die Ausführung von Reparaturarbeiten auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. (Angenommen.)

(4049.) **St.-R. Müller** referiert über die Fertigstellung der Nothbrücke über den Donaucanal und die sohin zu treffende Verkehrseintheilung und beantragt, die bezüglichen Vorschläge des Stadtbauamtes beziehungsweise des Magistrates zu genehmigen. (Angenommen.)

(4063.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen der Josefine Palm um Consens zum Umbau des Hauses XVI. Bezirk, Ottakring, Hauptstraße Nr. 112, und beantragt, mit Rücksicht auf die Protokollarerklärung der Partei vom 13. d. M. und mit Bezug auf den Stadtraths-Beschluss vom 8. Juni 1893, Z. 3640, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes auf Consensertheilung zu bestätigen. (Angenommen.)

(3972.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Em. und Ed. Schweinburg um Baubewilligung für Baustelle I, Einl.-Z. 1698, im III. Bezirke, Ungargasse 54, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung der Risalite mit 0·15 m Vorsprung und des Thorportales

mit 0·35 m Vorsprung und gegen Bezahlung eines Betrages von 50 fl. per Quadratmeter für die in Anspruch genommene Grundfläche. (Angenommen.)

(3973.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Em. und Ed. Schweinburg um Baubewilligung für Baustelle VI, Einl.-Z. 1698, im III. Bezirke, Ungargasse 54, und stellt denselben Antrag wie zur Zahl 3972. (Angenommen.)

(3754.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen des Anton und der Barbara Löffler um Grundentschädigung, XVI. Bezirk, Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 69 und Gaullachergasse 43, und beantragt, für den Straßengrund Figur a b c d e f g h (a) des vorliegenden Planes den Betrag von 15 fl. per Quadratmeter zu entschädigen und für die Fläche Figur i k l m an die Gemeinde 28 fl. per Quadratmeter zu bezahlen. (Angenommen.)

(4114, 2771.) **St.-R. Wurm** referiert über das Kaufanbot des I. allgemeinen Beamtenvereines der österr.-ungar. Monarchie bezüglich des dem Wiener allgemeinen Versorgungsfond gehörigen Eleonore Schrey'schen Stiftungshauses I., Wipplingerstraße 35 und Renngasse 16, und beantragt, das Offert des I. allgemeinen Beamtenvereines:

1. die Realität Grundb.-Einl.-Z. 1434 um den Preis von 1000 fl. per Quadratklafter = 277 fl. 78 kr. per Quadratmeter, sonach um den gleich bei der Vertragsausfertigung zahlbaren Gesammtpreis von 197.000 fl. und gegen Tragung der sämmtlichen Vermögens-Übertragungsgebüren, Stempel- und Legalisierungskosten durch den Beamtenverein anzukaufen;

2. für die zur Straßenverbreiterung abzutretende Grundfläche per 34 m^2 = 9·44 $□^0$ gleichfalls den Betrag von 1000 fl. per Quadratklafter, sonach den Gesammtbetrag von 9444 fl. bei der Übernahme beziehungsweise Übergabe derselben anläßlich eines Umbaues zu bezahlen und die sämmtlichen Übertragungsgebüren, Stempel- und Legalisierungskosten zu tragen; endlich zur Sicherstellung dieser Verpflichtung bis zum Zeitpunkte des Umbaues einen entsprechenden Betrag in pupillarsicheren Wertpapieren zu hinterlegen, eventuell in den bei der städtischen Hauptcassa gegenwärtig als Vadium befindlichen Franz Josef-Bahn-Prioritäten liegen zu lassen, anzunehmen.

St.-R. Schlechter beantragt, die Bedingung zu stellen, dass mindestens innerhalb zwei Jahren, vom Tage der factischen Übergabe an gerechnet, der Umbau vorgenommen wird.

St.-R. Noske beantragt, das Bauamt zu beauftragen, eine Calculation vorzulegen, welches Erträgnis sich ergibt, wenn das Haus seitens der Gemeinde umgebaut wird, eventuell unter Abverkauf des hinter die Nachbarrealität reichenden Grundes.

Letzterer Antrag wird abgelehnt.

Referenten-Antrag mit Zusatz-Antrag Schlechter wird angenommen. (An den Gemeinderath.)

(3328.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Joh. Zacherl um Bestimmung der Baulinie bezüglich des Hauses Nr. 7 Bauernmarkt, I. Bezirk, und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, auf Grund der von ihm vorgeschlagenen, bezüglich der Abkappung D' F abgeänderten Baulinie die Kosten der Durchführung der Brandstätte gegen die Tuchlauben festzustellen und mit den Besitzern der durch diese Durchführung begünstigten Realitäten wegen Beitragsleistung zu verhandeln. (Angenommen.)

(3984.) **Derselbe** referiert über die Renovierung der Kanzlei-Localitäten des Bezirksausschusses und des Armeninstitutes im Gemeindehause des IX. Bezirkes mit dem Kostenbetrage von 831 fl. 45 kr. und beantragt die Genehmigung und die Bewilligung eines Zuschuss-credites in obiger Höhe zur Ausg.-Rubr XII 4 d.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3904.) **Derselbe** referiert bezüglich Ankaufes eines Grundes im XIII. Bezirke, Ecke der Siebeneichen- und Rochusgasse in Penzing, von Maximilian Spitzer für Schulzwecke und beantragt die Ablehnung des Ankaufes wegen zu hoher Preisforderung.

(Angenommen.)

(4140.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen des k. u. k. Reichs-Kriegsministeriums um Sistierung der Steinpflasterungsarbeiten in der Dreihufeisengasse im VI. Bezirke, entlang des Gebäudes der k. u. k. Kriegsschule, und beantragt die Ablehnung der vom Magistrate im Sinne des Localaugenscheins-Protokolles gestellten Anträge, welche dahin lauten, „das Project für die Neupflasterung der Dreihufeisengasse dahin abzuändern, dass die Neupflasterung mit Würfelsteinen auf die Strecke der Gasse vom Getreidemarkt bis zu dem Einfahrtsthore in die Kriegsschule beschränkt, dass die hierauf folgende Strecke, soweit die Ausgrabung reicht, d. i. bis zur oberen Baufläche der Theatergasse mit Holzstöckeln gepflastert und der restliche Theil der Straße, in welchem aus technischen Gründen die Anwendung eines geräuschlosen Pflasters unmöglich erscheint, in seinem gegenwärtig macadamisierten Zustande belassen werde."

St.-R. Dr. Lueger beantragt, dem Ansuchen der k. u. k. Kriegsschule entsprechend die Steinpflasterung dortselbst zu sistieren und ein geräuschloses Pflaster zu legen.

St.-R. Baugoin beantragt, es sei vorerst das Stadtbauamt zu beauftragen, einen Bericht bezüglich der Niveauverhältnisse vorzulegen.

St.-R. Dr. Lederer nimmt den Magistrats-Antrag auf.

Der Referent modificiert nun seinen Antrag im Sinne des Magistrats-Antrages, jedoch wäre das Stadtbauamt anzuweisen, ein Project für die Ausführung eines Holzstöckelpflasters in der vorläufig im status quo zu belassenden Strecke von der Theatergasse bis zur bereits bestehenden Pflasterung vorzulegen. (Angenommen.)

(4092.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Comités der Distanz-Radfahrt Wien—Berlin um Widmung eines Ehrenpreises und beantragt, einen Betrag von 50 fl. für eine Ehrengabe zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, 200 Kronen in Gold zu bewilligen. (Letzterer Antrag angenommen.)

(4036.) **Derselbe** referiert über die Ergänzung des Vorrathes an Rohr- und Maschinenbestandtheilen der Hochquellenleitung pro 1893 für das städtische Depot am Laaerberge und beantragt, die Ausschreibung einer öffentlichen und schriftlichen Offertverhandlung zu genehmigen.

(Angenommen.)

(3712.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der k. k. österr. Staatsbahnen um Abschreibung der Gebür per 857 fl. 16 kr. für den im Hause IX., Althanplatz Nr. 3 (Franz Josefs-Bahnhof), im vierten Quartale 1892 constatierten Wassermehrverbrauch und beantragt, dies Ansuchen abzuweisen, dagegen diese Gebür auf den durch die Berechnung mit dem Preise von 4 fl. 50 kr. per Hektoliter und Jahr sich ergebenden Betrag von 535 fl. 73 kr. zu reducieren.

(Angenommen.)

(4075.) **Derselbe** referiert über Abschreibung beziehungsweise Reducierung von Wassermehrverbrauchs-Gebüren und beantragt, bezüglich zwölf Ansuchen aus dem V. Bezirke nach dem Magistrats-Antrage den Bewerbern 1 bis 6 die Gebür abzuschreiben, 7 bis 9 die Gebür herabzusetzen, die drei letzten Bewerber abzuweisen.

(Angenommen.)

(4067.) Die Gebür per 36 fl. 54 kr. pro I. Quartal 1893, X. Bezirk, Quellengasse 36, abzuschreiben. (Angenommen.)

(4006.) Die Gebüren nach vier Parteien aus dem VIII. Bezirke pro 1888 bis 1892 per 50 fl. 2 kr. abzuschreiben. (Angenommen.)

(4065.) Die Gebür per 71 fl. 73 kr. pro I. Quartal 1893, X. Bezirk, Vordere Südbahnstraße, Lagerplatz 5, abzuschreiben. (Angenommen.)

(4035.) Die Gebür per 364 fl. 19 kr. pro I. Quartal 1893 für das Garnisonsspital Nr. 1 abzuschreiben. (Angenommen.)

(4066.) Die Gebür per 10 fl. 81 kr. pro I. Quartal 1893, X. Bezirk, Johannitergasse 1, abzuschreiben. (Angenommen.)

(4005.) Die Gebür nach zehn Parteien aus dem I. Bezirke pro 1888 bis 1893 I. Quartal abzuschreiben. (Angenommen.)

(3831.) Die Gebür per 55 fl. 68 kr. pro IV. Quartal 1892, III. Bezirk, Hauptstraße 84, auf 34 fl. 80 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(3830.) Die Gebür per 72 fl. 28 kr. pro IV. Quartal 1892, III. Bezirk, Hauptstraße 86, abzuschreiben. (Angenommen.)

(3829.) Die Gebür per 90 fl. 12 kr. pro III. Quartal 1892, III. Bezirk, Gerlgasse 10, abzuschreiben. (Angenommen.)

(3827.) Die Gebür per 2 fl. 87 kr. pro IV. Quartal 1892, III. Bezirk, Ungargasse 45, auf 1 fl. 79 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(3811.) Die Gebüren per 124 fl. 65 kr., 274 fl. 75 kr., 26 fl. 22 kr. und 36 fl. 24 kr. pro IV. Quartal 1892, im IX. Bezirke, abzuschreiben. (Angenommen.)

(4083.) **Derselbe** referiert über sechs Gesuche aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit zu verleihen:

Moulis Ignaz, Schlossergehilfe;
Sibor Joh., Schuhmacher;
Neumann Jul., Privatbeamter;
Gruber Jos., Schlossergehilfe;
Březina Wenzel, Hausbesorger und Hausdiener;
Bösmüller Matthias Franz, Bürstenmachergehilfe.
(Angenommen.)

(3891.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franzis A. Heath, Vertreters des Lord Kelvin, Inhabers des Patentes für unzerstörbare Wasserhähne um Prüfung und Bewilligung zur Einbauung der Wasserhähne seines Systemes in die Hochquellenleitung und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(4109.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in mehreren Straßen des XII. Bezirkes und beantragt, die Aufstellung von 28 halbnächtigen Flammen, die Aufstellung von drei ganznächtigen Flammen, die Umwandlung von neun halbnächtigen Flammen in ganznächtige und von drei ganznächtigen Flammen in dreiflammige Suggbrenner mit einer ganznächtigen Flamme mit dem bedeckten jährlichen Gesammtkostenbetrage von 1183 fl. 83 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(4018.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Buchbindermeisters-Witwe und Hauseigenthümerin Wilhelmine Brischar im V. Bezirke um Zuerkennung der aus dem Bürgerrechte ihres vor Ablegung des Bürgereides verstorbenen Gatten stammenden Rechte und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(4010.) **Derselbe** referiert über 17 Gesuche aus dem XIX. Bezirke um Aufnahme beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, die Zuständigkeit zu verleihen:

Matzka Josef, Commis;
Strnad Jakob, Kleinfuhrmann;
Pollacek Lazar, Eisen- und Metallhändler;
Limpruch Johann, Taglöhner;
Schallek Anton, Eisendreher;
Handl Georg, Zahlkellner;
Wandl Georg, Taglöhner;
Loschko Katharina, Bedienerin;
Pscheidl Franz, Einspänner-Eigenthümer;
Steiner Johann, Sicherheitswachmann;
Fasching Johann, Geschäftsdiener;
Weinert Johann, Sicherheitswachmann;
Oberreiter Anton, Gärtner und Hausbesitzer;
Liegler Franz, Gemischtwaren-Verschleißer. (Angenommen.)

(4079.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Joh. Theod. Jäger, Oberrealschüler, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und Ermäßigung der Taxe und beantragt, die erbetene Zusicherung gegen die ermäßigte Taxe von 100 fl. zu ertheilen. (Angenommen.)

(4078.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Büchler, k. u. k. Feldwebels, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband gegen ermäßigte Taxe und beantragt, die Zuständigkeit gegen eine Taxe von 10 fl. dem Genannten zu verleihen. (Angenommen.)

(4086.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Ziergärtner um Widmung eines Ehrenpreises für die im September d. J. stattfindende Jubiläums-Ausstellung und beantragt, einen Ehrenpreis von 20 Ducaten zu gewähren.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, 500 Kronen zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, 200 Kronen in Gold zu bewilligen, womit sich die früheren Antragsteller einverstanden erklären.

Antrag Dr. Lederer angenommen.

(4227.) **Bürgermeister Dr. Prix** referiert über Besetzungen in der städtischen Buchhaltung und beantragt:

1. Zu Rechnungsräthen VIII. Rangclasse zu befördern die Rechnungsrevidenten Ambros Khaum und Ludwig Schug. (Angenommen.)

2. Die Vorrückung des Revidenten extra statum Josef Krolop in eine systemisierte Revidentenstelle (IX. Rangclasse) und die Beförderung des Officials Josef Wagner zum Revidenten (IX. Rangclasse) und des Officials Adolf Wustinger zum Revidenten (IX. Rangclasse) extra statum.

Dagegen beantragt St.-R. Dr. Lueger, den Revidenten Josef Krolop und den Official Adolf Wustinger zu Revidenten im status und den Official Josef Wagner zum Revidenten extra statum zu ernennen.

Dieser Antrag wird abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen.

3. Die Officiale der X. b Rangclasse Karl Firmgeist und Hans Summerer zu Officialen der X. a Rangclasse zu befördern. (Angenommen.)

4. Die Accessisten August Oehler und Josef Mihitsch zu Officialen der X. b Rangclasse zu befördern. (Angenommen.)

5. Die Praktikanten Leopold Eichberger und Otto Eyer, eventuell statt letzteren Cajetan Wilhelm Fritz, zu Accessisten (XI. Rangclasse) zu befördern.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, für die zweite Stelle Karl Clarici zu ernennen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, für die zweite Stelle Karl Ecker zu ernennen.

Referenten-Antrag bezüglich Eichberger angenommen.

Antrag Dr. Lederer bezüglich Ecker abgelehnt.

Referenten-Antrag bezüglich Eyer abgelehnt.

Referenten-Antrag bezüglich Fritz angenommen.

(4152.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites von 100 fl. zur Ausg.-Rubr. IV 21 anlässlich Miete eines Telephons der Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft für den Vorsteher des I. Bezirkes und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **21. Juni 1893.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Prix.
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Schlechter, Schneiderhan, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Beurlaubt: St.-R. Dr. v. Billing, v. Götz, Rückauf.
Entschuldigt: St.-R. Dr. Lueger und Dr. Stenzl.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Noske, Dr. Lueger und Dr. Stenzl entschuldigen ihr Ausbleiben, die Mitglieder der Qualifications-Einspruchsverhandlung ihr Späterkommen. (Zur Kenntnis.)

Es wird zur Ersatzwahl eines Mitgliedes in das Comité zur Verlängerung der Mittelgasse, VI. Bezirk, geschritten und St.-R. Witzelsberger gewählt. (Zur Kenntnis.)

(4097.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des Josef Singer um Abtheilung der Realität Einl.-Z. 2201 im II. Bezirke, Treustraße, auf 6 Baustellen und beantragt die Genehmigung des Ansuchens unter Aufrechterhaltung der einverleibten Verbindlichkeiten und der im Parcellierungsconsense sub c gestellten Bedingung. (Angenommen.)

(4148.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Franz Geist um käufliche Überlassung der Eisenbestandtheile und Kacheln eines der Herde in den beiden aufzulassenden Schulleiter-Wohnungen II. Bezirk, Czerninplatz Nr. 3, und beantragt, dem Gesuchsteller die Kacheln und Eisenbestandtheile des in der zweiten Naturalwohnung in obigem Schulhause befindlichen Kachelherdes gegen Bezahlung von 10 fl. und gegen dem käuflich zu überlassen, dass Franz Geist die Kosten des Abtragens und des Transportes der Materialien aus Eigenem bestreitet. (Angenommen.)

(4091.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem VII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Schneider Marie, Dienstmagd;
Wimmer Johann, Gastwirt;
Fuchs Constantin, Schneider;
Sladek Hermann Karl, Kaufmann;
Maurer Ignaz, Gastwirt;
Goebel Franz Ignaz, Metallgießergehilfe;
Hüblinger Heinrich, Magazineur;
Hummer Matthias, Holz- und Kohlenhändler;
Kinauer Josef, Holz- und Kohlenhändler;
Janecek Hubert, Gemischtwaren-Verschleißer;
(Angenommen.)

(3372.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Vorstellung, eventuell den Recurs der Gottlieb Kuffner'schen Erben gegen sanitätspolizeiliche Anordnungen XIX. Bezirk, Unter-Döbling, Gemeindegasse Nr. 26, und beantragt die Abweisung des Recurses.

St.-R. Meißl beantragt, dem Recurse stattzugeben.

Der Antrag des St.-R. Meißl wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

(3641.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Josef Berger gegen feuerpolizeiliche Anordnungen XIX. Bezirk, Grinzing, Hauptplatz, und die diesbezügliche Eingabe des Ignaz Wagner.

Referent beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3606.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Karoline Trumm gegen feuerpolizeiliche Verfügungen XII. Bezirk, Schönbrunnerstraße Nr. 56, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3604.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Josef Nejedly gegen feuerpolizeiliche Anordnungen XII. Bezirk, Hauptstraße Nr. 7, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(3642.) **Derselbe** referiert über den Recurs des J. Perstingis gegen feuerpolizeiliche Anordnungen VII. Bezirk, Kaiserstraße 3, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben. (Angenommen.)

Interpellation des St.-R. Schneiderhan, betreffend die Beschleunigung der Pflasterung in den Vororten. (Wird beantwortet werden.)

(4164.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen der Firma Holzmann & Comp. um Bewilligung zur Erbauung eines Hauses auf E.-Nr. 2733, Cat.-Parc. 1157/1, 1156/4 in der Fasangasse, III. Bezirk, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Bestätigung des Bauconsenses gegen Einlösung des zur Risalitanlage erforderlichen Grundes per 5·55 m² um den Ankaufspreis der Baustelle per 40 fl. per Quadratmeter, somit um 222 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(4165.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Sebastian Leißner um Consens zu baulichen Herstellungen auf Einl.-Z. 55 Arsenalweg, III. Bezirk, und beantragt, den Antrag des Magistrates auf Bestätigung des Bauconsenses gegen dem, dass für diese auf unparcelliertem Grunde projectierten Objecte ein intabulationsfähiger Demolierungsrevers seitens der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft ausgestellt werde, zu genehmigen. (Angenommen.)

(4166.) **Derselbe** referiert über den Canalbau in der verlängerten Baumgasse im III. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Baumgasse im III. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 2786 fl. 45 kr. (Angenommen.)

(4158.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Putschandl, Eigenthümers der Realität Einl.-Z. 19, Haus Consc.-Nr. 24, Dorfgasse 86, um Ertheilung des Bauconsenses für den Bau einer Scheune und beantragt die Abweisung des Ansuchens um Ertheilung der Zustimmung zur Errichtung der projectierten Scheune.

St.-R. Müller beantragt die Zustimmung zur Herstellung der projectierten Scheune unter den im § 88 der Wiener Bauordnung vorgeschriebenen Vorsichten.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Der modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

(4156.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Geyer um Bewilligung zum Baue einer Scheune auf Einl.-Z. 17, XI. Bezirk, Dorfgasse 90, und beantragt die Zustimmung zur Herstellung der projectierten Scheune unter den im § 88 der Wiener Bauordnung vorgeschriebenen Vorsichten. (Angenommen.)

(4061.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna und Marie Slatin um Consens zum Umbau des Hauses III. Bezirk, Reisnerstraße Nr. 34, und beantragt, die vom Magistrate beantragte Ertheilung des Bauconsenses gegen Einlösung des zum Thorportale und den Risaliten erforderlichen Straßengrundes per 1·32 m² um den Betrag von 92 fl. 40 kr. zu bestätigen. (Angenommen.)

(4046.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Joh. Müller um Bewilligung zur Lesenen-Herstellung X. Bezirk, Van der Nüllgasse, Ecke der Hasengasse, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses für die im Magistrats-Referate bezeichnete Herstellung unter Bestimmung des Einheitspreises für den erforderlichen Straßengrund per 8·28 m² mit 12 fl. per Quadratmeter. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.)

(4053.) **Derselbe** referiert über die Anrechnung der Militär-Präsenzdienstzeit bei Zuständigkeitswerbern und beantragt, dass jenen Zuständigkeitswerbern, welche beim Militär activ gedient haben und die nach Erfüllung ihrer Präsenzdienstpflicht den Aufenthalt in Wien wieder fortsetzten, die Zeit ihrer Präsenzdienstpflicht nicht als Unterbrechung des Domiciles angerechnet werde. (Angenommen.)

(4077.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes, und beantragt

dem Leithner Josef, Schlosser;
„ Krix Franz, Kaffeeschenker, und
„ Dominik Johann, Handschuhmacher,

das Bürgerrecht zu verleihen.

(3892.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über den Antrag des Magistrates wegen Besetzung der Lehrstelle für Philologie am Communal-Real- und Obergymnasium II. Bezirk, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(4094.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ludwig Böck um pachtweise Überlassung der durch Demolierung des städtischen Hauses V. Bezirk, Wienstraße Nr. 22, freiwerdenden Area und beantragt, die durch Demolierung obigen Hauses freiwerdende Area im Ausmaße von 552·80 m² vom 1. Juli 1893 ab, beziehungsweise unmittelbar nach Fertigstellung der Demolierungs- und Planierungsarbeiten an Ludwig Böck, Eigenthümer des Hauses V. Bezirk, Wienstraße 20, zur Benützung als Garten auf unbestimmte Zeit gegen eine beiderseitige jederzeit zustehende 14tägige Kündigung um den Jahreszins von 77 fl. 40 kr., welcher halbjährig im vorhinein zu entrichten ist, sowie gegen dem verpachtet, dass der Pachtgrund von dem Pächter auf seine Kosten abgeplankt und in diesem Zustande erhalten wird, endlich von dem Pächter die vorgesehene Caution in der Höhe des halben Jahreszinses erlegt wird. (Angenommen.)

(3887.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emanuel Bachmayer um Grundtrennung V. Bezirk, Heinegasse, Einl.-Z. 1732, und beantragt die Genehmigung der projectierten Grundabtretung gegen dem, dass das Trennstück mit dem Bauverbote bis zur erfolgten Arrondierung belegt und diese Bedingung grundbücherlich einverleibt werde. (Angenommen.)

(4040.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Kabellegung im II., V., VI. und IX. Bezirke.

Referent beantragt, die Bewilligung des Ansuchens im Sinne des Magistrats-Antrages zu ertheilen. (Angenommen.)

(3975.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Erhaltung einer Mädchen-Arbeitsschule in Währing um Subvention und beantragt, pro 1893 eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(3955, 4088.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des k. k. städ.-del. Bezirksgerichtes Wieden, mit welcher der Dank für die Überlassung von Schulbüchern für die Häftlinge ausgesprochen wird, und über die Zuschrift der VI. Section der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft, mit welcher der Dank für die Widmung von Ehrenpreisen ausgesprochen wird.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(3944.) **St.-R. Mayenauer** referiert über den Bericht des Forstamtes Spitz a. d. Donau, betreffend die Sicherstellung des Holztransportes zur Donaulände pro 1893 und beantragt, die in der vorgelegten Tabelle enthaltenen Licitationsergebnisse für die Holztransportkosten zu genehmigen. (Angenommen.)

(4123.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung des Holztransportes von Spitz nach Wien und beantragt, dem Ersteher Josef Mang in Weißenkirchen den Transport des Holzes um den Preis von 70 kr. per Cubikmeter weich, 80 kr. per Cubikmeter hart unter den im Licitations-Protokolle enthaltenen Bedingungen zu übertragen. (Angenommen.)

(3945.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Dulz um Abschreibung eines Mietzinses für eine Wohnung VI., Windmühlgasse 15, und beantragt die Abschreibung des Betrages von 28 fl. 60 kr. (Angenommen.)

(4095.) **Derselbe** referiert über den Bericht der Forstverwaltung Groß-Enzersdorf puncto Grundverpachtung am Königshaufen und beantragt:

1. dem Karl Finsterbusch 15·37 Joch Grund im Königshaufen VII S. 5, 7, um 20 fl. Pachtzins pro Jahr vom 1. November 1893 bis 1. November 1898 unter den gewöhnlichen Bedingungen zu verpachten;

2. ihm zu gestatten, auf diesem Grunde seine Wohnstätte und die für den Heuhandel nothwendigen Nebengebäude provisorisch zu errichten, bezüglich zu belassen, wogegen derselbe 10 fl. Bestandzins pro Jahr zu zahlen hat. (Angenommen.)

(4090.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Jeschke Franz X., Tischler;
Machat Martin, Tischlergehilfe;
Moc Heinrich, Kutscher;
Schida Wenzel Ludwig, Einspänner-Eigenthümer;
Koch Johann, Seiler;
Kratochvil Franz, Taglöhner;
Schober Franz, Lederlackierer;
Seyfried Leopold, Gemischtwarenhändler;
Kißling Franz, Tischlergehilfe;
Wizlsperger Franz Josef, Kaufmann. (Angenommen.)

(3705.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Steinbach, Pächters des Gemeindegasthauses in Heiligenstadt, um Herabsetzung des Pachtzinses und beantragt die Abweisung.

St.-R. Kreindl beantragt einen Nachlass von 100 fl. pro Jahr.

Der Antrag des St.-R. Kreindl wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

(3694.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den Recurs des Josef Manina puncto Canaleinmündungsgebür, Einl.-Z. 436 X. Bezirk (Inzersdorf), und beantragt:

Nachdem Canaleinmündungsgebüren Concurrenzbeiträge sind und als solche ein gesetzliches Pfandrecht auf der betreffenden Realität und, soweit solche nicht mehr als 3 Jahre rückständig sind, ein Verzugsrecht genießen, nachdem weiters das hier in Frage kommende Haus Consc.-Nr. 310, Einl.-Z. 436, seit dem Zeitpunkte des Entstehens des Anspruches auf die Bezahlung der Canaleinmündungsgebür per 173 fl. bisher nicht im Wege der executiven Feilbietung den Eigenthümer gewechselt hat, haftet der Recurrent für die Canaleinmündungsgebür per 173 fl., weshalb dem eingebrachten Recurse keine Folge gegeben werden kann.

(Angenommen.)

(3332.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Georg Ledl puncto Zahlung einer Canaleinmündungsgebür für das Haus XVIII., Währing, Uniongasse 5, und beantragt, der Berufung keine Folge zu geben, weil Canaleinmündungsgebüren Concurrenzbeiträge sind und als solche ein gesetzliches Pfandrecht auf der betreffenden Realität und soweit solche nicht mehr als 3 Jahre rückständig sind, ein Verzugsrecht genießen, weil weiters das hier in Frage kommende Haus Consc.-Nr. 1257 in Währing seit dem Zeitpunkte des Entstehens des Anspruches auf die Bezahlung der Canaleinmündungsgebür per 114 fl. 53 kr. bisher den Besitzer im Wege der executiven Feilbietung nicht gewechselt hat, haftet der Recurrent, dem zu Handen seines von ihm als solchen anerkannten Hausadministrators die Zahlung der Gebür aufgetragen wurde, unbeschadet jener eventuellen Ersatzansprüche aus dem mit dem Vorgänger im Besitze dieses Hauses abgeschlossenen Tauschvertrage als gegenwärtiger Eigenthümer des Hauses Consc.-Nr. 1257 in Währing für die Bezahlung der Canaleinmündungsgebür von 114 fl. 53 kr.

(Angenommen.)

(4022.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem III. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Strelecz Moriz, Buchbinder und Hauseigenthümer, und

Kostka Alexander, Decken- und Matratzenmacher.

(Angenommen.)

(4080.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem III. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für Nachbenannte:

Tekus Karl, Buchhalter;

Bitterer Katharina, Bedienerin;

Stelling Karl Martin, Hilfsarbeiter;

Zriemaier Franz X., Bindergehilfe;

Weisz Johann, Glasermeister;

Wolff Max, Platzagent. (Angenommen.)

(4162.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Neupflasterung der Fahrbahn auf der Elisabethbrücke, IV. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des vorliegenden Projectes mit dem Kostenbetrage von 6142 fl. 29 kr.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Matzenauer beantragt, dass die Fugen mit Asphalt ausgegossen werden.

Der Referenten-Antrag wird angenommen, der Antrag Matzenauer abgelehnt.

(4157.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Krammer um Baubewilligung für eine Scheune auf Einl.-Z. 16, XI. Bezirk, Dorfgasse 92, und beantragt die Zustimmung zur Herstellung der projectierten Scheune unter Einhaltung der im § 88 der Bauordnung vorgeschriebenen Vorsichten. (Angenommen.)

(4127.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Wild um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchsgebür X., Himbergerstraße 53, und beantragt, die für Mehrverbrauch aufgelaufene Gebür per 35 fl. 94 kr. abzuschreiben. (Angenommen.)

(4161.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen der Marie Pollak um Consens zur Portalherstellung XIX., Kreindlgasse 4, und beantragt den Verkauf der fraglichen Thorportalgrundfläche um 15 fl. per Quadratmeter und Bestätigung des Bauconsenses für das Thorportale. (Angenommen.)

(4132.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Punzet um Consens für den Bau einer Schupfe Einl.-Z. 552, Pötzleinsdorf, Schönbrunnerstraße, und beantragt die Bestätigung der zu ertheilenden Baubewilligung unter der Bedingung, dass sich der Grundeigenthümer mittels eines intabulationsfähigen Reverses verpflichtet, die Schupfe über Aufforderung der Baubehörde auf eigene Kosten zu beseitigen.

(Angenommen.)

(4045.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. M. Pokorny um Herstellung eines Klinkertrottoirs in Lainz, Einsiedeleigasse 23, und beantragt die Bewilligung der Herstellung im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes; weiters sei die Pflasterung der Trottoire der Einsiedelei-, Wennbacher- und Laurangasse in Lainz principiell mit Klinkersteinen zu genehmigen. (Angenommen.)

(4002.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ignaz Czibarra um Nachlass der Hundesteuer und Strafe. Referent beantragt die Nachsicht der Strafe und der Hundesteuer.

(Angenommen.)

(4001.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Marcus Wurz um Ermäßigung der Hundesteuer und beantragt die Nachsicht der Strafe per 8 fl., jedoch Belassung der einfachen Gebür per 4 fl.

(Angenommen.)

(4118.) Derselbe referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Polak Wilhelm, Tischler;

Schouppe Francisca, Edle von, Näherin;

Schouppe Maria Theresia, Edle von, Näherin;

Ponleithner Franz, Milchmeier und Hausbesitzer;

Effenberger Franz, Kanzleidiener;

Schaud Karl, Kutscher; (Angenommen.)

(4154.) **St.-R. Müller** referiert bezüglich mehrerer noch zu vergebender Arbeiten für den Schulhausbau XIII., Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, und beantragt, die Vergebung der Zimmermanns- und Schieferdeckerarbeiten für diesen Schulbau im Offertwege zu genehmigen.

(Angenommen.)

(3970.) **Derselbe** referiert in Betreff der Ertheilung der Baubewilligung und Grundentschädigung bezüglich der dem Franz und der Josefine Häusler gehörigen Realität, Einl.-Z. 679 im XVII. Bezirke Hernals, Alsbachstraße 36, und beantragt im Sinne des § 3 der Wiener Bauordnung, auf das Baugesuch nicht einzugehen und das

Ansuchen um Bestimmung der Schadloshaltung nach § 10 der Bauordnung abzuweisen. (Angenommen.)

(4008.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Baugesellschaft und des Wiener Bankvereines um Parcellierung der Einl.-Z. 237 Unter-Baumgarten und beantragt:

I. Die Bewilligung zur Parcellierung der Realität Grundb.-Einl. Nr. 237 Unter-Baumgarten, XIII. Bezirk, auf 27 Baustellen und den restlichen Grund A des vorgelegten Planes unter Genehmigung der Straßenzüge III und IV mit einer Straßenbreite von je 12 m unter folgender Bedingung zu ertheilen:

1. Dass die im Plane gelb bezeichneten Straßengründe gemäss der §§ 10 und 13 der Bauordnung für Wien vom 17. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 35, unentgeltlich und im festgesetzten Niveau an die Gemeinde Wien abgetreten und die Gebüren und lastenfreie Abschreibung dieser Straßengründe gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieser Grundabtheilung erwirkt werde;

2. dass gleichzeitig die obenerwähnte Verpflichtung der Übergabe des nach Punkt I grundbücherlich abzuschreibenden Straßengrundes in den physischen Besitz der Gemeinde Wien und zur Herstellung des richtigen Niveaus dieses Grundes auf allen neuentstehenden 27 Baustellen und den restlichen Grund A als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werde;

3. dass die Baustelle XX insolange unverbaut bleibe, bis die Gasse (Gasse 1) längs derselben auf die halbe Breite von 7·585 m gebracht sein wird und dieses Bauverbot auf dieser Parcelle als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werde;

4. dass auf den Baustellen VII, VIII, IX, X, XXIX, XXX, XXXI und XXXII an den Fronten gegen die Wienfluss-Quaistraße 7·59 m breite Vorgärten im Falle der Verbauung dieser Baustellen hergestellt und ordentlich erhalten und diese Verpflichtungen als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien auf diesen Parcellen grundbücherlich vorgemerkt werden;

5. dass die auf den neuentstehenden 27 Baustellen zu erbauenden Häuser außer einem bewohnbaren Erdgeschosse (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als zwei Stockwerke erhalten dürfen, wobei ein etwaiges Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist, jedoch einzelne über diese Geschosse hinausragende Gebäudetheile, wie Thürme, Giebel und dergleichen zulässig sind, und diese Verpflichtungen auf diesen Parcellen als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werden;

6. dass das Grundstück A (Figur U T V N U) bis zur definitiven Bestimmung der Baulinien für den projectierten Platz am Zusammenstoße der Penzinger Hauptstraße, der Quaistraße und der Adlergasse und einer entsprechenden Arrondierung derselben durch Nachbargründe unverbaut bleibt und dieses Bauverbot auf diesem Grundstücke als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt bleibe;

7. dass die nach der seinerzeitigen definitiven Baulinienbestimmung für diesen Platz von dem Grundstücke A (Figur U T V N U) etwa zu Straßenzwecken erforderlichen Grundflächen unentgeltlich und in festgesetzten Niveaux an die Gemeinde Wien abgetreten und diese Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich auf diesem Grundstücke einverleibt werde;

8. dass die in der Zuschrift des Obersthofmeisteramtes Seiner k. und k. apostolischen Majestät vom 5. Juni 1893, Z. 3777, gestellten Bedingungen in den Parcellierungsconsens aufgenommen und die Abtheilungswerber vor Hinausgabe des letzteren zur Ausstellung des Reverses nach dem von diesem Hofamte anher übermittelten Formulare angewiesen werden.

II. Bezüglich des projectierten Platzes am Zusammenstoße der Penzinger Hauptstraße, der Quaistraße und der Adlergasse wird beantragt, die definitive Bestimmung der Baulinien an der östlichen und nördlichen Seite behufs etwaiger Erweiterung dieses Platzes bis zu dem Zeitpunkte vorzubehalten, wo die im Plane mit A und B bezeichneten Grundstücke in Unter-Baumgarten und die östlich an dieselben grenzenden Penzinger Grundstücke zur Parcellierung gelangen werden.

(Angenommen.)

(4163.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Project für die Umpflasterung der Sechshauser Hauptstraße, XIV. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des vorliegenden Projectes mit dem Gesammterfordernisse von 3215 fl. (Angenommen.)

(4106.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der Schützen-Gesellschaft in Schwechat, womit für die Ehrengabe für das VII. n.-ö. Landes- und 350. Jubiläums-Schießen in Schwechat der Dank ausgesprochen wird und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(4074.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Anton Krommer um Ermäßigung der Zuständigkeitstaxe, respective Berechnung seiner Aufenthaltsdauer in Wien und beantragt, die Taxe auf 100 fl. herabzusetzen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.)

(3908.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Ansuchen des Josef Mayerhöfer, Carl Bayer, Lothar Czumpelik und Heinrich Mayßen um Studiennachsicht behufs Erlangung von Kanzlei-Praktikantenstellen und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(4032.) **Derselbe** referiert über die Beschwerde der k. k. n.-ö Finanzprocuratur noe. des k. u k. Militärärars wider die Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk vom 6. März 1893, Z. 2434, betreffend die Errichtung eines Holzlagerplatzes auf der Fabriksrealität Einl.-Z. 84 und 113 in Kaiser-Ebersdorf der Firma Löwy, Baiersdorf & Biach, und beantragt die Abweisung des Recursbegehrens im Sinne des § 73 des Gemeindestatutes und Punkt 17 der Magistrats-Kundmachung vom 14. November 1892, Z. 184991. (Angenommen.)

(4116, 4117.) **Derselbe** referiert über die Besetzung von Ingenieur-Adjunctenstellen I. und II. Classe.

Referent beantragt die Ernennung der Ingenieur-Adjuncten 2. Classe: Adalbert Rokos, Wilhelm Voit, Rudolf Horodecki und Heinrich Goldemund zu Ingenieur-Adjuncten 1. Classe (X. Rangclasse, 1. Kategorie) und die Ernennung der Baupraktikanten Hermann Stolfa und Hans Baumeister zu Ingenieur-Adjuncten 2. Classe (X. Rangclasse, 2. Kategorie).

(Angenommen; 18 Anwesende.)

(4139.) **Derselbe** referiert über die Besetzung der erledigten Stelle eines Vorstandes im Conscriptionsamte (VIII. Rangclasse) und beantragt, diese Stelle dem Adjuncten des Conscriptionsamtes Gustav Schestauber zu verleihen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, diese Stelle dem Conscriptionsamts-Adjuncten Hugo Macheck zu verleihen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Huber wird abgelehnt und der Referenten-Antrag angenommen.

(4120.) **St.-R. Noske** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die elektrische Kraftübertragung zum Antriebe der Ventilationen für die großen Ämter und den Gemeinderaths-Sitzungssaal.

Referent beantragt:

1. die Lieferung von 6 Stück dynamo-elektrischen Maschinen zum Preise von 275 fl. per Stück, von 6 Stück Riemenspannvorrichtungen zum Preise von 25 fl. per Stück und von 6 Spannungsmessern zum Preise von 45 fl. per Stück der Firma Egger & Comp.;

2. die Lieferung von 6 Stück Rheostaten für den Hauptstrom zum Preise von 80 fl. per Stück, von 6 Stück Reostaten für den Magnetstrom zum Preise von 50 fl. per Stück, von 6 Doppelumschalter zum Preise von 20 fl. per Stück, von 6 Strommessern bis 20 Ampère zum Preise von 25 fl. per Stück und von 6 Strommessern bis 4 Ampère zum Preise von 3 fl. 50 kr. per Stück der Firma Siemens & Halske;

3. die Baumeisterarbeiten werden um die im Kostenanschlage angesetzten Einheitspreise der Union-Baugesellschaft übertragen.

Ferner sei zur Ausführung der Detailzeichnungen für die Dauer von 2 Monaten = 60 Tagen ein Zeichner mit einem Lohn von 3 fl. pro Tag aufzunehmen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 27. Juni 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4650 Stück
Fettschweine	7855 „
Summa .	12.505 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8656 Stück
für das Land	1468 „
unverkauft blieben	2381 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 33 bis 44 kr.
Fettschweine . . . „ 31 „ 40 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war infolge des kolossalen Auftriebes flau und haben Jungschweine 2 bis 3 kr., Fettschweine 3 kr. per Kilo im Preise eingebüßt.

* * *

(Pferdemarkt vom 27. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 386 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—240 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 28—56 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 28. Juni 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 1356. Kälber lebend 1988, Lämmer Waidner 14, Lämmer lebend 145, Schafe Waidner 208, Schafe lebend 1695.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg.	von	32	bis 58 kr.
Kälber lebend . „ „	„	30	„ 54 kr.
Lämmer Waidner „ Paar .	von	5	bis $10\frac{1}{2}$ fl.
Lämmer lebend . „ „ .	„	5	„ 11 fl.
Schafe Waidner „ Kg.	von	24	bis 36 kr.
Schafe lebend . „ „	„	18	„ 34 kr.
Schafe lebend . „ Paar .	von	10	bis 20 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 66 Stück Kälber mehr zugeführt. Der größere Bedarf anlässlich des Feiertages bewirkte eine Preisbesserung von 1 bis 2 kr. per Kilo.

Auf dem Schafmarkte wurden um 40 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des Ankaufes von mehreren Partien für den Export lebhafter und wickelte sich das Geschäft zu vorwöchentlichen Preisen rasch ab.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 28. Juni 1893 315 Stück Mast- und 96 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Gewerbeangelegenheiten.

(Genossenschaft der Fächer- und Kammacher.) Bei der am 12. Juni d. J. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Karl Wagner vorgenommenen Wahl wurde Herr Goebelt Georg, wohnhaft XIV., Sigmundsgasse 2, zum Vorsteher der Genossenschaft der Fächer- und Kammacher gewählt.

* * *

(Genossenschaft der Stuccatorer.) Bei der am 14. Juni d. J. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Karl Wagner vorgenommenen Wahl wurden Herr Hauscholz Karl, wohnhaft IX., Pfluggasse 14, zum Vorsteher und Herr Wolfinger Felix, wohnhaft Hernals, Weinhauserstraße 31, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Stuccatorer gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 26. Juni bis 29. Juni 1893.

Für Neubauten:

V. Bezirk: Haus, Arbeitergasse, Ecke der Reinprechtsdorferstraße, Grundb.-Einl. 1873, von Josef Fichtinger, Bauführer Th. Bauer (4508).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Jägerstraße 36, von Maria Pollak, Bauführer A. Hannzwickl (4546).

X. Bezirk: Meidlingerstraße, Einl.-Nr. 333, von der Österreichischen Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft (20406).
„ „ Marx—Meidlingerstraße 2, von Rudolf Horneck (20436).

XIV. Bezirk: Abort, Rudolfsheim, Arnsteingasse 3, von Josefine Kirschner, in Vertretung der Krehon'schen Kinder, Bauführer Otto Ettmayr, Maurermeister (14116).

Für Adaptierungen:

III. Bezirk: Stanislausgasse 4, von Josef Nos, Stadtbaumeister (4562).
V. Bezirk: Siebenbrunnengasse 50, von Valentin Kussig, Bauführer J. Ebetshuber (4506).

VII. Bezirk: Burggasse 43 bis 45, von Rudolf Jäger, Stadtbaumeister (4534).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Reschgasse 20, von Felix Perina, Bauführer Josef Hartl (17938).
„ „ Unter-Meidling, Ignazgasse 24, von Alex. Weikmann, Bauführer Josef Hartl (18116).
XIII. Bezirk: Pferdestall und Remisen in Wohnungen, Hietzing, Auhofstraße 5, von Anna Irrall, Bauführer Ignaz Schaufler, Maurermeister (16807).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Canal, Neubadgasse 6 und Naglergasse, von der Allgem. österr. Elektricitäts-Gesellschaft, Bauführer ? (4512).
II. Bezirk: Atelier, Wallensteinstraße 22, von Anton Wasserbauer, Bauführer ? (4520).
IV. Bezirk: Traversenauswechslung, Große Neugasse 9, von Stagl & Brodhag, Stadtbaumeister (4535).
VI. Bezirk: Rauchfangreconstruction, Mollardgasse 9, von Karl Stöger, Stadtbaumeister (4522).
X. Bezirk: Simmeringerstraße 138, von A. C. Rotter, Bauführer Hable (20102).
„ „ Eugengasse 12, von Julie Gerstmann, Bauführer Laitl (20195).
„ „ Goethegasse 10, von Franz Krämer, Bauführer ? (20400).
„ „ Hansengasse 8, von Karl Wenig, Bauführer ? (20403).
„ „ Kudlichgasse 5, von A. E. Hofmann, Bauführer ? (20404).
„ „ Weldengasse 10, von Karl Kesseldorfer, Bauführer M. Horneck (20405).
XIII. Bezirk: Rohrcanal, Breitensee, Antonsgasse 7, von Anna Minnich, Bauführer Gottfried Alber, Baumeister (16804).
„ „ Rohrcanal, Breitensee, Antonsgasse 3, von Franz Wiplel, Bauführer Gottfried Alber, Baumeister (16805).
„ „ Glashaus, Hütteldorf, Parc. 321 und 322, Bergstraße 1, von Rudolf v. Hoffmannsthal, Bauführer Ignaz Schaufler, Maurermeister (16806).
„ „ Wasserstation, Hütteldorf, Endstation Baumgarten, Hütteldorferstraße 16, von der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft, Bauführer ? (16851).
XV. Bezirk: Schoppen (offen) und Verkaufshütte, Fünfhaus, Michaelergasse, Conscr.-Nr. 701, von Martin Hemetsberger, Bauführer Heinrich Stagl, Baumeister (11304).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

VI. Bezirk: Stumpergasse 27, von Dr. Karl Krauß und Maria Krauß (4536).
X. Bezirk: Triesterstraße, Baustelle 7, von Neubauer & Häfner (20270).
XIII. Bezirk: Nr. 27 Hütteldorf, Hauptstraße, von Matth. Christ. (16731).

Gewerbeanmeldungen vom 23. Juni 1893.

(Fortsetzung.)

Schneider Magdalena — Verschleiß von gebratenen Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 36.
Pöschko Josef — Maurer — XVII., Hernals, Mitterberggasse 31.
Edlinger Leopoldine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Goldschmiedgasse 18.
Kopp Josef — Placat-Affichierung — XVII., Hernals, Steinergasse 3.
Sindelar Josef — Schlosser — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 32.
Stirling Katharina — Trödlergewerbe — XVI., Ottakring, Ganglbauergasse 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. Juni 1893.

Tasquin Josef — Agentur mit Taschenuhren — III., Rennweg 15.
Neuron Max — Ausschank von Brantwein und Thee — II., Obere Donaustraße 41.
Mazanec Josef — Baucantine — II., Trenstraße 16.
Jörg Karl — Brantweinschank — XII., Unter-Meidling, Wilhelmstr. 2.
Schwarz Anton — Gastwirt — X., Quellengasse 4.
Goldklang Regine — Gastwirtsgewerbe (Pachtbetrieb) — II., Große Sperlgasse 35.
Hamlisch Siegfried — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Franzensbrückenstraße 28.
Heckler Sidonie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Circusgasse 37.
Rath Martin — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 14.
Wirth Josef — Geschäftsbesorgung gegen Provision — II., Springergasse 8.
Dukler Hirsch — Hausieren mit Obst und Gebäck — II., Große Schiffgasse 9.
Krause Rudolf — Milchhandel — II., Schreigasse 16.
Belada Kaspar — Schuhmacher — II., Springergasse 20.
Hybl Jakob — Schuhmacher — II. Czerningasse 13.
Gröbner Maria — Victualien-Verschleiß — II., Trenstraße 66.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. Juni 1893.

Weigel Johann — Brantweinschenker — XVI., Ottakring, Hauptstr. 142.
Reiner Julius — Brantwein- und Theeschank — X., Himbergerstraße 1.
Wodak Rosa — Brantwein- und Theeschank — X., Landgutgasse 21.
Schulbaum Salomon Simon — Fabriksmäßige Fächererzeugung — VII., Kaiserstraße 57.
Kummer Josef — Fleischhauer — XVI., Neulerchenfeld, Brunneng. 36.
Glaßl Ignaz — Gastwirt — II., k. k. Prater 135.
Handl Leopold — Gastwirt — VII., Lerchenfelderstraße 13.
Kohr Georg — Gastwirt — XVII., Hernals, Weinhauserstraße 33.
Stark Katharina — Gastwirtin — XVII., Dornbach, Hauptstraße 149.
Huber Roman — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Dreihausgasse 17.
Kohn Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstraße 48.
Koller Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 32.
Weinmann Daniel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Obere Donaustraße 61.
Hauer Isidor — Glasweiser Verschleiß von Sodawasser — II., Circusgasse 33.
Kliwar Adele — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 192.
Broch Moriz — Handelsagentie — III., Löwengasse 25.
Böhm Josefa — Handschuhmachergewerbe — VI., Magdalenenstraße 3.
Fried Isaias — Kleiderreinigung — II., Rauscherstraße 18.
Adler Siegmund — Kleinfuhrwerksbesitzer — XIV., Feldgasse 1.
Prusky Francisca — Radlergewerbe — VII., Bernardgasse 31.
Schewczik Franz — k. k. Notar — XI., Simmering, Felbergasse 5.
Chladek Barbara — Sattler — XVII., Hernals, Elterleinplatz 6.
Horak Josef — Schlosser — VII., Zieglergasse 47.
Teitelbaum Josef — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — II., Miesbachgasse 7.
Bader Marie — Verschleiß von Schirmen — II., Darwingasse 4.
Hartel Marie — Victualien-Verschleiß — II., Engerthstraße 198.
Schuhmann Barbara — Victualien- und Canditen-Verschleiß — VI., Stiegengasse 4.
Robinsohn Chaim — Vermittlung von Wechsel-Escomptegeschäften — II., Große Schiffgasse 30.
Jellinek Johann — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — X., Sonnwendg. 40.
Erste genossenschaftliche Warenhalle der Tischlermeister Wiens — Verkauf von Tischlerarbeiten und allen nöthigen Wohnungseinrichtungs-Gegenständen und Übernahme von einschlägigen Bestellungen — VII., Lerchenfelderstraße 45.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. Juni 1893.

Zernik Jenny — Brantweinschankgewerbe — XVIII., Währing, Johannesgasse 40.
Cochlar Josef — Drechsler — XIV., Sechshaus, Schulgasse 3.
Plewa Vincenz — Fleischselcher — V., Griesgasse 45.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Sitzung des Gemeinderathes 1363
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes 1363
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 16. Juni 1893 1363
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 20. Juni 1893 1366
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 21. Juni 1893 1369
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 27. Juni 1893 1373
Pferdemarkt vom 27. Juni 1893 1373
Stechviehmarkt vom 28. Juni 1893 1373
Gewerbeangelegenheiten:
Genossenschaft der Fächer- und Kammacher 1373
Genossenschaft der Stuccatorer 1373
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 26. bis 29. Juni 1893 1373
Gewerbeanmeldungen 1374
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.

Ad Prot.-Nr. 59842

Ref.-Nr. 1011 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Baumgasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 2464 fl. 31 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 13. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 23. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 90990

Ref.-Nr. 931 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung von gußeisernen Röhren** im Kostenanschlage von 36.600 fl. und von **Maschinenbestandtheilen** im Kostenanschlage von 13.200 fl. zur Ergänzung des Vorrathes im städtischen Depot der Hochquellenleitung pro 1893 wird infolge Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 20. Juni 1893, Z. 4036, vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Donnerstag, den 13. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler, im Rathhause** (7. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Kostenanschläge und die Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 90984

Ref.-Nr. 1613 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Augartenbrücke über den Donaucanal im II. Bezirke** im Kostenbetrage von 2510 fl. 56 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Juni 1893. 2—3

---

*

Ad Prot.-Nr. 60378
Ref.-Nr. 2678 ex 1893. X.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung von für die **Adaptierung und Einrichtung des Hauses II. Bezirk, Wintergasse Nr. 14, für Schulzwecke nöthigen Arbeiten und Lieferungen,** und zwar:

1. der **Ofenlieferung** im Kostenbetrage von 1749 fl. 20 kr.;

2. der **Installationsarbeiten der Wasserleitung, der Lieferung und Aufstellung der Closets und Herstellung der Pissoirs** mit dem Kostenbetrage von 3428 fl. 18 kr.;

3. der **Gasrohrleitung und der Lieferung der tarifmäßigen Luster** im Kostenbetrage von 2257 fl. 32 kr.;

4. der **Lieferung der Schulbänke** im Kostenbetrage von 5170 fl.; endlich

5. der **sonstigen Möbeltischlerarbeiten** im Kostenbetrage von 3371 fl. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 10. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Schnitt, im Rathhause** (7. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene fünfpercentige Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 26. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 98324
Ref.-Nr. 1769 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Reparatur des Holzstöckelpflasters am Bauernmarkt von Or.-Nr. 8 bis zum Lichtensteg im I. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1298 fl. 74 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 14. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 96259 ex 1893.
Ref.-Nr. 1725. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Anstreicherarbeiten für die Erneuerung des Anstriches der Pilgrambrücke und Leopoldsbrücke über den Wienfluss** im Kostenbetrage von 553 fl. 18 kr., beziehungsweise von 343 fl. 64 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 8. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Magistrat vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 75317 ex 1893.
Ref.-Nr. 1307. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Herndlgasse zwischen der Simmeringerstraße und Engengasse im X. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2840 fl. 22 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **12. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Juni 1893. 2—3

Ad Prot.-Nr. 90986
Ref.-Nr. 1615 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Steinpflasterungsarbeiten für die Neupflasterung eines Theiles der Hirschengasse zwischen der Döblingerstraße und Schegargasse im XIX. Bezirke** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3910 fl. 25 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 7. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 21. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 77836 ex 1889.
Ref.-Nr. 1351. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Asphaltierer-Arbeiten für die Erneuerung der schadhaften Asphaltdecke vor den Häusern Nr. 1 und 3, Schottengasse im I. Bezirke,** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 3341 fl. 27 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 91615
Ref.-Nr. 1629 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der verlängerten Strohgasse und der noch unbenannten Parallelgasse im III. Bezirke** im Kostenbetrage von 5152 fl. 96 kr. und 550 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 5. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten **werden.**

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 90160 ex 1893.
Ref.-Nr. 1596. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Arbeiten und Lieferungen für die Umpflasterung der Wiedener Hauptstraße,** und zwar:

1. der **Steinpflasterungsarbeiten** im veranschlagten Kostenbetrage von 4038 fl. 66 kr. und 400 fl. Pauschale, und

2. des **Fugengusses mit Asphalt** im veranschlagten Kostenbetrage von 3117 fl. 43 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 11. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Vorschriften im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschriften können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 64964
Ref.-Nr. 1104 ex 1893. V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Scheidl- und Mandlgasse in Gersthof im XVIII. Bezirke** im Kostenbetrage von 3735 fl. 53 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 12. Juli d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. Juni 1893. 1—3

Ad Prot.-Nr. 91686
Ref.-Nr. 1242 ex 1893. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Demolierung des Hauses Or.-Nr. 94 Magdalenenstraße, VI. Bezirk,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 11. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist ein Vadium von 100 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. Juni 1893. 3—3

Ad Prot.-Nr. 92385 ex 1893.
1253. IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Zimmermanns-, Schieferdecker- und Bildhauerarbeiten für den Schulhausbau im XIII. Bezirke, Unter-St. Veit, Anhofstraße Or.-Nr. 27,** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Dienstag den 4. Juli d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 22. Juni 1893. 3—3

Z. 65.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 21. d. M., Z. 13853, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate October 1892** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 34503 bis incl. Pfand-Nr. 38604 und **Effecten** von Pfand-Nr. 77476 bis incl. Pfand-Nr. 86235 **am 12. Juli 1893, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 24. Juni 1893. 1—3

M.-Z. 76202
ex 1892.

Kundmachung.

(Verkäufliche städtische Gründe.)

a) Die Baustellen Nr. 10, 11, 12, 17, 18, 27 und 28 am sogenannten Gerichtswege nächst der Breitenfurtherstraße in Unter-Meidling, XII. Bezirk.

b) 84 Baustellen auf der Area des ehemaligen Schlossparkes in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk.

c) 18 Baustellen am Galitzynberge nächst der Pichlergasse in Dornbach, XVII. Bezirk.

Nähere Auskunft sowie Entgegennahme von Offerten im neuen Rathhause I., Magistratsstraße, Magistratsdepartement IV, 4. Stiege im Mezzanin. 6—6

M. Z. 94819/93
III.

Kundmachung.

(Gräflich Fries'sche Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der gräflich Fries'schen Heirats-Ausstattungsstiftung ist für das laufende Jahr ein Ausstattungsbetrag von 300 fl. ö. W. an ein armes, fleißiges und tugendhaftes Mädchen zu verleihen.

Diejenigen, welche sich um diesen Ausstattungsbetrag bewerben wollen, haben ihre mit dem Geburtsscheine, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, dann mit dem Nachweise der Zuständigkeit, sowie der etwaigen Verwaisung belegten Gesuche bis **15. Juli d. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Wiener Magistrate
im Juni 1893. 2—3

**

G.-Z. 94820 ex 1893.
III.

Kundmachung.

(Maria Karkaleky'sche Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Aus der **Maria Karkaleky'schen Heiratsausstattungs-Stiftung** sind die Interessen im Betrage von 215 fl. an ein armes, würdiges Mädchen, auch an eine Verwandte der Stifterin, wenn sich eine solche finden sollte, zu vergeben.

Zur Eingehung der Ehe wird die Frist eines Jahres bewilligt, nach deren fruchtlosem Ablaufe der verliehene Stiftungsbetrag eingezogen und weiter verliehen wird.

Die mit dem Geburtsscheine, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, ferner mit dem Heimatsscheine und dem Nachweise über die etwaige Verwaisung belegten Gesuche sind **bis inclusive 15. Juli 1893** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen und kann auf **später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden.**

Vom Wiener Magistrate

am 21. Juni 1893. 2—3

M.-Z. 76044.
III.

Kundmachung.

(Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Aus der **Maria Anna Fürstin Dietrichstein'schen Stiftung** ist eine Heiratsausstattung im Betrage von 105 fl. ö. W. für das Jahr 1893 zu verleihen.

Auf diese Ausstattung haben in Wien geborene Mädchen, welche elternlos sind und eine tadellose Aufführung nachweisen können, vorzugsweise aber Waisen gewesener Wiener Bürger für den Fall ihrer Verehelichung Anspruch.

Die Gesuche sind mit dem Geburtsschein, dem Armuts- und Sittenzeugnisse, den Todtscheinen der Eltern und wenn die Ausstattung von einer Bürgerstochter angestrebt wird, mit dem Nachweise des Bürgerstandes des Vaters zu belegen und bis **Ende August 1893** bei dem Magistrate zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 25. Mai 1893. 2—3

M.-Z. 30337
XI.

Kundmachung.

(Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftplätze.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass beim Johannesspital und Großarmenhaus-Stiftungsfonde nachstehende Stiftplätze in Erledigung gekommen sind:

1. Ein **Joachim Alexander** Freiherr von **Schmidlin**'scher **Großarmenhaus-Stiftungsplatz** zum Unterhalte einer armen Weibsperson mit dem Genusse von monatlich 2 fl. 35 kr. und einer Zulage von täglich $3^1/_2$ kr. — Laut Testament vom 12. October 1721 hat der Stifter das Präsentationsrecht sich und seinen nächsten Erben vorbehalten, insolange sich jemand von seiner Familie am Leben befinden wird.

2. Ein **Anna Maria Lewenek**'scher **Johannesspital-Stiftungsplatz** für einen alten verarmten Dienstboten mit dem Genusse von monatlich 3 fl. 30 kr. — Laut Stiftbrief vom 1. September 1733 hat die Stifterin sich und ihren Erben das Präsentationsrecht vorbehalten.

3. Ein **Katharina Sponckh**'scher **Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine verarmte Weibsperson mit dem monatlichen Bezuge von 3 fl. 30 kr. — Laut Fundationsbrief vom 12. Jänner 1737 hat die Stifterin sich und ihren Erben das Präsentationsrecht vorbehalten.

4. Ein **Christoph Endereß**'scher **Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine arme Weibsperson mit dem Bezuge von monatlich 4 fl. 20 kr. — Laut Fundationsbrief vom 30. Juni 1758 hat der Richter sich und seinen Erben das Präsentationsrecht vorbehalten.

5. Ein **Barbara Schmid**'scher **Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine arme, entkräftete Manns- oder Weibsperson mit dem monatlichen Bezuge von 3 fl. 70 kr. — Laut Stiftbrief vom 5. Jänner 1738 hat die Stifterin sich und ihren Erben das Präsentationsrecht vorbehalten.

6. Ein **Magdalena Hofer**'scher **Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine alte Manns- oder Weibsperson mit dem monatlichen Bezuge von 3 fl. 30 kr. — Laut Fundationsbrief vom 31. Mai 1775 hat die Stifterin sich, ihren Kindern und Kindeskindern das Präsentationsrecht vorbehalten.

7. Ein **Karl Theobald von Mayren**'scher **Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine alte, nothleidende Weibsperson mit dem monatlichen Bezuge von 4 fl. 80 kr. — Laut Fundationsbrief vom 31. März 1741 hat der Richter sich und seinen Erben das Präsentationsrecht vorbehalten.

8. Ein **Lucas Setti**'scher **Johannesspital-Stiftungsplatz** für eine arme Manns- oder Weibsperson mit dem monatlichen Bezuge von 4 fl. 50 kr. — Laut Fundationsbrief vom 10. Jänner 1754 hat der Präsentant sich, seinen Erben und dann seinen Befreundeten die Präsentation vorbehalten.

Diejenigen Personen, welche auf das Präsentationsrecht zu einer dieser Stiftungen Anspruch erheben zu können glauben, wollen unter Nachweisung ihres Rechtstitels bis längstens **16. Juli 1893** eine stiftbrieflich geeignete Person anher präsentieren.

Nach fruchtlosem Verlaufe dieses Termines wird die Besetzung der vorerwähnten Stiftplätze von amtswegen erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Juni 1893. 1—3
